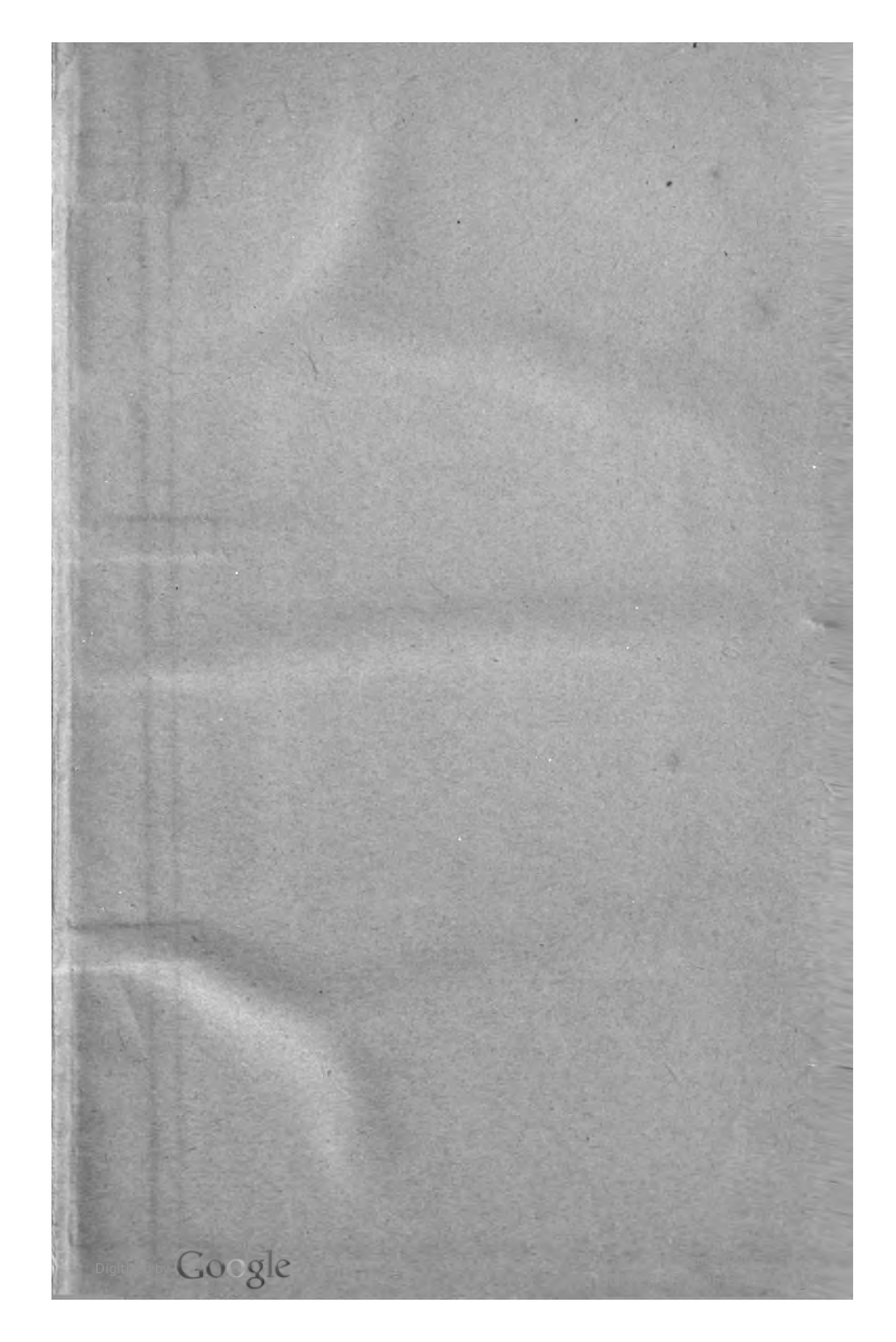

SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868



Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrganges 1917

Erster Band.



Historisch-politische

Blätter

für das

katholische Deutschland

herausgegeben

von

Georg Jochner.

(Gegründet von Joseph und Guido Görres.)

Hundertneunundfünfzigster Band.

München 1917.

In Kommission von Theodor Riedel's Buchhandlung.



Inhaltsverzeichnis.













I.

Neujahr 1917.

Non expedit.

Unter merkwürdigen Umständen hat sich das schwere und sorgenvolle Schicksalsjahr 1916 seinem Ende zugeneigt durch die ernste Trauerfeier, mit welcher der greise Senior der Monarchen in Wien von der Hofburg weg in die Gruft seiner Ahnen übertragen wurde. Diese Feier bildete einen scharfen Kontrast zu jenem denkwürdigen Requiem, welches die vereinigten Fürsten Europas ebendort vor hundert Jahren zum Jahresgedächtnis der Hinrichtung Ludwigs XVI. und seiner Gemahlin Maria Antoinette veranstaltet haben. Damals standen sie alle vereint mit ehrfurchtsvollem Schweigen vor dem schwarzumflorten Katafalk, nachdem die blutige Zeit der Revolution vorüber war; ganz anders jetzt — grollend und haßerfüllt stehen die Herrscher von England, Rußland und Italien beiseite, als ob sie durch eine Art politischer Exkommunikation unwürdig wären, jenem Monarchen die letzte Ehre zu erweisen, den sie zu Lebzeiten henkermäßig mißhandelt haben. Nach allem, was in letzter Zeit geschehen ist, ist an diesen gekrönten Häuptern fast nichts mehr wahrzunehmen, was dem Ansehen und der Majestät eines Königs gleichsieht; sie segeln mit ihren Parlamenten, denen sie willenlos und machtlos gegenüberstehen, auf den sturmbewegten Wogen einer gänzlich antimonarchischen öffentlichen Meinung; als Agenten der Revolution im Solde Englands spielen sie schamlos und selbstvergessen in Athen ein frevel-

haftes Spiel mit der Krone eines Königs und sind eher geneigt auf den jungen Kaiser, der jetzt in Wien die Krone Habsburgs trägt, unter Verwünschungen mit Steinen zu werfen, statt mit Glückwünschen die Wege seiner Zukunft zu segnen.

So steigt das neue Jahr, welches sehr ominös an die Jahre 1517 und 1717 anklingt, unter drohenden Anzeichen für die Alliierten Englands über den Horizont empor. Was es wohl bringen wird? Mit welchem Saldo schließt die Bilanz der abgelaufenen Jahre des Krieges? Soviel ist sicher: die Hoffnung Österreichs ist mit seinem Kaiser keineswegs begraben worden. Die siegreiche Erschließung Rumäniens stellt sich der Niederwerfung Serbiens sehr erfreulich an die Seite; auch das neuerrichtete Königreich Polen stellt, da es nicht durch ein Plebiszit, sondern durch den feierlichen Akt einer kaiserlichen Proklamation in den Sattel gehoben worden ist, eine hochbedeutsame Gewinngröße dar, um so mehr, als die lange hochgehaltene Theorie des Erfolges und der vollendeten Tatsachen damit einen sehr empfindlichen Stoß erhalten hat.

Leider steht diesem Gewinn im Defizit der bis jetzt verlorenen Milliarden eine Summe von haarsträubender Größe gegenüber, welche nur vom Größenwahn der um die Kultur ihrer Menschheitsideale Kämpfenden noch übertroffen wird.

Die Vorsehung scheint dem Radikalismus der modernen Welt mit einer Radikalkur begegnen zu wollen, indem sie die in ihren liberalen Gedanken und Wünschen vernarrten Völker durchweg das Gegenteil von dem erleben läßt, was ihnen die Apostel der Loge nnd des Unglaubens in herrlichen Zukunftsbildern vorgegaukelt haben. Europa ist, wie jetzt sein Aussehen dem Beobachter sich zeigt, gegen früher kaum mehr zu erkennen. Vor einigen Jahren noch ein Wunderland holdseliger Träume ist es jetzt ein Tartarus höllischer Qualen geworden. Millionen von Händen, welche Tag und Nacht schaffen für den Tod, fehlen auf den heimatlichen Gefilden für die Arbeit ums tägliche Brod; wie zu einer Vivisektion



liegen ganze Völker auf der Schlachtbank mit verrenkten Gliedern und geöffneten Adern; Blut und nichts als Blut, wohin man sieht. Selbst der Hunger stand eine Zeitlang drohend vor Hütten und Palästen; wo man noch eben in Genüssen schwelgte, ist die karge Lebenshaltung ohne Fett und Fleisch nach kleinen Rationen bemessen und der Tagesbedarf von polizeiwegen auf's allernotwendigste beschränkt.

Wird diese einschneidende Heilbehandlung die Welt endlich überzeugen, daß es ein vergebliches Bemühen ist, das armselige Erdendasein ohne alle Rücksicht auf Gott und Ewigkeit in ein Paradies ausschließlicher Diesseitsgedanken verwandeln zu wollen? Wird man endlich abstehen von dem hundertmal mißglückten Plan, dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit die Herrlichkeit jener Weltreiche gegenüberzustellen, welche nach den deutlichen Winken der Bibel ein Abscheu ist vor Gott?

Kein Gedanke! Erst vor einigen Monaten hat Lord Grey, unbeirrt durch die Blutströme in Flandern, am Sochod und Isonzo, ein Programm für die nächste Zukunft entwickelt, welches die utopischen Weltherrschaftsträume aller Zeiten in den Schatten stellt. Die Weltfriedensallianz, die er angekündigt hat, riecht allzusehr nach Blut, als daß man die in ihr versteckten Mordgedanken nicht erkennen könnte. Es ist dabei offenbar auf nichts Geringeres abgesehen, als rings um England alles, was groß ist, zu verderben und alles, was klein ist, zu verschlingen.

Und merkwürdig, dieser Wahnsinn ist, wie es scheint, gleich einer ansteckenden Krankheit von den Großen auf die Kleinen übergegangen. Mit Großbritannien möchten auch dessen Vasallen, seit sie sich mit wenig Wohlbehagen im Riesenbauch dieser gefräßigen Seeschlange befinden, gerne groß sein in dieser großen Zeit. Großserbien und Großkongobelgien, Großitalien und Großgriechenland haben zwar bis jetzt an der Seite Englands ebenso schlechte Geschäfte gemacht wie Rußland und Frankreich — trotzdem hat in



letzter Zeit auch noch Großrumänien zur Erbschaftsteilung sich gemeldet.

Was doch all diese Großen eigentlich wollen und anstreben mit den Kriegszielen, die sich im Phrasenwortschwall ihrer Menschheitsideale verbergen müssen, weil man offen mit Anstand gar nicht davon reden kann?

Mehr als je schien mit der englischen Einkreisung Deutschlands wieder ein günstiger Augenblick gekommen für die verlockende Parole: Das alles will ich euch geben!

Ohne viel Bedenken hat sich beim Beginn dieser großen Weltliquidation England sofort mit allerlei frommen Geberden als Auktionator gemeldet. So ist der uralte Kampf wieder eröffnet, der seit Adams Zeiten die Kinder der Welt gegen das Reich Gottes mobil gemacht hat. Was den jetzigen Weltbrand entzündet hat und nicht erlöschen lassen will, das ist der große Kampf der falschen Messiasidee gegen die göttliche Weltordnung, angefacht und geschürt von jenem Geist der ewigen Unruhe und Verneinung, welcher bereits den ersten Brudermörder von der Heimat weg in die Fremde trieb, wie er noch heute dem ewigen Juden gleich unter den Völkern herumschleicht, um sie im Dienste der heiligen Selbstsucht gegeneinander zu hetzen. Zweierlei Arten von Herrschern haben in alter und neuer Zeit sich in die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe geteilt, die Völker zu regieren mit sehr verschiedenen Gedanken; den einen, die sich als Stellvertreter Gottes von Gottes Gnaden nannten, war es in erster Linie nicht um die Behauptung ihrer Macht und ihrer Herrschaft zu tun, sondern um das Glück ihrer Untertanen; den Selbstherrschern im Sinn des Fürsten dieser Welt ging ihr eigenes Interesse über alles. Ganz ebenso wie wir jetzt an den betrogenen Völkern der englischen Weltfriedensallianz das Gleiche erleben. Was liegt den Großherrn der Entente an den Völkern? Mögen sie zu grunde gehen und vom dankbaren Vaterland mit einem Weihnachtspudding sich abfinden lassen. Im übrigen jagt man sie wie einst Hannibal seine Ochsen-

herde mit brennenden Strohbündeln stets neuersonnener Lügen in den Tod. Wenn nur die Häupter der Loge und Börse als lachende Erben am Leben bleiben.

Dieser Geist hochmütiger Selbstsucht und Herrschsucht hat namentlich in den letzten 400 Jahren mehr als je die Geschichte Europas geschändet und feiert jetzt, als wollte er sein entscheidendes Meisterwerk vollbringen, seine größten Triumphe.

Dieser Geist ist in seinen Grundgedanken dem schlechthin seelenlosen System des heidnisch römischen Cäsaren-Rechtes entsprungen und ist darum wesentlich undeutsch, so gewiß dessen oberster Grundsatz: Suprema lex regis voluntas — der christlich germanischen Weltansicht direkt widerspricht.

Der Weltheiland hat sich die königliche Aufgabe derjenigen, welche die Völker nicht als Tyrannen, sondern als Hirten regieren sollen, ganz anders vorgestellt.

Es ist von großem Interesse, das Trauerspiel in der Weltgeschichte unter dem Gesichtspunkt der göttlichen Vorsehung zu betrachten und nach dem Beispiel eines hl. Augustinus dabei besonders darauf zu achten, wie sich der Gottesstaat oder die Idee des ewigen Friedens ins Ganze der Weltbegebenheiten eingefügt hat.

Bereits im alten Bunde offenbart sich in der hl. Geschichte augenfällig die Tendenz, den Traum einer eingebildeten Weltherrschaft, den das ausgewählte Volk unaustilgbar in sich trug, gründlich zu zerstören. Die Juden wurden mit der falschen Messiashoffnung dieses eitlen Traumes durch eine Reihe von schmerzlichen Erfahrungen von einer Enttäuschung zur andern geführt — zuletzt zeigte sich ihnen der Erwartete ihrer Sehnsucht, obwohl er unleugbar ein Sohn Davids war, als ihr König im Purpurmantel seines Blutes, und unmittelbar darauf offenbarte sich der aufgehenden Sonne gleich seine Majestät in ihrer alle Weltherrlichkeit unendlich überragenden Größe. Vom Kreuze und vom Kerker seines Grabes weg bestieg er als derjenige, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden, jenen Thron, der ihm als dem König der Könige gebührt;



und indem er Abschied nahm von der Herrlichkeit der Welt, erhob er sich zur Herrlichkeit seines himmlischen Vaters der Sonne gleich, welche allbeherrschend die Räume der unteren Sichtbarkeit erfüllt, obwohl sie hoch über der Welt am Himmel steht. So erwies sich sein Reich als ein solches, welches zwar in der Welt, aber nicht von dieser Welt ist.

Nach dieser überzeitlichen und überweltlichen Grundsteinlegung in der unsichtbaren Welt galt es nun, auch in der Zeitwelt einen Grundstein zu legen für das Reich Gottes auf Erden.

Dafür war der hl. Petrus ausersehen; er war gleichsam jenes Steinchen, das sich ohne menschliches Zutun ausschließlich durch das Walten göttlicher Kräfte loslöste vom Berge, um den Koloß mit den eisernen Füßen zu zertrümmern. Auf einem Berge, auf der Höhe von Sion, von wo nach dem Propheten das Gottesreich ausgehen sollte, das ewig dauern wird, liegt der Felsenmann im Kerker des Herodes wie in einem Steinbruch begraben. Nun wird er gerade von hier aus nach der Siebenhügelstadt an der Tiber überführt, um dort ein neues Sion zu begründen und neben dem Thron des Kaisers einen Thron ewiger Dauer für den Sohn Davids aufzurichten. Ja, für den Sohn Davids! Christus ist es selbst, der in der Person des hl. Petrus, seines ersten Statthalters, in Rom sich niederläßt.[1])

Warum wohl wendet die Vorsehung sich jetzt ab vom

---

1) In den Gedanken und Gleichnissen der hl. Schrift bilden Petrus und Christus durchweg nicht bloß symbolisch sondern auch tatsächlich eine untrennbare Einheit. Für beide gilt die Bezeichnung „Grundstein oder Fels"; beide erscheinen gemäß dem petrinischen Zeugnis für die Gottheit Christi (*Ιησους Χριστος θεου υἱος σωτηρ*) im Wahrzeichen des Fisches (*ιχθυς*); für beide wird mit ein und derselben Münze die Tempelsteuer bezahlt; beide halten um Ostern ihre Auferstehung in Jerusalem aus dem Grabe und aus dem Kerker; beide tragen gemäß ihrer gleichen Todesart das Kreuz. Die Vaterstadt des hl. Petrus nannte Jesus seine Stadt, wie Rom als Sitz des Papstes mit Vorzug eine Stadt des priesterlichen Königtums Christi genannt werden muß.

Orte Dominus videt in Jerusalem und wendet ihre Blicke auf Rom? Etwa weil sie an der Herrlichkeit des großen Weltreiches Gefallen findet, welche dort den Gipfel ihrer größten Macht und ihres höchsten Glanzes erreicht hat?

Weit entfernt. Mit dieser Herrlichkeit wird es bald ein Ende haben! Wie der Name der stolzen Roma sich in Amor umstellen wird, werden nicht mehr die Adler und Kriegsgeier, sondern die Friedenstauben von hier in alle Länder ausfliegen. Still und unvermerkt wird hier eine Umwälzung sich vollziehen, wie die Weltgeschichte eine solche nirgends zu verzeichnen hat. Die Nacht wird sich verwandeln in den Tag und die Finsternis wird sich erhellen. Nicht mehr der asiatische Osten, der europäische Westen wird von jetzt an der Schauplatz der heiligen Geschichte und der göttlichen Weltbegebenheiten sein. Es wird sich über dem Thron Davids in Rom die Sonne eines neuen Tages erheben, während dort, wo bisher das Judentum gleich dem Vollmond die Nacht des Heidentums durchschimmert hat, über dem Grabe Davids der Halbmond sein blasses Dämmerlicht wird leuchten lassen zur Erinnerung an die falschen Messiashoffnungen, die daselbst begraben worden sind. Und weil dem Lenker aller Dinge ein bloß halbes Christentum ebenso mißfällt wie ein halbes Judentum, welchem der Kaiser mehr gilt als Gott und die Erde mehr als der Himmel, wird auch über Byzanz der Halbmond jenes Grab der heidnischen Lüsternheit beleuchten, wo der Weltschmerz der zerstörten Römerherrlichkeit sich eine letzte Zuflucht suchen wollte. Kein Wunder, wenn die Hagia Sophia in eine Moschee sich verwandelt! Die göttliche Weisheit kann nicht mit dem Stolz der menschlichen Torheit ein und dasselbe Haus bewohnen, sowenig ein wahrer Christ mit einem verstümmelten Credo sich zufrieden geben kann, als ob es gestattet wäre, mit Weglassung des filioque mit einer halben Ausgießung des göttlichen Geistes vorlieb zu nehmen.

Das alles hat der Allwissende vorausgesehen, als er



den hl. Petrus anwies, sein Kreuz zu nehmen und damit am stolzen Byzanz vorbei nach Rom zu gehen.

Wird diese Tatsache auch richtig verstanden werden? Die symbolisch tatsächliche Identität, welche zwischen Christus und seinem Statthalter besteht, wird sich wie in der Bibel selbst von Jahrhundert zu Jahrhundert auch durch weltgeschichtliche Tatsachen bestätigen. Das Christentum, so gewiß es nicht ein bloßes Menschenwerk ist, sondern eine lebendige Gotteskraft, ist nicht etwas, was sich beliebig ändern und teilen läßt, es ist wie der Gottmensch selbst ein lebendiges Ganzes und als solches eine unlösbare Einheit. Es gibt kein halbes Christentum, es gibt kein Christentum ohne Kreuz und ohne Priestertum und Papst. Es ist nicht veränderlich wie der Mond, es ist über alle Menschenwillkür erhaben und unantastbar wie die Sonne. Nicht ohne tiefe Bedeutung tritt das im Monogramm Christi deutlich hervor; in diesem Zeichen erscheint Christus mit dem Kreuze ebenso enge verbunden wie mit dem Namenszug des Papstes und das Ganze ist als ein Wahrzeichen der amtlichen Identität Christi mit seinem irdischen Statthalter ein Szepter des Friedens. Noch mehr — seit durch die Vision des Kaisers Konstantin dieses Symbol der höchsten und heiligsten Autorität auch das Wahrzeichen jener heiligen Allianz geworden ist, welche nach den Absichten der Vorsehung zwischen dem christlichen Königtum und Priestertum bestehen soll, ist jede Weltfriedensallianz ein Widerspruch in sich selbst, welche nicht das göttliche Siegel dieses Zeichens trägt, in welchem der Namenszug Christi und des Papstes mit dem hl. Kreuze eine unlösbare Einheit bildet. Der wahre Friede kann nur von Gott kommen, niemals von der Welt. Mit diesem Zeichen läßt sich kein Reich gründen nach Art derjenigen, wie Cyrus und Alexander sie gegründet haben, dieses Zeichen kann nur jenem geziemen, der sich als höchster Träger der Autorität und als Statthalter Christi servus servorum Dei nennt.

Es ist durchaus widersinnig und lächerlich, wenn eine



glaubenslose Geschichtsdarstellung das Christentum als eine folgerichtige Entwicklung aus römisch-griechischen Kulturprämissen erscheinen lassen will.

Nein, nicht menschliche Einflüsse, nur göttliche und gottmenschliche Kräfte haben eine Umkehrung der altheidnischen Geistesrichtung in ihr gerades Gegenteil herbeiführen können.

Der Boden der römisch-griechischen Kultur war allzusehr mit den Infektionsstoffen heidnischer und rein weltlicher Vorstellungen durchsetzt, als daß die neuen Gottesgedanken, welche mit Christus und seinem Statthalter jetzt in Rom ihren Einzug hielten, ohne weiteres dort hätten Wurzel fassen können. Weit mehr als bei Gründung des römischen Weltreiches hieß es jetzt, wo es galt ein Gottesreich zu gründen: Tantae molis erat. Da gab es vorerst viel verdienstliche Kulturarbeit zu leisten für die Goten und Vandalen, um auszureißen und zu zerstören, was wert war, daß es zugrunde ging, und was entfernt werden mußte, um für die neuen Anpflanzungen das Erdreich empfänglich und aufnahmsfähig zu machen. Der über dem Chaos einer untergehenden Welt waltenden Vorsehung lag nichts so ferne, als statt der im Verwesungsprozeß ihrer inneren Fäulnis zusammenstürzenden Kulturherrlichkeit des Heidentums neue Großmächte von gleicher Beschaffenheit entstehen zu lassen, am allerwenigsten in Italien. Wenn die modernen Großmächte vielleicht glauben sollten, sie müßten zur Verbesserung der Weltgeschichte jetzt etwas nachholen, was die göttliche Weisheit damals versäumt hat, dann irren sie sich gewaltig. Die romanischen Völker waren mit ihren profanen Kulturidealen damals ebenso wie heute allzusehr von den Träumen der falschen Messiashoffnung der Juden und Heiden berauscht, als daß sie ein empfänglicher Boden gewesen wären für das Senfkörnlein, aus welchem mit ganz anderen Anschauungen der Baum der christlichen Weltordnung hervorgehen sollte.

Dazu mußte durch die Sündflut der Völkerwanderung erst neues Alluvium angeschwemmt werden. Dabei schien es, als sollte im blutigen Ringen der Nationen ganz Europa



sich in eine Wüste verwandeln und in ein Grab; es ließ sich vernünftigerweise alles eher erwarten als eine Einigung und Annäherung der sich unablässig auf Leben und Tod bekämpfenden Massen. Nur indem sie zugleich mit dem Papsttum aus dem Grab ihres drohenden Unterganges eine Art Auferstehung hielten durch die Taufe, indem sie sozusagen als Nationen untergingen und als wahre und wirkliche Völker zu einem neuen Leben sich erhoben, fanden sie im Licht des Evangeliums und unter Führung des Papstes den Weg zum Frieden jener Ruhe und Ordnung, welche ohne Wahrheit undenkbar und unmöglich ist.

Was jetzt entstand, war nicht ein Weltreich, sondern ein Gottesstaat, eine Weltfriedensallianz zwischen Kaiser und Papst, wie nur Gott eine solche anbahnen und ins Werk setzen konnte. War es anfangs auch ein römischer Kaiser, der im Zeichen des Kreuzes, im Symbol der Identität des Papstes mit Christus, ein heiliges Bündnis schloß mit dem Priestertum der Kirche, später erhielt das germanisch-christliche Wesen, weil es vom Dünkel altrömischer Großmachtsbestrebungen noch nicht angesteckt war, den Vorzug vor den Traditionen der stolzen Weltkultur der Griechen und Römer.

Es ist merkwürdig, was Paulus Diakonus von einer uralten Stammsage der Karolinger erzählt, welche ihm von Karl dem Großen selbst mitgeteilt worden war. Der hl. Arnulf, ein Ahnherr des großen Karl, rief einst seine beiden Söhne Clotulf und Ansegis zu sich, um ihre Gesinnung zu erproben. Weil er barmherzig und sanften Charakters war, suchte er die beiden Brüder zu bewegen, dem hochherzigen Plan ihre Zustimmung zu geben, all seine Reichtümer den Armen zu schenken. Clotulf sträubte sich dagegen mit der ganzen Kraft seines weltverliebten Herzens; Ansegis hingegen, der jüngere, glich weniger dem rohen Esau als dem zartfühlenden Jakob, er willigte mit Freuden ein in das Vorhaben seines hl. Vaters und wurde so der Erbe seines Segens — er wurde der Stammvater der Karolinger.

Die Idee eines Reiches, dessen Herr Gott selber ist, in



welchem alle Völker des gleichen Bewußtseins sich erfreuen, daß ihre Rechte und Freiheiten um so sicherer sind, je mehr die höchsten Autoritäen, Papst und Kaiser, sich nur als Diener und Stellvertreter Gottes betrachten, erfordert von Seite der Fürsten und Völker eine durchaus edle und hochherzige Gesinnung.

Die römischen und gallischen Logenbrüder haben vor der Kriegserklärung Italiens nicht genug Rühmens machen und hervorheben können, daß die romanische Kultur um tausend Jahre älter sei als die der germanischen Barbaren. Nach ihnen hätte die Vorsehung einen großen Fehlgriff gemacht, daß sie bei Verteilung der europäischen Königskronen die Anbeter der römischen Wölfin zu wenig berücksichtigt habe.

Das christlich-germanische Jahrtausend ist ihnen ein Abscheu und Greuel. Nach ihnen hätten die Städte Italiens, statt im Wetteifer mit dem kirchlich-kosmopolitischen Rom Kunstbauten aufzuführen und Klöster zu gründen, als Seeräuber die Meere durchsegeln und als Eroberer über die Alpen steigen sollen. Dante hätte Besseres tun können, als den deutschen Kaiser in Liedern zu besingen. Würde der große Florentiner heute nochmal nach seiner Harfe greifen, gewiß, er würde seinem Vaterlande statt der Battisti und d'Annunzio lieber einen Barbarossa wünschen und all die Sonnino und Salandra und Bissolati in die tiefsten Abgründe seiner Hölle verweisen.

Mit vollem Recht. Die Ordnung der christlich-germaschen Periode hebt sich himmelhoch ab von der grauenvollen Unordnung jener Menschheitsideale und profanen Weltherrlichkeit, welche die romanische Freimaurerei zum Feldgeschrei des jetzigen Krieges gemacht hat. Diese Ordnung entsprach durchaus jener tranquillitas ordinis, von welcher der hl. Augustin in seinem Gottesstaat mit größter Begeisterung spricht, wie auch Dante sie mit der ganzen Glut seiner gottbegnadigten Seele verteidigt hat.

Es war nicht kurzsichtige Beschränktheit, sondern hohe Weisheit und weitblickende Klugheit, was Völker und Fürsten



damals in festgeschlossener Einheit mit dem Priestertum der Kirche zusammenhielt. Eben dadurch blieb man in lebendiger Verbindung mit Gott. Wollte ja Gott selbst als ewiger hoher Priester und König durch sein immerwährendes Versöhnungsopfer eine lebendige Kraft sein mitten unter den Völkern, um sie lebendig zu durchdringen; darum hat Christus in seiner Kirche Volk und Klerus, Priestertum und Königtum unlösbar zu einer untrennbaren Einheit verbunden. Und die noch naturkräftigen und gesunden Völker jener Zeit haben ohne nationale Voreingenommenheit das Christentum in seiner unverfälschten Reinheit und Fülle genommen voll und ganz so, wie es ist, weit entfernt lange zu feilschen und zu fälschen und die enge Verbindung seines geistigen Inhaltes und seiner hierarchischen Organisation zerreißen zu wollen. Die Religion war ihnen allerdings als ein internationales Gemeingut aller Völker eine res populi, eine allgemeine Haupt- und Herzenssache des ganzen Volkes, aber nicht wie eine res nationalis, mit welcher jedes Volk nach Belieben schalten und walten darf, sondern wie eine res divina, welche unantastbar über allen Völkern steht; am allerwenigsten aber war ihnen ihr Heiligstes etwas, was gleich einer res depopulata außerhalb des Volkes steht, wodurch ein Volk zum gemeinen Pöbel wird. Gott war ihnen nicht wie ein heimatloser Fremdling und wie ein Ausländer der mit allem, was er Göttliches gestiftet hat, nur unter Polizeiaufsicht wie in einem Gefangenenlager geduldet und notdürftig unterhalten wird.

Darum spiegelte sich der allbeherrschende Einfluß des Glaubens nicht bloß ab in den kirchlichen Genossenschaften und in den Einrichtungen des öffentlichen Lebens, er durchdrang alle Verhältnisse und wurzelte tief in den Herzen der Einzelnen. Im Gemeinsinn aller lebte die Überzeugung, daß das ganze Menschenleben nicht bloß durch äußere Zwangsmaßregeln, sondern noch mehr durch geistig innerliche Kräfte vor gefährlichen Ausartungen bewahrt werden müsse. Der fromme Sinn lebendigen Glaubens, der alle gleichmäßig

durchdrang, hielt die Einzelnen wie die Völker in den Schranken einer vernünftigen Bescheidenheit fest. Selbstzucht, nicht Selbstsucht war das bewegende Motto jener Zeit und ließ weder im Denken noch im Handeln eine gefährliche Übertreibung aufkommen.

Störenfriede hatten damals kein so leichtes Spiel wie heutzutage, wo man zu glauben scheint, daß den Unruhestiftern und Hetzern ein größeres Anrecht an der Arbeit im öffentlichen Leben gebühre als denen, welche die Leidenschaften nicht zur schüren, sondern zu sänftigen suchen. Das Recht wurde damals weniger gemacht als erlebt. Während jetzt nicht bloß in der Presse, sondern auch in den Schulen und Hörsälen fast durchweg die zügellose Hoffart des Geistes das große Wort führt, hielt man damals dafür, daß in den wandelbaren Verhältnissen des Erdenlebens nirgends das Salz der Erde und ein gewisses Maß der Ordnung fehlen dürfe. Von oben bis unten, vom Kaiserthron bis zur Pflugschar des Landmanns und zur Werkstätte des Arbeiters hielt man den Einfluß der Religion und des Priesters für eine unentbehrliche Beigabe des menschlichen Lebens, um es vor Fäulnis und Ansteckung durch Irrtum und Sünde möglichst zu bewahren.

Wurden Werkstätten gebaut oder Städte gegründet, dann waren die religiösen Bedürfnisse nicht das Letzte, sondern das Erste, an was man dachte. Ohne jeden Schutz für Religion und Glauben heterogene Menschenmassen mit entgegengesetzter Weltanschauung zusammenzuziehen, um große Werkstätten und Industriezentren gänzlich konfessionslos zu bevölkern, hätte man zu einer Zeit, wo eben die Religion nicht für eine res depopulata angesehen wurde, ebenso wie die Gründung von konfessionslosen Schulen für einen Frevel an der Vernunft und an der menschlichen Gesellschaft gehalten.

Weil man den Wert der höchsten Güter des Seelenlebens nicht minder zu schätzen wußte wie die Sicherstellung der materiellen Existenzbedingungen, sah man strenge auf Reinheit der Lehre und der Sitten und hielt sich beständig



nach jeder Richtung in lebendiger Verbindung mit Gott und mit dem Lichte von oben, wie ein Steuermann den Kompaß des rechten Weges nie aus dem Auge verliert.

Während in einer Gesellschaft ohne Gott und ohne Geist dem Volksganzen im Sturm und Drang der Leidenschaften der allzeit wechselnde Zeitgeist durch die Windmühlen der öffentlichen Meinung eingeblasen wird, schwebte damals, getragen von den Organen der Autorität, der Geist Gottes ordnend und leitend über dem Chaos, um alles in Christo zu erneuern.

Dem belebenden Hauch dieses Geistes gemäß war allenthalben Einheit und Ordnung das bewegende Motto der Zeit.

In einer solchen Sphäre geistiger Gesundheit konnte der Papst ohne Bedenken und Furcht, dadurch seine heilige Autorität zu erniedrigen, mit seinem gewichtigen Wort mitten unter den Völkern und Fürsten aktiv und positiv am öffentlichen Leben teilnehmen; sein freies Wort und seine segnende Hand war nicht durch ein ängstlich beklommenes Non expedit gebunden, auch war er weit mehr als heutzutage der traurigen Notwendigkeit enthoben, auf die frevelhaften Attentate des blind voranstürmenden Zeitgeistes mit Protesten zu antworten und immer nur sein schmerzlich empfundenes Non possumus wiederholen zu müssen.

Aus solchen Voraussetzungen erwuchs im christlich-germanischen Zeitalter die res publica christiana der Völker und Fürsten Europas, nach innen gefestigt durch die Einheit des Glaubens, nach außen repräsentiert durch den Kirchenstaat und das römisch-deutsche Kaisertum. Das war etwas wesentlich anderes als eine Weltherrschaft im Sinne jener rein weltlichen und schlechthin säkularen Bestrebungen, welche in den heidnischen Weltreichen und in den modernen Großmächten sich ausgeprägt hat.

In der christlichen Völkergemeinschaft stellte das königliche Oberkleid Christi eine unverletzte Einheit dar, während die glänzende Herrlichkeit der jetzigen Weltmächte sich jenen

Fetzen vergleichen läßt, welche unterm Kreuz nach der Kleiderverteilung durch die Soldaten übrig blieben.

Gott ist den hochfahrenden Plänen herrschsüchtiger Gewalthaber und dem stolzen Tatendrang nationaler Großmannssucht niemals hold gewesen. Auch in der großen Politik gilt der Grundsatz: in medio virtus. Ein historischer Entwicklungsprozeß, der sich von Volk zu Volk in bescheidenen Grenzen bewegt, weniger auf die Zerstörung als auf die Erhaltung des Bestehenden bedacht mit der Tendenz, die Völker freundlich einander anzunähern und in ihrer Eigenart zu bewahren, statt sie zu vergewaltigen, entspricht weit mehr den Absichten der göttlichen Weltregierung als die niederschmetternde Gewalt, welche gleich einer verheerenden Sturmflut alle Dämme durchreißt und alle Schranken niederlegt.

Mag es mitunter auch schwer sein, aus dem verworrenen Knäuel von seltsamen Verwicklungen, welche sich im Halbdunkel der Völkergeschichte abspielen, den goldenen Faden göttlicher Gedanken herauszufinden, es fehlt nicht an gewissen Lichtpunkten, welche das Walten der Vorsehung deutlich erkennen lassen. Im Auf- und Abwogen der Weltbegebenheiten wird vieles erst verständlich, wenn mehr auf die tiefgehende Bewegung der Grundwellen gesehen wird als auf das Wellengekräusel der Oberfläche, wo sich der Meeresspiegel mit den täglich wechselnden Veränderungen der Atmosphäre berührt. Nicht schon nach Jahrhunderten, oft erst nach 1000 Jahren zeigt es sich, von welcher Art die Früchte sind, die da auf die Aussaat und auf die Blüten folgen.

Betrachtet man die großen Weltereignisse und Wendepunkte der Geschichte in ihrer Übereinstimmung mit den Absichten der Vorsehung und in den unheilvollen oder segensreichen Folgen für das Gesamtwohl und den Frieden der Völker, dann ergibt sich eine ganz andere Wertung derselben, als wenn man mit dem Maßstab der nationalen Eitelkeit bloß die Größe und den Glanz ihrer zeitgeschichtlichen Erscheinung in Betracht zieht. Im Entstehen und im Wachstum



der großen Weltreiche offenbart sich weit mehr als mancher glaubt der Zorn Gottes und jener Fluch, der die Völker auf den Irrwegen der Geschichte begleitet, während der Segen um so mehr von ihnen flieht, je mehr sie einzig nur nach Ruhm und Macht verlangen und dem Gelde nachjagen. Durch Gottes Zulassung kann es geschehen, daß ein Volk zur Strafe für sich und für andere in seinen verwerflichen Bestrebungen vom Glück begünstigt ist und in glänzender äußerer Machtentfaltung wie ein wucherndes Unkraut sich breit macht unter den Völkern. So eine Massenwirkung des Truges kann jahrhundertelang die Entwicklung mächtiger Reiche wie ein böses Verhängnis beherrschen und die politischen Maßnahmen seiner Staatsmänner irre leiten.

Ein solches Einlenken in verkehrte Bahnen wird aber einem Volke nur möglich sein, wenn es in einer unglücklichen Stunde seiner Geschichte den Kompaß der untrüglichen Wahrheit verliert und so der gottgewollten Mission seines geschichtlichen Berufes untreu wird.

Leider kam wie für den griechischen Osten auch für den germanischen Westen eine solche Stunde des Unheils; man fing seit der Zeit der Kreuzzüge mehr und mehr an, die christlich germanische Rechtsanschauung für eine rückständige und böotische Kulturleistung zu halten, für ein Hemmnis der Freiheit und des Fortschritts. Dieser Stimmungswechsel des Zeitgeistes traf unglücklicher Weise sehr nahe zusammen mit dem Tage, an welchem Konstantinopel in die Hände der Türken fiel. Über ein Jahrtausend hatte dort, dem ewigen Juden gleich, der nirgends Ruhe findet, die einst in Jerusalem und Rom total verunglückte Idee einer Weltherrschaft, welche der verkehrten Willensrichtung des gefallenen Menschen entspricht, ihre Träume weitergeträumt, bis auch hier das Gespinst dieser falschen Messiashoffnung zerrissen wurde. Wohin soll nun dieses Gespenst der ewigen Unruhe, dieser Ahasver einer verkehrten Weltanschauung und einer Hoffnung, die niemals in Erfüllung gehen kann, sich jetzt wen-

den? Wie den Weltherrschern von Babylon und Ninive, wie den Hohenpriestern des Judentums und den römischen Kaisern, wurde jetzt auch den Nachfolgern Konstantins in Byzanz angesichts ihrer zertrümmerten Weltherrlichkeit zugerufen: Laßt jede Hoffnung fahren! Eine Herrlichkeit und einen Messias in dem Sinn, wie ihr euch dieselben vorstellt, gibt es nicht und kann es nicht geben! Die Sonne ging unter, um dem abnehmenden Mond Platz zu machen. Nachdem das griechisch-römische Jahrtausend mit seinen eitlen Gedanken und verkehrten Wünschen abgewirtschaftet hatte nnd bankerott geworden war, galt es für die aus Stambul fliehenden bösen Geister, die von dort ebenso rasend die Flucht ergriffen, wie einst der ewige Jude vor dem Gräuel der Verwüstung in Jerusalem, neue Wege einzuschlagen.

Wohin sollen sie sich wenden? Wo können sie hoffen, mit der einschmeichelnden Werbung: Eritis sicut dii — geneigtes Gehör und Anklang zu finden? Vielleicht in Kiew und Moskau? Oder im germanischen Westen? Um neue Kräfte zu sammeln, geht die wilde Jagd hierhin und dorthin, um die slavisch-germanische Welt ebenso heimzusuchen, wie sie die römisch-griechische zugrund gerichtet hat. Dazu steht den Treibern dieser neuen Bewegung das ganze Inventar der klassischen Literatur zur Verfügung, in welchem der gefallene Mensch der Sünde seine Liebhabereien aufgespeichert hat, namentlich jenes treffliche Arsenal weltmännischer Klugheit, in welchem der heilige Egoismus die Herrlichkeit der Welt wie nirgends sonst ausgeprägt hat: die ratio scripta des römischen Rechtes. Wie kläglich nehmen sich im Vergleich mit diesem Inbegriff klassischer Schönheit und Feinheit der Heliand und der Schwabenspiegel aus!

So war die uralte Kulturkampffrage: Weltreich oder Gottesfriede? auch für das westliche Europa auf die Tagesordnung gesetzt.

Einen schärferen Gegensatz kann es kaum geben als den prinzipiellen Widerstreit der christlich-germanischen und heidnisch-römischen Rechtsanschauung. Diese läßt ebenso wie

die moderne Weltansicht alles Recht aus dem Willen des Volkes entstehen, während nach den Rechtsbegriffen des christlich-germanischen Geistes der Wille Gottes die Quelle jeder Ordnung ist, welche nur in beständiger Abhängigkeit von Gott sich aufbauen und erhalten läßt.

Mit dem Zwiespalt dieser unvereinbaren Gedanken war ins Geistesleben der europäischen Völker ein Keim des Todes und der Zersetzung eingeführt, der für die religiöse Entwicklung ebenso verderblich werden mußte, wie er die politische Ordnung der Dinge von Grund aus umgestürzt hat. Das Reich Gottes läßt sich nicht ungestraft in ein Weltreich verwandeln; die heidnische Weltreichsidee, welche mit der atheistischen und pantheistischen Staatsidee von heute nahezu identisch ist, läßt sich ebensowenig auf die christliche Rechtsordnung übertragen, so wenig die königlichen Hoheitsrechte des Welterlösers sich mit der Herrschaft des Fürsten dieser Welt vereinbaren lassen.

Ein Weltreich im Sinn des römischen Rechtes, oder ein Staat, welcher gänzlich absieht von allem, was der unsterblichen, für ein ewiges Leben bestimmten Menschenseele zuträglich und notwendig ist, schließt die Herrschaft Gottes über die Menschen grundsätzlich aus; so gewiß ein Mensch ohne jede Beziehung zu Gott und zum Leben der Unsterblichkeit ein Unding ist, so gewiß ist das nur für den Eigennutz und die Selbstsucht zugeschnittene Recht eines Reiches, welches nur zeitliche Utilitätsbegriffe und Interessen kennt, vollendete Unvernunft.

Die Einführung des römischen Rechtes ist eines der schwärzesten Kapitel der christlichen Geschichte. Damit haben im engsten Anschluß an das antike Heidentum die modernen Ideen ihren Einzug in Europa gehalten, um zuerst im Absolutismus der Fürsten und dann im Übermut der betrogenen Völker der Revolution auf allen Gebieten zum Siege zu verhelfen und zuletzt mitten in der christlichen civitas Dei das Götzenbild des modernen Staates bis zur Gleichheit mit Gott, ja über Gott zu erheben. Die Geschichte des Rechtes



hört damit auf, eine Geschichte der Gerechtigkeit zu sein, wie sie auch durch den wohlorganisierten und systematisierten Widerstand gegen die göttliche Weltregierung immer mehr in einen wilden Kampf gegen jede geoffenbarte Wahrheit ausgeartet ist. Es lebt seither nicht mehr nur eine Seele in den Völkern, es steht Geist gegen Geist in erbittertem Kampf gegen einander; war früher, so lang die Völker sich einmütig des gleichen Glaubens und der gleichen Hoffnung freuen konnten, das Recht eine Kraft, welche von innen heraus die Geister zügelte und in Ordnung hielt, so war es jetzt nur mehr eine äußerliche Utilitätsordnung und Zwangssache, welche sich von außenher durch die tödliche Gewalt des Buchstabens dem Geiste aufdrängt, der lebendig macht. Nicht umsonst fiel die Zeit, wo das Schmuggelgeschäft der verstohlenen Rechtsverfälschung besonders lebhaft betrieben wurde, zusammen mit der Zeit, wo auch die Fälschung der Wahrheit im größten Maßstab ins Werk gesetzt wurde. Aber es war nicht die Wohlfahrt der Völker, worauf es hier wie dort abgesehen war.

Ein Blick aus der Gegenwart des Unglücksjahres 1917 zurück auf die beiden Jahre des Unheils 1517 und 1717 läßt die hochgepriesenen Errungenschaften der Neuzeit in einem ganz anderen Lichte erscheinen, als die Apostel des Unglaubens und Irrglaubens die Weltherrlichkeit der modernen Kultur gewöhnlich darzustellen belieben. Früher hielt man dafür, daß die von Adam überkommene Verderbnis der menschlichen Natur eine gefährliche Krankheit sei, die der Heilung und Einschränkung bedürfe, weil sie den Menschen entwürdigt und ihm den Stempel der Entartung und Unmenschlichkeit aufdrückt. Man sah in den verschiedenen Vorkehrungen, welche der Weltheiland dagegen getroffen hat, nicht etwas Überflüssiges und Entbehrliches, sondern etwas, was für jeden Menschen unerläßlich notwendig ist, wenn er sich aus der Unmenschlichkeit der durch Stolz und Selbstsucht, durch Habgier und Sinnlichkeit ent-

stellten Natur wieder zur Freiheit der wahren Kultur und Menschlichkeit emporarbeiten soll.

Jetzt ist das alles wesentlich anders. Durch die säkulare Zerstörungsarbeit aller Geister des Aufruhrs, welche seit 400 Jahren die von Gott selbst vorgesehenen Grundfesten der Vernunft und des Glaubens zu erschüttern suchten, wurden alle Schranken niedergelegt, durch welche die in der Menschenbrust schlummernden Keime des Verderbens im Zaum gehalten waren.

Zuerst wurden durch ein unglückseliges Verhängnis, welches nach Leibniz durch ein Meer von Tränen kaum genügend beweint werden kann, die Bande gelockert, welche den Übermut der menschlichen Gedanken in der Überzeugung festhielten, daß der Mensch in den Geheimnislehren des Glaubens ebensowenig eine feste Leitung entbehren könne, um den Gefahren des Irrtums zu entgehen, wie er die Heilmittel der Erlösung ausnahmslos notwendig bedürfe, um den verkehrten Gelüsten des verdorbenen Herzens Widerstand zu leisten.

Mit unbegreiflicher Kurzsichtigkeit wollte man dem Christentum zwar nicht gänzlich entsagen, man wollte nur, statt das ganze von Alters her überlieferte Depositum fidei in seiner vollen lebendigen Einheit nnd Totalität anzuerkennen, nach eigenem Ermessen bestimmen, wie weit seine Lehren und Gnaden geduldet werden dürften. So wurde die Religion aus der überweltlichen Fixsternhöhe ihrer internationalen und göttlichen Geltung, sofern sie als eine res divina et fidei der Sonne gleich über allen Völkern steht, herabgezogen in den veränderlichen Dunstkreis der menschlichen Leidenschaften, sie hörte auf eine unantastbare res populi, eine Herzenssache der gesamten christlichen Völkergemeinschaft zu sein, welche alle Kreise von oben bis unten durchdringt, sie wurde aus einer heiligen Priestersache ein profaner Wechselbalg der Laien, eine res rationis und eine res nationalis. Nur noch ein Schritt, und sie wird auf weiten Gebieten nur noch sein ein etwas, was gleich einer



wertlosen Sache gänzlich weggeworfen wird. In diesem halbgläubigen und kleingläubigen Christentum war die Freimaurerei oder die gänzliche Verweltlichung des menschlichen Lebens bereits keimartig enthalten.

Der Anfang dazu wurde gemacht in London anno 1717 um die Zeit, als die Loge sich zu ihren grundstürzenden Plänen rüstete, indem sie für ihr profanes Laienpriestertum eine eigene Organisation des Unglaubens schuf.

Die Halbheit des Denkens und Wollens, sofern man das göttliche Vermächtnis der Welterlösung nicht bloß im Grunde des Herzens, sondern auch vor dem Forum der öffentlichen Meinung zu einer Frage werden ließ, kam den radikalen Umsturzbestrebungen dieser Sekte ebenso zu statten wie die neuauftauchenden Ideen der heidnisch-römischen Rechtsanschauung. Zwei Jahrhunderte und verwegene Geister begannen jetzt die Frage zu stellen: Was kann uns ein bloß fragliches Christentum nützen, wenn von den drei Ringen Nathans des Weisen keiner sich als echt erweisen läßt? Hören wir lieber auf, Christen zu sein, um nur noch Menschen zu sein! — An der angebornen Menschennatur ist nichts zu verbessern, wir brauchen keinen Erlöser und keine Offenbarung, die Humanität kann sich für sich allein völlig selbst genügen.

So proklamierte man einen neuen Fortschritt der Kultur und warf die christlichen Völker weit über die Anfänge des Heidentums zurück bis zu jener Giftquelle, von der alles Unheil und jede Art Knechtschaft ausgegangen ist.

Hatte man bisher durch Beseitigung alles dessen, was der Heiland zur Entsündigung und Wiederherstellung der kranken und heilsbedürftigen Menschheit an Heilmitteln und Gnaden angeordnet hatte, den Kreuzesbaum des Opfers und der Buße mit dem eucharistischen Brote des Lebens umgestürzt, so ging man jetzt daran, den Freiheitsbaum der bösen Lust und der Denkfreiheit zur Erkenntnis des Guten und Bösen mitsamt der darauf sitzenden Schlange als einzig verlässige Lehrkanzel der Kultur hinzustellen — der Mensch



wurde kurzweg für völlig schuld- und fehlerfrei erklärt und in den Olymp der Götter versetzt. Es wurde mit der Hoffart des Geistes jede Art Selbstsucht sanktioniert und so der eitle Traum jener Weltherrlichkeit ins Kulturprogramm der Zukunft aufgenommen, welche mit der Losung: das alles will ich euch geben! alle Schranken niederreißt, die dem Menschen der Sünde bei Verfolgung seiner falschen Messiashoffnung im Wege stehen. Die Herrlichkeit der Reiche dieser Welt, wie sie von jetzt an gegründet werden sollen, verträgt sich nicht mit dem bescheidenen Grundsatz der christlichen Gerechtigkeit: Suum cuique! Nein! Omnia omnibus!

Mit der christlich-germanischen Rechtsregel: Justitia fundamentum regnorum! läßt sich nicht gut ein Großstaat oder ein Weltreich aufrichten, dazu braucht es die Energie eines Sonnenkönigs mit der stolzen Parole des römischen Rechtes: Suprema lex regis voluntas! Die Herrlichkeit jener Reiche, welche nur vom Berg der dritten Versuchung aus überblickt werden können, ist von ganz anderer Art als die Herrlichkeit jenes Reiches, welches Konstantin und Karl der Große mit dem Szepter des heiligen Kreuzes begründet haben. In diesem Reiche konnte es unbeschadet der Herrlichkeit des einen Kaisers viele freie Völker und selbständige Fürsten geben, die sich unter dem Szepter des einen Schutzherrn frei und glücklich fühlen konnten.

Anders die Reiche der Welt. Deren kann es wohl nur mehrere geben, aber weil in denselben gemäß der Parole: „Omnia omnibus“ niemand zufrieden sein kann, weil jeder alles zugleich sein und haben will, darum können sie, so lang es nicht einem Glücklichen gelingt, alle anderen zu vernichten, nur in tödlicher Feindschaft nebeneinander existieren. Die beständige und stets gesteigerte Rüstung gehört notwendig zur Herrlichkeit solcher Reiche, welche eben deshalb Reiche der Welt genannt werden, weil der Fürst dieser Welt der oberste Alleinherrscher und Despot derselben ist. Ihrer innersten Natur nach werden diese Reiche alle Großstaaten sein, wenigstens durch die denselben innewohnende Tendenz,



immer reicher und größer zu werden. Das werden sie um so mehr sein, je mehr jeder einzelne Bürger solcher Reiche für sich den demokratischen und autokratischen Drang in sich fühlt, selbst zufolge der souveränen Majestät seines Stimmrechtes Gesetzgeber, Präsident, König oder Kaiser zu sein.

Im fortwährend gesteigerten Wettrennen der Selbstsucht und Habgier, welches in diesen Weltreichen unablässig auf der Tagesordnung steht, können selbstverständlich nicht alle in gleicher Weise vom Glück begünstigt sein. Es werden aber einzelne, in welchen der unheilige Geist des heiligen Egoismus besonders mächtig ist, sich über alle anderen Großmächte erheben und als zentralisierte Kolossalstaaten zu Wasser und zu Land die Welt in Schrecken und Staunen setzen.

Wie lange wird das dauern? So lange, bis die betrogenen Völker zu begreifen anfangen, daß ihr Glück und ihre Freiheit mit der Größe des Staates, dem sie angehören, nichts zu schaffen hat; bis sie zur Einsicht kommen, daß eine föderalistische Rückbildung der übermäßig zentralisierten Großmächte und eine monarchische Zusammenfassung der Völker in möglichst unabhängigen und lebensfähigen Kleinstaaten für das allgemeine Wohl und für die Freiheit der Völker und Fürsten weit zuträglicher wäre als die Anarchie der parlamentarischen Verwilderung, welche seit der Revolution alle Dämme zerrissen und jede Ordnung zur Unmöglichkeit gemacht hat. Möge die unter so schwierigen Umständen erfolgte Gründung des neu errichteten Königreiches Polen ein erster Schritt sein zu einer solchen Wendung der Dinge!

Erst wenn mit dem Glauben an Gott und Christus der Autoritätsgedanke wieder auflebt in den Geistern, wird das Idol der falschen Messiasidee zu Boden sinken, welche allen Träumen einer eingebildeten und unmöglichen Weltherrlichkeit zu Grunde lag, womit die Mitläufer und Doppelgänger des ewigen Juden vor und nach Christus die Weltgeschichte entstellt und beunruhigt haben.

Im entsetzlichen Wirrwarr des jetzigen Krieges hat, wie es scheint, das Delirium dieser gottlosen Idee, welche seit dem Turmbau zu Babylon die Welt mit Blut getränkt und mit Ruinen bedeckt hat, den Höhepunkt erreicht. Man will schlechterdings nichts wissen von der Ordnung und dem Frieden jenes Reiches, um welches wir mit dem wahren Messias im Vater unser beten, darum kämpft jetzt alle Welt mit der Wut jener Verzweiflung, mit welcher der ewige Jude seit der Zerstörung Jerusalems alle Länder rasend durcheilt, um die Herrlichkeit der Reiche dieser Welt. Soll vielleicht jetzt endlich erreicht werden, was seit 6000 Jahren zwar stets erstrebt, aber nie gelungen ist? Die Entente-Politiker wünschen und hoffen es. Glückt es ihnen, dann wehe der Welt! Dann wird die Weltgeschichte einen zweiten Karfreitag erleben; dann wird das große Bauwerk der Meister vom Stuhl seine Vollendung erhalten; dann kann zum zweiten Säkularjubiläum der Freimaurerei der Fürst dieser Welt mit den Geheimräten seiner Hofhaltung triumphierend einziehen in den Kulturtempel der Zukunft, um die geplante Weltfriedensalliang zu proklamieren und über alle Objekte des Gottesreiches die Liquidation zu eröffnen. Was wohl die einzelnen Großstaaten zum Lohn dafür, daß daß sie sich durch Konfiskation der Gottesrechte in reine Weltreiche umgebildet haben, erhalten werden? An Kirchengütern ist nicht mehr viel einzuheimsen. Das fressende Fluchkapital jener Hand, welche man deshalb eine tote nannte, weil sie weniger vergängliche Sinnenwerte als dauernde Geisteswerke schuf, hat sich aus Millionen zu Milliarden verdichtet, in welchen sich die toten Hände all der Gefallenen fühlbar machen, die für die Kulturarbeit der Zukunft verloren sind.

Dafür könnte der ewige Jude, welcher mit seiner verkehrten Messiasforschung dem Christenglauben stets starke Konkurrenz zu machen wußte, von den Insignien und Kleinodien des Gottesreiches, welche er seit dem ersten Karfreitag mit sich führt, jedem seiner gesinnungsverwandten Freunde je nach Verdienst ein passendes Angebinde machen,



Was wohl jeder erhalten würde? Das Kreuzesszepter wird wohl keiner zu berühren wagen, weil es ihnen eine Torheit und ein Ärgernis ist. Dagegen wird wohl das gewaltige Rußland für die Henkerarbeit, mit der es das Christentum gefesselt in Gewahrsam hielt, jedenfalls die Ketten in Beschlag nehmen, mit welchen Christus und Petrus gebunden waren, bevor sie um Ostern ihre Auferstehung hielten. Frankreich wird für die grausame Mißhandlung, mit welcher es das Königtum von Gottes Gnaden von sich stieß, wohl die Dornenkrone für sich in Anspruch nehmen dürfen, zwar nicht mit jener Pietät, mit welcher der heil. Ludwig sie im Triumph nach Paris überbrachte, sondern mit jener Frivolität, mit welcher Ludwig XVI. aufs Schaffot geführt wurde. Und Italien? Ja, auch Italien zählt sich seit einigen Jahrzehnten zu den Großmächten! Damit es nicht in Versuchung käme, dem Statthalter Christi in der Weltherrschaft Konkurrenz zu machen, blieb es durch eine weise Fügung der gütigen Vorsehung nach dem Zerfall des Römerreiches vor dem Unglück bewahrt, eine Weltmacht zu werden. Es hätte wohl besser getan, nie eine solche werden zu wollen. Leider ist es zuletzt zu einer Zeit, wo das sinnlose Walten roher Kräfte in Europa an der Tagesordnung war, auf eine Weise, welche man einen groben Unfug nennen muß, auch so etwas wie eine Großmacht geworden uud dürfte als solche für sein seltsames Königtum wohl gerechten Anspruch haben, sich mit dem Rohrszepter und Spottmantel der Schergen des Pilatus zu bekleiden. Deutschland wird wohl leer ausgehen müssen; es hätte zwar zufolge seiner Anwartschaft auf die eiserne Krone des römisch-deutschen Kaisertums ein wohlbegründetes Recht auf das königliche Oberkleid des Herrn — nur schade, daß dieses Gewand bei der Kleiderverteilung von den Soldaten zerfetzt und zersäbelt worden ist.

Und England? Den Engländern gebührt unbestritten und ohne jede Frage der Beutel des Judas.

Ob sie, wenn ihre Weltherrlichkeit auf diese Weise nach



dem Untergang des Gottesreiches, wie sie hoffen und erwarten, zugleich mit der geplanten Weltfriedensallianz ratifiziert sein wird, zufrieden sein werden? Schwerlich! Sie werden alle insgesamt laut jammern und rufen: Hätten wir unsere Milliarden wieder!

Aber der Papst? Immer dieselbe Antwort: „Non expedit! Mag Minister Meda mit seinen Trustblättern sich immerhin aktiv beteiligen am hochverräterischen Wettbewerb um die Herrlichkeit der Reiche dieser Welt! Ich will nichts zu tun haben mit der blutigen und unblutigen Henkerarbeit der Meister vom Stuhl — mein ist das Kreuz und mit dem Kreuze der Sieg."

II.

Die innere Unmöglichkeit einer Volksregierung.

In einer größeren Studie dieser Blätter[1]) suchten wir die innere Unwahrheit und Unhaltbarkeit des auf den Ideen Montesquieus, Rousseaus und ihrer Nachfolger ruhenden sogenannten Repräsentativsystems darzulegen. Unser Grundgedanke ging dahin, daß die amorphe Masse oder politische Partei vertretungs- und zugleich regierungsunfähig sei, daß nur aus natürlich und historisch entstandenen Korporationen und Territorien sich eine sogenannte Vertretung derselben herausbilden könne.

Unsere Studie war eine sozial-politische, wobei der Begriff „sozial" dem reinpolitischen nicht untergeordnet, sondern gleichgeordnet war. Soweit wir andere Studien über das Problem der Volksvertretung verfolgen konnten, wurde letzteres überwiegend als praktisch-politisches behandelt. Die

1) Korporativ-territoriale oder individualistisch-zentralistische Vertretung? Bd. 149, S. 523 f., 602 f. und 673 f.



Frage ist aber, wie eine soziale, so auch eine wissenschaftliche im engeren oder tieferen Sinne des Wortes, ein Problem, das mit der Lösung jenes der Massenpsychologie auch seine Lösung finden wird. Mit der Bejahung oder der Verneinung der Fragen: Ist die Masse zum Denken befähigt? Hat die Masse einen Willen? Ist die Masse durch die Wahl vertretungs- und damit mittelbar regierungsfähig? ist auch die Berechtigung des modernen Parlamentarismus und der modernen Demokratie bejaht oder verneint.

Beantworten wir zuerst die erste Frage, von welcher die Lösung aller folgenden abhängt.

I.

1. Das Denken ist eine Betätigung der Einzelpersönlichkeit und die Denkvorgänge sind an sie gebunden und in ihr verschlossen. Man kann das Denkvermögen ordnen und steigern, aber man kann die eigentlichen, unsichtbaren und unfaßbaren Denkbewegungen nicht regulieren wie etwa das Räderwerk einer Uhr. Die denkende Persönlichkeit ist kein Mechanismus, keine Maschine. Hundert und mehr Maschinen vermag man bis in die letzten Kleinigkeiten so zu gestalten, daß sie auf das genaueste dieselbe Funktion und Arbeit verrichten, weil die Maschinen einer Fabrik, einem Gusse, einer technischen Zeichnung, kurz: einem Gedanken entsprungen sind. Man kann aber nicht die Gedanken selbst: die geistigen Funktionen des Gehirnes der Menschen gleich machen. Hier fehlt völlig die Macht einer uniformen Regelung. Gedanken sind nicht nur zollfrei, sie sind auch unangreifbar. Die Gedanken einer Summe von Menschen können zufällig und für kurze Zeit nach einer Richtung gehen, sie müssen aber nicht dieselbe Richtung haben. Vollständig gleich werden für längere Zeit keine zwei der zu selbständigem Denken fähigen Volksgenossen denken.

Ist ein gleiches Denken mehrerer Menschen auf die Dauer nicht erreichbar, so ist ein gemeinsames Denken der Menschen eine elementare Unmöglichkeit. Die Gehirne der



Einzelnen haben keine organischen, mechanischen oder sonstigen Verbindungen. Die Mehrzahl, die Masse als solche kann keine Denkarbeit leisten und kein Denkresultat vollbringen. So viel Köpfe, so viel Sinn. Man kann die mündlich oder schriftlich gegebenen Denkresultate, falls sie keine übergroße Zahl aufweisen, sammeln und die ungefähr gleichen Resultate zusammenstellen, aber man kann die chirurgischen Eingriffen unzugänglichen, unerforschten Apparate des Denkens nicht zu einer gemeinsamen und einheitlichen Denkarbeit bringen oder organisieren.

Das Denken ist und bleibt eine Funktion und eine Aufgabe der Einzelpersönlichkeit. „Jeder Einzelne besitzt in seiner Isolierung", sagt Dr. Hermann Dimmler in einer höchst beachtenswerten Studie,[1] „Verstand und Einsicht, die ihn zu vernünftiger Tat befähigen. Die aus diesen Einzelnen zusammengesetzte Menge besitzt diese aktionsfähige Einsicht nicht mehr . . . . . Die Volksseele als Summe aller Einzelseelen ist vernunftlos."

Je schärfer die einzelnen Menschen denken, desto weniger vereinigen sie sich, desto mehr stoßen sie sich ab. Der Denkende ist kein Gesellschafter, und vieles Denken macht ungesellig. Die Menschen zu gleichem Denken: zu vollständig gleichen politischen und sozialen Anschauungen bringen wollen, wie es in größerem oder geringerem Maße unsere gesamte Parteipresse versucht, ist nur bei geistiger Selbstentäußerung, bei dem Verzichte auf selbständiges Denken oder das Denken überhaupt möglich.

2. Wie zu keinem gemeinsamen Denken ist die Masse auch zu keinem einheitlichen und bestimmten, aus dem Denken entspringenden Wollen befähigt. Ein klarer Volkswille existiert nicht. Was man als solchen ausgibt, sind Nöten, Beschwerden und Wünsche der verschiedenen Volksgruppen, die sich instinktiv zu unklaren, oft recht widerspruchsvollen Forderungen entwickeln und von einflußreichen Führern in

---

1) Massenpsychologie. (Histor.-polit. Blätter Bd. 158, S. 104.)



der Öffentlichkeit erhoben und als „Volkswille“ bezeichnet werden.

Kann man von keinem bestimmten und einheitlichen Volkswillen reden, so vielleicht von einem „Parteiwillen“, d. i. von dem Willen einer großen Gruppe des Volkes? Aber dieser angebliche Partei- oder Massenwille wächst nicht aus der Partei natürlich heraus, er wird heute vielmehr durch unsere künstlich erzeugte öffentliche Meinung, vorab durch die politische Presse, den Parteigliedern insinuiert. Würde man es dem Volke, der Wählermasse, der Partei ruhig überlassen, aus sich einen erkennbaren, bestimmten und unverfälschten Willen herauszubilden, man würde ewig und umsonst auf ein solches Resultat zu warten haben.

Die Herausbildung eines einigermaßen gleichen Willens war bei den alten sozialen und wirtschaftlichen, geschlossenen Organisationen, bei den Ständen und ihren Korporationen, die nicht nur das gleiche Berufsinteresse, sondern auch Glaube, Sitte und Tradition verband, möglich. Die heutige Volksmasse dagegen ist in tausend Atome zersplittert, „und es ist nicht abzusehen“, sagt scharf und wahr wieder Dimmler, [1]) „wie es zu einer auch nur äußerlichen oberflächlichen Einigung kommen soll. Das aus der Freiheit zu reden und zu handeln herausgewachsene Parteileben ist ein Chaos von Ideen, Zielen, Programmen, dem keine einigende und damit schöpferische Kraft innewohnt. Die Wissenschaft hat sich von diesem Tatsachengebiet zurückgezogen, weil sie keine wirkende Vernunft und Gesetzmäßigkeit in demselben zu erblicken vermag.“

3. Das Einzige, was sich bei den geistigen oder seelischen Vorgängen der Einzelnen in der Masse vereinigen kann, was man zu addieren vermag, sind Gefühlserregungen, sind Leidenschaften wie Liebe und Haß, Begeisterung und Zorn, Neid und Rachsucht usw. Die Gefühlsekstase wirkt ansteckend, im guten wie im schlimmen Sinne. In dieser Ekstase liegt die Ursache der patriotischen Erhebung, liegt aber auch die

1) Ebenda S. 107.



Gefahr der Massen und der Parteien, die zu Revolution und Zerstörung schreiten und deren Leidenschaft unbelehrbar und unabsehbar ist. In bedrohlichen Krisen, heißt es in einer Studie über Ludwig XVI.[1]), sind „auch die besten Worte und Reden und die gründlichsten Überredungsversuche den aufgeregten Massen . . . . . gegenüber ganz nutzlos“.

In der Hervorrufung einer allgemeinen und gleichen Gefühlserregung liegt auch die Macht und der unberechenbare Einfluß berühmter Parteiredner und Parteiführer; in ihr liegt zugleich die Möglichkeit, die Parteianhänger oder Wähler nach einer bestimmten Richtung zu dirigieren und die Wahlprogramme der ersteren zur Durchführung zu bringen. Nicht die spröden Gedanken, sondern die sich einigenden Gefühle entscheiden über den Erfolg einer Partei und über den Sieg am Wahltage.

II.

Die Partei oder Masse kann als solche nicht denken, die Masse hat keinen bestimmten, gleichen oder sich einigenden Willen. Und selbst wenn ein Massen- oder Volkswille vorhanden wäre, könnte er durch die Wahl und das aus den Wahlen hervorgehende Parlament nicht zum richtigen, wahren Ausdruck gelangen, denn der Wille ist, wie wir bereits früher ausgeführt[2]), nicht übertragbar.

Alle unsere modernen Verfassungen, ob konstitutioneller oder republikanischer Art, ruhen auf dem Repräsentativsystem: auf der Repräsentation des Volkes oder der „Staatsbürger“ durch seine Abgeordneten, auf welche durch den Wahlakt angeblich der Wille der Wähler übertragen wird. Allein weder der Wille des einzelnen Wählers noch der „Wille“ der Wählermasse ist übertragbar. Etwas was an die Persönlichkeit gebunden ist, etwas was einen Teil der Persönlichkeit selbst ausmacht, auf eine andere zu übertragen, ist eine psychologische Unmöglichkeit. So wenig als ich je-

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 69, S. 676.
2) Ebenda Bd. 149 S. 607—609.



mand für mich lieben und hassen, essen und trinken lassen kann, ebensowenig kann ich ihn für mich wollen lassen. Der Wille läßt keine Stellvertretung zu. Die Annahme der Übertragung des Willens durch den Wahlakt ist nicht nur eine gedankenlose Fiktion, sie ist eine Lüge, weil die Nichtübertragbarkeit des menschlichen Willens eine so einleuchtende Wahrheit ist, daß sie auch den Vätern und den Wortführern der repräsentativen Theorie bekannt sein mußte. Da aber mit der offen erklärten Unwahrheit der Willensübertragung das ganze moderne Repräsentativsystem: die ganze moderne Volksvertretung fallen müßte, wird diese angenommene Übertragung gar nicht untersucht, sondern stillschweigend als feststehende Voraussetzung hingenommen.

Ist der Wille nicht übertragbar, dann sind bei unseren politischen Wahlen, die sich nach Parteien nnd Parteiprogrammen vollziehen, die Gewählten einer Partei, die sich später als Fraktion konstituieren, auch nicht die Inhaber des ganzen oder teilweisen Parteiwillens und der gesamten Parteianschauung. Daß die Fraktion entgegen den Anschauungen, dem Willen und den Forderungen ihrer Wähler handelt und stimmt, und unter Umständen stimmen muß, ist eine bekannte Erscheinung, ja in vielen Fällen eine Pflicht des Gewählten. Nur bei einer konfessionellen Partei kann es vorkommen, daß sich bei kirchlichen Fragen und Kämpfen das Wollen der Fraktion mit jenem ihrer Wähler deckt, nicht weil hier eine Willenstransferierung stattfindet, sondern weil ein gleiches Wollen und Fordern sich aus den unveränderlichen kirchlichen Lehren und Geboten naturnotwendig ergibt.

Wie die Politik der einzelnen Fraktionen nicht der Willensausdruck der in Frage kommenden Parteigruppen ist, so sind die Verhandlungen und Beschlüsse des ganzen Parlamentes kein Abbild der politischen und sozialen Meinungen und des „Willens“ des ganzen Volkes, der millionenköpfigen Wählermasse.

Der sogenannte Volkswille ist die nicht additionsfähige



Summe der Einzelwillen. Und der Wille und der Wunsch des Einzelnen berührt zunächst wirtschaftliche und gesellschaftliche Dinge, Einkommens- und Erwerbsinteressen; die großen und angeblich gemeinsamen: die politischen Interessen spielen eine sekundäre Rolle. Die Politik wird in die Zeit der Erholung, in die Zeitungslektüre und an den Biertisch verwiesen. Die Politik als erstes Interesse und als Beruf überläßt man den politischen, großen und kleinen Führern, die in Wahlzeiten sich Mühe geben, die Massen der Wähler an die Wahlurne zu bringen. Mit anderen und wiederholten Worten: ein großes und allgemeines politisches Interesse, ein sich einigender politischer Massenwille existiert nicht, und auch aus diesem Grunde kann ein modernes „Volkshaus" nicht Ausdruck und Vertretung dieses Willens sein.

Vertreten kann nicht das Volk und der „Volkswille", vertreten können nur die Interessen und Forderungen der gesellschaftlichen Verbände und Korporationen und der natürlich abgerundeten Territorien werden. Wie eine solche Vertretung gestaltet werden soll, haben wir in unserer eingangs erwähnten Studie anzudeuten versucht.

III.

Ist keine Volksvertretung im buchstäblichen Sinne des Wortes, keine legislatorische Verwirklichung des „Volkswillens" möglich, dann ebensowenig eine Volksregierung. Die Selbstregierung des Volkes ist eine Utopie und ein Widerspruch in sich. Die große, schwerfällige Masse kann aus sich keine Impulse erzeugen, keinen bestimmten Willen äußern und keine widerspruchslosen Forderungen stellen. Die Masse ist hilflos, solange sie sich nicht ein Haupt gibt, dem nicht selten eine fast unumschränkte Herrschergewalt zufällt. Die Dauer dieser Gewalt hängt von der Geschicklichkeit des Hauptes oder Führers ab, seine Anschauungen mit jenen der Masse scheinbar zu identifizieren und ihr seinen Willen zu suggerieren. Was zum Schlusse als Massenwille



erscheint, ist im Wesen der Wille der Führer, und der öffentliche Ausdruck dieses adaptierten Willens erfolgt nicht durch die hiezu unfähige Masse selbst, sondern durch das von dem Führer inspirierte Tagesorgan.

Eine Volksherrschaft im wahren Wortsinne, eine Regierung durch die atomisierte Masse: eine unverfälschte moderne Demokratie ist in sich unmöglich. Den intelligentesten Wortführern der Demokratie dürfte diese Tatsache vollständig bekannt sein. Wenn sie trotzdem an dem Rousseau'schen Prinzipe des demokratischen Staates festhalten, so liegt das an der Natur des Menschen, mit der sie an den in früher Jugend übernommenen und liebgewonnenen Überzeugungen, ungeachtet aller schlagenden Gegengründe, auch im Alter festhält.

Unmöglich ist ein Regieren der Masse, unmöglich ist es aber für die in tausende von Atomen zersplitterte Volksmasse auch, hochbefähigte Einzelpersonen auszuwählen, die dann als Führer, als Regierende die ungeregelten Wünsche dieser Masse verwirklichen. Die geeignete Einzelperson ist, selbst wenn irgend eine Auswahl möglich wäre, nach ihren speziellen Fähigkeiten vorerst der Masse unbekannt. Denn alle ruhenden Kräfte und ruhenden spezifischen Talente sind der menschlichen Erkenntnis unzugänglich; sie werden erst sichtbar, sie entfalten sich erst, wenn sie in Aktion treten d. h. in unserem Falle, wenn der Führer gewählt ist. Und hier kann und wird die demokratische Masse große Enttäuschungen erleben. Ein paar Reden auf Parteiversammlungen beweisen für die staatsmännischen Fähigkeiten des Auserkorenen nichts. Derselbe kann sich in seinen amtlichen Handlungen als völlig unbrauchbar erweisen, er kann aber auch eine kluge Politik verfolgen, die jedoch unter Umständen den Instinkten, Anschauungen und Wünschen der Masse zum größten Teile widerspricht.

Ein Staatswesen und ein Volk müssen geführt und regiert werden, aber nicht nach den kaleidoskopischen Wünschen und Meinungen der Volks- und Wählermasse, sondern nach





den Grundsätzen des Rechtes und der Ordnung, der sittlichen und der sozialen Wohlfahrt. Wenn ein Volk bis in seine obersten Schichten von den Prinzipien und Forderungen des Rechtes durchdrungen, wenn sein Wille, d. h. der Wille der Einzelnen, sittlich und religiös geläutert ist, dann wird die Regierung eines solchen Volkes von selbst ein Ausdruck dieses Volkswillens sein. Darum waren die alten, religiös fundamentierten Demokratien, die im Wesen Aristokratien waren, möglich; und darum ist eine moderne, atheistische Demokratie unmöglich. Sie kann nur von einem Diktator, dem die Macht des Heeres und des Geldes zur Seite steht, gebändigt werden, sie ist aber dann keine Demokratie mehr, sondern eine Despotie, wenn auch dekoriert mit einer Volkskammer und einem ihr verantwortlichen Ministerium. Die eigentlichen, unverantwortlichen Regierenden der großen Demokratie sind unkontrollierbar und die weitverzweigten Fäden ihres Regierungssystems der Menge, bis in ihre oberen Kreise, unsichtbar. Diese unsichtbaren Regenten führen für ihre Interessen das Volk auf die Schlachtbank des wirtschaftlichen und des Weltkrieges, und das durch Schule und Presse präparierte Volk billigt diese es selbst vernichtenden Kämpfe und ereifert sich für seine „demokratische“, den Willen des souveränen Volkes zum Ausdruck bringende Regierung! — —

Die „souveränen“ Volksgenossen sind glücklich in der Illusion sich mittelst des Stimmzettels, d. h. mittelst eines zehn- bis zwanzigmillionstel Einflusses, an der Regierung beteiligen zu können. Denn auch der demokratischeste Staatsbürger will regieren, herrschen. Und hiebei kommt ihm niemals die Erleuchtung, daß das Regieren, welches das Gehorchen voraussetzt, eigentlich keine demokratische, sondern eine aristokratische Funktion ist.

Indeß: der Herrscherwille steckt nun einmal in jedem mit einiger geistigen Selbständigkeit ausgestatteten Menschen; Regieren und Herrschen ist für alle ein begehrenswertes Ziel. Daher die hundertfache geschichtliche Erscheinung, daß

der Demokratie leidenschaftlich ergebene Männer, sobald sie in führende Stellungen gelangen, sich rasch zu Herrenmenschen, zu fast absolut Herrschenden, zu Aristokraten, wenn auch ohne Tradition und Gesinnung, umbilden. Jede Demokratie spitzt sich, wenn sie Bestand haben soll, in der Folge aristokratisch zu. Das liegt in der Natur, in der Notwendigkeit der Dinge. Eine Volksregierung, eine Regierung aller, ist eine Unmöglichkeit in sich. H.

III.
Die Burgen Italiens.

Zu den volkstümlichsten Denkmälern der Vergangenheit, zu den schönsten Zierden von Landschafts- und Ortsbildern gehören die Burgen. Dennoch ist die deutsche Burgenliteratur, soweit ihr wissenschaftliche Bedeutung beizumessen ist, nur wenig umfangreich, obgleich in einigen Erscheinungen, z. B. der seit 17 Jahren existierenden Zeitschrift „Der Burgwart", zweifellos beachtenswürdig und wertvoll. Selbst in den Denkmälerinventaren wird den Burgen keineswegs durchweg genügende Beachtung zuteil, das Dehor'sche Handbuch der Kunstarchäologie läßt die meisten unbeachtet, und noch viel geringere Würdigung wird ihnen selbst in sonst gut geschriebenen Kunstgeschichten zuteil. Kommt so schon die deutsche Burg wissenschaftlich nicht voll zu dem Rechte, das ihr gebührt, so ist dies mit der des Auslandes in noch geringerem Maße der Fall. Eine Ausnahme macht jetzt die italienische Burg. Eine der bekanntesten, gleichzeitig auch umstrittensten Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Burgenforschung und des Burgenbaues, der Berliner Architekt Professor Bodo Ebhardt, hatte vor einigen Jahren von Kaiser Wilhelm II. den Auftrag erhalten, sich der Auf-

nahme und Beschreibung der Burgen des italienischen Landes zu widmen. Sie sind bisher ihrer ganz überwiegenden Mehrzahl nach weder in der Literatur bekannt gewesen, noch haben sie sich einen Platz im Gedächtnisse der meisten Italienreisenden erworben. Der Antike und der Renaissance bleibt fast alle Aufmerksamkeit zugewandt; von den Denkmälern des Mittelalters beachtet man die kirchlichen; die profanen treten zurück, die geringste Würdigung findet die Burg. Es wird das Verdienst Ebhardt's bleiben, diese Denkmäler, deren Wichtigkeit nicht minder auf geschichtlichem als auf bau-, kunst- und kulturgeschichtlichem Gebiete liegt, zum erstenmale in aller Vollständigkeit und mit einer wissenschaftlichen Gründlichkeit, die nach jeder der genannten Richtungen gleich außerordentlich ist, erforscht, unter großen Gesichtspunkten beschrieben und durch höchst umfassendes Material von Bildern und Zeichnungen veröffentlicht zu haben.

Ein Monumentalwerk gibt Ebhardt heraus [1]); erschienen sind bisher drei der stattlichen Bände. Die beiden ersten von ihnen gelten den Burgen Oberitaliens, der dritte denjenigen von Mittelitalien. Der Text der drei Bände enthält weit über 400 Abbildungen. Die Zahl der in Lichtdruck ausgeführten großen Foliotafeln beläuft sich bis jetzt auf 150. Die Herausgabe der beiden letzten Bände hat sich durch den Krieg verzögert, steht aber trotzdem in nicht ferner Aussicht.

Nur mit lebhaftestem Interesse, das durch den Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse noch gesteigert wird, kann man das Werk anschauen, nicht ohne Anteil-

---

1) Die Burgen Italiens. Im allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen Wilhelm II. Baugeschichtliche Untersuchungen über die Entwicklung des mittelalterlichen Wehrbaues und die Bedeutung der Burgenreste für die Kenntnis der Wohnbaukunst im Mittelalter von Prof. Bodo Ebhardt, Architekt. Groß-Folio. Verlag von Ernst Wasmuth A.-G., Berlin 1916. Bd. I bis III. Preis jeden Bandes ℳ 25.

nahme auch vom deutsch-nationalen Standpunkte aus. Viele von ihnen erzählen uns von unserer eigenen Geschichte! Die Befestigungs- und Wehrbauten des vorgeschichtlichen, etruskischen, griechischen und römischen Altertums waren keine Burgen in unserem Sinne. Den eigentlichen Burgenbau haben wahrscheinlich die zuwandernden Germanen eingeführt. Sie begannen mit ihm, nachdem sie seßhaft geworden waren und den eroberten italienischen Boden zu verteidigen hatten; auch der germanische Hang zum Alleinwohnen bildete einen Antrieb zum Burgenbau; geeignet erscheinende ältere Bauten wußten sie dabei zu verwerten. Bestimmte Formen, zweifellose Überreste jener frühesten Burgen sind nicht nachweisbar. Auch die Burg Theoderichs in Verona (das jetzige Castel San Pietro) gibt, trotz seiner außerordentlichen Wichtigkeit, über den ostgotischen Burgenbau in Italien keinen genügenden Aufschluß, weil die Vermutung vorliegt, daß sie in ihren wichtigsten Teilen aus älteren Resten besteht. Ebenso eingeschränkt in seinem urkundlichen Werte ist Theoderichs Palast in Ravenna. So wenig wie über die Burgen der Ostgoten vermag man über die der Langobarden zu sagen. Daß dies Volk, das 568 seinen Fuß auf italienischen Boden setzte und danach 200 Jahre lang dort blieb, sich eifrig mit der Errichtung von Burgen beschäftigt habe, berichten die literarischen Quellen. Zur Zeit der Langobarden meldeten sich bereits aus dem Osten die Einflüsse von Byzanz; im Süden die der Sarazenen, während der Norden Europas wegen der inneren Kämpfe des Frankenreiches einstweilen nichts hergab. Unter Karl dem Großen begann die Auflösung Norditaliens in viele selbständige Territorien; bei verworrenen inneren Verhältnissen bildete sich immer stärker ein örtlicher Adel heraus, der sich befestigte Wohnsitze gründete. Aus der Zeit Ottos des Großen vernehmen wir bereits die Namen zahlreicher Burgen, auch unter ihnen solcher, die geschichtliche Berühmtheit erlangt haben, wie Garda, Canossa u. a. m. Doch sind in sich abgeschlossene, unverändert gebliebene Burgen der sächsischen Kaiserzeit in Italien so wenig

erhalten wie in Deutschland. Mit der steigenden Unabhängigkeit der kleinen Herren hielt die Entwicklung des Bürgertums Schritt, die Streitigkeiten innerhalb der Städte haben ihre Spuren in Gestalt mächtiger wehrhafter Türme bis auf den heutigen Tag hinterlassen. Sie finden sich an manchen Stellen noch jetzt in Menge und geben den Ortsbildern charakteristisches Gepräge. Ein bekanntes Beispiel solcher Art ist San Gimignano. Im 11. Jahrhundert wurden die Burgbauten in Stadt und Land immer häufiger; am Anfang des 12. Jahrhunderts war der größte Teil der jetzt bekannten Burgen vorhanden. — Von größter Bedeutung für die Anlage von Burgen wurde die Zeit Friedrichs II., dessen Macht in ihnen ihre wesentliche Stütze besaß. Die folgende Zeit des Karl von Anjou setzte an die Stelle des deutschen Einflusses den französischen; als besonders wichtiges Beispiel steht das Castelnuovo zu Neapel da. Von den Burgen des Südens zeigen die wichtigsten größere Verhältnisse als die meisten im Norden des Landes, weil hier bei fortwährenden Kämpfen der Städte gegen einander, bei der Ausschaltung des kaiserlichen wie des päpstlichen Ansehens und den häufigen Zerstörungen die Burgen sich nicht zu großen Gebilden auswachsen oder solche bleiben konnten. Erst nach der Zeit der städtischen Blüte gelangte die Burg zu bedeutenderer Entwicklung durch die Kraft der einzelnen Gewalthaber, der Scaliger, Visconti, Gonzaga, Este und anderer. Auch deutsche Kaiser wurden wieder Burgherren in Italien. So gründete Karl IV. die Burg Montecarlo bei Lucca. Im Laufe des 15. Jahrhunderts haben alle Burgen des italienischen Nordens ihre jetzige Gestalt erhalten, während im Süden das politische Leben stillstand. Bei einer gewissen Einförmigkeit sind die mit gewaltiger Einfachheit und Monumentalität dastehenden Bauten doch in sich reich und mannigfaltig.

Immer größer wurde allmählig die Gewalt einzelner Fürstengeschlechter, welche die andern in ihre Abhängigkeit zwangen, außerordentlich neben ihnen die Macht und Be-



deutung der Staatsgebilde: der Republiken Genua und Venedig, des Kirchenstaates, des Königreiches beider Sizilien. Die höchste Macht gewann Karl V. So bildete sich noch dicht an den Grenzen der Neuzeit eine Burgenform von hoher Vollendung und ausgesprochener Eigenart. Unter dem Einflusse des sich umgestaltenden Kriegswesens änderte sich auch der Charakter der italienischen Burg. Sie wurde zur Festung, und damals begann ihre Anlage, als die vertikale Erstreckung durch den Zwang des neuen Belagerungssystems sich als nicht mehr haltbar erwies, jene horizontale zu gewinnen, die, allmählich immer einseitiger sich herausbildend, bis zur Gegenwart zu den wichtigsten Erfordernissen des Festungsbaus gehört. Mit jenem Zeitpunkte war die Geschichte des italienischen Burgenbaus abgeschlossen. Sich in sie zu versenken, gehört zum Interessantesten. Weit mehr als die deutsche Burg ist die italienische das Denkmal düsterster Vergangenheit, wildester Kämpfe und Leidenschaft, aber auch großartigen Gefühls für die Erhabenheit der Kunst und Schönheit, wie für die Fähigkeit staunenswerten technischen Schaffens. Zu den höchsten Eigenschaften auch der italienischen Burg, wie der deutschen, gehört ihre Umgebung. Als solche kommt in Deutschland fast durchgängig die Landschaft in Betracht, die Stadtburg ist selten geworden; wertvolle Beispiele gibt es u. a. noch in Regensburg. In Italien ist die städtische Burg häufig, nicht minder aber auch die Höhenburg oder Wasserburg in der freien Landschaft. Bilder von überwältigender Großartigkeit der Linie und Silhouette, Gemälde, welche die Wirklichkeit mit höchster Kunstvollendung schuf, steigen vor unseren Blicken auf. In den Wellen des Gardasees spiegeln sich Malcesine, wo einst Goethe das bekannte Abenteuer erlebte; im rauhen Berglande erhebt sich bei Ventimiglia die „Burg des Appius"; über die Fluten des Golfes von Spezia ragt der Fels mit der Burg San Terenzo; von steiler Höhe blickt die Burg von San Marino ins Land; eins der wundervollsten festgeschlossenen Bilder ist das des Kastells zu Vignola; kühnen



Aufbau zeigt Brisighella. Auch an den interessantesten Innenarchitekturen fehlt es nicht. Zu den schönsteu gehören die Höfe der Burgen von Montechiarugolo, von San Martino in Soverzano; reizende Wandverzierungen gibt es in Torchiara. Dies alles sind nur Beispiele, die beliebig aus einer ungeheuren Zahl herausgegriffen sind. Auf mehr einzugehen, verbietet die Rücksicht auf den Raum. Um aber Mißverständnissen vorzubeugen: mit Abbildungen dieser Art läßt es das Ebhardt'sche Werk nicht etwa bewenden. Vielmehr bleibt es sich seiner wissenschaftlichen Aufgabe streng bewußt. So wie die genannten Beispiele nicht um ihrer malerischen Eigenschaften willen abgebildet sind, so werden zu hunderten andere gezeigt, bei denen diese Eigenschaften nicht so entwickelt sind, während sie dagegen als wissenschaftliches Material ihre Aufgabe erfüllen. Lediglich unter diesem Gesichtspunkte kommt natürlich die sehr große Zahl rein architektonischer und geometrischer Zeichnungen, Grundrisse und dergleichen in Betracht. Die technische Wiedergabe aller dieser Dinge genügt weitesten Ansprüchen.

Schon im ersten Bande geht der Verfasser auf die Betrachtung der einzelnen Bauteile ein und der ununterbrochen anschließende Text des zweiten Bandes führt dies Thema durch. Die italienische Burg vereinigt in sich die Eigenschaften des Wehr- und Wohnbaus. Als Baumaterial kommt bei der Waldarmut des Landes seit ältester Zeit vorwiegend der Stein in Betracht, und zwar im Berglande der Haustein, in der Ebene der Ziegel. Zu den wehrhaften Teilen der Burg gehören die Ring-, Schild- und Mantelmauern mit ihren Zinnen und Scharten und den Wehrgängen. Der bedeutendste der Türme ist der Bergfried (la torre); auf deutsche Einflüsse hinweisend, ist er doch nicht derart wichtig wie derjenige der deutschen Burg. In älterer Zeit ist er häufiger als in späterer. Seine Formen sind höchst verschieden. Auch außer dem Bergfried besitzt die italienische Burg große und kleine Türme in den mannigfachsten Gestalten; besonders dienen sie zur Verstärkung der Ecken.

Die strenge, bis zur Härte nüchterne Art, die große Linie der Mauern und Türme gibt dem Äußern der italienischen Burg seinen gewaltigen Charakter. Fenster und Türen dienen mit ihren Kunstformen oft als Anzeichen für das Alter einer Burg, wenn andere Merkmale versagen. Der Wohnbau (la femina, il palazzo), der Pallas weist den Einfluß des altrömischen Hauses. Überwiegend ist der Steinbau; die Wölbung der Räume wird im Laufe der Zeit immer häufiger. Regelmäßig ist der Grundriß des Pallas, die Anordnung erfolgt um einen oder mehrere Mittelhöfe. Die letzteren sind quadratisch oder rechteckig, Hallen oder Säulengänge umrahmen sie. Ihre Zierde bildet der Brunnen; ihm wie der Zisterne kommt unter den dortigen klimatischen Verhältnissen ganz besondere Wichtigkeit zu. Große malerische Schönheit besitzen oft die Treppenanlagen. Zu den nicht fehlenden Bestandteilen der Burg gehört auch in Italien eine Kapelle, die sich aber mit berühmten deutschen Burgkapellen bezüglich ihres künstlerischen Wertes nur hin und wieder vergleichen kann. Selten sind größere und schmuckvolle Anlagen. So gibt es die Überbleibsel einer dreischiffigen Kapelle in der Burg zu Soave; dreischiffig war auch die große Kirche San Stefano in der Burg zu Brescia; eine prächtige romanische Kapelle mit gemalter Marmorverkleidung und Fresken der Schule Giottos und von Pordenone sieht man in San Salvatore-Susegana. Reiche Schnitzereien zeigt die Kapelle des hl. Nikomedes in Torchiara. Bisweilen wurde irgend ein Saal der Burg als Kapelle benutzt, und man kann diese einstige Bestimmung gelegentlich aus Resten von Malereien erraten. So in den Stadtburgen von Mailand und Pavia. — Eigentliche Verliese sind in italienischen Burgen selten; gewöhnlich hat man die Gefangenen in irgend einem geeigneten Kellerraum untergebracht.

Der Text des dritten Bandes untersucht die Form der Burgen Italiens nach ihrer strategischen Bestimmung. Der kriegerische Zweck bedingte die Wahl der Lage, und aus



dieser wiederum, aus der Gestalt des Bauplatzes, aus der Beschaffenheit des Angriffsgeländes ergab sich Form und Art des Burgbaues. Für die Lage kommen vor allem die großen Heer-, Anmarsch- und Rückzugsstraßen in Betracht. Viele von ihnen haben die gleiche Bedeutung, die sie schon im Altertum besaßen, auch im Mittelalter und der Neuzeit bewahrt. Die Wichtigkeit der Talschlüsse erhellt schon aus der häufigen Wiederkehr darauf hinweisender Ortsnamen, wie Serravalle oder Chiusa. Von größter Bedeutung war besonders für den Westen, aber auch für den Osten Italiens der Schutz der Meeresküste; endlich war die Burg im Binnenlande allenthalben erforderlich als Stützpunkt der Verteidigung gegen innere Aufstände. Nach der Lage unterscheiden sich Höhenburgen und Wasserburgen; nach der Bestimmung lassen die Burgen sich einteilen in Stadtburgen, feste Rathäuser, Wehrtürme, Talsperren, befestigte Kirchen und Klöster, befestigte Brücken. Die Höhenburg, deren meiste und wichtigste Beispiele der italienische Süden darbietet, ragt stolz empor, um so sichtbarer und selbstherrlicher wegen des Mangels an Wald. Ein besonders berühmtes Beispiel einer Höhenburg ist das von Friedrich II. errichtete Castel del Monte. Ähnlich großartige Anlagen sind z. B. Verres und Celano. Viele dieser Höhenburgen waren, wie dies auch in Deutschland häufig ist, mit befestigten Städten zusammengewachsen. Höhen- und Stadtburg zugleich war die Hohenstaufenburg von San Miniato. Rechnet man noch die nicht große Zahl solcher Burgen hinzu, die auf künstlich geschaffenen Erhöhungen angelegt wurden, so ergibt sich infolge der großen Verschiedenheit der Lage ein sehr reiches und mannigfaltiges Bild. — Die Wasserburg findet sich mit besonderer Häufigkeit in der lombardischen Ebene, reichlich bei Venedig, in den Maremmen zwischen Pisa und Rom, in anderen Gegenden zahlreich, in den Küstenbezirken in einer solchen Menge, wie kein anderes Land sie aufzuweisen vermag. Ihren Schutz verdanken sie umhergezogenen künstlichen Gräben, aber auch den Gewässern von Flüssen und

den Wellen des Meeres. Traurige Berühmtheit erlangte das auf einem Felsen an der Meeresküste liegende, mit dem Festland durch eine Brücke verbundene Torre d'Astura durch Frangipani's Verrat an Konradin. Eines der schönsten Beispiele einer Wasserburg ist die von Ferrara. Der Zweck der Wasserburgen war der Schutz der Küste, die Sperrung und Verteidigung der Häfen; als Stadt- oder Einzelburgen beherrschen sie ihre Umgebung und bieten Dank dem umgebenden Gewässer diejenige Sicherheit des Wohnens, die infolge mangelnder Höhenlage sonst gefehlt hätte. Die Abbildungen des dritten Bandes bieten für alle Typen der Höhen- wie der Wasserburg reichstes Material.

Der von uns gegebene kurze Überblick dürfte genügen, um die außerordentliche Fülle des Inhalts dieses monumentalen, von staunenswertem Fleiß und Wissen zeugenden Ebhardt'schen Werkes wenigstens ahnen zu lassen. Auch läßt sich verstehen, daß nicht jede, wenn noch so wichtige Burg mit Eingehen auf alle Einzelheiten ihrer Geschichte und ihres Baus behandelt werden kann. Der Umfang des Werkes würde dadurch ins Unberechenbare wachsen. In Erwägung aber, daß wenigstens einzelnen Beispielen eine solche eingehende Bearbeitung nicht versagt bleiben darf, hat Ebhardt sich entschlossen, eine Anzahl von Sonderschriften herauszugeben. Von ihnen ist bisher eine erschienen, weitere werden folgen. Die bisher vorliegende behandelt die Burgen von Verona. [1]) Daß die Wahl für den ersten Band dieser Schriften auf die alten Wehrbauten gerade dieser Stadt fiel, hat seinen guten Grund. Ist doch sie diejenige, die dem von Deutschland kommenden Wanderer als erste die Eigenart Italiens offenbart, während sie gleichzeitig reiche Erinnerungen an germanische Vorzeit nnd deutsches Mittelalter darbietet. Größter Beliebtheit erfreut sich daher diese

---

1) Steinere Zeugen: Wehrbauten Veronas von Professor Bodo Ebhardt, Architekt. Grunewald-Berlin 1911. Burgverlag. Preis 10 *M*.

Stadt bei den Italienfahrern, und doch ist es auch hier wie fast überall, daß den Burgen nur die allergeringste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Verona besitzt drei Burgen. Die älteste ist die auf der Höhe über der Etsch gelegene, die jetzt Castel San Pietro heißt; sie befindet sich an jener Stelle, wo Theoderichs Palast gestanden sein soll. Die zweite ist die „Alte Burg" (Castelvecchio); ihr Ursprung geht in frühe Zeiten zurück; ihren jetzigen Zustand verdankt sie einem Neubau des Cangrande. Die dritte Veronesische Burg heißt Castel San Felice; seit 1389 beherrscht sie die Stelle, wo die Höhenzüge der Umgegend sich vereinigen. Der von nicht eben großen, aber sehr interessanten Bilder- und Zeichnungstafeln erläuterte Text bietet genaue Untersuchungen über die z. T. in graue Vorzeit zurückgehende und bis ins 19. Jahrhundert sich erstreckende Geschichte jener Wehrbauten; ferner die Baubeschreibung, die trotz ihrer Genauigkeit beim Leser nicht die Fachkenntnisse des Architekten voraussetzt. Als willkommene Beilagen enthält das auch äußerlich prächtig ausgestattete Buch urkundliche und literarische Belege, sowie eine von 89 v. Chr. bis 1831 reichende Zeittafel. Nach dieser ersten Probe darf man den weiteren Sonderschriften mit Interesse entgegensehen. Dem großen Burgenwerke aber sei angesichts seiner ungewöhnlichen Wichtigkeit baldiger Fortgang und Abschluß gewünscht.

Dr. Oscar Doering.

IV.

König Ludwig I. und die katholische Kirche.

Neue Beiträge von Anton Doeberl.

4.[1])

Der Name König Ludwig I. steht nicht nur mit goldenen Lettern geschrieben in den Chroniken der von ihm wieder oder neu ins Leben gerufenen klösterlichen Ordensgesellschaften, ihm ist auch ein Ehrenblatt in den Annalen der Glaubensverbreitung vorbehalten. Es war echt katholisches Empfinden, das den König zur Unterstützung der Missionen anregte; aber wie auch sonst vielfach, verbanden sich mit den religiösen Beweggründen deutsch-nationale: er sah in den Missionären Pioniere deutschen Wesens, die als solche einer Unterstützung, einer Förderung um so mehr wert schienen, als die französischen Missionäre nur zu oft auch Vorposten französischer Macht waren; er glaubte ferner für jene deutschen Auswanderer, die unter dem Druck der Verhältnisse die heimatliche Scholle verlassen hatten, als katholischer Monarch und deutscher Fürst etwas tun zu müssen.

Noch ist deutsches Missionswesen und seine Geschichte im 19. Jahrhundert nicht geschrieben, noch kann der Anteil des Königs am Missionswerke gerade in der schwierigsten Zeit des Anfangs nicht erschöpfend dargestellt werden. Aber es hieße einen der schönsten Züge im Wesen des Monarchen und nicht das geringste seiner Verdienste um die Kirche übergehen, wollten wir nicht, wenn auch nur auf einiges neue Material gestützt, zu schildern versuchen, was der König für deutsches Missionswesen getan.

I.

Vor den Unabhängigkeitskämpfen konnte sich unter dem Druck der englischen Strafgesetze in Neuengland (dem östlichen Teil der heutigen Vereinigten Staaten) der Katholi-

1) Vergl. Bd. 158 S. 824 ff. dieser Blätter.



zismus nur äußerst mühsam behaupten, geschweige denn blühen. Die katholische Bevölkerung Nordamerikas bestand zur Zeit des Sezessionskrieges aus nicht mehr als 25—30 000 Seelen, zumeist Bewohnern der Staaten Maryland und Pennsylvanien. Ungefähr 20 Jesuiten und ebensoviele teils deutsche teils irische Weltpriester waren ihre Seelenhirten, die sich an manchen Orten verborgen halten mußten, anderswo jedoch sich öffentlich zeigen durften.

In der Verfassung der 13 Staaten, die sich von Altengland losgesagt hatten, wurde dem puritanischen Unterdrückungssystem insofern ein Ende gesetzt, als die Verfolgungen aufhörten. Puritanischer Hochmut war aber geblieben: er zeigte sich fast allenthalben im Ausschluß der Katholiken von den öffentlichen Ämtern, zeigte sich in wiederholten Ausbrüchen puritanischer Intoleranz.

Die Zahl der Katholiken war seit dem Freiheitsjahr 1763 stetig und rasch gewachsen. Damit hatte sich aber zugleich angesichts der Mehrung der Kolonisten und ihrer Armut und andererseits des Seelsorgermangels eine drückende kirchliche Not entwickelt.[1]) Hilferufe ergingen nach Deutschland, an die Redaktion des „Katholik". Die beiden Redakteure, Weis und Räß, gaben alsbald nicht bloß in ihrer Zeitschrift ein Bild der Missionsverhältnisse in Amerika, sie wandten sich auch an denjenigen, der für alle katholischen Interessen einen weiten Blick und ein gutes Herz hatte, an Bischof Sailer.[2])

Was Bischof Sailer im Jahre 1828, als er den Brief von Weis erhalten, zur Verwirklichung des angeregten Gedankens eines deutschen Missionsvereins getan, läßt sich bis jetzt nicht verfolgen. Aber ein Jahr später, als der für die amerikanische Missionsgeschichte bedeutsame Generalvikar von Cincinnati, Friedrich Rese, vom Wiener Kaiserhof nach München und nach Regensburg kam, empfahl er wärmstens dessen Unternehmen.

1) Vgl. den Aufsatz „Die katholische Kirche in Nordamerika" in Histor.-polit. Blätter Bd. 12 S. 286.

2) Der Brief Weis' vom 3. April 1838, mitgeteilt in Histor.-polit. Blätter Bd. 155 S. 167.



„Der Generalvikar Friedrich Rese", so schreibt Bischof Sailer am 19. März 1829 an Minister E. v. Schenk, „besuchte mich am 15.—16. März und erzählte mir, was er durch Kaiser Franz von Österreich ausgerichtet habe.[1]) Auch unser allergnädigster König hat bereits die Unterstützung der Missionen in Amerika durch Beiträge in Bayern genehmigt, wie Sie am besten wissen. Das Signat des Königs ist ein Meisterstück der Regentenweisheit, indem auf der einen Seite der Andacht und dem Mitleid der katholischen Christen freier Spielraum gelassen ist und andererseits aller Zwang fern gehalten wird. Nun wünscht Rese noch, daß der Sammlungserlaubnis eine religiöse Form und eine gesicherte Dauer durch eine Zentraldirektion in München verschafft würde, wie die aus seiner Eingabe wissen werden. Nun bitte ich, mir (Sie sollen nie selbst schreiben) etwa durch Schwäbl wissen zu lassen, ob und was ich in dieser Angelegenheit an den König schreiben soll. Ich machte den Generalvikar schon darauf aufmerksam, daß, wenn dem König die Form mißfallen sollte, er nicht darauf zu bestehen hätte, sondern alles dem selbstischen Ermessen des Königs überlassen sollte. Was die Generaldirektion betrifft, so halte ich sie für nötig, teils um alle Beutelschneiderei in der Sammlungsweise, teils um alle unvernünftige Verwendung der gesammelten Beiträge zu vermeiden. Übrigens soll nicht verschwiegen werden, daß die ganze katholische Christenheit den Namen des Königs Ludwig hochfeiern würde, wenn S. M. die zweite Bitte des Generalvikars Rese genehmigen würde."

Werfen diese Zeilen einige interessante Streiflichter auf den Beginn der deutschen Missionsbewegung, die ohne Zweifel noch genauer erforscht wird und einer Darstellung wert ist, so verwischen sich leider die Spuren, auf denen wir der ersten Weiterentwicklung der von so bedeutenden Männern wie Weis, Räß, Rese und Sailer unterstützten Idee folgen könnten. Erst

1) „Friedrich Rese schilderte in Wien den Zustand der katholischen Missionen so ergreifend, daß sich ein österreichischer Missionsverein bildete, die Leopoldinenstiftung." Kralik, Allg. Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, S. 545.



im Jahre 1838 tritt der alte Plan wieder in Erscheinung und wird zur Wirklichkeit. Es war wiederum Rese, nun Bischof in Detroit, der die Gründung eines deutschen Missionsvereins bei König Ludwig I. wärmstens befürwortete. Ich folgere das aus den Worten eines Signats, das der König am 18. Mai 1838 an Minister von Abel richtete: „Habe von Ihnen noch kein Gutachten über Bischofs von Dedroit, Rese's Vorschlag, teutsche Verbindung wegen Ausbreitung des katholischen Glaubens unter Nord-Amerika's Wilden." Am 17. Juli 1838 trat der Ludwigs-Missionsverein ins Leben, aber auf breiterer Grundlage, als Bischof Rese gemeint hatte: er sollte das Missionswesen in Bayern sammeln und es deutschen Missionsanstalten, insbesondere in Amerika und Asien (Palästina) zuwenden, zugleich aber im Inland der schreiendsten Not deutscher und bayerischer Diaspora — man muß in der Diaspora gewesen sein, um sich ein Bild davon machen zu können, wie bedürftig das katholische Kirchenwesen dort ist, aber auch wie sehr die Glaubensfreudigkeit und der Opfersinn der Diasporakatholiken, wenigstens im allgemeinen, einer Unterstützung wert ist — zu begegnen. Wie viele Millionen seit dem Gründungsjahr vom Ludwigs-Missionsverein einerseits in die ausländischen Missionen, andererseits in die bayerische und deutsche Diaspora geflossen, ist noch nicht ausgewiesen. Seit 1865 allein wurden für die Zwecke der Diaspora nach Sepp's Angabe 2'584,000 ℳ verausgabt.

Der Ludwigsmissionsverein stand anfangs in Verbindung zum Lyoner Missionsverein. „Interessieren kann es vielleicht E. E.", so schreibt der Freund des Königs, Karl Graf von Seinsheim, München, den 11. Sept. 1839 an Minister von Abel, „zu erfahren, daß S. M. in den Statuten des Missionsvereins die voluntäre Ausschreibung eines Gebetes für die Mitglieder sowie die Verbindung mit der Missionsgesellschaft in Lyon zu genehmigen geruhten. So wird die Sache rasch und gewiß mit gutem Erfolg vorangehen." Aber je länger, desto weniger behagte dem selbständigen Wesen des Königs, der deutschen Einfluß bei Verteilung deutscher Missionsgelder verstärkt sehen wollte, irgend-

welche Abhängigkeit. „Eben habe ich", so schreibt er am 13. Juni 1844 von Rom an Minister v. Abel, „mit Monsignore Brunelli, Sekretär der Propaganda, gesprochen. Von nun an soll, auf so lange ich nicht anders verfüge, von der Sammlung des Ludwigsvereins nichts mehr nach Lyon geschickt werden, sondern an den Prefetto della propag. fide hieher nach Rom. Brunelli, als er dieses Amt bekam, erfuhr, daß ich mich so vor 2 Jahren in der Propaganda selbst so ausgesprochen, damals vor tauben Ohren."

Eine kleine, scheinbar unbedeutende Episode zeigt, wie eifersüchtig König Ludwig über allem wachte, was zur Stärkung deutschen Einflusses, zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland diente. Im Jahre 1845 richtete Bischof Chabrat, Koadjutor des Bischofs von Louisville in Kentucky, ein Gesuch an den König um Überlassung eines den gekreuzigten Heiland darstellenden Altarblattes für den Hochaltar in Louisville (Ludwigskirche.) Darauf frug der König verwundert seinen Minister, wie es komme, daß ein Franzose Bischof über 10000 Deutsche, meist ehedem bayerische Untertanen sei.

Minister Abel zog darauf beim Vorstand des Ludwigsmissionsvereins, Domkapitular Späth, Erkundigung ein und erfuhr zur Aufklärung, daß die katholische Bevölkerung Nordamerikas im allgemeinen zumeist aus Angehörigen der französischen und der irischen Nation bestehe, daß deshalb auch die Seelsorge meist französischen und irischen Priestern übertragen sei und die Missionen lange Zeit beinahe ausschließlich vom Lyoner Vereine unterhalten worden seien. Das Gesuch des Bischofs befürwortete Minister von Abel in Anbetracht der guten Gesinnung desselben gegen seine 8—10000 deutschen Diözesanen. „Uebrigens werde er", so ergänzte der Minister seinen Bericht an den König vom 29. Mai 1845, „mit dem päpstlichen Nuntius darüber Rücksprache zu nehmen nicht verfehlen, daß bei den großen Leistungen namentlich des Ludwigsvereins für Nordamerika und der dort stets wachsenden Zahl deutscher Katholiken auch bei der Besetzung bischöflicher Stühle die Berücksichtigung deutscher Priester eben so sehr im Interesse der Religion als aus Gründen der Billigkeit statt-

finden möge." Dieser Bericht des Ministers trägt folgende Mariginalbemerkung des Königs: „Diese Rücksprache wegen diesem mir sehr am Herzen liegenden Gegenstand ist mit dem Nuntius zu nehmen und nicht nur das Ergebnis derselben, sondern auch das der Wirkung mir vorzulegen.

München, 30. Mai 45. Ludwig."

So sehr der König deutschen Einfluß anf das von Bayern, später auch von der Diözese Freiburg unterstützte Missionswesen gewahrt wissen wollte, ebensowenig wollte er von einer Vermengung nationaler Politik und religiöser Ziele, wie sie von französischen Missionären nicht immer auseinandergehalten worden, reden hören. Einem Artikel, der beide Aufgaben vermengt wissen wollte, begegnete der König mit folgendem Signat:

„Herr Minister des Innern von Abel! Was in der diesem für Einrückung in der „Allgem. Zeitung" bestimmten Artikel angefügten Note enthalten, ist unrichtig. Der Congregation pro propaganda Fide in Rom, nicht dem Missionshause zu Altötting lasse Ich von der Einnahme des Ludwigs-Missions-Vereins zuwenden. Überhaupt scheint Mir dieser Artikel, wenigstens insoweit als er von den katholischen Missionen spricht, in seiner dermaligen Fassung nicht zur Veröffentlichung geeignet. Die katholischen Missionen haben nichts mit der Politik zu tun; ihre Aufgabe und ihr Zweck ist die Verbreitung der katholischen Glaubenslehre. Ich möchte nun hierüber Ihre Ansicht vernehmen, welche Sie Mir unter Rücksendung der Beilage alsbald vorlegen sollen.

München, 3. November 1845.

Ihr wohlgewogener König Ludwig."

Der König begnügte sich aber keineswegs damit, einen Missionsverein ins Leben gerufen zu haben, er steuerte selbst aus seiner Kabinettskasse beträchtliche Summen bei. Sicherlich schon in den ersten 8 Jahren, obwohl darüber in der zugänglichen Literatur, so weit ich die Sache überblicken kann, jeder Ausweis fehlt. Die verschiedenen Zahlen, die Sepp angibt, scheinen sich alle auf jene Zeit zu beziehen, als der Missions-



verein mit der Entsendung deutscher Missionäre und deutscher Schwestern bereits in das zweite Stadium seiner Entwicklung getreten war. Ich werde gleich auf die Höhe dieser Summen zu sprechen kommen.[1])

Mit welch warmem Empfinden der größte Wohltäter der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert überall helfend einsprang, wo die Interessen des katholischen Missionswesens gefährdet erschienen, und zwar schon vor der Ausreise bayerischer Missionäre, zeigt folgendes Signat, das mitten in den unliebsamen Aufregungen des Landtags 1846 ergangen ist:

„An Minister von Abel.

Herr von Schröder sagte und schrieb mir, daß zwei katholische Kirchen Nordamerikas, teutsche, von den Gläubigern in Besitz genommen würden (in Philadelphia und Rochester), wenn nicht rasch und ernstliche Hilfe erschiene. Seine Hoffnung ist der Ludwigsverein. Unverzüglich sehe Minister von Abel, was zu leisten erforderlich und was geleistet werden kann, dieses Unglück zu verhüten. Mich von dem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

München, 14. Februar 46. Ludwig."

Das Jahr 1846 brachte neues Leben in das bayerische Missionswesen. Am 25. Juli 1846 reiste ein anderer Bonifatius, P. Bonifaz Wimmer, aus Metten, mit 4 Studenten und 15 Handwerkern von München ab uud landete am 16. September in New-York. Schon am Michaelsfeste des Jahres 1848 konnte er den Grundstein eines Klosters legen, das 1855 zur Abtei erhoben wurde (St. Vincent in Pennsylvanien). In den folgenden Jahren wuchs die Zahl der Benediktiner sowie der 1852 aus Eichstätt berufenen Benedik-

1) Die im K. Geh. Hausarchiv verwahrten Kabinettsrechnungen König Ludwig I. dürften auch hierüber genauen Aufschluß geben. Im ganzen gab der König 20 Millionen Mark für kirchliche und wohltätige Stiftungen und an Almosen aus seiner Privatkasse. Sepp, Ludwig I. [2]S. 820. Und für diesen „cultor fidei", wenigstens im weiteren Sinn, hat das Kirchenlexikon von Wetzer und Welte nicht einmal eine Spalte übrig.

tinerinnen so gewaltig, daß beim Tode des Gründers 1887 die amerikanische Benediktinerkonkregation 5 Abteien mit über 200 Ordenspriestern und vielen Klerikern, Novizen und Laienbrüdern umfaßte, die Benediktinerinnen aber in 34 Konventen in einer Zahl von nahezu 2000 Nonnen eine gesegnete Wirksamkeit entfalteten, drei seiner Ordenssöhne zur bischöflichen Würde erhoben waren und Tausende von ehemaligen Benediktinerzöglingen in Kirche und Staat zum Wohle ihrer Mitmenschen tätig waren.[1])

Den Benediktinern folgten bald Kapuziner, Franziskaner, Redemptoristen über den Ozean; vor ihnen hatten schon die armen Schulschwestern unter ihrer ersten Generaloberin, Theresia Gerhardinger, in der neuen Welt Fuß gefaßt.

Mit Freuden sah jetzt König Ludwig I. das zur schönen Blüte gedeihen, was er gesät hatte. Freigebig spendete er den Missionären: mehr als 120 000 Gulden wies er den Missionären in Amerika zu. Zum Gedächtnis all des Großen, was König Ludwig I. für das katholische Missionswesen in Amerika getan, erhob sich eine Abtei, die den Namen des freigebigen Stifters trägt: St. Ludwig am See (St. Louis on the Lake). Und als die Mönche von St. Meinrad im Staate Indiana am 26. Jahrestag der Gründung des Ludwigs-Missionsvereins die Geschichte der dortigen Benediktiner-Missionen veröffentlichten, widmeten sie das Werk: „König Ludwig I. von Bayern, dem eifrigsten Förderer und größten Wohltäter der Missionen Amerikas".[2])

II.

Einem anderen Land galt noch ganz besonders das liebevolle Interesse und die mächtige Hilfe des Königs, jenem Lande, das dem christlichen Herzen teuer wie keines ist, wohin so oft deutsche Recken in heiliger Begeisterung gezogen waren, um es zu erobern, ohne es aber behalten zu können. Im hl.

1) Aus der Rede des hochwürdigsten Herrn Abtes Willibald von Metten bei Gelegenheit der Enthüllung des Denkmals für Erzabt Bonifaz Wimmer in Thalmassing am 8. September 1909.

2) Sepp, a. a. o. S. 794.



Lande war es aber wiederum ganz besonders das hl. Grab, zu dem es von jeher die gläubigen Christen zog.

Seit fünf Jahrhunderten, seit dem Jahre 1304, waren es die Franziskaner gewesen, die mit ihrem Leben die Grabstätte des Herrn geschirmt, die ihr Brot gastlich mit Pilgern geteilt, die sie an den hl. Stätten umhergeleitet, die sie in ihren Krankheiten gepflegt, aus den Fesseln der Türken losgekauft und mit ihnen am Grabe gebetet hatten. Jeden Tag von Räubern und Mördern bedroht, verlassen und in äußerster Armut, haben sie die Lampe auf Golgatha nicht erlöschen lassen und sind die einzigen gewesen, die in jenen Gegenden die katholische Kirche des hl. Landes, 80 000 Seelen zählend, inmitten der Ungläubigen aufrecht hielten.[1])

In den dreißiger Jahren des verflossenen Jahrhunderts gestaltete sich unter dem Einfluß der revolutionären Gärungen im Westen Europas die Lage der Wächter am hl. Grabe sehr mißlich. Mehrere Almosenquellen versiegten, so in Spanien, Portugal, Holland und ganz besonders in Frankreich, das sich so viele Jahrhunderte edelmütig gegen Palästina gezeigt. Das Frankreich jener Tage behielt zwar das Protektorat über die Katholiken des Orients, vergaß jedoch um jene Zeit, daß dem Schirmrecht auch eine Schirmpflicht entsprechen müsse.[2])

Der Münchener Universitätsprofessor Schubert, ein Romantiker, der im Jahre 1836 eine Pilger- und Studienfahrt nach dem hl. Lande angetreten hatte, schilderte nach seiner Heimkehr in bewegten Worten die Not der Wächter am heil. Grabe. In einem Aufsatz dieser Blätter „Jerusalem und die Hüter des heiligen Grabes. Eine Aufforderung an die deutschen Katholiken" erging zum ersten Mal in neuester Zeit ein Mahnruf zu ehrenvoller Aufgabe. „Es wird von den deutschen Katholiken zum Teil abhängen, ob die Lampen, welche die Frömmigkeit früherer Jahrhunderte am hl. Grabe angezündet, noch ferner leuchten sollen, ob ferner noch durch den Mund

1) Histor.-polit. Blätter, Bd. 2, S. 240. Vgl. Bd. 5, S. 2 ff. und 705 ff.

2) Erst nach der deutschen Bewegung für Palästina scheint sich Frankreich wieder auf seine Pflicht besonnen zu haben.



katholischer Priester, wo das Werk der Erlösung vollbracht ward, das Evangelium von der Passion und der Auferstehung soll gelesen, das Opfer Christi dargebracht und das Osterfest gefeiert werden."

Um dieselbe Zeit, am 28. September 1838 erließ der König von Berchtesgaden aus eine Stiftungsurkunde, in welcher er den frommen Vätern vom hl. Grab ein Kapital von 10000 Gulden aus seiner Kabinettskasse übergibt mit der Bestimmung, daß für ewige Zeiten aus den Zinsen ein Beitrag zur Bewachung und Erhaltung der Kirche des hl. Grabes fließen soll. Seitdem übersandte auch der Ludwigsmissionsverein alljährlich 6000 Gulden. Eine Sammlung, die Georg Phillips und Guido Görres zu Neujahr 1839 in den Historisch-polit. Blättern angeregt, brachte bis Ende 1839 (laut Abrechnung auf dem Umschlag des 12. Heftes) allein schon 8 106 fl. auf, woran sich später die Stiftung einer ewigen Messe am Christusgrabe für das katholische Deutschland mit einem Kapital von 30000 Gulden schloß, das in Bayern fundiert ist. Seit Oktober 1843 besteht ferner eine kgl. Verordnung, daß am Palmsonntag in allen Landeskirchen für die Wächter am hl. Grab gesammelt wird.

Schon dachte der König daran, den Katholiken noch eine besondere Stätte in der hl. Stadt zu erwerben. Die Sendung Sepp's nach Palästina im Jahre 1845 steht mit diesem Plane im Zusammenhang. Doch scheiterte dieser Plan. Erst dem jetzigen Kaiser Wilhelm II. war es vorbehalten, den Katholiken die dormitio B. M. zu erwerben.

Wie in Palästina, so war der König auch sonst bemüht, katholisches Missionswesen freigebigst zu unterstützen, an den Grenzen unseres bayerischen und deutschen Vaterlandes, wohin immer der Name des Schirmherrn der Kirche Hoffnung weckend drang, wie in weiter Ferne, in Nordafrika, Algier, Ägypten, Syrien, Ostindien, Australien, überall wo bayerische, deutsche Glaubensboten dem Christentum einen Weg bahnten. Das Wenige, das ich erwähnt, dürfte aufs neue begründen, warum das Bild unseres Königs allen Glaubensgenossen so tief ins Herz gegraben ist. Mögen diese Ausführungen noch eine



eingehendere Darstellung der Verdienste des Königs um das katholische Missionswesen veranlassen. Sie wäre in mehr als einer Hinsicht gerade jetzt am Platze.

Der bayerische Stamm hat einmal wie der sächsische eine hohe Mission erfüllt, weite Gebiete kolonisiert und germanisiert und sie dem Christentum gewonnen. Ein gut Teil der Kraft, die zu jener Kulturarbeit befähigte, ist dem bayerischen Stamme auch in der neuesten Zeit geblieben. Das zeigt sich unter der Regierung König Ludwigs I., wo aus dem kleinen Bayern Missionäre in eine halbe Welt ausgingen. Diese Kraft kann auch heute geweckt werden durch eine tüchtige Missionspresse und eine gründliche Missionswissenschaft zuerst in Bayern; von hier aus muß das heilige Feuer übergreifen auf das stammverwandte Österreich, das bisher trotz oder bei seinen reichen Klöstern noch nicht genug Kräfte für das Missionswesen gestellt hat. Österreichs, aber auch Bayerns Zukunft sind in der Richtung gelegen, die seine Wasserstraße weist. Die Gegenwart, durch die Aufhebung des französischen Missionsprotektorats im Orient und durch die Mobilisierung der französischen Missionäre eine Zeit der Krisis für das katholische Missionswesen im allgemeinen, gemahnt Bayern, wie das ganze katholische Deutschland, an seinen Beruf und seine Pflicht. Vielleicht ist es bayerischen und österreichischen Missionären beschieden, der Union weiter Kreise, die bisher in den russischen Bannkreis einbezogen waren, frohe Aussichten zu eröffnen und um den ehernen Ring, den der Krieg um Deutschland und seine Verbündeten im Orient geschmiedet, goldene Fäden katholischer Kultur zu ziehen.

V.

Zu Carmen Sylvas Heimgang.

Ein in Form und Inhalt gleich anziehendes, durch Zufall entstandenes, höchst anziehendes Büchlein.

In einer Nummer der Münchener „Fliegenden Blätter" erschien 1911 ein kleines vierstrophiges, von Franz Simm ganz charakteristisch illustriertes Gedicht in der von Lina Sommer[1]) so meisterlich gehandhabten, gemütlichen Pfälzer-Mundart. Es schildert das Zusammentreffen zweier, in der Jugendzeit einst wohl bekannten, nun alt gewordenen Leutchen mit den dadurch plötzlich wieder wachgerufenen Erinnerungen. Das Poëm erregte die Aufmerksamkeit der königlichen Dichterin Carmen Sylva. Darüber entspann sich eine Correspondenz, welche bis zum Ableben der damals schon schwer leidenden Elisabeth von Rumänien währte. Kurze Auszüge daraus liegen jetzt vor, welche das Andenken der hohen Frau in ehrendes Gedächtnis bringen, ebenso wie an deren edlen Gatten.

Beide hatten durch politische Konstellation in einem völlig fremden Lande eine zivilisatorische Tätigkeit begonnen, mit bestem Willen und langsam aber sichtbar reifenden Erfolgen. Kleine Einblicke in die ungeheure Arbeit tun sich auf, wie jeder neue Spatenstich namenlose Mühen kostete, doch auch das beiderseitige Verständnis zwischen Volk und Fürst Wurzel faßte und Keime trieb. So wohnte das hohe gleichgesinnte Paar lange in den kleinen, weißgetünchten Räumen eines ehemaligen Klosters, bis bei stetem Gedeihen an den Bau einer Residenz und des märchenhaften Karpathenschlosses Sinaja gedacht und Hand angelegt werden konnte. Eine ganz unübersehbare Kette des ehrlichsten Schaffens ging voraus. Doch auch die bleiche Sorge der damals noch ungewissen Nachfolge saß zur Seite, da das einzige Kind kaum dreijährig gestorben

---

1) „Carmen Sylva: Briefe einer einsamen Königin." München (1916) Braun u. Schneider. 102 Seiten. Kl. 8°. (3 Mark.)



war und Ersatz fehlte. „Zuerst wollte ich den Bau überhaupt nicht sehen und bei der Grundsteinlegung weinte ich so, daß ich dachte, das Herz bräche mir, denn ein leeres Haus ohne Kinder kam mir so traurig vor, daß ich meinte, es nicht darin aushalten zu können. Aber langsam hat mich der liebe Gott doch gelehrt, wie ich es füllen könne mit Gedanken und Erinnerungen und mit Menschen, ‚die hier Sonntag halten und sich erquicken am Schönen‘.“ „Es wurde mehr ein Museum als ein Wohnhaus“ (schrieb sie später) „und da alle Menschen, die uns zu sehen begehren, auch bei uns essen, sind es wirklich Viele, die das Schöne mitgenießen. Wir rechnen, daß in einem Sommer 5—6000 Menschen bei uns zu Tische sind.“ Das gemahnt an das Zudringen am Hofe des Landgrafen Hermann von Thüringen auf der Wartburg bei Eisenach und den neuen, regelmäßig gegen Entrée „aus- und einsetzenden“ Fremdenstrom daselbst und in den bayerischen Königsschlössern, während in Sinaja alle nach Gastrechtweise verkehrten: „Kinder haben ihre kleinen Freuden bei mir, junge Leute bekommen Musik, die Alten gutes Essen und alle den Anblick schöner Bilder, die Aussicht auf das Hochgebirg aus allen Fenstern und auf den Terrassen die schönsten Blumen. Das erquickt Viele und Jedes geht froh hinaus in dem Gedanken, daß es ihm mitgehört, denn nur so verstehe ich sogenannten Besitz. Nur einmal hat ein Griesgram gesagt: ‚Wie soll mir das Freude machen, das mir nicht gehört?‘ Nur ein einziges Mal war das! Das Schöne gehört allen Menschen gleich, sie begreifen es nur nicht! Der sogenannte Besitzer hat doch auch nur zwei Augen und ein Gehirn, also die Fähigkeit, gerade so viel davon zu haben als Andere auch.“

„Arbeit“ war die Lebensfreude der königlichen Frau, welche die schriftstellernde Feder führend, sich Carmen Sylva nannte (das e fiel aus klangvollen Gründen weg), also etwa Waldvogel, Waldblume, dann Frische, Ungezierte, Kunstlose — auch Ungeformte, da ernstes Modellieren und Feilen ihrer Natur nicht behagte, die überhaupt unbewußt vielfach an Bettina Arnim-Brentano und deren Freundin Günderode erinnert, die ihren schäumend sprudelnden castalischen Quell nicht in kunst-

gültige Form brachten. Dagegen beobachtete Carmen Sylva eine strenge Zeiteinteilung, saß schon am frühesten Morgen von 3—8, dann von 10—1 und wieder von 4—8 Uhr über ihren Büchern und Skripturen, liebte auch Frakturschrift auf Pergament mit Tusche, Handarbeiten aller Art, so daß sie nach ihrer Meinung in früheren Zeiten wohl Mönch oder Nonne geworden wäre, da sie sich so gern mit Zellenarbeiten beschäftigte. Diktieren konnte und wollte sie nicht. „Denken Sie 'mal, was es hieße, nie allein zu sein! Und am frühen Morgen, wo die meisten Menschen noch gern schlafen, einen herausstrommeln, — nein das kann ich nicht, das ist mir unmöglich! Selbst bei einem Brief muß ich mit dem allein sein, an den ich schreibe: Nie hätte er sonst meine ganze Seele."

Trotz zweimaliger Operation besserte sich ihr Augenleiden wenig, weßhalb sie auch eine Schreibmaschine gebrauchte, und doch ist noch von allerlei Handarbeiten und Stickereien die Rede; auch daß sie jahrelang nur im Rollstuhle in den Wald gefahren wurde, welchen man nur auf seinen eigenen Füßen genießen kann. „Man muß sich nach jedem Storchenschnäbelchen und Sauerklee bücken, muß am Moose riechen und die Bäume umarmen können, wenn es niemand sieht, sonst ist der Genuß dort sehr beschränkt."

Sie hat sich in allen Formen der Dichtung versucht; im Epos und Drama, wo ihre vielseitige Begabung nicht ausreichte und der willige Beifall, mehr der gefeierten Königin geltend, über den Erfolg täuschte; ihr unbestrittenes Feld fand sie in der Erzählung und der stets klangreich und weichgestimmten Lyrik, wo der kühne erste Wurf immer fesselnd wirkte, wie auch in der übersetzenden Nachbildung, und wo die liebevolle Behandlung des Detail dem breiten Vortrag zur Folie diente.

Dem von ihr schwärmerisch verehrten Gatten stand sie unerschütterlich, im großartigen Sinne zielbewußten Strebens treu vereint zur Seite, segenspendend für Land und Leute. Seinem Heimgang am 11. Oktober 1914 folgte die Gattin am 2. März 1916. So wurden Beiden die nächstfolgenden,



weit von ihren Intentionen abfallenden Ereignisse mit ihrem ganzen Jammer glücklicherweise erspart.

Das nach dem Leben photographierte, am Fuße einer Treppe sitzende Bildnis mit der prachtvoll und sorgfältig gelegten Draperie und der feinempfundenen Handbewegung, gleicht einer von Erwin Kurz oder Adolf Hildebrand gemeißelten Statue, eine dem vorliegenden Büchlein ebenbürtige vornehme Zugabe. Ihr Andenken mag sich noch lange erhalten, während Bertha Baronin von Suttner (geb. 9. Juni 1843 zu Prag, gest. 21. Juni 1914 in Wien) trotz ihres diktatorischen „Die Waffen nieder!" vorerst nutzlos verblaßte, als wäre sie niemals dagewesen. Ubi sunt qui ante nos?

VI.

Das Friedensangebot der Mittelmächte.

Am 28. November 1916 sagte Ministerpräsident Radoslawow in der bulgarischen Sobranje, daß in näherer Zeit im bulgarischen Parlament und in den übrigen Vierbund-Parlamenten wichtige Erklärungen abgegeben werden dürften, die allgemeine Freude hervorrufen würden. Das war, wie sich später herausstellte, die erste Ankündigung des Friedensangebots des Vierbunds der Mittelmächte an den Vierverband der feindlichen Staaten.

Die Mittelmächte richteten am 12. Dezember eine identische Note durch die Vermittlung der Schutzmächte Spanien, die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche die mitteleuropäischen Rechte in den feindlichen Staaten wahrnehmen, an die Gegner, worin ihnen vorgeschlagen wird, „alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten". Hinzugefügt wurde in der Note: „Die Vorschläge, die sie (die Mittelmächte) zu diesen Verhandlungen mitbringen werden, und die darauf gerichtet sind, Dasein und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker



zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugnng eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens." Auch dem Hl. Stuhle wurde die Note von dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, und zwar in einer besonders feierlicher Form, überreicht.

Die Initiative zu diesem überraschenden Vorgehen beanspruchte Österreich-Ungarn für sich. Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza führte darüber im ungarischen Abgeordnetenhaus aus, nachdem die konzentrierte große feindliche Offensive des Sommers ihr Ende ohne strategisches Resultat erreicht und die Hoffnung auf Aushungerung der Zentralmächte infolge des Sieges in Rumänien geschwunden, ist „der Minister des Äußern der Monarchie in dieser Beziehung mit den verbündeten Regierungen in Verbindung getreten, sobald die Lage anfing, sich derart zu gestalten. Diese Absicht wurde von unseren Bundesgenossen mit Sympathie aufgenommen."

In den Reden der leitenden Staatsmänner der anderen Staaten des mitteleuropäischen Bundes findet sich diese Mitteilung nicht. Der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sagte nach dieser Richtung am 12. Dezember im Deutschen Reichstag: „Während dieser langen und schweren Kriegsjahre bewegte den Kaiser der einzige Gedanke, wie einem gesicherten Deutschland nach siegreich erfochtenem Kampfe wieder der Friede bereitet würde. Niemand kann das besser bezeugen, als ich, der ich die Verantwortung für alle Regierungshandlunden trage. Im tiefen sittlichen und religiösen Pflichtgefühl gegen sein Volk und darüber hinaus gegen die Menschheit hält der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen". Er habe deshalb im vollen Einvernehmen und in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten den Entschluß gefaßt, den feindlichen Mächten den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Diese Betonung der Souveränetät des kaiserlichen Entschlusses in der Kanzlerrede gibt eine stets bereite Friedensdisposition kund, womit die Initiative von Österreich-Ungarn nicht im Widerspruch steht, die besser dem Verbündeten bei der gegebenen Kriegslage (Ostgalizien, Bukowina, Isonzo) und der Eigenart des habsburgischen Staates überlassen blieb.

Die Friedensaktion der Mittelmächte hat, um von der engeren Betrachtungsweise auszugehen, zunächst eine innerpolitische Bedeutung. Die Sehnsucht nach Frieden ist in allen Ländern der kriegführenden Mächte außerordeutlich stark. Das ergibt die einfachste Volkspsychologie. Nach so viel Leiden und Sorgen, die der einzelne in dieser furchtbaren Kriegszeit zu erdulden hatte, ist es selbstverständlich, daß jeder den Frieden herbeiwünscht. In Italien, Rußland, Frankreich und England ist diese Stimmung künstlich niedergehalten, aber sie besteht und wird täglich stärker, darüber täuschen die kriegshetzenden Kundgebungen der Presse und Staatsmänner jener Länder nicht hinweg. Die dem Frieden geneigte Stimmung ist auch im Vierbund, im Deutschen Reiche wie in Österreich-Ungarn, in Bulgarien wie in der Türkei vorhanden. Im Deutschen Reich entfaltete die Sozialdemokratie eine förmliche Propaganda für ein Friedensangebot der Mittelmächte, in Österreich-Ungarn ist dieser Zug, wie man weiß, in den Völkerstämmen, noch in besonderer Nuancierung ausgeprägt. Es ist darum weise Staatspolitik im besten Sinne, daß man diese Friedenssehnsucht befriedigte. Die Folgen sind sofort allen wahrnehmbar hervorgetreten. Nicht bloß in der bürgerlichen Presse, sondern sehr scharf auch in der deutschen sozialdemokratischen Presse gibt sich nach der Ablehnung des Friedensangebots durch die feindlichen Mächte eine feste, geschlossene Einheit der Anschauung kund, daß ohne Wanken der Krieg vollends durchgekämpft und bis zum siegreichen Ende durchgeführt, daß ohne Wanken die Kriegsopfer in einheitlicher Geschlossenheit gebracht werden müssen. Das erleichtert die Kriegsführung und festigt aufs Neue die Entschlüsse für die Forderung der „realen Garantie“ und schärft sie.

Die innere Wirkung des Friedensangebots im Ausland erstreckt sich nicht blos auf die Völker der feindlichen Mächte, sondern auch auf jene der neutralen Staaten, die schon jetzt vorhanden ist, wie die Lage in Italien und Frankreich ganz besonders zeigt, wo die Ministerien sich dem heftigsten Ansturm der oppositionellen Parteien ausgesetzt sehen. Von Rußlands inneren Zuständen während des Krieges weiß man zu



wenig, allein der Umstand, daß das vorige Ministerium Stürmer dem Frieden zusteuern wollte, kennzeichnet den Charakter der russischen Volksbewegung treffend. Auch in England rührt es sich, wenngleich dort noch die Illusion, England werde das Unmögliche schaffen und Deutschland bezwingen, eine ausgesprochene Friedensbewegung nicht auftritt. Das Friedensangebot der Mittelmächte weckt in der Volksseele auch in dem feindlichen und neutralen Ausland die Hoffnung, daß es doch einmal zum Frieden kommen werde, nachdem der Vierbund, wie Reichskanzler v. Bethmann Hollweg so innig sich ausdrückte, „die Menschheitsfrage des Friedens" gestellt hat,

Dieses psychologische Auswirken des Friedensangebots im Inland wie im Ausland verdient eine markante Betonung. Es wird mit dem glücklichen Fortschreiten der Kriegsereignisse, die jetzt auf die Höhe der letzten Entscheidung emporsteigen, sich in progressivem Maße steigern.

Eine unmittelbare internationale politische Folge war dem Friedensangebot nicht beschieden. Man mußte im vorhinein damit rechnen. In den feindlichen Staaten ist man damie beschäftigt, eine Art Kriegsdiktatur einzurichten, um dann den äußersten Versuch zur Wendung des Kriegsglückes zu wagen. Das ist nicht die Zeit, in der die Besonnenheit Einkehr hält. Unter Englands Regie erfolgte eine glatte Ablehnung des Friedensangebotes. Schon am 15. Dezember hielt der russische Minister des Äußern Pokrowski eine kriegstrunkene Rede gegen das Friedensangebot und die Duma beschloß eine entschieden ablehnende Resolution im Sinne der Liberalen, die den Krieg gegen das Deutsche Reich schüren, um Rußland aus innerpolitischen Gründen an England zu ketten. Dann folgte der italienische Minister des Äußern Sonnino, der in zögernden, zurückhaltenden Wendungen am 13. und 18. Dezember die Sache dilatorisch behandelte. Am 13. Dezember äußerte der französische Ministerpräsident und Minister des Äußern Briand in der Deputiertenkammer und am 18. Dezember im Senat sich schroff ablehnend, wenngleich noch eine Hintertür offen lassend. Und zum Schluß ging der englische Ministerpräsident Lloyd Georges ins Treffen, der am 19. Dezember im eng-

lischen Unterhaus in trotziger, provozierender Rede den Friedensvorschlag der Mittelmächte höhnisch zurückwies und die Kapitulation derselben auf Gnade und Ungnade als Vorbedingung des Friedens verlangte. Eher soll es keinen Frieden geben. Eine gemeinsame Note der feindlichen Mächte wird an die Mittelmächte kommen, in der diesen anheimgegeben wird, ihre Friedensbedingungen bekannt zu geben, ehe an Verhandlungen gedacht werden könne.

Inzwischen hat sich gewissermaßen eine Liga der Neutralen gebildet, die das Friedensproblem betreiben möchte. Amerika ging voraus und richtete an die kriegführenden Mächte eine Note, in der Präsident Wilson diesen nahelegt, sich gegenseitig die Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Aktion Wilson konnte dahin gedeutet werden, daß er eine Hilfsaktion für England bezwecke, um diesem Kenntnis von den Kriegszielen der Mittelmächte für die öffentliche Diskussion zu verschaffen. Die schroffe Ablehnung der Note Wilsons in der Ententepresse wiederlegt den Verdacht nicht, zumal Staatssekretär Lansing mit auffallenden Bemerkungen über die Kriegsgefahr, der die Vereinigten Staaten von Nordamerika (infolge des deutschen U-Bootskrieg) zutrieben, die Veröffentlichung der Note begleitet hat. Die Mittelmächte blieben fest und lehnten Wilsons Begehren ab, darauf verweisend, daß ein „unmittelbarer Gedankenaustausch" allein der geeignete Weg sei. Die Mittelmächte erweitern ihre Friedensnote vom 12. Dezember und schlagen den alsbaldigen „Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Ort" vor. Damit ist also Amerika ausgeschieden.

Das ist in gedrängten Zügen die Situation, die noch im Flusse ist und im Augenblick nicht dokumentarisch festgelegt werden kann. Die Mittelmächte werden also weiter kämpfen in geschlossenem Block und mit verdoppelter Energie. Erst zu Verhandlungen werden die Mittelmächte ihre Vorschläge „mitbringen" sagte der Deutsche Reichskanzler. „Und Hindenburg rastet nicht! Die militärischen Operationen gehen weiter", mit diesen Worten richtete der Kanzler den Blick in die Zukunft.



VII.

Aus dem Nachlaß von Guido Görres.

Unter den nachgelassenen Schriften von Guido Görres fanden sich einige Gedichte, welche Friedrich Rückert an den mit ihm in schriftlichem Verkehre stehenden vielfach geistesverwandten jüngeren Münchner Schriftsteller geschickt hat. Sämtliche Gedichte sind von Rückert selbst geschrieben. Die ersten fünf und die folgenden drei bildeten je eine von ihm mit „Rückert" unterzeichnete Sendung. Die letztere trägt das Datum Neuseß bei Koburg den 18. Sept. 1836 und die kurze Anfrage:

Mit einem freundlichem Gruß.

Meine Jungen sind sehr unzufrieden, daß der Siegfried nicht weiter geht, und bitten ungestüm um die folgengen Bögen.

Wenn die Mehrzahl der Gedichte auch bereits gedruckt vorliegt, so dürfte eine Veröffentlichung derselben auch an dieser Stelle wohl nicht ungerechtfertigt erscheinen.

Die beiden Löwen.[1])

Den Wald erfüllte laut der Löwe mit Gebrülle,
Daß mit dem blut'gen Raub er seinen Rachen fülle;

Als unterm Rasen leis ein Ameislöwchen sprach:
Was jagt so ungestüm dem Wild der Wilde nach?

Ich sitze still im Sand, um ruhig zu verspeisen
Die durch den Trichter mir herrollenden Ameisen;

Und von dem magersten Ameischen werd' ich satt,
Wie er vom fettsten Reh, wenn er's erjaget hat.

Mag er nun größern Raub und blutigern zerreißen,
Was ligt[2]) daran, wenn wir doch beide Löwen heißen?

---

1) Gedruckt in: Friedrich Rückert's gesammelte poetische Werke in 12 Bänden. III. Bd. S. 408 unter dem Titel: Der Löwen Namensvetter (Weisheit des Brahmanen).

2) Druck: liegt.



Der Geburtstag.

Ein Dichter lebt' einmal und wurde ziemlich alt,
Der doch sein Lebenlang gefühlt des Tods Gewalt.

Krank war er gleich am Tag, der ihn zur Welt gebar,
Und krank an diesem Tag ward er dann jedes Jahr.

An diesem Tage ward er jedesmal gerüttelt
Vom Fieber, das dann war ein Jahr lang abgeschüttelt.

An diesem einen Tag nur regte sich geheim
Der still bei der Geburt gepflanzte Todeskeim.

Und denken konnt' er nie, duß er nun sei geboren,
Ohn' auch zu denken, daß zum Tod er sei erkoren.

So mahnt' ihn jeder Tag, den ihm das Leben bot,
Mit unerbittlicher Gewohnheit an den Tod.

Und als die Mahnung oft, und immer stärker kam,
Und hin die letzte nun den langgemahnten nahm;

Erkannt' er, daß nicht Tod und Leben zweierlei,
Ein Sterben die Geburt, Geburt das Sterben sei;

Und betete, daß nur, wie einmal todeswund,
Er nun das andremal geboren sei gesund.

Der liebe Schüler.[1])

Bei einem Lehrer ist von Schülern eine Gilde,
Die unterweiste er in Gottesfurcht und Milde.

Er weist zu Gottesfurcht und Milde nur sie an,
Doch einer eilt voraus den andern auf der Bahn.

Am allerjüngsten hat der Meister Wohlgefallen,
Weil er ihm sieht im Geist voran den andern wallen.

Die andern aber, die voran im Alter gehn,
Sie fragen sich, warum ihr Meister vorzieht den:

Warum uns ältern ihn, den jüngsten ziehst du vor?
Er sprach: Ich sag' es euch, doch tut mir dies zuvor:

Von diesen Vögelein (er nahm sie aus dem Neste)
Nehmt jeder eins zur Hand, und geht damit aufs beste

Hinaus an einen Ort, da wo euch sieht kein Blick,
Erwürgt die Vöglein dort, und bringt sie her zurück. --

Sie gehn und bringen dann die toten ohne Beben,
Als sollt ein Wundermann, der Meister, sie beleben.

---

1) Unter dem Titel: „Der beste Schüler" gedruckt in: Friedrich Rückert's gesammelte poetische Werke Bd. III S. 411.



Der jüngste aber bringt sein Vögelein lebendig;
Was würgtest du es nicht? Er sprach darauf verständig:
Weil ich den Ort nicht fand, o Meister, welchen du
Mich suchen hießest, da kein Blick mir sähe zu
Ein Blick sieht überall, er sieht aufs Leben nieder,
Wie meins, des Vögeleins; drum bring ichs lebend wieder. —
Der Meister sah sich um, die Schüler waren stumm;
Den jüngsten zog er vor, nun wußten sie, warum. —
Die toten Vögelein setzt' er zurück ins Nest,
Ums lebende herum, und drückte sanft sie fest.
Vom Wunderhauch der Huld sind sie lebendig worden;
Beleben kann der Herr, doch soll der Mensch nicht morden.

Der Wegweiser.[1])

Der Wandrer im Gebirg verlor die rechten Steige,
Und blickt umsonst umher, wer ihm dieselben zeige.
Doch ein Einsiedler sitzt vertieft dort in Gebeten,
Und fragend nach dem Weg, kommt er zu ihn getreten.
Da hebt der fromme Mann, und spricht dazu kein Wort,
Den Finger himmelan und betet schweigend fort.
Es spricht der Wandersmann: Ich weiß, daß durch Gebet
Und Weltentsagung dort der Weg zum Himmel geht.
Doch jetzo möcht' ich den zum nächsten Dorfe wissen;
Wenn du die Kunde hast, so laß mich sie nicht missen.
Da wiegt der fromme Mann, und redet nicht ein Wort,[2])
Das Haupt verneinend ernst. Der Wanderer geht fort,
Und denkt: Was könnt' es wohl dem frommen Manne schaden,
Wenn er bewandert wär' auch in der Erde Pfaden?
Beim[3]) Himmel würd' es dort ihm keinen Eintrag tun,
Zeigt' er den Weg mir hier; so zeig' ihn Gott mir nun![4])

Der Fuß auf der Schwelle.[5])

In seiner Klause saß der Klausner, und vergaß
Das Irdische, dieweil er Himmlisches ermaß.

---

1) Gedruckt in: Friedrich Rückert's gesammelte poetische Werke III. Bd. S. 411 unter dem Titel: „Der Einsiedler."
2) Druck: und spricht dazu kein Wort!
3) Druck: am. 4) Druck: zeigt; den zeige.
5) Gedruckt in: Friedrich Rückerts gesammelte politische Werke in 12 Bänden. VIII. Bd S. 119 (Weisheit des Brahmanen) ohne Ueberschrift.



Da gieng ein schönes Weib vom offnen Eingang hin,
Aus ihren Augen[1]) schlug ein Funk' in seinen Sinn.
Er fühlte von dem Schlag des Funkens[2]) sich durchzuckt,
Und schon hat er den Fuß zur Schwell' heraus[3]) geruckt.
Doch auf dem halben Weg zur Welt ist er zum Glück
Vom Geist zurückgemahnt, und zieht den Fuß zurück.
Er will ihn ziehn und kann ihn nicht zurückziehn wieder
Und auf der Schwelle selbst läßt sich der Klausner nieder.
Es sitzt sein[4]) Oberleib zur Klaus' hineingelehnt.
Doch auf der Schwelle bleibt der Fuß herausgedehnt.
Seit Jahren muß der Fuß heraus zur Schwelle hangen
Und alle sahn ihn so, die dort vorbeigegangen. —
Halt deinen Fuß zurück von Weltluft, laß nicht ihn
Voreilen, weil's so schwer ist ihn zurückzuziehn.

Rückert.

Grund der Übertreibung.[5])

Ein Büßer, der im Wald bei strenger Buße büßte,
Mit süßen Früchten nie den herben Gaumen süßte,
Der trocknen Lippe nie erlaubte kühles Naß,
Nur laues Wasser trank, nur welke Wurzeln aß;
Ward einst gefragt, warum er sich so gar kasteie,
Und ob zum Seelenheil die Pein notwendig seie?
Er sprach: Es ist allein für meine Seele nicht,
Ich halte so zugleich die Welt im Gleichgewicht.
Soviele sind die nur nach süßen Früchten rennen,
Soviele, die allein nach kühlem Labe brennen,
Soviele, die wie Gift das Herbe weichlich fliehn,
Daß auch das Gegenteil einmal notwendig schien,
So unternahm ich denn, was nicht durft' unterbleiben,
Und übertreibe hier, weil sie dort übertreiben.

Doppeldienst.

Man sagt, es kann ein Mann nicht zweien Herren dienen;
Doch mancher diente zwein, und stand sich wohl bei ihnen.

---

1) Druck: aus ihrem Auge. 2) Druck: des Funken.
3) Druck: heraus. 4) Druck: der.
5) Gedruckt in: Friedrich Rückert's gesammelte poetische Werke in 12 Bänden. VIII. Bd. S. 19 (Weisheit des Brahmanen) ohne Aufschrift.



Ein Sklave dienete dem Herrn, der ihm gebot.
Sein Dienen war ihm Lust, Gehorchen keine Not.

Er diente seinem Herrn getreu ohn' Unterlaß,
Und Gott dem Herrn dabei, und wohl vertrug sich das.

Doch eines Morgens sprach, mit langem Dienst zufrieden,
Der Herr zu ihm: Dir ist die Freiheit nun beschieden.

Er aber sprach darauf: Du tust nicht wohl daran.
Nicht Nutzen hast Du Dir, und Schaden mir gethan.

Ich diente Dir als Herrn getreu ohn' Unterlaß,
Und Gott dem Herrn dabei, und wohl vertrug sich das.

Ich hatte Doppellohn für Doppeldienst empfangen;
Nun bleibt der eine mir, der andre ist entgangen.

Die Obstbäume.[1])

Obstbäume sind genug, o Kinder, hier im Garten;
Ihr müßt beim ersten Baum die Reife nur erwarten.

Die Bäume lösen sich von Wochen ab zu Wochen,
Daß neugereifte Frucht in jeder sei gebrochen.

Und kaum an einem Baum habt ihr euch satt gepflückt,
Als schon der folgende für euch die Tafel schmückt.

Doch wenn beim ersten ihr zu früh beginnt den Schmaus,
Seid ihr dann überall der rechten Zeit voraus.

Euch wird von einem Baum Begier zum andern treiben,
Und keinem wird die Zeit, die Frucht zu reifen, bleiben.

Ihr habt das ganze Jahr zu essen herbe Frucht,
Weil von dem ersten Baum ihr habt zu früh versucht.

Rückert.

---

1) Gedruckt in: Friedrich Rückert's gesammelte poetische Werke in 12 Bänden. VIII. Bd. S. 18 (Weisheit des Brahmanen) ohne Aufschrift.

VIII.

Die psychologischen Grundlagen des Weltfriedens.

Von Dr. Hermann Dimmler, München.

Der Unterschied zwischen dem Siebzigerkrieg und dem gegenwärtigen zeigt, wie rasch die Entwicklung der Kriegsmittel in der kurzen Zeitspanne von 46 Jahren vorangeschritten ist. Wie würde ein Weltkrieg nach weiteren fünfzig Jahren aussehen? An dieser Frage kann niemand vorbeigehen; sie steht als drohendes Gespenst im Hintergrunde aller Kriegszielerörterungen.

Die modernen Verkehrsmittel geben die Möglichkeit in kurzer Zeit auf engem Raum Millionen von Menschen zusammenzuschieben; die Maschine, das Lebensorgan der heutigen Menschheit, vermag in einem einzigen Winter Millionen und nochmals Millionen auszurüsten und zu bewaffnen, um sie in die Lücken einzustellen. Weder Meere noch Wüsten trennen mehr die Völker. Jeder ist der Nachbar des anderen. Eines jeden Haus ist gefährdet, wenn das des Nachbars brennt. Jeder kommt in Versuchung zuzugreifen, wenn der Nachbar anderweitig gefesselt ist.

Es gibt keine Lokalisierung des Krieges mehr. Der Krieg greift in die breitesten Massen des Volkes: er greift über alle Grenzen hinweg. Die Verkehrsmaschine, welche die Menschheit zu einem einzigen engen Organismus verschmolz, vereinigt sie auch auf dem Felde des Todes. Früher starben Tausende auf den Schlachtfeldern, heute sind es





Millionen, morgen wird es die ganze Menschheit sein! Diese Universalität des Kriegsbrandes ist das Neue, Unheimliche am Krieg von heute und morgen. Früher erschöpften sich Völker in blutiger Zwietracht. Die Welt ging ihren Lauf weiter; man konnte sich wieder erholen. Heute tritt die ganze Völkerfamilie auf der Wahlstatt an; wenn sie erschöpft zusammenbricht, bleiben nur Totenfelder und rauchende Dörfer und Städte übrig. Wer soll die Toten begraben, die vernichtete Kultur wieder aufrichten?

Das Verhängnis wird voll durch die Vernichtungskraft der modernen Waffe. Ein einziger Kanonenschuß legt eine Festung, ein einziges Torpedo ein Riesenschiff in Trümmer. Metertief wird das Schlachtfeld umgeackert. In einem nächsten Krieg würden wenige Stunden nach der Kriegserklärung hunderte von Luftschiffen mit Vernichtungsstoffen beladen über allen wichtigen Kulturstaaten kreuzen. Ein Mückenschwarm von Flugzeugen würde sie begleiten. Die Menschheit müßte sich jetzt schon darauf einrichten, ihre wichtigsten Lebensorgane zehn Meter unter die Erde zu verstecken. Ein Geschlecht von Höhlenbewohnern würde heranwachsen.

Zum Schluß noch die Frage: Was wird der Krieg der Zukunft kosten? Der Krieg von heute kostet viel, fast alles; der Krieg von morgen würde ungleich mehr kosten, er würde den letzten Eisensplitter, die letzte Brotkrume verschlingen. Man hat gelernt, alles in den Dienst des Kriegszweckes zu stellen; man würde alles opfern, weil man alles zu verlieren hat. Ein Geschlecht von Bettlern bliebe übrig.

Man sieht: die Entwicklung der Technik macht den Krieg als Hilfsmittel zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten unmöglich. Die Völker der Erde müssen andere Wege suchen, sich zu verständigen. Der Pazifismus ist keine Utopie, keine Forderung; er ist eine einfache Folge der technischen Entwicklung der Menschheit.

Man täusche sich nicht. Der gegenwärtige Krieg war eine Art Generalprobe; er war eine Improvisation. Die Geschütztechnik, der Munitionsverbrauch hat sich erst während

des Kampfes zu zehn- und hundertfacher Stärke entwickelt. Die Luftwaffe wurde erst ausprobiert. Das Unterseeboot war noch eine Überraschung. An ein Völkeraufgebot wie das gegenwärtige hat bei Beginn des Krieges niemand gedacht. Der nächste Krieg würde die Menschheit in der vollen Ausrüstung aller obengenannten erprobten Kampfmittel vorfinden. Er würde die Schrecken, die wir jetzt ahnen, in Wirklichkeit bringen.

Es wäre das Ende der Welt. Daher ist der Krieg der Zukunft unmöglich.

Auf der anderen Seite ist es nicht recht klar, wie die Völker dazu kommen werden, sich friedlich zu vertragen. Man denkt sich die Verständigung von Volk zu Volk viel einfacher, als dieselbe tatsächlich zu bewerkstelligen ist. Jeder geht bei seinem Urteil über die Möglichkeit und Nützlichkeit des Weltfriedens von seinem eigenen Denken und Empfinden aus. Er findet hier eine derart überwältigende Abneigung gegen die Kriegsgreuel, daß der Entschluß, diese Kriegsgreuel heraufzubeschwören, ganz und gar ausgeschlossen zu sein scheint. Man darf mit Recht annehmen, daß jeder nur einigermaßen kultivierte Mensch so denkt und empfindet. Wenn aber jeder so denkt, warum sollte dann die Gesamtheit der Menschen nicht ebenso denken und empfinden? Sie besteht doch aus den Einzelnen!

In dieser Übertragung der Denk- und Handlungsweise der Einzelpersönlichkeit auf das Volksganze liegt der Fehler im Gedankengang des Pazifismus. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß überall, wo Menschen genötigt waren, in engerer Fühlung mit einander zu leben und zu wirtschaften, sich rasch ein System friedlichen Ausgleichs der Interessen herausgebildet hat: ein Staat mit Richter und Gesetz. Das Verhängnisvolle und Unwirtschaftliche des Faustrechtes war so naheliegend, daß dieses rasch dem Gesetz- und Gerichtszwang weichen mußte, wenn es überhaupt zur Ausbildung kommen konnte. Die Staatenbildung als System friedlicher auf Vereinbarung beruhender Auseinander-



setzung vollzog sich mit der Exaktheit eines Naturgesetzes. Hieraus folgt jedoch nicht ohne weiteres, daß dieser staatenbildende Prozeß, der die einzelnen Völker schuf, sich nun auch zwischen Volk und Volk fortsetzt und die Völker mit ihrer fortschreitenden Berührung zu einem durch Recht und Gericht geleiteten Gemeinwesen vereinigt. Das Subjekt dieses Prozesses sind nicht mehr einzelne Menschen: es sind einheitlich organisierte, stark gegen einander geschiedene Massen von Einzelpersönlichkeiten. Die Handlungsweise dieser Massen ist nicht die von Einzelpersönlichkeiten.[1])

In der Masse geht die Denk- und Entschlußkraft der Einzelpersönlichkeit in hohem Grade verloren. Sie wird durch die Menge der Einsichten, die sich zu Einem Entschluß zusammenfinden sollen, gehemmt, zersplittert und gegebenenfalls zu völliger Wirkungslosigkeit verurteilt. Schon die rein äußerliche, technische Zusammenfassung der Gedanken in gemeinsamer Aussprache und Beschlußfassung ist mit großen Schwierigkeiten verbunden und gibt allen möglichen Verwirrungen, Eingriffen und Ablenkungen Raum. Schwerer noch ist es, die auseinandergehenden Einzelerfahrungen, Urteile, Meinungen gegen einander auszugleichen. Die merkbarste Folge dieser intellektuellen Hilflosigkeit der Masse ist ein undurchdringliches Netz von Unwahrheiten, das sich über die Köpfe einer jeden Menge ausbreitet. Es fehlt die Möglichkeit, Mißverständnisse aufzuklären, falsche Nachrichten zu prüfen. Die Masse ist ein natürlicher Brutherd der Lüge und Entstellung. Die Tagesblätter, welche öffentliche Meinungen auffangen, sind trotz sorgfältiger Sichtung genötigt, die Hälfte des Gesagten zu dementieren. Diese unvermeidlichen Entstellungen setzen jeder Verständigung ein fast unüberwindbares Hindernis entgegen.

Zu dieser intellektuellen Hilflosigkeit kommt die Reizbarkeit des Massengefühls, die unter der Bezeichnung der Massen-

1) Vergl. den Artikel „Massenpsychologie". Histor.-polit. Blätter 158² S. 99.



suggestion bekannt ist. Die urteilsmäßige Entschlußkraft des Einen hemmt in der Masse die Entschlußkraft des Andern; die Gefühle der Einzelnen steigern sich in der Masse bis zur Tollheit. Diese gefühlsmäßige Reizbarkeit der Masse ist naturgemäß gerade dann von den schlimmsten Folgen, wenn es sich darum handelt, Gegensätze durch Vereinbarungen zu schlichten. Wir machen die seltsame Erfahrung, daß zwei Massen (Parteien), die durch Urteil oder Interesse getrennt sind, in einem Saale nicht vereinigt sein können, ohne sich zu beschimpfen oder tätlich zu werden.

Wir sehen hier das Gesetz, wonach Massen ihre Streitigkeiten nicht friedlich durch Verständigung schlichten können, nur allzu deutlich in die Erscheinung treten. Zunächst die Hilflosigkeit des Gedankenaustausches, die Unmöglichkeit, abzuwägen, das Gemeinsame zu finden und zu formulieren, eine Staubwolke irriger, großenteils ehrenrühriger Vorwürfe und schließlich genährt und gestützt durch diese intellektuelle Verlegenheit der rasch aufsteigende Zorn: die Massentollheit.

Mit diesen Sätzen ist die Psychologie der Kriegsstimmung und des Kriegsausbruches in ihren Hauptdaten umschrieben, soweit es sich um einen Volkskrieg mit normalem Verlaufe handelt: Zwei Völker, von denen jeder Einzelne mit jedem Einzelnen vor und nach dem Kampfe gut Freund ist, am selben Tische sitzt, unter einem Dache sorglos schläft, stehen sich auf dem Kampfplatz mit knirschenden Zähnen auf Tod und Leben gegenüber.

Der Krieg ist, psychologisch betrachtet, ein Verlegenheitsmittel über die Schwerfälligkeit und Hilflosigkeit der Massenseele hinwegzukommen. Der Krieg kommt aus der Unfähigkeit der Massen, sich nach Art vernünftiger Wesen zu besprechen und zu verständigen. Die gewaltigste Menge von Vernunft und gutem Willen, die in der Masse des Volkes eingeschlossen ist, kann uns nicht hindern, diese Massen mit gewaltigen, aber doch unvernünftigen Wesen, mit Heerdenstieren zu vergleichen, die ihre Differenzen auf ihre Weise austragen.



Der Charakter des Krieges als Verlegenheitsprodukt offenbart sich am deutlichsten, soweit der Krieg psychisch die Volksmassen gar nicht erfaßt. Hier fehlt scheinbar jede seelische Triebfeder des Handelns und doch ist das Handeln selbst unvermeidlich! Unvernunft im höchsten Grade und doch Notwendigkeit durch die Vernunft geboten.

Die vorstehende kriegspsychologische Analyse wird jedoch auf die Tatsachen erst anwendbar, wenn wir sie durch die naheliegende Gesetzmäßigkeit ergänzen, daß nicht die Masse selbst ihre Kriege einleitet und bestimmt. Die Hilflosigkeit der Masse schließt diese Selbstbestimmung aus. Es gibt Einzelpersönlichkeiten genug, welche die Hilflosigkeit der Masse benützen, um dieser ihren Willen aufzuzwingen und das Schicksal der Menge zu bestimmen. Wo ein Stier ist, ist auch einer, der ihn aufzäumt und ihn für seine Zwecke ausnützt. Es wird immer ehrgeizige Parteiführer geben, welche ihren Krieg haben wollen, um rascher vorwärts zu kommen, Regierungen, welche das Steuerruder verlieren und sich durch Ablenkung Luft verschaffen, Kronprätendenten, die sich eine Krone verdienen, schwache Dynastien, die sich ihre Krone wieder festigen wollen. Ein Kreis von gutmeinenden Schwärmern, welche in Kriegsgefühlen schwelgen und ihrem Volke die Weltherrschaft sichern wollen, wird ebenfalls nirgends fehlen. Auch die Kriegsindustrie, die durch den Krieg ihr Vermögen verdreifacht, dürfen wir hier wohl nennen, ohne ungerecht zu sein. Wir dürfen hier nur von Möglichkeiten sprechen, denn über die Tatsachen wird niemals volle Klarheit zu gewinnen sein. Die Gesinnung ist nicht zu erweisen und in fast allen Fällen verschmelzen die verbrecherischen egoistischen Absichten mit den edlen und den unvermeidbaren Verirrungen. Wir sehen nur so viel, daß diejenigen Völker, die ihrer Staatsverfassung nach jedem die Möglichkeit geben, das Schicksal des Staates zu bestimmen, damit auch jedem die Möglichkeit eröffnen, einen Krieg zu arrangieren. Wenn der Mensch, wie wir wohl annehmen müssen, egoistisch veranlagt ist, so können wir nicht glauben,

daß alle die Regisseure des gegenwärtigen Weltkrieges aus selbstlosen Beweggründen ihres Amtes walteten. Wir sind in der Lage deutlich zu sehen, wie durch Entstellungen, Lügen, Beschimpfungen eine Sturmflut von Gefühlen des Hasses gegen uns aufgepeitscht wurde, eines Hasses, dem jede naturgemäße Grundlage fehlt. Eine Anzahl Rotationspressen, diplomatische Noten und Kammerreden hat diese seelische Völkervergiftung, die wie eine Seuche sich ausbreitet, hervorgerufen. Eine verhältnismäßig kleine Zahl von „führenden" Männern hat wissend und sehend die Saat ausgestreut, welche die Völker unwissend und irregeführt ernten. Die Völker, welche glauben ihr Schicksal selbst zu bestimmen, empfangen dasselbe aus der Hand dieser unbekannten Drahtzieher, die größtenteils bereits wieder hinter den Kulissen verschwunden sind.

Die Aussichten, durch Verständigung zu einem Weltfrieden zu gelangen, sind demnach gering. Käme die Verständigung zustande, so bliebe die Erfüllung der beschworenen Völkerrechtsordnung im höchsten Grade unsicher. Die Völker erneuern sich innerhalb weniger Jahrzehnte, die Regierungen wechseln innerhalb weniger Monate, zumal in demokratisch regierten und einseitig konstitutionellen Staaten. Es ist eine schwer zu lösende Streitfrage, ob die kommende Generation an die Eide der Vorfahren gebunden ist.

Die Erfahrung zeigt, daß die Völker im Allgemeinen im Verkehr mit andern Völkern ihr Verhalten keiner ernsthaften sittlichen Prüfung unterziehen. Es gibt kein Volksgewissen, das dem Einzelgewissen vergleichbar wäre. Was in diesem Verkehr von Recht und Sittlichkeit und Kultur geredet wird, steht in einem so merkbaren Widerspruch mit den Tatsachen, daß es fast für die Kinderstube zu kindisch klingt. Im Verlauf dieses Krieges sind Verträge gebrochen worden, die so klar und deutlich waren, daß kein Versuch möglich war, den Rechtsbruch zu bemänteln. Trotzdem scheuen sich die offenkundig Vertragsbrüchigen nicht, im gleichen Atemzuge den Verratenen entgegenzuhalten, man



könne mit ihnen keinen Frieden schließen, weil sie die Verträge nicht achteten. Der Franktireurkrieg in Belgien, von der belgischen Regierung angeordnet, wird den Mittelmächten als Hinschlachten wehrloser Zivilbevölkerung ausgelegt. Seit die Welt besteht, ist es rechtens, daß Spione gehängt werden. Wenn aber die Mittelmächte eine Spionin hängen, ist es Mord. Wir sehen aus diesen und zahlreichen anderen Fällen, daß jede Fähigkeit zu einer auch nur oberflächlichen sittlichen Beurteilung des völkerrechtlichen Handelns den Völkern fehlt.

Zur Erklärung dieser Tatsachen genügt der wohl nicht zu leugnende augenblickliche sittliche Tiefstand der uns feindlichen Völker nicht. Die Unbeholfenheit der Volksmeinung erschwert mit der Urteilsbildung auch die Formulierung von Gewissensforderungen. Die Gefühle überwuchern auch hier das objektive Denken. Dazu kommt, daß das Bewußtsein, mit der Masse und im Sinne der Masse zu handeln, der Handlung, psychologisch betrachtet, die Sanktion der Sittlichkeit verleiht. Es fällt dem Einzelnen schwer, das als sittlich verwerflich zu betrachten, was alle tun und billigen. Das Gewissen des Einzelnen wird durch den Zwang, den die Masse auf ihn ausübt, gestützt; der Masse selbst fehlt dieser Zwang; sie hat keinen deutlich wahrnehmbaren Richter. Es würde ein ganz intensiv ausgebildetes Gewissen erforderlich sein, um ohne diesen Zwang und gegen denselben sich durchzusetzen.

Da es ohne Gewissen auch kein Recht gibt, so fehlt dem internationalen Recht die erforderliche psychologische Grundlage: es besitzt nur soweit praktische Wirksamkeit als dessen Einhaltung den Beteiligten vorteilhaft erscheint. Das Völkerrecht kann praktisch nur den Sinn haben, daß man die augenblicklich trotz des Kriegszustandes noch gemeinsamen Interessen festlegt und verfolgt, wie den Schutz des Sanitätspersonals, der beiden Parteien zu gute kommt.

Der Gedanke, daß die Summe der nicht in den Krieg verwickelten Völker die moralische oder gar physische Garantie



für die Durchführung internationaler Vereinbarungen übernimmt, ist schon dadurch illusorisch gemacht, daß die Mehrzahl dieser Völker am Ausgang des Krieges interessiert ist. Es fehlt außerdem die Sicherheit objektiver Berichterstattung. Die Völker, die auf Grund ihrer schwerfälligen, allen Einflüssen zugänglichen Urteilskraft für ihr eigenes Handeln unzuverlässige Richter sind, können auch nicht über fremde Völker mit Erfolg zu Gericht sitzen. Man darf auch nicht erwarten, daß sie, wenn des Nachbars Haus brennt, ohne weiteres ihre Hände ins Feuer strecken.

Die Weltfriedensorganisation wächst daher nicht, wie die Pazifisten glauben, organisch aus der Völkerfamilie heraus. Die Massenpsychologie gibt keinerlei Anhaltspunkte für die Berechtigung eines solchen Optimismus. Die Friedensgesellschaften können wohl dazu beitragen die Weltfriedensorganisation anzubahnen, die Zwietrachtskeime zu dämpfen, die Volksleidenschaften einzuschränken. Eine ausschlaggebende Bedeutung kann ihnen nicht zukommen. Sie kämpfen gegen Naturgesetze, deren Auswirkung durch menschliche Kunst nicht aufzuheben ist. Die Weltfriedensorganisation ist ein Kulturprodukt, das nur durch günstiges Zusammenwirken äußerer Umstände, unter Mitwirkung zufällig vorhandener, besonders günstiger Dispositionen heranreifen kann.

Der erste äußere Anstoß liegt in dem Weltkrieg selbst. Dieser hat allerdings die Welt in zwei Hälften zerrissen, allein er hat auch jede dieser Hälften in sich zu einem Staatenbunde geeint. Je länger der Krieg dauert, um so intensiver schreitet diese eigenartige Entwicklung zweier Staatenkomplexe fort. Die Kriegszwecke bedingen dieselbe und überwinden mit ihrer kategorischen Forderung die vorhandenen Stimmungen. Diese Stimmungen sind auf der Seite unserer Gegner über alle Maßen groß. Frankreich, England, Rußland: drei Reiche mit vollständig entgegengesetztem Nationalcharakter, ihrer Vergangenheit nach Todfeinde: jedes mit dem Anspruch belastet, allein die Welt zu beherrschen; mit ihrem wirklichen und begehrten Besitz derart



ineinander verwoben, daß keines ein Glied rühren kann, ohne dem anderen auf die Füße zu treten: ein Völkerbund, der alle nur denkbaren Explosivstoffe in sich schließt und der ja auch nur unter der vorsichtigen Bezeichnung einer Entente auf den Kampfplatz treten konnte. Wohl ist während des Krieges der Wille wach geworden, eine enge Staaten- und Wirtschaftsgemeinschaft zu organisieren. Allein dieser Wille wird den Zwang des Krieges, aus dem er hervorgegangen ist, kaum überleben. Jedenfalls fehlen hier alle Dispositionen, welche eine dauernde enge Vereinigung wahrscheinlich machen könnten.

Ungleich günstiger liegen die Verhältnisse bei den Mittelmächten. Deutschland ist mit der Donaumonarchie geschichtlich verknüpft, wie ein Teil eines Körpers mit dem andern. Es ist ein Volk in zwei selbständigen Staatengebilden. Die ganz vorübergehende feindliche Auseinandersetzung wich einer gesunden aufrichtigen Freundschaft und Interessengemeinschaft, welche die schwersten Proben mühelos bestanden hat. Das alte Reich mit zwei Häuptern, verdoppelter Kraft und Anpassungsfähigkeit an die Aufgaben der neuen Zeit. Man denkt an das römische Reich, dessen Entwicklung ebenfalls eine Verdopplung der Kaiserkrone forderte. Auch die Türkei ist ihrer ganzen Geistesart nach den Mittelmächten verwandt. Ein tiefer religiöser Sinn, eine ernste Lebensauffassung verbindet beide und läßt die Bemühungen um eine tiefere Geistesgemeinschaft als aussichtsreich erscheinen.

Äußerlich tritt diese Charaktergemeinschaft in der Tatsache hervor, daß alle Glieder des Vierbundes die überlieferte Ehrfurcht vor der Königsgewalt über die Neugestaltung der modernen Verfassungskämpfe hinübergerettet haben.

Dieser Umstand ist für die Bündnisfähigkeit und Rechtssicherheit des Völkerbündnisses von ausschlaggebender Bedeutung. Die Unsicherheiten und Unbeholfenheiten der Massenseele sind hier eingeschränkt und durch eine zielbewußte klare, ihrer Verantwortung bewußte, dynastische Staatsgewalt ausgeglichen. Die Steuerruder der gewaltigen Völkermasse

ruhen in sicheren Händen. In der starken Königsgewalt ruht die Friedenshoffnung der Menschheit. Eine beschränkte Anzahl gekrönter Häupter verständigt sich leichter als ungefüge Massen demokratisch regierter Völker. Das Schicksal dieser Könige ist mit dem ihrer Völker verwachsen und es ist undenkbar, daß sie diese Völker in den gegenseitigen Vernichtungskampf hineinführen.

Die Mittelmächte lehnen mit dem Rücken gegeneinander. Das Gesicht eines jeden Verbündeten ist nach einer andern Himmelsgegend gerichtet. Ihr Blick fällt nie auf denselben Gegenstand; sie mögen sich wie immer entwickeln: nie stehen sie sich im Wege; niemals können ihre Interessen sich kreuzen. Jeder ist die Rückendeckung des andern und es ist ausgeschlossen, daß einer dieser Verbündeten auf den Gedanken käme, diese Rückendeckung zu gefährden. Durch ihre geschlossene örtliche Lage sind sie imstande sich gegenseitig Hilfe zu bringen, bevor ihre Feinde sich über den komplizierten Weg des Angriffes verständigt haben. Der Gang der Kämpfe hat diese Tatsachen bereits geoffenbart; bei den Friedensverhandlungen werden sie so deutlich in die Erscheinung treten, daß der Bestand des Mittelmächtebundes für alle Zeiten gesichert ist.

Damit ist auch die Grundlage des Weltfriedens gegeben. Er blüht und gedeiht zunächst innerhalb der gesicherten Grenzen der Mittelmächte. Die Hoffnungen der nach Weltherrschaft lüsternen Volksstämme werden sich an dem starken Willen dieses Völkerblockes brechen. Die besonneneren Völker werden mit diesem Völkerblock betreffs Aufrechterhaltung des Weltfriedens in Unterhandlung treten und das goldene Zeitalter wird sich anbahnen.

Die Vorherrschaft eines einzelnen Volksstammes kann den Weltfrieden nicht bringen. Sie bedeutet Unterjochung und Ausbeutung und damit Auflehnung und Krieg. Nur ein aus vielen Staatengebilden zusammengesetzter homogener Völkerblock kann das Vertrauen genießen, anderen Völkern gleiches Recht auf Entwicklung einzuräumen. Die Bildung



dieses Völkerblockes ist die Grundbedingung des Weltfriedens. Es kann nicht zweifelhaft sein, wo die Bildung dieses Ansatzes zum Völkerfrieden zu suchen ist. Die Mittelmächte bilden einen Komplex von zahlreichen, relativ kleinen, selbstständigen Staaten und Völkerschaften. Ein solcher Staatenkomplex ist außerstande, die Freiheit und Entwicklung kleiner Staaten anzutasten. Jeder derartige Versuch würde die Selbständigkeit und Stellung aller Glieder des Bundes gefährden und würde von diesen energisch abgelehnt werden. Nur die kleinen Staaten selbst, zu lebensfähiger Gemeinschaft verbunden, können den kleinen Staat beschützen. Die Beschützerrolle des Riesen gegenüber dem Zwerg wird immer bloßer Schein bleiben. Der Vierbund ist und bleibt daher der natürliche Stützpunkt aller kleinen Staaten, die ihre Selbständigkeit und Entwicklungsfreiheit wahren wollen.

Die Bildung eines beschränkten, aber innerlich ausgereiften und ausgegohrenen Völkerbundes ist die reife Frucht des gegenwärtigen Ringens. Es besteht begründete Aussicht, daß aus dieser Bildung der Weltfriede herauswachsen wird. Die Zeitdauer dieses Wachstums kennen wir nicht. Allein es gereicht uns zum Trost, daß wir in dem scheinbaren Zusammenbruch der modernen Kultur die Keime verheißungsvoller segensreicher Neubildung verfolgen können.

IX.

Freihandel, Schutzzoll und Friede.

Von Dr. Fritz Gerlich.

In seinem Vortrage „Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit" hat Brentano jüngst einen weltpolitisch eingekleideten Vorstoß gegen die von ihm stets bekämpfte deutsche Schutzzollpolitik gemacht. In ihr glaubt er die Hauptursache des gegenwärtigen Krieges erweisen zu können: „Wie das organisierte System der Handelsfeindseligkeit (das ist der Schutzzoll, d. Verf.) im Kriege endete, gerade so hat der Freihandel den Frieden zur Voraussetzung und führt zum Frieden. So ist es immer gewesen und kann in Zukunft auch nicht anders sein, denn es liegt in der Natur der Dinge." Die Erklärung unserer Bereitwilligkeit, zum Freihandel überzugehen, erscheint ihm deshalb als das Mittel, einen dauernden Frieden zwischen England und uns herbeizuführen, weil sie den Ursprung des Gegensatzes beseitige. Brentano begründet seine Anschauung folgendermaßen: Das früher rein von Machttendenzen geleitete England hätte sich unter Cobdens und Brights Freihandelspropaganda im Laufe des 19. Jahrhunderts von diesem Machtwillen abgewandt, wenn nicht die deutsche Schutzzollpolitik die Handelsfeindseligkeiten wieder ins Weltwirtschaftsleben eingeführt hätte. Diese deutsche Schutzzollpolitik mit ihren Folgemaßnahmen habe die freihändlerischen Engländer schwer geschädigt und gekränkt. Trotzdem hätten sie sie ertragen, solange ihre Anwendung auf das deutsche Wirtschaftsgebiet beschränkt blieb.

„Als aber Deutschland anfing, fernliegende Weltteile in seine Interessensphäre zu ziehen, um seine heimischen Produkte dort abzusetzen und dort seine Arbeit und sein Kapital in der Herstellung neuer zu betätigen, und als es daran ging, zum Schutze seines Handels eine Flotte zu bauen, hat England zur Behauptung seiner ausschließlichen Seeherrschaft die von Bright



totgesagte Gleichgewichtstheorie wieder hervorgeholt. Eduard VII. hat die alte englische Politik, andere Völker für Englands Interessen kämpfen zu lassen, aufs neue belebt, indem er die Einkreisungspolitik, die Wilhelm III. gegen Frankreich verfolgt hat, gegen Deutschland zur Anwendung brachte. . . . Somit bekennt sich auch England wieder offen zu dem Grundgedanken des Merkantilsystems, mit Gewalt und Zwang das Aufblühen konkurrierender Volkswirtschaften zu verhindern. . . . Es gilt daher, um zum Frieden zu gelangen, und zwar zu einem Frieden, der Aussicht auf Dauer hat, festzustellen, was zum Frieden zwischen England und den Zentralmächten führen kann."

Das wichtigste Problem ist nach Brentanos Ansicht die „Freiheit der Meere". Diese sei ein Kriegsziel nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige nichtenglische Welt. Es würden „die Zentralmächte bei der Forderung der Freiheit der Meere als erster und oberster Friedensbedingung die Unterstützung aller Neutralen finden, voran die der Vereinigten Staaten. Die Reden des Präsidenten Wilson haben dies zum Kummer der Engländer deutlich gezeigt". Natürlich sieht auch Brentano ein, daß die Engländer nicht so ohne weiteres ihre Seeherrschaft aufgeben würden. Wie sie also dazu bewegen? „Daran, daß England erobert werden könnte, denkt heute wohl niemand. Dagegen hat, was die Engländer zum Verzicht auf ihre willkürliche Seeherrschaft bewegen könnte, der Mann gezeigt, der seinen Landsleuten zuerst diesen Verzicht zugemutet hat: Richard Cobden." Und was ist das *eine* Mittel, das es gibt zu einem dauernden Frieden zu gelangen? „In Zukunft auf alle Handelsfeindseligkeiten und die Mittel, die ihnen dienen, zu verzichten." Mit anderen Worten: es ist der Freihandel. Durch die Einführung des Freihandels glaubt Brentano von England das Zugeständnis der Freiheit der Meere erreichen zu können, das heißt: „1) die *theoretische* Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriege. . . . 2) auch den Wegfall jedes Widerstandes Englands dagegen, daß die am

Seehandel interessierten Nationen Flotten bauen, welche das Privateigentum zur See auch tatsächlich zu schützen vermögen und zu diesem Zwecke an geeigneten Punkten des Weltmeeres befestigte Häfen zu erwerben, die ihrer Kriegs- und Handelsmarine als Stützpunkte dienen."

Wie man sieht, bedeutet das Zugeständnis, das Brentano von England erwartet, nichts Geringeres als den freiwilligen Verzicht auf seine ganze bisherige Machtstellung überhaupt, die ja nur auf die absolute Seeherrschaft aufgebaut ist. Deshalb wird man vom deutschen Standpunkt aus wenig dagegen einzuwenden haben. Nicht das früher oft als ausschweifend bezeichnete Ziel ist es also, gegen das Bedenken erhoben werden müssen, sondern die Begründung des Vorschlages mit seiner völlig irrigen Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und der Rolle, die Schutzzoll und Freihandel als Mittel der Wirtschaftspolitik dabei gespielt haben.

Eine Kleinigkeit an sich, die aber für die Beurteilung der ganzen Weltfriedensidee durch Freihandel nicht ohne Bedeutung ist, ist der Umstand, daß sie nicht von Cobden stammt, sondern von Pownall, einem Zeitgenossen und Anhänger Adam Smiths bereits im Jahre 1780 veröffentlicht wurde, bei ihrem Erscheinen in ganz Europa große Beachtung fand, dann aber sehr rasch dem Vergessen anheim fiel. Wir haben es also mit einer Utopie ehrwürdigen Alters zu tun, einem Kinde der rationalistischen Aufklärungszeit, die an derartigen Spekulationen über die vernünftigste Weltordnung Vergnügen fand. An der Begründung, die Brentano ihr bei ihrem neuerlichen Erscheinen in der Welt mit auf den Weg gibt, fallen dem historisch und politisch denkenden Leser sofort zwei Dinge auf: die Hinweise auf die Rolle, die Frankreichs Revancheburst und Rußlands Drang nach Konstantinopel bei der Entstehung dieses Weltkrieges spielten. Es ist unbestritten, daß diese beiden politischen Tendenzen mit dem Übergang Deutschlands zum Schutzzoll oder — wie Brentano sagt — zu „Handelsfeindseligkeiten" nicht das

mindeste zu tun haben. Frankreich konnte die Losreißung Elsaß-Lothringens, seines Einfalltores nach Süddeutschland, nur schwer verwinden und „Rußland hat, solange sein gegenwärtiger Länderbestand unter einem Szepter vereinigt ist, das Bedürfnis, zum Mittelmeer vorzudringen". Unterstützt wird Rußlands Streben nach Machtvergrößerung durch die panslawistische Bewegung. Auf diesem Wege tritt ihm Österreich entgegen. Hinter Österreich aber steht Deutschland. Daher Rußlands Feindschaft gegen uns.

Daß Frankreich und Rußland aus machtpolitischen Gründen unsere Gegner sind, gibt Brentano mehr oder weniger unumwunden zu. Ja noch mehr! Auch ihm war es nach dem Zusammenschluß der beiden „nur mehr eine Frage der Zeit, wann die Verbündeten Frankreich und Rußland sich stark genug fühlen würden, um über das mit Österreich-Ungarn verbündete Deutsche Reich herzufallen. Dieser Augenblick aber war gekommen, als auch das die See beherrschende England ein Interesse daran nahm, daß der Revanchegedanke in Frankreich nicht einschlafe". Diese Stellungnahme Englands läßt Brentano dann in der oben angegebenen Weise durch den Übergang unserer Handelspolitik vom Freihandel zu „Handelsfeindseligkeiten" veranlaßt sein. Ohne ihn wäre England nicht auf die französisch-russische Seite getreten. Ohne England aber hätten diese Staaten wiederum uns nicht angegriffen. So trifft trotz aller machtpolitischen Absichten Rußlands und Frankreichs die Schuld am Zustandekommen der jetzigen Mächtevereinigung und damit des Weltkriegs doch die deutsche Schutzzollpolitik.

Als Beweis dafür, daß England wirklich allein aus diesem Motiv sich gegen uns gewendet habe, gibt Brentano einen kurzen Abriß der englischen Geschichte. Wichtig für uns ist vor allem, was er über die Jahre 1864, 1866 und 1870/71 sagt. Auch er kann nicht bestreiten, daß die englischen Staatsmänner damals Einmischungsgelüste zeigten. Doch glaubt er die Bedeutung dieser Tatsache dadurch ab-



schwächen zu können, daß er die Staatsmänner in Gegensatz zur öffentlichen Meinung stellt und den Freihändler Bright einen „Triumph" über „die Einmischungsgelüste" der Staatsleitung davontragen läßt. In Wirklichkeit aber lagen die Dinge so:

Im Jahre 1864 hatte sowohl Regierung wie Parlament und Presse in England gegen Preußen-Österreich Partei ergriffen. Eine Greuelhetze ganz ähnlich der heutigen wurde im ganzen Lande inszeniert und es ist in erster Linie Bismarcks geschickter Diplomatie zu verdanken, wenn es ohne Verwicklungen ernstlicher Art abging. 1866 aber gaben Österreich und Frankreich den Anlaß, daß die anfänglich österreichisch gesinnte englische Staatsleitung und öffentliche Meinung sich schließlich Preußen zuneigte. England stand zu Frankreich in Gegensatz, Frankreich suchte seine Stellung in Italien und Belgien zu stärken. Beidemal traf es auf englische Interessen. Ein starker norddeutscher Staat in Frankreichs Rücken schien daher den englischen Staatsmännern vorteilhaft. Als nun gar Österreich durch die Abtretung Venetiens an Frankreich diesem zu dem erstrebten Prestigegewinn in Italien verhalf, konnte der preußische Botschafter in London, Graf Bernstorff, am 25. Juli nach Berlin melden: „Das ganze Unterhaus, mit ein paar höchst vereinzelten Ausnahmen, ist jetzt für Preußen und gegen Österreich, welches durch die Abtretung Venetiens an Frankreich sich selbst den Todesstoß in der Meinung der Engländer gegeben habe, und je größer und vollständiger die Einigung, je stärker und mächtiger das neue Deutsche Reich wird, desto lieber wird man es hier sehen."

Für 1871 liegt die Sache nicht viel anders. Bismarck selbst hat später seiner Sorge über die drohende Einmischung der „Neutralen", richtiger Englands, Ausdruck gegeben. Denn die öffentliche Meinung in England nahm stark für das besiegte Frankreich Partei. Sie witterte in Deutschland bereits den Gegner von morgen. Im Unterhause fand ihre Anschauung in schärfsten Angriffen auf die Regierung Ausdruck.



Es ist sehr lehrreich zu sehen, wie klar z. B. Peel und Hoare die von einer starken mitteleuropäischen Macht für England drohende Zukunftsgefahr erkannten, einer Macht, die unbedingt Helgoland und eine Küste gegenüber England anstreben müßte. Die Regierung aber sah in Frankreich den alten Erbfeind, dessen Niederhaltung Englands vordringlichstes Interesse sei. Immerhin kam sie doch so weit der öffentlichen Meinung ihres Landes entgegen, daß Bismarck im Interesse eines raschen, jeder englischen Intervention zuvorkommenden Friedensschlusses Belfort bei Frankreich beließ, was jetzt im Weltkrieg für uns sehr, sehr nachteilig gewesen ist. Wie man sieht, hat also auch schon vor unserer Schutzzollaera England uns gegenüber sich rein von seinen politischen Interessen leiten lassen.

Eine Waffe zur Förderung seiner politischen Interessen aber war England der Freihandel. Brentano erklärt in seinem „Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit" selbst: „Englands Handelssuprematie, gleichviel mit welchen Mitteln, aufrecht zu erhalten, ist der Gedanke, den seine Staatsmänner niemals verlassen haben. Um seinetwillen haben sie Schutzzölle und Ausfuhrprämien beseitigt, als sie erkannten, daß sie dem Gedeihen ihres Handels und Gewerbes nicht dienlich seien; um seinetwillen haben sie sich aber gleichzeitig jeder Reform des Seekriegsrechts widersetzt, wenn sie von ihr eine Schmälerung ihrer unbeschränkten Seeherrschaft befürchten zu müssen glaubten."

Also um ihre Handelssuprematie zu fördern, haben die englischen Staatsmänner den Freihandel eingeführt! Daß Brentano diese Tatsache endlich einmal uneingeschränkt zugibt, ist erfreulich. Im Interesse der Bekämpfung der deutschen Theorie der „Handelsfeindseligkeiten", sonst des Schutzes der nationalen Arbeit genannt, allerdings ist dies Zugeständnis nicht, denn wenn es überhaupt einen Sinn hat, kann es doch nur den haben, daß die Einführung des Freihandels in England auch eine Maßnahme zum „Schutze der nationalen Arbeit" gewesen ist, allerdings eine aus eng-



lischen Verhältnissen heraus für die englische nationale Arbeit errechnete, wie die unsrige aus deutschen Verhältnissen erdacht war. Glaubt nun Brentano wirklich im Ernst, ein System der Wirtschaftspolitik, das England nur deshalb verfolgt, weil es seine Handelssuprematie stützt, sei besonders geeignet, auch unseren Interessen wirtschaftlichen Emporkommens zu dienen? Direkt spricht er in der Schrift über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit diese Ansicht nicht aus. Hier behauptet er nur, der Freihandel biete die Basis zu einem Ausgleich mit England. Im Zusammenhalt mit seinem Zugeständnis: England bekenne sich zum Freihandel, weil dadurch seine Handelssuprematie gestärkt werde, kann sein Vorschlag aber gar nichts anderes bedeuten, als daß wir eine Wirtschaftspolitik hätten einschlagen sollen, die in ihren praktischen Folgen der englischen Handelssuprematie günstig gewesen wäre.

In der Tat ist denn auch die englische Freihandelslehre von ihrem Begründer Adam Smith niemals als etwas anderes gedacht gewesen, denn als die den englischen Verhältnissen am besten angepaßte Methode zur Erhöhung der englischen nnd Niederhaltung sonstiger Volkswirtschaften und in Verbindung damit der politischen Macht. Aus Brentanos „Freihandelsargument" allerdings vermögen wir diese Tendenz des Smith'schen Systems nicht zu erkennen. Dort lesen wir nur:

„Wenn wir das Freihandelsargument kennen lernen wollen, müssen wir alle Sonderinteressen vergessen und lediglich das Gesamtinteresse ins Auge fassen. Und zwar nicht etwa bloß das Gesamtinteresse, insoweit alle Menschen Konsumenten sind und als solche das Interesse haben, ihre Bedürfnisse möglichst vollkommen, aber mit dem geringst möglichen Aufwand zu befriedigen, sondern nicht weniger das Produktionsinteresse der Nation, insofern diese das Interesse hat, daß die nationalen Produktivkräfte in einer Weise Verwendung finden, welche den größtmöglichen Überschuß über die aufgewendeten Produktionskosten abwirft, und welche, indem sie der nationalen Arbeit den



größten Entgelt, dem nationalen Kapital den größten Gewinn sichert, zur größtmöglichen Zunahme des nationalen Reichtums führt.

Es ist vom Standpunkt dieses nationalen Gesamtinteresses, daß Adam Smith den Schutz aller heimischen Betriebe, welche nur unter größeren Kosten als ausländische einen Bedarfsgegenstand herzustellen vermögen, als dem Vaterlande schädlich erklärt hat. Ein jeder kluge Familienvater, führt er aus, hütet sich, im Hause herzustellen, was er billiger von einem anderen kaufen kann. Der Schneider macht die Schuhe, die er trägt, nicht selbst, sondern kauft sie vom Schuster; der Schuster fertigt nicht selbst seine Kleider, sondern kauft sie vom Schneider. Was für den Haushalt jeder einzelnen Familie weise ist, kann unmöglich für den eines Volkes Torheit sein. Wenn das Ausland uns mit einem Gute billiger versorgen kann, als wir es selbst herzustellen vermögen, so ist es besser, es mit einem Teile des Ertrags unsres eigenen Fleißes zu erwerben, der in einer Richtung Verwendung findet, bei welcher wir Gewinn ziehen. Unsere Produktivkraft findet sicher nicht die beste Nutzung, wenn sie auf die Herstellung von Dingen gerichtet ist, die wir billiger kaufen, als wir sie herstellen können. Der Wert des jährlichen Produktionsertrages wird mehr oder weniger gemindert, wenn unsere Produktivkräfte der Herstellung derjenigen Güter entzogen oder vorenthalten werden, welche offenbar einen größeren Wert haben als die, in deren Herstellung sie infolge des staatlichen Schutzes Verwendung finden. Ohne Schutz hätten wir diese Güter vom Ausland billiger gekauft als wir sie zu Hause herstellen können. Wir hätten sie also vom Ausland mit Aufwand von weniger nationalen Produktivkräften erworben, und der Überschuß, den die nationale Produktion nach Deckung des nationalen Bedarfs der nationalen Wirtschaft gebracht hätte, wäre größer gewesen. So wirkt der staatliche Schutz dahin, die nationalen Produktivkräfte von einer mehr oder weniger vorteilhaften Nutzbarmachung abzuziehen, und der Gewinn der nationalen Produktion, den der Gesetzgeber zu steigern beabsichtigte, wird durch jede solche Schutzmaßregel statt größer nur kleiner."



Diesen Brentano'schen Darlegungen gegenüber sei festgestellt, daß Adam Smith sich die Freiheit genommen hat, die „Interessen des Ganzen", das „nationale Gesamtinteresse" keineswegs so rein auf das wirtschaftliche Moment des nationalen Reichtums zu beschränken, wie es hier nach Brentano den Anschein hat. Ja! daß er überhaupt garnicht Freihändler aus „Prinzip" ist. Alle Schutzzollmaßnahmen, die Englands Seemacht stärken, finden vielmehr seinen vollen Beifall auch dann, wenn sie dem Lande Lasten auferlegen und dadurch den Fortschritt des Volksreichtums langsamer vor sich gehen lassen, als es bei Freihandel der Fall gewesen wäre. Als Ausfluß der „bedächtigsten Weisheit" erschienen ihm die rücksichtslosen Navigationsakte, denn sie gingen „auf die Verminderung der holländischen Seemacht aus, der einzigen, welche die Sicherheit Englands zu gefährden im Stande war". Überhaupt ist ihm „die Verteidigung weit wichtiger als der Reichtum" und deshalb erklärt er ganz prinzipiell: „Wenn eine Gewerksware" — die Ernährungsfrage Englands stand damals bei der genügenden eigenen Produktion noch in weiter Ferne — „zur Verteidigung der Gesellschaft nötig wäre, so dürfte es nicht immer klug sein, sich in der Herbeischaffung derselben von den Nachbarn abhängig zu machen; und wenn eine solche Manufaktur nicht anders im Lande aufrecht erhalten werden könnte, so möchte es nicht unbillig sein, zu ihrer Unterstützung alle andern Industriezweige zu besteuern. Die Prämien auf die Ausfuhr des in Großbritanien verfertigten Segeltuches und Schießpulvers möchten sich wohl aus diesem Grunde verteidigen lassen." Im Beispiel, das Smith hier gewählt hat, nämlich dem Segeltuch und Schießpulver, verrät sich klar, daß er hier — wie auch an anderen Stellen — an Englands Seemacht und Seebereitschaft denkt. So ist Adam Smith eigentlich ein Schutzzöllner von der Art Friedrich Lists, der bei seinen Erwägungen ebenfalls von der nationalen Verteidigung als oberstem Problem der Volkswirtschaft ausging. Wenn er im übrigen doch für Freihandel eintrat, so ge-



schah das deshalb, weil er der Überzeugung war, daß bei freiem Spiel der Kräfte die Überlegenheit Englands an Kapital und industrieller Entwicklung die Industrien aller übrigen Volkswirtschaften einfach erdrücken werde. Der Freihandel war ihm ein Mittel zur Vernichtung vorhandener und Niederhaltung kommender Industrien anderer Mächte und damit zu deren politischer Beherrschung. In diesem Sinne wurde er von Smiths Schüler, Pitt dem Jüngeren, in sein wirtschaftspolitisches Programm aufgenommen. Wenn es Pitt trotzdem nicht gelang alle erstrebten Erfolge zu erreichen, so lag das einzig daran, daß den leitenden Staatsmännern der andern europäischen Staaten diese Eigenschaft des Freihandels nicht verborgen geblieben war. Was der Freihandel dann später nach 1815 in Deutschland angerichtet hat, das zu erzählen, ist eines der bedauerlichsten Kapitel in der Geschichte des deutschen doktrinären Denkens. Das theoretische Beiwerk Adam Smiths hatte die deutsche Gelehrtenwelt und darüber hinaus auch die Staatsleitungen für sich eingefangen und uns jene dem Freihandel angenäherte Wirtschaftspolitik bescheert, die es den Engländern dank ihrer technisch-industriellen und kapitalistischen Überlegenheit ermöglichte, die durch die Kontinentalsperre ohnehin schwer geschädigte deutsche Industrie so gut wie ganz zu vernichten. Sie warfen unter Ausnutzung ihrer während der napoleonischen Kriege sehr gestiegenen Kapital- und Produktivkraft ihre Waren so billig — vielfach unter dem Erzeugerpreis — auf den deutschen Markt, daß ganze deutsche Industrien bankrott gingen. Die alteingesessene Augsburger Textilindustrie z. B. erlitt damals durch diese Politik den Todesstoß. Gleichzeitig hatten sie im Freihandel aber auch die nötige Waffe, ein Wiederaufblühen deutscher Industrie zu verhindern, denn ihre Kapital- und Produktivkraft bot ihnen — ganz abgesehen von ihrer gelernten Arbeiterschaft — einen großen Vorsprung in der Produktion vor dem kapitalarmen Deutschland. Sie hatten so eine Art Absatzmonopol in Deutschland erworben. Es ist daher wohl verständlich,

daß sie sich geärgert fühlten, als das deutsche staatliche Schutzsystem für die Produktion dieses schöne Verhältnis trübte und im Laufe der Zeiten so umkehrte, daß jetzt die Engländer unter den einst selbst betätigten „Dumping“-Praktiken zu leiden bekamen. Sie verloren eben einen guten Absatzmarkt und bekamen dafür einen lästigen — weil leistungsfähigen — Konkurrenten. Das ist vom Standpunkt der Engländer aus wirklich schon ein ernstlicher Grund, sich heute über die „unfairen Machinationen des deutschen Handels“ zu beklagen.

Unter Beachtung dieser Entwicklung muß die von Brentano aufgeworfene Frage geprüft werden, „ob die durchschlagende Rechtfertigung der Gegner unserer Wirtschaftspolitik (d. i. der deutschen Freihändler. D. Verf.), nicht darin liege, daß es ohne diese gar nicht zum Kriege gekommen wäre“. Bis lange nach 1871 trieben wir eine Wirtschaftspolitik nach dem Herzen der Gegner der jetzigen und doch drohten gerade jene englischen Politiker, die die Weltgeschichte heute als die weitsichtigeren erwiesen hat, der werdenden Weltmacht bereits Feindschaft an. In der Geschichte liegt eben auch eine Logik und diese lehrt England seit bald 300 Jahren, um seiner selbst willen der Feind der jeweils stärksten, auf Seegeltung hinstrebenden kontinentalen Großmacht zu sein. Hätten wir uns mit unserem Schutzzoll keine nationale Industrie geschaffen, keine Flotte gebaut, ja wären wir überhaupt schön brav gefügig gegen England gewesen, dann allerdings hätte es keinen Weltkrieg gegeben. Aber dann hätten wir ja überhaupt gleich englische Kolonie bleiben können, wie wir es in wirtschaftlicher Beziehung nach 1815 waren.

Aber Brentano sieht diese Wechselwirkung von Politik und Wirtschaft für uns nicht oder will sie nicht sehen. Wie hätte er sonst in seinem „Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit“ sich zu folgender Beweisführung veranlaßt sehen können:

„Man wird sagen, der gegenwärtige Krieg habe aufs schlagendste denen recht gegeben, die immer darauf verwiesen, wie gefährlich für die Unabhängigkeit der Staaten



die Verflechtung ihrer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft sei Ich aber möchte umgekehrt behaupten, daß er das Gegenteil erwiesen hat." . . . Denn trotz aller Leistungen der deutschen Technik „bleibt das Hauptverdienst doch den Millionen der Bevölkerung, die zu Haus an Opferwilligkeit in nichts hinter denen zurückstehen, die, sei es im Schützengraben, sei es auf den aufgeregten Wogen der See, seit nahezu zwei Jahren ihr Leben täglich aufs Spiel setzen."

Man wird sich wohl vergeblich fragen, inwiefern denn unsere Opferwilligkeit „das Gegenteil" von der Behauptung erweist, „wie gefährlich für die Unabhängigkeit der Staaten die Verflechtung ihrer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft sei". Jedermann in Deutschland, der in die Verhältnisse unserer Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung während dieses Krieges näheren Einblick gewonnen hat, weiß es, daß eine nur wenig stärkere „Verflechtung", ein noch höherer Grad unserer Abhängigkeit von ausländischen Zufuhren in den wichtigsten Produkten uns rettungslos der Kapitulation ausgeliefert hätte. Keine noch so große Opferwilligkeit hätte das verhindern können, wenn die heimische Produktion noch erheblich geringer gewesen wäre, als sie jetzt ist, und nicht genügt hätte, das Existenzminimum an Nahrungsmitteln, den absolut notwendigen Bedarf an industriellen Rohstoffen zu decken.

Uns Zeitgenossen des Weltkrieges möchte ein Bedauern erfassen, daß der deutsche Reichskanzler sich nicht auf Adam Smith berief, als er am 16. Oktober 1902 seinen Zolltarifentwurf mit den Worten begründete: „Das nationale Gesamtinteresse macht es uns zur Pflicht, die Ernährung des deutschen Volkes nach Möglichkeit vom Ausland unabhängig zu stellen". Denn wir wissen und fühlen es heute jeden Tag, daß Unabhängigkeit vom Auslande in der Ernährung auch „zur Verteidigung der Gesellschaft" nötig ist und bedauern nur, daß Brentano dieser Seite der Smith'schen und Stuart Mill'schen Freihandelsidee keine Erwähnung tat, als er 1900 und 1910 sein „Freihandelsargument" erscheinen

ließ, das sich die Aufgabe setzte, unser Volk über diese Lehren zu unterrichten. Wir bedauern es um deswillen, weil die Smith-Mill'sche Lehre, wie sie in Wahrheit ist, uns zu einer Belehrung von eminent praktisch politischer Bedeutung über die englische Einkreisungspolitik und ihre Abwehr hätte dienen können.

Unserer Erörterung verbleibt jetzt nur noch die eine Frage, warum wohl um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die englischen Staatsmänner es als erlaubt ansahen, ihre Nation in der Herbeischaffung der Nahrungsmittel doch von den Nachbarn abhängig zu machen, obwohl Adam Smith die Herbeiführung einer solchen Abhängigkeit als nicht immer klug bezeichnet hatte. Sie waren sich eben wohl bewußt, daß diesmal das tatsächliche Abhängigwerden in seinen Folgen durch die politische Machtstellung aufgehoben war. Der Jünger Smiths, William Pitt der Jüngere, hatte mit dem von ihm eingeleiteten 23jährigen Kampfe um Frankreichs Streben nach Weltmacht auch den Boden für Englands Freihandel geschaffen. Denn als der Kampf beendet war, gab es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts keine Macht mehr auf der Welt, die England irgendwie ernsthaft auf der See hätte stören können. Englands Seeherrschaft war nie so ausgesprochen, seine Zufuhrstraßen zur See nie so absolut sicher vor jeder andern Macht der Erde als damals, wo England sich entschloß, zum Freihandel überzugehen.

Die Medaille hat aber auch eine Kehrseite. In dem Augenblicke, als Englands Staatsleitung sich entschloß, diese Abhängigkeit seiner Ernährung von ausländischen Zufuhren einzugehen, wurde es ihr zur absoluten Notwendigkeit, die Zufuhrstraßen zur großbritannischen Insel vor jeder feindlichen Störung sicher zu stellen. Es liegt nun begründet in der Natur der Seeherrschaft, daß auf ein und demselben Meere nur Einer Herr sein kann. Das Meer aber, von dessen Beherrschung Englands Sicherheit abhängt, ist nicht der Stille Ozean. Ob es hier einen gleich mächtigen Nachbarn hat, wie z. B. Japan oder Amerika, oder ob es ihn

nicht hat, ist eine Frage politischer Expansion und Bequemlichkeit für England. Der gleich mächtige Genosse im Atlantic aber stellt Englands ganzes staatliches Sein in Frage. Deshalb nahm Palmerston 1848 sofort eine so drohende Haltung ein, als das Frankfurter Parlament eine deutsche Flotte begründen wollte. Denn eine solche Flotte konnte, wenn sie kräftig genug würde, die englischen Zufuhrstraßen beeinträchtigen. Und deshalb fand sich England wiederum veranlaßt, sich gegen uns zu stellen, als das neue Deutsche Reich seit 1900 eine großzügige Flottenpolitik begann.

Unsere Schutzzollpolitik ist an dieser Entwicklung nur insoweit Schuld, als sie mit ihrer Förderung unserer industriellen Entfaltung uns überhaupt erst die technischen Voraussetzungen zu dieser Politik schuf, wie sie uns jene industrielle Leistungsfähigkeit geschaffen hat, die uns heute ermöglicht, die Rüstungsarbeit einer ganzen Welt gegen uns auszugleichen. Unsere Agrarpolitik hat uns andererseits jenen Körnerbau erhalten, der heute das Rückgrat unserer Ernährung ist. Will man sie aber als das werten, was sie in der Geschichte unseres Volkstums bedeutete, so muß man sagen, daß wir sie als Mittel verwandten, unsern Volksüberschuß im Lande zu erhalten, unsere Unabhängigkeit in technisch-industrieller Beziehung zu erringen und in der Ernährungsfrage zu behaupten. Kein Vernünftiger sieht im Schutzzoll ein wirtschaftliches Allheilmittel zu jeder Zeit und zu jedem Zwecke. Wer aber heute erklärt, wir hätten seinerzeit keine wirtschaftliche Schutzpolitik treiben und keine nationale Industrie schaffen sollen, die uns erst die militärische und finanzielle Ausrüstung für unsere Großmachtstellung schuf, und wer es tadelt, daß wir eine Getreidepolitik trieben, die uns in diesem wichtigsten aller Lebensmittel wenigstens notdürftig vom Ausland unabhängig machte, der sollte auch den Mut haben, zu sagen, wir hätten in der Ohnmacht und Abhängigkeit verbleiben sollen, in der wir bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts waren, dann wäre er wenigstens konsequent.





X.

Dokumente zu Dalbergs Kirchenpolitik.

(Betreffend die Koadjutorie Feschs.)

Mitgeteilt von Prof. D. Dr. Bastgen-Straßburg.

Die Frage, wer Dalberg, dem einzig nach der Säkularisation übrig gebliebenen deutschen Kirchenfürsten, nachfolgen und damit Kurerzkanzler des Reiches werden sollte, war eine der wichtigsten auf dem Gebiete der Kirchen- und Reichspolitik geworden.[1]) Dalberg hatte längst, als er selbst noch Koadjutor war, den Grafen Friedrich Lothar Stadion, der Domherr des Mainzer Kapitels und seit 1803 kurböhmischer Gesandter am Reichstag zu Regensburg war, zu seinem Nachfolger ausersehen. Neben Stadion trat Graf Kaspar Sternberg, Domherr der Regensburger Kirche, auf die der Mainzer Stuhl übertragen worden war, als Koadjutorkandidat auf. Während Stadion zugleich als österreichischer Kandidat galt, galt Sternberg als preußischer. Napoleon wollte auf jeden Fall Stadion solange nicht als Bewerber mit Erfolg anerkennen, als er in Österreichs Diensten stand. Zur allergrößten Überraschung ernannte jedoch Dalberg am 28. Mai 1806 den französischen Kardinal Fesch, den Onkel Napoleons und Primas der französischen Kirche, zu seinem Nachfolger.

Im folgenden seien einzelne Gesandtschaftsberichte über die politische Bedeutung und die rechtliche Würdigung dieser Ernennung abgedruckt.

1) Über das Einzelne verweise ich auf mein im Laufe des Jahres erscheinendes Buch: Dalbergs und Napoleons Kirchenpolitik.



I.

Bericht des Freiherrn von Türkheim, Gesandten des hessisch-darmstädtischen Hofes am Reichstag, vom 9. Juni 1806.[1])

Der erste Eindruck, den die so unerwartete Nachricht von der Ernennung eines Erzkanzlerischen Coadjutoren allhier - so ziemlich allgemein machen mußte, war dem Urheber dieses verzweifelten Rettungsmittels minder günstig, und es scheint, daß der Herr Kurfürst selbst der strengeren Beurtheilung seiner Umgebungen ausweichen und sich in sich selbst nach einer so folgevollen Entschließung auf einige Zeit verschließen wollte; denn schon Donnerstag vor 8 Tagen in der Früh begab er sich, blos von seinem Kammerherrn dem Freiherrn von Jungken und dem Abbé Collborn[2]) begleitet nach Wöhrd und gedenkt einige Monate dort zu bleiben; er wird, wenn sich dieser einsame Aufenthalt wirklich verlängern und nicht die nahe Ankunft des Nuntius Genga[3]) oder andere Ereignisse ihn zur früheren Rückkehr veranlaßen sollten, einen Tag in der Woche bestimmen, wo man ihm aufwarten kann. Möge er dort der Ruhe genießen, die besonders edleren Seelen, wie die Seinige, nur Bewußtsein erfüllter Pflichten und rechtlicher Handlungen gewähren kann!

Seit einigen Tagen mildert sich das Urtheil des denkenden Publikums, und die Stimme der Freundschaft, ältere ehrfurchtsvolle Gefühle, hie und da wieder aufkeimende Privathoffnungen drücken den Finger auf den Mund, verschließen das Auge der Zukunft und laßen nur für den Augenblick die eiserne Nothwendigkeit, Pflicht der Selbsterhaltung und die dadurch erzielte Rettung der Verfassung als Beweggründe hervordringen und einen Schritt entschuldigen, von dem man einst in der Biographie Karl Theodors[4]) hauptsächlich ausgehen wird. Ich erlaube mir

1) Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Reichstagsberichte. Hügel N. 178 ad Rel. 141. v. J. 1806.

2) Einer der Vertrauten Dalbergs.

3) Genga, der spätere Papst Leo XII., der wegen der Verhandlungen eines Reichskonkordates erwartet wurde.

4) Dalbergs.

annoch einige Bemerkungen über die Veranlaßung, die Rechtlichkeit nnd die wahrscheinlichen Folgen dieser wichtigen Eröffnung.

Wer auch mit dem festen Vorsatz, den Schritt selbst zu mißbilligen, doch in der Beurtheilung desselben billig[1]) sein will, denkt sich in die Lage des Hr. Kurerzkanzlers hinein. Seine Feinde, wann er deren einige hat, oder doch strengere Kunstrichter seines politischen Karakters werden zwar vielleicht schon in seinem etwas zweideutigen Betragen zu Paris, Mainz und München die frühern Grundlagen des letzten Wagestücks finden, ich bin aber meiner Seits überzeugt, daß erst die Ereignisse der letztern Monate, die Zudringlichkeiten von Bayern und Kurheßen — um ihn teils noch bei seinen Lebzeiten, theils nach seinem Tode zu erben und in Pensions-Zustand, wie so viele andere schuldlose, geistliche Fürsten, die den Bedürfnißen des Jahrhunderts und den Forderungen der siegenden Gallier geopfert wurden, gleich zu stellen, — der eigenmächtige Sequester des Prinzen Murat von Cleve, wodurch man ihm alle Lebensmittel abschneiden, die ergiebigste Quelle[2]) seines so verengten Kurstaates verstopfen wollte, ihn auf den raschen Entschluß gebracht haben; nicht sowohl seine eigene Existenz — denn bei seiner wahrhaft philosophischen Genügsamkeit und seiner so seltenen Enthaltsamkeit von allen Versuchungen des Nepotismus, die ihm seine eigene Familie fremd macht, konnte er sein Schicksal ruhig abwarten, wenn auch je Kaiser Napoleon die hohe Achtung, die ihm seine Ohneigennützigkeit eingeflößt hatte, den Forderungen der höheren Politik hätte opfern können — als die Existenz seines Kurstaates, die Kurerzkanzler Würde, das teutsche Primat, die kleineren Stände durch die vorgeschlagene Coadjutorie zu retten. Kann aber auch dieser Zweck durch jenes anomalische Opfer erhalten werden? — Es scheint noch immer zuverläßig, daß er . . . den 8. Mai nach Paris abgereißte französische Legations-Sekretär Fénélon mit dieser

1) Im Bericht unterstrichen.

2) D. h. die Rheinzölle, die eine Dotation ergänzen sollten.

ersten Eröffnung dahin gesendet worden, daß der am 22. angekommene Kourier, der so viel Aufhebens machte und deßen Mißion 8 Tage lang so geheim gehalten wurde, die leicht zu vermuthende Genehmigung Kaiser Napoleons überbracht habe, welche in 2 Artikeln bestanden haben soll; der erste, die Garantie des ohngeschmälerten Kurerzkanzlerthums, der zweite die Verbindlichkeit des Kurfürsten den Kardinal Fesch zum Coadjutor zu ernennen; daß den 24ten erst diese Entschließung dem Reichsoberhaupt angezeigt, und zwar so lang mit Bekanntmachung derselben allhier gezögert worden, bis sie in Wien ankommen, nicht aber bis eine Gegenäußerung darüber allhier einlaufen konnte. Ob darin eine Schonung für den Kaiserl. Hof und die Absicht, ihn bei seiner dermaligen einflußlosen Ohnmacht nicht zu compromittiren, oder eine Hintansetzung reichsständischer strenger Pflichten aufgefunden werden solle? — mag ich nicht entscheiden; man weiß auch, aller widriger Gerüchte ohnerachtet, bisher nur so viel zuverläßig, daß der Reichsvice-Kanzler dem Hr. Kurerzkanzler simpliciter den Empfang des Schreibens und deßen Übergabe an Kaiserl. Majestät angezeigt und sich dadurch eine längere Frist zu Beurtheilung desselben offen gelaßen habe.

Daß in München diese Nachricht eine ganz außerordentliche und unangenehme Sensation erregt habe, war leicht vorher zu sehen. Man versichert sogar, daß eine feierliche öffentliche Verwahrung dagegen nächstens einlaufen und auf den gezweideutigen Verspruch des Ministers Talleyrand werde gegründet werden, das Fürstenthum Regensburg nach dem Tod des H. Kurerzkanzlers dem Königreich Bayern einzuverleiben: nichts könnte der Apologie des letztern mehr Gewicht geben, als ein solches Geständnis, welches aber in Paris übel aufgenommen werden dörfte. Der kurfürstl. Kammerherr Varicourt, Eidam des Ministers v. Albinc, ist sogleich den 28. früh nach Paris abgereist, um die Ernennung zum Coadjutor dem Kardinal Fäsch zu hinterbringen.

Die Rechtlichkeit des eigenmächtig gewählten Coadjutors läßt sich in keinem Betracht vertheidigen, denn 1. Wenn man



sich auch blos auf kanonische Rücksichten beschränken, von allen Erzkanzlerischen Verhältnißen abstrahiren und blos in dem Coadjutor den künftigen Primas von Deutschland erblicken wollte, so läßt sich doch die Postulirung eines Coadjutors ohne Zuthun des Kapitels in einer deutschen Kirche nicht denken. Darinn stimmen alle geistliche und weltliche Staatsrechtslehrer überein, daß alle Coadjutorien, in so fern sie die völlige Wahlfreiheit nur einigermaßen beschränken, den Concordaten zuwider und nicht zu dulden sind, und daß der 14. Art. der Wahlkapitulation dem Kaiser den Schutz jener Concordaten und die Bewachung der Freiheit der deutschen Kirche, namentlich gegen die Coadjutorias praelaturarum electivarum[1]) als deren Schutzpatron aufgetragen habe.

Die meisten bekannten Kapitulationen der Bischöffe z. E. die von Münster, Hildesheim, Regensburg, sowie die ehemals projecktirte Capitulatio perpetua von Osnabrück,[2]) drücken sich darüber bestimmt aus und es ist zu vermuthen, daß sich Kurfürst Carl[3]) selbst in seiner eigenen Wahlkapitulation verpflichtet habe, keinen Coadjutor ohne förmliche Einwilligung seines Kapitels vorzuschlagen; Er konnte demnach einem Andern nicht mehr recht übertragen, als ihm selbst zustund; wer weiß, ob nicht sogar die Verpflichtung darin ausgedrückt war, einen Coadjutor blos ex gremio zu nehmen oder vorzuschlagen? —

Man erinnert sich aus der Geschichte der westphälischen Friedensverhandlungen, wie sehr der Kongreß von Münster, das Reichsoberhaupt, selbst die mit Frankreich damals so eng verbundene Krone Schweden die Eigenmacht des so französisch gesinnten Kurfürsten Philipp Christoph[4]) von Trier, sich einen Coadjutor in der Person des[5]) von Reifenberg zu geben, ge-

---

1) Vgl. Moser Joh. Jak., Betrachtungen über die Wahlcap. Kayser Josephs II. Frankfurt 1777 II, 129.

2) Vgl. J. Gottfr. v. Meiern, Acta pacis Westf. VI, 475.

3) Dalberg.

4) 1623—1652; vgl. Baur, Philipp von Sötern, und seine Politik während des dreißigjährigen Krieges. Speier 1897.

5) Philipp Ludwig.

tadelt und erklärt haben, daß dieses Verfahren so sehr gegen die Reichsgesetze als die Ehre der deutschen Stifter laufe, auch dem König von Frankreich ernstlich geschrieben haben, sich solcher Händel nicht anzunehmen; Kapitel und Landstände vereinigten sich damals, um nur einen Kanonisch erwählten Coadjutor anzuerkennen; und der Kaiser bestättigte diesen Vertrag. Im Jahr 1650 klagte das Kapitel nochmals gegen den Kurfürst als einen Friedensbrecher und Störer der öffentlichen Ruhe, und er lief Gefahr abgesetzt und seiner Regalien verlustiget zu werden. — Er mußte eine förmliche Coadjutors Wahl vornehmen lassen, und als diese zwiespaltigt war und nach Rom gespielt werden wollte, so baten die zu Nürnberg versammelten Reichsstände den Kaiser, die Wahl Caspars von der Layen[1]) per majora durchzusetzen und den Kurfürsten durch geeignete Wege zu nöthigen, denselben anzuerkennen, welches auch geschah; die katholischen Reichsstände unterstützten diese Bitte aus dem besondern Grund, weil sonst alle Freiheit der deutschen Kirche über den Haufen fallen würde. Die Staatsakten über diesen wichtigen Vorfall sind in dem VI. Tom. v. Londorp[2]) und der Meierischen[3]) Friedensverhandlungen, sowie in dem 11. der Executions Akten zu finden.[4])

2. Aber, wendet man dagegen ein, es existirte ja kein Kapitel[5]); vergebens hätte sich Kurfürst Carl mit der Organisation desselben[6]) beschäftigt und schon vor einigen Monaten nach Wien und Rom überschickt, ohne Antwort zu erhalten; also mußten in diesem Notfalle die Kapitularischen Befugniße von dem Kurfürst Erzbischofe ergänzt werden. Allein, wenn man auf die urgence,[7]) eine Erfindung der franz. Nationalver-

---

1) Nachfolger Philipps, regierte 1652—1676.

2) Acta publica VI, 546.

3) VI, 1018, vgl. oben Anm.

4) Vgl. auch Hontheim, Hist. dipl. Trevir. III, 621.

5) Die Säkularisation hatte alle aufgelöst; freilich erhoben das Mainzer und das Regensburger Anspruch auf Weiterbestand.

6) d. h. eines neuen Metropolitankapitels.

7) Im Bericht gesperrt.

sammlung, so geradehin eingestehen und decretiren[1]) wollte, so tritt doch hier wieder die besondere Betrachtung ein, daß nach geistlichen und weltlichen Verfügungen jenes Kapitel wirklich existirte, welches zu diesem wichtigen Geschäft hätte beigezogen werden müßen.

Die Päbstliche Bulle vom 1. Februar 1805,[2]) obgleich selbst von Paris aus, datirt, die ich voriges Jahr meinen gehorsamsten Berichten angeschloßen habe, verordnet in ohnzweideutiger Bestimmung, daß bis zur Bestellung des neuen Metropolitankapitels von beiden Seiten keine Neuerung soll vorgenommen und kein Nachtheil der Rechte beider Kapitel von Mainz und Regensburg soll gebracht werden. Nun aber sollen, wie es bald darauf heißt: „Wenn je die neue Metropolitankirche vor Einrichtung und Bestätigung des Kapitels durch Tod des H. Kurerzkanzlers oder sonst auf jede andere Weise seines Oberhirten beraubt werden sollte, allein die Domherrn der alten Kirche zu Mainz nach den Formen und Statuten derselben solche wohl vorzunehmen berechtiget sein."[3]) Kann man sich wohl eine bestimmtere Vorschrift für den vorliegenden Fall denken? — Wenn kein Bischof einen Coadjutor ohne Kapitel vorschlagen, noch weniger ernennen kann, wenn auf den Fall jedoch solches alio quocunque modo[4]) nöthig wird, allein die Mainzer Domherrn dazu befugt sind, wie konnten sie praeterirt, ausgeschloßen, und sogar ein fremder extra gremium postuliert werden wollen? —

Hiermit stimmt auch das letzte Reichsgesetz[5]) vollkommen überein, deßen 25. Art. ausdrücklich verordnet, daß der Kurfürst Erzkanzler fernerhin nach den Statuten seiner alten Metropolitankirche gewählt werden soll.[6])

---

1) Im Bericht gesperrt.
2) Die Bulle, die der Mainzer Stuhl nach Regensburg überreichte.
3) Im Bericht gesperrt.
4) Im Bericht unterstrichen.
5) Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Febr. 1803.
6) Im Bericht unterstrichen.

Ohne Zuthun der Mainzer Domherrn war also kein Vorschlag eines Coadjutors, wozu die nämlichen Formalitäten erforderlich sind, wie bei einer Wahl im Fall einer Vacatur, im rechtlichen Sinne nur denkbar; allein —

3. So hat auch der vorgeschlagene Candidat nicht die erforderlichen Requisiten zur Stelle des ersten Staatsbeamten der deutschen Nation, des Primas der germanischen Kirche.

Die Statuten der Mainzer Kirche erfordern bekanntlich 8 Ahnen von väterlich- und mütterlicher Seite, guten, adelichen und deutschen Stammes, und seit den Zeiten eines Willigisus, deßen bescheidene Herkunfts-Erinnerung Mainz seine Wappen[1]) verdankt, wurde dies immer beobachtet.

Selbst die neueste Wahlkapitulation[2]) erfordert Art. XIV. § 3 sogar bei unwichtigeren Praebenden, wie vielmehr bei der ersten geistlichen Würde des Reichs, daß selbige keinem verliehen werde, der kein gebohrner Deutscher ist,[3]) und einer der erleuchtesten Vorfahrer Kürfürst Karls, Lothar Franz, Kurfürst zu Mainz schrieb anno 1699 den 10. Juli an den Pabst, der einen Fremden[4]) in das Kapitel zu Worms einschieben wollte: In Germania non nisi Germani ad ecclesias Cathetrales . . . admitti possunt, ex eo inter alia, quod ex gremiis harum ecclesiarum eliguntur Episcopi et S. R. Imp. Principes, cujus dignitatis exteri non sunt capaces.[5]) Quale privilegium, cum apud varias alias

1) Das bekannte Rad.

2) Moser a. a. O.; vgl. ferner Art. 13 der Wahlkapitulation Karls V. und Matthias; Art. 12 des Ferdinands I.; Rudolphs II.; Art. 11 des Ferdinands II.; Art. 15 des Ferdinands III. Vgl. Capitulationes Imp. et Reg. ed. Joh. Limnaeus. Argentorati 1658. S. 41 ff. Vgl. auch die Beschwerungen des hayligen Rö[mischen] Rey[ches] und besonderlich gantz Teütscher Nation, vom Stul in Rom vnd seiner anhangende Gaystlichkeit zu Worms imm Reychsstag des 1521. jahrs u.s.w. Teütsch pfründen den Teütschen allain zu leychen. Moser a. a. O. II, 98. 103.

3) Im Bericht unterstrichen.

4) Den Franzosen de Beauville.

5) Im Bericht unterstrichen.



nationes approbante sancta sede apostolica reperiatur, etiam hoc in Germania .... minime extingui desiderabit."

Wenn man also auch von den Ahnen abstrahiren und noch diesen letzten Vorzug dem unterdrückten alten Reichsadel entziehen und damit angeblich entschuldigen wollte, daß bei einer Postulation man nicht so genau darauf sehen dörfe, obgleich eine Coadjutors Postulation ebenso undenkbar ohne Kapitular Beitritt, als die einer Ernennung ex gremio ist, und diese Wahlart eigentlich nur von den Canonischen Defekten, nicht von den politischen statutenmäßigen Erfordernißen dispensirt, so steht doch noch immer der so bedenkliche Mangel eines Indigenats im Weeg, und davon, sowie von den Adelsproben kann der Pabst nicht dispensiren, sondern allein die Reichsgerichte darüber erkennen. Immerhin mag der Herr Directorialis von Albini aus Iselins[1]) Basler Lexico entnommen haben, daß im XV. und XVI. seculo Geschlechtsvorfahren des neuen Herrn Coadjutorn in öffentlichen Diensten deutscher Lande sich ausgezeichnet haben, weil einer als Badischer Rath in Paris die Geschäften mehrerer Reichsfürsten besorgte; dies kann doch im Ernst keinen Indigenats Beweiß begründen; die Schweiz, woraus die Familie abstammt, war schon seit dem XIV. und XVI. seculo außer Verband mit dem Reich, und in dem Westphälischen Frieden davon unwiderruflich getrennet, und der eigentliche Zweig, von dem der Herr Kardinal abstammt, war in Corsica naturalisirt, und also ist schwer zu begreifen, wie er alle wesentliche Eigenschaften zu diesem erhabenen Posten in einem so vorzüglichen Grad verbinden könne.[2])

4. Ist hier nicht sowohl, wenigstens nicht so ausschließlich, die geistliche Würde des Herrn Metropolitans, als das damit verknüpfte wichtige Amt des Reichs Erzkanzlers in Betracht zu ziehen, welches seit Otto des Großen Zeiten mit dem Stuhl zu

1) Jac. Christ. Iselin, Neuvermehrtes hist. geogr. allgem. Lexikon Basel 1726 II 297.

2) So teilte Dalberg die Ernennung unter anderm dem Reichstag mit.

Mainz verbunden ist, und also hier minder canonische Vorschriften, als Reichsgesetze und Observanz zu berücksichtigen, deswegen auch gegen das Herkommen bei minderen Stiftern die geistliche Kurfürsten sogleich Sitz und Stimme, auch noch von der Päbstlichen Confirmation und Ertheilung des Pallii haben.

Hier tretten also die wichtigen Kaiserlichen Rechten, die schon bei jeder Wahl eines Fürst-Bischofs dem Reichsoberhaupt zustehen, in vollerer Maaße ein. Der Kaiser hat das Recht zu solchen Wahlen einen Commissaire zu schicken, der für die Wahlfreiheit und das Intereße des Reichs zu wachen hat: er hat das Recht zu empfehlen und auszuschließen, und letztere Befugniß kann ihm hier und da weniger bestritten werden, als die Natur seines Wirkungskreises und Staatseinflußes, und das damit verbundene Wohl des Reichs nicht erlaubt, daß eine persona Caesari ingrata dazu ernannt werde. Ist also nicht schon dadurch, daß ohne die Gegenerklärung des Reichs-Oberhaupts abzuwarten, ein Coadjutor eigenmächtig zur ersten Würde des Reichs vorgeschlagen wurde, höchstdasselbe nicht nur äußerst compromittirt, sondern sogar sein Ansehen schwer verletzt worden? — Freilich wollte der Herr Kurerzkanzler vermuthen, daß man zu Wien dieser durch die Zeitumstände gerechtfertigten Entschließung zuversichtlich den Allerhöchsten Beifall ertheilen werde, da eine, obwohl gesetzliche Einwilligungsversagung eine Kriegserklärung in diesem stürmischen Zeitpunkt nach sich hätte ziehen können. Allein wie kränkend ist nicht diese bloße Anzeige für das Haupt der Konstitution, die man doch durch dieses Wagstück zu retten glaubte? — Es will zwar verlauten, doch kann es nicht verbürgt werden,[1]) der Herr Kurerzkanzler habe seit mehreren Monaten dem Kaiserlichen Hof 3 Subjecten zum Coadjutor vorgeschlagen, einen aus dem alten Mainzer, einen aus dem Regensburger Kapitel, und einen dritten extra gremium. Dieser aber habe darauf keine Entschließung er-

1) Die Meldung ist richtig, aber Dalberg schlug diese drei (Stadion, Sternberg, Wessenberg) nicht dem Kaiser in Wien, sondern Napoleon vor.

theilt und sogar ins Geheim die Absicht dabei gehabt, einen Oesterreichischen Prinzen zum Coadjutor zu empfehlen; allein sowie man diese Absicht nach der empfindlichen Schmälerung des so heilsamen Kaiserlichen Einflußes in Reichsgeschäften vielleicht noch wohl entschuldigen könnte, so ist es noch mehr als zweifelhaft, ob auch jene Aussicht nur von dem Kaiserlichen Hof je wirklich eröffnet worden, und auf allen Fall berechtige, ein solches nie zum Vorschlag eines ganz fremden Coadjutorn, der den französischen Einfluß im Reich nun auch gesetzlich verewigen wird. Wenn jene drei Subjekten wirklich vorgeschlagen worden sind, so wäre der ex gremio moguntino zweifelsohne der Würdigste gewesen, und lange hatte zuverläßig selbst der Herr Kurerzkanzler den Grafen Friederich Lothar von Stadion dazu bestimmt; allein seit er die böhmische Gesandtschaftsstelle angenommen und sich aus edler Selbstverläugnung geweigert hatte, bei der Münchner Eheeinsegnung[1]) die Funktionen eines Ministranten zu versehen, so durfte er auf französischen Beistand nicht wohl mehr zählen; dem Grafen Sternberg, der mit dem Herrn Kurfürst zu Paris und München war, soll er seit dieser Zeit dazu bestimmte Hoffnung gemacht haben, obgleich seine Freunde versichern, er habe sie mit der Bemerkung abgelehnt, daß in den jetzigen Zeitläuften blos ein souveräner Fürst diesen Posten mit Ehren behaupten könne. Zur Entschädigung dieser vereitelten Aussichten hat der Herr Kurerzkanzler ihm seinen neu angelegten Garten vor dem Petersthore um 30000 fl. abgekauft, wo nun die botanische Academie nebst dem Kepplerischen Monument ihren Wohnsitz bekommen sollen.

Wer der dritte mag gewesen sein, ob einer der noch lebenden deutschen Fürst-Bischöfe, oder vielmehr der bischöfl. Constanzische Domherr und General-Vicar Freiherr von Wessenberg,[2]) Neffe des hiesigen Domprobsten Grafen von Thurn, weiß ich nicht gewiß zu bestimmen.

---

1) Der Ehe zwischen Eugen Beauharnais mit der Prinzessin Auguste von Bayern, die dann Dalberg am 14. Januar 1806 vollzog.

2) Es war dieser.



Es mag also nun wirklich der Herr Kurerzkanzler alles erschöpft haben, um sein Kapitel zu constituiren und sich einer den beiden höchsten Gewalten angenehmen Coadjutor zu geben, er mag auch wirklich durch den Drang der Umstände in die peinlichste Verlegenheit gekommen sein und diesen Ausweg eingeschlagen haben, um sich, sein Erzstift und die Verfaßung zu retten und ihm eine festere Stütze zu geben, so bleibt doch immer derselbe verfassungswidrig und seiner Folgen wegen höchst bedenklich, und es dürfte wohl ein obgleich sehr zu entschuldigender beleidigter Stolz so gut, als reine Vaterlandsliebe mit Triebfeder eines solchen raschen Entschlußes gewesen sein. Sollte er ihn aber faßen, seinen ohnbefleckten Namen auf das Spiel setzen, um sich an seinen gierigen und schamloßen Mitständen zu rächen? Sollte er nicht auf seine gute Sache, und die hohe Achtung seiner Gegner selbst gestützt, lieber die Reihe der deutschen Erzkanzler und Kurfürsten von Mainz beschließen, als einem Dalberg[1]) den Kardinal Fesch zum Nachfolger geben? — Zwar sagt man, er habe dadurch die deutsche Verfaßung, die Existenz der kleinen Stände erhalten, aber wie? Durch Aufopferung seines Vaterlandes, durch Uebergabe desselben an Frankreich? — aber, dieses war ja nicht mehr zu retten; das Reichsoberhaupt stund ohnmächtig da, Preußen hatte die gute Sache einem kleinlichten augenblicklichen Eigennutze geopfert, Rußland zog sich zurück, 150,000 Franzosen verzehrten die letzten Kräfte des verarmten Deutschlands, was blieb dem verlaßenen Erzkanzler übrig? — ein ehrenvoller politischer Tod, lieber unter den Ruinen Germaniens unerschüttert, mit dem Bewußtsein seiner Rechtschaffenheit und seiner Ueberzeugung treu sich begraben zu laßen, als . . . .[2])

Denn was können nun wahrscheinlich die Folgen dieses

1) Im Bericht unterstrichen. Hiermit wird auf den seit Maximilian bestehenden Gebrauch angedeutet, daß der neugekrönte Kaiser nach dreimaligem Ausrufen des Herolds: Ist kein Dalberg da? einem Dalberger den ersten Ritterschlag erteilt.

2) So im Bericht.

bedenklichen Schrittes sein? — zwar augenblicklich wird der Kurstaat nicht nur erhalten, sondern ansehnlich vergrößert und selbst seine Hauptstadt beßer gegründet werden; schon scheint nicht nur Frankfurth bestimmt, nachdem ihm noch die rückständige Million wird zuvor erpreßt worden sein, gleich einer ausgedrückten Orange, dem Oheim Frankreichs zum Mitgift seiner Verbindung mit der deutschen Kirche hingeworfen zu werden, sondern man versichert auch zuverläßig, daß ein Theil von Bayern, zunächst um Regensburg gelegen, zu dem Kurerzkanzlerthum werde geschlagen werden, ja sogar lebt das Gerücht wieder auf, man wolle Württemberg nach Hannover versetzen und das jüngste Königreich an Bayern, sowie einen großen Theil des letztern an Kardinal Fesch abtretten; eine trolligte, zwar höchst unwahrscheinliche,[1]) aber doch nicht unmöglichere Idee, als die der neuen Coadjutorie selbst es noch vor einem Monat scheinen mußte.

Gelingen Frankreich alle seine Pläne, laßt sie das geduldige, des Jochs zwar ungewöhnte, aber aus Mangel an Energie es abzuschütteln nicht vermögende Europa ungestört ausführen, so ist das Carolingische System in den drei vereinten Reichen von Frankreich, Deutschland und Italien gesetzlich eingeführt, der neue Monarch, der das Europäische Gleichgewicht zerstört hat, um es in ein einziges Uebergewicht zu umwandeln, dictirt alsdann ruhig und abwechselnd zu Rom auf dem Capitolio, zu Paris in den Tuilerien und zu Regensburg auf dem Reichstag für ganz Europa strenge Gesetze und alle noch nicht aufgezehrte Fürsten, selbst Könige werden wie die ehemaligen Herzoge den Druck der eisernen Krone und eines bleiernen Scepter fühlen und beßer zu ertragen lernen, als sie dem so leichten Druck des älteren Reichsverbandes bisher sich als freie Deutsche fügen wollten.

Der Oheim Fesch wird Erzkanzler, vielleicht noch Pabst, und wohnt statt im Vatican, das neben dem Capitolio nicht wohl mehr bestehen mag, einst zu St. Emeran. [!]

1) Davon ist sonst nichts bekannt.

Der gute Kurerzkanzler, dem man mit einer kraftvollen Leitung der deutschen Angelegenheiten unter der Obergewalt Napoleons schmeichelt, wird vielleicht in wenig Jahren, noch ehe die Natur über ihn gebeut, seinem schon proklamirten Nachfolger und Regierungsgehülfen Platz machen müßen; Prinz Ludwig wird König in Holland und Westphalen, Prinz Joseph König in Unter Italien, sowie Eugen in Obern, der in Corsica aufgefundene neue Oheim Landsmann in Helvetien — die franz. Generals werden hie und da mit Fragmenten der eroberten Lande belohnt und belehnt, um sie den noch übrig bleibenden Altfürstlichen deutschen Häußern in Opinion und Maacht gleich zu stellen, und in 20 Jahren sitzen auf allen Thronen von Europa nur Vettern und Schwägers des allmächtigen Monarchen.

Geschehen muß vielleicht der biederste deutsche Fürst dies alles laßen, sollte er aber dazu auch thätig mitwirken? und wenn je, wie man deßen neuerdings bedroht ist, Oesterreich durch sich immer erneuernde und steigende Forderungen auch obtorto collo genöthiget werden sollte, der ertrotzten Nachgiebigkeit ein Ende zu machen und einen letzten Versuch zu wagen, und Ehre und Fortdauer zu retten, wenn solcher mit der Anstrengung ausgeführt werden könnte, welche die Verzweiflung und Anhänglichkeit an ein zwar nicht kraftvolles, aber doch so sanftes und liberales Gouvernement seinem Volke geben müßen, so könnte sich doch noch das Blatt wenden und jeden, der den Passivgehorsam gegen eine allzu active Mitwirkung vertauscht hat, noch gereuen, nicht ausgeharret zu haben.

Doch wahrscheinlich ist dies nicht, ob man gleich von einem großen Lager von 80 000 Franzosen zu Ulm spricht und ihm nur ein sich zu Salzburg zusammenziehendes Corps von 24 000 Mann entgegensetzt. Gestern war der Gesandte Hedouville[1]) zu Wöhrd, um dem Herrn Kurerzkanzler die offizielle Anzeige der vollzogenen Ehe zwischen dem Kurprinz von Baden und der Kaiserlichen Prinzeßin Stephania durch Ueberreichung

1) Der französische Gesandte beim Kurerzkanzler.



des Kaiserlichen Handschreibens zu machen; — daß er bei seiner letzten Audienz allda vom 2. den Plan der künftigen Organisation Deutschlands dem Herrn Kurerzkanzler schon überbracht haben sollte, wie es die voreiligen Zeitungsschreiber vorgeben, davon will Minister von Albini noch nichts wißen, wenigstens deßen nicht eingeständig sein.

(Schluß folgt.)

XI.

Kurland.

(Gegenwart und Zukunft.)

Zu den von deutschen Truppen besetzten Gebieten gehört auch Kurland. Kurland mit Semgallen, Hauptstadt Mitau, war früher ein Lehenherzogtum der Krone Polen und wurde später eine der russischen Ostseeprovinzen.

Nicht die kleinste unter diesen drei — Estland, Livland und Kurland — hat sie etwa 1 Million Einwohner und wird hauptsächlich von Letten, einem Volksstamm, zu dem auch die alten Preußen gehörten, bewohnt. Es gibt etwa 8% Deutsche neben anderen kleinen Minderheiten. Letten und Deutsche sind lutherisch. Diese Letten und Balten sollen, wie der Reichskanzler am 5. April 1916 erklärte, „der Herrschaft des räuberischen Rußland nicht wieder ausgeliefert werden“. Grund genug, daß wir uns mit den Verhältnissen dieses deutschen Neulandes näher beschäftigen.

Auch Kurland ist ein Agrarland mit strebsamer, bildungsfähiger Bevölkerung. Der Erwerb dieses Landes und die Angliederung des Volkes an das Deutsche Reich würde bei richtiger Wohlfahrtspflege und besserem Betriebe der im Vergleiche zu Deutschland rückständigen Bewirtschaftung dem Deutschen Reiche die Lebensmittel verschaffen, deren es im



Frieden und Kriege bedarf. Verbesserte Verkehrswege und Verbindungen würden die Zufuhr nach Deutschland erleichtern.

Trotz der Gemeinschaft der Religion bestehen scharfe Scheidungen zwischen Letten und Deutschen, die darin ihren Ursprung haben, daß die Deutschen, Abkömmlinge der früheren Ordensritter, ihre ehemalige Herrscherstellung den unterjochten Völkern gegenüber, wenigstens in Bezug auf ihre politischen Gerechtsame, im wesentlichen aufrecht erhalten haben. Letten uud Deutsche sind zwei scharf geschiedene Klassen und Stände. Die Deutschen Großgrundbesitzer, meistens dem Adel angehörend, die Letten Bauern, erstere politisch bevorrechtigt, letztere minderen Rechtes, beide, heute auch die Letten, mit entschiedenem Nationalbewußtsein, Letten und Deutsche sich gegenseitig bekämpfend. Daß unter solchen Umständen auch ein gesellschaftlicher Abschluß der beiden gegen einander besteht, kann nicht wundernehmen. Es war daher auch nicht erstaunlich, daß die Revolution sich aller dieser Zwiespältigkeiten bemächtigte und zu den Gewalttaten, Morden und Verheerungen führte, die die Brandfackel der lettischen Revolution des Jahres 1905 so grell beleuchtete. Wie sehr insbesondere wirtschaftliche Momente dieser Revolution zu Grunde lagen, möchte daraus hervorgehen, daß sie Halt machte vor den Besitzungen kurländischer Barone und Großgrundbesitzer, die von ihren lettischen Nachbarn als gutgesinnt bezeichnet wurden. Dies mag dazu geführt haben, daß in Deutschland manche den deutschen „Herren" in Kurland die Schuld der Ausschreitungen beimessen zu müssen glaubten. Da möchte es nicht unangebracht erscheinen, auf ein Büchlein einzugehen, das im Januar 1916 erschienen ist und den Titel hat: „Zwischen Krieg und Frieden Die deutsch-lettischen Beziehungen in den baltischen Provinzen, von einem Balten."

Der Verfasser dieses Büchleins hat seinen Namen nicht genannt, wie er sagt, aus naheliegenden Gründen. Er hält



sich unter Berufung auf den Anteil, den er Jahrzehnte hindurch an dem politischen Leben seiner engeren Heimat genommen, für berechtigt, ein sachliches Urteil abzugeben. Wenn nicht Sibirien im Hintergrunde leuchtete, hätte der Verfasser seinen Namen nicht zu verschweigen brauchen. Übrigens kämpft er unter Schild und Waffen des Universitätsprofessors Külpe in München, der ein Vorwort zu dem Büchlein geschrieben hat. Die beste Waffe des ungenannten Verfassers ist aber seine deutsche Gesinnung, sein Streben nach Objektivität, seine Wahrheitsliebe und gute Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, so daß die Lektüre des Büchleins jedem zu empfehlen ist.

Es sei gestattet, aus dem reichen Inhalte der Schrift einiges anzuführen. Zunächst mag dem, anscheinend dem Adel angehörenden Verfasser darin zugestimmt werden, daß dem baltischen Adel auch das deutsche Bürgertum der Städte sein Bestehen verdankt. Was hat dieser Adel, d. h. der Deutsch gebliebene, im Kampfe gegen das Moskowitertum zu leiden gehabt! Auch das mag sein, daß der baltische Adel für Limitation der Fronden, später für deren Abschaffung, für Aufhebung der Hörigkeit, für Bauernbefreiung eingetreten ist, ein Beispiel, dem in anderen Gegenden die Standesgenossen nicht gefolgt sind. Ein schönes Zeugnis für den Adel ist jedenfalls der auf dem Landtage getane Wahlspruch des Balten H. v. Fölkersahm: „Nicht die Rechte, die wir ausüben, sondern die Pflichten, welche wir uns auferlegen, geben uns den Wert", und die vom Verfasser bezeugte Tatsache, daß das Bild des Mannes mit der Unterschrift dieses Spruches im ganzen Lande verbreitet ist. Auch daß der baltische Adel sich an sogenannten Bauernlegen nicht beteiligt, für wirtschaftliche Bildung des Bauernstandes sich interessiert und den Pächtern nicht schwere Pachtbedingungen auferlegt habe, wird ihm zum Ruhme gereichen; vor allem aber, daß er dafür sorgte, daß den Letten in den Schulen die Muttersprache gelassen wurde, denn „wahre Religion



und Religiosität fordere den Gebrauch der Muttersprache" heißt es in der Schrift. Trotzdem und alledem vermag ich dem Verfasser nicht uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er sagt: „So hat sich das baltische Deutschtum teils aus naiver Selbstzufriedenheit und Kurzsichtigkeit, sodann aber aus idealer Fürsorge für das Lettenvolk selbst den Feind groß gezogen, der es jetzt auf nationalem Gebiete bekämpft", diese Feindschaft muß nicht wenig intensiv sein: „In gesellschaftlicher und politischer Beziehung stehen die Letten und die Deutschen auch in den Städten in ausgeprägtem Gegensatz zu einander", hätte nicht alles so sein und kommen müssen. Verfasser sagt selbst, „es gehörte für das Lettentum zum Ehrenpunkt ins Deutschtum überzutreten". Es empfand das als das Ersteigen einer höhern sozialen Staffel, von der aus es auf die eigenen Stammesgenossen herabsah. Leider ist dieses Übertreten zum Deutschtum nicht gefördert, im Gegenteil behindert worden! Von zuverlässiger Seite wird mir mitgeteilt, daß deutsche Barone den Gebrauch der deutschen Sprache ihren lettischen Dienstboten untersagt haben, daß ein Bauer von einem Baron Prügel bekam, weil er Deutsch sprach und der polnische Lehrer, der ihn Deutsch gelehrt hatte, versetzt wurde. Die Letten sehen die Vorenthaltung der deutschen Sprache als eine Herabsetzung an und behaupten, die Barone wollten nicht, daß ihre Dienerschaft die deutsche Herrensprache rede. Und wenn die angeblich für ihr Deutschtum zu Opfern bereiten Barone sagen, sie wollten nicht, daß ihre Dienerschaft Deutsch rede, um nicht von den Russen wegen Germanisierung mit deutschfeindlichen Maßregeln bedacht zu werden, so erklären die Letten dies für eine leere Ausrede. Und doch wäre ein Hinaufziehen der Letten in das Deutschtum geeignet gewesen, der deutsch-baltischen Gesellschaft „die breite Basis der unteren Gesellschaftsschichten" zu verschaffen, deren vollständiges Fehlen so sehr beklagt und deren Mangel Verfasser in richtiger Erkenntnis soziologischer Regeln den drohenden langsamen numerischen Rückgang der deutschbal-

tischen Gesellschaft zuschreibt. Daß es wohl möglich gewesen wäre, die Letten heranzuziehen, beweist der Umstand, daß es, wie Verfasser schreibt, den, dem baltischen Deutschtum angehörenden protestantischen Predigern, wirklichen „Seelsorgern“, gelungen ist, das Vertrauen der Letten zu gewinnen, die sich Rat und Auskunft in allem und jedem, was sie bewegte, besonders jetzt noch in den Bedrängnissen dieses Weltkrieges bei diesen Pastoren zu holen gewohnt waren. Verfasser will als Gründe der lettischen Revolution das besonders von russischer Seite aufgepeitschte Nationalbewußtsein der Letten, das tiefe moralische Niveau der unteren lettischen Volksschichten und die von russischen Nihilisten ins Land getragene Verhetzung gelten lassen. Aber gewiß war auch die politische Rechtlosigkeit der Letten mit eine Schuld daran.

Der Gesetzgebungskörper ist der für jede russische Ostseeprovinz bestehende Landtag, eine ständische, unter selbstgewähltem Präsidium ohne Anwesenheit von Regierungsvertretern tagende Körperschaft, deren Kompetenz ursprünglich außerordentlich weite Grenzen gesteckt waren. Der Landtag besteht nun aber bloß aus einem Stande, nämlich dem der meistens adeligen Rittergutsbesitzer; die Bauern, Städter, Geistlichkeit sind ausgeschlossen. Dieser Zustand wird, sagt der Verfasser, von dem zu einem großen Teil hochgebildeten, dem Gutsbesitzerstande an Zahl um ein vielfaches überlegenen deutschen Bürgerstand, dem der Stolz alter hanseatischer Patriziergeschlechter innewohne, mit Recht als Zurücksetzung empfunden. Sollte dasselbe nicht bezüglich des lettischen Bauern gelten, bezüglich dessen mein sachkundiger Gewährsmann bemerkt, „der lettische Bauer gilt ohne Einschränkung als ein hervorragender Landwirt voll Ausdauer, von klarem Verstand und ist durchaus auf das Praktische gerichtet“. Man gewinnt beim Lesen der Darlegungen des Verfassers bezüglich der lettischen bäuerlichen und auch städtischen Bevölkerung denselben Eindruck. Es war unklug

und ungerecht von der deutschen Minderheit, die nicht ungebildete Mehrheit politisch mundtot zu machen und zu lassen. Durchaus zutreffend ist, was Hans Fritz in der Abhandlung „Der Kampf um die Leibeigenschaft in Livland". Sitzungsbericht der Bayr. Akademie der Wissenschaften J. 1916 S. 18 ausführt:

„Immer Herr sein und zu gebieten, ist keinem Volke beschieden, und wenn ein Volk, dem durch besondere Umstände dennoch eine Zeitlang zu herrschen beschieden war, infolgedessen meint, zu herrschen sei überhaupt sein Beruf und sein angestammtes Recht, und sich demgemäß einrichtet, so schadet es sich selbst am meisten. Denn es vergißt nur allzuleicht die Pflicht des Dienstes gegen die ihm befohlenen fremden Interessen. Auch bleibt die Vergeltung nicht aus, vielmehr lehrt die Geschichte, daß solche „Herrenvölker" schließlich doch ihren Meister finden und dann doppelt hart getroffen werden, weil gerade die, bei denen sie nun Rückhalt und Hülfe zu suchen gehabt hätten, von ihnen planmäßig niedergehalten wurden und keine Lust zeigen, sich für ihre Herren besonderen Gefahren auszusetzen."

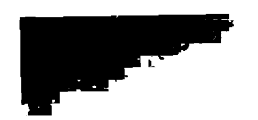
Freilich waren die bäuerlich-rechtlichen Verhältnisse in Livland und Kurland nicht dieselben (vergl. S. 26 u. 39 a. a. O.). Es heißt da, wer konnte, ging über die Düna, wo das Herzogtum Kurland unter den Nachkommen Gotthard Kettelers die Möglichkeit menschenwürdigen Daseins bot. In das Lob, welches dem früheren Ordensritter und erstem Herzoge von Kurland, Gotthard Ketteler, vielfach gespendet wird, vermag ich übrigens nicht einzustimmen. G. Ketteler hat es versäumt, jedenfalls nicht vermocht, die von ihm begründete herzogliche Gewalt gegen den staatliche Machtbefugnisse prätendierenden Landadel mit der erforderlichen Kraft, Stärke und Unabhängigkeit zu versehen, um so imstande zu sein, eine Verbesserung der Lage des von dem Adel abhängigen lettischen Bauernvolkes zu bewirken und eine Germanisierung dieses Lettentums in die Wege zu leiten.

Jedoch ist nicht zu verkennen, daß die Stellung Kettelers zu dem Landadel, welcher sich aus den früheren Ordensrittern, also aus Gleichgestellten Kettelers zusammensetzte, eine schwierige war. Aber ähnliche schwierige Verhältnisse haben die brandenburgischen Fürsten zu überwinden verstanden. G. Ketteler hat auch nicht dafür gesorgt, daß die Einheit der staatlichen herzoglichen Gewalt bei seinen Nachfolgern gewahrt blieb, im Gegenteil sogar eine Spaltung mit veranlaßt, indem er letztwillig anordnete, daß seine beiden Söhne, die Herzöge Friedrich und Wilhelm gemeinsam die Regierung führen sollten, ohne daß das Herzogtum geteilt werden dürfe. Dieser letztwilligen Bestimmung des Vaters entgegen vereinbarten die Söhne eine reale Teilung des Herzogtums. In der Folge kam es zu Streit und Zank mit dem Landadel, sogar zum Morde des Magnus Nolde, eines Gegners des aller Herrschertugenden baren Herzogs Wilhelm, einem Morde, an dem dieser nicht unschuldig sein soll (vergl. Livl. Gesch. III. B. Gesch. des Herz. Kurland von Dr. Seraphim). Überhaupt bietet die Geschichte des Herzogtums Kurland von seiner Entstehung bis zu seinem Untergange nicht überall erfreuliche Bilder. Vielleicht wäre es dem Deutschtum nützlicher gewesen, wenn die Ordensritter treu ihrem Eide und ihrem Gelübde sowie ihren erhabenen Satzungen gewirkt und die unterjochten christianisierten Völkerschaften in Kurland, Livland und Esthland gemäß den ihnen gegebenen Weisungen der Päpste (vgl. die Angaben in der Abh. von Fritz a. a. O.) fortgesetzt unentwegt behandelt hätten. Gewiß wäre dann Kurland nicht geworden eine Adelsoligarchie mit fürstlicher Spitze, letztere ohne Kraft und Macht, wenige Herrschende, viele Unterdrückte!

Kehren wir nun zu dem Schriftchen „Zwischen Krieg und Frieden" zurück. Wenn Verfasser meint, der Bauernstand sei de facto auf den Landtagen wohl vertreten gewesen, weil der baltische Großgrundbesitz es zu allen Zeiten für seine Pflicht gehalten habe, das Gedeihen des ganzen

Landes im Auge zu behalten, so werden die von der Wahrnehmung politischer Rechte ausgeschlossenen Volksteile diesen Ausführungen schwerlich zustimmen. Verfasser selbst wird nicht behaupten können, daß die von ihm angewiesene ideale Gesinnung alle Glieder des Kurländer Landtages, und auch nicht zu allen Zeiten beherrscht hat. Die politisch mundtot gemachten Klassen und Stände werden es als eine Zurücksetzung angesehen haben, daß ihnen in Kurland Rechte vorenthalten wurden, deren sie sich anderswo überall erfreuten. In dieser Auffassung werden die Letten in Stadt und Land einig sein, zumal in den Städten die Letten an Zahl, Ansehen und Wohlstand die Deutschen überflügelt haben, in den Städten, auf welche die „ein ziemliches Maß von Selbstverwaltung gewährende russische Städteordnung" ausgedehnt ist. Hier wäre es Sache der deutschen Barone gewesen, durch Erstrebung politischer Rechte auch für die Letten den Versuch zu machen, diese dem Deutschtum zu gewinnen, damit sie nicht den Lockungen des Moskowitertums anheim fielen. Wir sehen, das neue deutsche Regiment stünde, falls die jetzt besetzten Gebiete dauernd in unseren Händen bleiben, vor nicht leichten, aber keineswegs unlösbaren Aufgaben.

Tophoff.



XII.

Die Ministerwechsel in Oesterreich.

(Aus Oesterreich.)

In den letzten Wochen haben sich in mehreren leitenden Stellen der österreichisch-ungarischen Monarchie mit überraschender Schnelligkeit Personenwechsel vollzogen. Zunächst zwar hatte Kaiser Karl, der Nachfolger des am 21. November verschiedenen Kaisers Franz Joseph, offenbar Wert darauf gelegt, keine wichtigeren Änderungen eintreten zu lassen. Es wurden also vorerst alle obersten Funktionäre sowohl im Hofstaat wie auch in den Staatsämtern in ihren Stellungen bestätigt. Doch schon nach kurzen drei Wochen schien wie über Nacht ein Geist weitgehender Veränderungen in fast alle obersten Staatsämter gefahren zu sein. Zuerst stürzte das Kabinett Körber, das vom verstorbenen Kaiser nach der Ermordung des Grafen Stürgkh eingesetzt worden war, und es wurde Dr. v. Spitzmüller, der Handelsminister des Kabinetts Stürgkh, mit der Aufgabe der Bildung eines neuen Kabinetts betraut. Nach einer kleinen Woche jedoch tauchte, scheinbar wieder ganz unvermittelt, statt des erwarteten Kabinetts Spitzmüller ein Kabinett Clam-Martinitz auf, in welchem Spitzmüller als Finanzminister figuriert. Und schon nach zwei oder drei Tagen folgte eine neue Überraschung: im Ministerium des Äußern trat der frühere Gesandte in Bukarest, Graf Czernin, an Stelle des Baron Burian und Burian selbst wurde wieder, was er vordem gewesen: bosnischer Minister, amtlich gemeinsamer Finanzminister genannt wie lucus a non lucendo, denn gemeinsame Finanzen gibt es kaum mehr, sondern die Hauptaufgabe des gemeinsamen Finanzministers besteht eben in der Verwaltung Bosniens. So waren also innerhalb der Tage vom 13. bis 22. Dezember fast alle österreichischen (nämlich außerungarischen)



und außerdem auch zwei von den drei gemeinsamen Ministern gewechselt worden. Damit jedoch waren die Überraschungen noch nicht zu Ende. Nach wieder nur wenigen Tagen wurde auch der Rücktritt des Gouverneurs der Bodenkreditanstalt Dr. Sieghart amtlich verlautbart. Diese Stelle wird nämlich vom Kaiser über Vorschlag des Verwaltungsrates auf jederzeitigen Widerruf verliehen. Sie ist zwar nicht politisch, der Fall hat aber, weil kaum jemals vorgekommen und weil konkrete Gründe nicht bekannt waren, im ersten Moment doch großes Aufsehen erregt. (Doch haben wir diesen Fall hier wirklich nur wegen dieses großen Aufsehens, das er momentan erregt hat, erwähnt; er steht mit den Ministerveränderungen als solchen in keinem näheren Zusammenhang und reicht an die Bedeutung derselben nicht hinan.)

War das alles nicht, als ob der junge Monarch sozusagen das Unterste zu oberst kehren wollte? Das konnte oder mußte allerdings dort einen ähnlichen Eindruck machen, wo die momentan in der Monarchie schwebenden Fragen nicht genauer bekannt sind. Überrascht freilich war man auch im Inland selbst, aber hauptsächlich nur aus dem Grunde, weil jetzt die Zeitungen unter scharfer Zensur stehen, das Publikum also auf den Wechsel nicht vorbereitet war. Bei näherer Prüfung der Ministerlisten dann war alsbald zu erkennen, daß es da wirklich nicht viel zu verwundern gab. Daß der junge Monarch — eigentlich ist er gar nicht mehr so jung, er kommt uns nur so jung vor, weil wir immer an seinen fast neunzigjährigen Vorgänger denken — persönlich nicht sehr neuerungssüchtig ist, dafür spricht schon die Tatsache, daß er mit dem Personenwechsel keineswegs in seiner nächsten Umgebung begonnen hat, obwohl sich in derselben hohe Siebziger befinden. Auch im Hofstaat sind nur in der Richtung mehrere Neuerungen zu verzeichnen, daß jetzt der weibliche Hofstaat, man muß wohl so sagen, restituiert worden ist. Denn Kaiser Franz Josef war bekanntlich seit achtzehn Jahren Witwer und überdies hatte Kaiserin



Elisabeth auch schon bei ihren Lebzeiten von repräsentativen Festlichkeiten sich mehr und mehr zurückgezogen, so daß dieser Teil des äußeren Hoflebens förmlich erstorben schien, jetzt aber, wie zu hoffen aller Grund besteht, in neuem Glanz wieder aufleben wird.

Um jedoch wieder auf die überraschenden Ministerwechsel zurückzukommen, so ist vor allem hervorzuheben, daß dieselben den ungarischen Teil der Monarchie völlig unberührt gelassen haben. Auch schon aus diesem Umstande geht hervor, daß von allgemeinen Änderungen sei es in der inneren oder äußeren Politik nicht die Rede sein kann. Was aber die konkreten Ursachen der stattgehabten Wechsel betrifft, so sind dieselben hauptsächlich im sogenannten ungarischen Ausgleich zu suchen. Prinzipiell nämlich beansprucht Ungarn das Recht auf einen selbständigen Zolltarif, auf eigenes Geldwesen usw. Über diese wirtschaftlichen Angelegenheiten müssen, wie die beiderseitigen Gesetze vorschreiben, periodisch — meist geschieht es von zehn zu zehn Jahren — neue Vereinbarungen getroffen werden. Diese periodischen Vereinbarungen zwischen den beiden Ländergruppen der Monarchie nennt man gemeiniglich den ungarischen Ausgleich, oder auch den Ausgleich schlechthin. Nun weiß man aus dem ganzen Gang der ungarischen Politik seit 1867, daß von ungarischer Seite alle derartigen Verhandlungen noch jedes Mal auch dazu benützt worden sind, um die Attribute der Einheit der Monarchie zu schmälern und dafür die Attribute der ungarischen Selbständigkeit zu mehren. Zu diesem Behufe bedienen sich die Ungarn — richtiger Magyaren, denn infolge einer spezifisch ungarischen Wahlpraxis können die anderen Nationalitäten Ungarns im Budapester Parlament nie in nennenswertem Maße zur Geltung gelangen, obwohl sie zusammen eigentlich die Majorität der Gesamtbevölkerung ausmachen — die Magyaren also bedienen sich zu diesem Zwecke eines meist sehr geschickten Zusammenspiels der Parteien. Regelmäßig nämlich gibt es da drei Parteien, die nach der Skala arbeiten: unabhängig, unabhängiger, ganz unabhängig.



Die jeweilig herrschende Partei wird von den zwei anderen Parteien jahraus jahrein angeklagt, daß sie die Unabhängigkeit Ungarns von Wien nicht genügend zu wahren wisse, mindestens nicht eifrig genug für deren Sicherung und Erweiterung tätig sei. Auf diese Weise erscheint die jeweilige Regierungspartei immer als die wirklich gemäßigte Partei, die aber nur dann gegen die anderen Parteien, die sich in weiter- und weitestgehenden Forderungen überbieten, sich behaupten könne, wenn man ihren, wie gesagt, scheinbar gemäßigten Postulaten entsprechend rasch entgegenkommt. Will man in Wien einmal durchaus nicht nachgeben, nun dann geht eben ein Teil der Regierungspartei selber zu den sogenannten Unabhängigeren über, oder macht wenigstens ernstlich Miene, es zu tun. Das ist dann das Ultimatum: entweder werden die Regierungsforderungen noch heute bebewilligt, oder sie gelten schon morgen nicht mehr, sondern werden noch erhöht. Dieses Spiel hat — es würde zu weit führen, die Gründe auseinanderzusetzen — bisher fast jedesmal verfangen, und man weiß nicht, wie oft es noch wiederholt werden wird: einmal und irgendwie wird es natürlich ein Ende nehmen.

Eben jetzt wird das Spiel wieder gespielt. Der bestehende Ausgleich wird heuer fällig, das heißt: die geltenden Vereinbarungen hinsichtlich der Gemeinsamkeit (oder Gleichartigkeit, wie man jetzt schon sagen muß) des Zolltarifs, der Notenbank 2c. erlöschen im heurigen Jahr, müssen also erneuert werden, das um so dringlicher, als auch die auswärtigen Zollverträge (beispielsweise gerade jener mit Deutschland) dem Erlöschen nahe sind und die Monarchie also, wie man so sagt, für diese Tarifkämpfe mit dem Ausland einheitlich gerüstet sein muß. Die Verhandlungen über den neuen Ausgleich hat schon das vorletzte Kabinett Stürgkh, dem Spitzmüller als Handelsminister angehörte, begonnen und ziemlich weit geführt. Da ist die Mörderhand des Sozialisten Adler dazwischen gefahren; Stürgkh konnte, was er begonnen, nicht zu Ende führen. An die Stelle des



Grafen Stürgkh hat Kaiser Franz Josef Dr. v. Körber berufen. Körber war schon zu Beginn dieses Jahrhunderts einige Jahre zisleithanischer Ministerpräsident gewesen. Während derselben Zeit war Graf Tisza das erste Mal, freilich nicht lange, ungarischer Ministerpräsident. Schon damals ist Körber mit Tisza in einen öffentlichen Konflikt geraten, nämlich über den Sinn der Gesetze, mit denen 1867 der Dualismus in der Monarchie eingeführt wurde. Körber hatte sich in einer Parlamentsrede über den Dualismus auch auf das betreffende ungarische Gesetz berufen. Das wies Tisza öffentlich zurück, denn über ungarische Gesetze stehe dem Herrn v. Körber, der in dieser Beziehung (s. oben: Unabhängigkeit von Wien) nur als distinguished foreigner gelten könne, kein Urteil zu. Das Wesen des übrigens mehr theoretisch gebliebenen Konfliktes bestand darin, daß Körber der erwähnten ungarischen Tendenz, von der Einheit der Monarchie immer neue Attribute abzulösen, entgegentrat. Öfters klangen seine Reden überhaupt so, als betrachte er sich gewissermaßen als Paladin der Reichseinheit, während Tisza, als er das zweite Mal an die Spitze der ungarischen Regierung trat, sich noch weiter in die entgegengesetzte Richtung treiben ließ. Man mußte deshalb, als nun auch Körber seinerseits das zweite Mal zisleithanischer Ministerpräsident werden sollte, von vornherein gespannt darauf sein, ob er diesmal mit Tisza sich leichter verständigen werde. Das schien anfänglich um so zweifelhafter, als Körber die Ausgleichskonzepte des Grafen Stürgkh nicht in Bausch und Bogen übernehmen wollte, sondern, wie wenigstens die Blätter behaupten, eine andere Behandlungsart des Gegenstandes empfahl. Kaiser Franz Josef würdigte Körber's Bedenken, nur natürlich konnten andere Konzeptionen nicht einseitig, sondern wieder nur im Einvernehmen mit Ungarn Platz greifen. Also hat Körber vor Übernahme des Ministerpräsidiums mit Tisza Fühlung genommen. Er muß dabei den Eindruck gewonnen haben, daß eine Verständigung möglich sei, sonst wäre er sicher nicht, wie er es getan, an die



Bildung eines völlig neuen Kabinetts geschritten. Dieses Kabinett konnte in gewissem Sinne wohl ein Kabinett der Kapazitäten genannt werden, denn dem Rufe Körber's waren eine Anzahl der begabtesten Köpfe gefolgt, über die Österreich zur Zeit verfügt.

Die Dinge schienen also einen durchaus günstigen Verlauf nehmen zu wollen, als das Ableben des Kaisers Franz Josef eine völlig neue Situation schuf und eine Anzahl neuer Fragen auf's Tapet brachte, solche Fragen, die ihren Ursprung in einem weiter zurückliegenden Vorgang hatten. Über eine dieser neuen Fragen hat sich Graf Tisza bei einer späteren Gelegenheit selber im ungarischen Parlament ausgesprochen und mitgeteilt, daß er sich mit Körber über den Titel, den der neue Monarch führen solle, nicht habe einigen können. Im bisherigen Titel, den Kaiser Franz Josef führte, war dem Kaisertitel noch ein gewisser Vorrang vor dem ungarischen Königstitel gewahrt. Das Wappen der Monarchie jedoch — und das ist das eben erwähnte weiter zurückliegende Ereignis — war über ungarisches resp. Tisza's Andringen schon im Oktober 1915, also noch vom Kaiser Franz Josef in dem Sinne geändert worden, daß darin die völlige Parität Ungarns mit Österreich, welcher Name unter Einem auf die außerungarischen Länder beschränkt wurde, zum Ausdruck kam. Mit dieser Wappenänderung offenbar hatten Stürgkh und Tisza ihre Verhandlungen über den neuen Ausgleich eingeleitet. Auch den oder die Monarchentitel entsprechend zu ändern und also auch hierin die volle Parität des Königs von Ungarn mit dem Kaiser von Österreich zum Ausdruck zu bringen, das hatte man auf den Thronwechsel verschoben, der ja nicht mehr lange auf sich warten lassen konnte. Nun war der Thronwechsel da und jetzt mußte also auch die Titelfrage für den neuen Monarchen entschieden werden. Und darüber, wie gesagt, hat Tisza sich mit Körber nicht einigen können. Sicherlich sind bei derselben Gelegenheit und in denselben Gedankengängen auch noch andere Differenzen aufgetaucht,



die ebenfalls noch mit den Konzepten des Grafen Stürgkh zusammenhingen. Einige davon konnten vielleicht einen Aufschub vertragen, andere aber, wie namentlich die Titelfrage, gewiß nicht, hinsichtlich der letzteren mußte eine baldige Entscheidung herbeigeführt oder getroffen werden, denn die ungarische Königskrönung konnte schon aus dem Grunde nicht lange hinausgeschoben werden, weil nach der ungarischen Auffassung der König, so lange er nicht gekrönt ist, in Ungarn keine eigentliche Regierungshandlung vornehmen kann. (Natürlich halten die Oppositionsparteien — Führer derzeit die Grafen Apponyi und Karolyi — auch für den neuen Ausgleich wieder ihre unabhängigeren und unabhängigsten Formeln bereit.)

Die Krise war also gegeben. Die Regierungen der beiden Ländergruppen, in welche die Monarchie derzeit gegliedert ist, konnten sich über wichtige Fragen nicht einigen. In normalen Zeiten und Verhältnissen hätte man vielleicht an die Wähler appellieren können. Aber daran war unter den heutigen Umständen aus mehr wie einem Grunde natürlich nicht zu denken. Auch in normalen Zeiten übrigens hätte man daran kaum gedacht. Wir sind es gewohnt, daß in allen solchen Fällen der Monarch entscheidet, was dann freilich viele Leute wieder zur etwas hämischen Bemerkung veranlaßt, daß im Grunde genommen in der ganzen Monarchie trotz aller unserer großen und kleineren Parlamente noch immer der alte Absolutismus floriere. Also hat auch in diesem Falle der Monarch entschieden, und zwar so entschieden, wie unter dem geschilderten Drang der Verhältnisse und nach den unter Stürgkh geschaffenen Präjudizien kaum anders zu erwarten war: zugunsten der ungarischen Auffassung, worauf Körber, wie von ihm ebenfalls kaum anders zu erwarten war, seine Demission gab. So tief bedauerlich gewiß der Sturz des Kabinetts Körber war, so wird doch niemand bestreiten wollen, daß es ernste politische Gründe waren, denen es weichen mußte. Die angeführten Verhältnisse berechtigen vielleicht, zu sagen, daß der Rücktritt Körbers



die notwendige Folge des Hinscheidens des Kaisers Franz Josef war.

Die Logik der Dinge riet nun natürlich überhaupt zum Zurückgreifen auf die Entwürfe des Grafen Stürgkh. Dazu war der Handelsminister des Kabinetts Stürgkh, Dr. v. Spitzmüller, der berufenste Mann, denn die Führung der Zoll- und Handelspolitik, um die es sich beim sog. ungarischen Ausgleich hauptsächlich handelt, ist ja die Hauptaufgabe des Handelsministeriums. Spitzmüller hat sich nur darin geirrt, daß er geglaubt hat, er werde ein Kabinett bilden können, dessen Aufgabe zeitlich und sachlich auf die Durchführung des Ausgleichs sich beschränken sollte, also in gewissem Sinne ein provisorisches Kabinett. Das erwies sich als untunlich. Folglich mußte man zur Bildung eines Kabinetts ohne solche zeitliche und sachliche Begrenzung seines Programms sich ent- entschließen. Dazu dann hat der Monarch den Grafen Clam-Martinitz berufen, und in dieses des provisorischen Charakters entkleidete Kabinett sind außer Spitzmüller selbst auch jene Männer eingetreten, die das Provisorium Spitzmüllers nicht hatten mitmachen wollen. So ist also das Kabinett Clam-Martinitz, wenigstens soweit der sog. ungarische Ausgleich in Betracht kommt, einfach als eine Fortsetzung des Kabinetts Stürgkh zu betrachten. Ob Graf Clam-Martinitz auch in den anderen innerpolitischen Beziehungen die Wege des Grafen Stürgkh wird wandeln wollen, mag fraglich erscheinen, die Frage ist aber nicht aktuell, denn vorerst wird auch Graf Clam den Ausgleich in irgend einer Form unter Dach zu bringen haben.

Nun der Rücktritt des Baron Burian, des Ministers des Äußern, und dessen Ersetzung durch den Grafen Czernin. Diesem Wechsel dürfte überhaupt keine politische Bedeutung beizumessen sein, jedenfalls keine solche, die auf irgendwelche Änderung speziell der äußeren Politik hinzielte. Baron Burian ist selbst ein Ungar, hat aber gerade von Ungarn her die heftigsten Anfeindungen erfahren, nicht etwa wegen seiner politischen Richtung, sondern wegen der Art seiner

Geschäftsführung. Beim rumänischen Einbruch in Siebenbürgen ist sozusagen das ganze ungarische Abgeordnetenhaus wütend über ihn hergefallen, weil er die rumänischen Dinge nicht vorhergesehen und dem Einbruch nicht vorgebeugt habe. Außerdem wird einer der eifrigsten ungarischen Oppositionsmänner, der in diesen Blättern schon wiederholt genannte Graf Julius Andrassy, das ganze Jahr hindurch nicht müde, in verschiedenen Zeitungen des In- und Auslandes und gelegentlich selbst in Broschüren der Welt zu versichern, daß er die äußere Politik der Monarchie entschieden geschickter als Burian zu führen verstünde, da er, wie man zwischen den Zeilen immer wieder herauszuhören glaubt, als Sohn des großen Julius Andrassy der geborene Minister des Äußern sei. Es soll hier den Aspirationen des Grafen Andrassy durchaus nicht entgegengetreten werden, es wäre aber sehr wohl denkbar, daß Baron Burian selbst gerne eine Gelegenheit ergriffen hätte, um die äußere Politik der Monarchie von diesen beständigen Angriffen auf die persönlichen Fähigkeiten des Leiters derselben frei zu machen.

Wir könnten schließen, wenn wir nicht besorgen müßten, daß unsere Ausführungen den Eindruck hinterlassen haben könnten, daß das Gefüge der österreichisch-ungarischen Monarchie unter den systematischen ungarischen Angriffen auf die Attribute der Einheit derselben ernstlich zu leiden haben werde. Gewiß, solche äußere Anzeichen werden in der Folge sogar noch deutlicher hervortreten, der Stürgkh'sche Ausgleich wird seine Konsequenzen haben. Aber die Natur und Zusammensetzung der Monarchie ist eine solche, daß, um einen Vergleich aus dem organischen Leben zu gebrauchen, der Körper, so viel Gift sich zeitweilig darin ansammeln mag, immer auch die entsprechende Menge von Gegengift zur Verfügung hat. Wachsen überhaupt keine Bäume in den Himmel, so die modern-magyarischen schon gar nicht.

XIII.

Krise in Ungarn?

Die jüngsten Vorgänge in Wien stellen sich als eine Reihe von tiefgreifenden, hochbedeutsamen Maßregeln dar, die in Ungarn mit schlecht verhehlter Beunruhigung zur Kenntnis genommen wurden. Neben anderem sind es hauptsächlich zwei Zusammenhänge, auf die ich aufmerksam machen möchte, um die Wirkung der Wiener Ernennungen bei den ungarischen Politikern richtig zu kennzeichnen und deren mögliche Folgen rechtzeitig zu erkennen.

Fangen wir mit dem Grafen Czernin an. Als Legationssekretär hatte dieser Mann den Dienst verlassen, als er sich der Bewirtschaftung seiner Güter widmete und gleichzeitig zum Erzherzog Franz Ferdinand in nähere Beziehungen trat. In den leitenden Kreisen war es bald bekannt, daß der Erzherzog Thronfolger große Stücke auf den Grafen hielt und er ihn in alle seine Gedanken und Pläne einweihte. Wer aber nicht „zum Ring" gehörte, merkte von dieser Interessenstellung so wenig, daß es ein allgemeines Erstaunen hervorrief, als eines Tages Graf Czernin auf besonderes Betreiben des Thronfolgers durch Ernennung zum Gesandten in Bukarest wieder in den Staatsdienst trat. Dieser Posten galt natürlich als einer der verantwortungsvollsten und bedeutsamsten, da es darauf ankam, Rumänien bei der Stange zu halten. Da die Ungarn als unmittelbare Grenznachbarn ein sehr großes Interesse an dem Bukarester Gesandtenposten hatten und haben mußten, so empfanden sie diese Ernennung, die, wie es scheint, ganz ohne ihr Zutun vollzogen worden war, als eine Benachteiligung, zumal sie von den Fähigkeiten des neuen Gesandten keinerlei Ahnung hatten.

Wie auf ein gegebenes Zeichen fiel die Presse Ungarns



über den neuen Gesandten her und auch im Reichstag wurde er des öfteren scharf kritisiert, obschon den Abgeordneten keine sachgemäßen Aufschlüsse über die diplomatische Tätigkeit des Grafen Czernin zur Verfügung standen. Man war eben von vorneherein gegen ihn eingenommen und aus diesem so unpolitischen Gefühl heraus hieb man auf ihn ein. Die Abneigung steigerte sich zum Haß, als die Rumänen in Siebenbürgen eingefallen waren, und fast jedermann in Ungarn hielt sich damals für berechtigt, dem Gesandten allen Schimpf und alle Schande nachzusagen, die es für einen Diplomaten nur geben kann.

Czernin fuhr durch Rußland und Schweden aus Bukarest nach Wien und bereitete dann sofort die Herausgabe des Rotbuches vor, das seine diplomatische Tätigkeit rechtfertigen sollte. In unglaublich kurzer Zeit war es fertig gestellt und die staunende Welt konnte ihm entnehmen, daß Graf Czernin die rumänische Kriegserklärung fast bis auf den Tag vorausgesagt hatte!

Man kann sich die Wirkung dieser Veröffentlichung auf die Ungarn nicht groß genug vorstellen. Sie, die an dem Gesandten kein gutes Haar gelassen hatten, mußten nun zu ihrer Beschämung sehen und bekennen, daß die Monarchie in Bukarest durch einen ungemein fähigen und klaren Kopf vertreten gewesen war, daß der ermordete Thronfolger sein Vertrauen nicht an einen Unfähigen verschwendet hatte und daß alle ungarischen Angriffe auf Czernin keinen wie immer gearteten sachlichen Untergrund gehabt hatten. Im ungarischen Blätterwalde kam die Beschämung über diese Abfuhr in gewundenen Sätzen zum Ausdruck und die Rufer im Streit fühlten sich so auf den Mund geschlagen, daß sie es vorzogen, sich öffentlich über diese Seite auszuschweigen.

Ein Mann mit dieser aktiven und passiven Vergangenheit wird nun auf einmal gemeinschaftlicher Minister der äußeren Angelegenheiten! Es ist unschwer zu erkennen, daß das Unbehagen, die Besorgniß, ja selbst die Furcht sich in weiten Kreisen Ungarns bemerkbar machte und auch in ver-

schiedenen Äußerungen von führenden Männern ihren Ausdruck fand. Wenn, wie man vielfach sagt, Graf Berchtold in dieser schwierigen Angelegenheit seinen kaiserlichen Herrn beraten hat und ihn in der Ausführung des Planes bestärkte, der den Bukarester Gesandten an die Spitze des auswärtigen Amtes am Ballhausplatz bringen sollte, dürfte man in der Annahme nicht fehlgehen, daß Graf Berchtold noch die eine oder andere Verwendung finden dürfte. Daß diese Ernennung so ganz ohne Rücksicht auf die ungarische Feindschaft gegenüber dem neuen Minister so überraschend schnell und in einer nicht ganz alltäglichen Form vollzogen wurde, läßt erkennen, daß Kaiser Karl die Sache über die Person stellt. Und dessen dürfen wir uns vom Herzen freuen.

An zweiter Stelle lenke ich die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß Graf Stephan Tisza, der ungarische Ministerpräsident, seine starke Stütze in Wien in dem Grafen Stürgkh und dem Freiherrn von Burian hatte. Der Eine fiel der Kugel Adlers zum Opfer und der Andere wurde auf seinen früheren Posten zurückgeschoben. Graf Tisza stand somit allein und zum Überflusse sah er sich den Grafen Czernin und Clam-Martinitz gegenüber, die wohl kaum geneigt sein werden, sich in der gleichen leichten Weise dem Machtwillen des ungarischen Grafen zu fügen, wie es die anderen beiden bei mehr als einer Gelegenheit wichtiger Art getan hatten.

Eine solche Minderung seines Einflusses in Wien mußte für Tisza naturgemäß auch eine Schwächung seiner Stellung in Ungarn zur Folge haben. Aus den Zeitungen ist es bekannt, wie die Parteien der Grafen Andrassy, Apponyi und Karolyi zusammen mit der katholischen Volkspartei schon seit langer Zeit gegen den Grafen Tisza und seine Partei der nationalen Arbeit angerannt sind, ohne bisher greifbaren Erfolg zu erzielen. Der Ministerpräsident ist nicht wählerisch, wenn es gilt, seine politischen Gegner zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Das Brutale, das in seiner Natur liegt, ist mehr als einmal in unverhüllter Form ans Licht



getreten, so daß feinfühlige Naturen sich von dem gebotenen Schauspiel mit größtem Unbehagen abwandten.

Ebenso stark wie sein Wille zur Macht ist aber auch seine Arbeitskraft, rednerische Begabung und Klugheit in Ausnützung der Verhältnisse. Die anderen ungarischen Minister bedeuten neben Tisza eigentlich gar nichts. Kaum daß sie hie und da einmal im Reichstag sprechen. Des Tages Last hat immer Tisza getragen und allen seinen zahlreichen Angreifern hat er allein die Stirne geboten. Er ist ganz unzweifelhaft ein großer Mann, dessen Einfluß auf seine Anhänger grenzenlos ist. Dem entspricht anderseits bei seinen politischen Gegnern eine so tiefsitzende Abneigung gegen den Gewaltmenschen Stephan Tisza, daß es oft schwer gewesen sein mag, die elementarsten Regeln gesellschaftlichen Verkehrs mit ihm aufrecht zu erhalten.

Die beiden angeführten Dinge hätten meines Erachtens wohl noch nicht zu den Gerüchten geführt, die von einer ernsthaften Erschütterung der Stellung des Ministerpräsidenten zu erzählen wissen, wenn nicht noch ein wichtiges Ereignis hinzugekommen wäre. Damit verhielt es sich folgendermaßen.

Nach ungarischem Staatsrecht hat der Palatin von Ungarn das Privileg unter Assistenz des Primas von Ungarn, nämlich des Erzbischofes von Gran, dem König von Ungarn die Krone des hl. Stephan aufzusetzen, ihn zu krönen. Wenn ein Palatin da ist, gibt es natürlich keine Schwierigkeiten. Ist aber, wie es jetzt der Fall ist, keiner da, dann muß der Reichstag einen Palatin-Stellvertreter wählen, an den das genannte Privileg fällt. Daß man dazu nach Tunlichkeit einen Mann wählen soll, der allen Ungarn ohne Unterschied der politischen Ansichten, der sozialen Schichtung, des religiösen Bekenntnisses recht und genehm ist, entspricht dem gesunden Menschenverstand. Darüber braucht man weiter keine Worte zu verlieren. Graf Julius Andrássy hatte nun in einer sehr bedeutsamen Rede in Reichstag vorgeschlagen, daß man den Armeeführer Erzherzog Josef dazu wählen solle. Derselbe ist der eigentliche



ungarische Erzherzog, da er ständig in Ofen lebt, seine Kinder ganz ungarisch erziehen läßt und mit all seinen Interessen ebenso fest in Ungarn verankert ist, wie es schon sein Vater gewesen war. Es unterliegt nicht dem allergeringsten Zweifel, daß dieser Mann als Vertreter aller Ungarn jedem Ungarn als Palatinstellvertreter recht und hochwillkommen gewesen wäre. Eine kluge Politik hätte diesen Vorschlag sofort angenommen und damit das Krönungsfest zu einem nach jeder Richtung hin friedlichen Staatsakte gemacht.

Aber Graf Tisza war anderer Ansicht. Er fand, daß er und nur er zum Palatin-Stellvertreter geeignet sei und verlangte in bündigster Form von seinen Anhängern, daß sie ihn wählen müßten. Da die nationale Arbeitspartei über eine geschlossene Mehrheit im Reichstag verfügt, so setzte Graf Tisza seinen Willen auch durch, obschon die Minderheit und sehr weite Kreise draußen im Lande gegen eine solche Vergewaltigung ihrer Gefühle den allerschärfsten Einspruch erhoben.

Die Unklugheit des Ministerpräsidenten tritt aber erst ins richtige Licht, wenn man die Krönungsfeierlichkeiten selbst ins Auge faßt. Im Rahmen eines hochfeierlichen Pontifikalamtes, das der Kardinalprimas von Ungarn in der Krönungskirche zelebriert, erfolgt dieser staatsrechtliche Akt der Krönung. Graf Tisza persönlich ist Kalviner und das Haupt der reformierten Kirche. Wenn nun ein politisch so umstrittener Mann, wie es der Ministerpräsident ist, ohne Rücksicht auf die katholisch-liturgische Feier als Kalviner nach der Ehre strebte, den König zu krönen, so muß man diesen Ehrgeiz zum mindesten als sehr unklug bezeichnen. Da der kühl berechnende Verstand den gewalttätigen Grafen hier völlig im Stiche gelassen hat, so muß es eigentlich Wunder nehmen, daß seine Anhänger dem Befehle, ihn zu wählen, auch nachgekommen sind.

Karl IV., König von Ungarn, hatte kein Machtmittel, um sich einen Coronator zu suchen, der allen seinen Unter-

tanen genehm und lieb gewesen wäre, und so mußte er denn den ausgesprochensten Parteivertreter, den es in ganz Ungarn gibt, sich als Coronator gefallen lassen. Daß er ihm die Brillanten zum Stefansorden verliehen hat, ist völlig bedeutungslos. Wichtig dagegen ist, daß am Krönungstage in Ofen kaum ein Politiker an den Feierlichkeiten teilgenommen hat, der nicht das Gefühl gehabt hätte, daß eine ungarische Ministerkrise in schleichender Form vorhanden sei. Wie sich die unzweifelhaft vorhandene Krisis ausgestalten wird, ist naturgemäß noch nicht zu übersehen, muß sich aber wohl bald entscheiden.

Eine besondere Beachtung dürfte die Rede verdienen, die Graf Tisza am Neujahrstage an seine Anhänger gehalten hat, woraus man allerlei Schlüsse zu ziehen berechtigt ist.

pmb.

XIV.

Die Tempelherren in Deutschland.

Mehr als sechshundert Jahre sind vorübergegangen, seitdem der Tempelherren-Orden ein Opfer französischer Herrschsucht geworden und doch lebt auch hier in dem alteichstättischen Städtchen Greding die Überlieferung noch fort, daß einst auf dem sogen. Pfaffelberg dieser Ritterorden des Mittelalters eine Niederlassung besessen habe.[1]) Meteorartig ist die religiöse Genossenschaft, welche gegen das Jahr 1120 Hugo von Payns mit acht Rittern zum Schutze der abendländischen Pilger, welche die hl. Stätten in Jerusalem besuchen wollten, gegründet hat, aufgestiegen. Kein Geringerer als der einflußreichste Mann des

1) Der Tempelherrn-Orden in Deutschland. Von Michael Schüpferling, Pfarrer in Rotschenbach. Bamberg, Dr. T. Kirsch 1915. 264 S.



zwölften Jahrhunderts, der hl. Bernhard, Abt von Clairvaux, arbeitete für dieselbe die ersten Regeln aus und erwirkte für den neuen Orden die Genehmigung der Synode von Troyes 1128. Die Päpste Innozenz II., Eugen III., Urban III.[1]) überhäuften die rasch aufblühende Vereinigung hochgesinnter Ritter mit Vorrechten weitgehendster Art. Auch das Volk, dessen Geistesrichtung durch die Kreuzzüge nach dem Morgenlande hingerichtet worden war, schätzte die Opferwilligkeit und Dienstleistungen der Templer hoch ein und bewies durch reiche Schankungen von Gütern und Zehnten seine dankbare Verehrung. Von Frankreich breitete sich der Orden aus über Deutschland und Österreich. Wohl die älteste Niederlassung findet sich in Metz gegen das Jahr 1123, wo heute noch eine eigenartige Kapelle in Form eines Oktogons die Erinnerung an die einstige Wirksamkeit der Tempelherrn wachhält.

Über die Kommende in Pierrevillers geben dem Forscher Aufschluß sechzehn Urkunden aus den Jahren 1213 bis 1305, auch die Niederlassungen in Vic und Gisselfingen sind urkundlich beglaubigt. Im schönen Elsaß besaß der Orden Güter und Häuser in Baumgarten bei Donnenheim, in Bergheim zwischen Schlettstadt und Rappoltsweiler, in Straßburg, in Dorlisheim bei Molsheim und Andlau. In der jetzigen bayerischen Rheinpfalz hatten die Ritter Besitzungen in Sewe („zum See, Laach") in Gernsheim und Kirchheim. Viel umstritten ist die Frage, ob in Bamberg eine Templerniederlassung bestanden habe; die Orte Herzogenaurach, Forchheim, Wachenroth, Hochstädt und Thurnau in der Diözese Bamberg haben vollständig auszuscheiden.

Zu den frühesten Niederlassungen der Tempelherrn im südlichen Deutschland gehört unstreitig Mosbrunnen, späterhin Morizbrunn genannt,[2]) in der Nähe der ehrwürdigen Bischofs-

1) S. 12 heißt es irrig: Urban VIII.

2) Vergl. Sammelblatt des Historischen Vereins Eichstätt 30. Jahrgang 1915 S. 68. Nach der Urk. v. 1322 betrug der Verkaufspreis von Morizbrunn 1200 Pfd. Heller (Schüpferling S. 251—256).

stadt Eichstätt gelegen. Auch im benachbarten Meilenhofen [1]) und Pietenfeld, Hessenlohe und Leisacker lagen Güter der Templer. Es werden auch noch andere Orte in der Diözese Eichstätt aufgeführt, an welchen unser Ritterorden Besitzungen gehabt haben soll, wie z. B. Berching, Berngau,[2]) Oberweiting, Thannbrunn, aber ein sicherer Beweis kann nicht geführt werden, ebensowenig wie für Niederlassungen in Altmühlmünster, St. Leonhard in Regensburg, Vilseck in der Diözese Regensburg.

In den preußischen Rheinlanden übergab Graf Philipp von Vianden den Tempelherren einen Hof zu Roth an der Ur nebst dem Besetzungsrecht der dortigen Pfarrei im Jahre 1228, was zu Mißhelligkeiten mit dem Domkapitel zu Trier und den Trinitariern führte, welche 1262 beigelegt wurden. Auch in Trier selbst besaßen die Templer ein Haus, in Köln zwei; eine größere Kommende bestand in Niederbreisig am linken Rheinufer zwischen Neuwied und Bonn, ebenso in Hönningen am rechten Rheinufer, wo 1289 Gerlach von Hammerstein als Comthur tätig war. In Gelnhausen scheinen schon gegen das Jahr 1200 die Franziskaner in das Erbe der Templer eingetreten zu sein. In Braunschweig und in Süpplingenburg bei Helmstedt räumte Heinrich der Löwe nach seiner Rückkehr aus dem hl. Lande 1173 dem Orden eine Stätte ein. Einen warmen Gönner fand derselbe auch an Bischof von Halberstadt 1201—1208, sodaß im Laufe der Jahre die Templer reiche Güter und Zehnten in Klein-Quenstedt, Ergstedt, Niendorf, Wehrstede, Widecke erlangten. Auch in Magdeburg, Mücheln, Wichmannsdorf und Trodesdorf entstanden Comthureien. Mit Interesse verfolgen wir die Entwicklung ähnlicher Niederlassungen in der Markgrafschaft Brandenburg, wo die Gebrüder Otto V. und Albert als Landesherren den Rittern den „Tempelhof" zu

1) Meilenhofen liegt an der Abens, wie bei Schlipferling S. 62 angemerkt ist.

2) Das in der Chronik von Waldsassen neben Berngau genannte „Hooburg" dürfte wohl in „Hohenburg" bei Parsberg in der Oberpfalz, nicht aber in Dornberg bei Mühldorf in Oberbayern zu suchen sein (Schlipferling S. 63).

Berlin und Patronatsrechte an Kirchen einräumten 1288. Der Kommende Lietzen geschieht schon Erwähnung in einer Urkunde vom 18. Januar 1247, worin Papst Innocenz IV. dem Orden alle seine Güter und Rechte in der Mark und in Pommern bestätigte. Zur Kommende in Zielenzig wurde schon im Jahre 1232 der Grund gelegt, ebenso zu jener in Quartschen an der Mietzel, welche wohl den größten Umfang aller Niederlassungen erlangte.

Bis nach Posen und Polen dehnten sich die Besitzungen der Tempelherren aus, welche nachweislich schon vor 1241 auch in Böhmen (Prag, Aurinomes) und in Mähren (Gamolice bei Drubravnik, Schejkowicz, Brünn) begütert waren. Als Niederlassungen in Niederösterreich gelten nachweisbar Fischamond, Schwechat und Rauchenmurt, während weitere Templergüter in Mörling bei Wien, Haimburg, Heiligenstadt, Neunkirchen am Steinfeld, Aspern, der Sage angehören dürften.

Wenn man diese weitverzweigten, gar oftmals umfangreichen Besitzungen der Templer in Deutschland und Österreich, deren Zahl von Schüpferling auf 50 berechnet wird (S. 187) überschaut, dann wird es begreiflich werden, daß Neid und Mißgunst auf der einen Seite, Ausschreitungen und Nachlaß in der Beobachtung der Regel auf der anderen Seite sich zu scharfen Angriffen gegen die Ordensgesellschaft verdichteten, welche nach dem Falle von Accon 1291 die ursprüngliche Berufstätigkeit im Morgenlande verloren hatte. König Philipp der Schöne von Frankreich warf sich zum Dolmetsch all der berufenen und unberufenen Ankläger gegen die Tempelherren auf 1307 und ruhte nicht eher, bis ein schwacher Papst am 22. März 1312 den Orden aufhob, allerdings nicht per modum sententiae definitivae (als ob dessen Schuld erwiesen wäre), sondern per modum provisionis apostolicae (weil die Fürsorge für die Kirche solches verlange). Unwillkürlich springt der Gedanke von Klemens V., welcher der Habsucht und Begehrlichkeit Frankreichs die Templer opferte, auf den Franziskanerpapst Klemens XIV., welcher den mit dem Schisma drohenden bourbonischen Höfen 1773 den Jesuitenorden in den nimmersatten Rachen warf.



Heute noch ist die Frage über Schuld oder Unschuld der Tempelherrn, deren Großmeister Jakob von Molay angesichts des Scheiterhaufens am 11. März 1314 seine und seines Ordens Unschuld beteuerte, noch nicht endgiltig gelöst. Wie stellte man sich auf deutschem Boden zu den Anklagen?

Die weltlichen Fürsten Deutschlands hatten gar manches Familienglied an den Orden abgegeben und standen daher in den besten Beziehungen zu demselben; auch Friedrich II., abgesehen von zeitweiligen Unstimmigkeiten, war kein Gegner der Templer.

Die Anschauungen der geistlichen Fürsten waren geteilt. Der Erzbischof von Mainz, Peter Aichspalter, suchte sich dem päpstlichen Auftrage, gegen die Templer vorzugehen, so gut es ging, zu entziehen. Burkard III., Erzbischof von Magdeburg, dagegen ließ die Templer, wahrscheinlich schon im Mai 1308, darunter ihren Präceptor (Provinzial) Friedrich von Alvensleben, an einem Tage gefangen setzen, während der tatkräftige Albert Bischof von Halberstadt sich der Ritter annahm. Sehr günstig sprach sich die Synode von Mainz, welche in den Maitagen des Jahres 1310 abgehalten worden ist, aus, wohl in ähnlicher Weise die Versammlungen zu Köln und Trier; über die Beschlüsse der Synoden zu Metz und Salzburg fehlen nähere Nachrichten. Wenn nun auch in Deutschland der Templerorden seinen ursprünglichen adeligen Charakter besser zu wahren gewußt hatte als anderswo, und damit auch die Zuneigung der weltlichen und geistlichen Fürsten mit Recht besaß — gerettet konnte er nicht werden: der oberste Richter der Christenheit saß seit 1309 zu Avignon und die traurige Periode eines unfreien Papsttums hat ihren Anfang genommen.

Der Tempelherrenorden ist das erste Opfer der sog. babylonischen Gefangenschaft der Päpste geworden.

Greding. Hirschmann.



XV.

Kürzere Besprechungen.

1. Zehn Jahre „Historisch-politische Blätter" 1838—1848. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zentrums. Inaugural-Dissertation von Franz Rhein aus Obercassel bei Bonn. — Obercassel, Siegkreis. Druck von Ed. Heeg. 1916. 79 Seiten.

Der siebenundzwanzigjährige Verfasser der vorstehend genannten Inaugural-Dissertation bezeichnet sich in der dieser angefügten Lebensskizze als Katholik. Er dürfte in seinen Anschauungen auf dem vorgeschrittenen Standpunkte der Gleichwertigkeit der Konfessionen bezw. des praktischen Interkonfessionalismus stehen und zugleich vom Boden des Staatskirchentums nicht allzuweit entfernt sein. Dieser Standpunkt erklärt sein Urteil über die ersten zwanzig Bände der Historisch-politischen Blätter, das er in die Worte zusammenfaßt: Ein Organ der Haller'schen Schule, ein konfessionell einseitiges Konkurrenz-Unternehmen, resp. eine Fortsetzung des Berliner Politischen Wochenblattes. (S. 71).

Die auf einem fleißigen Quellenstudium beruhende Arbeit Franz Rheins gliedert sich in zwei höchst ungleiche Abschnitte, in: „1. die Entstehung der Zeitschrift, äußere Entwicklung und Mitarbeiter", „2. die staatstheoretischen Anschauungen, Wirtschafts- und Sozialpolitisches." Zwei Drittel der Studie beschäftigen sich mit den wirklichen und mutmaßlichen Mitarbeitern der ersten zehn Jahre der Zeitschrift, und fast die Hälfte der Studie ist dem Hauptmitarbeiter, Karl Ernst Jarcke, gewidmet. Der Titel derselben hätte daher zutreffender lauten sollen: „Jarcke und die Historisch-politischen Blätter".



Es scheint fast, als ob der dem Verfasser unsympathische edle Konvertit in Wien die Veranlassung zu der gewählten Dissertation gegeben habe. Eine lange Reihe Jarcke ungünstig behandelnder Zitate werden aufgeführt, selbst der zynische, einer objektiven Beurteilung unfähige Heine darf hiebei nicht fehlen, und ebensowenig ein ungewöhnlich niedriges und gehässiges Urteil Varnhagens, von dem der Doktorand allerdings nicht erwartet, „daß er ihm (Jarcke) gerecht zu werden strebt." Jarcke wird (S. 22) als Hetzer geschildert und zugleich ein Artikel des furchtlos der Wahrheit dienenden J. v. Görres vom 20. November 1839 als „Pamphlet", also als Lügenschrift gekennzeichnet!

Trotz seines anscheinend großen Quellenstudiums ist es dem jungen Verfasser nicht gelungen, sich in die tiefen Gedankengänge Jarckes hineinzufinden. Wenn letzterer sich wiederholt gegen das konstitutionelle System erklärte, so ist das keine feudal-konservative Rückständigkeit, wie ersterer meint, sondern eine klare Erkenntnis der Schwäche der konstitutionellen Theorie. Es scheint der Verfasser, der nirgends andeutet, was er unter „Konstitutionalismus" versteht, keine Kenntnis davon zu haben, daß sich bis zum heutigen Tage eine Anzahl von denkenden Vertretern der Staatswissenschaften gegen die geschichtlich undeutsche konstitutionelle Schablone erklärt haben. Ganz gleich verhält es sich mit dem importierten modernen Parlamentarismus. Jarcke bekämpfte nicht die Volksvertretung als solche, sondern das innerlich unwahre und in Wirklichkeit undurchführbare Repräsentativsystem nach den individualistischen Anschauungen Montesquieus und Rousseaus. Hiebei mag allerdings in der Forderung Jarckes und seiner Gesinnungsgenossen der Ausdruck „ständische Vertretung" nicht ganz glücklich gewählt gewesen sein.

Auf andere geschichtlich und tatsächlich schiefe Auffassungen des Doktoranden Rhein hier einzugehen, fehlt uns der nötige Raum. Wider Willen gestalteten sich seine Darlegungen in hundert Punkten zu einem glänzenden Lobe für die gelben



Hefte. Er zählt eine Reihe von Mitarbeitern auf, wie sie von gleich klangvollen und illustren Namen kaum eine andere deutsche Zeitschrift besessen; er konstatiert, daß die Historisch-politischen Blätter, das Organ der „Kurialisten", in einer der ersten Linien das Staatskirchentum überwunden (S. 44); er betont an mehreren Stellen deren „einseitig" und entschieden romtreue, d. i. deren charaktervolle Haltung; er charakterisiert es als ein Verdienst der Blätter, „schon so frühzeitig auf die sozialen Probleme aufmerksam gemacht zu haben" (S. 77) usw. So ist die Dissertationsschrift mit ihrer vielfach „malitiösen Objektivität" für jeden klar denkenden, religiöse Kompromisse und staatskirchliche Tendenzen ablehnenden Katholiken ein neu eingefügtes Ruhmesblatt in der Geschichte der Historisch-politischen Blätter und eine neue Bestätigung des Urteils ihrer Gegnerin, der Augsburger Allgemeinen Zeitung, die sie in der Nummer vom 4. März 1847 „das geistvollste, kräftigste und selbständigste Organ der Interessen der streitenden Kirche" nannte.

R. F. X. H.

2. Dr. Joseph Müller, Die Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 über das Friedensvermittlungsrecht neutraler Staaten und die Frage der päpstlichen Vermittlung. Freiburg, Schweiz. Canisiusdruckerei 1916. 40 S.

„Vor der Reformation, welche Europa so unglücklich zerrissen, war das Papsttum eine gewaltige politische Macht. In der Geschichte des Völkerrechts und der Diplomatie nehmen die Friedensaktionen der Päpste die vielsprechendsten Kapitel ein, das Schönste, was die Menschheitsgeschichte zu sagen weiß, wenn sie objektiv gerecht, wahrheitsgetreu berichtet! In historischer Wertung sind die Leistungen des Papsttums für den Frieden durch die Jahrhunderte ganz eminente." Der Verfasser führt sodann die gleichlautend an König Wilhelm I. und Kaiser Napoleon III. am 22. Juli 1870 gerichteten Schreiben des Papstes Pius IX. an, durch welche der Papst den eindringlichen Versuch gemacht, die genannten Monarchen vom Kriege zurückzuhalten. Diesem mißlungenen Friedensvermittlungsversuche stehen eine unabseh-

bare Menge von gelungenen päpstlichen Friedensvermittlungen namentlich im 14. und 15. Jahrhundert gegenüber, auf welche Verfasser hinweist. Zu einer Friedensvermittlung sei notwendig, daß im Vermittler die moralische Macht die weltliche um ein Bedeutendes überragt. Denn, wo die vermittelnde Macht sich auf ein starkes Heer stützen kann, da nimmt die Vermittlung den Charakter einer zwangsweisen Intervention an. Gerade darum sei keine Macht der Welt so geeignet zur Friedensvermittlung wie der Papst, dem nur die moralische, aber keine weltliche Macht zur Verfügung steht. Hauptaufgabe der Katholiken in der Gegenwart sei es nach einem doppelten Ziel zu streben: „1. nach der prinzipiellen Anerkennung des Papstes als Friedensvermittler, wofür in erster Linie die Katholiken neutraler Staaten wirken sollten; 2. nach Wiederaufbau, Durchsetzung und Förderung des internationalen Rechtes, nach Gründung einer internationalen Organisation, welche nach dem Kriege eine gütliche Erledigung völkerrechtlicher Konflikte garantiert." „Für den Schiedsrichter gilt wie für den Friedensvermittler, daß er moralische Autorität hat; so heißt es unzweideutig in den Schriften der Völkerrechtsgelehrten. Nicht Berufung auf Macht und Gewalt schafft Bleibendes, sondern allein, was auf moralische Kräfte sich stützt." „Die moralische Kraft ist es, welche in wahrhaft großen und guten Menschen lebt und nur solche Macht vermag die widerstrebenden Interessen von Völkern auszugleichen, wie es einem Vermittler oder Schiedsrichter zur Aufgabe fällt; das Papsttum aber als Vermittler zwischen Fürsten und Völkern ist anerkannt höchste Potenz." „Deshalb wird für uns Katholiken das nächste Ziel sein, die Idee der päpstlichen Vermittlung zu propagieren." Verfasser schlägt darauf vor, in der Schweiz ein „Bureau international catholique" zu errichten, welches diese Fragen behandeln und einen Weltkongreß von Katholikenführern aller Nationen für die Zeit der Kriegsbeendigung vorbereiten soll.

Die Delegiertenversammlung des schweizerischen katholischen Volksvereins vom 18. Oktober 1916 faßte auf Grund der ge-



gebenen Anregungen folgende Resolution: 1. Es sollen die Katholiken neutraler Länder mit allen Freunden des Friedens und insbesondere den Regierungen der Neutralen wenigstens den Papst in seiner Friedensaktion unterstützen. 2. Die hohe Mission von Papsttum und Kirche als friedenschaffendem, moralischem Machtfaktor soll in Form gewissenhafter Aufklärung in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege auf einem Kongreß führender Männer der katholischen Welt nachdrücklichst zur Geltung gebracht werden. 3. Die Fortentwicklung des Vermittlungsrechtes und dessen Sicherstellung für die Zukunft, sowie die Förderung des Schiedswesens — beides die Grundbedingungen für einen dauerhaften Frieden — liegt in der vollen Anerkennung des Papstes in seiner Rolle als internationaler Friedensvermittler.

Ja, wenn es nur auf die Katholiken ankäme! Aber es kommt auf den guten Willen und die christliche Gesinnung der Völker und Regierungen Europas an — und da fehlt's ganz gewaltig! A. v. O.

XVI.

Janssen-Pastor.

Von Dr. A. Dürrwächter.

Wenn einer kurz vor Beginn des Kriegs übernommenen Referentenpflicht jetzt erst hier nachgekommen und, anscheinend stark verspätet, eine Würdigung der neuesten 19. und 20. Auflage des 1. und 2. Bandes von Johannes Janssens Geschichte des deutschen Volkes versucht wird, so liegt die Schuld für solche Verzögerung an eben diesem Kriege, da er mit der harten Wucht seiner Gegenwartseindrücke die Versenkung in die fernere Vergangenheit des 15. und 16. Jahrhunderts uns nur allzu schwer gemacht hatte. Auch für die wissenschaftliche Welt hat es des dahinsiechenden Einerleis des Schützengrabenkriegs bedurft, um sich wieder von all den unmittelbar auch auf sie einstürmenden Eindrücken besinnend freier zu machen und vollere und uneingeschränktere Aufmerksamkeit und Sorge dem zuzuwenden, was nicht das schaufelnde Rad der Zeit aufwühlte, sondern still und tief unter ihrer Flut geborgen liegt.

So ist es also nicht die Schuld Janssen-Pastors, wenn der Referent die beiden zusammen über 1500 Seiten starken Bände immer wieder einmal, kaum in die Hände genommen, auch wieder beiseite legte. Denn das darf man mit Freude feststellen: Diese neue von Pastor besorgte Auflage des Janssenschen Werkes ist eine Leistung, welche der Umsicht und Gründlichkeit des Herausgebers alle Ehre macht. Wenn



ich die erste Auflage Janssens von 1878, die vor mir liegt, und die 9. von 1883, die ich als Student einst durcharbeitete, mit dieser 19./20. vergleiche, so wirkt schon, ganz äußerlich betrachtet, das Geleistete auf mich ein. Von 615 Seiten der 1. Auflage war die 9. zu 628 Seiten erwachsen, während die jetzige 20. des 1. Bandes 838 Seiten zeigt. Beim 2. Bande bieten die betreffenden Zahlen 587, 592, 726 das nämliche Bild eines bedeutenden Wachstums. Nicht ganz neun Seiten umfaßte das Verzeichnis der Hauptliteratur im 1. Bande bei der ersten Auflage, und das Personenregister am Schlusse zählte damals 8 Seiten. Nun ist das erstere zu 27 Seiten, das letztere zu 36 Seiten fortgeschritten. Das Verhältnis der Anmerkungen zum Texte war in der ersten Auflage ein verschwindend geringes. In der 9. war es nur unwesentlich gewachsen, während es nun mit einem Viertel nicht zu hoch veranschlagt sein wird.

Das ist nur eine statistische Aufmachung. Aber in ihren Zahlen kündet sich die Arbeit fortgesetzter Nachträge, welche mit der Rastlosigkeit der Forschung gerade für diese Epoche unserer Geschichte möglichst und sorgsamst Schritt zu halten suchte. Auch bei der neuen Auflage ist dies in reichem Maße geschehen und aus dem Vollen für ein Volles gewirtschaftet worden. Um das deutlicher zu sehen, muß man die Anmerkungen durchstudieren und hinter den beiden Sternchen, die den neuen Zusätzen voranleuchten, das Gefolge von Titeln und Zitaten betrachten, das sich der so schon starken Reihe der vorangegangenen Auflage noch angeschlossen oder untermischt hat. Und eben weil hier so reich gewirtschaftet worden ist, trägt man Bedenken, der üblichen Referentenneigung sich zu überlassen und da und dort noch Wünsche zu äußern, wie etwa bei dem Kapitel über Volkskunst, wo wir Dehios Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler gerne noch zitiert gesehen hätten, wo die Riemenschneider- und Dürerliteratur uns nicht ganz vollwertig gewürdigt erscheint, wo wie später S. 300 die neuere Totentanzforschung nicht verwertet ist, wo — doch nein, wir wollen nicht alle die



Wünsche äußern, die wir noch auf dem Herzen haben, um nicht weiter unten mit uns selbst in einen Gegensatz zu kommen. Sprechen wir lieber noch vom Text, weil wir da mit ganz besonderem Wohlgefallen konstatieren dürfen, daß nun auch er nicht mehr ohne stärkere Zusätze geblieben ist. Solche finden sich im 1. Bande bei den Ausführungen über die Beichtbücher, über den Luxus und insbesondere in dem abschließenden Kapitel „Rückblick und Ausblick", dem Pastor nahezu 70 neue Seiten an- und eingefügt hat. Es erhebt sich damit auf die Höhe, zu der gerade die Forschung über den vorreformatorischen Klerus drängte, und bereichert Janssens Werk, dem es eine Lücke ausfüllte, in einer erfreulichen Weise. Solche gewichtige und schon in ihrer Seitenzahl ansehnlichen Einschaltungen finden sich im 2. Bande nun allerdings nicht. Aber man entdeckt auch hier bald die nachbessernde Hand, wenn man die Abschnitte über Luthers Klosterleben, seinen Aufenthalt in Erfurt, die Wendung in seiner theologischen Entwicklung, die Beurteilung des Auftretens Tetzels, die Rolle Karlstadts u. a. durchmustert, und wenn man summiert, was da hinzugefügt wurde, so möchte man fast meinen, der zweite Band sei besser als der erste weggekommen.

Aus dem ersten schöpfen wir denn auch der Hauptsache nach einige Bedenken, die im Interesse des Werkes selbst nicht verschwiegen bleiben dürfen. Die Überschrift, die diesem Referat gegeben wurde, deutet auch sie schon an. Denn auch sie liegen in dem Verhältnis Janssen-Pastor, des Herausgebers zum Verfasser, seiner Hand zu dem Körper des ganzen Werkes, der Anmerkungen zum Texte. Es sind aber nicht so sehr, wie man vielleicht oben schon angedeutet finden könnte, die äußeren Raumverhältnisse seiner Teile über und unter dem Striche, die uns beunruhigen, wie wohl es jetzt schon Kapitel des Buches gibt, wie das über den jüngeren Humanismus und das über Luther und Hutten, wo für ein Buch, wie das Janssensche, die Anmerkungen uns bedrohlich überzuquellen scheinen. Auch innere Gegensätze,



Sprünge, möchte man sagen, in der harmonischen Zusammenfügung der Arbeit des Verfassers und des Herausgebers glauben wir da und dort zu bemerken. Sie wären freilich einer besonderen Aufmerksamkeit nicht wert, wenn sie nur eine ganz vereinzelte Erscheinung wären. Wer wollte es denn an und für sich auch anders, als nur nebenbei beachten, daß Unstimmigkeiten und Widersprüche zwischen dem Oben und Unten des Buches, wie etwa II, S. 154 vorliegen, wo die Worte Luthers bei der Verbrennung der Bannbulle oben nach der noch zur Zeit Janssens gangbaren Überlieferung zitiert sind, während doch die Anmerkungen Pastors ersehen lassen, daß darüber mindestens gar keine Sicherheit und bestimmte Tatsächlichkeit festzustellen ist. Anders aber ist es, wenn zu diesem Fall sich noch andere gesellen. So besteht ein offensichtliches Auseinanderklaffen zwischen Oben und Unten in dem Kapitel über das wirtschaftliche Leben. Janssen hatte seinerzeit geglaubt, für diese agrarischen Zustände des deutschen Volkes im 15. Jahrhundert ein Bild zeichnen zu können, das fast nur leuchtende Farben enthielt, und alles Dunkle und Drückende dem 16. Jahrhundert bezw. dem vordringenden, fremden römischen Rechte und seinen Einwirkungen zuweisen zu sollen. Indem nun der Herausgeber in seinem Prinzip weitgehendster Schonung des Textes diesen zu erhalten suchte und es deswegen auch bei Janssens Austeilung des Stoffes beließ, mußte all das, was die weiter geschrittene Forschung jener im Text geäußerten Anschauung Widerstrebendes zutage gefördert hatte, in den Noten untergebracht und in ihnen wiederum zersplittert werden. Zwischen Text und Noten aber mangelt nun die Harmonie. Denn Janssens Lichtbild oben in der Schilderung wird unten in den Zitaten von Andeutungen eines Bildes begleitet, das auch des Schattens gar viel enthält. Die Lage des Bauernstandes war eben weder gleichmäßig gut noch gleichmäßig schlecht in allen deutschen Gebieten, sondern recht verschiedenartig gestaltet. Wäre es da nicht besser, auch im Texte dem Rechnung zu tragen und neben die Lichtbilder, die be-



rechtigt sind, auch die Schatten aufzusetzen, zu deren Feststellung ja gerade Janssen angeregt hat, und damit das zu verbinden, was später über das agrarische Verfassungsleben gesagt ist mit einiger Einschränkung für die von Janssen doch wohl überschätzte Bedeutung der Einführung des römischen Rechts?

Textlicher Veränderung scheinen mir weiterhin auch die Teile des 1. Bandes zu bedürfen, welche über die Schule handeln. So wertvolle Zusammenstellungen sie bringen über die ideale Auffassung des Lehrerberufs und, so kräftig die Belege sind für eine nicht selten gute Entlohnung der Lehrer in damaligen deutschen Landen, so sollten sie doch aus den Anmerkungen auch in den Text hinauf mehr von dem bringen, was aus der Wirklichkeit das Ideal einschränkte und der Regel erst ihr rechtes Maß gibt. Pastor hat freilich Recht, wenn er verlangt, daß gerade auf dem Gebiete der spätmittelalterlichen Schule noch viel mehr geforscht werden muß. Aber bekannte Schattenseiten jenes Schulwesens, wie sie das Vagantentum der Lehrer und der Schüler so auffällig gerade im 15. Jahrhundert darstellt, verdienen mehr als nur die paar Anmerkungszeilen, die von dem Verfasser ihnen gewidmet waren. Das Thema aber der wirtschaftlichen Lage der Lehrer und ihrer beruflichen Tätigkeit, welch letztere ganz unberücksichtigt blieb, ist auch für den Text einer Kulturgeschichte zu wenig ausgeschöpft, wenn nur unstreitig gute Entlohnungen der Lehrer mitgeteilt werden. Wie im kirchlichen Leben, so gab es im 15. Jahrhundert auch im schulischen ein Vikarierwesen, mit vielen der Schattenseiten prekärer Lebensbedingungen, proletarischer Existenzen und ungenügender Dienstleistung. Das Lokaten- und Substitutenwesen, das fast in allen von Joh. Müller herausgegebenen vor- und frühreformatorischen Schulordnungen seine Rolle spielt, war sicherlich kein Vorzug dieses Schulbetriebs, und in die Abirrungen desselben, nicht nur in die Entlohnung des Lehrers gewährt gerade die S. 33 A. 3 angezogene Bamberger Ordnung von 1491 einen keineswegs



erbaulichen Einblick. So wäre es also im Interesse dieses Kapitels des Janssenschen Werks nur zu begrüßen, wenn Pastor auch hier sich entschlösse, aus seinem reichen Anmerkungsmaterial den Text einer neuen Auflage zu vervollständigen.

Im wesentlichen wird das lediglich Erweiterung sein. Tiefer dagegen als alle bisher geäußerten Wünsche greift der letzte, den wir noch haben, der die Darstellung des Humanismus betreffende. Diese beruht in Janssens Text auf der im Anschluß an Zarncke übernommenen Scheidung zwischen einem älteren und einem jüngeren Humanismus. Und gewiß hat sie, von äußeren Gesichtspunkten aus gesehen, viel Bestechendes an sich. Aber ihr Nachteil liegt nicht nur darin, daß sie den Bearbeiter genötigt hat, im ersten und wiederholend im zweiten Bande in den Anmerkungen auf entgegenstehende Ansichten einzugehen, ohne doch diese klar und überzeugend zu widerlegen. Tatsächlich läßt sich Janssens Einteilung gar nicht aufrecht erhalten, sobald man genauer zusieht, und verwischt nur den einheitlichen Charakter dieser ganzen geistigen Bewegung, der, dem Humanismus eigen, über die Grenze der beiden Jahrhunderte hinaus standhält, und die Generationen mehr miteinander verknüpft, als anderes sie scheidet.

Wer stellt überhaupt den älteren Humanismus dar? Ist es die Generation, die in den 50er und 60er Jahren des 15. Jahrhunderts zur Welt kam, und zählen auch die noch mit, die um 1570 herum geboren wurden? Wenn es nur die der 50er Jahre und die noch älteren sind, dann gehört in diesen sehr kleinen Kreis, der nicht einmal ein Fünftel der Namhaften unter der Humanistenschar umfaßt, doch auch Reuchlin, dessen Name eine Standarte für den jüngeren Humanismus wurde, und Konrad Celtis, ein Muster von Ungebundenheit, leichtfertiger Frivolität und heidnisch gefärbtem Lebensgenuß. Wenn es sich für den älteren Humanismus aber auch noch um die zwischen 1460 und 1472 Geborenen handelt, dann enthält die nämliche Generation



ältere und jüngere Humanisten unmittelbar nebeneinander, und einem Trithemius, Zasius und Peutinger stehen Erasmus, Hermann von dem Busche, Bebel und Mutian gegenüber, während von Pirkheimer wie bei Janssen es unentschieden bleiben mag, welchem Lager man ihn zuzuweisen hat. Unter denen aber, die erst gegen und nach 1480 geboren sind und die allerdings durch einen etwas stärkeren Jahresabstand von den anderen sich scheiden und nun nur mehr dem 16. Jahrhundert zugerechnet werden dürfen, finden sich doch auch Männer wie Butzbach, Murmellius, Glareanus, Nikolaus Ellenbog, auf welche man im Namen eines christlich und ernst sittlich gerichteten Humanismus gewiß nicht verzichten wird, und ihre Richtung setzte, wenn auch von andersgläubigem Standpunkte aus, doch auch Melanchthon fort, der nicht weniger energisch als ein Wimpheling den Humanismus als Mittel für christliche Zwecke betonte. Versagt somit dieses Kriterium für Janssens Einteilung, so nicht anders auch jenes, welches dem sogenannten älteren Humanisten das starke vaterländische, nationale Gefühl zuspricht und es bei den jüngeren vermißt. Hutten'sche Umsturzgedanken sind ja doch nur Verirrungen desselben in einer vom Sturm zerrütteten Seele. Aber was will auch der eine Hutten besagen gegen die zahlreichen anderen der jüngeren Generation, die wie Irenikus, Rhenanus, Aventin, Sebastian Franck mit warmem Empfinden und wirksamem Schaffen für ihre Nation eingetreten sind! Die Mode aber, sich latinisierte oder gräcisierte Namen beizulegen, beginnt schon mit einem der ältesten und der besten unserer Humanisten, mit dem Friesen Agricola, und ist zunächst durchaus kein Zeichen der inneren nationalen Schwäche der damit prunkenden Persönlichkeit, ebensowenig wie die auf den Bildern gleichzeitiger Maler auftauchenden Motive italienischer Renaissance den nationalen Gehalt ihrer Werke beeinträchtigen.

So gibt es für einen älteren und jüngeren Humanismus keine entschieden abgrenzenden Feststellungen, sondern nur Richtungen und Tonarten des *einen* Humanismus, die von

Anfang an neben einander herlaufen und in ihrer extremen Art allerdings stärker im sturmschwangern zweiten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts hervortreten. Aber Mutian, in dessen Freundeskreis dies geschieht, gehört doch selbst zur Generation um 1470, und Erasmus, der Janssen in einer doch den Weltweisen zu gunsten des Theologen zu sehr verdunkelnden Würdigung als Musterbeispiel erscheint, war 1467 geboren. Den jüngeren Humanismus kann man in ihnen nicht sehen, auch nicht unter dem kirchlichen Sehwinkel, unter den wie neuerdings, wenn auch etwas anders, Hermelinck, so auch Janssen sich den Humanismus allzu stark eingestellt hat. Daß dessen Jünger je nach persönlicher Art und Grundrichtung und nach dem Antrieb brennender Zeitfragen Partei ergreifen, ist selbstverständlich. Aber eine Gedankenwelt, in der sie alle zuhause sind, darf man sich dadurch nicht verwischen lassen. Es geht mit den Humanisten eine Bewegung durch die deutsche Geisteswelt, welche im Zusammenhang mit der ganzen Kulturentwicklung, aber befördert und stärker beeinflußt durch die italienische Kultur die Bildung laisiert und säkularisiert, begierig nach all den Kräften greift, die auf diesem Wege vorwärts treiben und an der Hand eines vergangenen, aus sich selbst bewerteten Kulturideals ein eigenes von innerweltlichem Werte zu verwirklichen sucht. Wie alle derartigen Kulturbewegungen — wir haben das ja selbst erlebt — neigte auch die des Humanismus dazu, sich in sich selbst zu spiegeln, immer eitler werdend an ihren wirklichen oder vermeintlichen Leistungen sich zu erfreuen, ihren Wert und ihre Bedeutung für das Leben und Glück immer höher einzuschätzen in einem selbstsüchtigen ästhetischen Genießen sich zu überschlagen und lächerlich zu machen und alle religiösen und moralischen Werte zu verpuffen. Die Kulturfreude wächst zum Kulturrausch, bis eine jähe Katastrophe aus all den irdischen Himmeln schreckt, damals wie heute. Und wie die Rollen dabei noch heute so verteilt sind, daß all der Schwulst und Überschaum an Phrase, den eine eitel und selbstsüchtig gewordene Kultur zur Maskierung einer



seelischen Leere so reich erzeugt, bei dem romanischen Volke südlich der Alpen am stärksten auftreten, so hatte auch damals Italien lange, ehe es bei uns „ältere und jüngere" Humanisten gab, solchen „jüngeren" Humanismus mit viel Spott und wenig Ernst, mit viel Geklingel und wenig Metall unmittelbar neben und mit einem „älteren", der zwar begeistert, aber nicht entgeistert seinem Kulturideal nachlebte.

Mit Recht hat Pastor daher in seiner Papstgeschichte konservative und radikale Strömungen in dem nämlichen gleichzeitigen italienischen Humanismus unterschieden, Geister, welche Menschenkultur und Überwelt, sittliche Gebote und ästhetisches Genießen in Einklang bringen und zur Harmonie fördern wollten, und solche, welche, obwohl unmittelbar neben ihnen erwachsend, doch zum Extrem eines heidnischen Humanismus neigen und dringen, indem sie einer auf den sinnlichen und irdischen Genuß der Kultur mehr oder weniger, feiner oder gröber gerichteten Art in ihrer Seele zugekehrt sind. Das Problem der Humanisten heißt nicht Religion, oder Christentum oder Kirche oder Reform, sondern — und so faßt es ursprünglich doch auch Janssen — Kulturideal und christliches Ideal, Kulturwerte und christliche Werte. Dieses Problem, in der hier gegebenen Rangordnung allen gemeinschaftlich, war dem italienischen wie dem deutschen Humanismus gestellt, dem ersten wie dem letzten Humanisten, und die ersten wie die letzten haben es, unter sich uneins und auseinandergehend, konservativer und radikaler und in zahlreichen Schillerungen dazwischen, beantwortet und zu lösen versucht. Darum scheitert man mit Janssen an der Trennung eines älteren und jüngeren Humanismus und sähe diese Trennung lieber ersetzt mit der aus Pastors Papstgeschichte übernommenen Unterscheidung gleichzeitiger Strömungen, auch auf die Gefahr hin, daß ein tieferer Eingriff in den Janssenschen Text geschehen müßte.

Er beansprucht ja so wenig wie alles andere Menschenwerk von absolutem Werte zu sein. Als der große Frankfurter Historiker seine epochemachende Geschichte des deutschen



Volkes schrieb, war die Forschung, welche sich mit dem ausgehenden Mittelalter und der Reformation beschäftigte, bei der Verteilung von Licht und Schatten einer die Wahrheit geradezu verwirrenden Einseitigkeit geneigt gewesen. Überlieferte, bequeme Schablonen und die Jahre des Kulturkampfes und einer von ihm beeinflußten Blendung hatten auch dem wissenschaftlichen Leben und Schaffen ihre Spuren eingeprägt. Da war es Janssens unvergeßliche Tat, daß er die Forschung aus den bequemen, ausgefahrenen Geleisen eines veralteten Weges herausriß und neue Wege einschlug und einschlagen lehrte. Eine notwendige Umwertung historischer Werte war es, was er zeigte und durchführte, darüber hinaus eine kulturgeschichtliche Betrachtung und Erfassung des Volkslebens, wie wir sie bisher für eine so wichtige Zeit deutscher Geschichte noch nicht hatten und, um noch ein drittes nicht zu übersehen, eine Darstellung, die nicht nur für den Gelehrten, sondern für weitere Volkskreise faßlich und packend sein sollte. Bei jener Umwertung der Werte war es nun freilich stürmischer hergegangen, als uns heute richtig und haltbar erscheint. Zu einer allzu starken Umstellung von Licht und Schatten führte den Historiker die Entdeckung so vielen Lichtes da, wo bisher alles dunkel gewesen war, lenkte ihn der Stolz auf die reiche, blühende Vergangenheit des eigenen Volkes und der Wunsch, einen bisher hart zurückgesetzten und verlästerten Teil seines Volkes in seine historischen Rechte einzusetzen. In den vier Dezennien aber, die unterdessen vergangen sind, schlug die Forschung zahlreiche der Wege ein, die damals von Janssen erst entdeckt worden waren. Und wie es immer wieder geht in der wissenschaftlichen Arbeit, daß dem kühnen Wurf einer großen allgemeinen Zusammenfassung und Darstellung eine Fülle von nachprüfenden und zurechtrückenden Einzelstudien und Spezialforschungen folgt, so war es auch hier. Der Reichtum des spätmittelalterlichen Lebens, der da wie ein in der Tiefe versunkener Schatz entzaubert wurde und schimmernd emporgestiegen war, wurde durchsucht und ge-



wertet, Echtes und Unechtes wurde geschieden, Gold und Talmi gesondert, und, indem neben die sturmbewegte Welt des 16. Jahrhunderts die noch im Sonnenschein strahlende und doch schon von Wetterwolken umlagerte des 15. Jahrhunderts sich deutlicher reihte, zeigte es sich, daß die Formel Licht oder Schatten, welche die Geburtszeit des Janssenschen Werkes bewegt hatte, in Licht und Schatten umzuformen sei.

Was aber nach dieser Richtung geforscht und gefunden worden war, das wuchs teilweise noch zu Lebzeiten des Verfassers, mehr aber noch nach seinem Tode durch Pastors Arbeit an das Janssensche Werk an. Absichtlich sage ich an und nicht hinein. Denn das Erzeugnis eines Janssen mit härteren Händen anzufassen trug der Herausgeber begreifliche Bedenken. Aber andererseits sind auch die Bedenken nicht ungerechtfertigt, welche in dem Wunsche gipfeln, Pastor möchte doch da und dort etwas schärfer zufassen, damit die allzu starke Aufspeicherung des neuen Stoffes in den Anmerkungen die volkstümliche Art des Buches nicht allzu schwer belaste, damit nicht Unausgeglichenes in seine Zusammensetzung aus einem Oben und Unten komme und Unhaltbares nicht mit Mühe gestützt werden muß. Dann wird das Janssen-Pastorsche Werk nach wie vor die Fundgrube bleiben, die es seither war. Welche Fülle des Stoffes es enthält, merkt ja auch der Nichtgelehrte, mehr aber noch, wer mitforschend sich in die Zeit, die es schildert, zu vertiefen sucht. Da sieht man erst, mit wie vollen Händen hier aus einem überreichen Schatze geschöpft wurde, und welch reiche Anregung von hier aus erflossen ist und immer noch erfließt. Da gewinnt man, an dem Beispiel des 15. Jahrhunderts zumal gezeigt, eine Ahnung davon, was in der Tiefe unseres deutschen Volkes an geschichtlichen Werten für ganze neue forschende und lernende Generationen desselben gebettet liegt und ernster Erarbeitung und Aneignung auch in Zukunft würdig ist.



XVII.

Zur See nach Nauplia.[1])

Von Suebimontanus (Rottweil a. N.).

II. Salamis.

Das Reisen ist ein Jungbrunnen mit vielen Röhren. Einer entströmen die Wasser der Menschenkunde und Psychognostik. In der Enge des täglichen Verkehrs werden die Menschen leicht zu vielredenden und nichtssagenden Schablonen, zu einer gleichgültigen, schalen, ton- und schwunglosen Masse; das Interesse für Menschenbeobachtung verkrustet und erstarrt gern und ihr Organ wird mitunter selber auch trüb und kurzsichtig. Da mag es dann besonders für den Büchermenschen gut und heilsam sein, den Hahn aufzudrehen und das Auge des Geistes wieder einmal gründlich auszuwaschen in dem Sprudel jenes Quickborns, um ihm die alte Sehkraft zurückzugewinnen, um an den Kontrasten einer möglichst fremden, auf unsere eigene Art und Unart noch nicht eingespielten Umwelt den Blick zu reinigen und zu schärfen für Natur und Unnatur, für Recht und Reiz starker Individualität, für die tausendfachen Verkleidungen der menschlichen Kultur- und Lebenslüge und so schließlich wie Odysseus, der Vielgewanderte und Vielgewandte, heimzukehren nicht bloß mit neuem Wissen von Ländern und Leuten, sondern mit einem Meer an psychologischer Einfühlungskraft und an Augenmaß für Menschen und Menschlichkeiten, für all' die Dinge, quae animae humanae insunt aut inesse possunt. Aber Mitläufer und Reisebegleiter müssen tunlichst zu Hause bleiben. Denn hier gilt das physikalische Gesetz: die gleichnamigen Pole stoßen sich ab. Und die Astronomie hinwiederum lehrt, daß

1) S. Bd. 158 S. 497 ff.

alle Satelliten die Eigentümlichkeit haben, dem Mutterplaneten immer ein und dieselbe Seite zuzukehren. Der Reisetrabant ist ein mitgeschlepptes Stück Alltag, das draußen oftmals verfälschend und neutralisierend wirkt, ein Bleigewicht für die freie Bewegung, ein Isolator, der den vollen Zustrom neuer Eindrücke abhält. Von selbst werden die Gedanken zu einander gravitieren und um den gemeinsamen Schwerpunkt kreisen. So kommt es dann wohl, daß man stets das Neue sucht und oft das Alte findet. Ein Entdeckungsfahrer muß auf seinen Stern vertrauen. Das Reiseglück und des Zufalls Gnade sorgen schon allein für den erforderlichen Bedarf an Weg- und Zeltgenossen und verschlagen uns oft genug in interessante Gesellschaft, die bei aller Flüchtigkeit mehr Gewinn abwirft, als die abendlichen „Aussprachen" mit dem alter Ego und Echo aus der Heimat.

In meinem griechischen Reisekalender stehen solche Tage und Stunden wie mit Gold- und Silberschrift verzeichnet. Mit besonderer Freude denke ich zurück an das Interessante und Schöne, das ich auf der Meerfahrt nach Nauplia in verhältnismäßig kurzer Zeitspanne erlebt und erlauscht habe in zwanglosem Umgang mit griechischen Landeskindern, mit Geistlichen und Laien, Gelehrten und Kaufleuten, Alten und Jungen. Kaum hatten wir den Piräushafen im Rücken, als ein beinahe noch flaumbärtiger Jüngling in brauner Joppe, der mich seit seinem Erscheinen auf Deck nicht mehr aus dem Auge gelassen hatte, sich langsam und, wie Fausts Pudel, magisch leise Schlingen zu künft'gem Band um meine Füße ziehend, näher und näher heranpirschte. Ich sah sie längst kommen, die alte, urgriechische Frage nach dem Wer und Woher und Wohin, die auch den Neugriechen so unvermittelt und mit graziöser Ungeniertheit von den Lippen zu springen pflegt. Sie leitete die Zeremonie der formellen Vorstellung ein. Xenophon Didaktor (= Dr.) Alexanis nennt sich der liebenswürdig zudringliche Herr, der mich nun mit einer gewissen Selbstverständlichkeit fast ganz für

sich beschlagnahmt und erst am Ziel der Reise wieder freigibt. Er ist Hyphegetis (Privatdozent) für neutestamentliche Schrifterklärung an der Athener Hochschule und will seinen Gönner, den „Despoten" von Nauplia, besuchen. *Δεσπότης* bedeutet in der neugriechischen Umgangssprache soviel wie Bischof. In Gesellschaft des jungen Dozenten war ein schmächtig gebauter, noch sehr beweglicher Graukopf mit vergeistigten Zügen und hängendem Schnurrbart an Bord gekommen. Mit ihm werde ich unverweilt bekannt gemacht. Vorstellungen sind wie Hexenformeln bekanntlich dazu da, um nicht verstanden zu werden. Auf daß mir der Spruch sich löse, lese ich auf der gleichzeitig überreichten Visitenkarte: Nikolaos A. Papajanopulos, Professor an der nationalen Universität, Plutarchstr. 19. Im Laufe des Gesprächs erfahre ich, daß der Gelehrte das Fach der hebräischen Sprache vertritt und im Nebenamt das griechisch-orthodoxe-Rhizarion (Klerikalseminar) in der Kephisiastraße leitet. Die Sommersonne hatte es ihm in dem Staub- und Steinmeer Athens zu bunt getrieben. Er befand sich, nach Erfrischung lechzend, auf der Flucht nach dem toten, welt- und wissenschaftentrückten Poros, wie ja auch der Fisch in den Hundstagen in immer lichtlosere Tiefen wandert, um Kühlung zu suchen. Als er hörte, daß ich Württemberger sei, leuchtete sein Auge und mit Stolz bekannte er, in Leipzig und Tübingen studiert zu haben. Seine erste Frage galt dem Befinden seines und meines verehrten Lehrers F. X. Funk, dessen männlich schöne Erscheinung, Gelehrsamkeit und echte Herzensgüte zu rühmen er nicht müde wurde. Auch nach dem alten Weizsäcker, dessen Vorlesungen er gleichfalls besucht hatte, erkundigte er sich mit lebhaftem Interesse und rührender Pietät. Immer größer wurde der Kreis neugieriger Zuhörer, der sich rasch um den einzigen Nichtgriechen an Bord gebildet hatte.

Mit besonderer Andacht und naivem Vergnügen folgte den Gesprächen ein zierlicher Kaufmann aus Saloniki, der von den Türken geschäftlich ruiniert und aus der mazedo-

nischen Hauptstadt hinausgeekelt worden zu sein vorgab; jetzt in Geschäften unterwegs nach dem Tsakonenlande, noch in den besten Jahren, aber schmal wie ein Abreißkalender im letzten Monat. Er redete nicht gerade aus der Fülle des Geistes. Immer wieder im Verlaufe des Tages platzte er etwas wichtigtuerisch mit einem Bruchstücke seiner Leidensgeschichte in die Unterhaltung hinein.

Von den Balkanvölkern hat man schon sarkastisch gesagt, daß die eine Hälfte slavisch sei und die andere sich nicht wasche. Wer einmal in Athen gewesen ist, weiß, wie sehr dieses Witzwort, soweit es auf die Griechen stichelt, übertreibt. Eine schlagendere Widerlegung aber als unseren Thessalonicher kann es gar nicht geben. So peinlich gepflegt waren Hände und Haare, so auffallend modisch war die ganze Person stilisiert. Herrn Papajanopulos interessierte begreiflicherweise vor allem der Betrieb des Hebräischen an den deutschen Gymnasien. Meine Mitteilungen über die bei uns gestellten hohen Anforderungen erregten unverkennbar das Staunen und ein klein wenig auch den Neid der Herren Theologen. Auf die Volksschulverhältnisse übergehend klagte der Universitätsprofessor, daß diese in seinem Vaterland bei weitem nicht seien, wie sie sein sollten. „O, das ist ein Unglück für unser Volk." Diesen Stoßseufzer wird man verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß damals (1910) rund 50 % der gesamten griechischen Männerwelt des Königreichs Analphabeten waren und von den Frauen gar nur etwa 18 % lesen und schreiben konnten.

In Griechenland existiert m. W. noch kein staatlicher Schulzwang in unserem Sinne und es ist immerhin fraglich, ob, von der wirtschaftlichen Lage ganz abgesehen, bei der großen Ungleichheit, ja Gegensätzlichkeit der griechischen Verhältnisse die rasche Durchführung einer so starren und gleichmacherischen Maßregel möglich oder auch nur wünschenswert wäre. Im allgemeinen ist die griechische Schule heute noch Gemeindeangelegenheit. Dieses System verbürgt eine gewisse Anpassungsfähigkeit an die lokalen Bedürfnisse und



Lebensbedingungen. Den nur allzu schnell wechselnden Regierungen scheint die Hebung der allgemeinen Volksbildung als der breiten und sicheren Grundlage für jede gediegene Berufserziehung immerhin ein Gegenstand ernster Sorge zu sein. Jedenfalls weist die Bildungskurve einen erfreulichen Aufstieg aus. In Ermanglung einer erschöpfenden Statistik muß eine Handvoll gerade zur Verfügung stehender Zahlen zur allgemeinsten Orientierung genügen. Im Jahre 1870 gab es (nach Struck) im ganzen 17,71% des Lesens und Schreibens Kundige (28,24% Männer und nur 6,30% Frauen); 1879 waren es 18,98% (31% Männer und 7% Frauen); 1907 zählte man bereits 33,73% (49,79% = 659 755 Männer und 17,45% = 228 060 Frauen). Ein ausführlicheres Tatsachen- und Zahlenmaterial von amtlicher Zuverlässigkeit scheint z. Zt. kaum erreichbar zu sein. Auch der treffliche Struck[1]) versagt, wie für das griechische Bildungswesen überhaupt, so insbesondere für die Organisation des Volksschulwesens, fast vollständig. Meine wiederholten persönlichen Versuche, durch Augenschein tiefere Einblicke in den Stand des niederen und höheren Unterrichtswesens der Griechen zu gewinnen, scheiterten mit einer Ausnahme an dem widrigen Umstand, daß infolge der großen Sommerferien überall der Schulbetrieb eingestellt war. Um so freudiger ergriff ich jede Gelegenheit, mich durch urteilsfähige und sachkundige Männer belehren zu lassen. Strucks Darstellung zufolge wäre noch knapp vor einem Lustrum in Sachen der Volksbildung Griechenland an der Spitze sämtlicher Balkanstaaten marschiert. Heute trifft diese Angabe schon nicht mehr zu: Griechenland ist weit überflügelt von Bulgarien, dessen Analphabetentum von 86% (1887) und 76,13% (1907) mit fast beispielloser Geschwindigkeit auf ein Minimum von 2% (1916) gesunken ist. Dementsprechend ist freilich auch das bulgarische Unterrichtsbudget von 1,8 (1887) auf 25 Millionen Franken im Jahre 1914 empor-

1) Zur Landeskunde von Griechenland. Frankfurt 1912.

geschnellt. Griechenland wird schon aus rein finanziellen Gründen ein langsameres Tempo einhalten müssen. Jedenfalls scheint eine andere Gefahr dringlicher und für die Dauer folgenschwerer als das Analphabetentum zu sein. Griechenland leidet an einer gewissen Hypertrophie der gelehrten Bildung. Der Grieche gilt als geistig begabt und wissensdurstig. Aber er will gleich zu hoch hinaus. Sein Geist, der Bildung sucht, gerät oft auf die Irrwege der Bildungssucht. Der Bildungseifer wird leicht zum Bildungsfieber. Der gemeine Schulsack dünkt ihm vielfach zu unansehnlich und unzulänglich. Wem aber der Universitätspfeffer in die Nase geblasen wird, dem geht die Seelenkraft auf, wie man die Schätze der Welt gewinnt und Ministerstühle erklettert — das ist geradezu Volksanschauung. Um den Söhnen das Hochschulstudium zu ermöglichen, ist selbst der Bauer und kleine Mann zu den härtesten Opfern bereit. K. Krumbacher[1]) traf einmal einen alten Griechen in der Volkstracht, der seinen Jungen studienhalber nach Deutschland zu schicken gedachte und entschlossen war, hiefür jährlich 100 türkische Pfund (= 2300 Franken) auszugeben; sich selbst aber mußte der Arme aus Gründen der Sparsamkeit eine Tasse Kaffee versagen. Solche Fälle sind immer noch an der Tagesordnung und bilden für einsichtige Patrioten mindestens ebenso einen Gegenstand täglicher Klage, wie das Bildungsdefizit der breiten Volksmassen. Es ist mit Händen zu greifen, daß sich hinter solch bildungswütiger Strebsamkeit Streberei und der Wettlauf um die besten Futterplätze verbergen. Man will sich um jeden Preis eine pensionsberechtigte Lebensstellung sichern. Aber das Ganze hat den Schaden davon. Den schaffenden und erwerbenden Ständen wird immer mehr Blut und Lebensmark entzogen. Namentlich der griechische Bauernstand krankt ohnehin schon bedenklich an Knochenschwund und Blutleere. Und doch ist gerade für Griechenland eine gesunde, leistungsfähige Land-

1) Griechische Reise. Berlin (1886), S. 274 f.



wirtschaft eine Lebensfrage. Le labourage et le pâturage sont les mammelles de l'état. Dieses Wort Sully's gilt für Griechenland in besonderem Maße. Einen weiteren Rückgang der Arbeitskräfte kann die schwer kämpfende Landwirtschaft kaum mehr ertragen. Der Zustrom auch bäuerlicher Elemente zu den höheren Schulen verschärft noch die Agrarkrisis und schiebt die Möglichkeit, die nicht unbeträchtlichen Flächen kulturfähigen Bodens für den Anbau zurückzuerobern, nur immer weiter hinaus. Noch heilloser ist eine andere Folge: das gelehrte Proletariat schwillt in besorgniserregender Weise an. Der Staat vermag die Akademiker nicht mehr zu versorgen und ihrer Vorbildung entsprechend unterzubringen. Es kommt vor, daß höher Gebildete, um überhaupt an die Staatskrippe zu gelangen, sich sogar mit Landjägerstellen und ähnlichen subalternen Posten begnügen müssen. Das Hauptbetätigungsfeld dieser Überzähligen aber sind Partei und Presse. Sie verstärken das Heer der Unzufriedenen, ja bilden dessen Kerntruppe. Sie brillieren als polititische Blender und Schaumschläger in den Volksversammlungen; sie bedienen gegen Bezahlung skrupellos die Lärmmaschinen und Giftspritzen der Zeitungen. Und wenn die Straße, in Griechenland auch ein politischer Faktor, in Bewegung kommt, dann sind sie erst recht in ihrem Elemente. Während meines wochenlangen Athener Aufenthaltes gab es Sonntag für Sonntag kleine Straßenaufläufe und höchst geräuschvolle Demonstrationsumzüge, weil die Regierung den Mut gehabt hatte, endlich den Lehrkörper der Universität vollends zu reinigen und die unfähigen Elemente, die sich im Laufe der Zeit eingenistet hatten, oder gar von den jeweiligen Machthabern aus Dankbarkeit für geleistete Wahlhilfe und andere kleine Dienste auf Lehrkanzeln gesetzt worden waren, mit scharfem Besen auszukehren. Und Sonntag für Sonntag hörte ich dann auch regelmäßig aus dem Munde meiner Hotelwirtin entrüstete Jeremiaden über das „studierte Pack", das die Öffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen lasse, Griechenland vor dem Ausland in Mißkredit bringe

und so nachweisbar die Fremdenindustrie aufs schwerste schädige. Bittere und weil vom Geschäftsinteresse diktiert, sicherlich übertriebene Anklagen, die aber zweifellos auch ein Pfefferkorn Wahrheit enthalten. Soviel ist jedenfalls klar, daß dieser Krankheitszustand gefährlicher und schwieriger zu überwinden ist, als das Manko der allgemeinen Volksbildung. Der Schulnot wird man bei der Intelligenz und Lernbegier des Volkes durch vernünftige Maßnahmen der Gesetzgebung, der die staunenswerte und glänzend bewährte Opferwilligkeit der griechischen Millionäre und Reeder bereitwillig zu Hilfe kommt, schrittweise Herr werden können. Hier aber muß die Heilung von innen heraus erfolgen. Durch planmäßige Beeinflußung und Bearbeitung der Massen muß in die weitesten Kreise die Überzeugung getragen werden, daß der Bauer auf dem Hofe ein freierer Herr ist, als der König am Hofe, daß es ungesund und lebensgefährlich ist, wenn das Blut aus dem Herzen zum Kopfe schießt, wenn vom Strom des nationalen Lebens sich stagnierende Tümpel absondern, in denen die besten Kräfte des Landes sich zersetzen und in Krankheitsstoffe verwandeln.

* * *

Im hellenischen Lande fallen die Blicke wie Gedanken stets wieder aus der kleinen Gegenwart in die große Vergangenheit zurück. Eben klopft das Altertum von neuem an das Tor der Seele. Wir nähern uns einem historischen Fleckchen Erde von unvergänglichem Glanz. Der Name Salamis, so fremdartig klingend und doch so vertraut, übertönt mit seinem schweren, tiefen Schicksalsakzent die Stimme der fragenden und klagenden Gegenwart, die uns umschwirrt. Die Konversation stockt und versickert eine Weile gänzlich. Eine gewisse angenehme Stille an Bord, in der man das Rascheln hastig umgewendeter Zeitungsblätter fast als Störung empfindet. Die Zeitung gehört zum Griechen wie seine eigene Seele. Da draußen zieht erinnerungsreich und schönheitgesättigt ein großes Landschafts-

bild vorüber — und nicht wenige Einheimische, Mannsen und Weibsen, kriechen und kriechen wie Raupen über die Stoppeln der öden Zeitungsflächen hin, starren hypnotisiert in diese papierene Welt, wo aus Wust und Plunder die Märchenschlösser der nationalen Eitelkeit so schön in die Höhe steigen. Wohin du blickst, zittert zwischen mechanischen Gebärden und erregtem Mienenspiel das Gelbweiß der Athener Morgenblätter durch. Bänke und Stühle sehen aus wie mit Papierfahnen besteckt. Angesichts der Jahrtausende, die zu uns sprechen, fast ein quälender Anblick. Man möchte diesen blätterfressenden Eintagsfliegen zurufen: Nicht Zeitungen leset, leset Ewigkeiten — eure großen Geschichtschreiber und Tragödiendichter mit ihren erschütternden, tiefen, unverjährten und unverjährbaren Gedanken und Bildungswerten, leset Plutarch, Herodot, Äschylus, die ewig Zeitgemäßen, vor allem aber euren unsterblichen Homer. „Wenn man nur die Alten liest, ist man sicher, immer neu zu bleiben" (M. von Ebner Eschenbach). Auch ein Geschwür eures öffentlichen Lebens, diese Zeitungsmanie. Sie verfälscht doch nur die Optik der Dinge. Es ist lediglich die aktuellste Gegenwart und der äußerste Rand der Probleme, den diese Scheinwerfer des Tages mit ihrem verzerrenden Licht überschütten, die säkulare Perspektive des Weltlaufes bleibt im Dunkeln. So muß der Sinn für die Realitäten der Geschichte, das Bedürfnis, die Fragen des politischen Lebens auch sub specie diuturni et aeterni zu betrachten, zuletzt absterben. Ihr Griechen bildet euch ein, das auserwählte Rüstzeug der Vorsehung, die Erben des kranken Mannes, die Zukunft des Ostens, zu sein schon kraft Eurer Abstammung, eures großen Namens, der Verdienste eurer hohen Ahnen. Das ist eure Lieblingskrankheit. Ihre reichste Nahrung zieht diese Krankheit aus der betäubenden Rhetorik eurer zahllosen Zeitungen, aus eurer Presse, die selbst nicht gesund ist, die erwiesenermaßen vielfach aus trüben, giftigen Quellen des In- und Auslandes gespeist wird, die schwindelt, wenn sie nicht lügt, die eine auffallende Charakterlosigkeit



charakterisiert. Ausnahmen bestätigen eben die Regel. Fort mit dem Schreier- und Schreiberheldentum! Zurück zum Heldentum eurer Väter, dem Heldentum besonnener Tat in Krieg und Frieden! So schallt es herüber aus dem Umkreis der schönen Insel, die euch augenblicklich so kalt zu lassen scheint, die in Wahrheit aber soviel Licht und Wärme ausstrahlt und euch ein wenig ins Gewissen reden könnte. Es ist wahr: die Türken haben euch geknechtet und eurer Großmannssucht bis in die neueste Zeit den Weg vertreten. Dafür werden sie von euch geschmäht und eure Zeitungen strotzen vom Türkenhaß. Eure Altvordern hatten an ihrem Erbfeinde etwas anders gehandelt. Xerxes, der Verwüster des Landes, der Schänder der Tempel, der Zerstörer der Stadt, ward drüben bei Salamis vernichtend geschlagen. Und Äschylus „feiert den Sieg großmächtig auf der Bühne; aber in dem ganzen Perserdrama steht über die Barbaren kein wegwerfendes Wort. Es herrscht darin nur . . eine Idee, die Idee, daß die Götter jede Überhebung strafen. Wie anständig, wie feingeistig und wie groß gedacht!" (Th. Birt.) Fühlt ihr vielleicht instinktiv diese Kluft und schaut darum scheu und beschämt an der Insel vorbei, die für uns andere so anziehend ist als lyrisch schöne Verbindung von Natur und Geschichte?

* * *

Salamis ist zwar nicht die bedeutendste, wohl aber die größte und berühmteste Insel des Saronischen Golfes. Ihr Flächengehalt beträgt 93 qkm; die größte Breite 15,2 km. Schon rein physikalisch ein Gebilde von eigenartiger Struktur: eine hochgetürmte, rötlichgraue Gesteinsmasse mit spärlichen Vegetationsenklaven, deutlich in zwei ungleiche Hälften geschieden und doch im Gesamtbilde der Landschaft als wuchtige Einheit auftretend. Der den Busen von Eleusis abschließende Nordflügel mit seinen etwas Wein und Getreide tragenden Ebenen und Hügeln hat westöstliche Streichung, während der gebirgige Hauptkörper, weit in das Saronische



Meer hinausgestreckt, sich stark nach Südwesten herumkrümmt und überall jäh zum Meere abfällt. Die beiden Arme umfangen einen großen, nach Westen geöffneten Buchtwinkel, dessen Eingang von den gewöhnlichen Aussichtspunkten aus kaum zu finden und eigentlich nur bei der Umfahrt deutlich zu erkennen ist. So ergibt sich die Form eines unregelmäßigen Hufeisens. Einst nicht unergiebig, ist heute das Eiland im ganzen jämmerlich öde und unfruchtbar. Der felsige Uferrand, an dem die Brandung blaumilchig anschlug, erscheint ringsum sägenartig ausgezackt. Wie Schildwachen auf verlorenen Posten stehen hier und dort Klippen und Inselschollen im Meer, zum Teil nicht umfangreicher als ein Tafelklavier. Da, wo die beiden Flügel zusammenstoßen, ist das Land flach und eingeschnürt wie eine Wespentaille. Hier ragt auch aus der Ebene ein spitzer Kegel gleich einem Scharnierstift heraus. Von erhöhtem Standorte aus glaubt man die beiden Flügel wirklich drehen und umklappen zu können, und versteht ohne weiteres, warum die Insel bis in die jüngste Zeit im Volksmund Kuluri (Brezel) hieß. Jetzt ist amtlich der altklassische Name Salamis wieder eingeführt. Das erstarkende Nationalgefühl der Griechen im Verein mit ihrem kindlichen Ahnenstolz gefällt sich immer mehr darin, die überlieferten volkstümlichen Ortsnamen byzantinischer, slavischer und türkischer Herkunft rücksichtslos und ohne viel nach den geschichtlichen Rechtstiteln zu fragen, auszumerzen und auf dem Verordnungsweg die Stätten des Altertums wieder klassisch abzustempeln. Dieser puristische Ausräumungsfanatismus zeugt nicht gerade von ausgeprägtem Geschichtssinn, der alles organisch Gewachsene pietätsvoll geschont und erhalten wissen will. Der Archäologe und klassisch Gebildete mag sich allerdings gehobener fühlen, wenn er statt nach Levsina nach Eleusis fährt, wenn er den Bahnhof nicht von Menidhi, sondern von Acharnä passiert. Für ihn führt wirklich der alte Name etwas von der alten Zeit mit herauf. Aber in dieser Frage kann der Standpunkt der Altertumsschwärmerei und des treuherzigen Ahnenstolzes nicht allein entscheidend sein.



Zwischen dem Altertum und der Gegenwart liegen nun einmal mächtige Kulturschichten, in denen das heutige Griechentum viel tiefer wurzelt als in der Antike. Seine wichtigsten Traditionen und Ideale stammen aus der nachklassischen Zeit. Das bezeugt die gesamte Poesie und Literatur des heutigen Griechentums. Durch sie gaukelt vor allem die Fata Morgana des byzantinischen Kaisertums, der Traum von Konstantiopel, die μεγάλη ἰδέα, die den heutigen Griechen in Fleisch und Blut übergegangen ist. Dafür gibt es einen noch untrüglicheren Maßstab: das Volkslied. Überall enthüllt das Volkslied die Tiefen des Volkslebens; in ihm geht der Herzschlag einer Nation; in ihm findet den unmittelbarsten Ausdruck alles, was einer Volksgemeinschaft lieb und heilig ist, wofür sie lebt und kämpft und zu sterben bereit ist. Das neugriechische Volkslied singt nicht von Marathon und Salamis, nicht von Perikles und Phidias. Im echten Volkslied der Griechen flammt und rast der Türkenhaß, schleichen Kleften und Armatolen über die Berge, klingt nicht die klassische, sondern die barbarisch entartete Umgangssprache, hofft und betet der christliche Glaube, rinnt die Träne um den Bruder, der unter dem Joche der Fremdherrschaft seufzt und verdirbt. Kein Ruf nach einem neuen Alexander, keine Klage um die entschwundene Welt der Götter und Helden, kein stolzes lebendiges Bewußtsein der Bluts- und Geistesverwandtschaft mit den alten Hellenen. Kaum einmal wird es vom Hauch des antiken Mythus gestreift. Von den Stimmungen, Anschauungen, Erinnerungen des Altertums haftet so gut wie nichts mehr bewußt im Volksleben und Volksgeist. Der klassizistische Enthusiasmus und Ahnenstolz von heute ist ebenso ein Treibhausgewächs der Schule und Gebildeten wie die künstlich dem Altgriechischen angenäherte Schriftsprache. So wird man es erst ganz verstehen, wenn Byron dem griechischen Volke vorwarf, daß ihm der Sinn für seine vergangene Größe fehle. Und im Lichte solcher Betrachtung wird auch die Sucht, die historisch gewordenen, im Volksbewußtsein verankerten Ortsbezeichnungen

schlankweg durch die klassischen zu verdrängen, nicht mehr so ganz selbstverständlich und zweifelsohne erscheinen. In einzelnen Fällen empfindet man diese Altertümelei fast wie eine Ironie und schreiende Inkongruenz. So gerade in Salamis, dessen Einwohner, etwa 7000 an der Zahl, fast ausschließlich nichtgriechische Albanesen sind.

Der wichtigste und bevölkertste Ort Kuluri, offiziell gleichfalls wieder Salamis geheißen, liegt an der großen Westbucht im Gegensatz zur antiken Hauptstadt, die ursprünglich an dem Ägina zugekehrten Ufer sich erhob, später aber, als mit der Eroberung der Insel der Schwerpunkt ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen sich nach der entgegengesetzten Seite verschob, an die Ostküste gegenüber Attika verlegt wurde. Die heutigen Salaminier scheinen auf den Fremdenverkehr nicht sonderlich viel Gewicht zu legen. Wenigstens gab es noch im Jahre 1910, soweit ich feststellen konnte, auf der ganzen Insel nicht ein einziges Xenodochion (Logierhotel). Trotz der Nähe Athens wäre ein solches immerhin wünschenswert, weil die Schiffsverbindung mit dem Piräus und dem attischen Hinterland sehr im Argen liegt. Salamis ist nicht Dampferstation. Man ist daher auf die ziemlich weit entfernte, vom westlichen Fuß des Aigaleosgebirges ausgehende Fähre (Perama) angewiesen, falls man es nicht vorzieht, sich im Piräus oder noch besser in Eleusis einem Segelboote anzuvertrauen, zwei Möglichkeiten, von denen die eine so kostspielig und zeitraubend ist wie die andere. Etwas günstiger liegt die Sache, wenn zufällig der täglich in der Frühe verkehrende Marinedampfer im Piräus benützt werden kann. Aber dazu ist spezielle Erlaubnis des Kapitäns erforderlich, die durchaus nicht immer erteilt wird. So beschränken sich die meisten Reisenden, deren Beispiel ich bei meinem späteren Abstecher, der Not gehorchend, auch folgte, auf einen kurzen Anstandsbesuch, der natürlich nicht ausreicht, um mit dem poetischen Eiland etwas intimer bekannt zu werden. Zwar ist die Hinterlassenschaft des Altertums, bestehend in Grabinschriften und Grabreliefs aus einer



Nekropole spätmykenischer Zeit, sowie in Quai- und Uferbauten, gering. Aber hier gibt es zweifellos noch landschaftliche Schönheiten zu entdecken und in einsamer Stille zu genießen. Schon der gewöhnliche Touristenweg vom Fährhäuschen Kamatero durch die Senke zwischen den drei beherrschend gelegenen Windmühlen und dem Berge Hagios Elias ist voll malerischer Reize und im Hochsommer von unendlichem Schweigen erfüllt. Er führt geradeaus zu dem alten Mönchskloster Phaneromeni an der äußersten Nordostküste (Kap Skiradium) gegenüber Megara, wo im Altertume ein Athenetempel stand (Strabo IX 393). Das Kloster ist eine Merkwürdigkeit. Seine Innenwände sind bis auf das letzte Fleckchen über und über mit einer verwirrenden Masse religiöser Bilder bedeckt. Ganze Farbenkübel sind hier ausgegossen worden. Man hat die Gesamtheit der Einzeldarstellungen, wahrscheinlich übertreibend, schon auf 150 000 geschätzt. Ein Mönch aus Argos soll, von mehreren Schülern unterstützt, diese malerische Rekordleistung geschaffen und im Jahre 1735 vollendet haben. Das figurenwimmelnde Freskogemälde in der Kirche, das jüngste Gericht vorstellend, weitaus die beste Leistung, stammt nach einer unkontrollierbaren Angabe [1]) aus mittelgriechischer Zeit. Trifft das zu, dann ist der spätere Mönch offenbar bei dem Byzantiner in die Schule gegangen. Das Kloster selbst, eine weitschichtige Verbindung von Türmen, Zinnen und Kuppeln, erfreut sich einer wundervollen Lage am Meeresstrand, von tiefer, wonniger Einsamkeit umfriedet, in die nur das Meer seine ewigen, unergründlichen Märchenheimlichkeiten hineinmurmelt. Die harten, knochigen Gesichter der nahen keratischen Berge Megaras erhöhen noch den romantischen Zauber. Dem gemütvollen deutschen Wanderer fehlt hier zur Vollendung des Glücks nur eine Kneipe. Der Rückweg an der Fährstation vorbei direkt nach Ambelaki führt durch an-

1) Larousse, P., Grand dictionnaire universel.



mutige Rebgärten und bietet schönste Abwechslung. Ambelaki seinerseits (ca. 1500 Einw.), im Gebiet der ehemaligen attischen Stadt Salamis gelegen, überrascht durch ein entzückend umrahmtes Hafenbild von gewaltiger Größe.

(Fortsetzung folgt.)

XVIII.

Dokumente zu Dalbergs Kirchenpolitik.

(Betreffend die Koadjutorie Feschs.)

Mitgeteilt von Prof. D. Dr. Baſtgen-Straßburg.

(Schluß.)

II.

Bericht des kurböhmischen Gesandten, Grafen Friedrich Lothar von Stadion[1]), vom 12. Juni 1806.

Da das Schreiben, welches der Herr Kurfürst Erzkanzler an Seine Majestät in Betref des Vorschlages des Kardinals Fesch zu seinem Coadjutor erlassen hat[2]), bereits beantwortet ist[3]), so wäre es unnöthig Ew. Exzellenz[4]) darüber noch einen Bericht zu erstatten: und es lohnt auch an sich wohl kaum der Mühe, ernstlich zu erforschen, wie der Herr Kurfürst zu diesem Schritte gekommen sey. Nur in der Beziehung könnte diese Erwägung einiges Interesse haben, insofern derselben mit den Plänen zusammenhängt, welche Kaiser Napoleon auf Deutsch-

---

1) Stadion war damals in Wien. Der Bericht liegt ebenfalls im Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Berichte des kurböhmischen Gesandten. 1806 Juni.

2) Dalberg hatte am 27. Mai dem Kaiser von der Ernennung Mitteilung gemacht.

3) Es ist datiert vom 17. Juni, aber vorher waren schon verschiedene entworfen worden.

4) Minister Philipp Stadion, der Bruder Friedrichs.

land haben möchte, und mit der Stimmung der deutschen Reichsstände, die seinen Absichten entgegen geht.

Nach den Pariser Berichten sollte man vermuthen, daß der Antrag von Paris aus geschehen sey. Nach den jüngsten Berichten aus Regensburg eignet der Herr Kurfürst sich die Erfindung zu.

In jener ersten Voraussetzung ließe sich schließen, daß der eigene Plan des französischen Kaisers schon gereift sey, und daß nun nach diesem ersten Schritt bald weitere folgen würden. Nach der zweyten wäre nun wieder von Kaiser Napoleon eine gegebene Gelegenheit benützt worden, und es ließe sich nicht vorhersehen, wie weit dies getrieben werden möchte. Gewiß bleibt es immer, daß der Kurfürst sehr bereitwillig zu dieser Bestimmung seines Coadjutors war; daß er sie jetzt als wohlgeschehen vorzustellen sucht, und daß er auf dem einmal eingeschlagenen Wege der Gefälligkeit gegen Kaiser Napoleon hier wohl nicht stehen bleiben wird. — Furcht und der Wunsch, die Existenz seiner Stelle zu sichern, haben den Kurfürsten bewogen. Dazu kam noch höchst wahrscheinlich die Ehrbegierde, bey der Regeneration von Deutschland mitzuwirken, und eine bedeutende Rolle zu spielen.

Bey der allgemeinen Uiberzeugung, daß die deutsche Reichsverfassung, sowie sie bisher war, nicht fortbestehen kann, sieht man nur „zwey" Alternativen vor sich: gänzliche Auflösung und Theilung des Reichs oder eine Reorganisation desselben unter französischer Autorität. Die größern Reichsstände wünschen die erste Alternative; die kleineren die zweyte, und sowie sie dem Plane des Ministers Otto[1]), welcher sie unter dem Schein einer Allianz zu wahren Unterthanen der neuen Souveräns machte, den Vorschlag einer eigenen Verbindung unter sich vorzogen, eben so müssen sie noch eher eine constitutionelle Form einer föderativen vorziehen. Gleichviel für sie, auf welche Weise sie dazu gelangen. Der Herr Kurfürst Erzkanzler muß natürlich in diesen Wunsch einstimmen, da seine Existenz ganz

1) Französischer Gesandter in München.



von der Constitution abhängt. Ihm sowohl als den kleinen Ständen ist es mehr um die *Fortdauer selbst*[1]) einer Verfassung, als um die *Art ihrer Erhaltung*[1]) zu thun, und er sowohl als diese schließen sich in dieser Absicht an den französischen Kaiser an, weil sie bloß von ihm eine decisive Bestimmung der Verfassung erwarten.

Der Herr Kurerzkanzler wird hiebey durch seine Unruhe, zu wirken, durch seinen Systemen-Geist und durch den Ehrgeiz, welche ihn schon zu so manchen auffallenden Schritten getrieben haben, wohl eigends bewogen, sich an die Spitze des Werkes zu stellen und die Initiative der Revolution zu übernehmen, die er als unvermeidlich ansieht.

Seyen es auch Furcht und Interesse seine eigentlichen Motive; jene eben bemerkte Absicht ist doch der glänzende [Roman], in den er sich selber versetzt, um seine Handlung in seinen Augen, und wenn er es könnte, auch in den Augen anderer zu veredeln.

Es ist unläugbar, daß der Herr Kurfürst durch die Auswahl eines dem französischen Kaiser ganz angehörigen Coadjutors der Oberherrschaft Kaiser Napoleon über das deutsche Reich vorarbeitete: denn durch diesen Schritt wird der ganze legale Einfluß der Kurerzkanzlers Stelle zu dessen Absichten ganz gewidmet. Der Herr Kurerzkanzler giebt entweder nach erfolgter Coadjutoren-Wahl seine Stelle ab, und in diesem Falle tritt ein Unterthan und bisheriger Geschäftsmann Kaisers Napoleon in die Kurerzkanzler Würde ein, um sie ganz nach dessen Befehlen zu führen; oder der Kurfürst behält seine Stelle noch bey, und in diesem Falle ist er selbst durch die Unregelmäßigkeit und das pflichtwidrige seines Schrittes so ganz von seinem und des Reichsoberhaupt abgerissen, so völlig in revolutionäre Verhältnisse versetzt, daß er um so eifriger und gewissermaßen aus Nothwehr Kaiser Napoleons Absichten befördern muß. Die Schritte, welche die Autorität seiner jetzt regierenden Majestät herabsetzen und das Reich in einen französischen

1) Im Bericht unterstrichen.

Vasallen-Staat umwandeln sollen, werden dann von dem Herrn Kurfürsten Erzkanzler ausgeführt und zum Theil angegeben werden. Bisher geschahen sie nach bloß politischen Absichten und sowie sich die Gelegenheit dazu ergab, von nun an können sie durch den Herrn Kurfürsten als ersten Reichsbeamten in ein System und unter staatsrechtliche Form gebracht werden. Er sowohl als sein Minister[1]) werden hiezu eifrig die Hände biethen, und sie werden des Beyfalls und der Mitwirkung der kleineren Reichsstände gewiß seyn, weil diese immer eher hoffen können, durch diese legalere Form und in Verbindung mit dem Herrn Kurerzkanzler ihre Rechte und Interesse zu wahren.

Selbst die größern Reichsstände, deren Vergrößerungs-absichten hiebey verlieren, werden sich aus Deferenz gegen den französischen Kaiser fügen müssen, um so mehr, da die verfassungsmäßige Form eingehalten wird, der sie sich nicht entziehen können, ob sie gleich ihre Grundsätze untergraben haben.

Der Kurerzkanzler hat vermöge seiner Eigenschaft als Bewahrer der Gesetze, welchen er eine ausgedehnte Wirkung geben kann und gegeben hat, vermöge seiner Aufsicht auf die Reichsgerichte und ihre Kanzleyen, seines Einflusses auf die Expedition der Reichsangelegenheiten sowohl bey der Reichskanzley als bey dem Reichstage, seines Directions- und Propositions-Rechtes bey dem Reichstage, es sehr in seiner Hand, die Geschäfte in Gang zu setzen, und wenn er eine mächtige Unterstützung hat, auch darin zu erhalten. Der Kurfürst und seine Minister haben ohnehin schon längst, und noch in den neueren Zeiten, in dem System gearbeitet, die Reichs-Deliberationen und andere Geschäfte für sich und mit Concurrenz der Stände zu betreiben, um der Theilnahme des Reichsoberhaupt immer mehr zu entbehren. Sie können jetzt unter dem Vorwand der Dringenheit und Nothwendigkeit dieß System immer weiter führen und unter der Firma Kaisers Napoleon in Ausbringung bringen; so daß die Reichsverfassung nach ihrer Art und nach Napoleons Absichten im Gang bleibt, und daß

1) Albini.

dabey die Gewalt des allerhöchsten R. Oberhaupts immer mehr beseitiget wird; immer mehr für die Reichsstände, vielleicht auch in den Augen der auswärtigen Mächte entbehrlich erscheint, und also in sich selbst erlischt. Auf diese Weise kann der Herr Kurerzkanzler bey der Reichsversammlung aus Veranlassung Kaiser Napoleons oder unter dessen Beförderung den Preßburger Frieden, die ausdehnende Anwendung, die seinen Artikeln gegeben wird, und die weiteren schon getroffenen oder noch zu treffenden Verfügungen in Vortrag bringen, im Verlaß und in wirkliche Deliberation setzen, darüber concludieren, und die Kaiserliche Genehmigung verlangen. Für den allerhöchsten Hof würde es eben so bedenklich seyn, an diesen Deliberationen Theil zu nehmen, als sich gar nicht darauf einzulassen; denn im letzten Falle wurde nach einigem zuwarten, nach einigen Formalitäten unter dem Vorwande der Dringenheit, oder gar unter der Alegation, daß das Reichsoberhaupt sein Amt nicht thue, fortgefahren, und zur Execution geschritten werden, nach dem Beyspiel, wie bey den Reichs-Deputationen zu Rastadt und Regensburg, auf Veranlassung des Reichs-Directorii, ohne vordersame Kaiserliche Genehmigung und gegen die Verwahrung der Kaiserlichen Commission fortgefahren worden ist. Durch einen solchen Vorgang wurde die Kaiserliche Legislativ-Gewalt beseitiget, und die Reichsgesetzgebung von den Reichsständen allein übernommen. Die Publication dieser neuen Satzungen in den Kreisen und bey den höchsten Reichsgerichten würde gleichfalls von dem Herrn Kurfürsten Erzkanzler vorgenommen werden. Seine Eigenschaft als Bewahrer der Gesetze und der Aechtheit, den ihm die Reichs-Executions-Ordnung von 1555 an den executivischen Maßregeln im Reiche giebt, würden ihm den Vorwand und die Form gewähren, und die Dringenheit und Nothwendigkeit würden auch hier allegiert werden, um die widerrechtliche Ausdehnung seiner Gewalt zu entschuldigen. Die Unterstützung Kaiser Napoleons würde die Befolgung erzwingen und den Widerspruch der Reichsstände zurückhalten, der hier um so vorsichtiger seyn müßte, weil ihre Anmaßungen die erste Veranlassung sind, daß die Verfassung nicht mehr im Gange ist,

und durch außerordentliche Mittel suppliert werden müßte. Auf diese Weise würde auch die höchste Executions-Gewalt Sr. Kaiserl: Majestät beseitiget und von dem H. Kurfürsten Erzkanzler unter Kaiser Napoleons Egide usurpiert.

Die Aufsicht auf die Kanzley des Reichskammergerichts und des Kaiserl: Reichshofraths, das Recht dieses höchste Reichsgericht zu visitieren, würden dem Herrn Kurerzkanzler die Direction über die Reichsjustiz einräumen. — Die Autorität des Kurerzkanzlers über die Reichskanzley und die Ernennung des Reichs-Vizekanzlers gewährten ihm die Gelegenheit Sr. Kaiserl: Majestät selbst in der persönlichen Führung der Reichsgeschäfte in unangenehme Verhältnisse zu setzen.

So weit könnte der Herr Kurfürst oder vielmehr Kaiser Napoleon das Erzkanzlerische Amt benützen, um ohne vordersame Erklärung des Grundsatzes die deutsche Verfassung umzuwandeln, und die Autorität, die dem Reichsoberhaupte gebürth, und noch weit mehr zu usurpieren und in Ausübung zu bringen.

Es läßt sich nicht vorhersehen, ob dieß wirklich geschehen wird, die Absichten, vielleicht die Launen Kaiser Napoleons müssen dieses bestimmen, allein ich glaube voraussetzen zu dürfen:

1. Daß der Herr Kurerzkanzler bereit seyn wird, diesen Gang einzuhalten; daß er schon jetzt darauf gefaßt ist, und daß er ihn vielleicht schon wirklich dem französichen Kaiser angegeben hat.

2. Daß unter den „mancherley" Wegen, die Kaiser Napoleon einschlagen kann, um seine Oberherrschaft über Deutschlandt zu behaupten, auch derjenige angemessen wäre, die deutsche Verfassung, so wie sie jetzt modificiert ist, und unter einigen näheren Bestimmungen, wenigstens noch eine Zeitlang unter französischem Einfluß und unter Leitung des Herrn Kur-Erzkanzlers, als seines Geschäftsmannes fort bestehen zu lassen, eben so wie die Batavische Republik und die Helvetische unter abhängigen Pensionär und Landammann noch bis jetzt fort datieren, bis die Verhältnisse genug gereift sind, um eine definitive Bestimmung zu treffen.

3. Daß selbst in dem Fall, wenn Kaiser Napoleon sich die Weströmische Krone aufsetzen wollte, der Kurfürst Erzkanzler



fortfahren könnte als Erzkanzler des römischen Kaisers durch Deutschland die Leitung der Geschäfte im deutschen Reich zu führen.

4. Daß dieser Weg von Kaiser Napoleon als der zweckmäßigste angesehen werden kann, um seine jetzt regierende Kaiserl: Majestät zu dem bestimmten Schritt zu nöthigen die deutsche reichsoberhauptliche Würde niederzulegen, und solche seiner eigenen Disposition Preis zu geben.

5. Daß folglich jetzt, wo dieser Plan nur noch an der Vorbereitung steht, der Zeitpunkt gekommen ist, wo es für den allerhöchsten Hof erforderlich wird, den französischen Kaiser zu einer Erlärung seiner Absichten zu vermögen, und dieß so bald einmal die Ausführung dieses Plans im Gange wäre, der günstige Zeitpunkt schon verstrichen seyn würde, weil Kaiser Napoleon auf seine Maßregeln vertrauend, sich alsdann weniger bewogen finden würde, auf die Einwilligung oder Zulassung des allerhöchsten Hofes einen großen Werth zu legen.

Ich lege diese wenigen und nicht vollständigen Absichten Eurer Exzellenz vor, weil es mir nöthig scheint, den Gang, den Kaiser Napoleon in den Reichsangelegenheiten nimmt, Schritt vor Schritt zu verfolgen, und jedesmal zu ermessen, wie weit er vorgerückt ist. Nur auf diese Weise wird es möglich seyn, sich für die unerwarteten Wendungen in Bereitschaft zu setzen, die sein rasches Fortrücken herbeyführt. Jeder Tag kann durch neue Ereignisse bezeichnet werden, und jeder kann die Verlegenheiten vermehren, die aus den gegenwärtigen so ganz zerrütteten. Verhältnissen hervorgehen. —

Ich verharre rc. rc.

III.

(Bericht des erzherzoglich-österreichischen Gesandten beim Reichstag, Freiherrn von Fahnenberg, vom 13. Juni 1806.[1])

Hochgebohrner Reichsgraf![2])

Je mehr ich über die eigenmächtige Coadjutors Ernennung des Kurfürsten Reichs Erzkanzlers nachdenke, je mehr

1) Wien, ebendas. Berichte des kaiserlichen Gesandten 1806. Nr. 117.

2) Minister Philipp Graf Stadion.



finde ich mich überzeugt, daß diese Ernennung gegen die geistlichen und weltlichen Rechte, gegen die Reichsgesetze, gegen die Verfassung der deutschen Erz- und Domstifter und gegen das Reichsherkommen anstosse.

Nach dem concilio tridentino sess.: 25. de reformat: cap. 7,[1]) sollen Coadjutorien bei den deutschen Stiftern nur alsdann zuläßig seyn, und Statt haben, wenn es die dringende Nothwendigkeit, urgens necessitas, oder ein einleuchtender Vortheil, evidens utilitas, erfordert. Der Pabst soll auch keinen Coadjutor sub spe successionis bestätigen, bevor genau untersucht und richtig befunden worden ist, daß es die dringende Nothwendigkeit, das ist, hohes Alter und Gebrechlichkeit des Erz- oder Bischofs, dem der Coadjutor beigegeben werden soll, durchaus erfordere, ihm einen Gehülfen zur Führung seines Amts beizuordnen.

Der Kurfürst Reichserzkanzler hat zwar das 60. Jahr seines Alters bereits zurückgelegt, er ist aber noch so lebhaft, so arbeitsam, daß er seinen Regierungsgeschäften noch wohl vorstehen kann. Er bekennt dieses auch selbst, indem er von seinem Coadjutor einen Revers verlangt, sich in die Regierungs Geschäfte während seines Lebens nicht einzumischen.

Eine dringende Nothwendigkeit im Sinne des Kirchenrechts war also in dem vorliegenden Fall nicht vorhanden. Und daß es der offenbare Nutzen des Erzstifts Regensburg erfordert habe, so eilfertig einen Coadjutor zu ernennen, davon ist eben so wenig auf eine offizielle Weiße was bekannt.

Der Kurfürst Reichs Erzkanzler war für seine fernere politische Existenz besorgt. Er befürchtete sein Fürstenthum Regensburg an den König von Baiern, und das Fürstenthum Aschaffenburg an den Kurfürsten von Hessen zu verliehren. War aber diese Besorgniß, war diese Furcht gegründet? —

1) Quod si quando ecclesiae cathedralis aut monasterii urgens necessitas aut evidens utilitas postulet praelato dari coadjutorem, is non alias cum futura successione detur, quam haec causa prius diligenter a sanctissimo Romano Pontifice sit cognita etc.



Giebt man auch zu, daß die fernere Erhaltung des Kurfürsten Reichs Erzkanzlers und die Integrität seiner Kurlande die Aufstellung eines Coadjutors erfordert habe, so hätte doch diese Anstellung nach Vorschrift des Kirchenrechts und nach der Verfassung aller deutschen Erz- und Bißthümer vorgenommen werden sollen. Ein Coadjutor kann auf keine andere Weiße zu dieser Würde gelangen, als nach welcher die Erz- und Bischöfe selbst zu ihrer Dignität befördert werden. —

In allen deutschen erzbischöf- und bischöflichen Wahlcapitulationen ist festgesetzt und verordnet, daß kein regierender Erzbischof oder Bischof ohne Wissen und Bewilligung seines Domkapitels einen Coadjutor annehmen soll. Diese Vorschrift ist in der Regensburger Capitulation, in der Würzburger Capitulation und in allen andern Capitulationen im Wesentlichen mit folgenden Ausdrücken: ne coadjutorem sine praescitu et consensu capituli petituros promittimus enthalten. Die Regensburger Capitulation disponirt hierüber . . . noch umständlicher.[1]) Der dem Kurfürsten von Mainz Philipp Schoenborn 1670 als Coadjutor beigegebene Lothar Friderich Metternich wurde vom Kapitel gewählt. Selbst Sr. Kurfürstl. Gnaden haben Ihre Gelangung zur Coadjutorie der Wahl des Domkapitels zu verdanken.[2])

Als im Jahre 1648 der Kurfürst von Trier, Philipp Christoph von Soetern, der bekanntlich an Frankreich verkauft

---

1) z. B. für Trier. Bastgen, Gesch. des Trierer Domkapitels im Mittelalter 1910, S. 279; für Bamberg: Weigel, D. Wahlkap. der Bamb. Bisch. 1909, S. 84; für Eichstätt: Bruggaier, D. Wahlkap. der Eichst. Bisch. S. 97. Zur Würzburger v. J. 1648 vgl. Joh. Chr. Lünig, Selecta scripta illustria. 1723, S. 488. Zur Regensburger v. J. 1641, zur Münsterer v. J. 1570, zur Hildesheimer v. J. 1688, zur Osnabrücker (perpetua) v. 1648. Joh. Jos. Moser, Persönl. Staatsrecht I. (1775) 205 f.; derselbe, Staatsrecht XII. Teil (1744) S. 59, 89.

2) Es war allerdings nur eine Scheinwahl; vgl. Beaulie-Marconnay, Karl v. Dalberg und seine Zeit. Weimar 1829. I, 143. Vgl. jedoch Stimming, Die Wahlkap. der Erzb. v. Mainz, 1909, S. 148.

war, den gleichfalls ganz französisch gesinnten Philipp Ludwig v. Reifenberg als Coadjutor seinem Domkapitel aufdringen wollte, klagte dieses bei dem westphälischen Friedens Congreß und bat, daß Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs sich ins Mittel schlagen und zuvorderst bei dem König in Frankreich, wie auch bei dem Kurfürsten von Trier selbst und dann auch bei dem v. Reifenberg durch Abmachungsschreiben sich verwenden möchten.[1])

Als der Friedenscongreß diese Angelegenheit in Berathschlagung zog, so wurde, wie aus Meyers westphäl. Friedensakten Thl: VI S. 1018 erhellt, einhellig dafür gehalten: „daß das angeklagte Attentat wider der hohen Erz- und stifter reservata, statuta, jura et privilegia, wider das Herkommen, wider Sr. Kurfürstl. Gnaden eigene Wahlcapitulation und auch wider Sr. Kais. Maj. Wahlordnung laufe; und daß daher Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs dabei interessirt und verbunden seyen, des trierischen klagenden Domkapitels sich anzunehmen. Es sollten daher die verlangten Schreiben an den König in Frankreich, und an den Kurfürsten von Trier erlassen werden. An den v. Reifenberg zu schreiben, finde man bedenklich und halte für besser, den Landständen des Erzstifts Trier zu bedeuten, Sie sollten den v. Reifenberg pro coadjutore nicht erkennen."

Die ebenerwähnten von dem Friedens Congreß erlassenen Schreiben sind in Londorp's actis publicis Thl. VI S. 546 aufbewahrt, und liegen hier zur geschwindern Einsicht abschriftlich bei.[2])

Alle damals gegen das Unternehmen des Kurfürsten von Trier angeführten Gründe finden auch jetzt gegen den Kurfürsten Reichs Erzkanzler ihre volle Anwendung. Derselbe hat durch die eigenmächtige Ernennung eines Coadjutors wider die Reservaten, Statuten, Rechte und Privilegien der deutschen Erzstifter und Bißthümer, wider das Herkommen, gegen seinen

1) Siehe oben S. 99 f.

2) Fahnenberg hat die Anlage beigefügt.

eigenen Wahlvertrag, gegen den Reichsdeputationsschluß, und gegen die päpstliche Translationsbulle [1]) gehandelt, und er hätte daher wohl verdient, daß gegen ihn eben so, wie 1648 gegen den Kurfürsten von Trier verfaren worden ist, von Kaiser und Reich vorgeschritten würde. Zu seiner Entschuldigung kann der Reichs Erzkanzler nicht anführen, daß kein Capitel vorhanden gewesen sey, welches den Coadjutor hätte wählen können. Ist gleich das neue Metropolitankapitel noch nicht constituirt, so existirte doch das alte Mainzer Domkapitel, das eben so gut einen Coadjutor hätte bestellen können, als es nach deutlicher Vorschrift der päpstlichen Bulle berechtigt ist, den Regierungs Nachfolger des Kurfürsten zu erwählen.

Auch ist das Vorgeben ganz ungegründet, daß der Cardinal Fesch wie in der am 28. v. M. dictirten Anzeige gesagt wird, alle [2]) wesentlichen Eigenschaften in einem vorzüglichen Grad verbinde, welche bei einem Coadjutor und Regierungs Nachfolger des Kurfürsten Reichs Erzkanzlers erforderlich seyen.

Der Cardinal Fesch stammt aus einem Schweizer: Geschlechte her, wie aus Moreri und Iselin bekanntem histor: Lexicon [3]) zu ersehen ist. Er ist also kein Deutscher, ihm fehlt das deutsche Indigenat. Daß aber nur geborene Deutsche zu Dompräbenden und Prälaturen fähig sind, hat der Vorfahrer des Kurfürsten Reichs Erzkanzlers Lothar Franz im Jahre 1699, als der Papst einem Franzosen Jacob de Boville eine Dompräbende zu Worms verlieh, dem Papst in beiliegenden Vorstellungsschreiben nachdrücklich gesagt, in verbis: in germania non nisi germani ad ecclesias cathedrales iique ex praecipua nobilitate (ubi gradus in theologia vel jure pro nobilitate non computatur) admitti possunt, ex eo inter alia quod ex gremiis horum ecclesiarum eligantur episcopi et sacri romani imperii principes, cujus [4]) dignitatis

1) Vom 1. Februar 1805; siehe oben S. 101.
2) Im Bericht unterstrichen.
3) Siehe oben S. 103.
4) Im Bericht unterstrichen.

exteri non sunt capaces, quale privilegium cum apud valeat alias nationes, approbante sede apostolica reperiatur, etiam hoc in germania Sanctitas Vestra minime desiderabit.

Eben diese Sprache führte der Kurfürst von Trier und die Comitialgesandten der katholischen Kurfürsten und Stände in denen bei eben dieser Veranlassung an den Papst erlassenen Intercessions Schreiben, welche in Fabers[1]) alter Staats Kanzley Th. V S. 113—121 enthalten sind. In diesen Vorstellungen wird auch der Mangel der Adelsprobe in Anregung gebracht, und für unnachsichtlich erklärt.

In der kaisl: Wahlkapitulation art.[2]) 14 §: 1 versprechen Se. Kaiserliche Majestät sich bei Se. Päpstlichen Heiligkeit zu verwenden: daß die den Domkapiteln zustehende Privilegien, hergebrachten Statuten und Gewohnheiten beobachtet, und ihnen nicht durch Coadjutorien, durch Erkennung super statu nobilitatis, und durch Ertheilung eines breve eligibilitatis, oder Verleihung einer Präbende an einen Mann, der kein geborner Deutscher ist, Abbruch und Nachtheil zugefügt werde.

Wie kann also gesagt werden, der Cardinal Fesch besitze alle Qualitäten, die zu einem deutschen Erzbischofe und Kurfürsten des Reichs erforderlich seyen. Die unbedeutenden Verdienste, die einer seiner Vorfahrer als markgräfl: bad: geheimer Rath in der Folge als herzoglich Würtemberg. Abgeordneter am franz: Hof sich um einige kleinere Fürsten und Reichsgrafen erworben haben soll, werden wohl der Mangel der deutschen Geburt, und der alt adelichen Abkunft nicht ersetzen sollen. — Unläugbar ist es nach Allem dem, daß der Kurfürst Reichs Erzkanzler einen in aller Hinsicht illegalen Schritt unternommen, und dadurch an Kais: Majst: respektvergessen, und an dem ganzen deutschen Reich, das er noch abhängiger vom franz: Einfluß gemacht hat, sich sehr versündiget hat.

---

1) Anton Faber (Chr. L. Leucht), Europäische Staats-Canzley. 1701.
2) S. oben S. 102.

Ob es aber die politischen Verhältnisse erlauben, diesen gesetzwidrigen Schritt zu ahnden, muß ich höherm Ermessen überlassen. Auf allen Fall habe ich für meine Obliegenheit gehalten, die Materialien zu dieser Ahndung an Händen zu geben, die ich der Prüfung Euer Exzellenz gehorsamst unterwerfe.

Ich beharre mit respektvoller Verehrung

Euer Exzellenz

unterthänig gehorsamster

Regensburg, am 13. Juni 1806. C. J. K. von Fahnenberg.

XIX.

Was soll uns der Friede bringen?

Von J. M.

(Eingesandt vor der Antwortnote der Entente an Präsident Wilson.)

Die aus den Hauptlagern der Entente vorliegenden Nachrichten mindern die Aussicht weiter herab, daß das deutsche Friedensangebot wenigstens die Wirkung haben werde, die man zuerst und am sichersten und am wahrscheinlichsten von ihm erwarten durfte, die nämlich, daß es bei den wachsenden Volksteilen hüben und drüben den Sinn für die Wirklichkeit des bisherigen Kriegsergebnisses und damit die Einsicht in die tatsächlichen Möglichkeiten eines Friedensschlusses schärfen würde.

Ein Frieden, der heute zustande kommen sollte, müßte ein Frieden der Verständigung sein; er müßte vereinbart und nicht diktiert werden. Statt dessen proklamiert der Tagesbefehl des Zaren die russischen Friedensbedingungen wieder so, als ob wir am Anfang des durch die russische Mobilmachung begonnenen Krieges ständen, als ob die neunundzwanzig Kriegsmonate gar nichts bedeuteten, als ob die Kriegskarte überhaupt nicht bestände, die doch, anders als im Westen, gerade im Osten und Südosten schon tat-



sächliche Lösungen der durch den Krieg aufgeworfenen Fragen zeigt.

Die Herausgabe der besetzten Gebiete, den Besitz Konstantinopels und der Dardanellen, die Abtretung der ehemals polnischen Gebiete Deutschlands und Österreichs fordert Rußland danach. Und die Frage bleibt nur noch, ob die übrigen Glieder der Entente wirklich auf die Dauer geneigt sein werden, für diese russischen Eroberungspläne zu bluten. Daß dies den gänzlichen Abbruch aller Friedensverhandlungen bedeuten würde, ist klar. Will man jetzt etwas anderes als die erbitterte Fortsetzung des Kampfes, so mußten, wie die Mittelmächte, „zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit kämpfend, nach den Worten der deutschen Note nicht darauf ausgehen, ihren Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten", auch unsere Gegner den Vernichtungswunsch endgültig aufgeben. Auf allen Seiten müßte man erkennen, daß die Neuordnung der Welt, nachdem auch dritthalb Jahre der furchtbarsten Zerstörung nicht zu einem absoluten Übergewicht des einen über den andern geführt haben, nun, wenn sie heute angebahnt werden sollte, auf dem entgegengesetzten Wege erstrebt werden müßte: auf dem Wege des Ausgleiches, der die Beziehungen der Völker auf Vertrauen statt auf Mißtrauen aufbaut und dadurch allein den dauernden Frieden ermöglicht, den alle verlangen.

Denken wir heute an die Regelung der Handelsbeziehungen der kriegführenden Staaten, so ist von vornherein klar, daß ein Kriegsziel vollständig und unbedingt preisgegeben werden müßte, von dem bei uns vereinzelt, bei unsern Gegnern aber umso mehr geredet worden ist: der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, der die Fortsetzung der Kämpfe nach dem Friedensschluß bedeuten würde. Das Gegenteil wäre mit allen Mitteln anzustreben: die Wiederherstellung und Sicherstellung der gemeinsamen friedlichen Arbeit der Völker, die aufbauen soll, was der Krieg zerstörte.

Deutschland muß den freien Weg zum Wettbewerb der Arbeit wieder erlangen, der uns jetzt durch die Schützen-



gräben und die feindlichen Minengürtel versperrt ist; die Gleichberechtigung zu Ein- und Verkauf, zu Handel und Schiffahrt, zum friedlichen Wettbewerb des Technikers und des Kaufmanns auf den Märkten der Welt. Manche haben bei uns unter den Eindrücken des Krieges eine Zeitlang vergessen, was uns dieses bedeutet. Sie schwärmen von der wunderbaren Kriegsentwicklung des innern Marktes, die uns den Auslandsabsatz leicht ersetzte, und sie übersehen dabei die Millionen von Männern, die jetzt im Felde stehen und die nach dem Frieden wieder Arbeit brauchen werden; sie übersehen, daß wir jetzt verarbeiten und ersetzen von den Vorräten an ausländischen Stoffen aller Art, die wir nach dem Frieden wieder kaufen müssen und nur mit Ausfuhrverbot bezahlen können; sie übersahen vor allem, daß jetzt im Kriege der Markt maßlos übersteigert ist durch den Riesenbedarf des Krieges und des Heeres, für den das Reich jetzt monatlich zwei und wohl noch mehr Milliarden Schulden macht und für das es nach dem Kriege mit Steuermehrung kommen wird. — Andere schwärmten für Berlin-Bagdad, und weil sie zu bequem waren, die Statistik zu lesen, die doch die sehr bescheidenen Möglichkeiten der jüngsten Vergangenheit handgreiflich darlegte, übersahen sie von den Möglichkeiten einer späteren Zukunft, die sich da eröffnen, daß für die Wirtschaftsarbeit der nächsten Jahre und wohl Jahrzehnte uns bei unsern Bundesgenossen statt schneller Früchte, die uns den Weltmarkt ersetzen könnten, vielmehr Ansprüche und Aufgaben bevorstehen, Anforderungen an tüchtige Menschen und Anforderungen an Kapital.

Eine dritte Richtung endlich, Neorussophile, in den verschiedensten politischen Lagern schwärmte von der wirtschaftlichen Ergänzung zwischen Deutschland und Ausland und von dem riesigen russischen Zukunftsmarkte, der, wenn er uns durch Vorzugszölle und Ähnliches gesichert würde, alle Weltmarktsorgen von uns nähme; und sie sehen in ihrer Schwärmerei nichts von den Tatsachen, die sie leicht hätten belehren können; von der Tatsache z. B., daß schon die

Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Rußland während der letzten Friedensjahre dort das Schlagwort von der industriellen Gewaltherrschaft Deutschlands zu einem der wirksamsten Kriegshetzmittel hatte werden lassen; oder von der anderen Tatsache, daß zur Entfaltung des russischen Marktes nach dem Kriege noch mehr als vorher die Hingabe von Kapital im allergrößten Stile notwendig wäre, von Kapital, das wir in solchen Massen gar nicht verfügbar haben würden, und das wir selbst, wenn wir es hätten, sicher nicht mit solcher Einseitigkeit in Rußland anlegen dürften, weil wir dadurch genau wie jetzt Frankreich an Rußland und an dessen Politik gebunden würden.

Diese dreierlei Schwärmer, die für den inneren Markt, die für das einseitige Wirtschaftsprogramm Berlin-Bagdad, die Russophilen, sind vereinzelt und nicht mehr von Bedeutung. Die große Mehrzahl des deutschen Volkes weiß heute vielfach noch deutlicher als vor dem Kriege, daß wir den freien Weltmarkt nicht entbehren können und nicht entbehren wollen; die deutsche Wirtschaft verlangt nach dem Frieden wieder hinaus über die Grenzen und über die Meere, sie läßt sich nicht in ein enges Kontinentaldasein einschnüren; sie braucht neben der Richtung nach Südosten unvermindert, ungehemmt und stärker gesichert die Freiheit nach Südwesten. Das müßte uns der Friede bringen, wenn er heute als Friede des Ausgleiches und der Verständigung geschlossen werden soll. Er könnte das, denn wir sind bereit, den freien Zugang zum deutschen Markte zu gewähren wie vor dem Kriege. Wir haben hier Pfand gegen Pfand, Wert gegen Wert. Wir brauchen die Welt, aber die Welt braucht uns nicht minder als wir sie, als Lieferanten großer und billiger Erzeugnisse, und als Käufer für die Milliarden von Waren aller Art, die wir vor dem Kriege von allen und in riesigem Umfang gerade von unseren jetzigen Gegnern bezogen haben.

Wir haben ihre Wirtschaftspläne und ihre Wirtschaftskonferenzen nicht gefürchtet, nicht bloß weil zu deren Durch-



setzung die völlige Niederwerfung der Mittelmächte gehört hätte; nicht bloß, weil die wirtschaftlichen Interessen der Ententeglieder viel zu verschiedenartig sind, als daß etwas dabei hätte herauskommen können, sondern vor allem, weil wir nie geglaubt haben, daß unsere Gegner so töricht sein könnten, freiwillig und nur aus Haß sich auszuschließen von dem Markte eines Siebzig-Millionenvolkes wie Deutschland, von dem Markte eines Hundertvierzig-Millionengebietes wie Mitteleuropa. Wir wollen den Wirtschaftskrieg nicht, wir verschmähen den Haßboykott. Wir wollen, was wir hatten: Gleichberechtigung, Meistbegünstigung und offene Türe, gebend und nehmend. Wir wollen es als Mittel zum Wiederaufbau der Welt, als erste Vorbedingung eines wirklich dauerhaften Friedens.

Jetzt sind die Handelsbeziehungen der Kriegführenden unterbrochen, und ungeheure Schwierigkeiten stehen bei allen der Neuorientierung der Handelspolitik entgegen: die Revolution der Preise für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Arbeitslohn, die Steuerlasten, die Unsicherheit über die künftige Kaufkraft des Inlandes und des Auslandsmarktes, vor allem die Revolution der Industrie selbst — jetzt ist nahezu alles Kriegsindustrie geworden, alles hat sich umgestellt und kein Land weiß heute genau, was für Industrie es nach dem Kriege eigentlich noch haben wird, weil sehr viele Industrien sich erst später darüber klar werden können, was sie eigentlich fabrizieren sollen. Gerade diese Unklarheit erleichtert die grundsätzliche Beantwortung der Fragen, auf die es im Friedensschluß ankäme. Wie man z. B. im Friedensschluß von 1871 zwischen Deutschland und Frankreich die gegenseitige Meistbegünstigung für alle Friedensdauer festgelegt hatte, so könnte man es auch heute zwischen allen Kriegführenden tun. Die Freiheit der inneren Handelspolitik würde dadurch keinem beeinträchtigt. Aber es wäre festgelegt, daß jeder allen auswärtigen Staaten handelspolitisch die gleichen Möglichkeiten bei sich einräumen sollte, daß keiner einen einzelnen schlechter als die anderen behandeln werde.

Die Übertragung der jetzigen Kriegsgefühle auf die späteren friedlichen Beziehungen der Völker wäre dadurch, wenn auch nicht gänzlich ausgeschlossen, so doch wenigstens im Wichtigsten gelindert.

Es wäre der Gefahr vorgebeugt, daß aus politischer Rancüne ein Zollkrieg und daraus vielleicht ein neuer Weltkrieg entstünde. Die Frage der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wäre dabei eine Frage für sich, deren Lösung mit dieser allgemeinen Regelung durchaus nicht unvereinbar wäre. Die Welt wäre in einem weiteren ungeheuer wichtigen Punkte befriedigt, wenn hier der Friedensvertrag Sicherheit für alle schafft.

Die Welt ist weit, sie bietet, wenn man uns die freie Entfaltung unserer Kräfte nicht hindern will, allen Völkern Raum genug, im friedlichen Wettbewerb ihre Kräfte zu messen. Das war ein von der deutschen Politik stets vertretener Grundsatz; wir müssen jetzt abwarten, ob unsere Gegner sich auch endlich zu dieser Auffassung bekennen wollen oder nicht. Von ihnen hängt es jetzt ab, ob die furchtbare Verwüstung der Welt fortdauern soll, oder ob aus den sich gegenwärtig zerfleischenden Völkern das Europa der friedlichen Arbeit besser und sicherer als vor dem Kriege wieder erstehen kann.

XX.

Österreich und das ungarische Inauguraldiplom.

Stimmungsbild aus Österreich.

Die politische und wirtschaftliche Not der Zeit zwingt die tiefste Trauer um den dahingegangenen Monarchen Österreich-Ungarns, den Blick von der Vergangenheit auf die Gegenwart und auf die Zukunft zu richten. Auch gegenüber der beim Hinscheiden Kaiser Franz Josefs ganz besonders hervortretenden Majestät des Todes verlangt das Leben heute mehr als je sein Recht.

In der Doppelmonarchie — eine erst in den letzten Lebensjahren des im Jahre 1867 nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen mit dem Gedanken des Dualismus sich abfindenden Herrschers gang und gäbe gewordene, ihren inneren Widerspruch schon in ihrem Wortlaut tragende Bezeichnung — hat sein Nachfolger als Karl I. in Österreich, als Karl IV. in Ungarn den Thron bestiegen, der noch nicht durch die Leitha in zwei halbe Throne geteilt ist, wie ja auch noch vor der Aera des Dualismus Kaiser Ferdinand I. in Ungarn als König Ferdinand V. bezeichnet worden ist.

Neben der Befriedigung über den glatten, als erfreuliche Selbstverständlichkeit empfundenen Verlauf des Thronwechsels an sich — den sich die Feinde der österreich-ungarischen Monarchie wohl ganz anders vorgestellt haben mögen — war es nach dem gleichlautend für beide Staaten der Monarchie an die Völker derselben erlassenen Manifest die an beide Ministerpräsidenten gerichtete Aufforderung, die Vorbereitungen zur Ablegung des Eides auf die Verfassung resp. zur Krönung zu treffen, welche als erste Regierungshandlung des jungen Nachfolgers des Patriarchen unter den europäischen Fürsten, allgemein mit besonderer Freude begrüßt worden ist. Budapesti Hirlap, das zielbewußteste Blatt des intransigenten magyarischen Nationalismus, sagte zwar

einigermaßen gekränkt: „Unter meinen Völkern“ ist offenbar auch die magyarische Nation zu verstehen, — nach Ansicht dieser Patrioten die einzige Nation, die es in der Monarchie unter den übrigen „Volksstämmen“ gibt. — aber auch dieses Blatt anerkennt die gute Absicht des Manifestes und den in den Reskripten an Dr. Koerber und an den Grafen Tisza sich äußernden heißen Wunsch, nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten der Herrschaftsübernahme den konstitutionellen Herrscherpflichten Genüge zu leisten.

Der Ausgleich vom Jahre 1867 statuiert die Verfassungsmäßigkeit für beide Reichshälften. Vor fünfzig Jahren durfte diese Bezeichnung noch unangefochten gebraucht werden und die Bezeichnung „Reich“ kommt noch in den ungarischen Gesetzen der ersten dualistischen Zeit vor. Daß „Kaiser und König“ Karl sich dieser Verfassungsmäßigkeitstatsache klar bewußt ist, muß von allen Freunden modernen Staatslebens und rechtsstaatlicher Entwicklung freudig begrüßt werden. Aber die Österreicher wurden von ihren magyarischen Brüdern sofort zu politischer Bescheidenheit ermahnt, obwohl sie, ach, schon so bescheiden geworden sind, indem sie auf den großen Unterschied der Bedeutung des Thronwechsels für Ungarn und für Österreich aufmerksam gemacht werden. Hier soll er nur die Natur eines Personenwechsels besitzen, während er in Ungarn, infolge des Umstandes, daß die dortige Staatlichkeit „sich nicht sowohl auf die Tatsache roher Kraft, als vielmehr auf sanktionierte Gesetze und auf die Heiligkeit des königlichen Eidschwures gründet“, mit der Aufwerfung weitgreifender Probleme verknüpft ist. Die Ungewißheit, die mit der ungarischen Königskrönung verbunden ist, und anderswo vielleicht als die schwächste Seite der Verfassung betrachtet werden würde, „ist eben das, was den Nachfolger auf dem Throne, was die Dynastie und was Österreich zwingt, die Verfassung zu achten, deren Hauptgarantie das königliche Wort ist.“

Weniger verständlich für eine moderne Auffassung als diese angenehme Aussicht auf den zu erwartenden Zwang, aber doch auch ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl, ist die Erklärung,



daß das in der heiligen Krone sich bergende Mysterium und die durch den Willen der Nation erfolgte Krönung mit dieser Krone immerdar und jedem König gegenüber die größte Garantie der Treue und Opferwilligkeit der Nation bleiben wird. Mit dieser Disposition hat die Dynastie zu rechnen.

Die magyarische Auffassung ruft nicht, gleich den Untertanen der einstigen französischen Monarchie: „Le roi est mort, vive le roi!" „Denn die Gewalt des ungarischen Erbkönigs ist rechtlich solange unvollständig und die Legitimität seiner Herrschaft solange nicht zweifellos, als nicht die Weihung zum König durch den Willen der Nation im Reichstage im Angesichte der ganzen Nation unter Mitwirkung der katholischen Kirche erfolgt ist. Wenn auch das Gesetz die Staatsbürger verpflichtet, dem erblichen König treu und gehorsam zu sein, so ist der erbliche König noch nicht gesetzlicher König. Das wird er erst durch Ausfolgung des Inauguraldiplomes, Ablegung des die Verfassung sichernden Krönungseides und durch die Krönung. Der die Nation repräsentierende Reichstag untersucht ja anläßlich der Krönung, ob im Sinne des I. und II. G. A. vom Jahre 1723 der Thron demjenigen gebührt, der nach der Thronfolgeordnung zu folgen hat, ob der Thronerbe die in den erwähnten Thronfolgegesetzen festgestellten Bedingungen der Thronfolge erfüllt hat, d. h. ob er verfassungsmäßig herrscht und ob er das Inauguraldiplom erlassen hat, welches die Erfüllung der Wünsche der Nation und die unversehrte Aufrechterhaltung der Nation verspricht und dies eidlich bekräftigt."

Man sieht hieraus, wie unsicher die Stellung des gemeinsamen Monarchen gegenüber den „Wünschen der Nation" ist, und wie unsicher infolgedessen die Beziehungen des einen Staates der Monarchie zum anderen sind.

Für Österreich war es sonach von höchster Wichtigkeit, den Text des ungarischen Krönungseides zu kennen. Ungarischerseits erkennt man zwar das Schema der punktweisen Textierung des Inauguraldiploms nach dem Diplom des Vorgängers als gegeben an, aber die Textierung selbst soll den Verhandlungen zwischen „dem zu Krönenden" und dem Reichstage als wichtige

Aufgabe, als verantwortungsvolle Arbeit vorbehalten bleiben. Das Inauguraldiplom muß die Sicherung der im Momente des Thronwechsels bestehenden Verfassung enthalten. „Das Diplom des Vorgängers war aber gemäß den Institutionen der bei der Thronbesteigung desselben bestandenen Verfassung abgefaßt. Da aber eine lebende Verfassung sich fortwährend entwickelt, fortwährend ändert, muß auch im neuen Inauguraldiplom manches anders klingen, als es im alten geklungen und wenn inzwischen neue Prinzipien aufgetreten oder neue Institutionen geschaffen worden sind, deren Sicherung durch den Krönungseid notwendig geworden ist, so muß dies auch im Text des neuen Inauguraldiploms zum Ausdruck kommen."

Es soll nicht bestritten werden, daß vorstehende Zitate aus Budapesti Hirlap für einen alleinstehenden, Gesetz und Notwendigkeiten seiner Existenz aus sich selbst schöpfenden Staat manches Richtige enthalten mögen. Aber die Existenzgrundlagen Ungarns und Österreichs sind miteinander verknüpft und jeder der beiden Staaten kann nur bis zu einem gewissen Grade, selbst auf Grundlage des Dualismus, seine eigenen Angelegenheiten ganz selbständig ordnen, soferne sie Angelegenheiten des Anderen berühren. Darum haben auch schon Franz Deak und Graf Julius Andrassy den 1867er Ausgleich, wenn auch nicht der Form, so doch dem Wesen nach als einen Vertrag zwischen den beiden Staaten der Monarchie bezeichnet, der nur im gemeinsamen Einvernehmen abgeändert werden kann. In seinem Krönungseid hat Kaiser Franz Josef im Grunde genommen den 1867er Ausgleich beschworen.

Jede Änderung des Inauguraldiploms, sofern sie sich nicht auf die momentanen äußeren Verhältnisse des Jahres 1867 bezieht, die natürlich im Jahre 1916 andere sind als damals, kann also die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn alterieren und Österreich muß wissen, was der König von Ungarn in seinem Krönungseide seinen Lieben und Getreuen in Ungarn verspricht und dann selbstverständlich wird halten wollen.

Daß solche Änderungen geplant waren, sprach die magyarische Presse offen aus. Schon die Einleitung des Inauguraldiploms,



die, wie Budapesti Hirlap sagt, „mit der Darlegung der Umstände des Thronwechsels neue Versprechungen zu enthalten pflegt, in denen der König die Schaffung neuer Institutionen oder Gesetze zusagt", muß — so hieß es — ganz neu textiert werden, „weil 1867 andere Verhältnisse herrschten als heute, und die Nation damals, nach dem Ausgleich, zur Sicherung ihrer künftigen Entwicklung auch andere Forderungen erhob als heute, inmitten eines Europa umwälzenden Weltkrieges". „Die durch den Verlust des Königs niedergebeugte Nation muß zur Vorsehung das Vertrauen haben, daß ihre Opferbereitschaft in den Tagen der großen Prüfungen nicht umsonst gewesen sei, und daß auch der Erbe des verewigten Königs sich zur Höhe der Situation erheben wird, um die in blutigen Kämpfen, im Donner der Kanonen und Geknatter der Gewehre erprobte Treue der Nation zu befestigen."

Wie man sieht, erwartet das Magyarentum einen besonderen Lohn dafür, daß es, wie man täglich lesen kann, die Monarchie gerettet hat. Dies wird zart in den Worten ausgedrückt, daß, wenn irgend jemand, am besten der neue König einsehen müsse, daß es von seiner Seite kein Opfer sei, für die traditionelle Treue der magyarischen Nation die ungarische Verfassung nach Möglichkeit zu stärken, zu sichern und die Bedingungen der freien Entwicklung der magyarischen Nation zu schaffen.

Dies sollte nun alles im Inauguraldiplom seinen Ausdruck finden und von Karl IV. beschworen werden. Ob und wie sich diese Ansprüche mit den Regentenpflichten Karls I. auch in Österreich hätten vereinbaren lassen, oder auf welche Weise eine denn doch unumgängliche Vereinbarung hierüber hätte versucht und angebahnt werden sollen, da ja auch die Völker Österreichs Wünsche haben konnten, die zum Ausdruck zu bringen für sie die Eidesleistung ihres Kaisers ebenso eine Gelegenheit bieten könnte, wie die Krönung für die ungarische Nation, darüber zerbricht sich das Magyarentum nicht den Kopf.

Nun sollte man meinen, daß ein so staatsrechtlich veranlagtes Volk wie die Magyaren, richtiger gesagt: ihre herr-



schenden oberen Schichten, es sind, die Gelegenheit einer neuen Feststellung des Inauguraldiploms dazu sollten benützen wollen, auch das Verhältnis zu Österreich, mit dem Ungarn seit dritthalb Jahren gemeinsam einen Kampf um die Existenz führt, auf klare und feste Grundlagen zu stellen. Denn für den Bestand, die Größe und Sicherheit der Monarchie genügt es nicht, daß — wie Budapesti Hirlap hofft — „der König und die ungarischen Staatsmänner sich verstehen, daß der eine durch einen starken Entschluß sich bemüht, die Treue der Nation auf lange Zeit für sich und auf ewige Zeiten für das königliche Haus sicherzustellen, und die anderen mit Aufrichtigkeit und männlicher Offenheit die Bedingungen des künftigen Bundes suchen und dem Erbkönig vorlegen". Denn diese Bedingungen dürfen nicht im Gegensatz zu den Anschauungen und Interessen der österreichischen Völker stehen, die ihrem Kaiser Franz Josef keine geringere Treue bewahrt haben als alle Nationalitäten Ungarns ihrem König Franz Josef, und auf deren Treue Kaiser Karl auch ohne besondere Lohnversprechungen sicher zählen darf. Und darum darf auch das ungarische Inauguraldiplom nichts enthalten, was etwa den berechtigten Ansprüchen Österreichs auf wirkliche Parität widersprechen sollte, und eine wesentliche Änderung des 1867iger Ausgleichs und damit eine Änderung der Beziehungen zwischen den beiden Reichshälften involvieren würde.

Nun erwartete die magyarische Nation — wie „Magyarország" vor der Krönung erklärte — eine tiefgreifende Änderung der Verhältnisse von der Herrschaft des „künftigen" Königs nach der Richtung, daß der Reichstag, das ist die Nation, wirklich und tatsächlich ein mit dem gekrönten Könige gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung, nicht ein bloßes Vollzugsorgan des königlichen Willens, sondern der Ausdruck, der Depositar des „vom Könige zu berücksichtigenden" nationalen Willens sei, daß im Leben des ungarischen Staates die Einseitigkeit der Herrschaft aufhöre „und zwischen Herrschaft und Regierung der vollständige Einklang einerseits durch Achtung des nationalen Willens, andererseits durch konstitutionelle Achtung vor den Rechten der Krone hergestellt werde."

Mit Bezug auf die inneren Angelegenheiten Ungarns soll gegen all dies nichts eingewendet werden. Gewiß würde man sich in Österreich sehr freuen, wenn der Einklang zwischen König und Nation, zu der wir selbstverständlich auch die nichtmagyarischen Bürger Ungarns zählen, niemals getrübt werden würde. Aber wir müssen konstatieren, daß die wiederholte Störung dieses Einklangs zwischen Franz Josef I. und wenigstens Teilen der Nation sich durchgängig nicht auf innere Angelegenheiten Ungarns, sondern auf gemeinsame Angelegenheiten beider Staaten, auf wichtige Belange der Monarchie, also auch auf Interessen Österreichs bezogen hat. Wenn also im Inauguraldiplom die Grundprinzipien festgestellt werden sollten, welche die künftige Harmonie zwischen königlicher Herrschaft und nationalem Regiment sichern, und wenn der ungarische Reichstag auf das sorgfältigste die neuen nationalen und neuen staatlichen Ansprüche der geänderten Zeiten und geänderten Verhältnisse erwägen und betreffs derselben schon im Krönungsdiplom für die Garantien des wechselseitigen Einverständnisses zwischen dem gekrönten König und der magyarischen Nation sorgen sollte, so erwuchs der österreichischen Regierung und Volksvertretung daraus das Recht und die Pflicht, zu untersuchen, ob diese, eine neue Interpretierung oder Ausgestaltung des Dualismus in sich schließenden Ansprüche nicht etwa geeignet sind, zu einer Störung des Einklanges zwischen den Völkern Österreichs und ihrem Kaiser zu führen, der ja zweifellos, wenn solche Gefahren sich aus der versuchten Änderung des Inauguraldiploms sofort hätten erkennen lassen, sich selbst solchen Absichten auf das entschiedenste widersetzt hätte. Dazu war aber eine rechtzeitige Kenntnis und Prüfung der geplanten Änderung nötig, und diese zu fordern war die öffentliche Meinung berechtigt und die Regierung verpflichtet.

Die magyarische Presse erklärt ununterbrochen, es beginne jetzt eine neue Ära für den ungarischen Staat und für die magyarische Nation. Das gilt aber ebenso für Österreich und die ganze Monarchie. Nicht bloß als Folge des mit Umwälzungen für ganz Europa verknüpften Weltkrieges, sondern

auch, weil nach einer naturgemäß konservierenden fast siebzigjährigen Regierung mit dem neuen Herrscher auch neue Anschauungen stärker zur Geltung kommen müssen, als vor dem Thronwechsel. Der Grund, weshalb „magyarischerseits dieser neuen Ära mit Vertrauen und Hoffnung entgegengesehen wird", ist die Erwartung und der Glaube, „daß sie der Nation nicht bloß eine Erneuerung, sondern auch jene Vollständigkeit des nationalstaatlichen Lebens bringen wird, um welche die Nation Jahrhunderte hindurch bittere und ruhmvolle, mit Freuden und Enttäuschungen verknüpfte Kämpfe gekämpft hat, die aber trotz allen vergossenen Blutes, trotz aller gebrachten Opfer noch nicht erreicht ist. Nur diese Vollständigkeit kann die wahrhaft tiefe Quelle der mit der Heiligkeit und dem Glanze der ungarischen Königskrone sich verknüpfenden staatlichen und nationalen Kraft sein."

Welche Folgen die Erreichung dieses Zieles für die Konstruktion der Monarchie und für die übrigen Völker derselben haben würde, möge sich der Leser selbst ausmalen.

Magyarorszag bezeichnet es als Aufgabe sowohl des Königs wie der Nation, diese „Vollständigkeit des staatlichen Lebens" herbeizuführen. Der hiezu erforderliche heilsame Zwang sollte, wie offen ausgesprochen wurde, durch Krönungseid und Inauguraldiplom ausgeübt werden. Und da unter den zu Zwingenden neben dem „künftigen" König und der Dynastie sich auch Österreich befindet, mußte man beiden schon gestatten, sich das Inauguraldiplom genau anzusehen und bei aller Achtung des Selbstbestimmungsrechtes des ungarischen Staates und der magyarischen Nation gegen etwaige Eingriffe in das eigene Selbstbestimmungsrecht und dabei auch gegen mögliche Folgen für die Monarchie sich zu verwahren. Schon 1867 hat Jokay ausgesprochen, daß andere Nationen bei der Krönungsfeier dem Könige Treue schwören, in Ungarn aber der König der Nation Treue schwört. Den Österreichern braucht ihr Kaiser nicht Treue zu schwören, sie schwören ihm gerne und bedingungslos Treue. Sie haben aber wohl ein Anrecht, darauf zu achten, welche Verpflichtungen man in Ungarn den gemeinsamen Monarchen



beschwören lassen will. Und darum geht das Inauguraldiplom des Königs von Ungarn auch die Völker Österreichs an.

In wie weit auf die definitive Feststellung desselben österreichischerseits amtlich oder außeramtlich Einfluß genommen worden ist, entzieht sich allgemeiner Kenntnis. Ministerpräsident Tisza, dessen Machtstellung durch die Ersetzung von Burian durch Czernin und von Dr. Körber durch Clam-Martinic, also durch Männer, die dem verewigten Tronfolger Franz Ferdinand und seinen Reformideen nahe gestanden sind, keinesfalls gehoben worden ist und der doch auch unter König Karl diese Stellung behaupten möchte, hat zweifellos einen Wink bekommen und ist den von oppositioneller Seite gestellten Forderungen einer Abänderung des Diploms entgegengetreten. Und die Opposition, die doch auch gern regierungsfähig bleiben möchte, hat auf Durchsetzung ihrer Absichten verzichtet. Wenn nun auch trotzdem die für die einheitliche Willensbetätigung der Monarchie so gefährlichen „nationalen" (lies dabei auch staatsrechtlichen) Aspirationen des Magyarentumes unverändert geblieben sind und sich zu gelegener Zeit wieder geltend machen werden, so konnte die Krönung trotz des Mißtones, den die vom reformierten Tisza für seine Person erzwungene Übertragung der vom Fürstprimas gemeinsam mit dem Stellvertreter des Palatins vorzunehmende und katholisch-kirchlichen Charakter tragende Krönungsfunktion in die vom Magyarentume hochgehaltene staatsrechtlich-politische Feier hineingetragen hat, äußerlich glanzvoll unter großer Begeisterung des Volkes und wohl auch mit der bezweckten politischen Wirkung verlaufen.

Kaiser Karl hat damit das formelle Recht auf die volle Regierungsgewalt erlangt. Er ist durch den Krönungsschwur nicht stärker gebunden als es sein Vorgänger durch den Text des diesmal noch im Wesen unverändert gebliebenen Inauguraldiploms gewesen ist. Er hat den Dualismus beschworen, hat aber in dessen Interpretation und Durchführung freie Hand behalten. In Österreich wird man aber die Augen jetzt offener halten als früher.



XXI.

Die ungarischen Neujahrsreden.

Ein sehr angesehener ungarischer Politiker wurde vor nicht langer Zeit von einem deutschen, vielgereisten Manne gefragt, warum die Ungarn aus allen, oft auch nur kleinen Dingen ein so großes Kapital schlügen. Mit einem vergnügten Augenzwinkern antwortete er: „Sehen sie, wir sind ein kleines Volk und wenn wir uns nicht aufblasen, wie die Kropftauben, dann übersieht man uns zu leicht. Und das wollen wir nicht.“

Als ich das einer sehr gebildeten und ungemein patriotischen Dame gelegentlich des Krönungsfestes in Budapest erzählte, sagte sie: „Ja, wenn das nur mehr und öfter geschähe!“ Auf meinen Einwurf, daß es doch in reichlichem Ausmaße und ohne jede Zurückhaltung bei jeder Gelegenheit zu bemerken wäre, mußte sie lachend zugeben, daß dem so sei.

Diese Volksstimmung, denn man kann in dieser Beziehung wirklich von einer solchen sprechen, läßt eine ganze Menge verstehen, für die sonst jeder erkennbare Grund fehlte.

Eine andere Eigentümlichkeit ist die, daß der Ungar, ob im Privatgespräch, ob im Reichstag, ob in der Zeitung, ist ganz gleich, immer nur von der „ungarischen Nation“ spricht. Ich bin oft dort im Lande gewesen und habe manches politische Gespräch geführt, ich kann mich aber nicht erinnern, daß jemals ein Ungar vom „Volke“ gesprochen hätte. Diesen Begriff scheinen sie gar nicht zu kennen. Und das hängt auch in gewisser Beziehung mit der gerade erzählten Geschichte von den Kropftauben zusammen. In den großen politischen Reden des Neujahrstages dieses Jahres, die in verschwenderischer, uns nicht ganz verständlicher Fülle in Budapest gehalten wurden, wird die „Nation“ so oft ge-



nannt und von ihr so viel ausgesagt, daß man das nur im Lichte der genannten Volksstimmung zu erklären, aber nicht ganz zu begreifen vermag.

* * *

Wenn man an den Krönungsfeierlichkeiten teilgenommen und die nicht in den Zeitungen beschriebenen Vorgänge miterlebt hat, versteht man den Ton der Neujahrsreden, ihre Heftigkeit, ihre schlecht verhehlte Überhebung, ihre von geringer politischer Weitsichtigkeit durchtränkte Polemik etwas besser.

Als Graf Tisza als Koronator, wie es die Überlieferung vorschreibt, in glänzendem Hofwagen allein sitzend, zur Krönung in die Kirche fuhr, erhoben seine Anhänger ein großes Eljen-Rufen, das einen Unterton der besonderen Anstrengung verriet. Aber das Zischen auf den vollbepackten Tribünen war fast ebenso stark, wie der Beifall der Tiszafreunde, was politisch ungemein bedeutsam ist. Es kam zwischen den Anhängern und Gegnern Tiszas gelegentlich dieser sich entgegenstehenden Kundgebungen zu erregten Auseinandersetzungen, die aber glücklicher Weise durch die Auffahrt des Königs abgebrochen wurden. Weitere Händel entstanden also nicht, trotz der roten Köpfe, die die Streitenden schon hatten.

Am Krönungstage sagte mir ein Mann, der in dem politischen Widerspiel gut zu Hause war: „die Ratten verlassen schon zum Teil das sinkende Schiff". Er deutete damit an, daß in der nationalen Arbeitspartei schon Abbröckelungen sichtbar seien, die sich voraussichtlich bald vergrößern würden. Ein einwandfreies Anzeichen dafür darf man wohl in der Tatsache erblicken, daß die „Gratulationscour" beim Grafen Tisza am Neujahrstage droben im schlichten Hause des jedesmaligen Ministerpräsidenten auf der Festung viel weniger Teilnehmer aufwies, als es sonst der Fall war. Die Zeitungen geben kluger Weise, soweit ich es übersehen kann, auch keine Zahl der Zusammengekommenen an.



Zur Zeit ist in Budapest und Wien eine Art Unterwasserkrieg für und gegen Tisza im Gange. Aus den aufsteigenden Luftblasen kann man aber die Phasen des stillen und doch hartnäckigen Kampfes nicht ablesen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es eine für den Außenstehenden plötzlich erscheinende Lösung geben wird, die aber tatsächlich nur das Ergebnis der jetzt vor sich gehenden Parteikämpfe bei Hofe sein wird, über die die allerhöchste Stelle in ruhiger Würdigung der ungarischen Interessen und der Rückwirkung auf die Interessen der Gesamtmonarchie entscheiden wird.

Das darf wohl behauptet werden, daß König Karl IV. jetzt schon gezeigt hat, daß er zwar guten Rat von allen annimmt, die in der Lage sind, ihn geben zu können, daß er aber die Entscheidung in sorglicher Abwägung von Zeit, Umständen und Persönlichkeiten mit politisch klarem Blick selbst fällt. Das soll keine Schmeichelei sein und ist keine; vielmehr leitet sich diese Würdigung aus der Kenntnis der bisherigen Vorgänge ab.

Es mag aber bezweifelt werden, ob die vom Grafen Tisza vorgenommene Vordrängung seiner eignen Persönlichkeit in Sachen der Krönung den Beifall des jungen Herrschers oder der Königin gefunden hat.

* * *

Wer hat nun alles am 1. Januar in Budapest eine politische Rede gehalten? Ich verbürge keinerlei Vollständigkeit der Aufzählung, wenn ich von acht Rednern spreche. Im Vordergrunde des Interesses stehen natürlich die Auslassungen des Grafen Tisza, der auf eine Laudatio des Abgeordneten Ernst Desbordes antwortete. Vorher hatte aber schon die nationale Arbeitspartei durch Ladislaus Almassy ihrem Vorsitzenden, dem Grafen Khuen-Hedervary, in hochpolitischer Form die Neujahrswünsche ausgesprochen. Dieser antwortete dann mit einer ungemein kriegerischen Rede. Das Wörtlein „kriegerisch" bezieht sich aber lediglich auf die innere Politik Ungarns. Die Parteien des Grafen

Apponyi und Andrassy hatten das gleiche getan, und ich weiß nicht, ob nicht auch in der katholischen Volkspartei geredet worden ist.

Wie man sieht, entspricht diese „Fülle der Gerichte“ genau dem Eingangs erwähnten Geschichtlein vom Aufblasen. Gemildert wird der Eindruck dieser Redeflut nicht einmal dadurch, daß der innere Krieg im Abgeordnetenhause durch die Krönungserörterungen wieder angesagt war.

Von Interesse in der Rede Almassys war seine scharfe Betonung der Tatsache, daß der 67er Ausgleich und der mitteleuropäische Staatenbund sich so glänzend bewährt hätten. Graf Khuen-Hedervary, den täppische gute Freunde schon zum Nachfolger Tiszas gemacht hatten, meinte, daß das in vielen Beziehungen schmerzvolle Jahr mit einer trostvollen und freudigen Bilanz für die Zukunft geschlossen habe. Dann holt er zum wuchtigsten Streich gegen Apponyi, Andrassy und die katholische Volkspartei aus, indem er sagte, daß die Kammerverhandlungen oft nur einseitig gewesen seien. „Oft mußten wir zum Schaden unseres Selbstgefühls schweigen, damit man eine Störung des zu Kriegsbeginn zustande gekommenen Friedens unter den Parteien nicht auf unser Kerbholz schreibe. Zum Nachteile unseres Selbstbewußtseins mußten wir oft mit geballter Faust das, was man uns zumaß, hinunterschlucken.“ Die Anderen wollten keinen Frieden. „Jetzt ist es meiner Ansicht nach unsere Pflicht nicht nur uns selbst gegenüber, sondern auch der Nation gegenüber, die uns ausgesendet hat, unsern Mann zu stellen, zu zeigen, daß wir Fähigkeit, Kraft und Willen (stürmischer Beifall) nicht nur dazu haben, um die gegen uns geschleuderten — gelinde gesagt — unbilligen Worte zurückzuweisen, sondern daß wir auch schaffen können, wenn es nottut.“

Was mit dieser letzten Äußerung gesagt sein soll, ist nicht klar zu erkennen. Sie ließe sich sogar sehr zum Nachteil der Arbeitspartei auslegen und zwar in ganz ungezwungener Weise. Deutlicher, fast zu deutlich, wird der Graf

mit folgendem Satze: „Wir bieten den Frieden an, aber wenn er nicht gewünscht wird, werden wir dort sein und kämpfen und werden damit der Nation zeigen, daß sie uns als berufene Patrioten und anständige Männer nicht vergeblich in den Reichstag entsendet hat. Wir werden mit diesen Angriffen abrechnen nnd diejenigen, die uns schnöde angreifen, niedertreten." (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Damit war die Note des Tages nach der innerpolitischen Seite angeschlagen. Im weiteren Teile dieser geschickt aufgebauten Darstellung kam dann noch die österreichische und die kriegspolitische hinzu, um nach jeder Richtung hin Zensuren austeilen zu können.

* * *

Die sonst so still verträumte Festung Ofen zeigte am Neujahrsmorgen ein anderes Gesicht. In der Krönungskirche waren die Kronjuwelen zu sehen und so zogen Tausende von Menschen durch die sonst so einsamen Straßen. Als ich hinaufkam, standen schon zahlreiche Wagen und Automobile vor Tiszas Haus, die ihre Insassen schon zur „Gratulationscour" nach oben entlassen hatten. Das Häuflein der Getreuen war unter Führung des Präsidenten des Magnatenhauses, des Barons Samuel Josika, angetreten, um die Prosa des Ministerpräsidenten zu vernehmen.

Desbordes hob in seiner Ansprache an Tisza hervor, daß der Vierverband von Sieg zu Sieg eile. „Trotzdem ist die ungarische Nation (sic) zu einem anständigen Frieden bereit, zu einem Frieden, der mit den gebrachten Opfern und erreichten Erfolgen im Verhältnis steht." In sehr dringlicher Weise wandte er sich dann nach Wien, indem er mit überraschender Deutlichkeit sein quos ego! nach dem Ballhausplatz rief: „Wir hoffen, daß der Wechsel im Ministerium des Äußern . . . keine politische Richtungsänderung bedeutet. Die Partei der nationalen Arbeit verfolgt mit lebhafter Aufmerksamkeit, aber im Bewußtsein ihrer eigenen Kraft



mit voller Ruhe die Richtung der mit diesem Personenwechsel verbundenen Ereignisse, eine Richtung, die sich gleichzeitig auch bei der Besetzung der führenden Stellen des anderen Staates der Monarchie zeigt." Die ungarische Nation sei nur dann bereit ihren welthistorischen Beruf zu erfüllen, wenn sie das auf dem Boden des 67er Ausgleiches im Rahmen der vollen Parität tun könne. Die Opposition habe ihr Ziel nicht erreicht. Denn „der Reichstag wählte den Ministerpräsidenten zur Ausführung der erhabensten Handlung: den König zu krönen. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.) Das tat einigen weh. Man beneidete den Ministerpräsidenten. Der Reichstag wählte indes deshalb den Grafen Stephan Tisza, weil der Reichstag unter allen Bürgern Ungarns ihn für den würdigsten, für den edelsten hielt."

Es ist eigentlich eine grenzenlose Geschmacklosigkeit und eine Riesengedankenlosigkeit, wenn ein Politiker, der ernst genommen werden will, so etwas ausspricht. Einen gewalttätigen, oft brutal auftretenden Parteimann, wie Graf Tisza es ist, zum edelsten aller ungarischen Bürger zu erheben, heißt mit anderen Worten: In unserer Partei haben wir sehr merkwürdige Ansichten über die Einschätzung der Menschen. Und da wir keinen besseren finden und dieser Mann uns noch dazu sehr dringlich einlud, ihn zu wählen, und da wir es alle nicht wagten, uns dagegen aufzulehnen, so mußten wir ihm das Patent des würdigsten und edelsten Bürgers auf sein Verlangen ausstellen.

Daß der Redner dann seinen Paroxismus noch steigert und schließlich erklärt, daß Jedermann ein Vaterlandsverräter wäre, der den Grafen Tisza jetzt im Stiche ließe, mag zwar nur für die Ratten ausgemünzt sein, die das sinkende Schiff schon verlassen, ist aber doch so überaus bezeichnend, daß man diese Blüte hier nicht gut unterdrücken kann.

Nachdem der „begeisterte immer wiederholte Beifall" verklungen war, nahm Graf Stephan Tisza das Wort.



Gleich von vornherein sei bemerkt, daß er in geradezu glänzender, mit Tatsachen reich belegter Weise den Vorwurf entkräften konnte, daß er Siebenbürgen dem rumänischen Feinde ausgeliefert habe. Was er zu diesem traurigen Kapitel sagte, darf Anspruch darauf erheben, in die Geschichte überzugehen. Da bietet sich kein dunkler Punkt, den der ungarische Ministerpräsident etwa zu verschleiern gehabt hätte. Diejenigen, die im Reichstag so ungemein schwere Angriffe gegen Tisza wegen dieser Angelegenheit erhoben hatten, müssen beschämt zurücktreten und ihm das Unrecht abbitten.

Der zweite wichtige Punkt war die Selbstverkündigung Tiszas in Sachen der Ablehnung des Erzherzogs Joseph als Koronator und das aufdringliche Vorschieben seiner eigenen Person. Was er hierzu zu sagen wußte, ist so ungemein kläglich, daß man daraus die Schwäche seiner Stellung deutlich ablesen kann. Man höre den Kernsatz der Selbstverteidigung, die gewiß nicht von Selbstunterschätzung eingegeben war: „. . . . wenn diese Ehre mir zu Teil werde in einer Zeit, in der ich überzeugt war, daß es dem Gemeininteresse abträglich wäre, wenn ich mich der Übernahme dieser Rolle verschließen würde, so glaube ich genügend Rechtstitel dafür zu besitzen, daß ich auch von meinen politischen Gegnern erwarten kann, daß sie mein diesbezügliches Vorgehen nicht durch die Brille kleiner persönlicher Motive (sehr richtig!), sondern vom Standpunkt des öffentlichen Interesses aus betrachten sollten." (Allgemeine, lebhafte Zustimmung.) Damit kann man wohl den Koronator dem Schicksale überlassen, das die ungarische Geschichtschreibung ihm einst bereiten wird. Weil aber dieser unüberlegte Schritt eines ungehemmten Ehrgeizes auf keinen Fall ohne politische Folgen bleiben wird, geht er auch Nichtungarn an und rechtfertigt seine Behandlungen an dieser Stelle.

Die Ausführungen des Redners über Österreich, seine Persönlichkeiten und seine Politik waren von einem etwas gönnerhaften Wohlwollen getragen, das sich erlauben darf, gute und weniger gute Noten auszuteilen. Man kann nicht



gerade sagen, daß man in Wien für derartige Zensuren aus Budapest eine besondere Dankbarkeit empfände. Das weiß Graf Tisza sehr wohl; aber da er trotz des Fehlens des Grafen Stürkh und des Freiherrn von Burian noch immer seine Diktatorstellung unerschüttert glaubt, so fehlten auch am Neujahrstage seine Anerkennungen und seine Warnungen — die zum Teil wohl als versteckte Drohungen aufzufassen sind — nicht.

Die mehrfache Betonung, daß die auswärtige Politik keine Änderung erfahren dürfe, wird auf den Grafen Czernin nur einen mäßigen Eindruck gemacht haben. Die Angst vor dem Trialismus ist in Ungarn sehr groß und darum wird mit allen Mitteln dem entgegengearbeitet. Auch der Kampf gegen etwaige zentralistische Tendenzen, wenn sie von Tisza ausdrücklich als verhängnisvoll, widersinnig und albern bezeichnet werden, ist keineswegs eingeschlafen, weil man immer noch Furcht hat, daß diese Gedanken in Wien wieder lebendig werden könnten. Die langen Ausführungen des Redners zu diesem Punkte sind nur als Symptom interessant. Schließlich meinte er: „Ich habe Grund zur Annahme, daß das, was jetzt in Österreich geschieht, ein ohne jeden Hintergedanken und auf der Grundlage des Dualismus und der Parität durchgeführter Konzentrationsversuch just jener österreichischen patriotischen Elemente, der österreichischen zentripetalen Kräfte, der um die Kräftigung des österreichischen Staates sich bemühenden Faktoren ist."

In eine kurze Formel könnte man das Ganze fassen, wenn man sagte: Graf Tisza hat Furcht, Österreich möchte zu sehr von der Schloßgruft von Artstetten aus regiert werden. Das ist des Pudels Kern.

Was der Redner über die Lebensfähigkeit Österreichs sagte, sollte Anerkennung seiner ungeahnten Stärke sein, um dann den bösen Satz anfügen zu können: „ . . . denn die Schwäche Österreichs steigert ja immer nur unsere Aufgaben und die Größe der Opfer, die die ungarische Nation zu bringen hat. Und diese Opfer, diese Anstrengungen, diese



furchtbaren Verantwortlichkeiten blieben der Nation auch im verflossenen Jahre nicht erspart."

Man kann so etwas schlecht kennzeichnen, ohne ein hartes Wort zu sagen. Und in Wien hat man diese Ausführungen sehr ungnädig aufgenommen. Ein auf der Höhe seiner Macht stehender Graf Tisza konnte sich am Neujahr 1916 derartiges erlauben. Am 1. Januar 1917 empfindet man solche Worte als durchaus unzeitgemäß nach der persönlichen und als falsch nach der sachlichen Seite hin.

Was immer an Kritiken dieser Rede vom objektiven Standpunkt aus geschrieben worden ist, war nicht günstig für den Grafen Tisza. Nun will es das Verhängnis, daß hervorragende Mitglieder seiner Partei voraussichtlich in wenig erbauliche Prozesse hinein verwickelt werden, über die die Minderheit ein großes und wohlgeordnetes Material angesammelt hat, das juristisch hieb- und stichfest zu sein scheint. Es wird wohl nicht bei dem Baron Daniel als Opfer bleiben, sondern weitere Kreise werden vom Strudel erfaßt werden. Da die Gegner Tiszas durch seinen Krönungsehrgeiz auf das äußerste gereizt worden sind, so darf er von ihnen kein Mitleid erwarten. Burgfrieden giebt es in Budapest jetzt keinen; Tisza kämpft um seine politische Stellung den schwersten Kampf, in den er je hineingezogen worden ist.

Aus dem Gesagten mag man ermessen, welche tiefgehende Abneigung, welcher politische Haß sich gegen diesen brutalen Kraftmenschen von nie ermüdender Arbeitskraft, von großen Erfolgen und von großen moralischen Niederlagen angesammelt hat.

Graf Albert Apponyi von der Unabhängigkeitspartei sprach, auch am 1. Januar, von den gefährlichen Plänen einer schlechten Regierung, die bar sei aller sozialen Gefühle und mit Engherzigkeit den konservativen Standpunkt bezüglich der verfassungsmäßigen Rechte aufrechterhalten wolle. Wenn der durch den Krieg in seinem Leben künstlich verlängerte Reichstag es unternehmen sollte, über die wirtschaftliche Zukunft der Nation zu entscheiden, so wäre das geradezu Felonie.



Das ist zwar nicht ganz verständlich, deutet aber durch den Ton an, was im ungarischen Reichstag bevorstehen wird.

Erwägt man alle diese Dinge ruhig und unvoreingenommen, so muß man den ersten Januar für Ungarn als einen dies ater bezeichnen. Wann die Würfel, die schon im Becher zu klappern scheinen, fallen werden, kann man nicht voraussehen. Aber es hat den Anschein, als ob es in Ungarn nicht so bleiben könnte. Zweifellos hat Graf Tisza das Joch zu schwer gemacht; er hat den Bogen überspannt.

pmb.

XXII.

Wer störte den Weltfrieden?

Nach einem vierwöchentlichen Notenaustausch, der sich um das Friedensangebot der Mittelmächte schlingt, ist das Ergebnis festzustellen, daß ein Friede durch Verhandlungen im jetzigen Stadium des Weltkriegs nicht zu erreichen ist. Nur das Schwert wird die Entscheidung bringen. Die feindlichen Mächte beantworteten die Note Wilsons mit der Aufstellung von Kriegszielen, die eine Vernichtung der mitteleuropäischen Staaten fordern. Mitteleuropas Staaten, insonderheit Deutschland und Österreich, würden aufgeteilt und die Trümmer dieser Staaten in einen Zustand gebracht werden, von dem sie niemals mehr sich erholen könnten.

Die Noten haben zuletzt noch am 16. Januar einen Nachtrag gefunden durch eine lange Depesche des früheren Führers der englischen Konservativen - und gegenwärtigen Ministers des Äußern Balfour, die auf die Neutralen und namentlich auf Amerika berechnet ist. Balfour erfreut sich bei dem englandfreundlichen Präsidenten Wilson hohen Ansehens, was Balfour durch den Versuch eines persönlichen



Gedankenaustauschs auszunützen sucht. Die Depesche Balfours hat ganz ersichtlich den Zweck, den wüsten agitatorischen Ton der Ententenote an Wilson die in blinder Raserei auf die Aufforderung Wilsons an die kriegführenden Mächte, sich ihre Friedensbedingungen gegenseitig bekannt zu geben, mit den Zielen der Vernichtung Mitteleuropas antwortete, herabzustimmen und den schlechten Eindruck der Ententenote zu verbessern. Diese Balfour'schen Darlegungen erläutern die Kriegsziele der Entente mehr in akademischer Weise; die „Köln. Ztg." (Nr. 64 vom 19. Januar) nennt Balfours Schreiben mit Recht „eine Übersetzung der Note in die staatsmännische Sprache, die zur Erhöhung der Wirkung mit philosophischen Lappen bekleidet ist". In Balfours Depesche kehrt die in allen Reden und amtlichen Aktenstücken der feindlichen Staatsmänner stets wiederholte Phrase von der Herrschbegier Deutschlands neuerdings wieder. Es wird gut sein, ehe man die gewechselten Noten im Zusammenhang behandelt, zu diesem Vorwurf Stellung zu nehmen und so eine Arbeit vorwegzunehmen, die zur festen Umschreibung der Sachlage nötig ist.

Die Arbeit kann aus den archivalischen Funden, die nach der Einnahme von Brüssel im belgischen Ministerium gemacht wurden, ausgiebig geleistet werden. Das Auswärtige Amt in Berlin hat „Belgische Aktenstücke 1905—1914" herausgegeben. Sie enthalten Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußern in Brüssel, die ein ungewöhnlich wichtiges Quellenmaterial für die Vorgeschichte des Krieges bieten. Aus ihm folgen hier einige Belege, die man aus der gleichen Quelle noch reichlich vermehren könnte.

Baron Greindl, Gesandter Belgiens in Berlin, berichtet unter dem 18. Februar 1905 an Baron Faverau, Minister des Äußern in Brüssel, über ein Interview, das Reichskanzler Fürst Bülow dem englischen Journalisten Basford November 1904 gewährt hatte. Greindl bemerkt in diesem Bericht:



„Als Bülow das englische Publikum wissen ließ, daß Deutschland keinerlei aggressive Absichten gegen England habe, sagte er nichts, was nicht jedem ruhigen Beobachter bereits bekannt war . . . Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie." (Aktenstück Nr. 2, Seite 2.)

Unter dem 23. September 1905 erörtert Baron Greindl die Eventualität eines englisch-russischen Abkommens und sagt in seinem Bericht:

„Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns dreißig Friedensjahre in Europa beschert. Jetzt ist er durch den Zustand der Auflösung geschwächt, in dem sich Österreich-Ungarn befindet. Die neue französisch-englisch-russische Triple-Entente würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung . . . Ebenso haßt der Russe den Deutschen, weil Deutschland das Nachbarland ist, das zum Vergleich reizt, dessen überlegene Zivilisation seinen Barbarenstolz demütigt." (Nr. 8, Seite 9.)

In seinem Bericht vom 30. Sept. 1905 über den englisch-japanischen Vertrag vom 12. August 1905 sagt Baron Greindl:

„Der Ton, auf den die Preßkampagne in England im allgemeinen gestimmt ist, läßt erkennen, daß die Annäherung an Rußland nicht zum Zweck einer Entspannung gewünscht wird, sondern aus deutschfeindlichen Beweggründen. Leider dürfte auch der König von England diese Ansicht teilen." (Nr. 9, Seite 11.)

Baron Greindl erörtert in einem Bericht vom 27. Oktober 1905 die Politik Englands gegenüber Deutschland und läßt sich dabei vernehmen:

„Ob wohl die Leute, die in England Furcht vor einem unausführbaren deutschen Angriff zur Schau tragen, ganz aufrichtig sind? Schützen sie derartige Besorgnisse etwa nur vor,

um einen Krieg anzufachen, in dem die deutsche Kriegsflotte vernichtet, die deutsche Handelsmarine und der deutsche überseeische Handel zerstört werden würden?" (Nr. 12, Seite 15.)

Über Kaiser Wilhelm schreibt Baron Greindl am 9. Februar 1907:

„Man darf die Aufrichtigkeit der friedlichen Absichten Seiner Majestät nicht anzweifeln; er hat sie während einer 18jährigen Regierungstätigkeit zur Genüge bewiesen." (Nr. 23, Seite 27.)

Graf Lalaing, Gesandter Belgiens in London, berichtet unter dem 24. Mai 1907 an den belgischen Minister des Äußern Davignon über die englisch-deutschen Beziehungen und erklärt:

„Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen." (Nr. 30, Seite 35.)

Baron Greindl führt in einem Bericht vom 22. Juni 1907 über das französisch-japanische Übereinkommen, betreffend die Integrität Chinas, und dem englisch-französisch-spanischen Mittelmeerabkommen aus:

„Diese gegen imaginäre Gefahren ergriffenen Vorsichtsmaßregeln sind geeignet, bei den Völkern die Idee zu wecken und zu nähren, daß Deutschland die angriffslustige Macht sei, gegen deren Unternehmungen die anderen Mächte sich zusammenschließen müßten. Der Schaden wäre ja nicht groß, wenn diese Verträge nur überflüssig wären; aber sie kompromittieren die Sache des Friedens, der sie zu dienen vorgeben, weil sie in den deutschfeindlichen Kreisen die Überzeugung wecken, daß der Augenblick für die Verwirklichung ihrer Pläne herannaht." (Nr. 35, S. 43.)

Zu einer gegen Deutschland hetzenden Rede Delcasses in der französischen Kammer läßt Baron Greindl in einem Bericht vom 27. Januar 1908 sich hören:





„Wo hat Herr Delcasse je gesehen, daß Deutschland den anderen europäischen Völkern seine Vorherrschaft aufzwingen wollte? Wir (Belgien) sind seine nächsten Nachbarn, und seit zwanzig Jahren habe ich bei der Kaiserlichen Regierung nicht die geringste Neigung entdecken können, ihre Stärke und unsere Schwäche zu mißbrauchen. Ich wünsche nur, daß alle anderen Großmächte sich der gleichen Rücksicht gegen uns befleißigt hätten." (Nr. 39, Seite 42.)

Die Begegnung Eduards VII. mit dem Zaren in Reval erörtert Baron Greindl in einem Bericht vom 30. Mai 1908:

„Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten recht wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolg, nur in dem Bestreben sich zu vergrößern, ja ohne plausiblen Vorwand, die Eroberungskriege in der Mandschurei und in Transvaal geführt haben, oder die, wie Frankreich, gerade jetzt zur Eroberung Marokkos schreiten unter Nichtachtung feierlicher Versprechungen und ohne anderen Rechtstitel als die Übertragung der Rechte Englands, die dieses selbst nicht besaß. Es sind dieselben Mächte, die im Verein mit den Vereinigten Staaten, die kaum ihren Raubkrieg gegen Spanien hinter sich haben, in Haag als Ultrapazifisten aufgetreten sind.

Der Dreibund hat während 30 Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter der Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Revision des Status quo anstreben, und zwar in so hohem Grade, daß sie Gefühle jahrhundertelangen Hasses zum Schweigen gebracht haben, um diesen Wunsch verwirklichen zu können." (Nr. 47, Seite 57.)

Leghait, Gesandter Belgiens in Paris, schreibt in einem Bericht vom 8. Oktober 1908:

„Rußland will den gegen sich gerichteten Berliner Ver-



trag zerreißen, und rechnet dabei auf die Unterstützung Frankreichs und Englands." (Nr. 52, Seite 62.)

Baron Greindl berichtet unter dem 13. Februar 1909 aus Berlin:

„Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei: das hat er seit Beginn des diplomatischen Feldzugs immer gesagt, den er erfolgreich durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren; aber es kann einem nicht entgehen, daß der Weltfrieden niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England ihn zu festigen trachtet." (Nr. 54, Seite 65.)

Aus einem Bericht des Baron Greindl vom 31. März 1909 sei folgende Stelle angeführt:

„Die Verfassung der Gemüter in England erinnert an die in Frankreich während der Jahre 1866 bis 1870. Damals hielten sich die Franzosen für berechtigt, Deutschland an der Wiederherstellung seiner Einheit zu verhindern, weil sie darin eine Bedrohung der Vorherrschaft sahen, die Frankreich bis dahin auf dem Festland ausgeübt hatte. Ebenso betrachtet man heute in London die Weigerung, sich vertraglich dazu zu verpflichten, von der Gnade Englands abhängig zu bleiben, als einen unfreundlichen Akt und eine Bedrohung des Friedens." (Nr. 57, Seite 68.)

Einen breiten Raum nehmen die Gesandtschaftsberichte über die marokkanische Frage ein. Es ist nicht möglich, sie in den engeren Rahmen dieser Charakteristik der friedensfeindlichen Politik Englands, Rußlands und Frankreichs zu spannen. Aber hervorgehoben sei, daß in ihnen allen die feindselige Haltung Englands gegen Deutschland zum Ausdruck kommt, während Greindl einmal sagt: „einige meiner Kollegen sind erstaunt über Deutschlands Langmut." (Nr. 72, Seite 87.)

Aus einem Bericht des Baron Greindl folgende Stellen:

„Es ist nichtsdestoweniger wahr, daß mit oder ohne schriftliche oder mündliche Verpflichtung jedermann in England oder Frankreich die entente cordiale als ein Defensiv- oder Offen-

sivbündnis gegen Deutschland ansieht. Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstorbene König von England ihr hat geben wollen. Die entente cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Ihr entstammt auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit sieben Jahren befindet." (Bericht Nr. 85, Seite 101.)

Eine Rede, die Grey in Plymouth gehalten, charakterisiert Greindl in einem Bericht vom 9. Dezember 1911 mit den Worten:

„Was aus der Rede Sir E. Greys am deutlichsten hervorgeht, ist, daß er die Politik der Triple-Entente in dem Geist fortführen will, in dem er sie bisher geführt hat, d. h. in deutschfeindlichem Sinn." (Nr. 86, Seite 103.)

Vom Baron Beyens, belgischem Gesandten in Berlin, liegt ein Bericht vom 24. Oktober 1914 vor, in dem es heißt:

„Der französische Botschafter [Jules Cambon], der besondere Gründe haben muß, so zu sprechen, hat mir wiederholt gesagt, daß die größte Gefahr für die Erhaltung des europäischen Friedens die Undisziplinierheit und der persönlichen Politik der russischen Vertreter im Auslande bestehe. (Nr. 94, Seite 111.)

Ein Bericht des Baron Beyens vom 30. Nov. 1912 enthält folgende Sätze:

„Es besteht kein Zweifel, daß der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen leidenschaftliche Anhänger des Friedens sind. . . . Welches auch die Pläne sein mögen, die Herr von Kiderlen-Wächter, der sich mit großen Gedanken trägt, im Sinne hat, um seinem Lande die Sympathien der jungen Balkanmächte zu gewinnen, eines ist ganz sicher, daß er fest entschlossen ist, einen europäischen Brand zu verhindern." (Nr. 96, Seite 113.)

Baron Guillaume, Gesandter Belgiens in Paris, schildert in eiuem Bericht vom 3. März 1913 die Lage in Frankreich also:



„Ich bemerke täglich, wie die öffentliche Meinung in Frankreich alle Tage argwöhnischer und chauvinistischer wird. Man begegnet nur Leuten, die versichern, daß ein Krieg mit Deutschland gewiß, ja unvermeidlich ist." (Nr. 101, S. 118.)

Derselbe Diplomat schildert mehrfach, daß die chauvinistische Erregung in Frankreich durch Poincare, Delcasse und Millerand geschürt worden ist. Darauf beruft er sich in einem späteren Bericht vom 16. Januar 1914, in welchem es heißt:

„Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincare, Delcasse, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet die Gefahr für Europa — und für Belgien. Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht." (Nr. 110, S. 126.)

Baron Beyens läßt in einem Bericht vom 18. März 1913 folgende Stelle einfließen:

„In einem mitteilsamen Moment hat mir der französische Botschafter in Berlin [Cambon] nicht verhehlt, wie schwer es sei, auf die hochbegabten aber wankelmütigen Politiker, die das mit Frankreich verbündete Kaiserreich [Rußland] leiten, zu zählen, denn sie spielten auch mit ihm ein doppeltes Spiel. Herr Cambon hat sich insbesondere über den Einfluß beklagt, den Herr Iswolsky behalten hat, der sich persönlich an Österreich-Ungarn rächen will und sich Mühe gibt, das Spiel [auf dem Balkan] zu verderben, wenn es den Anschein hat, daß jenes die Partie gewinnen will." (Nr. 102, S. 119.)

Der Beschluß sei gemacht mit einer aus einem Bericht des Barons Guillaume (28. Juli 1911) entnommenen Stelle:

„Im allgemeinen habe ich ein geringeres Zutrauen zu den friedlichen Absichten Großbritanniens [als zu denen Deutschlands, von denen vorher die Rede ist], das nicht ungern sieht, wenn die andern sich gegenseitig verschlingen." (Nr. 79, S. 93.)

Die belgischen Diplomaten reden in diesen Aktenstücken,



die ihre hohe Bedeutung für die Zeitgeschichte haben, eine andere Sprache als Balfour und die anderen Staatsmänner der Entente. Sie sind Zeugen der Lauterkeit der deutschen und österreichisch ungarischen Politik, deren friedliche Absichten sie beleuchten, während die Politik Englands und seiner Ententegenossen als das Element der Aufwiegelung, des Unfriedens und der Zerstörung charakterisiert wird.

LXXXII.

Kürzere Besprechung.

3. S. Hilarii episcopi Pictaviensis Opera. Pars IV: Tractatus mysteriorum. Collectanea antiariana Parisina (Fragmenta historica) cum appendice (Liber I ad Constantium). Liber ad Constantium Imperatorem (Liber II ad Constantium). Hymni. Fragmenta minora. Spuria. Recensuit, commentario critico instruxit, praefatus est indicesque adiecit Alfredus Feder S. J. Vindobonae, F. Tempsky; Lipsiae, G. Freytag. 1916. LXXXVIII und 324 S. 8°. (= Corpus Scriptorum ecclesiasticorum latinorum. Vol. 65) Preis ℳ 16,80.

Nach jahrelanger sorgfältiger Vorbereitung konnte der vorliegende Band der kleineren Schriften des hl. Hilarius von Poitiers trotz der Schwierigkeiten, die sich der Vollendung des Druckes während des Krieges entgegenstellten, jetzt erscheinen. Nach einer Praefatio (S. V—LXXXVI), welche das in den 1910—1912 vom Verfasser veröffentlichten drei Heften „Studien zu Hilarius von Poitiers“ [1]) über Ursprung, Überlieferung und

1) Studien zu Hilarius von Poitiers. Von Alfred Leonhard Feder S. J. I. Die sogenannten „Fragmenta historica“ und der sogenannte „Liber I ad Constantium imperatorem“ nach ihrer Überlieferung, inhaltlichen Bedeutung und Entstehung,





Textbehandlung der hier veröffentlichten Texte ausführlicher Behandelte kürzer zusammenfaßt, kommt an erster Stelle der Text des erst seit 1887 aus einer nur bruchstückweise erhaltenen Handschrift bekannten Tractatus mysteriorum (S. 1—38). Den größten Teil des Bandes füllen die „Excerpta ex opere historico S. Hilarii deperdito“ (S. 39—193) d. h. die früher sogenannten „Fragmenta historica“, mit dem zuerst von Wilmart (in der Revue Bénédictine 24, 1907) als zugehörig zu denselben erkannten sog. Liber I ad Constantium. Feder, der seiner Ausgabe zum erstenmal die den früheren Herausgebern unbekannte älteste Pariser Handschrift (9. Jahrh.) zu Grunde legt, gibt der Sammlung mit Rücksicht auf ihre Überlieferung an Stelle der herkömmlichen Bezeichnung den Titel: „Collectanea antiariana Parisina.“ Ihrem Ursprung nach entstammt diese Exzerptensammlung nach den Untersuchungen des Herausgebers einem dreiteiligen historisch-polemischen Werk des hl. Hilarius, dessen I. Buch er 356, das II. im Winter 359/60, das III. 367 kurz vor seinem Tode schrieb, und das wahrscheinlich den Titel hatte: Opus historicum adversum Valentem et Ursacium. Dem I. Buch von 356 gehörte auch der getrennt und unter irreführendem Titel überlieferte sog. Liber I ad Constantium an, in Wirklichkeit ein Schreiben der Synode von Sardica 343 an den Kaiser Konstantius mit einem begleitenden Text des hl. Hilarius, mit dem er dasselbe seinem Werke einverleibt hatte. Die übrigen erhaltenen Reste des dreiteiligen Werkes liegen in der Exzerptensammlung der Pariser

Wien, in Kommission bei Alfred Hölder. 1910. II. Bischofsnamen und Bischofssitze bei Hilarius. Kritische Untersuchungen zur kirchlichen Prosopographie und Topographie des 4. Jahrhunderts. Ebd. 1911. III. Überlieferungsgeschichte und Echtheitskritik des sogenannten Liber II ad Constantium, des Tractatus mysteriorum, der Epistula ad Abram filiam, der Hymnen. Kleinere Fragmente und Spuria. Nebst einem Anhang: Varia über die Fassung der Bibelstellen. Ebd. 1912. Aus den Sitzungsberichten der kais. Akademie der Wissenschaften in Wien, Philosophisch-historische Klasse, Bd. 162, 166, 169.

Handschrift vor, deren Entstehung in der vorliegenden Form so zu denken ist, daß ein anonymer Sammler sich Exzerpte aus dem Opus historicum des hl. Hilarius machte, und daß diese Exzerpte so, wie sie ohne innere Ordnung in dessen Nachlaß gefunden wurden, von einem Schreiber als zwei Teile kopiert und so der Nachwelt überliefert wurden. (Vgl. Studien zu Hilarius I, S. 132.) Diese für die Geschichte der arianischen Wirren des 4. Jahrhunderts überaus wichtige Quellensammlung liegt hier jetzt in einer kritischen Ausgabe vor, neben welcher die älteren Ausgaben für wissenschaftliche Zwecke nicht mehr in Betracht kommen. Von denjenigen Aktenstücken der Sammlung, die auch in anderweitiger Überlieferung lateinisch oder griechisch (beim hl. Athanasius und den griechischen Kirchenhistorikern) vorliegen, werden auch diese Paralleltexte in kritischer Bearbeitung mit Variantenapparat mitgeteilt. In den zwei ersten Heften der „Studien zu Hilarius“, die überhaupt jedem Benützer der Ausgabe dringend empfohlen seien, sind sehr wertvolle historische Erklärungen zu den Texten der Sammlung gegeben. Der Ausgabe des Textes folgt S. 189—193 ein Rekonstruktionsversuch der drei Bücher adversum Valentem et Ursacium, eine Verteilung der überlieferten Fragmente auf die drei Bücher mit Andeutung der Lücken. Die übrigen in der Ausgabe noch enthaltenen Texte sind in dem oben wiedergegebenen Titel des Bandes genannt. Zu den echten und unechten Hymnen sind die eindringenden kritischen Untersuchungen im 3. Heft der „Studien“ heranzuziehen. Besonders hingewiesen sei noch auf die umfangreichen wertvollen Register am Ende des Bandes (S. 253—324), ein Verzeichnis der Bibelstellen und der in den Anmerkungen herangezogenen kirchlichen Schriftsteller und die sehr eingehenden Namen- und Sachregister und Wortregister. Theologen wie Philologen werden Freude an dem so gehaltreichen Bande haben; für Kirchenhistoriker wird er fortan unentbehrlich sein.

Aachen. Prof. Dr. F. Lauchert.

Berichtigung.

Oben S. 126 Z. 17 ist zu lesen: Vertrauensstellung.



XXIV.

„Die Stimme" Hermann Bahrs.

Vor einiger Zeit ist es öffentlich geworden, daß Hermann Bahr zur katholischen Kirche zurückgekehrt ist. Er, der auch im Politischen oft Auswechselnde, hat, wie wir wissen, alle Richtungen des modernen Schreibens und Dichtens bald angeregt, stets gedeutet, bald irgendwie abgetan, vom Naturalismus über den Impressionismus bis jetzt zur Ausbruchs- und Ekstasenkunst, und hat dabei viele Größen, noch ungültige, werdende wie alte, gewesene Herrlichkeiten entdeckt oder im Neuglanz erschaut, den Hofmannsthal und den Goethe, s e i n e n Goethe. Man hat zwar die raschen „Überwindungen" belächelt und doch bei jedem seiner Wandlungsbücher wieder unverdrossen zugegriffen. Mit Nutzen, denn etwas war in der Undauer dauernd an ihm: Er sah die Dinge von sich her, ursprünglich und faßte sie glasklar. Das schloß nicht aus, daß er paradox funkelte. Ja, mußte er es nicht aus seinem Temperament heraus? Beweglichkeit wird immer, wo Widerspruch und Ironie. Darum wäre es unrichtig, psychologisch natürlich unrichtig, an sein Wort den Maßstab des einmaligen, grundfesten Ernstes zu legen. Seine Grade sind Vitalität, eine Kraft, die überall anfühlt, Schwung, Einsprung, Geist. Schier hätte ich gesagt, ästhetisierender, spielender Geist. Nein, gerade auch Sinn für jegliche Lebenswirklichkeit: Kulturgeist.

Bahr ist also katholisch geworden. Vor mehr als fünfzehn Jahren, wenn mich das Gedächtnis stützt, hat es einer



der Jungen unserer „literarischen Warte" vorgeahnt. Damals schien es freilich in unglaublicher Ferne. Wer indessen die letzten Essayreihen des Unermüdlichen gelesen hat, der spürte schon die Schrittannäherung zum alten Glauben hin. Dann kam „Himmelfahrt", ein Roman, der schnell Auflage um Auflage nötig machte und von der Freude der katholischen Kritik umfangen wurde.

Aus der „Himmelfahrt" weben Fäden fort in ein unmittelbar folgendes Schauspiel, das den Titel „Die Stimme" trägt. (Berlin, S. Fischer.) Drei Akte sind es, zwei Geschehnisse, deren eines noch dazu halb in der Exposition des Eingangs steckt und episch, zum Teil botenweise berichtet wird, während das andere am äußersten Ende des Dramas wie ein Strahl, unhaschbar, verzuckt. Alles dazwischen ist Aussprache, Dialog, in den wuchtigsten Auftritten sogar einfachste Urform des Dialogs: Rede und Gegenrede zwischen zwei Menschen.

Das Äußere, was man so die Fabel, den Fortgang der Handlung nennt, ist demnach leicht und kurz erzählt. Was aber drinnen treibt, unter dem Saum der Worte hin, im Affektpunkt, im Blut, aus dem Nervenbündel, aus Vergangenheiten, im Unbewußten, an der Schwelle vom Dunkel zum Reineren, vom Trieb zum Willen, zwischen Sinnestäuschungen und Hellgesicht, das ist tausendfältiges, versponnenes, verwühltes, verwischtes Leben, das sich fast entzieht. Vielleicht, daß ihm die klinische „Psycho-Analyse" eher beikommt als die Seelenkunde. Vielleicht, daß sich daraus ergäbe, ob das Schicksal wie ein Zusammenbruch endet oder wie ein freies Aufrichten oder ob sich beides in einander bindet. Es gehört Kunst dazu, virtuose, derlei zu gestalten. Ein paar Szenen zwischen Schwiegersohn und -mutter, in denen sich die grellsten Dissonanzen hetzen, sind schlechthin moderne Kapellmeistermusik, Symphonien von Strauß, von Reznicek. Noch mehr gehört Verstand dazu, und nichts als geschickter Verstand bis zur zwinkernden Klugheit, in solche Seelenwirrnis doch immer wieder das Licht eines ursächlichen,

naturwissenschaftlichen Zusammenhangs einhuschen zu lassen. Und Lust ist dabei, wenn trotzdem ein undeutlicher Dämmer bleibt, in dem Schattenhaftes streitet, eine ironische Zweiseitigkeit. Ich mag das letztere um Nüancen zu stark geprägt haben, aber Tatsache ist, daß sich zuweilen Verneinung an Verneinung reiht. Wäre es der bloße Kampf von Willen, die sich spaltend ablehnen, vernichten: das ist Ziel und Angel jedes Dramas. Aber hier wirkt in der Technik schon ein vernünftelndes Zersetzen, das am Erlebnis frißt. Ich werde es zeigen.

Hans von Ule, der früh den Lehrstuhl eines Chemikers inne hatte, ist seit dem Tode seiner jungsüßen Frau aus dem Leben geschleudert, zerquält, zerrüttet. „Nichts mehr da. Nichts." Man verpackt ihn auf Reisen. Jahr und Tag fährt er herum. Aber es läßt ihn nicht: Das Traumgesicht, die Erscheinung der Entschwundenen Nacht für Nacht, und ihre Stimme, diese flehende, die er nicht verstehen kann. Halluzinationen nennt er es selber. Da geschieht Merkwürdiges. Wie er wieder einmal im Nachtschnellzug sitzt, ruft ihm plötzlich die Stimme deutlich: „Steig aus! Steig aus!" Draußen liegt eine überschneite, dürftige, waldverlorene Station. Er folgt. Hier setzt das Stück ein. Als er eben dem Bahnarzt, den er rufen ließ, weil er Wahnsinn fürchtet, das alles erzählt, läuten die Signale an. Der Zug ist entgleist. Siebenundzwanzig Tote. Man bringt bald sterbende Schwerverwundete. Hans erkennt seine Reisegenossen. Das ist das große Erlebnis, mit dem der erste Akt schließt. Es mußte den neurasthenischen Menschen ins Fieberbett werfen. Drei Monate war er darniedergelegen, von der Mutter der Verstorbenen aufgepflegt. Schon leuchtet und weht der Vorfrühling um sein Schloß, als auch erster Besuch naht, ein Schüler von ihm, Dr. Sohm, ein junger, gemessener Mann von nicht unangenehmer Nüchternheit. Selbstverständlich wendet sich das Gespräch gleich auf das Geschehene. Es ebbt zwischen Dr. Sohm, der Mutter und dem Genesenden auf und ab, bis sich von Hans das Be-

kenntnis losschreit, daß das Wunder für ihn vergeblich gewesen sei, daß er glaube und doch nicht glauben könne. Der Verstand widerlege das Gefühl. Der Fremde ist gegangen. Die Zwei bohren nun weiter in sich hinein und reißen Hüllen ab, so daß unendliche Regungen und Leidenschaften sichtbar werden, keine für sich, jede gemischt, alle ineinander geschlungen: Die weiche Sinnlichkeit, die feminine, nur aufgeschnellte Schwäche bei Hans; ein nachvibrierendes Sich-Versagen, ein noch unfertiges Sich-Abtöten bei der Baronin, hart diszipliniert, in stolze Demut und Sinnstarre gekältet. Eine Frömmigkeit, die durch den Willen statt durch das Herz ausströmt, im Glaubensgrunde wahr, doch falschtönig in Gefühlen. Und ihrem Ablauern gegenüber sein verduckter Argwohn; wider ihren Anschauungs- und Willensfanatismus seine schielende Abwehr, die auf Gott zielt und die Baronin schlagen will; wider ihre Gewalttätigkeit seine Notflucht in krampfig hysterischen Widerstand. Jeder Hohn bei ihm eigentlich geschüttelte Angst. Jede Güte bei ihr von Frost gerandet. Ein hassendes Eifern um die Tote. Ein Besitzenwollen. Ein Ringen mit äußerster Lebensgewalt. Endlich verbirgt es die Baronin nicht länger: Agnes ist freiwillig gestorben. Sie bat Gott um ihren Tod so stark, bis sie erhört wurde, nur damit Hans durch den tiefsten Schmerz zum Glauben zurückgeführt würde. Er, der noch immer Verweigernde, sei also ihr Mörder. Noch darüber, lasse er sie jenseits keine Ruhe finden. Hans: „Ich will. Ich will. Gott gib mir, daß ich an Dich glaube.“ Der Vorhang sinkt. Dritter Akt: Schöner Mai blüht durch die hohen Fenster. Domherr Zingerl ist angekommen, den zur Bekehrung Geneigten einzurichten; erst zu prüfen, denn Exzellenz ist ein kluger Herr, hat mit dem Amt eine behutsame Würde, mit den Jahren eine Überlegenheit, die nie laut wird, dafür kühl distanziert durchhält, sich gelegentlich bespiegelt und in der Sache auf Feierlichkeit dringt. Seine Sache ist die Theologie. Seine Überlegenheit die Erkenntnis von Anderer Schwächen. Darum trifft er bei Hans in die Punkte und lenkt das Thema,

Wunder und Glaube, modernisiert auf Willenskraft, auf persönliche Freiheit. Glaube sei Gnade und Gnade etwas, das von mir, von der Ichkreatur ergriffen werden müsse. Gott wirkt, aber der Mensch hat mitzuerwirken. „Non te justificat sine te". „Beten Sie!" Hans verlangt zwar nach religiöser Selbstentscheidung, sperrte ihn nicht die stets eine und gleiche Frage von ihr ab: „kann man glauben, wenn man nicht glauben kann?" Der Domherr verabschiedet sich darauf. Sobald die Zwei allein sind, hebt wieder die wüste Symphonie an. Diesmal Crescendo, Fortissimo, zum Springen gesteigert. Es ist, als ob die diskursive Form des Domherrn von wildester Gefühlsflut hinwegeschwemmt werden müßte. Aus dem Schmachten nach der Vision wird jetzt Gier nach dem Leib der Toten. „Dich haben, Dein duftendes Haar, Deinen heißen Mund! Haben, Haben!" Was rein gottinniger Drang nie war, kehrt sich in Lästerung, sein Krampf in Narrenbosheit, seine Ohnmacht in irre Wut, die auch aus der gepeinigten alten Frau noch letzte Fetzen von jäher Selbstentblößung, ihr selber fremde Abscheulichkeit reißt. Und schießlich dämpft den sinnlosen Schauder dieses Abends, den eben das Ave dunkel ausschwingt, die Erschlaffung, die Nervenerschöpfung. Da plötzlich die Erscheinung vor dem einsam Sitzenden. Wir sehen allerdings nicht die Gestalt, die Hans, bebend, zu erblicken vermeint, hören aber ihre Stimme: „Du hast meinen Tod vertan. — Du bist schlecht." . . . „Bereite Dich auf die Gnade, — bete, bete!" . . . Wie ein Singen der Ferne verschwebt es. „Mutter", ruft er der Eintretenden zu, „die Gnade. Ich glaube." Das Amen der Baronin ist kaum hörbar.

Ein Drama, aus zwei Säulenschäften strebend, das ist von der Architektur sofort abschaubar. Rhythmisch genauer: Fluß zweier Linien, erst nebeneinander, dann ineinander. Dasselbe inhaltlich: zwei Handlungen, von denen die eine die innere genannt sein mag, da sie religiös gewendet, ins ganz persönliche Erleben geschlossen ist, indessen die andere von und nach außen stößt, zwischen die Physis eines Mannes



und eines Weibes gespannt. Welches Geschehen ist nun das stärkere, das elementare? Das ist gleich der Frage nach der Idee des Dramas und fast gleich bedeutend mit jener anderen, die ich schon berührt habe. Ist es Schauspiel oder Tragödie, Freiheitssieg oder -bruch? Für Augen und Ohren ist die äußere Handlung die treibende. Ob sie aber auch die Um- und Einkehr bestimmt? Vielleicht, daß der naive Aufnahmesinn recht weist, trotz der Euripideischen oder Goethischen oder Paul Ernstischen Gnadenszene am Ende. Man hat die letztere überhaupt als stilwidrig gerügt. Solcher Empfindung liegt Wahres unter, doch bildet es nicht so sehr eine stilistische Angelegenheit. Künstlerisch ist das Visionäre an diesem Platz sogar etwas wie Notwendigkeit sowohl der Steigerung, wie der Abrundung wegen. Wer hier auf Grund und Wurzel will, der muß ins Metaphysische loten und da heißt das Problem: Können wir — wohlverstanden von des Dichters Geist und Flamme entzündet — an die Tatsächlichkeit der Erscheinung, philosophisch gesagt: an ihre Realisierung glauben oder ist sie nur Ausstrahlung eines ungewöhnlichen Seelenzustandes? Am Ende des Dramas, buchstäblich vorm Amen steht allerdings ein Zeichen, das die Übersinnlichkeit bejaht, willkürlich, nachdem der Dichter zehn oder zwanzig oder lauter negative Zeichen in die Vorszenen und Vorakte gesetzt hat. Wollte er nun das Gnadenwunder gestalten und konnte es nicht, oder hat er anderes, wenigstens zwischen hinein, gewollt und das auch vermocht? Das ist das Problem formal.

Gekonnt ist sicher alles Technische. Es ist die Technik des analytischen Dramas, in das Vergangenes schicksalhaft hereinwächst. Daher bis in den Höhenakt, ja bis an den Umschlag immer wieder zurücklangende Exposition: ein Erzählen, ein Beichten, ein Nachleben, ein Sich-Zerschinden im Nacherlebten. Der Personenkreis, antikisch klein, stellt um das Haupt- und Gegenspiel drei Figuren: den Arzt, den Schüler, den Domherrn. Keiner von ihnen bewegt die Handlung vorwärts. Schon dadurch sind sie negativ, noch mehr in



der Art, wie die Erschütterung auf sie wirkt und wie sie auf den Erschütterten wirken. Der Doktor der Medizin spricht sachgemäß von verdorbenen Nerven, vom spiritistischen Geschäft, von Halluzinationen, Traumtheorien. Das Aussteigen vom Zug scheint ihm allerdings sonderbarster Zufall, immerhin Zufall. Auch der Domherr hält von dem Hören der Stimme wenig, so wenig, daß er sich dessen kaum mehr entsinnt, was man ihm davon mitgeteilt hat. „Wohl alles bloß ein Spiel erregter Einbildung, durch die täuschende Begleitung von allerdings seltsamen Umständen noch erhitzt", sagt er. Aus Sohms praktischer Natur ist überhaupt nichts zu holen. Hans „schüttelt" solche Szenen „höhnisch" „mit einer leichten, schlenkernden Handbewegung ab."

Zweifelsohne hat dabei künstlerischer Bedacht das Erlebnis von der Gefühlsummessung der Nebengestalten abgesondert. Daß es nur in der einen Seele aufglühte. Religiös schier gar nicht. Was Hansens Sehnsucht erwartet, ist weniger die Stimme des Herrn als die der Geliebten. Ihre Photographie ist sein Himmelsbild. Sie befragt er, wie oft! nicht Gott. Und gar die Ekstase, der das Tor der Ewigkeit aufgeht, heischt sie nicht Höheres, als sich in den Lehnstuhl zurück zu neigen, über die Zigarette hinweg blauen Ringelduft zu blasen und matte Sinnlichkeit einzulullen? Hans selber zweifelt. „Da du doch nur eine Halluzination bist, verstanden? ein Geschöpf meiner Einbildung .... ein Selbstgespräch, das ich objektiviere, dramatisiere ... liebes Echo"... In der Tat, wenn nun das, was die Stimme anklagend und mahnend zu sprechen fortfährt, nichts wäre als der Ausdruck seines höchst erregten Lebensgefühls, wenn sich darin nur verdichtete, was die Mutter in sein Gewissen vom Mord, von der Ruhelosigkeit der abgeschiedenen Seele hineingeätzt hat, wenn sich dazu die Worte des Domherrn über Gebet und Gnade gesellten, und wenn das alles jetzt aus Nerven, die schon früher einmal okkultistisch überreizt waren, aus einer Haltlosigkeit, die jetzt verzweifelt ist, zu einer Entladung, zu einem Abschluß, zu einer großen Befreiung drängte,



wäre das nicht eine Überwältigung der Bewußtheit, der vollendete Sieg des Unbewußten, irrational, dennoch ganz im Irdischen, ohne daß auch nur ein Schimmer von drüben und droben hereinzufallen brauchte. Sohm fragt irgend gesprächsweise, ob etwas so stark sein könnte, den überall interessierten, immer bewegten (ei nun: impressionistischen) Hans fest zu nageln und was dann wohl von ihm übrig bliebe. Eine Antwort steht in den vorletzten Sätzen des zweiten Aktes, wo die Baronin verrät: „Ich bezwinge Sie — wie ich mich selbst bezwang. (Voll Haß.) Denn ging's nach mir, ich ließe Sie wahrhaftig lieber zur Hölle“. Das ist deutlich. Psychologie ist gar nicht so. Das ist schon Effekt, Abgang, Knall. Stil der Räuber, Kabale und Liebe. Doch ist damit eine tadellose Parallele zum Ende des dritten Aktes geschaffen, innerhalb der Theatralik also ein Kunstzug der Dramaturgie.

Wieviel Absicht erst in jeder Randglosse! Welch subtile Arbeit an der Vorgeschichte, wenn die Charaktere in die Einzelheiten ihrer Entwicklung aufgelöst werden. Je mehr, desto eher fordern sie die Ausdeutung der Stimme in einem naturalistischen Sinn heraus; denn wo bleibt die Freiheit in dieser Familie? Sind sie nicht, — ich wähle den Schulbegriff — samt und sonders determiniert: Die verzückte Agnes, „das Meisterstück geistlicher Erziehung“, blutblasse, kränkliche Blüte aus dem Schoß, Kind eines greisen Vaters, der nicht einmal ihre Geburt mehr erlebt hat. Und die Baronin-Mutter, als Mädchen lange ins Sacré Cœur gesteckt, mit fünfzig Jahren noch von einer „klösterlichen Befangenheit“. Was Liebe ist, hat sie nie gewußt, bis sie die „ehelichen Zärtlichkeiten“ zwischen ihrer Tochter und Hans mit ansah und in lüsterner Heimlichkeit einsog. Die neue Wiener Psychopathenrichtung fände hier zwanglos die Assoziationen. Und endlich Hans, dieser Angstneurotiker, ebenfalls voller „Verdrängungen“, im raffinierten Tanz um Eros und Verwesung. Es ist wahrscheinlich nichts als „Verschiebungsmechanismus“, wenn ihm zuletzt an die Stelle des



Wunsches die Gegenwart rückt. Auch das ist bei Freud, Steckel, Abraham, Rank, Reik und zum Teil schon in der alten „Psychopathia sexualis“ nachzulesen. „Bekehrungen aus Hysterie“, hatte der Domherr gesagt, „zur Herstellung erschöpfter Nerven sind mir unleidlich“ . . .

Nicht reichender Liberalismus hat das Stück abgeurteilt, weil es konfessionell, katholisch sei. Wie sehr modern es ist, das zu zeigen, war meine Aufgabe, schon darum, weil es ohne Erlassen wiederholt werden muß, daß es nie der Stoff, ständig der Geist ist, der eine Dichtung in Glied und Rang einsetzt, und daß für das Drama gar nichts darauf ankommt, was in ihm eine Stimme — und wäre es die weltweise des Dichters — vereinzelt aussagt, und alles darauf, was in seinem Menschheitsganzen Gestalt, Leben, Form und Schicksal geworden ist.

Joseph Sprengler.

XXV.

Aus dem Schulleben einer niederrheinischen Stadt (Emmerich).

Das Staatsarchiv in Düsseldorf birgt unter den aus Emmerich überkommenen Archivalien einen wertvollen kleinen Codex, der die Überschrift trägt: Ephemeris et Historia scholastica collegii Embricensis: Tagebuch und Schulgeschichte des Collegs von Emmerich. Dieses Tagebuch enthält viele Einzelheiten, die für die damaligen Schulverhältnisse interessant sind, und gibt manche Aufschlüsse, die man sonst in den Quellen vergebens sucht. Es umfaßt die Jahre von 1605—1678. Wir beschränken uns für einige Notizen auf die Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege, bzw. die letzten 25 Jahre.

Die Schule von Emmerich hatte unter den Fraterherrn um die Wende des 16. Jahrhunderts große Zeiten gesehen;



ihre Schüler sollen nach Tausenden gezählt haben. Infolge der religiösen und politischen Wirren war sie aber gänzlich in Verfall geraten. Nach der Übernahme durch die Jesuiten gegen Ende des 16. Jahrhunderts hob sich die Schule langsam wieder auf 400 Schüler; im Jahre 1656 zählte sie deren sogar 500.

Das Gymnasium hatte um diese Zeit 5 Klassen (Rhetorik, Poesie, Syntax, Secunda (Grammatica), Infima) mit je einem Lehrer; außerdem war für das Griechische ein eigener Lehrer bestellt. An der Spitze stand ein Direktor, der Präfekt, der Dialektik (Logik) gab. Er führte auch das Tagebuch. Unser Tagebuch weist von Nov. 1654—Weißensonntag 1656 die Handschrift des berühmten Geschichtsschreibers Nicol. Schaten auf.

Außer den genannten Klassen wird noch eine Vorbereitungsklasse erwähnt; sie hieß Cella und ihre Schüler Cellani. Diese Vorbereitungsklasse unterstand dem Gymnasium, wurde aber von einem weltlichen Lehrer versehen. Die Mitteilung von der Anstellung eines neuen Lehrers am 26. Juni 1671 schließt mit den Worten: „Möge der Liebhaber der Kleinen verleihen, daß diese Pflanzschule des Gymnasiums unter dem Magister Joh. Bonus blühe Amen." Zum 1. Sept. 1671 heißt es: In allen Klassen war Composition für das Examen. Ein Schullehrer bat, seine Schüler zur Composition für die Infima zuzulassen, aber es wurde ihm geantwortet, Niemand werde aus den Privatschulen der hiesigen Stadt zur Infima zugelassen, der nicht wenigstens ein halbes Jahr in unserer „Cella" sich bewährt habe. Diesmal wurde bei dem Lehrer eine Ausnahme gemacht, weil er behauptete, von dieser Bestimmung nichts gewußt zu haben. In der Folge soll aber daran festgehalten werden, weil dies für die Cella notwendig ist, da von deren Blüte die Zahl in der Infima abhängt, ferner weil man die Kinder so besser kennen lernt, und endlich weil durch die größere Schülerzahl der Lehrer der Cella ermuntert wird. Die auswärtigen Lehrer oder Pädagogen mögen ihre Schüler lesen, schreiben, dekli-



niren und konjugiren lehren und werden damit genug zu tun haben. Die Cella soll aber gleichsam eine zweite Infima sein; wenn diese blüht, wird das Gymnasium blühen. Die Cellani wurden dann am 25. Sept. 1671 (wie stets) für die Infima geprüft.

In den Prüfungen Durchgefalleue suchten zuweilen anderswo ihr Glück. Am 18. Dez. 1670 erzählt das Tagebuch: Neue Rhetoriker und durchgefallene Poeten wurden angegangen, nach Kalkar zu kommen, um dort bei den Dominikanern die Philosophie zu hören. Einige solcher großen Geister (stupenda ingenia) hatten sich schon dorthin begeben und suchten nun durch diese Einladungen ihre Zahl zu vermehren.

Von den Schulübungen werden am häufigsten die Deklamationen genannt, die alle in lateinischer Sprache gehalten wurden. Man unterschied in den Klassen wöchentliche und monatliche Deklamationen. Manche dieser Deklamationen wuchsen sich zu förmlichen Theater-Aufführungen aus. Der Gegenstand einer Deklamation am 22. Aug. 1652 war der Wettstreit der Städte Kalkar, Rees und Zevenar, welche von diesen am berühmtesten sei. „Die Deklamation war vorzüglich und hatte viele angesehene Zuhörer aus der Kongregation." In der Woche vor Fastnacht 1670 handelte eine Monatsdeklamation über Anklage und Verurteilung des Bacchus im Götterrate. Am 5. März 1671 heißt es: Die dritte Monatsdeklamation der Rhetoriker begann um 2 Uhr. Bei der Deklamation der Rhetoriker am 7. Juli 1671 waren auch Damen zugegen. Da sie sehr zeitig in die Aula gekommen und nicht gut herausbugsirt werden konnten, ließ man sie schauen; in der Folge ist dies aber zu verhüten. Am 26. Febr. 1677 führten die Rhetoriker in ihrer Monatsdeklamation auf das Schicksal des Reichen und des Armen an dem Beispiel des reichen Prassers: „sie machten ihre Sache gut und hatten viele Zuschauer." Am 13. März 1677 hielten die Poeten ihre Wochendeklamation über das Leiden Christi.



Die Schulübungen machten selbst vor wirtschaftlichen Fragen nicht halt. In Emmerich hatte die Einfuhr fremder Fische zum Schaden der Rheinfischerei sehr zugenommen. Dagegen richtete sich die Monatsdeklamation am 19. Mai 1673: Der Vater Rhein beklagte sich vor der Grammatik, Poesie und Rhetorik, daß man seine Fische kaum mehr kaufe. sondern „Stockfischium, Labedanum, Heringium, Bückinger", die von weither eingeführt werden, da doch der Rhein selbst die Stadt bespüle und ziere und viele andere Waren den Bewohnern bringe. Durch Merkur bat er um eine Aussprache mit den drei obengenannten (Personifikationen), er lud sie ein an einen schönen Ort, wo sie ihre Meinung äußern und urteilen sollten, daß die Rheinfische besser seien als die fremden. Es folgen die Namen der Spieler für Rhein, Merkur, die drei Klassen und zwei Diener des Rhein.

Neben diesen Deklamationen gingen auch eigentliche Theaterstücke her; manchmal spielte jede Klasse ihr eigenes Stück; dazu kam noch je eine Aufführung am Schluß des Schuljahres und nach der Neuwahl des Magistrats für die Marianische Kongregation.

Um sicher zu gehen, wurden die Dramen vielfach vorher vor Censoren aufgeführt und begutachtet.

So heißt es am 24. Sept. 1669: Nachmittags war frei, das Theaterstuck wurde vor den Censoren zur Probe aufgeführt; am 5. April 1671: Probe der Theater Aufführung der Kongregation vor 3 Censoren; am 13. April 1671: der Professor der Poesie probirt sein Drama vor den Censoren.

Dieses letztere Klassendrama der Poeten wurde am 16. April 1671 gespielt, es dauerte von 2—5 und etwas länger, Damen waren in der Aula zugegen. Die Infimisten und Sekundaner hatten Schule. Dafür spielten dann die Sekundaner am 8. Mai 1671; es dauerte 3 Stunden bei großer Hitze zum Überdruß, es waren nur einige vornehme Mädchen zugegen. Am 22. Mai führten die Syntaxisten ihr Drama in der Aula auf mit gutem Erfolg, es dauerte



3 Stunden, Damen wurden zugelassen, ungeheuere Hitze, außergewöhnliche große Bescheidenheit. Die letzte Klasse, die Infimisten kamen am 11. Juni an die Reihe, sie führten Thomas von Aquin mit guten Erfolg auf vor dem Dekan, mehreren Patres und angesehenen Bürgern. Von biblischen Stoffen werden noch genannt: der Blindgeborne (Rhetorik 1670), der verlorene Sohn (Sekunda 1672), Hochzeit von Kana (Schlußdrama 1677).

Die Disziplin scheint durchgehends eine gute gewesen zu sein. Strafen werden wenig erwähnt.

Wie an den übrigen, auch an den protestantischen Schulen der Zeit, herrschte die Rute in Emmerich bis in den obersten Klassen.

Zum 28. Febr. 1652 heißt es: Wegen Zechens wurden 2 Dialektiker (Philosophen), 1 Rhetor und 3 Humanisten mit Ruten gezüchtigt, jeder erhielt aber nur einen Schlag, damit es nicht scheine, als suche man Schmerz zu erregen. Sie wurden vom P. Präfekt selbst gezüchtigt. Am 18. Juli 1652 ertrank ein Student beim Baden; wenige Tage vorher hatte er einen andern Studenten gehalten, als derselbe wegen (des streng verbotenen) Badens im Rheine gezüchtigt wurde. Am 14. Juni 1652 wurde ein Student ausgeschlossen, weil er die Schüler gelehrt, sich hiebfest zu machen.

Außer dem hier erwähnten Hieb- und Stichfestmachen hatten die Patres auch gegen andere abergläubische Unsitten vorzugehen. Zur Vigil S. Johannes, 23. Juni 1676, schärft das Tagebuch ein: Der Präfekt und die Lehrer müssen gut aufpassen, daß die Schüler am Feste nicht über den Rhein in die Wiesen gehen, wo sie sich am folgenden Morgen gegen 2 Uhr Nachts ausziehen und sich abergläubisch nackt im Thau wälzen, nm die Krätze zu vertreiben. Diese bisher nicht beobachtete Unsitte wurde den Schülern von Hauswirten angeraten.

Sehr häufig erscheinen in dem Tagebuch Spenden für die armen Studenten. Nur einige Beispiele.

Im Dezember 1651 erhalten alle armen Studenten



drei Laib Brod, die von einem benachbarten Frauenkloster geschickt worden waren. Am 19. Dezember 1651 gibt der Armenquästor 3 Rthlr., am 23. Dezember 3 Rthlr. für die Studenten. Die Verteilung von Strümpfen und Schuhen an die armen Studenten im Winter, da viele Schüler nach der dortigen Sitte sonst barfuß gingen, war eine stehende Einrichtung. Am 15. Dezember 1668, so heißt es z. B. im Tagebuch, wurden an die armen Studenten Strümpfe verteilt in den drei oberen Klassen und Schuhe unter die Rhetoriker und Poeten, für die übrigen waren sie noch nicht bereit. Am 24. Dezember 1666 wurden 10 Rthlr. an die Armen verteilt, 5 Arme erhielten keine Schuhe, weil sie nach der letzten Deklamation gezecht hatten. Am 6. Januar 1669 wurden Strümpfe verteilt und einige Paar Schuhe. Am 14. Dezember erhielten die Armen in der Infima Schuhe und 17 Paar Strümpfe, am 19. in der vorletzten Klasse 20 Paar Strümpfe. Am 5. Dezember 1670 wurden Schuhe und Strümpfe verteilt unter die Cellanen, Infimisten und Secundaner, am 15. Dez. an die Syntaxisten und einige Poeten, am 16. Dezember schenkten die Nonnen Brod, jeder erhielt 6, am 19. Dezember wurden Schuhe verteilt, am 22. und 31. Dezember je 10 Rthlr. Am 19., 21., 28. Jan. und 16. Febr. 1671 erhielten die übrigen Arme Strümpfe und Schuhe. Ähnlich in den anderen Jahren. Am 10. Mai 1675 erhielt der Präfekt 3 Rthlr. für die Schulbücher der armen Rhetoriker zu bezahlen. Für die Reise in die Ferien gab man den armen Studenten einen Zehrpfennig. Am 28. September 1669 wurden unter sie 10 Rthlr. als Reisegeld verteilt.

Ein Teil erhielt auch Unterkunft in zwei Häusern der Fraterherrn. Am 25. Juni 1652 wurden für die Bewohner dieser Armen-Konvikte neue Regeln verkündet, die von dem Pater der Fraterherrn und dem Präfekten des Gymnasiums unterschrieben waren.

Freie Tage gab es hinreichend. Nicht erwähnt werden Hitzferien, wohl aber häufiger Kälteferien, da die Schullokale



nicht geheizt waren. Selbst im Colleg der Jesuiten gab es nur ein heizbares Zimmer. So wurde z. B. im Januar 1651 der Unterricht wegen Kälte mehrmals gekürzt. Freie Tage gab es im Juni desselben Jahres zu Ehren des Kapitels, des Oberstkämmerer des Kurfürsten von Brandenburg u. a. Als am 4. Dezember 1651 die Bürgermeister und der Magistrat im Colleg zu Gast geladen waren, erhielten die Schüler einen freien Tag. Zum 11. Januar 1669 heißt es, daß frei war auf Bitten des Magistrats, der an diesem Tag mit dem Gouverneur vom Colleg zu Tisch geladen war. Am 22. Februar desselben Jahres war Nachmittags frei auf Bitten des an diesem Tage neugewählten Bürgermeisters, ähnlich später. Am 10. April 1671 erbat der neu gewählte Präfekt der Marianischen Kongregation, Kanonikus Lennep, gegen 12 Uhr um Erholung (frei), seine Bitte wurde gewährt. Am 13. April kam derselbe Herr wieder und bat um frei von 9 Uhr ab; die Bitte wurde wiederum gewährt. Am 2. März 1671 war frei um $^1/_2$8 zu Ehren des neuen Richters, der dies durch seinen Diener erbat. Da der hohe Magistrat am 17. Nov. 1676 im Colleg gespeist, war zu seinen Ehren am 23. Nov. ein freier Tag und wiederum ein freier Tag am 4. Dez. zu Ehren des Grafen Berg, der am Tage vorher zu Gast gewesen.

Weitere freie Tage gab die damals aufkommende Sitte der Feier des Namenstages, d. h. des Patronsfestes. Zuerst geschieht Meldung, wie der Patron des Rektors gefeiert wurde: am 18. Juli 1670 war frei von 8$^1/_2$ durch die Gnade des P. Rektors wegen des Patronsfestes (Friedrich) und des Angebindes (propter festum Patroni et vinculum). Im folgenden Jahre wird auch schon der Namenstag des Präfekten gefeiert. Zum 21. April 1671 steht: von 8$^1/_2$ war frei wegen des Angebindes (vinculum), das dem P. Präfekt überreicht worden (Werner, 19. April.) Am 14. Juli 1671 war der ganze Tag frei wegen des Angebindes für P. Rektor (ob vinculum R. P. Rectori oblatum). Bald wird denn auch



der Namenstag der Klassenlehrer gefeiert. Im Jahre 1676 überreichten am 15. Juli die Schüler das Vinculum dem Magister Heinrich Torbeck, Professor der Poesie, am 25. Jul dem M. Jacob. Geißelborn, dem Prof. der Syntax und dem M. Jacob Ranerway (?), dem Prof. der Rhetorik; letzterem wurde von den Rhetorikern die Schule geschmückt und ein Hoch ausgebracht (acclamarunt). Am 14. Febr. 1677 empfingen die Rhetoriker die Kommunion zu Ehren des hl. Wilhelm als Angebinde für den M. Wilh. Neumann.

Die Ruhe des Schullebens wurde zuweilen durch die politischen Begebenheiten in unliebsamer Weise unterbrochen.

Während des Krieges zwischen Holland und dem Fürstbischof von Münster wurden die Jesuiten arg bedrängt. Am 3. Aug. 1665 fand im Gymnasium eine große militärische Untersuchung statt; es sollten sich dort 70 Studenten verborgen halten, um die Stadt zu verraten. Wegen der Nähe der Münster'schen Soldaten wurden dann die Jesuiten am 15. Oktober 1665 aus der Stadt vertrieben. Ein kranker Pater, der mit einen Bruder zurückblieb, starb bald darauf. Sieben Monate dauerte die Verbannung, und als am 19. April der Friede zwischen Holland und Münster geschlossen wurde, setzte man auch die Restitution der Jesuiten durch. Am 16. Mai 1666, so berichtet das Tagebuch, kehrten wir aus unserem Exil in Xanten zurück. Die Freude der Stadt war ebenso groß als die Trauer bei unserer Ausweisung. Die Rückkehr erfolgte still und in getrennten Abteilungen, wie dies der Gouverneur verlangt hatte. Am 20. Mai wurde um 8 Uhr wieder zum ersten Male zur Schule geläutet, und es erschienen 82 Studenten, die teilweise von den Fraterherrn während des Winters in Hut gehalten worden.

Ein großes Ereignis war auch die Besetzung Emmerichs durch französische Truppen im Jahre 1672. Die seit 1614 in Emmerich liegende holländische Besatzung hatte weichen müssen. Nunmehr wurden die seit 40 Jahren von den kalvinischen Holländern entzogenen katholischen Kirchen, es



waren sämtliche 5 in der Stadt, den Katholiken zurückgegeben. Am Fronleichnamsfeste (17. Juni) konnte seit 44 Jahren wieder die feierliche Fronleichnamsprozession über den Markt abgehalten werden. Die Catechismen der Trivialschulen, die Cellanen, Infimisten und alle übrigen Studenten beteiligten sich. Der Cardinal von Bouillon trug das Allerheiligste; auf dem Markte standen die Soldaten unter Waffen. Am 25. Aug. mußte das Fest des hl. Ludwig, „des Patrons der Franzosen", gefeiert werden. Die Läden waren geschlossen, alle Glocken mußten läuten und am Vorabend gebaiert werden (Bavarizatio), wie verkündigt worden war.

So spiegelt unser Tagebuch nicht allein die kleinen Erlebnisse der Schule, sondern auch die großen Ereignisse der politischen Weltbühne wieder.

XXVI.

Aus der Wallfahrtsgeschichte des Weggentals bei Rottenburg a. N.

Von Lic. E. Stolz in Schelklingen.

Die schwäbische Bischofsstadt Rottenburg a. N. darf im laufenden Jahre zwei wichtige Jubiläen feiern. 1917 sind es nämlich hundert Jahre, daß die Stadt zur bischöflichen Residenz für die Katholiken Württembergs erhoben wurde. Im genannten Zeitraum sind im ganzen, den neuen Weihbischof Dr. Johann Bapt. Sproll mitgerechnet, sieben Bischöfe dem Bistum vorgestanden, während die Zahl der Diözesanen inzwischen von 400000 auf 750000 Katholiken angewachsen ist. Das andere Jubiläum betrifft die Wallfahrt der eine Viertelstunde von Rottenburg entfernten, jetzt dem Dompfarramt unterstellten Kirche Maria im Weggental, einem kleinen Seitental des Neckars. Diese Wallfahrt kann im Jahre 1917 auf einen vierhundertjährigen Bestand zurück-



blicken nnd gehört noch heute zu den ansehnlichsten Wallfahrten des Schwabenlandes.[1])

Nach der Überlieferung, wie sie sich urkundlich bis in die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts zurückverfolgen läßt, nahm die Wallfahrt damit ihren Anfang, daß ein Bauer (Tagwerker) im benachbarten Orte Remmingsheim bei seinem Gang in die Stadt an der Stelle der jetzigen Wallfahrtskirche aus einem Bildstock ein schlichtes, geschnitztes Vesperbild, das nunmehrige Gnadenbild, freventlicherweise herausnahm und zu sich steckte, um es seinen Kindern als „Kromet"[2]) zum Spielen nach Hause zu bringen. Am andern Morgen war jedoch das Bild nicht mehr zu finden, bis der Mann bei einem zweiten Gang in die Stadt es an seinem alten Platz im Bildstock wieder bemerkte und abermals nach Hause nahm; aber das Bild soll aufs neue und nach der gewöhnlichen Version sogar noch ein drittesmal verschwunden und jedesmal am alten Platz wieder gefunden worden sein, obwohl der Bauer die kleine Statue zuletzt in einer verschließbaren Truhe sorglich verwahrte. Das Vorkommnis dieser Legende, deren Kern als Wanderlegende in modifizierter

1) Für die Studie wurden besonders benützt: Historia Collegii Rottenburgensis Societatis Jesu ad Niccarum, Folio Mſk. mit 574 nur teilweise paginierten Seiten, 1648—1766, im Besitz der Tübinger Universitätsbibliothek. — Johannes Ev. Weittenauer, Traditionsbuch vom Anfang, Ursprung und Wachstumb des löbl. alten Stifts St. Mauritii in Ehingen nächst Rottenburg a. N. 1674—78, Folio Mſkr. mit 406 S., im Besitz der kath. Stadtpfarrei St. Moriz in Rottenburg-Ehingen. Dazu ein Faszikel (XI,3) Weggentaler Akten der Registratur der Dompfarrei Rottenburg. — Maria. Ein Andachtsbuch für fromme Verehrer der schmerzhaften Muttergottes im Weggenthal 1847, 16°. Vorbericht 1—26. — F. Müller, Die Jesuiten in Rottenburg, in Hofele's Diözesanarchiv von Schwaben 1891, Beilage S. 29—44. Beschreibung des Oberamts Rottenburg, hrsgg. vom k. Statist. Landesamt, 2 Teile 1899 f.

2) Auf dem Markte erstandenes Geschenk s. Schmeller-Frommann bayer. Wörterbuch I, 1368; Fischer, schwäbisches Wörterbuch IV, 675.



Fassung auch bei andern Wallfahrtsbildern wiederkehrt,[1]) wird von der Überlieferung auf den Urbanstag, den 25. Mai, und die beiden folgenden Tage des Jahres 1517 verlegt. Das Jahr dieses Datums wird als Anfang der Wallfahrtsgeschichte dadurch sehr wahrscheinlich gemacht, daß unter dem 27. August 1518 vom Konstanzer Generalvikariat ein Verbot erging des Inhalts, „daß der Pfarrherr in Rottenburg die Mirakel im Weggental auf öffentlicher Kanzel nicht verkünde, noch auch verkünden lasse, sie seien denn zuvor mit bischöflicher Autorität examiniert und für solche Mirakel erkannt".[2]) Aber auch der Monatstag dieses Jahres bekommt durch den Bericht der Rottenburger Jesuitenchronik über den Ursprung der Wallfahrt große Wahrscheinlichkeit. Darnach hatte jener Remmingsheimer Bauer bei seinem Aufenthalt in der Stadt am Tage des hl. Urban und am folgenden Tag allzustark dem Weingenuß gehuldigt.[3]) Der Tag des hl. Urban, des alten Patrons des Weinbauern, war aber in Ausartung alter Weingärtnerbräuche früher allgemein ein fröhlicher Zechtag für die Weintrinker. Das läßt sich auch für Rottenburg und seine Umgebung nachweisen. Die Mißbräuche im Zechen in der Festwoche des hl. Urban und an den andern Bruderschaftsfesten gaben Anlaß, daß die Jesuiten von Rottenburg 1657 die alte Urbansbruderschaft in Hirschau reformierten. In Rottenburg selber wird der Urbanstag noch heute von der dortigen originalen Urbansbruderschaft

---

1) z. B. Maria Stein bei Kufstein. Vgl. darüber St. Beissel, Wallfahrten zu Unserer Lieben Frau in Legende und Geschichte 1913, 39 f.

2) Weittenauer, Traditionsbuch 365.

3) Historia Collegii Rottenburg. 60 f.: Rusticellus aliquis ultro citroque commeans ad urbem ex pago vix media hora dissito, cum paulo liberius maduisset Baccho, domum ex urbe rediens exemptam columna statuam liberis suis . . . referebat. . . . Ex urbe iterum largius delibutus vino domum repetens in columnam incidit etc.

feierlich begangen und darf bei der weltlichen Festfeier für Urbansbrüder ein ordentliches Maß Wein nicht fehlen.[1])

Der auffallenden Begebenheit von dem Verschwinden des Bildes und der Wiederauffindung desselben an seinem alten Platz schlossen sich bald einige weitere an und diese veranlaßten einen immer stärkeren Zulauf zu dem Bilde, so daß der Magistrat von Rottenburg sich entschloß, über dem Bildstock eine Hütte aus Holz zu erbauen, damit die Pilger besser ihrer Andacht nachgehen könnten, ohne den Unbilden der Witterung ausgesetzt zu sein. Unter dem 21. August 1520 gab das Generalvikariat von Konstanz die Erlaubnis, in dieser zur Kapelle eingerichteten Hütte zunächst auf ein Jahr auf einem Tragaltar die hl. Messe zu lesen. „1521 ist die erste Kapelle in dem Weggental geweiht worden mit und samt dem Altar zu Ehren unserer Lieben Frau wie auch der Heiligen Nikolaus, Bischof, Eustachius, Florian, aller Apostel, der vierzehn Nothelfer und der elftausend Jungfrauen."[2]) Zugleich wurde den Besuchern der Kapelle

---

1) Vgl. des Verf. Urbansbruderschaft in Rottenburg 1913, 19 ff.

2) Diese Notiz aus Weittenauers Traditionsbuch 365 läßt eine doppelte Deutung zu. Entweder ist unter der ersten Kapelle die alte Hütte aus Holz gemeint, die 1521 ihre eigentliche kirchliche Weihe erhielt. So verstehen die Weittenauersche Angabe L. A. Haßer, Chronik der Stadt Rottenburg 1819, 33 f. und die neue Oberamtsbeschreibung II, 66. Es könnte jedoch damit auch eine neue, die erste steinerne Kapelle gemeint sein, die später durch den Anbau eines größeren Schiffes beträchtlich vergrößert wurde und mit dieser Erweiterung die Vorgängerin der heutigen Wallfahrtskirche bildete. Die Rottenburger Jesuitenchronik p. 62 berichtet darüber des näheren: Subinde Constantia facultas ab episcopo faciendi sacrum istic locorum [scil. in aedicula lignea] et sacellum condendichorus, qui modo visitur cum aliquantulo spatio factis oblationibus et anathematis extructus est — allata fuit. . . . Crevit in locum pietas et religio peregrinorum et visitantium cum succedentibus annis, ut brevi tempore tantum ex anathematis et oblationibus et liberalitate multorum consparsum sit, quo pars longior sacelli cum aeditimi domo coniungi choro posset, successus et opus ipsa

auf den jährlichen Gedenktag der Kapellenweihe (erster Sonntag nach Mariä Geburt) ein Ablaß verliehen. Wahrscheinlich ist damit die alte Holzkapelle gemeint; an ihre Stelle trat bald darauf eine steinerne Kapelle, die nicht lange nachher beträchtlich erweitert wurde, wobei die Kapelle als Chor benützt wurde, während aus Mitteln der Opfergaben und anderer Spenden ein größeres Schiff mitsamt dem alten Haus des Mesners angebaut wurde. In dieser alten Wallfahrtskirche war der Bildstock mit dem Gnadenbild in den Choraltar eingebaut. Dieser Altar wurde 1656 durch einen neuen ersetzt, auf dem man das Gnadenbild durch ein vergoldetes Gitter sehen kounte. Die Kirche muß außerdem noch drei weitere Altäre besessen haben. Die Aufsicht über die Kirche mit der Verwaltung ihrer Einkünfte stand dem Magistrat von Rottenburg zu, die Besorgung des Gottesdienstes war nicht näher geregelt. Doch scheint das Chorherrnstift von Rottenburg-Ehingen besondere Vorrechte besessen zu haben, die wohl dadurch zu erklären sind, daß das Weggental ursprünglich im Pfarrbezirk dieser Kirche lag und erst später dem von St. Martin zugewiesen wurde. So stiftete auch der gelehrte Propst des Ehinger Stiftes, Dr. Michael Zauger, 1590 eine marianische Bruderschaft, die am 14. April des gleichen Jahres von Konstanz bestätigt und mit Ablässen versehen wurde. Außerdem hat sie Erzherzog Ferdinand von Österreich im selben Jahre unter seinen besonderen welt-

beata Virgine prosperante et pietatem in adventantium animis magis ac magis in dies accendente. In solcher Weise scheint auch der Vorbericht im Weggentaler Wallfahrtsbüchlein 1847, 3, der auf ältere Tradition zurückgeht, die Sache zu verstehen. Dagegen sind die Angaben bei Memminger, Beschreibung des Oberamts Rottenburg 1828, 126, P. Keppler, Württembergs kirchliche Kunstaltertümer 1888, 293, E. Paulus, Kunst- und Altertumsdenkmale im Königreich Württemberg, Schwarzwaldkreis 1897, 278 und Königreich Württemberg, hrsgg. vom Statist. Landesamt II (1905), 434 unrichtig oder jedenfalls ungenau.

lichen Schutz genommen und 1596 Papst Klemens VIII. ihr weitere größere Ablässe verliehen.

Ihre Blütezeit erlebte die Weggentaler Wallfahrt, als 1652 die Jesuiten, die 1649 in Rottenburg eine Niederlassung gegründet hatten, von der österreichischen Regierung die Vollmacht erhielten, den Gottesdienst an der Wallfahrtskirche zu besorgen. Die neue Verordnung begegnete manchen Schwierigkeiten. Der Rat von Rottenburg wollte die Verwaltung der Temporalien nicht aus der Hand geben und die bereits bestehende Bruderschaft machte Anspruch darauf, auch weiterhin ihren bisherigen Gottesdienst mit seinen Annexen unabhängig verrichten lassen zu dürfen. Die Streitigkeiten, in denen Konstanz wiederholt eingreifen mußte, führten schließlich 1668 zu einem Vergleich. Darnach wurden die damals vorhandenen Kapitalien und Güter der Wallfahrtskirche dem Jesuitenkollegium zugewiesen, während die neuen Legate der nächsten vier Jahre zur Gründung eines neuen Fonds für die Kirche angelegt werden sollten. Dem Pfarrer von St. Martin wurden seine pfarrlichen Rechte und zugleich mit dem Magistrat die Inspektion über die Kirche vorbehalten. Letzteres kam besonders dadurch zum Ausdruck, daß der Kirchenfonds mit den jährlich ersammelten Opfern von den beiden Bürgermeistern und dem Stadtpfarrer verwaltet wurde. Ebenso durfte die alte Bruderschaft ihren eigenen Altar mit dem dabei befindlichen Beichtstuhl und Opferstock beibehalten und ihren besonderen Gottesdienst an den herkömmlichen Festen (Ostern, Pfingsten, Mariä Himmelfahrt, Weihnachten und Kirchweihe) weiterhin ungehindert besorgen lassen. Die Jesuiten haben dagegen eine Bruderschaft zu Ehren der heiligsten Personen Jesus, Maria und Josef gegründet und für dieselbe im Jahre 1688 die kirchliche Bestätigung erhalten.

Der gesteigerte Besuch der Wallfahrt drängte bald zum Bau einer größeren Kirche, der jetzigen Wallfahrtskirche. 1682 wurde der Grundstein gelegt und 1695 das neue Gotteshaus vom Konstanzer Weihbischof Konrad Ferdinand



geweiht. Die geräumige, im edlen Barockstil erbaute Kirche besteht aus sieben Traveen. Die beiden ersten sind zum Chor genommen, zu dessen beiden Seiten je ein abgeschlossener Sakristei- bezw. Kapellenraum, letzterer mit Heiligem Grab, sich befindet. Die drei folgenden Traveen bilden auf beiden Seiten durch stark hereintretende Pfeiler offene Kapellen. In der sechsten Travee liegen die beiden Seitenportale und in die siebte sind die beiden Emporen eingebaut. Den halbrunden Chorabschluß ziert eine gemalte Kreuzabnahme in Überlebensgröße. Der weitere freie Raum erhielt im Jahre 1700 reichen Schmuck in Stucco: die Figuren des Auferstandenen, der beiden Apostelfürsten, der vier Evangelisten, des Pilgerpatrons St. Raphael und mehrere Engel, alles Schöpfungen von der Hand des Augsburger Stukkateurs Hans Georg Brix (Priecz?). Der Chor- und Gnadenaltar zeigt in gefälligem Zopfstil einen originellen Aufbau und ist ganz vergoldet. Er stammt aus Wien und kam 1730 als eine Stiftung des Hauses Österreich, das der Landesherr war, in die Wallfahrtskirche. Von den Altarbildern der Nebenaltäre sind die der beiden hintersten Kapellen (St. Ignatius von Loyola und St. Anna) von dem 1738 in Rottenburg gestorbenen Jesuitenfrater Josef Fiertmaier[1]) aus Schwandorf in der Oberpfalz gemalt. Der gleiche Künstler, der die Freskomalerei bei Asam in München erlernt hatte, hat auch die Deckengemälde der Kapellenkirche in Rottweil gefertigt.

Der bei der Kanzel stehende Schutzengelaltar mit seinem hübschen Barockbilde der Befreiung des hl. Petrus aus dem Gefängnis (Apg. 12, 3 ff.) ist eine Stiftung des Ehinger Chorherrn und späteren Propstes Christoph Edelmann aus dem Jahre 1711. Die im Schiff der Kirche an den Innenwänden der Seitenkapellen aufgehängten vierzehn großen

1) Vergl. über diesen Künstler, der auch an der Ausmalung der Ellwanger Kollegskirche mitarbeitete, Braun Jos, Kirchenbauten der deutschen Jesuiten in Stimmeu aus Maria Laach. Beiheft 103/104 S. 279.

Tafeln mit den Darstellungen der sieben Freuden und sieben Schmerzen Mariä stammen noch aus der alten Wallfahrtskirche und wurden in den Jahren 1657 ff. von vermöglichen Bürgern und Familien aus der Stadt Rottenburg und Umgebung gestiftet; Namen und Wappen der Stifter sind meistens auf den Bildern angebracht. Den größten Kunstwert besitzt die in der Nische der letzten südlichen Seitenkapelle aufgestellte spätgotische Gruppe „Mariä Ohnmacht", eine ergreifende lebensgroße Darstellung der schmerzhaften Mutter Gottes, wie sie nach der Begegnung des kreuztragenden Heilandes trotz ihres tiefen Schmerzes mit den andern hl. Frauen Maria Salome, Maria Cleophä und Maria Jacobi sowie dem hl. Johannes ihrem Sohne auf dem Kreuzweg weiterfolgt.[1])

Die Aufhebung des Jesuitenkollegiums in Rottenburg 1773 nahm auch dem Weggental seine bisherigen verdienten Wallfahrtsgeistlichen. Unter dem Einfluß der Aufklärung wurde der Wallfahrtsgottesdienst bedeutend eingeschränkt. Zunächst wurde durch das kaiserliche österreichische Oberamt ein pensionierter Jesuit mit einer jährlichen Besoldung von 82 fl. aufgestellt, diesen Gottesdienst zu besorgen. Später wurde damit ein Weltgeistlicher beauftragt. Von 1819 ab besorgten die Geistlichen von Rottenburg bezw. Ehingen aushilfsweise den Wallfahrtsgottesdienst, bis gegen Ende der dreißiger Jahre ein bestimmter Geistlicher der Dompfarrei mit der alleinigen Besorgung desselben betraut wurde. Heute ist der Inhaber der Birgitten-Dompräbende zugleich der ordentliche Seelsorger der Weggentaler Wallfahrtskirche; an den großen Konkurstagen wird derselbe von weiteren Geistlichen der Stadt unterstützt. Die Erhebung von Rottenburg zur Bischofsstadt ist

1) Über diese Gruppe vgl. die ansprechende Studie von Ant. Pfeffer in der Rottenburger Zeitung 1916, Nr. 225 und 227. Eine ausführliche Beschreibung der Wallfahrtskirche findet sich in der neuen Jubiläumsausgabe des oben S. 1 A. 1 zitierten Weggentaler Wallfahrtsbüchleins: Maria, ein Andachtsbuch für fromme Verehrer usw. 1917, S. XXXVII ff.

auch dem nahen Wallfahrtsort zugute gekommen. Die Autorität der Bischöfe hat in Verbindung mit dem neu erwachten kirchlichen Leben in den vierziger Jahren auch für das Weggental eine neue Blütezeit gebracht. Dieselbe hat ihren äußeren Ausdruck gefunden in der mit einem Kostenaufwand von ca. 50000 Mark durchgreifenden Restauration der Wallfahrtskirche in den Jahren 1894—96. Außer einer würdigen Bemalung erhielt damals die Kirche eine neue Orgel und die beiden vorderen Seitenaltäre; letztere wurden nach den Plänen des Ravensburger Künstlers Th. Schnell von Rottenburger Meistern gefertigt. Die beiden Altarbilder mit den Darstellungen des Todes Mariä und des hl. Joseph sind 1897 von dem Freiburger Kunstmaler J. Schultis gemalt worden.

Über ihre Pastoration in der Wallfahrtskirche und die Verehrung Mariens an dem Gnadenort berichten die Jesuiten von Rottenburg in ihrer Chronik ausführlich. Sie verzeichnen dabei über das Weggentaler Wallfahrtswesen manche kulturgeschichtlich interessanten Einzelzüge, die es verdienen, in kurzer Übersicht zusammengestellt zu werden.

Über die Frequenz der Wallfahrt, über die Zahl der jährlichen Generalbeichten, Kommunionen und hl. Messen, über die besonders erwähnenswerten Pilger und vor allem über die großen Prozessionen geben uns die Annalen der Jesuiten Aufschluß.[1]) So erreichten die hl. Kommunionen im Jahre 1726 ihre höchste Zahl mit 18930; hl. Messen wurden in der Wallfahrtskirche im Jahre 1729 3608 gelesen. An Prozessionen erschienen beispielsweise im Jahre 1668: 53, 1736 über 100. Der wöchentliche Kreuzgang der beiden Pfarrgemeinden Rottenburg und Ehingen, den sie 1626 aus Anlaß eines großen Hagelwetters gelobt hatten und jährlich je Montags in der Zeit von Kreuzerfindung bis Kreuzerhöhung abhielten, ist hierbei nicht regelmäßig mitgezählt.

---

1) Die von Müller a. a. O. 42 f. gebotenen Listen sind nicht zuverlässig.

Unter den zahlreichen Pilgern zum Gnadenort war der Adel bis hinauf zu den regierenden Fürstenhäusern vielfach vertreten. Aus dem Hause Österreich, an das Graf Rudolf III. von Hohenberg, der letzte männliche Sprosse der Rottenburger Linie, im Jahre 1381, von Schulden gedrückt, für 66000 schwere Goldgulden Hohenberg „die Grafschaft und Herrschaft gar und ganz" verkauft hatte, werden dessen Erzherzöge als die Regenten von Hohenberg wiederholt unter den besonderen Wohltätern des Wallfahrtsortes aufgeführt, ebenso deren erste Beamte, die auf dem Schloß in Rottenburg ihren Amtssitz hatten. Aber auch auswärtige Adelsfamilien, wie die von Barilli, Bodmann, Hochberg, Königseck, Ow, Syrgenstein, Speth und besonders die Familien der Grafen bezw. Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und -Sigmaringen erscheinen als Pilger und Gönner des Wallfahrtsortes. An Wallfahrern, die aus weiter Ferne kamen, werden solche aus Baden, Elsaß, Burgund, aus Bayern, der Pfalz, Kleve, vom Unterrhein, sogar solche aus Belgien und Ungarn erwähnt. Sehr oft heben die Wallfahrtsberichte der Jesuiten hervor, wie auch Andersgläubige den Wallfahrtsort hochschätzten und ehrten und ihr frommes Interesse durch Gebet, Pilgerfahrten und Opfergaben bekundeten. Die zum Nutzen und Frommen der Pilger herausgegebenen Wallfahrtsbüchlein gehen nachweislich bis in das Jahr 1668 zurück.

Zahlreich und in mannigfachster Form waren die Weihegaben. 1759 ist ausdrücklich davon die Rede, wie jetzt alle Wände der geräumigen Kirche von diesen Weihegeschenken ganz bedeckt seien. Sehr viele spendeten Wachsopfer, darunter solche von beträchtlichem Gewicht. So erschienen 1729 die benachbarten Gemeinden von Obernau und Sulzau, um mit etlichen 20 ℔ Wachs ihren Dank für den erhaltenen Schutz bei einer Überschwemmung abzustatten. Ein althergebrachtes Opfer waren lebende Tauben, die man selbst während der hl. Messe auf dem Altare opferte. Wegen der dadurch verursachten Störung wurde es 1660 von den Jesuiten verboten, diese Tiere während der hl. Messe zum Altare zu



bringen, was nicht ohne Streit mit dem Laienmesner abging, der davon eine Verminderung seiner Einkünfte befürchtete. Indes noch 1705 wurden nach der noch erhaltenen Rechnung dieses Jahres 123 Stück allerhand Geflügel geopfert. Aber auch noch andere lebende Tiere, wie Rinder, Schafe und selbst Bienenschwärme wurden dargebracht. An Naturalspenden werden Wolle und Frucht erwähnt.[1])

Als fromme Dankeszeichen für Erhörung und Hilfe waren auch hier die üblichen Votivtafeln sehr gebräuchlich. Daneben waren noch verschiedene andere Zeichen und Sinnbilder des Dankes zu sehen. Kranke opferten nach erlangter Genesung die während der Krankheit benützten Hilfsmittel, wie Lahme ihre Krücken, oder sonstige Erinnerungen an die überstandenen Leiden und Gefahren. Andere opferten Nachbildungen der geheilten Glieder in Wachs, Holz, teilweise auch in Edelmetall. Oft wurden silberne Herzen, Eheringe und silberne Rosenkränze geopfert. Wieder andere zeigten ihre Verehrung dadurch, daß sie durch Stiftungen und Legate die Ausschmückung der Kirche und ihrer Altäre oder die Verschönerung und Erweiterung des Gottesdienstes ermöglichten. So vermachte die Gemahlin des Grafen Ferdinand von Hohenberg, Barbara Breuningen, 1661 testamentarisch dem Wallfahrtsort 100 fl., wofür die Jesuiten am Gnadenort zum Andenken an die beiden hohen Eheleute einen den heiligsten Personen Jesus, Maria und Josef geweihten Altar errichteten. Um die gleiche Zeit stiftete Pfarrer Georg Hopp in Salzstetten O. A. Horb die Summe von 150 fl. zu jährlich fünf Ämtern in der Wallfahrtskirche und einem Almosen an die Armen. 1689 setzte M. Edelmann, Stadtpfarrer von St. Martin, ein größeres Legat aus, damit im Weggental das Fest der sieben Schmerzen Mariä feierlich begangen und an bestimmten Tagen Nachmittagspredigten vor allem zum

1) Näheres über die Bedeutung und den Zweck dieser Opfer s. bei R. Andree, Votive und Weihegaben des katholischen Volkes in Süddeutschland 1904, 143 ff.



Frommen der Dienstboten und Kommunikanten gehalten würden. Als 1665 das Reichsfräulein Johanna von Syrgenstein, eine nahe Verwandte des damaligen Bischofs von Konstanz, von einer Lähmung geheilt wurde, fertigte sie zum Dank für die große Wohltat eigenhändig ein geistliches Kleid für den Wallfahrtspriester. 1727 erschien der k. k. General-Feldzeugmeister, Hof-Kriegsrat und Kommandant zu Konstanz, Joh. Wolfgang von Auwach, unter den Wallfahrern und opferte fürs Gnadenbild ein neues Kleid. In ähnlicher Weise stiftete 1757 eine Wohltäterin 10 fl. für einen Schleier der Mutter Gottes.

Es würde zu weit führen, auch nur auszugsweise die überaus zahlreichen Gnadenerweise und wunderbaren Erhörungen, die von den Jesuiten bei ihren jährlichen Wallfahrtsberichten in ihrer handschriftlich erhaltenen Chronik teils ausführlich, teils zusammenfassend verzeichnet werden, hier wiederzugeben. Es möge daher auf diese verwiesen sein.

XXVII.

Ein neues Quellenwerk zur Geschichte des Konzils von Trient.

Mitten im Weltkrieg ist ein Werk erschienen, das deutscher Forscherarbeit und deutschem Gelehrtenfleiß ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Professor Buschbell in Crefeld, in dessen Hände die Görresgesellschaft die Sammlung und Bearbeitung der auf das Konzil von Trient sich beziehenden Briefe gelegt hatte, konnte den ersten Teil der auf zwei Bände berechneten Konzilskorrespondenz der Öffentlichkeit übergeben.[1])

1) Concilium Tridentinum. Diariorum, Actorum, Epistularum, Tractatuum nova Collectio edidit Societas Goerresiana promovendis inter Germanos Catholicos litterarum studiis Tomus X: Epistularum pars I collegit, edidit, illustravit Godofredus Buschbell. 4°. LXXVI u. 996. 80.— ℳ. Friburgi Brisgoviea. B. Herder MCMXVI.



Fast zehn Jahre sind dahingegangen, seitdem der Herausgeber die Aufgabe in Angriff nahm. Wer sich die Größe und Schwierigkeit derselben, sowie die im Vorwort angedeuteten besonderen Hemmungen vergegenwärtigt, wird sich nicht wundern, daß der Band so lange auf sich warten ließ.

Es galt zunächst, das umfangreiche, weitzerstreute Material zu sammeln. B. zog den Kreis der in die Sammlung aufzunehmenden Briefe möglichst weit: alle während der ersten Konzilperiode von Trient ausgegangenen und nach Trient gerichteten Briefe, soweit sie erreichbar waren, sollten diesem ersten Bande einverleibt werden. Zu diesem Zwecke war die Durchforschung einer ganzen Reihe von Archiven und Bibliotheken Europas notwendig. Naturgemäß kam in erster Linie Italiens reicher Handschriftenschatz in Betracht, vor allem das Staatsarchiv in Florenz, das den kostbaren literarischen Nachlaß Cervinos, des 2. Konzilspräsidenten, birgt. B. gibt im 2. Kapitel der Prolegomena nicht bloß eine kurze Darstellung der merkwürdigen Schicksale dieser äußerst wertvollen Sammlung, sondern orientiert auch genau — bibliographisch und inhaltlich — über die 54 Bände umfassenden Carte Cerviniane (XV—XIX). Weitere reiche Ausbeute boten die Archive von Luca, Mantua, Modena, Neapel, Parma, Rom, Innsbruck und Trient; das Archiv Mignanelli in Siena blieb dem Herausgeber bedauerlicherweise verschlossen, in Paris fand sich nichts, dagegen waren die Archive Spaniens, vorab das von Simancas heranzuziehen. Allein dieselben bedauerlichen Faktoren, die den Herausgeber zwangen, die archivalischen Studien und Arbeiten in Italien zu unterbrechen, vereitelten auch seine Absicht, Spanien zu bereisen. Glücklicherweise kann dieser Mangel dem Werk nicht allzuviel Eintrag tun, da nach Merkles sachkundigem Urteil die spanischen Archive für diesen 1. Band weniger Material beisteuern konnten.

Das in entsagungsvoller, mühsamer Arbeit gesammelte Material schwoll so mächtig an, daß eine vollständige Edition ausgeschlossen erschien. So sah sich der Herausgeber vor die schwierige Aufgabe gestellt, eine Auswahl zu treffen. Zunächst

erhob sich die Frage, ob bereits edierte Briefe in die neue Sammlung wieder aufgenommen werden sollten oder nicht. Ein großer Teil der Konzilskorrespondenz war in den Jahren 1884 bis 1899 durch Druffel und Brandi in den „Monumenta Tridentina" schon veröffentlicht. Einzelne Briefe waren da und dort, in Nuntiaturberichten, in Druffel, Karl V. u. a. zerstreut, ediert. Sollten diese bereits publizierten Briefe in das neue Epistolarium wieder aufgenommen werden, oder sollte dieses nur die bisher nicht bekannten, bezw. nicht edierten umfassen? B. entschied sich mit guten in cap. 1 der Prolegomena dargelegten Gründen für die erste Möglichkeit. Die „Monumenta Tridentina" leiden an verschiedenen Mängeln: die Edition stützt sich ausschließlich auf das in Florenz und Trient befindliche Material und bietet dieses nicht vollständig und unverkürzt. Zwar ist, wie B. erfreulicherweise feststellen konnte, Auswahl und Kürzung nicht, wie manche vermuteten, durch unlautere polemische Interessen bestimmt, aber die hierbei vorwiegend obwaltende Rücksicht auf die deutsche Geschichte bedeutet doch eine Beschränkung, die mit den von der Görresgesellschaft verfolgten Zwecken nicht im Einklang steht. Zudem ist der von Druffel-Brendi vielfach nur nach Minuten und Kopien gegebene Text, wie sich bei einer bis ins kleinste erstreckenden mühsamen Kollation ergab, durch eine beträchtliche Anzahl nicht unbedeutender Versehen und Irrtümer entstellt. Gründe genug, um die Entscheidung des Herausgebers zu rechtfertigen.

Freilich steigerte sich damit eine andere Schwierigkeit. Da die Stoffülle eine vollständige Publikation sämtlicher Briefe unmöglich machte, war eine gleichmäßige Behandlung des Materials ausgeschlossen. Aber nach welchen Gesichtspunkten sollte nun der Stoff geschieden werden? Der Herausgeber entschloß sich, die inhaltlich wichtigen Briefe alle und unverkürzt wiederzugeben, die anderen inhaltlich weniger bedeutsamen zur Erläuterung der im Text gegebenen in den Anmerkungen heranzuziehen. Mit diesem Grundsatz ist freilich ein subjektives Moment in die Edition hineingetragen, insofern eben die Ent-



scheidung der Frage, was wichtig ist, stets subjektiv bedingt ist. Allein, wer mit dem Stoff so vertraut und historisch so geschult ist wie B., hat ein Recht, für sein Urteil Vertrauen zu beanspruchen. Jedenfalls verdient der von ihm eingeschlagene Weg entschieden den Vorzug gegenüber dem Vorschlag jenes „editor probatus et ab omnibus laudatus", nur die Legaten-korrespondenz und die Schreiben der römischen Kurie in den eigentlichen Text aufzunehmen und alle anderen Briefe in die Anmerkungen zu verweisen.

Diesem Vorschlag liegt die schon von Druffel angewandte Unterscheidung zwischen offizieller und privater Korrespondenz zu Grunde. B. macht sich diese Unterscheidung zu eigen und nimmt in den Text des eigentlichen Corpus der Sammlung nur offizielle Briefe auf, während er die privaten in den Appendix verweist, aber zur offiziellen Korrespondenz rechnet er nicht wie Druffel bloß die von den Legaten gemeinsam nach Rom gerichteten Schreiben, sondern auch die von jedem einzelnen Legaten an offizielle Stellen (Kurie, Nuntius) oder von anderer Seite an die Legaten gerichteten Schreiben. Die Briefe Sirlets an Cervino sind als Privatbriefe angesehen und in den Anhang verwiesen.

Da die edierten Briefe zum großen Teil schon von Pallavicini benutzt und von Massarelli zitiert wurden, hat sich der Herausgeber die Mühe nicht verdrießen lassen, im 4. Kapitel der Einleitung einen für den Historiker äußerst dankenswerten Überblick über die von ihm edierten, von Pallavicini und Massarelli verwerteten, bezw. erwähnten Briefe zu geben. Mit dieser tabellarischen Übersicht schließt die 76 Seiten umfassende Einleitung, in der sich souveräne Beherrschung des Stoffs mit meisterhafter Handhabung der lateinischen Sprache paart.

Zu diesen Eigenschaften treten in der eigentlichen Edition peinlichste Sorgfalt in der Wiedergabe der Texte, erstaunliche Kenntnis der Geschichte und Literatur des 16. Jahrhunderts in den Anmerkungen. Bei den von andern schon edierten Briefen hat B. nicht unterlassen, eine genaue Kollation vorzunehmen und die Abweichungen zu notieren. Das Corpus des mächtigen



Bandes bildet die 840 Seiten füllende, 665 Briefe umfassende offizielle Korrespondenz aus der ersten Konzilsperiode vom 5. März 1545 bis 11. März 1547. Die Edition von Druffel-Brandi erstreckte sich nur bis zum 30. Juni 1546. Die Briefe vom 1. Juli 1546 bis 11. März 1547 — über 200 an der Zahl — sind von B. erstmals publiziert. Aber auch aus dem von Druffel-Brandi bearbeiteten Zeitraum bietet B. 110 neue Briefe — abgesehen von den in den Bemerkungen herangezogenen — 118 von den genannten Editoren verkürzt publizierte werden ganz gegeben, 66 aus dem Original, für die jene auf Kopien angewiesen waren.

Schon diese zahlenmäßigen Feststellungen lassen erkennen, daß B.'s Publikation der historischen Forschung neue wichtige Quellen erschließt. Es liegt in der Natur dieser Quellen, daß sie Aufschlüsse gewähren, die man anderwärts vergeblich sucht. In vertraulichen Briefen enthüllen sich Gedanken, Urteile, Triebfedern des Handelns, die für die Öffentlichkeit bestimmte Dokumente nie und nimmer verraten. So gestatten die Konzilsbriefe tiefe Blicke in den vielverschlungenen Komplex von Fragen und Aufgaben, in das unermeßliche Gebiet von Arbeiten, Sorgen und Nöten dieses für Kirche und Welt so bedeutsamen, folgenschweren Konzils. Planen und Schaffen, Denken und Empfinden der dabei beteiligten Persönlichkeiten entschleiern sich in diesen Briefen. Es wird Sache der historischen und theologischen Forschung sein, aus den nunmehr musterhaft edierten Dokumenten die neuen Erkenntnisse herauszuholen und in die bereits gewonnenen einzuordnen. Wie ergiebig beispielshalber die im Appendix mitgeteilte Korrespondenz Sirlets mit Cervino für Bibelwissenschaft, Patristik und Dogmengeschichte ist, wurde dem Referenten klar, sowie bei seinen Arbeiten über die Vulgatarevision, wie auch bei dem Bemühen, die von Sirlet zitierten Väterstellen zu identifizieren. Mögen bald recht viele aus den Reihen der Historiker und Theologen sich bei dem neu erschlossenen Quell einfinden. Es lohnt sich daraus zu schöpfen.

Dem Herausgeber aber, der diese Quellen der Forschung nun so leicht zugänglich gemacht hat, gebührt tiefer Dank für

die entsagungsvolle, unendlich mühsame Arbeit. Diese ist um so höher anzuschlagen, als sie geleistet werden mußte im Nebenamte, neben einer Berufsarbeit, die wahrlich kein Feiern bedeutet, und teilweise in einer Zeit, die der Gelehrtenarbeit nichts weniger als günstig ist. Der Kriegsausbruch hat, wie das Vorwort erkennen läßt, das Erscheinen des Bändes wesentlich verzögert. Das grimmige Wort über unsere Gegner ist wohl verständlich. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß die Verblendeten sich wieder besinnen auf das, was deutscher Geist und deutscher Fleiß der Welt geschenkt hat, und sich so auch dankbar freuen werden der Gabe, die ein deutscher Gelehrter und ein deutscher Verleger im Namen einer deutschen wissenschaftlichen Vereinigung mitten im Weltkriege allen Kulturvölkern beschert hat.

Tauberbischofsheim. Prof. Dr. F. Amann.

XXVIII.

Religiös-moralische Kriegsprobleme.

Jede Zeitperiode hat im Vergleich zu den ihr nachfolgenden Perioden immer einen problemartigen Charakter. Diese Tatsache besitzt ihre Ursache in der Natur des geschichtlichen Entwicklungsganges. Jede geschichtliche Entwicklung nämlich, sei es nun die eines einzelnen Volkes oder Stammes, einer Nation oder der ganzen Menschheit, wird von mancherlei Voraussetzungen und Bedingungen grundgelegt. Es sind das Imponderabilien teils geistiger, teils materieller Art. Weil sie durch ihr Eintreten in den geschichtlichen Verlauf, durch ihren Zusammenklang und ihr gegenseitiges Widereinanderwirken die gesamte Struktur und Richtung der Geschichte des betreffenden Teiles der Menschheit bestimmend beeinflussen, können sie als Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung bezeichnet werden. Die Wirksamkeit solcher Kräfte

entfaltet sich hinwiederum stets nur allmählich und beansprucht lange Zeit. Es ist daher nicht anders denkbar, als daß eine Periode der andern stets derartige Kräfte übermittelt, die sich vielleicht erst keimartig offenbaren, während andere in voller und wieder andere im Ausgange ihrer Wirksamkeit in die neue Zeit treten. Dies ist es nun, was den problematischen Charakter der einen Periode im Vergleich zur folgenden grundlegt. Es sind diese keimartigen, noch nicht in voller Auswirkung begriffenen Ansätze gleichsam die materielle Vorbedingung des problemartigen Charakters einer Zeit. Das eigentlich Problemartige aber, das also, was den hier gemeinten Voraussetzungen der Entwicklung ihren Fragecharakter gibt, ist die Tatsache, daß die in Rede stehenden Kräfte nicht direkt aus sich und für sich wirken können. Eine Wirkung ist ihnen bloß in und durch Menschen, also durch vernunftbegabte, mit freiem Willen ausgestattete Wesen möglich. Der Mensch erkennt mit seiner Vernunft den Gang der Geschichte, die ihm darin gegebenen Triebkräfte und Anregungen. Kraft seines freien Willens nimmt er Stellung zu denselben, macht sie sich dienstbar oder weist sie zurück. So lange nun der Mensch zu derartigen Anregungen noch nicht Stellung genommen, sei es, daß er sie noch nicht allseitig und nach allen Konsequenzen hin erfaßte, sei es, daß ihn wichtige oder triftige Gründe von solcher Stellungnahme fernhielten, so lange haben alle solche Ansätze den Charakter des Fraglichen, des Problems. Sie sind Aufgaben, vor welche ein Volk, eine Nation oder die gesamte Kulturmenschheit durch den Gang der Geschichte gestellt werden.

Zu allen Zeiten tauchen solche neue Probleme auf. Aber nicht in gleichmäßiger Fülle. Manche Perioden bringen ihrer viele hervor, andere weniger. Es leuchtet nun ohne weiteres ein, daß große, katastrophale geschichtliche Ereignisse, welche über ein Volk oder die ganze Menschheit kommen, eine reiche Fülle von neuen Aufgaben für das betroffene Volk im Gefolge haben. Ein derartiges Geschehnis beseitigt



manches Alte oder erweist es eben als der Beiseitelegung wert, gebärt aber dementsprechend zahlreiche neue Anregungen und Ansätze, die für die Zukunft bedeutungsvoll werden können, wenn sie nur richtig verwertet werden. Eine so geartete geschichtliche Katastrophe ist nun der jetzige Weltkrieg. Er hing zwar schon längere Jahre als unheildrohende Wolke am politischen Himmel Europas. Aber so, wie er sich entlud, und so, wie er bisher verlief, hat wohl kaum sich einer ihn vorausgedacht. Sein ganzer Charakter ist geradezu katastrophal, katastrophal ist auch seine Wirkung. Mit so vielem, in dessen Besitze wir uns sicher und glücklich wähnten, hat dieser Krieg aufgeräumt, so vieles andere erwies er als der Beiseitelegung wert. Anderes wieder zeigte er uns in neuem Lichte, unter neuen Gesichtspunkten, der tiefsten Beachtung wert. Er stellte uns vor zahlreiche, für die Zukunft unseres Volkes hochwichtige Probleme.

Welches sind diese Winke und Fingerzeige, die der Krieg uns gibt? Sie sind zahlreich, und liegen auf den verschiedensten Lebensgebieten. Am wichtigsten und bedeutungsvollsten sind darunter die Fragen religiös-moralischer Natur. Vor dem Kriege sah es sowohl in religiöser wie auch moralischer Beziehung nicht mehr zum besten in unserm Volke aus. Religion, Vaterlandsliebe, Zucht, Einfachheit und Familiensinn wankten bedenklich; Unglaube, Vaterlandslosigkeit, Zuchtlosigkeit, Luxus, Genuß- und Vergnügungssucht schlugen immer breitere Wellen und drangen selbst gegen die einfachen Sitten reiner Landgegenden vor. Andere Götter hatte man an die Stelle des einen wahren Gottes gesetzt. So viele waren vollständig bar alles Hohen und Edlen geworden. Sie beseelte eine „satte Faulheit, die ißt und sich besäuft wie das liebe Vieh — das rote Gold, um dessentwillen man den Nächsten bewuchert und sich vom Blutschweiß des Armen mästet — die ekelhaft freche Unzucht, die sich mit wieherndem Gelächter im Kote wälzt.“[1]) Und

1) Dr. Lorenz Krapp in Monika Nr. 17, 48. Jahrg. S. 148.

die noch von Idealen erfüllten Teile unseres Volkes! Sie lagen auf den Knieen vor der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur. Wäre das von ihnen Verehrte nun nur noch die wahre Wissenschaft, die wahre Kunst, eine edle Literatur gewesen! Aber nein, Objekt ihres Kultes war eine menschlichem Größenwahn schmeichelnde Wissenschaft, den niederen Leidenschaften und Instinkten huldigende Kunst und Literatur. Der Krieg hat anfänglich wie ein reinigendes Gewitter auf diese Verirrungen gewirkt. Verschwunden waren im Drange der Not alle diese falschen Götter. Mit seinen Fürsten an der Spitze warf sich das deutsche Volk zu inbrünstigem Gebete nieder vor dem Herrn, seinem Gotte. Schon jahrzehntelang ist in Deutschland nicht mehr so innig und aus Herzensgrund gebetet worden, wie während dieser Kriegsmonate. So mancher, der von Gott nichts mehr wissen wollte, er hat den Weg zu seinem himmlischen Herrn zurückgefunden. Und selbst der erklärteste Religionsspötter, er schweigt, wenn im Schützengraben unter dem Donner der Kanonen seine katholischen Kameraden den Rosenkranz beten. Er hat wenigstens Achtung vor der Religion erlernt. Die Frage: Christlich oder modernheidnisch? welche schon lange die Geister beschäftigte, hat der Krieg mit einem Schlage gelöst. Verstummt ist alles Gerede von „überwundenem Standpunkt", „Fortschritt der Wissenschaft", „neuesten Ergebnissen der Forschung" u. a., welches man gegen das Christentum ins Feld führte, vorüber ist der Humbug monistischen Götzendienstes, altgermanischen Wodankultes u. dgl. Nur eines hatte Bestand in der großen Not und Gefahr: das christliche Gottvertrauen und Glaubensbewußtsein. Unsere Soldaten finden bis heute — ich spreche aus der Erfahrung eines ununterbrochen an der Front verbrachten Jahres — ihre Hauptstärke nur im innigsten Anschluß an Gott. Unsere Daheimgebliebenen erringen die ihnen notwendige Kraft und Stärke zur Ertragung der ihnen auferlegten Opfer einzig und allein im heißen Gebete. Der Krieg, dieses riesig große Erlebnis hat es also impulsiv entschieden: Christlich, nur christlich



kann und muß unser Volk sein, sonst geht es zu grunde, sonst fehlt ihm der Mutterboden seiner Kraft und Stärke.

Außer einem neuen Aufwachen des christlich-religiösen Bewußtseins brachte der Krieg auch manch herrliche Tugendblüte zur Reife, Tugenden, an deren Vorhandensein in solchem Umfange selbst Einsichtsvolle zweifelten. Welche wundervolle Fülle von Vaterlandsliebe offenbarte nicht die erste Begeisterung! Man schien zu sein ein Volk von Brüdern. Aller Egoismus, der vorher sein friedenzerstörendes Szepter geschwungen, schien verschwunden zu sein; man brachte häufig das letzte, was Küche und Keller bot, zur Labung der Soldaten, die ins Feld zogen. Der Familiensinn bekam neue Nahrung. So manche Frau lernte ihren Mann erst dadurch richtig schätzen, daß sie ihn an die Front lassen mußte. Und erst draußen im Felde erkannten viele Männer den Wert ihrer treusorgenden Gattin. Wie viele Söhne haben erst durch die Leiden des Krieges den Weg zum Vater- und Mutterherzen, die sie schnöde verlassen hatten, wiedergefunden! Wie nimmt der Krieg die, die da draußen weilen, in harte Zucht! Wie hat er sie davon überzeugt, daß man nur wenig zum Leben bedarf! Welcher Starkmut in Ertragung von Strapatzen und Entbehrungen dort! Unsere verweichlichten Söhne und Brüder scheinen im Felde Asketen geworden zu sein, mit solch souveräner Geringschätzung schauen sie auf vieles, was ihnen früher unentbehrlich war, herab! Und unsere Frauen und Töchter! Welcher Wunder von Nächstenliebe waren sie auf einmal wieder fähig! Sogar zur Einfachheit, Anspruchslosigkeit und echt weiblichen Opferfähigkeit zeigten sie sich wieder bereit. Es war das eine schöne, große Zeit für Deutschland und das deutsche Volk.

Leider aber war es: diese Blütezeit der Tugend ging allzurasch vorüber, sie hielt sich nicht auf der anfänglich erstiegenen Höhe. Der Egoismus in erschreckenden Formen, als Lebensmittelwucher, Ausbeutungssucht, Einhamstern u. a. erhebt immer höher sein Schlangenhaupt, um der Volks-



einigkeit einen tötenden Biß zu versetzen. Die Unzucht wandert frech umher. In den Garnisonen, hinter der Front macht sie sich schon sehr breit, wie wir aus eigener Anschauung wissen. Die Volks- und Vaterlandsverdrossenheit wird stellenweise erneut wach. Man ist vielerorts der Opfer, die nun einmal gebracht werden müssen, müde. Man läßt sie allenfalls noch ganz gerne von anderen bringen, und spendet denen dafür dann bereitwilligst wortreiches Lob, zur Mehrleistung glaubt man sich nicht verpflichtet. Manche andere betrübliche Erscheinung ließe sich noch anführen, jedoch wollen wir der dunklen Blicke genug sein lassen. Es ist ja klar, daß der Krieg durch seine lange Dauer in mancher Beziehung ungünstig, ja sittlich verrohend wirkt. Das ist eine Tatsache, welche die Geschichte überall bestätigt. Aufgabe aller, welche es mit ihrem Volke gut meinen, ist es, dafür Sorge zu tragen, daß die Tugenden, die der Krieg weckte, lebendig bleiben, daß die Laster, die ihr Haupt wieder erheben, möglichst niedergehalten werden. Was ist zu diesem Zwecke zu tun? so lautet das moralische Problem, von dessen Lösung ein Gutteil der Zukunft unseres Volkes abhängt.

Die Maßnahmen, welche zur Lösung dieser Aufgabe nötig zu treffen sind, gehören teils ins Gebiet der öffentlichen Sittlichkeitspflege, teils betreffen sie die Jugenderziehung und Bildung. Was die erstere angeht, so hat stellenweise die Militärbehörde in der ersten Zeit des Krieges diesbezüglich vorbildlich gewirkt. Öffentliche Häuser, Vergnügungsstätten zweifelhaften Genres wurden rücksichtslos geschlossen. Mit unwiderstehlicher Energie ging man mancherorts gegen das Dirnenwesen vor. Auch der sogenannten Kunst, die sich im Kote wälzt, entzog man die ihr in törichter Verblendung belassene Freiheit. Sogar der Auswurf der deutschen Witzblätter wurde auf einen anständigeren Ton gestimmt. Es schien wirklich die Morgenröte einer sittlichen Erneuerung unseres öffentlichen Lebens herangebrochen zu sein. Sogar der Vergnügungssucht rückte man zu Leibe, indem man alle



öffentlichen Lustbarkeiten verbot. Leider blieb man nicht überall fest bei solchen Maßnahmen. Man fing bald wieder an, dies oder jenes zu übersehen, sah vielfach überhaupt nicht mehr, wo man sehen mußte. Und es fand sich doch wieder so manche Gelegenheit. Unsere Mädchen, ja selbst Frauen wurden den Feldgrauen gegenüber weich wie Wachs, was sich vielleicht durch einen Überschwang an Heldenverehrung und durch Autosuggestion erklären läßt. Manches unlautere Element hatte sich auch unter die freiwilligen Pflegerinnen eingeschlichen, was übrigens auch wohl kaum zu verhindern war. Hunderte von Quellen der Unzucht begannen erneut zu fließen. Ehebruch ist gar nicht mehr selten, Geschlechtskrankheiten kommen stellenweise häufig vor. Da muß doch die Behörde entschieden durchgreifen, wenn nicht ungemessene moralische Schäden für unser Volk erwachsen sollen. Den öffentlichen und geheimen Dirnen lege man, wo man sie nur erreichen kann, rücksichts- und schonungslos das Handwerk. Ihre Arbeitskraft mache man jetzt dem Volke dienstbar. Arbeiten sie nicht freiwillig, dann unter strenger Aufsicht; ziehen sie dem noch ihren Lasterverdienst vor, dann hinein mit ihnen in die Besserungs- und Zwangsarbeitsanstalten. Dort ist der ihnen gebührende Platz. Man räume endlich entschieden mit all dem lichtscheuen Gesindel auf, mancher Aufruhrprediger verliert dadurch dann auch sein dankbarstes Publikum. Strenge sittliche Aufsicht ist daneben auch gegenüber unsern Soldaten, nicht bloß der untersten Chargen, am Platze. Warum sind in gewissen Garnisonen nur die alleranrüchigsten Lokale und Straßen dem Militär verboten, warum nicht alle bekannt zweifelhaften? Welch gutes Mittel hat hiermit die Militärbehörde in der Hand, manchen Wirt zu veranlassen, sein Lokal einmal zu säubern! Wenn man es nur entschlossen gebrauchen wollte! Dann aber müssen wir entschieden fordern, daß unsere Militärbehörde mit der völlig unberechtigten Milde gegen geschlechtlich Erkrankte endlich Schluß macht. Diese haben sich durch eigene Tat für den Frontdienst untauglich



gemacht oder demselben entzogen und sind dementsprechend zu bestrafen.

Ebenso ist jede Äußerung des rohen Egoismus aufs strengste zu ahnden. Die Lebensmittelwucherer, die Verheimlicher von Lebensmittelvorräten, die Einhamsterer, alle nur einseitig für sich in dieser schweren Zeit Sorgenden stören die öffentliche Ruhe und Ordnung und sind solchergestalt zu fassen. Oder wird der öffentlichen Ruhe und Ordnung, der jetzt so nötigen Einigkeit im Innern etwa dadurch gedient, daß die Kreise, die Geld haben, sich Vorräte an Lebensmitteln aufhäuften, wodurch sie dieselben verteuerten und den Ärmeren, die nur von Tag zu Tag ihren Bedarf decken können, entzogen. Ich garantiere, daß, wenn man überall die aufgehäuften Vorräte richtig feststellt, man noch heute Überraschungen erleben würde. Heraus mit dem allen, in dieser Zeit muß alles gleich, also jeder auf seinen Tagesbedarf gestellt sein, sonst öffnet man der Unzufriedenheit und dadurch der inneren Zwietracht Tür und Tor. Auch dann haben die ärmeren Volkskreise an den Nöten dieser schweren Zeit noch härter zu schleppen als die besitzenden.

Alle nach den hiermit angedeuteten Gesichtspunkten notwendig erscheinenden Maßnahmen müssen dann zum bleibenden Eigentum, zur ständigen Einrichtung werden. Gesetze, eine wachsame Regierung bilden wieder, wie es sein sollte in einem „christlichen Staate", eine Schutzmauer um die Volkssittlichkeit, einen Damm gegen die Sturmflut der Unzucht und elenden Selbstsucht. Was eingangs des Krieges notwendig für unser Volk war, ist es auch jetzt noch und bleibt es auch in Friedenszeiten. Oder sollten wir so vermessen sein, mit unserm Herrgott spielen zu wollen, indem wir uns in der Not zum Scheine bessern, und nachdem die Not behoben ist, wieder ins alte Sündenleben zurückfallen!

Der andere Teil der zur Lösung des moralischen Problems nötigen Maßnahmen fällt ins Gebiet unserer Jugend- und Volksbildung und Erziehung. Auf dem Arbeitsplatze der Pädagogik herrschte vor dem Kriege wirklich reges Leben;



Trägheit u. ä. kann tatsächlich niemand den damaligen Pädagogen vorwerfen. Eine Reform der Erziehung drängte die andere. Aber man stellte sich dabei nicht allerorts auf den richtigen Standpunkt. Man wollte vielfach nicht mehr „erziehen", man wollte nur „sich entwickeln lassen". Man glaubte, das Erziehungsobjekt sei, wie Rousseau es geschildert. Man wandte sich also nicht an das Menschenkind, wie es wirklich war, sondern an ein der Erziehung nicht benötigendes Schattenbild von Wesen. Die absurdesten Vorschläge tauchten daher auf und fanden sogar Anklang. Das Lernen konnte dem Kinde nicht leicht genug gemacht werden, es wurde vielfach zum Spiel. Die alte Forderung der Pädagogik an den Erzieher, sich zum Kinde herabzulassen, glaubte man zu erfüllen, indem man sich verkindet stellte, als ob „zum Kinde herablassen" und „verkindet" dasselbe sei. Zu Spielerei und Äfferei artete die Pädagogik aus. Körperliche Züchtigung wurde dem „aus sich guten" Kinde gegenüber verpönt, ist ja auch wirklich, wenn das Kind, wie „alles, was aus den Händen der Natur kommt, gut ist", überflüssig. Der Krieg hat dieser öffentlichen Affenliebe ein Ende gemacht. Er zeigte den Ernst der Wirklichkeit. Man erinnerte sich, daß die Kinder in der Welt leben. Sie müssen plötzlich teilnehmen an den allgemeinen Lasten und Sorgen, man bürdet ihnen schwere Arbeiten mancherlei Art auf, man beschränkt auch die ihnen bisher zugestandene Freiheit. Und das ist gut, es war wirklich Zeit, daß solche Änderung kam. Ein heiliger Ernst, eine entschiedene auf wahrer Liebe basierende Strenge sind tatsächlich das Notwendigste bei Erziehung der Jugend, sie müssen daher wieder in Elternhaus und Schule zurückkehren.

Ein wichtiges bisher brach gelegenes Gebiet der Jugenderziehung muß dann endlich ganz in Angriff genommen werden, die Erziehung der Schulentwachsenen. Über örtliche Ansätze war man bisher auf diesem Gebiete nicht hinausgekommen, trotzdem allerseits das Bedürfnis zur eingehendsten Beeinflussung dieser Jugend anerkannt ward. Der Krieg hat uns diesbezüglich einen deutlichen Wink gegeben.



XXIX.

Das polnische Heer im Laufe der Jahrhunderte.

Von Matthias Salm.

Durch ein feierliches Manifest ist am 5. November 1916 ein unabhängiges Königreich Polen proklamiert worden. Der polnischen Nation, die auf eine große politische und kulturelle Geschichte zurückblicken kann, die seit mehr als einem Jahrhundert in stolzer Trauer einstiger Größe eingedenk geblieben ist und nie die Hoffnung auf eine Wiedererstehung des Polenreiches aufgegeben hat, ist ihre Unabhängigkeit als eine der schönsten Früchte dieses Weltkrieges geschenkt worden. Als beste Stütze seiner Unabhängigkeit wird das Königreich Polen eine starke nationale Armee erhalten, in der, so sagt das Manifest, die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere fortleben sollen. Die Geschichte des polnischen Heeres ist alt und glorreich, sie erzählt von der ruhmvollen Zeit seiner Errichtung, von seinem wechselvollen Schicksal und von seinen Taten, die der Stolz Polens sind und bleiben werden.

Der Begründer des Königreichs Polen ist Boleslav I. mit dem Beinamen Chrobri d. i. der Gewaltige, der Kühne. Dieser erste Polenkönig, der von 992—1025 regierte, ist der Schöpfer des ersten polnischen Heeres. Nach den von ihm erlassenen Satzungen wurde jeder Waffenfähige, welchem Stande er auch angehören mochte, im Notfalle zur Verteidigung des Landes aufgerufen. Die ärmsten Bauern, die Kmeten, wachten über die Sicherheit der Plätze, die an der Reichsgrenze von Boleslav in großer Anzahl erbaut wurden. Die meisten von ihnen übten sich dabei in der Handhabung der Waffen und in allerlei Wendungen und Schwenkungen. Diejenigen Bauern, welche größere Mittel besaßen, sich ein Pferd kaufen und sich mit Schild, Panzer und allem sonstigen Zubehör ausrüsten konnten, traten in die Reihen der Slechiten (Szlachzie, Edelleute), die den Kern des Heeres bildeten.



Ein gut ausgerüsteter Reiter galt mehr als viele Fußsoldaten zusammen, denn Boleslav legte hohen Wert auf eine schnell bewegliche und schlagfertige Truppe und bereitete so die Schaffung der in fast allen folgenden Jahrhunderten so glänzenden polnischen Kavallerie vor. Sobald der Krieg erklärt war, oder wenn der Feind unvermutet in das Land einfiel, verbreitete sich der Ruf zu den Waffen schnell im ganzen Königreiche. Es wurden Feuer angezündet, man ließ Fässer, die mit Harz oder Pech gefüllt waren, auf den Gebirgen, in den festen Plätzen und mitten auf freiem Felde emporlodern, um vor der gemeinsamen Gefahr zu warnen, die Wachen benachrichtigten sich gegenseitig, Eilboten wurden nach allen Seiten geschickt, um die Befehle des Königs zu überbringen, und sogleich sammelten die Amtmänner, Kastellane genannt, die Krieger ihrer Distrikte, um sie dem Oberfeldherrn zuzuführen. Das ganze Königreich war bei dieser Mobilmachung sofort in Bewegung, nirgends gab es einen Aufschub, nirgends eine Verzögerung.[1]) Schon sehr früh wurde im polnischen Heere eine Art Artillerie errichtet. Sie hatte die zahlreichen und vorzüglich gebauten Verteidigungs- und Sturmmaschinen zu bedienen und unterstand einem Ballistarius genannten Feldzeugmeister.

In den beiden Jahrhunderten nach dem Tode des Königs Boleslav Chrobri behielten Heer und Kriegswesen im großen und ganzen dieselbe Verfassung, die ihnen jener mächtige Fürst gegeben hatte. Erst der König Wladislav Loketek (Ellenlang), der von 1320—1334 herrschte, reformierte die Armee den fortschreitenden Bedürfnissen entsprechend. An die Stelle der Amtmänner setzte er in größeren Bezirken Palatine ein, deren eigentlicher Beruf der Kriegsdienst war, und unter die sich im Falle einer Mobilmachung die bis dahin ziemlich selbständigen Magnaten mit ihren Wappen-Bannern zu stellen hatten. So war das Heer straffer organisiert. Die Kavallerie wurde dadurch vermehrt, daß tun-

1) Vergl. Joachim Lelewel, Geschichte Polens. Berlin 1846. S. 27.



lichst jeder Heeresangehörige beritten sein mußte. Wladislav Ellenlang hatte auch eine Truppe von Leuten ständig in seinem Solde und zwar Fremde. Das war eine neue Einrichtung, die von seinen Nachfolgern beibehalten und weiter ausgebaut wurde. Das ganze Heer sollte bezahlt werden, wenn es die Grenze überschritt. Kasimir der Große (1333—1370) verschärfte die Kriegspflicht seiner Untertanen; auch die Klöster, die Städte und privilegierten Kolonisten mußten von jetzt ab Truppenkontingente stellen. Kasimir IV. (1444—1485) vergrößerte die aus Fremden zusammengesetzte stehende Truppe und schuf aus ihr eine wohldisziplinierte Infanterie und Artillerie. Die lange Ruhezeit unter den Königen Sigismund I. und Sigismund II. (1508—1572) hatte die Ritterschaft, den Kern des Heeres, träge und unkriegerisch gemacht, sodaß beim Regierungsantritt des Königs Stephan Batori (1576—1586) eine nur sehr mangelhaft ausgebildete Kavallerie vorhanden war. Der König befahl einheitliche und streng durchzuführende Dienstübungen und warb vorzüglich ausgebildete Ungarn an, mit deren Hilfe die kavalleristische Ausbildung wesentlich gefördert wurde. Die polnische Kavallerie, die den weitaus größten Teil des Heeres bildete, zerfiel in Husaren und Panzerreiter. Erstere waren vortrefflich beritten und erreichten die Zahl 40000. Weniger zahlreich waren die Panzerreiter, die gewöhnlich die Haustruppen der Großwürdenträger, der Bischöfe und Erzbischöfe bildeten. In dringenden Fällen konnte Polen 150 bis 200000 berittene Edelleute nebst den Panzerreitern aufbringen, eine für die damalige Zeit zwar ungeheuere, aber doch oft regellose Reitermasse.[1]) Auch die Artillerie wurde von König Stephan Batori verbessert, und dem soldatischen und kriegslustigen Herrscher gelang es sogar, den Adel zur

---

1) H. von Moltke, Darstellung der innern Verhältnisse und der gesellschaftlichen Zustände in Polen. Berlin 1832. S. 13. (H. von Moltke ist der nachmalige Generalfeldmarschall Graf Helmuth von Moltke).

Aufstellung von Infanterieregimentern zu zwingen, die auf Kosten der Magnaten erhalten wurden und eine ganz wesentliche Verstärkung der Truppenmacht bedeuteten. Die Kosaken, die sich im Süden auf den Inseln des Dnjepr niedergelassen hatten, gewann er für den Kriegsfall als Hilfstruppe. Sie blieben bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts für Polen ein vorzüglicher Schutz gegen Angriffe aus dem Süden und Osten.

Das erste geordnete stehende Heer erhielt Polen unter der Regierung August II. des Starken von Sachsen (1697 bis 1733) im Jahre 1717. Nach dem Willen des Zaren, Peters des Großen, sollte es aber auf 18 000 Mann in Polen und 6000 Mann in Litauen beschränkt bleiben. Polen bestand aus zwei Teilen, dem Kronland und Litauen, und demnach setzte sich auch das neugeschaffene Heer aus zwei Teilen, aus der Kron- und aus der litauischen Armee, zusammen, deren jede ihren besondern Großfeldherrn und Unterfeldherrn hatte und aus eingeborenen und fremdländischen Offizieren und Mannschaften bestand. Die eingeborenen Truppen gehörten ursprünglich nur zur Reiterei, die fremdländischen hauptsächlich zum Fußvolk. Die rein polnischen Truppen behielten die nationale Bekleidung und Bewaffnung sowie das Kommando in polnischer Sprache, die anfangs fremdländischen Truppen, hauptsächlich Dragoner und Fußvolk, zu dem auch die Artillerie zählte, wurden in Bekleidung, Bewaffnung und meistenteils auch in der Kommandosprache „auf deutschen Fuß gestellt", d. h., die Uniform und die Waffen waren durchweg dieselben wie die der deutschen Soldaten, und ihre Sprache war deutsch.[1]) Erst unter König Stanislav August wurde 1766 sowohl für die Garde der Kronarmee wie auch für die litauische Armee die polnische Sprache eingeführt.

1) R. von Flanß, Die auf deutschem Fuß errichteten Regimenter der polnischen Kronarmee in Westpreußen von 1717—1772. Veröffentlichungen des historischen Vereins zu Marienwerder. Marienwerder 1894 Seite 1 u. f.



Polen mußte sich lange Jahrzehnte mit der von Rußland beschränkten Armee, die weder der Größe und Leistungsfähigkeit noch auch der notwendigen Sicherheit des Landes entsprach, begnügen. Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit auf eine notwendige Verstärkung der Armee, die sofort mindestens 40000 Mann betragen könne, hingewiesen. Endlich wurde trotz der drohenden Haltung des russischen Erbfeindes dem am 6. Oktober 1788 eröffneten Reichstag der Vorschlag gemacht, die nationale Armee auf 100000 Mann zu erhöhen. Der Vorschlag wurde nach kurzer Beratung angenommen. Als es sich um die Frage der Organisation handelte, wurde leider der Kavallerie ein in Anbetracht der vorgeschrittenen Kriegführung viel zu bedeutende Stellung eingeräumt. Die aus Edelleuten gebildeten Reitertruppen sollten zusammen mit der Linienkavallerie wie früher die Hauptmacht bilden. Man vernachlässigte die Infanterie, so daß sie der Zahl nach in ungeheuerem Mißverhältnis zur Kavallerie stand. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich auch das Mißtrauen, welches man in Polen in den letzten Jahrhunderten immer gegen den König hegte. Anstatt ihm seinem Wunsche gemäß die Verwaltung der Armee zu übergeben, schlug man zu diesem Zwecke eine Kommission vor, die ganz unabhängig von ihm sein sollte. Diese Kommission wurde denn auch unter Einschluß zahlreicher Feinde einer starken Militärmacht gebildet und verhinderte den Ausbau der Armee mehr als sie ihn förderte. Unglaubliche und rastlose Intriguen machten es dann unmöglich, 100000 Mann zu organisieren, und man entschloß sich, die geplante Heeresstärke auf 60000 Mann zu beschränken.[1])

Als im Jahre 1792 der Krieg mit den Moskowitern ausbrach, zählte die polnische Armee nur 45360 Mann, die für eine erfolgreiche Verteidigung zu schwach waren, zumal Rußland auch durch einen Angriff preußischer Truppen auf Polen unterstützt wurde. Nach wechselvollen Kämpfen

1) Vgl. Joachim Lelewel a. a. O. S. 304.



mußte Polen in ein Schutzbündnis mit Rußland eintreten, und im Vertrag vom 16. Oktober 1793, der mit Recht ein Unterwerfungsvertrag genannt wurde, den Rest seines Heeres auf 15 000 Mann beschränken. Da man in St. Petersburg auch diesen wenigen Truppen nicht traute, beschloß der russische General Igelström am 15. März 1794 eine weitere Verminderung und entließ ganze Regimenter nach vorhergegangener Entwaffnung. Als am 24. März die Insurrektion in Krakau proklamiert wurde, hoben die Polen in aller Eile neue Truppen aus und vereinigten sie mit den von den Russen und Preußen verfolgten, noch vorhandenen Abteilungen des polnischen Heeres. Doch trotz einiger an sich glänzender Erfolge konnte die neue Armee wegen ihrer allzugroßen zahlenmäßigen Unterlegenheit keinen dauernden Erfolg erringen. Wie stark sie in den Kämpfen des Jahres 1794 war, steht nicht fest, gegen Ende des Jahres umfaßte sie noch 30 000 Mann, denen allerdings Kleidung und Nahrung fehlten und deren Mut unter der Schwere der Niederlage und Strapazen zusammengebrochen war. Die Truppenkörper wurden allmählich aufgelöst. Mit der 1795 erfolgten dritten Teilung Polens ist dessen nationale Armee verschwunden.

Der Untergang Polens hatte eine Menge Patrioten, in erster Linie Offiziere, außer Landes getrieben; sie hatten sich hauptsächlich nach Frankreich gewandt, weil sie dort gut aufgenommen wurden und von der siegreichen Republik die Wiedererrichtung ihres einstigen Königreichs erhofften. In Paris gründeten sie eine Zentralvereinigung, die unermüdlich Pläne zur Befreiung Polens machte und beriet.[1]) Man kam recht bald auf den Gedanken, eine neue polnische Wehrmacht zu errichten, die an der Seite der Franzosen die Preußen, Österreicher und Russen bekämpfen, besiegen und dem polnischen Volk seine Unabhängigkeit wieder verschaffen

1) Vgl. Leonard Chodzko. Histoire des légions polonais en Italie. Bd. I Seite 101 u. f.



sollte. Die Schwierigkeiten des Anschlusses an das Direktorium in Paris, das die Polen wohl ausnutzen aber nicht für sie sorgen wollte, waren nicht gering, doch fand man in dem französischen Gesandten am Berliner Hofe, Caillard, einen Helfer. Der Emigrant Joseph Wybicki machte Caillard bereits im September 1795 den Vorschlag, die Republik solle mit einigen ehemaligen polnischen Reichstagsabgeordneten in Verbindung treten und mit diesen polnische Jünglinge und Männer im Gebiete des frühern Königreichs und in ganz Europa zum Kriegsdienst unter Frankreichs Fahnen für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes aufrufen. Die Mittel für die Ausrüstung und Verpflegung sowie den Sold sollte die französische Nation aufbringen. Inzwischen war der ehemalige polnische Generalleutnant Dombrowski, ein hervorragender Soldat und Organisator, der nach der letzten Teilung Polens in Preußen und Sachsen umherirrte, für den Plan der Neuschaffung einer polnischen Armee gewonnen worden. Am 2. August 1796 teilte er dem Gesandten Caillard mit, daß er nach Frankreich gehen wolle, um dort eine polnische Wehrmacht zu gründen. Gleichzeitig bat er ihn um ein Empfehlungsschreiben an den General Jourdan. Caillard sandte das gewünschte Schreiben, und sofort reiste Dombrowski nach Frankreich, erreichte die französischen Truppen und meldete sich bei Jourdan, den er in seine Pläne einweihte. Jourdan riet ihm, sich nach Paris zur Regierung zu begeben. Am 30. September 1796 in Paris angekommen, traf er zunächst mit den polnischen Emigranten zusammen, besprach mit ihnen die Pläne zur Schaffung einer neuen polnischen Wehrmacht und beschloß, zunächst selbst als Freiwilliger in den Stab der Sambre-et-Meuse-Armee einzutreten, um so alle Vorbereitungen erfolgreicher treffen zu können. Er wurde dem General Kleber zugeteilt, der ihn freundlich empfing und sich der polnischen Sache gewogen zeigte. Schon am 10. Oktober richtete Dombrowski ein umfangreiches Schreiben an das Direktorium und fügte ein Memorandum



„über die Bildung einiger polnischer Legionen aus den polnischen Freischaren, die sich bei den Armeen der Republik am Rhein und in Italien befänden“, bei. Diese Legionen sollten, so schlug Dombrowski vor, den Kern und die Schule der zukünftigen polnischen Armee bilden. Die höheren Offiziere sollten die polnischen Generäle sein, die sich in den beiden letzten Feldzügen gegen Rußland und dessen Verbündete ausgezeichnet hätten, die Subalternoffiziere die aus Polen und Galizien geflüchteten sonstigen Offiziere der aufgelösten polnischen Armee. Die nötigen Geldmittel könnten von polnischen Patrioten, durch Verpfändung polnischer Nationalgüter an holländische Finanzleute unter gleichzeitiger Bürgschaft der französischen Regierung beschafft werden, auch würde voraussichtlich die Türkei Hilfsgelder zur Verfügung stellen, da zahlreiche geflüchtete Polen für sie auf dem Balkan kämpften, und schließlich könnte doch auch Frankreich Geld, Waffen und Munition zur Verfügung stellen.[1]) Das Direktorium antwortete am 26. Oktober kurz, daß es zwar der Sache der Polen günstig gesinnt sei, daß aber nach der Verfassung keine Fremden in den Sold der französischen Regierung genommen werden dürften. Es schlage vor, zu versuchen, ob nicht die provisorischen Regierungen von Mailand oder Modena Polen als Hilfstruppen annehmen würden. Damit hatte die Pariser Regierung die Polen sehr geschickt von ihrem Staatssäckel weggeschoben; sie hoffte, so von allen Kosten frei zu sein und die zu schaffenden Legionen doch in ihren Diensten zu behalten; denn die italienischen Republiken standen mit ihrer gesamten Militärmacht Frankreich zur Verfügung. Dombrowski begab sich nach Mailand, und es gelang ihm mit Unterstützung und Genehmigung des damals in Norditalien alleinherrschenden Napoleon Bonaparte, am 9. Januar 1797 einen Vertrag mit der Generalverwaltung der Lombardei zu schließen. Dieser Vertrag bestimmte: Die polnischen Truppenkörper, die sich in der Lombardei bilden

1) Vgl. Leonard Chodzko, a. a. O. Bd. I Seite 177 u. f.



werden, erhalten die Bezeichnung „Polnische Hilfslegionen der Lombardei“. Uniform, Kommando und Organisation richteten sich nach polnischen Überlieferungen, Sold und Verpflegung werden nach dem Reglement für die französischen Truppen gewährt. Die Offiziere werden von der lombardischen Generalverwaltung ernannt. Die Lombardei erklärt, die polnischen Soldaten als wirkliche Waffenbrüder und nicht als fremde Truppen anzusehen.[1]) Sobald dieser Vertrag von Napoleon, dem Vertreter der Lombardei, und Dombrowski unterzeichnet war, begann letzterer die Formation der Legionen vorzubereiten und erließ in französischer, polnischer, italienischer und deutscher Sprache einen Aufruf an die Polen der ganzen Welt, sich für den Dienst in den Legionen zu melden.

Recht bald stellten sich zahlreiche Polen, die Emigranten eilten von allen Seiten herbei, junge Polen flohen aus der unterjochten Heimat, auch solchen Polen, die in feindlichen Armeen dienen mußten, gelang es, nach Italien zu entkommen. Ferner wurden polnische Soldaten, die in feindlichen Heeren gestanden hatten und von den Franzosen gefangen genommen waren, in die Legionen eingereiht. Schon im März 1797 zählte die erste Legion 5000, die zweite 3000 Mann. Später wurden besondere Kavallerie- und Artillerie-Abteilungen formiert, die Polen bildeten nach und nach eine kleine Armee. Durch schwere Verluste in der Lombardei, im Kirchenstaat und in Neapel schmolzen aber die polnischen Kontingente bald sehr zusammen; ein Teil wurde bei der Übergabe von Mantua am 28. Juli 1799 gefangen genommen, der Rest in den Schlachten an der Trebbia (17., 18. und 19. Juni 1799) und in der bei Novi (15. August 1799) fast ganz aufgerieben. Infolge der Niederlagen verschwand die zisalpinische Republik, das Adoptivvaterland der polnischen Legionäre, für immer, und die Trümmer der Legionen retteten sich nach Frankreich. Dort

1) Vgl. Leonard Chodzko, a. a. O. Seite 203 u. f.

sammelten sie sich in Marseille, und als Napoleon, der inzwischen zum ersten Konsul proklamiert worden war, das die Fremden am französischen Heeresdienst hindernde Gesetz beseitigt und die Bildung neuer Legionen erlaubt hatte, wurde eine Hauptlegion unter General Dombrowski und eine zweite als Donaulegion unter General Kniazieviecz gebidet. Napoleon täuschte die Hoffnung dieser Legionen, endlich wirklich für ihr Vaterland streiten zn dürfen, in schmachvoller Weise. Als er eine Expedition zur Unterdrückung der aufständigen Neger auf Haiti ausrüstete, bestimmte er auch die Mehrzahl der Polen zur Teilnahme. Da sie sich nicht gutwillig fügen wollten, wurden sie schnell, von dem Feuer der Artillerie bedroht, im Frühjahr 1801 in Genua und Livorno eingeschifft. Auf Haiti fanden unter dem mörderischen Klima des amerikanischen Archipels fast alle polnischen Legionäre der Expedition ihr Grab.

Was den Polen in Frankreich geblieben war, machte die Feldzüge Napoleons gegen Preußen mit, gelangte wieder auf polnischen Boden und fand dort begeisterte Aufnahme. Wie durch Zauberkraft bildete sich eine neue polnische Armee, da man jetzt bestimmt die Befreiung des Vaterlandes durch Napoleon erwartete. Die Errichtung des Herzogtums Warschau (1807) unter einem französischen Residenten hatte aber nichts mit einer Wiederherstellung Polens gemein. Sie diente nur den militärischen Interessen des Korsen. Das neue Herzogtum sollte ihm für seinen größten Eroberungszug Truppen liefern und mußte unter den schwersten Opfern für ihn eine Armee von 90 000 Mann unterhalten. Ein Teil davon wurde zunächst gegen Spanien geschickt, von wo nur wenige zurückkehrten. Als Napoleon 1812 den großen Feldzug gegen Rußland begann, wurde die noch aus 80 000 Mann bestehende polnische Armee unter mehrere französische Korps verteilt, bei dem Rückzuge waren davon nur 8000 Mann übrig. Ein Teil folgte Napoleon, ein anderer unter dem Befehle des Fürsten Poniatowski hielt sich noch eine Zeit lang in der Gegend von Krakau, wurde durch Rekrutierung

auf 13000 Mann gebracht nnd vereinigte sich mit den Franzosen in Sachsen. In der Völkerschlacht bei Leipzig wurde das polnische Korps fast ganz vernichtet, der Rest flüchtete mit den Franzosen nach Frankreich, wo er an den weiteren Kämpfen Napoleons teilnahm. Nach seiner endgiltigen Niederlage verabschiedete der entthronte Kaiser die Polen und empfahl sie dem Kaiser Alexander von Rußland. Die polnischen Truppenteile des französischen Imperators existierten nun nicht mehr.

Der General Vinzenz Krasinski führte den Rest der Polen aus Frankreich nach Warschau, wo sie dem Großfürsten Konstantin zugewiesen wurden. Der Wiener Kongreß gab Rußland den bedeutendsten Teil des Herzogtums Warschau (Kongreßpolen), und Kaiser Alexander versprach die Haltung einer neuen polnischen Armee, die auch bald errichtet wurde. An ihre Spitze wurde Großfürst Konstantin gestellt, der durch seine barbarischen Sitten und Gewohnheiten sehr unbeliebt war, auch den militärischen Fortschritt seiner polnischen Truppen eher hemmte als förderte. Die Armee bestand beim Ausbruch des polnischen Aufstandes 1830 aus etwa 35000 Mann mit 106 Geschützen und war bis zum Februar 1831 durch Rüstungen auf 36500 Mann Infanterie, 10500 Kavalleristen und 136 Geschütze gebracht worden, dazu kamen noch die Besatzungen der Festungen Modlin und Zamosc sowie die Sicherungstruppen der Weichsel zwischen der österreichischen Grenze und Warschau mit einem Gesamtbestande von 3700 Mann Infanterie, 5400 Kavalleristen und 6 Geschützen.[1])

Nach der Einreihung weiterer neu ausgebildeter Truppen konnten die Polen den Russen sogar eine Armee von 57000 Mann zu Fuß, 20000 Reitern und 142 Geschützen entgegenstellen. Die Siege der Russen hatten das Ende dieser letzten polnischen Armee im Gefolge; was nicht gefallen

1) Vergl. Hermann Kunz, Der polnisch-russische Krieg von 1831. Berlin 1890. S. 8.



oder gefangen genommen worden war, flüchtete über die westlichen und südlichen Grenzen, 21000 Mann mit 95 Geschützen und 9300 Pferden überschritten am 5. Oktober 1831 die preußische Grenze bei Straßburg und wurden von den Preußen übernommen, nachdem schon vorher, am 17. September, ein ganzes Korps mit 15000 Mann und 40 Geschützen auf österreichischen Boden übergetreten war.

Weitere Versuche, eine Armee zu schaffen, wurden in den Jahren 1846, 1848, 1860, und 1863 gemacht, als die Polen durch neue Aufstände ihre Unabhängigkeit erringen wollten. Wieviel an Soldaten bei diesen Aufständen zusammengebracht wurde, steht nicht genau fest. Ein Zentralkomitee hatte im Jahre 1848 einen Erlaß an das polnische Volk hinausgegeben, nach welchem alle jungen Männer im Alter von 15—20 Jahren zum Waffendienst herangezogen werden sollten. Gegen die preußischen Truppen konnten etwa 9300 Mann gestellt werden, von denen die Hälfte mit alten Feuergewehren, die übrigen mit Picken und Sensen bewaffnet waren. In den Jahren 1858—1859 erwachte der Aufstandsgedanke wiederum. Viele Polen kämpften damals unter der Fahne Garibaldis auf Sizilien und in Neapel. Im Oktober 1860 wurde Mieroslawski von Garibaldi zum Oberbefehlshaber einer polnischen Fremdenlegion ernannt, deren Bildung aus dem sogenannten Nationalfonds unterstützt wurde. Sie sollte den Organisationskern eines zukünftigen polnischen Heeres bilden, konnte aber nicht vollständig formiert werden. Als sich die Polen im Jahre 1863 gegen die drückende Moskowiterherrschaft erhoben, brachten sie im ganzen höchstens 25000 Mann auf, die verhältnismäßig schlecht bewaffnet und undiszipliniert waren. Diese Truppe wurde von der ihr entgegengesandten russischen Armee in Stärke von 106000 Mann leicht überwältigt.[1])

1) Vgl. Emil Knorr, Die polnischen Aufstände seit 1830. Berlin 1880. Seite 226.



Als in den schicksalsschweren Augusttagen des ewig denkwürdigen Jahres 1914 ein Weltenringen begann, als die deutschen und österreichisch-ungarischen Waffenbrüder im Westen gegen gierige Habsucht und lodernde Rachegier kämpften und sich im Osten gegen das Moskowitertum, den alten Erbfeind abendländischer Arbeit, Kultur und Sitte, kraftvoll wehrten, da begriffen polnische Männer die Größe dieser Zeit. Die glühende Vaterlandsliebe wies sie an die Seite Deutschlands und der Donaumonarchie, von diesen erhofften sie mit Recht das Heil für ihr Land und ihr Volk. Männer und Jünglinge aus Russisch-Polen scharten sich um den Weißen Adler, der begeisterte Patriot Joseph Pilsudzki organisierte aus ihnen das erste Regiment, rührig und opferwillig half dabei der Stabschef und Kommandant W. v. Zagorski. Die Truppe wurde in den Rahmen der österreichisch-ungarischen Armee eingeschlossen, wählte den Namen „Polnische Legionen", behielt eine eigene Uniform, die polnische Kommandosprache und eine eigene polnische Gerichtsbarkeit. Allmählich wuchs das polnische Kontingent zu einer Kopfstärke von 12000 Mann an, die in Regimenter und Brigaden formiert und dem Oberbefehl des Feldmarschalleutnants Durski von Trzaska unterstellt wurden. Diese polnischen Truppen bilden die Grundlage für die neue polnische Armee, die nunmehr in der Organisation begriffen ist, und für die bereits die Garnisonen bestimmt sind. Die oberste Leitung hat am 15. November 1916 General Stanislav Graf Szeptycki übernommen, der aus einer Familie mit alten und schönen militärischen Überlieferungen stammt.

Die heutigen polnischen Nationaltruppen haben keinen falschen Protektor, wie es der erste Napoleon für ihre Väter war. Dem galten sie lediglich als Landsknechte. Sie haben auch nicht, wie nach dem Wiener Kongreß, den russischen Zaren mit dem Großfürsten Konstantin als zweifelhafte Schützer, die nie eine nationale Erstarkung Polens wünschten. Hinter den jetzigen polnischen Regimentern stehen Deutschland und Österreich-Ungarn, zwei Mächte, die in Redlichkeit

und Treue Polens immerwährende Unabhängigkeit und das Beste des Landes und Volkes wünschen und nach Kräften erstreben. Und deshalb wird ein neues polnisches Heer erstehen, aus der Nation und für die Nation geboren, die beste Stütze des unabhängigen Königreichs Polen für alle Zukunft.

XXX.

Vom Friedensangebot zum hemmungslosen Unterseebootskrieg.

Das Friedensangebot der Mittelmächte ist ohne praktischen Erfolg geblieben. Die feindlichen Mächte lehnten es unter Führung Großbritanniens mit brutaler Gewalttätigkeit und in schärfster Bedrohung der Existenzgrundlagen der Mittelmächte ab; auch der sogenannte Vermittlungsversuch Wilsons, der bei aller Phraseologie über die Schaffung und Verbürgung eines Weltfriedens eine Hilfsaktion für die Entente, im besonderen für England war, hatte keine weitere Folge. Schroff wies die Entente jedweden Friedensgedanken zurück. Daraufhin zogen jetzt Deutschland und Österreich-Ungarn die letzten Konsequenzen aus der Lage und verkündigten am 31. Januar 1917 den hemmungslosen Unterseebootskrieg gegen Großbritannien, Frankreich und Italien. Infolge dieser Kriegsmaßnahme, die den Neutralen mitgeteilt worden ist, erklärten die Vereinigten Staaten von Amerika die Beziehungen zu Deutschland für abgebrochen und riefen ihre diplomatische Vertretung ab. Mit Österreich-Ungarn ist die Sache noch in Schwebe.

Jetzt heißt es nur: Vorwärts schauen! Der Weltkrieg erfährt eine furchtbare Verschärfung und wird nunmehr zur Endentscheidung über Sein oder Nichtsein geführt. Rückschauende Betrachtungen haben keine Bedeutung mehr für



die Erforschung der Zukunftsmöglichkeiten. Wenn sie hier angestellt werden, so geschieht es zu dem einen Zweck, darzutun, daß alles geschehen ist auf seiten der Mittelmächte, um eine rasche Lösung der Kriegswirren im Sinne Europas und der Abkürzung der Leiden seiner Völker herbeizuführen.

Das mitteleuropäische Friedensangebot ist am 12. Dezember 1916 erfolgt. Bekanntlich hat der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza die Initiative hiezu für den früheren österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Freiherrn v. Burian in Anspruch genommen, während Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 12. Dezember im Reichstag schilderte, daß Kaiser Wilhelm während des ganzen Krieges von dem einen Gedanken bewegt war, wie der Friede wieder bereitet werden könnte. Dazu ist durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ein Nachtrag geliefert worden. Unter dem 30. Oktober 1916 richtete der Kaiser ein Schreiben an den Reichskanzler, worin der Kaiser den Auftrag gibt, alles bereit zu machen für ein Friedensangebot und ihm bald die Noten vorzulegen. Der Kaiser erwähnt, daß unsere Feinde keine Männer besitzen, die den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen sei eine sittliche Tat. „Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der, unbekümmert um die absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes, den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen." [1])

Diese tiefe ethische und christliche Auffassung der Herrscherpflichten im Kriegsgebraus wird man nicht ohne eigene Bewegung vernehmen. Das Schreiben ist zugleich ein wichtiges Dokument für die politische Bewertung des Friedensangebotes und die Einschätzung der Wirkung desselben.

Zur Vorgeschichte des Friedensangebotes äußerte sich

1) Nordd. Allgem. Ztg. Nr. 14 vom 15. Januar 1917.

auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling in einer vielvermerkten, ein ausgezeichnetes Exposé der ganzen Kriegsentwicklung und der leitenden Motive darbietenden Rede. Er sagte in derselben: „Das Friedensangebot entsprang nicht dem Übermut des Siegers, der glaubt, den Fuß auf den Nacken des Feindes setzen zu können, es entstammte noch weniger dem Gefühle eigener Erschöpfung. Es geschah aus sittlichen Erwägungen heraus, im Interesse der Menschheit und Menschlichkeit".[1]) Im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer bemerkte Graf Hertling am 1. Februar noch: Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sei vor Bekanntgabe des Friedensangebotes ebenfalls gehört worden; er habe es lebhaft unterstützt.[2]) Das Friedensangebot sei im vollen Bewußtsein der Erreichung unserer Defensivzwecke nicht zuletzt der Initiative dieses Ausschusses zu danken.[3]) Die Berichte weichen von einander ab, so daß man vorerst darauf angewiesen ist, die beiden Stellen zu kombinieren. Die Mitwirkung des genannten Ausschusses, der während des Krieges sehr oft einberufen wurde, ist ein erfreuliches Zeichen der Solidarität der Leitung der Reichspolitik mit den Bundesstaaten.

Das Friedensangebot hatte eine Doppelwirkung: es übte in der inneren und äußeren Politik entscheidenden Einfluß.

Auf dem Gebiet der inneren Politik der Mittelmächte ist eine hocherfreuliche Wirkung des Friedensangebots sofort eingetreten. Es ist eine erfrischende Erneuerung der Einigung erreicht worden, welche die bei der langen Kriegsdauer erklärlichen Reibungen, um nicht zu sagen Zerklüftung der Parteien und Meinungen Deutschlands und seiner Verbündeten sofort abgestellt hat. Insbesondere gilt dies für die deutsche Sozialdemokratie, die durch Spaltungen zersetzt ist,

1) Bayerische Abgeordnetenkammer 31. Jan. 1917.
2) Bericht der Münch. Neuest. Nachr. Nr. 75.
3) Bericht der Augsb. Postztg. Nr. 53.

welche auf die Kriegsentschlossenheit der Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratie hemmend einwirken mußten. Die Bekundung des Friedenswillens durch das Friedensangebot hat die Agitation der sozialdemokratischen Minderheit zwar nicht entwaffnet, aber doch der Mehrheit in der Sozialdemokratie eine günstigere Stellung gegenüber der Nörgelei in den eigenen Reihen gegeben. Sie kann auf das Friedensangebot hinweisen und an sich schon haltlose Vorwürfe entkräften, daß sie einer unbegrenzten Kriegspolitik dienstbar sei. Der „Vorwärts", das Hauptorgan der sozialdemokratischen Mehrheit, hat erst noch in den letzten Tagen[1]) die Lage seiner Partei geschildert. Er stellte die Fragen: „Erstens hat die Sozialdemokratie die Pflicht der Vaterlandsverteidigung? Zweitens: Ist diese Pflicht im jetzigen Kriege für uns positiv gegeben?" Die sozialdemokratische Minderheit (Arbeitsgemeinschaft genannt) bejahte die erste Frage, verneinte aber die zweite, weil sie den gegenwärtigen Krieg nicht als Verteidigungskrieg anerkennen wolle, die sozialdemokratische Mehrheit bejahte beide. Der „Vorwärts" führt dann aus, wie die Frage der Schuld am Kriegsausbruch auch gelöst werden möge, heute, nach zweijähriger Kriegsdauer, trete sie völlig zurück hinter der ungleich brennenderen: „Wer ist Schuld an der Kriegsverlängerung?" Das sozialdemokratische Hauptorgan beantwortet die Frage dahin, daß die Schuld zweifellos den Gegnern zufällt. Und daran anschließend schreibt der „Vorwärts": „Der Tag der Ententenote hätte für sie (die sozialdemokratische Minderheit) das Signal zu einer völligen Schwenkung ihrer Politik werden müssen, sofern ihr theoretisches Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung überhaupt ehrlich gemeint war. Zu dieser Tat fand sie nicht den inneren Mut." Von dem speziellen Fall der Sozialdemokratie abgesehen, darf für alle Volksgenossen gesagt werden, daß für sie nun auch noch durch das Friedensangebot der Beweis geliefert ist, daß der Krieg als Defensivkrieg geführt wird

1) In Nr. 33 vom 3. Febr. 1917.

und nach den Dispositionen der Mittelmächte jeden Tag beendigt werden kann, wenn der Gegner in die ausgestreckte Hand einschlägt. Die eiserne Geschlossenheit des deutschen Volkes ist neuerdings erhärtet worden, welche die unentbehrliche Voraussetzung für die Fortsetzung des Krieges ist.

Wegen der Wirkung des Friedensangebots in der äußeren Politik sind mehrfach Bedenken geäußert worden. Durch die Verwicklung in Verhandlungen könnten die Mittelmächte in die Zwangslage versetzt werden, ihre Kriegsziele vorzeitig bekannt zu geben, sei es auf dem Wege eines sich entspinnenden Notenwechsels, sei es auf einer Konferenz, die ergebnislos verlaufen könne. Diese Befürchtung war, wie der Verlauf der ganzen Aktion gezeigt hat, grundlos. Das Friedensangebot hat vielmehr zu einer prägnanten weltpolitischen Klärung geführt.

Durch die Aktion der Mittelmächte ist die Entente, innerhalb der in Rußland und Italien schwache Punkte liegen, infolge der Kriegsmüdigkeit des Volkes und auch hoher Kreise, auf eine harte Probe des Zusammenhalts gestellt worden. Darum zogen auch die Ententestaatsmänner unter englischer Regie sofort die stärksten Register, um die Friedensnote zu überschreien und die Völker der Ententestaaten aufzupeitschen. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow, der Ende Dezember 1916 in Berlin weilte, charakterisierte dem Professor Dr. Ludwig Steiner gegenüber die Antwortnote der Ententestaatsmänner sehr treffend mit den Worten: „Sonino spricht im Piano, Briand und Lloyd George reden im Fortissimo, Prokowski poltert im Furioso.“ [1]) In dem heutigen Stadium der Frage haben alle diese Reden keine Bedeutung mehr, mit denen die Vertreter der Entente ihre Völker scharf zu machen suchten gegen das Friedensangebot. Sie werden aber dann wieder hervorgeholt werden müssen, wenn beim Scheitern der Kriegspläne der feindlichen Staaten in diesen das Volk diejenigen zur Rechenschaft ziehen sollte,

1) Vossische Zeitung Nr. 654 vom 22. Dez. 1916.



welche die Völker Europas ins Verderben geführt haben; vielleicht wird dann manchem der Galgen näher stehen als das Festmahl.

Für künftige Friedensverhandlungen nach einem, wie zu hoffen ist, siegreichen Krieg wird sich das Friedensangebot schwer in die Wagschale werfen. Die Friedensbedingungen werden andere sein müssen, nachdem die Ententestaaten dem Friedensruf der Mittelmächte nicht gefolgt sind. „Englischer Geschäftsneid, französische Revanchesucht und russisches Ausdehnungsbedürfnis, diese drei sind die eigentlichen und tiefsten Ursachen, welche den furchtbarsten aller Kriege entstehen ließen", sagte Ministerpräsident Dr. Graf von Hertling in der bayerischen Abgeordnetenkammer (31. Jan. 1917). Wie diese Katastrophe vorbereitet worden ist, wer die Schuld am Weltkrieg auf sich geladen hat, ist aktenmäßig für die Geschichte festgelegt. Durch das Friedensangebot ist der Kreis geschlossen, die Mittelmächte sind in einen Verteidigungskrieg hineingezerrt worden und sie waren es, die im Erfolg und in einer gefestigten militärischen Situation den Frieden anboten. Die Ablehnung der Feinde setzt diese neuerdings ins Unrecht und erschwert ihre Situation beim Friedensschluß in unmeßbarer Art.

Das Friedensangebot schafft den Mittelmächten das Prestige, daß sie die ersten waren, die daran gedacht haben, der Menschheit den Frieden zu geben. Präsident Wilson ist zu spät gekommen mit seinen Friedensanregungen, die Initiative war bei den Mittelmächten und Wilson wurde des Ruhmes, den er so gern auf sich genommen hätte, nicht teilhaftig, die Friedenspalme den Europäern voranzutragen. Gerade nach dieser Richtung ist das Friedensangebot der Mittelmächte von unschätzbarem Werte; das Gesetz der Initiative ist von den Mittelmächten diktiert und es wird nicht bloß beim Friedensschluß von wohltätigen Folgen sein, sondern auch, so muß man annehmen, in der späteren weltpolitischen Entwicklung nach dem Kriege seine Rolle spielen.

In einer Hinsicht ist nichts erreicht worden, was wün-

schenswert gewesen wäre, eine Friedensbewegung ist unter den Neutralen nicht ausgelöst worden.

Nachdem die Ententestaatsmännner in Reden das mitteleuropäische Friedensangebot schnöde zurückgewiesen hatten, ist am 18. Dezember der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Wilson mit seiner Note an die Kriegführenden hervorgetreten, die als ein Versuch zu charakterisieren ist, die Einmischung Amerikas in die europäischen Wirren vorzubereiten. Wilson bot seine guten Dienste an: „der Präsident schlägt keinen Frieden vor; er bietet nicht einmal seine Vermittlung an. Er regt nur an, daß man sondiere, damit die neutralen und die kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag". Diese Hauptstelle der Note sucht das Gesicht zu wahren. Allein es ist Maske. Die Wißbegierde Wilsons will Befriedigung, denn die Sondierung soll auch für die Neutralen, d. h. Amerika erfolgen. An einer anderen Stelle der Note heißt es ja:

„Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte und über die Vorkehrungen, die gegen eine Wiederholung des Krieges oder Entfachung irgend eines ähnlichen Konflikts in Zukunft eine zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit böte, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gerne bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise seinerseits dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen."

Dies der wesentliche Inhalt der Wilsonnote. Trotz aller Bemühung, das Ziel Wilsons diplomatisch einzuhüllen, ist das Bestreben offensichtlich, die Hände im Spiel zu haben.

Wilson's Plan scheiterte. Die Mittelmächte antworteten ablehnend. Die deutsche Antwort vom 26. Dezember 1916 schob in den Vordergrund, daß Wilson die Wahl des Weges offen lasse und hielt an der Friedensnote vom 12. Dezember



fest, daß allein ein unmittelbarer Gedankenaustausch der Kriegführenden der geeignetste Weg sei, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Die Antwort ging aber einen Schritt weiter und schlug „den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Ort vor." Damit war Präsident Wilson ausgeschaltet. Die Mittelmächte ließen sich die Initiative und die eigene Selbstbestimmung nicht entwinden.

Die Schweiz und die skandinavischen Staaten schlossen sich Wilson an. Spanien lehnte ab, weil es die Zeit für eine Vermittlung nicht für gekommen erachtete und sich vorbehielt, zu gegebener Stunde selbst vermittelnd aufzutreten.

Auch die Entente antwortete. Sie sandte Wilson eine Note, die ein ewiger Schimpf für die europäischen Großstaaten England, Frankreich, Rußland und Italien sein wird. Die Antwort erforderte ungebührlich lange Zeit, offenbar wegen der Uneinigkeit der Ententestaaten in der Formulierung; sie ist erst am 11. Januar 1917 in Paris ausgegeben worden. Die Antwortnote der Entente war in einem über die Maßen unanständigen Schimpfton gehalten und stellte Friedensbedingungen, die einer Vernichtung der mitteleuropäischen Staaten und ihrer Verbündeten gleichkommen. In die Mitte gestellt wurde das Nationalitätenprinzip mit der Auflösung Österreich-Ungarns und der Türkei, die aus Europa geworfen werden soll, und dann „die Wiederherstellung der Gebiete, die ehemals den Alliierten durch Gewalt und gegen den Wunsch ihrer Bevölkerung entrissen worden sind". Also auch Herausgabe von Elsaß-Lothringen und des Gebietes mindestens bis an den Rhein, die Herausgabe von Posen, von Teilen Schlesiens, weitere Gebiete von Ost- und Westpreußen zum Zusammenschluß mit Polen ist als Forderung ebenfalls indiziert. Professor Fr. W. Förster gibt zu diesen Forderungen das Gesamturteil ab: „Bei der Lektüre der betreffenden Forderungen der Entente hatte man das Gefühl, daß hier ganz mosaikartig, ohne staatsmännische Verarbeitung und Voraussicht, lauter einander widersprechende und

realpolitisch gar nicht auszudenkende Dinge in großer Hast zusammengeworfen sind." [1])

Auch Försters Urteil über das in der Ententenote aufgestellte Nationalitätenprinzip ist beachtenswert. Er sagt an der gleichen Stelle: „Eine schematische und abstrakte Lösung des Nationalitätenproblems wäre die schlimmste Vergewaltigung und müßte ein Chaos von kopflosen Forderungen und damit von neuen Kriegsursachen entfesseln. Gewiß soll jede Verfolgung, Unterdrückung und Zurücksetzung bestimmter nationaler Traditionen aufhören — solche Praktiken aber kommen ja doch gerade aus der Überspannung des Nationalitätenprinzips, wie sie auch in der Ententenote zu finden ist, wobei ganz die wohltätige kulturelle Wirkung übersehen wird, die von dem staatlichen Zusammenwirken verschiedener Nationalitäten ausgeht." Die Entente habe „gerade den übernationalen Staat Österreich, das Sinnbild eines künftigen friedlich geeinten Europa, zugunsten eines ganz überspannten Nationalitätenprinzips am schwersten vor den Kopf gestoßen".

Die Ententeantwort mit diesen Kriegszielen ist eine diplomatische Stümperei, die aus dem Niedergang der Regierungskunst in England in erster Linie zu erklären ist. Man hat zwar behauptet, der Stockengländer besitze eine solche Verachtung für die Kontinental-Europäer, daß er glauben mochte, mit einer solchen Zurückweisung der Friedenstendenzen die Mittelmächte zu erschrecken und sie zur Kapitulation zu zwingen. Das mag der Denkart des Durchschnitts-Engländers entsprechen. Es reicht indes nicht zur Erklärung des wahnwitzigen Verhaltens aus. Die Annahme liegt nahe, daß die Einmütigkeit in der Entente nicht zu erreichen war, wenn nicht für jeden einzelnen der Bundesgenossenschaft das Füllhorn seiner eigenen Kriegsziele ausgeschüttet worden wäre. Allein auch in dieser prekären Situation mußte das letzte Residuum von Wohlanständigkeit und staatsmännischem Sinn noch hinreichen, einen Akt zu vermeiden, der die Mittel-

1) Neue Züricher Ztg. Nr. 98 vom 18. Jan. 1917.



mächte erneut zum Kampf um Leben und Tod aufrief und sie wie einen rocher de bronce zusammenschmiedete, an dem sich der Ansturm der Ententestaaten bricht. Für alle Zeiten setzte sich die Entente ins Unrecht, sie verfällt mit dieser Haltung dem Urteil der Geschichte.

Die Botschaft Wilsons an den amerikanischen Senat vom 22. Januar 1917 ist dann noch gefolgt, in welcher er weiter seine Ideen enthüllt, die man bei der ersten Lektüre der Botschaft gar nicht begreift und für einen Unsinn halten könnte, der sie keineswegs sind. Wilson plädiert, seine verstiegenen Ideen und Phrasen beiseite, für einen Frieden unter Bürgschaft eines Weltbundes. Es sei unfaßbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten bei diesem großen Unternehmen keine Rolle spielen sollte. Wilson stellt die Bedingungen fest, unter denen die Amerikaner sich imstande fühlen, „Hilfe zu bringen". Den Beitritt zu einer Friedensliga macht Wilson davon abhängig, daß die Verträge und Übereinkommen, die den Krieg beendigen, Bedingungen verwirklichen, die einen Frieden schaffen, der wert ist, verbürgt und erhalten zu werden. Wilson will keine Stimme für die Friedensbedingungen, aber er will eine Stimme haben bei der Feststellung, ob die Friedensbedingungen von Bürgen eines allumfassenden Bundes bleibend gemacht werden können. Das gibt im Zusammenhalt mit der Wilsonnote vom 18. Dezember 1916 ganz klar das Bestreben Amerikas, künftig nicht bloß in den europäischen Verhältnissen mitzureden, sondern auch sich bei der Formulierung der Friedensbedingungen zum Abschluß dieses Weltkrieges durch moralische Pression und direktes Einmischen zur Geltung zu bringen.

Präsident Wilson wird durchweg wegen seiner staatsrechtlichen Theorien als ein Ideologe hingestellt. Das ist er nicht. Er verfolgt das reale Ziel eines Weltbundes unter anglo-amerikanischer Vormundschaft, um dadurch Amerika vor den ihm von Japan und dem wiedererwachenden China drohenden Gefahren zu bewahren und andererseits Großbritannien in seiner Weltmacht zu erhalten gegen die



friedliche Durchdringung der weltpolitischen Verhältnisse durch die lebenskräftigen deutschen Stämme, ihre Organisations-kraft, zähe Ausdauer und ihren unermüdlichen Fleiß, mit denen sie im Orient und auf den Meeren und über See der englischen Alleinherrschaft störend in den Weg kommen. Amerikas und Englands Großkapital sind eng verwachsen und ihre Staatenpolitik zieht die gleichen Kreise.

Das Gesamtbild, welches sich in diesem Notenaustausch widerspiegelt, nötigt in Bezug auf die äußere Politik und die Kriegslage zu dem einzigen Schluß: „Es gibt keinen Frieden ohne Waffenentscheidung". In diesen Worten präzisierte der preußische Kriegsminister General v. Stein[1]) die Frage, was nun weiter zu geschehen habe. Die Mittel-mächte wissen jetzt, was ihnen droht, wenn die Ententestaaten siegen. Sie können sich die Bedingungen für ihre Erhal-tung und Fortentwicklung nur schaffen und sichern und den Frieden der Welt nur geben, wenn sie in dem ihnen an-gedrohten Vernichtungskampfe Sieger bleiben. Darauf ist alles einzustellen. Worte sind fruchtlos und die Anstren-gungen der Diplomatie und Politik sind wesenlos geworden.

So ist es zum uneingeschränkten, hemmungslosen Uboots-krieg gekommen, wie er am 4. Februar 1915 schon einmal erklärt, und im Frühjahr 1915 und im Frühjahr 1916 einige Wochen geführt worden ist. Der amerikanische Noten-krieg hat seine enge Einschränkung verursacht, nachdem Präsi-dent Wilson mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht hatte. (Note vom 20. April 1916). Darüber ist heißer Streit in Deutschland entstanden, der große Verbitterung schuf. Man schob dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Absicht einer Schonung Englands zu, die linksliberalen und sozialdemokratischen Zeitungen sekundierten dem Reichs-kanzler und vertraten eine nach dem Westen orientierte Kriegspolitik. Es bildeten sich Ausschüsse zur Agitation für

1) Berliner Lokalanzeiger Nr. 63 vom 4. Febr. 1917.

den schrankenlosen Unterseebootskrieg, offen und mit Geheimdokumenten wurde gekämpft, nachdem der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz zurückgetreten und eine heiße Atmosphäre heraufgezogen war. Die inneren Vorgänge kennt man nicht. Es wurde von dem konservativen Führer v. Heydebrand in einer zu Frankfurt a. M. gehaltenen Rede ausgesprochen, nicht technische Gründe hätten zur Eindämmerung des Unterseebootskrieges geführt, sondern politische. Ob unter den politischen Gründen die Rücksicht auf die Bundesgenossen Deutschlands, über deren Zustimmung man früher nichts erfahren hat, oder auf Nordamerika und die Neutralen zu verstehen ist, bleibe dahingestellt. Heute ist die Lage eine andere. Rücksichten können nicht mehr genommen werden, da den Mittelmächten der Existenzkampf in der schärfsten Form aufgedrängt ist. Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling hat im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer dazu am 1. Februar 1917 folgendes bemerkt: Er gebe sein Wort, daß keinerlei Konnivenz gegen England obwalte. Illusionspolitik bezüglich Englands habe nie bestanden; der Reichskanzler habe niemals eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Ubootskrieg betont, sondern nur eine kühle Berechnung über Einsatz und Risiko angestellt.[1]) Daran hat man sich zu halten. Es wäre auch nichts anderes denkbar, denn daß ein deutscher Staatsmann ein Mittel aus der Hand gäbe, das den Sieg verbürgt, ist natürlich ausgeschlossen. Indes muß auch die Tat dem Prinzip entsprechen.

Der Unterseebootskrieg, wie er jetzt geführt werden wird, der ungehemmte Unterseebootskrieg, soll eine Seesperre gegen England, Frankreich und Italien herbeiführen und diesen die Zufuhren von Lebensmitteln und Kriegsmaterial aus ihren überseeischen Gebieten und aus den neutralen Staaten abschneiden. Das geschieht durch eine rasche Herabsetzung des Schiffsraums der feindlichen Staaten selbst, eine Zer-

1) Bericht der Augsb. Postztg.



störung, der auch die neutrale Schiffahrt verfällt, wenn sie sich in das Kriegsgebiet wagt, es geschieht auch durch Abschreckung der neutralen Schiffahrt, England weiter dienstbar zu sein und für dieses Leben und Besitz aufs Spiel zu setzen.

Am wilden Aufschrei italienischer Blätter, die mit ödem Schimpfen über Deutschland herfallen, merkt man, daß sich Italien mit seiner Abhängigkeit von England, das ihm Kohlen und Eisen liefern muß, schwer bedroht sieht; ihm könnte zu allererst der Atem ausgehen. In gleicher Weise gefährdet ist Frankreich. England selbst faßt die Situation mit tiefem Ernste auf. Premierminister Lloyd Georges sagte in einer Rede am 2. Februar: „Ersparnisse an Nahrungsmitteln sind Ersparnisse an Tonnage und Ersparnis an Tonnage ist im gegenwärtigen Krieg der Lebensnerv der Nation." Das ist das für England gestellte Problem.

Englands Lage ist mehr gefährdet als die seiner Verbündeten. Denn wenn es durch eine Waffe der Seekriegsführung genötigt wird, Frieden zu schließen, dann ist seine Weltstellung erschüttert, mag es in den Friedensbedingungen noch so glimpflich durchkommen. Es wird dann seinen Ruf als die die Meere beherrschende Seemacht verlieren und damit steigt es von seiner Höhe herab. Die „Times" sagten deshalb bei Verkündigung des uneingeschränkten Ubootskrieges: „Das Problem ist eines der ernstesten, vor die wir seit Beginn des Krieges gestellt sind." Schon zuvor hatte der englische Landwirtschaftsminister Prothero England mit einer belagerten Stadt gleichgestellt. Selbst wenn die Lebensmittelproduktion in England aufs äußerste forciert wird, dann bleibt es nach englischer Schätzung noch immer mit drei Fünfteln der Nahrungsmittel vom Ausland abhängig.

Archibald Hurd, der bekannte Kriegsschriftsteller Englands, schreibt in der Fornightly Review:

„Die Macht zur See beruht nicht auf Kriegsschiffen. Erst die Verbindung einer gesunden, kräftig entwickelten Handelsflotte mit der Kriegsmarine sichert der ersteren die Ausübung ihrer eigenen Aufgaben und ermöglicht der letzteren, ebenfalls



ihren besonderen Zweck zu erfüllen. Es wäre der Fall denkbar, daß eine einzelne Macht in militärischer Beziehung einen vollkommenen Sieg davontrüge und dennoch zur See geschlagen wäre. Was hülfe uns z. B. die vollkommene Beherrschung der See durch unsere Kriegsflotte, wenn wir infolge der gewaltigen militärischen Anforderungen an unsere Handelsmarine und der feindlichen Ubootserfolge nicht mehr genügend Schiffe zur Versorgung unseres Landes und der Verbandsgenossen mit Lebensmitteln und Rohmaterial besäßen? Und doch kann nicht geleugnet werden, daß, von diesem Standpunkt aus betrachtet, unsere Seemacht infolge der steigenden Schiffraumnot bereits ernstlich geschwächt ist." [1])

Eine offiziöse Darstellung der Kölnischen Zeitung [2]) kommt zu dem Schlusse, „daß es heute möglich ist, die überseeische Versorgung des Feindes, da sie in allen kriegswichtigen Artikeln knapp und schwierig geworden ist, und sich bereits der Grenze nähert, jenseits deren verhängnisvolle und entscheidende Störungen liegen, durch den uneingeschränkten Ubootskrieg so zu treffen, daß davon entscheidende Wendungen erwartet werden dürfen."

Und nun vorwärts! Glückauf zum Sieg, der dem Briten aufgenötigt werden möge zum Heil und zur Ruhe Europas und der Welt!

---

1) Zitiert in der Berliner „Kreuzzeitung" Nr. 65 v. 5. Febr. 1917.

2) Nr. 118 vom 3. Februar 1917.

XXXI.

Die Doktrin Wilson und ihre Probe.

8. Februar.

Si duo faciunt idem, non est idem. Das gilt nicht bloß von wirklich verschiedenen Personen, sondern nicht selten auch von einer und derselben Person, je nach der Stellung, in welcher sie sich zeitweilig befindet oder befunden hat. Hätte Wilson, wie er es zweifellos getan, die Doktrin, die er in seiner jüngsten Botschaft an den amerikanischen Senat entwickelt hat, als Professor am Katheder oder in einer Schrift vorgetragen, die große Welt, schon gar die politische Welt hätte sich den Pfifferling darum gekümmert und wohl die wenigsten Leute hätten davon überhaupt Kenntnis erlangt. Ganz anders jetzt, wo Wilson statt vom Lehrstuhl einer sogenannten Universität vom Präsidentenstuhl der nordamerikanischen Republik herab zu sprechen in der Lage gewesen ist; jetzt muß alle Welt, wenigstens alle politische Welt von seiner Doktrin Kenntnis und zu derselben Stellung nehmen. Denn jetzt sind es die Worte eines Mannes, dem momentan über vieles Gewalt gegeben ist, der also seinen Worten auch mit Gewalt, wenn schon nicht unbedingt, Geltung verschaffen, so doch sehr empfindlichen Nachdruck geben und dadurch dem Rad der Weltgeschichte eine neue Richtung weisen kann.

Dieser ganz gewaltige Unterschied ist selbstverständlich auch dem vormaligen Professor und jetzigen Präsidenten Wilson nicht unbekannt geblieben. Wilson spricht es ja auch ganz deutlich als seine Absicht aus, daß seine diesmaligen Worte dazu führen sollen, resp. führen können, dem Weltenlauf eine andere und, nach seiner Meinung, natürlich bessere Wendung zu geben. Diese Botschaft Wilsons ist also ein Ereignis und Dokument zugleich, ein Ereignis, weil sie, wie gesagt, dazu bestimmt ist — ob sie diese Bestimmung auch



wirklich erreicht, ist eine andere Frage — auf den Verlauf und das Resultat des jetzigen Krieges entscheidenden Einfluß zu nehmen, und ein Dokument, weil sie ausspricht, in welchem Geiste und Sinne die große amerikanische Republik die Weltangelegenheiten aufgefaßt und geleitet zu sehen wünscht, weil sie mit einem Worte die Beurkundung der derzeit in der genannten Republik herrschenden Weltanschauung ist.

Der seither erfolgte diplomatische Bruch Wilsons mit Deutschland und was darauf noch weiter folgen mag, kann das Interesse für die Doktrin nur noch verstärken, denn diese Ereignisse müssen dazu führen, daß die Doktrin alsbald ihre Probe wenigstens in der Richtung zu bestehen haben wird, ob sie wirklich die zweifellos feststehende Meinung der Vereinigten Staaten oder bloß das in falschem Golde glitzernde Wahlprogramm eines ehrgeizigen Präsidentschafts-Kandidaten ist, das von den Wählern fluchtartig verlassen wird, sobald sie die Fälschung des Glanzes zu merken beginnen. Wir werden aber auch eine, wie man so sagt, Probe aufs Exempel selbst vorführen können.

An die Spitze seiner Doktrin stellt Wilson die sog. Monroe-Doktrin. Mögen sich die Völker, meint er, einmütig die Lehre zu eigen machen, daß kein Volk darnach streben soll, seine Regierungsform auf irgend ein anderes Volk zu erstrecken, daß es vielmehr jedem Volk freistehen soll, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang selbst zu bestimmen.

Die zweite These lautet dahin, daß die Völker solche Bündnisse vermeiden sollen, die sie in Konflikte mit anderen Völkern bringen können.

Drittens sollen alle Völker die Freiheit der Meere anerkennen.

Viertens endlich sollen die Völker keine größere Land- und Seemacht unterhalten, als zur Aufrechthaltung der eigenen Ordnung notwendig ist.

Also sprach Wilson zum amerikanischen Senat, nein, zur ganzen Menschheit, denn er schloß sein Programm mit



der Geste eines von der Menschheit zur Menschheit entsandten Propheten: „Das sind die Grundsätze der Menschheit, sie müssen zur Geltung gelangen."

Unterdrücken wir alle die sich aufdrängenden Bemerkungen über Ton und Methode eines neuen Sekten-Häuptlings, die Wilson hier nicht das erstemal zur Anwendung gebracht hat, und halten wir uns an die Sache selbst.

Vor allem muß einem jeden Leser oder Hörer die Nachlässigkeit auffallen, mit der Wilson mit den Worten Volk und Völker, Nation und Nationen umspringt. Was versteht er unter einem Volke? Eine politische, also eine Staatsgemeinschaft? Oder eine bloße Sprachgemeinschaft? Oder die eine oder andere denkbare Zwischenstufe zwischen diesen beiden? Im perorierenden Teil seiner Botschaft spricht er einmal von „unseren nationalen Überlieferungen", „unserer nationalen Politik". Da also will er unter Volk oder Nation ganz zweifellos nur die politische, die staatliche Gemeinschaft verstanden wissen, wornach also der Volks- mit dem Staatsbegriff zusammenfiele und die sprachlichen und anderen Unterschiede keine wesentliche Rolle spielen dürften. Das stünde — übrigens nur nebenbei gesagt — auch in Übereinstimmung mit seinem Auftreten gegen die Deutsch-Amerikaner, die er bekanntlich als Bindestrich-Amerikaner gebrandmarkt hat, weil sie, wie er meinte, den vollen amerikanischen Einheitsgeist vermissen ließen. An einer früheren Stelle seiner Botschaft aber hat er, ausdrücklich um zu erklären, wie er es mit den Völkern und Nationen meine, auf die Polen hingewiesen. Alle Staatsmänner, sagte er da, seien darin einig, daß es ein freies unabhängiges Polen geben sollte. Da also wurde ganz umgekehrt die politische Gemeinschaft gänzlich der Sprachgemeinschaft untergeordnet, die polnische Sprachgemeinschaft sollte aus den politischen Gemeinschaften, in denen die Polen seit über hundert Jahren lebten, herausgenommen und zu einer selbständigen politischen Gemeinschaft konstruiert werden.



Diese Doppelsinnigkeit und Doppeldeutigkeit durchweht die ganze Botschaft vom Anfang bis zum Ende.

In das Herz Wilson's können wir natürlich nicht hineinsehen. Von dieser rein subjektiven Seite aber abgesehen ist diese Taschenspielerei mit Worten und Begriffen weder eines Professors, noch viel weniger eines seiner großen Verantwortlichkeit sich bewußten Staatsoberhauptes, sondern nur eines skrupellosen Demagogen würdig.

Nun aber die Einzelgebote Wilson's.

Kein Volk soll seine Regierungsform auf ein anderes Volk zu erstrecken trachten. — Will etwa im jetzigen Krieg jemand aus einer Republik eine Monarchie, oder aus einer Monarchie eine Republik machen? Nein, nicht einmal den Russen werden heute solche Tendenzen nachgesagt. Aber unter den Professoren — und Wilson hat ja früher auch zu ihnen gezählt — geht die Meinung, die Monroe-Doktrin sei aus der Besorgnis entstanden; die Repressions- oder Restitutionstendenzen der seinerzeitigen sogenannten heiligen Allianz könnten etwa auch auf Amerika ausgedehnt werden; insbesondere soll Präsident Monroe solche Absichten hinsichtlich der eben erst von Spanien abgefallenen kleineren amerikanischen Republiken befürchtet haben. Und diesen Umstand offenbar — oder welcher andere Grund könnte es sein? — benützt jetzt Wilson dazu, um vor aller Welt auszurufen: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener Zöllner dort!"

Vielmehr soll es jedem Volke freistehen, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang selbst zu bestimmen, gebietet Wilson weiter. Beispielsweise — Mexiko. Dort schneiden sich seit über sechs Jahren Porfiristen, Huertisten, Zapatisten, Carranzisten usw. gegenseitig die Hälse ab und die biederen Menschheitsfreunde Wilsons werden nicht müde, denselben gegen gutes Geld die Messer dazu zu liefern und zu schleifen. Seit der bekanntlich von Amerikanern angezettelten Revolution vom November 1910, in welcher Porfirio Diaz gestürzt wurde, ist dieses arme Land zum Schau-



platz der traurigsten Anarchie geworden. Ein Präsidentschafts-Prätendent nach dem anderen tritt bis auf die Zähne bewaffnet auf den Plan und beansprucht im Namen des mexikanischen Volkes das Recht, die Regierungsform und den Entwicklungsgang, wie Wilson so schön sagt, dieses mexikanischen Volkes frei und selbständig zu bestimmen. Der größte Teil dieser sechs mexikanischen Unheilsjahre entfällt auf die Zeit der Präsidentschaft desselben Wilson, nach dessen Heften alle diese Prätendenten handeln, und in Europa wenigstens war noch bei Ausbruch des Krieges alle Welt, der „Temps" so gut wie die „Kölnische Zeitung", in der Anklage einig, daß gerade Wilson die Haupt-, wenn nicht die alleinige Schuld an diesem unsäglichen Unheil trifft, von welchem Mexiko auf Mark und Blut gepeinigt wird.

Huerta war bereits Herr des größeren oder größten Teiles von Mexiko, die Revolution war sichtlich im Erlöschen, zumal damals aus den Vereinigten Staaten keine Waffen nach Mexiko geliefert werden durften, als Wilson plötzlich dekretierte, in Mexiko dürfe jeder andere Bandenführer oder Spitzbube Präsident werden, nur gerade Huerta dürfe es nicht sein und bleiben, und gleichzeitig auch das Waffenausfuhrverbot nach Mexiko aufhob. Wo, so fragen wir, wo war damals das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Wilson aller Welt zu predigen beliebt? Alle Zeitungen der Welt haben es bezeugt und mußten es bezeugen, daß Wilson mit dieser Achterklärung über Huerta und der Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes den Herd des schon nahezu erloschenen mexikanischen Bürgerkrieges neuerdings zu heller Lohe angefacht hat. Man ist darum genötigt zu sagen: mögen dem Präsidenten Wilson für viele andere Verfehlungen Milderungs- oder gar Entschuldigungsgründe zuzubilligen sein, in diesem mexikanischen Falle, im Falle Huerta, liegt seine vieltausendfache Blutschuld offen zu Tage.

Wilson hat auch seither alles unterlassen, was geeignet gewesen wäre, den mexikanischen Greueln Einhalt zu tun. Daran hat jüngst wieder eine mexikanische Zuschrift an die



„Kölnische Zeitung“ erinnert, in der es heißt: „Eine große Schuld, daß noch immer keine Ruhe und kein Frieden hier (in Mexiko) einziehen will, trägt zweifelsohne die amerikanische Regierung. Durch ein Ausfuhrverbot von Munition wäre schon lange die Ordnung wiederhergestellt. Jedoch könnte den (amerikanischen) Geldmagnaten der Gewinn an der Munitionslieferung verloren gehen. Darum bleibt es beim Morden.“

Es mögen aber aus dieser Zuschrift zur Kennzeichnung der grauenhaften Zustände, welche Wilson in Mexiko geschaffen, noch einige Stellen über das Treiben des sogenannten Generals Villa angeführt sein. Dieser Villa war Unterfeldherr Carranzas, des Günstlings Wilsons, und hat sich schon als solcher durch seine cynische Grausamkeit einen Namen gemacht, ohne daß jedoch Carranza deshalb in der Gunst Wilsons irgendwie gelitten hätte. Jetzt, wo Carranza von Wilson förmlich als Präsident anerkannt worden ist, hat sich der übergangene Villa empört und tritt selber als Prätendent gegen denselben Carranza auf, dem er in den Steigbügel geholfen. Über diesen Villa nun heißt es in der Zuschrift unter anderem (wir zitieren mehr dem Sinne als dem Wortlaut nach):

„Villa hält die Carranzisten in Angst und Schrecken. Heute taucht er hier auf, morgen dort. Seine Schwäger und Verwandten sind die Führer der verschiedenen Trupps. Am beliebtesten sind die Zugüberfälle. Der erste Überfall ereignete sich am 29. Oktober etwa 120 Kilometer südlich von El Paso. Der ganze Zug wurde geplündert. Den Passagieren wurde alles, selbst das Hemd abgenommen. Die militärische Bewachung, die dem Zuge mitgegeben war, wurde vor den Augen der splitternackten Passagiere erschossen. Seit diesem Überfall wird den Zügen keine Bewachung mehr mitgegeben, sondern ein Militärzug begleitet den Passagierzug die als gefährlich erachtete Strecke. Die Banditen haben seitdem die vermeintlich ungefährliche Strecke zu ihrem Überfall erwählt. Am 15. November überfielen sie einen Zug, plünderten ihn aus und sandten die



Passagiere gänzlich nackt nach dem Ausgangsort Chihuahua zurück.

Um seine Gefangenen zu kennzeichnen, schneidet Villa ihnen Nasen und Ohren ab. Einigen Musikern hat er ein Stück aus der Unterlippe geschnitten. Die Offiziere, die ihm in die Hände fallen, läßt er verstümmeln, schickt sie dann ihrem Befehlshaber und läßt ihm Grüße ausrichten. So hat er vor kurzem (die Zuschrift ist vom 17. November datiert) bei einem Überfall auf Jimenez, wo auch etliche Spanier und Chinesen ermordet wurden, die Verstümmelten zu ihrem Kommandanten in Parral gesandt. Dieser ließ die ausgeschnittenen Körperstücke mit einem aufhetzenden Schreiben in dem Schaufenster des (momentan abwesenden) deutschen Kaufmanns Hümöller ausstellen. Als nun vor wenigen Tagen Parral von Villa genommen wurde, hat er aus Rache Herrn Hümöller, seine Frau und drei Kinder hinschlachten lassen . . ." (Kölnische Zeitung Nr. 75 vom 23. Jänner 1917.)

Das also ist die Probe aufs Exempel. Mexiko ist das lebendige Beispiel, die Verkörperung der Heilslehre Wilson's. Nicht bloß zeigt Mexiko, wie Wilson seine eigene Lehre, sobald und soweit sie ihm unbequem wird, unbedenklich mit Füßen tritt, sondern das mexikanische Beispiel zeigt auch an und für sich die völlige Unzulänglichkeit der Wilson'schen Selbstbestimmungslehre, denn Mexiko vermag sich weder selbst zu helfen, noch hilft ihm Wilson, noch kann ihm von anderer Seite geholfen werden, weil Wilson namens der Monroe-Doktrin es verbietet.

Nach dieser so drastischen Illustration des ersten praktischen Gebots der Wilsonschen Heilslehre gelüstet es wohl niemanden mehr, auch die anderen Punkte näher ins Auge zu fassen, gewiß auch schon aus dem Grunde nicht, weil Wilson selber auch diese andern Punkte wieder gerade nur so weit beobachten würde, als seinem unermeßlichen Eigendünkel gefällig ist. J—l.



XXXII.

Notiz.

Berichtigung. In einem Aufsatz „Sorgen und Hoffnungen“ berichteten die historisch-politischen Blätter (Bd. 158[2] S. 125) Angaben des Corriere de la Sera über die katholische Kirche in Bulgarien mit dem Bemerken, daß Stellungnahme dazu von unterrichteter Seite gewünscht sei.

Da mir diese Ausführungen erst jetzt kund werden, beeile ich mich, eine Klarstellung zu bieten. Für die katholische Kirche des lateinischen Ritus kommen in Bulgarien im apostolischen Vikariat Sofia-Philippopel Kapuziner, zum größten Teil geborene Bulgaren und einheimische Weltpriester in Betracht, in der Diözese Nikopolis holländische Passionisten. Nur wenige den Ententeländern angehörige Priester in der Diözese Nikopolis wurden durch den Krieg der Seelsorge entzogen. Im apostolischen Vikariat Sofia-Philippopel brachte der Krieg keinerlei Beeinträchtigung der seelsorglichen Arbeiten. Von Gewalttätigkeiten gegen katholische Priester kann nicht geredet werden. — Der apostolische Vikar (nicht Delegat) Msgr. Menini ist am 14. Oktober 1916 gestorben. Sein Nachfolger, der frühere Hilfsbischof Msgr. Peeff (?), ist ein geborener Bulgare. Dem in Sofia verschiedenen Msgr. Menini erwies der bulgarische Zar die letzte Ehre bei der Überführung der Leiche nach Philippopel, woselbst die Beisetzung in der Kathedrale unter Beteiligung eines Vertreters des Zaren sowie der bulgarischen Regierung erfolgte. — Für die katholischen Soldaten in der bulgarischen Armee sind drei Feldgeistliche, darunter ein Kapuziner, tätig.

P. Odorich Heinz O. Cap.
Priester der bayerischen Kapuzinerprovinz
z. Zt. Sofia.

XXXIII.

Die Studentin.

Der überlang dauernde Krieg hält die meisten Studenten der Heimat und dem Studium fern. Die Universitäten stehen im Zeichen der Frau. Nie ist darum die Wichtigkeit des Problemkomplexes, der sich in dem Wort Frauenstudium zusammenfaßt, so in die Augen gesprungen wie gegenwärtig. Dazu kommt, daß die studierenden Frauen die Kriegszeit eifrig ausnützen, um die Kriegsziele ihres Standes mit allen Mitteln zu fördern. Es spielt dabei wohl auch die Furcht mit, es könnte nach dem Krieg eine starke Reaktion gegen das Frauenstudium einsetzen. Ob diese Furcht begründet ist, ob zumal von Seiten der Professoren Neigung besteht, das rasche Anschwellen des weiblichen Prozentsatzes unter den Studierenden zurückzudämmen, kann ich nicht beurteilen. Sicher aber ist, daß das starke Betonen des Frauenbewußtseins und das unsachliche Sichzusammenschließen aller Studentinnen einen Gegendruck hervorrufen wird.

Man mag sich persönlich zum Frauenstudium stellen, wie man will, man wird es nicht verhindern können, und auf katholischer Seite kann man nicht einmal eine Beschränkung wünschen. Der verhältnismäßige Anteil der Katholiken ist immer noch zu gering. Wollen wir nicht die Erziehung unserer Mädchen an den Mittelschulen ganz in akatholische Hände geben, dann können wir uns nicht zu den



Reaktionären schlagen. Aber auch in anderen akademischen Berufen harren so viele Aufgaben und Probleme, deren Lösung dringend der Mithilfe der Frauen bedarf, daß man dem Frauenstudium als solchem nicht entgegentreten kann. Ja, wir müssen im Interesse dieser harrenden Aufgaben dafür sorgen, daß die Kulturkraft des Katholizismus dabei zur entsprechenden Geltung kommt.

Freilich diesen großen und verantwortungsvollen Aufgaben wird die studierende Frau nur gerecht werden können, wenn sie eben ihre Frauenart mit all ihrer Feinheit und Zartheit des sittlichen und religiösen Empfindens und mit all ihrer angeborenen Mütterlichkeit durch die Schwierigkeiten und Gefahren des Hochschulstudiums durchrettet.

Der Gefahren sind nicht wenige und sie liegen ebensosehr in den äußeren Verhältnissen wie in den psycho-physischen Eigentümlichkeiten der Frau.

Wenn das Mädchen die Hochschule bezieht, geht eine ganz neue Welt für sie auf. Bisher im trauten Familienkreis wohlgeborgen oder gar hinter schützenden Klostermauern an eine feste Tages- und Lebensordnung gehalten, fallen plötzlich alle hemmenden Schranken. Das Mädchen steht allein in großer fremder Stadt. Sie ist einzig auf den Halt angewiesen, den sie in sich selbst findet. Der Mißbrauch der akademischen Freiheit ist nicht bloß eine abstrakte Möglichkeit für die Studentin, sondern leider nicht selten eine tiefbetrübende Tatsache. Gewiß, auch für den Studenten besteht eine große Gefahr, aber der Übergang ist doch nicht so schroff. Der Mittelschüler besitzt naturgemäß schon eine größere Selbständigkeit wie die Mittelschülerin. Dazu haben die katholischen Studenten in ihren Verbindungen und Vereinen, soweit ihnen ein guter Geist innewohnt, einen starken Halt, da das Erziehungsprinzip miteinbezogen ist und die alten Herren allzuweit gehendem Freiheitsdrang einen Riegel vorschieben können. Die jungen Organisationen der Studentinnen entbehren bislang noch dieses konservativen Gegengewichts. So ist in der Tat die Freiheit der Stu-

dentinnen größer als die der Studenten, obwohl die Frau von Natur aus mehr nach Anlehnung verlangt und mehr der Leitung bedarf, wie der ruhiger und nüchterner denkende Mann.

Eine weitere Gefahr, die freilich unseres Wissens nie namhaft gemacht wird, besteht für einen Teil der studierenden Frauen darin, daß sie von den Professoren aus Ritterlichkeit gegenüber dem schwachen Geschlecht feiner und höflicher behandelt werden als die Studenten. Bei den Studentinnen, welche ihre weibliche Art unversehrt bewahrt haben, kann das nur sittlich läuternd wirken, bei den andern aber, welche von dem Geist der Emanzipation erfaßt sind, wird es dem Hochmut Nahrung bieten. Was lediglich Rücksicht auf die Frau ist, wird als ein schuldiger Tribut des persönlichen Wertes gebucht und steigert das Gefühl der Verachtung gegenüber dem männlichen Kommilitonen, der von seinen Lehrern robuster angefaßt wird.

Der wissenschaftliche Betrieb an unseren Hochschulen hat naturgemäß leicht eine Lebensentfremdung zur Folge. Der Kontakt mit dem warm pulsierenden Leben und mit der harten Wirklichkeit kommt den Studierenden nur allzu leicht abhanden. Man verliert sich gerne in ein unfruchtbares durch keinerlei Erfahrung kontrolliertes Theoretisieren. Die Nachteile dieser Einseitigkeit sind um so größer für die Studentin, als die Frau von Natur aus mehr noch als der Mann für das Praktische und Lebendige geschaffen ist, während ihr abstrakte Probleme und aschgraue Theorien nicht liegen. Hier sollte unbedingt ein Gegengewicht geschaffen werden, ähnlich wie es die Studenten im akademischen Vinzenzverein besitzen.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr bildet auch das Zusammensein und Zusammenarbeiten von Studenten und Studentinnen. Die Studenten haben dieses Problem des öfteren in Zeitschriften zum Gegenstand mehr oder weniger tiefgehender Erörterungen gemacht. Man sucht sich meist auf das Prinzip der Kameradschaftlichkeit zu einigen. Dabei



redet man sich gerne ein, daß damit die Gefahr ausgeschlossen sei. Als ob Student und Studentin aufhören würden, als Mann und Weib zu fühlen und als solche gegenseitig angezogen zu werden, wenn sie einen kameradschaftlichen Ton anschlagen. Man darf nicht übersehen, daß der kameradschaftliche Ton selbst eine gewisse Gefahr in sich birgt, insofern er die Studentin verleitet ihre weibliche Reserve abzulegen. Damit geht zum wenigsten die echte, zarte Weiblichkeit verloren. Die Studentin begibt sich des Schönsten und Anmutigsten, das sie besitzt. Der reine Schmelz, der über einem feinfühligen jungfräulichen Mädchen liegt, verblaßt oder verschwindet mit der Zeit. Tritt dann ein solches kameradschaftliches Mädchen in die Ehe, so wird sie dem Manne nicht bieten können, was er eigentlich verlangt und was er zu seiner eigenen Ergänzung braucht. Kameraden hat er an seinen Freunden. Was er durch die Eheschließung zu erhalten hoffte, ist eine Frau. Nicht selten kommt es aber unter dem Deckmantel der Kameradschaftlichkeit zu Freiheiten, welche auf die schiefe Ebene führen, und hat das Hinabgleiten einmal begonnen, so führt es bei der Studentin noch rascher in die Tiefe als beim Studenten. Daß die Frau schwerer darunter leidet und seltener wieder in die Höhe kommt, braucht nicht eigens betont zu werden.

Neben die äußeren Verhältnisse treten spezifisch weibliche Eigentümlichkeiten, welche der Frau das Studieren erschweren, ja vielfach mit Gefahren und Nachteilen verknüpfen, von welchen der Student nichts weiß oder wenigstens nicht in gleichem Maße.

Die Frau besitzt eine hohe Suggestibilität. Die äußerlichen und rein persönlichen Eigenschaften des Professors spielen eine große Rolle bei der Studentin. Nur allzuleicht läßt sie sich durch blendendes Feuerwerk betören und zur Begeisterung fortreißen, wo etwas mehr Kritik wohl am Platze wäre. Kommt dann später das Erwachen, so schlägt die frühere Verehrung leicht ins Gegenteil um und wird mitunter geradezu zu prinzipiellem Mißtrauen und zur Ab-



neigung gegen die Männer überhaupt. Weg mit dem Männereinfluß! ist nicht selten die Forderung, welche aus solchen persönlichen Erfahrungen herauswächst.

Die Studentin ist im allgemeinen fleißiger wie der der Student. Das muß zu ihrem Lobe gesagt werden. Doch ist das treibende Motiv leider nicht selten ein ungesunder Ehrgeiz. Intensives Studieren bis tief in die Nacht hinein, eine Überzahl an Kollegstunden, verbunden mit einem unruhigen die Nerven immer wieder neu aufpeitschenden Strebertum bringt einen starken Kraftverbrauch mit sich, der nur zuleicht zur völligen Neurasthenie führt mit all den Folgen der Nervosität bei der Frau. Statt wegen ihres geringeren Kraftmaßes, das ihr zur Verfügung steht, langsamer zu arbeiten, sich mehr Zeit zu lassen zum Examen, sucht sie möglichst rasch fertig zu werden und eine möglichst gute Note herauszuschlagen. Unverständige Eltern und Geschwister stacheln vielfach noch diesen Ehrgeiz und hetzen oftmals durch ungerechtfertigte Vorwürfe die Studentin an übermäßige Arbeit. Der Ehrgeiz ist nicht selten auch schuld daran, daß körperlich und geistig nicht stark genug veranlagte Mädchen zum Studium kommen. Der vorzeitige Zusammenbruch wird die Folge davon sein. Es wäre sehr zu wünschen, daß eine Sterblichkeitsstatistik über die studierenden Frauen angelegt würde. Das würde den besten und objektivsten Einblick in die physischen Folgen des Frauenstudiums geben. Besonders die weiblichen Lehrorden könnten eine olche Statistik führen und der Öffentlichkeit zugänglich machen, damit hier beizeiten regelnd eingegriffen wird. Was helfen die vielen studierenden Frauen, wenn sie nach wenigen Jahren beruflicher Tätigkeit durch den Tod dahingerafft werden? Eltern und die Obern der in Betracht kommenden Orden sollten sich stets vor Augen halten, daß bei der Studentin das langsamere Studium weit eher die Kosten deckt als allzu rasches Voranhasten. Die Studentinnen sollten es hier ihren männlichen Kommilitonen im allgemeinen nicht gleich tun wollen. Der Student verfügt



über mehr Kräfte. Die Studentin brauche ruhig einige Semester mehr.

Eine weitere sehr tief greifende Eigentümlichkeit der Studentin, die sie mit ihren Geschlechtsgenossinnen teilt, ist das Kreisen um das eigene Ich. Die wissenschaftlichen Probleme werden, wenn irgend möglich, unter den persönlichen Gesichtspunkt eingestellt. Die Sachlichkeit, die kühle nüchterne Objektivität bringt die Studentin nur schwer auf. Gar zu leicht wird eine Beziehung zum eigenen Ich gefunden. Das trübt nicht bloß das Urteil in wissenschaftlichen Fragen, sondern verzehrt auch ein unverhältnismäßiges Quantum von Nervenkraft. Jede neue Erkenntnis, aber auch jedes Problem, jede ungelöste Schwierigkeit wird zum persönlichen Erlebnis. Das gibt ein Auf- und Abwogen in der Seele, ein Hin und Her von Stimmungen und Strebungen, ein Kämpfen und Streiten mit sich und anderen, das mitunter das Studium zur Qual macht. Naturgemäß ist es besonders das Studium der Philosophie, das solche Folgen zeitigt. Hier findet der mehr auf das Kleine und Kleinliche eingestellte Sinn der Frau oft genug Schwierigkeiten, wo der Student keine findet. Mit der ganzen Hartnäckigkeit und Leidenschaftlichkeit, deren die Frau fähig ist, hackt sie sich an solchen wirklichen oder vermeintlichen Unebenheiten der dargebotenen Lösung ein und ringt sich nicht zur freudigen Bejahung durch, weil sie immer auf die Unebenheit starrt und alles Runde und Glatte dabei übersieht. Dazu kommt das Vorherrschen von Phantasie und Gefühl. Begriffen und Gedanken gegenüber, die sich nicht in Fleisch und Blut kleiden lassen, abstrakten, dürren Problemen gegenüber, wo Phantasie und Gefühl nur hemmend und verwirrend eingreifen kann, wo nur der klare nüchterne Verstand zum Ziele kommt, versagt die Frau meistens.

Die Frau ist vorwiegend rezeptiv tätig. Sie ist das passive Prinzip im Menschengeschlecht. Das Empfangen und Aufnehmen ist ihre natürliche Bestimmung. Produktive Arbeit gelingt ihr selten. Das Schöpferische ist Sache des

Mannes. Nachschaffen, einregistrieren, zählen und messen, gewonnene Resultate praktisch auswerten — das ist ihr eigentlichstes Gebiet. Überall da, wo Fleiß und Gedächtnis, Anschauung oder Einfühlung den Ausschlag geben, wird die Studentin vielfach bessere Erfolge erzielen wie der Student.

Mit besonderer Fruchtbarkeit betätigt sich die studierende Frau an den Problemen, welche Einfühlung in fremde Psychen verlangen. Die psychologische Analyse von historischen Persönlichkeiten, das Darstellen von Literaturerzeugnissen und Kulturperioden und ähnliche Aufgaben finden bei der studierenden Frau ebensoviel Interesse wie Befähigung. Am schönsten nnd wertvollsten allerdings entfaltet sich der weibliche Geist auf ethischem und pädagogischem Gebiet. Hier urteilt das weibliche Feinempfinden vielfach besser wie die massivere Art des Studenten. Daß sie die gewonnene Erkenntnis geschickter in das praktische Leben umzusetzen weiß, ist ja weiter nicht verwunderlich. Freilich diese Vorzüge dauern nur so lange, als die Studentin eben Frau bleibt und den sittlichen Takt und das mit ihm innerlich verwachsene Zartgefühl überhaupt unversehrt bewahrt. Wird die Studentin emanzipiert, löst sie sich los von den durch die Natur und Sitte ihrem Geschlechte gezogenen Schranken, sprengt sie in überschäumendem Bewußtsein der akademischen Freiheit oder aus rücksichtslosen „Fraueninteressen" die gegebenen Fesseln, so geht ihr dieser Vorzug verloren, ja schlägt ins Gegenteil um.

Darum ist es sehr zu bedauern, daß die Emanzipation immer mächtiger und zielbewußter ihr Haupt erhebt unter den akademischen Bürgerinnen. Das Bestreben, alle studierenden Frauen ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntnis und Weltanschauung zu einem Kartell zusammenzuschließen, deutet auf Kampfstimmung. Merkwürdig! Während draußen auf unermeßlichen Schlachtfeldern die Studenten seit 2½ Jahren Blut und Leben opfern, damit ihre Kommilitoninnen ungestört ihren Studien nachgehen können, organisieren diese den Kampf gegen das männliche Geschlecht und tragen damit

einen tiefen Zwiespalt in unsere Hochschulen hinein. Was anderes kann denn ein solches Kartell aller studierenden Frauen Deutschlands mit Einschluß der radikalsten Elemente bedeuten als rücksichtsloses Durchsetzen der vermeintlichen eigenen Interessen? Mag man auch zunächst nur die Interessen der Studentinnen innerhalb des akademischen Rahmens mit Hilfe des Kartells verfechten wollen, die Wirkungen eines solchen Kartells greifen weiter und bringen uns unbedingt eine Frauenemanzipation mit all den häßlichen und verderblichen Folgeerscheinungeu einer solchen. England mit seinen Suffragetten mag uns ein warnendes Beispiel sein. Es gibt nun einmal nichts Widernatürlicheres und darum den weiblichen Charakter in der Wurzel Vergiftenderes als den Kampf der Frau gegen den Mann. Beide Geschlechter sind zur gegenseitigen Ergänzung bestimmt. Jedes Geschlecht hat seine Eigenart und seine Vorzüge. In der Beschränkung der Frau auf ihre natürlichen Grenzen liegt ihre Ehre, ihre Würde, ihr Segen für sie selbst und für ihre Mitmenschen. Das aktive Prinzip ist und bleibt der Mann. Großzügigkeit, Sachlichkeit, Blick auf das Ganze, Initiative und, wenn es sein muß, Kampf sind vorwiegend seine Sache. Die Mütterlichkeit im weitesten Sinne des Wortes macht das Wesen und die Weihe des Weibes aus. Alles, was Leiden und Dulden, was Lieben und Sorgen heißt, macht sie glücklich und überschüttet ihre Mitmenschen mit einer Fülle von Trost und Frieden und Segen. Möchten doch alle Kreise, denen das Wohl unseres Volkes am Herzen liegt, dafür sorgen, daß diese mütterlichen Frauen nicht mehr und mehr aussterben! Wenn es der Frau nicht beschieden ist, Mutter zu werden, so soll sie eine solche Lebensaufgabe wählen, wo eine geistige Mütterlichkeit geübt werden kann; und hat sie einen Beruf auszufüllen, der wenig oder keine liebende Sorge erfordert, dann soll sie Überpflichten auf sich nehmen, sie soll in außerberuflicher charitativer Tätigkeit ihre Mütterlichkeit ausleben. Solche Überpflichten werden ihre eigentliche



Berufsarbeit nur fördern, da sie ihr die seelische Harmonie einbringen.

Vor allem die Studentin müßte solche charitative Nebenbeschäftigung haben. Das Studium bietet ja am allerwenigsten Gelegenheit das Mütterliche in der Frau zu seinem Rechte kommen zu lassen. Darum ist gerade da Gefahr, daß das seelische Gleichgewicht gestört wird. Solche Liebestätigkeit an Armen und Kranken, an Erziehungs- und Leitungsbedürftigen würde auch den so wichtigen Kontakt mit dem Leben vermitteln — ein heilsames Gegengift gegen das einseitige Theoretisieren und die oft naive Überschätzung des eigenen Wertes.

Durch nichts entfernt sich aber die Studentin mehr von diesen Forderungen, als wenn sie den Kampf gegen die Männer führen zu müssen glaubt. Sind einmal die Vereinigungen der Studentinnen von solchem Geiste durchdrungen, müßte das nicht zu ganz unnatürlichen Erscheinungen führen? Schließlich wird man dazu kommen, jedem Mann die Fähigkeit abzusprechen, Ehrenmitglied zu sein — selbst den eigenen Professoren, denen man täglich zu Füßen sitzt. Auch die Bischöfe würden am Ende keine Gnade finden. Ein katholischer Verein, in welchem jede Fühlungnahme mit dem Bischof abgelehnt wird — ein ganz unmögliches Gebilde, ein innerer Widerspruch! Dann wäre allerdings der Männereinfluß gründlich ausgeschaltet.

Die Katholischen Studentinnenvereine sollen wohl in erster Linie Standesvereine sein, der die Interessen der akademischen Bürgerin zu schützen und die Ziele des Frauenstudiums und der Frauenbewegung zu besprechen und zu bestimmen hat. Man glaubt dabei der Kirche entraten zu können, ebensogut wie die christlichen Gewerkschaften, da es sich ja nur um Standesinteressen, also um rein profane Dinge handle. Die jugendlichen Köpfe, die das ausgeheckt haben, vergessen aber doch allerhand wesentliche Unterschiede. Einmal ist das Frauenstudium und die Frauenfrage eine eminent sittliche Frage, und dazu eine sehr schwierige,



während es sich bei den Gewerkschaften vorwiegend um materielle Dinge handelt. Trotzdem schlossen sich hier die auf christlichem Boden stehenden Arbeiter eigens zusammen, weil man mit den radikalen Elementen auch in Gewerkschaftsfragen nicht zusammengehen kann. Zudem erwartet man, daß die katholischen Arbeiter gleichzeitig katholischen Arbeitervereinen angehören, wo der Kirche und ihren Organen der weitestgehende Einfluß gewahrt bleibt und dieser dazu benützt wird, die Mitglieder in ihrer katholischen Weltanschauung zu befestigen. Die katholischen Studentinnenvereine sind aber im Begriffe sich zu Teilgebilden einer Studentinnengewerkschaft zu entwickeln. Ob nun ein Kartell aller Studentinnen Deutschlands mit Einschluß des „Verbandes der Studentinnenvereine Deutschlands" zustande kommt oder ob eine Zweiteilung erfolgt und das „Kartell der Katholischen Studentinnenvereine" sich nur mit der „deutschchristlichen Vereinigung studierender Frauen" zu einem Zweckverband vereinigt, die Folgen werden so ziemlich dieselben sein. Wie sollen die katholischen Studentinnenvereine ihren katholischen Prinzipien treu bleiben bei einem solchen Zusammenschluß? Noch sind sie ohne feste Tradition, ohne sicheren Rückhalt an Altmitgliedern — es gibt Universitätsstädte, in welchen sich nicht ein Altmitglied befindet —, dazu kommt noch der Mangel eines bestimmten Verhältnisses zu den kirchlichen Organen. Die katholischen Studentinnenvereine bieten, so wie sie jetzt sind, keine zuverlässige Garantie, daß sie wirklich für die katholischen Studentinnen sind, was sie sein sollen: ein Hort des katholischen Glaubens, christlicher Sitte und edler Weiblichkeit. Wie sollen sie nun, zumal so lange sie so wenig in sich gefestigt sind, ein Kartell mit andersdenkenden Studentinnen ertragen können, ohne ihren katholischen Charakter einzubüßen?

Ein Blick auf die Geschichte der katholischen Studentenbewegung könnte die Studentinnen belehren, wohin derartige Zusammenschlüsse führen. Unter Studenten haben sich bisher nicht einmal die örtlichen allgemeinen Ausschüsse be-



währt — an eine Studentengewerkschaft für ganz Deutschland dachte man überhaupt nie. Bei den örtlichen Ausschüssen ergab sich gar bald die eine oder andere Frage, welche die rivalisierenden Interessen der einzelnen Gruppen oder — was für die Katholiken besonders unangenehm war — die verschiedenen Weltanschauungen aufeinanderplatzen ließ. Die Folge war stets entweder ein feiges, prinzipienwidriges Nachgeben der katholischen Minorität oder aber — wie es meist der Fall war — ein Abbruch der Beziehungen und damit das Ende des Ausschusses. Der entstandene Streit aber hatte immer recht unangenehme und die Kluft nur erweiternde Nachwehen.

Die verschiedenen Studentinnen-Gruppen sollten sich darauf beschränken, da, wo gemeinsame weibliche Interessen auf dem Spiele stehen, von Fall zu Fall zusammenzugehen. Damit wird auch viel mehr erreicht als durch ein allgemeines oder teilweises Kartell. Einem solchen dauernden Zweckverband wird man von Anfang an überall Mißtrauen entgegenbringen und derselbe wird auch die Studentinnen — die katholischen nicht ausgeschlossen — dazu führen, mit der Zeit zur Offensive überzugehen und ungesunde Emanzipationsgedanken zu verfechten. Es liegt ja in dem engen Zusammenschluß alles dessen, was weiblich ist an unseren Hochschulen, allein schon ein zu starkes Frauenbewußtsein. Daß eine solche Kartellbildung sich mit dem heißen Bemühen der Frauen, an den Hochschulen Bürgerrechte zu bebekommen, schlecht verträgt, sei nur angedeutet.

Eine feste Kartellierung der Studentinnen hat noch einen weiteren, sehr bedenklichen Nachteil. Dadurch wird nicht bloß das Frauenbewußtsein im Gegensatz zum Manne in ungesunder Weise gefördert, sondern auch das Bewußtsein als Akademikerin im Gegensatz zu anderen Frauen und Frauenorganisationen. Die Studentinnenvereine, welche einmal diesen Kartellgeist in sich aufgenommen haben, werden sich gegen jeden Einfluß von Frauen, die nicht durch ihre Vereine gegangen sind, ablehnend verhalten, obwohl solcher Anschluß

an lebens- und welterfahrene Frauen manch wertvolle Ergänzung für die Studierenden bieten könnte. Die Studentin kommt sich auf diese Weise mehr und mehr als ein Wesen für sich vor. Sie ist Frau und Akademikerin. Sie bildet eine eigene Kaste, die möglichst luftdicht gegen die Mitwelt abgeschlossen werden soll. Wie unsozial ist eine solche Entwicklung!

Es gab ja auch innerhalb der katholischen Studentenverbindungen solche ungesunde Strömungen, welche die katholischen Prinzipien in Gefahr brachten. In solchen Krisen griffen aber stets die alten Herrn energisch ein und geboten dem selbstbewußten Auftreten einiger jugendlichen Stürmer, welche neue Wege gehen zu sollen glaubten, entschiedenes Halt. Sie erzählten der aufhorchenden Aktivitas von ihren Erfahrungen und ihren Kämpfen um das katholische Prinzip. Damit war allemal die Gefahr überwunden. Die katholischen Studentinnenvereine aber entbehren vollständig dieses heilsamen Gegengewichts, darum sind sie ganz dem Einfluß einzelner überragender Mitglieder ausgeliefert, welche den Beruf zu Führerinnen in sich fühlen. In den katholischen Studentenverbindungen lebt immer noch etwas von dem alten guten Geist, den der Kampf für die katholischen Prinzipien in ihnen großgezogen hat. Den katholischen Studentinnenvereinen ist es bisher zu gut gegangen. Sie wissen nichts von Kämpfen um die eigene Weltanschauung. Darum wissen sie auch noch nicht recht, in welcher Richtung sie ihre Vereine ausbauen sollen. So, wie sie sich jetzt weiter zu entwickeln drohen, werden sie jedenfalls eine Gefahr für die katholische Studentin, für den Frieden an den Universitäten und für den inneren Aufbau des aus tausend Wunden blutenden Vaterlandes.

XXXIV.

Zur See nach Nauplia.

Von Suebimontanus (Rottweil a. N.).

II. Salamis.

(Fortsetzung.)

Salamis ist ein kriegsgeschichtlicher Begriff. Seltsam! Der Name bedeutet Friede und Krieg dröhnt donnernd aus dem Friedenswort: Schalom! Schalom! Ween Schalom![1]. Die Friedensatmosphäre, die hier einst den phönikischen Ansiedlern entgegensäuselte und den schönen Namen für die Insel abschmeichelte, ist längst gewichen und hat einer „dicken“, stark „eisenhaltigen“ Luft Platz gemacht. In der Gegenwart sind es Kanonen, Minendepots, Panzerschiffe, die den friedsamen Klang dieses Namens Lügen strafen. Nahe bei Ambelaki befindet sich der Nausthathmos, die Hauptstation der griechischen Flotte mit zahlreichen Arsenalen, Werkstätten, Werften und anderen dem Kriegsgott geweihten Anstalten. Auch im Altertum schallten um das Eiland mehr die Fanfaren des Kriegs als die Schalmeien des Friedens. Schon in den Tagen der kundelosen Vorzeit, da die Menschen noch Halbgötter waren und in die Unsterblichkeit hineinragten, warf der männermordende Krieg um Troja einen dunklen Schatten auch auf Salamis' Strand und Königsburg. Im Zwielicht der Sage schauen wir dort eine Gruppe überlebensgroßer Gestalten, feierlich schreitend wie ein antiker Chor, auf das Meeresufer zuwandeln. In der Mitte eine Patriarchenerscheinung traurigen Gemüts und mit kummerfaltigem Antlitz, das ein hartes Lebensschicksal zerfressen hat (Sophokles, Aias 965) und bange Augenblickssorgen verdüstern. Er ist Telamon, der älteste König des Landes. Seine Gedanken sind unruhig und sorgenvoll bei dem Künftigen.

1) Friede! Friede! Und doch kein Friede! (Jer. 8, 11).



Zur Seite gehen ihm zwei jugendstarke Helden in klirrender Wehr, seine Söhne Aias und Teukros, beide im Begriff vom Vater und Vaterhaus zu scheiden, um sich nach Aulis, dem Sammelplatz des Griechenheeres, einzuschiffen. Schlichte, ernste Worte reden die drei, ehe sie das Schicksal mit unbarmherziger Hand auseinanderreißt für immer. Aias, der Benjamin, jung wie die Morgenröte, von strahlender Schönheit (Od. 9,550), riesenhaft wie Ares (Il. VII, 207 ff.), gleich dem deutschen Siegfried, nur an einer Schulter verwundbar (Pindar, Isthm. VI, 37), um Hauptеslänge die andern überragend (Il. III, 226) — dieser Herrliche ist dem Vater besonders ans Herz gewachsen. Er darf nicht hinsterben in seiner Jugendpracht. Darum befiehlt ihn der greise Vater dem Schutze des älteren Bruders, der schwören muß, nicht ohne den Liebling und Sonnenschein des Hauses von Ilions Mauern heimzukehren. Aber kann der Mensch den Menschen seinem Geschick entreißen? Steht nicht hoch über allem sterblichen Denken der Ratschluß des Zeus und die unerbittliche Notwendigkeit? Und Helden — leben sie nicht von Gefahren und gewinnen unsterbliches Leben durch Siegen und Unterliegen im Opfertod? Glück zur Reise heißt darum für den feurigen Schlachtenkämpfer Glück zur Reise in den — Heldentod. Das ahnt der Alte und seine Ahnungen verdichtet die Vaterliebe zu Mahnungen an den älteren Bruder, auf den jüngeren wohl acht zu haben. Diesem selbst aber sagt er, seinen wilden Trotz wohl kennend, das warnende Wort zum Geleite:

> Sohn! strebe mir
> Im Kampfe Sieger, aber stets mit Gott zu sein.
>
> (Sophokles, Aias 729 ff.).

Das Schiff stößt ab. Tiefbewegt folgt der königliche Heldenvater, auf einem Steine sitzend, dem enteilenden Fahrzeug mit seinen Blicken, bis es am fernen Horizont verschwindet (Pausanias I, 35) und den Trost seines Alters entführt auf Nimmerwiederkehr. Nun gibt es keinen Aias mehr für dich, du armer Vater. Dem Krieg gehört



er und — dem Ruhm. Edelgesinnt, offen und treu, von unwiderstehlicher Sturmkraft im Kampfe hat er auch allezeit seines Adlernamens[1]) sich würdig erzeigt. Darum klingt im Lied der Dichter so hell seines Namens Preis:

> Edler erschien kein Sterblicher noch
> Als Aias, so lang er im Lichte war.
> (Sophokles, Aias 1369 ff.)

> Und dennoch möcht' ich, war er auch mein bittrer Feind,
> Ihn also nicht beschimpfen, daß ich leugnete,
> Daß unter allen, die geschifft vor Ilion,
> Er, außer Peleus' großem Sohn, der beste war.
> (Ebenda 129 ff.)

Ein stattlicher Chor antiker Sänger scharte sich um den einen Sophokles, der Welt das Los zu künden, das dem Griechenhelden von Ilion gefallen war. Und noch in neuester Zeit hat die tragische Muse ihm gehuldigt, wie des finnischen Nationaldichters Runeberg meisterhaftes Drama: Die Könige auf Salamis beweist. So ist Aias' Name in Literatur und Dichtung zum Synonym für einen hitzigen Draufgänger und unbeugsamen Kämpfer geworden. Zugleich trägt er Prometheische Züge und erscheint als Vertreter jenes vermessenen Gewaltmenschentums, das keine Hemmung duldet und, von übermächtigem Kraftgefühl getrieben, sogar wider die Gottheit frevelt. Der hohen Pallas rief er einmal das lästerliche Wort entgegen:

> Den andern, Herrin, bleibe nah in Argos' Heer;
> Niemals, wo wir stehn, bricht hindurch der Sturm der Schlacht.
> (Sophokles, Aias 739 f.)

Und den Lichtspender Zeus selbst fordert er, mit zorngeballten Fäusten gen Himmel drohend, im Übermute also heraus: Gib uns den Tag und kämpf gegen uns! Solch schwere Schuld muß er mit jammervollem Ende büßen. Von seinen eigenen Volksgenossen betrogen und tödlich gekränkt, verfällt er der Nacht des Wahnsinns. Ein griechischer Don Quichote,

1) Ableitung des Namens Aias von αἰετός (Adler) (bei Apollodor III, 12,7). Vgl. Wilamowitz, Homerische Untersuchungen S. 245.



wütet er, im Glauben, ins Blut der verhaßten Achäer sein Schwert zu tauchen, gegen deren Herden und stürzt sich, zur Besinnung gekommen, ins eigene Schwert,

ne quisquam Aiacem possit superare nisi Aiax.
(Ovid, Met. 13, 437.)

Auf fremdem Strand, fern der Heimaterde, von deren Felsen er einst gelernt, selbst wie ein Fels der Troer Heer zu brechen [1]), vom Vaterauge nicht wieder gesehen, modert nun sein Riesenleib. Auf des Helden Grab sitzt die Tapferkeit trauernd, daß sie von der Hinterlist besiegt worden ist.[2]) Es trauert aber auch das heimatliche Salamis um den größten seiner Söhne und legt einmal jedes Jahr große Landestrauer an. Nach Aias' Hingang nämlich sproßte dem Toten zu Ehren aus dem Boden der Insel ein weißrotes Blümlein hervor, dem der Weh- und Klageruf *AI* auf die Stirne geschrieben stand (Pausanias I, 35, 3.) So oft der Frühling seinen bunten Blütenteppich über die Erde breitet, wirkt er stets auch diese Wunderblume hinein und Täler und Berge prangen dann in sanftem Trauerflor. Fortan ward Aias auf Salamis als Nationalheros verehrt und man weihte ihm einen eigenen Tempel. Zu seinem Gedächtnis begingen die Inselbewohner auch alljährlich das Fest der Aianteia mit der großen Ruderregatta in den salaminischen Gewässern. So blieb Aias' Name durch Mythus und Kultus fest und dauernd mit Salamis verbunden. Keine Gemeinschaft mehr aber hatte Teukros mit der Heimatinsel. Vor Zorn und Sehnsuchtsschmerz stößt der Vater den unschuldig Schuldigen von sich, als er, ohne den Göttergleichen zurückkehrend, ans Land steigen will. Aber der Himmel hat ihm Zeichen gesendet. Im Vertrauen auf sie dreht er den Kiel seines Schiffes und, die Segel hoch am Maste, grüßt er die verzagten Genossen und die ungewisse Zukunft mit dem fast sprichwörtlichen Ausruf sorglosen, selbstgewissen Leichtsinns:

1) J. L. Runeberg, Die Könige auf Salamis I, 6.
2) Anthologia Palatina VII, 145.

Nil desperandum Teucro duce et auspice Teucro.
— — — nunc vino pellite curas,
Cras ingens iterabimus aequor.

(Horaz, Od. I, 7, 27 ff.).

Auf Cypern gründete er ein neues Salamis, dem es vorbehalten blieb, an Ruhm und Glanz mit der Mutterinsel zu rivalisieren.

Hier spielte (i. J. 449) der letzte Kampf des großen Perserkriegs sich ab, ein glorreicher Sieg zu Wasser und zu Land. „Nie seit das Meer Europa von Asien trennt und der wilde Krieg die Städte der Menschen heimsucht, ist eine derartige Tat vollbracht worden zugleich zu Land und zur See; gewaltig schrie Asien auf unter dem Doppelschlag von beiden Händen getroffen." So heißt es auf dem Siegesdenkmal in Athen. Die Geschichte rechtfertigt diese schmetternden Posaunenstöße allerdings nicht. In Wirklichkeit hat diese Schlacht den Griechen nur den Rückzug ermöglicht.[1]) Vor dem Publikum und der Nachwelt aber sollte das Ereignis zum effektvollen Schlußakt und Abgang von der Kriegsbühne gestempelt werden. Über dem Ende des großen Kampfes wider Persien sollte die Sonne von Salamis nicht weniger leuchtend stehen als über dem Anfang.

* * *

Die männergewaltige Heroenära entführt der Strom der Zeit. Das Tageslicht der Geschichte zieht herauf und findet Salamis (ums Jahr 600) in der Gewalt des dorischen Megara. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie die Insel verlangend ihre Hände sowohl Attika als Megara entgegenstreckt und mit den äußersten Fingerspitzen das Ufer beider Staaten beinahe berührt. In der Richtung auf den Piräus schiebt sie die schmale, höckerige Landzunge Kynosura (Hundsschwanz) weit ins Meer vor. Der so entstehende Sund ist selbst wieder überbrückt durch das (später Lypsokutali oder Hagios Georgios genannte) Eiland Psyttaleia, „zur Lan-

1) Vgl. E. Meyer, Geschichte des Altertums III² S. 615.

dung schwierig, wo auf steilem Strand der reigenfrohe Pan zu wandeln liebt" (Äschylus, Perser 446 f.). Die Entfernung von Megara ist sogar noch um ein Beträchtliches geringer. So war Salamis, in der Interessensphäre der beiden stammesverschiedenen Nachbarstaaten gelegen, für den einen wie für den andern ein erstrebenswerter Besitz. Eine Teilung war der Natur der Sache nach nicht denkbar. Auf tellergroßer Erdscholle können Pinie und Ölbaum nicht friedlich nebeneinander gedeihen. So entstand eine salaminische Frage und Salamis, mehr Objekt als Subjekt des Kampfes, geriet auf geraume Zeit in den Wirbel des Krieges hinein. Athen, von gesundem Wachstum erfüllt, brauchte fürs erste freien Spielraum für seine maritime Entwicklung und wirtschaftliche Betätigung. Ohne Salamis kein merkantiler Aufschwung; ohne Salamis keine Seemacht und keine Ausgangspforte in die weite Welt. Die Lunge des athenischen Staatskörpers war das Meer. Setzt sich ein Fremdkörper in den Lungenwegen fest, so muß das Messer eingreifen, damit nicht die Atmung erschwert und die Zufuhr der Lebensstoffe unterbunden werde. Die Insel mußte den Megarern entrissen werden, sollte Athen nicht in der Enge seines kontinentalen Daseins verkümmern und ersticken, sollte es weiter kommen, als die Ringmauern der Stadt und des Hafens reichten. Daher ein Anspannen und Wiederanspannen aller Kräfte, immer neue Anläufe, um zum ersehnten Ziel zu gelangen. Aber vergebens und wieder vergebens. Nichts als Verluste und immer neue Verluste. Schließlich wurden die Athener, am Erfolge verzweifelnd, der Sache überdrüssig. Sie fürchteten, sich an der Felseninsel die Köpfe einzurennen. Es wurde durch Gesetz bestimmt, daß bei Vermeidung der Todesstrafe künftig niemand die salaminische Angelegenheit aufrollen und den Antrag auf Wiederholung der Eroberungsversuche stellen dürfe. Sollte die wichtige Frage versumpfen? Wie sie gleichwohl über alles Erwarten schnell einer glücklichen Lösung zugeführt wurde, erzählt uns Plutarch (Solon 8 ff.) mit einiger Ausführlichkeit. Die übrigen Berichte der Alten



seit Demosthenes stimmen, ohne daß die einzelnen Umstände wesentlich variiert sind, so ziemlich mit ihm überein. Darnach war Solon es, der mit der Intuition des Genius die Krisis erkannte und sich energisch und klug der schon halb verlorenen Sache annahm. Er ließ das Gerücht aussprengen, er habe den Verstand verloren. Insgeheim aber hatte er eine Elegie verfaßt und auswendig gelernt. Eines Tages lief er wie besessen auf den Markt. Neugierig rannte das Volk hinter ihm her. Er bestieg den Heroldsstein und gab singend sein Gedicht zum besten. „Von Salamis komm ich als Herold her, vom lieblichen, um ein Gedicht statt einer Rede vorzutragen.“ Er malt sodann die schlimmen Folgen im Fall der endgültigen Preisgabe der Insel aus, um schließlich auszurufen: „Wenn's dahin käme, möcht ich mein Vaterland vertauschen und wäre lieber so ein obskurer Hinterwälder als ein Sohn Athens. Denn bald wird's auf der ganzen Welt heißen: Das ist auch so ein Athener, einer von den Salamisverzichtern. Drum auf nach Salamis, um für die Insel zu kämpfen, die liebliche, und so die schlimme Schmach abzuwenden!“ Keine sonderlich hochgeschwungenen Verse, kein sprühender Funkenregen, der nur das Auge ergötzt, aber ein zündender Weckruf, eine Notrakete, die zischend die Gefahr anzeigt und zur Tat fortreißt. Jäh prasselte die Begeisterung auf, die langverhaltene, stürmisch griff alles zu den Waffen und unter Solons Führung wurde die Insel abermals zurückerobert. Diese melodramatische Narrenposse, wie sie hier ein ernster Staatsmann zur Erreichung eines ernsten Staatszwecks aufführte, mutet die kühlkritische Nüchternheit des Nordens fast allzu operettenhaft an. Aber von David bis Hamlet hat es gewiß auch anderswo Konstellationen gegeben, wo die Vernunft sich hinter die Maske der Verrücktheit flüchten mußte, um sich im Dienste des Volks- und Staatswohls zu retten. Im übrigen hat uns gerade die Gegenwart wieder recht anschaulich gemacht, wie sehr Theatralik und Schauspielerei südlich von dem berühmten 45. Breitegrad sozusagen unerläßliche Bestandteile der Politik



und des öffentlichen Lebens sind. Ein Theaterkoup Solonischen Stils wäre in Athen heute noch denkbar und würde, mit Talent und Grazie in Szene gesetzt, seine Wirkung auf das Publikum so wenig wie damals verfehlen. An der Plutarchischen Erzählung interessiert uns aber vor allem ein anderes. Sie ist ein klassisches Zeugnis für die alte Wahrheit von der Suggestivkraft des Liedes. Die Politik verdirbt die Poesie und über die luftige Regenbogenbrücke der Poesie führt kein Weg für eine solide Politik. Aber zu Zeiten, wenn ein großer Gedanke im Volke schlummert und gewaltsam niedergehalten wird, kann ein Lied wirken wie ein elektrischer Steckkontakt. Der Dichter findet das rechte Wort zur rechten Zeit für das, was noch ungesagt und unsagbar im Bewußtsein der Nation lebt. Mit einem Mal springt der Funke hervor und setzt die Geister in Bewegung. Im Jahr 1893 hat Bismarck zu den Vertretern eines Gesangvereins die Worte gesprochen: „Des deutschen Liedes Kraft hat die Herzen gewonnen; ich zähle es zu den Imponderabilien, die den Erfolg unserer Einigkeitsbestrebungen vorbereitet und erleichtert haben." Wie Diamantspitzen auf Gesteinsbohrern haben packende Lieder schon granitene Widerstände überwunden, die der Politiker nicht zu brechen vermochte. Was Solons Liederkunst bewirkte, war freilich nur eine Etappe auf dem Wege zum Erfolg. Aber nun war doch alles wieder im Fluß und die Dinge wurden durch ihr eigenes Gewicht in der aufs neue gewiesenen Richtung weitergetrieben.

Die Megarer konnten den Verlust von Salamis so leicht nicht verschmerzen. Sie machten gewaltige Gegenanstrengungen. Zu Wasser und zu Land schädigten sich Athen und Megara nach Kräften. Aber wie es immer geht, mußte auch hier einmal die Vernichtungswut zur Besinnung kommen und die Vernichtungsarbeit aufhören: beide Teile unterwarfen ihre Ansprüche einem lazedämonischen Schiedsgericht, das eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Auch hiebei soll Solons Weisheit eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Seinem Eingreifen gelang es, den Streit um die Friedensinsel aus der Welt zu schaffen; dafür aber hat er in der Gelehrtenwelt einen Streit angerichtet, der bis heute noch nicht geschlichtet ist. Um den athenischen Rechtstitel zu stützen, betonte er, daß im trojanischen Krieg das salaminische Geschwader sich freiwillig mit dem athenischen Schiffskontingent vereinigt habe. Zum Beweis dessen berief er sich auf die Verse des homerischen Schiffskatalogs (Ilias II, 557 ff.):

> Aias führte daher aus Salamis zwölf der Schiffe,
> Stellte sie dann, wo in Reihen der Athener Schar sich geordnet.

Die zweite Verszeile hat das ganze Altertum seit Aristarch als unecht verworfen und angenommen, daß sie von athenischer Seite eingeschwärzt ist. Neuere Erklärer haben auch schon die Vermutung geäußert, Solon habe echte Verse umgefälscht nnd für seine Zwecke zurechtgestutzt. Adhuc sub iudice lis est. Wenn der Weltfriedensbund — Wilson record — ins Leben tritt, wird es kein Schwert mehr geben. Wer sich dann gleichwohl arrondieren möchte, skandiert den Lazedämoniern im Haag ein paar geschickt „präparierte" Shakespeare- oder Danteverse vor und seine „unvordenklichen" Besitztitel wird er kampf- und verlustlos anerkannt sehen. O Solon! Solon! Übrigens bezeichnete die athenische Tradition diese ganze Fälschungsgeschichte als kindisch und versicherte, tatsächlich habe Solon den Richtern klärlich bewiesen, die Söhne des Aias hätten sich später aus eigenem Antrieb in den athenischen Staatsverband aufnehmen lassen und ihre Insel förmlich an Athen abgetreten. Dieses Argument sei durchschlagend gewesen. Die Insel wurde Athen endgültig zugesprochen. Mit ihr annektierten die Athener, wohl wissend, daß religiöse Bande am stärksten verknüpfen, auch den Kult des salaminischen Nationalheros Aias. Sie nannten sogar, als wäre er ein einheimischer Heros Eponymos, nach ihm eine der zehn Kleisthenischen Phylen. Seitdem blieb Salamis, kurze Unterbrechungen abgerechnet, mit Athen vereinigt nicht als freier Bürgerverband (Demos), sondern als Untertanenland. Seitdem war die Priesterin der Athene



gesetzlich gehalten, ihren Käsebedarf nicht aus Attika, sondern vor allem aus Salamis zu beziehen.[1]) Und seitdem teilte die Insel die Geschicke Athens, in dessen Geschichtstafeln sie einen Ehrenplatz einnimmt.

* * *

Salamis bedeutet aber ein Merkwort und einen Markstein auch für die Entwicklung der Menschheitskultur. Mit großem, klingendem Namen steht jener Septembertag des Jahres 480 in den Annalen unseres Planeten verzeichnet, der Tag jener ewig denkwürdigen Schlacht, die uns so vertraut ist von Jugend auf. Wie ein spannendes Märchen hatte sie einst dem Knaben in der Schulstube geklungen. Der reifende Geist sodann bemühte sich, aus den Quellen das große Geschehnis kritisch nachzuzeichnen und zu begreifen. Und nun, im Schimmer einer glücklichen Stunde, sollte sich das Bild durch persönliche Anschauung an Ort und Stelle verdeutlichen und verfestigen wie in einem Fixierbad. Forschend sucht das Auge die Gewässer und Küsten nach Anhaltspunkten ab, um mit Hilfe der Phantasie und Erinnerung die Beantwortung der trockenen, aber dringlichen Frage zu ermöglichen: Wo haben wir eigentlich jenen weltgeschichtlichen Kampf zu lokalisieren? Hiebei handelt es sich nicht um eine Frage von bloß akademischem Interesse. Denn „die Örtlichkeit ist das von einer längst vergangenen Begebenheit übrig gebliebene Stück Wirklichkeit. Sie ist sehr oft der fossile Knochenrest, aus dem das Gerippe der Begebenheit sich feststellen läßt, und das Bild, welches die Geschichte in halb verwischten Zügen überliefert, tritt durch sie in klarer Anschauung hervor" (H. v. Moltke, Wanderbuch). Mißlich ist nur der Umstand, daß Kampfhandlungen zur See natürlicherweise schwerer zu fassen sind als Landkämpfe. Der Seekriegsschauplatz ist mehr fließend, unbestimmt und setzt sich nicht in gleichem Maße aus individualisierten, bekannten

1) Encyclopaedia Britannica s. v. Salamis ohne Angabe der Belegstelle.



und benannten Größen zusammen wie die Walstatt am Lande. Infolgedessen bietet er der kritischen Schlachtfelderforschung weiten Spielraum für Kombinationen und Möglichkeiten. Was gerade die Seeschlacht von Salamis betrifft, so ist die topographische Frage von den Neueren gründlich verwirrt worden. Wir müssen daher zunächst einmal zu den Quellen selbst hinabsteigen. Quellenbericht und Anschauung zusammen erst ergeben eine Vorstellung von den taktischen Einzelheiten und den entscheidenden Hauptmanövern der beiderseitigen Flotten und damit ein kartographisches Gesamtbild von dem Schauplatz des Kampfes.

Im folgenden sind die Eindrücke einer Küstenwanderung vom Piräus über die Georgskapelle bei Keratsini westwärts nach der salaminischen Fähre mitverwertet worden. Als bewiesen dürfen wir den Satz voraussetzen: Grundlegend sind die Schilderungen des Äschylus und Herodot. Auf ihnen fußt im wesentlichen die gesamte Überlieferung des Altertums. Darnach steht das eine fest: der Aufmarsch der Perser war von vornherein darauf angelegt, die Griechenflotte einzuspunden und verhältnismäßig mühelos durch einen einzigen Zangengriff zu zerquetschen. Daher sperrten die Perser die beiden Durchfahrten links und rechts von Psyttaleia mittels starker Geschwader ab (Äschylus, Perser 366 ff.). Daher besetzten sie auch dieses Inselchen selbst mit der „schönsten Blüte" des Heeres (a. a. O. 441) in der Voraussicht, daß hier die schiffbrüchigen Mannschaften und die Trümmer der verunglückten Kriegsschiffe von Freund und Feind angetrieben werden würden. Daher beorderten sie entsprechende Kräfte südlich um die Insel Salamis herum, um auch den schmalen Meeresarm zwischen Salamis und Megaris zu verriegeln (Äschylus 368; Herodot 8, 76; Diodor 11,17). Daher endlich trieben sie, um die Umzinglung vollständig und wirksam zu machen, ihren rechten, von den Phönikiern gebildeten Flügel hart an der attischen Küste hin im Bogen auf Eleusis vor. Diesen Flügel bezeichnet deshalb Herodot (8,76) auch als den westlichen, während er (8,85) den an Psyttaleia



angelehnten, auf den Piräus zu stehenden den östlichen nennt. Daraus ergibt sich auch die Grundstellung der griechischen Seemacht zu Beginn des Kampfes, während wir sie uns am Vorabend der Schlacht noch in der nach Osten geöffneten, im Süden von der Kynosurazunge, im Norden von einem breiteren Landvorsprung begrenzten Hafenbucht der Stadt Salamis (des heutigen Ambelaki) ankernd zu denken haben. Zusammenfassend kann man also sagen: Die Walstatt ist hinter die Linie Kynosura-Psyttaleia zu verlegen und die Griechen haben, den Nordflügel der Insel Salamis im Rücken, mit der Front nach Nordosten gefochten. Damit stimmt gut die Angabe Diodors (11, 18, 3), wornach „zwischen der Stadt Salamis und dem Herakleion" gekämpft wurde. Daß dieser Heraklestempel an der attischen Küste gegenüber der Kynosuraspitze (auf der Bergeshöhe am Eingang in den Phoronhafen) lag, kann als ausgemacht gelten.[1]) Ob die Stelle, von der aus Xerxes den Verlauf der Schlacht zu beobachten gedachte, gleichfalls in der Nähe des Heiligtums, worauf die alte Ortsbezeichnung „Thron des Xerxes" hindeutet, oder auf dem gegenüberliegenden Vorgebirge am Phoronhafen zu suchen ist, muß dahingestellt bleiben. Hier hätte er allerdings den Schlüssel der persischen Stellung und den Drehpunkt des Kampfes unmittelbar vor Augen gehabt. Da aber Herodot (8,90) erzählt, die phönikischen Kapitäne hätten nach Verlust ihrer Schiffe die Jonier persönlich beim Großkönig verklagt, so wird man Xerxes wohl richtiger weiter westlich auf dem natürlichen Felsenthron des frei ins Meer vortretenden Halbinselchens Keratopyrgos, wo zur Zeit ein Pulvermagazin steht, Platz nehmen lassen. Von hier aus läßt sich der Kampfraum in geradezu idealer Weise überblicken. Es kann somit keine Rede davon sein und hätte nie behauptet werden sollen, daß die Schlacht diesseits des salaminischen Sundes in den Gewässern stattfand, die unser Kursschiff eben passiert. Hiegegen streitet schon die eine Bemerkung Herodots (7,83), die

1) Vgl. E. Rotherts Kartenwerk I[6] Altertum 5.

schiffbrüchigen Griechen hätten sich während der Schlacht schwimmend nach Salamis hinübergerettet. Vor dem Sund hätten sie diese Möglichkeit schlechterdings nicht gehabt, wie ein Blick auf die Karte und der flüchtigste Augenschein vom vorüberfahrenden Dampfer aus sofort erkennen läßt.

(Schluß folgt).

XXXV.

Das süddeutsche Kloster seit dem Ausgange des Mittelalters.

Der eifrig geförderten Erneuerung des klösterlichen Lebens war im 15. Jahrhundert auch eine Erneuerung der klösterlichen Bauten gefolgt. Der engere Zusammenschluß zu Kongregationen hatte auch jetzt, wie einsteus im 11. und 12. Jahrhundert anregend gewirkt. Einige Abteien, z. B. Ochsenhausen (1434—1495), Blaubeuren (1466—1502), Scheyern (1467—1521), Auhausen (1499—1530), Reichenbach wurden ohne äußere Veranlassung völlig umgebaut; bei anderen zwangen Unglücksfälle, wie Brände in Benediktbeuern, in Georgenberg oder Neubesetzungen, (so in Langenzenn 1405), in Birklingen (1455), in Fultenbach (1471), Altomünster (1485), Prüll bei Regensburg (1484) zu gleichen Maßnahmen. Mehrere Klöster erhielten Neubauten in der Kirche (St. Ulrich und Afra in Augsburg 1467 und 1474, St. Zeno bei Reichenhall 1512—1520) oder im Kloster (Füssen und Heilsbronn das Abteigebäude, Seeon den Kreuzgang und den Konventbau, Neunkirchen a. Br. das Kapitel); Stifte ohne größere und kleinere bauliche oder künstlerische Veränderungen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts werden überhaupt nicht oder höchstens in ganz verschwindender Zahl zu finden sein. Alten Beschreibungen, Plänen und



Bildern zufolge glichen diese Stifte mit ihren vielen Giebeln, den hohen Umfassungsmauern und deren Türmen einer befestigten Stadt (Maulbronn, Ebrach, Wessobrunn, Herrenchiemsee) oder einer hoch gelegenen Burg (Komburg, Banz und ganz besonders Reichenbach am Regen, welches schon ein bekannter Zeitgenosse, Hartmann Schedel als „praeclarum monasterium in modum castri positum in monte“ [clm 716 f. 299] bezeichnet hat und dessen alte Ansicht A. W. Ertel 1690 in seinem churbayrisch geistl. Atlas ungewöhnlich gut wiedergibt). Neben rein praktischen Gründen mag auch die Symbolik des Mittelalters bei Klosterbauten mitgesprochen haben: Die ‚coelestis urbs Jerusalem‘ oder die ‚arx in monte posita‘ sollten bildlich dargestellt werden. Man hätte glauben mögen, diese innen und außen erneuerten, gefestigten Klöster könnten Jahrhunderte überdauern, auch den stärksten Stürmen trotzen. Die Geschichte belehrt uns eines andern. Manche Stifte waren kaum mit ihrer Erneuerung fertig geworden (Reichenbach), einige sogar noch mitten in derselben begriffen (Auhausen, Heilsbronn), als der Sturmwind der Reformation einsetzte und sich nicht mehr besänftigen ließ. Er bedrohte die innersten Grundmauern des klösterlichen Lebens und in seinem Gefolge verwandelten die wilden Horden aufrührerischer Bauern, besonders in Schwaben und Franken, die stolzesten Bau- und Kunstwerke in Schutt und Asche. Viele blieben liegen, andere rafften sich mit äußerster Kraftanstrengung wohl schnell wieder auf, um dann erst recht und für immer aus religiös-egoistischen Gründen zu verschwinden. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war von den vielen einstigen Abteien kaum mehr die Hälfte übrig geblieben. Wie war es möglich, daß die kaum beendete innere und äußere Erneuerung dem Sturme nicht stärkeren Widerstand entgegengestellt hat? Gewiß, manches Stift hatte der Gewalt weichen müssen, aber manches andere hatte selber dem Untergange die Tore geöffnet. Sicher ist auffallend, daß die strengen Karthäuser in Nürnberg als eine der ersten abfielen und in ihren alten Tagen zu einem



Leben zurückkehrten, das sie vor wenigen Jahren Gott zu Liebe verlassen hatten, während die vordem geschmähten Frauen zu St. Katharina in Augsburg standhaft geblieben sind. Die Reformbestrebungen hatten bei ihren Verordnungen vielfach vergessen, auf mächtige Zeiteinflüsse Rücksicht zu nehmen. Mit dem Wiederaufleben alter Strenge mußte die immer mehr um sich greifende Seelsorge, mußte das Studieren auf den Universitäten, die wissenschaftlichen Bestrebungen in den Klöstern, welche mit dem Fortschritte der Buchdruckerkunst Hand in Hand gingen, in engeren Zusammenhang gebracht werden. Auf der einen Seite untergrub die Besetzung auswärtiger Pfarreien mit Mönchen das monastische Leben — Abt Wolfgang Marius von Aldersbach nennt solche Mönche Fische außer dem Wasser — auf der anderen unterbanden nicht selten die „Leutpriester" auf den Klosterpfarreien den nötigen Zusammenschluß von Welt und Kloster. Um derlei Mißständen abzuhelfen, begegnen uns seit dem Konzil von Basel immer wieder Verhandlungen mit dem Diözesanbischof und mit Rom. Kämpfe, wie sie Seeon wegen Obing, Baumburg wegen Sighartskirchen führten, waren keine Seltenheit und mußten unbedingt das klösterliche Leben nachteilig beeinflussen.

Die Reformation hatte den Klöstern ihre Existenzberechtigung abgesprochen, weil sie die Gelübde als unmoralisch erklärte. In Norddeutschland nahmen manche Stifte die neue Lehre an und behielten von der alten nur den Namen und die Privilegien. Anfangs hatten einige auch noch äußere Fühlung mit Rom, noch 1566 erbat sich die evangelische Äbtissin von Quedlinburg die Bestätigung. In Lokkum gibt es heute noch ein evangelisches Zisterzienserkloster, dessen Abt bei besonderen Festlichkeiten Mitra und Stab trägt. In Süddeutschland werden in diesem Falle mancherorts nur Würden noch einige Zeit an Bekenner der neuen Lehre weiter vergeben, so in Heilsbronn, Mönchsrot und Maulbronn; das Klosterleben hört auf; die Klostergüter werden von ihren neuen fürstlichen Besitzern verwaltet.



Auch historisch hatten die meisten Klöster ihre bisherige Aufgabe gelöst und mußten eine neue suchen. Wenn im 16. Jahrhundert selbst im katholischen Bayern sehr viele Klöster einen erschrecklichen Rückgang in der Zahl der Mönche aufwiesen — Abt Bartolomäus Mädauer in Aldersbach (1552—77) und Propst Balthasar Peer in Hoegelwörth (1564—89) hatten zeitweise nur einen einzigen Konventualen, die Abteien Münchsmünster und Biburg, die Propsteien Paring und Schamhaupten sind völlig ausgestorben — so lag die Schuld hievon nicht in dem religiösem Zeitgeiste allein, sondern auch in der Existenzfrage der Stifte überhaupt. Die Klöster mußten sich neue Aufgaben suchen und sie fanden sie in Seelsorge und Pflege der Wissenschaften. Die Klöster traten mehr aus sich heraus und bekamen engere Fühlung mit der Welt. Waren sie bisher mehr Sammelpunkte in der Welt gewesen, so wurden sie jetzt Brennpunkte für dieselben. Die Klosterkirchen öffneten sich völlig den Laien; selbst ohne Rücksicht der Geschlechter und die Klosterbrüder versorgten die religiösen Bedürfnisse des Volkes. Kanzel und Beichtstuhl bildeten jetzt neben den bisherigen Altären und Chorstühlen ein unentbehrliches Inventar der Klosterkirche. Im Kloster konnte, in der jetzt erst dauernd eingerichteten Zelle der einzelne Charakter mehr der eigenen Begabung entsprechend sich ausbilden, der Seelsorge, dem Lehrberufe, der Wissenschaft oder wirtschaftlichen Verwaltung sich widmen. Die strenge Scheidung zwischen adeligen und bürgerlichen Abteien mußte allmählich bis auf sehr wenige Reste, wie Kempten verschwinden.

Solche innere Zugeständnisse an den Zeitgeist machten sich sehr bald auch im äußeren Klosterbaue geltend. Daß man das alte Bild nur in den Formen, etwa in der Silhouette änderte, wie dies Abt Benedikt in Scheyern (1574 bis 1610) getan, blieb selten. Man trug allüberall den neuen Forderungen von Licht und Luft Rechnung. Ein seltener Stich des Klosters Theres bei Haßfurt zeigt neben manchen Miniaturmalereien, wie wenig dies ehemals ge-



schehen war. Früher hatte man gewöhnlich an die erste Anlage je nach Bedürfnis Anbauten gemacht ohne Rücksicht auf ein harmonisches Gesamtbild. Das sollte anders werden. Die Anlage des Klosters wurde erweitert, nachdem die alten Befestigungen gefallen waren. Letztere hatten oft zweckmäßig eine Grenze zwischen den eigentlichen Kloster und den Wirtschaftsgebäuden gezogen. Man fand nicht selten, daß die bisherige Lage für das Kloster, besonders für die Gesundheit der Mönche, dann aber auch gegen Wasser- und Feuergefahr ungünstig gewesen. So dachte man daran, sie zu verlegen, wie dies ehedem gewesen war in der ersten Blütezeit der deutschen Klöster, in Altomünster, in Hirsau, in Scheyern, in Raitenhaslach, in St. Veit bei Neumarkt, in Fürstenfeld usw. In den Jahren 1629—31 baute Abt Sylvanus Herzog auf der Höhe bei Hennenhofen das neue Kloster Fultenbach. Freilich bezog nicht er, sondern der schwedische Soldat diese Räume. Wegen Feuersgefahr wurde 1706 Georgenberg in das Thal, nach Fiecht bei Schwaz verlegt. Propst Patriz Pichler (1686—91) stieß bei seinem Versuche, das Stift Högelwörth von der Insel auf die Anhöhe bei Anger zu übertragen, auf zu starken Widerstand im Konvent, hingegen konnte Bernard Bogner (1674—1724) in Schlehdorf dieses Vorhaben zur Ausführung bringen. Die Franken fanden sich bei ihren Neubauten besser mit den bisherigen Plätzen zurecht. Die große Baulust regte sich da und dort bereits im 16. Jahrhundert, doch kam sie zumeist erst im 17. und 18. Jahrhundert zur vollen Geltung. Man arbeitete immer mehr nach einem bestimmten Systeme. Ein Vergleich ist besonders bei Benediktbeuern sehr lehrreich. Hier haben wir Bilder aus drei Jahrhunderten erhalten. Jenes bei Merian geht sicher in die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück; das bei Stengel ist wohl gleichzeitig, also um 1620 entstanden und für das 18. Jahrhundert orientieren die Stiche von Ledergerber oder von J. Zimmermann geradezu mustergiltig. Die anfangs enge zusammengeschlossene Anlage wird immer



weiter und entwickelt sich schließlich zu einem harmonischen Ganzen. Hier sind Kloster und Wirtschaftsräume getrennt, die meisten Abteien haben sie verbunden und dadurch in ihrem Grundrisse eine reiche Gliederung in einzelne Höfe erzielt. Bei völligen Neuanlagen wird die Kirche gerne als Mittelpunkt der ganzen Anlage gewählt, rechts und links von 2 Höfen flankiert und ihre Fassade bildet den Glanzpunkt eines größeren Vorhofes. Wiblingen, Weingarten, Schäftlarn, Tegernsee, Ettal, Wessobrunn bilden hiefür treffliche Belege. An vielen Orten wurden Kirche und Konventgebäude in der Anlage besonders herausgehoben und die übrigen Gebäude ihnen seitlich untergeordnet und dann das Ganze zusammengezogen wie in Amorbach, Speinshardt, Elchingen, Kaisheim, Neresheim, Schönthal a. d. Jagst, Weissenau oder Allerheiligen und Salem. Man tat dies besonders gerne, wenn entweder Kirche und Kloster zu verschiedenen Zeiten gebaut wurden oder das 17. und 18. Jahrhundert ihre Anlage nur durch Erweiterung schaffen wollten z. B. in Seligenstadt a. M., in Michaelsberg b. Bamberg, in Langheim, in Ebrach, in Ochsenhausen, in Reichenau, in Scheyern, in Formbach a. I., in Aldersbach, in Raitenhaslach. Dann und wann half man sich durch einen langgestreckten Anbau an das alte Klosterquadrat, um schöne, luftige Zellen zu gewinnen und die Mönche von ihnen aus die Landschaft genießen zu lassen, so in Scheyern und in St. Veit bei Neumarkt a. d. Rott. An anderen Plätzen schuf man dadurch passende Räume für den Abt (Sommerabtei) oder für vornehmere Gäste, wie in Walderbach, in Beyharting, in St. Trudpert. In den meisten Fällen jedoch war man auch in der exzentrischen Anlage auf die Schaffung von Höfen bedacht geblieben. Charakteristisch bleiben hierin, von Walderbach, abgesehen die Stifte der Oberpfalz, welche alle nach dem 30jährigen Kriege neugebaut worden sind. Dieses Suchen nach Höfen hat besonders interessante Grundrisse in Speinshardt, in Elchingen, in Obermarchtal, in Weingarten und vor allem in Schuttern geschaffen. Auch



Ettenheimmünster bleibt beachtenswert. Dort stand die Kirche in einem schiefen Winkel zum Klosterquadrate und diesem war dann normal der Abteihof vorgelagert. Die Klostergebäude blieben bei diesem Systeme in der Regel auf der rechten Seite der Kirche, waren also nach Süden gerichtet. Nur die örtliche Lage schuf hierin Ausnahmen und selbst dann suchte man durch östliches Anbauen an die Kirche in etwas zu helfen (Banz). Solches Bestreben und der Gedanke, die Kirche als Haupt der ganzen Anlage klar erkennen zu lassen, führte mitunter im Verein mit der natürlichen Lage zu eigenartigen Gruppierungen. Sie nahm die Kirche aus dem Kloster heraus und stellte sie als Kopf vor dasselbe wie in Kempten und Ottobeuern, in Triefenstein und in verändeter Form in Füssen und schließlich auch in Melk. Das Projekt des Felix Donato d'Allio für Klosterneuburg, welches nur zum kleineren Teile ausgeführt worden ist, verfolgt dieselben Ziele, nur daß die Kirchenfassade von zwei Seitenbauten flankiert ist. Der sonst übliche Vorhof ist ganz außer acht gelassen. Die Anlage benützt wie in Melk mit großem Vorteile die natürliche Lage des Stiftes und dessen Umgebung. Der Künstler folgt einem Zuge der Zeit. Die Klöster sollten ein Glanzpunkt der Gegend sein und derselben harmonisch sich einfügen. Mit selten feinem Gefühle ist in der Regel diese Aufgabe gelöst worden. Große Hilfe gewährte hierin die zeitgemäße Betonung und Verwertung der Ziergärten. Schade, daß heute weitaus der größte Teil als unnützer Ballast vernichtet worden ist. So sind wir, um die nachmittelalterliche Klosteranlage in Süddeutschland entsprechend genießen und würdigen zu können, immer wieder auf alte Stiche oder auf Pläne angewiesen. Und diese entsprechen nicht immer der Wirklichkeit. Die Projekte für einen kommenden Umbau fanden häufig soviel Gefallen, daß sie sogleich in Stichen festgehalten und in die Welt hinausgeschickt wurden. Wenn es galt, für ein Sammelwerk die Ansicht des Klosters zu bringen, griff man nicht selten der Zeit voraus und schickte dem Stecher statt der wirklichen Ansicht



die Idealprojekte ein. So geschah es schon bei M. Wening in seiner Topographie der vier Rentämter Bayerns und neuerdings ganz besonders in den Illustrationen zu den Monumenta Boica. Mitunter wurden später die Pläne überhaupt nicht benützt, so in Schlehdorf oder nur teilweise ausgeführt wie in Göttweig, Wessobrunn, Weingarten, Wiblingen usw.. Daß man sich Abänderungen beim Baue erlaubte, z. B. in Ettal, bräuchte eigentlich nicht besonders erwähnt zu werden. Auf diese Weise ist es dem heutigen Forscher nicht immer leicht einen ungezeichneten Stich oder ein Relief endgültig zu bestimmen. So läßt nur das darüber gesetzte Wappen eines der Reliefs im Festsaale zu Neresheim sich als Ansicht von Irsee unzweifelhaft festlegen.

Die süddeutsche Klosteranlage des 17. und 18. Jahrh. macht absichtlich einen imposanten Eindruck sowohl in ihren ausgedehnten, regelmäßigen Grundrissen als auch in ihrem architektonischen Aufbau. Sie bildet einen wesentlichen Bestandteil der heimatlichen Barock- und Rokokokunst. Ohne die vielen baulustigen Klöster wäre diese nie zu solcher Höhe entwickelt worden. Schon ein flüchtiger Vergleich mit Norddeutschland wirkt hierin überzeugend genug. Wieder werden wir an das 11. und 12. Jahrhundert gemahnt, in welchen die Klöster in ähnlicher Weise unsere deutsche Kunst bestimmend beeinflußt haben. Damals hat den Klöstern zunächst das Ausland die erste Anregung gegeben. Cluny und Citeaux und St. Denis bei Paris stehen mit unserer spätromanischen und gotischen Kunst in unlöslichem Zusammenhange. Auch in der Neuzeit gehen die Impulse der großartigen süddeutschen Klosterbauten nicht zuletzt von Frankreich aus, wenn auch für das 17. Jahrhundert in Linie und Form noch stark Italien zur Geltung kommt. Gewiß, vorerst waren diese Bauten ein Bedürfnis gewesen. Ihre Vorgänger waren hinfällig und ganz besonders für die damaligen Klostererfordernisse unzureichend geworden. Aber das allein könnte die allgemeine Baulust nicht erklären. Daß nicht einmal Klöster in den dürftigsten Verhältnissen wie



Dietramszell, Schlehdorf oder Beyharting ruhig blieben, gibt schon genugsam zu denken. Die damals wiederkehrenden großen Gedächtnistage der einzelnen Abteien, die Säkularfeiern der Gründung boten auch einen Anlaß. Aber in der Hauptsache lag die Baulust im Zuge der Zeit, der Abt wollte sein schönes Schloß, seine kleinere oder größere Residenz haben, wie König Ludwig XIV. von Frankreich. Dieser Gedanke wird noch bedeutend verstärkt, wenn wir uns erinnern, daß die Klöster damals ihre Sommerschlösser für den Abt und den Konvent errichtet haben. So erklären sich auch die Klagen älterer Konventualen gegen ihre Äbte. Nur zu bald sind ihnen deren Bauten ein Dorn im Auge, weil nicht passend für den bescheidenen Sinn des Mönches, nicht entsprechend den Mitteln des Hauses, weil klar sehende Geister eine Gefahr für das mühsam wieder festbegründete ernste Klosterleben scharf erkannt haben. Nicht bloß in Fürstenfeld ist man mit dem Baue des Abtes Balduin Helm (1690—1705) unzufrieden und hindert die Inangriffnahme der Kirche. Solche Strömungen begegnen uns sehr häufig, wenn wir uns um das innere Klosterleben jener Zeit näher umsehen wollen. In Altomünster sah man noch nach Jahrzehnten die Seele des Priors Schmidhammer im Fegfeuer, weil er 1723 entgegen der bisherigen Einfachheit den Herrenstock hat bauen und namentlich die Fenster nicht mehr in den kleinen Kreuzganggarten, sondern in Gottes weite Welt hat richten lassen. Aber wir wissen, es war nicht immer Prachtliebe und Prunksucht, welche derlei Bauten schuf, welche den Bau als Repräsentanten von Größe und Macht des Klosters erstehen ließ, das gehörte mit zur Barock- und Rokokozeit. Das drückte man besonders im religiösen Leben aus, in den großen und reichen Kirchen. Es wird wenige Klöster geben, welche damals nicht ihre Wallfahrt gehabt oder gebaut hätten. Und mitunter übertraf die Wallfahrtskirche an Größe und Schönheit und Reichtum noch weit die eigentliche Klosterkirche. Wies bei Steingaden und Vierzehnheiligen reden laut genug. Und schließlich hatten in ihren



Bauten die Klöster nicht das letzte Wort. Der Wille des Landesherrn, der Wille oder doch der Wunsch des Kaisers hatten eine gewichtige Stimme. Daß die Kurfürsten von Bayern gerne ansehnliche Klosterbauten sahen, entsprach ja nur ihren eigenen reich entwickelten Kunstbestrebungen. In Österreich hat Karl VI. die Erinnerung an majestätische Klosteranlagen aus Spanien (Eskurial) mitgebracht. Und diese Erinnerungen blieben so lebendig, daß er seine Klöster nicht bloß ermahnte, vornehm und fürstlich zu bauen, sondern hierin einen sehr starken Druck ausübte. Die Klöster mußten ihm die Pläne bis zu einem bestimmten Termine einreichen, andernfalls, oder wenn ihm die eingeschickten Pläne zu einfach erschienen, löste der kaiserliche Baumeister auf Kosten des Klosters die Aufgabe im eigenen Sinne. Karl VI. dachte sich z. B. nach dem Vorbilde des Eskurial Klosterneuburg als Kloster und als Schloß. Nicht zuletzt sollten Kunstpflege und Klosterleben, wie ehedem im Mittelalter, wieder enger verbunden werden, und tatsächlich finden sich in den einzelnen Klöstern geschickte Architekten wie Ch. Voggt in Ottobeuern und noch zahlreicher gute Maler und Plastiker. Auch die damals besonders geübte Pflege der Musik hing mit den Klosterbauten, den Festsälen und großen Orgeln zusammen. Alles in Allem genommen haben die fürstlichen und künstlerischen Bestrebungen im Baue der Klöster deren Bewohnern sicher weit mehr genützt als geschadet. Das klösterliche Leben in Salem und namentlich in dem noch viel prunkvolleren Ebrach war in der letzten Zeit mustergültig geblieben, und hieher gehört auch jener Ausspruch, mit welchem ein französischer Offizier in St. Peter im Schwarzwald seine Erlebnisse in Kaisheim mit denen anderer Abteien verglich. Und schließlich ist eine unabsehbare Kulturarbeit damals von Seiten der Klöster durch ihre Kunstpflege geschaffen worden. Welchen Einfluß hat nicht Wessobrunn mit seiner Stukkatorenschule gewonnen und wie viele Familien sind durch sie zu einer Erwerbsquelle, zu Bildung und Ehre und Ansehen gekommen? Ein Klosterbau zog nicht selten eine ganze Künstlergruppe



an sich und brachte sie von Land zu Land. Ohne die kunstvollen Bauten hätten sicher die Talente der Dientzenhofer oder der Asam, eines Joh. Michael Fischer, eines A. Mayer von Trostberg, eines Math. Günther, eines Bergmüller, eines Knoller, eines Joh. B. Straub oder Ignaz Günther nie zur vollen Entfaltung kommen können.

Vielleicht ist es später möglich, das umfangreiche Material in einem größeren Werke niederzulegen, für heute wollen wir lieber einen Rundgang im nachmittelalterlichen Kloster machen. Dasselbe ist abgegrenzt von der es umgebenden Welt, aber nicht gleich einer starken Festung wie früher, sondern nur durch eine einfache, wenn auch höhere Mauer, welche innen für Spalierobst sich verwerten läßt, da und dort durch Türen oder Gitter durchbrochen, einen Lueg ins Land. Der Haupteingang ist schon von weitem durch ein großes Tor erkenntlich. Dieses fehlt nie auch dann nicht, wenn es sehr primitiv gestaltet werden muß, selbst nur aus einem Bogen besteht, welcher, wie in Deggingen zwei Gebäude miteinander verbindet. Ein gutes Bild von einst und jetzt gibt die Zusammenstellung der Klostertore von Michlfeld und von Elchingen. Dort ein starker Turm aus Quadern mit schmalen Lugscharten, hier ein leichter eleganter Bau mit reichem Linienspiel in Aufbau und Bekrönung, welcher den Wanderer zum Eintritt auffordert und die Kunst der ganzen hinter ihm liegenden Gruppe erraten läßt. Über der eigentlichen Pforte liegen die kleinen schmucken Fenster einer menschlichen Wohnung. So friedlich und einladend, ganz anders als in Michlfeld, wo wir nicht wissen, was hinter den dicken, schmalen Lichtscharten verborgen auf uns lauert. Und doch halten wir uns auch in Elchingen wohl geborgen. In Banz ist der Eingang einem hochfürstlichem Schlosse abgenommen und noch viel enger als in Elchingen in den Aufbau des gewaltigen, bedeutend höher gelegenen Klosters mit einbezogen. In Scheyern bildet das Portal das Untergeschoß eines schloßartigen Gebäudes. Gerne machen uns Statuen, manchmal auch Gemälde, zum mindesten ein

Wappen mit den Stiftern, den Patronen oder einer Szene aus der Hausgeschichte des Klosters vertraut. Wenn einmal der so beliebte Abtei- oder Kirchenhof fehlt, so ist der Haupteingang durch reiche Architektur oder Plastik betont. Den Erstlingsplatz dürfte hierin das stolze Portal von St. Florian in Oberösterreich einnehmen mit seinen beiden Stockwerken und dem hübschen Balkon, welcher den Prälaten einlädt, hier eine Huldignng seiner Gäste oder Stiftsuntertanen entgegen zu nehmen.

Wir treten ein und stehen im Klosterhof. Rechts und links von dem Portale liegen größere oder kleinere Gebäude, meist Werkstätten oder Wirtschaftsräume, vor uns Gärten, Bäume und Brunnen, im Hintergrunde die Kirche und mit ihr verbunden das Kloster, zumeist der Abteitrakt. Diese Anordnung ist aus alter Zeit übernommen und doch wieder neu gestaltet. Mit Vorliebe ist eine organische Verbindung zwischen Kirchenfassade und den anstoßenden Gebäuden gesucht oder hingegen die Kirche viel entschiedener als früher herausgehoben. In dem Bestreben, beide miteinander zu verbinden, ist man oft so weit gegangen, daß die Fassade der Kirche der Hausfassade ähnlich, ja völlig gleichgestaltet wurde. In Mönchsdeggingen und Fultenbach kennzeichnet die Kirche nur der aufgesetzte Giebel, in Prüfening und Reichenbach wird der Besucher anfänglich die Kirche kaum herausfinden. Um die Kirche hervorzuheben, rückt man die Klosterfassade absichtlich mehrere Meter nach Westen oder behandelt die Kirche aus anderem Material als die Umgebung. Das Kloster ist durch Lisenen barok d. i. vertikal gegliedert und gerne werden Fensterumrahmungen mit kräftig behandeltem Kranzgesimse angebracht. Für die einfachere Art sind die drei einander ähnlich gebauten Abteien von Ensdorf, Michlfeld und Weissenohe beachtenswert, für reichere Behandlung kann St. Florian als Muster gelten. In der Regel durchbrechen die oft sehr lange Wand zwei Portale, von denen das eine in den Konventbau, das andere, reichere, in die Prälatur führt. Auch werden nach Möglichkeit Frei-



treppen verwendet, entweder für die Kirche, so in Amorbach, oder für das Kloster, wie in Banz, Neresheim, in Schäftlarn, mitunter für beide zugleich. Dann und wann sucht der Architekt die Anlage durch die Betonung des eingezogenen Stiegenhauses zu beleben, z. B. in Neresheim oder St. Florian. Erker werden im 16. und 17. Jahrhundert gerne an der Abtswohnung angebracht, damals liebte man auch noch die Ecktürme, später müssen derlei Linienspiele dem einheitlichen Gesamtbilde weichen.

Nachdem wir den Pförtner um Erlaubnis gebeten, treten wir in den Konventbau ein und kommen dort zunächst in den Kreuzgang. Er hatte im Mittelalter eine ganz besondere, religiöse Bedeutung und war dem entsprechend angelegt und ausgeschmückt worden. Der Osttrakt diente tagtäglich der Prozession vom Chore zum Kapitelsaale und von da in den Chor zurück. Neben dem Kapitelsaale war häufig die Totenkammer, besonders wenn das Kloster über keine eigene Michaelskapelle verfügte. Der Nordtrakt bildete die Lesehalle (collatio) und im Westtrakt wurden Wohltäter des Hauses oder Adelige der Umgegend begraben. Sehr oft waren im Laufe der Zeit gegen den Garten zu Kapellen als Grabstätten angebaut worden. Nur der Südflügel hatte frei bleiben müssen; den benötigten die Mönche, wenn sie zur Pforte, zum Brunnenhause, zum Speisesaale, zur Sprech- oder Wärmstube oder hinauf in den Schlafsaal gehen wollten. Alle vier Seiten wurden des öftern, bei den Zisterziensern alle Freitage, zu Prozessionen (Kreuzgängen) gebraucht. Allmählich verschwand der Lesegang und die Ritter begrub man in der Kirche. So verlor der Kreuzgang an innerer Bedeutung und sank an allen Seiten zu einer reinen Verbindung der einzelnen Räume herab. Man schmückte ihn darum nicht mehr kirchenähnlich mit prächtigem Gewölbe, lauschigen Fensterarkaden und dunklen Kapellen, man erhob die ausgemeißelten Steine aus dem Boden, gestaltete alles hell und licht und hoch und gebrauchte gut verschließbare Fenster gegen die Winterskälte. Diesem neuen Prinzipe und



der allgemein angestrebten Symmetrie fielen auch die Grabkapellen und das Brunnenhaus zum Opfer. Nur einige Zisterzienserklöster, z. B. Wilhering hielten an letzterem fest. Um den Kreuzgang trocken zu haben, wurde er in einigen Klöstern, wie in Ebrach, teilweise höher gelegt und nicht allzu selten verzichtete man bei Neuanlagen völlig auf den Nordflügel, den Lesegang.

In anderen Abteien störten Einbauten die alte Verbindung. Seit dem 16. Jahrhundert benützten sehr viele Stifte den Kreuzgang als Grabstätte ihrer Konventualen, wie dies im 14. und 15. Jahrhundert bereits die Chorherren der Dom- und Säkularstifte getan hatten. Bei einigen blieb diese Sitte bis heute, andere bauten sich im 18. Jahrhundert unter den neuen Kirchen geräumige Katakomben oder verlegten ihr Begräbnis in eine Kapelle. Der neue Kreuzgang war zunächst getüncht und vielfach mit Stukkaturen an der Decke versehen. Ihm entsprechend schuf man im zweiten und dritten Stockwerk dieselbe Verbindung. Manchmal war der Schmuck überall gleich, häufig wechselte er, um sich neben den Wohnräumen der Mönche am schönsten zu gestalten. Nicht selten (Ebrach) wurde der Gang historisch ausgeschmückt, man brachte an der Decke die Wappen der Äbte an; in Neresheim wurden an den vier Enden große Stuckreliefs eingelassen, welche die Gründung, Geschichte und Aufgabe des Klosters erzählen sollten. An den Wänden hing man große Bilder aus dem Heiligenleben auf, stellte an einigen Orten Heiligenbilder mit Stuckrahmen über die Türen und fügte auch Fresken in die Decken ein. Am reichsten geschieht dies in Ottobeuern, welches das Ideal eines neuzeitlichen Klosters genannt werden muß. In Füssen hingen an der Hohlkehle in ovalem Stuckrahmen durch alle Gänge des Hauses verteilt für alle Tage des Jahres die Bilder der Heiligen aus dem Benediktinerorden.

(Schluß folgt.)

XXXVI.

Katholizismus, Liberalismus und Weltkrieg.

Von hoher kirchlicher Seite der Westschweiz werden die nachfolgenden Betrachtungen, die dort in Sonderdruck verbreitet wurden, zur Verfügung gestellt, um davon einen der Sache entsprechenden Gebrauch zu machen. Dabei die Mitteilung, sie stammten von einem hervorragenden Laien, dessen Ansichten von der überwiegenden Mehrheit des westschweizer Klerus geteilt würden.[1])

Kleinere Stämme verfallen im Laufe der historischen Entwicklung oft einem großen Nachbarstaate. In dekadenten Generationen, wo diese Stämme ihre geistig-kulturelle Selbständigkeit nicht mehr zu wahren wissen, beschleunigen sie selbst diese Tendenz, ergeben sich dem Nachbar, dessen weitergehende Dekadenz sie in liberalistischer Schwäche für Fortchritt, seine äußerliche Zivilisation für Kultur halten (eine etwa nach dem Verbrauch der Seife statistisch meßbare Kultur gibt es nicht, sonst schnitten wir in diesem Krieg übel ab), statt sich an ihrer eigenen, ererbten, positiven, bodenständigen, religiösen Geisteskultur zu stärken und diese weiter zu entwickeln. Das wallonische Belgien und die französische Westschweiz sind charakteristische Beispiele. Weder die Wallonen noch die Westschweizer haben eine nennenswerte selbständige Literatur hier als Mantel für die Kultur angeführt, während heute wieder die deutsche Schweiz von Gottfried Keller (die Überschätzung des durch Kulturkampfkreise emporgehobenen C. F. Meyer brauchen wir dabei nicht mitzumachen) bis Heinrich Federer sich einen selbständigen eigenartigen Platz in der deutschen Literatur errungen hat, wie sie ihn im Mittel-



1) In Nr. 13 der „Katholischen Monatsbriefe", herausgegeben vom Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkriege S. 140 wurde schon darauf hingewiesen.

alter schon einmal besaß.[1]) In Frankreich liest niemand die französisch schreibenden, sich an Pariser Vorbilder anlehnenden Romanciers der Schweiz. Wie man sie dort einschätzt, wissen die Schweizer selbst am besten. — Die von der romanistischen Entwicklung der Neuzeit unterdrückten Vlamen müssen sich den maßgebenden Platz in der deutschen Literatur und Kunst, den sie in der religiösen Literatur des Mittelalters mit dem Höhepunkt ihres größten religiösen Genies, Ruysbroeck, bis zu den Brüdern vom gemeinsamen Leben, sowie in der Malerei besessen, erst wieder erringen. Ihre Bedeutung steht und fällt mit der Anlehnung an Deutschland. Bei einem selbständigen Belgien, oder gar mit Frankreich verbunden, wären sie dem nationalen Untergang geweiht. Die Wallonen hatten niemals eine solche kulturelle Stellung und Bedeutung oder Literatur.

So hat jene Stimme aus der Westschweiz eine eigenartige, in mancher Beziehung prinzipielle Bedeutung. So einfach, geistreich und sicher ist zwischen Bedeutung und Stellung der Nationen, Katholizismus und Liberalismus in einem kurzen Überblick auf Grund der Erfahrungen dieses Krieges noch nicht geschieden worden.

Es mögen also die erwähnten Ausführungen hier in gekürzter Form eine Stelle finden:

I.

Die unvergleichliche Kraft Albions ist neben der Flotte die Heuchelei! — Keine Macht der Welt hat besser den Zauber des gedruckten Wortes auf den leichtgläubigen Durchschnittsleser anzuwenden verstanden als dies fischkühle wortkarge Volk; keins hat verstanden, sich daraus eine gefährlichere Waffe für seine Gegner herzustellen. Niemals hat es für andere als Krämerinteressen gefochten. Als verkaufende und Zwischenhandel treibende Nation geht seine Politik immer und allein darauf aus, sich das Welt-

1) Vgl. Bechtold, Literaturgeschichte der Schweiz.



imperium durch das Geld zu sichern. Es beherrscht den Weltkrämermarkt als Besitzer der Meere mit der breiten Hand auf den reichsten, ergiebigsten Landesteilen des Erdballs.

Dieser Krieg hat mehr als jeder vorhergehende jene furchtbare Vorherrschaft Englands über die Welt ins hellste Licht gesetzt: in unserer Zeit geschieht alles nur mit seiner Zustimmung; wie es will und beabsichtigt. Unter seiner Zuchtrute beugen Völker und Nationen den Kopf und krümmen den Rücken. Sie unterstellen sich Englands Gesetzen mit der Folgsamkeit langgewohnter Sklaven, die die göttergleiche Autorität ihres Herrn verehren.

Beati possidentes. Der unbezahlbare José Ortega y Gasset, ein Spanier, hat das so gut ausgedrückt, indem er sagt (Semaine littéraire vom 27. November 1915): „Die Lage Deutschlands ist tragisch. Das will aber nicht sagen, daß es das Recht hätte, seine Grenzen zu erweitern, denn das hieße ihm ja das Recht geben, die Weltgeschichte von vorn anzufangen . . . .“ So groß ist die Hypnose, die die Zähmung und Dressierung durch England auf jene Völker hervorgebracht hat, daß sie verkünden, die Geschichte werde sich nicht mehr erneuern; sie müsse ein für alle Mal unbeweglich erstarren zum Nutzen Englands; versuchen, sie zu ändern, heiße die Ordnung stören und Anspruch machen auf die Weltherrschaft. Ortega gesteht, daß das „unsäglich traurig“ ist, aber fügt als botmäßiger Leibeigener hinzu: „Aber es ist so, und weil es so ist, gibt es für uns keine andere Politik als die der loyalen Unterwerfung unter England.“

Man sieht also, wie die ganze Welt sich „portugalisiert“ hat, d. h. zu einem Zustand schmachvoller Servilität gelangt ist, der jedes Empfinden von Stolz und Würde im einzelnen und in den Nationen erstickt hat. Wenn man näher zusieht, so enthüllt das eine niedrigere Moral als die der Sklaven des Altertums, die doch ihren Spartakus hatten und ihre Ketten erst nach einem heroischen Kampf wieder



anlegten, nachdem sie Rom an den Rand des Unterganges gebracht hatten.

Um nun zu begreifen, daß im Augenblick, da auf der Weltbühne ein Rivale erschien, der bereit war, diese hassenswerte Tyrannenherrschaft zu bekämpfen, sich die Sympathien der Völker nicht Deutschland, sondern England zugewandt, muß sich in den Geistern eine verborgene Mitschuld vorgefunden haben, die äußerst aktiv und fruchtbar war. Das war die „liberale Mitschuld“.

Der englische Liberalismus! Der grandioseste Humbug, die beste Waffe, die englische Heuchelei für sich schmiedete, und die ihm die dauerndsten, glänzendsten Erfolge im Verlauf der Geschichte eingebracht hat. Eine Zauberformel, die bis jetzt nichts imstande gewesen ist zu entwerten, weder seine Gewalttaten und Eroberungen, noch die Kränkungen der Würde und Unabhängigkeit der Völker, noch seine arglistigen Ränke gegen den Völkerfrieden, noch seine unersättliche habsüchtige Gier, alles zu verschlingen. Soeben duldet ja „das klassische Land der Freiheit“, Amerika, daß man seinem Handel Fesseln anlegt durch die „Schwarzen Listen“ und ihm auf offener See seine Post stiehlt. Man sieht, welches Schicksal England Griechenland auferlegt, ein herzzerreißendes Schauspiel, mehr noch durch seine Schamlosigkeit als durch den Mißbrauch der menschlichen Sprache, wodurch man diese Gewalttaten mit heuchlerischen Namen ziert: „Schutz der Schwachen, Freiheit der Kleinen, Befreiung der Völker.“ Und doch hat die Nacktheit der Schurkenpolitik Englands ihm nicht alle Stimmen entfremdet, ihm nicht alle Sympathien genommen. Deshalb nämlich, weil die liberale Idee eine Religion von merkwürdiger Zähigkeit ist, der alles zu opfern ihre Anhänger bereit sind — wohlverstanden mit Ausnahme des Geldes, das übrigens ein wesentlicher Faktor dieser Religion ist.

Unser Ortega y Gasset hat auch das prächtig ausgedrückt: „Da jeder Krieg, selbst der, in dem man am wenigsten für den Sieg eines Prinzips kämpft, zum Ergebnis eine vorüber-



gehende Vorherrschaft des politischen Typus hat, unter dem der Sieger lebt, muß ich den Triumph Englands ersehnen." — Das ist also schließlich der innerste Grund jener Doppelmoral, die einerseits Geifer speit gegen den Rechtsbruch Deutschlands gegenüber Belgien, und andererseits frenetisch Beifall klatscht zu den tausendmal empörenderen Verbrechen der Allierten in Griechenland und anderswo. Der Jude Alfred Naquet dachte nicht anders, als er es beklagte, daß die Sendung der Jungfrau von Orleans Frankreich gehindert hätte, der Vasall Englands zu werden! —

Zwischen England und Deutschland liegt der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet. Zwischen den Neutralen nimmt der Gegensatz einen ganz anderen Charakter an: er idealisiert sich, ich spreche hier von der großen Masse, nicht von den Schlauköpfen, und gestaltet sich zu einem Zweikampf zwischen der „Freiheits"- oder demokratischen Idee und dem Gedanken der Autorität oder monarchischen Idee. Und diesen Gegensatz, der mehr scheinbar als wirklich ist, auszubeuten, ja, was sage ich, ihn zu erschaffen, hat Albion, ich wiederhole es, die vollendetste Kunst einer Jahrhunderte alten Erfahrung entfaltet. Den Dummen, die die große Masse des Menschengeschlechts ausmachen, den Glauben beibringen, daß ein deutscher Sieg das Ende der Völkerfreiheit sei, dazu hat England kein Geld gespart vermittelst einer Presse, für die die 25 Millionen eines Jean Bon nur ein Wassertröpfchen im Ozean waren. Das Geld vermag alles über die öffentliche Meinung; denn die öffentliche Meinung ist die Presse: und die Presse ist zu kaufen. Das sind die „silbernen Kugeln", von denen Lloyd Georges prophetisch sprach, sie hätten das letzte Wort. Wirklich! Im englischen Foreign Office müssen die wenigen Eingeweihten einer Politik, deren Verfahren und Triebfedern die genannten sind, ein mephistophelisches Vergnügen empfinden, wenn sie sehen, wie ihr Satanswerk durch die allgemeine Mitwirkung der menschlichen Dummheit triumphiert.

Unter diesen an der Nase Herumgeführten gibt es



Leute, die unter den nach der Pfeife Tanzenden zu finden man überrascht ist, nämlich die Katholiken einiger Länder, worunter auch der Schweiz.

Die Katholiken nun, ich meine natürlich die wahren und echten, sind als solche allem feind, was die liberale Weltauffassung an doktrinären und sozialen Irrtümern mit sich bringt. Gesättigt und verwachsen mit dem, was P. Seipel die römische Neutralität[1]) nennt, obwohl er sie bis zum Gegenteil entstellt, glauben sie weder an die Autonomie des Gewissens, noch an eine absolute Freiheit: das Absolute existiert für sie nur in Gott, in dem Gewissen und Freiheit ihren Grund und ihre Grenzen finden. Infolgedessen stellen sie über die Freiheit die Autorität, die natürlich nicht Willkür und Despotismus ist. Je weniger sie an das Abstraktum „Freiheit", jene blutbefleckte Chimäre, glauben, um so mehr schätzen sie die Freiheiten, welche wirklich greifbar und erwiesenermaßen von Nutzen sind, mit ihrer Grundlage in der Zweckbestimmung und dem Ziel des Menschen. Der Katholik hat also Sinn für das Befehlen. Im Anführer sieht er viel mehr die Sicherung seiner Rechte als Bedrohung und lästige Schranke; sein Sinnspruch ist: weder Knechtung noch Willkür. Das ist eine Auffassung, die allem ins Gesicht schlägt, was man übereingekommen ist als „freiheitlichen Gedanken" zu bezeichnen, der seinerseits zur Gesetzlosigkeit hinneigt.

Daher kann man nicht umhin, die allgemeine Feindschaft des Liberalismus gegen die Kirche mit der nicht weniger allgemeinen gegen Deutschland, die in diesem Krieg auftritt, zu vergleichen. Die Grundursache ist dieselbe: die Furcht vor der Autorität, inbegriffen die „deutsche Organisation", über die man in allen Tonarten spöttelt, obgleich ihre Verkleinerer sie insgeheim bewundern und beneiden. Das Verfahren bei der Ächtung ist dasselbe: dem

1) Gemeint ist die Objektivität des Katholizismus, wofür dem Französischen ein Ausdruck fehlt.



„Klerikalismus“ entspricht der „deutsche Militarismus“, wie den „geistlichen Ärgernissen“ die „deutschen Grausamkeiten“. Es ist ja auch immer die Kirche, die „den Frieden stört“. — Dort, wo das katholische Denken sich nicht gebeugt hat und die Geister in der Richtung der Tradition geblieben sind — mit Ausnahme der revolutionären Elemente oder nach Wolkenkukuksheim orientierten Geister — nämlich in Spanien, fühlt man sich mit Deutschland eins.

Was den Vatikan angeht, so kann niemand zweifeln, daß dieser, ohne etwas von der höchsten Unparteilichkeit zu opfern, sich beruhigter fühlt bei der deutschen Ordnung als bei der französischen oder italienischen, für welche Staaten die Ausrottung des Papsttums und der Kampf gegen die Kirche die beiden Hauptartikel ihres Credo und ihres Programms sind.

II.

Was bedeutete also schließlich ein Sieg der Entente für den Katholizismus?

Diese Frage von einer katholischen Zeitung der Schweiz, etwa dem Courrier de Genève, behandelt zu sehen, wäre sehr interessant. Hat dieser unter seinen Lesern nicht welche getroffen, die erstaunt waren über sein systematisches Schweigen über dieses ebenso aktuelle wie wichtige Thema? Gewiß, er hätte es nicht tun können, ohne bei der wenig schmeichelhaften Feststellung anzukommen, daß seine haßerfüllte antideutsche Politik, mit der er seit zwei Jahren Tag für Tag ebensosehr der christlichen Nächstenliebe wie der historischen gleichwägenden Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt, den Interessen der Religion, für die er einstehen soll, Abtrag getan, nicht ihnen gedient hat. Ich sage das ohne die geringste Leidenschaftlichkeit. Der Courrier de Genève ist eine der Zeitungen, die — diesen Krieg ausgenommen — in gediegener Form für ihre Ideen streiten. Sein Redakteur ist nun zufällig Franzose, und der Franzose unterdrückt in ihm den Katholiken. Nichts ist bedauerlicher in einer Epoche, wo mehr als



je es für die Katholiken von größter Wichtigkeit ist, sich auf die Seite zu stellen, wo die wahren Interessen der Kirche liegen, und nicht auf die Seite ihrer Todfeinde. So ist die Frage gelöst, die jene Zeitung nicht anzuschneiden wagt: Der Sieg der Entente wäre ein katastrophales Ereignis für die Kirche: er wäre der Triumph der revolutionären Ideen, die Religion und Kirche vernichten wollen.

Was war denn in dem seltsamen Bund der Entente die Stellung eines jeden Teils dem Katholizismus gegenüber?

England, dem seine Rolle als Schiedsrichter der Weltkonflikte Ausschreitungen antiklerikaler Politik verbietet, hat sich immer mit dem Mantel einer wohlwollenden Neutralität drapiert. Trotz dieser diplomatischen Weisheit bleibt im Grund, wie das Schicksal Irlands und die Wutausbrüche zeigen, die jedes Zeichen eines katholischen Wiedererwachens in England hervorruft, der alte antipapistische Gährungsstoff hartnäckig und giftig: No popery, for ever! England, wo allem zum Trotz der Katholizismus ernstliche Fortschritte macht, hat keine diplomatische Vertretung beim Vatikan. Nur durch praktische Notwendigkeit gezwungen tut es zeitweise diese Ehre seinen katholischen Untertanen und dem Obersten Priester an: Business for ever.

Rußland. Die Orthodoxie, wie sie noch unlängst im okkupierten Galizien an der Arbeit war; religiöse Tyrannei mit dem Kosakensäbel und der Tscherkessenpeitsche; schmachvolle Schreckensherrschaft, die an blutiger Wildheit alles übertrifft, was man ausdenken kann.

Italien ist der personifizierte Kampf gegen die Kirche. Seine Einheit mit Rom als Hauptstadt ist das Werk geheimer Gesellschaften, der Sieg der interationalen Freimaurerei: der Papst ist der Feind, den es zu vernichten gilt als letztes Hindernis der Endbefreiung des Menschengeistes. Hier hat der Krieg auch zu scheinheiligen Komödien gedient. Da Nathan das Kapitol verlassen mußte, hat man von Seiten der Loge dem Direktor des niedrigen Witzblattes „Asino", Podrecca, die Sorge anvertraut, das Papsttum zu



preisen. In einer Rede, zu Mailand am 12. April 1916 gehalten, ruft er aus: „Was könnten wohl die Deutschen im Punkte der Organisation den beiden wunderbaren Organismen entgegenhalten, die das romanische Genie hervorgebracht, dem Römerreich und dem Papsttum? Deutschland hat nie einen diesem vergleichbaren Dienst der Menschheit geleistet." Und Ricciotti Garibaldi, der Sohn des Mannes, der dem Papst Rom entriß, hat von der Trauer seiner Seele gesprochen beim Anblick der Haltung der Vereinigten Staaten in diesem Krieg des Christentums (!) und der Civilisation gegen die abscheuliche angriffslüsterne Barbarei.

Gibt es etwas Satanischeres als diese gotteslästerlichen Palinodien, die, wie man mit Betrübnis sagen muß, dem romanischen Geist eigentümlich sind? Leute wie Podrecca, Garibaldi, Leo Taxil sind ausschließlich und wesentlich lateinische Typen: Corruptio optimi pessima.

Frankreich, Frankreich schließlich! Wenn das englische Geld die eine Sorte Mörtel der unnatürlichen, gegen Deutschland angezettelten Koalition ist, so sind die Prinzipien von 1789 die andere; das eine für die Geisterbindung, das andere für Vorteil und Verdienen. Ohne das Banner des Umsturzes, das Frankreich über diesem schauderhaften Gemetzel flattern läßt, hätten die geheimen Mächte, über die die Freimaurerei verfügt, nie der Entente die furchtbare Stütze ihrer Mitwirkung geliehen: Ein monarchisches Frankreich wäre allein geblieben, wie das Napoleons III. von 1870.

In religiöser Beziehung wäre also die aus einem Sieg der Entente hervorgehende Situation den Händen Frankreichs ausgeliefert. Nun hat aber dieses Land seit der Revolution keine andere Politik als: manger du prêtre. „Der Klerikalismus ist der Feind", sagt Gambetta. Wenn ich in Bausch und Bogen alle Grausamkeiten zugebe, die der Courrier de Genève in seinen Spalten seit Anfang des Krieges Deutschland zugeschrieben hat, und nichts davon ausnehme, so versichere ich doch feierlich, daß all das vor dem Tribunal des Gewissens keinen Strohhalm wiegt im Ver-



gleich mit den Gewalttaten und Morden, verübt gegen eine Reihe von Generationen französischer Seelen durch die antireligiösen Fanatiker, die sich, es laut verkündend, das Ziel gesetzt, Frankreich unchristlich zu machen! Und die französischen Katholiken, welche schon Montalembert verspottete wegen ihrer helotenartigen Untätigkeit, sollten Manns genug sein, die entscheidenden Endangriffe einer Partei zurückzuschlagen, die der Sieg über Deutschland mit einem geradezu sinnlosen Nimbus umgeben würde? Eines der hervorragendsten Mitglieder des französischen Episkopates, Mgr. Touchet, hat seine Meinung ausgesprochen, die die Runde durch die Presse machte. Von einem religiösen Umschwung in Frankreich sprechend, sagte er: „Nein, ich glaube nicht daran." Und die von ihm angegebenen Gründe waren dieselben wie die des Feldgeistlichen, der in der Lyoner „Revue Mariale" vom 15. Juli 1916 geschrieben hat: „Ich habe echte Taten des Mutes, der Großmut, der Frömmigkeit gesehen, aber daneben, rückwärts, gibt es Altäre anderer Götter, auf denen man opfert. Und wenn Gott auf die Bekehrung der Soldaten wartet, um uns den Sieg zu schenken, so kann er lange warten. Er wird also gut daran tun, uns in Bausch und Bogen zu verzeihen, ohne zuviel Rückerstattung zu verlangen."

Wenn man von der Entente seine Blicke nach Deutschland und Österreich richtet, welcher Gegensatz zu diesem unheilvollen Bild! Österreich war immer, seitdem Frankreich diese Rolle verschmäht hat, die festeste, treueste Stütze des Katholizismus. Die Niederwerfung des katholischen Österreich wollen, seine Zerstückelung durch die Freimaurerkrähen, die in den Reihen der Entente krächzen, heißt das Grab vertiefen, wohinein die Feinde des Papsttums es legen wollen.

Für Leute wie Garibaldi, Nathan, Combes und Clemenceau tritt also der Courrier de Genève ein entgegen jeder Liebe, Wahrheit und jedem Scharfblick.

Und Deutschland? Es hatte seinen Kulturkampf —

wie die Schweiz; aber Bismarck wagte — was niemals ein französischer radikaler Maulheld wagen würde — nach Canossa zu gehen. Nur fanatische Dummköpfe weichen zurück von dem Eingeständnis eines Fehlers. Das protestantische Deutschland achtet die Kirche, Frankreich knebelt und erdrosselt sie, ohne daß in den hundert Jahren die katholische Partei die Kraft in sich gefunden hätte, die Christenverfolgung zu brechen.

Die Statue des Anarchisten Ferrer, die in Brüssel aufgestellt war, hat Deutschland abbrechen lassen, als es die Stadt besetzte: Ordnung! Ordnung! Deutschland bringt den Völkern Ordnung. — Die Statuen von Stephan Dolet in Paris und von Giordano Bruno in Rom mögen dem Courrier de Genève über die deutsche Grausamkeit gegen das Abbild eines Mannes trösten, der, wenn er noch lebte, seinerseits auch mit der Entente für Recht, Freiheit, Zivilisation und Menschlichkeit gekämpft hätte!

XXXVII.

Der uneingeschränkte Unterseebootskrieg.

Als Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 31. Januar in der Budgetkommission des Reichstags den uneingeschränkten Unterseebootskrieg verkündete, berief er sich auf eine frühere Äußerung: „Sobald ich in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zu der Überzeugung komme, daß uns der rücksichtslose Unterseebootskrieg dem siegreichen Frieden nähert, dann wird der Unterseebootskrieg gemacht werden.“ Und er fuhr fort: „Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen.“ Zu entscheiden hat natürlich nur die oberste Kommandogewalt des Kaisers. Der Reichskanzler rückt hier sein eigenes Urteil in den Mittelpunkt der Entscheidung und stellt damit seine staatsrechtliche Verantwortung für Vergangenheit und Gegenwart in dieser Frage in den Vordergrund.





Für die politische Leitung ist der Reichskanzler allein verantwortlich, er hat die Politik der maßgebenden Stellen, das sind der Kaiser und die im Bundesrat vereinigten Bundesfürsten, welche das Reich regieren, zu decken. Daß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg allen Stürmen zum Trotz im Amte geblieben ist, beweist, daß sein Urteil und seine politische Führung von den maßgebenden Stellen gehalten wurde und daß der in diesen schweren Zeiten als Faktor für die auswärtige Politik gar sehr in Betracht kommende Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten bis jetzt geschlossen hinter dem Reichskanzler steht, was schon durch wiederholte Vertrauenskundgebungen des Ausschusses für den Kanzler zum Ausdruck gekommen ist. Das ist im Auge zu behalten. Allein das oben angeführte Wort gibt der Situation doch noch eine besondere Prägung durch die Voranstellung der eigenen Auffassung des Kanzlers, was für die künftige politische Beurteilung der näheren Umstände des Unterseebootskrieges festzuhalten ist. Es soll die Kontinuität der Haltung des Reichskanzlers ausdrücken, welche auch die jetzige Wendung einbegreift und eine Passivität seinerseits, über die andere Faktoren hinausgegangen sein könnten, ausschließt — nach dem Sinn des gesprochenen Wortes.

In einem Aufsatz mit dem Titel „Politik und Schwert" sagt nun das Mitglied des preußischen Herrenhauses Dr. J. Reinke: „Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und weiten Kreisen der Nation bezogen sich nicht auf das Prinzip, sondern auf die Opportunität und den Zeitpunkt der Einsetzung des Tauchbootskriegs".[1]) Das ist richtig. In der Politik ist das Prinzip grundlegend, allein es gewinnt eben doch erst durch die praktische Geltendmachung und Durchführung Bedeutung. Ohne die Praxis bleibt ein Prinzip ein unwirksames theoretisches Bekenntnis und zählt in der Politik nicht mit. Daß der Reichskanzler

---

1) In „Der Tag", Nr. 34 vom 10. Februar 1917.

jemals den Tauchbootkrieg als Kriegsmittel grundsätzlich zurückgewiesen habe, ist nirgends behauptet worden; es wäre ein Widersinn, dessen kein Staatsmann fähig ist. Es frägt sich daher bloß, ob hinsichtlich der praktischen Anwendung, hinsichtlich der Abschätzung der politischen und technischen Möglichkeiten zu lange gezögert und etwas versäumt worden ist. Das kann man vorerst nicht behaupten, schon weil man es nicht beweisen kann. Nur die beteiligten Faktoren können, wie schon früher ausgesprochen wurde, darüber urteilen, weil ihnen allein die politischen und technischen Einzelnheiten in vollem Umfang bekannt sind. Die Erklärung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges, der jetzt die öffentliche Meinung der ganzen Welt aufrührt, weil er scharf in die Interessensphären aller noch neutralen Staaten, sofern sie Handelsbeziehungen mit Europa haben, eingreift, konnte, bei dem Komplex so vieler durch ihn aufgeworfener Fragen, als kriegerische Aktion selbstverständlich nicht schlechthin unternommen werden. Die sorgsame Prüfung und Abschätzung der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und maritimen Lage war hier erst recht ein absolutes Gebot der Notwendigkeit. Und so lange die politische Leitung mit der militärischen und maritimen nicht zu dem gleichen Ergebnis gekommen und keine einheitliche Deklaration zu erreichen war, konnte ein Urteil bloß sachlicher Art nicht maßgebend sein, wenn es auch noch so gewichtig war. Abwartendes Zögern beherrschte darum die Situation.

Es soll objektiver Weise angeführt werden, daß auch heute noch, nach Verkündigung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges, Politiker daran festhalten, daß der Unterseebootskrieg jetzt schwieriger sei, als er früher gewesen wäre, wegen der technischen Fortschritte der Feinde für die Abschwächung der Ubootsgefahr und anderem.[1] Allein in fester Zuversicht vertrauen alle einig und geschlossen auf den vollen Erfolg, der sich jetzt schon in den furchtbaren

1) „Kölnische Volkszeitung" Nr. 87 vom 1. Februar 1917.

Verlusten der die Seesperre befahrenden Schiffe ankündigt.

Die Wendung zum uneingeschränkten Unterseebootskrieg begründete der Reichskanzler in seiner Rede vom 31. Januar durch einige kurze Sätze. Der Kanzler teilte mit, daß er im März und Mai 1916 gegen den uneingeschränken Unterseebootskrieg gewesen sei und daß die Frage auch im Dezember 1916 nach dem übereinstimmenden Urteil der polischen und militärischen Leitung nicht spruchreif gewesen sei. Die Nennung des Monats Dezember in diesem Zusammenhang fällt auf, weil die Ankündigung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges schon bald darauf erfolgt ist, am 31. Januar. An der technischen Vollendung der Vorbereitung hat es kaum gelegen. Man versteht die Situation wohl richtig, wenn man sich gegenwärtig hält, daß die mit dem deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 begonnene politische Aktion erst Ende Januar 1917 zum Abschluß kam.

Der Reichskanzler zählte am 31. Januar die Gründe auf, die dafür geltend gemacht werden, daß der Zeitpunkt für den hemmungslosen Unterseebootskrieg jetzt gewählt wurde: 1) Die Zahl der Unterseebote hat sich sehr wesentlich erhöht.[1] 2) Die schlechte Weltgetreideernte; die dadurch verursachten ernsten Schwierigkeiten Englands, Frankreichs und Italiens würden, wie zu hoffen, durch den unbeschränkten Unterseebootskrieg zur Unerträglichkeit gesteigert. 3) Die für Italien und Frankreich kritische Kohlenfrage würde noch

---

1) Die deutschen Unterseeboote neuerer Konstruktion sind auch wesentlich verbessert, sie haben einen außerordentlich großen Aktionsradius, sie können, ohne daß ihre Motore mit neuen Heizstoffen versehen werden, um die ganze Erde fahren. Es sind über und unter Wasser schwimmende Kreuzer, die ihre Schnelligkeit unter dem Wasser nicht einbüßen, ja sogar sie noch steigern können. Der Motorenbetrieb ist nahezu gänzlich geräuschlos und unbemerkbar für die Unterwassersignale feindlicher Schiffe. — Eine nähere Darlegung findet sich in der Täglichen Rundschau, abgedruckt in Nr. 89 der München-Augsburger Abendzeitung vom 17. Febr. 1917.

kritischer gemacht. 4) Die Zufuhr von Erzen für die Munitionsfabriken und von Holz für den Kohlenbergbau ist zu verhindern. 5) Die Zunahme der Frachtraumnot, dem die Unterseeboote gewaltig vorgearbeitet haben.

Die politische Leitung stützt sich auf die Gutachten der Obersten Heeresleitung auf der einen, des Admiralsstabs und der Hochseeflotte auf der anderen Seite. Der Reichskanzler gab am 31. Januar in der Budgetkommission des Reichstags diese Gutachten in folgender Form bekannt:

„Feldmarschall von Hindenburg hat mir vor wenigen Tagen die Lage wie folgt bezeichnet:

Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die notwendigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte Unterseebootskrieg nach sich ziehen könnte, und weil dieser Unterseebootskrieg unter allen Umständen ein Kampfmittel ist, um unsere Feinde aufs schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden.

Admiralstab und Hochseeflotte sind der festen Überzeugung, einer Überzeugung, die in den Erfahrungen des Unterseebootskreuzerkrieges ihre praktische Stütze findet, daß England durch diese Waffe zum Frieden gebracht werden wird."

Diese Gutachten nehmen Stellung zu der Frage vom Standpunkt des Landkrieges und des Seekrieges aus, sie ergänzen sich gegenseitig und führen auch zu bestimmten Schlußfolgerungen militärischer Art. Die Unterseeboote haben die Aufgabe, die Handelsflotte der Feinde durch Vernichtung der Fahrzeuge zu vermindern und die der Neutralen lahm zu legen durch Abschreckung vor der Ausfahrt in das Seekriegsgebiet wegen drohender Gefahr, dem Schicksal der englischen Handelsflotte zu verfallen. England, Frankreich und Italien sollen dadurch im Bezug fremder und Austausch eigener Lebensmittel, Rohstoffe (Kohlen, Erze, Grubenholz für den Bergbau) und Kriegsmaterial aufs äußerste eingeengt und tunlichst verhindert werden; ebenso sollen die Truppen-

transporte erschwert oder unmöglich gemacht werden, wodurch in erster Linie die Armee Sarrails in Saloniki getroffen wird, die als völlig abgesperrt zu betrachten ist. Der deutsche Generalstab erwartet von diesen Maßnahmen, daß die Feinde aufs schwerste geschädigt werden, d. h. er erblickt in der Unterseebootswaffe ein Kampfmittel, welches die Kampfkraft der feindlichen Heere schwächt und so die Aufgaben des Landkrieges erleichtert. Der Admiralstab und die Hochseeflotte sind überzeugt, daß England durch die Unterseebootswaffe zum Frieden gebracht werden wird. Sie gehen also in ihren gutachtlichen Äußerungen noch erheblich weiter. Vielleicht darf man auch hoffen, daß die Unterseebootswaffe die Wege frei macht für das Ziel der deutschen Hochseeflotte, d. h. daß die englische Flotte genötigt wird, entweder sich zum Kampfe zu stellen, um die Seesperre zu durchbrechen und hinfällig zu machen, oder sich der englischen Handelsflotte zur Konvoyierung der Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, nach beiden Richtungen ein gefährliches Wagnis für England, das seine Flotte nicht schwächen lassen, sondern sie für den Friedensschluß reservieren will. Je stärker aber Englands Bevölkerung durch Abschneiden der Lebensmittelzufuhren bedrängt wird, desto dringlicher könnte der in England schon oft erhobene Ruf nach dem Eingreifen der englischen Kriegsflotte werden.

Die Seesperre umschließt die gesamten englischen, französischen und italienischen Küsten, die Nordküste Afrikas und das Mittelmeer. Soweit es der Zweck zuläßt, ist auf die Neutralen billige Rücksicht genommen. Für Amerika sind besondere Vorkehrungen getroffen. Der regelmäßige amerikanische Passagierverkehr kann weiter gehen; wenn die Dampfer vorgeschriebene Abzeichen führen, Fallmouth als Zielhafen nehmen und die Scillys berühren, wird wöchentlich eine Fahrt hin und zurück freigelassen unter Garantie der amerikanischen Regierung, daß die Dampfer keine Bannware führen.

Der Beginn des Unterseebootkrieges wurde auf den 1. Februar festgesetzt. Dazu kam aber noch eine Schonfrist.



Nach einer am 12. Februar vom Wolff'schen Bureau verbreiteten amtlichen Mitteilung ist die Schonungsfrist für neutrale Dampfer, die auf See waren und denen die Nachricht von der Sperrgebietserklärung nicht mehr rechtzeitig zugegangen war, in der Nordsee in der Nacht zum 7. Februar abgelaufen, im Mittelmeer in der Nacht zum 11. Februar, im Atlantischen Ozean und im englischen Kanal in der Nacht zum 13. Februar. Die angegebenen Schonzeiten galten auch für feindliche Passagierdampfer, soweit sie unbewaffnet waren, weil auf ihnen neutrale Passagiere ohne Kenntnis der Seesperre sein konnten. Von da an gilt nur die allgemein für die Sperrgebiete erlassene Warnung, wonach die Schiffahrt auf keine Einzelwarnung mehr rechnen kann. Schiffe, die dennoch die Sperrgebiete befahren, tun dies mit voller Kenntnis der ihnen und den Besatzungen drohenden Gefahr.

Die völkerrechtliche Geltung des Unterseebootskrieges mit der Sperrgebietserklärung wurde von den Engländern heftig bestritten, unter Assistenz des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Wilson. Diese halten daran fest, daß eine Blockade effektiv sein müsse, d. h. daß die blockierende Macht die Gewalt hat, den Abschluß zu einem vollständigen zu machen. Andernfalls müsse die neutrale Schiffahrt frei sein und dürften Schiffe Neutraler nur vernichtet werden, wenn sie nach Untersuchung auf offener See als Bannware führend erkannt sind. Abgesehen davon, daß auch die englische Blockade gegen Deutschland durch die deutschen Handelstauchboote und durch kühnen Durchbruch deutscher Schiffe durchlöchert, also nicht effektiv ist, hat England das ganze Seekriegsrecht in diesem Weltkrieg aufgehoben respektive nach Gutdünken umgestaltet. Es ist für niemand zweifelhaft, daß England in derselben Lage von der Ubootswaffe, so sie ihr in derselben Qualität und Quantität zur Verfügung stünde, den gleichen Gebrauch machen würde wie Deutschland. Die Entrüstung der Presse und Staatsmänner der Entente über die „Verbrechen" der deutschen „Piraten" hat darum keinen Kurs.



Für die Unterseebootswaffe besteht noch kein internationales Recht, man kann für sie daher nur analoge Regeln aus dem allgemeinen Seekriegsrecht ableiten. Die Sperrgebietserklärungen im besonderen, innerhalb deren das Unterseeboot alle feindlichen und neutralen Schiffe ohne Anrufen vernichtet, sind Rechtsgebilde, die England zuerst erfunden und angewendet hat, um durch sie die Blokkade zu ersetzen, die sie in der Nordsee nicht durchführen kann. Blockade und Sperrgebietserklärung sind auseinander zu halten. Die effektive Blockade soll einen vollen Abschluß bilden, denn Sperrgebietserklärung ist keine Blockade, sie deckt diesen völkerrechtlichen Begriff nicht. Ob eine gleichmäßige Beaufsichtigung des Gebiets in seiner ganzen Ausdehnung geschehen kann, wird sich noch herausstellen; vorerst fehlen darüber Erfahrungen. Es ist aber wohl möglich, daß durch die beträchtliche Zahl der Unterseeboote die befahrensten Schiffahrtsstraßen so abgesperrt werden, daß die Wirkung der Seesperre einer Blockade gleichkommt.

In einem gegen Mitte Februar 1917 durch die deutsche Presse gegangenen Aufsatz über die „Deutsche Seesperre“ [1]) wird der Nachweis geführt, daß Deutschland mit der Verhängung der Seesperre dem Beispiele Englands in seinem Verhalten gegenüber den Neutralen gefolgt ist. Am 3. November 1914 erklärte die englische Regierung die ganze Nordsee als „military area“ (Kriegsschauplatz) und führte damit einen vollständig neuen völkerrechtlichen Begriff in die Seekriegführung ein. Sie warnte alle neutralen Schiffe, „Kauffahrteischiffe aller Arten, Handelsschiffe aus allen Gegenden, Fischerfahrzeuge und alle anderen Schiffe“ ausdrücklich davor, in die bezeichneten Gewässer einzufahren, da sie dort den schwersten Gefahren von ausgelegten englischen Minen und von englischen Kriegsschiffen ausgesetzt seien. Neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, täten es, so hieß es in dem Schreiben des englischen Gesandten an den niederländischen

1) Köln. Ztg. Nr. 146 vom 12. Februar 1917.



Minister, auf eigene Gefahr (vessels . . . may do so at their own risk).

England erließ also eine allgemeine Warnung. Es ist begrifflich ganz klar, daß die allgemeine Warnung die Warnung im Einzelfall ersetzen muß, denn wenn Schiffe auf Minen stoßen, sind sie ebenso verloren; eine Einzelwarnung ist nicht möglich. Deutschland hat die allgemeine Warnung an die Neutralen ergehen erlassen und damit ist geschehen, was zu tun war. Ein angesehener Holländer, J. P. Lotsy in Haarlem, nennt im Nieuwe Courant[1]) die Behauptung, „Deutschland torpediert jetzt rechts und links darauf los, ohne Warnung", eine „Phrase". „Jedes Schiff, das sich in den gezogenen Kreis begibt, weiß, daß es sich der Gefahr aussetzt, torpediert zu werden." Lotsy bezeichnet es als pharisäisch, einem Volk, das man mit allen Mitteln auszuhungern und zu vernichten trachtet, zu sagen, es sei gemein, wenn dieses Volk darnach strebt, dies mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. „Warum soll die englische Blockade Deutschlands quer durch die Neutralen fairer sein, als die deutsche Blockade Englands durch Absperrung eines Teils der See?"

Ein reiner, klarer Rechtsstandpunkt, der das gegebene Recht heilig und unverletzlich hält, bildet die Grundlage der Staaten und er muß auch im Völkerleben festgehalten werden. Allein wenn ein Staat wie England das Recht über den Haufen rennt, sobald es seinen Zielen entgegensteht, dann kann der andere, der sich gegen seine Gewalt zu wehren hat, keine Rechtserwägungen mehr anstellen, er würde riskieren mit ihnen unterzugehen. Die Notwehr, die als Rechtsbegriff im bürgerlichen Leben gilt und straffrei macht, hat auch in den internationalen Beziehungen Geltung, ihre Anwendung schafft kein Unrecht. Die Hungerblockade, welche England über Deutschland verhängt hat,

1) In Nr. 38, zitiert von der Köln. Zeitung in Nr. 152 vom 13. Febr. 1917.



ist eine infame Verhöhnung des primitivsten Rechtsempfindens. Da England die deutsche Wehrmacht nicht niederzwingen kann, führt es Krieg gegen Greise, Frauen, Kinder, um durch den Hunger die bewaffnete Macht zur Übergabe zu zwingen. England hat in der verruchtesten Weise den Mittelmächten die Existenzfrage aufgedrängt. Da kann nicht mehr seitwärts geschaut werden, da fallen Rücksichten auf andere weg, die sonst genommen werden müssen. Die Kölnische Zeitung[1]) hat ganz recht, wenn sie schreibt:

„Unsere Rücksichtnahme auf gerechte Ansprüche der Neutralen haben wir reichlich bekundet, wo immer wir konnten; aber unser Recht, uns in diesem Kriege, den wir nicht angezettelt haben, zu behaupten, hat den Vorrang vor allen Rechten Neutraler, die hinter den Kriegführenden zurückstehen müssen. Unser elementarstes Recht ist es, durch Repressalie gegen England die Kriegsbedingungen, die jener Staat gegen alles Völkerrecht und ungeachtet aller neutralen Länder zu unseren Ungunsten verschoben hat, wieder soweit auszugleichen, daß der ungleiche Kampf eine gerechtere Grundlage erhält."

Die Erklärung und konsequente Durchführung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges ist ein berechtigter Akt der Notwehr. Daß er jetzt im vollsten Umfang hemmungslos festgesetzt wird, dafür spricht alles. Der häufiger zu halbamtlichen Kundgebungen benützte Berliner Lokalanzeiger[2]) erklärt nach eingezogener Information: „Was immer in diesem (Sperr-)Gebiet unseren U-Booten vor das Torpedorohr kommt, wird versenkt werden — ganz abgesehen von der Minengefahr. Es ist technisch bis zu einem hohen Grade unmöglich und es liegt weiter ganz außerhalb unserer Absichten, irgendwelchen Unterschied zwischen neutralen und feindlichen Schiffen zu machen." Die verbotenen Zonen gelten für jede Schiffahrt. Eine Schonfrist für die Rückkehr der neutralen Schiffe ist gegeben worden; mit Ablauf dieser Einleitungszeit sei es mit der Rücksicht zu Ende. Zu-

1) Nr. 161 vom 16. Februar 1917.
2) In Nr. 73 vom 9. Febr. 1917.



gleich gibt diese halbamtliche Kundgebung den Neutralen zu bedenken, ob es nicht vernünftiger sei, die mit dem höchsten Risiko belastete Fahrt während eines offenbar nur kurzen Zeitraums einzustellen, um für die Zeit nach dem Krieg und des Friedens und für den dann einsetzenden ungeheuren Seeverkehr Schiffsraum zur Verfügung zu haben. Der letzte Hinweis des genannten Organs bildet einen Ausblick für die Neutralen, der die Bedeutung ihrer Proteste stark entwertet. Während des Krieges waren sie die Gewinnenden, ihr Nationalreichtum hat sich ganz außerordentlich gehoben, das Gold strömte bei ihnen zusammen, ihre Aktiengesellschaften weisen geradezu märchenhafte Dividenden auf. Bei verständigem Erfassen ihrer Lage werden sie für die Geschäfte nach dem Krieg gerüstet sein.

Am 1. Februar brachte das Marineverordnungsblatt, das erst am 15. Februar ausgegeben wurde, einen Befehl des Kaisers an die Marine, welcher vom Geiste unbeugsamer Entschlossenheit getragen ist. Darin spricht Kaiser Wilhelm von „dem bevorstehenden Entscheidungskampf", in dem der Kaiser der Marine die Aufgabe zuweist, „das englische Kriegsmittel der Aushungerung, mit dem unser Feind das deutsche Volk niederzwingen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu kehren durch Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln". „Hierbei", erklärte der Kaiser, „werden die Unterseeboote in erster Reihe stehen". Der Kaiser spricht die Erwartung aus, daß diese Waffe, „im Zusammenwirken mit allen anderen Kampfmitteln der Marine", den „Kriegswillen unserer Gegner brechen wird". Dieser Marinebefehl des Kaisers ist eine programmatische Kundgebung, er bedarf keiner Interpretation, er kündigt große, entscheidende Ereignisse zur See an, in denen der Unterseebootskrieg selbsttätig zur Wirkung kommen wird.

Auch auf eine vom Wolff'schen Bureau unter dem 14. Februar verbreitete amtliche deutsche Erklärung sei hingewiesen, in der es heißt: „Die Rücksicht auf die Neutralen gibt Veranlassung, nochmals mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß der uneingeschränkte Krieg gegen den gesamten



Seeverkehr in den erklärten Sperrgebieten jetzt in vollem Gange ist und unter keinen Umständen eingeschränkt wird."

Bei diesen Dispositionen, die man in ihrer Tiefe, in ihrem Umfang und in ihrer Stärke jetzt erkennt, mußte die Hilfeleistung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Wilson für England wirkungslos bleiben. Sie ist zu einer vollendeten Hilflosigkeit geworden durch die schwere diplomatische Niederlage, die er sich bei den Neutralen geholt hat.

Dem Präsidenten Wilson ist unter dem 31. Jan. 1917 die deutsche Sperrgebietserklärung in einer längeren, begründenden Note mitgeteilt worden zugleich mit einer Denkschrift über die Sperrgebiete. In der Note wird der Zweck des uneingeschränkten Unterseebootskriegs wie folgt angegeben: „Die kaiserliche Regierung würde es vor ihrem Gewissen, vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie ein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen".[1]) Ferner heißt es in der Note: „Nachdem der Versuch der Verständigung von den Gegnern mit verschärfter Kriegsandrohung beantwortet worden ist, muß die kaiserliche Regierung, wenn sie in höherem Sinn der Menschheit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr aufgedrungenen Kampf ums Dasein unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen. Sie muß daher alle Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt hat." Auch diese Note beweist die äußerste Entschlossenheit. Die politische und ethische Begründung ist ganz vorzüglich. Aus ihr sieht man erneut, wie wichtig die Aktion war, welche mit dem deutschen Friedensangebot begonnen wurde, und wie töricht die Übertrumpfungspolitik der Gegner war.

Die Lage zwischen Amerika und Deutschland ist folgende: Nach mehrfachem Notenwechsel wegen der Versenkung der „Lusitania" (7. Mai 1915) und der „Sussex" (24. Mai

1) Bayerische Staatszeitung Nr. 27 vom 2. Februar 1917.



1916) erklärte Deutschland (Noten vom 1. September 1915 und 4. Mai 1916) schließlich, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen sei, „auch innerhalb des Seekriegsgebiets Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken". Diese Zusage der Note vom 4. Mai war aber eine bedingte. Eine Klausel am Schlusse besagte, die deutsche Regierung erwarte eine entsprechende Einwirkung Amerikas auf England in dem Sinne, daß Amerika „bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchführen wird, welche vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind". „Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenüber sehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließungen vorbehalten müßte." In einer Note vom 10. Mai erwiderte die amerikanische Regierung, daß sie die Zusage der Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf hoher See nicht als eine relative, sondern als eine absolute ansehe. Darauf hat Deutschland nicht mehr geantwortet, aber in der deutschen Presse ist die bedingte deutsche Zusage festgehalten worden, was sich von selbst versteht, da eine Änderung von offizieller deutscher Seite mit keinem Wort erfolgte. Deutschland hat sich somit die Freiheit seines Handelns bewahrt, von der es, da Nordamerika nicht den Versuch gemacht hat, bei England etwas zu erwirken, durch Erklärung des unbeschränkten Unterseebootskrieges Gebrauch gemacht hat.

Darauf beauftragte Wilson, wie er dem amerikanischen Senat erklärte (1. Februar) den Staatssekretär Lansing, dem deutschen Botschafter in Washington Grafen Bernstorff mitzuteilen, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutsch-



land abgebrochen sind, daß der amerikanische Botschafter in Berlin sofort abberufen werde, und daß Bernstorff die Pässe zuzustellen sind.

Den Krieg bedeutet der Abbruch der Beziehungen natürlich noch keineswegs, ja die nordamerikanische Regierung hat sogar Weisungen ergehen lassen an die Behörden, Übereilungen zu vermeiden und nichts zu tun, was nicht streng gesetzmäßig sei. Wilson hat verkünden lassen, daß die Beschlagnahme der deutschen Schiffe in amerikanischen Häfen nicht einmal erwogen worden sei. Und es wurde anerkannt, daß die Befehlshaber der deutschen Schiffe das Recht besitzen, sie unbrauchbar zu machen. Die nordamerikanische Regierung hat die Forderung der Reeder ihres Landes auf Geleit ihrer Dampfer durch Kriegsschiffe als undurchführbar abgelehnt und es ihnen überlassen, das Sperrgebiet zu befahren oder nicht. Ein Verbot oder eine Warnung unterläßt sie, weil darin eine Preisgabe des bisherigen Standpunktes der amerikanischen Regierung gegenüber den deutschen Sperrmaßnahmen läge. Man hält also noch zurück.

Wilson, der Pazifist, der seine Wiederwahl seinem Versprechen verdankt, daß er den Krieg vermeiden wolle, gerät in einen Konflikt mit den phrasenhaften Aufstellungen in seinen eigenen Noten und mit den Amerikanern. Er hat in seiner Senatsrede erklärt, er warte „offenkundige Taten" Deutschlands ab. Wenn „amerikanische Schiffe oder Menschenleben in achtloser Übertretung des Völkerrechts und der Gebote der Menschlichkeit geopfert werden sollten", so werde er den „Kongreß um die Ermächtigung ersuchen", die erforderlichen Mittel zum Schutze amerikanischer Seeleute und Bürger anzuwenden. Wilson hat sich also selbst festgelegt. Er wird wohl den Krieg an Deutschland erklären, sobald der von ihm stipulierte Fall eintritt. Neuerdings heißt es, er werde in diesem Fall dem Senat die Initiative überlassen. Daß trotz der Abneigung gegen den Krieg die Stimmung in Amerika für einen Krieg mit Deutschland wäre, wenn die Amerikaner die Wirkung des uneingeschränkten Unterseebootskriegs am eigenen Leibe verspürten, kann man



trotz allen beschwichtigenden Berichten mancher deutschen Zeitungen aus Amerika annehmen.

Mit Österreich-Ungarn, das ebenfalls den uneingeschränkten Unterseebootskrieg erklärt hat, wurden die Beziehungen noch nicht abgebrochen. Wilson hat zwar den neuen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Tarnowski zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens nicht empfangen, jedoch alles vermieden, was den Bruch mit der habsburgischen Monarchie herbeiführen könnte. Es ist die Vermutung gerechtfertigt, daß Wilson diese Beziehungen sogar aufrecht erhalten wollte, um durch den Bestand dieser Tatsache auf die Neutralen zu wirken und auf Deutschland selbst einen Druck zu üben. Neuerdings fordert Wilson durch ein am 19. Februar 1917 in Wien überreichtes Aide-Memoire zur Klarlegung des österreichisch-ungarischen Standpunktes im Unterseebootskrieg auf, der ganz dem deutschen entspricht, laut offizieller Ankündigung. Die weitere Auseinandersetzung ist abzuwarten.

Die Stellung, welche Wilson in den Weltfragen einnimmt, ist in diesen Blättern schon mehrfach charakterisiert worden. Hier sei noch auf eine erfrischende Charakteristik in der Wiener „Reichspost“ [1]) hingewiesen, es scheine wahrscheinlicher, „daß jene Vorsicht Recht behält, die in Wilson nie etwas anderes sah, als den Wahrer des Beuterechts der amerikanischen Trustmagnaten, Kriegslieferanten und Kriegsverlängerer, der es mit der Partei hielt, für die geliefert und an der am bequemsten verdient werden konnte, und der es verstand, die übrige Welt über seine Sekundantendienste mit salbungsvollen Redensarten aus der Quäckerbibel hinwegzutäuschen.“

Der Korrespondent des englischen Daily Chronicle [2]) depeschierte anfangs Februar aus Washington, er sei besonders befugt, über Wilsons Auffassung zu sprechen. Wilson

1) Nr. 62 vom 8. Febr. 1917.

2) Abgedruckt im Hamburger Fremdenblatt Nr. 40b vom 10. Febr. 1917.



habe im engsten Freundeskreis sich stets als Feind des deutschen Staatsgedankens bekannt. Er sei stets bestrebt gewesen, den Alliierten gegenüber eine möglichst wohlwollende Neutralität zu beweisen. So ist er auch in den deutschen Volkskreisen stets aufgefaßt worden.

Im Bestreben, England zu unterstützen, hat Wilson die Neutralen zu mobilisieren versucht. In seiner Botschaft an den Senat (1. Febr.) bemerkt Wilson: „Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden." Desgleichen richtete Wilson an die neutralen Regierungen eine Botschaft (4. Febr.), welche die amerikanischen Gesandten in den Hauptstädten überreichten, in der Wilson seinen Schritt gegenüber Deutschland rechtfertigt. Am Schlusse heißt es: „Der Präsident glaubt daher, daß es dem Weltfrieden dienlich sein wird, wenn die anderen neutralen Mächte es möglich finden, eine ähnliche Aktion zu ergreifen, wie sie von der Regierung der Vereinigten Staaten ergriffen worden ist."[1])

Die Aufwiegelung der Neutralen gegen Deutschland ist Wilson vollständig mißlungen. Er hat anscheinend geglaubt, Amerika, der Großstaat brauche bloß zu rufen und sie würden alle, alle kommen. Und sie sind alle ausgeblieben, die europäischen Neutralen, die südamerikanischen Republiken und selbst China, von dem es anfangs in der Ententepresse hieß, es werde Amerikas Schritt mitmachen; doch hat China eine gewisse Schärfe gezeigt, aus dem man entnehmen könnte, es werde später Wilson folgen. Die Neutralen haben bei Deutschland Protest eingelegt, der ihr Bedauern ausgedrückt, haben jedoch alle abgelehnt, das Beispiel Amerikas nachzuahmen und die Beziehungen abzubrechen. Die diplomatische Niederlage Wilsons ist eine vollkommene.

Die „Neue freie Presse" in Wien spricht einen Gedanken aus, der Möglichkeiten berührt, die man tatsächlich ebenfalls

1) Veröffentlicht von der Neuen freien Presse Nr. 18853 vom 16. Febr. 1917.



ins Auge fassen muß. Sie meint: „Der in gepanzerten Wänden verschlossene, dem (nordamerikanischen) Kongresse niemals unterbreitete Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär von Washington und dem von London würde uns mehr Aufklärung geben als Versammlungen und Friedensreden. Die neutralen Länder dürften einiges von dieser heimlichen Diplomatie, von stillen Verabredungen und Verpflichtungen wissen".[1]) Das Wiener Organ erblickt darin den Grund, warum die Neutralen „nicht in den Kahn steigen in dem die amerikanische Politik den Platz am Steuer fordert". Wilson ist in der Toga des Friedens vor die Neutralen hingetreten. Allein sie sind ihm entwichen, weil sie wissen, daß seine Politik kriegsdrohend ist; den Fährnissen des Krieges wollen die Neutralen sich nicht aussetzen.

Über die Gesinnung der Neutralen gegenüber Deutschland soll man sich keinen Illusionen hingeben. Ihre Ablehnung gegenüber den Lockungen Wilsons sind nichts destoweniger für Deutschland sehr beachtenswert und aus ihr könnte die Entente für sich Momente zur Erkenntnis der eigenen Lage entnehmen. Die europäischen Neutralen, welche den Dingen nahestehen, haben Bedenken, sich in den Kampf verwickeln zu lassen, auf seiten Englands, weil sie, wie mehrfach in der neutralen Presse ausgesprochen wurde, das Schicksal Rumäniens erleiden könnten. Deutschlands Macht wird als ein realer Faktor eingeschätzt, dem gegenüber die englische Prestigepolitik nicht die Einschätzung findet, welche die Rhetorik und Publizistik der Ententestaaten geschaffen zu haben glaubt. Zudem hat die Entente durch die Aufstellung ihrer wilden Kriegsziele dem Präsidenten Wilson das Geschäft verdorben. Die Umwälzung, die sie in Europa herbeiführen möchte, würden auch Holland und die Schweiz in Mitleidenschaft ziehen, deren staatliche Integrität allein durch ein starkes Mitteleuropa verbürgt ist. Das gleiche gilt für Schweden. Spanien will Gibraltar nicht ewig in der Hand

1) Nr. 18846 vom 9. Februar 1917.



Englands sehen, und die weitere Perspektive der Machtverteilung im Mittelmeer reizt Spanien nicht an; England und seine Bundesgenossen insbesondere sind keine Compagnie, in die Spanien mit seinen Zukunftshoffnungen eintreten könnte.

Zur Exemplifikation sei im Besonderen auf die Schweiz verwiesen. Die „Neue Züricher Ztg."[1]) nennt die Antworten des Bundesrats „eine würdige und stolze Kundgebung unseres Neutralitätswillens an Europa und die ganze Welt. In kernigen Sätzen wird darin erklärt, warum wir neutral sind und warum wir es bleiben wollen." Diese hohen Töne sind durch den Inhalt der Noten wohl nicht so ganz gerechtfertigt, denn die Antworten der Schweiz stellen sich eben auch auf den Nützlichkeitsstandpunkt. In der Note an Deutschland findet sich überhaupt keine Neutralitätsbetonung, weil es ganz überflüssig war und nicht zur Sache gehörte, und in der Note an den Präsidenten Wilson betont die Schweiz die Gefahren ihrer Lage, „die einzigartige geographische Lage der Schweiz, die von allen Seiten von kriegführenden Staaten eingeschlossen ist und mit Sicherheit zum allgemeinen Kriegsschauplatz werden müßte, sobald sie aus ihrer Neutralität heraustreten würde." Das ist sachlich richtig und die Schweiz tut sicher gut daran, es zu betonen. In der Note an Deutschland spricht der Bundesrat noch die Zuversicht aus, daß die deutsche Reichsleitung alles tun wird, um den für das wirtschaftliche Leben der Schweiz aus der Seesperre sich ergebenden schwierigen Folgen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Die skandinavischen Königreiche haben Wilsons Einladung die Nachfolge verweigert. Die dänische Regierung berief sich auf geographische und wirtschaftliche Rücksichten, die ihm den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland nicht gestatten. Norwegen antwortete ohne nähere Begründung, es sehe sich nicht veranlaßt, sich dem Schritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika anzuschließen. Schweden gab seine Antwort in einer längeren Note, die stark gepfeffert

1) Nr. 255 vom 12. Febr. 1917.

für Wilson ist. Der schwedische Minister des Äußern K. A. Wallenberg führt nach einer Stockholmer Meldung des Wolff'schen Bureaus vom 9. Februar aus, Nordamerika habe zur Abkürzung des Kriegsübels ein Mittel gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen der Politik der schwedischen Regierung steht, welche den Weg der Neutralität und strengen Unparteilichkeit weiter verfolgen werde. „Um ein praktisches Ergebnis zu erzielen, wandte sich die (schwedische) Regierung mehrmals an die neutralen Mächte, um zu einem Zusammenarbeiten zu dem genannten Zwecke zu gelangen. Insbesondere unterließ die Regierung es nicht, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten. Mit Bedauern stellte die Regierung des Königs fest, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubten, sich diesen Vorschlägen anzuschließen."

Dazu paßt treffend, was der oben eingeführte Holländer Lotsy an der gleichen Stelle sagt. Auch Wilsons Kleid, meint Lotsy, sei, aus der Nähe besehen, nicht schneeweiß. „Daß er zu Deutschland sagt, ‚ich lasse mir mein Recht, mit dem mir befreundeten England freie Verbindung zu unterhalten, nicht verkürzen', wird ihm niemand übelnehmen; aber wenn er die Rolle des Gerechten spielen will, muß er hinzufügen: ‚Ebensowenig lasse ich mir durch England mein Recht verkürzen, mit den Häfen Hamburg, Bremen usw. in dem mir ebenso befreundeten Deutschland Verbindung zu unterhalten, und am allerwenigsten lasse ich mir gefallen, daß die Verbindung zwischen zwei neutralen Ländern, z. B. zwischen den Niederlanden und meinem Land, dadurch erschwert wird, daß England — durch seine Minenfelder — niederländische Schiffe in seine territorialen Gewässer hineinzukommen zwingt und diese Gelegenheit dazu benutzt, um Post und Ladung zu untersuchen, und für die in England gekaufte Kohle neben der Bezahlung noch einen Schiffsraum verlangt'."

Die Situation, in die sich so Wilson hineinmanövriert hat, erhält noch eine Beleuchtung durch den „Bund"[1]) in

1) Nr. 70 vom 12. Jan. 1917.

Bern, der annimmt, daß der schweizerische „Bundesrat zuvor mit anderen neutralen Staaten in Verbindung getreten ist". Diese Fühlung, sagt das Organ, sei „von Bedeutung für die Zukunft" und werde wohl als „ein Zeichen fortschreitender Annäherung aufgefaßt werden können".

Die Ententegenossen Wilsons sind offenbar wenig vom Schritte Wilsons — Abbruch der Beziehungen — erbaut gewesen, kritische Bemerkungen in der Ententepresse wurden laut. Merkwürdig ist dabei, daß der schweizerische Gesandte in Washington eine Wiederannäherung Amerikas und Deutschlands versuchen wollte. Wilson schob nochmals seinen Standpunkt vor und Deutschland verharrte auf dem seinigen. Es war rasch vorbei. Daß die Sache nicht von Deutschland ausgegangen, ist in der Schweiz festgestellt worden.[1] „Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie zu Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika bereit sei, unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Handelssperre, war, wie wir von schweizerischer zuverlässiger Seite erfahren, lediglich die Antwort auf eine der deutschen Regierung durch den schweizerischen Gesandten in Washington zugegangene Anregung", meldet das Züricher Preßorgan und fügt dann noch bei, „von wem diese Anregung ausgegangen ist, war aus der Mitteilung des schweizerischen Gesandten nicht ersichtlich". Das zu wissen wäre immerhin von Bedeutung; vielleicht bekäme man hier den Schlüssel zur Lösung der Frage, wie Wilson, die Amerikaner und die Ententegenossen hinter den Kulissen zusammenarbeiten, um dem uneingeschränkten Unterseebootskrieg zu entrinnen. Sie tun verlorene Arbeit, denn nach den strikten Erklärungen auf deutscher Seite gibt es nur Eins: die willenskräftige, weder nach rechts noch nach links schauende Durchführung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges bis zur Überwindung der Feinde.

[1] Neue Züricher Ztg. Nr. 272 vom 14. Febr. 1917.



XXXVIII.

Brief aus Holland.

8. Februar 1917.

Der Vorschlag des deutschen Kaisers, über den Frieden zu unterhandeln, fand einen freudigen Wiederhall in Holland. Die Masse unseres Volkes sehnt sich nach dem Ende des schrecklichen Weltkrieges, der auch das neutrale Holland in starke Mitleidenschaft zieht. Allerdings sind es vorwiegend materielle Interessen, insbesondere die allgemeine Teuerung der nötigen Lebensmittel, welche die Sehnsucht nach einem endlichen Frieden in stets stärkerem Maße wecken. Die Rechtsfragen sowie die Bestrafungen der schuldigen Mächte spielen in den Massen und Schichten des Volkes eine untergeordnete Rolle; denn ihnen mangelt durchschnittlich die erforderliche Bildung und Urteilsfähigkeit, die noch durch die Lügenpresse unserer Feinde beeinflußt wird. Zu unserer Freude fand das Anerbieten des deutschen Kaisers auch in vielen intellektuellen Kreisen unseres Landes eine günstige Aufnahme; sogar in den ententefreundlichen Blättern unserer Hauptstadt wurde die gute Absicht der Zentralen und das Verhalten des deutschen Kaisers gelobt: man begrüßte sie als eine lobenswerte Tat, wenngleich sie auf keine entgegenkommende Antwort der Entente zu rechnen hatte. Die katholische Presse war teilweise matt und wenig entgegenkommend, insbesondere de Tyd. Sie, die vor einigen Monaten die deutschen Zentrumsmänner in ungebührlichem Tone abkanzelte, weil sie die Friedensbedingungen der Sozialdemokraten abgewiesen hätten. Allerdings war sie so klug, die beabsichtigte Friedensverhandlung nicht glattweg abzuweisen; aber man merkte ihr an, daß sie dieses Entgegenkommen lieber von der Entente gesehen hätte, denn die deutsche Regierung ist in ihren Augen arrogant und ruppig gegenüber den liebenswürdigen Franzosen und Genossen.

Weiterhin wurde in gehässiger Weise behauptet, daß



das Friedensangebot des deutschen Kaisers eine Folge der traurigen inneren Lage Deutschlands sei. Man sei daran, zu verhungern, die allerwärts herrschende Unzufriedenheit, sowie drohende Revolten nötigen zum Friedensschlusse. Die bekannte englische Hetz- und Lügenpresse wirkte ansteckend und fand sogar, was man für unmöglich halten sollte, Verbreitung in einem katholischen Blatte. Die Sympathie für die Zukunft Belgiens hat in vielen Kreisen einen unberechenbaren Schaden angerichtet und eine früher nicht gekannte Antipathie gegen unsere Nachbarn gezeitigt. Das Interesse für unsern hl. Vater ist dadurch sogar in den Hintergrund gedrängt in unserer katholischen Presse. Belgien, insbesondere Kardinal Mercy, finden eine größere Beachtung als die Leiden des Papstes. Täglich erscheinen neue Akten über das hinterhältige Treiben der belgischen Regierung vor dem Kriege, die ihr Schuldkonto erhöhen. Aber sie finden keinen Glauben und werden in der Presse verschwiegen. Man fürchtet nicht ohne Grund, daß beim bevorstehenden Friedensschluß Belgien nicht ungestraft abschneiden wird. In der jetzigen Weltlage ist es selbstredend, daß die Deutschen eine Sicherstellung gegen eine Revanche Frankreichs und Englands für die nächste Zukunft verlangen müssen. Die Geschichte hat gelehrt, daß sie sich vor ihren Einfällen zu schützen haben. Die Antwort der Entente auf die Friedensvorschläge der Zentralmächte hat die Welt überzeugt von den ruchlosen Absichten ihrer Feinde. In Holland hielt man die unverschämten Forderungen, welche die bis dahin besiegten Mächte zu stellen wagten, für unglaublich. Und nun sollte man die Antwort eines französischen Bischofes auf das entgegenkommende Anerbieten des deutschen Kaisers lesen!

Zu meinem Bedauern hat ein katholisches Blatt in Amsterdam sich erlaubt, die Kraftstellen aus diesem Stücke zu veröffentlichen. Es ist tief bedauerlich, wenn französischer Chauvinismus — Vaterlandsliebe und Chauvinismus sind eben verschiedene Dinge — sich über die Grenze des uns Katholiken Erlaubten hinaustreiben läßt. — Wir brauchen die schrecklichen Folgen nicht zu betonen, welche solche Aus-



brüche im Volke zeitigen: Die Hetze in Frankreich ist wie eine Krankheit, welche die Liebe zu vertreiben droht.

In unserer Regierung herrscht noch stets die Furcht, daß die Gefahr, in den Weltkrieg verwickelt zu werden, noch nicht gewichen ist. Nachdem Griechenland seiner Freiheit beraubt ist und der Entente zur Verfügung steht, sollen, so meinen Viele bei uns, die Schweiz und Holland an die Reihe kommen und zwar die erstere durch einen Einfall von französischen und italienischen Truppen und unser Vaterland durch die Engländer. Meines Erachtens werden es die letzten Trümpfe sein, welche die Entente auf Leben oder Tod ausspielt. Unser Land ist in der glücklichen Lage, durch das Meer resp. durch Ebbe und Flut vor dem Einfall Englands gesichert zu sein. Im Notfalle können wir auf den Einfluß von Japan rechnen, wenn die ländergierigen Briten unsere schönen Kolonien in Asien annektieren wollen. Die jetzigen Freunde würden sich dann als ernsthafte Gegner entpuppen. Mittlerweile will England die Einfuhr von Lebensmitteln durch eine noch stärkere Blokade vermindern, die für unsere Volksklasse eine stets wachsende Bedrängnis wird. Auch die Anfuhr von Rohstoffen wird dermaßen unterbunden, daß unsere Industrie zur Einstellung der Arbeit gezwungen wird. Nichtsdestoweniger wird die Hetze gegen Deutschland unentwegt fortgesetzt.

Unsere Regierung verdient dankbare Anerkennung für die schwierige Arbeit, um unter allen Verhältnissen eine strenge und gerechte Neutralität zu üben. Diese Arbeit wird ihr häufig erschwert, weil in der Kammer und in den Regierungskreisen sich Anhänger der Entente befinden, die dem Ministerium die erforderliche Unterstützung verweigern oder ihr Schwierigkeiten bereiten, während der britische Gesandte ihr Tun und Lassen streng überwacht und unsere Königin mit vielen Fragen belästigt, weil sie nach Ansicht der Britten als deutschfreundlich zu betrachten sei.

Dies zeigte sich deutlich bei der Versenkung von holländischen Schiffen durch deutsche Unterseer. Da wurde in der zweiten Kammer sofort Alarm geschlagen durch die



Entente-Freunde, die schroff gegen unsern Ministerpräsidenten auftraten, wenn er die Antwort auf eine Interpellation verweigerte und erst die erforderliche Untersuchung abwarten wollte. Die nötige Aufklärung von Berlin folgte bald und es stellte sich heraus, daß die Versenkung der betreffenden Schiffe berechtigt wäre, weil sie Bannwaren geladen nnd zudem ihre Landung in einem englischen Hafen verschwiegen hatten. Durch diese Feststellung zerfiel jeglicher Tadel in Nichts, während die Hetzpresse wohlweislich schwieg, ohne ihre Schuld zu bekennen. Hier hat man wieder ein eklatantes Beispiel, welches Unheil die Presse in London und anderswo anrichtet. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß die schreckliche Gewinnsucht bei manchem Reeder eine traurige Rolle in diesem Weltkrieg unter den sogenannten neutralen Reichen spielt. An der Spitze stehen die Amerikaner mit ihren Riesengewinnen, womit sie die europäischen Neutralen betören — und zur Nachahmung reizen.

Bei Schlusse obigen Briefes wird die Kundgebung Deutschlands an den Präsidenten Wilson bekannt, worin der uneingeschränkte Unterseebootskrieg angekündigt wird. Diese Mitteilung erzeugte selbstredend eine gewaltige Bestürzung in unserem Volke. Man glaubte alle unsere Seeschiffe für gefährdet und die Zufuhr unserer Lebensmittel aus dem Auslande von Westen für aufgehoben. Zu unserer Beruhigung ist inzwischen die deutsche Regierung uns entgegengekommen, um die Durchführung des transatlantischen Seeverkehres zu ermöglichen.

Wundern braucht man sich keineswegs, wenn man in dieser ernsten Zeit liest, daß das Hauptorgan der katholischen Presse infolge der deutschen Ankündigung sich öffentlich an die Seite der Entente stellt und ihren Sieg wünscht. Sie wirft die Maske ab und geht in das Lager der Moskowiter, der italienischen Freimaurer, der katholikenfeindlichen Franzosen und der beutegierigen Engländer und Amerikaner.

XXXIX.

Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen.

VII.[1])

Für Männer von modern liberaler Gesinnung war es seit Menschengedenken eine wahre Freude zu leben. Es ging etwas vorwärts; die ganze Welt schien sich ihren Wünschen gemäß umgestalten zu wollen. Da kam der große Krieg; die Kulturträger der Entente zogen als Mandatare der Loge mit der hochgeschwungenen Fahne ihrer Menschheitsideale ins Feld, um durch den Sturz der alten Monarchie dem Werk der großen Weltrevolution endlich die Krone aufzusetzen; voll der schönsten Hoffnungen glaubten sie sich bereits nahe ihrem Ziel — da gellte ihnen zu ihrem Entsetzen ein mächtiges Halt! entgegen. Es will nichts mehr gelingen. Als wäre die fröhliche Zeit des Erfolges und der dem Rechte trotzenden Tatsachen endgültig vorüber, folgt Schlag auf Schlag eine Enttäuschung der andern. Fast scheint es, als ob die hochgefeierten Grundsätze der Neuzeit von der Gewalt, die dem Rechte vorangeht und von der Autorität, die zu schweigen hat, außer Kurs und Geltung kommen wollten. Den Stürmern und Treibern des Weltkrieges spritzt von einem Mißerfolg zum andern aus dem Morast der Schützengräben statt der erhofften Lorbeern der Schmutz und die Schmach immer neuer Niederlagen ins Gesicht. Immer schmerzlicher heftet sich der Fluch aller jener Völker an ihre Fersen, die sich mit großen Hoffnungen an den

1) Vergl. Bd. 158 S. 673 ff.

Triumphwagen der englisch-französischen Menschheitsideale spannen ließen — und was das Schlimmste ist, diese Ideale selbst verblassen immer mehr in der scharfen Beleuchtung, welche von den damit kontrastierenden Tatsachen auf sie fällt. Es fehlt nur mehr wenig, und die Dogmen des Unglaubens von der ausschließlichen Diesseitskultur und der absoluten Selbstherrlichkeit des Menschen werden ihren Klang vollständig verloren haben.

Die moderne Welt wollte wie in Hinsicht der Mittel, die zur Förderung der menschlichen Wohlfahrt vor allem dienlich sind, so auch in Hinsicht der Wege, die zum Glücke führen, gänzlich ohne Gott und ohne jede höhere Führung mit ihrer eigenen Weisheit auskommen, indem sie alle Zügel einer ordnungsmäßigen Autorität von sich stieß.

Was erlebt sie jetzt dafür? Wohin ist es mit jenen Völkern gekommen, deren öffentliches Leben sich einzig nur auf das stolze Selbstbewußtsein ihrer souveränen Einbildung stützt? Frankreich schwankt wie ein Schilfrohr im Sturme hin und her und ruft nach Männern, die es retten sollen, ohne zu bedenken, daß ein atheistisches Staatswesen nur charakterlose Männer an seiner Spitze dulden kann. In England hat man im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Geschichte es erleben müssen, daß durch einen verfassungswidrigen Systemwechsel, der ohne Neuwahlen sich vollzog, ein Mann zur Macht gelangte, der, hätte er vor 100 Jahren gelebt, durch seine Rabulisterei selbst einen Robespierre zu Schanden geritten hätte. Solche Zustände sind ein wahrer Hohn auf die Menschheitsideale, die von dort marktschreierisch in die Welt hinausgerufen werden.

Und wenn man selbst in der klassischen Heimat der Revolution mit den liberalen Rechtsgrundsätzen bankerott geworden ist, wie mag erst den Italienern und Rumänen zu Mute sein, die jetzt wegen ihrer allzu großen Freundschaft mit den englisch-französischen Freiheitsidealen aus tausend Wunden bluten? Wird das stets erneuerte Trommelfeuer diese Wunden heilen können? Werden sie, nachdem

die parlamentarische Regierungsform ihnen ein Fangnetz zum Verderben geworden ist, jetzt auch noch mit verächtlichen Seitenblicken auf die atavistische Rückständigkeit der Mittelmächte ihrer souveränen Selbstgefälligkeit sich rühmen? Wenn die Dinge so fortgehen, dann wird sich der Parlamentarismus vor dem Urteil aller Vernünftigen noch so gründlich bloßstellen und schänden, daß er samt der Volkssouveränität, von den eigenen Kindern verachtet, gleich einer geschwätzigen Stiefmutter dem allgemeinen Gelächter anheimfällt.

Man spricht auch bereits viel vom Umlernen und von einer Neuorientierung, freilich nur mit schüchterner Zaghaftigkeit. Eine Welt, welche Jahrhunderte lang systematisch betrogen und der Wahrheit entfremdet worden ist, läßt sich nicht im Handumdrehen entwöhnen und auf andere Wege des Denkens und Handelns hinleiten.

Einzelne Stimmen sind allerdings da und dort laut geworden, welche die Axt an die Wurzel setzen wollen. „Die Ordnung der Welt läßt sich nicht mit Blut und Eisen konstruieren", war unlängst in einer polnischen Zeitung zu lesen — „die Völker sind Gottes Werk, die Staaten nur Menschenwerk, darum ist es ein Frevel, die Vernichtung und Austilgung ganzer Völker anzustreben." Andere reden von der Notwendigkeit einer Entgiftung der öffentlichen Meinung und stehen nicht an zu erklären, daß der Welt nicht etwa durch andere Gesetze, sondern nur durch einen neuen Geist geholfen werden könne. Noch deutlicher ist die bestimmte Äußerung des schweizerischen Bundesrates Motta, wenn er erklärt, die Hauptschuld am Elend des jetzigen Krieges treffe vor allem die glaubenslosen Philosophen und Rechtsgelehrten und die Anbeter des goldenen Kalbes, welche mit ihren Sophismen alles auf den Kopf gestellt haben.

Leider steht diesen Stimmen der Vernunft die große Masse der sogenannten Intellektuellen ohne jedes Verständnis gegenüber. Zwar ist man sich im allgemeinen klar, daß neue Wege eingeschlagen werden müssen; jedoch eine andere Orientierung zu suchen als nach den falschen Sternen



und Irrlichtern, denen die Welt bisher nachgelaufen ist, ist man durchaus nicht gewillt. Wissenschaft und Presse sind überwiegend links orientiert und bleiben bei Behandlung der Zukunftsfragen meist im Sumpf ihrer parteipolitischen Vorurteile stecken; sie haben sich mit ihren unfruchtbaren Auseinandersetzungen so zu sagen in einem geistigen Positionskrieg festgelegt, der noch weit trostloser ist als der verzweifelte Stellungskampf der Krieger im Felde. Die allgemeine Parole der radikalen Blockbrüder lautet fast durchweg: Noch weiter links! Die Lehrer schreien nach der nationalen Einheitsschule, die Sozialdemokraten wollen für den eigenartigen Wahn ihrer sogenannten Selbstbestimmung den Kreis ihrer Bewegungsfreiheit noch weiter ausdehnen, die Fortschrittler verlangen mit der „Frankfurter Zeitung" die Beseitigung des Obrigkeitsstaates, damit endlich das ganze Volk im Volksstaat der Zukunft bis zum letzten Vagabunden sagen könne: l'état c'est moi. Fast durchgehends bewegen sich die Sterndeuter der Zukunft mit ihren Wünschen und Hoffnungen in der Magnetlinie der materiellen Interessen. Da es den meisten weniger um das Wohl des Volkes als um die Aufrechthaltung ihrer Parteiherrschaft zu tun ist, liegt ihnen die Frage gänzlich ferne, wie weit etwa geistige und sittlich religiöse Übelstände das Unheil des jetzigen Krieges verursacht haben könnten.

Daß es so ist, darüber wird sich derjenige nicht verwundern, welcher weiß, daß eingerostete Vorurteile erfahrungsgemäß selbst durch katastrophale Ereignisse kaum ausgerottet werden können. Wie die unglückselige Geisteszerrüttung der religiösen Umwälzung des ausgehenden Mittelalters den 30jährigen Krieg überlebt hat, so hat der tollsinnige Irrwahn der Revolution die Erschütterung der Kriege Napoleons nicht nur überdauert, sondern sich später noch mehr bis zur vollen Verhärtung in fixen Ideen verdichtet. Auch jetzt ist, wie es scheint, bei allen denen, welche in der Schule der modernen Weltweisheit mit dem Geist der Loge und des

Unglaubens imprägniert worden sind, das Umlernen beinahe zur Unmöglichkeit geworden.

Was hätte die Welt, vor allem Frankreich, nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Weltreiches nicht alles lernen können! Hätte es den Untergang der großen Armee in den Schneefeldern Rußlands als ein sühnendes Leichenopfer angesehen für den verübten Königsmord und für die haarsträubenden Greuel der Revolution, dann wäre die Größe des Unglücks ihm zur Genesung gewesen. Dann wäre mit der Wiederkehr seines rechtmäßigen Königs der Kreislauf der Revolution geschlossen gewesen und eine Zeit dauernden Friedens und neu aufblühenden Glückes angebrochen. Umlernen wäre so gleichbedeutend mit einer gründlichen Umkehr zu christlichen und vernünftigen Gedanken gewesen. Allein das wollte man nicht; der stolze Übermut des Unglaubens, der sich durch die geheimen und offenen Umtriebe der Freimaurerei in der Volksseele festgesetzt hatte, war stärker als die schwachen Reste christlichen Empfindens aus früherer Zeit — und so blieb nach den erlittenen Niederlagen als einziges Gefühl nur der unverbesserliche Trotz grimmiger Erbitterung zurück.

Nicht in sich selbst, nicht im Aufgeben der christlichen Grundsätze und im Bruch mit der christlichen Vergangenheit suchte man die Schuld, man hielt sich nach wie vor für die grande Nation, für das erste und vortrefflichste der Völker. Der Niedergang der Republik, der Sturz des Kaiserreiches war nur ein unverdientes Unglück und eine Schmach, welche ewig nach Rache verlangt. Trefflich hat Görres zu einer Zeit, wo bei Beginn des zweiten Kaiserreiches abermals der Name Napoleon wie ein neuer Hoffnungsstern über Frankreich emporstieg, diesen Geist unverbesserlichen Stolzes gekennzeichnet, indem er ihn also zu Wort kommen ließ:

„Die gekrönten Tyrannen Europas waren es, die mit ihren Bayonetten über die Grenzen Frankreichs drangen, um die Freiheit zu erwürgen, sie waren es, welche die furchtbare Energie des Conventes entfesselten und die Schrecken der Revo-



lutionstribunale hervorriefen. Wie herrlich würde alles sich entwickelt haben, wenn die tugendhafteste, gerechteste, mäßigste und freiheitswürdigste der Nationen nicht in ihrem Werk gestört worden wäre! Und welches Glück hätte das napoleonische Kaiserreich der Welt bereitet durch den herrschenden französischen Geist, wären es nicht wieder die Bayonette dieser gekrönten Tyrannen gewesen, die ihn mit verrätherischer Treulosigkeit hinabstürzten, gerade als er den letzten Schritt tun wollte, um das Reich des ewigen Friedens und der Menschenbeglückung im Schatten französischer Oberherrlichkeit zu beginnen.

So legte sich der alte revolutionäre Stolz und Ingrimm die Geschichte aus; und so saß er, zürnend und Unheil brütend auf den Trümmern seiner Illusionen; nnd je mehr er der Vergangenheit gedachte, um so giftiger wurde sein Zorn."

Es hat seither weder in Frankreich noch in den Nachbarländern an gewaltigen Umwälzungen und schweren Heimsuchungen gefehlt, durch welche sich die dringende Notwendigkeit nahelegen konnte, sich endlich für die Zukunft eines Bessern zu besinnen. Leider hat sich der Geist der liberalen Aufklärung in Europa so tief eingelebt, daß selbst nach den furchtbaren Erlebnissen des jetzigen Krieges für ein gründliches Umlernen vorläufig noch wenig Aussicht besteht. Der Unglaube ist viel weniger mangelhafte Einsicht als geflissentliches Nichterkennenwollen — Stolz und Vernunft schließen sich gegenseitig aus. Ein ungläubiges und hochmütiges Geschlecht kann gar nicht anders, es muß sozusagen zu seinem eigenen Unheil blind und unvernünftig sein, es hat, wie die Schrift sagt, die Augen, um nicht zu sehen, und die Ohren, um nicht zu hören.

Woher soll das Licht einer besseren Einsicht kommen in einer Welt, in welcher das Ankämpfen gegen die göttliche Wahrheit ein sozialer Beruf und eine amtlich beglaubigte Beigabe des öffentlichen Lebens geworden ist? Kann der atheistische Staat, der nur mit einer gänzlich indifferenten und religiös neutralen Beamtenschaft seine Aufgaben erfüllen zu können glaubt, eine Wissenschaft entbehren, welche eine



ihrer Hauptaufgaben darin erkennt, den Offenbarungsglauben und seine Diener mit tödlicher Feindschaft zu bekämpfen? Bedarf er nicht notwendig einer Wissenschaft, die wie er selbst im Kampf gegen die göttliche Weltkirche entstanden ist und hauptsächlich daraus ihre Nahrung zieht? Diese Wissenschaft schreibt keine Bibliotheken, um die Selbstsucht und das Ich zu vergöttern, auf selbstlose Weise. Wie die Loge, in deren Dienst sie arbeitet und unter deren Kuratel und Schutzherrschaft sie steht, ist auch sie durch eine weitverzweigte Interessengemeinschaft mit all jenen Elementen verbunden, welche aus der allgemeinen Verdunklung aller Rechtsbegriffe Vorteil ziehen und darum die Wahrheit nicht bloß fürchten, sondern geradezu hassen müssen. Wird man von einer solchen Wissenschaft für's Umlernen etwas Gutes erwarten dürfen? Hat sie nicht ohnehin den Beweis schon längst erbracht, was von ihr zu erwarten ist? In den höchsten Fragen des geistigen Lebens hat diese Art Weltweisheit bis jetzt nur negative Resultate erzielt, ja ihr ganzes Forschen und Umlernen ist nicht ein Vorwärtsdringen zum Lichte, sondern ein stetig zunehmendes Erblinden und Versinken in Nacht und Finsternis gewesen.

Ein Aufsatz in den Laacher-Stimmen (Bd. 28, S. 225) hat dieses Fallen und Stürzen von einem Abgrund des Irrtums und der Lüge in den anderen klar ans Licht gestellt. Dort heißt es:

„Wer mit aufmerksamem Blick die großen geistigen Kämpfe verfolgt, welche seit dem Ausgang des Mittelalters die sogenannte zivilisierte Menschheit bewegen, kann sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß diese Kämpfe von Stufe zu Stufe auf ein tieferes Niveau herabgesunken sind. Fast möchte man glauben, wir seien heute auf der allerniedrigsten Stufe angelangt.

Zuerst bewegte sich in der Zeit der Glaubensspaltung der geistige Kampf um die katholische Kirche. Die Kämpfenden standen auf dem gemeinsamen Boden des Christentums. Später folgte unter Anführung der englischen Deisten der Kampf des



Naturalismus gegen das gesamte Christentum. Die ganze übernatürliche Offenbarung wurde über Bord geworfen und die menschliche Vernunft zur einzigen Quelle der Wahrheit erhoben. Bald aber führte die Logik der von den Deisten aufgestellten Prinzipien weiter zum Atheismus. Der Glaube an Gott, an ein jenseitiges Leben und an eine ewige Vergeltung, an dem doch die alte Welt selbst in den verkommensten Tagen von Hellas und Rom festgehalten hatte, wurde als Aberglaube oder törichter Wahn beiseite geschoben; der Kult der Humanität, des reinen, sich selbst genügenden Menschentums, wurde gepredigt. Aber auch hier war auf der abschüssigen Bahn noch kein Halt zu finden. Wir kämpfen heute nicht mehr bloß um die katholische Kirche, nicht mehr um das Christentum, nicht mehr um den Glauben an Gott und ein ewiges Jenseits, sondern um die Würde des Menschen selbst, um seine Vernunft und seinen freien Willen, um den ganzen sittlichen Wert des menschlichen Lebens. Mechanik der Atome! lautet das Zauberwort dieser neuen Partei des materialistischen Monismus oder konsequent durchgeführten Darwinismus."

Und der Mann, dem es gelungen ist, durch seine Laienmoral die Sittlichkeit vollständig zu säkularisieren und den Menschen selbst in seinen sittlichen Handlungen auf gleiche Stufe mit den Tieren zu stellen, ist ein Engländer und heißt Herbert Spencer.

Es ist kein bloßer Zufall, daß gerade die führenden Geister des britischen Weltreiches in der klassischen Literatur der liberalen Weltwissenschaft durch ganz hervorragende Namen und Leistungen vertreten sind. Nicht mit Unrecht konnte seinerzeit ein angesehenes katholisches Literaturblatt unter Bezugnahme auf die Geschichte des englischen Liberalismus von Lyon Blease (1913) behaupten, daß die liberale Weltanschauung kaum irgendwo so machtvoll hervorgetreten sei wie in England seit 200 Jahren. England war, wie es die Heimat und Brutstätte der Freimaurerei gewesen ist, für Europa auch theoretisch und praktisch die Lehrmeisterin der Revolution. Das lag so in der Konsequenz seiner Entwick-



lung zu einer schlechthin säkularen, einzig aufs Geld und aufs Geschäft gerichteten Weltmacht. In der Verfolgung solcher Ziele und Tendenzen muß sich das Menschenleben naturnotwendig immer mehr brutalisieren, im Denken wie im Handeln.

Tatsächlich war diese geistige Dekadenz nicht bloß in England sondern auch weitumher in aller Welt auch außerhalb der Schule auf allen Gebieten des praktischen Lebens von einem gewaltigen Rückgang und Verfall jeglicher Ordnung begleitet. Selbst die schlimmsten Erfahrungen, welche in der Schreckenszeit der Revolution mit den Umsturzideen gemacht wurden, haben diesem Verfall nicht Einhalt tun können. Man ist im 19. Jahrhundert, im Jahrhundert der Schulen und der Schulwut, im Suchen und Lernen gewiß nicht faul gewesen. Auch an Lehrmitteln zum Umlernen hat es nicht gefehlt; der Konstitutionalismus und sein illegitimes Schoßkind, der Parlamentarismus boten Gelegenheit genug, die Weisheit der Schule auf offener Straße feil zu bieten und praktisch zu verwerten. Dem von der Wissenschaft namens der freien Forschung erklärten Krieg gegen die Wahrheit entsprach auf dem parlamentarischen Kampfplatz ein ebenso erbitterter Krieg gegen die Autorität. Überall wurden von den auf dem Fechtboden der Wissenschaft geschulten Meistern der Agitation die Völker im parlamentarischen Massenkampf gedrillt und exerziert. Reichlich ausgerüstet mit all jenen Waffen, welche sich den Rittern der Advokatenturniere im modernen Leben darbieten, arbeitete sich der moderne Geist mit seinen Kampfmethoden und Kampforganisationen immer mehr in gewisse ausgetretene Geleise und in bestimmte Formen und Richtungen des politischen und wirtschaftlichen Denkens und Lebens hinein; die trüben Wasser einschmeichelnder Phrasen und hochtönender Redensarten wurden sorgfältig in Quellen gefaßt, um sie aller Welt zugänglich zu machen, und wie durch ein planmäßig angelegtes Bewässerungssystem über alle Länder hinzuleiten. Und über dieser planmäßig und zielbewußt geleiteten Be-



wegung, womit der Volksbetrug en gros und en detail ins Werk gesetzt wurde, stand hinter dem trügerischen Aushängschild der verfassungsmäßig verbrieften Menschenrechte der geheime Generalstab jener Unsichtbaren, die sich lichtscheu verbergen und vor der Wahrheit fürchten müssen, weil ihre Macht anders als im Bund mit der Lüge nicht bestehen kann. Sie wußten, warum sie bei der großen Zeitenwende, als es sich vor 100 Jahren darum handelte, für eine Neuorientierung neue Wege zu finden und neue Schlagworte unter's Volk zu werfen, so sehr nach einer Staatsform mit möglichst weitgehender parlamentarischer Bewegungsfreiheit geschrieen haben. Es war ihnen vor allem darum zu tun, ihren eigenen Geist, den Geist absoluter Denk- und Tatfreiheit, ins Verfassungsleben der Zukunft hineinzuinterpretieren. Es mußte im Volke, welches nahe daran war, sich wieder seiner christlichen Vergangenheit zu erinnern, ein gründliches Umlernen um jeden Preis verhindert werden. Die Männer des Umsturzes bedurften für ihre geheimen Absichten ein Repräsentativsystem, nach welchem auch die perversen Instinkte und verkehrten Willensneigungen, die im Volke leben, in den Massen wirksam werden und durch Wahl auf andere übertragen werden können.

Das mag nach der heidnischen Auffassung des römischen Rechtes zulässig sein, nach christlichen Grundsätzen niemals und in keiner Weise. Eine Verfassung ist etwas wesentlich anderes, je nachdem ein Christ dieselbe mit den nüchternen Augen seiner durch den Glauben geläuterten Vernunft beurteilt, oder wenn ein Heide sie lediglich mit den lüsternen Blicken jener ungezügelten Freiheit betrachtet, von welcher die Selbstsucht besessen ist. Soll eine Konstitution nicht ein Aggregat von Lüge und Täuschung sondern eine Wahrheit sein, dann darf sie nicht wie ein Haus, das auf Sand gebaut ist, außerhalb der Vernunft und des Glaubens ein haltloses Luftgebäude sein, welches auf durchaus falschen Prinzipien ruht. Gleichwie die vielgerühmte Voraussetzungslosigkeit, welche der Atheismus nötig hat, um seine un-

logischen Akrobatensprünge mit Anstand ausführen zu können, für die Wissenschaft eine wahre Giftwurzel des Verderbens ist, weil dadurch die Gedanken nicht frei sondern zügellos werden, so wäre eine Verfassung, die nicht auf dem unerschütterlichen Fundament jener Wahrheit steht, die Gott selbst im Vernunftbereich und in der Ordnung des Glaubens grundgelegt hat, ein Unding und nichts weniger als ein Schutz und eine Wohltat für ein Volk. Was kann einem Volk und seinen Fürsten ein Gebäude nützen, das weder im Höhenbau noch in der Grundlage irgend welche Festigkeit besitzt und keinerlei Sicherheit gewährt? Was soll ein Konstitutionalismus bedeuten, der selbst nicht konstitutionell ist und dem Absolutismus Tür und Tor offen läßt?

Begreiflich, daß der moderne Mensch gemäß jener Geistesrichtung, welche ihm in der Schule des privilegierten Unglaubens aufgedrückt worden ist, sich nur eine solche Staatsverfassung wünschen und denken kann, welche der Wissenschaft des Unglaubens homogen und von den beiden Grundprinzipien der Loge, von der Denkfreiheit und Volkssouveränität, beherrscht und getragen ist. Nach diesen beiden Grundsätzen kann von einem richtigen Staatswesen keine Rede sein in einem Lande, das über den Universitäten die Fahne des Kirchenglaubens duldet und über dem Parlament als Wahrzeichen der Autorität das Kreuz unangetastet läßt. Wissenschaft und Gesetzgebung können nur in einem wahrhaft freiheitlichen Musterstaat einander gleichartig und ebenbürtig sein. Nur wo die absolute Denkfreiheit auf den Lehrstühlen zu ihrem Rechte kommt, wird sich auf den Rednerbühnen und an den Regierungstischen die absolute Tatfreiheit gebührend entfalten können.

Die Denkfreiheit verlangt für sich das Recht zu denken ohne alle Rücksicht auf irgend eine objektive Wahrheit. Die Wissenschaft der Denkfreiheit will bei der Sisyphusarbeit ihrer flüchtigen Gedanken sich ohne jede Gewißheit nur zwischen Fragezeichen und Zweifeln bewegen; sie verzichtet auf die Wahrheit am Anfang und am Ende ihrer For-



schung, darum ist sie voraussetzungslos und begnügt sich am Ende mit dem Axiom des endlosen Zweifels: Ignoramus et ignorabimus. Nur Wissenschaft, keine Wahrheit! Das ist ihre Losung. Dem entsprechend antworten die Herrn der parlamentarischen Rednerbühne denen des Katheders: Keine Gerechtigkeit, nur Legalität! So will es die Volkssouveränität und das parlamentarische System. Und die Freimaurerei.

Wie sich der von Gott gänzlich emanzipierte Menschengeist sein Surrogat für die Wahrheit ganz nach Belieben selber macht durch die freie Wissenschaft, so ist er zufolge seines souveränen Machtwillens auch der autonome Schöpfer jener Gerechtigkeit, welche sich mit ihren stets wandelbaren Grundsätzen gleich einer Wachsfigur allen Veränderungen des Zeitgeistes und der Mode anzupassen weiß.

In diesem Sinn kommt eine Konstitution zumeist denjenigen zu gut, die um so lauter von Freiheit schreien, je mehr sie Feinde jeder wahren Freiheit sind. Und das sind die Geheimfürsten der Loge, welche im abgelaufenen Jahrhundert als die Potentaten der öffentlichen Meinung von den Kathedern und Volkstribünen aus den Geist der Zeit bestimmt und die Welt regiert haben. Ohne die übergewaltige Einflußnahme, welche von diesen finsteren Mächten ausging, würde die Welt niemals ins Elend des jetzigen Krieges hineingeraten sein. Die beste Konstitution kann ein Volk nicht vor dem Untergang bewahren, wenn über den Hochschulen und Parlamenten die rote Fahne weht. Mag die konstitutionelle Staatskarosse noch so reizend mit monarchischen Emblemen verziert sein, unmerklich und verstohlens werden sich eines Tages, wenn der Großteil der Intellektuellen und die Massen des Volkes hinlänglich geschult und vorbereitet sind, die Meister vom Stuhl auf den Kutscherbock schwingen, um das Lenkseil der Regierung in die Hand zu nehmen. So wird dann nach dem bekannten Wort „Laissez aller, laissez faire" das Staatsoberhaupt machtlos und tatlos, wie in einem vergoldeten Käfig, in der Kutsche sitzen, während



draußen unsichtbare Reiter, die Rosse lenken und dieselben mit Hurra, Halloh ohne Zaum und Zügel vorwärts stürmen lassen.

Die Geister der Verneinung sind bei der großen Neuorientierung anno 1789 und 1848 früher aufgestanden als die Männer der christlichen Weltanschauung. Es war ihnen bei der Feststellung konstitutioneller Sicherungen weniger um den Schutz und die Freiheit der Völker als um ihre eigene Freiheit zu tun; sie wußten genau, daß sich ein Volk um so leichter vergewaltigen läßt, je mehr es gelingt, das Königtum zu entkräften und matt zu setzen.

Ein wirklich freies Volk braucht zu seiner Stütze nicht ein gefesseltes und ohnmächtiges, sondern ein machtvolles Königtum; mit einem Königtum, das durch eine von geriebenen Advokaten ausgeklügelte Verfassung dazu verurteilt ist, wie aus einer Theaterloge den Dingen tatlos zuzusehen, wie sie eben gehen, gut oder schlecht, je nachdem es den geheimen Regisseuren so oder anders gefällt, ist einem Volke wenig geholfen. Ist der König machtlos, dann ist die Gerechtigkeit hilflos und das Volk rechtlos und unfrei.

Eben das wollten die Nachfolger der Königsmörder des Jahres 1793. Den Bestrebungen jener Unholdsmänner, von welchen die parlamentarische Geschichtsperiode mit den Schlagworten der allgemeinen Gleichheit und Freiheit aller Bürger eingeleitet wurde, lagen großenteils volksfeindliche und königsmörderische Tendenzen zugrunde. Verfassungen in diesem Sinne sind eine mitten ins Volk hineingeworfene Brandfackel der Zwietracht und Unordnung, vortrefflich dazu zu gebrauchen, um das Verhältnis von Volk und Fürst heillos zu verwirren und tötlich zu verletzen. Nur die geheimen Gesellschaften können Gefallen daran finden, weil sie hauptsächlich ihrem Interesse dienen und ihre ganze Macht darauf beruht. Solche Konstitutionen sind, weil sie ganz auf der Grundlage religiöser Indifferenz aufgebaut sind, durchaus Geist von ihrem Geist, ein üppiges Treibhaus gehässiger Intoleranz, geheimer Machenschaften und Intriguen.



Als echte Kinder der Revolution haben sie meist einen illegitimen Ursprung genommen und mit der Strömung des Zeitgeistes die Völker immer weiter dem trostlosen Zustand einer allgemeinen Korruption entgegengetrieben. Die Wahlurne hat bei erbitterten Wahlkämpfen mitunter dieselben Dienste geleistet, um die Gerechtigkeit abzuschlachten, wie die Guillotine.

Mögen die Grundgedanken dieses Systems einer künstlichen Mischung von Wahrheit und Lüge noch so sehr der herrschenden Zeitmeinung entsprechen, sie können vor einer ernsten Prüfung die Probe nicht bestehen. Gewissenhafte Forscher und Denker, wie z. B. Constantin Franz haben sich durch die suppenklare Oberflächlichkeit, mit der sich dieses System dem gemeinen Mann wie etwas Selbstverständliches darbietet, nicht täuschen lassen. Ihnen ist der Staat etwas mehr als eine Summe von gleichen Einheiten, wie Sieyès in seiner revolutionären Flugschrift über den dritten Stand gemeint hat. Statt an den Schwierigkeiten der Frage vorbeizugehen, ob jeder Wille, gleichviel ob gut oder schlecht, übertragbar sei, haben sie mehr in die Tiefe geschaut und sind zur Überzeugung gekommen, daß hinter dem Repräsentativsystem, so wie der Liberalismus es versteht, ein ganzes Nest von haltlosen Fiktionen verborgen liegt.[1]) Staatsrechtslehrer der modern liberalen Geistesrichtung werden sich freilich hüten, dieses Nest aufzudecken, weil dann Gefahr bestünde, es könnte das hölzerne Gerüst, auf dem die Macht der Loge ruht, ebenso zusammenbrechen wie der hölzerne Philistertempel, der den Samson unter seinen Trümmern begrub.

Etwas vom Schlimmsten, was dem parlamentarischen System anhaftet, ist seine direkt auf Täuschung der Völker und Fürsten abzielende Tendenz. Im Sinn der liberalen Denkweise ist der konstitutionelle Herrscher als solcher seiner moralischen Verantwortlichkeit, wie er sie Gott gegenüber hat, vollständig enthoben. Seine Verantwortlichkeit ist nicht

1) Cf. dessen Naturlehre des Staates S. 272.

ein Attribut seiner Persönlichkeit, sondern etwas rein Äußerliches und Tatsächliches, was von seiner Person jederzeit losgelöst und einem Andern übertragen werden kann, der in seinem Namen die Verfassung zu handhaben hat. Wenn dieser samt der Mehrheit des Volkes Wege des Verbrechens einschlägt, ist der König durch die beschworene Verfassung gezwungen, ein Gleiches zu tun, wenn er König bleiben will. Demgemäß war die Zustimmung der Könige von Italien und Rumänien zum ehrlosen Treubruch ihrer Kriegserklärung für sie verfassungsgemäß nicht ein Verbrechen, sondern eine Pflicht.

Neben der Schmach einer derartigen Herabwürdigung seiner Person ist einem solchen Herrscher mit Ausnahme jener höheren Verantwortlichkeit, die jeden Sterblichen an das Gesetz Gottes bindet, Alles gelassen, was einem Menschen, der zum Bösen geneigt ist, schmeicheln und gefallen kann. Mit der formellen Beseitigung aller unmittelbaren Verantwortung, welche ihn von jeder menschlichen Dependenz scheinbar entbindet, scheint seine souveräne Herrscherstellung nicht nur gesichert, sondern sogar erhöht, weil ihm jede Abhängigkeit von Gott aberkannt ist. Weil alles in seinem Namen geschieht, ist er scheinbar der höchste Träger der Gewalt; ja seine Majestät ist in blasphemischer Übertreibung erhoben bis zur Gleichheit mit Gott.

Auch für den kleinen Mann des Volkes ist es ein sehr einschmeichelnder Gedanke, zu wissen, daß im Staate nichts ohne seine Zustimmung soll geschehen können. Er glaubt mit dem Wahlzettel das Mittel in der Hand zu haben, alle Übel zu bannen und alles Gute zu fördern und meint aus den Stimmen seiner Presse und aus den Reden seiner Partei nur wohlwollende Worte echter Freundschaft zu hören, die nichts anderes als einzig nur das Wohl des Volkes im Sinne haben. Von der geheimen Gier und von der verstohlenen Selbstsucht, welche die Hörer und Sprecher erregter Debatten meistenteils beherrscht, merkt er nichts, auch weiß er nicht, daß es für ein Volk keinen Feind gibt, der

mehr zu fürchten ist als eben das Volk selbst, wenn es, ohne richtig geleitet zu sein, sich selbst und seinen verkehrten Neigungen überlassen ist. Nun liegt aber im parlamentarischen System, im Sinn und Geist jener Freiheit, wie der Liberalismus die konstitutionellen Volksrechte versteht, der Zweck und die Tendenz einer Konstitution eben darin, die Völker in dem blinden Vorwärtsstürmen ihrer Leidenschaft nicht zu zügeln, sondern zu entfesseln — nur auf diese Weise und in diesem Sinne ist nach liberaler Auffassung eine Verfassung eine freiheitliche und eine geeignete Handhabe für die Loge und ihre Advokaten, eine Herrschaft zu erlangen und dauernd zu behaupten, welche weit über die der Völker und Könige geht; die eigentlichen Beherrscher eines Volkes, welches das Unglück hat, sich einer Verfassung in diesem Sinne zu erfreuen, werden die ungekrönten Häupter der Loge und Börse sein, und der ganze konstitutionelle Apparat ist nichts anderes als das zum permanenten Krieg gegen sich selbst organisierte und bewaffnete Volk, eine künstliche Form des ewigen Unfriedens, wobei die verschmitzte Advokatenregel in stets erneuerten Formen sich bewährt: Duobus litigantibus tertius gaudet.

Das werden die Meister vom Stuhl um so leichter fertig bringen, je mehr es ihnen gelingt die Volksseele zu vergiften und den Geist der Selbstüberhebung und religiöser Gleichgültigkeit in jeder Weise zu fördern. Auf den Lehrstühlen glaubenstreue Gelehrte zu dulden oder gar irgendwo eine katholische Universität aufkommen zu lassen, würde gegen alle Gepflogenheiten der Toleranz dieser freidenkerischen Brüder verstoßen. Die Dynastie des Unglaubens und des Geldes weiß, wo das Geheimnis ihrer Macht verborgen liegt. Sie fühlt sich vollständig eins mit dem atheistischen Staat und mit jenen Menschheitsidealen, mit welchen die Worthelden der Entente das reizende Kriegsziel ihrer allgemeinen Weltrepublik sub rosa anzudeuten pflegen. Was diese Herren eigentlich wollen, wenn sie das Nationalitätsprinzip verkünden, können nur eingeweihte Brüder verstehen,



welche wissen, daß dieses Prinzip nur für solche Völker gelten kann, welche so einfältig sind, ihre angebliche Souveränität an die Loge abzutreten. In diesem Sinn hat vor nicht langer Zeit ein Häuptling der Freidenker das große Wort gesprochen: Die Nation ist der wahre Souverän. Darum ist es unerläßlich, daß die an der Regierung der Staaten stehenden Männer entweder unsere Brüder seien, oder daß sie gestürzt werden.

Wenn man die Geschichte der letzten Jahrzehnte seit 1848 aufmerksam überblickt, dann muß man sagen, das konstitutionelle Europa ist schon lange vor dem jetzigen Völkerringen ein geistiger Kriegsschauplatz gewesen, ein Manöverfeld der unblutigen Barbarei, auf welchem nach den Direktiven des Generalstabs der geheimen Brüder die Welt im Kampf um die Souveränität und Weltherrschaft der Loge allmählich für die blutige Katastrophe des jetzigen Krieges vorbereitet wurde.

Es waltet ein furchtbares Verhängnis über der infolge des Abfalls von Christus und seiner Kirche in sich zerfallenen Menschheit. Wenn man die übergewaltige Macht der Lüge und des Betruges in Betracht zieht, welche von der Loge und ihrer Wissenschaft ausgeht, dann muß man unwillkürlich der göttlichen Strafandrohung gedenken, welche der hl. Geist dem Apostel der Völker in den Mund gelegt hat: Weil sie von der Wahrheit nichts wissen wollten, die ihnen zum Heil gewesen wäre, wird Gott sie einer Massenwirkung des Betruges[1]) preisgeben, so daß sie der Lüge glauben.

Es ist wohl höchste Zeit, wieder einmal ans Umlernen zu denken, nur sollte dabei viel gründlicher verfahren werden, als es vor 100 und vor 50 Jahren angesichts der Feuerzeichen von Moskau und Paris geschehen ist.

Die göttliche Vorsehung hat die Menschen nicht schutzlos und wehrlos den Mächten der Lüge und Verneinung überliefert. Wie es in der jetzigen Welt eine furchtbare

1) II. Thessal. 2. 10.

Organisation von profanen Werkzeugen der Lüge gibt, welche ihrer innersten Natur nach dem Lügner von Anbeginn homogen und gleichförmig sind, so daß sie ihrer ganzen Bestimmung nach die Wahrheit anfeinden und hassen müßen, so gibt es gottlob auch ein System und eine Ordnung von Werkzeugen der Wahrheit, welche im Dienst desjenigen stehen, der die Wahrheit selber ist, und darum ihrer Berufsaufgabe gemäß nicht anders können, als daß sie für die Wahrheit Zeugnis geben.

Leider sind diese Stimmen, welche wie aus einer anderen Welt die belebende Kraft der Worte des ewigen Lebens in der Zeitwelt zur Geltung bringen sollen, im betäubenden Straßenlärm des modernen Weltlebens fast gänzlich überschrieen worden mit dem wahnsinnigen Ruf: Le Clericalisme c'est l'ennemi! Die rote Fahne der unbeschränkten Denk- und Tatfreiheit ließ man über der stolzen Titanik Europa frei und ungehindert in allen Winden flattern, die Stimmen und Blätter der Vernunft und des Glaubens waren großenteils verfehmt und geächtet.

So lang dieser Zustand andauert, kann vom Umlernen keine Rede sein. Wo kein Wille zur Wahrheit ist, wird die irregeleitete Volksmeinung hoffnungslos zwischen den beiden Polen der Verzweiflung hin- und wiederpendeln: Immer wirds schlimmer, besser wirds nimmer! Mit diesem schmerzlichen Ausruf pflegte der Volksmund zur Zeit der nicht endenwollenden napoleonischen Kriegsjahre den Jammer seiner vergeblichen Friedenssehnsucht zum Ausdruck zu bringen.

Damals stand Europa noch großenteils im Zeichen der alten Königsgewalt des ancien regime, der die Völker noch sehr unselbständig gegenüberstanden. Nach dem bekannten Kraftspruch: Quidquid delirant reges plectuntur Achivi — konnte mancher glauben, alles Unheil komme von den Mächtigen und Großen, wie man früher oft versucht war zu glauben, es sei keine Übertreibung zu behaupten: Omne malum a Clero. Dieser Meinung gemäß hat die Neuzeit tapfer auf Priester und Könige losgeschlagen und die Be-



hauptung: „Die Politik hat mit der Religion nichts zu schaffen“ zu einem der obersten Grundsätze des öffentlichen Lebens gemacht. Als bestände ein unüberbrückbarer Abgrund zwischen Tempel und Forum betrachtet man letzteres als die ausschließliche Domäne der Laien, namentlich der gebildeten Männerwelt, welche für die große Aufgabe, die Völker frei und glücklich zu machen, vorwiegend berufen und dazu um so mehr befähigt sei, je mehr sie in gänzlich romfreien und konfessionslosen Schulen die erforderliche Weihe und Bildung empfange.

Auf diese Weise haben die Völker seit der großen Kriegsnot der napoleonischen Zeit umgelernt; wie ein unbotmäßiger Junge, wenn er gleich dem verlornen Sohn in trotzigem Widerstand gegen die Warnungen seines Vaters am unglücklichen Ende seiner Flegeljahre angelangt ist, stehen sie jetzt am Ende ihrer Weisheit auf einem Punkte, wo sie weit mehr als vor 100 Jahren sagen müssen: Immer wird's schlimmer, besser wird's nimmer!

Es lohnt sich schlecht, wenn man der Schlange mehr glaubt als Gott, wenn man die gottverordnete Führung von sich stößt und sich der Loge und ihren Helfershelfern in die Arme wirft. Hauptsächlich infolge der hochmütigen Verachtung jeder Autorität ist es dahin gekommen, daß jetzt so ziemlich alle, welche vorher mit ihrem Stimmzettel die Völker glücklich machen wollten, mit geladenem Gewehr im Schützengraben stehen.

Wer hat sie dorthin geführt? Vielleicht die Priester und Könige? Kein ehrlicher Pessimist wird heute so etwas zu behaupten wagen. Im Gegenteil wird jeder Vernünftige gestehen, daß das große Weltunglück vermieden worden wäre, wenn Europa noch wäre, was es früher war: ein einziges priesterliches und königliches Volk.

Dank der Blindheit und Torheit der betrogenen Völker, die albern genug sind, den Schmeichelreden der Lügner zu glauben, statt ihren berufenen Führern zu vertrauen, gibt es leider jetzt finstere Mächte, welche ungleich



stärker sind, als jemals Fürsten und Könige waren und durch das Machtwort ihrer Presse einen Einfluß besitzen, welcher den Einfluß der Priester und Könige weit überwiegt. Schmerzbewegt hat ein edler Fürst, König Carol von Rumänien, lang vor Ausbruch des Weltkrieges einem Journalisten gegenüber das Bedauern ausgesprochen, daß es zur Zeit leider nicht mehr in der Macht der Fürsten liegt, einen Krieg zu verhindern. Getrieben und gehetzt von den bösen Geistern der Presse erhebt sich in den Parlamenten die rasende Wut der Parteien und hinter diesen stehen mit ihrem Geld die Großfürsten der Loge und Börse. Wäre bei der Neuorientierung der Jahre 1789 und 1848 mehr darauf gesehen worden, die durch den Geist des Unglaubens verpestete Atmosphäre des öffentlichen Lebens gründlich zu reinigen, dann würde die moderne Geschichte einen ganz anderen Verlauf genommen haben.

Soll in einem monarchischen Staatswesen der Konstitutionalismus einen erträglichen Sinn haben, dann dürfen nicht Monarchie und Konstitution sich wie zwei widerstreitende Prinzipien gegenüberstehen, die sich schlechthin gegensätzlich verhalten. Wahr und falsch läßt sich ebensowenig miteinander verschmelzen sowenig sich gut und schlecht miteinander vereinigen läßt. Auch kann es für ein Volk nicht eben förderlich sein, wenn die Verfassung von einem Teil des Volkes etwa nach Hegel im pantheistischen Sinne, von dem andern nach Stahl im christlichen Sinne gedeutet und ausgelegt wird. Die monarchische Idee ist eine durchaus christliche, der Vernunft und dem Glauben angemessene Idee. Die Monarchie hat ihre tiefste Wurzel im vernünftigen Gottesbewußtsein und im Autoritätsprinzip. Wo das Autoritätsprinzip grundsätzlich verneint wird, kann von einer Monarchie keine Rede sein; ein König ist entweder ein Repräsentant und Vollmachtträger der Gottheit oder er ist überhaupt kein König. Zwischen einem heidnischen Machthaber und einem christlichen König besteht ein himmelweiter Abstand. An dem Tage, an welchem Konstantin der Große



sich das Zeichen des hl. Kreuzes vorantragen ließ, war er kein Cäsar mehr und kein Autokrat, sondern ein Monarch im christlichen Sinne dieses Wortes geworden. So schließt der monarchische Gedanke die gottlose Einbildung einer sogenannten Souveränität des Volkes grundsätzlich aus; wie in allen Prinzipienfragen begegnet sich auch hier die Vernunft mit dem Glauben, der uns mit dem vollen Nachdruck eines göttlichen Wortes versichert: Es gibt keine Gewalt außer von Gott.

Man hat bei der großen Neuorientierung vor 100 Jahren den Königen viel mehr genommen als ihnen von rechtswegen entzogen werden durfte; man hat sie während der parlamentarischen Schwindelperiode selbst solcher Attribute beraubt, die einem König naturrechtlich zukommen und darum nie abhanden kommen dürfen. Ebenso hat man den Völkern Rechte vindiziert, welche sie vernünftiger Weise niemals beanspruchen können, wenn nicht eine völlige Gleichheit der Untertanen mit der Obrigkeit behauptet werden will, was mit der gänzlichen Vernichtung der Autorität gleichbedeutend ist.

Das lag so in der Konsequenz der modernen Geistesrichtung. Die Wege dieser Richtung führen im trotzigen Widerstand gegen Vernunft und Glauben alle weg von Gott und Christus unabweisbar dem Abgrund hoffnungsloser Verzweiflung entgegen. Auf diesem Wege gibt es kein Umlernen zum Bessern; das ist durch die historische Entwicklung der letzten 100 Jahre soviel wie entschieden. Was soll es also heißen, wenn jetzt für eine abermalige Neuorientierung die Parole ausgegeben wird: Noch weiter links! Können die Dinge noch mehr sich verschlimmern, nachdem theoretisch und praktisch die äußersten Punkte der Korruption glücklich erreicht sind?

Eine Wissenschaft, die mit ihren Tendenzen gänzlich außerhalb der Wahrheit steht, kann gar nicht anders, sie muß immer mehr in Trug und Täuschung sich verwurzeln und in der Depravation des Geistes bis zu jenen äußersten Konsequenzen der Brutalisierung und Dämonisierung des Menschen fortschreiten, bei welcher sie in ihren Vertretern

Herbert Spencer und Nietzsche angelangt ist. Diesen Nordpolfahrten ins Eismeer gänzlich gottvergessener Gedanken entspricht im jetzigen Weltkrieg die gänzliche Vergletscherung und Verfinsterung des gesamten öffentlichen Lebens, womit die Welt jetzt auf einem Punkt der Verzweiflung angelangt ist, über welchen hinaus ein plus ultra kaum mehr denkbar ist.

Gerade jetzt hat die äußerste Hochspannung feindlicher Gegensätze durch die hartnäckige Ablehnung aller vernünftigen und versöhnlichen Gedanken des Friedens einen aller Welt sichtbaren und greifbaren Ausdruck erhalten.

Indem die Mächte des Vierbundes ihr Friedensangebot auch zur Kenntnis des Papstes gebracht haben, ist deutlich zu verstehen gegeben, wo der Ölzweig des Friedens einzig und allein gefunden werden kann.

Wahrlich nicht dort, wo trotz aller schönen Worte Wilsons aus den riesigen Werkstätten der Stahlwerke Bethlehems stets neue Munitionslieferungen nach Europa gesendet werden, sondern dort, wo Gott selbst das Edelreis seines Friedens hinterlegt hat, in Rom.

XL.

Das süddeutsche Kloster seit dem Ausgange des Mittelalters.

(Schluß).

Wir lassen uns für wenige Minuten vom Kreuzgange aus in die Kirche führen und benützen dabei jene Türe, durch welche die Mönche einst zum Kapitel gezogen sind. Durch den Querbau hindurch kommen wir zum Chore. Da scheiden sich die schwäbischen und fränkischen Abteien von den bayerischen und österreichischen. Sie hielten den Chor ständig unten in der Kirche und legten daher großes Gewicht auf ein mächtiges und dann im Detail wieder sehr feines Chor-



gestühl. Zu Weissenau, Ochsenhausen und Roth stehen die schönsten aus dem 17., in Zwiefalten, Ottobeuern, Wiblingen, Banz, St. Stephan in Würzburg und Ebrach die schönsten aus dem 18. Jahrhundert. Regelmäßig ist dieses Chorgestühl nicht unmittelbar neben dem Hochaltar aufgestellt, sondern weiter nach Westen gerückt, bei älteren Kirchen über das Querschiff hinaus. Vor dem Chorgestühl steht dann der Kirche zu der Kreuzaltar. Zwischen ihm und dem Chorgestühl ist statt des alten Lettners ein Gitter. In Bayern und Österreich wurde das Chorgebet zumeist nur im Sommer in der Kirche gehalten, im Winter benützte man dazu einen geheizten Nebenraum. In sehr vielen Klöstern brach man in der Folge auch mit diesem Wechsel, rückte den Hochaltar mehrere Meter nach Westen und richtete hinter demselben die Sakristei und darüber den Chor ein, z. B. in Beuerberg, Benediktbeuern, Tegernsee, Nieder- und Oberaltaich, in Raitenhaslach, in Rott a. J. usw. Wenn sich dies nicht gut machen ließ, kam der Chor in einen rechten oder linken Seitenraum über den alten Chorplatz, so in Attl, in Seeon, in Prüfening, in Polling. In anderen Klöstern (Andechs, Diessen, Schlierbach, Seitenstetten) wurde der Psallierchor mit dem Musikchor vereinigt, oder hinter dem Musikchor an dem Westende der Kirche eingerichtet (Reichenbach, Thierhaupten, Heiligenkreuz bei Wien). Auf solche Weise hat darum das schmiedeeiserne Gitter als westlicher Chorabschluß (statt des alten Lettners, welchen man auch hier im 17. Jahrhundert überall niederlegte) keinen rechten Sinn mehr und wird dafür weiter nach Westen verlegt, unter die Musikempore, um jetzt nicht die Mönche im Chor vor Zerstreuung, sondern die ganze Kirche vor Langfingern zu schützen z. B. in Polling, Fürstenfeld, Oberaltaich, Rott a. Inn usw. Natürlich gab es Ausnahmen, Klöster, die es mit Schwaben und Franken hielten, wie Aldersbach, Windberg usw., aber diese bestätigen nur die Regel.

Wir kehren wieder in das Kloster zurück und machen hiezu den Umweg durch die Sakristei. Sie liegt fast überall



noch am alten Platze, rechts der Kirche, in der Ostseite des Klosters. Früher war sie regelmäßig ein langes, schmales Rechteck gewesen, gewölbt oder flach gedeckt. So ist die Sakristei heute noch in Blaubeuern und Bronnbach erhalten geblieben. Sie hatte damals nur als Ankleideraum, nicht aber als Requisitenkammer oder gar als Kapelle gedient. Nur ein Ostfenster gewährte Licht. Jetzt wird sie größer, hell und freundlich. Nicht selten tragen Säulen ihr kunstvolles Gewölbe wie in Benediktbeuern oder Ettal. An die Wände werden Schränke gestellt, vielfach äußerst fleißige und auch geschickte Arbeiten eines Laienbruders, oft von hervorragendem Kunstwerte, z. B. in Windberg oder Salem oder Aldersbach. An anderen Plätzen sucht man dekorative Wirkung zu erzielen und hier verdienen vor allem Weyarn, Weltenburg, Niederaltaich und Elchingen genannt zu werden. In der Mitte steht gewöhnlich ein gewaltiger Tisch, um die kostbaren Geräte und Gewänder auslegen zu können. An der Wand hat jeder Pater sein Kästchen für Kelch, Missale und Birett, seine Schublade für den Kelchzeug und unten sein Fach für die kirchliche Wäsche. Ein Name über dem Kelchkasten, zumeist in schön geschnitzter Kartouche, vermerkt den Inhaber. An der Wand fehlt nicht das Lavabo, oft groß und mächtig aus Marmor, manchmal aus Kupfer oder Zinn, gefällig und zierlich. Zumeist nach Osten steht ein Altar, auf welchem, namentlich im Winter, die hl. Messe gelesen wird. Mitunter umfaßt die Sakristei mehrere Räume wie in Salem, manchmal ist sie groß und ansehnlich wie eine Kirche, so in Ochsenhausen, in Kempten, in St. Ulrich in Augsburg, in Ettal. Zuweilen trifft man auch eine frühere Kapelle als Sakristei adaptiert z. B. in Seeon oder Baumburg.

An die Sakristei stieß nach altem Herkommen der Kapitelsaal, der intimste Raum im ganzen Kloster. Tagtäglich wurde er früher am Morgen zum Schlusse der Prim benützt, wenn das Kapitel aus der Regel verlesen wurde und anschließend die Mönche ihre Schuld gegen die Regel

bekannten. Gerne führten Stufen hinab in den Raum der Verdemütigung und keine Türe schloß ihn nach dem Kreuzgang und rechts und links sicherten noch weiter zwei offene Arkadenfenster die Verbindung mit dem Hause. Was hier geschah, sollte kein Geheimnis sein. Unter dem Boden des Kapitels hatten die Stifter und die Vorsteher ihre letzte Ruhestätte. Für sie wurde später in einer, gerne in der Ecke angebauten Kapelle das hl. Opfer dargebracht. Das Alles wurde jetzt anders. Die Stifter hatte man bereits im 15. Jahrhundert in die Kirche übertragen und ihnen inmitten des Chores oder vor dem Kreuzaltare ein kunstvolles Hochgrab errichtet, so in Scheyern, Seeon, Ebersberg usw. Nachdem die Äbte und Pröpste den Gebrauch der Pontifikalien erhalten hatten, begrub man auch sie draußen in der Kirche und ein kunstvoll gemeißelter Stein zeigte diese Stelle an. Der Kapitelsaal behält die kirchenähnliche Gestalt, aber er wird höher und heller und nach außen geschlossen. Stukkaturen ziehen auch in diesen Raum ein und zeigen den Mönchen Ordensheilige wie in Ebrach oder erzählen mit Wappen und Bildern von den Stiftern, so in Neresheim. Die Kapelle im Osten ist fast überall abgebrochen worden, weil man die Winkel meidet, und dafür ist der Altar im Kapitelsaale selber aufgestellt, entweder am einstigen Platze des Abtes, also der Türe gegenüber, wie in Heiligenkreuz, Indersdorf und Lilienfeld oder an der Nordwand wie in Neresheim, Füssen, Oberzell usw. An manchen Orten hat man den Kapitelsaal vom ursprünglichen Platze genommen und sogar z. B. in Füssen in das Obergeschoß verlegt.

Die an den Kapitelsaal anschließende Totenkammer, welche am besten in Marienthal bei Helmstedt erhalten geblieben, ist fast durchwegs verschwunden; ebenso die frühere Gerätekammer der Zisterzienser. Noch steht in der Ecke die Stiege hinauf zum Schlafsaal, aber die Wärmestube im Südostwinkel hat ihre Existenz verloren und das Sprechzimmer ist neben der Pforte errichtet worden, weil sie jetzt

nicht mehr für die Mönche selber, sondern für die Laien dient, welche Klosterinsassen besuchen.

In der Regel wenigstens liegt der Speisesaal am alten Platze, in gleicher Linie mit der Kirche, der Ort der leiblichen Nahrung gegenüber dem der geistigen. Doch sein ehedem etwas kirchliches Aussehen hat er verloren. Ein mächtiges Rechteck, selten mit Säulen oder Pfeilern, gerne mit weitem Gewölbe überspannt. Kunstvolle, reiche Stukkaturen und farbenreiche Deckengemälde schmücken den Raum und auch die Wände sind mit Tafelmalereien geziert. Die Deckenbilder behandeln entsprechende Szenen aus dem alten und neuen Testamente, an den Wänden hängen die Gestalten der Apostel oder Bilder von den Siftern. Meist in der Mitte, der Türe gegenüber steht etwas erhöht das Lesepult mit seiner Einlegarbeit und ringsum an den Wänden sind die Tische. Nur die Westseite ist frei, dort werden die Speisen hereingereicht und manchmal sind dort auch steinerne Wasserbecken aufgestellt. In älteren Refektorien finden wir wenig Farbe, z. B. in Michelfeld oder Seeon; der Raum stimmt etwas ernst; später erhält mit der Farbe der Speisesaal immer mehr ein heiteres Gepräge. Zu den besterhaltenen zählen jene in Michelsberg, Oberzell, Ochsenhausen, Reichenbach und Ottobeuern. In der letzten Zeit des 18. Jahrhunderts werden auch hier die Stukkaturen durch plastisch wirkende Malereien ersetzt, z. B. in Seligenstadt oder Fürstenzell. In einigen Klöstern hatte man den Speisesaal verlegt und selbst, wie in anderen den Kapitelsaal, in das Obergeschoß gebracht (Neresheim). Die alte Scheidung von Winter- und Sommerspeisesaal ist auch jetzt da und dort zu treffen, in Indersdorf, in St. Florian, in Zwettl.

Daß das Brunnenhaus vor dem Speisesaal hat fallen müssen, haben wir bereits gehört. Dafür sind jetzt draußen im Hofe, vor der Abtei oder im Garten zeitgemäße, meist sehr kunstvolle Zierbrunnen aufgestellt mit prächtigen Figuren aus Kupfer oder Marmor. Gerne wählte man als Gegenstand den Klosterpatron, so in Reichersberg und in Baum-

burg; der hl. Michael ist auch öfters vertreten, in Deggingen, in Neresheim usw.; die Sagenwelt, die Geschichte und die damals so beliebte Allegorie kommen gleichfalls zur Geltung, in St. Emmeram, in Steingaden, in Ebrach. Man hat den alten Klöstern viel von ihrem einstigen Reize genommen, als man nach der Säkularisation diese Brunnen vernichtete.

Noch zwei Räume verdienen im eigentlichen Kloster unseren Besuch: der Schlafsaal und die Bibliothek. Sie liegen im Obergeschoß. Mehr als alle übrigen haben sie sich verändert. In alter Zeit war auf der Ostseite des Klosters, über dem Kapitelsaale der Schlafsaal der Mönche (Dormitorium, Schlafhaus). Er erhielt sich mehrere Jahrhunderte in der ersten Form als ein flachgedeckter Raum, manchmal als eine zwei- oder drei- oder fünfschiffige Halle (Berchtesgaden, Heiligenkreuz und Lilienfeld). Schon im 14. Jahrhundert suchten einige Klöster diesen Raum abzuteilen, erst im 15. gewann dieses Bestreben an Ausdehnung, um im 16. die Regel zu bilden. Der nach dem Bauernkriege wieder errichtete Schlafsaal in Lorch ist eines der interessantesten und lehrreichsten Beispiele. Man teilte den ursprünglichen Raum durch einen Gang in zwei Hälften und bildete aus den letzteren die Zellen. Was hier noch sehr einfach geschehen — die Zellen sind in Fachwerkbau hergestellt, die freien Stellen nur mit Lehm ausgefüllt — ist in Blaubeuern bereits mit dem diesem Kloster eigenen Kunstgeschmack in Holz durchgeführt. Man hat hier auch versucht an den Enden größere Fenster einzusetzen, um Licht zu gewinnen. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts fällt die Dreiteilung weg, die Gänge kommen an die eine, die Zellen an die andere Fensterseite. Die Zellen werden geräumiger, erhalten Licht und Luft und für die Winterszeit ihre Öfen. Vielfach deckt man sie mit einem Gewölbe und bringt später auch hier den charakteristischen Stuckschmuck unter. Nur die Novizen und Kleriker müssen nach alter Art in einem gemeinsamen Raume studieren und in einem



anderen gemeinsam schlafen. Über sie führt der Novizenmeister die Aufsicht. Die Priester überwacht der Prior. Er hat eine größere Zelle, manchmal deren zwei, an einem bevorzugten Platze, mit Vorliebe an der Südostecke, zur Verfügung. Früher hatte er im Schlafsaale die Aufsicht und jetzt kann er durch eine kleine Türöffnung die Tätigkeit der Mönche in ihrer Zelle überwachen.

Die Bibliothek war ehedem über der Sakristei und klein gewesen. Sakristan und Bibliothekar waren ein und dieselbe Person; nach alter Bestimmung sollte die Handschriftensammlung vornehmlich geistliche Werke enthalten. Seit der Einführung der Buchdruckerkunst wuchs in allen Klöstern die Bücherzahl gewaltig. Der Raum über der Sakristei war völlig unzureichend. Man stellte daher die Bücher über dem Speisesaal auf, die geistige Nahrung über der leiblichen. Seit dem 17. Jahrhundert begann man stimmungsvolle Bibliothekräume zu schaffen. Im 18. Jahrhundert erlebte dieses Bestreben seinen Höhepunkt. Der Bibliothekraum hatte manchmal die Zimmerhöhe, doch führte man ihn lieber durch zwei Stockwerke hindurch und gewann dadurch hohe, prunkvolle Säle. Die Bücher standen in hübschgeformten Schränken an der Wand. So war es einem alten Stiche zufolge in Indersdorf, so ist es heute noch in Neresheim und Hohenfurt. In den meisten Klöstern suchte man den Raum mit Stukkaturen und Malereien künstlerisch auszugestalten. Da und dort teilten Säulen selbst niedrigere Räume ab (Herrenchiemsee) und Säulen wurden an anderen Plätzen durch Menschenfiguren ersetzt (Metten). War der Raum saalartig, also höher, durch zwei Stockwerke durchgeführt, so wurde er in Zimmerhöhe durch eine Galerie abgeteilt, um leicht an die oben stehenden Bücher kommen zu können. Diese Galerien wurden entweder von Konsolen getragen (Füssen, Scheyern) oder sie waren auf Säulen gestellt (Ottobeuern, Wiblingen, Schussenried) oder auf Pfeilern, welche dann zu Bücherschränken verwertet wurden (St. Peter im Schwarzwald und Ochsenhausen). Zwischen den Säulen



oder inmitten des Saales sind nicht selten überlebensgroße allegorische Gestalten aus Holz, weiß oder goldgefaßt, oder das Standbild der Athene aufgestellt. Die Hauptdekoration wird zumeist an der Decke in Stuck oder Malerei ausgeführt (Admont, Benediktbeuern, Aldersbach), manchmal ziehen die kunstvollen Bücherschränke noch mehr das Auge des Beschauers an (in Kaisheim [jetzt Neuburg a. D.], Fürstenzell, St. Florian und ganz besonders in Waldsassen). Zu Ende des 18. Jahrhunderts werden die Bücher durch sehr feine Gitter vor Staub und auch vor allzugroßen Liebhabern geschützt. Die elegante Bibliothek von Amorbach mag hierin für alle Zeiten mustergiltig bleiben. Neben dem eigentlichen Bibliotheksaale finden sich gerne kleinere Zimmer für Handschriften und sonstige spezielle Fächer. Sie dienen besonders im Winter dem fleißigen Forscher zu seinen Arbeiten. Um ja die größten Habseligkeiten des Hauses genügend vor Feuer zu sichern, errichten einzelne Klöster ein Bibliothekgebäude außer dem Kloster, im Garten (Benediktbeuern und Neustift bei Freising) und vermeiden sogar eine direkte Verbindung mit demselben.

Die übrigen eigentlichen Klosterräume, wie das Rekreations- und das Musikzimmer und die Krankenabteilung bewegen sich zu sehr in den Formen und Forderungen der Zeit, um unser spezielles Interesse zu erregen. Auch sind sie zu verschieden, als daß wir bestimmte Gesetze aufstellen könnten. Von weit größerer Bedeutung sind die meist außer dem eigentlichen Kloster liegenden Repräsentationsräume. Das Repräsentieren bildete ja seit dem Mittelalter eine wichtige Aufgabe des Klosters.

Sammelpunkt ist die eigentliche Abtei. In alter Zeit lag sie zumeist an der Westseite neben der Kirche, über dem Klostereingange. Vielfach blieb sie jetzt dort und wurde umgestaltet. Der Abt sollte den Ein- und Ausgang des Klosters von seinem Zimmer aus überwachen können und so errichtete man für ihn einen kleinen Erker (Benediktbeuern, Ebrach, Höglwörth, Walderbach, Weihenstephan).

Er brauchte jetzt verschiedene Räume: ein Vorzimmer, einen Empfangssaal, ein Arbeits- und ein Schlafzimmer. Manchmal ließen sich dieselben im bisherigen Raume schwer durchführen und so entstand ein eigenes Abteigebäude, zumeist in einem an das Kloster gebauten Westflügel (Aldersbach, Plankstetten) oder in einem nur lose mit dem Kloster verbundenen Schlößchen (Maulbronn, Ochsenhausen, Neresheim) und schließlich in einem ungewöhnlich prunkvollen Residenzschlosse (Oberzell, Ebrach). Zur „Abtei" führte ein eigenes Portal und man liebte es, den Zugang durch ein prächtiges, kunstvolles Stiegenhaus zu verschönern. Als die schönsten ihrer Art sind wohl jene von Oberzell, St. Florian und ganz besonders das von Ebrach zu nennen, welches jedem Königsschlosse Ehre machen würde. Als es gebaut wurde, hatte das Kloster seinen berühmten Rechtsstreit mit Würzburg. Es handelte sich um die Reichsunmittelbarkeit. Ebrach wollte nicht zuletzt auch in seinen Bauten die verfochtene Stellung vertreten. Wie sehr solche Stiegenhäuser damals von den Klöstern geliebt wurden, mag Ochsenhausen bezeugen, welches das Stiegenhaus in den Konventbau verlegte, weil die Abtei nicht genügend Platz bot. Weissenohe hat sein Stiegenhaus aus Holz haben müssen, als ihm die Mittel zu anderem Materiale fehlten. Die Kosten derartiger Anlagen sind leicht ersichtlich, wenn man die Architektur und die Steintreppe, die Marmorsäulen und Vasen und Putten und Figuren und die kunstvoll gearbeiteten schmiedeeisernen Geländer zusammenhält.

Für seine Privatzwecke benötigte der Abt, besonders seit seiner Infulation, eine eigene Hauskapelle. Sie war schon in alter Zeit im Kloster zu finden gewesen, aber nicht immer in unmittelbarster Verbindung mit der abteilichen Wohnung. In St. Zeno lag sie über dem rechten Seitenschiffe der Kirche. In Seeon dürfte die alte Schloßkapelle diesen Dienst versehen haben. Jetzt wird sie allgemein enge mit den Wohnräumen des Abtes verbunden. Die Prälatenkapelle in Scheyern stößt direkt an die Zimmer des Abtes. Sie wird



gerne als der letzte gotische Bau Altbayerns genannt. In Ottobeuern liegt die Abtskapelle wohl außer der Abtei, aber sie ist dafür auch ungewöhnlich groß, fast eine Kirche für sich. Meist war dieser Raum klein, ein Rechteck mit hübscher Wandverkleidung aus Stukkmarmor und reich dekorierter Decke. In einigen Klöstern stand der Altar in einem Erker, so in Benediktbeuern, in Seeon, in Aldersbach. Heute sind diese Räume fast überall profaniert, nur mehr in Seeon wird die Kapelle benützt; in Michelsberg und Raitenhaslach ist sie wenigstens gut erhalten geblieben. In Füssen werden zwei Prälatenkapellen gezeigt, die eine in der Abtswohnung, die andere neben der Kirche, hinter dem Bilde des Ulrichsaltares.

Mehrere Klöster besaßen zwei Abteien: eine Winter- und eine Sommerprälatur. Diese Trennung ist jedoch zumeist nur in solchen Klöstern zu finden, welche im 16. und 17. Jahrhundert ältere Teile in ihre Umbauten mit einbezogen haben, z. B. Seeon, Scheyern, Reichersberg, Benediktbeuern. Im Winter bewohnte der Abt seine alten Räume im Westtrakte des Klosters. Im Sommer zog er aus. Denn da gab es mehr Gäste, welche nur allzuleicht die Ruhe und Ordnung des Hauses gestört hätten.

Die Wohnungen der Gäste wurden jetzt mit der Abtei verbunden. Schon von alters her hatten die Klöster ein Haus für die Gäste (domus hospitum, Hospiz, Gasthaus). Sehr frühe werden dafür Stiftungen gemacht und angenommen. Der Pater Gastmeister sorgte hier nach Anordnung des Abtes. Das Gasthaus lag vor dem Kloster. Jetzt werden Wirtshaus und Gasthaus getrennt und des letzteren Zimmer in den Klosterbau miteinbezogen. Größere Stifte erhalten ihren eigenen Gasttrakt. Originell ist dessen Anlage in Wessobrunn: südlich, außerhalb des eigentlichen Klosters und doch wieder mit ihm verbunden. In St. Florian nehmen die Gastzimmer fast die ganze Westfront ein. Die Gänge vor den Gastzimmern und diese selber werden wie in einem Schlosse reich mit Stukk und Fresken, mit Tafelbildern und



Gobelins geschmückt. Bezeichnungen wie Papst-, Kaiser- oder Fürstenzimmer weisen auf zeitweilige hohe Gäste, Chinesen- oder Dresdenerzimmer auf die Art ihrer Dekoration. Am berühmtesten sind heute wohl die Gastzimmer in St. Florian und in Klosterneuburg.

Zwischen der Abtei und den Gastzimmern liegt in der Regel der Abtei- oder Festsaal, bald Prälaten-, bald Kaisersaal genannt. Auch andere Namen finden sich, bald nach dem Stifter, bald nach dem Patron. Er ist aus der größeren Abtsstube seit dem 16. Jahrhundert herausgewachsen. Zu seinen frühesten Beispielen zählt der Gemäldesaal in Stein a. Rhein (1536). 1583 läßt Andreas Sonntag in Ochsenhausen den Festsaal von Hans Heidelberger schmücken. Er ist hier nur der offene Vorraum der Abtei und nur eingeschossig. Im 17. Jahrhundert beginnt dieser Raum immer prunkvoller zu werden. In Benediktbeuern, in der Winterabtei, sehen wir deutlich, wie der anfangs recht einfach gehaltene Saal in seiner Decke durch Malereien und Stukkaturen verziert wurde. Auch der gleichzeitige Thassilosaal in Wessobrunn beschränkt seinen Hauptschmuck auf die kunstvolle Decke. In Herrenchiemsee ziert die Decke ein riesiges Gemälde, an den Wänden werden in sehr guter plastischer und perspektivischer Malerei die Bilder römischer Kaiser angebracht. Das 18. Jahrhundert nimmt gerne zwei, manchmal auch drei Stockwerke für diesen Festsaal und kann sich in seiner Dekoration nicht genugtun. Mit Vorliebe werden kostbare Marmorsäulen zum Aufbau und zur Dekoration mit verwendet. Mitunter sind Galerien und Balkone für die Musik eingebaut. Reicher Schmuck in Plastik und kunstvoller Malerei ist angebracht und erzählt von des Hauses Gründung, seinen Gönnern, Äbten und hohen Besuchern. Auch im Kaisersaal zeigt sich die geistliche Residenz. Diese Prunkräume z. B. in Salem, in Füssen, in Seitenstetten, in St. Florian oder in Ottobeuern konnten sich wohl mit ähnlichen der vornehmsten Residenzen messen. Der von Ottobeuern dürfte vielleicht den so gefeierten von Würzburg

noch übertreffen. Solche Festsäle dienten zunächst dem Abte und seinen Gästen, aber bei besonderen Gelegenheiten auch dem Konvente. Wenn ein Konventual seine feierliche Profeß ablegte oder Primiz hielt, saß er hier, außerhalb der Klausur, mit seinen Mitbrüdern und seinen Verwandten zu Tische. Auch besonders hohe Feste, wie der Stiftertag, die Kirchweihe, der Wahl- und Namenstag des Abtes wurden hier gefeiert.

Einen wichtigen Teil solcher Klosterfestlichkeiten bildete im 18. Jahrhundert, wie an den Höfen der Fürsten das Theater. Ein diesbezüglicher Saal fehlte in größeren Stiften nicht. Leider sind heute fast überall die alten Einrichtungen derselben verschwunden. Aber die dort aufgeführten Theaterstücke sind in Bibliotheken und Archiven noch zahlreich vorhanden und lassen einen reichen, szenischen Apparat vermuten. Mit Vorliebe hat ein Pater des Konventes selber das Stück verfaßt, ein anderer dasselbe vertont.

Die Studenten, welche zu Ende des 18. Jahrhunderts in allen Abteien in größerer und kleinerer Zahl als Realschüler und Gymnasiisten und Lyceisten, zum wenigsten als Sängerknaben vertreten gewesen sind, waren die Spieler. Das Seminar hatte im Kloster oder besser außerhalb desselben in der Nähe der Gasträume seinen Platz und teilte das ganze Bestreben nach Licht und Luft, nach Gemütlichkeit und Schönheit. Als man in Bayern unter Max III. von jedem Kloster ein Seminar forderte, wurde der Befehl nicht selten mit großen Kosten ausgeführt. Selbst die Seminarien kleinerer Stifte, wie das von Weyarn, erfreuten sich eines großen Rufes. In Aldersbach hatte man den Studenten auch eine schöne Kapelle gebaut. Die Ritterakademien in Ettal oder in Kremsmünster brauchen nicht eigens genannt zu werden. Genugsam ist bekannt, wie sich die Äbte von Oberaltaich und Banz bei der Säkularisation erboten haben, ihre Häuser als gelehrte Schulen fortzuerhalten. Dies taten wirklich die Exmönche von Neresheim. Die Benediktiner von Zwiefalten hatten ihre Studienanstalt in Ehingen; in Freising





und Salzburg versahen die bayerische und schwäbische Kongregation Lyceum und Universität; die theologischen Fächer auf der Universität Ingolstadt und das Lyceum in München hatten nach 1773 die bayerischen Abteien gemeinsam übernommen. Manches Kloster hielt zudem eine eigene höhere Lehranstalt für seine Kandidaten und Kleriker.

So waren die Klöster innerlich und äußerlich hinübergekommen über die großen Gefahren des beginnenden 16. Jahrhunderts, hatten neue Aufgaben gesucht, gefunden und gelöst. Ihre Bauten und Räume können dem, der geflissentlich dem Leben alter Klöster nachgeht, keine Rätsel sein; sie offenbaren den hohen Geist, der sie durchlebte und erfüllte.

Von Frankreich war das Streben nach äußerem Glanze und nach innerem Prunke gekommen. Von Frankreich kam zu Ende des 18. Jahrhunderts der zersetzende Geist, welcher 1802 und 1803 oft tausendjährige ruhmvolle Vergangenheit vernichtete, mit wenigen Ausnahmen blühendes Leben erlöschen ließ. Was heute noch lebt, hat zu sehr gelitten, um dem flüchtigen Beschauer die einstige Höhe auch nur annähernd richtig erkennen zu lassen. Daß man sich in unserer Zeit wieder mehr um die alten Klöster bekümmert, liegt nicht zuletzt in ihrer Kunstliebe begründet. Hätten die Klöster nichts getan, als ihre Häuser gebaut und geschmückt, die Weltfremden hätten der Welt schon damit einen großen Dienst erwiesen.

XLI.

Dr. Ludwig Merz

* 31. III. 1817 Benediktbeuern, † 16. III. 1858 München.

Geograph, Optiker, Charitas-Pfleger.

Zum Centennar-Gedächtnis.

Wenn Schiller sagte: „Den Schriftsteller überspringe die Nachwelt, der nicht mehr war als seine Werke", so gebührt unserem Jubilar längst eine ehrenvolle bleibende Erinnerung, denn er hat nicht nur in seinem wissenschaftlichen Schaffen, sondern auch im sozialen Leben aus allen Kräften mannhaft beigetragen, zu Heil und Nutzung der Nachwelt neue Quellen zu eröffnen.

In denselben Räumen der Glashütte zu Benediktbeuerrn, wo Josef Fraunhofer (1787—1826) einst seine großen Entdeckungen machte — auf seinem Grabe in den Arkaden des südlichen Münchener Friedhofes steht das vielsagende Wort „approximavit sidera"! — wurde Ludwig Merz geboren. Der Vater Georg Merz, eines Leinwebers Sohn in Bichel, hatte sich zum Mitarbeiter von Utzschneiders Schöpfung emporgeschwungen; die Mutter war eine Tochter des Uhrmachers und Mechanikers Josef Liebherr.[1]) Nach dem frühen Tode derselben wurde Ludwig in Dachau erzogen, dann zu den Studien nach Freising und zuletzt (in die Oberklasse) nach München geschickt, wo er mit D. Haneberg, M. Strodl und J. N. Sepp zusammentraf und treue Lebensfreundschaft schloß. Bei musikalisch-poetischer Veran-

1) Von Josef Liebherr (* 1767 zu Immenstadt, † 1810 in München) stammte die für die ganze Stadt seit 1821 an der Akademie errichtete Normal-Uhr, welche 1887 wieder entfernt wurde, weil angeblich die Kosten zu Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung nicht aufzutreiben waren! Vgl. „Allgemeine Deutsche Biographie". 18, 581.



lagung wurde auch ein Operntext „Der Brautraub auf Olivolo“ erwogen, da es ihm an einer humoristischen Ader nicht fehlte; auch bei anderen Gelegenheiten stellte er in gebundener Rede sich ein. An der Universität löste Merz eine Preisfrage über „Die Analogie von Licht und Wärme“, erwarb den Doktorhut (1842), habilitierte sich in der neidlosen Stelle eines Privatdozenten, worauf er zehn Semester hindurch in Vorlesungen über physikalische Geographie, eine anziehende „Geschichte der Entdeckungsreisen“, „Allgemeine Erdkunde“ ein dankbares Auditorium sammelte und auch späterhin noch die besseren Talente für Wissenschaft und Poesie zu jugendlichen Vereinen anfeuernd belebte, aus denen beispielsweise Leonhard Wohlmut hervorging, aus der „Tafelrunde“ Johannes Schrott und aus der „Aenania“ der seinem idealen Missionswerke in Zentralafrika zum Opfer gefallene Franz Lorenz Gerbl aus Wasserburg (1830—57).

Fachwissenschaftliche Reisen führten ihn 1844 zu Alexander von Humboldt nach Berlin und 1845 auf den Naturforscherkongreß zu Neapel, wobei ihn sein nachmaliger Schwager Dr. Joh. N. Sepp begleitete, welcher von da seine erste Palästina-Fahrt antrat.

Dieser beglückenden Tätigkeit machte das verhängnisvolle Jahr 1847 ein frühes Ende. In ungnädiger Folge einer unmittelbar an den König gerichteten Eingabe über die „gefährdete Stellung der Privat-Dozenten“ wurde Merz seiner Lehrtätigkeit an der Universität enthoben und Dr. Sepp sogar aus der Stadt verwiesen. Merz trat in das großartige optische Institut seines Vaters, welches seit Mahlers Ableben (1845) alleiniges Eigentum der Familie Merz geworden war. In dieser frisch blühenden Anstalt nahm er an der Schaffung und Lieferung der bedeutendsten optischen Instrumente nach Washington, Moskau, St. Petersburg, Neapel, Rom usw. in jeder Art Anteil, indeß seine literarische Tätigkeit in vielseitigster Weise sich entwickelte und steigerte.

Die politische Bewegung von 1848 und der folgendeu Jahre beobachtete er mit ungeteilter Aufmerksamkeit, trat mit



der glühendsten Begeisterung für die konservative Sache in Schrift und Wort ein, eilte oftmals in den schwer verworrensten Tagen der Gefahr mit Gleichgesinnten wie Ernst Zander, Dr. Sepp und Edmund Jörg (dessen Rede „Paßt auf, Allgäuer" in zahlloser Menge gedruckt in's Land ging) gegen die unsinnig und steuerlos bewegten Massen in Volksversammlungen, beteiligte sich an dem „konstitutionell-moralischen Verein für Freiheit und Gesetzmäßigkeit" (der mehrere volkstümliche Flugschriften verbreitete) und trat ebenso mit der Bildung des bald über zweitausend Mitglieder zählenden „Vereins für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit" (welchem der Kunsthistoriker und Numismatiker Dr. Franz Streber[1]) mit unerschütterlicher Ruhe und Klarheit präsidierte) in den Ausschuß, wo er jahrelang mit größter Ausdauer jeden Donnerstag in umfassender Erörterung die politische Rundschau abhielt. Als eines Tages der Gesellenvater Kolping[2]) erschien und in seinem ruhigen, durch Klarheit gewinnenden und überzeugenden Vortrag seine Aufgabe darlegte, war Merz hingerissen und festen Willens auch in München eine Zweigniederlassung zu gründen. Da hiezu außer der geeigneten Persönlichkeit in dem bisherigen Katecheten Georg Mayr auch der Besitz eines eigenen Hauses sich als notwendige Voraussetzung ergab, so machte Dr. Merz mit der ihm eigenen Großmut sein ganzes Vermögen flüßig, um vorerst die unverzinslichen Mittel zum Bau des Gesellenhauses vorzustrecken. Dabei überbot sich der, in stiller Zurückgezogenheit seinen historischen und gelehrten Studien lebende Dr. Michael Strodl (geb. 12. Juni 1817 in Mittenwald, gest. 11. Januar 1891 zu München) in selbstlosem Edelmut und aufopferndster Liebe. Als Verfasser der so großes Aufsehen erregenden politischen Denkschrift „Kirche und Staat in Bayern unter dem Minister Abel und seinen Nachfolgern" (Schaffhausen 1849 bei Hurter) ohne Aussicht auf Amt und Stellung, entsagte er doch einem

1) Vgl. den Nekrolog in „Histor. pol. Blättern" 1865. 55, 85 ff.
2) † 4. Dezember 1861, vgl. „Histor. pol. Blätter" 36, 1030 ff.



durch den Erzbischof erreichbaren Benefizium zu Gunsten seines Freundes Georg Mayr (geb. 10. April 1820 zu Scheidegg, gest. 26. Dez. 1891), welches demselben ermöglichte als Präses des katholischen Gesellenhauses seine ungeteilte Kraft einzusetzen — auch eine heroische Tat! Strodl vermachte seinen einzigen Schatz, die ganze Bibliothek mit allen eigenen Manuskripten an Dr. von Orterer (vgl. „Histor.-polit. Blätter" 1916: 185, 551 ff.) welcher ob seiner politischen Tätigkeit keinen Gebrauch davon machte.

Das drohende Risiko wurde bald von zahlreichen Schankungen behoben und der richtige Architekt in dem jungen Reinhold Hirschberg[1]) gefunden und das schöne zweckdienlichst ausgestattete Werk glückhaft unter Dach gebracht, zu Heil, Nutz und Frommen unzähliger fleißiger und braver Gesellen, eine unvergängliche Tat zur Abwehr und Steuer der sozialen Frage. Hier hielt Merz jeden Montag herzliche, belehrende und erheiternde Vorträge bei diesen bildsamen Leuten.

Schon als Student hatte Merz unter Beihilfe des berühmten Rechtslehrers Grafen Moy und des Hofkaplans Müller bei seinen Kommilitonen monatliche Beiträge zum weitwirkenden Missionsverein gesammelt, bald darauf gründete er, mit noch drei anderen Freunden zusammentretend, den St. Vinzentiusverein, welcher, vom stillen Pfarrhaus der Ludwigskirche seinen Ausgang nehmend, heute in vielen Abzweigungen fortblüht, die in gleicher Intention nicht nur über die Stadt, sondern in ganz Bayern und Deutschland segensreich wirken. Als erster Schriftführer desselben (wie auch beim Gesellenhaus) fiel ihm die Last einer weit ausgefächerten Korrespondenz zu, die er unablässig, nach den gewissenhaftesten Berufsarbeiten im väterlichen Hause, aufopfernden Mutes führte. Die bald kräftig

1) Reinhold Hirschberg, geb. 1. Januar 1821 in Münsterberg (Schlesien), kam 7. April 1846 nach München, wo er nach äußerst vielseitiger Tätigkeit, hochangesehen und ehrenreich am 12. März 1876 starb. „Allgemeine Deutsche Biographie" 12, 470 ff.

aufstrebenden Katholikenversammlungen zu Mainz, Wien, Linz, Regensburg, Salzburg sahen ihn alljährlich in ihrer Mitte, wo er, immer in den Ausschuß gewählt, die soziale Frage der Charitas förderte. In einer Schrift über Linderung des Notstandes[1]) hatte er auch den Plan eigene Arbeiterwohnungen zu bauen, empfohlen. Darüber wurde Dr. Merz in das Ordenskapitel des von König Maximilian II. gegründeten „Johannesverein" berufen.

Aber seine Kraft war erschöpft und durch Kranken- und Armenpflege, da er überall mit gutem Beispiel, im Stillverborgenen Wohltaten spendend, inmitten schwerer wissenschaftlicher Arbeit vorausging, gefährdet. Sein einziges Refugium blieb die eigene Familie an dem schon 1847 mit der Schwester seines Freundes gegründeten heimischen Herd, dessen beiderseitiger Friede, nie erschüttert durch schwere Prüfungen, probehaltig sich bewährte. Ein prächtiges Knäblein, zu Ehren des Großvaters Georg genannt, auf welches sie alle Hoffnung gesetzt und das voraussichtlich der Träger des ruhmreichen Namens geworden wäre, starb vierjährig; zwei weitere Brüderchen raffte der Tod dahin. Eine Tochter blieb als stiller Trost. Die Verluste zehrten etwas am Lebensmark. Er wurde ganz in sich gekehrt, weniger der Erheiterung fähig, wenn er nach schwer vollbrachtem Tagwerk und stundenlangen Besprechungen der betreffenden Angelegenheiten übermüdet nach Hause kehrte.

Das ganze Leben nach allen Radien in Kunst, Wissenschaft und Industrie ist ein unausgesetzter aufreibender Kampf mit den höchsten Fragen und Problemen. Als Dr. Merz vorahnend zum letztenmal nach Benediktbeuerns stiller Glasschmelzhütte zu dem längst vorbereiteten Hauptguß fuhr, wobei im entscheidenden Augenblick, da die Haussitte die Entfernung aller Beteiligten bei Einführung des in gewissen-

1) „Über die Linderung des herrschenden Notstandes mit Benützung der über die Preisfrage des König Max II. von Bayern erschienenen Schriften". Regensburg 1850.

hafter Strenge gehüteten Arcanums forderte, Merz bei einer Glühhitze von 10 000 Grad Reaumur sich nur durch eine eigene Maske schützen konnte — eine Manipulation, welche auch Fraunhofers frühen Tod beschleunigte —, dankte er Gott von ganzem Herzen für die besondere Gnade, da er nimmer gehofft, vom Platze zu kommen. Nach der Rückkehr erwartete ihn die ehrenvolle Einladung der spanischen Regierung zu einer Reise nach Madrid, dort ein Teleskop zur Aufstellung zu bringen, doch wagte er nicht mehr zu folgen, trotz der Ermunterung der Freunde, die Reise in das romantische Land zur Kräftigung seiner Gesundheit anzutreten. Bald darauf befiel ihn eine unscheinbare Grippe. Gleichwohl besuchte er das liebgewonnene Gesellenhaus, wo die Schäffler zum erstenmale ihren siebenjährig wiederkehrenden Rundtanz begingen, und Merz die letzte Anrede hielt, ihnen die ursprüngliche Bedeutung nnd das wahre Herkommen als den Nachklang eines sühnendeu Totentanzes erklärend. Bald darauf befiel ihn der Typhus, der ihn nach kurzem schweren Krankenlager in die Arme der ewigen Ruhe bettete. Seine Grabstätte ziert eine Nachbildung in Erzguß des von ihm nächst Cornelius hochverehrten Overbeck mit dem „Tod des hl. Josef".

Die Wissenschaft verlor nicht bloß einen ihrer eifrigsten und unverbrüchlich treuen Stimmführer und Vertreter. Merz verfaßte auch eine unzählbare Reihenfolge von Artikeln und Elaboraten nicht nur für die „Kölner Volkshalle" und die nachfolgende Frankfurter Zeitung „Deutschland", insbesondere in der ihm zu bleibendem Danke verpflichteten „Augsburger Postzeitung", auch in den „historisch-politischen Blättern" niedergelegt, prachtvolle Leistungen in der Manz'schen „Realencyklopädie", in Herders „Conversations-" und „Kirchenlexikon" usw. Aus der Menge seiner handschriftlichen Kollegienhefte und Manuskripte veranstaltete sein Schwager nur eine druckfertige wissenschaftliche „Erdkunde" (Regensburg bei Pustet 1860), eingeleitet mit einer warm empfundenen biographischen Skizze.



Wie eine Lilie, als einziger Trost der gleich Sigune treu trauernden Mutter, erwuchs seine Tochter. Ihr beiderseitiges Walten erinnert an eine mittelhochdeutsche liebliche Dichtung „Die Winsbecke"[1]), welche in dem fränkischen Städtchen Winsberg abspielend wohl auf einer wahren Tatsache beruht: Am ersten Tage ihrer Volljährigkeit festete das gute „Kind" ihr väterliches Erbe auf eine bleibende Stiftung und schied früh aus der Welt. Die energische Mutter verzog in ihre Heimat, oblag der nützlichen Verschönerung der Umgebung durch Anlage eines „Kreuzwegs" nach dem berühmten Kalvarienberg, begann den gründlichen Umbau des väterlichen Hauses in ein 1870 eröffnetes behäbiges Freistift für katholische Witwen und Jungfrauen, ein Asyl des Friedens, zog selbst darinnen ein und beschloß hochbetagt am 13. Januar 1903 ihre an Leiden reichen Erinnerungen.

Georg Merz, der greise Vater, vielfach, auch durch den erblichen Adel ausgezeichnet, starb am 13. Januar 1867. Seinen Namen trägt eine der ersten Lokomotiven der München—Augsburger Eisenbahn. (Vgl. Allgemeine Deutsche Biographie 1883. 21, 480.)

Den Adel und Ruhm des Hauses erbte sein jüngerer Sohn Sigmund von Merz (geboren 6. Januar 1824), Ehren-Doktor der Münchener Universität und Ritter der höchsten Orden, der sich auch schriftstellerisch mit einem „Leben und Wirken Fraunhofers" (Landshut 1865) betätigte und ganz in den Fußtapfen seiner Vorfahren, auch mit

1) Vergl. Van der Hagen „Minnesinger" 1840. I, 364 ff. und IV, 311; Fr. Pfeiffer's „Weingartner Liederhandschrift" 1843 und besondere Ausgabe von M. Haupt. Leipzig 1843. Dazu G. Klemm „Die Frauen" Dresden 1855. II, 110 und auszüglich nacherzählt in H. Holland: „Geschichte der altdeutschen Dichtkunst in Bayern". Regensburg 1862. S. 387. — Auch der süße Liedermund Ulrich von Singenberg, zugenannt der Truchseß von St. Gallen, hatte dasselbe schon früher wörtlich befolgt; neuestens unsere Bettina Ringseis zu Tutzing.

humanitären Kundgaben und Stiftungen als echter Christ sich bewährte (gestorben 11. Dezember 1908). Eine gleich eingehende Schilderung geht hier über die zustehenden Grenzen und bleibt einer Familiengeschichte vorbehalten. Eine Tochter Barbara heiratete den gewiegten Bildnis-, Historien- und Genremaler Rudolf Wimmer (geboren 10. April 1849 zu Gottsdorf, gestorben 28. November 1915 zu München). Er schuf außer vielen Porträts des deutschen Kaisers Wilhelm II. auch jene von Sigmund von Merz und dessen Gattin; dazu das echt historische Werk die „Gründung der Bayerischen Optik in Benediktbeuern" und die Szene, wie Fraunhofer daselbst in der so weltberühmt gewordenen Glashütte (die sich seither fast unverändert erhalten hat) seinen neuen Spektometer vor Utzschneider, Reichenbach und G. Merz demonstrierend zur Ansicht bringt (abg. in Holzschnitt Nr. 43 „Daheim" 1896), ein im Bereiche dieser Wissenschaft ebenso bedeutender Moment, wie Zeno Diemers „Erste Anwesenheit des Grafen Zeppelin in München" ein würdiges Gegenstück bildet: Zwei Bildwerke, welche dem im Bau begriffenen „Deutschen Museum" in München zu dauernder Zier gereichen werden.

Im steten Wechsel ändert sich die Zeit. Wer auf das große Wort non omnis moriar vertraut, mag dem Ruf der letzten Tuba ruhig entgegen harren!

XLII.

Krieg und Seele.

Mit das Beste und Gerechteste, auch Großzügigste, was neben Foersters und Schelers Schriften über die viel behandelten Beziehungen des Krieges zur Seele geschrieben worden ist, weiß Hermann Platz zu sagen.[1]) Zwar sind seine drei Aufsätze nicht gleichartig und gleichwertig. Denn so reizvoll und anschaulich auch die mittelste der Arbeiten „Die Erlebnisse der Seele im Kriege“ behandelt, so sehr diese Erlebnisse frei sind von der leider bei manchen Kriegserlebnissen hervortretenden Selbstgefälligkeit, so tief und inbrünstig sie stellenweise wirken, so wenig lassen sie sich in den großen Rahmen der beiden andern Aufsätze spannen. Aber soviel geht gerade aus diesem mittleren Aufsatz hervor, daß derjenige, der hier wie soviele andere Soldaten von seinen Erlebnissen in Kaserne und Schützengraben berichtet, ein Mensch ist, der sich selbst und andere zu beobachten weiß, der gelernt hat, trotz aller blutigen Kriegspflicht das auch für einen Kriegsmann nicht aufgehobene Gebot der Nächstenliebe zu erfüllen, und der als innerlicher Mensch auch das Kleine sub specie aeternitatis betrachtet. Trotz alledem, vielleicht sogar gerade deshalb, waltet in diesen Erlebnissen ein gesunder Optimismus ob, und des Verfassers Seele, aus behaglichen Lebensverhältnissen in anscheinend nicht einmal offiziersmäßigen Rang versetzt, durch dessen wirklichen oder in Aussicht gestellten Besitz sich manche entschädigt fühlen, vermag mit allem fertig zu werden, mit Tod und Grauen, nur nicht mit dem „absolut teilnahmslosen Idioten und der halbgebildeten Großschnauze“ (31). In

1) Krieg und Seele. Drei Kapitel von Hermann Platz (Düsseldorf). Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. Preis 1,20 *M.* Volksvereinsverlag M.-Gladbach 1916. 62 S.



dem Kapitel über „Daheimgebliebene und Draußenstehende" deckt er scharf, aber richtig eine „soziale Gefahr der Zukunft" auf (45 ff.). Ist es nicht eine furchtbare Anklage, die er den Daheimgebliebenen und ihrer oft so herzlosen Ichsucht entgegenschleudert?

„Der Kriegszustand ist allmählich so selbstverständlich geworden, daß, wäre nicht die „Magenfrage", man sich fast beschränkte auf das Lesen der Heeresberichte. Wem außer denen, die wirklich Angehörige im Schützengraben haben, ist deren Lage ein Problem? Ich sehe keine Verbindungslinien von den breiten, bequemen Lebenspfaden zu Hause zu der grauumsponnenen Schützengrabeneinsamkeit der russischen Ebene. Keiner, der nicht Winternächte im Schützengraben verbracht, weiß, was Krieg ist. . . . Daß es so ist, dazu haben . . . vor allem die zahllosen Abbildungen von „idyllischen" Unterständen und Schützengrabenvillen beigetragen. Sie haben den „Kindern des Lichts" eine unausrottbare Vorstellung von der Behaglichkeit oder wenigstens Erträglichkeit des Schützengrabenlebens gegeben und sie der Sorge überhoben, sich weiter gedanklich oder seelisch mit den Draußenstehenden zu beschäftigen. . . . So aber spaziert die Phantasie auf der bequemen Brücke der Schützengraben- und Unterstandsabbildungen gelegentlich in die andere Welt hinaus, stattet den „tapferen Vaterlandsverteidigern" einen mehr oder weniger gedankenlosen Besuch ab und glaubt nach diesem Tribut wieder mit vollem Rechte sich der Erfüllung der „durch die Einberufung von Kollegen gesteigerten" Berufspflicht, der Einheimsung ansehnlicher Kriegsprofite, dem Spielen mit allerhand Kriegsaufgaben und Kriegstätigkeiten, dem „eingeschränkten" Genuß der Kultur- und Großstadtfreuden hingeben zu können. Ach, es ist leider wahr: Es führt kein Weg hinaus. Wer nicht selbst draußen war, oder wer nicht durch die Liebe an einen Draußenstehenden gefesselt ist und durch Einfühlung sich der wirklichen seelischen Lage nähert, oder wer nicht eine ganz empfindsame, vom Alltagslärm nicht übertäubte Seele hat, der wird niemals den „Nibelungenring", der sich um unser Vaterland zieht, verstehen" (S. 46).

Es ist begreiflich, daß trotz dieser und noch mancher anderer beachtenswerten Bemerkungen „Die Erlebnisse der Seele im Kriege“ dennoch mehr persönlichen als allgemeinen Wert besitzen. Das Einzelwesen, besonders das in untergeordneter Kriegsstellung tätige, verschwindet eben völlig in der ungeheuren Masse, und von den eigentlichen Kriegsereignissen, ihrem gegenseitigen Aufeinanderwirken und von der durch sie bedingten allgemeinen Kriegslage weiß ja der Soldat an der Front viel weniger als der Daheimgebliebene, für den Telegraphenbüros und Zeitungen tätig sind. So muß es naturgemäß diesen und allen Einzelkriegserlebnissen unserer Soldaten an den großen, geschichtlich wirkenden Umrissen fehlen.

Umso bedeutender in ihrem allgemeinen Werte sind die beiden andern Aufsätze: „Die Kulturnöte der Seele vor dem Kriege“ und „die Hoffnung der Seele nach dem Kriege“. Und gerade die seelischen Erlebnisse im Kriege werden für die Ausgestaltung dieser beiden Kultur-, Rück- und Ausblicke nicht ohne Wirkung gewesen sein. Zwar ist anzunehmen, und wer Hermann Platz' Hochlandaufsätze gelesen hat, findet diese Vermutung bestätigt, daß die stofflichen Grundlagen dieser Aufsätze für den Verfasser schon vor seinen Kriegserlebnissen vorhanden waren, daß sie zum Teil wohl gar schon vorher Gestalt bekommen hatten, aber ihren großen, umfassenden Wert gab ihnen eben nicht das persönliche Kriegserlebnis. Die wenigsten Menschen ja sind in der Lage ähnlich wie Foerster und Scheler ohne persönliche Kriegsteilnahme, ohne den eigenen, furchtbaren Augenschein, ohne das schmerzliche Opfer heißgeliebter Menschen in ihrer Seele einen Zustand zu schaffen, der aller Lüge und Bosheit, aller wissentlichen und unwissentlichen Entstellung, aller gutgemeinten und aller selbstsüchtigen, gewinnsuchenden Kampfslust zum Trotz dem Wahrheitsideal der Geschichte und dem Gerechtigkeitsideal des Christentums auch nur einigermaßen nahe kommt. Ist doch noch nie im Leben der Völker, hüben wie drüben, so oft mit zweierlei Maß gemessen worden, wie



gerade heute! Fehlt es doch so ungeheuer vielen Gutmeinenden, die sich für christlich, gebildet und gleichzeitig für tüchtige Männer und Frauen des Vaterlandes halten, hüben wie drüben, an der einfachen Logik, daß sie in der Lage ihrer Gegner unter Beibehaltung ihrer sogenannten patriotischen Grundsätze genau dasselbe mit Entschiedenheit fordern müßten, was sie jetzt im Vollgefühl ihrer Manneswürde und in gekränktem Ehrgefühl abgrundtief verdammen. So muß leider die Vaterlandsliebe dazu herhalten, um auf beiden Seiten der kämpfenden Völker das ungeheure Blutopfer der Söhne zu beschönigen, weil man die gesunde Logik verlernt hat: „Was dem einen recht ist, das ist dem andern billig".

Täglich noch bemühen sich Zeitungen und öffentliche Organe, die sich früher oft in Wahrung ihrer Parteirechte ihren Gegnern gegenüber auf dieses schlichte logische Naturgesetz beriefen, es durch allerlei Sophismen zu verwirren und zu entkräften. Sie beachten dabei die geschichtliche Tatsache, daß bisher scheinbar immer das Recht des Starken obgesiegt hat und nehmen dieses Recht des Starken immer nur für sich in Anspruch. Das geschieht bei Freund und Feind. Und doch vergessen sie, daß überall da, wo eine wirkliche Entspannung der streitenden Kräfte, auf die allein es jedem sein Volk wirklich liebenden Manne doch ankommen kann, eintrat, das Recht des Starken gebrochen und der Zustand der allgemeinen Billigkeit eingeführt worden ist. Das war der Fall im dreißigjährigen Kriege, dessen tragische Ironie es wollte, daß er genau da aufhören sollte, wo er begonnen wurde, das war das Ende der Französischen Revolution und der aus ihrem Kräfteüberschuß entspringenden Eroberungskriege, das wird auch das Ende des jetzigen Krieges sein.

Und nun die andere Frage, die persönliche Schuldfrage. Wer trägt die Schuld am dreißigjährigem Kriege, wer hat die Französische Revolution ins Leben gerufen? Die Geschichte hat bis heute die Frage nur summarisch, nicht



persönlich, nicht einmal mit dem Namen einer streitenden Partei beantworten können. Wenn wir nun sehen, daß täglich und immer wieder sich Millionen gegenseitig den Vorwurf der Schuld machen, so liegt die Antwort wohl nicht fern, daß die Millionen, die sich gegenseitig beschuldigen, besser täten, die Wurzel des Übels bei sich selber zu suchen. Es mag daher wohl für den Augenblick verblüffen, wenn man die Verse liest:

Wenn der wird zum Gerichte gehn,
der diesen Weltenbrand entzündet,
dem Urteilsspruch entgegensehn,
den ein gerechter Gott verkündet —
die Sonne wird erbleichend steh'n,
erschauern wird das Firmament —
wenn der wird zu Gerichte gehn,
den Gott als Schuldigen erkennt
an diesem Krieg![1])

Aber selbst der Himmel wird diesen einen Bösewicht nicht zu finden wissen, er wird nicht einmal ein Volk dafür verantwortlich machen können, weil eben alle Völker der Erde an diesem Kriege schuldig geworden sind und noch immer schuldig werden. Da ist wohl auch die immer wieder von denen, die persönlich manchmal recht wenig geopfert haben, aufgeworfene Frage nicht schwer zu beantworten: Sollen unsere Millionen von Toten umsonst geopfert sein? Ganz abgesehen davon, daß diese Frage mit eben dem gleichen Rechte auch von der Gegenseite gestellt werden kann und natürlich auch gestellt wird, so kann die Antwort nur heißen: Sie mußten als Opfer fallen für die Ungerechtigkeit und Maßlosigkeit der Völker, deren Söhne sie waren; sie sollten ihre Völker entsühnen, und werden wohl, wenn ihrer genug gefallen sind, auch dazu beitragen müssen, die kämpfenden Parteien zu versöhnen.

Mit der Frage nun nach den Veranlassern des Krieges beschäftigt sich auch Hermann Platz. Er nennt Verwelt-

1) F. J. P. Krause. Sonntagsbeilage der Schles. Volkszeitg. Nr. 4, 1917.



lichung, Versachlichung, Imperialismus und die Sünde die „Kulturnöte der Seele vor dem Kriege". Seine Belesenheit in französischer und englischer Literatur kommt ihm hierbei sehr zu statten, nicht etwa deshalb, um auf diese Völker den Löwenanteil des Krieges abzubürden, sondern vielmehr, um nachzuweisen, daß in der allgemeinen Entwicklung der europäischen Staaten und Völker an allen Orten und mit der immer mehr entgöttlichten Zeit die Keime immer höher treiben mußten, aus denen als ein Strafgericht der Menschen die blutige Saat des Krieges entsproß: „Neue Früchte der Persönlichkeitskultur, neue Schätze der Sachkultur, neue Einsichten und Aussichten, neue Formen und Weisen, mit einem Worte eine vollkommenere Menschheit, das war die innere Triebkraft, das war das allumfassende Ziel, dem man sich auf zwei Wegen näherte, dem rationalistisch-naturrechtlichen und dem empirisch-ökonomischen Wege, die im Verlauf der Entwicklung tatsächlich jedenfalls von dem alten religiös-heroischen Ideal gleichweit abführten" (S. 5). Vieles, was Platz als „Kulturnot vor dem Kriege" bezeichnet, ist wohl jetzt erst zur eigentlichen Not geworden: denn „das Gold- und Erwerbsfieber wurde endemisch, indem es nicht bloß durch Kommerzialisierung der Gütererzeugung in jede wirtschaftliche Tätigkeit, sondern durch Kurszettel und Börsenberichte fast in jede häusliche Gemeinschaft getragen wurde. So entspricht bald im aufgeklärten Menschen der entsittlichenden Fesselung an Bedürfnis und Geld als das Mittel zur Bedürfnisbefriedigung die entseelende Fesselung an die allbeherrschende Zeitung, die mit verflachender Vielseitigkeit eine bisher kaum gekannte Beunruhigung, ein gequältes Darüberhinauswollen erzeugt" (S. 11).

Deutlich und klar hebt Platz den Geist und Grundsatz der Versachlichung hervor, der zum Kainsmal der neueren Zeit geworden ist, und man darf hinzufügen, daß dieser ganze Krieg der Versachlichung des Geistigen, besonders des Menschen, erst die Krone aufgesetzt hat. Zwar hütet man sich jetzt das früher noch verhältnismäßig harmlos klingende

Wort „Menschenmaterial“ zu gebrauchen, aber die Abschaffung des Sprachgebrauches kann an der Tatsache nichts ändern.

Die letzte Folgerung der Versachlichung mußte schließlich den Imperialismus ergeben. Auch hier ist Platz gerecht genug, eben weil er die Verhältnisse kennt, nicht einem Volke allein den Imperialismus auf das Gewissen zu bürden. Er ist ja doch das Endergebnis einer Vergöttlichung des Staates, der aus keinem anderen Grunde, als weil er sich zum Selbstzweck geworden ist, in demokratischen Ländern ebenso wie in monarchischen, dem Imperialismus verfallen mußte. Denn „unsere ganze entkirchlichte Zeit drängt ja dazu, ihn immer mehr zum Not- und Geburtshelfer der Kultur zu machen. . . . Das kleinstaatliche Dasein wird als Schande empfunden; alle Tätigkeit für dasselbe genügt den treibenden Individuen nicht; man will nur zu etwas Großem gehören und verrät damit deutlich, daß die Macht das erste, die Kultur höchstens ein sekundäres Ziel ist. Ganz besonders will man den Gesamtwillen nach außen geltend machen, andern Völkern zum Trotze“. Die Verwirklichung dieses Willens unter dem engen geistigen Gesichtskreis des mehr für sich und seine Größe bedachten Nationalstaates, dieses summarischen Egoismus, wie man ihn im Vergleich zu dem über Leichen schreitenden persönlichen Egoismus nennen könnte, mußte naturgemäß den Krieg aller gegen alle bringen.

Für denkende Menschen, die nicht von der Hand in den Mund leben, sondern auch für die Zukunft schaffen wollen, ergibt sich als die wichtigste aller staatlichen Fragen: Wie kann dieser Krieg beendet werden? Hier gehen aber die Meinungen der Beteiligten weit auseinander. Es gilt zwar als ein Zeichen von Schwäche, in Zeiten gewisser politischer Hochfluten von Versöhnlichkeit zu sprechen. Aber man braucht nicht neutral zu sein und etwa im Weißen Hause zu Washington Sitz und maßgebende Stimme zu haben, um lediglich vom Nützlichkeitsstandpunkt zu

vernünftiger Nachgiebigkeit auf beiden Seiten zu raten. So lange man sich allerdings von Verdächtigungen und Beschimpfungen des Gegners, von Selbstbespiegelung, Eigenlob und Ruhmredigkeit nicht frei hält, sind wir von diesem Ziele noch sehr weit entfernt, und doch kann ja der Friede, den alle kämpfenden Mächte zu erstreben vorgeben, nicht kommen, wenn man dem andern die bona fides abspricht, wie es leider in der Zehnverbandsnote als Entgegnung auf das deutsche Friedensangebot geschehen ist. Mit Recht macht Friedrich Wilhelm Foerster neuerdings wieder darauf aufmerksam, wieweit die Völker noch von dem inneren Zustande entfernt sind, aus dem allein der Friede erwachsen kann.[1]) So schreibt er angesichts des ergebnislosen Friedensangebots: „Keiner hat eine Ahnung davon, was seiner Tonart fehlt und welcher Akzent darin den Gegner aufs neue außer sich bringen und sein Selbstgefühl in Wallung setzen mußte. In Dantes Hölle büßen an düsterem Orte diejenigen, die keine Selbsterkenntnis haben — das sind die Menschen, die die Ursache ihres Elends immer außer sich suchen, nie in sich selbst, in ihren eigenen Sünden und Mißgriffen. Sie kommen nie aus dem Elend heraus."

Jeder halbwegs gebildete Mensch weiß, daß er im privaten und öffentlichen Leben mit Schimpfreden nicht zum Ziele kommt, aber im staatlichen Leben, wo es noch um soviel törichter ist, glaubt man es zu können. Und hier leisten sich die Zeitungen bei Freund und Feind oft unglaubliche Dinge. Man weiß zwar, daß der innerpolitische Kampf in allen Ländern schon vor dem Kriege, besonders zu Wahlzeiten, oft Formen annahm, die aller öffentlichen Anstandsbegriffe spotteten. Im Kriege sind auch Personen und Zeitungen, die sonst hiefür nicht zu gewinnen waren, zu diesem Verkehrston übergegangen. Und wagt nun wirklich einmal jemand, irgendwo dagegen seine Stimme zu erheben,

---

1) Vergl. Neue Zürcher Zeitung „Eine Betrachtung zur Weltlage" 1917 Nr. 76 und 98.

oder warnt er, nationalistische oder annektionistische Grundsätze zu der politischen Weisheit letztem Schluß zu machen, schon deshalb, weil fast automatisch auf der Gegenseite ähnliche Gelüste ausgelöst werden müssen, so wird er mit Spott und Hohn übergossen. Der Hinweis auf die „Helden im Schützengraben“ soll die warnende Stimme entkräften, und man tut in den Zeitungen so, als ob gerade die Redaktionsstuben besonders viel Granatfeuer zu verkosten bekämen. Aber bei uns wie in den Ländern der Feinde ist das Gegenteil der Fall, und es hat manchmal den Anschein, als ob Personen, die wegen ihrer Unentbehrlichkeit im Lande oder wegen ihres vorgeschrittenen Alters vor dem Schützengraben bewahrt bleiben, sich für moralisch verpflichtet fühlten, nur mit der Feder oder sonstigem Ausdruck ihrer vaterländischen Gesinnung zu versuchen, das Vaterland für die fehlende Kraft ihres Armes zu entschädigen.

Wer aber selber im Schützengraben war und sich als gemeiner Mann, also nicht als Vorgesetzter, in Kaserne und Lazarett umgetan hat, wer die Kanonen an der Westfront trommeln gehört hat, der weiß, daß im Schützengraben ein milderer Wind weht, als in den Redaktionsstuben, der weiß auch, daß der Soldat seinen Gegner achtet, während ihn der in warmer Hut Befindliche beschimpft. Eine ganz ähnliche Erfahrung hat auch Platz gemacht, nur daß er dieser Erfahrung im Zusammenhange seiner großzügigen Darstellung eine geläutertere Form gibt:

„Während die Daheimgebliebenen nur zu oft den berauschenden Becher des Imperialismus bis zur Neige leeren, während sie sich in nationalistischen Gedanken und Reden überbieten, vielleicht weil sie das Daheimbleibenmüssen schmerzlich empfinden und diesen Schmerz durch Verherrlichung von Staat und Feldgrau betäuben, sind die Draußenstehenden die in härtester Wirklichkeit wiedergeborene Zukunftskraft. Ihr Machtwille ist geläutert, allen Übertreibungen und Einseitigkeiten abhold. Ihr Ichwille ist abgetötet, seit des Vaterlandes Hand mit herber Hand sie erzogen. Zwar wird ihr Lebenswille auf-



schäumen, wenn der Schützengraben sie zur Friedensarbeit entläßt. Aber Gemeinplätze werden sie nicht mehr locken, seitdem sie tief innen den Aristokratismus des Feldes erlebt haben. . . . Bis ans Ende werden sie mit ihm [dem Staate] gehen. Aber hüten werden sie sich vor dem Überschwang derer, die ihn am Narrenseil ihrer Leidenschaft oder Theorie in Abenteuer zerren möchten. . . ."

Es spricht also ein sieghafter Optimismus aus der Auffassung von Platz. Wie kann man aber Optimist sein, wenn man das nationalistische Prinzip ablehnen muß? Das ist nur möglich, wenn man sich in überstaatlichem Leben verankert. Der Krieg kommt aus der Sünde. Die Sühne für die Sünde der Welt ist das Elend ihrer Getreuen, der Tod ihrer Besten. Und wenn sich die Völker, nicht so sehr aus Nützlichkeitsgründen wie aus dem sittlichen Drang gegenseitiger Gerechtigkeit, aus der Wirrnis des Krieges gerettet haben, dann werden sie nicht bei den Gütern der Welt, sondern bei Gott ihren Trost suchen müssen. So kommt Platz zu der „Hoffnung der Seele nach dem Kriege." Diese Hoffnung findet er in dem, was er Liturgie nennt, zu der aus den Kriegserlebnissen heraus die „Sehnsucht nach dem Organischen" (S. 49) die Völker drängen wird. Es würde zu weit führen, seine feinen, aber wohl zu individuell empfundenen Ausführungen ins einzelne zu verfolgen. Im allgemeinen besagen sie, daß der Mensch nach dem Kriege dem mittelalterlichen, also dem katholischen Religions- und Staatsideal näher stehen wird als der Mensch der letzten Jahrhunderte, das heißt, daß das nationalistische Prinzip moderner Staatsreligionen zurückgehen und das kosmische Religionsideal des Katholizismus neuen Boden gewinnen wird. Für die Kinder der Welt aber, die diesem Gedankengange nicht folgen können, die es aber doch wohl früher oder später erleben müssen, daß der Ausdehnungsnationalismus in seinen letzten Folgerungen in die Irre führt, seien diese Zeilen mit den nachdenklich machenden Worten Friedrichs des Großen geschlossen: „Unser Kriegsruhm ist sehr

schön, aus der Ferne gesehen, aber wer Zeuge gewesen ist, in welchem Jammer und Elend dieser Ruhm erworben wird, unter welchen körperlichen Entbehrungen und Anstrengungen, in Hitze und Kälte, in Hunger, Schmutz und Blöße, der lernt über den Ruhm ganz anders urteilen".[1])

Dr. Joh. Hönig.

XLIII.

Die Rehabilitierung der großdeutschen Idee.

(Eingesandt.)

Ein neuer Kirchenhistoriker an den Ufern des Oberrheins, im Schatten des Straßburgers Münsters, hat einmal gesagt: die Weltgeschichte wiederholt sich nicht. Nichts falscher als das, ein Ausspruch unbegreiflich von einem Historiker. Gerade in unseren Tagen, voll Blut und Schrecken, taucht das alte „Großdeutschland" als befreiende, stärkende, führende, weisende Idee in klaren Zügen aus dem Dunkel der Vergangenheit herauf.

Großdeutschland, das heilige römische Reich deutscher Nation, wie es später, nur zu spät, als bereits von Norden her schwere Schatten sich darüber breiteten, benannt wurde, dehnte sich im Mittelalter, in seinen schönsten Tagen von der Maas und Rhone bis an den Niemen und an die Karpathen, vom Belt bis nach Sizilien aus. Nach und nach ist freilich viel von dem Koloß abgebröckelt, hat der Riese manch Glied verloren. Aber Österreich, der Erbe des mittelalterlichen Großdeutschlands, hat in alter Tradition seine Hand immer auf außerdeutsche Gebiete gelegt, auf Oberitalien, die Niederlande, Elsaß-Lothringen, wie als Vorwerke für die Ruhe

---

1) Ich entnehme die Stelle dem Lehrbuch der Geschichte von Dr. G. Koch Teil II, 3. Quelle u. Meyer. Leipzig 1911. S. 36.



Mitteleuropas und damit Europas. Darin hatte es zwei Gegner: Frankreich, wohlverständlich, und Preußen, unverständlich, namentlich seit Friedrich II. von Preußen, der eventuell auch den Großfürsten gegen Wien zu Hilfe rief. Großdeutschland hatte nie einen größeren Feind gehabt, als Friedrich II. es gewesen. Ihm schwebte, wie der „Fürstenbund" 1785 ff. beweist, ein Kleindeutschland unter Führung Preußens als Ideal vor. Zum schreienden Ausdruck kamen diese Ideen vollends zehn Jahre später im Basler Frieden 1795, in welchem Preußen Deutschland und Österreich gegen die französische Revolution ebenso im Stiche ließ wie wieder fünf und 10 Jahre später, 1800 und 1805, Österreich allein im Kampfe gegen den Sohn, aber auch den Bändiger der französischen Revolution, Napoleon I. Freilich mußte Preußen 1806 bei Jena-Auerstädt für diese seine tiefe Schuld an Österreich und Deutschland schwer büßen. Doch gab es eigentlich seit der Säkularisation 1803 und dem Rheinbund 1806 weder ein Groß- noch Kleindeutschland, sondern nur noch ein unter den Schlägen des Korsen blutendes Österreich und ein verstümmeltes Preußen.

Als sich aber Preußen nach dem für Napoleon zum Gottesgericht gewordenen russischen Feldzug 1812 in heroischer Weise an der Seite Rußlands zum europäischen Freiheitskampf erhob, da ist es das „gute" Österreich gewesen, welches wieder alle früheren Unbilden vergaß und durch seinen Hinzutritt zu Rußland, Preußen und England, die Befreiungskriege von 1805 und 1809 fortsetzend, diese zu Gunsten Deutschlands, ja Europas entschied. Diese unleugbare Wahrheit, solange vergessen und verhüllt, wird neuestens doch mehr und mehr von allen ernsthaften Historikern anerkannt, wenn sie auch in dem so laut, vielleicht zu ostentativ-spitzig gegen Osten und Westen gefeierten Jubiläumsjahr 1913/14 und in der Feier der Schlacht bei Leipzig sehr viel zu wenig laut bekannt wurde. Darnach, in dem Wiener Kongreß, lebte Großdeutschland unter Führung des so viel geschmähten Metternich im „Deutschen Bund" wieder in etwas auf, in-

dem Österreich seine Hand neuerdings wenigstens auch auf Oberitalien legte.

Aber auch dieses freilich sehr reduzierte Großdeutschland hat wiederum in vielen deutschen Augen wenig Gnade gefunden. Der alte, unselige Gedanke an ein von Preußen unter Ausschluß Österreichs geführtes Kleindeutschland lebte weiter, und man hatte im Norden für Großdeutschland und den „Bundestag" nur Hohn und Spott und Hindernisse. Zuletzt wurde denn auch mit Notwendigkeit von den „Gothaern" und ihrem Mann, Bismarck, 1866 im nicht gefürchteten deutschen Bruderkrieg Großdeutschland und die großdeutsche Idee in das schon längst geschaufelte Grab versenkt auf Nimmererstehen, indem Österreich mit Hilfe des immer gierigen Hauses Savoyen-Italien von Preußen aus Deutschland hinausgestoßen und ein Kleindeutschland unter Führung Preußens geschaffen wurde. Diese Schöpfung Bismarcks, des Mannes von Blut und Eisen, erhielt mit dem glorreichen Krieg und Sieg über Frankreich 1870/71 im neuen „Deutschen Reich" den Adelsbrief. Jetzt war der deutsche Blick von Süd und Ost gewandt, nach Norden hin allein. Die Parole hieß nicht mehr: „Hamburg-Triest", sondern „Hamburg" allein.

Vielleicht hat all das neuestens in klarer Linienführung niemand treffender und wahrer geschrieben als der Franzose Georges Goyau in seinem vielbändigen Werk: L'Allemagne religieuse 1905 ff. Ein deutscher Historiker konnte ja das kaum mehr schreiben, wo das ganze Feld der neueren deutschen Geschichtsschreibung nur noch von „Sybelianern" beackert wurde, die nach dem Beispiel ihres Meisters Sybel alle auf dem kleindeutschen Standpunkt standen. Mit dem 1903 gestorbenen Konvertiten und Historiker Onno Klopp ist der letzte großdeutsche Geschichtsschreiber zu Grabe gegangen. Für ihn hatten die Zünftigen nur Hohn und Spott, und, als letzthin eine Blume auf sein Grab gelegt wurde, da las man: „Wenn man neben den Kloppschen Vorträgen Dietrich Schäfers Deutsche Geschichte als ‚Pa-



rallelwerk' nennt, so zeigt ein solches Unterfangen deutlich, wie Klopps Tendenz seinen Gesinnungsgenossen den Blick für die wahren Werte wissenschaftlicher Geschichtsschreibung getrübt hat. Ein solcher Vergleich ist ähnlich zu beurteilen wie ein Vergleich zwischen Metternich und Bismarck, der von Klopp einmal gemacht wird."

Warum schreiben wir das? Nicht um anzuklagen und alte Wunden aufzureißen, sondern um anzuerkennen und alte Wunden zu heilen.

Es hat nämlich trotz 1866 und auch nach 1870/71 im Deutschen Reich und Österreich nicht an Männern gefehlt, welche es immer wieder in ihrem Herzen wiederholten und auch bisweilen laut aussprachen, daß dieses von Feinden ringsum belagerte Deutschland, auf sich allein gestellt, ein für allemal zu klein und schwach sei, daß es doch wieder das ganze Deutschland sein müsse, daß das für sich allein im cis- und transleithanischen Zwiespalt unter der Führung des Magyarentums dahinsiechende Österreich doch irgend wieder in die deutschen Interessen hereinbezogen und so neu belebt werden müsse, daß Deutschland mit Österreich gegen Osten hin die gleich großen Interessen habe, wenn auch Bismarck dessen nicht Wort haben wollte. Man sehe zu diesem Zwecke nur die deutschen Schriften von Paul de Lagarde, 4. Auflage, 1903, durch. Aber noch merkwürdiger: Der Mann, der vom lauten Chorus als der große Kleindeutsche gepriesen wurde und wird, weil er Wien und Paris gedemütigt, Bismarck, mußte unter dem Zwang der Verhältnisse doch wieder Großdeutscher werden. Das hat er weniger schon 1866 bewiesen, als er, wie in einer so häufig sich findenden complexio oppositorum, nach seinen eigenen Darstellungen in „Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck", Volksausgabe, Band II (1905), S. 55 ff., gegen König Wilhelm I. von Preußen, der Österreich stark beschneiden wollte, im Friedensschluß von Nikolsburg dessen Integrität durchsetzte, um so doch wieder ein späteres freundschaftliches Verhältnis zwischen Preußen und Österreich zu ermöglichen.

Der Tübinger Professor Johannes Haller bestreitet nämlich dies wie anderes aus Bismarcks Selbstbiographie in seiner Schrift: Bismarcks Friedensschlüsse (1916) 23 ff, sowie Adolf Harnack in ähnlicher Weise an eines anderen welthistorischen Mannes Autobiographie herumkorrigiert, an Sancti Augustini Confessiones. Aber dadurch jedenfalls hat Bismarck sich als Großdeutscher gezeigt, daß er 1879 mit Österreich gegen Rußland ein Bündnis schloß. Dadurch hat er sich als wirklich großen, ins Weite blickenden Politiker erwiesen und er mußte dieser großen Politik trotz der Rückversicherungsverträge mit Rußland, trotz der Beschwerung des Zweibundes durch den Dreibund mit Italien doch bis aus Ende treu bleiben.

Infolge dieser Voraussicht Bismarcks kämpfen wir heute den Kampf um unsere Existenz gegen Rußland, Frankreich, England und Italien Schulter an Schulter mit Österreich, den wir ohne Bismarcks Klugheit wohl schon früher, allein und ohne Oesterreich, mit viel weniger Aussicht auf Erfolg hätten durchkämpfen müssen. Bismarcks Werk also ist schließlich das immer deutlicher sich abhebende Großdeutschland von heute, verändert zwar stark im Aussehen, der Sache nach aber doch dasselbe wie das alte. Es ist, um eiu Wort gerade auch von Bismarck zu gebrauchen, derselbe Faden, wenn auch eine andere Nummer. Wie immer dieser Weltkrieg ausgehen mag — er läßt sich nur vergleichen mit dem dreißigjährigen Krieg, dem Spanischen Erbfolgekrieg, dem Siebenjährigen Krieg, den Napoleonischen Kriegen —, Losung muß bleiben: Deutschland und Oesterreich vereint auf der Basis gleicher Leistungen in diesem Krieg, gleicher Rechte in der Zukunft, Großdeutschland in aevum.

XLIV.

Die polnische Frage in österreichischer Beleuchtung.

Einer der letzten staatsmännischen Akte Kaiser Franz Josefs im Vereine mit seinen deutschen Verbündeten ist die Proklamierung des neuen Königreiches Polen gewesen.

Schon vor der Ermordung des als Mensch durchaus achtbaren und sympathischen, als Staatsmann aber zu opportunistischen und rückgratlosen Grafen Stürgkh trat ein Umschwung nicht bloß in den österreichischen Verhältnissen, sondern in Folge der Abhängigkeit, in welche die österreichische Politik von der starken Persönlichkeit Tiszas geraten war, auch in den Beziehungen beider Staaten der Monarchie zu einander und auch in der äußeren Politik ein.

Die markanteste Wendung in der letzteren, die Proklamierung der künftigen Selbständigkeit Polens in Anlehnung an die beiden Zentralmächte ist allerdings wohl schon vor der Ernennung des Ministeriums Körber beschlossen gewesen und wäre sonst vielleicht in etwas anderer Form erfolgt. Jedenfalls ist die prinzipielle einheitliche Selbständigkeit Kongreßpolens, wenn nicht ein Sieg des magyarischen Einflusses — da das Hauptgewicht der Entscheidung doch jedenfalls in den Händen des deutschen Kaisers gelegen ist, — so doch eine den Wünschen des Magyarentums durchaus entsprechende Gestaltung. Die Aufnahme derselben in Österreich ist dagegen eine sehr geteilte, hauptsächlich wegen der logischen Konsequenz, die aus ihr durch Erweiterung der galizischen Autonomie gezogen werden soll. Die Deutschösterreicher werden zwar die Einschränkung des Mitredens der polnischen Abgeordneten im Wiener Reichsrate wohltuend empfinden, fürchten aber das Überwiegen des slavischen Einflusses in der österreichischen Delegation. Die Tschechen betrachten die Erweiterung der galizischen Autonomie als er-



freuliches Präzedenz für die stärkere Geltung der böhmischen Staatsrechtsziele, was keine günstige Aussicht auf glatte parlamentarische Verhandlungen in Wien eröffnet. Die Ukrainer verwahren sich auf das schärfste gegen eine noch stärkere Zurückdrängung in Galizien, die sie übrigens für ihr Volkstum auch im wiedergeborenen Königreich Polen mit vollem Grunde befürchten. Die nicht bloß von magyarischer Seite, sondern auch in Österreich mit immer größerer Entschiedenheit in wohl unwiderstehlicher Weise geforderte Freiheit des politischen Lebens durch die infolge des Thronwechsels unabweisbar gewordene Einberufung des Reichsrates und des sachlich gebotenen Zusammentrittes der Delegationen wird durch den überraschend schnell gekommenen Versuch einer Lösung des polnischen Problems vor eine starke Belastungsprobe gestellt werden. Die Probe, die nach der ganz hervorragenden Antrittsrede des von Dr. Körber zur Leitung des Justizministeriums berufenen Dr. Klein zweifellos gemacht werden sollte, wird nicht erleichtert durch die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung, deren einheitliche zusammenfassende Leitung dem gewesenen Ministerpräsidenten Baron Beck mit weitgehenden Vollmachten übertragen werden sollte, aber von ihm abgelehnt wurde. Schon bei Lösung dieser Aufgabe, aber noch weit mehr in der Frage des wirtschaftlichen Ausgleiches, die schon Dr. Körber nur cum beneficio inventarii als Erbe seines Vorgängers übernommen hatte, haben sich große Schwierigkeiten mit Ungarn ergeben, wo sich in Bezug auf die Überlassung von Nahrungsmitteln an Österreich ein wohl begreiflicher Egoismus, in Bezug auf wirtschaftliche Vereinbarungen, die als Grundlage einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland dienen sollen, eine starke Abneigung geltend macht. Insbesondere erhebt Graf Tisza als Preis für die Zustimmung zu einem langfristigen Ausgleich die Forderung auf Verminderung der ungarischen Quote zu den gemeinsamen Ausgaben, zu der sich eine österreichische Volksvertretung kaum wird verstehen wollen. Von einer Fixierung der künftigen gemeinsamen

Zollsätze wird ohnehin abgesehen, da erst eine klarere Ausgestaltung der Weltwirtschaftsverhältnisse und der Boykottpläne der Ententestaaten abgewartet werden muß. Aber auch die Bildung einer neuen wirtschaftlichen Individualität durch die Errichtung des selbständigen Königreiches Polen, mag dessen militärische und wirtschaftliche Anlehnung an die Zentralmächte auch notwendiger Weise eine noch so enge sein, bedingt komplizierte Auseinandersetzungen zwischen Polen und Ukrainern einerseits, Deutschösterreichern und Magyaren andererseits. Den rein agrarischen Velleitäten der Ukrainer, den vorwiegend agrarischen der Magyaren, stehen Forderungen auf Berücksichtigung der Interessen der polnischen und der österreichischen, nicht bloß deutschen, sondern auch tschechischen Industrie gegenüber, deren Vereinigung unerläßlich ist; ehe daran gegangen werden kann, die allmählich mehr und mehr in das allgemeine Bewußtsein eindringenden Pläne eines festeren mitteleuropäischen Blocks nach ihrer wirtschaftlichen Seite hin ihrer Verwirklichung näher zu bringen.

Zweifellos werden nicht alle Blütenträume der politisch selbständig werdenden Polen sich erfüllen können. Die Regelung der künftigen Beziehungen des wiedererstandenen Königreiches nicht bloß zu den österreichischen, sondern auch zu den preußischen Polen wird harte Nüsse zu knacken geben. Schwer wird sich der polnische Nationalismus zu den Garantien verstehen, die für die freie Entwicklung des Deutschtums und der ukrainischen Bevölkerung sowohl Polens wie Galiziens unbedingt werden gefordert werden müssen, damit der polnische Nationalstaat nicht ein Unterdrücker seiner anderssprachigen Bürger werde, wie es die polnische Schlachzizenherrschaft in Galizien während der letzten Dezennien geworden ist. Das hatte zur Forderung der Ukrainer nach Ausscheidung ihres Gebietes aus Galizien und Bildung eines besonderen Kronlands geführt, das Graf Stürgkh auch schon zugesagt haben soll. Diese territoriale Berücksichtigung einer Nationalität würde magyarischerseits schon mit Rücksicht auf



die damit befürchtete Erweckung des nationalen Bewußtseins der angrenzenden ungarländischen Ruthenen sehr ungern gesehen werden. Alles zusammengefaßt, läßt sich klar erkennen, daß bis zu einer auch nur relativ befriedigenden Lösung des polnischen Problems auch vom Standpunkt Österreichs noch ein langer Weg zurückzulegen ist, wenn selbst von allen internationalen Schwierigkeiten abgesehen und das bisherige Einvernehmen der Mittelmächte betreffs der künftigen Organisation des neuen polnischen Staates als im Großen und Ganzen sicher fortbestehend angenommen wird.

Eine nach allen Seiten befriedigende Lösung (der polnischen Frage) ist überhaupt undenkbar. Je nachdem man sie vom national-polnischen, historischen, menschlich objektiven, konfessionellen, internationalen, vom reichsdeutschen, allgemein österreichischen, deutsch-österreichischen oder ungarischen Standpunkt ansieht, werden die sich hieraus ergebenden Folgerungen und Forderungen andere sein müssen. Eine mittlere Linie, die sich wohl am meisten mit dem allgemein österreichischen Stand deckt, läßt sich aber finden, wenn man vom Grundgedanken ausgeht, der die Mittelmächte zur Proklamierung der Selbständigkeit Polens veranlaßt hat. Das ist die russische Gefahr.

Die bastionsartig zwischen West- und Ostpreußen im Norden, Schlesien im Westen, Galizien im Süden vorgreifende Lage Kongreßpolens läßt es nicht zu, daß es unter der Gewalt Rußlands bleibt. Die Polen müssen erkennen, daß die Mittelmächte nicht in erster Reihe aus Gründen der historischen Gerechtigkeit, nicht den Polen zu Liebe, sondern im eigenen strategischen und wirtschaftlichen Interesse und nicht ohne Überwindung gewichtiger Bedenken, welche für eine andere Art der Lösung sprechen, sich für die Wiedererrichtung des polnischen Staates, etwa in den 1815 festgestellten Grenzen Kongreßpolens entschieden haben. Dieser Gesichtspunkt entspricht im großen und ganzen auch den Lebensinteressen des Gesamtpolentums, das doch in Rußland den unversöhnlichen Feind seiner nationalen Entwick-

lung sehen muß. Für die wirksame Abwehr der ebenso Polen wie die beiden mitteleuropäischen Großmächte bedrohenden russischen Gefahr müssen reale Garantien geschaffen werden. Der gute Wille und die Versprechungen des Polentums genügen nicht. Denn die Lehren der Geschichte lassen die organisatorische und staatserhaltende Kraft des Polentums nicht im besten Lichte erscheinen.

Die Möglichkeit eines Wechsels der heutigen Stimmung im Weichsellande darf nicht außer acht gelassen werden. In Deutschland wird man nicht leicht vergessen, daß noch während des Krieges die Devise weiter polnischer Kreise „Lieber russisch als preußisch" gelautet hat. Durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt es, daß die Polen, wenn nicht alle ihre Wünsche erfüllt werden, was doch ausgeschlossen ist, sich wieder ihrer Angehörigkeit zur slavischen Rasse erinnern und den vom Osten kommenden Verlockungen Gehör geben. Polen muß mit dem mitteleuropäischen Block untrennbar verbunden werden und hinter dieser auch wieder die Sicherung des Polentums vor Rußland in sich schließenden Notwendigkeit müssen an sich vielleicht begreifliche Einzelwünsche der doch nicht aus eigener Kraft, sondern durch die Waffen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns befreiten Polen vernünftiger und auch gerechter Weise zurückstehen.

Zunächst muß Polen militärisch fest in der Hand der verbündeten Mittelmächte bleiben. Ob dies durch Übereinstimmung der Heeresorganisation erreicht wird oder durch gewisse Besatzungsrechte, wie sie z. B. zur Zeit des Deutschen Bundes in Süddeutschland bestanden, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und nur militärisch-fachmännisch zu entscheiden.

Dann muß Polen dem mitteleuropäischen wirtschaftlichen Block, der in irgend einer Weise zweifellos geschaffen werden wird, so angeschlossen werden, wie es die Interessen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches erfordern, wobei natürlich auch die Interessen Polens, aber erst in zweiter Reihe, Berücksichtigung erwarten dürfen.

Schließlich muß das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung in Polen durch vertragsmäßige Garantien gesichert werden. So wie die Ukrainer müssen auch die Deutschen eine nationale Autonomie erlangen, welche eine vollkommen freie Entfaltung ihrer völkisch-kulturellen Belange ermöglicht.

Diese prinzipiellen Richtlinien müssen vorläufig für die Beurteilung der polnischen Frage und für die Vorbereitungen einer künftigen Organisation des Königreiches Polen genügen, solange die definitiven Resultate des Weltkrieges noch nicht abgeschlossen sind.

Mögen auch historische Reminiszenzen der polnischen Phantasie das verlockende Bild eines von der Ostsee bis zum schwarzen Meere reichenden groß-polnischen Reiches vorgaukeln, so muß ein solcher Traum vor den tatsächlichen Machtverhältnissen zerstieben. Nicht das alte adelige Polen des liberum veto darf wieder erstehen, sondern nur ein modernes Polen auf realpolitischer Grundlage. Das Verhalten der galizischen Polen gegenüber ihren ukrainischen Landesgenossen darf sich nicht wiederholen und die jetzt bereitwillig gegebenen schönen Versprechungen müssen eine internationale vertragsmäßige Sanktion erhalten.

Wenn auch der von polnischer Seite geäußerte Wunsch einer Vereinigung Kongreßpolens mit Galizien unter Habsburgischem Szepter nicht in Erfüllung geht, sind doch die Absichten einer Sonderstellung Galiziens zur Erleichterung des nationalpolitischen Zusammenhanges zwischen den Polen beider Gebiete eine sehr weitgehende Konzession, die in ihren Einzelheiten selbstverständlich den wirtschaftlichen und Großmachtinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht widersprechen darf und bezüglich welcher hochgespannte Forderungen unangebracht und aussichtslos sind.

Ein ganz besonders hervorragendes Moment der polnischen Frage, die von Rußland systematisch verfolgte Katholizität des Polentums und die grausam unterdrückte kirchliche Union der Ukrainer wird unter allen Umständen eine be-



friedigende Lösung finden und damit auch der polnischerseits immer stark betonte Anschluß an die Kultur des Westens zum greifbaren Ausdruck kommen.

In der Wiener „Politischen Gesellschaft" ist Ende Februar die polnische Frage auf Grund eines vom Abgeordneten Professor Dr. Halban erstatteten Referates an drei Abenden eingehend behandelt worden und die dort entsprechend dem Vorhergehenden entwickelten Richtlinien haben allgemeine Zustimmung gefunden.

XLV.

Die politische Bewegung gegen den Reichskanzler.

Die Zeitlage gebietet eine weitgehende Zurückhaltung in der publizistischen Behandlung des innerstaatlichen Entwicklungsprozesses im Deutschen Reiche. Im Weltkrieg muß man sich bescheiden. Allein verzichten kann man nicht auf die kritische Sichtung so mancher Erscheinungen des öffentlichen Lebens.

Im Deutschen Reich wird, darüber besteht kein Zweifel, ein Kampf für und gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg geführt, auf den man das Augenmerk zu richten hat. Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches vor dem Kriege und gewisse Erscheinungen auf diesem Gebiete während des Krieges, die als Orientierung der auswärtigen Politik nach der anglo-amerikanischen Richtung in den den Kanzler befehdenden Kreisen zusammengefaßt werden — die Friedenszielrichtung des Kanzlers wird darunter ebenfalls subsummiert — ebenso die Orientierung seiner inneren Politik nach links, weit nach links, wie viele vermuten, sind Gegenstand des Angriffs. Verteidigt wird die Kanzlerpolitik von der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus, ab-



geneigt ſind ihr die Konſervativen und Nationalliberalen, die Schwerinduſtrie und die induſtriellen Verbände, der Bund der Landwirte und die landwirtſchaftlichen Verbände. Das Zentrum ſteht in beobachtender Reſerve beiſeite, zweckmäßiger Weiſe, wie man ſagen muß.

Die Art und Weiſe, wie dieſer Kampf geführt wird, laſſen es nützlich erſcheinen, einige grundſätzliche Feſtſtellungen zu machen und gewiſſe Begriffe hervorzuheben, die außeracht gelaſſen werden.

Der monarchiſche Staat hat drei Erſcheinungsformen. Bei der Autokratie, wie ſie in Rußland beſteht, übt der Herrſcher frei die Legislative und Exekutive aus, leitet die Politik ſelbſtherrlich und unbehindert durch andere Faktoren. Die Miniſter wählt der autokratiſche Monarch ſich aus nach eigenem Ermeſſen. Die Volksvertretung hat nur eine Scheinexiſtenz und blos den Einfluß auf die Staatsgeſchäfte, den der Zar zuläßt. Das Gegenſtück iſt die Monarchie mit parlamentariſcher Regierungsform, wie ſie in England und Italien ſich herausgebildet hat. Die Parlamentsmehrheit regiert und verwaltet, ſie ſtellt die Miniſter. Die Krone hat nur den Einfluß, den das Geſchick des jeweiligen Herrſchers zu gewinnen weiß. Dieſe Staaten ſind nichts weiter wie Republiken mit erblichen Präſidenten, die den Königstitel führen. Endlich die konſtitutionelle Monarchie, die wir im Deutſchen Reiche haben. Der Monarch iſt gebunden durch das Budgetrecht des Parlaments, dem die Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben ſowie der Steuern zuſteht. Die Legislative geht vor ſich durch übereinſtimmende Beſchlüſſe von Krone und Parlament. Weder Krone noch Parlament können aus eigenem Recht Geſetze beſchließen. Es bedarf der Übereinſtimmung beider, wenn eine Geſetzesvorlage Geſetzeskraft erlangen ſoll. Die Exekutive hinwiederum iſt Sache der Krone, welche aber gebunden iſt an die bewilligten Einnahmen und Ausgaben, an die Geſetze und an die verfaſſungsgeſetzlichen Beſtimmungen über die



Rechte und Freiheiten des Volkes und die staatliche Organisation. Auf dem Boden dieser Rechtsnormen übt die Krone die Exekutive, bestimmt sie den Gang der Politik und der Verwaltung. Sie ist frei in der Auswahl der Minister, welche die Verantwortung an Stelle der Krone gegenüber dem Parlament und dem Volke übernehmen und Beauftragte der Krone sind.

Gleichwohl können Verhältnisse eintreten, in denen die Krone in Rücksicht auf die parlamentarisch-politische Lage einen Wechsel im Ministerium vorzunehmen sich veranlaßt sieht. Den Ministerwechsel unter solchen Verhältnissen behandelte Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling in seinen ersten Ministerreden in der bayerischen Abgeordnetenkammer. Er sagte: „Der Herrscherwille ist kontinuierlich, aber er geht auf das Ganze, er geht auf den Zweck des Staates mit all den Momenten, die er einschließt: Aufrechterhaltung des Staates nach außen, Aufrechterhaltung der Rechtsordnung, Aufrechterhaltung und Förderung der allgemeinen Wohlfahrt." Dieser Zweck werde mit wechselnden Mitteln erfüllt. „Die Auswahl dieser Mittel ist das, was man Politik nennt, und dazu gehört auch die Auswahl der Minister."[1]) „Das konstitutionelle Staatsrecht", so sagte Graf Hertling weiter[2]) „schließt nicht aus, daß ein Ministerium gegen eine Parlamentsmehrheit zu regieren unternimmt . . . Aber ein normaler Zustand ist das nicht." Dadurch würden die besten Kräfte der gesetzgebenden Faktoren in unnützer Reibung aufgezehrt. „Auch der mächtige Staatsmann des vorigen Jahrhunderts, auch Fürst Bismarck hat es oft und oft ausgesprochen, daß er im Deutschen Reichstag eine Mehrheit haben müsse, auf die er sich stützen könne. Das konstitutionelle

1) Bayerische Abgeordnetenkammer am 28. März 1912. Sitzungsbericht Seite 505.

2) Bayerische Abgeordnetenkammer am 5. März 1912. Sitzungsbericht Seite 33.

System bringt das politische Bedürfnis mit sich, daß die Regierung auf das Parlament sich stützen könne, und der Gang der Regierung wird um so leichter sein, je breiter die Basis ist, auf die sich die Regierung stützt." So Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling.

Was folgt daraus für gegenwärtige Lage im Deutschen Reiche?

Eine Opposition gegen den Reichskanzler, die sich in legalen Bahnen bewegt, ist natürlich erlaubt. Sie kann nicht mit den Mitteln bekämpft werden, wie es vielfach von linksliberalen und sozialdemokratischen Politikern geschieht. Die Auslassungen auf dieser Seite machen vielfach den Eindruck, als ob sie aus den Denkformen des autokratischen Staates geholt seien. „Fronde" ist noch die harmloseste Bezeichnung, mit welcher die politischen Kreise belegt werden, die der Politik des Reichskanzlers entgegenstehen. Sie werden verhöhnt, ihre Bestrebungen werden als bedenklich, ja gefährlich für den Gang der äußeren und inneren Entwicklung hingestellt. Man lehnt sich nicht ausdrücklich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Ablehnung der politischen Führung durch den Reichskanzler von Bethmann Hollweg auf, wohl aber tut man es mit Gründen so enger Art, daß es tatsächlich eine grundsätzliche Verneinung ist.

In eine sachliche Erörterung der Politik des derzeitigen Kanzlers einzutreten ist nicht opportun, weil die Einzelnheiten derselben zu wenig oder garnicht bekannt, die historisch-politische Betrachtung aber auf sicheren Voraussetzungen fußen muß. Daß ein Wechsel im Reichskanzleramt nicht Rückwirkungen auf die Kriegsereignisse haben würde, versteht sich wohl von selbst. Man kann nicht davon sprechen, daß das Prestige der deutschen auswärtigen Politik darunter leiden würde. In England ist das Ministerium Asquith durch ein Ministerium Lloyd George ersetzt worden, wobei selbst der Minister des Äußern Grey, der die ganze heutige Weltlage in zäher Arbeit langer Jahre herbeigeführt hat, gehen mußte.



Man kann nicht behaupten, daß die englische Politik dadurch an Nachdrücklichkeit und Einfluß auf die Alliierten eingebüßt habe. In Italien ist das Ministerium Salandra zurückgetreten und das Ministerium Boselli gekommen, in Frankreich hat das Ministerium Viviani dem Ministerium Briand Platz machen müssen. Im Deutschen Reiche ist der Staatssekretär des Reichsschatzamts schon zweimal gewechselt worden (Kühn, Dr. Helfferich, Graf Rödern), an die Stelle des hervorragenden Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück trat Dr. Helfferich. Und von noch weit größerer Bedeutung ist der Wechsel im Reichsamt des Äußern; Staatssekretär v. Jagow, der 1913 sein Amt übernommen und alle Fäden der Weltkriegspolitik in der Hand hatte, ist geschieden und Staatssekretär Zimmermann übernahm die Leitung des Reichsamts des Äußern in einem Zeitpunkt, da die einschneidensten Entschlüsse zu fassen sind. Ein Wechsel im Reichskanzleramt würde keine unerträgliche Lage, keine Komplikationen schaffen.

Die Kreise, welche dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg entgegen stehen, kann ein Staatsmann nicht unbeachtet lassen. Sie bilden mit jenen, die nicht für den Kanzler sind und zurückhaltend abwarten, die große Mehrheit des deutschen Volkes. Es sind gerade die monarchisch gesinnten Kreise, welche die breite Basis für die Regierungspolitik abgeben. Mit den Linksliberalen, die nur über 45 Reichstagsmandate verfügen, und den Sozialdemokraten allein kann man im Deutschen Reiche nicht dauernd das Staatsschiff flott und die Volksbewegung wach erhalten. Eine Orientierung nach der linksliberalen Seite ist mit äußerstem Mißtrauen aufzufassen. Und je geflissentlicher die Linksliberalen und Sozialdemokratie den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gegen die in den gegebenen konstitutionell politischen Grenzen sich bewegende Ablehnung seiner politischen Richtung verteidigen, desto schärfer bilden sich die Gegensätze aus.

Eine sachliche Beurteilung der inneren Lage wird daran



nicht vorbeikommen. Allein gleichwohl wird man nicht umhin können, auch an die Gegner des Reichskanzlers ein warnendes Wort zu richten.

Es soll nicht bestritten werden, daß, ebenso wie parlamentarische Körperschaften in Adressen sich an die Krone wenden, um gegen ein Ministerium Front zu machen, ein Weg, der im bayerischen Landtag des öfteren beschritten worden ist, auch Volkskreisen das gleiche Petitionsrecht von der Krone gewährt ist. Am 5. August 1916 wurden bayerische Reichsräte, Abgeordnete und Nichtparlamentarier von König Ludwig in anderthalbstündiger Audienz empfangen; sie überreichten Seiner Majestät eine Adresse, in der sie ihre Auffassungen über bestehende Verhältnisse darlegten und Gelegenheit zur näheren Aussprache bekamen, die sich keineswegs im Rahmen der Regierungspolitik im Reiche bewegte.[1]) Auch der sozialdemokratische „Vorwärts"[2]) bemerkt: „Man setze einmal den Fall, die Überzeuguug sei allgemein, daß das Land mißregiert und daß der Verantwortliche dieser Mißregierung von seinem Platze müsse, welcher Weg bleibt der allgemeinen Meinung offen, sich in lebendige Kraft umzusetzen? Wenn das nicht einmal durch ergebene Bitten an die Krone bewerkstelligt werden darf — wie sonst?" Diese grundsätzlichen Feststellungen sind einwandsfrei. Solches Vorgehen ist keine „Verschwörung", ein Terminus, der in der linksliberalen Presse gegen Beratungen oppositioneller Kreise gerne angewendet wird.

Gleichwohl muß man sich entschieden gegen ein Vorgehen, wie es soeben enthüllt worden ist, wenden. In Berlin tagte im Hotel Adlon, in dem der frühere Reichskanzler

1) Bayer. Staatsztg. Nr. 181 vom 6. August 1916, Seite 4. Die Empfangenen waren die Reichsräte Graf v. Preysing und Buhl, die Abgeordneten Dr. Einhauser, Hübsch, Löweneck, Dr. Pfleger und Weilnböck, Geheimrat Dr. v. Gruber, Oberlandesgerichtsrat Rohrer, Kommerzienrat Seitz und Geh. Kommerzienrat Fromm.

2) Nr. 61 vom 3. März 1917.



Fürst Bülow bei seinem Berliner Aufenthalt zu wohnen pflegt, am 26. Februar 1917 eine Versammlung, die sich eigens zum Kanzlersturz etabliert hatte und Reichstag und Volk dazu antreiben wollte. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Haußmann enthüllte im Reichstag am 2. März die Vorgeschichte dieser Versammlung, als deren Entrepreneure der frühere Jesuit Graf Hoensbroech, Geheimrat Kirdorff-Mülheim a. d. Ruhr, Geheimrat Körting-Hannover, Admiral v. Knorr-Berlin, Fürst Otto zu Salm-Horstmar und andere bezeichnet wurden. Es sollte durch die Versammlung der Reichstag angespornt und eine große Volksbewegung zur Entlassung des Reichskanzlers v. Bethmann entfacht werden. Die zu fassenden Beschlüsse wurden in der Einladung bereits im Entwurf mitgeteilt. In einer Eingabe an den Kaiser sollte Seine Majestät gebeten werden, Herrn v. Bethmann zu entlassen. Es hieß in der Eingabe — nach Haußmann —: „Die Entlassung von Ministern ist ein Kronrecht, und wir wollen an diesem Kronrecht selbstverständlich nicht rühren. Die ehrerbietige Bitte aber, dieses Kronrecht auszuüben zum Heil des in seinem Bestande bedrohten Vaterlandes, findet sich gerecht verankert in der Not der Zeit und in der Liebe und Ergebenheit der Unterzeichneten zu Kaiser und Reich".[1]) Und dann heißt es — nach Haußmann — weiter: „Mit einer geradezu verhängnisvollen Verblendung hat Bethmann Hollweg sich den Haß der besten königstreuen Kreise zugezogen und sich diese Kreise entfremdet." Vorgeschlagen wird für die öffentliche Agitation Feldmarschall Hindenburg als Reichskanzler, der wegen seiner absoluten Unentbehrlichkeit unabsetzbar sei. Kaiserliche Gnade oder Ungnade könnten ihn nicht berühren. Er allein in Verbindung mit Ludendorff sei Wächter über Deutschlands und Preußens Ehre und Bestand und damit auch der Hüter der Hohenzollerndynastie als Trägerin der Kaiserkrone und Königskrone von

1) Bericht der Köln. Ztg. Nr. 215, vom 3. März 1917.



Preußen. Denn beide Throne sänken in den Staub, wenn es nicht gelinge, in diesem Kriege zu siegen. Was der Feldmarschall will, geschehe. Und wenn es zu einem Gegensatz käme, Hindenburg oder Bethmann, dann wäre die Beseitigung Bethmanns gesichert. Die Zukunft unseres Volkes forderte die Herbeiführung dieses Gegensatzes".

Wehe, wenn eine solche Art des politischen Kampfes, noch dazu in so ernster Zeit, sich einbürgern würde. Was in der Berliner Versammlung geschah, hat der nationalliberale Abgeordnete Schiffer im Reichstag eine „Burleske" genannt. Die äußere Aufmachung verdient diese Charakteristik. Allein die Absicht des Vorgehens kommt dabei zu gut weg. Der fortschrittliche Abgeordnete Haußmann hat den Kern der Sache richtig herausgehoben, als er im Reichstag sagte: „Man sucht das Hauptquartier, die Personen, die unser höchstes Vertrauen besitzen und mit dem Respekt und der Bewunderung aller Deutschen umgeben sind, in diese parteitaktischen Umtriebe hineinzuziehen!"[1]) In der Tat, das Hineinziehen des Feldmarschalls Hindenburg und seines Generalstabschefs Ludendorff in einen solchen politischen Kampf ist unverantwortlich und verdient schärfste Zurückweisung.

Es ist ein trüber Vorgang, der hier berichtet wurde. Die Versammlung im Hotel Adlon soll nach einer Mitteilung der Deutschen Zeitung[2]) in Berlin mit überwältigender Mehrheit die angeregten Vorschläge abgelehnt haben. So ist denn die Reaktion gleich von innen heraus erfolgt und die Sache im Keime erstickt. Aber als Zeitbild sei der Vorgang registriert.

Man hat versucht, die Konservativen und Nationalliberalen mit dieser Versammlung in Zusammenhang zu bringen. Der Versuch ist völlig gescheitert, diese Parteien haben den Besuch der Versammlung abgelehnt.

---

1) Bericht der Köln. Ztg. in Nr. 215 vom 3. März 1917.

2) Zitiert in Nr. 104 des Berl. Tagebl. vom 26. Febr. 1917.



Vom Reichstagsabgeorgneten Grafen Westarp, dem Führer der Konservativen, wurde in der Berliner Kreuzzeitung[1]) ein Brief veröffentlicht, mit dem er die Einladung zu dieser Versammlung ablehnte. Darin kommt folgende Stelle von allgemein politischer Bedeutung vor: „Die Entscheidungen, um welche jetzt draußen gekämpft wird, und die allein durch die Leistungen von Heer und Marine und durch die geschlossene Einigkeit des deutschen Volkes erzielt werden können, sind so schwerwiegender Natur, daß, nach meiner Auffassung wenigstens, auch aus diesem Grunde parlamentarische Aktionen, wie sie in den mitgeteilten Vorschlägen zur Besprechung gestellt werden sollen, zur Zeit jedenfalls vermieden werden müßten." Für innerpolitische Aktionen ist jetzt keine Zeit. Sie zerreißen die innere Einheit, welche durch die Eröffnung des unbeschränkten Unterseebootskrieges mit seinen furchtbaren Wirkungen so glänzend in die Erscheinung getreten ist. Man mag immer Staatsmänner, man mag den Reichskanzler bekämpfen, wie es das konstitutionelle Recht ermöglicht, dieses zu betonen gegenüber Verdunkelungen und es hineinzustellen in die politische Bewegung für und gegen den Reichskanzler v. Bethman Hollweg, muß erlaubt sein. Allein die programmatischen Ministerstürze sollte man unterlassen, sie erreichen selten ihr Ziel, wie die bayerisch-politische Geschichte von 1869 bis 1882 beweist; sie sind außerdem in der gegenwärtigen Zeit nur schädlich. Die politische Entwicklung muß vor den Kriegsnotwendigkeiten gar manches andere auch noch zurückstellen.

1) Nr. 103 vom 26. Februar 1917.

XLVI.

Änderung der österreichischen Wirtschaftspolitik.

— 12. März.

Die österreichische Öffentlichkeit ist vor wenigen Wochen durch die Mitteilung überrascht worden, daß in der Fachleitung der handelspolitischen Sektion des Ministeriums des Äußern demnächst eine Änderung sich vollziehen werde. Es werde nämlich, so wurde gesagt, an Stelle des Grafen Wickenburg der ungarische Abgeordnete Dr. Gustav Gratz an die Spitze der genannten Abteilung berufen werden.

Diese Ankündigung war auch für viele der fleißigsten politischen Zeitungsleser eine Überraschung. Denn Dr. Gratz war bisher noch bei keiner politischen Affäre genannt worden, jedenfalls nicht hervorgetreten, er war also dem politischen Zeitungspublikum unbekannt geblieben und bedeutete für dieses Publikum jetzt das reine Fragezeichen. Auch die Zeitungen selber wußten anfänglich über die Persönlichkeit des Dr. Gratz nicht viel Bescheid zu geben. Erst allmählich erfuhr man, daß Dr. Gratz an der Klausenburger Universität studiert hat, dann aber, wie man so sagt, Zeitungsschreiber geworden ist und für verschiedene in- und ausländische Blätter korrespondiert hat; dabei jedoch — so hieß es weiter — habe er sein Augenmerk immer mehr auf die wirtschaftlichen Fragen konzentriert und sei zuletzt zum Direktor des Bundes ungarischer Fabrik-Industrieller bestellt worden, in welcher Eigenschaft er auf Wirtschafts-Kongressen sich mehrfach bemerkbar gemacht habe. Dr. Gratz hat also seine Karriere nicht auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht, und dieser Umstand erklärt es wohl, daß sein Name dem politischen Publikum nicht geläufig geworden ist.

Inzwischen ist die angekündigte Ernennung des Dr. Gratz auch wirklich vollzogen worden und er hat sein Amt am

Ballplatz in Wien auch schon angetreten. Doch war ihm offenbar daran gelegen, sich der Öffentlichkeit noch vor Antritt des hervorragenden Amtes selber vorzustellen. So hat er also eine Gelegenheit ergriffen, um im ungarischen Abgeordnetenhaus in ganz allgemeinen Umrissen ein handels- oder wirtschaftspolitisches Programm zu entwickeln, dem die Monarchie, wie er meinte, weiterhin werde folgen müssen. Dieses wirtschaftspolitische Programm, das der neue Sektionschef Dr. Gratz da beiläufig formuliert, bedeutet nichts weniger, als eine wesentliche Änderung der Methode der österreichischen Balkanpolitik, und hat darum auf eine nähere Beachtung vollen Anspruch. Allerdings dürfen wir uns nicht verhehlen, daß dieses Programm insofern viel Zukunftsmusik enthält, als es auf der Voraussetzung beruht, daß der jetzige Krieg zu einem für die Zentralmächte günstigen Abschluß gebracht werden kann. Aber wir leben ja mit Dr. Gratz alle derselben sicheren Hoffnung und Meinung, daß diese Voraussetzung auf sicherem Grunde aufgebaut ist; dieses Bedenken kann uns also nicht hindern, dem Programm unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die von Dr. Gratz befürwortete Änderung der Methode der österreichischen Balkanpolitik besteht darin, daß der zollpolitische Schlagbaum, den die Monarchie in den letzten Dezennien gegen die Agrarprodukte der Balkanländer aufgerichtet hat, niedergelegt und so den Balkanprodukten der österreichische Markt geöffnet werden müsse; damit aber die eigene Landwirtschaft diese Konkurrenz leichter ertrage, solle im neuen Handelsvertrag der Monarchie mit Deutschland eine entsprechende Ermäßigung der deutschen Agrarzölle angestrebt werden. Die bisherige Zollpolitik, die Österreich den Balkanländern gegenüber — es kommen vor allem Serbien und Rumänien in Betracht — befolgte, hat Dr. Gratz ausdrücklich als einen Fehler bezeichnet, der nicht fortgesetzt werden dürfe, sondern korrigiert werden müsse. Im „Pester Lloyd" ist dieser Fehler nicht unzutreffend folgendermaßen

gekennzeichnet worden: „Der Handelsverkehr des Balkans, der seinen natürlichen Weg zu uns nehmen wollte, ist künstlich von uns abgedrängt und in Bahnen genötigt worden, die zu neuen Interessenverbindungen führen mußten, aus denen diese Länder nur Antriebe zu einer feindseligen Gesinnung gegen die Monarchie zu empfangen vermochten." Deutsch gesagt: Durch die bisherige Zollpolitik hat die Monarchie die Balkanländer förmlich ihren — der Monarchie — Feinden in die Arme getrieben.

Wohl gemerkt: es ist der „Pester Lloyd", der dieses überraschend scharfe Urteil ausspricht, und es ist derselbe „Pester Lloyd", der das Urteil des Dr. Gratz über die österreichische Balkan-Zollpolitik zu einem Urteil über die österreichische Balkan-Politik überhaupt erweitert.

Wenn aber das ungarische Blatt schon zu einer solchen Erweiterung des Urteils sich veranlaßt fühlte, so hätte es seinen Tadel auch auf die wenig glückliche ungarische Nationalitätenpolitik ausdehnen sollen, die gleichfalls nicht unerheblich zum selben beklagten Resultat beigetragen hat. Es ist in diesen Blättern schon in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, daß alle Gesetze und Einrichtungen in Ungarn von dem Gedanken durchdrungen sind, daß die politische Vollberechtigung im Lande eigentlich nur den Magyaren zusteht. Es wird eben hier noch der alte oder ältere Nationsbegriff festgehalten, wornach unter Nation in erster Linie die politische Gemeinschaft verstanden wird, die Sprachverschiedenheiten dagegen kaum wesentlich höher denn als Dialektunterschiede bewertet werden. Die Magyaren bilden aber, als Sprachgemeinschaft genommen, nicht einmal die zweifellose, geschweige die überwiegende Majorität der Bevölkerung, was in der heutigen Zeit der Herrschaft der Majoritäten natürlich immer Anlaß zur Kritik gibt. Wohl weist die offizielle Statistik aus, daß von den rund 18 Millionen Einwohnern des Königreichs Ungarn 10 Millionen Magyaren seien. Aber von diesen 10 Millionen entfällt



sicher mindestens 1 Million auf die Juden, die in Ungarn, man kann wohl sagen, ausnahmslos als Magyaren sich geberden und den Magyarismus nicht beliebter machen. Auch gilt es als notorisch, daß die von der magyarischen Regierung bestellten Volkszählungskommissäre um Mittel, die Zahl der Magyaren zu vermehren, nie verlegen waren. Im Übrigen rechnet die offizielle Statistik rund 2 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slovaken, 3 Millionen Rumänen, eine halbe Million Ruthenen und etwa 800000 Serben (eingerechnet die in Slavonien seßhaften). Die sprachlichen, oder wie man will nationalen Verhältnisse sind also in Ungarn sehr kompliziert. Sie werden es aber dadurch noch mehr, daß die in Rede stehenden Rumänen und Serben auf weiten Strecken unmittelbar an die selbständigen sprachverwandten Staaten Rumänien und Serbien grenzen, mit den dortigen Sprachgenossen also in täglicher Berührung stehen.

Man kann immerhin hervorheben, daß die Lage dieser Nationalitäten in Ungarn lange nicht so schrecklich ist, als es in ausländischen Blättern oft dargestellt worden ist. Denn das Volksschulwesen ist in Ungarn noch nicht verstaatlicht und eine gewisse Gemeinde- sowie Komitats-Autonomie bieten den Sprachen dieser Nationalitäten einen ziemlichen Spielraum. Hängt aber auch schon hier Vieles von dem guten Willen der Regierungsorgane ab, so hört das Sprachenrecht der Nichtmagyaren bei den eben bezeichneten Grenzen völlig auf. Dieser Zustand findet seinen besonders prägnanten Ausdruck darin, daß (laut dem Nationalitätengesetz) der ungarische Staat als solcher nur magyarische Mittel- und Hochschulen erhält und die Nichtmagyaren in dieser Beziehung ganz auf ihre eigenen Mittel verweist. Das heißt: die Nichtmagyaren, also mindestens die Hälfte aller Bewohner, müssen mit ihren Steuergeldern wohl die magyarischen höheren Schulen erhalten helfen; wenn aber beispielsweise die 3 Millionen Rumänen auch eine rumänische Mittelschule haben wollen, so sollen sie aus eigenen Mitteln dafür aufkommen; nur

als Aufsichtsorgan und zwar in der Regel als sehr mißgünstiges interessiert sich der Staat auch für solche Schulen. Selbst bei mildester Beurteilung wird man zugeben müssen, daß dieser Zustand, der sich auf anderen Gebieten in anderen Formen wiederholt, doch zu einigen Bedenken Anlaß gibt und geeignet ist, fortdauernd eine gewisse Unzufriedenheit zu erzeugen und lebendig zu erhalten. Ja wenn es kein Rumänien und kein Serbien gäbe, oder wenn diese sprachverwandten Staaten wenigstens nicht unmittelbar an die ungarländischen Rumänen und Serben angrenzten, dann wären jedenfalls die politischen Bedenken viel geringer. So aber, wie die Dinge politisch und geographisch sich verhalten, ist es nicht unbegreiflich, wenn die ungarische Regierung in diesen Gebieten immer wieder mit irredentistischen Erscheinungen zu kämpfen hatte, zumal der schismatische Rubel, wenn auch oft in Francs oder Sovereigns verkleidet, bei diesen vielfach „glaubensverwandten Brüdern" unablässig auf Missionsreisen sich befand.

Die Dinge in diesen östlichen Gebieten haben sich also in den letzten Dezennien in der Hauptsache so gestaltet: im Inland hat die magyarische Nationalitätenpolitik den Nichtmagyaren manchen Grund zu Beschwerden und damit zugleich wirkungsvollen Anlaß zu interessierter ausländischer Agitation gegeben. Die angrenzenden Rumänen und Serben aber, schon durch diese Nationalitätenpolitik abgestoßen, sind noch viel mehr durch die fehlerhafte Zollpolitik mit Abneigung, ja mit Haß erfüllt und gleichfalls der interessierten Agitation der feindlichen Mächte nur allzu leicht zugänglich gemacht worden. Man stelle sich nur einmal die Lage der Serben vor: der nächste und — wie laut obigem Zitat der „Pester Lloyd" jetzt auch zugibt — natürliche Absatzweg, jener nach der benachbarten Monarchie, wurde ihnen versperrt, die übrigen Balkanländer, weil selber reine Agrarländer, konnten die serbischen Produkte natürlich nicht aufnehmen, der Weg zum Meere war weit, führte überdies



durch fremde Länder, war also nur auf sehr umständliche Weise und nur mit auswärtiger Beihilfe beschreitbar. Ein Wunder ist es also nicht, wenn die österreichfeindliche Agitation in Serbien einen sehr empfänglichen Boden fand.

Es war das nicht immer so und man ist berechtigt, zu sagen, daß dieser Zustand sich tatsächlich erst seit 1867, also seit Einführung des Dualismus in der Monarchie, womit gleichzeitig die Führung der äußeren Politik der Monarchie an Ungarn überging, allmählig und immer schärfer herausgebildet hat. Man sucht jetzt begreiflicher Weise nach Momenten und Argumenten, welche die begangenen Fehler entschuldigen oder gar rechtfertigen sollen. So hat einer der Vorredner des Dr. Gratz, Graf Batthyany, darauf hingewiesen, daß Deutschland mit der Aufrichtung agrarischer Hochschutzzölle vorangegangen sei und daß man in Österreich-Ungarn einfach den Stoß, den man so von Westen her empfangen, nach Osten weiter gegeben habe. Aber erstens steht diese Argumentation auch mit den bloßen Tatsachen nicht im Einklang, denn wenigstens der Zollbruch mit Rumänien hat schon vor den deutschen Agrarzöllen stattgefunden, und zweitens, wenn die Tatsachen selbst auch richtig wären, so hat Dr. Gratz seinerseits, indem er auf diese Äußerung Batthyany's Bezug nahm, dagegen bemerkt, daß es „nicht unbedingt richtig" war, den empfangenen Stoß weiter zu geben. Wenn diese Stoßballpolitik, wie Dr. Gratz sagt, nicht unbedingt richtig war, so — muß man schließen — war sie schon gar nicht unbedingt notwendig, sondern war in der Hauptsache doch wirklich nur einem, wie der „Pester Lloyd" an anderer Stelle sich ausdrückte, „schweren Irrtum" der ungarischen Politik entsprungen. Das hätte der heutige Redakteur des „Pester Lloyd" einmal seinem Vorgänger Max Falk sagen sollen! Demselben Max Falk, der zugleich Volksvertreter war und als solcher viele Jahre, ja dezennienlang in der ungarischen Delegation das Referat über die auswärtige Politik der Monarchie geführt hat, also



der parlamentarische Führer und Anwalt derselben Balkanpolitik gewesen ist, die sein Nachfolger jetzt als schweren Irrtum erkennen muß.

Doch soll die Bedeutung des Irrtums nicht übertrieben werden. So bedauerlich der Fehler gewesen ist, so hat er doch nur die Balkanpolitik betroffen, also nur einen Teil der großen Politik, aber auch von der Balkanpolitik nur jenen Teil, der sich auf Serbien und Rumänien bezogen hat. Man würde aber wohl überall ausgelacht werden, wenn man behaupten wollte, speziell die magyarische Nationalitäten- und serbisch-rumänische Zollpolitik Österreichs habe der österreichischen Monarchie die Todfeindschaft Rußlands, Englands und Frankreichs oder gar auch Japans eingetragen. Hat doch auch die deutsch-russische Zollfreundschaft Deutschland nicht vor der Beutegier derselben Koalition geschützt. Eine nicht unerhebliche Förderung allerdings mögen die ganz anderen Motiven entsprungenen Pläne der Feinde durch die Fehler der ungarischen Politik erfahren haben.

Jetzt also, wie gesagt, soll der begangene Irrtum, soweit es die Umstände gestatten, berichtigt werden. Dr. Gratz gehörte im ungarischen Parlament der Regierungspartei an. Es erscheint deshalb als selbstverständlich, daß die Berufung und das Programm des Dr. Gratz die Zustimmung des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza gefunden haben. Auch im Parlament selbst ist kein offener Widerspruch gegen die Rede erfolgt. Dafür übrigens, daß gewisse Einseitigkeiten, an die man bisher seitens der ungarischen Politiker gewohnt war, lange nicht mehr in voller Schärfe fortbestehen, daß, wie man zu sagen pflegt, das Eis zu schmelzen beginnt, dafür liegen auch andere Anzeichen vor. So ist letzter Tage (zum Verdruß Tisza's selbst) auch von einem Teil der Regierungspartei dem Wunsche zugestimmt worden, daß das Wahlrecht auf alle im Felde gestandenen Soldaten ausgedehnt werde. Das ist, wenn auch vielleicht nicht mehr, doch eine gegen die Nationalitäten freundliche Geste. Ein



anderer Redner hat sich für die Annexion Serbiens ausgesprochen. Ob Annexion oder nicht, das Begehren beweist, daß die bisher in den magyarischen Kreisen bestandene heillose Angst vor jeder Vermehrung oder Erstarkung der nichtmagyarischen Elemente, welche Angst man bislang füglich als die ungarische Staatsidee bezeichnen konnte, im Schwinden begriffen, wenigstens nicht mehr allgemein ist. Es wird an diesen Stimmungen auch kaum etwas geändert werden, wenn, wie es beschlossen scheint, das jetzige Kabinett Tisza früher oder später durch ein sogenanntes Konzentrations-Ministerium ersetzt werden sollte. Unter Kaiser Franz Josef ist eine solche aus Mitgliedern fast aller Parteien bestehende Konzentrationsregierung immer für unmöglich betrachtet worden; vielleicht ist mittlerweile das Projekt reifer geworden.

Resumierend und konkludierend möchten wir also in allen diesen Vorgängen die ersten sicheren Anzeichen dafür erblicken, daß die bisher bestandene Spannung zwischen den Magyaren und den betreffenden anderen Völkerschaften des Ostens nachzulassen und einer freundlicheren Stimmung Platz zu machen beginnt. Diese Entspannung, wie man ja heutzutage sich wohl auszudrücken liebt, dürfte vom Standpunkte der Orientpolitik sogar als folgenreicher und wichtiger zu betrachten sein, als die Frage des großen deutsch-österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsvertrages, welche Dr. Gratz damit in Zusammenhang gebracht hat und die damit auch zweifellos in einem gewissen Zusammenhang steht, deren Erörterung jedoch außerhalb des Rahmens unseres heutigen Gegenstandes liegt.

J—l.

XLVII.

Versuchskunst und fertige Kunst.

Unser Zeitalter ist die Zeit der größten geistigen Gegensätze, welche die Geschichte kennt. Auf der einen Seite eine alles erdrückende Übermacht der Allgemeinheit, des Staates, auf der anderen Seite ein schrankenloser, das Auswirken und Ausleben der Persönlichkeit fordernder Individualismus; auf der einen Seite eine Unsumme die Gesellschaft einengender Gesetze und Verordnungen, Staatssozialismus, Militärzwang und Schulzwang, auf der anderen Seite der Ruf nach Freiheit und Unabhängigkeit, das Verlangen voller Preß- und Redefreiheit, nach freier, voraussetzungsloser Wissenschaft, freiem Verkehr und freier Wirschaft. Alte und neue Anschauungen stehen sich schroff, oft in demselben Gehirne gegenüber, die Verwirrung und Revolutionierung der Geister ist eine kaum mehr zu überbietende.

Diese unvereinbaren Gegensätze zeigen sich auch auf dem Gebiete der schönen Literatur und der bildenden Kunst. Man hat die bildende Kunst, die früher eine Aufgabe und freie Betätigung der Gesellschaft war, seit mehr als anderthalb Jahrhunderten zu einer Sache des Staates gemacht; man hat die alten Meisterschulen beseitigt und für die kunstbeflissene Jugend Akademien, Kunstschulen, Bau- und Fachschulen der verschiedensten Art gegründet. Man wähnte durch diese Entmündigung der Gesellschaft die Kunst im staatlichen Sinne einigen, fördern und leiten zu



können; aber man hat hiedurch nur erreicht, daß man die alte Familien-, Atelier- und Werkstättentradition vernichtet, die beginnende Zerfahrenheit in der Kunst- und Stilrichtung vermehrt hat und zuletzt das Hinübergleiten des dem Schuljoche entwachsenen Künstlertums in eine radikal-individualistische Richtung erleben mußte.

I.

Die Richtung und Tendenz der bildenden Kunst ist seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts in der Mehrzahl ihrer Vertreter eine radikal-individualistische oder besser subjektivistische. In erster Linie gilt dies von der Malerei, zum großen Teile aber auch von der Plastik, vom Kunsthandwerk und von der Kunstindustrie. Wie der moderne Mensch autonom ist, so ist es auch der Künstler; er hat sich um kein Gesetz, keine objektive Norm, keine Überlieferung zu kümmern; seine Kunst ist lediglich ein Auswirken seines Ichs. Man kennt und anerkennt nur eine Persönlichkeitskunst und einen persönlichen Stil, und man verneint selbst bei der Einzelperson die stetige, aufwärts schreitende Entwicklung dieser Kunst und dieses Stiles. Das Kunstschaffen ist nicht selten sprung- und launenhaft, es setzt von einer begonnenen Richtung zu einer anderen über und verfolgt keine derselben bis zu der erstrebenswerten Vollendung.

Sehr treffend charakterisiert dieses heutige künstlerische Arbeiten ein Moderner.

„Eine der auffallendsten Erscheinungen in der Kunstgeschichte, namentlich der jüngsten", schreibt A. Jaumann[1]) „ist die geringe Neigung, mühsam errungenes Können auszumünzen, in Ruhe zu ernten, was in schwerer Arbeit vorbereitet wurde. Manche Künstler haben wenigstens den einmal errungenen persönlichen Stil festgehalten, um in gerader Linie Meisterwerke aneinander zu reihen. Die meisten entwickeln sich (aber) im Umstürzen. Kaum haben sie eine Höhe erklettert, reizt sie schon

1) Deutsche Kunst und Dekoration, Dezemberheft 1916. S. 157 f.



eine andere zu neuem Klettern über Abgründe. Niemals wurde das von einem Meister Errungene durch eine Generation von Künstlern festgehalten, ausgebaut, angewendet. Oft bedauert man diese leidige Unruhe der Menschheit . . . . . . Sie wollen sich nicht selbst kopieren, sei es auch nur, indem sie die Art der Problemlösung wiederholen . . . . . . Künstlerisches Schaffen wird also für identisch gehalten mit „Versuchen", „Bearbeitung neuer Probleme." — Dieses System (?) hat manche Schattenseite. Die Hast des Wechsels wird immer stürmischer, die Meisterwerke immer seltener. Bis schließlich nur mehr die Andeutung der Lösung genügen wird. Die Aufgaben, die die Kunst dem Leben gegenüber hat, zu schmücken, zu erheben, zu erheitern, bleiben hierbei vollkommen unberücksichtigt. Das Können verzehrt sich in unendlichen Überwindungen. Wir sehen ein stetes Keimen, aber kein Reifen, keine Ernte . . ."

Die hier gekennzeichnete Kunst ist nicht für die Allgemeinheit, sondern nur für den Künstler vorhanden; sie ist subjektiv, d. i. **Versuchskunst** des Subjekts, eine niemals fertig werdende, nie zur Genußreife gelangende Kunst. Diese Kunst schafft Stückwerke, produziert und präsentiert gelegentliche Einfälle, im besten Fall gelungene, aber für die Öffentlichkeit und für den Schmuck des Lebens nicht geeignete Skizzen, aber niemals ein großes und abgeschlossenes, am allerwenigsten ein einen objektiven Stoff behandelndes Werk. Sie leugnet den Erfahrungssatz, daß auch auf geistigem und künstlerischem Gebiete jedes Fortschreiten nur ein schrittweises, ein Stufe um Stufe sich aufwärts bewegendes und kein in den Sprungversuchen eines Jongleurs bestehendes sein kann.

Die Ursachen dieser unstetigen und unfertigen Kunst liegen in erster Linie beim Künstler und in den subjektiven Tendenzen und in dem unberechenbaren Modegeist der Zeit; sie haben aber, in zweiter Linie, ihren Grund auch in den auf die heranwachsende Künstlerschaft einwirkenden **Einrichtungen**. Der Unterricht in der modernen Kunstschule gefällt sich vielfach in einer weitgehenden Geringschätzung



oder Ignorierung der Kunstgeschichte und der historischen Kunst; ihm fehlt, im Gegensatz zur alten Kunstwerkstätte, der Zusammenhang mit dem sozialen Leben und den ein künstlerisches Bedürfnis hegenden gesellschaftlichen Gruppen und damit die Anregung zu sachgemäßen, objektiven Aufgaben; der immer mehr empfohlene und eingeführte, uniforme und schablonenhafte Massenunterricht muß gerade dem begabten Schüler diesen Unterricht zu einer widerwillig getragenen Last machen, die mit dem Verlassen der Schule abzuschütteln und eigene Wege zu gehen den heißen Wunsch der Jugend bildet.[1]) Die künstlerische Jugendkraft ist vielfach verurteilt, auf den Schulbänken zu vertrocknen. Die spezifische Veranlagung findet keine Entwicklungs- und Anwendungsmöglichkeit. Die abnorme Lage der staatlich gepflegten Kunst und der Kunstschule muß auch abnorme Kunstwerke hervorrufen.

Die moderne Versuchskunst fördert endlich das krankhafte Verlangen nach „absolut Neuem“, das sowohl im Publikum wie in der Künstlerschaft sich geltend macht.

Die Kunst wird in vielen, und nicht selten in maßgebenden Kreisen, vom Standpunkte der Mode aus betrachtet. Man will neue Ideen, neue Auffassungen, neue Formen, noch nie dagewesene Lösungen. Ob das alles angesichts einer fünftausendjährigen Kunstgeschichte möglich ist, diese Frage stellt man sich nicht; und daß manche „neue“,

1) Der Massenunterricht ist im Zeichnen seit etwa einem Vierteljahrhundert auch an unseren humanistischen und realistischen Lehranstalten eingeführt. Bei diesem Massenunterrichte, welcher der Natur der Sache nach keine spezifische Fähigkeit aufkommen und keine Individualität sich entwickeln läßt, soll die — Individualität des Schülers, nach dem Gedanken der bestehenden Schulordnung, sich selbständig entwickeln! Der Lehrer darf die Schülerarbeiten nicht korrigieren, denn die jungen Zeichner (und späteren „Künstler“) sollen nicht zeichentechnisch gedrillt werden, sie sollen „werden.“ Den Riesenwiderspruch, der in diesem Unterrichte liegt, merkt jeder Einsichtige, aber nicht der Ring der Schöpfer der modernen Zeichenmethode.

unfertige und primitive Formen eine auffallende Gleichheit mit einzelnen Gebilden der prähistorischen oder archaistischen Epoche aufweisen, dessen ist man sich nicht bewußt. Die Kritik eines Produktes der Malerei und insbesondere der Architektur richtet sich darnach, ob an demselben etwas alt oder ob alles neu sei. Glaubt man alte Motive zu entdecken, die man schon irgendwo gesehen, dann ist das Werk gerichtet; hält man aber die tatsächlich alten Motive für neue, dann ist dasselbe für die Kritik — gerettet. Ob das Werk eine schöne, gereifte, fertige Kunstleistung darstellt oder eine unreife, kommt erst in letzter Linie oder überhaupt nicht in Frage.

Das Verlangen nach durchaus Neuem, nach Unausgegorenem und Unvollständigem: die Kunstmode wurde indirekt auch durch unsere Kunstwissenschaft und direkt durch unsere Tageskunstliteratur gefördert. Statt nach den elementaren und ewig gleichen Grundgesetzen der Kunst zu forschen, statt unsere von subjektiven Auffassungen und Theorien getragene Ästhetik zu einer objektiven: einer wirklichen Wissenschaft zu erheben, erblicken begabte Ästhetiker und Kunsthistoriker ihre erste Aufgabe darin, jedes Jahr oder Jahrzehnt neue, die alten Aufstellungen umstürzende Hypothesen über bestimmte Künste und Kunstperioden und über die Kunst als solche zu publizieren. Jeder Lehrer, der ungefähr in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Ästhetik oder Stillehre hörte und der später in die Lage kam, eines der beiden Fächer dozieren zu müssen, weiß, daß für diese Aufgabe seine alten Kollegienhefte völlig unbrauchbar geworden sind.

Noch mächtiger, richtiger revolutionärer als der Einfluß der Kunstwissenschaft ist jener der Kunstliteratur auf Kunst und Künstler. Insbesondere wirkt auf das Kunstempfinden zersetzend und zerstörend jene Kunstliteratur, die sich durch unberufene und eines abgeklärten ästhetischen Gefühles bare Publizisten in unseren Tagesblättern und illustrierten Wochenschriften Raum verschafft. „Wissenschaftlich



Vorgebildete", schreibt ein Kenner des Kunstliteraturelendes,[1]) „findet man da selten, eher sind es Literaten, wenn nicht journalistische Hilfsarbeiter oder gar nur bessere Reporter, aus deren Feder die moderne Kunstweisheit für die Menge träuft. Gelernt zu haben braucht ein solcher Mann nicht einmal sehr viel, wenn er sich nur des neuen Kunstwesens in Auffassung, Stil, Ausdruck und — Jargon mächtig gemacht hat, vor allem über die nun einmal unentbehrliche Frische und Dreistigkeit im Verkünden zuweilen bestellter Weisheit verfügt."

Diese Kunstliteraten und Kunstreferenten sind es in erster Linie, welche die jungen Künstler in ihrer kranken Versuchskunst bestärken, welche die jüngsten Erzeugnisse dieser „Jungkunst als die Vorboten ganz neuer Tage mit Hosianna anpreisen" [2]) und den tiefgesunkenen Geschmack des unselbstständigen und urteilsunfähigen Publikums vollends verderben.

Selbst der Ernst des Völkerkrieges hat diese Tagesschriftsteller zu keiner besseren und tieferen Auffassung über die Kunst und ihre Aufgaben zu bringen vermocht. Die Lobeshymnen, welche anläßlich des sechzigsten Geburtstages Max Klingers veröffentlicht wurden, die phrasenhaften, ungenießbaren Verhimmelungen, welche dessen perverse, gequälte, ungraziöse und unvollendete Kunst — ohne eigenes Empfinden seitens der Weihrauchspender dafür — erfahren hat, ist für den ungesunden Modegeschmack unserer Tage bezeichnend und — beschämend genug.[3])

1) Die kranke deutsche Kunst. Auch von einem Deutschen 3. Tausend. Leipzig 1911. S. 7 f.

2) Ebenda S. 8.

3) Aus einem Aufsatze, der zum Geburtstage Max Klingers von Frz. Servaes in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" (Kriegsnummer 133) erschien, seien nur folgende Stilblüten wiedergegeben: „Er (Klinger) ist uns ein universelles Kultursymbol, das über Zeiten und Völker hinwegragt, in eine Region des Ewigen und Kosmischen". — „Auch buddhistische Erinnerungen und Träume des Rinascimento werden wach, und japanische Schön-

II.

Der unfertigen Versuchskunst, der Kunst des „absolut Neuen", steht als Gegensatz die fertige und gereifte, in höchster Stellung die klassische Kunst gegenüber. Es ist zugleich der Gegensatz von subjektiver und objektiver Kunst, von der Kunst, welche nur für den Augenblick und der Kunst, welche für alle Zukunft eine Bedeutung besitzt.

Unter „klassischer", zur höchsten Reife gelangter Kunst verstehen wir nicht nur die antike Kunst; wir begreifen im weiteren Sinne darunter jede im Ganzen gesetzmäßige, im Detail bis zur höchstmöglichen Feinheit durchgebildete, von Absonderlichkeiten und subjektiven Einfällen freie und damit dauernden Wert bewahrende Kunst. Wir schauen klassische Kunstwerke in der Blütezeit des griechischen und römischen Stiles, in der byzantinischen und maurischen Kunstepoche, im romanischen Stile und in der Hochgotik und in der Früh- und Hochrenaissance. Wir sehen sie bis in die modernste Zeit in einzelnen Meisterwerken hochbegabter, in stetiger Vervollkommnung arbeitender Künstler.

Die beiden, außerhalb des Genies des Meisters liegenden Geheimnisse der vollendeten, dauernden Schönheit der klassischen Kunstprodukte lauten: 1. Beschränkung in den Formen oder Motiven, 2. lückenlose Entwicklung des künstlerischen Schaffens sowohl beim einzelnen Künstler wie bei den kunstbegabten Generationen.

Der Künstler des Altertums und der folgenden Zeiten kannte und verwandte nur eine kleine Zahl von Natur-

---

heitslinien tauchen auf. Dies alles hat er in sich eingesaugt und blieb dabei so deutsch (!) wie Goethe — so deutsch wie der Genius unseres Volkes." — „Ein Märchen, ein richtig gehendes" wolle er (in dem Bilderzyklus „Zelt") schaffen, — so schrieb er launig einem Freunde, „wo die Köpfe so wenig sicher sitzen wie die Hemden, mal rauf, mal runter. Sengen, ein bißchen Morden ordentlich Lieben und Liebenlassen, und das alles in schöner Gegend, bei allerhand Wetter und gar nicht vegetarisch, Fleisch, viel Fleisch." — —

motiven und eine ebenso geringe Anzahl von überlieferten Architekturformen. In dieser unbewußten, durch eine noch einfache Kultur bedingten Beschränkung in der Zahl der verwendeten Formen lag keine Rückständigkeit und Schwäche, sondern eine fruchtbare Kraft und eine normale und sichere Entwicklungsbedingung der alten Künste. Denn nicht die unabsehbare und verwirrende Fülle, sondern die Kraft und Einheitlichkeit der äußeren Eindrücke wirkt schöpferisch und führt zur Harmonie im Kunstschaffen.

Diese wenigen Formen und Motive wurden nun stetig, von Werk zu Werk, von Meister zu Meister, von Generation zu Generation vervollkommnet. Man dachte weniger an einen Wechsel der Formen, sondern vielmehr an eine schrittweise Verfeinerung derselben Form. Aber man verfeinerte dabei plastische Formen nicht auf dem Papier und dem Reißbrett, sondern in der Wirklichkeit, d. h. man stellte körperliche Formen nicht zuerst flächenhaft, sondern körperlich dar. Man verfeinerte und vervollkommnete außerdem nicht isoliert, im geschlossenen Atelier, sondern im Zusammenarbeiten und Wettkampf mit nebenan schaffenden Künstlern und Kunsthandwerkern. Man glaubte nicht rückständig zu sein, wenn man bei neuen Bauten dieselben erprobten Raumlösungen, dieselben Kapitäle, Ornamente und überlieferten Motive brachte. Man suchte im allgemeinen diese Lösungen nur zu klären, die Schönheit und Wirkung der Formen zu steigern, ihre Zusammenstimmung zu verbessern, bis man endlich auf diesem Wege Formen und Werke von einer Vollendung erzielte, die mustergiltig oder unübertroffen für alle Zeiten dastehen.

Durch die schrittweise Verfeinerung derselben Form, durch die ästhetische Beurteilung derselben durch mehrere, gleichzeitig zusammenarbeitende Künstler, durch die klare, von verschiedenen Punkten aus berechnete und genießbare Gestaltung wurde sie ferner aus einer anfänglich subjektiven oder subjektiv empfundenen Schöpfung ein Werk von objektivem, allgemein giltigem Werte. Die antiken Formen und Bil-



dungen werden deshalb heute noch, trotz des Wechsels der Zeit und des Geschmackes, verstanden, sie bleiben ein Typus und Beweis nie alternder formaler Schönheit, fertige, einer höheren Vollendung kaum noch fähige Werke.

Nur ein fertiges Kunstwerk befriedigt den normal gebildeten, den unverdorbenen Geschmack. Das unfertige oder skizzenhafte, das abnorme Werk wird niemals einen reinen, dauernden Genuß bieten. Man wird es, im Falle von der modernen Kunstkritik für dasselbe entsprechend Propaganda gemacht wurde, eingehend studieren, man wird sich fragen, worin dessen künstlerische Bedeutung eigentlich bestehe, man wird es vielleicht auch bewundern, aber man wird zu keinem intimen Verhältnisse zu dem Werke und zu keiner ungetrübten Freude gelangen. Das harmonisch veranlagte und geschulte Auge findet in dem Kunstprodukte die Harmonie und Schönheit nicht, nach der es sich sehnt und deren Gesetze es in sich trägt.

„Die ‚Idee' eines Kunstwerkes, sein Zentralbegriff", schreibt ein geistvoller Reiseschriftsteller,[1] „ist die gedankenmäßige Einheit, welche die Einzelteile zu einem geschlossenen, in sich bedürfnislosen, ebenmäßigen, harmonischen Ganzen zusammenfaßt." Mit dem Worte „Harmonie", das eine richtige Proportion, ein Zusammenstimmen der Teile und eine gleichartige und technisch vollendete Durchbildung der letzteren in sich begreift, ist das Wesen eines seinen Namen verdienenden Kunstgebildes bezeichnet. Diese Harmonie ist aber nicht zuletzt das Resultat einer langen, strengen Schulung, die sich — um Gesagtes zu wiederholen — von Meister zu Meister, vom Vater zum Sohne und Enkel, von der Jugend zum Alter, von einem großen Werke zum anderen in gerader, folgerichtiger und aufwärts strebender Richtung fortsetzt, bis endlich die höchste Höhe, der Gipfel der fertigen und verbesserungsunfähigen Kunst erklommen ist.

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 111, S. 656.

Diese fertige, diese klassische Kunst ist fast regelmäßig eine objektive: eine nicht nur für das schaffende Subjekt, sondern für die Allgemeinheit Interesse und Bedeutung besitzende Kunst. „Fesselndes und dauerndes Interesse, höheren und bleibenden Wert, umfassende Bedeutung hat nur das Allgemeine, welches nach den Gesetzen der Notwendigkeit oder der vernünftigen Wahrscheinlichkeit in jedem Menschenleben waltet, in jedes Menschen Schicksal eingreift, jedes Herz anspricht und in jedem Geiste sich auf seine Weise ausspricht".[1])

Wie die heute in alles überwuchernderm Maße gepflegte Lyrik die subjektivste aller Dichtungsarten darstellt und nur in einzelnen hervorragenden und in allen Herzen anklingenden Leistungen mehr als vorübergehenden Wert besitzen wird, so wird auch die rein subjektive, d. h. die nicht von der Allgemeinheit sondern nur von dem einzelnen Schöpfer verstandene Malerei jedes Zukunftswertes entbehren. Die subjektive Schöpfung ist zudem in den meisten Fällen nur ein Fragment oder ein Kleinbild, ein mit keinem größeren Organismus zusammenhängendes Glied, das nur mit der Einfügung in ein großes und harmonisch angelegtes: in ein fertiges Werk objektive und höhere Bedeutung und allgemeines Interesse erlangen könnte.

Wir müssen wieder eine fertige Kunst erstreben nicht nur in Beziehung auf den einzelnen Künstler und das einzelne Kunstwerk, sondern auch in Beziehung auf die Gesamtkunst eines Volkes und einer Epoche. Diese fertige vollendete Kunst zeigt uns die Blütezeit jeder alten Kunst- und Stilperiode. Wir erinnern nur an die Hochgotik und an unerreichte Meisterwerke wie die Kathedrale zu Amiens, den Dom zu Regensburg, die Münsterfassade zu Straßburg. In dieser fertigen Hochkunst harmoniert alles und jedes; es harmonieren die Einzelteile der Architektur, es harmoniert die Architektur mit der Skulptur, es harmonieren beide mit

1) a. a. O. S. 660.

der Malerei. Es harmoniert nicht nur das einzelne Bauwerk in allen seinen Künsten, es stimmt das Werk zusammen mit den es umgebenden Bauten und Monumenten, mit dem ganzen Stadt- uud Landschaftsbild. Es ist ein großer, volltönender Zusammenklang, gleichsam eine mächtige Symphonie, die hineintönt in das ganze farbenbunte Volks- und Kulturleben und dort ihren zustimmenden Widerhall findet.

Die große und harmonisch zusammenklingende Kunst war stets überwiegend eine religiöse Kunst. Nur die Religion gibt große und erhabene Gedanken, nur die Religion einigt die Geister und die Empfindungen, nur die Religion spornt zu den höchsten Aufgaben und herrlichsten Werken, welche die kulturell entwickelte Menschheit zu leisten vermag, an. Wenn die technisch und formal vollendete bildende, wenn die moderne Kunst sich in den Dienst der höchsten Ideen stellt, wird sie wieder eine Kunstblüte hervorrufen, wie wir sie in den Meisterwerken der Hochgotik, in der Plastik der Frührenaissance, in der italienischen, spanischen und niederländischen Malerei schauen. Auch die Kunst muß, wie jede menschliche und kulturelle Tätigkeit, in letzter Richtung auf übernatürliche Ziele hingeordnet sein. Sie muß der vollkommenen, gesetzmäßigen Schönheit entgegenstreben, die sie in himmlischen Fernen ahnt und sie als ein Abglanz, als ein Bild irdischer Vollendung dem nach Schönheit dürstenden Auge darstellen.

R. F. X. H.

XLVIII.

Der Kampf gegen das Gelehrten-Proletariat im 17. Jahrhundert.

Zu allen Zeiten hat es ein Gelehrten-Proletariat gegeben, d. h. Leute, die studiert hatten, aber nicht die Fähigkeit besaßen, ihre Studien zu verdauen und zu verwerten. Ebenso war man stets bemüht, sich solche unnütze und nicht selten gefährliche Leute vom Halse zu halten.

Als Nährboden für diese Schädlinge sah man mit Recht die Schulen an, die mit der Aufnahme und Förderung unfähiger Elemente es zu leicht nahmen. So besagt z. B. die kurfürstliche bayerische Landesordnung vom 19. Nov. 1627: Weil viel sich unterstehen, in die lateinische Schul zu gehen, aber es an Ingenio nit haben oder sunst die Zeit damit verzehren, auch so an Faulheit und Müßiggang sich gewöhnen, daß sie zu ehrlichen Sachen nit wol mehr tauglich sein, also sollen die Schulhalter fleißig achtgeben, ob ihre Schüler qualifiziert und später Nutz bringen können. Wo das nit zu hoffen, sollen solche beizeiten von den Studien genommen und zu anderen ehrlichen Dingen gewiesen werden.[1])

Besonders laut werden die Klagen über das Gelehrten-Proletariat nach dem dreißigjährigen Kriege, der neben der materiellen Verwüstung auch die geistige Verwilderung gefördert hatte.

Vagabundieren und Betteln war an der Tagesordnung, und das ließ sich für junge Leute leichter bewerkstelligen unter dem blauen Studentenmantel. Dieses Treiben wurde um so schädlicher, je mehr es nach dem Kriege an tüchtigen Handwerkern fehlte.

1) Clm 26 469.



In einem Schreiben vom 17. April 1665 an den Provinzial der oberdeutschen Ordensprovinz der Jesuiten, P. Servil. Veihelin, hebt Kurfürst Ferdinand Maria hervor, daß zu jetziger Zeit die Eltern, wie die Erfahrung gibt, die Gelegenheit suchen, ihre Kinder und zwar sine delectu mehr zu den Studien als zu Handwerkern zu applizieren. Deshalb sei es nötig, die untaugsamen, schlechte Ingenia oder sträfliche, mutwillige, unfleißige und vagirende Gemüter mit Verlust der Zeit und auflaufenden Unkosten nit allzulang in den Schulen zu dulden.[1])

Einige Jahre später, im Jahre 1669, stellten die bayerischen Stände auf dem Landtag vor, daß fast insgemein bei allen Handwerkern an qualifizierten Leuten ein großer Mangel erscheine. Obgleich nun zwar Euer Churf. Durchl. dieses schon von selbsten observirt und dessen fast einzig und allein die Ursach erachtet, daß die löbl. Sozietät Jesu in Zeit hero so verschiedene Collegien aufgerichtet und zumal auch alle Knaben, sie seien nun boni vel mediocris Ingenii, und sie haben nun Mittel die Studien zu prosequiren oder nit, zum studieren annehmen, dessentwegen dann auch, wie man vernimmt, bei den Herrn Rectoribus gnädigste Erinnerungen thun lassen. Da aber solche gnädigste Ahndungen lediglich nichts verfangen, indem die ausgemusterten Studenten nach erlangten Testimoniis sich gleich auf andere Collegien begeben, so bitten die Stände E. Ch. D. Ihre gnädigst gefaßte Intention zu dem abgezielten Effekt gnädigst bringen zu lassen.

Der Kurfürst erklärte in seiner Antwort, diese Erinnerung sei sehr nützlich und notwendig, maßen schon vorher zu verschiedenen Malen den Patribus der Societet Jesu derentwegen nachdrücklich zugesprochen worden; dieweil aber der verlangte Effect aus allerhand vorgewendeten Respect und Ursachen, noch zumahlen nit zu erhalten gewesen, so werde er auf andere Mittel bedacht sein, das zu erreichen,

1) Wortlaut in Monumenta Germ. paedagogica 42 (1908) 167 f.



was des gemeinen Wesens Notturft und Wohlfahrt erfordere.[1])

Alle die Übelstände, die mit dem Gelehrten-Proletariat verbunden waren, schildert drastisch ein Mahnschreiben des Kurfürsten Ferdinand Maria, das am 11. März 1673 an die Universität Ingolstadt erging. Vor allem beklagt er, daß schier jedermänniglich die Kinder ad Studia applicire und bei den Handwerkern ein Abgang an tauglichen Subjekten sich bezeiget und der Unvermöglichen Kinder, so lang sie in Studiis sein, gemeiniglich dem Bettel obliegen und der Gemein beschwerlich sein, hernach auch, wenn sie die Studia absolviret, wegen der großen Menge der Anwärter weder in geistl. noch weltlichen Stand zu Conditionen kommen, sondern andern mit Beschwer vor der Thür liegen. Die untern Schulen sind angewiesen, solchen Inconvenienzen soviel als möglich abzuhelfen. Es ist aber noch verdrießlicher und beschwerlicher, wenn man in den höhern Fakultäten männiglich indiscriminatim, verstehen gleich wenig oder viel, und auch solche, die nit tauglich sind, ad Gradus zuläßt. Diese schämen sich hernach ein Gewerbe oder eine Handtierung anzunehmen. Sie suchen sich vielmehr mit dem, was sie erlernt zu haben vermeinen, als etwa die Juristen mit Advociren, Schriftstellen oder andern Stulschreibereien, die Medici aber mit Praktiziern und Curiren, zu ernähren. Jene (die Juristen) verhetzen die Parteien zum Streiten, verwirren die Prozesse und ziehen sie in die Länge, diese aber (die Medici) befördern mehr zum Tod als zur Gesundheit.[2])

Wie bereits früher, suchten die Gymnasien durch schärfere Examina die Unfähigen schon in den untersten Klassen auszuscheiden.

Zum September 1680 berichtet das Münchener Diarium: Gegen Ende dieses Schuljahres legten um 1 Uhr die Prinzi-

1) Landtag im Churfürstenthum Baiern v. J. 1669 (1802) 325, 339.

2) Wortlaut bei Mederer Annales Jngolstad. IV, 418.



pisten eine schriftliche Prüfung ab in der Klasse der Rudimenta nach Diktat des P. Präfekt. Dann wurden sie am 18. und 19. September vom Präfekt und von einem anderen Pater mündlich geprüft. Das geschah im Interesse des Gymnasiums, damit nicht durch Pfuschen Unfähige sich einschleichen, wie es im vorigen Jahre geschah, wo man gegen Ende des Jahres allein in der obern Abteilung der Rudimenta 39 wegen hochgradiger Unwissenheit hatte durchfallen lassen müssen. Diese Prüfung wird auch später wieder erwähnt.

Durchgefallene versuchten dann auch zuweilen ihr Glück auf anderen Gymnasien. Zum 1. Januar 1662 heißt es im Münchener Diarium: In diesen Tagen kehrte ein Rhetoriker zu uns zurück, der im vorigen Jahre durchgefallen war. In Ingolstadt, wo es Sitte ist, alle, die ein Jahr Rhetorik gehört, zuzulassen, wurde er in die Logik aufgenommen. Nun wollte er auch hier in die Logik. Das wurde ihm aber abgeschlagen, damit nicht in der Folge sich mehrere in die Logik einschlichen. Er mußte also in die Rhetorik in sein altes Nest zurückkehren, um mehr Federn zu bekommen (ubi magis plumesceret).[1])

Manchmal gelang es aber den Entlassenen, durch Protektion wieder Aufnahme zu finden. So berichtet das Münchener Diarium zum 7. Dezember 1673: Heute wurden wiederum gemäß dem kurfürstlichen Befehl 43 Schüler von der obern Syntax bis zu den Rudimenten aus dem Gymnasium ausgeschlossen, da sie am Schulschluß das Examen nicht bestanden und nicht aufgestiegen waren. Es wurde bestimmt, daß Keiner der Ausgeschlossenen ohne ausdrücklichen Befehl des Kurfürsten wieder aufgenommen werden sollte. Aber innerhalb 1 oder 2 Monaten kehrten alle Ausgeschlossenen bis auf 6 oder 7 wieder zurück und zwar infolge von Fürbitten und Protektionen.

Auch in den folgenden Jahren, so 1673 und 1675, wurde das Gymnasium in München „gesiebt“, aber ohne

1) Diarium Gymnas. Monac. Clm 1551.



durchgreifenden Erfolg. Einige Jahre später erfolgte dann eine neue Mahnung. Zum 5. November 1688 steht im Münchener Diarium: Es wurde das Hofratsdekret in Betreff des Ausschlusses untauglicher Schüler verlesen.

Unter Max Emanuel glaubte man durch eine weltliche Kommission besser zum Ziele zu gelangen, aber auch hier waren die Verhältnisse stärker.

Am 6. Februar 1691 richtete Max Emanuel folgendes Schreiben an den Rektor in Landshut: Demnoch von den Handtirungen ins Gemein geklagt wird, daß sie bald keine Lehrjungen mehr bekommen können, weil Burger und Paurn ihre Knaben zuviel studieren lassen, da doch öfters deren Ingenia nit darnach beschaffen. Daraus erfolgt, daß es alsdann viel liederliche und dem gemeinen Wesen höchst schädliche Leute fast in allerlei Ständen da und dort gibt. Deshalb will die Notdurft erfordern, daß gleich wie wir bereits in dem Gymnasio zu München den Anfang gemacht, als auch bei unsern andern Gymnasien dergleichen Abstellung der gemeinen schlechten und zum Studieren untauglichen Buben bei Zeiten verfügt werde. Deshalb haben wir unsern Kammerer Herrn von Pfetten und Doctor Joh. Jac. Oexl, unsere Räte, die Commißion erteilt mit euch zu conferiren, damit mit Euch, P. Präfekt usw. eine Visitation und Ausmusterung vorgenommen werde, um die zu dem Studieren Untauglichen bei Zeiten und ehe sie in den Schulen erwachsen und weder zu einem Handwerk noch in anderweg sich mehr recht wollen applicieren lassen, von dem Studieren hinweg zu tun. Wir gedenken aber nit die schlechte und arme, wenn sie gute Ingenia und Sitten haben, vom Studieren auszuschließen.[1])

Die in diesem Schreiben erwähnte Münchener Visitation fand am 22. November 1690 statt. In dem Münchener Diarium heißt es unter dem 12. November 1690: Dem P. Rektor wurde ein Dekret geschickt, worin verlangt wird

1) Orig. M. R. Jes. 1648. Druck in Monumenta Germaniae paedagogica 42, 170 f.



die Ausschließung aus dem Gymnasium nicht allein von Armen, die nicht für die Studien hinreichend geeignet sind, sondern auch von andern plebejischen Knaben, die nicht für die Studien in besonderer Weise befähigt sind. Und bald darauf zum 22. November 1690: Heute examinierten in dem Erholungssaale die Kommissäre die Rudimentisten und Grammatiker über Eltern, Alter usw.; einige wenige entließen sie, die übrigen verwarnten sie, daß sie sich besserten, denn der geheime Hofrat wolle, daß das oben angeführte Dekret durch die Kommissäre ausgeführt werde.

Die Visitation in Amberg hatte ebenfalls geringen Erfolg. Das Amberger Diarium berichtet zum 17. März 1691: Am 22. Februar wurde uns ein kurfürstliches Dekret zugestellt, in dem eine Reformation des Gymnasiums anbefohlen wurde, daß nämlich die Schüler von niedriger Herkunft, die für die Studien nicht geeignet seien, entfernt würden. Zu diesem Zwecke wurden zwei Kommissäre gesandt, die heute die 4 untern Schulen mit der Schule der Prinzipien besuchten in Gegenwart des P. Rektors. Von dem Lehrer jeder Schule erbaten sie die Vorlesung der Namen der Schüler aus den Katalogen, die zu diesem Zwecke verfertigt waren und Talent, Fortschritt, Fleiß und Sittennote der Einzelnen enthielten, wie es in dem kurfürstlichen Dekrete verlangt wurde. Nach Verlesung der Namen und Musterung aller Schüler erfolgte aber keine Exekution, dieselbe wurde auf St. Georgi verschoben. So verlief die ganze Sache, die nicht allein im Gymnasium, sondern in der ganzen Stadt große Aufregung hervorrief, ziemlich matt. Trotzdem verließen einige (6) Schüler aus Furcht die Studien entweder ganz, oder sie zogen anderswohin, nachdem sie ihr Zeugnis erlangt hatten, unter der Bedingung, daß sie nicht mehr zurückkehrten. Am 7. September 1691 wurde das Resultat der Untersuchung verkündigt: nur 5 wurden entfernt und 4 Zweifelhafte verschoben.[1])

1) Diarium Gymn. Amberg. Bibliothek in Amberg. Vgl. über das Resnltat auch Max Emanuel an den Rektor 20. Juni 1691 Or. M. R. Jes. 1648.

Ähnlich wie in Bayern lagen die Verhältnisse in Österreich. Im Mai 1666 richtete die Regierung in Graz an den Rektor des Collegs einen Erlaß, diejenigen Studenten, welche sich nur „mit Petlen ernehren und rudioris ingenii" sind, „ad mechanicas artes" anzuweisen oder abzuschaffen. Am 24. Nov. 1667 erging ein Befehl an den Rektor, eine ordentliche Spezifikation der „armen Studenten und Knaben" einzureichen, weil unter dem Namen von Studenten nit wenig hin und her vagiren und auch sonst unter dem Vorgeben, sie seien Studenten sich viel zu den Studenten gesellen, durch die dann Diebstähle begangen und andere Ungelegenheiten den Leuten bereitet werden. Dieser Erlaß wurde am 30. Jan. 1668 erneuert.[1]) Am 5. Nov. 1681 forderte die Regierung eine Spezifikation der Studenten, die sich nicht ex propriis erhalten könnten.[2])

In Folge des Türkeneinfalles und der damit verbundenen Teuerung dekretierte am 29. Nov. 1683 die Grazer Regierung, der Rektor möge wegen der zu befürchtenden noch größeren Teuerung diejenigen Studenten, die sich ex proprio nicht zu verköſten vermögen oder mit keiner Condition versehen sind, von dannen abschaffen; sie mögen ihre Studia zu Klagenfurt und Laibach fortsetzen. Ingleich soll der Rektor darob sein, damit nicht gleich ein jeder zu den Studien gelassen werde, sondern allein diejenigen, die eines guten Ingenii sind, zumal jeder Bürger, Bauer, Weinzierl und Tagwerker ihre Kinder, ungeachtet dieselben hierzu nit tauglich, ad Studia applicieren. Hingegen beklagen sich die Handwerker und andere, daß sie derentwegen keine Lehr- oder Schreibjungen haben können. Am 29. Dez. 1683 forderte der geheime Rat eine Spezifikation der Studenten, die bei den Klöstern die Suppe erhielten, mit Name, Geburtsort und Angabe der besuchten Schule. Daraufhin

1) Krones, Geschichte der Universität in Graz (1886) 33 f. Vergl. Peinlich, Progr. des Gymn. in Graz 1870, 63.

2) Krones 39.



reichte der Rektor Balthasar Miller die verlangte Liste ein. Es waren 107. Er verwendete sich aber lebhaft, daß man wenigstens diejenigen schonen solle, die vom Colleg die Kost erhielten: es seien brave Studenten und aus ihren Reihen seien schon viele vortreffliche Männer hervorgegangen. Zugleich bat er Rücksicht zu nehmen auf die harte Winterzeit und mit der Verweisung bis auf die wärmere Zeit zu warten. Die schlechten Studenten würden sowieso aus der Schule entlassen, falls sie nicht nach Graz zuständig seien. Letztere könne man nicht ohne Erbitterung der Eltern so rasch entfernen, sondern man müsse den Vätern in Güte nahelegen, ihre Söhne einem anderen Berufe zuzuführen. In Folge dieser Vorstellung wurde die Ausweisung bis auf den 20. März verschoben und die Zahl auf 26 herabgemindert; es waren nur solche, die entweder nachlässig im Schulbesuch waren und keinen Erfolg in den Studien hatten oder in ihrem Lebenswandel zu wünschen ließen. Es erhielten also auch weiterhin die Kost an der Collegiumspforte 63 Studenten, darunter 5 Theologen und 29 Pilosophen, meist Krainer und Kroaten; bei den Kapuzinern blieben 19 Studenten in der Armenkost.[1])

In Wien erging am 1. Januar 1693 von der Regierung an die Universität ein Befehl, mittellose Schüler gar nicht zuzulassen und alle Schüler, welche nach einem halben Jahre die Hälfte ihrer Mitschüler nicht überträfen, von der Universität ganz abzuschaffen.[2])

Die Tendenz der Ausschließung richtete sich später immer mehr gegen die Armen und Bürgerlichen überhaupt. Die Innsbrucker Regierung rügte am 3. Juli 1700, daß zu viele arme und unadelige Kinder zu den Studien applizirt, mithin andere Künste und Hantirungen zu nit geringem Nachteil des Publici der tauglichen Subjekte beraubt würden. Eine

1) Peinlich, Grazer Progr. 1870, 80 f. Vergl. Krones, Universität Graz 307.

2) Kink, Universität Wien 1, 401.



kaiserliche Verfügung verlange, daß keine Mittellosen, die nicht „mit absonderlichen Talenten“ begabt, zu den Studien zugelassen, sondern abgeschafft werden sollten. Überhaupt sei den „Ignobilibus“ nur zur erlauben, nur ein oder höchstens zwei Kinder studieren zu lassen.[1])

Eine ähnliche Tendenz zeigt ein bayerisches Gutachten vom Jahre 1670, das für gemeine Bauernkinder nur ein wenig Unterricht im Lesen und Schreiben zuläßt, etwa des Tags ein Stündlein. Das Studieren soll dem gemeinen Land- und Bauernvolk verboten werden. Die Bürger und Handwerker in den Städten sollen ihre ersten zwei Söhne ohne Rücksicht auf ihr Ingenium für das bürgerliche Gewerbe erziehen, die Handelsleute aber den ersten Sohn dem Berufe des Vaters folgen lassen. Es seien immer noch genug auf den Schulen, wenn die Söhne des Adels, der Räte, Patrizier usw. studieren.[2])

Solchen zu weitgehenden Tendenzen haben sich die Jesuitenschulen nicht angeschlossen. Sie verteidigten wie der oben genannte P. Balth. Miller, der spätere langjährige Wiener Hofbeichtvater, das Recht der Armen zum Nutzen für Staat und Kirche.

Bei Gelegenheit eines blutigen Raufhandels zwischen Studenten des Gymnasiums von Amberg setzte der Präfekt P. Balth. Adlmann eine mildere Bestrafung durch, indem er geltend machte, daß manche arme Studenten auch abends sich den notwendigen Lebensunterhalt erbetteln müßten und zwar mit Einwilligung der Regierung. Der untersuchende Landrichter hielt dem Präfekten vor, es dürften nicht so viele Arme zum Gymnasium, besonders nicht zu den Trivialklassen zugelassen werden. Der Präfekt antwortete: Die Gesellschaft Jesu erzeige nach ihren Regeln die gleiche Liebe allen und mache keinen Unterschied zwischen Arm und Reich, oft finde

1) Gröber, Jes.-Colleg zu Konstanz 244.

2) Mitteilungen der Gesellschaft für Erziehungs- und Schulgeschichte 10 (1900), 92 f.



man unter den Armen hervorragendere Talente. Als der Richter betonte, man müsse die Armen, die unfähig seien, gleich bei ihrer Aufnahme in die Prinzipien zuerst auf ihre Fähigkeiten prüfen, antwortete der Präfekt, das sei theoretisch richtig, aber ohne vorhergehende Probe praktisch unausführbar. Wenn sich übrigens die Untauglichkeit in den Rudimenten oder in der Grammatik oder auch in einer andern Schule herausstellte, d. h., wenn einer auch nach zweijährigem Verweilen in derselben Klasse nicht aufsteige, so werde ein solcher nach dem Gebrauch des Münchener Gymnasiums ausgeschlossen.[1])

Die gute Mittelstraße hielt auch der Jesuit Christoph Ott ein, der in seinen Ingolstädter Vorträgen zur Förderung der Schulen sehr nachdrücklich für das Studium der begabten Armen eintrat, für alle aber Lesen und Schreiben forderte. Hierbei könnten dann die zu weiterem Studium Untauglichen ausgeschieden werden. Er schreibt im Jahre 1657: So ist aber hierbei das andere Extremum auch mit Fleiß zu verhüten, worin diejenigen Eltern irren, die durchaus aus ihren Kindern ganze Doktor wollen haben, sie haben Köpf und Hirn darzu oder nit, Apollo, der wolls und sag ja dazu oder nit. Das ist nun wieder ein Fehler und Irrsal. Nicht aus einem jeden Hölzlein, wie das Sprichwort lautet, kann man ein adeliches Bild und viel minder einen Doktor schnitzeln. Meine Ermahnung ist bisher nur auf das Schreiben und Lesen gegangen, welche zwei Stück also beschaffen, daß nicht bald ein Mensch zu finden, dem dies in kindlichen Jahren, da wir ein lauter Wachs seind, nit möge gleichsam eingetruckt werden. Da scheint eben bald, ob sie zu ferneren Studieren und höheren Künsten tauglich sein.[2])

1) Diar. Gymn. Amberg. 9. April 1698.
2) Hohe Schul 258. Vgl. über dieses Buch Pharus, 1916, 324 ff.

XLIX.

Die Eidesform des tridentinischen Glaubensbekenntnisses vom 13. November 1564 und ihre Aufnahme im Mainzer Domkapitel.

Von Andreas Ludwig Veit.

Noch ist die Erinnerung an die gewaltige Erregung nicht ganz verflogen, welche die Enzyklika Pascendi und in ihrem Gefolge der sogenannte Antimodernisteneid in den akatholischen Kreisen, vornehmlich in Deutschland, zu ihrer Zeit hervorriefen. Auch der katholischen Welt hatte sich eine gewisse Beunruhigung bemächtigt, welche indessen dank der überwältigend in die Erscheinung tretenden Festigkeit des Episkopats und der Geistlichkeit bald behoben wurde. Die breitspurig angekündigte Anti-Antimodernistenaktion innerhalb der katholischen Kirche, von der die außer der Kirche Stehenden und einige abfallreife katholische Theologen fabelten, erlebte nicht einmal einen Anfang. Geschlossen leistete die katholische Geistlichkeit den geforderten Eid. Sie leistete denselben, ohne sich dadurch im Gewissen bedrückt oder in ihrer seelsorgerlichen und literarischen Entfaltungsmöglichkeit beengt zu sehen. Warum auch? Alle Priester beten ohne seelischen oder geistlichen Nachteil das apostolische Glaubensbekenntnis täglich. Die kirchlichen Benefiziaten leisten so und so oft in ihrem Leben, jedesmal vor dem definitiven Antritt einer neuen Pfründe, den Eid auf das tridentinische Glaubensbekenntnis. Nur der Antimodernisteneid sollte eine Gewissenstortur sein! Die katholische Geistlichkeit gab auf diese Einflüsterungen von außen die einzig mögliche und richtige Antwort: sie leistete fast in ihrer Gesamtheit den Eid.

Da wir Zeitgenossen des Kampfes um die Enzyklika Pascendi sind, können wir uns ein ungefähres Bild von der Aufregung machen, welche die katholischen Reichsstände

des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erfaßte, als der apostolische Stuhl von denselben die Annahme der Glaubens- und Reformdekrete des 1563 beendeten Konzils von Trient forderte. In dem kampfdurchtobten sechszehnten Jahrhundert sah sich der päpstliche Stuhl mit seiner Forderung auf strikte Durchführung des Konzils von Trient einer ähnlichen Situation gegenübergestellt. Auch damals fühlte sich die deutsche Nation, soweit sie in den privilegierten geistlichen Korporationen verkörpert war, entschieden beunruhigt. So konnte es geschehen, daß die deutschen katholischen Reichsstände das Tridentinum quoad articulos fidei annahmen, an der tridentinischen Reformgesetzgebung aber trotz ihrer generellen Rezeption auf dem Reichstag zu Augsburg im Jahre 1566 achtlos vorübergingen.[1]) Lange Zeit blieben die tridentinischen Reformdekrete in Deutschland tote Buchstaben. Wie war diese Gestaltung möglich? Kardinal Otto Truchseß, Fürstbischof von Augsburg, möchte in seinem „Status Germaniae" (1573) die deutschen Bischöfe für entschuldigt halten, solange sie das Tridentinum bezüglich der Reformen nicht im Frieden promulgieren und noch weniger beobachten konnten; doch ist er zu aufrichtig, um zu leugnen, daß, wie auf seiten der Geistlichkeit eine gewisse Abneigung gegen Rom und die von Rom sanktionierten Reformdekrete des Konzils, so unter den Bischöfen eine unbegreifliche Mattheit und Schläfrigkeit zu festen Entschließungen bestanden.[2]) Der latente Protestantismus, der in den Kapitelsstuben und in den Kurien der Dom- und Kollegiatkapitel herrschte und blühte, widersetzte sich mit Zähigkeit jeder tiefgreifenden Reform im eigenen Hause.[3]) Die hochmögenden adeligen Domherren und die oft mehrfach be-

1) Ritter Moritz, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreißigjährigen Krieges, Stuttgart 1889, Bd. I, S. 260 ff.

2) Bei Schwarz W., Zehn Gutachten über die Lage der katholischen Kirche in Deutschland, Paderborn 1891, S. 1. Vgl. auch S. 33, 39.

3) Janssen-Pastor, Geschichte des deutschen Volkes, Bd. VIII [13] 428 f.

pfründeten bürgerlichen Stiftsherren hatten nichts einzuwenden, wollte der Bischof den Kurat- und Regularklerus mit Reformen bedenken. Vor ihren eigenen Kapitelsstuben sollten dagegen Konzil, Papst und Ordinarius halt machen. Nicht einmal eine mäßige Reform wollten sie gestatten. Dies war der Grund, weshalb sie mit Geschrei die Reformdekrete des Konzils von Trient, welche ihren Statuten und Privilegien nahetraten, von sich wiesen. Und doch wäre gerade diesen teilweise auf ihren Pfründen monopolisierten Herren eine Reform bitter notwendig gewesen. Otto Truchseß zählt viele häretische oder der Häresie verdächtige Kanoniker in den Domstiften von Mainz, Köln, Straßburg, Würzburg und Bamberg auf, sodaß Gefahr bestehe, diesen Kirchen drohe das gleiche Schicksal, wie den Stiften Magdeburg, Merseburg und Meißen.[1]) Petrus Kanisius gar nennt im Jahre 1568 das Mainzer Domkapitel eines der verdorbensten in ganz Deutschland und beklagt, daß fast alle Domherren durch ihren Wandel Ärgernis gäben.[2]) Was der apostolische Stuhl nach dem Tode des Würzburger Fürstbischofs Friedrich von Wirsberg von der unkirchlichen und mit der neuen Lehre mehr oder weniger verwandten Stimmung der Würzburger Domstiftskapitulare befürchtete, darüber unterrichtet uns das Breve des Papstes Gregor XIII. vom 8. November 1573 an das Kapitel:

„. . . Bis unser Schreiben an Euch gelangt, seid ihr wahrscheinlich mit der Wahl beschäftigt. Es ist dies ein hochwichtiges Geschäft, wird aber in diesem Fall um so wichtiger, als es sich dabei um den Ruhm Christi und das Wohl dieser berühmten Kirche und einer so ausgezeichneten Provinz handelt. . . . Bei eurer Ehre und eurem Seelenheil beschwöre ich euch daher, geliebteste Söhne, alle Mühe aufzuwenden, daß ihr zur Aufrechterhaltung des katholischen Glaubens und zum Ruhme

1) Schwarz a. a. O. S. 2 f.

2) Steinhuber, Andreas Geschichte des Kollegium Germanikum—Hungarikum, Freiburg 1900, I², 208.

Christi einen guten Bischof wählt und jenen für einen guten haltet, von dem ihr wißt, daß er durch Heiligkeit des Lebens und aufrichtige Rechtgläubigkeit sich auszeichnet, damit er nicht, wenn er ungehörig lebt, entweder sich scheut, anderen die richtige Lebensweise vorzuschreiben oder, wenn er dennoch vorschreibt, sicher zum Gelächter werde, damit er auch nicht den Versuch wage, falls er selbst in der Religion von schlechter Gesinnung ist, soviele Gläubige, als möglich, mit bewußter Absicht von Christus weg- und dem Satan zuzuführen. . . . Damit Ihr aber bei einem so wichtigen Geschäft in recht reiner Absicht und mit Heiligkeit verfahrt und die Gnade des heiligen Geistes zu erlangen verdient, so laßt die Häretiker zum ganzen Wahlgeschäft in keiner Weise zu und gestattet nicht, daß sie dabei irgend etwas sich herausnehmen und anmaßen." [1])

Gewählt wurde hierauf der hochgesinnte und kirchlich zuverlässige Domdechant Julius Echter von Mespelbrunn (1. Dezember 1573). Noch im Jahre 1588 findet der gut unterrichtete Minucci den Hauptgrund des trostlosen Zustandes der deutschen Kirche in der Schlechtigkeit der deutschen Domkapitel, dieser Bischofseminare, die im Gegensatz zu früheren Zeiten nicht mehr auf Befähigung, Tugend und Lebensgewohnheiten des zu Wählenden sähen, sondern auf seine politische und ökonomische Klugheit, oft auch auf die Hoffnung, er werde jeden nach seiner Weise leben lassen. Diese Deformität vieler Kapitel, in denen entweder teilweise oder ganz häretische Kanoniker oder Freunde eines zügellosen Lebens säßen, führt er auf die Notwendigkeit der Adelsproben und auf die bisherige Vernachlässigung durch den heiligen Stuhl zu-

1) Braun Karl, Geschichte der Heranbildung des Klerus in der Diözese Würzburg, Würzburg 1889, Bd. I, S. 162 f. Die Briefe des Petrus Kanisius sind voll von Klagen über das ärgerliche Leben des Würzburger und Bamberger Klerus; der Bischof von Würzburg wage ohne militärische Bedeckung weder sein Schloß zu verlassen noch in seine Domkirche sich zu begeben; von den fränkischen Adeligen seien nur noch wenige katholisch. Janssen-Pastor, Bd. V 15—16, S. 197. Vgl. noch Schwarz a. a. O. S. 52.



rück. Mit den Besten seiner Zeit, besonders mit Petrus Kanisius, kommt Minucci daher auf den Vorschlag des Mainzer Memorandum von 1573 zurück, daß, wolle man tüchtige Bischöfe bekommen, zuerst der schlechte oder vermischte Same, die Domkapitel, durch Verstärkung des Doktorenelements und durch strikte Forderung der professio fidei zu verbessern sei.[1]) Nicht besser stand es mit dem Klerus der Nebenstifte in den einzelnen deutschen Diözesen. Kanisius urteilte nicht zu düster, wenn er speziell von der Geistlichkeit an den Kollegiatkirchen der Diözese Würzburg in einem Gutachten (Frühjahr 1567) über Besserung der kirchlichen Mißstände sagt: „Welche große Mißbräuche sie einschleppen und daß sie großenteils durch Simonie aufgenommen werden, ist weltbekannt. Man will dort der Kirche nicht anders dienen als für ein paar Stunden um Geld. Die kanonischen Tageszeiten betet man nicht, eine kirchliche Kleidung zu tragen, schämt man sich, gewisse Kanoniker und Dekane wollen nicht Messe lesen oder Priester werden; Gottesdienst und vieles andere, was zur Ehre Gottes gestiftet ist, wird unterlassen und man will davon nichts mehr wissen. In ihrem Hauswesen zeigt sich die Schande ganz offen; Müßiggang, Trinkgelage, Würfelspiel sind ihre Beschäftigung; sie sind oftmals weit unanständiger als die Laien, halten sich nicht an die Auswahl der Speisen und an das Fastengebot der Kirche und geben damit kein geringes Ärgernis.[2]) Die Stadtmainzer Stiftsgeistlichkeit leistete Reformbestrebungen des Erzbischofs Daniel Brendel, die sie betrafen, geschlossenen Widerstand.[3]) Statt sich zu bessern, wußten Dom- und Stiftsherren die offizielle Annahme und Publikation der Reformdekrete des Konzils von Trient hinauszuzögern. In Mainz wurden denn auch die Beschlüsse des

1) Jansen Jos., Nuntiaturberichte, Bd. I, 750 u. ff.

2) Zitiert bei Braun a. a. O. S. 114 f.

3) Herrmann Fritz, Die evangelische Bewegung zu Mainz im Reformationszeitalter, Mainz 1907, Einleitung.

Konzils, wie Erzbischof Johann Philipp von Schönborn (1647—1673) einmal Leibnitz erzählte, niemals verkündigt.[1]) Praktisch wurden dieselben jedoch, soweit sie den Kurat- und Regularklerus und die Seelsorge im Auge hatten, in der kirchlichen Verwaltung der Erzdiözese beobachtet und geübt. Es wäre daher gefehlt, diese offensichtliche Mißachtung des heil. Stuhles den Mainzer Kirchenfürsten allein anrechnen zu wollen. Man stelle sich ihre beengte Lage inmitten akatholischer, feindseliger Nachbarn vor, die in jeder strikten katholischen Regierungshandlung des Mainzer Hofes persönliche Angriffe erblickten. Im Lande selbst saß ein privilegierter mächtiger Gegner gegen alle eminent katholischen Maßnahmen, der mit Verkürzung der finanziellen Hilfe an den Erzbischof drohte, wenn derselbe auch nur eine mäßige Besserung von den Kanonikern verlangte.[2]) Höher als das Wohl der deutschen Kirche standen dieser Phalanx von privilegierten Klerikern die Freiheiten, Privilegien und Gewohnheiten ihrer Kommunitäten. Wenn also Kardinalbischof Andreas von Konstanz in seiner Diözesanrelation vom Jahre 1595 an den heiligen Stuhl der Mitteilung, daß er mit allgemeiner Zustimmung das Trienter Konzil in der ganzen Diözese verkündigt habe, die Nachricht beifügt, der Metropolit (Mainz) habe nie dazu gemahnt, vielmehr in seinem eigenen Sprengel bisher diese so notwendige und fruchtbringende Sache ganz vernachlässigt, so so ist diese Nachricht, sofern sie nur den Erzbischof tadelt, cum grano salis aufzunehmen.[3]) Erzbischof Daniel Brendel versuchte sehr wohl, den Reformdekreten des Konzils in seinem Sprengel Geltung zu verschaffen. Es sei an die

1) Mentz Georg, Johann Philipp von Schönborn, Jena 1897, Bd. II 186.

2) Für Würzburgs ähnliche Zustände siehe Braun a. a. O. I, 156 ff.

3) Schmidlin Jos., Die kirchlichen Zustände in Deutschland vor dem dreißigjährigen Kriege nach den bischöflichen Visitationsberichten an den Heiligen Stuhl in Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes, hrsg. von Dr. L. v. Pastor, Freiburg 1911, Bd. VII, Heft 5 u. 6., S. 11, Anm. 2.



Promulgation des tridentinischen Ehedekretes „Tametsi", die im Mainzer Oberstift im Jahre 1578 und im Jahre 1582 in der ganzen Erzdiözese erfolgte,[1]) und an den Vollzug der von Papst Pius IV. durch die Bulle vom 13. November 1564 geforderten Eidesleistung auf das tridentinische Glaubensbekenntnis erinnert. Zu einer Publikation des ganzen Tridentinums kam es indes nicht, da die Domstifts- und Kollegiatstiftsgeistlichkeit hier einfach die Gefolgschaft verweigerte. Grell wird die Angst vor der Annahme aller Trienter Reformdekrete durch das Verhalten beleuchtet, welches das Mainzer Domkapitel gegenüber der Eidesform auf das tridentinische Glaubensbekenntnis einschlug. Erzbischof Daniel drängte pflichtgemäß auf die Annahme dieser Eidesform. Am 29. Mai 1572 sah er im Bischofshof die vier Domstiftsprälaten und die Domherren Merode, Dienheim und Biland um sich versammelt, die seiner Einladung zu einer Beratung über die erstrebenswerte Besserung des cultus divinus gefolgt waren.[2]) Vor allem legte er den Deputierten des Kapitels den eifrigen Besuch des Chordienstes und die Pflicht der Residenz bei der Domkirche ans Herz. Beiläufig kam er darauf zu sprechen, daß „die jetzig päpstlich Heiligkeit und derselben antecessores ihm durch mehrere Schrifften ganz väterlich erinnern lassen, sich des leidigen Zustands der wahren katholischen Religion angelegen sein zu lassen". Um diesen Zustand zu bessern, habe das Konzil „eine gemeinsame confession beschlossen", welche er hiermit dem Kapitel in Abschrift zustelle, damit es dieselbe „wie dann allbereit bey anderen Stiftern dieses alles schon in practica und gank wehre, annehme und im Generalkapitel offizielle rezipiere. Das Konzil habe unter den Mitteln, die es zur Hebung der kirchlichen Disziplin für nötig erachtete, auch die „gemein-

1) Veit A., Zur Geschichte der Caput Tametsi in der alten Erzdiözese Mainz, im Katholik 1909, S. 196 ff.

2) K. Kreisarchiv zu Würzburg: Protokolle des Mainzer Domkapitels. Wir entnehmen das Folgende dem fünfzehnten Band der Protokolle (1572—78).

same confession" beschlossen, „weiln junge persohnen auf die Stiffter genommen, volgents ad studia in ohngleiche Universitäten geschickt und bisweilen per praeceptores adversae religionis instituirt, hernach ad capitula uffgegenommen, ad dignitates und ad gubernationem ecclesiae gezogen würden, woraus große beschwerung zu besorgen sei". Die Deputierten des Kapitels nahmen die Vorschläge des Erzbischofs und das Glaubensbekenntnis zur Kenntnis. Die Glaubensformel wurde hierauf in dem Generalkapitel vom 30. Mai verlesen.[1]) Wir geben dieselbe an dieser Stelle in der deutschen Übersetzung wieder, welche sich in der Mainzer Agende Johann Philipps von Schönborn vorfindet.[2]) Sie lautet:

„Ich N. glaub und bekenne mit bestendigem Herzen / alle und jede Stück / so im christlichen / Glauben / den die h. Römische Kirch auff diese Weise gebrauchet / verfasset seynd. Nemblich: Ich glaub in einen Gott / Vatter den Allmächtigen / Schöpffer deß Himmels und der Erden / aller sichtbarn und unsichtbarn Dingen. Und in einen Herren Jesum Christum / den eingebohrnen Sohn Gottes / auß dem Vatter gebohren von Ewigkeit / Gott von Gott / Liecht von Liecht / ein wahrer Gott von wahrem Gott / gebohren und nicht erschaffen / gleicher Substanz und Wesens mit dem Vatter / durch den alle Ding erschaffen seynd / welcher umb uns Menschen / und unsers Heyls willen / vom Himmel herunder gestiegen / und durch den heiligen Geist / auß Maria der Jungfrauen / Fleisch an sich genommen hat / und ist Mensch worden. Er ist auch für uns unter Pontio Pilato gecreutziget / hat gelitten / und ist begraben worden / und am dritten Tag / laut der h. Schrifft / widerumb aufferstanden von den Todten: Er ist auffgefahren in den Himmel / sitzet zur Rechten Gottes deß

1) Ebd. Fol. 119.

2) Honecker Vitus Godefridus: Ordo et argumentum agendarum Moguntinensium ab ineunte saeculo XVI, Moguntiae 1785. fol. 70 et sqq. Zur deutschen Übersetzung der vom Konzil Sess. 24: de ref., cap. 12 vorgeschriebenen Glaubensform in der ersten nachtridentinischen Mainzer Agende Wolfgangs von 1599 bemerkt Honecker: Germanica translatio indiget emendatione.

Vatters / und wird widerumb kommen mit Herrlichkeit zu richten die Lebendigen und die Todten / welches Reichs kein End wird seyn. Ich glaub auch in den heiligen Geist / den lebendigmachenden Herrn / der vom Vatter und Sohn hergehet / welcher sambt dem Vatter und Sohn zugleich angebettet und geehret wird / der da geredt hat durch die Propheten. Ich glaub auch ein einige / heilige / allgemeine und apostolische Kirchen. Ich bekenne einen Teuff / zur Vergebung der Sünden / und warte auff die Aufferstehung der Abgestorbenen / und auf ein ewiges zukünftiges Leben / Amen.

Alle apostolische geistliche Satzungen / sambt allen andern Ordnungen und Gebräuchen der catholischen Kirchen / nimme ich an / und halt sie vestiglich.

Die h. Schrifft verstehe ich / und laß sie zu / in und durch den Verstandt / welchen unser heilige Mutter die christliche Kirch bißher gehabt / und noch helt: Sintemal ihr zugehört / den wahren Verstandt und Außlegung der h. Schrifft von dem falschen zu underscheyden.

Ich will auch gemelde h. Schrifft allzeit / nach der einhelligen Außlegung der heiligen Vätter / verstehen / annehmen / und nicht anderst.

Ich glaub und bekenn / daß warlich und eygentlich sieben Sakrament deß neueren Testaments / von Christo Jesu unsern Herrn selbst eingesetzt / und dem menschlichen Geschlecht sehr nützlich / wiewol nicht alle einem jeden Menschen zur Seligkeit nothwendig seynd, Als nemblich der Tauff / Firmung / das Sakrament deß Altars / die Buß / letzte Oelung / die Priesterweyhe / und die Ehe / und daß durch diese Sakrament dem Menschen Gnad mitgetheilt werde. Auß welchen allen der Tauff / Firmung / und priesterliche Weyhung / ohne Gotteslästerung / und große Sünd / nicht mögen wiederholt / und zum andern mal gebraucht werden. Ich nimme auch an und laß zu / alle gewöhnliche und bewehrte Bräuch / so in der christlichen catholischen Kirchen bey der öffentlichen herrlichen Darreichung / hochgemeldter dieser Sakramenten / gebraucht werden.

Deß gleichen glaub ich auch / alles samptlich und sonder=



lich / was von der Erbsünd und Rechtfertigung des Sünders / im heiligen allgemeinen Concilio zu Trient erklärt und beschlossen worden.

Ich bekenn auch und glaub / daß in dem hochheiligen Ampt der Meß / Gott dem Herrn ein wahres eigentliches und versöhnliches Opffer / für die Lebendige und die Todten / auffgeopfert werde. Daß auch in dem allerheiligsten Sakrament deß Altars / wahrhafftig / leiblich / und wesentlich zugegen sey / der Leib und das Blut / mit der Seel und Gottheit unsers Herrn Jesu Christi / und daß die gantze Substantz deß Brots in den Leib / und die Substantz des Weins in das Blut Christi verwandlet werde: welche Wandlung die christliche catholische Kirch Transsubstantiation, das ist / ein Verwandlung einer Substantz in die ander / nennet. Ich glaub auch und bekenn / daß under einerley Gestalt der gantz unzertheilte Christus vollkommenlich / und das wahre Sakrament seines Frohnleichnambs genossen und empfangen werde. Ich glaub auch vestiglich / daß ein Fegfeuer sey / und daß die christglaubige Seelen daselbsten / durch die Fürbitt der glaubigen lebendigen Menschen / Trost und Hülff empfahen. Item / daß man auch die lieben Heiligen / so mit Christo regieren / ehren und anrufen soll / und daß sie auch Gott für uns bitten. Derzu auch / daß ihre Heylthumb in Ehren sollen gehalten werden.

Ich halte bestendiglich dafür / daß man die Bildnissen Christi / der Mutter Gottes / und anderer lieben Heiligen / haben und auffhalten / auch denselbigen gebührende Ehr und Reverentz erzeigen soll.

Ich glaub auch für gewiß / daß Christus der Herr den Gewalt deß Ablaß / der Kirchen gegeben hab / auch daß desselbigen Ablaß Gebrauch der Christenheit gar heylsam sey. Ich bekenne auch die heilige allgemeine und apostolische Römische Kirchen für eine Mutter und Meisterin aller anderen Kirchen. Ich versprich auch / und gelob mit dem Schwur / wahre Gehorsam dem Römischen Bischof / als deß heiligen Petrus obersten Apostels Nachkömbling / und deß Herrn Jesu Christi Statthaltern. Dergleichen alle andere Stück / so von den heiligen



Canonen und allgemeinen Concilien / fürnemlich aber von dem heiligen Trientisch Concilio / aufgesetzet / verordnet und beschlossen worden / bekenn und nimm ich unzweiffentlich an. Hergegen aber alle Irrthumben / Lehr / Stück / und Ketzereien / so von gemeldter catholischer Kirchen bißhero verdampt / verworffen / und verflucht seynd / oder nochmals verdampt / verworffen und verflucht sollen werden / die verdamme / verwerfe / und verfluche ich ebenmässig.

Diesen wahren catholischen Glauben / außerhalb welches niemand selig kan werden / den ich da in gegenwertigkeit freywillig bekenn und wahrhafftig halte / will ich auch mit Hülff Gottes biß an mein letztes End / gantz unwidersprechlich / unverwirrt / und unverletzt / halten und bekennen.

Ich will auch / so viel mir möglich / allen Fleiß fürwenden / daß dieser recht und wahrhaftig Glaub / von meinen Underthanen / und allen denen / so mir under mein Sorg befohlen / soll gehalten / gelehret und geprediget werden. Das verheiße / gelob und schwer ich N. So helff mir Gott und die heiligen Gottes Evangelia.

Man sollte meinen, daß dieses Glaubensbekenntnis freudigen Wiederhall in den Herzen der Mainzer Domherren hätte finden müssen und daß dieselben ohne Rückhalt den geforderten Eid auf die Formel leisten würden. Statt dessen erschien „etzlichen Herren" die professio fidei für „die angehenden Domherren beschwerlich, indem verstanden wolt werden, daß man sich den decretis concilii durchaus und in allem unterwürfig solt machen, woraus folge, daß die neuen capitulares nit allein anderer ihrer ahngehenden Benefizien beraubt würden, und diese Erinnerung den alten statutis dieses Dhombstiffts zuwiderlaufe." Das Kapitel machte sich diese Auffassung zu eigen und beschloß, die professio fidei des Konzils zu akzeptieren, „doch mit allweg mit diesser clausula limitata, daß die ahngenommene und geschworene confessio anders nit denn allein quoad articulos fidei soll verstanden und gepraucht werden.[1]) So bereitete das

1) Kreisarchiv zu Würzburg a. a. O. Fol. 120.



erzhohe Domkapitel von Mainz für seinen Teil dem mühsam errungenen Reformwerk des Konzils von Trient ein kurzes und entehrendes Begräbnis. Mochte die Kirche in Deutschland auch darüber zugrunde gehen, wenn die beati possidentes, in diesem Falle adelige Domherren, nur im ungestörten Genuß alles dessen blieben, was ihnen die zufällige Abstammung aus vier turnierfähigen Ahnen vom Reichtum der Kirche in den Schoß geworfen hatte. Die große und brennende Frage der allgemeinen Kirchenreform interessierte die potenten Herren bloß insofern, als sie andere betraf. Sie selbst hintergingen in skandalöser Weise Kirche und Reform, um von der reichlich gefüllten Futterkrippe nichts einzubüßen und von lästigen Pflichten befreit zu bleiben. Welche Summen bei der üblichen Pfründeanhäufung in einer Hand bisweilen in Frage kamen, ist aus den Kompetenzregistern der Dom- und Kollegiatstiftskirchen zu berechnen und zu ersehen. Als der Würzburger Domdechant Johann Konrad Kotwitz von Aulenbach am 28. Dezember 1610 starb, soll er, der zugleich Domkustos zu Mainz, Propst zu Stift Haug und Wächterswinkel war, 900 Fuder Wein, 20000 Malter Korn, im ganzen 1 Million Gulden Vermögen hinterlassen haben.[1])

Das den deutschen Kapiteln besonders anstößige Dekret des Konzils war das vierte Kapitel de reformatione der XXII. Sitzung, welches anordnete, daß als Domherren nur solche anzunehmen seien, welche in Ermangelung eines gerechten Hindernisses innerhalb eines Jahres die erforderlichen Weihen empfingen, widrigenfalls sie den Strafen nach der durch den gegenwärtigen Beschluß erneuerten Verordnung des Kapitels von Vienne, welche mit Ut ii, qui beginnt, verfallen sollen. Auch sollen die Bischöfe sie durch dieselben und andere, auch schwerere, nach ihrem Gutdünken zu verhängende Strafen zwingen, an den bestimmten Tagen die

1) Kerler, Unter Fürstbischof Julius. Kalendereinträge des Tuchscherers Jakob Röder im Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg, Würzburg 1899, Bd. 41, S. 37.



genannten Weihen und alle übrigen Pflichten, die sie beim Gottesdienste zu leisten schuldig sind, selbst auszuüben.[1]) Da nun das 12. Kapitel de reformatione der XXIII. Sitzung das für den Empfang der höheren Weihen erforderliche Alter näher dahin erläuterte, daß niemand in Zukunft zur Weihe des Subdiakonats vor dem zweiundzwanzigsten, zu der des Diakonats vor dem dreiundzwanzigsten und zu der des Priestertums vor dem fünfundzwanzigsten Jahre seines Alters befördert werden dürfe,[2]) war für die Domkapitel, die zum Teil Knaben schon von neun Jahren auf Domizellarpfründen zuließen, Gefahr in Verzug. Hinc illae lacrimae! War es doch, wie Fürstbischof Heinrich von Knöringen von Augsburg in seiner Diözesanrelation von 1601 an den apostolischen Stuhl verständlich zu machen sucht, höchst selten, ja unerhört (!), daß ein Adeliger nach dem zwanzigsten Lebensjahr dem geistlichen Stande sich zuwende; dieselben pflegten vielmehr in diesem Alter fast schon die militärische Laufbahn einzuschlagen oder zu heiraten. Das Dekret des Konzils über den Empfang der Weihen scheine daher nicht ohne Ausschluß der Adeligen von den Kathedralen praktisch werden zu können, welcher Ausschluß zum offenbaren Untergang der katholischen Religion ausschlagen würde (!)[3]) Auf eine einfache Formel gebracht, hatte also die Opposition des Adels gegen das Konzil den Sinn: wir halten trotz aller gegenteiliger Dekrete und Bestimmungen an der Gewohnheit fest, daß unsere Söhne vom neunten bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahr ohne Weihen die Früchte kirchlicher Kathedralpräbenden genießen. Empörend bleibt es, daß diese Unbotmäßigkeit mit dem Hinweis auf den angeblichen Nutzen, den die Kirche davon habe, beschönigt und verbrämt wurde. Das nackte Familieninteresse obsiegte in diesem Falle über das dringendste Gebot der Stunde.

1) Perthes H. Jos., Das Konzil zu Trient mit den betreffenden Bullen und Verfügungen, Mainz 1851, 3. Aufl. 243 f.

2) Ebenda S. 267.

3) Schmidlin Jos., a. a. O. S. 53 Anm. 2.



L.

Friedrich Naumann und Joseph v. Görres.

Aus Österreich.

„Mitteleuropa" ist ein Wort geworden, das lebhaft zustimmendes Kopfnicken, zweifelndes bedenkliches Kopfneigen, unwillig ablehnendes Kopfschütteln je nach der politischen Stimmung und Schulung der Hörer hervorruft. Dieses Mitteleuropa läßt sich aber nicht als unbequeme, ruhestörende Idee der Disputation von Akademikern anheimstellen. Vielmehr fordert es den sogenannten Realpolitiker zur Stellungnahme heraus; es steht als wachsende „Kriegsfrucht" tatsächlich vor aller Augen. Diesem Umstand verdankt das Buch des federfertigen und redegewandten Reichstagsabgeordneten und hervorragenden Soziologen Friedrich Naumann „Mitteleuropa" (Berlin 1915) seine große, schnelle Verbreitung. Welcher Gebildete in Deutschland und in der Donaumonarchie hat es nicht gelesen oder doch davon gehört? Kein Leser ist darüber eingeschlafen. Von Abschnitt zu Abschnitt ist seine Aufmerksamkeit wohl gewachsen. Mit jeder Zeile ist er vielleicht für den Verfasser mehr eingenommen worden, insofern er die gute Absicht, das redliche Streben nach Gerechtigkeit, die besonnene Zurückhaltung im Plänemachen, die genaue Kenntnis der Verhältnisse im Allgemeinen nicht verkennen, dem Zauber der gewandten, frischen, fast einschmeichelnden Sprache aber sich kaum entziehen kann. Auch wenn der Leser die Ansichten Naumanns nicht teilt, wird er sich vielleicht mehr über die Geschicklichkeit, die Leser zu gewinnen, ärgern, als über die Ansichten selbst. Das dürfte besonders in Österreich nicht selten vorkommen, wo der Verfasser auch durch fesselnde Reden mitteleuropäischen Geist zu wecken sich erfolgreich bemüht hat. Dem liberalen oder gar alldeutschen Deutschösterreicher, der in jeder österreichischen Stadt



einen „Bismarckplatz“ zu haben wünscht, wird durchschnittlich Naumanns „Mitteleuropa“ als Evangelium vorkommen. Diese Bedeutung kann es unmöglich für den haben, der das Wohl der österreichischen Völkerfamilie auf Grund der Geschichte und der christlichen Gerechtigkeit anstrebt. Aber auch er braucht Naumanns Buch nicht unbedingt abzulehnen. Demgemäß treten wir hier im Interesse des alten, geschichtlich gewordenen und werdenden Österreich und damit auch Deutschlands nicht als entschiedene Gegner auf, da auch wir die Gestaltung Mitteleuropas als eine Art Forderung der österreichischen Geschichte ansehen. Gleichwohl müssen wir auf Grund der Geschichte und zugunsten der Zukunft Oesterreichs eine stark ergänzende Kritik der Naumannschen Programmschrift vornehmen, indem wir einen anderen größeren und tiefer schauenden deutschen Verteidiger von Mitteleuropa in Erinnerung bringen: Josef von Görres. Es wäre eine Art Pflichtvergessenheit, wenn im katholischen Deutschland keine Stimme diesbezüglich an „die fünfte Großmacht Europas“ erinnerte, die zur Zeit der tiefsten Erniedrigung des deutschen Reiches mit dem Kaiser von Oesterreich an der Spitze durch den übermütigen korsischen Macht- und Glanzkaiser die Hoffnung auf eine neue universal-historische Bedeutung der beiden Zentralmächte aufrecht erhielt und später mit einer Art Seherblick den Weg zu dieser Erhebung wies. Naumann verdient persönlich gewiß Anerkennung, daß er es trotz seines protestantischen und norddeutschen Standpunktes in der Objektivität noch so weit gebracht hat. Dagegen fordert die Einseitigkeit, fast könnte man sagen die Niedrigkeit seines mitteleuropäischen Programms im Interesse der Sache zur Kritik heraus. Was Richard v. Kralik in seiner „Oesterreichischen Geschichte“ (Wien 1913 S. 601) über „eine Lücke nationaler Kulturarbeit auf deutscher Seite“ zunächst in Oesterreich sagt, gilt wesentlich auch von Naumanns Auffassung des großen Problems. „Die Deutschen sind“, sagt Kralik, „seit 1866 und 1870 allzusehr Realpolitiker geworden. Deutsche Historiker betonen, daß „Ver-



fassungsfragen Machtfragen" seien, daß „papierene Auflehnungen gegen die Geschichte" von Unverständnis zeugen, aber sie schelten doch, wenn die von „tschechischer Romantik" großgezogene Macht die Macht der deutschen Realpolitiker bedrängt. Diese Mißachtung nationaler Romantik rächt sich an den Deutschen von Schleswig an bis Triest. . . . Die eigentlichen Entscheidungen fallen auch auf dem Gebiete der Ideen, der Überlieferungen, der unwägbaren Stimmungen, der Poesie, der Legende, selbst des nationalen Mythus. Das war die Größe aller Kulturnationen, der Griechen und Römer." Naumann ist zu gebildet, um diesen idealen Faktor einfach auszuschalten, aber sein Streben, unvereinbare Gegensätze durch die „Kunst des Weglassens" unter der Hand verschwinden zu lassen, hat ihn die mächtigste und wirklichste Realpolitik der idealen Elemente stark unterschätzen lassen. Gerade die Betonung dieser Elemente war aber Görres' starke Seite. Er ist dadurch bis heute der größte Deutsche des 19. Jahrhunderts geblieben; auch manche deutsche katholische Schriftsteller haben infolge der üblichen Kompromißpolitik die Bedeutung Görres für die Gegenwart vergessen oder doch ungebührlich abzuschwächen begonnen. Im deutschen und österreichischen Interesse bringen wir daher in seinen Blättern, die den deutschen Katholiken ein unschätzbares Erbe von aktuellem Werte für heute sein sollten, Görres' mitteleuropäisches Programm wenigstens skizzenhaft zur Geltung. Mit seinem großen, christlich-deutschen Herzen, dem neben allem Idealismus der praktische nüchterne Sinn für die Schwierigkeiten des täglichen Lebens nicht fehlte, tritt Görres wie ein unbeugsamer Riese neben den geschmeidigen Naumann.

Zunächst hat Naumann seinen Glauben nicht auf uns übertragen können, den er in den Worten ausspricht: „Bismarck war Herkules. Einen solchen Mann haben die Oesterreicher nicht gehabt, aber sie haben ihn mit uns gehabt. Ich glaube aufgezeigt zu haben, daß er der Anfänger Mitteleuropas ist. Unsere Aufgabe ist es, ihn fortzusetzen" (S. 56). Nein. Bismarck ist von Naumann nicht als Anfänger

Mitteleuropas aufgezeigt worden, wenn „aufzeigen" so viel als erweisen bedeutet. Wenige Seiten vorher hat er richtig gesagt, daß es unserer „Ahnung" nach schon damals in der Zeit von Karl dem Großen bis Kaiser Karl V. „eine Weltmacht Mitteleuropa" gab. Wir dürfen getrost über diese Ahnung hinaus mit Görres von diesem Mitteleuropa als von einer historischen Tatsache reden. In seiner Schrift „Kirche und Staat nach Ablauf der Cölner Irrung" (1842) hat Görres in seiner kraftvollen Weise (S. 75 bis 156) die vier Gestalten dieses mitteleuropäischen Deutschland oder des deutschen Mitteleuropa von Karl dem Großen bis in seine Tage geschildert. Für dieses Mitteleuropa begeistert, hatte er im „Rhein. Merkur" unterm 18. August 1914 die Forderung gestellt:

„Wie das alte Germanien mit einem Volke von Markmännern und kriegerischen Völkerschaften im Süden gegen die Weltherrschaft der Römer sich umgab, so müssen wir rundum mit einer solchen Wehre uns umgürten und mit einer Schildburg uns umschließen . . . Dann allein kann es uns gelingen, daß wir die Schmach nicht wieder sehen, daß Feindesheere aus Donau, Elbe, Weser, Main und Lech und Inn unser Herzblut trinken. Wir können in Ruhe unseres Wohlstands pflegen und dürfen nicht besorgen, daß er mit jedem Jahrhundert einmal dem frechen Raube zur Beute werde." Die Erreichung dieses Zieles stellte er bald darauf im Rheinischen Merkur (18. Jan. 1815) als besondere Aufgabe Österreichs und Preußens hin: „Wir wollen hoffen, daß es zur allgemeinen Anerkenntnis gelangen werde, wie das die Hauptaufgabe sei, einen Damm zu setzen und eine Mauer zwischen Deutschland und den Nachbarn allumher, damit unser Erbe, unsere Kinder und alles, was uns teuer ist, in Zukunft nicht mehr in West und Ost von den Fremden frech zertreten werde; . . . wie vor allen Dingen Österreich und Preußen sehr stark sein müssen, weil sie dann auch einig sein werden, in ihrer gesicherten Kraft beruhend und keiner Vergrößerung bedürftig, und daß ihrer vereinten Macht der West und der Ost nichts anheben können,



weil sie also glücklich durch die göttliche Weltordnung in die Reihe gestellt sind, daß sie keinen Angriffskrieg, sondern nur gerechten Verteidigungskrieg führen können und dürfen, solchen Krieg lenkt Gott immer zum rechten Ende" —

In einem gewissen Sinne mag Bismarck der Anfänger Mitteleuropas genannt werden. Wir wollen aber hier nicht untersuchen, ob diese Anfängerschaft der Stärkung Österreichs und Preußens in Görres' Sinne gedient hat oder ob sie ein Glück für die sicher nicht von ihm angefangene Idee einer europäischen Mittel- und Friedensmacht war. Keinesfalls ist seine Art und Weise, ein zeitgemäßes Mitteleuropa zu schaffen, die einzige oder gar die beste gewesen. Die kulturelle und sittliche Umbildung aus einer schwachen deutschen „uneinigen Dreieinigkeit" zu einer universalhistorischen Macht, zu einem „fünften" Deutschland nach Görres' Plane kommt noch zur Sprache. Bald nach 1848 ersehnten österreichische und nichtösterreichische Großdeutsche ein „Siebzigmillionenreich", ein gewaltiges Mitteleuropa, um dessen Gunst England buhlen, vor dem Rußland und Frankreich erzittern, das an den Balkan seine Grenzen setzen konnte und sollte. Das erste Jahrzehnt der Regierung Franz Josefs I. ist diesem Sehnen großzügig entgegengekommen. Es war wahrlich nicht Österreichs Schuld, daß 1859 Deutschlands und Österreichs Ansehen durch Napoleon III. zu Gunsten eines räuberischen Jungitaliens noch tiefer sank. Aber auch noch nach dem Unglücksjahre 1859 hat Constantin Frantz 1865 ganz im Sinne von Görres „die Wiederherstellung Deutschlands" auf Wegen geplant, die nicht mit der Herkuleskeule, wohl aber gemäß der geschichtlichen Tradition mit Weisheit und Gerechtigkeit ein weltmächtiges Mitteleuropa hätten herbeiführen können. Durch die Verständigung von Österreich und Preußen sollte mit dem engeren Deutschland „eine unangreifbare Macht geschaffen werden, selbst wenn sich Frankreich, England und Rußland zusammen dagegen verbänden". Deutschland sollte der Kern werden, um den sich das europäische Staatensystem als Bundessystem entwickeln würde.



Die Idee war nicht neu. Görres hat sie 1842 a. a. O. S. 166—230 in großartiger Weise entwickelt, worauf wir noch zurückzukommen haben. Hier erinnern wir nur an die einleitenden Worte, die heute genau so den innersten Kern der großen Aufgabe bilden, wie damals:

„Und wirklich aller Tage Abend ist noch mit nichten für uns gekommen, und Teutschland kann eine Zukunft haben besser als seine Vergangenheit gewesen. In unserer Skizzierung der Geschichte dieser Vergangenheit haben wir den nachdrücklichen Akzent hauptsächlich auf die Einheit gelegt, weil sie unsere schwächste Seite bildet. Aber auch die Vielheit hat ihr Recht, und es verfolgend durchläuft sie ihre Geschichte, die freilich der Geschichte der Einheit untergeordnet erscheint, also jedoch, daß auch diese wiederum nur um der andern willen ihren Ablauf hat; beide also in ihrem Wechselverkehr nur die ganze und volle Geschichte bilden. Diesen Wechselverkehr in allen seinen Formen und Momenten auszumitteln, abzuwägen und festzustellen, war eben die Aufgabe, die besonders den Deutschen zu lösen zugefallen war ... Unsere Gutmütigkeit hat immer vor der Macht, die mit großem Ernst den Lauf der Dinge lenkt und jedem mit unerbittlicher Gerechtigkeit sein verdientes Loos zuwägt, eine gewisse Anerkenntnis gefunden; sie hat, wenn auch keine Züchtigung uns erlassen worden, doch unser Verderben nie gewollt, und wenn es schon ganz nahe über unserem Haupte drohte, es immer durch eine unscheinbare Vorkehr wieder abzuwenden gewußt. Die Blutschuld, die wir im Laufe unserer Geschichte aufgehäuft, ist daher auch verhältnismäßig zu andern Völkern minder exorbitant gewesen, und wir haben sie größtenteils gegen uns selber kontrahiert, was uns freilich wenig Ehre macht, uns aber in Stand setzt, sie leichter wieder los zu werden, wenn wir sie gegenseitig unserem Unverstand verzeihen. So ist es uns, wie jener fabelhaften Heithi, auch ergangen: dreimal haben sie die dreimal geborne verbrannt, oft, unselten, und doch lebt sie noch immer. Nachdem Teutschland durch all seine Nöten, durch Feuer und Wasser und die Fährlichkeiten aller Jahrhunderte hindurchgegangen, besteht es noch unversehrt; ein

Volk aus derselben Wurzel hervorgesproßt, zahlreich in dieser Ebenbürtigkeit wie kein anderes in Europa; kriegerisch und doch dem Frieden zugetan, der Billigkeit beflissen vor vielen andern; in Religion und Sitte noch immer sich auf den getretenen Pfaden der Väter haltend und in geistiger Bildung keinem der Nebenvölker nachstehend; über einen geheimen Fond von unbekannten Kräften immerdar gebietend, die im Augenblick der Gefahr sich erst kund zu geben pflegen; und obgleich vielmal geplündert, doch in seinem Wohlstand nicht auf das Notdürftige zurückgebracht, sondern zu jedem bedeutenden Werk noch immer über zureichende Mittel verfügend. Kraft und Stoff sind also hinreichend vorhanden, um eine neue Ära der Geschichte zu beginnen; und wir mögen es in ihr wieder zu einem welthistorischen Volke bringen, wenn es uns gelingt, gleich beim Eintritt einige der Unarten abzutun, die in unserer partikularhistorischen Periode uns angeflogen."

Wir verzichten ungern auf die weitere Görres'sche Schilderung dieser Unarten; aber das Angeführte genügt zu unserem Hauptzweck der kritischen Ergänzung von Naumanns Theorie. Görres weist hin auf die unerbittliche Gerechtigkeit der einzigen wahren Großmacht, die an Zeit und Raum nicht gebunden, die Geschicke der Völker in der Zeit unbeschadet ihrer Freiheit lenkt und auch die Entschließungen der Fürsten, der Völker und ihrer Minister vor ihren Richterstuhl fordert. Auch in Deutschland und Österreich ist über die Geschichte des letzten Jahrhunderts, besonders seit 1848, eine Gewissenserforschung diesem Richter gegenüber notwendig. Es gilt, in manchem Punkte Reue zu erwecken und um Verzeihung zu bitten und so mit reinem Gewissen sich vor neuen Sünden zu hüten. Naumann schlägt einen kürzeren Weg ein, den des Vergessens. Die Geschichte mit ihren Mißhelligkeiten zwischen Preußen und Österreich soll „ausgelöscht" werden. Durch einen gemeinschaftlichen „Umdenkungsvorgang" soll gleichsam die Vergangenheit zur tabula rasa für den Preußen wie für den Österreicher werden, und dann —:



„Laßt uns denken, Bismarck, der vielumstrittene und vielstreitende, könnte heute für die Friedensverhandlungen nach dem Weltkrieg noch einmal unter uns auftauchen, so würden nicht nur alle Richtungen und Parteien des Deutschen Reiches ihn mit unendlichem Vertrauen begrüßen, sondern alle Nationen Österreichs und Ungarns würden ihm brausend entgegengehen, denn trotz seines Kampfes von Königgrätz würde er uns allen von der Nordsee bis an die bosnische Grenze als der Meister Mitteleuropas erscheinen, der Mann, der gewaltig Macht und Recht verwaltete in der Mitte des Erdteils. O wäre er da!" —

Weder unser geschichtlicher Sinn und noch viel weniger unser Glaube an die Vorsehung, den wir mit Görres gemeinsam haben, erlaubt uns, auf diese Weise die Wirklichkeit mit der Einbildung zu vertauschen. Gott in der Geschichte ist nämlich für uns die wirklichste Wirklichkeit, über die hinweg die Völker keine solchen Vergessenheitsverträge schließen können, wenn sie auch wollten. Gott vergißt aber nicht. Wir rechnen ferner mit den Taten Bismarcks als mit Wirklichkeiten; wir verstehen auch die Größe Bismarcks zu würdigen und wir vermögen sie ganz gut mit den Plänen und Zulassungen der Vorsehung in Einklang zu bringen. Dagegen ist uns der eigentliche „Meister Mitteleuropas" eben diese göttliche Vorsehung, in deren Hand Bismarck nur eins der vielen Werkzeuge war. Das ist für immer beiseite gelegt. Der Wirklichkeit entsprechend hegen wir daher nicht den unmöglichen Wunsch nach einem Wiedererscheinen Bismarcks, ganz abgesehen davon, daß „ein brausendes Entgegengehen aller Nationen Österreich-Ungarns" wohl sicher zu den traumhaften Täuschungen gehören würde. Vielmehr vertrauen wir auf den wirklich da seienden Herrn aller Völker, dem beim Kriegsausbruch auf die Aufforderung Kaiser Wilhelms II. das deutsche Volk auf den Knien bittflehend huldigen sollte, und auf den Kaiser Karl I. bei der dornenvollen Übernahme der Regierung in hinreißender Weise sein Vertrauen gesetzt hat.

Diesem gewünschten, aber unmöglichen „Vergessen" der



Geschichte entspricht es freilich, wenn Naumann an die Spitze seiner „wichtigsten Bücher", die den Leser über Österreich-Ungarn im 19. Jahrhundert unterrichten sollen, stellt: „Anton Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden" — ein Buch, worüber Kralik (a. a. O. 529) das durchaus begründete Urteil fällt:

„Die beiden Bände (Springers) bilden das schmählichste Pamphlet gegen Österreich, das jemals erschienen ist. Ein Österreicher hat es geschrieben, der auf diese Weise sein Vaterland verriet. Das Werk hat am meisten dazu beigetragen, das Wissen über Österreich im Reich und außerhalb zu verwirren, die Wahrheit zu verkehren, österreichisches Bewußtsein, österreichische Tatkraft zu lähmen und zu vergiften. Die verderbliche suggestive Wirkung des Buches macht sich heute noch geltend. Die Geschichtsschreibung über Österreich hat sich noch immer nicht von den irreführenden Bahnen freigemacht, die dieses Tendenzbuch eingeschlagen hat. Es enthält nicht die Geschichte Österreichs, sondern die Nichtösterreichs. Es ist eine Verzerrung und Verdunkelung, keine Klärung der Tatsachen".

Ebenso wenig wie Springers Pamphlet sollte ein Schriftsteller, der die Katholiken Deutschlands und die Österreicher für Mitteleuropa gewinnen will, das beleidigende Machwerk von O. Hintze, „Die Hohenzollern und ihr Werk" unter die empfehlenswerten Schriften über Preußen aufnehmen. Bei aller Gemütlichkeit verträgt es endlich der Österreicher neben solchen Mißgriffen schwer, wenn Naumann Richard Kraliks „Österreichische Geschichte" mit der Note: „Klerikal-konservative Weltauffassung" versieht. Wir gehören nicht zu denen, die sich fürchten, „klerikal" genannt zu werden. Wir nennen uns unbedenklich selbst so, wenn klerikal im richtigen Sinne mit katholisch gleichgesetzt wird. Naumann mußte aber bei seiner Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse Österreichs wissen, daß die liberale, für Nichtdenker geschriebene Presse Österreichs dem Worte „klerikal" den unbestimmten Begriff eines gehässigen Parteinamens im Sinne einer herrschsüchtigen Überspannung der kirchlichen Ansprüche beigelegt hat. Für

den österreichischen Durchschnittsliberalen ist „klerikal" ein Schreckgespenst und ein als „klerikal" bezeichnetes Buch steht für ihn auf dem Index. Nun kann auch der schärfste Spürsinn in Kraliks ausgezeichneter, dankenswerter Geschichte keine einseitige Hervorhebung kirchlicher oder konfessioneller Forderungen entdecken; eher haben wir Grund, da und dort eine klarere und schärfere Betonung des katholischen Gedankens zu wünschen. Auch wenn z. B. Kralik über die Antwort des Ministerpräsidenten v. Körber in Sachen der „Los von Rom-Bewegung", die einen bedauerlichen Mangel an politischem Verständnis für das Wohl Österreichs bekundete, den verdienten Tadel ausgesprochen hätte, könnte sein Buch nicht klerikal genannt werden. Die in schneller Folge erschienene 4. Auflage von Kraliks „Österreichische Geschichte" zeigt übrigens, daß die Phrasen glücklicherweise auch in Österreich ihre Bedeutung zu verlieren beginnen.

Demnach müssen wir rückwärts auf den Anfang von Mitteleuropa schauend wünschen, daß Naumann eine gründliche Korrektur seiner Ansichten nach Görres vornehme. Dasselbe ist in erhöhtem Grade der Fall bezüglich der Aussicht in die Zukunft oder der Wege, auf denen Deutschland und Österreich zu einem weltmächtigen Mitteleuropa zusammenkommen sollen. „Unsere Aufgabe ist es", meint Naumann diesbezüglich, „Bismarck fortzusetzen." Das geht dem Gesagten zufolge schon deshalb schwerlich, weil wir den Anfang von Mitteleuropa dem eisernen Kanzler der Hauptsache nach nicht zuerkennen können. Man darf zudem dem kraftvollen Reichskanzler seine historische Größe uneingeschränkt belassen und es ihm auch zum Lobe anrechnen, daß er nicht blind für seine Fehler, sondern bemüht war, sie wieder gut zu machen. Allein mit Naumann einfach die Logik des Erfolges annehmen und so die Ausführung der mitteleuropäischen Idee unbedingt von „Bismarcks-Geist" abhängig machen, das dürften kaum alle Deutschen und noch weniger alle Österreicher mit ihrem Wissen und Gewissen vereinbaren können. Mit seinem „absoluten Sinn für das Militärische" und seinem

größeren Verständnis für die äußere Politik als für die innere, hat der gewaltige Herkules eben doch schwere Fehler begangen, die in seinen Grundsätzen ihre Wurzel hatten. Dürfen wir nun die höchst verantwortungsvolle Aufgabe, Mitteleuropa nach Möglichkeit zum Hort des Friedens zu machen, ohne Garantieen gegen jene grundsätzlichen Fehler übernehmen?

Naumann hat in den Abschnitten III bis VIII seines Buches viele wahre und zutreffende Sätze über die Vorbedingungen der Herstellung Mitteleuropas niedergeschrieben. In diesen Abschnitten ist „Bismarcks Geist" durch praktische innerpolitische Überlegungen mehrfach übertroffen. Mit Görres ist Naumann in den meisten dieser Abschnitte kaum zu vergleichen. Abgesehen von den 70 Jahren, die zwischen beiden verstrichen sind, abgesehen ferner von den Offenbarungen des Weltkrieges, von denen Görres doch kaum eine Ahnung haben konnte, übertrifft hier Naumann mit seiner leicht verständlichen, durchsichtigen Sprache, mit seinen statistischen Kenntnissen, seinen praktischen Erwägungen durchweg den geistesgewaltigen Herold der Völkerfreiheit. Insbesondere die Österreicher können hier über Verfassungsfragen, Zollfragen, Weltwirtschaft, Finanzaufgaben, Kriegs- und Friedenswirtschaft manches lernen oder doch manches Thema zum Nachdenken finden. Außerordentlich nimmt es ferner für Naumanns offenen und gerechten Sinn ein, wenn er bezüglich der „bisherigen Behandlung nationaler Minderheiten im Deutschen Reich" und der „preußischen Polenpolitik" gar nicht im Bismarck'schen Geiste ohne Schmeichelworte zu einer „großen Revision der Methoden" auffordert, und dabei Österreich die wohlverdiente Anerkennung offen also ausspricht: „So unvollkommen die Ergebnisse der Nationalitätenbehandlung in Österreich und Ungarn sind, so findet sich dort doch immer noch viel mehr Sachverständnis für diese Art von Aufgaben als bei uns, wo sie nur nebenbei und widerwillig erledigt werden. Es gibt so viele Gebiete, auf denen die Österreicher — (wir fügen ein:

namentlich die liberalen Deutschösterreicher) — von uns lernen können, daß wir uns nicht scheuen sollen, ihnen ihre größere Erfahrung in den mancherlei Sachen willig zuzugestehen, wo sie in der Tat vorhanden ist." Dieses höchst anerkennenswerte praktische Verständnis Naumanns für die Gegenwart und das mitteleuropäische Problem ist aber am Ende, sobald es in die Tiefe und Höhe geht, und die wichtigsten Menschheitsfragen Antwort heischend auftreten. Da müssen wir uns an Görres wenden und seinen Rat dankbar annehmen. Dies gilt insbesondere von dem III. Abschnitt bei Naumann: „Konfessionen und Nationalitäten". Görres' ganzes Sinnen und Trachten für die Erhebung des alten Deutschland vor 1848 bezw. vor 1866 zielte auf die Herbeiführung der Einheit hin. „Teutschland" ist seiner Auffassung nach „fortdauernd ein Kaisertum vieler Kaisertümer geblieben und es gibt sich immerdar als ein solches erstens im Blute und der Naturart, zweitens in der politischen Ordnung der Dinge, drittens in der religiösen und kirchlichen. In allen drei Kreisen hat die Einheit sich ihm verborgen; die Vielheit aber ist geschäftig, vielgestaltig, in mancherlei Tönen laut; sie läßt es an sich nicht fehlen, auf jene also muß unser Absehen der Zeit hauptsächlich hingerichtet sein." (A. a. O. 176). Auf seiner Suche nach „dem Mitteleuropäer" erhebt Naumann seinen Aufruf an „unsere besten Männer und Frauen" ebenso in dem Worte: „Werdet einig! Bleibt einig nach so viel Blut!" Die Sache selbst zwingt eben beide in ihrer Begeisterung für Deutschlands weltgeschichtliche Aufgabe, vor allem die Hindernisse der einheitlichen Macht wegzuschaffen. Während aber Görres klar und scharf die drei Kreise ins Auge faßt, läßt es Naumann schon hier bedeutend an Klarheit fehlen. Ja sein Streben geht gerade dahin, über den wichtigsten Punkt durch Verschwommenheit und Verwässerung hinwegzukommen. „Die religiöse und kirchliche Ordnung" existiert bei ihm eigentlich nicht. Ihm zufolge „brachte Luther das deutsche Christentum und dieses führte über den Großen Kurfürsten, Fried-

rich II., Kant und Hegel zum Deutschen Reich. Uns, die wir in dieser Darstellungsweise aufgewachsen sind, ist sie so einleuchtend, daß wir nur schwer verstehen, wie fremd sie schon reichsdeutschen Katholiken sein muß." (S. 66). Mit diesem naiven Geständnis stellt Naumann neben das „deutsche Christentum" des Deutschen Reiches „die große Geistesgemeinde des mittelalterlichen Gesamtbestandes von Westrom". Damit will er „in Mitteleuropa eine Geschichtsauffassung gewinnen, bei der Katholik und Protestant ohne Aufgabe ihrer geistlichen Werte und Ehren sich als Bestandteile einer gemeinsamen Vorzeit begreifen, denn es ist nicht zu leugnen, daß der Zusammenschluß von Nord und Süd auch auf religiösem Gebiete und gerade auf ihm, sehr empfindliche Nebengefühle auslösen kann." Naumann scheint nicht zu ahnen, daß er allerdings mit einer solchen Behandlung des Christentums und der Kirche die Wahrheit aufs empfindlichste verletzt. Im Streben nämlich, die religiösen Gegensätze zu vereinigen, beseitigt er mit seiner gewandten Geschichtsauffassung und schnellen Feder zunächst den internationalen Charakter des Christentums und der Kirche.

„Die internationale Idee", schreibt er S. 170, „war zuerst religiös, ein Erbstück des im Christentum fortlebenden Römerreiches. Alle christlichen Gedanken, soweit sie nicht sektenhaft verkümmert sind, richten sich auf die Menschheit im Ganzen: Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker! Die Religionseinheit ist aber nicht zustande gekommen. Das Papsttum sitzt in Rom als unvollendet gebliebener Versuch einer seelischen Zusammenfassung aller Völker auf Erden. Die Christenheit auf Erden ist ein Begriff, eine Weissagung und ein Gebot, aber keine greifbare Wirklichkeit, weil sie das Höchste und Feinste am Menschen organisieren wollte, ehe seine weltlichen Bedüfnisse organisiert werden konnten. Die Ungeschicktheiten der Dogmatik, das Aufstreben der vom Kirchenverbande nicht gesättigten Nationen, die weiten Entfernungen der alten Jahrhunderte, die Menschlichkeiten in der Leitung auch des Übermenschlichen haben die katholische Einheit gebrochen. Die Christenheit ist zu einer



Mehrheit der Konfessionen geworden. Ganz leise nur tönt aus allen Konfessionen eine prophetische Erwartung, daß nach Gottes Rat einmal auf anderen Wegen von neuen Kräften in mehr weltlicher Weise (!) das wieder angebahnt werden soll, was der herrlichen Anstrengung so vieler Apostel, Synoden, Konzile und Bischöfe nicht gelang."

Mit dieser Bankerotterklärung des Christentums und Evangeliums steht die Auffassung der Lehre Christi in engem Zusammenhange. „Aus der wunderbar freien, gesetzlosen, überirdischen und persönlichen Bergpredigt wurde eine Art geistlicher Militarismus, ohne den keine sittliche und bürgerliche Ordnung möglich schien" (S. 65). Wie Naumann mit dieser Deutung die Erklärung Christi in der Bergpredigt: „Glaubet ja nicht, daß ich gekommen bin das Gesetz und die Propheten aufzuheben; ich bin nicht gekommen aufzuheben, sondern zu erfüllen" (Mt. 5,17) vereinigen kann, wie die den Aposteln übertragenen Binde- und Lösegewalt mit dem „gesetzlosen" Zustande seines angeblichen Christentums übereinstimmen soll, wie die von Christus organisierte Leitung seiner Herde durch Petrus in diese nebelhafte Schildernng der Stiftung Christi passen soll, das kann Naumann sicher nicht sagen. Unter seiner Feder wird das Werk Christi zu einem Kautschukgebilde; davon will aber Christus nichts wissen, der seine Kirche feierlich auf den Fels baut und ihr ewige Dauer verheißt. Diesen Felsenbau zu einem verunglückten Versuche der subjektiven Meinung zuliebe herabzusetzen, heißt doch nicht wahre und ernste Geschichte treiben und damit für Mitteleuropa arbeiten. Geradezu beleidigend ist es aber, wenn Naumann die Furcht des deutschen Protestantismus, durch eine mitteleuropäische Vereinigung zu einer Minderheitspartei zu werden, mit dem Satze beschwichtigt: „Und vergessen wir nicht, daß in Österreich und Ungarn die Zahl der Katholiken, die sich nur wenig um ihren Katholizismus kümmern, nicht gering ist." Wir müssen leider zugeben, daß diese Beschuldigung religiöser Lauheit und Charakterlosigkeit auf viele Katholiken besonders der sog. gebildeten Kreise zu-



trifft. Ohne sie wäre die schmachvolle „Los von Rombewegung", die Naumann nicht erwähnt, gar nicht möglich gewesen. Während in Preußen die Nachwirkungen des Bismarck'schen Kulturkampfes noch immer die Entfaltung des religiösen Lebens der Katholiken in einschneidender Weise verhindert, hat die österreichische Regierung den Protestanten und einer von Preußen ausgehenden antikatholischen und antiösterreichischen Propaganda die größte Freiheit gestattet, um nur ja nicht den Verdacht religiöser Unduldsamkeit zu erwecken. Es ist einfach unwahr, daß die „protestantischen Minderheiten in Österreich sehr zu leiden haben". Kann aber Naumann hoffen, daß religiös charakterlose Katholiken ein gutes Element für Mitteleuropa bilden werden? —

Wie ernst, tief und wahr spricht dagegen Görres von dem beklagenswerten Mangel an kirchlicher Einheit in Deutschland, die dem edlen Protestanten Constantin Frantz das nur allzuwahre Wort aus dem Herzen gepreßt hat: „Wir müssen die Reformation als das unglücklichste Ereignis ansehen, welches Deutschland jemals betroffen." „Wir alle, Katholische und Protestantische", so mahnt Görres, weil er einen Gott in der Geschichte anerkennt, „haben in unseren Vätern gesündigt, und weben fort an der Webe menschlicher Irrsal, so oder anders; Keiner hat das Recht, sich in Hoffart über den andern hinaus zu setzen, und Gott duldet es an keinem, am wenigsten bei denen, die sich seine Freunde nennen." Aber weit entfernt die eine Kirche und das Christentum preiszugeben, dringt er auf Anerkennung der Rechte der Kirche und ruft den vernünftigen Protestanten zu: „Wo ihr in die Erde einschlagt, da oder dort, in diesem oder jenem Zeitalter, überall quillt das katholische Urwasser aus dem primitiven Steine Euch entgegen. . . . Der katholischen Einheit begegnet ihr auf allen Euren Wegen; was ihr auch getan, um sie, die Mutter aller Zahl, der Gemeinschaft der anderen Zahlen einzuverleiben; sie ist Euch immer entschlüpft und hat die ihr zukommende Stelle in der Mitte eingenommen. Das erkennt denn endlich an!"

Solche Sprache ist der Wichtigkeit der Sache und eines christlichen Deutschen wahrhaft würdig. Kautschukfabrikate aber an die Stelle der Felsenbauten setzen, vermag die deutsche Ehre weder in der Vergangenheit zu retten noch die Weltmacht Deutschlands in der Gestalt von Mitteleuropa zu fördern. Das Wort des großen Linzer Bischofs bezüglich Österreichs ist aller Beherzigung würdig: Österreich wird katholisch sein oder es wird nicht sein." Das stärkste Band, das die national verschiedenen Glieder der österreichischen Völkerfamilie zusammenhält, ist der katholische Glaube und die Liebe zu der einen geistigen Mutter, der katholischen Kirche. Reichsdeutsche, die auf liberale abgestandene Katholiken die Hoffnung eines starken mitteleuropäischen Bundes setzen, bauen auf Flugsand. Österreich und Ungarn muß sich wirtschaftlich, politisch, kulturell, aber vor allem religiös-sittlich, zu neuer Kraft erheben, um seine Selbständigkeit im mitteleuropäischen Bunde mit Deutschland zu wahren, aber auch um für Deutschland ein verläßlicher Bundesgenosse zu sein. Das war Görres Ideal, das ist das Streben aller wahren Freunde von Mitteleuropa in Österreich; aber darum können sie Naumanns „Mitteleuropa" nur mit vielen Unterscheidungen und Ausscheidungen als zulässig für Österreich ansehen.

LI.

Der Weltkrieg als Geschichtslehrer.

Von Dr. G. Grupp.

Die vorherrschende Geschichtsauffassung stand in Deutschland bis zum Weltkrieg unter dem Einfluß englisch-französischer Phrasen, und es gehört zu den guten Wirkungen des Weltkrieges, daß mit diesem Phrasenschwall gebrochen wurde. Nur die Katholiken haben schon frühe einigermaßen die Hohlheit und Nichtigkeit, den großen Schwindel durchschaut, mit dem die Völker betört wurden. Die schönen



Redensarten von Freiheit, Humanität, Zivilisation haben mit ihrem betäubenden Dufte die Gebildeten vergiftet und in einen wahren Taumel versetzt. Nun erfolgte ein jähes Erwachen. Allerdings ist die richtige Erkenntnis noch nicht überall durchgedrungen. Die gelehrten Führer des Volkes gestehen nicht gerne einen Irrtum ein, sie fahren in ihrer Art fort, denn es sind immer noch die alten, die schon vor dem Kriege das große Wort führten. Doch ist zu hoffen, daß die Jugend, die unter dem Schrecken des Krieges aufwuchs, sich der besseren Erkenntnis nicht verschließen wird.

Kurz vor dem Kriege hat in der Historischen Zeitschrift der Tübinger Professor Haller die habsburgische Politik Maximilians als undeutsch gebrandmarkt. Auch Maximilians ernste Bemühungen, die deutschen Fürsten gegen Frankreich aufzurufen, fanden keine Gnade in seinen Augen, eine unbegreifliche Verblendung. Was Haller über Karl V. denkt, kann man sich leicht vorstellen. Und doch war das Reich Karls V. gleichsam die Abendröte des Mittelalters, worin noch einmal der Glanz des germanischen Namens aufleuchtete, ehe widrige Geschicke ihn verdunkelten. Das Mittelalter war germanisch und stand unter deutscher Vorherrschaft, nachdem das deutsche Reich das Erbe des römischen übernommen hatte. Schon in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters hatte es viel verloren an Frankreich, aber die Ausdehnung nach Italien und Spanien hatte den Verlust mehr als ausgeglichen. Gewiß brachte die Verbindung mit Spanien ein undeutsches Element herein. Aber war der Bund deutscher Fürsten mit Frankreich etwa weniger undeutsch?[1]) Hat nicht auch Preußen bei seinem Emporstreben sich auf ausländische Hilfe gestützt? Und ist der jetzige mitteleuropäische Bund rein deutsch? Das Spaniertum war etwas Fremdes, Düsteres, sagt man uns; unter seinem Einflusse wurde das Habsburgerreich ein Organ der Geistesknechtung, fortschritts-,

1) Die Verbindung des Moriz von Sachsen mit Frankreich „stellte die Freiheit wieder her". Ranke, Deutsche Geschichte V (1873) 236 (Schulze, Männer und Zeiten, Köln 1917 J. P. Bachem I, 178).

freiheits- und kulturfeindlich. Philipp II., heißt es, war ein finsterer Tyrann, und die deutschen Habsburger waren nicht viel besser; sie beriefen die Jesuiten ins Land. Unter den Habsburgern verdorrte die deutsche Kultur und gelangte erst wieder im Norden zu einer gewissen Blüte. Im Aufstand der Niederlande und im dreißigjährigen Krieg entfaltete sich die ganze Barbarei des Spaniertums. Alba war ein Bluthund und der Mordbrenner Tilly seiner würdig. Barbarei, Grausamkeit, unerhörte Roheit, Unbildung — alle diese schönen Urteile von heute sind wir schon lange gewöhnt, und die meisten lauschten ihnen so andächtig, wie heute die Spitteler und Jörgensen den englisch-französischen Phrasenschwall gläubig aufnehmen. Wäre für die Vergangenheit nicht auch mehr Kritik am Platze, und war das, was die einen für Sklaverei ausgaben, in den Augen der anderen nicht Zucht und Ordnung?

Sei dem wie immer, die angebliche Sklaverei wurde gebrochen im Aufstand der Niederlande und im dreißigjährigen Krieg. Den politischen Hauptvorteil hatten Frankreich und England. England hat es schon damals verstanden, seine selbsüchtigen Absichten hinter schönen Grundsätzen zu verbergen und mit wunderbar ideal und human klingenden Redensarten zu verkleiden, und fand dafür Glauben bei aller Welt, bei vielen Deutschen sogar bis auf den heutigen Tag. So schreibt Ranke über die von ihm begeistert gepriesene und bewunderte Königin Elisabeth: „Ohne ihre Hilfe würde die kirchliche Umgestaltung in Schottland und schon damals in Frankreich wahrlich erdrückt, in den Niederlanden nie zu wirklicher Gestaltung gekommen sein." „Das Größte, was den Menschen begegnen kann, ist es wohl, in der eigenen Sache die allgemeine zu verteidigen. Dann erweitert sich das persönliche Dasein zu einer weltgeschichtlichen Erscheinung. Die persönliche und allgemeine Sache war zugleich eine durch und durch englische."[1]) Eine durch und durch englische Sache

1) Männer und Zeiten der Weltgeschichte, herausgeben von Rudolf Schulze, Köln, Bachem 1917 II, 135. Auf den Umschlägen heißt



waren allerdings die schönen spanischen Kolonien, aus denen England nach und nach die Franzosen herausdrängte.[1]) Um so stärker wurde das Übergewicht Frankreichs in Europa, das an die Stelle Deutschlands trat und einen gewaltigen Einfluß ausübte. Die französische Sprache und Literatur, französische Sitten und Umgangsformen beherrschen ganz Europa. Jeder Hof hatte sein Versailles und viele Fürsten kehrten zur alten Kirche, nicht aber zugleich zur alten Einfachheit und ehrbaren Sitte zurück.

Noch viel stärker wurde der französische Einfluß, als die Franzosen die Welt mit dem Evangelium der Menschenrechte beglückten. Die glorreichen Ideen von 1789 entflammten sie zu einem Heldentume, das alle Völker blendete. Nach dem Muster der französischen Republik schossen ringsum Republiken wie Pilze empor; die Niederlande, die Schweiz und Italien standen unter ihrem Banne und Deutschland und England erwehrten sich mit Mühe des Zaubers. Der Zauber wurde erst gebrochen, nachdem die verführerische Freiheit im Cäsarismus sich selbst aufgehoben und verzehrt hatte. Alsbald übernahm dann England die Rolle des Patrons der Völker, der „Zivilisation" uud der Völkerfreiheit und spielte sie vortrefflich zu seiner größeren Glorie

---

es, Ranke dürfe unbedenklich der größte Geschichtsschreiber aller Zeiten genannt werden.

1) Ranke kommt wiederholt auf die Teilung der Erde, näherhin der neu entdeckten Erdteile zwischen den Spaniern und Portugiesen zu sprechen, die von dem allbeherrschenden Papsttum vorgenommen wurde (Schulze, II, 142; III, 79). Da man aber weder aus Ranke und aus den Noten Schulzes noch aus andern Geschichtsquellen recht klug wird, wie es sich damit verhielt, möchte ich mit ein paar Worten den Sachverhalt klar legen. Alexander VI. teilte die Erdkugel in zwei Hälften derart, daß den Portugiesen Afrika und Ostindien, den Spaniern Westindien, fast ganz Amerika zufiel. Auf der Grenze zwischen beiden Gebieten lagen die Molukken, die Gewürzinseln, über die 1524 ein interessanter Streit ausbrach, wem sie auf Grund der Abgrenzung Alexanders zufallen sollten.

und Herrlichkeit. Ein Teil des Glanzes fiel dabei immer noch auf Frankreich ab. Die Freiheit ist ein Köder, auf den jeder gerne anbeißt. Mit dieser Lockspeise fing England die Völker ein und warf sich zum Herrn der Welt, zum arbiter mundi auf. Überall zettelte es Revolutionen an und schürte den „Feuerbrand". Ganz besonders hatten die Bourbonen in Frankreich, Spanien und Italien darunter zu leiden, sie wurden verdächtigt, verspottet und verleumdet nach allen Regeln der Kunst und den spanischen Philippen zur Seite gestellt. Gegen die Türkei spielte England die Griechen, gegen Rußland die Polen, gegen das deutsche Reich die Dänen aus. In Deutschland selbst besaßen England und Frankreich vor der Reichsgründung und darüber hinaus Freunde, Adepten, Vertreter genug, so daß ihre Interessen nicht zu kurz kamen, nur daß ihnen die Agenten Rußlands das Gleichgewicht hielten. In Frankreichs und Englands Vorteil lag die Lostrennung Belgiens von den Niederlanden. Was diese einst viel bejubelte Befreiung bedeutete, haben wir jetzt erst kennen gelernt. Was aus der „Befreiung" Rußlands werden wird, müssen wir erst abwarten. Für eine Selbstregierung sind die slavischen Völker nicht reif genug.

In neuester Zeit hat England eine zärtliche Sorgfalt den angeblich von Österreich bedrückten Slaven zugewandt und zu ihrer Befreiung einen rührenden Bund mit seinem Erbfeind, dem geschworenen Unterdrücker aller Völkerselbständigkeit geschlossen. Eine so innige, lange dauernde Freundschaft hätten wir vor dem Kriege einfach nicht für möglich gehalten; auch die urteilsfähigsten Kenner hätten nicht gedacht, daß die Revaler Zusammenkunft solche Folgen zeitigen könnte, und hielten sie für ein Eintagsereignis. Aber wir kannten England nicht zur Genüge, weil die herrschende Geschichtsfälschung den Blick trübte. Wir wußten nicht, daß die Engländer den Russen ebenbürtig seien in der Ausbeutung der Völker und in der vollendeten Heuchelei, die die selbstsüchtigsten rohesten Triebe mit Bibelsprüchen verhüllt und

die materiellsten Interessen mit schönen Ideen verkleidet. Was wußten wir insgemein von den Schandtaten, die Englands Eroberungen begleiteten, was von Indiens Hungersnöten, zu deren Linderung nichts geschah, die sogar durch Ausfuhr von Lebensmitteln noch gesteigert wurde? Was wußten wir von der Verwüstung Australiens, von der Menschenschlächterei in Afrika? Aus der langen Leidensgeschichte Irlands erfuhren wir wohl durch katholische Schriftsteller dann und wann empörende Einzelheiten, aber wir dachten, sie gehörten alle einer barbarischen Vergangenheit an — einer überwundenen Zeit des Religionshasses, von dessen Ausbrüchen auch Deutschland genug Proben erlebte, und an vielem Unheil seien am Ende die Iren selbst schuld gewesen. Hat doch die unlängst verstorbene Lady Blennerhasset, geb. v. Leyden, nicht besonders günstig über sie geurteilt. Heute sind wir aber eines besseren belehrt. Wie viel müssen wir umlernen! Der Weltkrieg hat viele Lichter aufgesteckt und manches Dunkel grell beleuchtet. Hoffen und sorgen wir dafür, daß diese Lichter nie mehr ganz erlöschen. Vielleicht dämmert es doch manchem Fortschrittsmanne auf, daß in den Demokratien nicht alles Gold ist, was glänzt, daß der Parlamentarismus nichts ist als eine Majoritätstyrannei, und daß die verantwortlichen Staatsleiter im Grund genommen die unverantwortlichsten, rücksichts- und gewissenlosesten Menschen sind. Ein Einzelner hat immer noch mehr Gewissen und kann die Minderheit nicht so roh vergewaltigen wie eine brutale Mehrheit.

Die uralte Frage, ob Republik oder Monarchie, ob Freiheit oder Autorität, wird auch dieser Krieg nicht endgültig entscheiden, aber er hat doch die Lage entschieden geklärt und reichen Stoff zu einer tieferen Beurteilung geliefert, zu einer richtigen Beurteilung nicht nur der Zukunft, sondern auch der Vergangenheit. Insofern ist er ein Geschichtslehrer, wie man ihn sich nicht besser wünschen kann.



LII.

Sturz der Autokratie in Rußland.

Am 1. November 1894 starb Zar Alexander III., der Begründer der russisch-französischen Allianz. Sein Nachfolger Zar Nikolaus II. erließ am 2. November 1894 sein Thronbesteigungs-Manifest, in welchem er erklärte, sein Ziel zu finden „in dem friedlichen Wohlergehen und dem Ruhm Unseres teuren Rußlands und in der Förderung des Glücks aller treuen Untertanen.“ Am 26. November 1894 fand die Vermählung des Zaren mit der Prinzessin Alix von Hessen statt, die den Namen Alexandra annahm. Bald darauf, am 29. Januar 1895, empfing das Kaiserpaar im Winterpalais zu Petersburg Abordnungen des Adels, der Städte, der Semstwos, sowie Vertreter des Kaukasus. An sie hielt Zar Nikolaus II. folgende denkwürdige Ansprache:

„Ich freue mich sehr, Sie alle hier vereinigt zu sehen, um die Glückwünsche zu unserer Vermählung zu überbringen. Ich bin vollkommen von der Aufrichtigkeit Ihrer Gefühle überzeugt, es sind Gefühle, die seit langem in jedem echten Russen wohnen; aber ich weiß, daß in einigen Vereinigungen von Semstwos Stimmen laut geworden sind, welche auf den Wunsch nach Verwirklichung absurder Träume hindeuten, indem man glaubt, daß die Semstwos an den Staatsangelegenheiten teilnehmen würden. Möge jedermann wissen, daß ich alle meine Kräfte der Wohlfahrt des teuren Rußland weihe, daß ich aber ebenso fest und beständig wie mein unvergeßlicher Vater die Autokratie aufrecht erhalten werde.“ [1])

Schärfer konnte die Autokratie nicht als Grundlage des Regierungssystems hingestellt werden, nach welchem Zar Nikolaus II. den russischen Staat leiten werde. Die gewählte Gelegenheit war eine Brüskierung vieler der Erschienenen,

1) Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1895 Seite 285.

namentlich der aus den Semstwo-Verbänden, die zur Pflege der Selbstverwaltung berufen sind.

Auf seinem Todenbette hatte Zar Alexander III. seinem Sohne die strikte Aufrechterhaltung der unumschränkten Autokratie als Richtschnur der Regierungsgewalt in Rußland empfohlen. Ihr folgte Zar Nikolaus II.; allein in seinem Manifest vom 17. Oktober 1906, nach dem unglücklichen russisch-japanischen Krieg und der Revolution von 1905, führte der Zar die Volksvertretung ein, die in ihrer Unfähigkeit erstickte, sodaß ihr nach und nach alle Rechte wieder entzogen und sie noch unter das Niveau des Scheinkonstitutionalismus herabgedrückt wurde. Von Nikolaus II. sagt der Historiker an der Berliner Universität Dr. Schiemann,[1]) er habe mehr „politische Verbrecher" in die Bergwerke Siberiens oder in die Kasematten der Peter-Pauls-Festung geschickt als irgendeiner seiner Vorgänger. „Ein Tyrann, wie Peter der Große, ohne einen Hauch von der Genialität dieses Begründers des europäischen Rußland. Darnach ist er es gewesen, der unter Aufrechterhaltung des Scheins einer herzlichen Freundschaft zu Kaiser Wilhelm in seinem Busen das Geheimnis der großen Verschwörung trug, die den Weltkrieg zum Ziele nahm, zu dem wiederum er das Signal gegeben hat." An diese schwere Belastung, die Nikolaus II. seinem Gewissen zugemutet hat, muß man bei dem Zusammenbruch seiner Herrschergewalt ganz besonders denken. In Flammenworten erscheinen jetzt die Worte des Kaisers Wilhelm II., mit denen er in seinem Telegramm vom 28. Juli 1914 an den Zaren diesen an das gemeinsame Interesse aller Souveräne erinnert hat, darauf zu bestehen, daß die serbischen Fürstenmörder ihre verdiente Strafe erleiden. „Du und ich sowohl wie alle Souveräne!" sagte der Kaiser. Es war ein nachdrückliches Monitorium. Das hat auf den Zaren Nikolaus keinen Eindruck gemacht. Die göttliche Weltregierung hat nun ihn selbst und zwar rascher als mensch-

1) Neue freie Presse Nr. 18883 vom 18. März 1917.

liche Voraussicht ahnen konnte, der verdienten Strafe zu geführt.

Jetzt ist es vorbei mit der Selbstherrlichkeit des Zaren Nikolaus II. und mit der Autokratie in Rußland. Die Duma, welche eine parlamentarische Scheinexistenz fristete, aber doch es verstand, der gährenden Unzufriedenheit in Rußland Ausdruck zu verleihen, hat es fertig gebracht, denselben Zaren Nikolaus II., der sich in so abstoßender Weise vor den Huldigungsdeputationen auf die Autokratie versteift hatte, zum Thronverzicht zu zwingen, zum Verzicht auch für seinen Thronerben, den zwölfjährigen Großfürsten-Thronfolger Alexei, der wegen seiner Kränklichkeit (angeblich Knochentuberkulose), aber auch wegen des Einflusses des Elternpaares auf den Minderjährigen und der anderen dem Zartum in der autokratischen Form anhängenden Gesellschaftskreise am Hofe, im Adel, Beamtentum und in den Rechtsparteien, keine Gnade vor der Revolution gefunden hat. Die Wahl war auf den Bruder des Zaren gefallen, den mit einer nicht ebenbürtigen und geschiedenen Frau verheirateten Großfürsten Michael Alexandrowitsch, den Zar Nikolaus wegen seines früheren lockeren Lebens und wegen seiner Ehe unter Kuratel gestellt und seiner Würden, auch des Thronfolgerechts für verlustig erklärt hatte.

In seinem am 16. März von der Petersburger Telegraphenagentur verbreiteten Manifest[1]) erklärt der Zar, er habe „in Übereinstimmung mit der Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone des russischen Staates zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen." Der Zar betont also seine Übereinstimmung mit der Duma. Wie dies aufzufassen ist, geht aus anderen Nachrichten hervor. Eine durch die Presse gehende offizielle Meldung sagt, der Revolutionsführer Miljukow habe vor Preßvertretern der Entente am 15. März erklärt: „Die neue Regierung erachtet als absolute Bedingung die offizielle Abdankung des Zaren und

1) Bayer. Staatsztg. Nr. 65a, 19. März 1917.



die einstweilige Übernahme der Regierung durch den Großfürsten Michael Alexandrowitsch. Dies ist der Beschluß, der uns unabänderlich erscheint." [1])

Das war sehr freimütig aus der Schule geplaudert, und Miljukow hat dann, offenbar von seinen Revolutionskollegen auf seine Unvorsichtigkeit aufmerksam gemacht, nachträglich erklärt, seine Äußerung hätte „seine persönliche Ansicht" wiedergegeben. Diese Abschwächung hat keine sachliche Bedeutung. So wie Miljukow es hervorsprudelte, ist eben gehandelt worden. Das geht aus allem hervor, was durchgesickert ist. Es versteht sich auch von selbst. Freiwillig hätte der Zar den Thronverzicht für sich und seinen Sohn nicht geleistet. Der Zar ist seelisch zusammengebrochen. Als er Kenntnis von der Verschwörung erhielt, wollte er von Zarskoje Selo sich nach dem Hauptquartier begeben; allein sein Hofzug wurde nach Pskow wider seinen Willen geführt, wo er der Gefangene der Duma war. Sein Thronverzicht ist, wie der Revolutionsminister des Äußern Miljukow in einem am 17. März bekanntgegebenen Rundschreiben an die russischen diplomatischen Vertreter im Ausland mitteilt, [2]) durch Akt Pskow, datiert den 15. März, erfolgt. Der Zar ist durch die Revolution zur Abdankung gezwungen worden. Die Form wurde des Volkes wegen zu wahren gesucht; sie ist aber inhaltsleer.

Und nun schiebt sich ein Zwischenfall ein, der dem bürgerlichen Teil der Revolutionsregierung nicht gelegen ist. Dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch, dem Bruder des Zaren, wurde Mitteilung von dem Abdankungsakt des Zaren Nikolaus gemacht, in dem der Zar zugleich souverän erklärte: „Wir übertragen unsere Erbfolge auf unseren Bruder, den Großfürsten Michael Alexandrowitsch, den wir bei seiner Besteigung des Thrones des russischen Reiches segnen." So sollte die Kontinuität des Erbgangs vor dem russischen Volke, dem

---

1) Ebenda.

2) Bayer. Staatsztg. Nr. 66 vom 20. März 1917.



das Zartum als eine heilige, göttliche Einrichtung gilt, hergestellt werden. Allein in einer Proklamation verkündet der Großfürst, die Annahme der Krone von einem auf allgemeiner, direkter, geheimer Abstimmung vorgenommenen Plebiszit abhängig zu machen.[1]) Miljukow gibt in seinem schon erwähnten Rundschreiben ebenfalls davon Kenntnis mit den Worten: „Auf die Mitteilung hin, die ihm von dieser Akte gemacht wurde, verzichtete Großfürst Michael Alexandrowitsch durch Akte, datiert Petersburg, vom 16. März seinerseits darauf, die höchste Gewalt zu übernehmen bis zu dem Augenblick, wo die konstituierende Versammlung, gebildet auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, die Form der Regierung und die neuen Grundgesetze Rußlands festgesetzt haben wird." Der Thronanfall ist also noch nicht vollzogen, Rußland ist zur Zeit eine Republik, die von dem von der Duma eingesetzten Vollzugsausschuß, dessen Vorsitzender der Dumapräsident Rodszianko ist, und einem Revolutionsministerium, dessen Präsident der Leiter der Semstwoverbände, Fürst Lwow ist, regiert wird. Die monarchische Restauration soll erst durch Volksabstimmung erfolgen, wobei über die Art der Abstimmung auch noch Meinungsverschiedenheiten zu bestehen scheinen, denn Miljukow spricht blos von einer „allgemeinen", Großfürst Michael jedoch von einer „allgemeinen, direkten, geheimen" Abstimmung. Diese Situation, in der Rußland zurzeit schwebt, ist völlig unsicher und überaus gefährlich für das Riesenreich.

Von der autokratischen Monarchie ist man also zur Republik gekommen. Der sozialistische und stärkere Teil der Revolutionsregierung will sie festhalten. Wenn es nach dem Wunsche der bürgerlichen Revolutionäre geht, soll eine konstitutionelle Monarchie von Volkes Gnaden und mit parlamentarischer Herrschaft hergestellt werden. Eine ganze weite Welt liegt zwischen dem schroffen Bekenntnis des Zaren

1) Bayer. Staatsztg. Nr. 65a vom 19. März 1917.

Nikolaus zur absoluten Monarchie am Beginn seines Herrscheramtes und dem Abschluß derselben!

Wie ist das alles gekommen? Die inneren Vorgänge liegen im Dunkeln, und man ist auf die Nachrichten angewiesen, welche aus Petersburg durch den englischen Filter in die Welt gesandt werden. Man kennt nicht einmal die äußeren Geschehnisse näher. Man muß also noch sehr vorsichtig sein im Urteil über diese Umwälzung in Rußland. Man kann aus dem vorliegenden Nachrichtenmaterial nur Vermutungen anstellen, ein Bild der Wahrscheinlichkeit geben.

Rußland hat mit der Entente das Kriegsziel verfehlt. Man schätzt, daß Rußland 18 Millionen Soldaten ins Feld gestellt hat, von denen 3 bis 4 Millionen gefallen sind. Bei dem Mangel an Ärzten, an ausgebildetem Sanitätspersonal und an rechter Lazarettpflege, der bei einem solchen Riesenheer an sich begreiflich, in Rußland jedoch auch hergebracht ist, wo der kleine Mann nichts gilt, wird außerdem in außerordentlich vielen Fällen oder sogar in der Regel der schwerverwundete Soldat mit inneren Verletzungen dem Tod verfallen sein. Und wie die russische Kriegschirurgie bei Verwundungen von Gliedmassen vorgeht, kann man sich vorstellen. Der Krüppel werden Legionen sein. Die Fürsorge für Hinterbliebene und Krüppel kennt man in Rußland nicht oder sie steht auf der niedersten Stufe. Es ist im Kriege ein Massenelend über Rußland hereingebrochen, für welches es keine Abhilfe gibt.

Dazu kommt die durch den Krieg enorm gesteigerte Staatsschuld Rußlands an das Ausland, insbesondere an England. Es ist unmöglich, daß Rußland die Zinsen für seine Milliardenschulden im Auslande, die sich vor dem Kriege allein bei Frankreich schon auf 17 Milliarden beliefen und im Kriege sich als Auslandsschuld sicher verdoppelt haben, aufbringen kann; von Amortisation keine Rede. Gewiß ist Rußland reich an Schätzen des Bodens über der Erde und unter der Erde. Allein es ist ein unentwickeltes Land, und um es in die Höhe zu bringen, gehören viele Milliarden an



Geld dazu, die Rußland nicht besitzt, sondern aus dem Ausland beziehen muß. Der Riesenmilitarismus Rußlands verzehrt die beste Kraft des Reiches und läßt für geistige und materielle Kultur nichts übrig. Die Staatswirtschaft Rußlands hat eine trübe Zukunft. Dicht bei ihr wandelt der Staatsbankerott.

Der Krieg hat außerdem in die Volkswirtschaft Rußlands eine grundstürzende Unordnung gebracht. Rußland hat schon in Friedenszeiten bald in dieser, bald in jener Region Hungersnot. Der russische Getreideexport wird staatlich erpreßt, um die Schuldzinsen im Ausland zu decken und die Valuta zu halten. Die Landwirtschaft ist Extensivwirtschaft und wird dort noch so betrieben wie etwa in den Zeiten der alten Testaments. Die russische Getreideerzeugung ist nicht einmal ganz ausreichend für die Volksernährung, geschweige denn kräftig zur Ausfuhr. So kommt es, daß viel Not in der bäuerlichen Bevölkerung herrscht.

Daß bei solchen Verhältnissen die Bevölkerung der Großstädte Westrußlands in der Kriegszeit besonders übel daran ist, leuchtet ohne weiteres ein. In Petersburg und Moskau herrscht neben der Kohlennot eine große Hungersnot. Die Großstädte im Westen Rußlands haben vor allem das fruchtbare Polen verloren, ein Versorgungsgebiet, das vor ihren Toren liegt. Es kann aus dem inneren Rußland auch kein genügender Ersatz beschaft werden, weil dort vielfach zu wenig Lebensmittel vorhanden sind. Ein Haupthindernis bilden die Verkehrsschwierigkeiten. In Polen hatte Rußland aus strategischen Gründen ein verhältnismäßig brauchbares Eisenbahnnetz geschaffen. Im Innern Rußlands gibt es einige Hauptlinien, an die aus den Dörfern aus weiter Ferne auf Hunderte von Kilometern Lebensmittel herbeigeschafft werden. Wege und gar gepflegte Wege gibt es im inneren Rußland nicht. Es ist ein schweres, langwieriges Geschäft, Getreide und sonstige Lebensmittel an die Schienenwege zu bringen, sodaß es glaubwürdig erscheint, daß in gesegneten Gegenden Getreide verfaule und schlacht-



reifes Vieh nicht fortgebracht und geschlachtetes, dem Gefrierverfahren unterstelltes zugrunde gehe. Die Misere wird potenziert durch den großen Verbrauch der russischen Massenheere, der auf alle Fälle sichergestellt werden muß, und durch die Verstopfung der vorhandenen Eisenbahnen mit Militärtransporten aller Art.

Findet es man da nicht begreiflich, daß der Zar und seine Berater mit dem Adel und der Dumarechten trotz aller kriegerischen Worte an die Außenwelt einem Separatfrieden nicht abgeneigt waren? Rußland hätte diesen Schwierigkeiten entgehen können bei einem raschen Sieg. So hatte die Entente auch gerechnet. Die russische „Dampfwalze" sollte alles rasch niedertreten. Es ist anders gekommen und jetzt steckt Rußland in einem Morast von nicht mehr zu bezwingenden schweren Nöten. Daher die Neigung zum Separatfrieden, die in Rußland 1916 schon bestimmte Formen angenommen hatte und zum Oktober jenes Jahres zu reifen schien. Männer wie Ministerpräsident Stürmer und Minister des Innern Protopopow hätten nach und nach das umdräute Staatsschiff in den Hafen des Separatfriedens gesteuert.

Das wußte England, das wußten die russischen Liberalen, mit denen der englische Botschafter Buchanan in Petersburg in engster Verbindung steht. England, sowie die Entente und die russischen Liberalen, welche kulturell sich mit England und Frankreich verbunden fühlen und in Anlehnung Rußlands an diese ihr Ziel der parlamentarischen Regierung erreichen wollten, suchten mit allen Mitteln einen Separatfrieden zu verhindern. Seit Jahr und Tag schwebte die Entente in beständiger Sorge Rußlands wegen. Die jüngst in Petersburg abgehaltene Ententekonferenz hatte ausschließlich den Zweck, das dem Abspringen sich nähernde Rußland zurückzuhalten. Die Konferenz soll die ganzen inneren Verhältnisse Rußlands beraten haben. Utro Rossij vom 20. Febr. meldet: „Bei dem letzten festlichen Empfang der Teilnehmer der Ententekonferenz in St. Petersburg erklärte Lord Milner dem Ministerpräsidenten Fürsten Galitzin, die englische Re-



gierung halte es für wünschenswert, daß die englischen Delegierten solange in Petersburg blieben, bis die gesetzgebenden Körperschaften ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hätten. Diese Worte Milners machten auf alle Anwesenden einen sehr großen Eindruck." [1]) Die Ententekonferenz, voran jedoch England mit seinem geschickten, energischen Unterhändler Botschafter Buchanan in Petersburg drängten auf einen normalen Stand der Beziehungen zwischen Regierung und Duma, um durch die Duma Rußland bei der Stange zu halten. Die Einmischung in die innere Politik Rußlands muß außerordentlich stark gewesen sein, denn der monarchische Verband bat schließlich von Moskau aus die Regierung, den ausländischen Versuchen einer Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands ein Ende zu machen. Von der Regelung dieser inneren Verhältnisse Rußlands aber hängt für die Entente die Fortsetzung des Krieges ab!

In der deutschen Presse wird fast allgemein die Auffassung ausgedrückt, daß England die Revolution in Rußland angezettelt habe, weil es von Nikolaus II. einen Separatfrieden befürchtete. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß der englischen Politik an sich eine solche Handlungsweise zuzutrauen ist, wenn sie ihren Vorteil darin erblickt oder die Gefährdung eigenen Interesses dadurch verhüten kann. Verdächtig ist auch die am 16. März vom Reuterbureau berichtete Äußerung des englischen Ministers Bonar Law, es sei eine wirkliche „Erleichterung" für England, daß die Revolutionsbewegung in Rußland nicht auf die Erlangung eines Separatfriedens hinziele. Bonar Law hat vom Thronverzicht des Zaren im englischen Unterhaus zuerst der Welt Kenntnis gegeben. Man darf daraus aber noch nicht den Schluß ziehen, daß England mitgeholfen habe, den Zaren zu stürzen. Denn den Engländern war mit der Mitregierung der Duma gedient. Durch die Entthronung des Zaren und die daraus entstandenen Zustände in Rußland wird jedoch

1) Zitiert in der Köln. Volksztg. Nr. 210 vom 16. März 1917.



die Kriegslage aufs äußerste gefährdet und erst recht dem Separatfrieden zugetrieben, zumal wenn das Volk erführe, daß die durch ihre politische und wirtschaftliche Diktatur verhaßten Engländer, die sich in allen Industrieunternehmungen einnisteten, die Hand im Spiel gehabt hätten.

Die Revolution in Rußland ist entstanden, weil die hungernde Arbeiterbevölkerung rebellierte. Fort und fort haben Streiks die Munitionsherstellung geschädigt, haben Arbeiterdemonstrationen für den Frieden stattgefunden, haben Aufläufe die Ordnung gestört. Eine dumpfe Gährung ging durch die städtische Arbeiterbevölkerung von Petersburg und Moskau, es kam schon zu Putschen. Wie 1905 im russisch-japanischen Krieg, so spitzten sich auch jetzt die Dinge zu einer Revolution des Proletariats zu. Allein ungleich anders als 1905 ist jetzt die Situation. Heute steht die russische Armee an der Front und kann nicht weggezogen und gegen den inneren Feind geschickt werden. Für die Staatsmacht eine Zwangslage gegenüber der Revolution. Darauf bauten die Liberalen Rußlands und verbanden sich mit den Arbeitermassen, um die Gewalt an sich zu reißen und an die Stelle der Autokratie den Parlamentarismus zu setzen.

Das ist ihnen gelungen, sie haben vorerst ihr Ziel erreicht. Die weitere Entwicklung Rußlands ist gänzlich im Dunkeln und dem Fortbestand des jetzigen Provisoriums kann man noch kein günstiges Prognostikon stellen. Man darf nicht übersehen, daß 90 Prozent der russichen Bevölkerung Kleinbauern sind, die mit der Macht tiefer religiöser Überzeugung am Zartum hängen. Von den übrigen 10 Prozent sind 85 Prozent Juden. Die Oberschicht, welche jetzt den Wechsel der Gewalten erzwungen hat, ist zu dünn, um selbst eine Herrschaft führen zu können und die Stütze, die sie an den Arbeitern findet, ist zu schwach, um eine Gewähr des Bestandes zu geben. Die inneren Gegensätze in der Revolutionsregierung sind außerdem klaffend. Tscheidsee,



der sozialistische Vizepräsident des Exekutivausschusses, und Kerensky, der sozialistische Justizminister sind heftige Kriegsgegner. Sie erstreben ebenso eine Fortbildung in sozialdemokratischem Sinn, also politisch die Republik. Und wirtschaftlich fällt schwer ins Gewicht, daß die Revolutionsregierung ihrem Anhang gegenüber es nicht wagen wird, die Getreidehöchstpreise[1]) hinauf zu setzen, die den Bauern viel zu niedrig sind, so daß sie in der Getreidelieferung auch aus diesem Grunde versagen. Die Revolutionsregierung kann keine Eisenbahnen und Wege in die russische Erde hineinzaubern und keine Lebensmittel wachsen lassen.

Die Absage des Großfürsten Michael Alexandrowitsch könnte ein Schachzug der Zarenfamilie sein. Die verlangte Volksabstimmung über die monarchische Restauration kann sich leicht in die Länge ziehen und überhaupt zu die Revolutionäre überraschenden Ergebnissen führen. Es ist der Revolution Zeit und Gelegenheit gegeben, abzuwirtschaften.

Die Kölnische Zeitung[2]) nennt das Verhalten des Großfürsten Michael einen „meisterhaften Schachzug der Dynastie Romanow und der alten Regierung, der schwerlich im Kopfe des politisch bisher gar nicht hervorgetretenen Großfürsten entstanden ist. Dadurch wird zunächst der antidynastischen Bewegung im Lande, aus der die Revolution zum Teil erwuchs, die Spitze abgebrochen und gleichzeitig der Erisapfel unter die beiden Lager, die Anhänger des alten und neuen Systems geworfen“. Die „Neue freie Presse“ meint zu der Kundgebung des Großfürsten: „Die radikale Maske, das Überbieten des Dumaausschusses hat den Zweck, die Lage offen zu halten, Zeit zu gewinnen und keine bindenden Tatsachen zu schaffen. Wenn der Großfürst in Übereinstimmung mit der kaiserlichen Familie handeln sollte, würde daraus hervorgehen, daß auch diese an die Beständigkeit der Revo-

1) Neueren Meldungen zufolge sollen sie noch bedeutend herabgesetzt werden.

2) Nr. 273 vom 19. März 1917.



lution nicht glaube, auch nicht an ihre wirkliche Macht über Rußland und ihre Fähigkeit, sich bleibend durchzusetzen." [1])

Die Armee hat sich der neuen Ordnung gefügt. Es kann auch noch anders kommen. Ihr Oberkommandierender ist jetzt der Onkel des Zaren, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch. Er, der für den schärfsten Gegner der Duma gehalten wird, hat einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er die Armee auffordert, ruhig abzuwarten, bis der Wille des Volkes sich ausgesprochen hat und inzwischen das Land tapfer zu verteidigen. Aber darnach wurde er von der Revolutionsregierung infolge eines Druckes der Sozialdemokratie ersucht, den Oberbefehl, den ihm Zar Nikolaus übertragen und den auch der bürgerliche Teil der Revolutionsregierung gewünscht hatte, wieder niederzulegen.

Das kriegsmüde, erschöpfte Rußland geht dem Frieden entgegen. Die Kriegskraft für die Entente hat es verloren, durch seine schweren Verluste, seine wirtschaftliche Lage und die jetzige ungeheuere Umwälzung. In Rußland reift der Separatfriede heran.

LIII.

Der große Schrecken.

Aus Anlaß der russischen Revolution.

Obwohl die Geschichte der französischen Revolution schon ganze Bibliotheken füllt, so sind einzelne Teile derselben doch noch völlig unaufgeklärt. Vom Sturm auf die Bastille beispielsweise hat man die Biographien vieler Teilnehmer eruiert, die Personalien der dort befreiten sieben Gefangenen sind haarklein festgestellt, die gefundenen Akten vollständig ge=

1) Nr. 1884 vom 19. März 1917.



druckt und sogar in andere Sprachen übersetzt, von dem sogenannten großen Schrecken aber, der vierzehn Tage darauf wie auf ein telegraphisches Aviso, obwohl der Telegraph damals noch ganz unbekannt war, das ganze Land durchbebte und ungleich folgenreicher war, als der zunächst rein lokale Bastille-Putsch, kennt noch Niemand genauer den Ursprung. Eduard Forestié hat vor mehreren Jahren ein umfangreiches Buch über diesen Gegenstand veröffentlicht und darin aus allen Teilen Frankreichs, aus Gemeinde- und anderen Archiven, aus Chroniken, auch aus mündlichen Überlieferungen eine große Menge ganz bestimmter Daten zusammengetragen, so daß die behauptete Tatsache selbst in jeder Beziehung völlig einwandfrei festgestellt erscheint.

Wie gesagt, war es genau vierzehn Tage nach dem Bastille-Sturm, am 29. Juli 1789, da — um einige Beispiele zu erzählen — kam ein Schöffe von Gamat atemlos nach dem Städtchen St.-Ceré (Departement Lot) gerannt und brachte die Neuigkeit, daß eine Bande von etwa viertausend Plünderern und Banditen im Anzug sei, man müsse sich also schleunigst bewaffnen und solle die Sturmglocke ziehen. Etwas später verbreitete sich das Gerücht, die unweit gelegenen Ortschaften Brive, Tulle, Moissac usw. ständen bereits in hellen Flammen. Voll Angst griff jeder Bürger von St.-Ceré zu irgendeiner Waffe und zum Äußersten entschlossen erwartete man den Feind. Aber nichts kam, und nächsten Tages erfuhr man, daß auch in den genannten Orten nichts geschehen war.

Am selben Tag entstand im heute so viel genannten Artois (Arras usw.) das Gerede, eine englische Armee sei irgendwo an der Küste gelandet, nach einer anderen Version hätten die Kaiserlichen die Grenze überschritten, oder auch es seien Räuber und Brandstifter, die Tod und Verderben ins Land trügen. Niemand hatte selbst etwas gesehen, aber Jedermann flüchtete voll Angst in die Stadt oder verbarg sich in den Wäldern.

Wieder am selben Tage gegen acht Uhr abends kam



der Diener des Pfarrers von Brulatte (Diözese Mans) ins Dorf Ruille geritten und schrie: Fünfzehnhundert Briganten kommen eben von Andouillé herauf, sie haben alles verwüstet und alles, was ihnen in den Weg kam, erdrosselt, jetzt ziehen sie gegen St.-Ouen. Eine Stunde etwa später erhielt der Kommandant der Finanzwache von Gravelle dieselbe Nachricht. Er brach mit seinen Leuten und etwa hundert mit Büchsen, Sensen und Knütteln bewehrten Bauern gegen St.-Brillet auf. Der Pfarrer eines anderen Dorfes saß von vier Uhr nachmittags bis gegen zehn Uhr nachts im Beichtstuhl, denn viele zu Tode geängstigte Leute waren in die Kirche zusammengelaufen. „Eine solche Panik", sagt der genannte Historiker, „hatte alle Geister ergriffen, daß die Leute blindlings aus den Häusern liefen, ohne zu wissen, wohin." Allmählich stellte sich heraus, daß alles blinder Lärm gewesen war.

Ebenso und, fast möchte man sagen, zur selben Stunde war es und geschah es an allen Ecken und Enden des Reiches, in Guercy, in der Picardie, in Maine usw. Überall tauchten Leute auf, Einheimische oder Fremde mit dem Rufe: „Sie" kommen, „sie" sind schon dort! — Wer? — Niemand wußte etwas Genaueres. Aber Jedermann fürchtete sich. Die Männer suchten alles zusammen, was als Waffe dienen konnte: alte Büchsen, Säbel, Spieße, Gabeln, Sensen, Hacken, die Frauen und Kinder versteckten sich. Man vergrub, was man an Kostbarkeiten hatte, verließ auch wohl Haus und Hof, Hab und Gut.

Einige Einzelheiten sind besonders kurios. Ein Weber in Laval, von dem ein sorgfältig geführtes Tagebuch erhalten ist, erzählt darin, daß die Bewohner der umliegenden Flecken und Dörfer am Tage des großen Schreckens über Stock und Stein, über Feld und Wiesen, zum Teil pfarrenweise, in die Stadt eilten mit der Botschaft: „Sie" sind in dieser oder jener Ortschaft und plündern alle Häuser. — Wer denn? — Ja, es ist eine ganze Armee. — Wo ist sie? — Die Leute sagen, sie sei schon ganz nahe. — Wer hat sie ge-

sehen? — Darüber wußte man nichts Genaues. Die Stadt war bald von Flüchtlingen überfüllt. Viele schickten sich nun an, den Hofbesitzern, deren Höfe in Flammen stehen sollten, Hilfe zu bringen. Man eilte also gegen Craon zu. Da aber hieß es, die Höfe lägen an der Straße nach Forcé. Also machte man kehrt und wandte sich gegen Forcé. Bald aber hieß es wieder, nicht nach Forcé, sondern nach der Huisserie solle man gehen. Man wußte nicht mehr, wohin. Am Abend lachte man über den ganzen Rummel.

In Néris bei Montlucon, damals noch ein winziges Städtlein, hörte man um zwei Uhr früh Rufe: Zu den Waffen! Zu Hilfe! Wir brennen! — Ein wie rasend aussehender Mann hatte auf einem Spieß ein Blatt Papier, mit welchem die Pfarre Montlucon dringend um Hilfe bat, sie sei dem Untergang nahe. Der Pfarrer von Néris ließ die Sturmglocke läuten, die Männer bewaffneten sich und setzten sich in Marsch. Auf dem Wege erfuhren sie, Niemand bedrohe Montlucon und Niemand dort brauche Hilfe. Also kehrten die Leute wieder heim. Am Nachmittag jedoch sprengten nacheinander drei unbekannte Reiter durch den Ort und verkündeten, Limoges werde eben von Räubern verwüstet, dorthin solle Hilfe kommen.

In Thiviers (Perigord) kam in finsterer Nacht ein Reiter daher, pochte an die Türe eines Schreiners, bestellte bei ihm schleunigst zweihundert Lanzenschäfte und ritt wieder davon, ohne eine Adresse zu hinterlassen. Die Lanzenschäfte wurden angefertigt und die Gemeinde nahm sie einstweilen auf ihre Rechnung, vom unbekannten Reiter aber war nie mehr etwas zu hören.

Nochmals gesagt: dieselben und ähnliche Szenen und Vorgänge werden genau aus denselben Tagen in der Auvergne, in der Champagne, in der Vendée konstatiert. Auch in die Berge hatte sich der Schrecken verbreitet. In den Niederalpen kamen die Leute von den Bergen herunter, um sich gegen den imaginären Feind, den sie in der Ebene zu wissen glaubten, zu verteidigen oder denselben zu vertreiben.



Nicht selten auch stellten sich die Schloßherren selber an die Spitze der in aller Eile gegen die drohende Gefahr bewaffneten Scharen. Der Unterschied ist nur der, daß, je weiter südlich, entsprechend der lebhafteren Phantasie des Südens, die Zahl der angeblichen Mordbrenner immer höher, bis auf dreißig- und vierzigtausend stieg.

Angesichts der großen Zahl und der vollen Bestimmtheit der von Forestié gesammelten Daten ist es unmöglich, an der — übrigens schon von den zeitgenössischen Schriftstellern berichteten — Tatsache zu zweifeln, daß in den letzten Julitagen des Jahres 1789 gleichzeitig ganz Frankreich vom einem Ende zum anderen durch irgendeine interessierte und des Zweckes sich wohl bewußte Macht in großen Schrecken versetzt wurde, in einen Schrecken, der stellenweise zu den tollsten Szenen, überall aber zum selben Resultat, zur allgemeinen Volksbewaffnung führte. War doch nichts natürlicher, als daß die Männer überall, wo das Herannahen einer Schar von Mordbrennern signalisiert wurde, ins nächste Herrenschloß oder ins Arsenal der eigenen oder nächsten Stadt liefen und Pulver und Waffen begehrten, um sich, o keineswegs bloß sich selber, sondern die Monarchie und die allgemeine Ordnung verteidigen zu können. Wie sollte ein derartig legitimes Begehren der Leute, die sich so freiwillig und opferwillig zum Dienst der öffentlichen Ordnung drängten, abgeschlagen werden? Also ward innerhalb kürzester Frist in ganz Frankreich Bürger, Bauer und Arbeiter bewaffnet.

Cui bono? Wessen Zwecke wurden dadurch gefördert? In wessen Interesse war die allgemeine Volksbewaffnung? Es lag ja nahe, die Urheber der Pariser Revolution auch als die Urheber und Leiter dieser großen Schreckenskampagne zu vermuten. Bisher, wie gesagt, hatte sich die revolutionäre Bewegung tatsächlich fast nur auf das Weichbild von Paris beschränkt. Der Bastillesturm war an sich ein gewiß sehr ernstes, aber im Hinblick auf die große Ausdehnung des Reiches doch nur lokales Ereignis. Überall sonst



herrschte völlige Ruhe. Namentlich das Landvolk zeigte für die Pariser Vorgänge, soweit es davon Kenntnis erhielt, gar keine Sympathie, oft nicht einmal Interesse. Den Führern der Revolution mochte, mußte daran gelegen sein, auch die bisher teilnahmslose Masse der Bevölkerung in Bewegung zu bringen. Man hat dann auch den Herzog von Orleans oder den Grafen Mirabeau mit dieser Schreckensverbreitung in Verbindung bringen wollen. Aber irgend bestimmtere Indizien für diese Vermutung sind, wie es scheint, bisher nicht zu Tage gebracht worden. Es liegen nur die äußeren Tatsachen vor, nämlich das, was bald darauf in fast ganz Frankreich gefolgt ist und was deutlich bewiesen hat, daß die große Revolution erst mit dieser Volksbewaffnung begonnen hat, denn so bald die Leute nur einmal die Macht in ihren Händen fühlten, haben sie nicht mehr lange gezögert, das Pariser Beispiel auch ihrerseits nachzuahmen. Und so erst wurde die Revolution wirklich die große Revolution.

Nach einer anderen Richtung hat der Historiker Anquetil gewiesen, und dieser Hinweis macht eben die vorstehende historische Reminiszenz interessant und aktuell. Anquetil ward 1723 in Paris geboren, hat dort seine Studien gemacht, ist in den (späteren) Schreckenstagen selber eingekerkert worden, hat mit einem Wort als Zeitgenosse die ganze Revolution miterlebt. Von seinen historischen Werken ist namentlich seine Geschichte Frankreichs oft, auch nach seinem Tode noch, aufgelegt worden. Dieser Historiker also weist darauf hin, daß das englische Kabinet Pitt gleich zu Beginn der französischen Revolution sich vom Parlament einen Dispositionsfonds von 25 Millionen hat bewilligen lassen, einen Kredit von 25 Millionen, über dessen Verwendung keine Rechnung gelegt zu werden brauchte. Vielleicht, meint Anquetil, haben diese Millionen dazu gedient, ganz Frankreich gegen das Königtum zu bewaffnen. Daß England, oder wenigstens daß hervorragende englische Politiker wie Fox und Scheridan ihre Hände damals tief im französischen Revolutions-



spiel hatten, wird in allen Geschichtswerken hervorgehoben. Ob dies auch bei Pitt selber der Fall war, für diese seine Vermutung bringt Anquetil freilich ebenfalls keine genaueren Anhaltspunkte vor. Sicher ist nur, daß Pitt die Revolution mindestens absichtlich gewähren ließ und erst nach der Hinrichtung Ludwig XVI. auf unablässiges Betreiben Burke's usw. seine Haltung änderte. Späterhin, namentlich zu Zeiten des Lord Feuerbrand, wie Palmerston deshalb gern genannt wurde, hat kein europäischer Politiker mehr daran gezweifelt, daß bei jeder der damaligen Revolutionen die englische Regierung mit dahinter steckte. Aber auch wenn die große, die erstaunliche Übung, welche die englischen Regierungen in der Anstiftung und Schürung von Revolutionen zu entwickeln wußten, wirklich nicht schon von 1789 her direkt nachweisbar sein sollte, so bleibt doch auch die Frage noch immer unaufgeklärt, zu welchem Zwecke eigentlich Pitt die mehrerwähnten 25 Millionen begehrt und verwendet hat.

Wer übrigens bei Beurteilung von Schriften und Äußerungen extensiven Interpretationen zuneigt, der mag oder wird heute ohne weiters sagen, daß den Beweis, den Anquetil vermissen läßt, der heutige Nachfolger Pitt's, der Schatzkanzler Bonar Law, am heurigen 23. März selber nachgeholt hat. Bonar Law hat an diesem Tage im Parlament beantragt, die russische Revolution freudig zu begrüßen, und er hat dabei ausdrücklich bemerkt: „Die Vorgänge im russischen Reich erinnern an die Anfänge der französischen Revolution." Nun, daß die Anfänge der heutigen russischen Revolution beim englischen Dispositionsfonds zu suchen sind, dessen rühmen sich die englischen Minister ohne viel Umschreibung ja ganz öffentlich. Trifft also die von Bonar Law aufgestellte Parallele mit der französischen Revolution wirklich und völlig zu, so ist die These Anquetil's durch Bonar Law selber bestätigt, und man wird dann um so unbedenklicher noch beifügen können, wie Bonar Law im selben Atem das englische Parlament als die Mutter aller Parlamente gerühmt hat, so kann demselben Parlament die



Mutterschaft aller europäischen Revolutionen noch weniger bestritten werden.

Die parallelen Folgen freilich sind damit noch lange nicht ebenso gesichert. In Frankreich hat die allgemeine Volksbewaffnung dann später in der Tat auch ein Aufflammen der Kriegsbegeisterung zur Folge gehabt und aus dieser Begeisterung ist wieder einer der größten Feldherren der Weltgeschichte entsproßen. Das aber war nicht, wie heute in Rußland, um einen schon nahezu ganz verunglückten Feldzug zum glücklichen Abschluß zu bringen, sondern um einen frischen fröhlichen Krieg erst zu beginnen. Auf den russischen Napoleon wird also Bonar Law wohl vergeblich warten, es wäre denn etwa, daß die Vorsehung das alte Europa wieder für einen Napoleon reif hielte. Wir können ja nicht übersehen, daß dem französischen Napoleon just so lange gegönnt war, die Geißel über Europa und auch über das eigene Land zu schwingen, bis der unflätige Unglaube der damaligen Zeit ausgerottet oder wenigstens stark zurückgedrängt war. Und heute? Erhebt etwa der Unglaube heute im Deutschen Reichstag und anderswo nicht kühner und impertinenter als je sein Haupt? Tut er manchmal nicht, als dürften die Ströme von Blut im heutigen Krieg bloß deshalb fließen, um wieder die Göttin Vernunft auf den Altar zu bringen? Das soll Deutsch, gar echtestes Deutsch sein?!

J-l.

LIV.

Brief aus Holland.

15. März 1917.

In den letzten Wochen spielen die politischen Verhältnisse in unserer Kolonie Java eine Rolle, die unsere Regierung in eine gewisse Beklemmung bringt und ziemliche Sorgen verursacht. Allgemein ist bekannt, daß die dortigen einflußreichen Kreise, sowohl in der Verwaltung, sowie bei den Kaufleuten und Plantagenbesitzern antideutsch gesinnt sind. Sie wurden eine Beute der Presse, die unter dem Drucke Albions und von Spanien verführt wurde. Sie ging in ihrer Hetze soweit, daß sie angesehene Deutsche der Beteiligung an dem Aufstande in Sumatra beschuldigte, und verlangte die Verhaftung und gebührende Bestrafung wegen Hochverrates, Internierung oder Ausweisung der deutschen Verräter. Tatsächlich wurden darauf auch eine Anzahl Deutscher des Hochverrates beschuldigt, worunter sich auch Helfferich, ein naher Verwandter des Staatssekretärs in Berlin, befand. Aber die Untersuchung brachte die ganze Haltlosigkeit der schweren Anschuldigung an den Tag. Sämtliche Angeklagte wurden freigesprochen. Die Hetzpresse war darüber sehr aufgebracht, führte den Verleumdungsfeldzug gegen die Deutschen mit allen Mitteln weiter und brachte kürzlich einer Meldung des Telegraphen zufolge Ausführungen, in denen sogar vor den deutschen Missionären in niederländisch Indien gewarnt wurde. Dieses tolle Treiben ist um so verderblicher, weil Deutschland in Wahrheit der Beschützer unserer Kolonien ist; denn im Falle seiner Niederlage würde sie eine Beute der Engländer, Franzosen und Japaner. Wer das nicht einsieht, kennt nicht das Ziel der ländergierigen Entente. Es verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß bereits vor dem Ausbruch des Weltkrieges darüber in der Entente eine Vereinbarung getroffen worden



sei. Die neue Rotterdamer Zeitung spottete kürzlich über diese Enthüllung und nahm sie auf die leichte Schulter.

In auffallender Weise fanden jüngst im Haag geheime Kammersitzungen statt, worin die Verteidigung Javas, wie man allgemein annehmen darf, einer eingehenden Beratung unterzogen und ein darauf bezüglicher Kredit von 70 Millionen angenommen wurde. Man scheint also im Haag um Java, die Perle unserer Besitzungen im Osten, ernstlich besorgt zu sein. Allerdings wundert man sich im Lande über diese Maßregel, die erst jetzt einsetzt, nachdem der Krieg bereits 2½ Jahre wütet und die Rüstung nach aller Wahrscheinlichkeit zu spät kommt. — —

Der Empfang der Flamenführer beim Deutschen Reichskanzler hat in Holland großes Aufsehen hervorgerufen und nicht minder die Empfehlung des flämischen Aktionsprogramms einer inneren Autonomie Flanderns auf der Grundlage der niederländischen Sprache und Kultur. Die höchst bedeutsame Rede des Reichskanzlers vom 3. März und ebenso die dankenswerten Maßnahmen des Generalgouverneurs wirkten wie ein Blitz aus heiterem Himmel auf die hiesigen Ententefreunde, die um jeden Preis die Wallonen zum Schaden Deutschlands unterstützen und einen aufrichtigen Bundesgenossen im Kardinal Mercier besitzen. Sie sind entrüstet über die Kühnheit der Flamen. Die „Tijd“, welche zur Zeit der Eröffnung der Gentschen Hochschule eine Sprache redete, als begänne man ein Verbrechen gegen das Vaterland, und auf den kleinen Haufen der in die Irre geführten Flamen hinwies, weil sie ein Geschenk aus den blutigen Händen der Feinde Belgiens annehmen wollten, weiß sich nicht zu fassen in ihrem Grimme. Und doch auf Grund der Maßnahmen, welche die Belgien besetzende Macht getroffen hatte, sich stützend auf die belgische Verfassung vom 25. Mai 1910 und auf die Haager Konvention, die offiziell durch die belgische Regierung als bindend erkannt wurde, darf man entgegnen: Blinder Eifer schadet nur! — Für die Freunde eines kommenden Friedens kann man nur wünschen, daß die



Vorschläge der Flamen in Berlin fortan eine entgegenkommende Aufnahme finden werden. Sie bilden für Deutschland einen Bundesgenossen gegen die Franzosen und Engländer, wie im Osten die Polen gegen die feindlichen Moskowiter. Dann würde auch der französischen und englischen Hetze ein gründlicher Riegel vorgeschoben sein. —

Am 4. März bringt die Kölnische Volkszeitung einen Artikel über die beabsichtigte Ausschließung des Papstes vom Friedenskongreß durch England. In einem Rundschreiben an alle freidenkerischen Gruppen des Zehnverbandes fordere die nationalistische Preßassoziation in London die freidenkerischen Preßvereine in England und die Freidenker im Bereiche des Zehnverbandes auf, sich in dieser wichtigen Frage an England anzuschließen. Soweit die Kölnische Volkszeitung. Natürlich wird jeder aufrichtige Katholik diese traurige Kundgebung aufs tiefste bedauern im Interesse des Friedens; doch andererseits ist sie auch eine Ehrenrettung für Deutschland und Österreich, daß sie obige Aufforderung nicht empfangen haben. Beim Ausbruch des Weltkrieges sandte bekanntlich das englische Kabinett einen Vertreter in den Vatikan, nachdem es 400 Jahre den offiziellen Verkehr mit dem Papst abgebrochen hatte. Diese an sich lobenswerte Anknüpfung fand in der katholischen Welt mancherorts eine freudige, fast überschwängliche Anerkennung. Viele Leute bei uns waren so naiv, die Sendung eines Vertreters an den päpstlichen Hof als einen Segen für unsere Kirche zu schätzen; in Wirklichkeit war die Vertretung nur ein schlauer Schachzug, um den heiligen Vater in das Lager der Entente zu locken. Diese Hoffnung ist gründlich fehlgeschlagen. Trotz aller Überredungskünste des englischen Kabinetts nahm der erste Gesandte bald seinen Abschied und von dem jetzigen kann man gleichfalls keinen Erfolg erwarten. Bischöfe aus England und Frankreich fanden allerdings eine freundliche Aufnahme im Vatikan, doch die grundsätzliche Neutralität des heiligen Vaters wurde nicht gebrochen. Die weitere Entwicklung zeigt, wie klug diese Haltung des heiligen Stuhles gewählt war. Unter den Neutralen verdient unser

Land eine Ehrenstelle durch die offene Erklärung unseres protestantischen Ministerpräsidenten Kort van der Linden, der in dem heiligen Vater den besten Schiedsrichter in der kommenden Friedenskonferenz begrüßen würde und damit den vollen Beifall in der Kammer erntete. Diese Tat wird in der Geschichte unseres Landes unvergessen bleiben. —

Zum Schlusse noch eine Bemerkung zu einer Frage, die viele gläubige Katholiken in Holland, sowie auch im Auslande beunruhigt: zu der Frage, ob der unbeschränkte Unterseebootskrieg vom moralischen Standpunkt gestattet sei? Die Redaktion eines angesehenen katholischen Blattes in Holland hat durch ihren Korrespondenten in Deutschland eine Nachfrage angestellt. Die Antwort lautete in Norddeutschland in den meisten Fällen, daß der uneingeschränkte Unterseebootskrieg moralisch erlaubt sei; dahingegen lautete die Antwort in Süddeutschland sehr unentschieden. Der Korrespondent fügte indessen hinzu, daß er keine Bischöfe gefragt hätte. Nun kommt zur rechten Stunde die Civiltà Cattolica auf den Plan und schreibt: Das von Deutschland als gerechtfertigte Verteidigung und Gegenmaßregel gegen Englands Aushungerungsplan eingeschlagene Vorgehen sei gewiß entsetzlich; aber andererseits sei es gegen alles internationale Recht, eine ganze Nation mit so vielen Menschenleben, mit all den Frauen, Kindern und Greisen durch Hunger zur Übergabe zu zwingen. Soweit die Civiltà Cattolica, das bekannte Organ der italienischen Jesuiten, von dem man mit Sicherheit annehmen darf, daß es ohne Billigung im Vatikan einen solchen Artikel nicht lanziert hätte. Wir begrüßen diese wichtige Erklärung als eine Ehrenrettung für Deutschland und eine Richtigstellung für viele ängstliche katholische Gemüter bei der Beurteilung der moralischen Seite des unbeschränkten Unterseebootskrieges.



LV.

Kürzere Besprechungen.

1. E. Kämpfe: Der Streit um die Schulaufsicht. Beiträge zur Geschichte der Schulaufsicht vor 100 Jahren. [Pädagogische Forschungen und Fragen, herausgegeben von Professor Stölzle, Heft 5]. Paderborn, Schöningh 1916. X, 52 S. Preis 2 *M*.

Der Streit um die Schulaufsicht ist ein heute vielverhandeltes und vielumstrittenes Thema. Er ist aber nicht erst eine Erscheinung von heute; er tobt schon seit langer Zeit. Und es ist jedenfalls belehrend zu sehen, mit welchen Waffen, welchen Gründen der bis heute nicht ausgetragene Streit in früherer Zeit geführt wurde. Auch die Gegenwart wird aus solchem Rückblick lernen können. Der Verfasser knüpft da an, wo Kahls Schrift: „Zur Geschichte der Schulaufsicht, 1913“ aufhörte und führt uns im ersten Teil Gegner der geistlichen Schulaufsicht (Steinbart, Schuderoff, Niemeyer, Pöhlmann), im zweiten Teil Verteidiger der geistlichen Schulaufsicht (Dacheröden, Greiling, Zöllner) und im dritten Teil Vermittlungsversuche vor. Im Schluß stellt der Verfasser die Gründe der Gegner und Anhänger der geistlichen Aufsicht einander gegenüber und erörtert das Verhältnis zur Gegenwart. Namen- und Sachregister bilden den Abschluß der für alle an der Schulaufsicht beteiligten Kreise interessanten Schrift.

2. H. Renker: Ahasver Fritsch, ein pietistischer Pädagog vor Francke und ein Vorläufer Franckes, ein Beitrag zur Geschichte der pietistischen Pädagogik. [Pädagogische Forschungen und Fragen von Stölzle, Heft 6]. Paderborn, Schöningh 1917. VIII, 105. Preis 3 *M* 40 *ℌ*.

In der „christlichen Schule“ (1914 und 1915) hatte Professor Stölzle in 2 Abhandlungen auf Ahasver Fritsch (1629—1701) und seine Pädagogik hingewiesen und eine Monographie über Ahasver Fritsch als lohnend bezeichnet. Dieser Anregung folgend stellte Renker nun die oft schwer zu erreichenden Schriften Fritschs aufspürend, Fritsch, der von Haus aus Jurist war



und angesehene Staatsstellungen bekleidete, als Pädagogen dar. Nachdem er Fritschs Leben und Schriften und die Quellen derselben in 3 Kapiteln geschildert hat, gibt er in einem vierten Kapitel im ersten Abschnitt die Anschauungen von Fritsch über häusliche und Mittelschulerziehung (Ziel der Erziehung und des Unterrichts, Erziehungsgrundsätze, religiöse, sittliche, körperliche Erziehung, Unterrichtsgrundsätze, Fragen der Schulorganisation [der Lehrer, Lehrerfehler, Ideal des christlichen Schullehrers, Wertung der Lehrerarbeit, Schularbeit, Errichtung von Schulen, Schulaufsicht, Schule und Haus]), und in einem zweiten Abschnitt desselben Kapitels Fritschs Hochschulpädagogik wieder (Fehler der Studenten, Duellwesen, Ideal des Studenten, Stipendienwesen, Visitationswesen, Gelehrtenmangel). Ein fünftes Kapitel stellt das Verhältnis von Fritsch zum Pietismus und besonders zu Francke fest. Der Verfasser macht uns nicht bloß mit einem bisher von der Pädagogik nicht verbuchten pädagogischen Schriftsteller des 17. Jahrhunderts bekannt, er lehrt ihn auch als Vorläufer Franckes betrachten. Gleichzeitig macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß die pietistische Pädagogik schon vor Francke zahlreiche Vertreter hatte und weist die Forschung auf ein bisher noch nicht bekanntes Feld hin.

3. W. Timen: Deutsche Sozialpädagogen der Gegenwart. [Pädagogische Forschungen usw., Heft 7]. Paderborn-Schöningh, 1917. X, 125 SS.

Der anfangs mit Widerspruch aufgenommene Gedanke einer Sozialpädagogik hat heute keine Gegner mehr. Ja, wir haben schon verschiedene Richtungen innerhalb der Sozialpädagogik. Da die beiden Stimmführer Natorp und Bergemann schon wiederholt monographische Behandlung gefunden haben, beschränkte sich der Verfasser darauf, die seitdem bis heute aufgetretenen wichtigeren Vertreter der Sozialpädagogik vorzuführen. Er gliedert sie in 2 Gruppen. Zur ersten Gruppe, welche Sozialpädagogik als Eingliederung in die verschiedenen Sozialverbände: Familie, Schule, Gemeinde, Kirche, Staat faßt, zählt er Dörpfeld, Willmann, dann Trüßer, Lietz, Hochegger, Villanyi und Rein. Zur zweiten Gruppe, welche unter Sozialpädagogik Volkspädagogik versteht, rechnet er Rißmann, Tews, Kerschensteiner, Mathesius, Ziegler, Brückner. All diese Vertreter werden näher charakterisiert. Im Schlußwort skizziert er die sozialpädagogischen Aufgaben des deutschen Volkes. Namen- und Sachverzeichnis bilden den Schluß der aktuellen Schrift.

LVI.

Das höchste Gut nach Paulsen.

Kritische Studie von lic. phil. Erwin Wasserbäck, Innsbruck.

Die Frage nach dem höchsten Gut ist gewiß für jeden Moralisten von ausschlaggebender Bedeutung, für Paulsen aber bedeutet sie insbesondere schlechthin den Angelpunkt seines ganzen „Systems der Ethik". Denn geht er auch zur Grundlegung desselben von einer doppelten Fragestellung aus — die erste, welche nach seinen Worten „aus dem moralischen Urteil entspringt", wäre jene nach dem letzten Grund für die Beurteilung menschlicher Handlungen als gut oder schlecht, die zweite, „vom Willen kommend" aber: was ist das letzte Ziel menschlichen Strebens und Handelns —, so führt doch die einheitliche Lösung beider Fragen, die Paulsen in der allgemeinen Wohlfahrt der Menschheit erblickt, offenkundig zur Annahme, daß es im Grund genommen nur die Frage nach dem höchsten Gut ist, welche alle Reflexionen über das Sittliche zum gemeinsamen Ausgangspunkt nehmen.

Trotzdem habe jene erwähnte zweiseitige Fragestellung zu einer doppelten, gegensätzlichen Lösung geführt, die, wenigstens bezüglich der zweiten Antithese, nicht nur in den Strömungen des modernen philosophischen Denkens, sondern schon in den Tagen der griechischen Philosophenklassiker eine ausgesprochene Antipodenstellung verursacht habe, deren Bedeutung bereits von Anfang an so groß war, daß sie für jede

Bildung von Moralsystemen den wichtigsten Faktor darstellte. Die Untersuchung nach dem letzten Grund für die Beurteilung menschlicher Handlungen als gut und böse führe nämlich zu dem Gegensatz der „formalistischen" und „teleologischen" oder „utilitarischen" Theorie. Während die erste in den Prädikaten gut und böse „Wesensbestimmungen von Handlungen" sieht, „die ihnen als absolute Qualitäten anhangen und durch das Gewissen wie durch eine Art moralischen Sinnes erfaßt werden",[1]) führe die teleologische Ansicht, die Paulsen zu der seinen macht, die Betrachtung auf dem gewonnenen Resultat weiter, wodurch sich ihr erschließt, daß „der Wertunterschied des Handlungsweisen, der durch die Prädikate gut und schlecht bezeichnet wird, allerdings auf der Verschiedenheit ihrer Wirkungen für die Wesensgestaltung und Lebensbetätigung des Handelnden und seiner Umgebung beruht".[2]) In dieser Lebensbetätigung und Wesensgestaltung erblickt Paulsen aber andererseits auch die Lösung der zweiten Frage nach dem letzten Ziel alles menschlichen Strebens. In einer nur bei modernen Philosophen nicht selten in Erscheinung tretenden absichtlichen „Selbstbeschränkung", um recht gelinde zu sein, glaubt Paulsen dieser seiner Auffassung sozusagen ausschließlich die hedonistische entgegengesetzt, welche die Lust zum absoluten Gut emporhebt. Nicht diese Lust, die ein durch und durch subjektives Element in die Betrachtung hineintrage, sondern ein objektiver Lebensinhalt mache das höchste Gut aus, nämlich persönliche Wesensvollendung und vollkommene Lebensbetätigung.

Entsprechend dieser Lösungsart jener doppelten Fragestellung nennt Paulsen den Standpunkt, von dem er die Konstruktion der ganzen sittlichen Welt unternimmt: „teleologischen Energismus", der das Prinzip festhält: „Gut sind . . . Willensbestimmtheiten und Handlungsweisen, so-

---

1) Friedrich Paulsen, System der Ethik I. 9–10 S. 222.

2) A. a. O.

fern sie die Tendenz haben, im Sinne der menschlichen Lebensvollendung zu wirken.“ [1])

„Energistisch“ soll im Anklang an Aristoteles ἐνέργεια und im „reinen“ Gegensatz zum Hedonismus nicht einen Gefühlsinhalt, sondern das Auswirken, die Betätigung aller Kräfte zur Lebensvollendung bezeichnen. Dieses höchste Gut wird oft auch Wohlfahrt genannt; Paulsen bemerkt, daß dieser Ausdruck es gut von zwei Seiten beleuchte, von denen die eine darin besteht, daß es etwas objektiv Gegebenes darstellt, die Betätigung aller menschlichen Handlungen als Lebensinhalt, während die andere uns zugleich andeutet, daß dieser Lebensinhalt beim Erleben des Subjektes Wohlgefühle auslöst.

Dieses höchste Gut zu zeigen und den Weg zu ihm, die Mittel zu seiner Erreichung freizulegen, ist nach Paulsen die doppelte Aufgabe der gesamten Ethik. Die erste Aufgabe zu lösen, sei Sache der Güterlehre, während diese bei Erledigung des zweiten Teiles von der Tugend oder Pflichtenlehre abgelöst werde.

A. Paulsen bietet nun für die Richtigkeit seiner Definition des höchsten Gutes ein doppeltes Beweisverfahren. Doch schicken wir noch seine ausführlichste Begriffsbestimmung desselben voran:

Das höchste Gut ist „ein vollkommenes Menschenleben, d. h. ein Leben, das zu voller und harmonischer Entfaltung der leiblich-geistigen Kräfte und zu reicher Betätigung in allen menschlichen Lebenssphären führt, in inniger Gemeinschaft mit anderen nächst verbundenen Personen und in allseitiger Teilnahme an dem geschichtlichen und geistigen Lebensinhalt der großen Gemeinschaftsformen.“ [2]) Der erste Beweisgrund ist ein indirekter, indem Paulsen nämlich die hedonistische Ansicht widerlegt. Das zweite Beweisverfahren bietet dann eine positive Begründung. Gewiß ist jene erste

1) S. d. E. I. [10] S. 223.
2) A. a. O. S. 4.



Argumentation für jeden, der außer diesen zwei Theorien auch noch andere zu Worte kommen läßt, nicht stichhaltig, wir wollen hier aber dessenungeachtet in kürzester Fassung auf sie etwas eingehen, da sie uns manche Waffen liefert, die wir selbst außer jenen aus dem reichhaltigen Arsenal der Moralphilosophie der philosophia perennis gegen ihren eigenen Erzeuger kehren dürfen.

I. 1. Die Hedonisten, meint Paulsen, könnten ihre Behauptung nur durch den Nachweis rechtfertigen, daß die Lust als das absolut Wertvolle geschätzt werde, denn es wäre widersinnig zu sagen, die menschliche Natur schätzt zwar nicht die Lust als das absolut Wertvolle, aber sie wollte es tun. Allein durch psychologische und biologische Untersuchung gelingt es Paulsen aufzudecken, daß diese Beweisführung hinfällig wird. Denn vom psychologischen Standpunkt aus müßte der Hedonist seine Ansicht entweder so formulieren, daß er behauptet, vorgestellte Lust sei überall als Motiv des Handelns wirksam; dann sieht Paulsen die Widerlegung darin, daß tatsächlich das Verlangen nach Betätigung der Triebe aller Lustvorstellung vorangeht, oder Paulsens Gegner müßte beweisen, daß es immer die Abwendung von Schmerzgefühlen sei, die wir in allen Akten erstreben. Dem gegenüber betont Paulsen, daß nur ganz bestimmt sehr oft, ja meistens „positiv lustbetonte" Triebe zur Tätigkeit veranlassen, und daß der Wille in der Weise zum Schmerz eine positive Beziehung aufweise, daß uns ein Lebensinhalt ohne Schmerzen so reizlos erscheine wie ein Spiel, von dem wir stets im vorhinein wissen, daß wir es gewinnen müssen. Einem allfälligen Einwurf eines Vertreters der Lusttheorie, daß die Verursachung von Lust oder die Befreiung von Unlust nicht immer das vorgestellte, bewußte Ziel jeder Tätigkeit sein müsse, sondern daß es genüge, daß sie tatsächlich, wenn auch in blinder Weise angestrebt würden, begegnet Paulsen, indem er darauf hinweist, dies könnte man nur durch die Feststellung begründen, daß dieses Ziel also

tatsächlich immer erreicht werde, eine Forderung, deren Erfüllung eine ausgiebige Erfahrung widerspräche.

2. In anerkennenswerter Weise führt unser Gewährsmann weiter aus, wie auch die biologische Betrachtung uns damit vertraut mache, daß Lust und Unlust im Haushalte der Natur zwar eine wichtige Rolle spielen, indem sie die Lebensfunktionen fördern, daß sie aber immer doch nur als Mittel zum Zweck und nie als Selbstzweck zu betrachten seien. So halte aber auch der gewöhnliche Hausverstand die Lust nicht für den Endzweck, denn niemand würde ein Leben, das z. B. ganz den Lustbarkeiten einschmeichelnder Opiumträume gewidmet sei, für ein menschenwürdiges Glück betrachten.

II. Wenden wir uns nun zur positiven Begründung der Theorie, wie sie uns Paulsen bietet. Er will also die Ansicht beweisen, daß „das Ziel, worauf der Wille jedes Lebewesens sich richtet, . . . mit allgemeinster Formel die normale Ausübung der Lebensfunktionen sei", „worauf seine Natur angelegt ist".[1])

Also nicht bloß für den Menschen, sondern für jedes Lebewesen gilt dieses Resultat, wenn es auch bei den Tieren nicht der bewußte, vorgestellte Zweck ist, sondern nur das objektive Ziel bedeutet. Beim Menschen hingegen erhebt sich über das blinde Naturstreben der vernünftige Wille, ja es macht gerade sein spezifisches Wesen aus, daß er dieses „triebhaften Naturwillens" gewahr wird und das objektive Ziel in einen bewußt gewollten Zweck umwandelt; „er will ein menschliches Leben mit dem vollen Inhalt eines solchen leben; er will Vollendung der eigenen Persönlichkeit und volle Betätigung der Kräfte, zunächst der persönlich-sittlichen Kräfte, in der Selbstbehauptung und Selbstdurchsetzung und zugleich in der Arbeit an den objektiven Zielen des geschichtlichen Lebens, dem er als Glied angehört".[2])

1) A. a. O. S. 269/70.
2) S. 270.



1. a) Im großen Ganzen sind es drei Argumente, die nach Paulsen die Sache jedem „unbefangenen Blick“ so darstellen. Zunächst die anthropologische oder biologische Untersuchung. Die Betätigung des Systemes aller Anlagen und Triebe in einem Lebewesen mache den Lebensinhalt der Gattung aus, erhebe sich aber im Menschen von der animalischen Stufe zum „ideellen Selbsterhaltungstrieb“. Dieser Wille zum Leben bilde aber in jedem Geiste ein ideales Bild aus, das die Darstellung dessen zeigt, dessen Verwirklichung den Inhalt seines Lebens bedeutet. Dieses Bild hat nach Paulsen wohl eine verschiedene Gestalt in verschiedenen Menschen, verschieden im Spartaner und Athener, verschieden in Mann und Frau, doch ist es allen gemeinsam, wie der anatomisch-physiologische Menschentypus allen gemeinsam ist und doch nicht in zwei Individuen gleich durchgebildet erscheint. Bei höherer Entwicklung wird auch dieses Betätigungsvorbild, dieses Arbeits- und Lebensprogramm, immer mehr spezialisiert. Doch auch die Sicherheit und Kraft, die Klarheit, mit der es sich in den verschiedenen, schwierigen Lebenslagen als zugkräftig erweist, ist unterschiedlich. Und nicht bloß in einzelnen Menschen, in ganzen Völkern prägt sich ein solches Vorbild aus in Gestalt der verschiedenen Heroenmythen, Religionen, der Kunstschöpfungen und Literaturmonumente. Auf späterer Entwicklungsstufe biete dann die Geschichte dem Volke seine „Nationaltypen“, die im allgemeinen Volksbewußtsein entstehen und zugleich das ganze Volksleben bestimmend beeinflußen. Doch nicht genug, sogar in ganzen Kulturschichten und abgeschlossenen Geschichtsperioden wird das Gesamtleben durch solche Ideale beherrscht, die als „Typen der Wesensgestaltung und des Lebensinhaltes“ auftauchen, die Herzen erobern, die Gedanken bewegen und zuletzt die Dinge formen.[1]) So im humanistischen Zeitalter, in der Reformationszeit, in der französischen Revolution usw.

1) S. 272.

b) Es kann Paulsen allerdings nicht sehr schwer fallen, mit diesem Beweis gegen die Lusttheoretiker zu Felde zu ziehen, denn es steht außer allem Zweifel, daß ein Volk von seiner Vergangenheit nicht die „Lustbilanz" zu ermitteln sucht, sondern sich fragt, was alle seine geschichtlichen Ereignisse und Opfer beigetragen haben zur Förderung seiner Lebenswerte; allerdings dürfen wir nicht verkennen, daß wir zu optimistisch wären, wenn wir den großen Unterschied übersehen wollten, der darin liegt, ob ein Volk über die geschichtlichen Ereignisse und Opfer urteilt, deren Schmerzen und Lasten die Individuen, die gegenwärtig das Volk zusammensetzen, nicht am eigenen Leibe erfahren haben, oder ob es sich um die Geschehnisse der Gegenwart handelt; in letzterem Falle wird der Maßstab bei Weitem nicht mehr ein so idealer sein. Schauen wir uns nur heute um, wie das Kriegselend ertragen wird. Gewiß ist die Haltung des Volkes *als solchen* heldenmütig und über jeden Tadel erhaben, aber wenn wir ins Leben der verschiedenen Kreise Einblick nehmen, wie viele Stimmen können wir doch hören, die noch immer allzusehr mit jener „Lustbilanz" liebäugeln, wenn sie zum Glück auch nicht weit dringen können und sich nach außen den Gesetzen des Staates und der öffentlichen Meinung unterwerfen.

So sehr wir ferner die feinsinnigen psychologischen Beobachtungen Paulsens bewundern, müssen wir diesen Beweisgrund, abgesehen davon, daß die Tatsache dieses Idealbildes in einer so großen Allgemeinheit doch angezweifelt werden könnte, ablehnen, da er die gesamte subjektive Moraltheorie, die Paulsen im allgemeinen verficht, zur Voraussetzung nimmt, derzufolge es keine allgemein gültigen, sittlichen Normen gibt, die für jegliches menschliche Handeln ihre Geltung haben. Wir dürfen es nicht außer acht lassen, jenes Betätigungsvorbild soll für das Individuum gleichsam der für es in Betracht kommende Ausschnitt des allgemeinen Sittlichkeitsideals, dessen Verwirklichung oder wenigstens angestrebte Verwirklichung zugleich das höchste Gut bedeutet,



sein, dieses ist aber zugleich auch das oberste Moralitätsprinzip. Für den einzelnen ist also sein Idealbild die sittliche Richtschnur. Da dürfen wir uns aber nicht die Augen verschließen, es gibt nicht nur gesunde solche Betätigungsvorbilder, wie viele Menschen laufen mit perversen Idolen herum! Man braucht nicht einmal in eine Irrenanstalt zu gehen, um diese traurige Erfahrung zu machen. Es liegt uns nun natürlich vollständig fern, Paulsen in die Schuhe schieben zu wollen, daß er in gleicher Weise Ideale wie Idole in sein „Betätigungsvorbild“ eingeschlossen habe; gewiß meint er nur wahre, objektive Ideale. Aber, so müssen wir uns jetzt fragen, wer entscheidet denn über die Trefflichkeit und Verwerflichkeit dieser Vorbilder, wenn diese selbst die Moralitätsprinzipien darstellen? Wer soll darüber urteilen, ob ein Ideal dem gesunden Menschenverstand entspringt oder ob es krankhaft, ob es verbrecherisch ist? So muß also Paulsen doch eine Norm für die moralische Güte der Ideale, die über diese selbst hinausgeht und daher eine letzte bedeuten kann, ausfindig machen, will er nicht einen Mörder aus Blutgier, der sich sogar eines intensiveren „Betätigungsvorbildes“ erfreut, das nur unglücklicher Weise eine falsche Richtung angenommen hat, und einen Samariter der Nächstenliebe gleichstellen.

Wie Paulsen ferner selbst betont, müßte dieses Vorbild im Einzelnen um so besser gezeichnet erscheinen, je höher das geistige Leben entwickelt ist, mit anderen Worten, je höher die Bildung des Menschen, desto größer müßte seine schon nach ganz allgemeiner, volkstümlicher Auffassungsweise moralische Vollendung und Sicherheit sein. Dem entspricht aber das moderne Tatsachenmaterial in keiner Weise und so ist der Boden des Argumentes schon in bedenklicher Weise erschüttert. Was ferner die Idealtypen ganzer Völker betrifft, deren „Wille unbedingt auf die Verwirklichung der Idee oder des Typus gerichtet ist“, das Freiheit, Macht, Größe, Kultur oder, mit welchem Schlagwort immer die ihm vorschwebende Idee genannt werden mag, unbedingt und



nicht um eines anderen Gutes willen erstrebe, wäre man fast versucht, im Hinblick auf gewisse neuzeitliche Erscheinungen und auf die Engländer unserer Tage dies für Einzelfälle zugeben zu sollen, es hieße aber die Ehre der Menschheit untergraben, wollte man diesen Grundsatz ganz allgemein gelten lassen. Eine solche Verallgemeinerung ist auch hier, wie betreff der Einzelmenschen unzulässig, denn jedes Volk, das seine innere Überzeugung von einem Jenseits in der Praxis einigermaßen zu realisieren bestrebt ist — und es wäre eine allzu pessimistische Auffassung, wenn man die Existenz derartiger Völker ganz zu leugnen versuchte — jedes solche Volk widerlegt Paulsen.

2. a) Im zweiten Argument will uns Paulsen überzeugen, daß „alle großen Moralsysteme mit einziger Ausnahme des Hedonismus" in seiner Theorie zusammeutreffen. In diesem argumentum ex consensu weist er darauf hin, wie Plato und Aristoteles, wie die alte Stoa schon diese Meinung vertraten. Dann erfahren wir aber auch, daß neben einem Empiristen Hobbes, einem Pantheisten Spinoza, neben Shaftesbury und Leibniz, auch der klangvolle Name des hl. Aquinaten zu stehen kommt. Auch Kant wandle diese Wege, während nicht minder Hegel und Schleiermacher den „großen geschichtlichen Inhalt des menschheitlichen Lebens" als das höchste Gut betrachten. Vom biologischen Standpunkt aber beweise auch Darwin, daß „die Erzielung der größtmöglichen Zahl von Individuen in voller Kraft und Gesnndheit und mit allen Fähigkeiten in vollkommener Ausbildung" als Maßstab für die Moral gelten müsse. Doch auch der ausgesprochene Lusttheoretiker J. St. Mill nähere sich der Sentenz Paulsens durch seine Unterscheidung von quantitativen uud qualitativen Lustgefühlen in so hervorragender Weise, daß er die Formel: „Besser ein unbefriedigter Mensch, als ein befriedigtes Schwein" als berechtigt anerkennt. Denn in diesem Prinzip ist das Hauptmoment von der Lust selbst bereits auf die Vornehmheit der Funktion, an die sie sich knüpft, verschoben.



b) Es kann hier unsere Sache nicht sein, nachzuweisen, mit wie verschiedener Berechtigung Paulsen die einzelnen Autoritäten für sich in Anspruch nimmt. Was aber den hl. Thomas betrifft, scheint unser Gewährsmann bei der angeführten Stelle ganz außer acht gelassen zu haben, daß der Heilige hier nicht davon spricht, worin das höchste Gut für das Lebewesen, oder besser für den Menschen, besteht, sondern wie es erstrebt wird. Denn die Stelle lautet: „Jedes Wesen erstrebt seine Vollkommenheit nach dem Maße seiner Natur, denkende Wesen durch den vernünftigen Willen, empfindende durch den sinnlichen Trieb, empfindungslose durch den Naturtrieb." Das will doch keineswegs schon besagen, daß in diesem Streben nach der Vollkommenheit diese selbst gelegen ist, wie es der Auffassung Paulsens entsprechen würde.

Im Anschluß an die griechischen Moralphilosophen, vorzüglich aber an Aristoteles, entwickelt Paulsen an dieser Stelle ausführlicher, daß alle Tugenden und Tätigkeiten zugleich Mittel und Selbstzweck seien, nicht aber beides im gleichen Maße. Wie im Organismus oder Kunstwerk nicht alle Bestandteile dieselbe Notwendigkeit aufzeigen, so hätten auch vom moralischen Standpunkt aus einige Funktionen eine mehr „zentrale", andere mehr eine „periphere" Stellung. Der Mittelpunkt des ganzen Strebens aber sei für jedes Wesen die Betätigung seiner spezifischen Triebe, für den Menschen also die Betätigung der Vernunft. So wäre daher die Funktion des philosophischen Erkennens in den Vordergrund gerückt und die Betätigung der „praktischen Vernunft", nämlich die der Erkenntnis entsprechende Ausübung der sittlichen Tugenden stehe jener zwar nach, aber am nächsten. Dann folge erst in weitem Abstande die Betägigung der sensitiven und animalischen Anlagen.

Sollte Paulsen sich diesen aristotelischen Prinzipien anschließen, so müßten wir im Namen jeder christlichen Philosophie die Bevorzugung der Verstandesfunktionen, die an sich ja noch des ethischen Wertes entbehren, vor den eigent-



lich ethischen Betätigungen wie der Ausübung der Tugenden gegen Gott, sich selbst und den Nächsten auf das entschiedenste ablehnen. Ein altes, gebrochenes Männlein handelt nicht bloß in unserem Sinne, sondern nach allgemein menschlicher Überzeugung moralischer, wenn es z. B. die schlichtesten Pflichten der Nächstenliebe erfüllt, als ein Philosoph durch seine tiefsinnigsten Spekulationen, die nur der Betätigung der Verstandeskräfte halber vorgenommen werden. Andererseits ist es ein anerkennenswertes Resultat, das Paulsens Ausführungen uns liefern, wenn er die Unterordnung der niederen Fähigkeiten unter die höheren fordert. Doch war es gerade die scholastische Philosophie, die diesen Grundsatz auch zu Zeilen verfochten hat, wo ihm von den meisten Seiten keine freundliche Aufnahme beschieden war. Übrigens dürfen wir nicht verkennen, daß Paulsen nicht so unrecht hat in der Behauptung, daß der Mittelpunkt des ganzen Strebens für den Menschen die Betätigung der Vernunft ist, wenn er es so versteht, daß der Mensch darnach streben muß, daß seine höhere Erkenntniskraft stets einen möglichst vollkommenen Akt setzt. Diesem muß natürlich ein vollkommenes Objekt entsprechen, denn „ab objecto specificatur actus“. In diesem Sinn weist die scholastische Philosophie nach, daß die Seligkeit im Jenseits eben ihrem Wesen nach in solchen vollkommenen Verstandesakten über das vollkommenste Gut — Gott — besteht, dem sich erst in zweiter Linie die begleitenden Funktionen des anderen Seelenvermögens, vorab des Willens, anschließen. Ob dieser Vorherrschaft des Intellekts, dessen Akte ja nur eine Anziehung, eine Hinordnung auf das Objekt sind, wird naturgemäß jeder Mensch, dessen Denken sich vor allem mit dem höchsten Gut beschäftigt, auch nach den übrigen Vermögen sich auf dieses hinordnen. Freilich kommt jetzt erst in Betracht, was das höchste Gut ist, und da gehen die Wege eben wieder auseinander. Aber über die Art der Erreichung desselben können wir uns im Sinne der obigen Einschränkungen mit Paulsen einverstanden erklären.



3. a) Auf breitester Grundlage will Paulsen schließlich vom entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt seine Behauptung rechtfertigen. Ausgehend von der untersten Stufe tierischen Lebens, wo die vegetativen Funktionen die ganze Lebensbetätigung ausmachen, führt er die Betrachtung also weiter: „Mit der aufsteigenden Entwicklung tritt die Funktion der geschlechtlichen Fortpflanzung mit Anfängen einer Fürsorge für die Brut und andererseits die Ausbildung der Intelligenz, zunächst in Gestalt der Sinnesempfindung hinzu. Damit sind die Grundlagen des sozialen und des intellektuellen Lebens gegeben. Sie erreichen im Menschen die höchste Ausbildung." [1]) Diese Entwicklung ist aber nur ein Teil der allgemeinen Entwicklungsgeschichte, freilich jener Abschnitt, den wir durch die Geschichte wenigstens einigermaßen unmittelbarer zu erfassen vermögen. Was die Geschichte der Menschheit in ihren tausenden und abertausenden Einzelheiten vor Augen stellt, ist im großen Ganzen nichts anderes als die Ausbildung der menschlichen Erkenntnis in immer ausgedehnterer und tieferer Erfassung der Wirklichkeit, andererseits aber — entsprechend der obigen Zweiteilung der edelsten menschlichen Betätigungen in Verstandesfunktion und Ausübung der moralischen Pflichten — die Vervollkommnung des sozialen Lebens zu immer „umfassenderer Ausdehnung und innigerer Wechselwirkung".

Es sind wunderbare Töne, die Paulsen, anknüpfend an diese Argumentation über die ideale Höhe des menschlichen Lebens anzuschlagen weiß. Ein Menschenleben hat einen um so höheren Wert, je mehr seine höchsten Kräfte entwickelt und die niederen diesen dienstbar gemacht werden. Ein Leben voll blinder Begierden und sinnlichen Leidenschaften hingegen heißt er eine verkümmerte Bildung. Ein vollkommenes menschliches Leben muß den Geist zu unbehinderter Entfaltung bringen und zur allseitigen Betätigung der menschlichen Anlagen führen. Solche Worte atmen

1) S. 278.



ganz die Schönheit des Philosophenideals des großen Stagyriten. Wir können ihnen in vollem Maße beipflichten, allerdings nicht ohne uns die Bemerkung ersparen zu können, daß dieses Bild der Vollkommenheit noch nicht das letzte, höchste Gut schlechtweg bedeutet, daß es uns den vollkommensten Weg bezeichnet, der zu ihm führt, daß wir noch immer unruhig nach dem Grunde fragen, warum es so ist, daß unser Geist nicht ruht, bis er in seinem Denken jenes außerweltliche höchste Gut gefunden hat, auf das, wie alles übrige, auch dieses niedere Gut der eigenen Vollendung hinzuordnen ist. Doch davon noch später.

Paulsen setzt aber seine Untersuchung über das Einzelleben hinaus fort und so ergibt sich nach ihm für uns die Notwendigkeit, es als Glied und Mittel eines großen Ganzen zu betrachten, eines Volkslebens, eines ganzen Kulturkreises. Denn auch schon nach Plato stelle der Staat eine Person im großen Maßstab dar, zu der sich der einzelne wie ein Mittel zum Zweck, wie ein Organ zum ganzen Organismus verhalte. Die Entfaltung eines reichen Volkslebens ist das Ziel, das angestrebt wird, und der Einzelne wird nur nach dem Maßstabe seines Wertes für das Gesamtwohl gemessen. Je größer seine Leistungen für die Allgemeinheit, je besser seine Taten dem Ganzen nützen, desto größer sei seine Sittlichkeit und desto hehrer werde sein Bild leuchten in der Ahnengallerie der Helden seines Volkes. In dieser allgemein aufsteigenden Entwicklung einer ganzen Nation setze sich naturgemäß der Grundsatz durch: je jünger eine Entwicklungsstufe, desto vollkommener die allgemeine Wohlfahrt, desto größer also auch die Moralität und desto näher dem letzten Ziel.

(Schluß folgt).



LVII.

Der selige Konrad Bosinlother,

Abt von Mondsee († 1145).

Von P. Josef M. Patsch C. Ss. R., Mautern in Steiermark.

Über dem Hochaltare der herrlichen Abteikirche von Mondsee werden in einem Glasschreine die Gebeine eines Mannes aufbewahrt, der es wohl verdiente, im dankbaren Andenken Oberösterreichs fortzuleben. Hat er doch durch seine eifervolle, unerschrockene Reformtätigkeit ein erstklassiges Kulturzentrum dieses schönen, gottbegnadeten Landes aus tiefem Verfalle neu gehoben und zu einer Stätte des Segens und der Bildung für viele Jahrhunderte umgeschaffen. Konrad Bosinlother [1]), der selige Blutzeuge, ist heute leider fast vergessen, selbst dort, wo seine sterblichen Überreste der Auferstehung entgegenharren. Die Mönche,

1) Quellen: Luitholdus, Epitaphia B. Chunradi (k. u. k. Wiener Hofbibliothek cod. 791 Lun. XII. Jahrh. Pergament, auf dem letzten Blatt; ebenda cod. 849 Lun. XII. Jahrh. Pergament, letztes Blatt; abgedruckt im Chronicon Lunaelacense p. 124 f.) — Urkundenbuch des Landes ob der Enns. Wien u. Linz 1852—1906. 9 Bde. — Chronicon Lunaelacense . . . . ex archivii manuscriptis antiquo-novis collectum ab Archivario [Bern. Lidl] lunaelacensi ad annum iubilaeum millennarium. Pedeponti 1748. — Mantissa Chronici Lun. ibid. 1749. — Chronologia brevis antiquissimi et celeberrimi Monasterii Monsee, ungedruckt. (k. u. k. Wiener Hofbibliothek cod. 11609 Lun. XVI. Jahrh. fol. 1—13; enthält kurze Biographien von 52 Äbten bis Abt Simon, „ut reor“ 1420—1463). — „Successio Abbatum“ des Klosters Mondsee (k. u. k. Wiener Hofbibliothek cod. 11698, von drei verschiedenen Händen, schließt mit Abt Cölestin Kolb † 1683 und deutet noch die Wahl des Abtes Maurus Oberascher an; die erste Hand bis Abt Hieronymus † 1592). — Otto Schmid, Beiträge zur Geschichte des ehemaligen Benediktinerstiftes Mondsee in Oberösterreich. Studien und Mittei-



die sein Andenken wahrten, sind längst aus ihren Zellen vertrieben, verheerende Brände und feindliche Plünderungen haben sicher manche wertvolle Aufzeichnung vernichtet. Die Jahre 1203 und 1310 führten rohes Kriegsvolk in die friedlichen Räume des Klosters Mondsee[1]), in den Jahren 1274, 1283[2]) und zum letztenmale 1786, sechs Jahre vor der Aufhebung, wurden Haus und Kirche ein Raub der Flammen. Kein Biograph hat uns Konrads Lebensschicksale aufgeschrieben, nur einzelne, verstreute Notizen geben uns spärliche Kunde von seinem Leben und Sterben. Sie sollen hier getreulich gesammelt und zu einem Bilde vereinigt werden.

Konrad stammte aus Trier. Das Jahr seiner Geburt ist unbekannt. Nehmen wir an, daß er bei seiner Ermordung etwa 60 Jahre zählte, so wäre seine Geburt um das Jahr 1085 anzusetzen. Viel älter kann er jedenfalls im Jahre 1145, da er erschlagen wurde, nicht gewesen sein, sonst hätte er wohl nicht mehr zur Winterszeit nüchtern nach dem drei Stunden entfernten Oberwang reiten können, um dort Predigt und Amt zu halten. Nach dieser Annahme wäre er bei seiner Berufung nach Mondsee über 40 Jahre alt gewesen; so konnte er schon mit der nötigen Erfahrung und Autorität als Reformator auftreten und durchdringen. Daher möchte ich sein Geburtsjahr zwischen 1080 und 1090 festlegen. Von seinen Eltern, Erziehern, seinem Jugendleben wissen wir gar nichts. Wir erfahren

---

lungen aus dem Benediktinerorden III. Jahrg. (1882) Bd. II 129—139; 283—296 und IV. Jahrg. (1883) Bd. I 96—106; 324—333; Bd. II 102—108; 319—330 (Über Konrad speziell III. Jahrg. Bd. II 285 f.). — J. E. Mittendorfer, St. Konrad, Abt des aufgehobenen Benediktinerstiftes Mondsee. Linz, Preßvereinskalender 1886 (5. Jahrg.). Der volle Name Konrad Bosinlother findet sich zum erstenmale in einem Ausschreiben des Abtes Bernhard Lidl zum 600jähr. Todestage des Seligen 1745. Chronicon lunael. p. 461.

1) l. c. p. 143 und 167.

2) l. c. p. 159 f.



nur, daß er in das Kloster Siegburg auf dem Siegberge, bei Bonn in der Diözese Köln, eintrat und den Habit nahm.[1]) Daselbst erhielt er seine religiöse Ausbildung unter dem trefflichen Abte Kuno (1105—26).

Kuno, ein Sohn wohlhabender, edler Eltern der Donaustadt Regensburg, war schon als Jüngling auf den Siegberg gekommen, um Gott im Mönchsgewande zu dienen.[2]) Später übertrug ihm das Vertrauen seiner Ordensbrüder die Leitung der Abtei. Unter seiner kraftvollen Regierung gelangte das Kloster bald zu schönster Blüte, die Zahl der Mönche stieg in wenigen Jahren von 60 auf 120.[3]) Der berühmte Rupert von Deutz hielt sich mehrere Jahre auf dem Siegberge auf und widmete seinem Freunde Kuno mehrere seiner theologischen Werke, so die Schrift „Über den Sieg des Wortes Gottes“[4]), wozu der Abt die Anregung gegeben hatte, die Kommentare zu Matthäus und Johannes.[5]) In dem Briefe, der seinem Werke „de Trinitate“ vorangestellt ist, nennt er Kuno einen „eifrigen Förderer der heiligen Wissenschaft und, was noch mehr ist, eine Säule des Mönchslebens“.[6]) Die ganze Erzdiözese Köln schaute voll Bewunderung auf diese hellstrahlende Leuchte.[7]) Als im Jahre 1115 ein Blitzstrahl den jungen, lebenslustigen Norbert von Xanten niederwarf und aus einem Saulus zu einem Paulus umwandelte, eilte auch er nach Siegburg und warf sich dem heiligmäßigen Abte Kuno zu Füßen. Dieser gab ihm die hl. Schrift, besonders die Evangelien als Betrachtungsbuch in die Hand.[8]) Welch gute

1) „Trevir erat natu, Sigebergensis monachatu.“ Luithold Epitaph. I (Chronic. lunael. p. 124).
2) Rupert von Deutz, In Matth. XII (Migne P. L. 168, 1605).
3) M. G. Scr. XII 637 not. 71.
4) P. L. 169, 1215.
5) P. L. 169, 201 f. und 168, 1307.
6) M. G. Scr. XII 637 not. 70.
7) Rupert von Deutz, In Matth. XII (P. L. 168, 1606).
8) Vita s. Norberti cap. I n. 8 (Acta Ss. Jun. I 822).

Grundlage für sein Tugendleben hier der spätere Stifter der Prämonstratenser legte, beweist sein fernerer Wandel. Auch literarisch war man in Siegburg tätig: zwischen 1077 und 1081 dichtete ein Mönch von wahrscheinlich bayerischer Herkunft (Kuno selbst??) das berühmte Annolied, nach 1105 schrieb ein anderer Siegburger die lateinische Lebensbeschreibung des hl. Anno (II., Erzbischofs von Köln 1056—75).[1]) Die innige Berührung mit diesen hervorragenden Männern konnte nicht ohne günstigen Einfluß auf den Werdegang des seligen Konrad bleiben. Was er in Siegburg gesehen und gelernt, hat er später nach Mondsee verpflanzt. Ja, eben diese Berufung zur Reform der altehrwürdigen Abtei in Oberösterreich ist uns ein Beweis, wie sehr Kuno seinen Schüler schätzte.

Am 3. März 1126 hatte die Regensburger Diözese ihren Oberhirten Bischof Hartwich durch den Tod verloren.[2]) Schon im Mai wurde der Abt von Siegburg zu seinem Nachfolger gewählt. Er bewährte sich auch in dieser neuen Würde glänzend. Eine besondere Aufmerksamkeit widmete er der Entwicklung des Klosterwesens in seiner Diözese: die Gründung der Abtei Waldsassen, des Chorherrenstiftes St. Johann in Regensburg durch Gerhoh von Reichersberg, die Besetzung des Augustinerstiftes Weltenburg durch Benediktiner, die Hebung von Münchsmünster sind in erster Linie sein Werk.[3]) Die uralte Abtei Mondsee gehörte schon seit den Tagen Ludwig des Frommen dem Hochstifte Regensburg zu und mußte einen guten Teil der bischöflichen Einkünfte liefern.[4]) Dieses Abhängigkeitsverhältnis führte zu ständigen Streitigkeiten zwischen Bischof und Kloster und die Mönche

1) Anselm Salzer, Illustrierte Geschichte der deutschen Literatur. Wien (1912) I, 164.

2) Albert Hauck, Kirchengesch. Deutschlands[4] III, 1005.

3) cf. Ferd. Janner, Geschichte der Bischöfe von Regensburg II (1884) 8—20.

4) Luithold, de fundatione monasterii Lunaelacensis (Chron. lun. p. 134.

verließen sogar zeitweise das Kloster, um so gegen die bischöflichen Übergriffe zu protestieren. Dazu kamen noch die schweren Schäden, welche die Magyareneinfälle der Abtei zufügten, und die Räubereien benachbarter Adelsgeschlechter oder unbotmäßiger Eigenleute, welche sich des Klostergutes bemächtigten. Luithold führt darüber in seinem Gedichte „über die Gründung des Klosters Mondsee" bewegliche Klage: „So wurde (das Kloster) gänzlich vernichtet, von allen Seiten beraubt, von jeglicher Tugend verlassen.[1])" Bischof Kuno, der auch auf dem Stuhle von Regensburg der demütige, bescheidene Mönch blieb, konnte diese Zustände unmöglich untätig mitansehen. Vor allem mußte die erschlaffte Ordenszucht wieder neu belebt werden. Für diese gewiß nicht leichte Aufgabe berief nun Kuno seinen früheren Schüler Konrad von Siegburg nach Mondsee und übertrug ihm die Leitung der Abtei. Es geschah dies höchstwahrscheinlich im Jahre 1127[2]), wenn wir dem Verfasser der „Chronologia" glauben dürfen, der sich auf einen uralten Äbtekatalog von Mondsee beruft.[3]) Jedenfalls ist einer anderen Handschrift der Wiener Hofbibliothek weniger zu trauen, welche das Jahr 1128 als Zeit der Wahl Konrads zum Abte angibt und ihn 20 Jahre regieren läßt, was sicher falsch ist, da Konrad 1145 ermordet wurde.[4])

Ob der neue Abt das Schicksal ahnte, welches ihn erwartete, als sein staunender Blick zum erstenmale die wundervolle Berg- und Seenwelt des Salzkammergutes betrachtete? Friedlich steigen die wald- und wiesenreichen Hänge der Kulmspitze zum blauen See ab, schroff und steil erheben sich die grauen Felsen des Schober und des Drachensteins im Süden, während das stolze Haupt des Schafberges würdevoll von Osten herüberblickt auf die fruchtbaren Niederungen im Westen.

1) l. c. p. 135.
2) Chronologia p. 12.
3) Chronologia p. 1.
4) Cod. 4077 lun. 15. Jahrh., Papier mit Pergamenteinband; die Notiz steht auf dem vorderen Deckel.

Das Kloster schmiegt sich am Nordwestende des Sees an den Fuß des Berges wie ein liebliches Idyll im reichen Rahmen einer großartigen Gottesnatur.

Abt Konrad fand das Kloster „in geistlicher wie in zeitlicher Beziehung verfallen und fast vernichtet, aber seinem Eifer und seiner Frömmigkeit gelang es in kurzer Zeit, die Schäden auszubessern.“[1]) Reformieren ist immer schwer weil es dabei stets den Widerstand zu brechen gilt, welchen Leidenschaft, Eigennutz, Bequemlichkeit und Trotz der Änderung und Verbesserung alteingerosteter Gewohnheiten und Übelstände entgegensetzen. Energie allein tut's nicht, zuerst müssen die Herzen gewonnen werden. Der geringste Mangel an Takt, die kleinste Unklugheit kann das ganze Reformwerk zum Scheitern bringen. Es ist daher gewiß ein Beweis für Konrads kluges, maßvolles Vorgehen, wenn in so kurzer Frist die alte Strenge der Regel wieder zu voller Geltung kam, wenn die Mönche mit neuem Eifer sich der Tugend beflissen und dem Studium widmeten. Luithold rühmt den Abt, der ihm wohl noch persönlich bekannt war, als Führer und Hort seiner Gemeinde; durch Belehrung und Ermahnung habe er die ehrwürdige Klosterzucht wieder eingebürgert, die Mönche zu höherem Streben angespornt, vor allem aber selbst das leuchtendste Beispiel gegeben.[2]) Bischof Kuno sah mit herzlicher Freude diese gedeihliche Entwicklung Mondsee's und spendete dem eifrigen Abte in einer undatierten, aber wohl in das Jahr 1130 fallenden Urkunde hohes Lob.

„Da ich in dem am Mondsee gelegenen, dem hl. Erzengel Michael geweihten Kloster, so führt er aus, die klösterliche Zucht gelockert und das Kirchengut verschleudert fand, habe ich, nach reiflicher Beratung mit unseren Getreuen, den genannten Ort Konrad, einem klugen, gewissenhaften Manne, anvertraut. Er ging richtig und erfolgreich vor und ich habe seinen Eifer noch

1) Chronologia p. 12.

2) Epitaphium I. et IV. (Chronic. lun. p. 124 und 125).



durch Ermahnung und Ermunterung, durch Rat und Tat anzuspornen versucht. Als nun das Kloster in kurzer Zeit durch die Gnade Gottes in religiöser wie materieller Hinsicht aufblühte, da habe ich, in berechtigter Freude über das Walten Gottes und des Klosters guten Fortschritt, demselben einige Besitzungen öffentlich und in gesetzlicher Form übertragen: Das Gut unseres Eigenmannes Otto von Steinkirchen, nämlich einen Weinberg und das an die Kirche stoßende Haus samt seinem Hofe und Vorplatze, so wie Otto, im Beisein seines Bruders Heinrich und unserer übrigen Eigenleute es selbst verlangte und erwirkte; das Neuland eines gewissen Ripert und das Neuland eines gewissen Eckerich und seines Sohnes Sibodo. Alles dieses und was immer meine bischöflichen Vorgänger dem obgenannten Kloster an Kirchen, Zehnten, Wäldern und Feldern mit allem bebauten und unbebauten Land übertragen und verliehen haben, habe ich, nachdem der Klerus seine Unterschrift und das Volk seine Zustimmung gegeben hat, kraft meiner bischöflichen Vollgewalt bestätigt." Dann folgen die Zeugen.[1])

Wie sehr der Abt bemüht war, dem Kloster neue Wohltäter zu gewinnen, und so die trostlose materielle Lage desselben zu bessern, ergibt sich aus mehreren Urkunden.

Zwei adelige Frauen, Liuzwip und Cleina, geben um des ewigen Lebens willen sich selbst samt aller ihrer Nachkommenschaft dem Altare des hl. Michael in Mondsee zu eigen und verpflichten sich für alle Zukunft zu einer jährlichen Abgabe von fünf Silberdenaren.[2]) Ebenso weiht sich Egnizi, die Frau des Gnanchint, mit ihren Kindern und verspricht die Zahlung derselben jährlichen Summe.[3]) Zu Ostern des Jahres 1141 schenkten Konrad von Irmbrechting und seine Gemahlin Mathilde ihre Hörigen Williburg mit ihrer Mutter Dirpurg und deren Geschwistern Engilmar und Heriburg dem hl. Michael in Mondsee mit der Verpflichtung, jährlich fünf Denare zu

1) Urkundenbuch des Landes ob der Enns II 173.
2) l. c. I 97 (codex tradit. monast. lun. No. 179).
3) l. c. I 97 (No. 180).

entrichten, d. h. sie erhielten die persönliche Freiheit, wurden aber dafür dem Kloster zinspflichtig. Wenn sie aber drei Jahre lang die Zahlung versäumten und im vierten trotz erfolgter Mahnung sich nicht besserten, sollten sie dem Kloster dienstbar werden wie die übrigen Hörigen desselben.[1]) Am 8. Mai desselben Jahres vergabten Konrad und Mathilde noch mehrere Güter an das Kloster, nämlich einen Hof bei Irmbrechting, einen anderen bei Tetting, einen Mansus bei Rattveld, einen halben Mansus bei Liugaue (?) mit den dazugehörigen Dienstleuten.[2]) Bischof Reginbert von Passau (1138—1147 [8?]) bestätigte diese Schenkungen noch im selben Jahre 1141 und bedrohte die unbußfertigen Verletzer der Rechte des Klosters mit Bann und ewiger Verdammnis. Sollte aber ein Abt sich erkühnen, aus Gewinnsucht das Eigentum der Brüder an Laien zu vergeben oder zu verschleudern, so seien die Mönche solange des Gehorsams entbunden, bis der Bischof von Passau eine Entscheidung gefällt hat.[3])

Noch ein großer Erfolg war dem eifrigen Abte beschieden, er erlangte die Exemtion des Klosters von der bischöflichen Gewalt. War auch das Verhältnis zum Hochstifte Regensburg das denkbar beste, solange Bischof Kuno lebte, so mußte Konrad doch für die Zukunft dieselben Übelstände aus dem Abhängigkeitsverhältnisse befürchten, welche eben früher den tiefen Verfall der Ordenszucht größtenteils verschuldet hatten. Kuno starb schon nach fünfjähriger Amtsführung am 19. Mai 1132.[4]) In der alten Lebensbeschreibung des hl. Altmann, Bischofs von Passau, ist uns ein schönes Wort aufbewahrt, das Kuno auf seinem Sterbelager sprach. Als seine Freunde ihn mahnten, an das Heil seiner Seele zu denken, sagte er: „Eure Mahnungen sind zwar gut, in dieser furchtbaren Stunde auf mein Heil bedacht zu

1) Urkb. d. L. ob der Enns I 96 (No. 176); dasselbe Dokumen steht schon p. 84 (No. 144).

2) l. c.; cf. die Bulle Innozenz' II. Chron. lun. p. 120.

3) Urkb. d. L. ob der Enns II 195 oder Chron. lun. p. 120.

4) Hauck IV 926.



sein; aber habt ihr mir etwa diesen Rat erteilt, als es euch besser gefallen hätte, daß ich gern Geschenke annehme, daß ich geistliches Gut für weltliche Vorteile verschachere, daß ich das Recht verdrehe, daß ich vor den Sünden der Untergebenen die Augen verschließe? Zu spät würde ich nun mich vorsehen, hätte ich es nicht früher getan."[1]) Der Verlust eines so edlen Freundes muß für Konrad sehr schmerzlich gewesen sein. Die Wiedererneuerung Mondsees war eben im besten Gange, aber noch lange nicht vollendet. Der neue Bischof von Regensburg gehörte dem Weltklerus an und brachte deswegen dem Ordenswesen vielleicht weniger Verständnis entgegen. Genauere Angaben bezüglich Mondsees fehlen uns. Wir wissen nur, daß der Abt es für gut fand, sich direkt an den hl. Stuhl zu wenden, um die Zukunft seines Klosters sicherzustellen. Durch die Bulle „Desiderium, quod ad religionis propositum“ vom 8. Dez. 1142 nahm Papst Innozenz II. die Abtei in den Schutz des apostolischen Stuhles auf, bestätigte neuerdings alle ihre Rechte und Besitzungen und stellte die freie Abtwahl wieder her. Künftighin soll nur derjenige rechtmäßiger Abt sein, welcher von den Mönchen selbst, sei es einstimmig, sei es mit den Stimmen der vernünftigeren Partei (Majorität: sanioris partis), ohne jegliche Anwendung von List oder Gewalt, aufgestellt wird, gemäß den Satzungen der Benediktinerregel. Den Schädigern dieser Vorrechte wird mit schwerer Kirchenstrafe gedroht.[2])

So war der eifrige Abt für das Gedeihen seines Klosters unermüdlich tätig und wahrte mit Umsicht alle seine altverbrieften Interessen und Rechte. Das mußte ihm natürlich die Gegnerschaft aller jener eintragen, welche unrechtmäßiges Klostergut in Besitz hatten oder den Verpflichtungen gegen dasselbe nachzukommen sich weigerten. Es bildete sich unter den zinspflichtigen Eigenleuten der Abtei eine förmliche Ver-

1) M. G. Scr. XII 239.
2) Chronicon lunael. p. 121—122.

schwörung gegen den Abt,[1]) der es nur allzu gut gelang, ihre schwarzen Pläne auszuführen. Die Hauptschuldigen sollen die adeligen Pfullinger gewesen sein; so berichtet wenigstens die Mondseer Überlieferung.[2]) Das genannte Geschlecht hatte in der Gegend des heutigen „Weinberg" im Attergau seinen Sitz.[3]) Ob der Abt von Mondsee seine gerechten Ansprüche und Forderungen strenger betonte, als die Klugheit es gestatten mochte, wissen wir nicht. Es ist immerhin möglich, daß vielleicht durch die Verwalter der klösterlichen Einkünfte nicht jede Härte vermieden wurde, welche dann wiederum Konrad zur Last gelegt wurde. Nach allem, was wir sonst über seinen Charakter wissen, ist eine Überschreitung des rechten Maßes von Seite des Abtes nicht anzunehmen. Es ist habgierigen Menschen ohnehin eigen, jeden Eingriff in ihren Besitz, selbst wenn er ungerecht erworben ist, als tiefste Kränkung zu empfinden und mit brutalen Mitteln abzuwehren. Das erklärt die Mordtat, welcher Konrad zum Opfer fiel, zur Genüge; wir haben nicht nötig, den Grund dafür in einem Verschulden Konrads zu suchen, für welches jeder Beweis fehlt.

Am 15. Jänner 1145[4]) ritt Abt Konrad von Mondsee nach Oberwang. Die Entfernung beträgt ungefähr drei Stunden. Das Dörflein liegt fern von allem Weltgetriebe in einem idyllisch-reizenden Talkessel, Bachau genannt, von weiten Wiesen und Feldern umgeben und von einem herrlichen Kranze bewaldeter Bergeshöhen behütet. Der Selige las im Pfarrkirchlein St. Kilian, das dem Stifte Mondsee gehörte, die hl. Messe, hielt eine Predigt und begab sich, nachdem er noch einige Angelegenheiten erledigt hatte, wieder

1) Luithold, Epitaphium I (Chron. lun. p. 124).

2) Chron. lun. p. 123.

3) Nach Karl Blaschök, Pfarrer von Oberwang 1879—92, in der Pfarrchronik.

4) Inschrift auf dem uralten Grabsteine des sel. Konrad in Mondsee; cod. 1865 fol. 8a der k. k. Hofbibliothek (Rituale von Oberwang aus d. J. 1453).

auf den Heimweg. Wie es scheint, wollte er den etwas kürzeren Waldweg dem Abhange der Kulmspitze entlang einschlagen. Er war noch nicht weit gekommen, als plötzlich verdächtige Gesellen hinter den Bäumen hervorsprangen und ihm den Weg versperrten. Sie rissen ihn zu Boden und hieben mit Knütteln und Schwertern auf ihn ein, bis das unschuldige Opfer den Schnee mit seinem Blute rötete und seinen Geist aufgab. Um die Spuren des grauenhaften Verbrechens zu verwischen, schleppten die Mörder den Leichnam in eine nahe Hütte, zündeten dieselbe an und flüchteten. Aber obwohl die Bretterhütte vollständig niederbrannte, blieb nach der Überlieferung doch die Leiche samt dem Brette, auf welchem sie lag, ganz unversehrt.[1]) Noch heute zeigt man das Brett im Konradskirchlein bei Oberwang; es befindet sich hoch oben an der linken Seitenmauer des Presbyteriums hinter einem starken Eisengitter. Im Jahre 1842 schlug der Blitz in das Kirchlein und äscherte es ein, das Brett aber wurde vom Feuer verschont, obwohl die eisernen Gitterstäbe davor sich bis zum Glühen erhitzten.[2])

An der Stelle des Kulmwaldes, wo der Mord geschah, entsprang nach einer Überlieferung eine heilkräftige Quelle, die bis heute „Konradsbrunnen" heißt. Nach anderen Angaben war die Quelle schon vorhanden, aber Konrad wusch darin seine Todeswunden und teilte ihr damit Wunderkräfte mit; nach einer dritten Version wollten die Mörder anfangs den Leichnam vergraben, aber die Quelle spülte die Erde immer wieder hinweg.[3]) Jetzt steht auch ein Kapellchen dort. Das Volk glaubt, daß die Quelle selbst in den trockensten Sommern nicht versiege, der Verfasser erfuhr aber von unbedingt glaubwürdiger Seite das Gegenteil. An dem Orte, wo die Bösewichte den Leib des Seligen zu verbrennen suchten, ließ Abt Simon Reuchlin von Mondsee (1420—63)

1) Chron. lun. p. 123.
2) Pfarrchronik von Oberwang.
3) Pfarrchronik von Oberwang; Chron. lun. p. 123.

ein Kirchlein bauen und weihte es dem hl. Martinus,[1]) der linke Seitenaltar ist jedoch dem seligen Konrad geweiht. Das jetzige Altarbild stellt ihn in den Wolken über Mondsee schwebend dar, mit der Todeswunde am Kopfe. Er trägt Mitra und Stab als Abzeichen seiner Abtwürde, ein Engel krönt ihn mit dem Martyrerkranze.

Die Verehrung des Seligen begann schon bald nach seinem Tode. Die Mönche holten tiefbetrübt ihren toten Vater heim und betteten ihn in ein Ehrengrab in der Mitte der Stiftskirche. Sie betrachteten ihn als Blutzeugen, der für die Verteidigung der Rechte des Gotteshauses gefallen war. Luithold fordert zwar noch zum Gebete für den Verewigten auf, damit „Gottes reiche Gnade ihm zuhilfe komme",[2]) gibt ihm aber doch schon den Ehrentitel eines Martyrers.[3]) Auf dem schönen alten Grabsteine, der wohl noch im 12. Jahrhundert oder höchstens zu Anfang des 13. gesetzt worden ist und heute noch in der Mondseer Stiftskirche am zweiten linken Pfeiler des Hauptschiffes hängt, ist der Kopf des Reliefbildes Konrads mit einem Glorienschein geschmückt; die rechte Hand trägt den Krummstab und einen Palmzweig, das Zeichen der Martyrer, die linke hält das Regelbuch. Die an der Seite eingemeißelten Verse berichten bereits, daß er „als Seliger durch Wunder glänze".[4]) Aus dem Jahre 1210 (unter Abt Heinrich III. 1198—1223) werden eine ganze Reihe von Wundern berichtet, die am Grabe Konrads geschahen. Am Gedächtnistage seines Todes gewinnt ein blinder Knabe das Augenlicht wieder, an anderen Festen werden Lahme geheilt, Stumme erlangen den Gebrauch der Zunge, zwei Frauen, die sich nach damaliger Sitte einen eisernen Reifen zur Buße hatten um den Leib legen lassen,

1) l. c.

2) Epitaphium IV. (Chron. lun. p. 125.)

3) Epitaphium I. (l. c. p. 124.)

4) Est hic bustatus Chunradus et ense necatus,
Hic, qui Praelatus, signis claret ecce beatus.
Chron. lun. p. 124.

wurden plötzlich von ihrer Qual befreit, indem die Reifen zersprangen. Die außerordentlichen Gnadenerweisungen, deren die frommen Pilger teilhaftig wurden, hatte man fleißig in einen Pergamentkodex zusammengeschrieben; er reichte von 1210—1486 und lag im Jahre 1679 dem Abte Zölestin noch vor,[1]) ist aber leider nicht mehr auffindbar. Die historische Notiz auf der Innenseite des vorderen Deckels einer Handschrift aus Mondsee nennt daher Konrad beatus (selig) und unterstreicht dieses Wort.[2]) Sein Name wurde in das Calendarium des Breviers eingetragen (15. Jänner)[3]), man fing an, den Seligen in den kirchlichen Tagzeiten zu kommemorieren,[4]) ja sogar sein Fest sub ritu duplici zu feiern.[5]) Das Rituale von St. Kilian in Oberwang bestimmte, daß am Konradifeste die erste Messe vom seligen Konrad gelesen werde, der Hauptgottesdienst jedoch nicht.[6]) Man war sich eben doch bewußt, daß die Kirche noch kein Urteil über den Kult des neuen Seligen abgegeben hatte. Dies wird auch in einer handschriftlichen Predigt aus dem 15. Jahrhundert betont, welche ein Abt von Mondsee (vielleicht Simon Reuchlin c. 1420—63?) gehalten hat: „Wir singen und lesen von ihm nicht wie von einem anderen Martyrer oder Heiligen, eben weil er noch nicht (zur Ehre der Altäre) erhoben ist, sondern wir begehen heute nur sein heiliges Gedächtnis und zwar ein solches Gedächtnis wie von einem anderen Verstorbenen; aber ihr dürft deswegen nicht denken, daß der

1) Chronologia p. 14; Chron. lun. p. 144; Brief des Abtes Zölestin Kolb vom 7. Sept. 1679 an das Ordinariat von Passau (Chron. lun. p. 407—11).

2) Wiener k. k. Hofbibliothek cod. 4077 (15. Jahrh.).

3) Ibid. cod. 1914 fol. 1a (an. 1477).

4) Die Oration lautet: Tuis, Domine, quaesumus, adesto supplicibus et inter mundanae pravitatis insidias, intercedente beato Conrado martyre tuo, fragilitatem nostram sempiterna pietate prosequere. Per .... Cod. 1916 fol. 94 b (k. k. Hofbibliothek).

5) Chron. lun. p. 409.

6) Cod. 1865 fol. 15 a.

liebe selige Vater St. Konrad nicht doch eines großen Verdienstes vor Gott sich erfreue." Die vielen Wunder, welche der Selige bereits gewirkt habe und die allgemein bekannt seien, müßten Grund genug sein, ihn hoch zu verehren.[1])

„In den schädlichen Ketzerjahren" geriet indessen der Name Konrads mehr und mehr in Vergessenheit.[2]) Erst zu Anfang des 17. Jahrhunderts fing man wieder an, sich seiner mehr zu erinnern. Am 26. Juli 1601 weihte Hilfsbischof Andreas von Passau im Konradskirchlein zu Oberwang den schon erwähnten Altar zu Ehren des Seligen.[3]) Den größten Eifer für die gebührende Verherrlichung des Martyrer-Abtes legte jedoch Abt Zölestin Kolb (1668—83) an den Tag. Mit Erlaubnis des Passauer Bischofs Sebastian ließ er in der Klosterkirche nach den sterblichen Überresten Konrads graben und hatte die Freude, am 19. Juli 1679 den kostbaren Schatz zu heben. Nachdem der Bischof sich versichert hatte, daß Konrad zur Zahl der Heiligen gehöre und daß die aufgefundenen Gebeine wirklich von demselben herrühren, gestattete er die kirchliche Verehrung durch Reskript vom 15. Sept. 1679 und nochmals durch ein lateinisches Diplom vom 1. November desselben Jahres.[4]) Die Reliquien wurden kostbar gefaßt und in einen Glasschrein gelegt. Am 27. September 1682 fand ihre feierliche Übertragung statt. Der ununterbrochen seit drei Wochen andauernde Regen setzte gerade zur Zeit der Prozession aus, um dann für weitere drei Wochen gleich wieder einzusetzen.[5]) Im Jahre 1745 wurde der 600. Todestag des Seligen in Mondsee mit aller Pracht gefeiert durch eine achttägige Andacht, durch Prozessionen und durch Wallfahrten aus den umliegenden Dörfern. Papst Benedikt XIV. verlieh für die Feier einen vollkommenen Ablaß (15. Juli 1745) und bestätigte dadurch

1) Cod. 4010 fol. 52 a.
2) Chron. lun. p. 401.
3) l. c. p. 409.
4) cfr. Chron. lun. p. 401—416.
5) l. c. 417.



indirekt die Verehrung des seligen Konrad.[1]) Dies war die letzte große Ehrung, welche Mondsee seinem Martyrer erwies. Die Männer, welche sein Andenken hoch hielten, sind längst fortgezogen aus den geheiligten Hallen des ältesten Klosters Oberösterreichs. Die herrliche Stiftskirche droht zur Ruine zu werden, wenn nicht baldigst Abhilfe geschaffen wird.

Und Konrads Name? Wird er das Schicksal des Ortes teilen, an dem er haftet? Kaum kann ichs glauben. „Die Leiber der Heiligen ruhen in Frieden, ihre Namen aber werden leben in Ewigkeit.“[2])

LVIII.

Sir Henry Howard, Herzog von Norfolk.

Von Urban Zurburg.

Am Sonntag Sexagesima, 17. Februar, ist Sir Henry Fitzalan-Howard, Herzog von Norfolk von hinnen geschieden. Die Katholiken Englands haben in ihm ihren großen Führer verloren, der während mehr als vierzig Jahren ihre Sache mit Würde und Ansehen und mit nicht geringem Erfolge in der großen Öffentlichkeit vertrat. Seit Newman, Manning und Vaughan ins Grab gestiegen, hat die englische Presse wohl keinem Katholiken soviel Lob gespendet, wie dem verstarbenen Herzog von Norfolk. Ein keineswegs unverdientes Wort der Anerkennung widmet die „Times“ mit folgendem Vergleiche:

„In Betrachtung der Persönlichkeit des verstorbenen Herzogs von Norfolk kehrt der Geist ganz natürlich zurück zu den fernen Tagen der ersten Tudors. Aber das Charakteristische, das

1) l. c. 461—4.

2) Officium plur. Martyr.



als geistliches Vorbild sich der Einbildnng aufdrängt, ist nicht jenes seiner eigenen Vorfahren, sondern das von Sir Thomas Morus. Besaß er auch nicht die tiefe Gelehrsamkeit und die literarischen Talente des Verfassers der „Utopia“ und würde er wohl selber über einen derartigen Vergleich gelächelt haben, so hatte er tatsächlich manche charakteristische Merkmale mit dem Kanzler Heinrich VIII. gemein. In beiden findet sich eine eigentümliche Vereinigung von Eigenschaften, die sonst nicht gar oft zusammen getroffen werden. Beide verbanden mit der Befähigung zu einer tiefen Hingebung an Sachen und Individuen eine große persönliche Unabhängigkeit; beide waren mutig und doch vorsichtig in öffentlichen Angelegenheiten; beide waren offene Charaktere und besaßen zugleich hervorragende diplomatische Begabung; beide wußten sich mit den Tatsachen des Lebens und den Schwachheiten der menschlichen Natur gut abzufinden und bewahrten trotzdem eine ungetrübte ideale Auffassung; beide vereinigten mit einer tiefen Ernsthaftigkeit eine kindliche Fröhlichkeit und einen Humor, der unverwüstlich war. Selbst in der Art ihrer alltäglichen Bemerkungen ist die Ähnlichkeit so groß, daß es scheint, ein schwaches Echo töne durch die Jahrhunderte nach. Wie Morus verband auch der Herzog mit einem regen und aktiven Interesse an der Öffentlichkeit einen sehr ausgeprägten Sinn für das häusliche Leben. In der Gemütlichkeit und der zarten Fröhlichkeit eines häuslichen Kreises fanden beide sich in ihrem Element. Streng mit sich selbst neigten beide der Ansicht zu, anderen sollte das Leben möglichst bequem gemacht werden. Beide hatten eine leidenschaftliche Liebe für ihr Land und eine innige Anhänglichkeit zu ihrem Herrscher. Ein typischerer Engländer wird sich nicht finden lassen, nie hat einer sein Land mehr geliebt, nie war jemand dem Stuhl von Rom mehr zugetan als Thomas Morus und Henry Fitzalan Howard.“

Das katholische Hauptblatt Englands, das „Tablet“, bemerkt:

„Seit Jahren wollte es unser glückliches Geschick, daß wir bei jeder kritischen Lage und in jeder öffentlichen Kontroverse,

sozusagen, sicher waren, die katholische Kirche würde in diesem Lande durch einen Laien vertreten sein, dessen Charakter und erhabenes Beispiel sich auch die ehrfurchtsvolle Aufmerksamkeit seiner Landsleute für seine Worte erzwingen werde. Die Sache mochte noch so unpopulär sein, sie wurde gewiß mit Nachdruck und Würde vertreten durch einen Wortführer, der das Temperament Englands kannte und dessen Urteil selten fehl ging. Es darf in aller Wahrheit gesagt werden, daß der Herzog von Norfolk für die katholische Kirche von außergewöhnlicher Bedeutung gewesen ist. ‚No Popery' Fabeln oder Spottreden über geteilte Treue oder Mangel an Patriotismus schienen plötzlich ihre Spitze zu verlieren, da sie gegen eine Gemeinschaft gerichtet waren, dessen Vorkämpfer ein Mann war, der dem ganzen Lande teuer geworden und dessen Liebe zu England so manchmal und so hervortretend sich bewiesen hatte. Die Pfeile der Verläumdung prallten machtlos zurück, denn seit Jahren besaß die katholische Gemeinschaft dieses Landes einen sicheren Schild im öffentlichen und privaten Charakter des Herzogs von Norfolk. Es war ein volles und tatenreiches Leben, aber man darf von ihm sagen, es lag weniger daran, was er tat, als was er war. Wenn wir daher unsern Zeitgenossen auch dankbar sind für alles, was sie zum Lobe des „verlorenen Führers" gesagt haben, so wollen wir uns erinnern, daß wir solchem Leben, wie das des Herzogs von Norfolk eines war, es hauptsächlich verdanken, wenn das Vorurteil so allgemein verschwand und eine mehr tolerante und freundliche Gesinnung, wie wir sie diese Woche so freudig erfahren konnten, in die Erscheinung trat."

Auf diese letztere Tatsache haben auch die „Times" hingewiesen. Das Verschwinden oder die Abnahme „religiöser Animosität" verdankte man dem Führer der Katholiken, dem die Welt das Zeugnis geben muß, „einer der loyalsten und patriotischsten englischen Gentlemen zu sein".

In der Vorrede der Broschüre Newmans gegen Gladstones Angriff auf die Untertanentreue der englischen Katholiken 1874, die als „Brief an den Herzog von Norfolk"



bekannt ist, schrieb der berühmte Konvertit an die Adresse des Herzogs:

„Als ich dem ersten Wunsche, den Sie zugleich mit anderen an mich gerichtet haben, die neueste Herausforderung Mr. Gladstones zu beantworten, nachkam, riet mir ein Freund, die Erlaubnis Ihrer Gnaden nachzusuchen, meine Bemerkungen an Sie richten zu dürfen. Weder er noch ich dachten auch nur einen Augenblick daran, Sie in irgend einem Sinne oder Maße in die Sache zu verwickeln, da die Verantwortung mir ganz und allein zukommt; aber in einem so ernsten Falle, wo so schwere Anklagen von einem so mächtigen und ernsthaften Gegner gegen die Katholiken Englands gerichtet worden sind, schien es mir Pflicht zu sein, bei Abweisung dieser Herausforderung, wenn es mir möglich wäre, die Unterstützung eines Namens mir zu sichern, der als besonderer Vertreter und passendes Beispiel der Laienwelt durch seinen Eifer für die katholische Religion wie als Patriot bekannt ist."

Sir Henry Fitzalan Howard, geboren am 27. Sept. 1847, hatte seit 1871 die Führung der katholischen Union Englands übernommen. Mit 13 Jahren hatte er als 15. Herzog von Norfolk von seinem Vater auch das Amt des ersten Herzogs und ersten Earl von England übernommen und war als Erbmarschall von England in nahe Beziehung mit dem Herrscherhaus getreten. Als Schüler Newmans im Oratorium zu Birmingham war er dem letzteren „in mancher Hinsicht so teuer geworden", wie jener es in seinem „Briefe" ausgesprochen. Newman versprach sich damals schon von der Laufbahn des jungen Mannes recht viel für die katholische Sache.

Als Earl Marshal trat Sir Howard in den Vordergrund bei der Beerdigungsfeier Gladstones und der Königin Viktoria und bei der Krönung Eduard VII. und Georg V. Der Verstorbene war Mitglied des Londoner Grafschaftsrats und 1895 Lord Mayor von Sheffield; die Universität Sheffield wählte ihn zu ihrem Kanzler und verlieh ihm den ersten Doktor der Rechte honoris causa. Sheffield



ehrte seinen großen Wohltäter 1897 mit einer Statue, dessen Gemahlin mit einem Diamantenschmuck. Als Großgrundbesitzer schenkte Norfolk der Stadt im Laufe der Jahre etwa 160 Acker Land im Werte von 150 000 Pfund Sterling. Im Jahre 1900 erwählte ihn Westminster (Borough) zum ersten Bürgermeister und 1902 übernahm er dieses Amt für Arundel; im Jahre 1906 erhielt er seine Anstellung als Lord Lieutenant von Sussex.

Als Vertreter des englischen Hochadels hatte Norfolk seinen Sitz im Oberhaus, wo er wiederholt in großen Landesfragen, z. B. Schulwesen und Krönungseid, als Redner sich hervortat. Er war dreimal Führer der National Union of Conservative Associations und wurde 1905 zum Großkanzler der Primrose League erwählt. Im dritten Ministerium Salisbury übernahm Norfolk von 1895—1900 den Posten eines englischen General-Postmeisters. Diese Anstellung wurde vielfach kritisiert, doch scheint der neue Minister nicht wenig Erfahrung und praktische Geschicklichkeit für dieses Amt mitgebracht zu haben und eine Reihe von Neuerungen und Verbesserungen im englischen Postdienst sind durch ihn eingeführt worden.

An der Spitze eines Bataillons Freiwilliger des Royal Sussex Regiments nahm Norfolk tätigen Anteil am Burenkrieg, mußte aber infolge einer Verletzung durch Sturz vom Pferde wieder nach England zurück. Für das englische Militärwesen opferte Norfolk viel Zeit und Geld und waltete 1908 als Präsident der Sussex Territorial Force Association. Im gegenwärtigen Krieg spendete er reiche Mittel zur Bildung eines freiwilligen Bataillons in Sheffield und eine seiner letzten öffentlichen Betätigungen bestand in der Leitung eines Gartenfestes, das er 800 Verwundeten aus den Spitälern von Sussex gab. Die Verwundung und Gefangennahme seines Neffen, des Hauptmanns Talbot, schmerzte ihn tief und es scheint, daß die Ereignisse in Irland ihm ebenfalls seinen Lebensabend verbittert haben. Norfolk war ein entschiedener Unionist; er bekämpfte aus politischen Rück-



sichten die Home Rule für Irland und seine offene Erklärung gegen dieselbe hat seiner Zeit viel böses Blut in Irland und England gemacht. Die antikatholische Propaganda in Ulster bedauerte er lebhaft, doch ließ er sich von seiner Gegnerschaft gegen die Home Rule nicht abbringen.

Als Katholik nahm Norfolk eine hervorragende Stellung ein. Für alle katholischen Unternehmungen, sowohl öffentlichen wie privaten Charakters, legte er große Sympathie an den Tag und unterstützte vor allem die katholischen Kirchenbauten — einige sind sein eigenes persönliches Werk — und andere katholische Werke mit reichen Beiträgen. Für Architektur, Archäologie und Geschichtsforschung zeigte er großes Verständnis und suchte als Mäzen die katholische Sache eifrig zu fördern. Schwere Angriffe auf den katholischen Glauben, auf Orden und Priestertum benützte er zuweilen, um in der Öffentlichkeit ein mutiges Bekenntnis seines katholischen Glaubens abzulegen. Seine Reden sind getragen von tiefer Überzeugungstreue und religiöser Zuversicht. Mit besonderem Vertrauen war er der Muttergottes von Lourdes zugetan, deren Gnadenstätte er als Pilger 25mal besuchte und an deren Fest er aus diesem Leben schied. Als schweres Kreuz empfand er es, daß sein einziges Kind erster Ehe, ein Sohn, körperlich ein Invalide von Geburt an, nie zum Gebrauch der Vernunft erwachte. Im Alter von 23 Jahren wurde sein Erbfolger 1902 von seinem Jammerdasein erlöst. Nach dem Tode seiner ersten Gemahlin, Lady Flora Hastings (1887), blieb der Herzog Witwer bis 1904. Aus seiner zweiten Ehe mit Hon. Gwendelen Mary Constable-Maxwell gingen vier Kinder hervor; sein einziger Sohn und Erbfolger zählt noch nicht neun Jahre. Zwei seiner Schwestern sind Klosterfrauen.

Der Herzog von Norfolk geleitete als Führer der englischen Katholiken wiederholt Pilgerzüge nach Rom. Im Jahre 1887 vertrat er als Spezialgesandter die Königin Viktoria beim goldenen Priesterjubiläum Leo XIII. Als Präsident der katholischen Union verlas er 1901 eine Adresse



an den Papst, die von der italienischen Regierung als eine unnötige Herausforderung durch einen englischen Staatsmann scharf kritisiert wurde. Die viel besprochene Bemerkung der Adresse hatte den Wortlaut: „Wir bitten und wir hoffen, daß es (das gegenwärtige Jahrhundert) noch Zeuge sein wird von der Wiedereinsetzung des Römischen Papstes in jene Stellung zeitlicher Unabhängigkeit, welche Ihre Heiligkeit zur erfolgreichen Erfüllung der Pflichten Ihres weltumfassenden Amtes als nötig erachtet."

In der großen Versammlung in der Albert Hall am eucharistischen Kongreß in London verstand es Norfolk in packender Rede eine ähnliche Versicherung der Treue gegen den Apostolischen Stuhl im Namen Englands abzulegen. Als einstiger Schüler Newmans stand Norfolk in den jahrelangen internen Kämpfen der englischen Katholiken treu zu seinem Lehrer. Lady Blennerhasset[1]) schreibt hierüber: Seit Jahren lastete das Verhalten der offiziellen Kirche und die gänzliche Ignorierung, wenn nicht feindselige Stimmung, die Newmans Anteil in derselben war, schwer auf den englischen Katholiken. Man hatte sogar versucht, gegen den Brief an den Herzog von Norfolk „wegen einiger anstößiger Stellen", wie es hieß, disziplinarisch vorzugehen. Das unterblieb und Newman erfuhr weder etwas von dieser Absicht, noch von den anerkennenden Worten für ihn, mit denen Pius IX. das Ansinnen ablehnte.[2]) Mit des Papstes Tod fand der Einfluß des seit 1876 mit dem römischen Purpur bekleideten Manning im Vatikan sein Ende. Bereits sechs Monate nach der Thronbesteigung des Nachfolgers Leo XIII., im Juli 1878, erschienen der Herzog von Norfolk und der Konvertit Marquis von Ripon, der kurz vorher Vizekönig von Indien gewesen war, bei Manning. Als die berufenen Vertreter der katholischen Laienwelt Englands verlangten sie Genug-

1) John Henry Kardinal Newman. Berlin 1904 (Paetel). S. 233.

2) E. Purcell, Cardinal Manning IV, p. 486. Father O'Callaghan an Manning, 16. Febr. 1875, 570.

tuung und Anerkennung für Newman, den größten Katholiken seiner Generation, und seine Erhebung zur Würde eines Kardinals.

Manning, sagt sein Biograph, senkte das Haupt und schwieg. Der innere Kampf, welcher Art er auch sein mochte, währte jedenfalls kurz. Unverzüglich entwarf der Kardinal-Erzbischof ein langes Schreiben an den päpstlichen Staatssekretär, Kardinal Nina. Es enthielt u. a. die Worte: kein andrer Mann werde ebenbürtig in der Geschichte vom Wiederaufleben des katholischen Glaubens in der englisch-redenden Welt genannt werden; keiner sei so wie er von Katholiken und Nichtkatholiken verehrt. Dreißig Jahre habe ihm jedes Zeichen des Vertrauens von Seiten des hl. Stuhles infolge eines unaufgeklärt gebliebenen Mißtrauens gefehlt. Die Zeit, ihn von ungerechten Verdächtigungen zu reinigen und Zeugnis von der Einigkeit zu geben, die unter den Katholiken herrsche, sei gekommen. Der Erzbischof spreche im Auftrag der Katholiken Englands, denen keine größere Gunst erwiesen werden könne als Newmans Erhebung zum Kardinalat.[1]. Im Dezember desselben Jahres, nachdem noch immer keine Entscheidung von Rom aus erfolgt war, begab sich der Herzog von Norfolk persönlich dahin und zum Papst und wiederholte in einer Privataudienz das durch Mannings Vermittlung gestellte Begehren. Nun erst erfuhr der Herzog, daß der Brief des Erzbischofs dem Staatssekretär nie eingehändigt worden sei. Leo XIII. stellte infolgedessen die sehr natürliche Frage, was denn Manning von der Sache denke? Jetzt endlich übergab dessen Mandatar, Kardinal Howard, den vor sechs Monaten geschriebenen Brief Mannings. Vier Wochen nach des Herzogs Audienz, Ende Januar 1879, beauftragte Kardinal Nina im Namen Leos XIII. den Kardinal-Erzbischof von Westminster, Newman die bevorstehende Erhebung zum Kardinalat mitzuteilen. Am 3. Februar schrieb der Bischof von Birmingham, Dr. Ullathorne,

1) A. a. O. II 555, 570.

an Manning zurück, Newman sei von des Papstes Absicht tief ergriffen und mache nur seine Unwürdigkeit, sein hohes Alter und die Schwierigkeit geltend, das Oratorium zu verlassen und ein neues Leben anzufangen. Fast gleichzeitig erhielt der Kardinal-Erzbischof einige Zeilen von Newman selbst: die Ablehnung eines so gütig gemeinten Vorschlags wäre unfreundlich — ungracious — für den hl. Vater sowohl als für seine Freunde; nur dürfe die Annahme des Kardinalates keine Untreue gegen den hl. Philipp einschließen. Dieser, allerdings, hatte das Kardinalat ausgeschlagen. Manning, der im Begriffe stand, nach Rom zu reisen, las in diesen Zeilen eine unbedingte Ablehnung und verbreitete diese Nachricht, die in die „Times" gelangte. Newman und der Herzog von Norfolk mußten sie widerrufen, und damit kam die letzte Auseinandersetzung mit Manning zu Ende.[1])

Man sieht hieraus, daß der Herzog von Norfolk in die Geschicke der Katholiken Englands nicht wenig eingegriffen hat. Kardinal Manning selbst hat die großen Verdienste des Herzogs ebenfalls offen anerkannt. In St. George's Hall in Liverpool äußerte er: „Wenn es einen Mann in England gibt, der mit den berechtigtsten Titeln sich die Liebe und Verehrung jedes Katholiken erobert hat, so ist dieser Mann der Herzog von Norfolk. Ich habe ihn gesehen in der Kindheit seines katholischen Lebens, da gab er in der Demut und Frömmigkeit der Kinderzeit die Verheißung, die er als Jüngling und Mann erfüllt hat. Ich kenne kaum einen Mann, von dem ich mit mehr Zuversicht behaupten könnte, daß er eine vollkommene Geradheit des Geistes und Lebens besitzt." Ein ähnliches Lob spendete dem Verstorbenen 1911 auch Kardinal Logue.

Der englische Jesuit Vaughan erzählt in seinen persönlichen Erinnerungen an den Herzog, was ihm eine arme Näherin geschrieben: „Ich bin oft hinter dem heiligen Herzog gekniet, wenn er ganz vertieft im Gebete war, aber ich

---

1) A. a. O. II 555—564.

habe ihn nie um einen Schilling gebeten, obwohl ich ihn wohl hätte brauchen können. Sein Anblick vor dem heiligsten Sakrament hat mir mehr geholfen, als wenn er mir seine reiche Börse in die Schürze geschüttet hätte." Nach einer Wallfahrt nach Lourdes sagte der Herzog mit Tränen im Auge zu dem Jesuitenpater: „Mein Sohn hat doch Gott mehr Ehre gebracht als einer von uns. Schauen Sie die Messen, Novenen und Pilgerfahrten, deren Ursache er gewesen ist." Die Einfachheit, Unbescholtenheit und Frömmigkeit des Verstorbenen hat der katholischen Sache Englands viele Freunde auch unter den Andersgläubigen gewonnen. Das „Tablet" hat ein zutreffendes Urteil abgegeben in dem Worte: „Es lag weniger daran, was er tat, als was er war."

LIX.

Renée Erdös.

Von Dr. Johannes Eckardt. (Salzburg.)

Renée Erdös wurde in weiteren deutschen Kreisen vor einigen Jahren zum erstenmal durch einen gründlichen Artikel Johannes Mumbauers in der literarischen Beilage der „Kölnischen Volkszeitung" bekannt. Mumbauer hatte schon einmal ein ganz hervorragendes lyrisches Talent entdeckt, damals, als er uns in der „Akademischen Bonifatius-Korrespondenz" mit der Kunst Ernst Thrasolts bekannt machte. Seit jenem Erdös-Artikel haben wir sehnlich auf die versprochene Ausgabe einer Auswahl aus ihren Gedichten gewartet. Nun legte uns Mumbauer die Frucht langjähriger Arbeit vor. Die Hausensche Verlagsgesellschaft in Saarlouis gab dem Bändchen eine vornehme und gediegene Ausstattung; das in Altpergament gebundene Bändchen kostet übrigens nur drei Mark. Johannes Mumbauer schickte seinen Über-



setzungen eine größere Einleitung voraus, in der er mit dem bisherigen Schaffen Renée Erdös' bekannt zu machen versucht.

Die ungarische Dichterin wurde am 17. Mai 1870 zu Ersekleél als die Tochter jüdischer Eltern geboren. In ihrem Blute pulste schon von Kindheit auf ungarisches Feuer, die Melancholie der Pußta und die Pracht orientalischer Träume. Die einsamen Jahre ihrer Kindheit vertieften die Feinheit ihres zarten Empfindungslebens und ließen das Feuer ihres Blutes still dahinschwelen, auf daß es später um so heißer aufloderte. Ein Benediktinerpater war Erdös' erster Lehrer und wohl auch der Erste, der ihr Talent ahnte. In Raab erhielt sie ihre Schulbildung. Kaum war sie sechzehn Jahre, so stürzte sie mit dem Heißhunger ihrer Seele nach den Bildungsmöglichkeiten der Großstadt. Aus ihr heraus begreift man, daß sie damals wähnte, als Schauspielerin die tiefste Befriedigung ihres Innenlebens finden zu können. In Budapest bereitete sie sich für die Bühne vor. Ihre Theaterlaufbahn begann und endete rasch in Raab. Während dieser Zeit verfaßte sie den Einakter „Echo und Narziß".

Ihre literarischen Interessen waren also schon geweckt, als auch in Ungarn die literarische Moderne zu wirken begann. Erdös gab sich allen neuen Eindrücken und Anregungen mit heißer Inbrunst hin und fühlte in den lyrischen Offenbarungen, die sie sich von der Seele schrieb, eine erlösende Befreiung. 1899 erschien die erste Sammlung ihrer Gedichte unter dem Titel „Mädchenträume". Einen nicht unwesentlichen Anteil an diesem ersten Erfolge hatte Karl Eötvös, der diesem Bändchen eine Einleitung schrieb. Eötvös war ja in Ungarn eine vielgenannte Persönlichkeit. Schon als Professor der Philosophie an der protestantischen Rechtsakademie in Gava hatte er sich einen Namen geschaffen; als Publizist wurde er dann noch bekannter. Im Juli 1883 feierte er einen großen Erfolg, indem er in einem Ritualmordprozeß als Verteidiger siegte. Unter seinen Auspizien



kam Erdös in die literarischen Kreise Ungarns. Ihre „Mädchenträume“ machten einen ungeahnten Eindruck. Es soll viel Neues an Gedankengängen und Empfindungen in ihnen entzückt haben; Erdös habe außerdem die Form in hervorragender Art gemeistert und durch die Pracht ihres orientalischen Fühlens bereichert. Mumbauer bietet Proben aus diesem Bande; und fast will es uns scheinen, als wären diese Gedichte künstlerisch geschlossener als das meiste, was die Auswahl aus ihrer späteren Lyrik bringt. Vor allem überrascht jene Offenheit, mit der die junge Dichterin den Schleier von ihrer heißen Seele reißt. Wir können uns von dieser Jugendlyrik Erdös' wohl kaum eine treffendere Vorstellung machen, als wenn wir die Verse zitieren, die sie später selbst über ihre früheren Gedichte schrieb:

> Ich liebe nicht mehr meine vorigen Lieder:
> Zu üppig prangen sie in Jugendlust
> Hochmüt'ger Kraft und zügelloser Sehnsucht —
> Und ob die Sonne steigt, und ob sie sinkt,
> Dasselbe Licht, dieselbe Farbe winkt . . .
> Lodernd brennt überall der rote Rausch,
> Alles versengt und zehrt das schwüle Fieber.
> Kein Seufzer quillt, der nicht laut gellend schreit;
> Kein Kuß, der schämig scheu verborgen bliebe.
> Nirgend Geheimnis! Überall des Mädchens
> Prahlende, trotzig große Offenheit. . . .

Das Feuer dieser Liebe brannte so grell auf und loderte so verzehrend, daß eine Ernüchterung wohl unausbleiblich war; es schlummerte in ihm so unsagbar viel sinnliche Glut und brannte so wenig verarbeitende, zügelnde Geistigkeit, daß ein innerliches Zusammenbrechen dieser heißen Dichterseele vorauszusehen war. Und es kam auch dazu. Der Erfolg Renée Erdös' überstürzte sich. Ihre „Gedichte“ aus dem Jahre 1902 überboten, so weit es noch möglich war, den ungezügelten Brand ihrer „Mädchenträume“. Die Kunst Erdös' flog über ihr Vaterland, wie die Brandfackel verzehren mag, die man auf die ausgetrocknete Pußta schleudert. In den „Gedichten“ war es vor allem ein Zyklus



mit dem Titel „Sappho“, der nicht zuletzt in seiner marmordurchglühten Schönheit hellstes Entzücken entflammte. Man hat das Gefühl, als hätte sich Erdös in diesen Liedern ganz ausgegossen, als wäre ihr Mensch in ihnen sozusagen in neuer Form wieder auferstanden. Der Weg von damals zu ihrer späteren Konversion ist wohl ein weiter; kaum etwas könnte dies mehr offenbaren, als die Verszeilen aus dem Gedichte „Verwesen“:

„Aber wissen, was da sicher kommen wird —
Daß unser Leib, der blühte nnd in Freuden brannte,
Dessen Wonne und Leid ein heiliges Geheimnis ist,
Den Würmern zur Speise anheimfallen wird,
— Was kümmert mich das Schicksal der Seele! —
Das ist in meinen Augen das Fürchterliche“ . . . —

Erdös hatte sich inzwischen auch auf dem Gebiete der Prosa versucht. Ein Novellenband: „Die Frau und ihr Gefährte“ war erschienen und das Jahr 1904 brachte den Roman: „Die Geschichte eines Mädchens“; 1905 folgte ein Novellenband mit dem Titel: „Auf wunderbaren Wiesen“. Als das Jahr 1905 einen neuen Band Gedichte, die „Neuen Lieder“ brachte, merkte man bereits eine gewisse Resignation in der Empfindungswelt der Dichterin; es ist, als ob das Lebensschicksal in die weichen Züge ihres Jugendgesichtes scharfe Linien stiller Sorgen zu zeichnen begonnen hätte. Eine innere Leere quälte ihr heißes unbefriedigtes Herz; eine erschlaffende Müdigkeit, eine erklärliche Gereiztheit machten sich allenthalben bemerkbar und ließen ihr eine, ganz auf sich gestellte Einsamkeit verlockend erscheinen. Ungarn nahm ihre neuen Lieder nicht mehr so begeistert auf und Renée Erdös begann unter dieser Enttäuschung zu leiden. Sie schuf sich selbst eine kleine Zeitschrift, die monatlich erschien und deren Beiträge sie allein schrieb; sie gab ihr den Namen „Buch der Schriften“. Erdös konnte ihr Unternehmen nicht lange durchführen.

Diese Enttäuschungen zehrten an ihrer Gesundheit, so zog sie mit einer Freundin nach Italien, wo die große innere Umwandlung ihre Seelenunruhe stillte. Sie lebte

zunächst in der Nähe von Florenz und veröffentlichte im Jahre 1909 eine Gedichtsammlung, die ihre Enttäuschung über das Vaterland zum Ausdruck bringen sollte. „Ich kam zu Euch", rief sie ihren Landsleuten zu, und aus den Gedichten selbst klang das Echo: „Ihr aber habt mich nicht verstanden". Die innere Umwandlung macht sich in dieser Sammlung bereits deutlich bemerkbar; schon das Jahr 1909 führte Erdös im Juni in der Benediktinerabteikirche S. Anselmo auf dem Aventin in den Schoß der katholischen Kirche. Nun singt sie neue Lieder. „Die goldene Schale" aus dem Jahre 1910 ist erfüllt von mystischen Tönen und von dem Ringen Erdös' um die ganze Erfüllung ihrer religiösen Sehnsucht. Mumbauer hat seine Auswahl, von der hier die Rede ist, vor allem aus diesen beiden Bändchen der Jahre 1909 und 1910 zusammengestellt; er gab ihr den Titel „Die Perlenschnur" und ordnet seine Auswahl in die beiden Teile: „Die trüben Perlen" und „Die klaren Perlen"; ob dieser Titel ganz glücklich gewählt wurde, möchte ich nicht entscheiden.

Erdös formte inzwischen das dreiaktige Drama „Johannes der Jünger". Pavolini übertrug es ins Italienische. Mumbauer schuf eine bis heute leider unveröffentlichte deutsche Übersetzung, die wir aus dem Manuskripte kennen und schätzen lernen konnten. Was das Drama selbst anlangt, so unterschreiben wir im allgemeinen Mumbauers Worte: „Es ist dem großen Hintergrunde nach das Drama der werdenden Kirche, von Jesu Auferstehung bis zum Pfingstwunder, zugleich aber auch das persönliche Drama des Verhältnisses des Evangelisten Johannes und der Maria Magdalena. . . . Ich sage, daß seit Jahrhunderten kein Drama tief christlich-religiösen Gehaltes und Geistes geschrieben worden ist, das sich an künstlerischer Größe mit dem Erdösschen „Johannes dem Jünger" vergleichen ließe; ich bin überzeugt, daß die Zukunft mir recht geben wird. Das Drama wurde bisher auch in seiner Muttersprache noch nicht aufgeführt."

Mumbauer kündigt für die nächste Zeit das Erscheinen eines neuen Gedichtbandes der Renée Erdös an; er soll den Titel „Das Buch der Sibyllen“ haben. Mumbauer konnte in seiner Auswahl bereits auch einige Proben aus dieser Sammlung verwerten.

Was nun zunächst die Übersetzung Mumbauers anlangt, so darf man sie, wenn man auch der Methode nicht ohne Vorbehalte zustimmt, als künstlerisch gemeistert erklären; dort und da würde man vielleicht gerne einen kleinen Fehler im Ton oder im Worte ausgemerzt wissen; im allgemeinen aber bewies Mumbauer, daß er selbst viel vom Künstler in sich hat und so berufen war, ein bedeutendes Kunstwerk in einer neuen Sprache und Form wiederzubeleben.

Die Gedichte, die Mumbauer in seiner Auswahl vorlegt, haben mich etwas enttäuscht. Wenn man sie mit den Proben aus den „Mädchenträumen“ vergleicht, so kann man das Empfinden nicht loswerden, als würden sie an künstlerischem Werte hinter jenen etwas zurückstehen. Sie erwecken nicht mehr so stark das Gefühl, als würde sich in ihnen jeweils der ganze innere Mensch offenbaren; sie machen häufig einen innerlich fragmentarischen Eindruck. Es ist oft, als wären sie in einer gedanklichen Übereilung niedergeschrieben worden. Ihr Rhythmus wirkt nicht mehr überall so stark organisch gestaltet; er ist oft nicht mehr von jener bezwingenden Kraft, die uns gar nicht daran denken läßt, daß die Form vielleicht auch anders möglich wäre. Die Gründe hiefür liegen wohl hauptsächlich darin, daß diese späteren Gedichte in dem Sinne unpersönlicher sind, als in ihnen die gedankliche Auseinandersetzung, das rein intellektuelle Moment, die ursprüngliche Empfindung überwiegen und dies daher die künstlerische Kraft der Dichterin verleitet, nur all zu leicht der Reflexion, der Beschreibung zu breiten Raum zu lassen. Damit hängt vielleicht zusammen, daß Erdös in diesen Gedichten häufiger als früher ihre Stimmungen und Empfindungen objektiviert, z. B. von den düsteren und von den traurigen Tagen redet, wo sie eigentlich von der Traurigkeit



ihrer eigenen Seele sprechen wollte; ihre Jugendlyrik war jedenfalls unmittelbarer.

So sehr solche Beobachtungen den künstlerischen Wert dieser Gedichte einschränken mögen, so zeigen sie doch andererseits auch wieder eine weitere Entwicklung der Kunst Erdös' an. Mir will scheinen, als ob die neue Gedankenwelt, in der Erdös jetzt lebt und die sie innerlich zu verarbeiten sich abmüht, noch nicht ganz so ihr Eigen wurde wie der glühende Eros in der Jugend ihr Eigen war. Vielleicht führt ihre Entwicklung noch so weit, daß sie diese innere Einheit mit ihrer neuen Welt erreicht; dann dürfen wir von ihrer Kunst Großes erwarten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Erdös diese Hoffnungen erfüllen wird. Denn auch die Gedichte dieser Auswahl verraten eine so starke dichterische Begabung, daß man unwillkürlich innehält, um den ungewöhnlichen Ton, dem man hier lauscht, ganz in sich aufnehmen zu können. Die alte Pracht orientalischer Farbe und Phantasie, die alte Glut ungarischer Impulsivität gießen sich hier in den Versuch, mystische Beziehungen zu Gott auszusprechen, deren Echtheit wir selbst dann nachempfinden, wenn wir auch ihre bloß gedankliche Verankerung durchschauen.

Auch sonst stört öfter ein inneres Schwanken in der Seele der Dichterin; es kommt insoweit zum Ausdruck, als es sich weniger in innerlich erlebter Gegensätzlichkeit, als vielmehr in bloß begrifflich umschriebener Antithese offenbart.

Jedenfalls müssen wir Mumbauer danken, daß er uns mit einem Teil der bisherigen Schöpfungen Renée Erdös' bekannt machte. Mumbauers Übertragung ist nicht ein Tribut an jene Übersetzungsmode, die bei uns vielfach im Schwung ist, sondern eine ganze Tat, die uns dem Übersetzer verpflichtet und hoffentlich auch die literarisch Gebildeten veranlaßt, „Die Perlenschnur“ kennen zu lernen, um mit gespannten Erwartungen und großen Hoffnungen auf die weitere künstlerische Entwicklung Renée Erdös' zu warten.



LX.

Die katholische Aufgabe.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

Die katholische Kirche hat im Laufe ihrer Geschichte manchen Völkerbrand an sich vorüberziehen sehen. Es ist nicht in ihre Hand gegeben, in die Geschicke der Völker entscheidend einzugreifen. Sie ist eine geistige Macht, die die Gebote Christi verkünden, nicht aber deren Befolgung durch das Einzelindividuum und durch die Völker erzwingen kann. Sie muß den Geist der Versöhnung und der Nächstenliebe predigen, wenn auch der Haß eine noch viel lautere Sprache führt. Die katholische Aufgabe besteht in der Ausschüttung von ungeheuer viel Liebe. In jedem Katholiken muß der fürchterliche Weltkrieg das Gebot Christi: „Liebet einander!" zu erneuter Tatkraft, zu heiligem Idealismus entflammen lassen. Es gibt aus dem Weltkrieg nur eine sittliche Konsequenz und die heißt „Mehr Liebe!". Wo so unendlich viel Schmerzen bereitet wurden, wo Tränen und Blut buchstäblich in Strömen geflossen sind, da muß die katholische Kirche das Füllhorn ihrer Liebeskräfte durch ihre Bekenner über das Menschenelend in einem Maße ausgießen, wie noch keine Epoche der Weltgeschichte dies erlebt hat. Mögen die nationalen, staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Ziele irgendwelcher Art sein, für den Katholiken muß das Gebot von „Mehr Liebe!" die höchste Konsequenz des Weltkrieges sein.

Dieses Gebot steht als weithin flammendes Zeichen der katholischen Caritas vor Aller Augen. Es braucht uns nicht Mutlosigkeit zu beschleichen, wenn wir außer der Caritas noch an die reiche Fülle der Aufgaben der Katholiken auf sonstigen Gebieten denken. Die katholische Kirche hat zu allen Zeiten für die leidende Menschheit den besten Balsam für wunde Seelen gehabt und sie hat für des Leibes Nöten



und Gebrechen stets Stätten der Genesung und Linderung ins Leben gerufen. Sie tat dies, weil es ihrem Wesen entsprach, weil sie für die Bedürfnisse der Nächstenliebe stets die Heilmittel an Leib und Seele zu finden wußte. Diese heilige Begeisterung hat die Kirche nie verlassen, was den einstigen Präsidenten der französischen Republik Loubet im Jahre 1903 zu dem Ausspruch veranlaßte: „Bisher hat die katholische Kirche das Monopol der Ideale gehabt." Dieser Idealismus wird die Katholiken auch weiterhin beseelen und zu Opferliebe und Tatkraft anspornen.

Der Idealismus, der als Ausfluß der herrlichen und starken Kräfte der katholischen Religion zu den kühnsten und fruchtbarsten Taten begeistert, muß aber in den zeitlichen Verhältnissen fest verwurzelt sein, weil ihm sonst die Gestaltungskraft mangelt. Mit nüchternen Worten gesagt: die Katholiken müssen zum Reichtum, zu den natürlichen Quellen menschlicher Unternehmungslust das richtige Verhältnis haben. Es mehren sich die Stimmen, die den Kapitalismus als den Urheber alles Unheils in der Welt, als die Ursache des Weltkriegs anklagen und von der Abkehr vom Kapitalismus alles Heil erwarten. Die so denken, können sich mit Recht auf die Worte Christi vom Unsegen, vom Fluch des Reichstums stützen. Allein den Reichtum an sich hat weder Christus, noch die Kirche verdammt. Die Frage ist nur die, die besitzenden Klassen mit den flammenden Worten Christi und der Heiligen an die Pflichten des Reichstums zu erinnern und den Überfluß, der zu Mammonismus und Geiz führt, für soziale, caritative und kulturelle Zwecke abzuleiten. Der Katholizismus ist an kein bestimmtes Wirtschaftssystem gebunden, so wenig wie an eine bestimmte Staatsform. Die kapitalistische Wirtschaftsform ist erlaubt, wenn sie sich gleichzeitig in den Dienst der höchsten sittlichen, kulturellen, sozialen, religiösen Lebensideale stellt und damit den Charakter des Selbstzweckes abstreift. Der Katholizismus stellt neben das kapitalistische Wirtschaftssystem die ewigen Forderungen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe als Mittel zur Beschnei-



dung des Kapitalismus, der sich zum Mammonismus auswachsen will. Um der letzteren Gefahr willen kann man nicht die Weltflucht und den Aszetismus als die allein berechtigten Weltanschauungen hinstellen. Gerechte Löhne, Schonung der menschlichen Arbeitskraft, erlaubte Mittel im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, Ansammlung von Vermögenswerten für die günstige Gestaltung der Unternehmung und des Geschäftes, Anhäufung von Reichtum für Bildungszwecke, Kirchenbauten, caritative Bedürfnisse, für Volksgesundung und Lebenssicherung: solche und andere Momente leiten den Kapitalismus in die Bahnen einer berechtigten Existenz, wobei der Eigennutz hintangehalten wird und ein System der Solidarität menschlicher Interessen im Geiste der Nächstenliebe Jesu Christi die Grundlage der Wirtschaftsordnung bildet.

Den Kapitalismus aus der Welt schaffen zu wollen, ist heute, wo der Weltkrieg ihn nicht zu Fall gebracht, sondern eher noch vertieft hat, mehr denn je eine Utopie — wenn nicht eine höhere Hand eingreift. Wir sind nun einmal in diese Zeitlichkeit hineingestellt und müssen der Materie das Menschenmögliche abzuringen suchen, soweit unser Gewissen keine Schranken zieht. Der Kapitalismus schafft eben nicht nur Eisenbahnen, Dampfschiffe, Hütten- und Walzwerke, sondern er macht auch riesige Geldmittel frei für Bildungs- und Unterrichtszwecke, für Kulturbauten aller Art, für Bibliotheken und sonstige geistige Bedürfnisse. Er macht auch die Mittel flüssig für die Missionierung der Welt im Geiste des Christentums. Der große Vorsprung der nichtkatholischen Missionen auf dem Erdball beruht in erster Linie auf den reichen Geldmitteln der protestantischen Missionsanstalten, denen die Katholiken bei ihren bescheideneren Mitteln nur durch ihren allseits anerkannten Idealismus und Opfersinn einigermaßen die Wagschale halten können. Unsere Dome, Münster und Universitäten des Mittelalters konnten nur durch Reichtum, gepaart mit Glaubensüberzeugung und Idealismus, entstehen und sich erhalten. Ohne Geld und



die Kärnerarbeit vieler Tausende wären sie nicht emporgeführt worden. Was wäre ein Aristoteles ohne Alexander, ein Horaz ohne Mäcenas, was wären Raffael und Michelangelo ohne die Renaissancepäpste gewesen? Der größte Opfersinn nützt den Vinzentius-Elisabethen-Krankenvereinen, der größte Idealismus der Görresgesellschaft, dem Volksverein nichts, wenn nicht deren Mitglieder ihren guten Willen mit wertvollen materiellen Gaben verwirklichen können. Die Katholiken brauchen große Geldmittel, um den zeitgemäßen Forderungen auf caritativem Gebiete in Form von Trinkerheimen, Lungenheilstätten, Epileptikerheimen usw. noch mehr als bisher genügen zu können. Zur Steuerung der Diaspora-Not, zur Verhütung der großen Mischehenverluste müssen sie Kirchen und Schulen bauen. Kurz eine große Zahl der verschiedensten Kulturaufgaben harrt durch die Katholiken der Erfüllung. Der Reichtum macht frei für diese edlen und höheren Kulturbestrebungen im besten Sinne des Wortes. Es gilt daher heute im kapitalistischen Zeitalter, alle Ängstlichkeit wegen der Gefahren des Reichstums abzulegen, den erwerbenden und besitzenden Teilen des katholischen Volkes schärfer denn je die sittlichen Pflichten in der richtigen Verwertung des Reichstums vor Augen zu halten und alle Katholiken auf die Mehrung ihres Einkommens, auf die Pflege der Genügsamkeit, auf erhöhte Sparsamkeit zu Gunsten ihrer Familie und zu Gunsten der materiellen Bedürfnisse des Katholizismus erzieherisch hinzulenken.

Auf diesen Idealismus und Realismus muß sich die katholische Aufgabe der Zukunft stützen. Es ist, glaube ich, eine völlige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten, wenn man den Schwerpunkt auf den Idealismus verlegt und von ihm sich die größten Hoffnungen macht. Es ist auch eine Verkennung unserer historisch gewordenen Zustände, wenn man bei der Erörterung der katholischen Aufgabe der Zukunft leise Vorwürfe gegen die deutschen Katholiken und ihre Führer durchklingen läßt, weil sie der stärkeren Anteilnahme am Erwerbsleben das Wort redeten

und mit Hilfe der Parteipolitik wichtige Ziele des Katholizismus in Deutschland zu erreichen suchten, wie dies der Schriftsteller Franz Blei in Hochland (13. Jahrg. S. 314 ff.). in einem Aufsatze „Die katholische Aufgabe" getan hat. Infolge des unseligen Kulturkampfes waren die deutschen Katholiken gezwungen, um ihren Anteil am deutschen Kultur- und Erwerbsleben zu ringen, was eben nur mit Hilfe des politischen Weges möglich war. Man erinnere sich des wahren Wortes, das Karl Jentsch ausgesprochen hat, daß die Katholiken keinen Magistratsschreiberposten, geschweige denn höhere Ämter erhalten hätten, wenn nicht das Zentrum wenigstens die gröbsten Verstöße gegen die Parität abzuwehren versucht hätte. Der politische Liberalismus hätte die Katholiken am liebsten entrechtet und dem Katholizismus alle Entwicklungskraft geraubt, wenn nicht die Katholiken sich auf politischem Wege zur Wehr gesetzt hätten. Wie schrieb doch der Freiburger Universitätsprofessor Fr. X. Kraus, hier ein gewiß unverdächtiger Zeuge, in seinem „Cavour" (S. 88): „Es ist der Grundfehler unserer liberalen Kammermajoritäten gewesen, daß ihnen die Freiheit von kirchlichem Drucke gleichbedeutend erschien mit der Befugnis, nun ihrerseits die Kirche und das religiöse Leben niederzudrücken, die kirchliche Autorität durch Nadelstiche fort und fort zu verletzen und die Katholiken womöglich zu Parias herabzudrücken." Selbst Fürst Bülow hat im Hinblick auf die Katholiken es ausgesprochen, daß in Deutschland von einer „wahrhaft paritätischen Politik" noch nicht gesprochen werden kann. Die Katholiken mußten einerseits die Ungerechtigkeiten und den Druck von außen abwehren, andererseits mußten sie im Inneren aufbauen, um im Kultur- und Wirtschaftsleben nicht noch weiter zurückzubleiben, da sie durch die materiellen Schädigungen der Säkularisation und des Kulturkampfes ohnehin schon weit genug zurückgeworfen worden waren. Wenn daher Franz Blei die Frage aufwirft: „Hat man nicht auch in katholischen Kreisen gesagt, wir seien in Deutschland wirtschaftlich



rückständig gegenüber den Nichtkatholiken, weil wir uns zu viel um unser geistliches Wohl kümmerten?“, so wird er die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit nicht leugnen können, aber er muß sich auch sagen lassen, daß dies nicht eine Folge allzu großer Hingabe an die religiösen Interessen, sondern einer Unterdrückungspolitik ist, wie jedermann aus der Geschichte der Parität, der Säkularisation und des Kulturkampfes sie herauslesen kann. Wenn Blei dann ferner frägt: „Hat man nicht auf Katholikentagen unter Beifall erklärt, wir müßten viel mehr katholische Kommerzienräte haben“, so ist dieser Wunsch doch wohl nicht aus Liebe zum Reichtum geäußert worden, sondern aus der Erkenntnis unserer Notlage heraus, weil der katholische und ärmere Volksteil der Anteilnahme am höheren Studium, an den technischen Wissenschaften, am mächtig pulsierenden Wirtschafts- und Erwerbsleben nicht in der wünschenswerten Weise nachgekommen war. Dank dieser Mahnrufe ist es in den letzten Jahrzehnten bedeutend besser geworden, so daß das katholische Deutschland heute der Erfüllung seiner Zukunftsaufgaben viel besser gewachsen ist als früher.

Wenn Franz Blei schließlich noch die übertriebene Klage ausstößt, daß man „alle Kräfte in die Politik, in diese kapitalistische Politik heutiger Zeiten geworfen habe, daß für die weit größeren und würdigeren Aufgaben nichts mehr übrig blieb“, so war eben die politische Verteidigung der deutschen Katholiken die vordringlichere und notwendigere Aufgabe. Andererseits stimmt es mit der Wahrheit nicht überein, daß die deutschen Katholiken außerpolitische Aufgaben vernachläßigt hätten. Eine Betrachtung des religiösen und kulturellen Entwicklungsgangs der Katholiken Deutschlands im letzten halben Jahrhundert läßt sich gerechter Weise von dem historisch-politischen Hintergrund nicht losschälen, auf welchem die deutschen Katholiken gezwungenermaßen ihre Entwicklung nehmen mußten. Sobald der katholischen Kirche in Deutschland volle Gerechtigkeit und





Parität widerfährt — und das ist auch nach dem Zeugnis des ehemaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow noch immer nicht der Fall — können die deutschen Katholiken aus der Politik sehr viele Kräfte herausziehen und rein kulturell-wissenschaftlichen und sozial-caritativen Bestrebungen zuführen, ein Zustand, der von niemand mit größerer Freude begrüßt werden würde als von denen, die eben durch die Politik den Weg zur ungehinderten wissenschaftlichen Forschung für zahlreiche Katholiken frei halten, der für sie im Zeitalter der „Voraussetzungslosigkeit" nur zu häufig ein Dornenpfad gewesen ist.

Eine gewisse Entspannung der politischen Energie des deutschen Katholizismus ist, um mit Max Scheler zu reden, ohne Zweifel bei allen, auch den politisch interessierten Katholiken eine erwünschte Sache. Man kann Scheler beipflichten, wenn er die Hoffnung ausspricht und ihre Verwirklichung für begründet hält, daß die „geistige Energieverteilung des katholischen Deutschtums sich in der Richtung ändere, daß ein höheres Maß von Energie in außerpolitisches und außersozialorganisatorisches geistiges Wirken eingeht, — auf religiösem, erzieherischem, literarischem, philosophischem, künstlerischem Gebiete". Scheler hält es für wünschenswert und fast selbstverständlich, daß sich die „wertvollste und erfolgreichste Richtung der bisherigen Energie der deutschen Katholiken", das sozialorganisatorische Wirken, nach dem Kriege schon darum erhalten und weiter differenzieren wird, da es ja die furchtbaren Schäden zu heilen gilt, die der Krieg hervorgebracht hat.

„Etwas anders steht es", so fährt Scheler in seinem Aufsatze über Soziologische Neuorientierung und die Aufgabe der deutschen Katholiken nach dem Krieg im Hochland (13. Jahrg. S. 282) fort, „mit der rein politischen Betätigung und den ihr und ökonomischen Zwecken dienenden Organisationen. Die Existenz und Notwendigkeit dieser politischen Betätigung braucht gewiß nicht im mindesten in Frage gezogen zu werden. Dennoch bestehen meines Erachtens starke Gründe zur Annahme,

daß sie sich in Zukunft eines geringeren Maßes von Energie zu bedienen brauchen, als dies bisher der Fall war. Dazu wäre freilich die unverzügliche Abschaffung der Reste der Kulturkampfgesetzgebung erste Bedingung. . . . Je mehr die Ursache zu wirken aufhört, die seinerzeit die katholische Geistesenergie so einseitig in die Politik hineinzog, desto mehr muß auch eben diese Wirkung sich ermäßigen."

Scheler glaubt, daß kulturkampfartige neue Probleme auf die Dauer nicht kommen und daß es sich in Zukunft um Fragen der christlich-positiven Weltanschauung handeln wird. Diese politische Zukunftsgestaltung bringt Katholiken und Protestanten einander näher; sie mag die allzu starke politische Inanspruchnahme der deutschen Katholiken in etwas verringern, aber sie wird eben um der christlichen und katholischen Interessen willen in unserem Staats- und Volksleben kaum eine sehr starke Entspannung der politischen Energie des deutschen Katholizismus bringen können.

Noch weniger wird sich eine wesentliche Änderung in der Haltung gegenüber der Gesamterscheinung des Kapitalismus ergeben. Der Kapitalismus ist gewiß nicht die idealste Form der Wirtschaftsordnung. Edle Geister leiden aufs tiefste an dem Problem „Christentum und Kapitalismus"; und wünschen eine irgendwie geartete Abkehr von seinem Geiste. Auf diese Gefühle kommt es aber in der heutigen Zeit des Triumphes des Kapitalismus nicht an. Der Einzelne mag seiner Herzesnot durch Weltflucht entrinnen. Aber die große Masse der Katholiken kann nicht gegen diesen, wenn auch falschen Geist der Zeit schwimmen.

„Gerade je mehr", führt Scheler aus, „die in dem System des Kapitalismus liegende sittliche Anormalität dem Katholiken zur Klarheit seines geistigen Bewußtseins kommt, und je entschiedener er einsieht, daß unter der Herrschaft des kapitalistischen Geistes jede Art von geistigem Einfluß auf die Gesellschaft an den ökonomischen Aufstieg geknüpft ist — ein furchtbares, anormales, durchaus nicht universales Gesetz! —, desto klarer und zweckbewußter muß sein praktischer Wille wer-



den, durch diesen Aufstieg auch seinen verlorenen geistigen Einfluß zurückzugewinnen und zu steigern. Das ganze Elend unseres geistigen Lebens beruht ja eben darauf, daß heute eine kleine Clique, die zum Träger des hochgespanntesten kapitalistischen Geistes geworden ist, durch ihre Wortführer (die bewußten und unbewußten), durch ihre Presse, ihre Zeitschriften, Verlage, Mäzene usw. allein vermöge ihres Kapitalbesitzes entscheidet, welches Theaterstück, welche Komposition als gut oder schlecht gilt, wer als repräsentativ für deutsche Kultur und deutsches Wesen anzusehen sei. Darf man doch seit langem in unserem Lande Dinge über Gott und unsere heiligsten Einrichtungen ungestraft und ungeächtet sagen, die man nicht nur über keinen Prinzen, sondern über keinen der führenden Leute des Kapitalismus sagen darf — ohne daß man ihre Macht zu spüren bekomme. Das Kapital besitzt heute seine Gelehrten, Publizisten, Hofnarren — selbst seine Mystiker für Arbeitsferien; es besitzt eine ganze Klasse geistiger von ihm abhängiger Drohnen und unbewußter Dienerschaften. . . . Jeder irgendwie geartete geistige Einfluß ist heute an den ökonomischen Aufstieg seiner Träger geknüpft — also auch der Einfluß des katholischen Geistes. . . . In der Zeit und mit Hilfe ihrer Technik den Geist der Zeit zu überwinden, das scheint mir auch heute die notwendige Einstellung für alle katholischen Aufgaben. Wenn also die politische Organisation, die einen großen Teil deutscher Katholiken in sich befaßt, wenn katholische Organisationen aller Art den ökonomischen Aufstieg der katholischen Volkskreise emsig zu bewirken streben, so soll dies Verhalten nicht nur bleiben, sondern sich eher noch steigern."

Aus diesen Erörterungen erhellt mit voller Klarheit, welche Haltung die deutschen Katholiken dem Kapitalismus gegenüber einnehmen müssen. Den Reichtum als solchen dürfen wir nicht bekämpfen, wohl aber müssen Seelsorger, Caritasjünger und Kulturpolitiker in unserem Lager alle Hebel in Bewegung setzen, um die reichen und wohlhabenden Klassen an die große Verantwortung, an die sittlichen Pflichten



ihres Besitzes zu erinnern und ihnen klar vor Augen zu stellen, daß die Zukunft der katholischen Caritas und Kultur in erster Linie auf ihren Schultern beruhen sollte, die sich, wie aus den verschiedensten Anzeichen (Zunahme der Steuerkraft, Steigerung der Anteilnahme an den höheren Studien usw.) hervorgeht, in den letzten Jahrzehnten sehr gekräftigt haben. Der Appell an den Idealismus hat bei den deutschen Katholiken noch nie versagt. In der von uns angedeuteten Richtung muß die Haltung der Katholiken Deutschlands liegen. Um von der Fülle an konkreten Aufgaben auf rein kulturellen Gebieten zu schweigen, sei nur von der Notwendigkeit der Leistungssteigerung auf karitativem Gebiete noch kurz gesprochen.

Hier wären zwei besonders wichtige Dinge mit Namen zu nennen. Es muß in der nächsten Zeit gelingen, den Kampf gegen den Alkohol unter den Katholiken bedeutend auszubreiten. Durch die Mäßigkeits- und Enthaltsamkeitsbewegung gewinnt der katholische Volksteil mehr Gesundheit, Geld und Zeit für höhere kulturelle Aufgaben, sowie einen moralisch bedeutsamen Rückgang seiner kriminellen Belastung. Viele gebildete und besitzende Katholiken könnten hier aus Idealismus und Liebe zu ihren unaufgeklärten Volksgenossen Opfer persönlicher und finanzieller Natur bringen. Von sehr großer Wichtigkeit ist sodann der Ausbau und die Vertiefung des Vereins des heiligen Vincenz von Paul zu einem wahren Volksverein der Nächstenliebe. Die Vincentiusvereine mit ihrem Prinzip der persönlichen Nächstenliebe sind heute mehr denn je zeitgemäß. Die Sozialisierung und Kommunalisierung der Armenpflege wird ihre einmal eingeschlagene Entwicklungslinie naturgemäß und notgedrungen nicht mehr verlassen können. Aber für die Caritas des Herzens bleibt so unendlich viel zu tun übrig, daß ein Wachstum der Vincentiusvereine eine der notwendigsten Früchte des Weltkrieges sein muß. Wie unendlich viel Linderung leiblicher und seelischer Schmerzen könnte erfolgen, wie viel soziale Versöhnung und Trost fürs



Leben könnte unseren ärmeren Volksgenossen mitgeteilt werden, wenn in jeder Stadt nur einige Hunderte oder Tausende von katholischen Männern und Frauen im Geiste der Nachfolge Christi Vincentiusarbeit treiben wollten! Diese Forderung nach gesteigerter Liebestätigkeit der Katholiken ist viel mehr als eine augenblickliche Gemütsaufwallung. Steht doch die Zukunft der katholischen Caritas, die seit jeher die glänzendste Perle im Schmuck der katholischen Kirche gewesen ist, auf dem Spiele. Oder könnte jemand widerlegen, was Hochschulprofessor Dr. Schmittmann in seiner kleinen Studie über „die sozialen Hilfsquellen des Staates und die Gegenwartsaufgaben der katholischen Caritas" als eine Gewissensfrage für die deutschen Katholiken bezeichnet, wenn er schreibt:

„Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob die katholische Caritas weiter existenzfähig ist, ob es ihr gelingt, die sozialen Hilfsmöglichkeiten in ihren Dienst zu stellen, oder ob rein menschlich und materiell inspirierte Hilfe statt ihrer den Thron besteigen wird. Noch gibt die durch den Krieg geschaffene große Zeitenwende der Caritas eine schicksalschwere Entscheidung in die Hand. Wir aber werden es den folgenden Generationen gegenüber zu verantworten haben, ob wir diese Schicksalsstunde der Caritas richtig verstanden und genutzt haben. Möge die Geschichte, die gerechte Richterin, nicht dereinst über uns den Stab brechen. Wir wollen die Forderung der Stunde verstehen und tatkräftige soziale Arbeit auf der ganzen Linie in den Dienst unserer Königin, der Caritas, stellen, damit ihr Geist herrsche und unser Volk nach schwerem Leid tröste und beglücke."

LXI.

Die Revolution in Rußland.

Von der steilen Höhe unumschränkter Autokratie ist Zar Nikolaus II. in die Tiefe gestürzt. Mit ihm wurde der Zarismus hinabgerissen, der durch Jahrhunderte die Regierungsform des großen osteuropäisch-asiatischen Weltreichs war, die den Zusammenhalt der unterjochten Fremdvölker mit dem Russentum durch die dem Zartum innewohnende religiöse Idee und durch straffe Despotie verbürgen sollte. Wie ausgelöscht erscheint heute der Cäsaropapismus! Der Zar hat sich willenlos dem revolutionären Zwang fügen müssen und befindet sich mit seiner Familie in Zarskoje Selo[1]) in Gefangenschaft. Ihm und seiner Gemahlin droht ein Hochverratsprozeß. Alle Mitglieder des Hauses Romanow sind ihrer Ämter und Würden entkleidet, keines von ihnen hat mehr Bedeutung für das öffentliche Leben in Rußland. Sie haben sich ebenso widerstandslos wie der Zar selbst der Revolutionsregierung gefügt und sie anerkannt. In Moskau hat unter dem Vorsitz des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch eine Versammlung der Großfürstenpartei am 21. März stattgefunden, in der, wie „Rußkija Wjedomosti" meldet, beschlossen wurde, die neue Regierung „bis auf weiteres" anzuerkennen, d. h. solange die Regierung die Form einer Monarchie beibehalte. Nur in dem Falle, daß die republikanische Strömung die Oberhand gewinnen sollte, würden die Großfürsten gezwungen sein, zu der weiteren Gestaltung erneut Stellung zu nehmen. Für jetzt macht das keinen Eindruck. Die Macht entscheidet.

1) Zarskoje Selo ist eine Kreisstadt von 25000 Einwohnern im Gouvernement Petersburg, von der Hauptstadt 150 Kilometer entfernt. Dort befindet sich auch das kaiserliche Lustschloß Zarskoje Selo (Zarendorf), die Winterresidenz des Zaren.



Sehr verständlich ist darum die Bemerkung des Justizministers Kerensky, die Todesstrafe werde nicht ganz abgeschafft, sondern „für gewisse Fälle" beibehalten. Die Generalität, das Offizierskorps, die Soldaten stehen, wenn man den Berichten glauben kann, auf seiten der Revolution. Das Beamtentum hat sich geduckt unter die neuen Regierungschefs und die von ihnen eingesetzten Provinzialgouverneure, gegenüber dem hereingebrochenen Ungewitter war es machtlos, weil es im Volksbewußtsein nicht verankert ist. Und das Denkwürdigste von allem ist, daß die russische Staatskirche vollständig versagt hat. Keine Hand hat sich gerührt, um das Zartum zu halten.

Revolutionäre Erschütterungen in Rußland hat man erwartet. Die Umsturzbewegung ist dort tief eingefressen und ruht auch in Friedenszeiten nicht. Daß sie während des jetzigen Weltkrieges sich ausbreiten und verschärfen würde, konnte angenommen werden. Die Vorgänge im russisch-japanischen Krieg sind noch in lebhafter Erinnerung. Damals wurde die Erhebung jedoch im Beginne erstickt und mit dem „roten Sonntag" (22. Januar 1905) in Petersburg, an dem die Arbeitermassen, die der Pope Gapon führte, niedergeschossen wurden, war die akute Bewegung stumpf geworden. Zar Nikolaus hielt der Deputation Petersburger Arbeiter am 1. Februar die bekannte Strafpredigt, weil sie sich von „Verrätern und Feinden des Vaterlandes" hätten „verführen" lassen, und verzieh ihnen großmütig ihre „Freveltat". In einem Erlaß des Zaren vom 3. März hieß es:

„Von Hochmut verblendet, machen übelgesinnte Führer einer aufrührerischen Bewegung freche Anschläge gegen die heilige orthodoxe Kirche und die durch die Gesetze gefestigten Grundpfeiler des russischen Staates, indem sie meinen, wenn sie den natürlichen Zusammenhang mit der Vergangenheit zerreißen, würden sie die bestehende Staatsordnung zerstören und statt dieser eine neue Landesverwaltung auf neuer Grundlage er-

richten, die aber tatsächlich unserem Vaterlande nicht angemessen sein würde".[1])

Ähnlich würde es auch jetzt ergehen, wo alles in Waffen starrt. So glaubte man allgemein. Die Sachkenner, welche in der deutschen Publizistik sich vernehmen ließen, haben immer wieder erklärt, auf eine gewaltsame Erhebung oder auf eine Bewegung stärkeren Grades sei nicht zu rechnen. Erst nach dem Kriege könnten vielleicht innere Unruhen eintreten. Daß während des Krieges eine Revolution in Rußland ausbrechen würde, die so rasch und gründlich alles niederreißen werde, hat niemand erwartet. Man soll heute ruhig eingestehen, daß die russischen Verhältnisse nicht richtig beurteilt worden sind. Offen erklärt jetzt der den russischen Verhältnissen nahestehende Historiker Harald von Härne an der Universität Upsala: „Ich für meinen Teil habe immer noch bis zuletzt geglaubt, daß Rußland dem Revolutionsausbruch entgehen würde, ich hatte ihn jetzt nicht erwartet."[2]) Das hat erst recht Geltung für die eingetretenen Folgen. Die üppigste Phantasie hätte nicht an einen solch radikalen Umschwung zu denken gewagt, wie er jetzt in Rußland eingetreten ist.

Streiks, Hungerrevolten und Kundgebungen gegen den Krieg hatten sich in den ersten Monaten dieses Jahres in Rußland gehäuft. Am 22. Februar warnte der Oberkommandierende von Petersburg, General Chabalow vor einer Kundgebung für den Frieden, welche Petersburger Arbeiter vor dem Taurischen Palast bei der Dumaeröffnung veranstalten wollten. In den Petersburger Fabriken war für diesen Demonstrationszug in umfassender Weise geworben worden. Der Führer der Kadetten Miljukow veröffentlichte am 23. Februar einen offenen Brief in der „Rjetsch"[3]),

1) Europäischer Geschichtskalender von Schultheß 1905, Seite 258 und 261.

2) In der Neuen freien Presse Nr. 18893 vom 28. März 1917.

3) „Rjetsch" vom 23. Februar, zitiert in der Berliner Kreuzztg. Nr. 146 vom 21. März 1917.



worin er erklärte, es werde mit seinem Namen Mißbrauch getrieben. Eine Person, die sich Miljukow nenne, werbe in den Petersburger Fabriken für diesen Demonstrationszug zur Duma. Er beschwor die Arbeiter, sich nicht hinreißen zu lassen und nicht auf solche Ratschläge zu hören, mit denen nur den Feinden in die Hand gearbeitet würde. Am 27. Februar wurde die Duma eröffnet. Heftige Reden setzten sofort ein, gegen welche die Minister sich vergeblich wehrten. Vom 5. März an erneuerten sich in Petersburg die Hungerunruhen. Am 8. März fanden große Demonstrationen in den Straßen Petersburgs statt, die am 9. und 10. März fortgesetzt wurden. Am 10. März drohte General Chabalow die Anwendung der Waffen an. Am 9. März in der Nacht wurden elf Mitglieder des Kriegsindustriellenkomitees verhaftet unter der Beschuldigung, „Rußland in eine sozialdemokratische Republik verwandeln zu wollen“, in einer erregten Debatte verlangten Dumamitglieder die Befreiung der Verhafteten. An diesem Tage fand eine Transport- und Lebensmitteldebatte schroffster Art in der Duma statt. Die Duma verlangte Einsetzung eines Aktionsausschusses von Ministern, Parlamentariern und Semstwovertretern. Am 10. März kam es zu schweren Kämpfen in Petersburg. An diesem Tage wurde die Duma bis zum April vertagt. Die Duma weigerte sich, auseinander zu gehen. Im Hause des Dumapräsidenten Rodzianko fanden Beratungen der Dumamitglieder statt. Tausende von Menschen scharten sich am 10. März vor dem Hause Rodziankos. Als der Deputierte Abschemow die Wohnung Rodziankos verließ, rief er der Menge zu: „Morgen findet keine Reichsduma statt.“ Am 11. März (Sonntag) wurde die Vertagung der Duma durch Extrablätter bekannt. Die Duma aber erklärte sich in Permanenz. Die Revolution brach aus. Vom 11. bis 14. März wurden Putsche insceniert, welche die Absetzung des Zaren und die Einsetzung der Revolutionsregierung im Gefolge hatten.

Die Rolle, welche das Militär dabei gespielt hat, schien



anfangs rätselhaft zu sein. Man wußte allerdings, daß das russische Offizierskorps infolge der außerordentlich schweren Verluste in dem langen Krieg nicht mehr die vielen Adeligen in sich hat und daß das revolutionäre Studententum in Reih und Glied steht. Es kommen aber noch andere Vorgänge in Betracht, die man bisher nicht kannte.

In dem Bericht eines russischen Offiziers, den die Vossische Zeitung[1]) in Berlin von ihrem Vertreter in Stockholm erhalten hat, heißt es über die Verbreitung der Revolution im Militär: Die Miltärrevolution hatte eigentlich schon Anfang März in Petersburg begonnen. Schon in den ersten Märztagen glichen die Kasernen der Regimenter Pawlow, Ismailow, Semenow, Nowotscherkaska und der Atama-Kosaken reinen Versammlungslokalen. Tag und Nacht hielten sich dort Zivilisten auf, die Reden hielten, Proklamationen und rote Schleifen verteilten. Subalternoffiziere nahmen daran teil und die wenigen älteren Offiziere sahen ihre Ohnmacht ein.

Daß antimonarchische Pläne innerhalb der höheren Leitung der Feldarmeen existierten, war, so sagt der Bericht der Vossischen Zeitung weiter, längst bekannt. Man wußte namentlich, daß die Heerführer Alexejew, Rußki und Letschitzki einen antimonarischen Putsch beabsichtigten und mit den Kadettenführern sowie mit den Leitern des Semstwoverbandes und des Kriegsindustriellenkomitees, an dessen Spitze der Millionär Gutschkow (der jetzige Kriegsminister) steht, in Verbindung waren. Verschuldete Generäle wie Alexejew, Danilow, Judenitsch und Hunderte von blutarmen Offizieren standen schon lange im Geruch, ihre verwickelten finanziellen Verhältnisse durch das Kriegsindustriellenkomitee geregelt zu haben. Die in den verschiedenen Feldstäben sich aufhaltenden Bevollmächtigten des Kriegsindustriellenkomitees hießen schon lange in Offizierskreisen satyrisch „Generalskiji Kassiry“ (Generalkassierer), und von Feldoffizieren, die über

1) Nr. 159 vom 28. März 1917.



ihre Verhältnisse lebten, hieß es ironisch, sie lebten auf Gutschkows Rechnung. So wurde der vom Kriegsindustriellen-Komitee völlig abhängig gewordene russische Feldoffizier vom General bis zum Leutnant „revolutionär".

Unter allen hier genannten Persönlichkeiten ragt besonders General Rußki heraus, von dem die republikanische „Rußkaja Wolja" freudigst feststellt, daß er über die kleinsten Einzelheiten der russischen Sozialdemokratie vorzüglich orientiert sei. Die republikanischen Zeitungen feiern Rußki wegen seiner Besonnenheit und weil er so schnell zugunsten der gegenwärtigen Regierung sich orientierte und den Zaren veranlaßt habe, den Plan aufzugeben, die Revolution zu bekämpfen. Rußki, der eine Zeit lang die Führung an der russischen Westfront hatte, war im vorigen Jahre vom Zaren einige Monate kalt gestellt, aber dann wieder zur Vertrauensperson erhoben worden. Auch auf den General Alexejew, den Generalstabschef, muß noch im Besonderen verwiesen werden. Wie ist es möglich gewesen, daß diese beiden Generäle, die nunmehr als Macher der Revolution bezeichnet werden, vom Zaren nicht erkannt worden sind? Und wie kam es, daß bei diesen Zuständen in der russischen Armee, die revolutionär ganz unterhöhlt war, der Zar den Krieg weiter spann?

Daß die inneren Zustände und das Heranbrausen der Revolution in der Regierung und der Rechten erkannt wurden, haben Kundgebungen aus diesen Kreisen genügend bewiesen. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß der Zar während dieses Krieges über 80 Minister verbrauchte. Das ist nicht einmal in Zeiten höchster Spannung im republikanischen Frankreich möglich gewesen. Der russische Ministerrat glich einem Bienenkorb.

Daß die innerpolitischen Strömungen der Spitze der Staatsleitung nicht verborgen geblieben waren, geht daraus allein schon zur Genüge hervor. Es liegen auch noch andere Anzeichen vor.

Durch die Presse geht ein Brief des bekannten Groß-



fürsten Nikolai Nikolajewitsch an den Zaren, der in Petersburg am 23. März mit seiner Erlaubnis veröffentlicht worden ist, in dem der Großfürst den Zaren auf die Lage Rußlands aufmerksam macht. Der Brief schließt mit den Worten: „Du stehst am Vorabend einer Bewegung, ja ich sage mehr, am Vorabend eines Attentats. Ich spreche für das Wohl Deiner Person, für Deinen Thron und Dein Vaterland."[1]) Noch ein zweiter Brief eines Großfürsten an den Zaren liegt vor.[2]) Er ist vom Großfürsten Nikolai Michailowitsch geschrieben, dem unvermählt gebliebenen ältesten Sohn des 1909 in Cannes verstorbenen Großfürsten Michael Nikolajewitsch, des dritten Bruders des Kaisers Alexander II. Auch er behauptet, den Zaren gewarnt zu haben, in der Hoffnung, den Zaren, seinen Thron und Rußland „vor nicht wieder gut zu machenden Folgen zu bewahren".

Es scheint aber, daß, wenngleich die inneren Zustände erkannt worden sind, das Einnisten der Revolutionsbewegung in der Armee von den leitenden Stellen nicht hinreichend und im ganzen Umfang erkannt worden ist. Sonst wäre das Hinauszögern geeigneter vorbeugender Entschlüsse nicht zu erklären.

Daß in der Regierung und den Rechtsparteien die Abrüstung des Krieges immer mehr als Heilmittel gegen innere Krisen in den Vordergrund getreten war, ist öfters behauptet worden. Besonders wurden dem Ministerpräsidenten Stürmer und dem Minister des Innern Protopopow Neigungen zu einem Separatfrieden nachgesagt.

Eine besonders heikle Frage ist die des Londoner Anti-Separatfriedensvertrages vom 5. September 1914, der wie ein eiserner Ring um Englands Verbündete durch Grey gelegt worden ist, als Frankreich beim ersten Ansturm der deutschen Armeen der Atem auszugehen schien. Keine Macht in der Entente darf für sich und ohne die Zustimmung der

---

1) Neue Züricher Zeitung Nr. 522 vom 25. März 1917.

2) Veröffentlicht in der Köln. Ztg. Nr. 293 vom 24. März 1917.

anderen Verbündeten einen Sonderfrieden abschließen. Das ist der Grundgedanke des Vertrags. Es wird nun vom Pariser Korrespondenten der „Perseveranza“ [1]) gemeldet, in russischen Kreisen der französischen Hauptstadt werde versichert, im Londoner Separatfriedenabkommen bestehe eine Klausel, die Rußland für den Fall innerer Unruhen, verursacht durch Verproviantierungsnöte, den Abschluß eines Separatfriedens gestatte. Die reaktionäre Regierung habe absichtlich eine Verproviantierungskrise heraufbeschworen, um, gestützt auf die vorauszusehenden inneren Unruhen, ihren Separatfriedensplan zu verwirklichen! Auch die Kopenhagener Zeitungen sowie andere skandinavische Blätter bringen aus „zuverlässiger diplomatischer Quelle“ Mitteilungen darüber. Darnach soll der Separatfriedensvertrag folgende Klausel enthalten: „Wenn ernstlicher Aufruhr oder überwältigender Mangel an Lebensmitteln in einem der Länder entsteht, ist dieses Land berechtigt Frieden zu schließen.“ [2]) Wenn innere Unruhen in einem Staate ausbrechen und zur Revolution führen, sodaß die Armee zum Schutz der Staatsordnung nötig wird und außerdem ihre Versorgung mit Kriegs- und Verpflegungsmaterial in Frage gestellt ist, dann hört das Kriegführen von selbst auf. Eine solche Vertragspflicht, wie sie im Septemberabkommen festgesetzt ist, erlischt beim unüberwindlichen Mangel an Können von selbst. Und wer mag glauben, daß England sogar vertragsmäßig einen solch zweifelhaften Handel eingehen könnte, bei dem es nicht Rußland, sondern dieses die englischen Staatsmänner in der Hand hätte? Man muß, solange der Separatfriedensvertrag nicht dokumentarisch feststeht, diese Meldungen bezweifeln. Aber sie seien registriert zur Ausgestaltung des Bildes der russischen Verhältnisse.

Soviel dürfte heute schon feststehen, daß die Dinge in Rußland sich zum Sonderfrieden neigten und durch die

1) Zitiert in der Neuen Züricher Ztg. Nr. 515 vom 24. März 1917.
2) Zitiert in der Neuen Züricher Ztg. Nr. 539 vom 27. März 1917.

englisch-kadettistische Gegenwirkung Zar Nikolaus II. zu Fall gekommen ist. Das ist durch eine Reihe von Äußerungen der neuen Machthaber und ihrer Preßorgane belegt. Der Ministerpräsident von Revolutionsgnaden Fürst Lwow äußerte eben erst nach einem Petersburger Bericht des „Daily Chronicle",[1]) „wenn die alte Regierung nicht gestürzt worden wäre, hätten wir keine Hoffnung auf den Sieg gehabt. Rußland stand am Rande des Untergangs." Als „Untergang" wurde eben der Separatfriede aufgefaßt von den Oktobristen und Kadetten, in deren Reihe die Kriegslieferanten mit ihren Millionengewinnen stehen.

Dabei muß immer wieder betont werden, daß diese Parteien nicht einmal den Zaren Nikolaus, geschweige denn die Monarchie stürzen wollten. Den Zarismus allerdings suchten sie abzuschaffen und an seine Stelle die konstitutionelle Monarchie zu setzen. Darin sieht man jetzt ganz klar. Es liegen die Telegramme, welche Dumapräsident Rodzianko an den Zaren gerichtet hat, in den russischen Blättern vor.[2]) Das erste ist vom 11. März. Es meldete dem Zaren die Anarchie in der Hauptstadt. Rodzianko sagte dem Zaren: „Es ist unumgänglich notwendig, sofort einer Persönlichkeit, die das Vertrauen des Landes genießt, die Bildung einer neuen Regierung anzuvertrauen." Als diese Meldung nicht beantwortet wurde, weil sie dem Zaren vorenthalten worden war von seiner Umgebung, telegraphierte Rodzianko am Morgen des 12. März nochmals an den Zaren: „Die Lage verschlimmert sich. Es müssen sofort Maßregeln getroffen werden, denn morgen wird es zu spät sein. Die letzte Stunde ist angebrochen, in der das Schicksal des Vaterlandes und der Dynastie sich entscheidet." Aus diesen Telegrammen er-

1) Zitiert in der München-Augsburger Abendzeitung Nr. 180 vom 3. April 1917.

2) Mitgeteilt von der Frankf. Ztg. Nr. 90 vom 1. April 1917. Das Datum der ersten Depesche ist irrtümlich mit dem 12. März angegeben. Nach der Zeitfolge der Ereignisse dürfte der 11. März zu nehmen sein.

gibt sich der zwingende Schluß, daß der bürgerliche Teil der Dumaopposition es nicht auf den Sturz des Zaren Nikolaus und der Dynastie des Hauses Romanow abgesehen hatte, sondern daß er mit dem Zaren Nikolaus selber die Situation bereinigen wollte. Auch das zweite Telegramm wurde dem Zaren nicht übermittelt. Als so alles vergeblich geblieben war, schritt die bürgerliche Dumaopposition über den Zaren hinweg. Um die Revolution von unten, die der Radikalen und Sozialisten, in die Hand zu bekommen, vereinigten sich die bürgerlichen Linksparteien mit den Sozialrevolutionären und bildeten am 12. März um Mitternacht den Vollzugsausschuß der Reichsduma.

Über die künftige Entwicklung in Rußland eine Vorhersage zu machen, dazu fehlen alle Anhaltspunkte. Die nächste Zukunft Rußlands ist in völliges Dunkel gehüllt. Eine orientierende Übersicht über die in Rußland wirkenden Kräfte möge die Einführung in das Verständnis künftiger Ereignisse vorbereiten, aber man muß es sich versagen, jetzt schon ihre Umrisse und Richtung zu zeichnen.

Die Stellung der Staatskirche in Rußland zur Revolution ist noch ungeklärt. Daß sie bisher nichts getan hat, um dem Sturze des Hauses Romanow entgegen zu wirken, steht wohl fest. Die der Duma angehörigen Geistlichen erließen einen Aufruf an die gesamte Geistlichkeit der Staatskirche, den Vollziehungsausschuß anzuerkennen. Der Heilige Synod hat an die Gläubigen einen Aufruf erlassen, in welchem sie ermahnt werden, „allen Widerspruch und Gegensatz in unserem Vaterlande außer acht zu lassen". „Gebt Euer völliges Vertrauen der vorläufigen Regierung. Weiht alle zusammen und jeder für sich alle Eure Kräfte, um das ewige Rußland auf den Weg der Freiheit, des Glückes und des Ruhmes zu führen." Da der Synod in dem liberalen Politiker Lwow einen neuen Vorsitzenden erhalten hat und in seiner Gesamtheit zurückgetreten ist, so ist das Schriftstück auf seine Bedeutung nicht einzuschätzen. Der neue Oberprokurator

begrüßte am 17. März in der ersten feierlichen Sitzung des Heiligen Synod unter der neuen Regierung unter Leitung des Kiewer Metropoliten Wladimir die Versammlung mit den Worten, daß die „Stunde der Freiheit auch für die rechtgläubige Kirche" gekommen sei, und befahl sodann zum Zeichen des Aufhörens des zarischen Papismus die Entfernung des kaiserlichen Thronstuhls aus dem Sitzungssaal. Der Heilige Synod hat die Gebete für die Zarenfamilie gestrichen und die neue Regierung dafür eingesetzt. Es wird gemeldet, daß in Zarskoje Selo beim Gottesdienst Exzar Nikolaus der erste gewesen, der beim Segenspruch für die neue Regierung niedergekniet sei. Anderseits berichtet die „Berliner Kreuzzeitung", die Geistlichkeit sei im großen und ganzen noch zarentreu und fordere die Bevölkerung auf, ihren Treuschwur nicht zu brechen, da die gegenwärtige Lage nur vorübergehend sei und der Zar sicherlich wieder zur Macht kommen werde. Wie weit die Staatskirche für die künftige Neuordnung von Belang sein wird, ist nicht zu ergründen. Ihr Einfluß könnte von Ausschlag gebender Bedeutung werden für eine Neuregelung in monarchischem Sinne.

Die herrschenden Parteigruppen sind: die Oktobristen, vergleichbar mit den deutschen Nationalliberalen, sie stehen auf dem Standpunkt des Zarenprogramms vom 17. Oktober 1906, das den Verfassungsstaat ankündigte; die konstitutionellen Demokraten, Kadetten genannt, sind mit der deutschen Fortschrittlichen Volkspartei zu vergleichen. Ihnen schließen sich an die Trudowiki-Partei (Trudowaja-Gruppe), was „Werktätige Gruppe" oder „Partei der Mühseligen" heißt; sie ist die Partei des kleinen Mittelstandes in der Stadt und der Kleinbauern. Ihr Führer ist der Rechtsanwalt Kerenski, jetzt Justizminister, der für den besten Redner der Duma gehalten wird. Diese Partei ist eine radikale, keine sozialistische. Sie ist aus der agrarpolitischen, sozialrevolutionären Partei hervorgegangen, die wegen ihrer terroristischen Agitation immerfort Verfolgungen ausgesetzt

war. Dann kommen die Sozialdemokraten. Alle diese Parteien haben die Revolution in Rußland aus ganz entgegengesetzten Motiven gemacht und dann zusammen die Revolutionsregierung gebildet. Neben der Regierung besteht der die Regierung beaufsichtigende Rat der Arbeiter und Soldaten, dessen Präsident der sozialistische Dumaabgeordnete Tscheidse ist, wohl jetzt der mächtigste Mann in Rußland. Der Arbeiter- und Soldatenausschuß diktiert und die Revolutionsregierung gehorcht, mit großem Widerstreben zwar, aber sie gehorcht. Dieser Ausschuß ist vor dem Revolutionsausschuß der Duma gebildet. Die meisten Erlasse der Revolutionsregierung in der ersten Zeit ihres Bestehens sind, wie aus den Mitteilungen des „Rjetsch" [1]) zu entnehmen, von der Bemerkung begleitet, daß sie von dem Arbeiter- und Soldatenausschuß gebilligt seien. Ja, sogar der Liste des Revolutionsministeriums folgt der Vermerk, daß sie erst nach Verhandlungen des Vollzugsausschusses der Duma mit dem Arbeiter- und Soldatenausschuß aufgestellt worden sei. Die gänzliche Ausmerzung des Hauses Romanow, welche die bürgerlichen Revolutionäre garnicht beabsichtigt hatten, ist durch diesen Ausschuß herbeigeführt worden. Die Vermittlung zwischen Duma-Ausschuß und Arbeiter-Soldaten-Ausschuß betätigt Kerenski. Einen außerordentlich umfangreichen Machtzuwachs erhielt dieser Arbeiter- und Soldatenausschuß durch seine Ausbreitung in den Provinzen, ferner infolge des Anschlusses sämtlicher Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten. Dadurch ist die Macht über Eisenbahnen, Posten und Telegraphen nach der Front und ins Innere Rußlands in die Hand des Arbeiterrats gegeben. Es darf ferner nicht außer acht gelassen werden, daß durch die Amnestie Tausende von Männern ihre Freiheit erlangt haben, die den schärfsten Mitteln zuneigen und nun in die Entwicklung eingreifen, um sie noch weiter nach links zu drängen. Unter dem Druck der Verhältnisse hat das Zentralkomitee und die Parlamentsfraktion

1) Mitgeteilt vom Berliner Tageblatt Nr. 169 vom 2. April 1917.



der Kadetten sich bereits für die Republik ausgesprochen und es ist die Möglichkeit gegeben, daß der Radikalismus der Linksparteien die bürgerlichen Revolutionäre mit sich zieht.

Der Arbeiter- und Soldatenausschuß hat scharfe Kundgebungen gegen den Krieg erlassen. Er hat es veranlaßt, daß der Minister des Äußern Miljukow in seinem Runderlaß an die russischen Vertreter im Ausland eine Politik mit doppeltem Boden betrieben hat. In dem Runderlaß, wie er in Rußland und in den neutralen Staaten veröffentlicht wurde, fehlt der in den Ententestaaten erschienene Text über das Einhalten der Verpflichtung Rußlands, keinen Separatfrieden abzuschließen, und das Gelöbnis, daß Rußland an der Seite seiner Verbündeten „den Feind bis ans Ende ohne Pause und Schwäche bekämpfen" werde. Neuerdings scheint aber der Arbeiter- und Soldatenausschuß für die Wiederaufnahme der Arbeit zur Munitionsbeschaffung einzutreten und der Kriegführung zur Niederwerfung des „preußischen Militarismus" nicht mehr ablehnend gegenüber zu stehen.

Die Friedensstimmung der Soldaten ist allen Ableugnungen zum Trotz vorhanden und läßt sich nicht aus der Welt reden. Darum hat auch die Armee die Revolution mit solcher Freude aufgenommen, weil sie in derselben ein Instrument des Friedens erblickt. Vom russischen Volke gilt das gleiche. Trotzdem ist eine nüchterne Auffassung dieser Friedensströmung anzuraten, da alles Mögliche geschieht, um sie zurückzuhalten und unwirksam zu machen. Das Blatt der gemäßigten russischen Sozialdemokratie, die „Rubotschaja" erklärt: „Wir bitten niemand um Frieden, erklären im Gegenteil allen Anstiftern und Mithelfern des internationalen Blutbades den Krieg. Möge niemand sich einbilden, daß wir, die wir das Romanow'sche Joch abgeschüttelt haben, die Hohenzollern unterstützen werden." Das wird von der Petersburger Telegraphenagentur als Beweis des Kriegswillens der russischen Arbeiterschaft verbreitet. Das Organ des Arbeiter- und Soldatenausschusses

billigt zwar den Krieg nicht, wohl aber den Kampf gegen Deutschland, weil dies einen Eroberungskrieg führe und darauf ausgehe, in Rußland die Autokratie wieder einzusetzen. „Ein Sieg Wilhelms würde die alte Regierung wieder einführen", soll Namens des Arbeiter- und Soldatenrats ein Vertrauensmann mit Namen Stechlow am 30. März vor dem Petersburger Garderegiment erklärt haben, das vor der Duma erschienen war. Nach dem Abzug dieses Regiments erschien das Garderegiment Ismailowski mit Fahnen, die die Inschrift trugen: „Krieg zum völligen Sieg über Wilhelm." Alle erschienenen Regimenter erklärten als ihren Wahlspruch: „Krieg bis zum endgiltigen Sieg." Das Organ der Sozialisten „Prawda", protestiert gegen diese Überschriften und verlangt, die Waffen unverzüglich niederzulegen. Das Losungswort der russischen Sozialdemokratie sei: Nieder mit dem Krieg gegen Deutschland, es lebe der Klassenkampf." Das Organ vertritt unausgesetzt den Gedanken einer Einstellung des Krieges. Nach einer Meldung des „Echo de Paris"[1]) hat der „russische Revolutionsrat" Aufrufe erlassen, welche eine Abstimmung des Heeres über die Fortsetzung des Krieges fordern. Es machten sich Anzeichen bemerkbar, daß sie zugunsten eines baldigen Friedensschlusses ausfallen werde. Dafür spricht auch das Programm der russischen sozialistischen Arbeiter, das der sozialistische Dumaabgeordnete Skobelew, das Mitglied des Vollziehungsausschusses dieser Richtung, im „New-York Herald" veröffentlicht. Es umfaßt 1. einen Sonderfrieden, 2. einen Weltfrieden, 3. Einschränkung der Rüstungen. Der mächtige Arbeiter- und Soldatenausschuß hinwiederum verlangt, daß die vorläufige Regierung die Frage der Kriegsziele prüfe und ihre Stellungnahme sowie die der Verbündeten Rußlands veröffentliche. Wie diese Prüfung ausfallen wird, dürfte unschwer zu erraten sein.

Nicht mit den Stimmungen in Rußland soll man rechnen. Daß die russischen Machtfaktoren alles verhindern, was ein Abrücken von England bedeutete und einen Abbau des Krieges herbeiführen würde, ist zu erwarten. Auch von der

1) Mitgeteilt in Nr. 78 der Bayer. Staatsztg. vom 3. April 1917.



Bevölkerung und von der Armee erwarte man nicht die Beendigung des Krieges. Das einzige, was man logischer Weise hoffen kann, ist, daß unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen dieses mehr und mehr die Fähigkeit verliert, Krieg zu führen.

Der Umsturz hat natürlich auf die Armee scharf eingewirkt. Die Meldungen lassen darauf schließen, daß eine starke Gährung in der Armee herrscht. Die Werbearbeit für den Frieden wird von den Delegierten des Arbeiterausschusses unter den Soldaten betrieben. Es wird von den Machthabern befürchtet, daß in der jetzigen Stimmung die Soldaten im Ernstfall die Waffen strecken. Man sucht deshalb den Soldaten entgegen zu kommen durch allerlei Einrichtungen, welche das Problem lösen sollen, die Kriegszucht im Heere mit dem „freiheitlichen Geiste" unter den Soldaten zu versöhnen. Es werden Schiedsausschüsse von gewählten Offizieren und Mannschaften in Disziplinarsachen gebildet, die eigene Verpflegung in den Betrieb der Mannschaften gegeben. Man spricht auch schon von der Wahl der Offiziere und anderem Unsinn, der die eingerissene Desorganisation noch weiter fortbildet. Viele Offiziere sind nach Abstimmung durch die Soldaten entlassen worden. Ein Verband republikanischer Offiziere hat sich gebildet, in dessen 25köpfigem Geschäftsausschuß die sozialdemokratische Partei 10 Sitze einnimmt. Das sind Verhältnisse, unter denen eine Armee nicht festgefügt erhalten werden kann.

Die Lebensmittelfragen sind in Rußland jetzt, da das Land in die Periode der Schneeschmelze eintritt und aus dem wegelosen Innern Zufuhren auf Schlitten nicht mehr bewerkstelligt werden können, noch schwieriger zu lösen und auch die unbrauchbar gewordenen Transportmittel der Eisenbahnen können nicht sobald wieder hergestellt und ergänzt werden. Man hat sich damit geholfen, daß man die Zufuhren für die Armee vermindert und die Intendantur- und Reservemagazine in Petersburg und Moskau angegriffen hat, um der hungernden Zivilbevölkerung Hilfe zu bringen. Das ist ein gefährliches Beginnen, denn damit wird die Ver-



pflegung der Armee in Frage gestellt; es wäre der Anfang vom Ende. In den russischen Zeitungen wird ein Wehegeschrei erhoben, daß eine Hungersnot für das ganze Jahr bevorstehe. Man spricht von Beschlagnahme des Getreides, da die Bauern infolge der starken Herabsetzung der Höchstpreise jetzt erst recht nichts liefern, sowie von der Einführung eines Getreidehandelsmonopols. Hier eröffnen sich Perspektiven, in welchen die Revolutionsregierung so wenig Herr sein wird, wie die des Zaren es war.

Daß die jetzige Revolutionsregierung nur ein Provisorium darstellt und die endgiltige Staatsform erst noch geschaffen werden muß, erklären die heutigen Machthaber Rußlands selbst. Zu dem Behufe wird eine konstituierende Nationalversammlung einberufen, welche die bürgerlichen Revolutionäre bis zum Abschluß des Krieges verschieben möchten, um Zeit zu gewinnen, während die Radikalen sie schon im April abhalten wollen, weil sie ihren bürgerlichen Partnern nicht trauen.

Wird ja doch behauptet, daß die provisorische Regierung mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewisch in zunehmendem Briefwechsel stehe. Ministerpräsident Fürst Lwow habe vom Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch folgendes Telegramm in Händen: „Habe Treueid abgelegt. Erfülle meine Pflicht restlos, wie mein Gewissen und mein Eid es gebieten.“ Ähnliche Telegramme sind von allen Großfürsten eingegangen. Das sei geschehen, um unbehelligt eine monarchische Restauration vorzubereiten. Neuerdings wird gemeldet, in Petersburg sei Großfürst Boris verhaftet worden wegen Mitwisserschaft an einer Verschwörung des Großürsten Nikolai Nikolajewitsch. Auch Großfürstin Maria sei deswegen in Haft genommen worden.

Englische Agenten versuchen außerdem, einer Kopenhagener Meldung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, Gerüchte auszusprengen, als ob hochstehende, russischen Hofkreisen angehörige russische Persönlichkeiten in den skandinavischen Königreichen erwartet würden, um Fühlung mit deutschen Kreisen zu suchen, mit deren Hilfe sie einen neuen



Staatsstreich in Rußland vorzubereiten gedächten. Die Flucht aus Rußland, welche größeren Umfang angenommen hat, soll wohl solchen dummen Ausstreuungen ein Relief geben.

Es ist ganz selbstverständlich und durch das geschichtliche Beispiel, das Deutschland 1870 beim Sturz des französischen Kaisertums gab, im Voraus bestätigt, daß es nur den einen Standpunkt, den der absoluten Nichteinmischung, gegenüber der jetzigen Revolution in Rußland geben kann. Eine Intervention grundsätzlich ablehnen kann man nicht. Es kann Umstände geben, unter denen aus sittlichen Erwägungen und im Interesse der Völker eingeschritten werden müßte; doch sei gleich hinzugesetzt, daß die Verwirklichung einer Intervention auch in diesen Fällen ihre großen Schwierigkeiten haben würde. Bei Rußland ist sie nach Lage der Dinge gänzlich ausgeschlossen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat im Reichstag Ende März[1]) die Stellungnahme der deutschen Politik zu den weltgeschichtlichen Ereignissen in Rußland umschrieben. Die Ausführungen von außerordentlicher Tragweite soll das folgende Resumé festhalten:

Die „traditionell gewordene Freundschaft“ zwischen Preußen und Rußland sei schon mit Alexander II. ins Grab gesunken (1881). Kaiser Nikolaus sei das Opfer eigener tragischer Schuld geworden. Er war in so starke „Abhängigkeit von der im autokratischen Regiment herrschenden Kriegspartei“ geraten, daß er den Appell des Kaisers Wilhelm an die langjährige Freundschaft Juli 1914 ungehört verhallen ließ. Die Legende, daß die Deutsche Regierung das reaktionäre autokratische Rußland gegen jede freiheitliche Bewegung unterstützt habe, widerlegte der Reichskanzler mit dem Hinweis, daß bei der Revolutionsnot des Zaren 1905 Kaiser Wilhelm auf Grund seines persönlichen Freundschaftsverhältnisses dem Zaren geraten habe, den berechtigten Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu widerstehen. In einem mit seinem inneren Ausbau beschäftigten

1) Sitzungsbericht vom 29. März 1917.



Rußland wäre kaum Raum für die unruhigen Expansionsbestrebungen gewesen, die das alte Regiment so stark belastet haben, daß es sogar schwer falle, das natürliche menschliche Mitgefühl mit dem gestürzten Herrscherhause zu seinem Rechte kommen zu lassen. Der Reichskanzler verkündete neuerdings den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder. „Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist schließlich seine eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht einmengen.“ „Das Einzige, was wir wünschen, ist, daß sich in Rußland Zustände entwickeln möchten, die es zu einem gesicherten festen Bollwerk des Friedens machen.“ „Das russische Volk, daß diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat, kann ohne Sorge vor irgendwelchen Einmischungen von unserer Seite sein. Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist“.

Dieser Stellungnahme des Deutschen Reichskanzlers, der man ohne Vorbehalt zustimmen muß, ließ der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Czernin Erklärungen folgen, die in einem Interview mit dem Chefredakteur des offiziösen „Fremdenblattes“ [1]) in Wien niedergelegt sind. Graf Czernin sprach:

Die gequälten Völker des russischen Reiches könnten ebenso wie die der Entente „jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Mittelmächten schließen.“ „Wir sind nicht zu vernichten, wir wollen auch nicht vernichten.“ Er sehe nur den Weg einer Friedenskonferenz, um zu einem allgemeinen Ende zu kommen, auf den alle ein „unzerreißbares Ganze“ bildenden Fragen gelöst werden. „Wer den Frieden will, muß auch über denselben sprechen und verhandeln wollen.“ „Sowie die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerschmettern, fallen lassen, sowie sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts mehr

1) Siehe „Reichspost“ Nr. 150 vom 31. März 1917. In Österreich herrscht immer noch der absurde Zustand, daß wichtige Kundgebungen leitender Staatsmänner bei der Unmöglichkeit, das Parlament zu berufen, durch die Presse lanziert werden müssen.



im Wege.“ „Während die Konferenz tagt, kann der Kampf fortgesetzt werden“.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es ebenfalls zu einer Kundgebung:

Am 31. März wurde dort einstimmig ein Antrag der Opposition angenommen, worin Verwahrung eingelegt wurde, „gegen die im feindlichen Auslande tendenziös verbreitete Voraussetzung, als ob die Waffen des für seine verfassungsmäßige Freiheit kämpfenden ungarischen Volkes irgend einmal dazu verwendet werden könnten, in Rußland die Willkürherrschaft wieder herzustellen.“ Das ungarische Abgeordnetenhaus wünsche aufrichtig, „daß das russische Volk im Genusse seiner erkämpften verfassungsmäßigen Freiheit bleibe“.

Finanzminister Dr. Teleszky erklärte anstelle des seit einiger Zeit erkrankten Ministerpräsidenten Grafen Tisza Namens der ungarischen Regierung, daß sie mit den in dem Antrag zum Ausdruck gelangten Auftrag völlig übereinstimme.

In der Monarchie gebe es keinen Menschen, der bestrebt wäre, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumengen. Der Minister drückte den Wunsch aus, „einer das Vertrauen des ganzen russischen Volkes besitzenden Regierung gegenüber zu stehen, mit der wir einen ehrenvollen Frieden abschließen können“, ferner, „daß die russische Nation dauernd die Segnungen einer friedlichen Entwicklung genießen möge“.[1])

Von diesen Kundgebungen sind die des Reichskanzlers, sowie des ungarischen Abgeordnetenhauses und der ungarischen Regierung in ihrem Zweck identisch, das russische Volk und seine Machthaber gegen eine Intervention sicher zu stellen und ihnen die absolute Garantie selbständiger innerer Entwicklung seitens der Mittelmächte zu geben. Hoffentlich üben sie ihre Wirkung.

Alle Kungebungen verheißen dem russischen Volke einen für beide Teile ehrenvollen Frieden. Das Schlußwort des Reichskanzlers, in dem er von einem „für alle Teile“ ehrenvollen Frieden spricht, geht zugleich an die Ententegenossen

1) Bericht der Neuen fr. Presse in Nr. 18897 vom 1. April 1917.

Rußlands. Graf Czernin knüpft offenbar an diesen Gedanken an, erweitert ihn aber beträchtlich und glissiert eine allgemeine Friedenskonferenz ohne Waffenstillstand. Von Berlin aus wurde halbamtlich die Zustimmung dazu erklärt im „Berliner Lokal-Anzeiger" [1]) und durch das Wolffsche Bureau. [2]) Während das erstere Organ die Übereinstimmung zwischen Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia betonte und auf die Besuche des Reichskanzlers in Wien, des österreichischen Kaiserpaars und des Grafen Czernin im deutschen Hauptquartier hinwies, brachte die Kundgebung des Wolffschen Bureaus eine Korrektur deutscher Preßäußerungen an, die verwirrend waren. Sie waren dem Berl. Tageblatt [3]) gesagt, das irrig behauptet hatte, Graf Czernin nehme den Friedensvorschlag der Zentralmächte vom 12. Dez. 1916 in vollem Umfang wieder auf; dieser Vorschlag werde auch heute noch aufrecht erhalten. Ihn hatten aber alle deutschen Reichstagsfraktionen einschließlich der Sozialdemokratie als antiquiert bezeichnet nach dem Verhalten der Entente. Das Wolffsche Bureau weist auf die Übereinstimmung in Bezug auf die Beschickung einer Friedenskonferenz hin, bemerkt aber, die Mittelmächte würden das „Angebot der Gegner abwarten", denen „schon seit dem 12. Dezember unsere Ansichten bekannt sind". Das ist eine Richtigstellung der Extensivinterpretation der Auslassungen des Grafen Czernin, wenn man will auch eine einschränkende Interpretation dieser selbst. Noch deutlicher spricht sich die „Köln. Ztg." in einem offiziösen Communiqué aus, das vor falscher Auslegung warnt und kurz und bündig bemerkt, maßgebend sei die Kundgebung des Reichskanzlers für die Beurteilung der Gerüchte, es sei verfehlt, von einem neuen Friedensangebot zu reden.

Rußland weiß jetzt, woran es ist. Der bulgarische

1) Nr. 169 vom 2. April.

2) Wiedergegeben in der Wiener „Reichspost" Nr. 152 vom 1. April 1917.

3) Zitiert im Schwäbischen Merkur Nr. 153 vom 1. April 1917.

Gesandte in Berlin, Dr. Rizow, der über russische Verhältnisse gut unterrichtet ist, führte in einer längeren Unterredung mit dem Vertreter der Voss. Zeitung[1]) aus: Die Frucht reife heran, man solle den Baum nicht vorzeitig schütteln. Es scheine geboten, abzuwarten und die Dinge in Rußland sich abklären zu lassen, ohne sie künstlich zum Abrollen zu bringen. Ohne jedes Nachlaufen würden uns die Russen von selbst sehr bald kommen, weil sonst die provisorische Regierung gehe, um der Richtung Tscheidse den Platz einzuräumen. Er habe von Anfang an die russische Revolution kommen sehen und erblicke in ihr nach wie vor gleichzeitig das Ende des Krieges. Das scheint uns eine gute Zusammenfassung der oben behandelten Kundgebungen aus dem Schoße der Mittelmächte zu sein.

Die Regierungsform in Rußland geht uns in Deutschland in erster Linie nichts an. Wie die Russen sich in dieser Hinsicht betten, so werden sie liegen. Bis zum Sturz des Zarismus wurde von Kennern russischer Verhältnisse behauptet, eine aufgeklärte Despotie sei für das russische Reich der Analphabeten und widerstreitenden Interessen der einzelnen Fremdvölker das einzig Richtige. Als Lord Milner jüngst dem Zaren Nikolaus II. vorschlug, zum Ausgleich zwischen dem Zaren und der Duma ein Ministerium zu ernennen, welches dem Parlament gegenüber verantwortlich sein würde, soll, nach einem Bericht des „Manchester Guardian"[2]) der Zar diesen Gedanken verworfen haben, weil er russischen Verhältnissen nicht entspreche und dieses System nicht brauchbar sei für ein Volk, das politisch noch so unreif sei. So wurde auch in Mittel- und Westeuropa bisher ziemlich allgemein über Rußland geurteilt. Bei den inneren Zuständen Rußlands ist anzunehmen, daß beim Parlamentarismus die Staatsleitung in die Hände einer Oligarchie der Großstädte, der Industrie und des Großkapitals, gestützt womöglich auf einen kapital-sozialistischen Unterbau wie in Frankreich, komme. Die jetzige Revolutionsregierung gibt ja schon das Abbild.

1) Mitgeteilt in Nr. 172 vom 4. April 1917.

2) Zitiert in der Bayer. Staatsztg. Nr. 65 vom 18. März.

Das Wahlrecht in einem solchen Riesenreich mit einer politisch unmündigen Bevölkerung ist Chimäre. Allein auf der anderen Seite war die Autokratie in Rußland so, wie sie geübt wurde, nicht mehr haltbar. Beschränkt, kurzsichtig, engherzig, eigensinnig, dabei doch willenlos dem Einfluß der Umgebung, insbesondere der Frauen des Zarenhauses, ja selbst von Abenteurern, wie Rasputin, unterworfen, so wird Zar Nikolaus II. allgemein beurteilt. Er baute darauf, daß das Zartum als göttliche Institution von den gläubigen Volksmassen festgehalten werde und daß es so alle Schwierigkeiten überbrücke. Ein genialer, weitsichtiger, schaffensfähiger und willenskräftiger Alleinherrscher würde in Rußland wahrscheinlich Großes gewirkt haben für die Entwicklung des Landes, allein dieser letzte Romanow, dieser ewige unschlüssige Zauderer, dem anscheinend der Sinn für die großen sozialwirtschaftlichen Probleme der Zeit abging und der nur machtpolitischen Zielen nachhing, hatte offenbar nicht die Fähigkeit und Kraft, ein Weltreich zu regieren. Die verkrustete, der Wandlung und den Bedürfnissen der Zeit nicht zugängliche Autokratie ist keine Regierungsform für Kulturnationen oder für solche, die darnach streben, es zu werden. In Deutschland hat nie eine Hinneigung nach der russischen Autokratie bestanden. Die „historische Freundschaft" zwischen den Häusern Hohenzollern und Romanow war wahrhaftig kein Bestandteil des deutschen Volksempfindens. Und auch mit dieser „historischen Freundschaft", die ja wesentlich dem Kalkul der preußischen Großmachtspolitik vor 1870 entsprungen war, unter Rückendeckung bei Rußland die deutsche Frage im preußischen Sinne zu lösen und einen neuen deutschen Großstaat zu schaffen, ist es zu Ende, nachdem das Zartum diesen entsetzlichen Weltkrieg herbeigeführt hat, der seine letzte Ursache in der Weigerung des Zaren Nikolaus II. hatte, Sühne des Fürstenmords in Sarajewo zuzulassen. Wie soll Deutschland je die Lust anwandeln, dem Zartum in Rußland wieder zur Macht zu verhelfen? Deutschland am allerwenigsten hat Ursache, dem Zarentum, diesem Unruhestifter der Welt, eine Träne nachzuweinen.



Erfreulicher Weise greift auch in den politischen Kreisen Preußens, die sonst der „historischen Freundschaft“ der Herrscherhäuser Hohenzollern und Romanow anhingen, eine realpolitische Auffassung Platz. So schreibt Graf Reventlow in der Berliner „Deutschen Tageszeitung“:[1])

„Als zu Beginn des Krieges von der deutschen Regierung der „Kampf gegen den Zarismus“ ausgegeben wurde, erschien uns dieses Schlagwort unzweckmäßig und den tatsächlichen Verhältnissen des Krieges durchaus nicht entsprechend. Für ebenso unzweckmäßig und sinnlos würden wir halten, wenn jetzt die kriegspolitische Parole ausgegeben würde: Gegen das revolutionäre Rußland!“

Das ist ein Standpunkt, mit dem auszukommen ist. Die Ordnung der Staatsgewalt in den uns bekriegenden Ländern ist wahrlich eine cura posterior. Es ist uns zur Zeit ganz gleichgiltig, wer in Rußland herrscht. Deutschland steht im Krieg mit Rußland, es ist an den russischen Verhältnissen nur soweit interessiert, daß nach der Niederwerfung Rußlands eine Regierung vorhanden ist, die im Volke wurzelt und mit der ein Friede geschlossen werden kann, der Aussicht auf Bestand hat.

Für das Zartum haben wir Deutsche nichts übrig. Die Frage, ob für Rußland die Autokratie die geeignete Staatsform sei oder nicht, berührt deutsche Staatsbürger nicht. Wir sehen in dem Zartum eine Einrichtung, die Furcht und Schrecken im eigenen Lande verbreitete, welche in blutrünstiger Weise alles niederschlug, was ans Licht wollte, welche Europa in stete Sorgen und Not versetzte. Die Katholiken insbesondere haben alle Ursache, an die blutigen Grausamkeiten des Zartums gegen die polnischen Katholiken und gegen die leisesten Regungen katholischen Denkens und Fühlens in Rußland nur mit Abscheu zurückzudenken. Für die katholische Kirche ist die Beseitigung des Cäsaropapismus eine Erleichterung auf dem Wege zu einer jetzt eher zu erhoffenden Freiheit in Rußland.

Die bürgerlichen Mitglieder der Revolutionsregierung

1) In Nr. 160 vom 28. März 1917.



unterscheiden sich in Bezug auf die äußere Politik vom Zarismus und den Staatsmännern keineswegs. Der Panslawismus ist das Leitmotiv beider Gruppen, das geht aus den früheren Reden Miljukows wie aus seinen jetzigen Staatsakten hervor. Die bürgerlichen Revolutionäre wollen sogar intensiver in der Kriegsbetätigung sein, weil sie Puppen in der Hand Englands sind und weil sie die Revolution letzten Endes auch deshalb durchgeführt haben, da sie Separatfriedensneigungen des alten Regimes befürchteten. Ein panslawistisches Rußland wird, so ist zu befürchten, nach wie vor eine den Frieden Europas ständig bedrohende Potenz sein. Ganz anders würde die Lage sich gestalten, wenn durch den Einfluß der Bauern, Sozialisten und Arbeiter ein Rußland geschaffen würde, das den Panslawismus von der Tagesordnung absetzte, den Eroberungsdrang aufgäbe, sich mit dem Ausbau des russischen Weltreiches im Innern allein beschäftigte. Das könnte Europa dauernden Frieden bringen. Ein Rußland, das sich seinen inneren Aufgaben, der kulturellen Hebung und der Erschließung seiner wirtschaftlichen Kraftquellen widmet, kann auf das Zutrauen seiner Nachbarn rechnen.

Der bekannte Dr. Rudolf Kjellen, Universitätsprofessor und Mitglied der ersten schwedischen Kammer, läßt sich darüber vernehmen:

„Die ganze Weltgeschichte zeigt, daß ein Riesenreich wie Rußland nur nach zwei Methoden zusammengehalten und regiert werden kann: die eine ist der Cäsarismus, die andere der Föderalismus. Eine Republik ohne Föderalismus steuert geradewegs hin zur Anarchie nach allen historischen Erfahrungen. Eine parlamentarische Monarchie von einer geographischen Ausdehnung, wie es das Zarenreich ist, ist unmöglich, als Zusammenhaltungsproblem über sein Vermögen." [1])

Was hier der historisch geklärte Blick sieht, das sei festgehalten für die Bewertung der Zukunftsmöglichkeiten in Rußland.

1) In der Neuen freien Presse Nr. 18893 vom 28. März.



LXII.

Johann Marggraff, Baumeister und Bildner.

† 11. III. 1917 in München.

Mehr schaffenskräftig denn wortmächtig waltete Marggraff in seiner der altdeutschen „Fabrika" entsprechenden Werkstätte als Meister; kein neuer Stilfinder, aber ein Pfadbahner, der sein Fühlen und Wollen immer zum richtigen Ausdruck brachte.

Geboren am 10. April 1830 in dem ehrwürdigen Altomünster als Sohn eines nach altem Herkommeu ohne Chemikalien siedenden Bräumeisters, erhielt Marggraff schon in erster Schulzeit die praktische Unterlage für die folgende künstlerische Entwickelung; bezog neunzehnjährig die Münchener Akademie, neben der Malerei die Baukunst unter Leitung von Ludwig Lange erwählend; bestand 1853 die Zeichnungsprüfung und verwertete sein kaum erworbenes Wissen als Lehrer der Architektur an der gewerblichen Fortbildungsschule, mit aller Kraft, seit 1863 selbständig, dem Kirchenbau sich zuwendend. Vereint mit dem gleichfalls von Mörtel und Kelle als Stukateur zum Historienmaler sich durchringenden Schlesier Wilhelm Hauschild[1]) bauten die beiden ein gemeinsames Haus für sich und andere Genossen zur Verwirklichung ihrer hochfliegenden Hoffnungen. Und die ehrliche Arbeit fand anerkennenden Lohn. Die Werkstätten füllten sich mit Aufträgen, erst aus der nahen Heimat, dann aus weiteren Kreisen über deutsche Grenzen hinaus, nach Frankreich; buchstäblich über Meer und Land gingen seine Projekte, oft im fernen Ausland Leib und Leben gewinnend, mit rückwirkender Flutung. So entstanden Umbauten und Neuschöpfungen von Grabdenkmalen, Kapellen, Kirchen, Burgen und Schloßbesitzen. Die wichtigsten Leistungen verzeichnet eine biographische Skizze[2]): darunter die Pläne für drei Kirchen in den Vereinigten Staaten, die Benediktus-Filiale

1) W. Hauschild * 16. XI. 1827 zu Schlegel (Grafschaft Glatz) † 14. V. 1887 in München. Vgl. „Allgem. Deutsche Biographie" 1905. 50, 77—81.

2) In der Festgabe des „Vereins für christliche Kunst in München" zur Feier 50jährigen Bestehens 1910 S. 160.



von St. Bonifaz in München; leitete Entwürfe für Baron Franckenstein zu Ullstadt; Neuanlagen oder Erweiterungen in Schellenberg, Günzburg, Rosenheim; für Graf Arco in Tuntenhausen, den Umbau einer Turnhalle in eine Notkirche; von ihm stammte der erste Saalbau im „Kath. Kasino“ zu München; die Verbesserung in dem tirolischen Höhenbade zu Obladis; die Restauration des alten Rathauses zu Bruck, der Schlösser Maxlrain und Stein des Grafen Arco-Zinneberg, dazu die Einrichtung und Dekoration zu Festräumen und Prunkgemächern wie für Fürst Waldburg-Zeil. M. verlieh zahllosen Kapellen ihren dekorativen Schmuck, z. B. in Rosenheim, Zabern im Elsaß, Kaufbeuren, Sokal (Galizien), Wasserburg, Glonn, Haag, Donauwörth, Ludwigshafen. In sorgfältigster Durchführung, ebenso in der Auslese des Materials konnten Markgraffs Leistungen immer als unübertrefflich musterhaft gelten, so z. B. die kleinste Cassette, ein neu konstruierter Opferstock, ein Leuchtergestell oder Kerzentisch, ebenso wie seine Adressen, z. B. jenes von Erz- und Bischöfen Bayerns an den Prinz-Regenten zu dessen siebzigstem Geburtstage gerichteten, mit minutiösen Randleisten und Bilderzierwerk ausgestattete Huldigungsdiplom.

Seine Arbeiten tragen keinen stereotypen selbsteigenen Stil, sondern trachteten dem landschaftlichen oder sonst typischen Volks-, Sprach- und Landescharakter möglichst sich unterzuordnen. Als auffälliges Beispiel gelten vier große Altäre für die 1870 vollendete Kirche St. Epvre zu Nanzig. Entsprechend dem ganzen Bauwerk nahm Marggraff bis in die kleinsten Ornamente die Pariser Sainte Chapelle zum Vorbild, welches er mit gewissenhafter Einsicht in durchgeführter Weise weiter entwickelte. Die einheitliche Wirkung war von überzeugender Macht in Form und Farbe.[1]) Auf den beiden Kunstgewerbeausstellungen zu München 1876 und 1888 wurde der Meister für seine Leistungen prämiiert. Seit 1897 ist sein einziger Sohn Josef M. (geb. 9. November 1872) als Teilhaber ganz in die väterliche Bahn und Praxis getreten.

1) Vgl. Beil. 198 Augsb. „Allgem. Ztg.“ 17. Juli 1871.



LXIII.

Das höchste Gut nach Paulsen.

Kritische Studie von lic. phil. Erwin Wasserbäck, Innsbruck.

(Schluß.)

Doch ist Paulsen keineswegs bereits befriedigt; sein Blick schweift hinweg über einzelne Völker, hinweg über Kulturperioden; alle diese bilden ja wieder nur Glieder einer großen Einheit: der Menschheit. „Die Menschheit, die konkrete Darstellung der Idee der Humanität in dem unendlichen Reichtum eigentümlicher und schöner Bildungen, welche sie zuläßt, das ist der letzte Punkt, den wir, in empirischer Betrachtung der Frage nach dem höchsten Gut nachgehend, zu erreichen vermögen. Die vollkommene Menschheit oder mit christlicher Benennung das Reich Gottes auf Erden, das ist das höchste Gut und letzte Ziel, zu dem alle Völker und alle historischen Bildungen als Mittel sich verhalten. . . .“[1]) Konsequent ist dann diese vollkommene Menschheit der höchste Wertmaßstab und das oberste Moralitätsprinzip für die Völkerindividuen und Kulturstufen.

Können wir schon diesen Begriff der vollkommenen Menschheit nach dem Eingeständnisse Paulsens selbst nicht mehr realisieren, noch weiter entfernen wir uns von einer lebensvollen Fassung, wenn wir, um „unser Denken zum Abschluß zu bringen“, der letzten großen Einheit, der All-

1) S. 280.

heit des Gesamtwirklichen, auch das Menschenleben als einen Bestandteil einfügen. Aber alles Vorstellen hat hier aufgehört, wir müssen uns auf Symbole beschränken für das Unausdenkliche und Unaussprechliche und ein solches Symbol sei — Gott. Und die Entfaltung dieser Gottheit in der Welt des Gesamtgeschehens wäre Gottes Reich. Doch diese Begriffe selbst haben keinen Wert mehr, so betont Paulsen, als ob er Reue empfände über dieses gleichsam unverhoffter Weise erstandene Endergebnis, sie seien ja nicht Erkenntnisbegriffe, sondern sozusagen Gefühlsvorstellungen, durch die wir die Richtung andeuten, in der wir als fühlende und wollende, nicht aber als denkende Wesen dies unser Denken der Wirklichkeit beschließen könnten.

b) Schon lange haben wir Paulsen nicht mehr zu folgen vermocht. War es schon die Betrachtung über das menschliche Einzelleben, die Paulsen auf dem nicht nur unsicheren, sondern arg abschüssigen Boden eines extremen Darwinismus errichtete, so müssen wir des weiteren noch darauf hinweisen, daß sowohl betreffs des Einzellebens wie eines Volkslebens sich die Tatsachen keineswegs so verhalten, daß die spätere Entwicklung die vorausgehende an moralischer Güte übertreffe. Diese Annahme bildet aber ein Fundament der Theorie Paulsens. Nicht einmal bezüglich der spekulativen Verstandesentwicklung könnte man diese Ansicht in so großer Allgemeinheit vertreten. Oder wollte jemand behaupten, daß die großen, klassischen Philosophen des Altertums schon überholt seien? Und in ethischer Hinsicht: könnte uns jemand der Ansicht überführen, daß die sozialen Tugenden der ersten christlichen Jahrhunderte unsere modernen — ich will nicht sagen Einrichtungen, aber — Gesinnungen doch bei weitem überflügeln? Und auf die Gesinnungen kommt es doch hauptsächlich an, wie auch Paulsen selbst gesteht. Allerdings verwickelt er sich dabei in keinen kleinen Widerspruch, wie auch Cathrein feststellt:

„Unseres Erachtens ist es deshalb ein Aufgeben des sozialeudämonistischen Standpunktes, wenn Paulsen nur die natürliche



Tendenz der Handlungen und Gesinnungen, nicht aber deren wirkliche Folgen der sittlichen Beurteilung zu Grunde legen will. Der Anhänger des gesellschaftlichen Wohlfahrtsprinzips kann höchstens verlangen, daß die nützlichen Wirkungen auch aus der rechten Gesinnung hervorgehen; aber die Gesinnung ist der Gesellschaft nur insoweit nützlich, als sie sich äußerlich durch nützliche Wirkungen kundgibt." [1])

Doch ein Verteidiger Paulsens könnte uns vielleicht erwidern, daß die oben angeführten Erscheinungen Einzelheiten seien, die in der organischen Gesamtentwicklung, zu der uns Millionen von Jahren zur Verfügung stünden, nichts zu besagen hätten. Allein, wie kann uns dann eine auch nur einigermaßen befriedigende Erklärung dafür geboten werden, daß jene Einzelheiten eben doch, losgerissen von der organischen Gesamtentwicklung, in Erscheinung treten konnten, denn je gewaltsamer, ungeordneter und sprunghafter eine Entwicklung vor sich geht, desto mehr entfernt sie sich vom strengen Begriff der Entwicklung. Welch andere Lösung kann das Rätsel entwirren als eine außerhalb der mithin nicht absoluten Natur stehende Intelligenz, wenn sie auch noch so verfehmt ist? Oder: wenn jene Paulsen'sche Argumentation eine Berechtigung hätte, müßten wir nicht heute schon auf einer hervorragenderen Höhe der Ausbildung des Gemeinschaftslebens zu immer „umfassenderer Ausdehnung und innigerer Wechselwirkung" angelangt sein, welche sich schon durch einheitlichen Weltmarkt, einheitliche Weltpost u. s. f. angekündigt hatte. Hat aber nicht gerade der Weltkrieg mit brutaler Roheit diese schönen Illusionen vernichtet? Und wenn auch er nur eine Episode bedeutet in der unendlichen Entwicklung zur Verwirklichung des Ideals, deren größerer Teil sich erst nach dem Kriege abwickeln würde, welche Ursache könnte dann wieder angegeben werden für diesen so katastrophalen Rückschlag? Denn, angenommen, die Natur

1) Victor Cathrein S. J., Moralphilosophie, Freiburg 1890. I. Bd. S. 157/8.



sei das Absolute, so müßten wir eben wieder mit wissenschaftlicher Strenge fordern, daß ihre Entwicklung in streng gesetzmäßigen Bahnen verlaufen müßte, da für jede Störung und Unordnung eine Ursache außer ihr selbst zu Hilfe gerufen werden müßte, deren Existenz aber allein schon die Berechtigung des Prädikates der Absolutheit streitig machen würde.

Das letzte Glied der gesamten entwicklungsgeschichtlichen Betrachtung Paulsens ist uns ein willkommener Beweis für die Naturgewalt, mit der alles Denken doch in den Urgrund alles Seins münden muß, mag er sich persönlich auch noch so sehr sträuben und sein Resultat zu bemänteln suchen, es als unwissenschaftlich unbrauchbar in die Ecke stellen, mag er dasselbe der Persönlichkeit entkleiden u. a. Dieser ausgesprochene Pantheismus, der übrigens auch schon früher sich geltend gemacht hatte, ist es aber vor allem anderen, der uns in erwünschter Klarheit offenbart, daß wir besonders diese Beweisführung ablehnen müssen.

Doch abgesehen von dieser pantheistischen Gestaltung des Endzieles aller Dinge bei Paulsen möchte es scheinen, daß wir, am Ende seiner Ausführung angelangt, uns versöhnt die Hände reichen könnten, kommen wir ja doch darin überein, daß Gott das Urziel alles Geschehens und somit das höchste Gut bedeutet.

Allein auch dieser pantheistische Urgrund des Gesamtlebens, dieses Prinzip aller Dinge, es ist im Sinne Paulsens leider keine wissenschaftliche Entdeckung, es ist nur eine Forderung des Gefühls, ein Symbol, woraus wir schließen müssen, daß praktisch für den Menschen nur die allgemeine Menschenwohlfahrt als Maßstab von Gut und Böse und höchstes Glücksziel bestehen bleibt.

B. I. Und so trennen sich unsere beiden Wege wieder mehr als je, wenn wir gegen die gesamten Erörterungen Paulsens ganz allgemein den Vorwurf erheben müssen, den er selbst der formalistischen Sentenz gegenüber ausspricht, daß er seine Suche nach dem höchsten Gut, wie jene über



den letzten Grund der Unterscheidung von Gut und Böse, zu früh abgebrochen hat. Gewiß, wir können das gewonnene Ergebnis uns aneignen, indem wir gerne gestehen, daß die volle Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten und geistigen Vermögen des Menschen, daß die rechte Unterordnung der niederen Potenzen unter die edleren ein erstrebenswertes Ziel darstellt; daß das Leben eines Volkes, einer Geschichtsperiode, der ganzen Menschheit in den richtigen Bahnen, von der Vernunft geleitet, in der vollen Auswirkung aller Arbeitsmöglichkeiten ein begrüßenswertes Ideal bedeutet; doch das letzte Glücksziel schlechthin kann es nicht sein. Wer immer dieses Ziel des Sozialeudämonismus zum absoluten Endzweck stempeln will, muß vollständig brechen mit der Überzeugung von einem persönlichen Gott, er muß das Menschengeschlecht zur Gottheit erheben. Ist die Wohlfahrt desselben das höchste Gut, dann kann ein Gott allerdings nicht daneben bestehen, denn er wäre schon dem Begriffe nach ein noch höheres Gut. Er darf dann auch nichts wissen von einem Gott, der einstmals das Gute belohnt, das Böse bestraft und jedem das Glück zumißt nach eigenem Verdienst. Und so ist ein ausgesprochener Pantheismus die notwendige Voraussetzung jeder derartigen Theorie, eine Voraussetzung, die anzunehmen Paulsen sich allerdings nicht bedachte. Mit beredten Worten pflichtet uns Willems bei, der auch noch andere unhaltbare Voraussetzungen streift:

„Um so weniger kann dies Moralprinzip des Kulturfortschrittes . . . den Menschen wirksam bestimmen, als seine Vertreter die Freiheit des Willens, das jenseitige Leben und das Dasein eines persönlichen Gottes leugnen. Wenn es keinen freien Willen gibt, was sollen dann Moralprinzipien und Motive, da der Wille ja schon eindeutig bestimmt ist? Gibt es kein jenseitiges Leben, dann ist der Glückseligkeitstrieb haltlos, eine schöne Täuschung, da der Mensch weder hienieden noch im Jenseits das Glück, die Vollendung seiner Natur finden soll. Gibt es keinen persönlichen Gott, sondern ein alles erzeugendes und wieder verschlingendes Allwesen, so gibt es auch keinen



Richter und Vergelter, kein unendliches Wesen, zu dem wir in ein persönliches Verhältnis treten, in dessen Erkenntnis und Liebe wir uns beglücken könnten." [1])

II. 1. a) Es ist aus den Ausführungen Paulsens nicht klar ersichtlich, ob dieses letzte Glücksziel der allgemeinen Wohlfahrt als ein Zustand, vielleicht nach unermeßlichen Zeiträumen, eintreten werde, oder ob das bloße Streben darnach schon die Seligkeit bedeutet. Im ersten Fall, wo sich jenes allgemeine größtmögliche Glück der größtmöglichen Anzahl von Individuen in vollkommener Gesundheit und lebenstrotzender Kraft im Sinne Darwins verwirklichen würde, trotz des eigenen Bekenntnisses Paulsens, daß wir uns diesen Zustand nicht vorzustellen vermögen, widerspricht doch der in jedem einzelnen Menschen ganz persönliche, ganz individuelle Trieb nach einer ganz persönlichen Glückseligkeit, jener Trieb, der die Wurzel alles menschlichen Schaffens ist, der, unausrottbar, oft mit elementarer Gewalt sich hervordrängt, der jeden Menschen von der Wiege bis zum Grabe geleitet, der sich meistens am Totenbett der Erfüllung seines Sehnens am nächsten glaubt, jener Glücksdrang im niedrigsten Fabrikarbeiter wie in der Seele des vornehmen Staatsmannes, er widerspricht der Annahme, daß ein fernes Glück der gesamten Menschheit, an dem er selbst aber keinen persönlichen Anteil mehr hat, das Ziel seines Begehrens gewesen ist. Wenn Paulsen uns bedeutet, daß die Erfüllung des Glücksdranges für das Individuum im einzelnen Falle in der Ausbildung der Fähigkeiten zum allgemeinen Besten gelegen ist, müssen wir betonen, daß es ein höchstes Gut, eben nur eines geben kann. Und wollten wir diesbezüglich an Paulsen einen streng kritischen Maßstab legen, so müßten wir ihn mit Cathrein abermals des Widerspruches mit sich selbst zeihen. Cathrein schreibt:

„Wenn aber Paulsen zugleich das Leben des einzelnen Menschen als Selbstzweck ansieht, so gerät er damit in Wider=

1) Prof. Dr. C. Willems: Grundfragen der Philosophie und Pädagogik. 3. Bd. Das sittliche Leben. Trier 1916. S. 201/2.



spruch mit sich selbst. Wird der sittliche Wert des Menschen nicht an ihm selbst, sondern an seiner Nützlichkeit für die allgemeine Wohlfahrt gemessen, so ist er nicht mehr Selbstzweck, er hat nur einen relativen, keinen absoluten Wert. Deshalb ist auch nach den Grundsätzen des gesellschaftlichen Eudämonismus ein Leben, das für die Gesamtheit keinen Nutzen stiftet, einfachhin wertlos." [1])

Ohne Zweifel: ist die allgemeine Wohlfahrt das höchste Gut, so ist sie es eben auch für das Einzelwesen und jene vollkommene Entwicklung der verschiedenen Anlagen ist für den einzelnen Menschen auch nur ein untergeordnetes Gut, das übrigens oft genug mit tausend Weh und Ach erworben wird und sich schon deshalb mit den Glücksvorstellungen unserer Seele nicht deckt. Noch viel weniger vermag aber jene zukünftige, allgemeine Wohlfahrt, ein Glück, das die überwiegende Mehrheit der Menschen weder hier noch im Jenseits erlebt, von dem der Einzelne nichts merkt, für diesen die Rechtfertigung aller Schmerzen und Leiden sein. Wäre da die Natur, die diesen Trieb eingepflanzt, nicht zur grausamen Lügnerin gestempelt? Widerstreitet es nicht dem im ganzen Universum geltenden Axiom: „Natura nihil frustra agit?" Eine Ausnahme von diesem Naturgesetze könnte umso weniger im Sinne Paulsens gelegen sein, als sich ihm ja gerade die Natur als das Absolute, die Gottheit darstellt.

„Der Glückseligkeitstrieb", sagt Prof. Dr. C. Willems, „ist nun einmal eine Tatsache in uns und zwar die fundamentalste der Willenssphäre. Wir können uns von seiner Herrschaft nicht losmachen und dürfen es auch nicht, um nicht das ganze Getriebe der Willensregungen lahm zu legen. Das Prinzip des Kulturfortschrittes kümmert sich aber nicht um den Glückstrieb; er muß der Produktion objektiver Kulturgüter geopfert

1) V. Cathrein S. J., Moralphilosophie. Freiburg 1890. I. Bd. S. 153. Ich zitiere absichtlich die erste Auflage, da diese im Gegensatz zur neuesten, der 5., Paulsen mehr Aufmerksamkeit schenkt.



werden, eine Zumutung, die über menschliche Kraft hinausgeht. Warum soll der Mensch sein Glück einem bloßen Idol hintansetzen, einem Kulturerzeugnis, z. B. einer Maschine, einem wissenschaftlichen Problem, der Erforschung des Radiums oder des Südpoles, toten Gegenständen, die keinen inneren Wert besitzen und, verglichen mit dem Glück des Menschen, in nichts verschwinden?" [1])

b) In der Tat wird jeder, der von Schleiermacher, Paulsen, Wundt und ähnlichen Philosophen bei seinen vielleicht allzu egoistisch scheinenden Glücksansprüchen auf die Mitarbeit an der Kulturentwicklung vertröstet wird, sagen: was kümmert mich die Vollendung des Menschengeschlechtes, wenn mir nur das Leiden und die Qual bleibt? Warum muß gerade ich diesen Riesenanteil an Mühen und Beschwerden übernehmen, während jenen, die diese allgemeine Wohlfahrt einst erleben, ihre Genüsse mühelos in den Schoß fallen, welche vielleicht sogar die unwürdigsten sind, dieses Glück zu genießen? Mit Recht äußert sich in diesem Sinne ein müde gewordener Sozialist: „Aus welchem Grunde soll ich meine Person in Schändung und Tod führen, nur damit die Arbeiter des 32. Jahrhunderts keinen Mangel an Nahrung und sinnlichen Genüssen leiden?" Das tiefinnerste, ureigenste persönliche Glücksverlangen erheischt eben eine persönliche Befriedigung. Es mag eine unpersönliche, allgemeine Wohlfahrt als Durchgangsstation gelten lassen, vielleicht sogar seine Mitwirkung dazu bereitstellen, aber zufriedenstellen läßt es sich damit nicht, sondern es hofft darüber hinaus auf eine Vergeltung, die im Verhältnis steht zu seinen Verdiensten. Nicht selten wird dieser Auffassungsweise von Anhängern des Sozialeudämonismus der Vorwurf des krassen Egoismus entgegengeschleudert. Da die Tatsache des Glücksstrebens ganz unzweifelhaft feststeht, können wir gegen diesen Einwurf mit Faßbender antworten: „Das eine ist aber festzuhalten gegenüber mannigfachen Mißverständnissen: die Triebe als solche sind nicht

1) A. a. O. S. 201.

ethisch schlecht. Es handelt sich bei den Trieben vielmehr um Äußerungen der nach Entfaltung strebenden Natur, um Strebungen zur Verwirklichung des menschlichen Wesens, also um Naturanlagen, welche unter vernünftiger Leitung der Erhaltung, Wohlfahrt und Vervollkommnung der Menschheit zu dienen bestimmt sind."[1]) Gewiß liegt die Gefahr bei den Modernen nicht so sehr darin, daß sie die Triebe des Menschen als solche für unsittlich halten, eher für das Gegenteil, daß sie den ethischen Wert derselben überschätzen; aber dabei dürfen sie den Glückstrieb nicht ausschließen; und so ist der Vorwurf eines Egoismus erledigt.

c) Ferner ist es Paulsen selbst, der die Würde des Menschen in seinen Ausführungen immer wieder betont, wenn er auch andererseits einen extremen Evolutionismus auf seine Fahne geschrieben hat. Gerade diese Würde wird auf das heftigste angegriffen, wenn entsprechend den Grundprinzipien des Sozialeudämonismus die Menschheit zum absoluten Selbstzweck geadelt wird. Denn unter dieser Voraussetzung sinkt der Einzelne zur Bedeutung eines bloßen Mittels, einer Durchgangsstation, deren sich die Allgemeinheit zu ihrem Aufstieg bedient, herab. Er trägt einen Opfercharakter in seinem ganzen Wesen zur Schau, er gleicht einer Brücke, über die Millionenheere hinwegstampfen, die ohne Bedenken zerstört werden kann, wenn die Allgemeinheit in die Lage kommen sollte, wie ein geschlagener Feind alles hinter sich zerstören zu müssen. „Er ist nur ein Moment im großen Werdeprozeß, eine Welle im Strome der Entwicklung, die einen Augenblick sich erhebt und dann spurlos verschwindet."[2]) Nach solchen Voraussetzungen ist es eine sittliche Tat, altersgebrochene Menschen, die ihr Leben vielleicht dem allgemeinen Besten gewidmet hatten, aus dem Wege zu räumen; es ist ganz und gar nicht anstößig, hoffnungslos kranke Kinder

1) Dr. Martin Faßbender, Wollen eine königliche Kunst. 2. u. 3. Aufl. Freiburg 1916. S. 51.

2) Cathrein, Moralphilosophie I, 5. Aufl. S. 138.

nach dem Rate Platos auszusetzen. Jeder müßte seine gesamten Interessen dem Allgemeinwohl unterordnen, ja er müßte sich selbst vernichten, wenn es der Allgemeinheit zuträglich erschiene. Eine solche Forderung erscheint aber jedem unbefangenen Menschenverstand um so grausamer und unsittlicher, als nach dieser Theorie auch nicht die geringste Hoffnung auf ein jenseitiges Entgelt bestehen kann. Deshalb die energischen Worte Meyers:

„Verum errorem hunc, tam per se quam in suis fructibus ipsi genuinae „humanitatis culturae" funestissimum, non solum verum hominis finem ignorare, sed immo omnem individualis personalitatis ideam dignitatemque funditus tollere manifestum est." [1])

d) Es liegt außerdem nach Paulsen selbst in der Wesensanlage des Menschen, das Ziel, das der geschulte Verstand als das richtige vorzeichnet, mit bedachten Handlungen und beabsichtigten Mitteln zu verfolgen. Vom Standpunkt des Wohlfahrtsprinzipes stellt sich aber die Unmöglichkeit heraus dieses höchste Gut mit bestimmten, unter dieser Rücksicht gewollten Handlungen zu erreichen; denn nach dem Geständnisse Paulsens selbst ist ein solcher absoluter Zweck sehr unbestimmt. Im einzelnen Falle hätte nun kein Mensch eine Kenntnis, durch welche Taten wir dieses höchste Gut beschleunigen oder behindern können; ja es würde sich die Folge ergeben, daß ein Mensch, einsam auf eine Insel verschlagen, genötigt den Rest seiner Tage hier zuzubringen, nicht mehr in der Lage ist, sittlich zu handeln, da er nicht mehr imstande ist, zur allgemeinen Vervollkommnung beizutragen.

Ein Verteidiger Paulsens könnte uns aber ins Wort fallen und uns an jenes ideale Betätigungsvorbild erinnern, das jeder zu verwirklichen bestrebt sei und das für das Individuum im konkreten Falle den Ausschlag gäbe. Wir haben aber schon früher darauf hingewiesen, daß genug Menschen

1) Meyer S. J., Institutiones juris naturalis I.² Freiburg 1906. S. 41.



mit perversen und der Allgemeinheit feindlichen Vorbildern im Kopfe herumlaufen und angesichts dieser Tatsache müssen wir uns wieder vor die Frage stellen: Wer entscheidet über die Zulässigkeit oder Verwerflichkeit derselben, wenn sie selbst für das Einzelleben die letzte Norm sind? Und Willems hat Recht, wenn er diese Frage noch weiter auf die Frage nach der richtigen Kultur, die ja das Ideal der Gesamtheit als solcher wäre, ausdehnt: „Indessen fragt es sich, welche Kultur man im Auge hat: die innere Kultur des Geistes und Herzens oder die äußere, die im materiellen Fortschritt der Technik, der Kunst, des Ackerbaues, des Verkehrs-, Schul- und Kriegswesens sich offenbart."[1]) Diesem Gedanken pflichtet auch Costa-Rossetti bei[2].) Und wenn einstens trotz alledem dieser Zukunftstraum erfüllt sein wird, nie könnte diese Tatsache erfüllt werden ohne eine sorgende und ordnende Intelligenz über den Individuen, da diese keine Kenntnis von der Nützlichkeit oder Schädlichkeit ihrer Handlungen besessen hätten? So würde sich nun Paulsen abermals in seinen Grundlagen widersprechen.

2. War es aber bisher nicht ein schwankes Gerüst, das wir selbst bestiegen haben, indem wir uns auf die Bedingung stützten, daß das allgemeine Ziel der Wohlfahrt jemals verwirklicht werden könnte? Wie erst dann, wenn dies nicht der Fall ist? Paulsen selbst versucht nicht einmal für

1) Willems, a. a. O. S. 200.

2) Jul. Costa-Rossetti, Philosophia Moralis. Editio 2. Oeniponte 1886, p. 119. Er schreibt wörtlich: „Hac doctrina . . . praefigitur finis ultimus et norma ultima maxime vaga, circa quam innumerae opiniones esse possunt inter ipsos cultiores et cultissimos; quid igitur facient reliqui? quomodo actiones quotidianas ordinabunt? quomodo scient, quid bonum, quid malum sit? quomodo ergo educabunt filios, ut hi discant statum jucundum generis humani unice promovere? — quamvis enin finis ultimus non necessario sit motivum singularum actionum, nihilo minus singulare actiones non debent pugnare cum fine ultimo, ergo hic determinatus esse debet."

eine Realisierung seines Luftschlosses einen Beweis zu bieten, und so sehen wir uns bemüßigt, seine Bescheidenheit anzuerkennen, mit der er sich mit dem bloßen Bestreben der Gesamtheit, dieses Ziel zu erreichen, begnügt. In diesem Sinne würde Paulsen im großen ganzen dem Glücksziel des sogenannten Kulturfortschrittes vollständig beipflichten und sich dadurch allerdings auch allen Einwürfen, die diesem widerfahren, aussetzen.

a) Vor allem liegt hier die nicht bloß unbewiesene, sondern aller Erfahrung Hohn sprechende Annahme zu Grunde, daß mit dem Kulturfortschritt zugleich das allgemeine Glück und die allgemeine Zufriedenheit wachsen müßte. Immer näher rücken die Jahrhunderte im Strome der Jahrtausende dem Ziel des Kulturfortschrittes, der immer steigenden Vollendung der äußeren Güter, von Kunst, Wissenschaft und Technik. Man möchte sagen, in Eilmärschen nimmt die Kultur in unserem Zeitalter ihren Fortgang; und doch, das allgemeine Glück ist eher weit zurückgeblieben, als daß es gleichen Schritt gehalten hätte. Gewiß pflichten diese Moralphilosophen der Mehrzahl nach nicht einem Nietzsche bei, in dessen Sinn es gelegen sein könnte, daß einige Geldprotzen, Teilnehmer an großen Aktiengesellschaften auf Grund ihrer „Übermensch“veranlagung ihre unheimlich hohen Dividenden einstreichen auf Kosten so und so vieler Tausender von Arbeitern in den elendesten Lebensverhältnissen. Ed. v. Hartmann wenigstens ist damit keinesfalls einverstanden.

„Es ist unsittlich, daß wenige schwelgen, während viele darben; unsittlich, daß reiche Familien 5—20 heizbare Räume bewohnen, während zahllose arme sich mit einem begnügen müssen oder selbst den einen nicht haben; unsittlich daß irgend jemand das Recht hat, einen Taler für unnötigen Luxus auszugeben, solange noch ein einziger lebt, der an den notwendigsten Lebensbedürfnissen Mangel leidet . . . Unsittlich ist alles dies darum, weil es dem alleinigen und höchsten Prinzip

des Rechts und der Sittlichkeit, dem Prinzip des größtmöglichen Glückes der größtmöglichsten Zahl schreiend Hohn spricht".[1])

So sehr diese Ausführungen auch übertrieben sind und der rechten Begründung entbehren, wir sehen, daß er seinen Kulturfortschritt nicht im Nietzsche'schen Sinne gedacht wissen will. Und doch hofft er und hoffen alle Anhänger des Kulturfortschrittes eben von jener Kultur, deren heutige Beschaffenheit sie noch mißbilligen, das Heil. Trotzdem schreibt Paulsen:

„Mit der Steigerung der Kultur wächst die Mannigfaltigkeit und Intensität der Leiden, aber auch der Freuden. Ob in stärkerem Maße? Das war die zuversichtliche Behauptung des historischen Optimismus: der Fortschritt der Geschichte mehre das Glück. Ihr tritt der Pessimismus mit der ebenso zuversichtlichen Behauptung gegenüber: er mehre die Leiden. Ich halte beide Behauptungen für gleich unerweislich . . . vielleicht käme der Wahrheit am nächsten eine dritte Ansicht: daß das Wachstum auf beiden Seiten gleich groß und daher, wenn Lust und Schmerz wie positive und negative Größen addiert würden, die Summe stets dieselbe bleibe, nämlich Null".[2])

Mit Recht bemerkt dazu P. Cathrein: „Dieses Geständnis Paulsens ist unseres Erachtens ein vernichtendes Urteil gegen den ganzen Sozialeudämonismus. Das sittliche Streben der Menschheit soll gleich bedeutend sein mit dem Streben nach Förderung des allgemeinen Glückes. Dieses Streben ist aber bis heute erfolglos gewesen! Der Überschuß der Freuden über die Schmerzen ist stets Null geblieben. Welchen Wert kann also das sittliche Streben der Menschheit beanspruchen?"[3])

b) Was hindert uns zudem, auch von Paulsen für den Beweis der Unanfechtbarkeit seines höchsten Gutes dasselbe zu verlangen, was er von den Hedonisten forderte: den

1) Ed. v. Hartmann, Phänomenologie des sittl. Bewußtseins S. 625.
2) Paulsen, Syst. d. Eth. S. 243.
3) Cathrein, Moralphilosophie I. (1890) S. 163.



Nachweis, daß **tatsächlich** die gesamte Menschheit diesen Kulturfortschritt als letztes Ziel vor Augen hat und im Strom der Zeit zu verwirklichen trachtet. Es wäre aber gewiß schwer, uns vom Gegenteil der Tatsache zu überzeugen, daß abgesehen von einigen hochfliegenden Philosophen und Künstlerseelen, im praktischen Leben wenig Menschen an dieses Ziel denken. Da hat doch Cathrein mehr praktischen Blick für das Leben, wie es ist, wenn er sagt:

„Wie soll nun gar einem Fabrikarbeiter, einem Handwerker oder Bauern der Gedanke „der Mitarbeit am Kulturfortschritt" als Leitstern und Triebfeder auf dem Wege der Tugend dienen? Was soll er sich unter Kulturfortschritt vorstellen? Wo in aller Welt denken auch die gewöhnlichen Adamskinder bei ihren sittlichen Entscheidungen an den Kulturfortschritt? Solche Gedanken entstehen nur im Hirn des Stubengelehrten. Und nun denke man erst an die rohen Naturvölker in Afrika und der Neuen Welt, an die Hirten und Nomadenvölker in den asiatischen Steppen, an die Eskimos und Lappländer hoch oben im ewigen Eis, oder man versetze sich zurück in die Zeiten, da unsere germanischen Vorfahren als Jäger die Urwälder Europas durchstreiften. Ob sie wohl je in ihrem Leben, wenn auch nur dunkel und ahnend, an den „Kulturfortschritt" gedacht haben oder denken?"[1])

Könnten wir nun nicht auch so argumentieren: Es hat keinen Sinn zu sagen, die allgemeine Wohlfahrt wird zwar nicht als höchstes Gut geschätzt, aber sie sollte so geschätzt werden. Doch sollte auch Paulsen, ähnlich wie seine hedonistischen Gegner in ihrer Sache sich hinter der Ausflucht schützen, daß **tatsächlich** dieses Ziel doch allem Handeln zu Grunde läge, sofern es wenigstens moralisch wertvoll wäre, so müßten auch wir zur Begründung dieser Behauptung den einzig möglichen Nachweis verlangen, daß dieses Ziel eben tatsächlich schon einmal erreicht wurde, gleichwie Paulsen von den Hedonisten fordert, sie sollen aufzeigen,

1) A. a. O. I. Bd. S. 168 f.

daß die Lust durch alle menschlichen Handlungen erreicht werde. Gegen eine solche Annahme eines gleichsam unbewußten Tappens nach dem Endziel läßt sich auch noch einwenden, daß dadurch gerade die oben erwähnte spezifische Vollkommenheit der menschlichen Natur zerstört würde und sein gesamtes Schaffen der unbewußten Triebtätigkeit der niederen Lebewesen gleichkäme, während doch sein Vorzug darin besteht, seine Kräfte unter der Führung des Geistes auf ein Ziel zu konzentrieren.

c) Ist also auf diese Weise ebenfalls die ideale Stellung des Menschen im Gesamtleben der Schöpfung in bedenklicher Weise gefährdet, so wird an dieser Würde noch mehr gerüttelt, wenn wir betrachten, wie dann das innere Glücksstreben des einzelnen Menschen sowohl, als auch das der Gesamtheit nie befriedigt werden soll. Die jedem von Natur eingepflanzte Sehnsucht nach Glück hat ohne Zweifel ihr Ziel schon verfehlt, wenn, nach der ersten Voraussetzung, nicht jeder im persönlichen Besitz des höchsten Gutes sein ewiges Glück genießen kann, ob nun in fernster Zeit das allgemeine Glück Wahrheit geworden oder nicht. Allein welches Bild könnte jenes an Tragik übertreffen, zu dem die Theorie des Kulturfortschrittes zwar nur die schattenhaften Umrisse bietet, das wir aber nach logischer Notwendigkeit mit Farben und Formen erfüllen, indem wir die Menschheit zeichnen, wie sie — ein unendlicher Völkerstrom durch die Jahrtausende irrt, ohne Ziel und Ende, vergeblich nach rechts und links nach einer Ruhestätte Ausschau haltend. Und wenn sie vielleicht am fernen Horizont die Morgenröte einer schöneren Zukunft aufleuchten sieht, etwa das Ziel der allgemeinen Wohlfahrt, wenn sie ihre Anstrengungen verdoppelt, es zu erreichen, ist es eitler Wahnwitz. Wie so vieles andere verblaßt auch dieses Traumbild, es zerstäubt wie ein Regenbogen, den Kinder zu erhaschen trachten. Und wieder weiter geht die Wanderung, immer dem tiefinnersten, unauslöschlichen und doch unstillbaren Drang nach dem höchsten Gut, dem ruhevollen Ende alles

Jammers, folgend, jenem Drange, den eine boshafte, lügnerische Natur ins Herz gesenkt, die gleichsam ihre Freude hätte an dem interessanten Schauspiel, gleich einem grausamen Kinde, das den Zuckungen eines von ihm zertretenen Wurmes mit Befriedigung zusieht. Doch die einzelnen gehen zugrunde, oft zertreten von den Nachfolgenden, ohne Aussicht auf eine schönere Zeit, denn die Hoffnung auf ein Jenseits wird ja ausdrücklich genommen; die Allgemeinheit aber irrt weiter im — Kulturfortschritt. Und immer wieder erneuert sich dieses Schauspiel auf dem Weltentheater. Fürwahr, ein düsteres Gemälde, das von keinem an Tragik überboten werden könnte. Könnte man dem Pessimismus eine bessere Grundlage bieten?

d) Es widerstrebt aber sowohl uns wie unseren Gegnern, gar nichts Absolutes, nichts Bleibendes anzunehmen, das um seiner selbst willen erstrebt würde. Was anders aber könnte auf der Grundlage des Kulturfortschrittes als das für sich Wertvolle angenommen werden als die Kulturgüter selbst, während die Menschen doch nur Mittel sind, diese zu erreichen? Da erfahren wir aber eine unglaubliche Verschiebung der ganzen natürlichen Ordnung. Nicht die Güter sind der Menschen wegen da, sondern die Menschen um der Güter willen. Sie haben die Aufgabe, die Kulturgüter zu fördern, ohne daß sie selbst davon einen Vorteil empfangen, da das Glücksbefinden mit den Kulturerrungenschaften nicht Hand in Hand geht. Was sind aber das in Wahrheit für Güter und wie belehrt uns die Geschichte über die Dauer derselben? Lassen wir wieder P. Cathrein das Wort:

„Wem galt all das sittliche Tun und Lassen der Menschheit? Dem bißchen Kultur, das nur zum geringsten Teil auf uns gekommen ist. Nur Trümmer und Ruinen sind es, die der Strom der Zeit stehen gelassen als Gedenkzeichen der Hinfälligkeit alles Irdischen. In der Tat, was ist uns von den Kulturerrungenschaften der alten Ägypter, Babylonier, Assyrier, Phönizier und Inder geblieben, was von der Kultur der alten Inkas und Mexikaner? Trümmerhaufen, in denen man herum=

gräbt, um auf einer zerbrochenen Inschrift den Namen eines der Gewaltigen jener Zeiten mühsam zu entziffern." [1])

Das sind erst einige Gesichtspunkte, unter denen dieses höchste Gut des Kulturfortschrittes gänzlich versagt. Freilich, wenn Paulsen auch auf unsere Einwände, wie auf die seines Hauptgegners, des Vorkämpfers der Lusttheorie G. v. Gizycki, erwidern würde: „Es findet auch im Denken etwas wie Einübung statt; wer sich gewöhnt hat, mit bestimmten Begriffen diese Dinge zu denken, dem kommen andere Begriffe, wie einem Handwerker ein ungewohntes Werkzeug, ungeschickt vor und er verwirft sie als objektiv untauglich. Es geht mir hierin natürlich nicht anders", [2]) dann ist jede Auseinandersetzung von vornherein aussichtslos.

Wenn wir uns am Ende der Gedankengänge Paulsens staunend fragen, warum die so scharfsinnig begonnenen Spekulationen dergestalt vom Pfade der schlichten, aber einzig beglückenden Wahrheit abirren konnten, so bietet sich des Rätsels Lösung schon rein äußerlich in den seinem „System der Ethik" und den Abhandlungen vorangeschickten psychologischen und metaphysischen Vorbemerkungen. In der Tat auf der Annahme eines unpersönlichen, allweltlichen Gottes, auf dem Boden eines scharf ausgeprägten psychophysischen Parallelismus, auf dem Grunde einer ganz eigenartigen Willenstheorie, der zufolge der Wille das Primäre, die radikale Seite des Seelenlebens darstellt, der sich die Intelligenz als sekundärer Anwachs anschließt, darauf fußen alle seine Untersuchungen.

Mögen im Gegensatz zu den obigen trostlosen jene Worte des irrenden Geistes des einstmals führenden Berliner Philosophen, der doch durch seine Aufrichtigkeit und das ernste Wahrheitsstreben, das ihn erfüllte, unsere Sympathie zu gewinnen versteht, immer mehr zur Wahrheit werden,

1) Cathrein, a. a. O. S. 169.

2) S. d. E. I. Bd. S. 283.



in denen er selbst, mehr in ahnungsvoller, als klar erfaßter Weise das wunderbare höchste Gut, nicht nur der christlichen Philosophen, sondern aller christlich denkenden Menschenseelen zeichnet, jene Worte:

„Die Idee des Reiches Gottes, die das Christentum in den Mittelpunkt der Welt- und Lebensanschauung gestellt hat, durchdringt wie ein allgegenwärtiges Element auch die Gedanken derer, die von ihm nichts wissen oder wissen wollen.„ [1])

LXIV.

Die kirchlichen Zustände Basels im späten Mittelalter.

Von Dr. Luzian (Pfleger).

Daß das 15. Jahrhundert die Wiege der lutherischen Reformation gewesen, kann nicht mehr bezweifelt werden. Denn hier sind die Ursachen der großen Glaubensspaltung zu suchen, und die frühere protestantische Geschichtsschreibung hat sich auch redlich Mühe gegeben, sie ausfindig zu machen, mit der natürlichen Tendenz, dem hellen Licht des aufgehenden 16. Jahrhunderts die dunklen Schlagschatten der vorreformatorischen Zeit entgegenzuhalten und kräftigst zu unterstreichen. Dann kam Johannes Janssen und offenbarte mit der reichen kulturhistorischen Fülle seines ersten Bandes ein ganz anderes spätes Mittelalter, als man es zu sehen gewohnt war. Daß er aber in dem mit unendlichem Fleiße zusammengefügten Mosaikbilde mit dem Licht zu reichlich, allzu sparsam mit dem Schatten umging, hat man schon bei Erscheinen des Werkes auch auf kundiger katholischer Seite ver-

1) S. d. E. I. S. 33.

merkt.[1]) Seine Darstellung, in der die kirchlichen Mißstände zu wenig hervortraten,[2]) war nicht geeignet, das ursächliche Verhältnis zwischen den geschilderten Zuständen und dem plötzlich hereinbrechenden Verhängnis des allgemeinen Abfalls genügend zu erklären.

Seither hat die historische Forschung, durch Janssen angeregt, sich in ausgiebiger Weise mit den vorreformatorischen Zuständen beschäftigt. Auf katholischer Seite ist da sehr Erhebliches geleistet worden.[3]) Aber es bleibt noch vieles zu tun übrig. Wenn man protestantischerseits die Richtigkeit des von Janssen gezeichneten Bildes bestritt, so wird man auch die vielgerühmte, als „evangelisches Gegenstück zu Janssens Werk“[4]) bezeichnete Darstellung der Zustände des ausgehenden Mittelalters in Bezolds Reformationsgeschichte als vielfach der Korrektur bedürftig bezeichnen können. Noch i. J. 1913 konnte Georg Steinhausen[5]) mit Recht sagen, daß man über die Ursachen der Reformation noch keineswegs im Klaren sei. Das wird, soweit dies überhaupt möglich ist, erst dann zutreffen, wenn sich das verwirklicht hat, was H. Finke von der vorreformationsgeschichtlichen Forschung verlangt: „Wir müssen durch die gründliche Erforschung der Provinzialgeschichte in die Tiefen der Volksseele zu dringen suchen. Auf unserm Gebiete ist nichts kleinlich und klein, hier muß Urkunde an Urkunde, Brief an Brief gereiht werden, alles, was nur

1) Z. B. Dittrich im Histor. Jahrb. der Görresgesellsch. 3 (1882) 674 f.

2) Ludwig v. Pastor hat in den späteren, vor allem der neuesten Auflage des 1. Bandes da Wandel geschaffen; vergl. meine Besprechung in Nr. 48 der literar. Beilage z. Kölner Volkszeitung 1913 Nr. 48.

3) Das ersieht man jetzt am besten aus der, wenn auch nicht erschöpfenden, so doch gut orientierenden und ruhig abwägenden Übersicht bei G. Wolf, Quellenkunde der deutschen Reformationsgeschichte I (Gotha) 53 ff.

4) Ebenda S. 38.

5) Geschichte der deutschen Kultur II (2. Aufl. 1913/205).

irgendwie über religiöses, sittliches und soziales Leben informiert. Wir müssen einsehen lernen, daß nicht im zentralen leblosen Staatsgebilde, daß im Territorium damals das eigentliche Volksleben pulsiert." [1])

Wie weit unsere Kenntnis über die spätmittelalterlichen Zustände durch eine gründliche, ins kleinste gehende Erforschung eines eng umgrenzten Gebietes gefördert werden kann, zeigt uns die Behandlung dieses Gegenstandes in Rudolf Wackernagels Geschichte der Stadt Basel. [2]) Fast die Hälfte des nur dem Zuständlichen gewidmeten starken 2. (Doppel=) Bandes ist den kirchlichen und sittlich religiösen Zuständen eingeräumt. Ich glaube nicht, daß die deutsche Geschichtsliteratur eine Spezialdarstellung besitzt, in der in so weitgehendem Maße, mit einer so überragenden und eindringenden Beherrschung eines reichlich fließenden Quellenmaterials das kulturgeschichtliche Moment berücksichtigt ist. Nichts, aber auch nichts, was einigermaßen das Bild städtischen Kulturlebens in allen und jeden Betätigungsformen ergibt, ist von dem Autor unberücksichtigt gelassen. Und weil ihm bei der Darstellung das Ziel vorschwebte, „die Zusammenhänge der Tatsachen unter sich und des Einzelnen mit dem Allgemeinen zu erkennen, nicht die gefundenen Zeugnisse zu reproduzieren, sondern das Leben selbst zu suchen" (Vorwort z. 2. Bande), ist es ihm auch gelungen, ein ungemein reizvolles und lebendiges Kulturbild der Stadt zu zeichnen, die eine so bedeutende geschichtliche Rolle im ausgehenden Mittelalter spielte. Mag die von vielen und namhaften Kulturhistorikern, Janssen eingeschlossen, angewandte musivische Darstellungsweise auch vieles für sich haben, so zeigt Wackernagels Behandlungsart des Stoffes, — die freilich ein großes Können voraussetzt —, daß man auch ohne wörtliche Quellenbelege das im Moder der Archive schlum-

1) H. Finke, Die Auffassung des ausgehenden Mittelalters. Antrittsrede. Beilage z. Allgemeinen Zeitung 1900 Nr. 33 S. 2.

2) II. Band, 2. Teil. Basel, Helbing & Lichtenhayn 1916.

mernde Leben der Menschen vergangener Tage zu blühender Auferstehung erwecken kann, ohne das Blendfeuerwerk geistreichelnder Wortkunst, die etwai n Lamprechts deutscher Geschichte Menschen und Leben der gleichen Zeitepoche zum Zerrbild gestaltet. Die im Anhang beigegebenen sorgfältigen Quellen- und Literaturnachweise — die den Gang der Darstellung nicht beschweren — sind der beste Gradmesser für die Gewissenhaftigkeit des Forschers, dem es nur darauf ankommt, die Zustände zu schildern, wie sie gewesen, sie aus dem Geiste ihrer Zeit zu beurteilen und nicht, wie es so oft bei den Darstellern vorreformatorischer Verhältnisse der Fall war und noch ist, sie nach dem Maßstab späterer Tendenzen und Ideen zu bekritteln und zu gruppieren. So tritt uns aus dieser kirchlichen Kulturgeschichte Basels eine wirklich erfreuliche Objektivität entgegen, und diese macht sie für uns so wertvoll, weil wir hier einmal ein abgerundetes, vollständiges, ungeschminktes, aber auch unverzerrtes Bild der sittlich-religiösen Verhältnisse einer spätmittelalterlichen Stadtbevölkerung vor uns haben. Erst dann, wenn wir von vielen Territorien und Städten ähnlich sorgfältige, auf intensivem Quellenstudium beruhende, von jeder konfessionellen Voreingenommenheit befreite Darstellungen der Zustände vor der Glaubensspaltung haben, wird man deren letzte Ursachen restlos aufdecken können.

Aus der Fülle des Stoffes greifen wir nur einige Momente heraus, die für das kirchliche und religiös-sittliche Leben charakteristisch sind. Ein Kabinettstück feinsinniger Darstellung zeigt das Wachsen und Werden der Baseler Universität, ihre Beziehungen zu Stadt und Kirche, ihr reges inneres Leben, die Anfänge der neuen Wissenschaft, hie Humanisten, hie Scholastiker, das Aufeinanderplatzen der Geister im Streit für Realismus und Nominalismus, der bereits die trennende Kluft zwischen Glauben und Wissen geöffnet hat. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts erobert sich der Humanismus eine feste Position. Das Konzil hat die griechische Sprache gebracht, bei Andronikos Kontablakas



geht Reuchlin in die Schule. Vielen gilt Basel jetzt als Zentrum Europas. Die Sturmeswehen einer neuen Zeit brausen durch die verwinkelten Hörsäle der geistigen Zentrale. Großes und Kleinliches wogt bunt durcheinander. Führer des gelehrten Treibens ist Johann Heynlin, in dem sich mit dem zunehmenden Alter das Verlangen nach dem Ernsten, dem Kirchlichen immer stärker regt: in der Basler Karthause beschließt er, der Humanist und Prediger, sein reiches Leben. Wir treffen Geiler und Brant, aber auch Reuchlin. Über das Verhältnis zur Kirche gilt: „Es ist bezeichnend, daß die meisten der Humanisten, mit denen wir es hier zu tun haben, sich auf die Seite des Realismus stellten, auf den alten Weg, der dem die Rationalität das Dogma und die kirchlichen Sätze bestreitenden neuen Nominalismus gegenüber die Sammelstelle von Anhängern der römischen Autorität und eines religiösen Charakters der Theologie war" (602).

Neben der Hochschule hatte sich eine andere geistige Macht aufgetan, die sich in Basel eine weltgeschichtlich bedeutsame Stellung sicherte: die Buchdruckerkunst. „Ein erlesener Mensch" wie Johann Amerbach sieht in der Druckkunst eine „heilige Kunst". So dachte auch die Kirche, die sie zuerst in ihren Dienst zog. „Es waren die Zeiten ihrer mächtigen Regenerationsversuche, und sie begriff sofort, wie förderlich dabei diese Möglichkeit rascher und tausendfacher Vervielfältigung sein könnte. Bibeln wurden gedruckt, Heiligenleben, Beicht- und Gebetbücher, Predigten, Kommentare, Agenden usw." (608).

Wie stand es um den Basler Klerus? Reiche Aufschlüsse über ihn erhalten wir aus Wackernagels Werk.

So viel auch schon über die verrotteten Zustände in der Klerisei des ausgehenden Mittelalters geschrieben wurde: es bleibt immer noch wahr, daß der Klerus „vielleicht der am wenigsten bekannte Teil der mittelalterlichen Gesellschaft" ist.[1]) Man hat ihn mit den schwärzesten Farben gezeichnet,

1) Denifle-Weiß, Luther und Luthertum in der ersten Entwicklung II (1909) 23.



vielfach mit Recht, namentlich seine Unenthaltsamkeit hervorgehoben. Man hat sich aber allzusehr an die subjektiven Quellen, die stets wiederholten Anklagen eifriger Reformfreunde und Sittenprediger gehalten oder an die Ausfälle der Satyriker und kirchenfeindlichen Humanisten. Man hat vielfach übersehen oder uicht genügend in Betracht gezogen, daß es gegen Ende des 15. Jahrhunderts geradezu eine Manie war, über den Klerus herzufallen und die bestehenden Mißbräuche zu übertreiben oder zu verallgemeinern, selbst innerhalb der klerikalen Kreise und auf Synodalversammlungen, wo man nicht selten blutjungen Klerikern die Rolle des Anklägers zuwies. Es muß doch zu denken geben, wenn z. B. der junge Jakob Han, ein legitimierter Straßburger Stiftsherrnsohn, i. J. 1493 auf einer Speierer Diözesansynode im Dom dem Klerus die Leviten las. Er gehörte zum Wimphelingischen Kreise, ebenso wie auch der junge Humanist Jost Gallus, der ebenfalls diese Aufgabe auf einer Speyrer Synode gelöst hatte.[1])

Daß man nicht alles, was aus den Kreisen dieser in ihren Anklagen oft maßlos übertreibenden oberrheinischen „Vorreformatoren“, den ernsten Geiler nicht ausgenommen, vorgebracht wurde, ad litteram nehmen darf, wird erfreulicher Weise in der neueren vorreformatorischen Forschung immer mehr betont. Ein gut Teil des posthumen Ruhms jener alten Kulturkritiker ist oft nur dem mehr oder minder umfangreichen Anklagematerial gegen die kirchlichen Mißstände zu verdanken, das ihre Schriften der Nachwelt überliefert haben. Bedauerlich ist, daß allzulange ihre Klagen fast ausschließlich die dunkeln Farben geliefert haben, mit denen ihr Zeitalter gezeichnet wurde. Für alle von ihnen gilt, was der so besonnene Ch. Schmidt, einer der besten

1) Vergl. Ch. Schmidt, Histoire litteraire de l'Alsace au 15e siècle II, 49. Schmidt meint mit Recht, daß es sich bei solchen Vorgängen um gewohnheitsmäßige Formalitäten handelte. „Les prèlats jugeaient à propos de faire, une fois par an, censures d'office et en bloc les prêtres de leurs dioceses.

älteren Kenner der vorreformatorischen Zeit, von Geiler sagte: „So groß man sich auch die Gebrechen der Zeitgenossen Geilers vorstellen mag, so ist es doch unmöglich zu glauben, daß er sie nicht übertrieben habe. Eine ganze Bevölkerung hat nicht so verderbt sein können, wie er sie uns darstellt."[1]) Gewiß waren die Zustände namentlich im höheren Klerus in sittlicher Hinsicht sehr traurig. Aus den vatikanischen Archivbeständen hatte Denifle ungeheuerliches Material zu der geistlichen chronique scandaleuse gesammelt; er hat aber seine diesbezüglichen Exzerpte mit der Randbemerkung versehen: „Man muß sich aber hüten, daraus den Schluß zu ziehen, daß es damals überall so entsetzlich ausgesehen habe, wie aus diesen Berichten hervorzugehen scheint. Man schreibt ja nicht nach Rom, um die erfreulichen Ereignisse zu schildern, sondern nur, wenn etwas so Ungewöhnliches vorfällt, daß man sich draußen nicht zu helfen weiß."[2]) Daß es tatsächlich nicht überall so war, hat neuerdings Löhr für den niederrheinischen Klerus nachgewiesen in einer für die Darstellung der Sittengeschichte des geistlichen Standes grundlegenden und sehr anregenden Schrift.[3]) Aus ihr ersieht man wieder, wie wichtig für die Beurteilung der Gesamtzustände es ist, territoriale Untersuchungen anzustellen.

Das zeigt auch das Ergebnis der Wackernagel'schen Forschungen für Basel. Ein allgemeines Werturteil läßt sich überhaupt nicht fällen. Es gibt viel Unerquickliches, viel schwere Schäden, aber auch wieder Lichtblicke im dunkeln Bilde. Für Basel gilt, was auch für andere Diözesen, z. B. das mir näher bekannte Straßburg zutrifft: „Zum Wesen des Klerus gehört, daß er in den wenigsten Fällen

1) Ebenda I, 460.

2) a. a. O. 15

3 Jos. Löhr, Methodisch-kritische Beiträge z. Gesch. d. Sittlichkeit des Klerus, besonders der Erzdiözese Köln am Ausgang des M. A. (Münster 1910). Dazu neuerdings A. Störmann, die städtischen Gravamina am Ausgang d. M. A. (Münster 1916) 260 ff.

theologisch geschult ist, überhaupt selten höhere Bildung besitzt. Der Durchschnittskleriker hat meist nur die Lateinschule durchgemacht und im besten Fall einen artistischen Grad erlangt" (622). Nicht alle Kleriker besitzen die höheren Weihen, daher begegnen die vielen Clerici conjugati. „Die Pfründe ist die erwünschte Grundlage klerikaler Tätigkeit." Viele streben nach mehreren Pfründen zugleich, wie es auch anderswo Sitte war. Aber es gibt auch zahlreiche pfründelose Kleriker, darbendes Proletariat. Bei der herrschenden Freizügigkeit der Geistlichen ist eine Kontrolle über sie vielfach nicht möglich. An vagabundierenden stellenlosen Klerikern ist kein Mangel. „Viele gehen dabei unter, bringen dem Stand keine Ehre. Einzelne aber finden den Weg zum großen kirchlichen Glücksmarkt in Rom und erlangen dort einen Posten bei einem Prälaten oder die Provision auf eine Pfründe" (623). In das Leben der Pfarrer erhalten wir guten Einblick. Auch in Basel finden wir die leidige Konkurrenz zwischen Weltklerus und Ordensgeistlichen bei der Ausübung der Seelsorge, die daraus entstehenden häßlichen, nie endenden Zänkereien um die Einkünfte, die den Wettstreit des Amtseifers verdrängten. „Keineswegs nur auf Seiten der Pfarrer. Denn wie die Verdienste der Mendikanten sich für unser Urteil deswegen vermindern, weil die Lässigkeit des Weltklerus ihnen vielfach leichte Arbeit machte, so übersehen wir auch nicht, wie ihnen unter dem Einfluß jedes neuen nüchternen Tages, der Erfahrungen und der Erfolge die alte Lauterkeit des Wesens zerging. Was den Pfarrern Einbuße war, erfreute sie als Ruhm, als Machtzuwachs und namentlich als Einnahme" (637). Hatten die Basler Oberhirten zuerst stets die Partei der Bettelorden ergriffen, weil die Weltklerisei in Amt und sittlicher Führung versagte und alles Heil nur von den Mönchen zu kommen schien, so trat das umgekehrte Verhältnis ein, als die allgemeinen kirchlichen Regenerationsbestrebungen den städtischen Pfarrklerus wieder auf die berufliche Höhe brachten.

Was wir über diese Regenerationsbestrebungen aus dem

Buche erfahren, ist für die allgemeine Beurteilung von hohem Interesse. Sie setzen ein mitten in der Zerrüttung, in die das große Schisma die christliche Welt gesetzt hatte; das 15. Jahrhundert ist von ihnen erfüllt. Der Ruf nach Reform ertönt durch die gewaltigen Predigten des Dominikaners Johann Mulberg, der einst ein armer Kleinbasler Schuhflicker gewesen war. Der zur öffentlichen städtischen Angelegenheit gewordene Sturm gegen das verrottete Institut der Beghinen fegte ein faul und morsch gewordenes kirchliches Organ hinweg, während die 1401 von dem reichen Basler Bürger Jakob Zibol gegründete Karthause der städtischen Kirche „ein neues Organ voll Kraft und Reinheit" brachte. Auch beim Domstift und dem Stiftskollegium von St. Peter zeigen sich zu Beginn des 15. Jahrhunderts Besserungsmaßnahmen. Daneben tritt eine ausgedehnte Reform der Klöster. Sie ging nicht ohne Kampf vor sich. Erbauliches und Unerbauliches läuft nebeneinander her. Das genaue Eingehen auf diese Vorgänge zeigt uns, mit welchen Widerständen die Reformfreunde zu kämpfen hatten, und daß die Observanz vielfach nur durch einen völligen Personalwechsel zu erzielen war.

Wir sehen den städtischen Rat bei dem Werke mittätig, bemerken sein spontanes Verlangen nach kirchlicher Reform. „Nicht nur die Polizei städtischen Regiments und der Sinn für Ordnung und öffentliche Zucht führten dazu. Allgemeine Stimmungen trieben. Die Obrigkeit vertrat die gegen eine nachlässige Kirche, gegen gierige und würdelose Pfaffen erbitterten Laien. Es waren aber auch die ersten Jahre Fleckensteins (Bischof) und seiner energischen Tätigkeit für Erneuerung kirchlicher Macht und Herrschaft, mit der aufs beste zusammengehen konnte, was als Arbeit auch für innere Sanierung erschien" (814). Denn der Rat kann bei seinem Werk der Kirche nicht entraten; er will die notwendige Reform, „weil es in der heiligen Christenheit übel stehe mit dem Glauben und mit viel anderen Sachen; der ewige allmächtige Gott müsse um Hilfe angerufen werden, und



solch Flehen geschehe durch ehrbare geistliche Leute besser und wirksamer als durch andere sündige Menschen" (816). Bei alledem spielte das Basler Konzil und die von ihm ausgehenden Reformideen eine gewaltige Rolle. Beide beherrschen die ersten Jahrzehnte des beginnenden Jahrhunderts im Leben und Denken der stolzen Stadt. Wackernagel liefert ein anschauliches Bild der in vielfach verschlungenen Wegen wandelnden Basler Reformbestrebungen. Auch ihre Beurteilung ist im allgemeinen richtig und besonnen. „Gerade die weite Spanne der kirchlichen Welt und die Menge ihrer Organe, dazu die Mannigfaltigkeit und Wandelbarkeit des menschlichen Wesens, endlich die Nötigung, zwischen Institution und Person scheiden zu können, helfen zu einem Verstehen. Unverkennbar leidet die Kirche an schweren Mängeln. Zu ihren guten Momenten und in ihren tüchtigen Vertretern verurteilt sie sich selbst; zum Verlangen eigener Besserung gehört ohne weiteres der Wunsch, wieder allgemein ernst genommen zu werden, ihre Aufgabe gegenüber der Welt wieder kräftiger zu erfüllen" (822).

Die so mächtig einsetzende Regenerationsunternehmung hatte nur geringe Ergebnisse. Der tiefere Grund ist: „Der Kirche — (hier könnte besser stehen: den leitenden Stellen) — fehlte die Lauterkeit des Willens, die Energie, die Einheitlichkeit der Anschauung; für die Regeneration regte sich, sobald es auf Ausführen und Ernstmachen ankam, nur ein vereinzeltes, oft ganz persönlich bedingtes Handeln. Die äußeren Schwierigkeiten waren jedenfalls zahlreich und groß; schädlicher aber war der innere Zwiespalt zwischen dem Prinzip der Kirche und ihrem tatsächlichen Verhalten. Eine Häufung von Konflikten ergab sich, denen gegenüber die Kirche sich mit ihren zu Beginn erklärten Regenerationsabsichten nicht zu behaupten vermochte. Indem sie in der Durchführung dieser Absichten erlahmte und den Dingen ihren Lauf ließ, erfüllte sich ihr Verhängnis." (822 f.) Die Kirche versagt vor allem gegenüber den gegen die Reform opponierenden adeligen Elementen: lehrreich sind hier die Vorgänge in den



Kleinbasler Frauenkonventen S. Klara und Klingental, um die sich der oberrheinische Adel interessiert. Es ist hier wie fast überall: der Adel in der Kirche versagt, er ist die Grundsuppe alles Übels. Auch im Domkapitel sind die wenigen zugelassenen Bürgerlichen in der adeligen Clique die „hauptsächlich Tüchtigen und Arbeitenden" (828).

Das besagt noch nicht, daß die sonstigen bürgerlichen Elemente der Klerisei in den Männerkonventen und das Heer der niederen Geistlichen nichts auf dem Kerbholz haben. Seitdem im Predigerkloster (1429) die Observanz heimisch ist, geht es gut hier, das Haus wird die Pflanzstätte guten Geistes, der sich weit nach auswärts verbreitet, tüchtige Männer mehren seinen Ruhm: Johannes Nider, Paul von Frankenstein, Johannes Meyer, der Geschichtschreiber der Predigerobservanz, Rieher, Nolt, Maner, Johann von Mainz, Felix Fabri, Johann Kreutzer,[1]) Jacob Sprenger. Auch aus dem Barfüßerhause, das an geistiger Kraft nicht mit den Söhnen des hl. Dominikus wetteifern kann, weicht nach Annahme der Observanz der üble Geruch, Niklaus von der Flüe nennt es 1471 das beste Haus des Ordens in der Schweiz. In dem Cluniazenserkloster S. Alban kommt die Observanz erst gegen Jahrhundertschluß zur Geltung. Nur die Karthause bedurfte nie einer Reform. Was die Geschichte von ihr berichtet, ist ein hohes Lied von Preis und Lob.

Nicht so steht es um die Stifts- und Weltgeistlichkeit. Was hier an Einzelheiten vorliegt, ist nicht erbaulich. Aber es zeugt für den vornehmen Sinn des Verfassers, daß er nicht, wie so manche Kulturhistoriker, der Versuchung unterliegt, durch eine behagliche Ausbreitung aller Skandalaffairen sein Buch auch für eine gewisse Klasse von Lesern anziehend zu machen, für welche das „kulturhistorische Interesse" jenseits der Kloaken der Menschheitsgeschichte aufhört. Sodann

1) Vergl. über diesen meinen Aufsatz in diesen Blättern 150 (1912) 178 ff.; 241 f.



verdient auch die Zurückhaltung und Besonnenheit des Urteils über die sittlichen Zustände alle Beachtung. Seine Ausführungen könnten so manchem Darsteller der Sittengeschichte des mittelalterlichen Klerus als Mahnung zum Maßhalten im Urteil und zu vorsichtiger, kritischer Verwertung des vorliegenden Anklagematerials dienen. Gewiß, der wahrheitsliebende Historiker soll nichts verschweigen und beschönigen, er hat aber auch die Pflicht, aus seinen Quellen keine voreiligen und verallgemeinernden Schlüsse zu ziehen. Wir hören von Wackernagel: „Es handelt sich dabei um arge Dinge; um Pflichtversäumnis, Ungehorsam, Ausgelassenheit, unwürdiges Benehmen in Spiel, Streit, Völlerei, um Gier, um Unzucht und Ehebruch. Das Vorhandensein solchen Wesens im Klerus ist die Voraussetzung der Regenerationsmühen. Es ruft den bischöflichen Erlassen, den Statuten, den Predigten, den Reformtraktaten; aber auch der Satyre, den Lästerreden, dem weitverbreiteten Unwillen" (848). Aber alle diese aufgezählten Quellen vermitteln kein Gesamtbild: „der Gesetzgeber nennt auch das nur Mögliche, nicht allein das tatsächlich Geschehende; der Strafprediger, der Tagesschriftsteller, der Poet sehen nur und greifen nur auf, was ihrem Zwecke dient, und behandeln es diesem gemäß; die Chroniken reden nicht von Normalem, sondern vom Auffallenden, Anstößigen. Eine vorhandene Stimmung, eine Absicht, eine Anschauung können diese Äußerungen uns nahe bringen; weiter reicht ihre Zeugniskraft nicht." Wie oft aber sind nur diese Quellen für die Schilderung der Zustände herangezogen worden! Wackernagel greift daher auf zuverlässige Quellen zurück betreffs der Klagen über die sexuelle Verwilderung des Klerus, er findet sie — wie Löhr für den Niederrhein — in den von 1429—1520 fast lückenlos vorliegenden Rechnungen des bischöflichen Fiskalats über die Bußen, die auf dem Disziplinarweg Geistlichen auferlegt wurden. Aus diesen einwandfreien Dokumenten ergibt sich, „daß allerdings ein Teil des Klerus das Zölibatsgesetz aufs gewissenloseste und schamloseste übertrat, daß



aber von einer allgemeinen Sittenlosigkeit dieses Klerus[1]) keine Rede sein kann; er hielt sich unverkennbar besser als der Klerus der Landkirchen". Durchaus zutreffend sind des Verfassers anschließende Bemerkungen: „Jeder einzelne Fall war natürlich schon zu viel; aber wenn auch die Verfehlung des einzelnen Priesters nach der Lehre der Kirche die übernatürliche Gewalt nicht verminderte, die ihm als Vermittler der göttlichen Wahrheit und Gnade zukam, so schändete doch eine jede Vergehung, ob sie beim Klostervolk oder beim Weltklerus vorkam, den ganzen Stand und konnte ohne weiteres zu einer Beurteilung dieses Standes im allgemeinen verleiten. Aber wir ziehen auch die sittliche Haltung der ganzen Zeit in Betracht, und vollends ist auf das widerliche, geradezu frivol laxe Verhalten der Kirche selbst hinzuweisen, die gegen den priesterlichen Konkubinarier nicht anders einzuschreiten wußte, als dadurch, daß sie eine Geldbuße von ihm erhob, die wie eine Konzessionsgebühr aussah, ja daß sie sogar den Betrag dieser Buße gelegentlich mit ihm verabredete" (849).

Aus den guten Elementen des Klerus treten manche markante Gestalten hervor. Heynlin, Peter von Andlau, Philippi, der schon genannte Kreutzer, vor allem Ulrich Surgant, der Verfasser des bekannten Manuale Curatorum. „Sein Frommsein und seine Gelehrsamkeit, sein Organisationstalent, seine hohe Auffassung vom Berufe des Pfarrers und Predigers, alle Kraft und Glut dieser vielseitigen Natur finden sich zusammengefaßt in seiner dreißigjährigen (1472 bis 1503) Wirksamkeit eines großen Gemeindeführers." Seine segensreiche und mustergültige Seelsorgetätigkeit bestimmt das Verhalten der Kleinbasler im Reformationskampf.

Nicht in solchen Männern und ihrer zur Besserung mahnenden Predigt allein zeigt sich die Frucht der Regenerationsbewegung, sondern in einer Reihe von positiven Maßnahmen. Wir sehen, wie die Kirche den Kampf mit

1) d. h. des städtischen.



der Stadt um die alten Rechte aufnimmt, wie der Bischof gegenüber Dekanen und Pfarrern strenger seine Autorität wahrt. In dem Oberhirten Christoph von Uttenheim ist der Kirche ein besorgter Führer erstanden, der in seinen vielberedeten Statuten von 1503 „mit einer auch uns noch ergreifenden Fülle der Liebe und des Ernstes ein auserwähltes Priestertum für seine Kirche zu schaffen sucht" (849). Überall in den Kirchen erwacht der gesunkene Ordnungssinn, werden Güter und Rechte aufgezeichnet, die Archive geordnet, Kloster- und Stiftsbüchereien ausgestaltet. Besonders aber zeigt sich der neue Geist in dem frischen, prächtigen Leben des kirchlichen Kultus und einer gesteigerten Bau- und Restaurationstätigkeit. Die an künstlerischem Können so reiche Zeit stellt sich mit allen ihren Mitteln in den Dienst der Kirche. Bemerkenswert ist auch der Aufschwung der Kirchenmusik: Pfarramt und Predigt werden neu organisiert. Von der Predikatur heißt es: „Sorge für diese ist damals eine allgemeine Erscheinung. Man will vorkommender Vernachlässigung der Predigtpflicht abhelfen, namentlich aber durch Schaffung eines starken Vorbildes und Musters die Plebane zur Besserung des Wesens ihrer Predigt nötigen und erziehen. Daher an vielen Orten die Schaffung eigener Predigtämter neben den Leutpriestereien, und überdies unter Benützung des Buchdrucks die Verbreitung zahlreicher homiletischer Sammlungen und Hilfswerke" (855). Die Dompredikatur wird 1456 errichtet; dann folgen noch andere Predigtstiftungen.

Aber das kirchliche Leben wird noch durch andere Mittel zu heben gesucht. Durch die Verehrung neuer Heiliger wird das Gebiet der Andacht stets erweitert. Der Marienkultus wächst. Die Bruderschaften mehren sich, das Wallfahrtswesen nimmt an Umfang zu, die Reliquienverehrung wird gesteigert. Die Ablaßgnaden strömen reichlicher denn je.

Dieser Regsamkeit der Kirche entspricht die rege Betätigung des Volkes. Die außerordentlich große Zahl der Andachts- und Gebetbücher, die zu Basel gedruckt werden,



„lassen ein Bedürfnis und die wirkliche Gewöhnung vieler erkennen". Der Verfasser hält die Beurteilung dieser Volksfrömmigkeit für schwer und formuliert deshalb seine persönliche Meinung vorsichtig dahin: „Wir haben eine massenhaft sich äußernde Kirchlichkeit vor uns, ohne doch in dieser Menge eine starke einheitliche Macht sehen zu dürfen. Vielmehr umschließt sie die größte Mannigfaltigkeit von Verhältnissen des Einzelnen zur Kirche, wobei alle Abstufungen denkbar sind von der absoluten Herrschaft der Tradition über Glaube und Zweifel bis zu demjenigen Zustande, da sich vor der Autorität der Kirche ‚selbst starke innere Kritik und Beargwöhnung mit tatsächlicher Benützung des Instituts vertragen'" (867). Das asketische Ideal früherer Zeiten mag da und dort immer noch Geltung haben, „im allgemeinen aber ist seine Reinheit getrübt und seine Kraft gebrochen, und wir nehmen deutlich wahr, wie die Hochschätzung der Askese jetzt zurücktritt vor der Bedeutung des Kultus". Diese behutsame Fassung des Urteils sticht immerhin vorteilhaft ab von den apodiktischen Sprüchen so mancher Glaubensgenossen des Autors, die in Bausch und Bogen die gesamte religiöse Betätigung der vorreformatorischen Christen als äußerliche Werkheiligkeit verdammen.

(Schluß folgt).

LXV.

Zur See nach Nauplia.

Von Suebimontanus (Rottweil a. N.).

II. Salamis.

(Schluß).

Der Zauber antiker Schlachtenromantik umweht uns. Kampfgetöse klingt als Grundton durch diese Meerlandschaft, ihre Stimmung leise verdüsternd. Kriegsgeschrei, Ruderschlag, Wellenrauschen, Plankenkrachen, Todesröcheln, Hilferuf und trunkener Siegesjubel — das alles fließt zu einer gewaltigen Vision, zu einem Bilde von kosmischer Größe zusammen. Wie wenn im All zwei Sonnen auf ihrer Bahn zusammenrennen, so prallten hier einst zwei Welten aufeinander. „Der Sonnenaufgang stand wider den Sonnenuntergang" (Birt). Denkt der Geist zurück an das, was hier geschehen, so sieht er die persischen Heerscharen allenthalben hervorquellen, als wenn ein Lavastrom unheimlich durch die Nacht leuchtend, langsam, mit beängstigender Sicherheit sich näher wälzt, alles mit Vernichtung bedrohend. Werden wir dem Feuerstrudel widerstehen können? Das war die bange Frage, die auf der Griechen Lippen schwebte und selbst ihre führenden Männer nervös machte. Plutarch (Themist. 11) erzählt eine Anekdote, die uns besser als der breiteste Bericht die elektrische Hochspannung der Atmosphäre, die fiebernde Unruhe der Griechen bis zu den höchsten Spitzen hinauf verdeutlicht. Im Rückzug nach dem Isthmus erblickte ein Teil der Griechen angesichts der persischen Übermacht die einzige Rettung. Mit genialem Scharfblick durchschaute Themistokles die Torheit dieses Planes und die Notwendigkeit, die Perser bei Salamis zu fassen und zu schlagen. Bohrende Aufregung im Herzen, brannte der impulsive Mann sichtlich



darauf, seinen Standpunkt so rasch als möglich zu entwickeln und angenommen zu sehen. Als der Oberfeldherr Eurybiades, der Vorsitzende im Kriegsrat, die Verhandlungen eröffnet hatte, begann Themistokles aus seinem verantwortungsfreudigen Vorwärtsdrang heraus, sofort seinen Antrag zu stellen und zu begründen. Was kümmerte ihn in diesem erwartungsschweren Augenblick die geheiligte Ordnung des grünen Tisches? Ein geheimrätlicher Kleingeist jedoch, dem die Wahrung bürokratischer Korrektheit mehr Sorge machte als die Not der Stunde, rief die Formlosigkeit des ungestümen Naturburschen derb zur Ordnung mit den Worten: Themistokles! Bei den Wettkämpfen pflegt man die, die vor dem gegebenen Zeichen losgehen, mit Ruten zu streichen. Schlagfertig und geistreich im Bilde bleibend, fertigte Themistokles den Hüter parlamentarischer Verkehrsformen ab, indem er erwiderte: Jawohl. Aber die, die den rechten Augenblick verpassen, werden nicht bekränzt (Herodot 8, 59). Auf diese Antwort soll Eurybiades seinen Stab erhoben und mit diesem Abzeichen seiner Auktorität den vorlauten Auktoritätsverächter bedroht haben. Und Themistokles? Er bewies, daß er der überlegene Geist war. Mit breitflächiger Gelassenheit entgegnete er: Schlag zu, aber höre mich an! Von soviel Sachlichkeit und Mäßigung entwaffnet, habe ihn Eurybiades auch wirklich sprechen lassen. Unverbürgtes Anekdotengerank, wird man sagen, eine jener glitzernden Arabesken, mit denen die guten Alten ihre Manuskripte zu spicken und zu schmücken liebten. Und doch, wer möchte sie missen, diese Geschichten in der Geschichte, diese Schlinggewächse, welche die breiten Mauerflächen des Geschehens verzieren wie Efeu und wilder Wein? Die gestrenge Kritik mag sie auf den Kehrichthaufen werfen. Der Geschichtsfreund aber und der verständige Geschichtslehrer wird sie schätzen und, wenn er des trockenen Tones satt geworden, einmal auch eine dieser Leuchtkugeln steigen lassen, weil sie Situationen und Zusammenhänge blitzartig erhellen und oft besser als weitläufige Schilderungen die Charaktere beleuchten



und in plastischer Rundung herausbringen. Ähnliches gilt von jener Sikinnosepisode, die einem Stichflämmchen gleich aus der schwelenden Kohlenglut der Augenblicksnot herausschlug und dem Ungeheuer des Zweifels die immer wieder nachwachsenden Köpfe absengte. Es war nämlich Abend geworden. Noch vor Schluß des Kriegsrates schickte der entschlußstarke Themistokles, alles auf einen Wurf setzend, einen Boten an den Großkönig und ließ ihm angeblich aus perserfreundlicher Gesinnung sagen, daß die Griechen zu fliehen gedächten. Wenn er zugreife, sei ihm ein leichter und glänzender Sieg gewiß. In solch gefährlicher Lage wird ein vorsichtiger Mann jede vertrauliche Mitteilung, zumal von Feindesseite, beschnuppern wie ein nicht ganz frisches Stück Fleisch. Darum ist es uns auch halb zum Lachen, wenn wir die großmächtige persische Majestät mit beiden Füßen in die plumpe Falle hineintappen sehen. Es ist dasselbe schmunzelnde Vergnügen, das der dumme Teufel der mittelalterlichen Sage uns abnötigt, wenn er nach der Seele des Sterbenden hascht, um sich dann im letzten Augenblick den sicheren Fang entwischen zu lassen. Zu vermuten, die Griechen hätten dieses Intermezzo nur zur Verspottung orientalischer Despotendummheit erfunden, dazu haben wir kein Recht. Äußere und innere Gründe sprechen für die Echtheit der themistokleischen Botschaft. Äschylus und Herodot bezeugen sie. Auch psychologisch betrachtet erscheint sie glaubwürdig. Denn der klarsehende Themistokles hatte erkannt, daß man an dem letzten Punkt stand, wo ein Kampf und Sieg überhaupt noch möglich war. Daß die Mehrheit der Griechen voll Angst und zur Flucht entschlossen gewesen sei, hat zwar die von attischen Gehässigkeiten aus der Zeit des peloponnesischen Krieges durchsetzte Tradition bei Herodot behauptet, muß aber von vornherein als ausgeschlossen gelten. Mit einem Heer, das fliehen will, wird kein entscheidender Sieg erfochten. Die Hauptschwierigkeit also war in Wirklichkeit für Themistokles weniger die Griechen zum Bleiben, als die Perser zum Schlagen



zu bringen.[1]) Dazu diente ihm seine Kriegslist, deren Gelingen, soweit es vom Gegner abhing, nicht minder begreiflich ist. Die Gedanken des Asiaten sind sozusagen immer auf Verratsmöglichkeiten eingestellt. Der König der Könige, der die Herrscher beherrschte, mochte wähnen, daß niemand und nichts einer so gewaltigen Macht zu widerstehen sich vermessen, geschweige denn imstande sein werde, zumal man bisher stets siegreich gewesen und der Hauptteil des Landes bereits unterworfen war. Noch ein Stoß, und der morsche Bau der griechischen Kraft und Einigkeit wird zusammenstürzen. Selbstüberhebung macht blind und leichtgläubig. Wen Gott verderben will, dem zerrüttet er den Geist. Dieser alte Tragikervers ist dem Xerxes wie auf den Leib geschrieben. Die Botschaft des athenischen Feldherrn traf also mit dem Glauben und Hoffen des Perserkönigs zusammen. Dessen bona fides ist auch in der Folgezeit niemals erschüttert worden. Als der landesflüchtige Themistokles sich beim Großkönig in Susa meldete, wurde er gerade um seiner für Xerxes so verhängnisvollen salaminischen Botschaft willen gastfreundlich aufgenommen und aufs höchste geehrt. Ein blutiger Treppenwitz der Weltgeschichte! In dem von den Alten entworfenen Schlachtgemälde erscheint jene Nebenfigur des Sikinnos nur in ganz dunklen Umrissen. Ein unbekannter Mann mit unbekannten Schicksalen. Von ihm wissen wir nichts, als daß er der Paidagogos des Themistokles war. Seine kleine Person steht völlig im Schatten des großen Protagonisten. Nur eine Hand wird sichtbar. Sie greift gespenstisch aus dem Dunkel heraus, um die Kurbel eines diplomatischen Intrigenspiels zu fassen und drehen zu helfen — ein kurzer, aus dämmerigem Hintergrunde hervorhuschender Lichtstrahl. Nicht Freude am Mikrologischen, sondern Freude am Individuellen, rein menschliche Anteilnahme ist es, die uns bei solch kleinen Nebenzügen mit Andacht verweilen läßt. Aus dem tosenden Strom gewaltigen Geschehens

1) Nach E. Meyer, Geschichte des Altertums III² S. 387 f.

flüchtet jeder einmal gern auf stille Ruheplätzchen und Ausweicheinseln zu kurzer Atempause. Dann tauchen wir frisch wiederum in den Strudel der Ereignisse.

* * *

Die Nacht entwich, indes kein Grieche kam.
Doch als auf hellem Lichtgespann der Tag
Einzog und rings das Land erstrahlen ließ,
Da klang der Griechen Sang an unser Ohr.
Ein Jauchzen war es, hell und laut und stürmisch,
Und brausend tönt vom Klippenstrand der Insel
Der Widerklang. Angst überkam uns da
Und Ahndung von Betrug; denn nicht wie Heil
Und Flucht erflehend stieg ihr Sang empor,
Nein mutvoll, sturmvoll, brausend, kampfesfroh.
Drommeten schmettern ihre Glut darein,
Und nach dem Taktruf taucht das Ruder rauschend
Ins Meer; gleichmäßig schäumt die Flut. Und jäh
Erscheinen ihre Schiffe unserm Aug.

Der rechte Flügel, wohl geschlossen, fuhr
Voran; ihm folgte dann die ganze Macht.
Und brausend scholls: Hellenensöhne auf!
Befreit die Heimat! Rettet Weib und Kind!
Der väterlichen Götter hehre Sitze!
Die Ruhestatt der Ahnen! Alles gilts.
Und auch wir Perser hoben ohne Säumnis
Jetzt wilden Sang und rauhen Schlachtruf an.
Sogleich nun schlug mit seinem Eisenschnabel
Schiff wider Schiff. Ein Griechenschiff begann
Und brach die Steuerkrone einem Segler
Phönikiens. Und alle prallten jetzt,
Die einen gen die andern, ehern los.

Zuerst nun hielt das Perserheer noch Stand.
Doch da im engen Sunde sich der Schwall
Der Schiffe drängte, schmetterten sie sich,
Sie selber sich, die Ruderreihen nieder
Und schlugen hilflos ihre Kiele sich,
Die ehernen, sich selber in den Rumpf.
Die Griechen aber wohlbedächtig zogen
Den Kreis um uns. Umtaumelten die Schiffe.
Die Flut verschwand; so deckten sie die Scheiter,
Die toten Leiber. Leichen füllten rings



Den Strand. Wirr wimmelnd floh der Rest,
Der klägliche, des stolzesten Geschwaders.
Und jene, wie man wohl Thunfische totschlägt
Und andern Netzfang, also spießten sie
Und schlugen sie mit Ruderstummeln los
Und Stücken von zertrümmertem Gebälk,
Daß Heulen übers Meer scholl, Wehgeschrei,
Bis uns das schwarze Aug der Nacht erlöste.

Dieses kraftvoll anschauliche, wenn schon der Natur der Sache nach lückenhafte Schlachtgemälde von dramatischer Wucht und Plastik hat des Äschylus Meisterhand entworfen.[1]) Unbestritten ist sein hoher Quellenwert, da der Dichter den heißen Tag von Salamis persönlich kämpfend miterlebte und ehe er zur Feder griff, die Schlacht zu verewigen, sie mit dem Schwert in der Faust siegreich durchfechten half. Die Geschichte kennt gewaltigere Schlachten, als die bei Salamis. Aber keine hat ein so grandioses Denkmal und ein gleich unvergängliches gefunden wie die Salamisschlacht durch das Kriegs- und Siegesdrama des Äschylus.

* * *

Die feindliche Schiffslinie war zertrümmert. Geschlagen bezog die Flotte der Perser Notquartier drüben in derselben phalerischen Bucht, die vor wenigen Stunden erst Geschwader um Geschwader so drohend ausgeschäumt hatte. Für die Griechen gab es inzwischen an einem andern Punkt noch mehr blutige Arbeit zu tun. Die persische Besatzung auf Psyttaleia war vollständig abgeschnitten. Mit einer Schar attischer Hopliten fuhr Aristides von Salamis hinüber. Sofort ging es an ein erbarmungsloses Schädelspalten, bis der letzte Perser nach heldenhafter Gegenwehr gefallen war. Diese Tat seines bewunderten Lieblings Aristides, mit Landtruppen ausgeführt, ist im Berichte des Äschylus (435—71)

1) Nach der Übertragung von Lion Feuchtwanger (München 1917), weitaus der besten, die wir z. Zt. besitzen. Sie legt Gewicht mehr auf Vermittlung der Klangfarbe des Verses, als auf peinlich getreue Wiedergabe des Buchstabensinnes (vgl. Einl. S. 10). Stellenweise erreicht sie die schauervolle Größe des Originals.

so warm und geflissentlich hervorgehoben, daß man dahinter eine besondere Absicht wird suchen dürfen. Wir Deutsche pflegen den großen Befreiungskampf im Teutoburger Wald nach Kleists verklärender Dichtung die Hermannschlacht zu nennen. Mit ähnlicher Einseitigkeit scheint der Tragiker Phrynichos in seinen Phönissen die Verdienste des Themistokles um den Sieg, zu dem doch alle Athener ohne Unterschied der Parteistellung mithalfen, herausgestrichen und in parteipolitischem Interesse das, was das Werk vereinter Kräfte war, zur Themistoklesschlacht und zum Themistoklessieg umgestempelt zu haben. So liest sich denn die breite Schilderung des aristidischen Handstreichs fast wie eine gewollte Korrektur einer beginnenden Geschichtsklitterung. „Das Landheer hat auch seinen Mann gestellt und die auf Erhaltung der Landmacht gerichtete Politik der aristokratischen Partei hat nicht minder gute Früchte getragen" — eine leise Verwahrung und Rechtfertigung derart meint man aus den Versen des Äschylus heraus zu hören.

* * *

Den Gegner zu verkleinern oder verächtlich zu machen, ist immer töricht. Die Griechen haben diesen Fehler nicht begangen. Aus ihren Berichten über die Salamisschlacht gewinnen wir den Eindruck: auch die Perser kämpften heldenmütig und schlummern in Ehren auf dem Grunde des Meeres. Viel eher wird man den griechischen Berichterstattern Übertreibung der feindlichen Macht vorwerfen müssen. Wie eine Springflut, ein Völkerorkan aus Osten erschien den Zeitgenossen der Perserzug. Es muß ihnen gewesen sein, als ob die Erde bebte. Daher konnte ihnen auch keine Zahl groß genug sein. So hat z. B. Herodot (VII 184 ff.) für das persische Gesamtheer die Riesensumme von 5 Mill. 283 220 Mann herausgerechnet. Noch phantastischere Ziffern bietet Diodor (XI 3). Ktesias begnügt sich mit 800 000 Mann. Über diesen Millionenrausch kann man zur Tagesordnung übergehen. Numeri fallaces. Den wahren Sachverhalt mit einiger Sicherheit zu ermitteln, ist nun aber

freilich keine ganz einfache Sache. Dem subjektiven Ermessen ist hier ein gar weiter Spielraum gelassen. Die heutige Kritik hat vielleicht allzusehr die Neigung, die zahlenmäßige Überlegenheit der Perser aus den antiken Berichten hinauszudividieren und die beiderseitigen Stärkeverhältnisse zu Land und zu Wasser einander möglichst anzunähern. „Daß die Meinung, die Zahl der Kriegsschiffe hätten die Griechen leicht feststellen oder gar die Schiffe selbst zählen können, irrig ist, wird jeder bestätigen, der einen stark belebten Hafen gesehen hat.“ Dieser Bemerkung E. Meyers wird niemand widersprechen. Indes einen allgemeinen Eindruck vom Verhältnis der feindlichen Streitkräfte zu den eigenen konnten und mußten die Hellenen doch wohl gehabt haben. Und einen solch allgemeinen Überschlag scheint mir die unbestimmte, fast amtlich vorsichtige Formel des Themistokles im Kriegsrat (Herodot 8, 60): wenige gegen viele, wiederzuspiegeln. Wenn daher die Schätzung Meyers nicht über 500 persische Kampfschiffe hinausgeht, so wird man darin eben nur die äußerste Grenzlinie zu sehen haben, unter die auf keinen Fall herabgegangen werden darf. Äschylus beziffert den gesamten Schiffspark der Perser auf rund 1000 bis 1200 Einheiten. Legen wir dieses Zahlenmaterial zu Grunde, so ergibt sich die Tatsache, daß das Treffen von Salamis die größte Ruderschiffschlacht, die wir kennen, und überhaupt eine der bedeutendsten Seeschlachten aller Zeiten gewesen ist. Eine vergleichende Zusammenstellung ergibt (nach H. Waldeyer) etwa folgendes Bild:

Seeschlacht	Schiffe	Besatzung	Tonnen
Salamis 480 v. Chr.	**1550**	**310 000**	**279 000**
Aktium 31 v. Chr.	430	180 000	121 000
Lepanto 1571 n. Chr.	430	15 000	80 000
Trafalgar 1805 n. Chr.	60	48 000	116 000
Ska[illegible]rag 1916 n. Chr.	**346**	**105 000**	**1 823 600**

Eine gleich gewaltige Sprache reden die Verlustziffern. Nach glaubhafter Überlieferung büßten die Perser 200 Schiffe ein, die Griechen 40. Und was die Einbuße an Menschenleben betrifft, so liegen neben den Schiffstrümmern in der Tiefe, „vom salzigen Zahne des Meeres zerfressen“, die Leichen von 8000 Griechen und mindestens 40 000 Persern. Im Drama des Äschylus richtet die Königinmutter Atossa an den persischen Unglücksboten die erschütternde Frage: Wer ist denn **nicht** gefallen? Und nun sprudelt der Bote (V. 300 ff.) eine Liste gefallener Führer und Fürsten des Reiches heraus, die kein Ende nehmen will. In der Geschichte der Kriege gibt es sicherlich nirgends eine gleich illustre Verlustliste, die so viele Namen an einem einzigen Tag umgekommener Prinzen und Würdenträger, Großer und Vornehmer aufzuweisen hätte. Und das ist „des großen Unheils nur ein kleiner Teil“. Die Salamisschlacht zählt also auch zu den blutigsten Seeschlachten der Geschichte, wie nachstehende statistische Tabelle zeigen möge:

Seeschlacht bei	Gesamtverlust an		
	Schiffen	Besatzung	Tonnen
Salamis	**240**	**48 000**	**43 000**
Aktium	?	?	?
Lepanto	214	49 000	40 000
Trafalgar	18	8 700	34 200
Skagerrag	**33**	**11 000**	**233 000**

So verstehen wir den Wutschrei des äschyleischen Boten: O höchstverhaßter Name Salamis! So verstehen wir auch die Schmerzensorgien, die naturalistisch orientalischen Interjektionen, die den Jammer der Perser durch alle Tonleitern jagen bis zum Grotesken (Feuchtwanger).

* * *

Mit vermessener Zuversicht war Xerxes in das Gottesurteil der Schlacht hineingegangen. So sicher war er seiner Sache, so fest überzeugt von der Unbezwingbarkeit seiner



Massen, daß er dort von dem Steilhang des Aigaleos auf prunkvollem Sessel den Gang der Schlacht verfolgte, um Zeuge persischer Tapferkeit und des erhofften Triumphes seiner Streiter zu sein. Um so komischer mutet uns die Schnelligkeit an, mit der die Griechenfaust dem Siegessicheren den Goldstuhl vor die Türe setzte, oder richtiger gesagt, der Gottkönig den Thron asiatischer Hybris in der Hand der siegenden Griechen zurückließ, eine köstliche Trophäe, die später noch lange auf der athenischen Akropolis verwahrt wurde (Demosthenes gegen Timokr. 129). Das winzige Griechenland sollte in Grund und Boden gestampft werden. Allein mit furchtbarem Schwung hatte sich das Schicksalsrad gegen den Angreifer selbst gewendet. Wer wie Xerxes gewohnt war, mit Zahlen zu spielen und mit großen Massen zu rechnen, durfte allerdings hoffen, daß der Sieg ihm in den Schoß fallen werde mit der mathematischen Sicherheit des herabstürzenden Steines. Aber der stolze Beherrscher der Welt mußte es bitter am eigenen Leibe erfahren, daß die Menschengeschichte kein reines Rechenexempel ist, kein Muskelprodukt und mechanischer Prozeß, der nach der Strenge der Naturgesetze abläuft. Den Griechen selber war es zum Dogma geworden, daß das Walten der mechanischen Kräfte nicht alles entscheidet, daß an dem Netz des Weltgeschehens freie, lebendige Kräfte bestimmend mitwirken und mitweben, ja daß gerade an den gefährlichsten Knoten und Verschlingungen höhere, geheimnisvolle Mächte das Weberschifflein mit leisen, sicheren Fingern durch den menschlichen Zettel schießen lassen. Dieser Auffassung huldigten die Griechen mit Herodot nur gar zu einseitig und besonders das Ringen von Salamis haben sie tief in die Wasser der Mystik getaucht. Vor der Schlacht sah das ganze griechische Heer die Erscheinung eines Weibes, das ihm zurief: Ihr Toren! Wie lange noch soll es denn rückwärts gehen (Herod. 8,84)? Während der Schlacht glänzte von der Mysterienstätte Eleusis her ein Licht auf; das Thriasische Gefilde bis zum Meer hinab war voll Brausen und Rufen, als hielten



viele Menschen zu Hauf den Festzug des mystischen Jakchos; von der rufenden Menge am Lande stieg allmählich eine Staubwolke auf, die dann wieder zu sinken und sich auf die Schiffe zu legen schien. Andere sahen gespenstische Männergestalten im Harnisch, von Ägina her die Hände vor Griechenlands Flotte breitend — die Äakiden, die man mit Gebet vor der Schlacht zu Hilfe gerufen (Plutarch, Themist. 15). So lebten die Griechen der Gewißheit, daß sie Beistand aus anderen Sphären gefunden, daß sie von Hilfsvölkern in den Lüften unterstützt wurden. Themistokles selbst fühlte unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehenen sich zu dem Bekenntnis gedrungen: das haben nicht wir getan, sondern Götter und Heroen, die nicht wollten, daß Asien und Europa einen König hätten und dazu noch einen so gottlosen Frevler (Herod. 8, 109). Wir sind die stolzen Kinder einer Zeit, die sich rühmt, das saeculum historicum zu sein; deshalb sind wir auch mit der Fähigkeit begabt, aus diesen mystischen Phantasmagorien der altgriechischen Nebulisten mit instinktiver Sicherheit den psychologischen Kern herauszuschälen. Ja es gibt eine berühmte Forscherschule, die selbst darüber hinaus ist, weil sie im Geschichtsverlauf dieselben treibenden Kräfte und kausalen Faktoren entdeckt hat wie im Naturgeschehen: ein Puppentheater also die Weltgeschichte und alle Bewegungen darauf nur Gliederverrenkungen nach der Seite hin, wo die verdeckten Drähte der Naturgesetze anziehen. Für solche Geister gibt es keine salaminischen Geisterschlachten mehr.

In seinem neuesten Buch: Die Überzeugungskraft des Beweises erzählt Franz Haiser (S. 192 A.), er habe vor Jahren in Chicago den Vortrag eines amerikanischen Generals über „den Aberglauben in der Weltgeschichte" mitangehört. Der Herr habe sehr aufgeregt getan, daß nach den „großen" Erfolgen der Yankee-Waffen im Krieg gegen Spanien die Nation und selbst der Präsident sich bei Gott bedankte und nicht bei den Generalen. Pathetisch habe er schließlich ausgerufen: Thank the heros, not god, the phantasm



above the clouds. Natürlich. Das Diplom der Göttlichkeit stellt man sich im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten am besten gleich selber aus und die fromme Firma Jonathan u. Gen. (Munition en gros), der in Nöten Leibs und der Seele immerzu Hilfe kommt aus „Bethlehems“ Stahl, braucht dann, um zu siegen, keine „Hirngespinste über den Wolken“. Dafür ist aber auch in den Bezirken von Wildwest, so lange die Welt steht, noch nie etwas passiert, was an Bedeutung für die Zivilisation und den wahren Aufstieg der Welt zu vergleichen wäre mit der Menschen- und Göttertat von Salamis. Die Massenbereitung der „Wurst gleichen Namens“ in Chicago dürfte ja wohl nicht genau auf derselben Stufe stehen. Daß eine unsichtbare Hand zuweilen den Weichenhebel der Weltgeschichte erfaßt und mit gewaltigem Ruck nach der Seite herumwirft, wo das Glück und Heil der Völker liegt, ist unaustilgbare Menschheitsüberzeugung. Den Alten war Salamis eine solche Durchgangsstation. Die uralte Schicksalsfrage, ob dem Osten oder dem Westen die Führerschaft und Herrenrolle zufallen solle, ward hier zugunsten der europäischen Kultur entschieden. Das persisch-orientalische Weltmachtstreben erhielt einen Stoß ins Herz. Heute steht die Menschheit wieder im Begriff, auf ein neues Geleise zu fahren. Unwillkürlich geht da der Blick von der einen Zeitenwende zur andern. Wieder ist die orientalische Frage brennend geworden und der universale deutsche Geist ist eben damit beschäftigt, sie mit Schwert und Feder zu lösen im Sinne einer idealen, ethisch fundierten und damit dauerverheißenden Versöhnung von Orient und Okzident. Wieder ist das kleine Griechenland in die Orientliquidation hineingezerrt. Abermals hat ein vernichtungswütiger Riese die Axt an diesen altehrwürdigen Fruchtbaum im Menschheitsgarten gelegt und ihn bereits zu einem Nichts entblättert. Wieder wird auf gleichem Boden und unter dem gleichen Himmel wie einst in den Tagen der Perserkriege um griechische Freiheit und Ehre gerungen. Und im Flammenglanz dieser



großen Zeit leuchtet auch wieder der Name Salamis auf, die Griechen erinnernd, daß auch diesmal nicht bloß mit dem Schwerte gefochten wird auf irdischen Gefilden, sondern mehr noch mit geistigen Waffen und sittlichen Kräften. In jenem ungleichen Kampf müßte Hellas unterliegen, in diesem aber kann es siegen und sich retten für die schöne Aufgabe, auch künftig eine Bildungsenklave in der Welt des Ostens, der geistige Sauerteig für einen beträchtlichen Teil der Menschheit zu sein. Der Glaube an diese hohe Sendung wird es stärken auf seinem Leidensweg und vor Verzweiflung bewahren. O passi peiora! Dabit deus his quoque finem. Und Salamis, die Schicksalsinsel, von den Feinden heute so schmählich vergewaltigt und gekettet, wird dann, wenn die Friedensreiser wieder grünen, zum Symbol neuer Größe und einer besseren Zukunft werden.

Ruhmvoll thronest du Salamis,
Du von Wogen umspültes Glückseiland,
Stets allen im Glanze sichtbar.
(Soph.. Aias 596 ff.).

LXVI.

Kardinal Bettinger.

Gestorben am 12. April 1917.

Am wolkenlosen Himmel stand in strahlender Pracht das Tagesgestirn, als Domdekan Bettinger am 15. August 1909 im hohen Dom der bayerischen Hauptstadt die Bischofsweihe empfing. Am 16. April 1917 hat man seine sterblichen Überreste in der Erzbischofsgruft des Liebfrauendomes zur Ruhe gebettet. Kalter Regen peitschte durch die Straßen, den ganzen Tag. Die Sonne froher Hoffnung war in der großen Erzdiözese München und Freising aufgegangen als Erzbischof Dr. v. Bettinger sein Hirtenamt antrat. Die hochgespannten Erwartungen sind nicht getäuscht worden.



Nach nur achtjähriger oberhirtlicher Wirksamkeit hat das Lebenswerk des Kirchenfürsten einen jähen Abschluß gefunden. Trübselig schleichen die Stunden der Trauer um den Heimgegangenen dahin. Wird ein Gleicher sein Nachfolger werden, der das Werk Bettingers da fortsetzt, wo es seiner Hand entglitten ist?

Außergewöhnliche Kundgebungen erfolgten beim Tode des Kardinals Bettinger. König Ludwig III. rühmt in seinem Schreiben an das Domkapitel dem Verstorbenen nach: „Mit ihm ist ein Kirchenfürst von hervorragenden Geistes- und Charaktereigenschaften, inniger Frömmigkeit, vornehmer Gesinnung und großer Tatkraft dahingegangen." Sein Tod bedeute einen schweren Verlust „für das ganze katholische Bayernvolk". Kaiser Wilhelm II. schickte folgendes Beileidstelegramm an den König: „Der schmerzliche Verlust, den Du durch den Heimgang des um die Kirche und Dein treues Bayernvolk hochverdienten Erzbischofs von München und Freising, Kardinals Dr. v. Bettinger erlitten hast, erfüllt mich mit herzlicher Teilnahme und spreche ich Dir mein wärmstes Beileid aus." König Ludwig sagt noch: „Der Heimgang des edlen Verblichenen beraubt die Soldaten Meines Heeres ihres bewährten Feldpropstes, dem das geistige und leibliche Wohl der unter den Fahnen stehenden Söhne des Landes stets ein besonderes Anliegen war." Und der Heerführer Kronprinz Rupprecht nennt in seinem Kondolenztelegramm an das Domkapitel den Kardinal „den fürsorglichen hochverdienten Feldpropst der bayerischen Armee".

Von diesen Urteilen, welche die Bedeutung des ins Grab gesunkenen Kirchenfürsten in prägnanter Weise feststellen, fällt das des Kaisers noch dadurch auf, daß der Kaiser bisher bei einem solchen Todesfall in Bayern sich nicht hatte vernehmen lassen.

Das „Amtsblatt" für die Erzdiözese München und Freising"[1]) spricht vom „kraftvollen Wirken" des Verstorbenen,

1) Nr. 11 vom 12. April 1917.



nennt ihn einen „Hohepriester voll Kraft und Würde“, einen „Vater voll herzlicher Liebe und Güte“, einen Bischof „mit apostolischem Eifer und nie ermüdender Hingabe“. Diese Charakterisierung des Kardinals Bettinger nach der rein kirchlichen Seite hin bietet mit denen des Königs, Kaisers und Kronprinzen zusammen ein Bild des Kardinals dar, das dauernd festgehalten werden soll.

Wie kommt es, daß dieser einfache, schlichte fromme Priester, der von den 44 Jahren seines amtlichen Wirkens 36 ausschließlich in der Seelsorge und im Dienste der Schule zugebracht hat, zu einer so hoch gerühmten Tätigkeit gelangte, die ihm die Liebe des Volkes und das hohe Ansehen bei den regierenden Herrschern in Bayern und im Reiche brachte?

Die Beantwortung dieser Frage ist gar nicht schwer für jene, die den Pfarrer und Domkapitular Bettinger gekannt hatten. Ein pfälzischer Regierungspräsident, der ihn näher beobachtet hatte, meinte von Bettinger „das ist das Holz, aus dem man Bischöfe schnitzt“. Er hatte jedoch ein „Schade, schade“ hinzugefügt, wegen der Beteiligung Bettingers an zwei Wahlkompromissen des Zentrums der Pfalz mit der Sozialdemokratie im Jahre 1899. Gleichviel wie man diese, übrigens immer wieder unrichtig dargestellte Angelegenheit beurteilen mag, die man aus dem Ingrimm der durch die frühere Wahlkreiseinteilung totgeteilten pfälzischen Katholiken allein richtig verstehen kann und die ebenso das Ergebnis der Denkweise des pfälzischen Klerus war, darüber mußte man hinwegkommen, und die staatliche Seite, welcher der Vorgang bekannt war, ist auch darüber hinweggekommen. Als ein Mann, der in sich die Fähigkeit und Kraft zu Außerordentlichem hatte, wurde Bettinger vom pfälzischen Klerus angesehen, dessen unbestrittener Führer er gewesen ist. Und von dieser Seite wurde es mit Jubel begrüßt, als dem Dompfarrer Bettinger über den Domdekan an der Speyerer Kathedrale hinaus der Weg zum Erzstuhl der bayerischen Hauptstadt geöffnet und der Sohn des Land-



stuhler Schmiedemeisters so hoch erhoben wurde. Daß er sich hervorragend bewähren werde, war in der Pfalz die feste Überzeugung. Heute steht fest, daß sie vollauf begründet war.

In einem der Nachrufe, die dem verstorbenen Kardinal Bettinger gewidmet wurden, ward er auf Kosten seines Vorgängers des Erzbischofs Dr. von Stein gerühmt.[1]) Dessen hätte man sich enthalten sollen. Es ist doch nicht angängig, subjektive Meinungen, die man Tatsachen gleichstellt, in so ungünstige Werturteile zu wandeln; das Wort hat hier die spätere kirchengeschichtliche Forschung und Kritik, die abzugleichen wissen wird. Daß Erzbischof Dr. v. Stein „scheu, ja fast ängstlich zurückhaltend“ war, daß er keine „engere Fühlung“ mit seinem Klerus hatte, ist zum mindesten die pietätlose Beurteilung eines seeleneifrigen Bischofs, abgesehen von der Wahl des jetzigen Augenblickes. Der Zentrumsführer Dr. von Daller z. B. beurteilte aus seinen Erfahrungen heraus den Erzbischof wesentlich anders und andere, die in kirchenpolitischen Fragen mit Dr. v. Stein zu verhandeln hatten, stimmten mit Dr. v. Daller überein. In seiner Zeit war die Ernennung des Universitätsprofessors Dr. v. Stein zum Bischof von Würzburg ein ganz wesentlicher Fortschritt, der den Weg aus der haltlosen Praxis der Bischofsernennungen der Aera Lutz heraus öffnete. Nach dem Tode des Bischofs v. Reißmann am 17. November 1875 blieb der bischöfliche Stuhl von Würzburg drei Jahre verwaist, weil das Oberhaupt der Kirche den Kandidaten der bayerischen Regierung nicht zum Bischof bestätigte. Diese Aera der Verirrung wurde mit der Ernennung des Universitätsprofessors Dr. v. Stein zum Bischof von Würzburg durchbrochen. Sein Name steht für immer im Glanze freundlichen Lichtes. Doch die Zeit schreitet fort. Als Dr. v. Stein nach zwanzigjährigem episkopalen Wirken zum Erzbischof von München und Freising am 12. Febr. 1898

1) Münchener Zeitung Nr. 100 vom 13. April 1917.



präkonisiert wurde, befand er sich am Ende der sechziger Jahre. Der neuen Zeit, zumal in den größeren und ungewohnten Verhältnissen der Hauptstadt, folgte er vielleicht nicht so rasch, als es wünschenswert gewesen wäre. Das ist ein natürlicher Vorgang, der sich bei allen Menschen zeigt und der auf die Beurteilung der Eigenschaften und Absichten keinen Schatten wirft.

In der Aera Lutz herrschte eine Zeit lang das Bestreben, auf die Bischofssitze Männer zu bringen, von denen man annahm, daß sie in bewegter Zeit der Kirchenpolitik der Staatsregierung keinen härteren Widerstand leisten würden. Das hat zu vielfachen Kollisionen mit dem Hl. Stuhl geführt, nach denen eine Änderung der Dispositionen der Staatsgewalt herbeigeführt wurde. Solche Motive bei Bischofsernennungen hat man mehr und mehr aufgegeben. Aber noch lange erhielt sich das Sentiment, daß die Bischofsstühle nicht gerade nach der speziellen Eignung des Kandidaten für die jeweils in Betracht kommenden Diözesen und deren besondere Erfordernisse besetzt zu werden bräuchten. Auch das ist falsch. Daß so verfahren werde, kann auch bei dem allerbesten Vorhaben der Staatsgewalt immer wieder vorkommen in der Abschätzung der kirchlichen Bedürfnisse. Allein es kann festgestellt werden, daß die Bischofsernennungen, welche unter den drei letzten Kultusministern instruiert wurden — der jetzige Minister ist jetzt zum zweitenmal in diese Lage versetzt — in steigendem Maße das Ideal erreichten, allein nach respektablen rein kirchlichen Gesichtspunkten die Entscheidung, soweit die Staatsgewalt an ihr beteiligt ist, zu treffen. Die Wahl des Erzbischofs Dr. von Bettinger gehört zu diesen Bischofsernennungen.

Kardinal-Erzbischof Dr. v. Bettinger war nicht aus der Gelehrtenrepublik hervorgegangen, sondern aus der Praxis des kirchlichen Amtes. In der Seelsorge, im Schulwesen, in der Diözesanverwaltung hatte er einen reichen Schatz von Erfahrungen gesammelt. Sie sind immer und in allen Fällen ein köstliches Gut. Das erleichterte ihm seine Auf-

gabe als Oberhirte einer großen Diözese, aber das alles machte nicht Bettingers Bedeutung aus. Er war eine Führernatur. Darin ist sein Ruf begründet. Dr. von Bettinger ging mit der Zeit, er blickte mit klaren Augen in die Verhältnisse, die sich um ihn her entwickelten, er verstand sie und wußte daraus bei der Tatkraft, die seine Wesenheit ausmachte, die rechten Schlüsse für sein Hirtenamt zur rechten Zeit zu ziehen, die er unbeirrt durchführte. Er hatte noch den besonderen Vorzug der politischen Schulung. Dr. v. Bettinger ist im Landtag und in der Presse wiederholt angegriffen worden, noch bis in das Jahr 1912 hinein, in vollster Verkennung seiner Persönlichkeit. Einmal machte bei einem solchen Angriffe der Abg. Dr. v. Pichler den Zwischenruf in der Abgeordnetenkammer: „Müssen wir uns denn alles gefallen lassen?"[1]) Und in einer Rede forderte derselbe Abgeordnete, daß man dem Erzbischof gegenüber das beobachte, „was sonst unter gebildeten und gesitteten Leuten üblich ist".[2]) Alle diese Angriffe waren unbegründet und unangebracht. Aktiver Politiker ist Dr. v. Bettinger zu keiner Zeit gewesen, er hatte lediglich die politischen Dinge mit dem Interesse verfolgt, das jeder Gebildete für sie haben sollte, und hat sie in fester Grundsätzlichkeit, nach seiner katholischen Weltanschauung beurteilt. Bei seinem Tode ist ihm von jener Seite,[3]) die ihn früher bekämpft hatte, das Zeugnis ausgestellt worden, daß „der Erzbischof sein Amt von der früheren politischen Tätigkeit zu trennen wußte". Die abgeklärte Ruhe dieser außergewöhnlichen Natur ist durch diese Angriffe nicht einmal in lebhafte Schwingungen versetzt worden, sie verfehlten ihr Ziel gänzlich.

Durch diese seine Eigenart ist Kardinal Erzbischof

---

1) Sitzung der bayer. Abgeordnetenkammer vom 5. Juni 1912. Im Bericht Seite 833 ist der Zwischenruf nicht zu finden, aber er wurde in der Tagespresse verzeichnet und der so Angeredete reagierte darauf.

2) Sitzungsbericht Seite 840, Spalte 1.

3) Münchener Neueste Nachr. Nr. 184 vom 13. April 1917.

Dr. v. Bettinger ein Volksbischof geworden, der enge Fühlung mit dem Volke und den katholischen Organisationen hielt und keine Mühe scheute, allüberall, wo sich geeignete Gelegenheit darbot, unter den seiner oberhirtlichen Leitung anvertrauten Diözesanen zu erscheinen und sie durch seine Rede, die stets furchtlos, kurz, sachlich und treffend war, für die Ziele der katholischen Weltanschauung zu begeistern.

Gelegentlich ist er bei einer der alljährlichen Wallfahrten Münchener katholischer Vereine nach Altötting dort erschienen. Hell leuchtete das Auge des Oberhirten, als er die erhabene Feier mit ihrem ergreifenden Zeremoniell und der tiefen Innerlichkeit praktischen Christentums beobachtete: „1200 Männer am Tisch des Herrn!" sagte er bewegt zu seiner Umgebung.

Die volle Erfassung der Zeitlage veranlaßte auch Erzbischof Dr. v. Bettinger, alles daranzusetzen, die Kirchengemeindeordnung unter Dach und Fach zu bringen. Sie gefiel ihm keineswegs in allem. Durch seine Vermittlung beim Hl. Stuhl, im bayerischen Episkopat, bei der Staatsregierung und in der Reichsratskammer wurden neue Verbesserungen erzielt, die das Gesetzgebungswerk gangbar machten. Er drängte zur Vollendung desselben, weil er sah, daß nur auf diesem Wege den großen Nöten der Großstadtseelsorge gesteuert werden konnte. Dem Kultusminister Dr. v. Wehner muß nachgerühmt werden, daß er verständnisvoll alles tat, um die Frage zum Abschluß zu bringen, wie er dann auch später in privater Tätigkeit der katholischen Gesamtkirchengemeinde München eine mustergiltige Organisation geschaffen hat.

Die Organisation katholischer Akademiker hatte Bettinger schon in seiner Studentenzeit als Stifter der großen katholischen Studentenverbindung Markomannia in Würzburg begründen und ausbauen helfen. Diese Organisation lag ihm zeitlebens am Herzen, er beteiligte sich bis in seine letzten Tage an ihr und förderte sie, weil er, wie er wieder und wieder äußerte, in dieser Organisation eine Basis erblickte für



die regere Anteilnahme des katholischen Volkstums am Beamtenstand und an den öffentlichen Ämtern überhaupt.

Ein besonderes Augenmerk hatte Kardinal Erzbischof Dr. v. Bettinger für die katholische Presse. Tätig unterstützte er den Katholischen Preßverein, dessen Wirksamkeit jetzt im Kriege sich segensreich erwiesen hat durch die Verbreitung guter Erzeugnisse der Literatur. Gerade auch die schöne Literatur, die tief in das Volk und die Gebildeten dringt, erregte sein Interesse. Abhold war der Kardinal allen Erscheinungen, in denen sich Verschwommenheit und Künsteleien mit Grundsätzen zeigten, die bezielten, auf der Gegenseite in den Ruf der „Vorurteilslosigkeit" zu gelangen.

Zum erstenmal war, infolge des Weltkrieges, dem Oberhirten von München und Freising Gelegenheit gegeben, das Amt eines katholischen Feldpropstes für die bayerische Armee in umfassender Weise auszuüben. Für die eigentliche Feldseelsorge war bei Ausbruch des Krieges sehr mangelhafte Vorsorge getroffen. Dem Kardinal-Erzbischof Dr. v. Bettinger ist es gelungen, in kürzester Zeit eine mustergiltige Organisation zu schaffen für die Versorgung der Truppen im Felde und in den Lazaretten. Sein Wirken auf diesem Gebiet hat sich den wärmsten Dank der katholischen Soldaten und ihrer Angehörigen zuhause und die vollste Anerkennung der Heerführer erworben.

In der Zeit, da die Spannung in der Frage der christlichen Gewerkschaften entstanden war und sich länger hinauszögerte als in den deutschen innerpolitischen Verhältnissen vielen zuträglich erschien, bemühte sich Kardinal Bettinger in Verbindung mit einem bayerischen Bischof um die Schlichtung der Angelegenheit.

Noch ist die Zeit nicht da, Tatsachen seines kirchenpolitischen Wirkens in Rom, in Berlin, in München, im bayerischen Episkopat anzuführen. Kardinal Bettinger war in mancher Hinsicht mehr und mehr das geworden, was Kardinal Kopp war. Seine Stellung war immer einflußreicher geworden, selbst für Angelegenheiten, die außerhalb Bayerns in Deutschland

sich abwickelten. Er war ein Mittelpunkt, ein Amalgam, wie einmal Jörg in den Historisch-politischen Blättern von Windthorst bei dessen Tod sagte. Bei der Papstwahl hat Kardinal Dr. v. Bettinger erfolgreich mitgewirkt. Daß das Jesuitengesetz fiel, ist mit seinen Bemühungen zu danken. Und sein treuer deutscher Patriotismus, sein kluger, weitausschauender Sinn hat es auch zuwege gebracht, daß eine in den Kriegswirren entstandene Angelegenheit in erobertem Gebiet eine für Reich und Kirche nützliche Regelung gefunden hat.

Die Königsfrage in Bayern hatte Schwierigkeiten zu bestehen, ehe die Lösung erzielt wurde. Die von der Regierung vorgeschlagene Art der Vereinigung durch Verfassungsänderung, um eine Handhabe für den Rücktritt des Königs Otto zu gewinnen, hatte prinzipielle Gegner allenthalben. Als im Jahre 1913 die Frage neuerdings vorgetreten war, schuf jedoch Kammerpräsident Dr. v. Orterer in der bayerischen Zentrumsfraktion die Grundlage der Erledigung in der Abgeordnetenkammer, und Reichsratspräsident Fürst Fugger mit dem Reichsrat Dr. v. Bettinger vollendeten das Werk. Die vermittelnde Tätigkeit Bettingers gerade in dieser Frage ist zuletzt ausschlaggebend geworden.

Mit Kardinal Dr. v. Bettinger ist ein Kirchenfürst heimgegangen, dessen Name eine dauernde kirchengeschichtliche Bedeutung gewonnen hat durch die erstmalige Verleihung des Kardinalats an einen bayerischen Landesbischof. Kardinal Dr. v. Bettinger war der 23. Kardinal aus dem heutigen Bayern, aber seit Bayern ein Königreich, gab es keinen in Bayern residierenden Kardinal mehr. Die Bekleidung des Erzbischofs von München mit der Kardinalswürde lag eigentlich von jeher nahe, seit das Deutsche Reich gegründet und der Zusammenhang mit Österreich gelöst war. Es waren nur zwei preußische Landesbischöfe Kardinäle, eine Zahl, die zu gering ist zur Vertretung der deutschen Katholiken im heiligen Kollegium. Vom Heil. Stuhl aus lagen keine Schwierigkeiten vor gegen die Erhebung eines bayerischen Kirchenfürsten zum Kardinal. Die Frage ist unter der Herrschaft



des König Ludwig III. rasch gelöst worden. Papst Pius X. ergriff mit Freuden die Initiative dazu. Am 25. Mai 1914 wurde Erzbischof Dr. v. Bettinger als Kardinal erwählt und publiziert.

Kardinal-Erzbischof Dr. v. Bettinger war eine feste Säule der Hierarchie, ein der Lehre und Disziplin der Kirche unerschütterlich ergebener Hirte. Da gab es für ihn keine Kompromisse, sondern nur gradlinige Konsequenz. Er war dem bayerischen und deutschen Vaterland mit ganzer Liebe zugetan und in Treue dem Könige und dem Wittelsbacher Herrscherhause ergeben. Als ein liebevoller, umsichtiger, erfolgreicher Seelenhirt, als ein Paladin der Kirche und des Vaterlandes wird Kardinal-Erzbischof Dr. v. Bettinger in der Geschichte weiter leben. G. B.

LXVII.

45 Jahre Jesuitengesetz.

Ein Rückblick und Ausblick.

Im Februar 1912 brachte das Zentrum im Reichstag folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Gesetz betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872: Wir Wilhelm von Gottes Gnaden usw. verordnen im Namen des Reiches nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages: § 1. Das Gesetz betr. den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 wird aufgehoben. § 2. Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzuges des in § 1 genannten Gesetzes erlassenen Verordnungen verlieren ihre Gültigkeit. § 3. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.



Dieser Gesetzentwurf wurde vom Reichstag ein Jahr später, am 19. Februar 1913, in einer einzigen Sitzung in allen drei Lesungen — was nur möglich, wenn niemand widerspricht — angenommen. Die ablehnende Minderheit, bestand aus den Nationalliberalen, den Konservativen und der Mehrheit der Fortschrittler. Dem somit vor vier Jahren vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf gab der Bundesrat in seiner Sitzung am 19. April 1917 seine Zustimmung und der Reichsanzeiger veröffentlichte sofort folgendes:

Gesetz,
betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872.
Vom 19. April 1917.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Das Gesetz, betr. den Orden der Gesellschaft Jesu, vom 4. Juli 1872 (Reichs-Gesetzbl. S. 253) wird aufgehoben.

§ 2. Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzugs des im § 1 genannten Gesetzes erlassenen Verordnungen verlieren ihre Gültigkeit.

§ 3. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 19. April 1917.

(Siegel) Wilhelm.
Dr. Helfferich.

Zwischen dem 4. Juli 1872 und dem 19. April 1917 liegen fast 45 Jahre, ein langer, wechselreicher Weg voll von Erbitterung, Kampf und fortgesetzter Enttäuschung. Es lohnt sich wohl, einen kurzen Rückblick auf diesen Weg zu werfen.

Bekannt ist, wie das Gesetz gegen die Jesuiten durch



die Vereinigung scharf antikatholisch gerichteter Instinkte der liberalen und konservativen Parteien zustande kam. Bei den ganz offenkundigen grundstürzenden Bestrebungen der Freimaurerei im jetzigen Weltkriege darf die Feststellung vielleicht nicht überflüssig erscheinen, daß die Freimaurerei bei dem Zustandekommen des Ächtungsgesetzes eine große Rolle spielte.

„Es läßt sich erwarten — schrieb damals das Freimaurerorgan „Die Bauhütte" — „daß alle Brüder Maurer die in Umlauf gesetzten Adressen, betreffend die Vertreibung der Jesuiten, dieser schlimmsten Feinde der Toleranz und Civilisation, der Verderber der Moral und Religion, der Zerstörer des Friedens, der Freiheit des Vaterlandes und der geschworenen Feinde der Freimaurerei, nicht nur selbst unterzeichnen, sondern daß sie auch die Unterzeichnung und Verbreitung dieser Adressen aller Wege fördern. Wir halten es für unsere Pflicht, den Brüdern dieses hiermit noch ganz besonders an's Herz zu legen".[1])

Interessant ist es besonders heute, daß damals gleichzeitig mit dem Vorgehen der deutschen Freimaurer auch in Frankreich die Austreibung der Jesuiten gefordert wurde und zwar von denselben Männern, welche gleichzeitig die volle Straflosigkeit der Pariser Kommunisten beantragten.

Wie die einzelnen Parteien schließlich die Formulierung zusammenbrachten, hat am klarsten der Abgeordnete Gröber in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 26. April 1912 dargelegt,[2]) wo er auch mit guten Gründen dartut, daß die Einzelheiten des Gesetzes regelnde Bundesratsverordnung vom 5. Juli 1872 der Rechtsgültigkeit entbehrt. Von dem Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichtes vom 8. Mai 1900 (aus Anlaß der Klage Andelfinger), auf die man sich für die Gültigkeit der Bundesratsverordnung berufen, behauptet Gröber, daß ihm solche bedenkliche Auslegungsgrundsätze in seiner ganzen juristischen Praxis bei keinem höchstrichterlichen

1) Die Bauhütte 1872 Nr. 15.
2) Vergl. Stenograph. Bericht 1912, 1453 ff.

Urteil vorgekommen, und er zeigt im einzelnen „die vollendete Hilflosigkeit" dieses Urteils.[1])

Die Durchführung dieses Verwaltungs-, nicht Justizgesetzes war hart, sehr hart, und ging vielfach über Wortlaut und Geist des Gesetzes hinaus. Man ging soweit, einzelne hochangesehene Jesuiten, wie z. B. in Köln, Stolberg, Landshut usw. aus dem Schoß ihrer Familie zu reißen.[2])

Das jetzt gefallene Gesetz hatte schon bei seiner Annahme im Jahre 1872 eine starke Gegnerschaft gefunden, die Majorität betrug 183 gegen 93 Stimmen, und die Gegnerschaft ist bei den seither mehr als zehnmal angenommenen Anträgen des Zentrums auf Aufhebung stets gewachsen.

Im Jahre 1894 hat der Bundesrat durch Bekanntmachung vom 18. Juli die Redemptoristen und die Priester vom hl. Geist von den Wirkungen des Gesetzes befreit — sie waren nun nicht mehr jesuitenverwandt. Dann hat das Reichsgesetz vom 8. März 1904 den Artikel 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben und den Jesuiten und den noch mit ihnen als verwandt behandelten Orden wenigstens das Recht der Freizügigkeit wiedergegeben. Einen großen Rückschritt bedeutete aber die in Folge des bayerischen Jesuitenerlasses vom 11. März 1912 ergangene rechtlich wie moralisch absolut unhaltbare Interpretation des Bundesrats vom 28. November 1912: „Verbotene Ordenstätigkeit ist jede priesterliche oder sonstige religiöse Tätigkeit gegenüber andern, sowie die Erteilung von Unterricht." In dem Heft 8/9 des Magazins für volkstümliche Apologetik von Ernst Kley, das die Aktenstücke über die Jesuitenfrage im Jahre 1912 enthält, schließt diese wunderliche Interpretation die S. 335 und die gegenüberstehende S. 334 endet mit folgenden Worten eines Aufsatzes des P. Duhr in der Allgemeinen Rundschau vom 1. Juni 1912 über Todfeindschaft oder Verständigung:

1) Wortlaut des Urteils in Entscheidungen des Ober-Verw.-Ger. Bd. 37 (Berlin 1901) 430 ff.

2) Vergl. Näheres bei A. Sträter, Die Vertreibung der Jesuiten aus Deutschland im Jahre 1872. Freiburg 1914.



„Die Zeiten sind ernst genug. Eine düstere Wolke steht am politischen Himmel. Einzelne Blitze erhellen zuweilen schrecklich grell die Situation und zeigen die ersten Stadien eines drohenden Weltkampfes um die Freiheit der Meere. Bei diesem Kampfe kommen nicht allein Handel und Industrie, sondern auch viele andere kulturelle Güter in Frage. Die Anspannung aller Kräfte wird not tun, und dazu ist vor allem erforderlich: Einigkeit."

Die düstere Wolke hat sich zwei Jahre später entladen in entsetzlicher Furchtbarkeit. Der Krieg hat alte Meinungen umgestoßen und sich in vielen Stücken als Lehrer erwiesen. Auch in der Jesuitenfrage hat er reinigend gewirkt. Die großen Parteien haben sich in dem einen brennendsten Interesse mehr genähert. Es ist interessant, die Wandlung in unserer Frage zu verfolgen.

Schon im Jahre 1915 schrieb die „Kölnische Zeitung" (1915, Nr. 296): „daß Ausnahmegesetze für Deutsche, die in diesem Kampfe um das gemeinsame Vaterland ohne Ausnahme ihre Pflicht getan haben, fortan unzulässig sind. Der Staatssekretär hat schon angedeutet, daß darum das Jesuitengesetz fallen muß. Dem ist zuzustimmen, ein wie schweres Opfer dieser Verzicht für viele unserer evangelischen Mitbürger auch sein mag."

Auch die „Vossische Zeitung" unterschrieb diese Forderung (1915, Nr. 259): „Der Gesetzestorso (des Jesuitengesetzes), der noch übrig ist, hat sicherlich weder für Freunde noch für Gegner solche Bedeutung, daß er verdiente, in einer Zeit umstritten zu werden, wo das deutsche Volk in geschlossener Einheit einer Welt von Feinden gegenübersteht."

Noch in den letzten Tagen vor der Aufhebung hat die „Post" die Nachricht gebracht, daß die freikonservative Fraktion gegen die Beseitigung des Jesuitengesetzes nichts einzuwenden habe.

Wie nationalliberale, freisinnige und freikonservative Zeitungen, so urteilten auch konservativ gerichtete Blätter in gleichem Sinne. „Das Volk (Nr. 199, 24. August 1916) sprach sich ebenfalls für Beseitigung des Jesuitengesetzes aus. „Vor dem



Kriege," so schrieb dort Reinhard Mumm, „hielt ich es für nicht zeitgemäß, das Gesetz abzubauen. Heute sehe ich die Lage so an, daß seine Erhaltung einem Teile unseres Volkes bitter erscheint und keinem Volksteil Gewinn bringt. Ich habe Grund zu der Annahme, daß keine Partei des Deutschen Reichstages eine Beseitigung des Jesuitengesetzes bekämpfen wird."

Als bei den Beratungen der verstärkten Budgetkommission am 20. März 1915 der Antrag auf Abschaffung aller Ausnahmegesetze angenommen wurde, stimmte niemand dagegen, wenn sich auch mehrere Mitglieder der Abstimmung enthielten. Die „Köln. Volksztg." konnte damals (Nr. 239, 22. März 1915) behaupten: „Der Eindruck der Verhandlungen war, daß dem Jesuitengesetz das letzte Stündlein geschlagen hat. Niemand tritt mehr für die Aufrechthaltung des Gesetzes ein."

In der Sitzung des Reichstages vom 10. Mai 1916 gab der Abg. Becker seinem Befremden Ausdruck, daß die Regierung noch nichts habe verlauten lassen, ob und wann endlich das häßlichste Ausnahmegesetz, das Jesuitengesetz, beseitigt werden soll. Es hat sich damals kein Widerspruch erhoben, ebensowenig wie im Oktober 1916, als der freisinnige Abg. Naumann die Aufhebung befürwortete.

Nun das letzte Ausnahmegesetz im Deutschen Reiche gefallen ist, sind alle Parteien und alle Blätter zufrieden mit Ausnahme der Zeitungen, die von der Leitung des Evangelischen Bundes gespeist werden. Immer und immer wieder das Schreckgespenst der Bedrohung des konfessionellen Friedens! Die Leser der Bundesblätter sollten doch nicht ihre anerzogenen Gefühle und all die Gruselgeschichten ihrer Konfirmanden- und Geschichtenbücher befragen, sondern sich ebenfalls resolut auf den **Boden der Tatsachen** stellen.

Vom Jahre 1848 bis 1872 waren die Jesuiten in Preußen völlig frei und nirgends ist eine Störung des konfessionellen Friedens nachgewiesen worden.[1]) Bis zum Jahre

1) Vgl. die Tatsachen und Akten bei Duhr, Aktenstücke zur Geschichte der Jesuiten-Missionen in Deutschland 1848—72 Freiburg 1903 —



1887 waren in Preußen alle Orden verbannt — aus Furcht vor Störung des konfessionellen Friedens. Welcher der zahlreichen wieder zugelassenen Ordensleute hat seither den Frieden gestört? Bis zum 18. Juli 1894 waren Redemptoristen usw. vom Deutschen Reiche ausgewiesen aus Furcht vor Störung des konfessionellen Friedens! Wo ist ihnen seither eine Störung nachgewiesen? Vor der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes brauste im Jahre 1904 ein gewaltiger Sturm durch die deutschen Lande: der konfessionelle Friede in Gefahr! Wo ist seit 1904 diese Gefahr eingetreten? Nicht Vorurteile, Angstgefühle, Tatsachen müssen sprechen, Tatsachen gegen deutsche Jesuiten, nicht was englische, französische, italienische Jesuiten im Interesse ihres Landes tun zu müssen glauben.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (20. April 1917) schreibt:

Mit der Zustimmung des Bundesrates „ist der Rest des Jesuitengesetzes, dessen einer Teil bereits im Jahre 1904 aufgehoben worden war, außer Kraft gesetzt worden. Die katholischen Deutschen, die sich an diesem Kriege an vaterländischer Treue und an Heldentum und Opfermut von den Angehörigen keiner anderen Konfession übertreffen lassen, empfanden den Fortbestand des Jesuitengesetzes mit Bitterkeit. Sie konnten darauf hinweisen, daß die deutschen Jesuiten in großer Zahl dem Vaterland mit ihrem Blute gedient haben, daß sie an unseren Fronten predigten, pflegten und kämpften. Die nationalen Besorgnisse, aus denen seinerzeit das Ausnahmegesetz entstanden ist, sind nach den Erfahrungen dieses Krieges hinfällig."

Die Katholiken dürfen sich also wohl der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, daß nunmehr auch die Einzelstaaten ihre Ausnahmegesetze gegen die Jesuiten und gegen die Katholiken überhaupt preisgeben werden — als unwürdig des gemeinsamen Kampfes und des gemeinsam vergossenen Bruderblutes.

Rist, Die deutschen Jesuiten auf den Schlachtfeldern und in den Lazaretten 1866 und 1870/71, Freiburg 1904 — Camerlander, Sind die Jesuiten deutschfeindlich? Freiburg 1913.



In dieser Beziehung bemerkt treffend der früher ganz anders gerichtete nationalliberale Schwäbische Merkur am 20. April 1917 (Nr. 183):

„Wir stehen vor dem überwältigenden, zur Beseitigung aller nicht mehr im vollen Sinn erheblichen Streitpunkte zwischen den Konfessionen mahnenden Eindruck eines Zusammenwachsens von Protestanten und Katholiken zu gemeinsamer Anspannung für das höchste irdische Gut, für die Erhaltung und Wohlfahrt des deutschen Volkes und Staates: Protestanten und Katholiken haben sich auf dem höheren Boden gemeinsamer Staatsgesinnung zusammengefunden. Es beherrscht uns das Gefühl, daß Streitpunkte minderen Grades, die jederzeit wieder als Zankapfel in das politische und kulturelle Leben hereingeworfen werden könnten, verschwinden sollten in einer Zeit, in der es gilt, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist. Und so werden wir es auch verstehen müssen, wenn eine vorausblickende Staatskunst es unternimmt, den Ertrag in Scheunen zu bringen und als Friedensgut in das neue Reich mit einzufahren."

Die Gegner unter den positiv gerichteten Protestanten, mit denen uns Katholiken und auch die Jesuiten so wichtige Weltanschauungsfragen über Gott, Welt und Dekalog verbinden, mögen es einmal auf den Versuch ankommen lassen, ob sie nicht mit allen vernünftigen Katholiken und Jesuiten besser fahren als mit Atheisten und Nihilisten, die sich ja doch auch frei im Deutschen Reiche ohne Ausnahmegesetz bewegen können. Sie werden dann die Wahrheit der Worte erleben, die der feinsinnige Jesuit Peter Lippert vor einigen Jahren (1912) in seiner Schrift: Zur Psychologie des Jesuitenordens (S. 85) niedergeschrieben hat:

„Die Jesuiten von heute sehen in den christlich gesinnten Protestanten ihre Brüder und Waffengenossen in dem großen Geisteskampfe gegen die antichristliche Bewegung der Neuzeit. Darum soll auch kein Mißtrauen und kein bitteres Gedenken mehr zwischen ihnen stehen, und einzelne Übereifrige und unduldsame Geister, wie sie immer auf beiden Seiten sich finden werden, sollen dieses Verhältnis christlicher Duldung und Milde



nicht stören dürfen. Wohl sollen die Ideen miteinander ringen, ein frischer Kampf der Geister mit geistigem Wissen und geistigen Kräften geführt, soll herrschen, denn die freie Konkurrenz ist noch lange keine Intoleranz und keine Verfolgung."

Das galt früher, es gilt aber tausendmal mehr in und nach dem größten Krieg, den unser gemeinsames deutsches Vaterland je durchgerungen.

LXVIII.

Die Bedrohung der belgischen Neutralität durch Frankreich.

In der bekannten und angesehenen holländischen Zeitung „Stichtsche Courant" vom 22. und 23. März findet sich ein aus Antwerpen stammender Aufsatz „De Bedreiging der Belgische Neutraliteit door Frankrijk", der auf Grund einer mir vorliegenden Schrift des belgischen Generals Ducarne auf die stetige Absicht Frankreichs hinweist, Belgien an sich zu reißen oder die Neutralität des kleinen Nachbarstaates zu verletzen. Folgende, im engsten Anschluß an die Schrift Ducarnes und an die Mitteilungen des neutralen Blattes gegebene Ausführungen dürfte ein beachtenswertes Zeugnis dafür sein, wie die Achtung vor der belgischen Neutralität seitens Frankreich in Wirklichkeit ausgesehen hat.

Frankreich erstrebt seit Jahrhunderten den Besitz des gesamten linken Rheinufers. Darum raubte es Elsaß-Lothringen und eroberte die zum späteren Königreich Belgien gekommenen Gebiete der Niederlande. Ludwig XIV. riß bedeutende Stücke der Niederlande an sich, die Revolutionsheere und Napoleon I. brachten das gesamte linke Rheinufer an Frankreich. Als der Wiener Kongreß die Niederlande als Königreich wieder herstellte, mußte sich dieses zur ersten Abwehr etwaiger neuer Eroberungsversuche Frankreichs



verpflichten. Seither behielt Frankreich unablässig die Gewinnung der nachmaligen belgischen Gebiete im Auge und versuchte wiederholt, das nördliche Nachbarland an sich zu bringen. Recht bemerkenswert sind die Ausführungen des belgischen Obersten und nachherigen Generalstabchefs Ducarne über Frankreichs Haltung gegenüber Belgien in seinem 1900 verfaßten „Mémoire sur les obligations internationales de la Belgique quant à la défense de son indépendance et de sa neutralité et sur la détermination du caractère et de l'étendue des moyens de défense applicables au pays."

Ducarne legt dar, wie das Königreich der Niederlande aus wohlbegründetem Mißtrauen gegenüber den kriegerischen Instinkten Frankreichs als Pufferstaat geschaffen wurde und wie die damit verbundene Verpflichtung seit der Trennung Belgiens von Holland auf sein Land übergegangen wäre.

„Frankreich", schreibt er, „beanspruchte stets, seine Herrschaft bis zum Rhein auszudehnen. Allerdings konnten die Franzosen diesen ihren Wunsch nur während einiger Jahre des zu Ende gehenden Jahrhunderts verwirklichen. Seitdem beherrscht sie, so scheint es, die leidenschaftliche Sehnsucht nach dem Besitz unseres Landes. Revolutionen folgten auf Revolutionen, Regierungen auf Regierungen, aber stets gab es Schriftsteller, Volksredner, Militärs und Staatsmänner, welche die Eroberung der belgischen Provinzen forderten. Im Jahre 1829 versuchten die französischen Legitimisten, mit Rußland einen Vertrag zustande zu bringen, der Belgien Frankreich zusprechen sollte. Unter der Julimonarchie schreibt Thiers seine Geschichte des Konsulats und des Kaiserreichs, in der er auf jeder Seite den Rhein als die natürliche Grenze Frankreichs bezeichnet. Im Jahre 1831 erklärte er in der Deputiertenkammer, wenn es auch jetzt nicht klug sei, Belgien mit Frankreich zu vereinigen, so dürfe man dennoch die Ansprüche auf unser Land nicht aufgeben. Talleyrand schlägt eine Teilung Belgiens und Luxemburgs unter Frankreich, Preußen und Holland vor, unter gleichzeitiger Neutralisierung Antwerpens, um



England zufriedenzustellen. Kaum hatte im Jahre 1848 (in Frankreich) die Republik triumphiert, als schon eine Horde von Revolutionären, die von der Regierung besoldet und unterstützt wurde, in unser Land einbrach. Die Geschichte des zweiten Kaiserreichs von Taxile Delord und die diplomatische Geschichte Europas von Debidour stellen beide ebenso wie die Memoiren des Herrn de Falloux fest, daß am Tage nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1852 das Dekret betreffend Belgiens Angliederung an Frankreich geschrieben und vom Prinz-Präsidenten unterzeichnet wurde. Dann wurde es an den Staatsanzeiger (Moniteur français) gesandt und von dort ist es nur auf die eindringlichen Bitten einer bei dem Prinzen einflußreichen Persönlichkeit zurückgezogen worden. Eine Armee von 100000 Mann sollte in unser Land einfallen, wo man mit Hilfe einer zwangsweisen Einführung des allgemeinen Stimmrechts das vollzogene Verbrechen sanktionieren wollte. Unter dem zweiten Kaiserreich vergeht übrigens kein Tag, ohne daß die im Solde des dritten Napoleon stehende Presse nicht alles, was sich bei uns ereignet, verdächtigt und die Aufsaugung unseres Vaterlandes fordert. Als das über Österreich siegreiche Preußen ein sehr beachtenswerter Nachbar wird, hofft Napoleon III. auf unsere Kosten das Gleichgewicht wiederherstellen zu können. Am 25. Juli 1866 übergab sein Gesandter Benedetti dem Grafen Bismarck folgenden Vertragsentwurf:

„Art. 1: Der Kaiser der Franzosen läßt zu und erkennt an Preußens Erwerbungen in Folge des letzten Krieges. Art. 2: Der König von Preußen verspricht, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern. Art. 3: Der Kaiser der Franzosen widersetzt sich nicht dem Zusammenschluß des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten, ausgenommen Österreich. Dieser Zusammenschluß kann sich auf ein gemeinsames Parlament stützen, das die Souveränität der genannten Staaten in gerechter Weise respektiert. Art. 4: Der König von Preußen verspricht seinerseits für den Fall, daß der Kaiser der Franzosen durch die Lage der Dinge gezwungen sein wird, seine Truppen in Belgien einmarschieren zu lassen oder es zu erobern, Frank-

reich Waffenhilfe zu leisten. Art. 5: Um die restlose Durchführung der vorstehenden Abmachungen zu gewährleisten, schließen der König von Preußen und der Kaiser der Franzosen durch diesen Vertrag ein Offensiv- und Defensivbündnis."

Jeder Kommentar ist überflüssig. Die Welt, entrüstet, aber untätig, hätte beinahe erlebt, daß sich zwei Mächte, welche die belgische Neutralität garantierten, vereinigten, um Belgien mit Waffengewalt zu vernichten.

Nun hört man oft sagen, seit 1870 hätten wir nichts mehr von Frankreich zu fürchten. Und doch wäre es töricht, zu glauben, daß jede Gefahr vorbei sei. Der alte, imperialistische Gedanke lebt unter der Asche und kann wieder in neuer Form emporlodern. Es steht fest, daß der französische Minister in London, Herr de Broglie, erklärt hat, Deutschland könne die volle Anerkennung des Besitzes von Elsaß-Lothringen erreichen, wenn es Belgien Frankreich überlasse. Und dieses erklärte er fast zur selben Stunde, in der Em. de Girardin schrieb: „Hätte Frankreich (1870) gesiegt, dann hätte die ganze Welt rückhaltlos gebilligt, daß Belgien französisch geworden wäre." Übrigens dürfte hinlänglich bekannt sein, daß sich in Frankreich, wenigstens seit einiger Zeit, fortlaufende Feindseligkeiten gegen uns feststellen lassen. Nach einer Äußerung des Herrn Woeste in seiner Schrift über die belgische Neutralität, „werden dort Anschuldigungen ohne jede Berechtigung und auch ohne jeden greifbaren Anlaß gegen uns laut, die dennoch Glauben finden. Obwohl die Gerüchte aus dem Dunkeln stammen, verbreiten sie sich schnell. Man sagt: „die Atmosphäre sei für ihre Aufnahme geeignet". Bekanntlich ist nichts leichter zu erreichen, als ein Umschwung der öffentlichen Meinung: etwas Geld, einige Zeitungen, und dieser Umschwung ist gleich da, besonders dann, wenn er durch angesehene Federn unterstützt wird. Nur all zu oft finden wir in französischen Blättern Äußerungen, die geeignet sind, die Sorge um unser Vaterland wach zu halten. So scheut sich einer der beachtetsten Politiker, Herr Keller, nicht, in seiner „Guerre de Demain" zu





schreiben: „Trotz seines unerschöpflichen Reichtums und der fast unerhörten Zeugnisse seiner industriellen Macht bleibt Frankreich gedemütigt und entehrt, solange es nicht seine verlorenen Provinzen wieder gewonnen und eine Vergrößerung erreicht hat, die derjenigen entspricht, die alle Großmächte in der letzten Zeit haben durchsetzen können.“ Kein Zweifel, Belgien wird gewiß das Pfand für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich sein. Kürzlich erst hat eine französische Zeitung (Le Gaulois vom 26. März 1900) Deutschland die Absicht unterschoben, alle Länder germanischer Zunge, das belgische Flandern inbegriffen, an sich zu reißen und hinzugefügt: „Eine wirklich französische Regierung würde dann Lothringen, wenn nicht auch das Elsaß zurückgewinnen, und wir würden vielleicht auch noch andere Gebiete hinzubekommen, wenn es (Deutschland) nur auf das aufmerken wollte, was geredet, getan und angeboten wird.“

Der Einbruch in Belgien im Falle eines Krieges mit Deutschland wurde in Paris immer im Auge behalten. Als Frankreich sich im Jahre 1840 auf seinem Eroberungszug im Orient durch den Londoner Vertrag aufgehalten sah und Thiers die enttäuschten Franzosen auf den winkenden Besitz des linken Rheinufers hinwies, drohte ein Krieg mit Preußen auszubrechen. Damals ließ die französische Regierung, wie Ducarne mitteilt, den König der Belgier wissen, daß, wenn Belgien sich nicht in den Stand setze, seine Neutralität nachdrücklich zu verteidigen, Frankreich sich zu seinem Bedauern gezwungen sehe, unser Gebiet sofort bei Ausbruch der Feindseligkeiten zu besetzen. Frankreich machte also damals den Einmarsch in Belgien und die Besetzung dieses Landes nicht von der Neutralitätsverletzung durch eine andere Macht abhängig, sondern einzig und allein von seinem Urteil darüber, ob Belgien in der Lage sei, sich zu verteidigen oder nicht. Angesichts dieses Standpunktes der damaligen Kriegslust und der Aspirationen Frankreichs auf den Besitz Belgiens ist anzunehmen, daß Frankreich ohne weiteres in Belgien ein-



gerückt wäre und es besetzt hätte, wenn es 1840 zum Kriege mit Preußen gekommen wäre.

Auch 1870 erklärte Frankreich, wie Ducarne hervorhebt, nur dann die Neutralität Belgiens achten zu wollen, wenn dieses imstande sei, sich zu verteidigen. Er erwähnt eine Mitteilung des damaligen belgischen Oberkommandierenden, Generalleutnant Chazal, vor der Militärkommission im Jahre 1871 über den Plan des französischen Generals Wimpffen, in Belgien einzufallen. Chazal berichtet: „Ich kann versichern, daß General Wimpffen und seine Generalstabsoffiziere, die nach der Schlacht von Sedan in mein Hauptquartier gekommen waren, rund heraus erklärten, man hätte diesen Plan ausgeführt, wenn unsere Grenze nicht wohlbewacht gewesen wäre und wenn sie uns nicht imstande gesehen hätten, jeden derartigen Versuch abzuweisen.“ Zum Beweise, daß im Gegensatz dazu die deutschen Truppen nur dann die belgische Grenze überschritten hätten, wenn der Feind nicht sofort von belgischen Streitkräften entwaffnet worden wäre, zitiert Ducarne den betreffenden Befehl Moltkes: „Falls der Feind belgisches Gebiet betritt und nicht sofort entwaffnet wird, wird er ohne weiteres verfolgt.“ Er erinnert auch an die Bemerkung des Generals Ducrot (La Journée de Sédan), daß den Franzosen noch immer Belgien offen gestanden hätte, wenn die Deutschen ihnen die Straße nach Mézières für den beabsichtigten Rückzug gesperrt hätten. Auch habe Mac Mahon vor der parlamentarischen Untersuchungskommission erklärt, „daß der von General Ducrot befohlene Rückzug auf Mézières einige Aussichten auf Gelingen hatte. Im Falle des Nichtgelingens sei der Armee noch immer als letztes Hilfsmittel der Einbruch in Belgien übrig geblieben.“ Ducrot, Mac Mahon und Wimpffen wollten also Belgien gewaltsam als Operationsgebiet benutzen. Die Denkschrift des belgischen Warners erinnert auch daran, daß eine sehr hohe Persönlichkeit in Frankreich vor der Schlacht von Sedan erwogen habe, ob man nicht durch



Belgien marschieren solle, um die deutsche Armee zu umgehen oder sich nach Westen in die Gegend von Lille zurückzuziehen.

Ducarne beruft sich ferner auf französische Militärschriftsteller und -Zeitschriften, die eine Verletzung der belgischen Neutralität ins Auge fassen, so auf Ch. de Mazade (L'Europe et les neutralités 1892), auf „La France militaire" und das „Journal des sciences militaires". Kommandant Josset redet in der Abhandlung „Rôle des fortifications de la Meuse et des Places fortes françaises" sogar von dem traditionellen Weg durch Belgien und argumentiert: „Die Neutralität Belgiens beruht auf der Garantie von Nationen, die heute nicht mehr dasselbe Interesse an ihrer Beachtung haben, das sie einst für ihre Festlegung hatten. Einmärsche, die zuerst vielleicht gar nicht beabsichtigt waren, können es heimsuchen, denn es ist kaum anzunehmen, daß eine Armee von etwa 100 000 Mann ihre Waffen vor einigen belgischen Soldaten niederlegt, nur aus Achtung vor der Neutralität." M. Moch (L'Alsace-Lorraine devant l'Europe) spricht mit tiefer Verachtung von den neutralen Staaten: „Ein neutrales Land! Man räume endlich auf mit den braven Illusionen, die dieses Wort hervorruft: .... Ein großer Staat bleibt neutral, so lange er will, ein kleiner, so lange man es ihm erlaubt." Die „Revue l'infanterie française" (1891) nennt die belgische Neutralität „eine simple diplomatische Ausdrucksform, die vom militärischen Standpunkte aus ein Nichts bedeutet". Molard (La puissance militaire des États de l'Europe) erklärte: „In Anbetracht des Charakters, den der moderne Krieg hat und in Zukunft noch mehr haben wird, kann man ohne weiteres behaupten, daß die Garantiemächte eines neutralen Staates nur dann nachdrücklich zum Schutze der Neutralität desselben eingreifen, wenn sie ein tatsächliches Interesse daran haben, am Kampfe teilzunehmen, und wenn die Verletzung des neutralen Gebietes für sie zwar kein Grund, wohl aber

der willkommene Anlaß zum Eingreifen ist." Ducarne selbst ist überzeugt: „Wenn man die germanische Macht zu Tode treffen will, dann muß man Berlin erreichen; der gerade Weg nach dort ist klar vorgezeichnet: er führt durch Belgien."

Alle diese Ausführungen Ducarnes beweisen, wie sehr Frankreich den Besitz Belgiens anstrebte, ohne Rücksicht auf dessen Neutralität. In der Denkschrift wird angesichts der gefahrdrohenden Haltung Frankreichs nachdrücklich die Verpflichtung Belgiens betont, sich, nachdem nun einmal alle festen Verteidigungsplätze im Süden aufgelassen worden seien, wenigstens durch starke Truppenbestände dort zu sichern. Daß er auch die Möglichkeit einer Bedrohung durch Deutschland und England nicht unberührt läßt, erscheint bei der Fülle der Zeugnisse gegen Frankreich nur als logische Ergänzung der Gründe für die Forderungen der Denkschrift.

Von den Neutralitätspflichten dachte Ducarne damals höher als er selbst und die belgische Regierung es später bezeugten. So betont er, daß ein Staat, der sich vertraglich zu ewiger Neutralität verpflichtet habe und als neutral von den übrigen Staaten anerkannt worden sei, auch die strenge Verpflichtung übernommen habe, jede Vereinbarung, die mittelbar oder unmittelbar seine Neutralität für den Fall eines Krieges kompromittieren könnte, zu vermeiden. Die wahre Neutralität, die nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft gelten soll, verbiete nicht nur den Abschluß eines Offensivbündnisses, — das verstehe sich doch wohl ganz von selbst, — sondern in gleicher Weise jede Defensivvereinbarung.

Es ist erstaunlich, mit welcher Klarheit in dieser Denkschrift ein allerdings als sehr befähigt bekannter höherer belgischer Offizier aus der Geschichte und Militärliteratur die Unsicherheit des belgischen Neutralitätsvertrages ableitet. Er ist ebenso davon überzeugt, daß die Neutralität seines Landes immer von der Möglichkeit der Verletzung bedroht war, wie auch davon, daß eine Großmacht, die bereit sei,



zum Schutze einer von ihr sanktionierten Neutralität zum Schwert zu greifen, ein eigenes Interesse an deren Verteidigung habe.

Am Schlusse seiner Ausführungen vertritt der „Stichtsche Courant" das Recht der Vlamen, sich zu ihrem Schutz an Deutschland zu wenden, da Frankreich niemals eine Ausbreitung des Germanentums zulassen werde. Es will Belgien lateinisieren, selbst auf Kosten von mehr als vier Millionen Vlamen.

M. E. (Aachen).

LXIX.

Kürzere Besprechung.

Kriegsbrot für die Seele aus den Werken des Abraham a Sancta Clara, dargeboten von Dr. Karl Bertsche, Großh. bad. Professor. Freiburg i. Br., Herder. 1915. VIII u. 118 S. 8⁰. In Pappband ℳ 1.—.

Der eifrige Abraham-Forscher läßt seiner zweibändigen Blütenlese aus P. Abrahams Werken in dem vorliegenden Bändchen eine besonders zeitgemäße Gabe folgen, eine Auswahl dessen, was der große Prediger über den Krieg und für Soldaten gesagt hat. Der umfangreichere erste Teil (S. 1—74) bietet das inhaltlich Wertvollste und sprachlich Schönste aus P. Abrahams „Auf, auf, ihr Christen", „dem gewaltigen vaterländischen Weckruf, den P. Abraham a S. Clara anläßlich der Belagerung Wiens 1683 durch die Türken vor allem an sämtliche Fürsten und Untertanen des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation gerichtet hat". Der Herausgeber bringt seinen geschickt zusammengefaßten Auszug aus der literarisch und als historisches Dokument wertvollen Schrift in zehn Abschnitten unter den Überschriften, die zugleich den Gedankengang des Ganzen darstellen: 1. Der Feind im Land! 2. Vorboten des Krieges. 3. Die Kriegsursache. 4. Die Mobilmachung. 5. Vergeßt die

teuren Toten nicht! 6. Mit Gott voran! (Darin S. 27 ff. ein Abschnitt: „Etwas für die Schwarzseher": für diejenigen, „welche den Brustfleck mit Hasenbalg gefüttert" haben, „welche so sauer aussehen wie ein Essigtopf, die bereits schon zittern wie ein Schweif an einer Bachstelze, welche das Maul henken wie ein Hund am ersten Freitag nach Ostern, die schon lamentieren wie die Nachteulen unter einem alten Kirchendach".) 7. Er hat bisher geholfen. 8. Wie ein rechter Soldat sein soll. 9. Wie ein rechter Soldat nicht sein soll. 10. Kriegspredigt für die daheim (Türkenschule). (Die Christen können sich in vielen Dingen an den Türken, den damaligen Feinden, ein gutes Beispiel nehmen; nachahmenswert sind sie in der großen Ehrfurcht vor ihren Gotteshäusern, in der Barmherzigkeit gegen die Armen und Notleidenden, in der strengen Gerechtigkeitspflege ohne Ansehen der Person.) 11. Ihm sei die Ehre allezeit — im Felde wie zu Hause! Mit Ausnahme von Abschnitt 10 hat der Herausgeber, ohne an den Texten sonst etwas zu ändern, sie nur dadurch der Gegenwart angepaßt, daß er immer statt des Türkennamens den Namen eines unserer gegenwärtigen Feinde in Klammer einsetzte und zuweilen eine passende Zwischenbemerkung in Klammer beifügte. Vieles stimmt auch so aufs schönste; bloß den Vergleich mit dem Engländer von heute darf sich der Türke von 1683 ganz entschieden verbitten; denn letzterer war in seiner ungebändigten Wildheit wohl ein roher und grausamer, aber ehrlicher Feind, der die übertünchte widerwärtige Heuchelei des Angelsachsen nicht kannte. Die Stellen, aus welchen Schiller seine Kapuzinerpredigt zuerst gemacht hat, sind durch Sperrdruck hervorgehoben. — Vermischte passend ausgewählte Stellen aus andern Schriften P. Abrahams, besonders aus dem „Judas" und der „Soldaten-Glory", bietet der zweite Teil unter der Überschrift: „Abrahamischer Kriegskuchen für Verwundete und Genesende" (S. 75—107) und der Anhang: „Abrahamischer Kriegszwieback für schwache Zivilmägen".

Zum nähern Nachweis der Zitate mögen hier noch einige Beiträge gegeben werden, zunächst zu den Kirchenväter-Zitaten.



S. 12: S. Hieronymus, Epist. 60 ad Heliodorum, Epitaphium Nepotiani, n. 17 (Migne, Patr. lat. XXII, 601; in der neuen Ausgabe im Corpus Scriptorum ecclesiasticorum latinorum Vol. 54, p. 572). S. 28: Den Satz: Ideo, homo, non vicisti, quia de tuo praesumpsisti, habe ich in dieser Form beim hl. Ambrosius bis jetzt nicht finden können, wohl aber in positiver Ausdrucksform: Ille vincit, qui gratiam Dei sperat, non qui de sua virtute praesumit; S. Ambrosius de obitu Theodosii n. 25 (Migne XVI, 1393 f.). Nicht gefunden im Lukaskommentar des hl. Ambrosius habe ich das Zitat S. 35. S. 78: S. Ambrosius de officiis ministrorum l I, c. 20 (Migne XVI, 50). S. 64: S. Basilius, Homilia in ditescentes avaros. S. 94: S. Athanasius, Epist. ad Marcellinum de interpretatione Psalmorum, n. 32 (Migne, Patr. gr. XXVII, 43). — Die S. 109—111 erzählte Geschichte hat Abraham, wie sein ungenaues Zitat angibt, entnommen aus Simon Majolus, Dierum canicularium Tomi VII (Offenbach 1691), p. 42 (Colloquium IV de contingentibus). Majolus nennt den Kaiser „Paläologus II." (Der zweite Kaiser aus dem Hause der Paläologen wäre Andronikos II. Paläologos und gibt das Ganze als Zitat aus Egnatius. In dem mir vorliegenden Druck der Kaisergeschichte des Egnatius (mit den Scriptores historiae Augustae, Basel 1533) steht aber nichts davon. Auch bei den byzantinischen Historikern Nikephoros Gregoras, Pachymeres und Kantakuzenos scheint nichts davon vorzukommen.

Das prächtige Büchlein ist eine der wertvollsten Gaben, die man den Kriegern ins Feld schicken kann. Aber auch den Zivilisten sei dasselbe warm empfohlen.

Aachen. Prof. Dr. F. Lauchert.



LXX.

Die führenden Gedanken bei der Gründung der Naturalien-, Kunst- und Raritätenkabinette.

Eine kulturgeschichtliche Studie.

Von Hochschulprofessor Dr. Wilhelm Heß in Bamberg.

Bekanntlich pflegen die wissenschaftlichen und Kunst-Sammlungen, wie wir sie gegenwärtig besitzen, unter die stolzesten und wertvollsten Errungenschaften unseres ganzen Kulturlebens gerechnet zu werden. Sie sind nicht durch Zufall oder Laune entstanden, sondern es war für die meisten von ihnen ein sehr langer und mühsamer Weg, auf dem sie sich, um zu der Höhe ihrer dermaligen Bedeutung zu gelangen, heraufbewegen mußten, und so manche blieben, unfähig, dem wechselvollen Auf und Nieder der Bahn zu folgen, auf der Strecke liegen. Die überkommenen Anlagen aber bieten uns in ihrer heutigen Gestalt nur mehr die letzten, filtrierten Einzelbilder einer über die Vergangenheit gebreiteten, ebenso umfassenden als buntgefügten und farbenreichen Gesamterscheinung. Das ganze westliche Europa überdeckend, war sie vornehmlich tief in das Deutschland der früheren Jahrhunderte eingedrungen und hatte dessen Fülle von Staaten und Stätchen auf das nachhaltigste durchtränkt. Diese Tatsache bietet nichts Wunderliches. Waren doch nicht nur das Mittelalter, sondern auch der größere Teil der Neueren Zeit, die durch religiöse und konfessionelle Empfindungen bedingten Abweichungen außer Ansatz gelassen, von einer Eintönigkeit der Gefühle und einer Einförmigkeit der



Anschauungen getragen, daß man innerhalb der Marken des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation genau den gleichen Kulturergebnissen begegnet, mag man sich nach dem Norden oder Süden des Reiches, an den Hof eines weltlichen Fürsten oder an den Sitz eines Bischofs, hinter die Mauern eines Klosters oder in den Bann einer freien Reichsstadt begeben. Man hat deshalb fast nur nötig die Kulturbilder, wie sie die Zeitgeschichte im großen zutage fördert, pantographisch zu verkleinern, um sofort das Kulturleben innerhalb eines kleinen Gebietes ziemlich getreu gezeichnet zu haben. Nicht minder bequem läßt sich das umgekehrte Verfahren an, der Schluß vom Teil auf das Ganze, noch zweckmäßiger allerdings die Durchflechtung beider Folgerungsweisen.

Nun haben wir im vorjährigen Bande dieser Zeitschrift gelegentlich der Besprechung der Bildersammlung des ehemaligen Klosters Banz mit einigen Strichen darauf verwiesen, wie das Vorhaben Bildergalerien zu errichten zwar einem besonderen Zeittriebe entsprungen, aber doch aus dem Stamme einer allgemeinen Zeitwirkung herausgewachsen sei: aus der Mannigfaltigkeit des naturwissenschaftlichen Sammlungsbestrebens, das als ein der menschlichen Gesellschaft entschwundener Tage mächtig anhaftender Zug vielleicht nicht unwert erschiene in seiner Entstehung und Entwicklung dargelegt zu werden. Daß die Untersuchung dabei fast vollständig aus der Geschichte eines kleinen geistlichen Staatsgebildes wie des ehemaligen Kaiserlichen Hochstiftes Bamberg geführt werden kann, mutet allerdings als eine Merkwürdigkeit an. Sie findet jedoch Erklärungen zur Genüge. Einmal — um an anderem vorbeizugehen — in der äußerst glücklichen geographischen Lage des genannten Fürstbistums, insoferne es als das „Herz Deutschlands" die Kreuzungsstelle zwei der wichtigsten deutschen Heeres- und Handelsstraßen und damit den Knotenpunkt zahlreicher Kulturfäden darstellte. Sodann in der Regierung zahlreicher ebenso kraftvoller als kunstsinniger und wissenschaftsbeflissener, allen edlen Kulturforderungen zugetaner Fürstbischöfe als Landes-

herren. In diesen beiden Umständen liegt es begründet, daß in der Tat das Bild, welches sich über das Sammlungsbestreben im ehemaligen Hochstifte Bamberg entrollt, ohne merklichen Fehler und ohne an mehr als vereinzelten Stellen einer Ergänzung zu bedürfen, auf das ganze große Deutsche Reich übertragen werden kann, wie das Studium der Kulturgeschichte desselben, sowie ein Vergleich mit den zahllosen über seine Gaue erflossenen Reisebeschreibungen und Sammlungsberichten unumstößlich bewahrheiten. Hier wie dort und dort wie da sind es im wesentlichen genau die nämlichen Gedanken und Erwägungen und Entschlüsse, welche zu der Aufrichtung, Weiterführung und Ausgestaltung von Sammlungen der gedachten Art geführt haben und so von dem Dasein einer über die verschiedensten Zeiten und Landesteile hin erstreckten einheitlich führenden Kulturidee Kunde geben — einer Idee, welche nicht bloß in dem Gebiete der Naturwissenschafts-, Kunst- und Museumsgeschichte einherschreitet, sondern in vernehmlicher Weise auch nähere Interessen der Psychologie und der Unterrichts- und Erziehungsgeschichte mitberührt.

Das naturwissenschaftliche Sammlungsbestreben bildet nur einen Zweig des wissenschaftlichen, dieses wiederum nur einen Teil des Sammlungsbestrebens gemeinhin. Letzteres indessen scheint so alt zu sein und zugleich so jung zu bleiben wie die Menschheit selbst. Die Wahrheit des zweiten Satzes braucht wohl nach dem, was uns in der gegenwärtigen Kriegszeit alle Tage vor Augen tritt, kaum weiter ausgeführt zu werden. Zum Erweise des hohen Alters wie der ungehemmten Ausdehnung der ganzen Erscheinung aber dürfte es genügen, irgend einen Schriftsteller des Altertums aufzuschlagen oder diesen oder jenen Abschnitt aus dem Alten oder Neuen Testamente nachzulesen oder den Bericht eines beliebigen Weltreisenden entgegenzunehmen oder endlich der nächstbesten heimischen wie fremden Sage zu lauschen. Aus alledem drängt sich uns die Gewißheit entgegen, daß die Menschen zu jeder Zeit und unter jedem Erdstriche ge-



sammelt haben. Ja, es scheint fast, als ob der Mensch den Aufspeicherungstrieb, ähnlich wie den Aberglauben und die Zaubersucht, als eine Art natürlichen Sinn, als einen physiologischen Trieb empfangen habe, der, wie die Ameise, die Biene, der Hamster, die Elster und der Hund es lehren, auch bei dem Tiere zum Ausdrucke kommt. Äußert sich doch der „tiefe Sinn“, der „oft im kindischen Spiele liegt“, nur allzuhäufig in der Entfächerung einer regen Sammeltätigkeit. Aber auch bei den Erwachsenen pflegen wir nicht selten noch diese Gewohnheit auf einer ähnlichen Stufe der Entwicklung anzutreffen. Der nordamerikanische Indianer, der die Waffen seiner erlegten Feinde mit sich führt und mit deren Skalpen sein Jagdhemd verziert, ist genau wie die Tiroler Dirne mit ihrem Miederschmucke oder der Dachauer Bauer mit seiner Talerweste nichts anderes wie das Muster eines lebendigen Schatzträgers. Dessen ruhende Form aber ist die Schatzkammer. **Warum** die Menschen in sie zusammengetragen? Es geschah aus wirtschaftlichen oder haushälterischen Gründen, aus handelsdienlichen oder gewinnsüchtigen Erwägungen, aus Liebe zu Reichtum und Pracht, aus Freude an Schönheit und Glanz, aus Ruhmbegierde und Stolz und anderen Beweggründen mehr. **Was** sie aber aufgespeichert? Es waren zumeist Lebensmittel und Bekleidungsstücke, Waffen und Kriegsbedarf, im natürlichen Zustande belassene oder zu edlen Formen verarbreitete metallische und mineralische Schätze, Kunstsachen und Schmuckgegenstände, Siegeszeichen und Beutestücke usw. Weit seltener begegnen wir der Wissenschaft als Triebfeder des Sammlungswillens. Zu irgend einer Zeit vollständig dürfte aber auch sie nicht gefehlt haben. Die Errichtung von Bibliotheken und Archiven, wenngleich ihr Inhalt der Hauptsache nach mehr auf staatliche und bürgerliche, rechtliche oder sonstige angewandte Ziele gerichtet war, sind hiefür sprechende Belege. Schlimmer scheint es nur um jene Wissenschaften bestellt gewesen zu sein, welche wie ehedem beispielsweise die Naturwissenschaften, zunächst kein ausgesprochenes praktisches Interesse verfolgten. Zum



mindesten erscheint es zweifelhaft, ob sich die ihnen zugehörigen Gegenstände zu förmlichen Sammlungen aneinandergereiht hatten. Hiezu dürfte es vor allem an Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit des Stoffes und damit an den beiden Hauptvoraussetzungen gefehlt haben, welche für die Aufrichtung solcher Sammlungen maßgebend sind. Diese Bedingungen erfüllten sich erst in der Neueren Zeit, vom 16. Jahrhundert nach Christus ab.

Natürlich war auch da das wissenschaftliche Sammlungsbestreben, wie ein jedes Geschehnis allgemeiner Reichweite, nicht urplötzlich hervorgeschossen. Wie ein Strom nicht unvermittelt breiten Bettes dem Erdreiche entsteigt, sondern seine Wasser dem Zusammenwirken einer Mehrheit von — oft sehr weit zurückliegenden — Quellen verdankt, so ist es in Wahrheit auch eine Reihe von Kräften und ein sehr langes Wachstum gewesen, durch welche dieses Bestreben zur Entwicklung und zur Erstarkung gebracht wurde. Seine ersten Keime sind durch die gewaltigen geistigen und künstlerischen Bewegungen erschlossen worden, welche unter dem Namen des Humanismus, der Renaissance und der Reformation vom 14. Jahrhundert ab die Länder Europas durchfurcht haben. Den Hauptförderungstrieb allerdings spendeten die durch die genannten Strömungen erweckten und im 16. und 17. Jahrhundert zu Marke gekommenen Naturwissenschaften. Und zwar liegt der Grund, warum gerade sie der jungen Gepflogenheit Saft und Kraft verliehen, unverhüllt zutage. Denn sie waren als die allmählich führenden Wissenschaften einer neuen Zeit dazu berufen und angetan die vom Mittelalter überkommenen Denkweisen und Wissenschaftslehren und damit im weiteren die bestehenden Lebensanschauungen und Gesellschaftssitten von der Sohle aus umzugestalten. Insbesondere war ihnen das geschichtliche Amt zugefallen, das bisher in übermächtiger Herrschaft befindliche wissenschaftliche Monopol der Scholastik zu Fall zu bringen. Dieses so oft genannte, so stark bekämpfte und so viel geschmähte Lehrsystem, wie es heutzutage nicht selten noch geschieht, als



trauriges Wahrzeichen mittelalterlicher Geistesrückständigkeit in Grund und Boden stampfen zu wollen, ist vollständig unangebracht, ist Ausfluß einer durchaus unberechtigten, engherzigen Auffassung. Denn es versagt — von seiner bedingten Gültigkeit auf anderen Gebieten ganz zu schweigen — in seiner Anwendbarkeit auf die Natur zwar in den Hauptrichtungen, für die Lösung so mancher Unteraufgabe und Zwischenfrage bietet es jedoch, insbesondere durch die ihm entlehnte reiche Anwendung der Hypothese, eine hochwillkommene, der modernen Naturforschung mitunter geradezu unentbehrliche Mitwirkung. Die erstere Behauptung freilich ist unbestreitbar. Mag man, um die Deutung der Naturvorgänge zu meistern, ohne Verbindung mit der Natur selbst, nur aus eigenem heraus, mit noch so gewaltiger Denkschärfe die Grundlinien für eine Erklärung ausgehoben und auf deren Aufrichtung und Versteifung noch so gediegene Geistesarbeit verwendet haben: verlangen zu wollen, daß nun das natürliche Geschehnis vollständig innerhalb der so gezimmerten Schranken verliefe, ist eine vollkommen unangängige Forderung, stellt sich, wenn nicht als eine Art Eingriff in den Macht- und Weisheitsbereich des Schöpfers, so doch als ein unverkennbarer Ausfluß menschlichen Eigendünkels dar, über den auch die Zubilligung des guten Glaubens an die Verfechter dieser Idee nicht ganz hinweghelfen dürfte. Nein, der Lösungsversuch muß gerade umgekehrt erfolgen. Nicht der Mensch hat Gesetze aufzustellen und zu verneinen, daß sich nun die Natur und ihr kleinerer Teil, die Welt, darnach zu richten habe, sondern es ist über diesen beiden bereits die ganze unendliche Fülle der sinnfälligen Gesetzmäßigkeiten hinerstreckt, während dem Menschen die Pflicht obliegt, nun seinerseits die einzelnen Regeln daraus hervorzuholen und als Grundlagen und Stützen seiner Naturerkenntnis, sowie als Richtlinien und Leitsterne seiner Weltweisung zu verwenden. Oder, wie man es in bekannter kürzerer und gelehrterer Ausdrucksweise wiederzugeben beliebt: in den Naturwissenschaften als Erfahrungswissen-



schaften ist nicht die deduktive sondern die induktive Methode der Forschung am Platze.

Wie schlicht und nüchtern sich dieser Satz anhört! Und doch wird die Bewahrheitung seiner Aussage, die Einführung des Induktionsschlusses in die Naturwissenschaften, als ein Ereignis ersten Ranges gepriesen und mit den Erfindungen der Buchdruckerkunst und des Schießpulvers, sowie der Entdeckung des koppernikanischen Weltsystems zusammen, unter die wissenschaftlichen Großtaten gerechnet, welche wirksamst mitgeholfen haben, den Bau des Mittelalters in Trümmer zu legen und auf seiner Stätte das Rüstwerk der Neueren Zeit erstehen zu lassen. Freilich bedurfte es eines überlangen, nur nach Jahrzehnten zu bemessenden Kampfes, bis sich das Induktionsverfahren in den ihm zustehenden Kreisen das volle Bürgerrecht erstritten hatte. Allein es verfügte über Waffen, denen auf die Dauer kein Gegner zu widerstehen vermochte: Instrumente, ersonnen, die Naturerscheinungen zu beobachten und zu messen, und Apparate, erdacht, sie nachzuahmen und weiterzuführen. Je vollkommener diese Wehr war, je zahlreicher und verwendungsfähiger ihre Teile, desto eher war der Sieg gewährleistet. Darum also die Verständlichkeit des Wunsches nach wohlgefüllten solchen Rüstkammern, nach zureichenden Instrumenten- und Apparatensammlungen, darin zugleich aber auch die Erklärung für die Rolle der Naturwissenschaften als Haupturheber des späterhin so weit gedehnten allgemeinen Sammlungsgedankens!

Wer waren aber nun die Vermittler, deren sich die genannten Wissenschaften zur Inkraftsetzung eben dieses Gedankens, d. h. zur tatsächlichen Gründung von solchen Sammlungen, bediente? Es war zunächst das Gelehrtentum, verkörpert einerseits in einer Reihe von Einzelpersonen als führenden Männern ihres Faches, andererseits in wissenschaftlich sich betätigenden Genossenschaften, wie den Universitäten, den Akademien und sonstigen Berufskörpern, den Klöstern und Stiftern. Eine zweite mächtige Förderung erfolgte sodann durch die Pracht- und Eigenliebe der großen



und kleinen Selbstherrscher der nämlichen beiden Jahrhunderte, der Landesfürsten und Standesherrn, der Klosteräbte und Stiftsprälaten, welche, wie sie durch diese zwei — hier als Tugenden anzusprechenden — Eigenschaften der Kunst i. e. S. den notwendigen Nährboden gewährt hatten, so sich auch damit schmeichelten, der verwandten wissenschaftlichen und kunsthandwerkerlichen Technik ihre schirmende Gunst zugekehrt zu haben. An dritter und letzter Stelle endlich steht der Privatmann. Sein Auftauchen als Sammler kann ernstlich erst in die sogenannte Aufklärungszeit, d. i. in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts gesetzt werden, doch hat er, meist Laie auf naturwissenschaftlichem Gebiete, hier im großen und ganzen keine so ausgedehnten und so erfolgreichen Bemühungen als auf gewissen anderen Feldern seiner Sammeltätigkeit zu entfalten vermocht.

Wer bildete übrigens — um eine weitere wichtige Frage zu spinnen — in damaliger Zeit den Kreis der Naturwissenschaften? Gemeinhin pflegt man unter den letzteren wohl den Inbegriff aller Wissenschaften zu verstehen, welche sich mit der Natur beschäftigen. Diese Deutung ist in der Tat sachlich vollständig richtig, sie ist aber geschichtlich nicht für alle Zeiten zutreffend gewesen. So kannten die in Rede stehenden kritischen Tage des 16. und 17. Jahrhunderts, in welchen zwei grundsätzlich verschiedene Weltanschauungen miteinander auf Tod und Leben rangen, keineswegs schon die unzählig vielen Verästelungen, in welche sich gegenwärtig der Baum der Naturwissenschaften gebreitet hat, sondern eigentlich nicht mehr als drei seiner Zweige: die Astronomie, die Physik und die mit beiden verwandte, jedoch mehr den Charakter einer Hilfswissenschaft tragende Mathematik. Die Chemie ist wesentlich jüngeren Ursprungs und hat aus diesem Grunde, wie auch zufolge der Eigenart ihres Beschäftigungsbereiches, auf dem hier in Rede stehenden Gebiete des Sammelwesens keine bemerkenswertere Bedeutung erlangt. Die Medizin aber hatte mit ihren zahlreichen Sprossen, der Anatomie, Physiologie, Chirurgie, Psychiatrie, Hygienie und

wie sie alle heißen, die längste Zeit auf philosophischem Boden gestanden und ihren Standort unter den Naturwissenschaften verhältnismäßig spät gewählt. Dagegen waren die drei vorgenannten Wissenschaften der Astronomie, Physik und Mathematik schon im Altertum als solche sehr enge zusammengelegen und nach dem Winterschlafe, den das Mittelalter den meisten Wissenschaften beschert hatte, auch ziemlich gleichzeitig wieder zu Trieb gekommen. Aber während sie in gemeinschaftlichem Vorwärtsstreben eine durchaus einträchtige Wirksamkeit entfalteten, wollten die zur Stütze dieser theoretischen Tätigkeit notwendigen praktischen Behelfe, eben die zugehörigen Instrumente und Apparate, sich anfangs gar nicht gerne unter ein und dasselbe Dach zusammenfinden. Vielmehr waren es in der Regel gesonderte Einzelkabinette, über welche uns die Aufzeichnungen aus der Jugendzeit des naturwissenschaftlichen Sammelbestrebens, dem 16. und 17. Jahrhundert, berichten.

Und zwar begegnet man ihnen ziemlich gleichheitlich um die nämliche Zeit in allen Kulturländern des mittleren und westlichen Europa, in Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, England und den Niederlanden, ja selbst in den nordischen Staaten, sowie in Polen und Ungarn, wie denn auch alle diese Länder fast zu gleicher Zeit unter den Einfluß der Naturwissenschaften gelangt waren. Am bekanntesten unter den gedachten Einrichtungen sind die astronomischen geworden, sei es, daß sie als Zubehör zu einer Sternwarte oder als persönliches Eigentum eines Astronomen oder Freundes der Astronomie auftraten. Sie waren zugleich auch die ältesten und vornehmsten Sammlungen. Es hängt diese Tatsache mit der Wichtigkeit der Sternkunde als der Deuterin und Verkünderin derjenigen unbeschränkten und unaufhaltsamen Gewalt zusammen, der wir als Menschen alle unterworfen sind, der Zeit. Als Trägerin dieser doppelten Aufgabe, durch die sie zur Königin der Naturwissenschaften erhoben wurde, hatte die Astronomie bereits eine glänzende Geschichte hinter sich. Ihre Wichtigkeit für das Dasein des einzelnen,



wie für das Spiel der Allgemeinheit, bekundete sich aber auch schon rein äußerlich durch die reiche, fast überreiche Zierde des Gewandes ihrer Instrumente, der Gnomone, Sonnenuhren und sonstigen Zeitmesser, der Astrolabien, Quadranten, Sextanten, Fernrohre, Bussolen usw., zu der freilich das der früheren wie der späteren Neuzeit unmittelbar im Blute gelegene Schmuckbedürfnis seinen redlichen Teil beitrug. Muster solcher Schöpfungen finden wir u. a., um nur bei Deutschland zu bleiben, in den berühmten Sammlungen des Tycho Brahe (1546—1601), den wir trotz seiner dänischen Abstammung als deutschen Forscher in Anspruch nehmen dürfen, zu Uranienburg auf der Insel Hveen und des Johann Hevel (1611—1687) zu Danzig oder auch, wenn wir nicht so weit schweifen wollen, des Georg Christoph Eimmart (1638—1705) und des Johann Philipp von Wurzelbau (1651—1725) in der fränkischen Hochburg der Künste und Wissenschaften, in Nürnberg.

Im weiten Abstande, zeitlich wie inhaltlich gedacht, folgten den astronomischen Instrumenten sodann die physikalischen und mathematischen Apparate. Dieselben dienten sowohl rein- als auch angewandtwissenschaftlichen Zwecken. Insbesondere war es die emporkeimende Maschinentechnik, welche zu der Konstruktion von Modellen, und die ausübende Feldmeßkunst, welche zur Verfertigung von Meßtischen und anderen Geometerwerkzeugen Veranlassung gab. Und so rundete sich das astronomische nach und nach zu einem vollen naturwissenschaftlichen, d. h. astronomisch-physikalisch-mathematischen Kabinette. Als erste Anlage dieser Art hört man mitunter die Sammlung nennen, welche der als Liebhaber der Künste und Wissenschaften bekannte Landgraf Wilhelm IV. von Hessen-Kassel (1532—1592) eingerichtet hatte. Ein Blick auf ihr Inventar belehrt uns jedoch, daß es sich auch bei ihr im wesentlichen abermals um astronomische Instrumente und Hilfswerkzeuge handelte, sodaß die Frage nach der ersten Aufmachung eines Kabinettes, das gleichmäßig Gegenstände aller drei Wissenschaften enthielt, tatsächlich noch offen



steht. Es bedeutet dies entschieden eine klaffende Lücke, aber man muß bedenken, daß man um sie auszufüllen über das Werden, die Entwicklung und das Schicksal aller früher überhaupt vorhandenen Kabinette solcher Art genau unterrichtet sein müßte. Und deren Anzahl war schon in dem einen Deutschland des 18. Jahrhunderts eine gewaltige, so daß die Aufgabe den Lebenslauf eines jeden dieser Attribute zu untersuchen die Kräfte von einzelnen weit überstiege.

Übrigens erhielten alle derartigen Sammlungen mit einem Male eine ganz eigenartige Bereicherung. Während bisher vornehmlich die gelehrte Welt es war, die aus Liebe zur Wissenschaft, dem Zeitbedürfnisse gehorchend, die Anschaffung wissenschaftlicher Instrumente und Apparate empfohlen und betätigt hatte, trat nun plötzlich das Gönnertum als Besteller und Schenker in den Vordergrund. Die Sitte soll, wie so manche der damaligen Gewohnheiten, in Frankreich geboren worden sein. Und zwar wird als ihr Vater kein Geringerer denn der „Sonnenkönig" Ludwig XIV., als ihre Mutter die diesem Gewaltherrscher eigene maßlose Eitelkeit, seine Selbstvergötterungssucht angegeben. Nicht zufrieden damit, daß man in „unterwürfig ersterbender" Höfischkeit sein Hauswappen, die Lilie der Bourbonen, als neues Sternbild an den Himmel geheftet und so über ihn wie einen zweiten Regulus die Verewigung als Halbgott ausgesprochen hatte, suchte er selbst nun auch nach Mitteln diese Schmeichelei allüberall sichtbarst auszuhängen. Er fand sie u. a. in der Beschaffung übergroßer, kostbarer Himmelskugeln. Diese glaublich 12, ja 15 Fuß im Durchmesser haltenden, auf herrlichen Rokkokogestellen ruhenden und in glänzendem Farbenschmucke ausgeführten Globen waren nicht nur geeignet alle Himmelsfiguren einschließlich des neu geschaffenen Liliensternbildes in breitspuriger Weise zur Ansicht zu bringen, sondern enthüllten auch schon durch ihr gewaltiges Ausmaß und die verschwenderische Pracht ihrer Ausführung ihre königliche Herkunft, wie sie nicht minder mit ebenso gestalteten Erdkugeln zusammen den hohen wissenschaftlichen und künst-



lerischen Sinn ihres fürstlichen Urhebers zu verkündigen berufen waren. Selbstverständlich beeilte man sich überall, vorzüglich aber auf dem klassischen Boden der Nachahmung französischer Sitten, in Deutschland, sich ebensolche Prachtkolosse herstellen zu lassen.

Der wissenschaftliche Wert dieser Stücke sieht sich, auch wenn man das bescheidene Maß früherer Wertigkeit zugrunde legt, keineswegs sehr hoch an, während den etwa um die nämliche Zeit in Schwung gekommenen sogenannten Planetenmaschinen, welche dem Auge des Beschauers die Bewegungen des koppernikanischen Weltsystems vorführen sollten, wenigstens in unterrichtlicher Beziehung eine gewisse Bedeutung nicht abgesprochen werden kann. Daß aber auch sie sich diesem Ziele nicht immer unterordneten, sondern ihr Hauptamt darin erblickten, ihre Besitzer als weitherzige Förderer idealer Bestrebungen zu verherrlichen, beweist der Umstand, daß diese Maschinen, ebenso wie die vorgenannten Globen, sehr häufig gar nicht dahin gelangten, wohin sie eigentlich gehörten, in die astronomischen oder physikalischen Kabinette, sondern dorthin, wo sie sich den Blicken fremder Besucher recht vordringlich offenbaren konnten: in Lustgärten und auf Terrassen, in Gänge und auf Stiegenhäuser, in Bibliotheks- und Speisesäle, in Besuchs- und Vorzimmer und dergl. Immerhin hatte der naturwissenschaftliche Sammlungsgedanke durch diese einer besseren mechanischen und künstlerischen Technik entsprungenen Erzeugnisse eine vernehmliche Weiterung erfahren.

Nun allerdings trat darin ein großer Stillstand ein. Die Gegensätze berühren sich eben nicht nur im Menschen- und Völkerleben, sondern auch in der Wissenschaft. Auf die verhältnismäßig wenigen, schwer zu erstellenden und darum nur langsam einkommenden, zudem auf alle Fälle sehr kostspieligen Instrumente und Apparate, welche bislang den Bestand der naturwissenschaftlichen, d. h. astronomisch-physikalisch-mathematischen Sammlungen ausmachten, gesellte sich nunmehr mit einem Schlage ein ganzes Heer vollendet

daliegender, nur eine Erhebungsarbeit beanspruchender und darum billigster Sammlungsstücke, die unendliche Fülle der Naturerzeugnisse. Neben den Naturwissenschaften bisherigen Sinnes hatte sich nämlich allmählich eine neue Wissenschaft eingestellt und auf dem Arbeitsfelde der Natur einen ausgedehnten Werkplatz belegt, die Naturkunde, oder wie sie ebenso häufig bezeichnet zu werden pflegt, die Naturgeschichte bezw. Naturbeschreibung. Sie war noch im 16. Jahrhundert geboren worden, erhielt jedoch eine feste Lebensrichtung erst reichlich später durch die von Emanuel König im Jahre 1682 erfolgte Einteilung der Natur in die drei Reiche der Zoologie, Botanik und Mineralogie, sowie die in diesen Reichen durch Karl von Linné vom Jahre 1735 ab getroffene systematische Einteilung der Naturkörper.

(Schluß folgt.)

LXXI.

Bettina Ringseis

geb. 16. Juli 1833 in München,
gest. 3. Oktober 1916 zu Tutzing.

Gegen Ende der ersten Hälfte der vierziger Jahre erregte zu München die vom feiertäglichen, von Haneberg mit einer seelenvollen Ansprache eröffneten akademischen Gottesdienst in der Ludwigskirche rückkehrende Familie des Professors und Geheimrates Dr. von Ringseis die Aufmerksamkeit. Voraus trotteten sittsam drei in ihre à la Walter Scott buntfärbig gewürfelte Mäntelchen gehüllte Mädchen, ihnen folgte der zu den markantesten Persönlichkeiten zählende, immer lebhaft und scharfakzentuiert sprechende Vater, mit seiner in junonischer Schönheit prangenden Gattin, inmitten der berühmtesten Zierden der Hochschule: der weißmähnige



Görres mit seinem anmutigen Sohne Guido, dann Georg Phillips, Constantin Höfler und der auffällig an die Büste von Otricoli erinnernde ideale Ernst von Lasaulx. Dieser wendete gewöhnlich zuerst nach seiner in Schwabing liegenden Wohnung zurück; Höfler verschwand im nahen Damenstiftgebäude, Görres in die Schönfeldstraße und Phillips nach seinem in der Frühlingsstraße (jetzt v. d. Tannstr.) befindlichen Gartenhäuschen, während Ringseis mit seiner Begleitung entweder den weiteren Umweg durch die Stadt oder über den damals wie eine wahre Sahara versandeten, nun so reich bepflanzten und mit Hildebrands erfrischender Brunnenkunst abgerundeten „Dultplatz" nach dem abwärts der mit hohen Pappelbäumen besäumten Sendlingerlandstraße gelegenen Krankenhause in seine Dienstwohnung steuerte.

Aufgewachsen in der alpinen Frische des elterlichen Heims, welchem kein Sohn beschieden war, erbte die erste Tochter Marie (geb. 1829) den geistigen Familienzug völlig. Ohne mit eigenen Schöpfungen je hervorzutreten, blieb sie die Stütze der ganz universell veranlagten Mutter, die stille Beraterin der nachkommenden Schwestern, stets einsichtig besorgt, der unermüdlich wohltätig fühlbare Spiritus familiaris der Hausgenossen: wie ein stiller, Frieden spiegelnder Bergsee. Vielleicht ebenso begabt wie ihre Schwestern, verschwand sie neidlos hinter der glänzenden Dichterin. Emilie (geb. 15. Nov. 1831), das bevorzugte Patenkind der von Franz Binder so meisterhaft geschilderten, außerordentlich tief wirkenden Schweizermalerin E. Linder, wurde bald der strahlende Mittelpunkt dieser Trias. In Lyrik, Epos und Drama gleichmäßig ausgerüstet und im höchsten Grade mimisch als Schülerin von Sophie Schröder gebildet, betrat sie die weltbedeutenden Bretter nur privatim oder im engsten Kreise einer charitativ tätigen Bühne, meist in ihren eigenen dramatischen Schöpfungen, hier aber hinreißend und geistvoll verkörpernd, immer gleich besaitet. Nicht allein die Leser unserer Blätter wußten davon rühmlichsten Bericht. Ihr Hauptverdienst bleibt die nicht hoch genug einzuschätzende

umfangreiche Lebensgeschichte ihres Vaters, welche sie aus dessen Erzählungen, Berichten, Briefen und Erinnerungen im universellen Memoirenton in fast zehnjähriger Arbeit ausgehorcht und mit diplomatischer Treue in vier Bänden zum Abschluß brachte; ein Familienarchiv für die Nachwelt und zugleich ein Spiegelbild aus König Ludwigs I. Aera und dessen großartigen, weitwirkenden Schaffens, Wollens und Werdens.[1])

Emilie schied als erste aus dem Kreise ihrer Schwestern schon am 4. März 1895, ihr folgte Marie am 15. Dezember 1897, an Bettina den fast unübersehbaren Rücklaß, dessen Ordnung als Lebensaufgabe überlassend.[2])

Bettina's Name erinnert an Clemens Brentano's schwer definierbare äußerst exzentrische Schwester, das durch ihre an Goethe gerichteten Briefe weit bekannte, immer ungezogene „Kind".[3]) Verheiratet an den edelsinnigen, hochbegabten, nie zum Abschluß gebrachten Achim von Arnim, übertrug sie ihren Namen und den edelsten Sinn an die jüngste der Ringseis-Töchter, welche ebenso in touristischer wie biographischer Kunst universell geschult, in weitesten Radien ihrer Tätigkeit mit energischem Pflichtbewußtsein oblag.

---

1) Vergl. Bd. 75 ff. dieser Blätter.

2) Vergl. Bd. 116, 118, 122.

3) Die gewagteste, freilich in äußerstem Antithesenspiel ebenbürtige Charakteristik gibt Alexander Jung (1799—1884) in seinen „Vorlesungen über die moderne Literatur der Deutschen" 1842 S. 183): Bettina Brentano sei eine „unheimliche, unbegreifliche Mischgestalt; halb Hexe und Engel, Priesterin und Bajadere, Vogel und Schlange, Eidechse und Schmetterling; bald ein deutscher Student mit Reitpeitsche und Kanonen, Kabale und Liebe, Kind und Unschuld vom Lande und Schauspielerin; halb Jungfrau vom See und wieder Diogenes in der Tonne; Marketenderin und Elfenkönigin; halb Jakobiner mit der Freiheitsmütze, halb Nonne; gottbegeisterte Pantheistin, halb leichtfertige Tänzerin" usw. Davon ging auf unsere Bettina Ringseis glücklicherweise nichts über als der Vorname.

Unter ihrer gewandten Feder entstand eine überraschende Reihe von Büchern und Elaboraten. Als Ergebnisse einer 1873 unternommenen Reise der anmutende Bericht „Drei Monate in Spanien“ (1875 bei Herder in Freiburg), welcher unwillkürlich zur Ergänzung an die unübertrefflichen, farbenglühenden Schilderungen des nachmals so unglücklichen Erzherzog Maximilian gemahnt, dessen kurzer Kaisertraum in Mexiko ein so tragisch erschütterndes Ende nahm; auch an das „Spanisches für die gebildete Welt“ von Alban Stolz und Walter Rothes originelles Büchlein „Quer durch Spanien“ Mainz 1910). Darauf folgten die „Eindrücke aus Holland“ (Regensburg 1877). Auch übersetzte sie aus dem Französischen des G. R. Heinrich (in Lyon) das beschauliche „Büchlein der Beharrlichkeit“ (Augsb. 1886 bei M. Huttler, kl. 12°) und verfaßte als eigene Leistung ein „Leben der Birgitta von Schweden“[1]; wozu die Nachbarschaft von Altomünster ihr wertvolles Material bot, welches dem hochverdienten urkundlichen Prachtwerke Dr. Krogh-Tonning leider verborgen blieb.[2])

---

1) Leben der hl. Birgitta von Schweden, nebst einigen Nachrichten über die Birgittenklöster nach edierten und unedierten Werken bearbeitet von Bettina Ringseis, Regensburg 1890 bei Habbel, 327 S., kl. 8° in 2. Auflage 1909, insbesonders über das Stift Altomünster, dessen Geschichte; wie es z. B. im dreißigjährigen Krieg und der späteren „Säkularisation“ zuging und der teilweisen Wiederherstellung durch König Ludwig I.

2) Vgl. Dr. Krogh-Tonning (in Christiana) die hl. Birgitta von Schweden, Kempten und München 1907 bei Kösel VI, 142 S. gr. 8° mit 20 Illustr. (Als V. Band der Sammlung illustrierter Heiligenleben). Nebenbei ergeben sich doch noch etliche kleine Findlinge und Mosaiksteine. So zeigte man z. B. unter den Heiligtümern des bei Dachau liegenden Stiftes Altomünster noch vor siebenzig Jahren einen von Messing umrahmten, durch gotische Schrift dokumentierten Teil einer Holzplatte vom Schreibtisch der hl. Birgitta und ihre kleine hölzerne, als Reisegerät dienende Trinkschale. Ebenso verwahrte man das, im Innern mit vergoldetem Silber ausgeschlagene, an der Außenseite mit Spangen eingefaßte Cranium des hl. Alto († 9. Februar 760), aus welchem

Sehr dankenswert sind die „Erinnerungsblätter von Emilie Ringseis mit Ergänzungen“ (Freiburg 1896) und die Herausgabe ihrer „Nachgelassenen Gedichte“ (1898), ebenso die Veröffentlichung der immer heiter und in echter Freundschaft ausklingenden „Briefe von Hermann und Gisela Grimm an die Schwestern Ringseis“ (Berlin 1905 bei F. Fontana, 65 S. 8⁰). Darauf folgt das mit höchstem Geschick aus den vierbändigen Memoiren veranstaltete „Lebensbild“ des Vaters (1909 bei Habbel 387 S.) ein handsamer Quartband,[1]) welcher das erste Werk indessen neuerdings allen Detailforschern wieder in Erinnerung bringt, selbes wie ein verlassenes Bergwerk neu abzubauen und auszuschürfen. Daraus ist auch, neben vielen Portraits jenes köstliche Bild von Franz Catel (* 22. II. 1778 in

man im Nachklang des urgermanischen Schädeltrunkes mittels silberner Röhrchen seine „Minne“ am Sterbetag zu saugen pflag, eine unzweifelhaft ächte Reliquie (aus welcher Erzbischof Graf von Reisach eine Partikel löste). Über diese zu Ehren verschiedener Heidenapostel in Altbayern lange dauernde Sitte vgl. den Nachweis in Beilage 319 „Allgemeine Zeitung“ vom 15. November 1871. — Ebenso wies man uns die Messerklinge, womit St. Alto die Bäume des von König Pipin ihm geschenkten Waldes bezeichnete, welche der Heilige zum Bau seiner zugleich als Schule und Kirche bestimmten Siedelei wählte. Nach der Sage lösten Vögel die Äste und Blätter von den Stämmen, die als Balken zum Bauwerke sich fügten. Die später an das Messer gefügte silberne Handhabe ziert als plastisches Motiv ein gotisches Blattwerk im Schnabel tragendes Vögelein. — Franz Graf Pocci zeichnete für den Holzschnitt ein schon sehr selten gewordenes kleines Blättchen mit dem Brustbild des Heiligen, welchem während der Wandlung, in der Cupa des Kelches, ein segnendes Christkind erschien (Ringseis S. 320). Von Pocci stammt auch in gleichem Format ein Halbbild der hl. Birgitta mit der die fünf Wunden Christi andeutenden Kopfbinde, ein gleichschenkeliges Kreuz in den Händen. — Auch sonst bleiben noch allerlei Nachträge erwünscht, z. B. eine Aufnahme des Grundplans der Kirche zu Altomünster wäre lehrreicher als die Wiedergabe der prunkvollen Triumph- und Geprängebilder und zopfigen Stiche.

1) Vergl. Bd. 135 S. 543 ff.; 144 S. 974 ff. dieser Blätter.



Berlin, † 19. XII. 1856 zu Rom), herübergenommen, welches den Kronprinz Ludwig in der „Weinschenke an der Ripa Grande des Don Raphaele" zeigt, bei dem Frühstück am 29. Februar 1824, wozu der fröhliche Mäcen seine liebsten deutschen Freunde geladen: Thorwaldsen, Graf Seinsheim, den die ganze Gruppe zeichnenden Maler, den Hofmarschall Baron Gumppenberg, den feinen Julius Schnorr, den „Prinz Eugenius" singenden und toastenden Ringseis, Ph. Veit, Martin Wagner und Leo Klenze — eine unschätzbare ewig junge „Novelle", die immer im Schlafzimmer des Königs hing und nun eine bleibende Zierde der Neuen Pinakothek bildet. Wahrlich tempi passati, an denen man sich auch jetzt noch erwärmen mag! nicht ohne mit dem trauten Walther von der Vogelweide in die Klage auszubrechen:

> diu welt ist allenthalben ungenâden vol,
> als ich gedenke an manegen wünneclichen tac,
> die mir sint enpfallen gar als in daz mer ein slac,
> iemer mêre ouwê!

Den Schluß von Bettinas schriftstellerischer Tätigkeit bildet ein heiteres Capricio: die Herausgabe des Briefwechsels der beiden Töchter Ringseis mit Alban Stolz,[1]) eine echte Kammermusik, welche im wackeren Trio mit Fugierung aller möglichen Themata, in langjähriger Fortsetzung fleißig konzertierte. So entstand ein ganzer Epistolarkodex, von welchem ein etwaiger Klavierauszug uns lieber gewesen wäre als ein diplomatischer Textabdruck. Manches bietet nach so langer Zeit weniger Interesse; das Kunterbunt de omni scibili et quibusdam aliis überwiegt. Die Spielenden sind die hellbesaitete Dichterin Emilie, welcher ihre fröhliche Schwester Bettina taktfest assistierte, den Baßbuffo leistet der gewiegte Moralprofessor und sarkastische Volks-

---

1) Alban Stolz und die Schwestern Ringseis. Ein freundschaftlicher Federkrieg. Herausgegeben von Alois Stockmann. Freiburg 1912. Herder VIII, 296 S. (3. Aufl. 1914). Vergl. dazu „Allgem. Ztg." Nr. 19 vom 10. Mai 1913 S. 319 f. und Bd. 150 S. 308 dieser Blätter.

schriftsteller Alban Stolz, ein mit seinem Landsmann Heinrich Hansjakob[1]) viel verwandter komplizierter Charakterkopf. Der Grundton trägt heitere Signatur; sie necken, kratzen und beißen sich liebreich. Doch werden auch sehr ernste Fragen ergiebig behandelt. Emilie Ringseis steht an einem schweren Scheidewege: Als dramatische Dichterin reizte es die hochveranlagte Schülerin der berühmten Sophie Schröder zur praktischen Ausübung der tragischen Kunst die Bühne zu betreten, während sich zugleich die lockende Aussicht auf ein beglückendes Familienleben eröffnet. Und darüber soll der morose Stubengelehrte, gleichsam als ästhetischer Beichtvater und Gewissensrat, seine Stimme geben, der unter den Dichtern nur Calderon kannte und gelten ließ, unter den Malern einzig für Murillo schwärmte — gesteht er doch offen, „mit Cornelius nichts anfangen zu können" — und im Bereiche der Kunst ein nüchterner Laie war. Das gab eine gründliche Abfuhr: Wenn sie die Bretter betreten wolle, lieber gleich zu den — „Ammergauern" zu gehen, welche er ebenso wenig liebte oder zu würdigen wußte. Die sakramentale Bedeutung der Ehe anerkannte er freilich als sattelfester Dogmatiker. Doch lauerten allerlei einschränkende „aber" dahinter. Freilich übertraf der pathetische Grübler einmal mit erstaunlicher Kourtoisie sich selbst, als er einer schönen Frau durch ihren Gatten sagen ließ, „wenn sie nicht verheiratet wäre, würde er sie zu den törichten Jungfrauen zählen". Damit war sein Latein ein für allemal zu Ende. Dergleichen Facta taten der Freundschaft keinen Eintrag und die friedliche heitere Fehde dauerte fort.

Emilie trat nicht in die Ehe und nicht auf die weltbedeutenden Bretter, auf Privatvorstellungen sich beschränkend, wobei sie glänzend bewies, daß sie das Zeug zu einer Heroine besaß; sie wäre gewiß ein strahlender Wandelstern gleich Clara Ziegler geworden. Aber wer weiß und spricht heute noch von ihr: „dem Mimen flicht die Nachwelt keine

1) Vergl. den Nachruf in den Histor.-polit. Blättern 1916, 158, 316 ff.

Kränze", wenn auch ihr schönes Münchener Wohnhaus in kalte Erinnerung verwandelt noch besteht. Sieht es ja überhaupt so aus, als wolle es Abend werden, als hätten wir nur alles in Museen zusammengetragen: „Das waren wir!", bevor durch brittische und anderweitige List und Schuld der neue alles nivellierende Welt-Veits-Tanz begann. Man denkt unwillkürlich an die ihr Mene-Tekel-Upharsin schreibende Hand, an das hochmütige Après nous le déluge und das Wort: Wer auf dem Dache steht, steige nicht mehr herab! . . .

Bettina hatte längst schon die Feder niedergelegt, um das Riesenwerk, die vom Vater im langen Leben gesammelten Bücher-, Bilder- und Kunstschätze zu ordnen und für die Zukunft zugänglich zu machen. Noch mehr! In dem freundlichen kleinen zu Tutzing gelegenen Familien-Tuskulum gründete sie mit dem ganzen Lebenserwerb ein idyllisches Sorgenfrei für Arme, Alte und Kranke unter geistlicher Obhut, Wart und Pflege an Leib und Seele. Hier waltete sie noch in steter Tätigkeit, bis die Glocken über Land und See ihren Heimgang kündeten.

Dem letzten Träger eines alten ritterbürtigen Geschlechts pflag man den „ohne Mackel und Mail" geführten und bewahrten Wappenschild auf dem Sarg mitzugeben, dann zu zerbrechen und ins offene Grab nachzuwerfen mit dem Rufe „Heute noch und dann nimmermehr":

Ungleich schöner lautet das alte Katakombentäfelchen »Anima candida: Vale!«

LXXII.

Regensburger Briefe nach Rom zu Ende der Aera Dalberg.

Mitgeteilt von Dr. Alex. Schnütgen (Berlin).

Karl Theodor von Dalbergs hundertster Todestag hat uns als Hauptgedächtnisgabe das Buch von Hubert Bastgen „Dalbergs und Napoleons Kirchenpolitik in Deutschland (Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, Heft 30), Paderborn 1917“ beschert. Wie zu erwarten, geht die Arbeit in dem so regen diplomatischen Getriebe um Dalberg und die Seinen völlig auf und gibt naturgemäß den Blick auf innerkirchliche und auf Kulturzustände in Dalbergs bischöflichem Sprengel und Metropolitanbezirke nirgends frei.[1]) Das ist mir Anlaß, hier ein paar Briefe von Eckher, dem Regensburger Offiziale Dalbergs[2]) in seinen letzten Lebensjahren mitzuteilen, die ungeschminkt, ja reichlich düster färbend die damalige kirchliche Lage in und um Bayern schildern. Eckher hat sie, wie die Datierung zeigt, kurz vor und nach dem Tode seines Herrn geschrieben und offenbar direkt nach Rom gesandt. Sie sind dem vatikanischen Geheimarchiv entnommen und gehören jenen um Paul Dumont, den ehemaligen Nuntiatursekretär della Gengas und späteren Konsultor der römischen Kongregation degli Affari ecclesiastici straordinari, gruppierten Akten an, von denen ich bereits an anderer Stelle (Historisches Jahrbuch 36 [1915], S. 820—844) ausführlicher gehandelt habe. Auf diesen Aufsatz „Ein Deutschland eng

1) Vgl. meine Anzeige des Buches in der Theologischen Revue.

2) Joh. Joseph Wolfgang Eckher, Doktor der Theologie, Offizial und Apostolischer Protonotar. Status Ecclesiae Ratisbonensis, Ratisbonae 1816, S. 5. Vgl. auch meinen im folgenden angeführten Aufsatz S. 841.



verbundener römischer Kurialbeamter zur kirchlichen Lage insbesondere im deutschen Süden zwischen Wiener Kongreß nnd bayerischem Konkordat“ darf ich sowohl für den inhaltlichen Zusammenhang der Schreiben wie auch, was ihre archivalisch-technische Eigenart betrifft, verweisen. Im übrigen bedürfen sie keines langen Kommentars. Daß ihrer eines von Eckher nicht formell gezeichnet ist, scheint nur ein äußerlicher Umstand, da es durchweg den nämlichen Charakter wie die anderen trägt. Dazu ist Eckher nach Ausweis meiner Akten alleiniger Regensburger Korrespondent Paul Dumonts und nennt dieser ihn einmal in voller Übereinstimmung damit „den einzigen Menschen in Regensburg, zu dem man überhaupt Vertrauen haben kann“.[1]) Wenngleich die Briefe ausdrücklich als Auszüge bezeichnet werden, so dürfte doch nur Belangloses aus ihnen fortgelassen sein. Ihr sprachliches Gewand ist in den römischen Akten bei Brief I das italienische, bei Brief II das lateinische, bei Brief III das französische. Aus dieser Verschiedensprachigkeit ergibt sich zum Beispiel äußerlich der Wechsel in der Form der Anrede; ob die von meiner deutschen Übertragung zu Grunde gelegte römische Fassung in Wirklichkeit und jedesmal die originale ist, bleibt fraglich.

I.

21. Mai 1816.

Man behauptet, Fürst Hohenlohe, Suffragan von Augsburg, sei zum Apostolischen Vikar der Diözesen Augsburg und Würzburg ernannt, weiß jedoch nichts Amtliches darüber.[2])

---

1) Der schon zitierte Aufsatz S. 841.

2) Franz Karl Fürst Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst stand, in Ellwangen residierend, den früher zu Augsburg gehörigen Katholiken Württembergs als ihr Generalvikar vor. Das obige Gerücht erklärt sich dadurch, daß gerade damals, durch päpstliches Breve vom 21. März 1816, das Generalvikariat Ellwangen als solches vom Apostolischen Stuhle anerkannt worden war. (F.) Lauchert in Allg. Deutsche Biographie L.

Seit Jahresfrist konnten wir nur insgesamt sechs Priester weihen, während die Anzahl der Vakaturen mehr als sechzig beträgt. Auf dem Lande wird man in religiöser Hinsicht merklich lauer. Viele Pfarrer haben die Erlaubnis zum Binieren erbeten. Soviel man sagen hört, besteht diese Übung in den Diözesen Augsburg, Bamberg und Würzburg; indes der Folgen halber haben wir nicht zugestimmt. Unsere religiöse Lage ist äußerst schmerzlich. Percute pastorem et dispergentur oves.[1]) Die Sekte der Herrenhuter breitet sich von München her stets weiter aus.

Religiöse Zeremonien und Gebräuche sucht man verächtlich zu machen. Als Beleg hiefür genügt die Tatsache, daß man in allen Bezirken von Straubing bis Deggendorf zur allgemeinen Kinderimpfung die Bittage bestimmt hat uud das Protokoll über die Impfhandlung am Himmelfahrtsfeste aufnimmt. Die Pfarrer sind bei schwerer Strafe zur Assistenz verpflichtet. Man will sie offensichtlich auf diese Weise hindern, sich so, wie sie es müßten, den gottesdienstlichen Verrichtungen zu widmen. Es wird in jeder Beziehung schlimmer!

Der frühere Bischof von Lüttich und ernannte Erzbischof von Mecheln[2]) weilt hier ständig und hat häufige Besprechungen mit Dalberg. Das läßt vermuten, daß es um bestimmte Pläne geht. Füge es der Himmel, daß sie ihre Irrtümer erkennen — dummodo in bonum ecclesiae conveniant.

Dem Bündnis der drei Monarchen tritt ein anderes weniger mächtiges Bündnis entgegen.[3]) Man fürchtet in Bayern — vielleicht nicht ohne Grund —, daß die Triumvirn alle anderen verschlucken. So entspricht es dem Zeitgeist und muß geschehen, nachdem sie als die Mächtigsten die Kirchengüter an sich gerissen und verschlungen haben.

1) Zach. 13, 7.

2) Franz Anton von Méan, der schon 1793 dank den damaligen republikanischen Unruhen Lüttich endgiltig hatte verlassen müssen. Alb. Thym im Kirchenlexikon² VIII, Sp. 280.

3) Anspielung auf die heilige Allianz und ihre Folgeerscheinungen.

II.

[Vor dem 10. Februar 1817; wohl nach dem ersten Brief.]

Unser Elend ist bis aufs Äußerste gestiegen. Alles Recht ist zerrüttet. Fast alle Bischofssitze sind ohne Hirten, viele sogar ohne Suffragan, so daß die — freilich nur selten erbetenen — Weihen mit großen Reisekosten erkauft werden müssen und auch die Verteilung der hl. Öle entsprechende Schwierigkeiten macht. Die Zahl der Kleriker ist derart gesunken, daß Vikare in einem sehr beträchtlichen Teil der Pfarren an Pfarrers Stelle amten und die Pfarrstellen unbesetzt bleiben, indes der Ertrag wie der Bistümer so auch der Pfarren seitens der Königlichen Verwaltung für sich selber und die eigenen habsüchtigen Tagediebe beansprucht wird. Die Konsistorien können, sonst aller Strafgewalt beraubt und allerorten lautem Widerspruch begegnend, lediglich die Versetzung in den Laienstand aussprechen und finden auch bei diesem Vorgehen manche Schwierigkeiten, Einsprüche und Nachstellungen. So führt der jüngere Klerus ein recht leichtes Leben. Kurz, bald erleben wir Zeiten, ähnlich denen Gregors VII. und des Apostels der Deutschen, Bonifatius. Das volle, pure Heidentum!

Angesichts dieser traurigen Sachlage kann es allein die deutsche Kirche retten, wenn sich (vorzüglich im Königreich Bayern) der hl. Stuhl in Apostolischer Fürsorge ihrer annimmt.

Unerhört! Da starb der Erzbischof von Salzburg.[1]) Kraft Königlicher Machtbefugnis setzte nunmehr der König von Bayern ein Kirchenregiment des Metropolitankapitels ein, das heute noch besteht. Niemand gibt etwas, das er selbst nicht besitzt.

Vikariate wie die von Bamberg, Würzburg, Konstanz — weshalb sorgen sie nicht für Verwaltung der Sakramente, für Ehe, Firmung, Kommunion und Beicht der Jünglinge, für Verbesserung der Katechismen? Neuheidentum.

1) Am 7. November 1814 war der Administrator von Salzburg Graf Zeil gestorben.

Was soll man über die Auflösung der Sitten, über die Vernachlässigung der Fastengebote, die doch die hl. Mutter Kirche anbefiehlt, was von der gänzlich außeracht gekommenen Heiligung der Sonntage, dem öffentlichen Handel, den militärischen Übungen, dem Marktlärm des Sonntagmittags, was von dem außerordentlichen Mißbrauch des Eides bei Gericht — „Bringt den hölzernen Block“ (so spielt man auf die Kruzifixe an) —, was von dem schlechten Unterricht der Kleinen sagen? Neuheidentum.

Eine kirchliche Immunität besteht nur dem Namen nach. Alle Zivilsachen unterstehen dem weltlichen Gericht. Sogar in Strafsachen muß selbst der Bischof zur Eidesleistung vor einem Laienkommissar erscheinen, wie jüngst Weihbischof von Wolf.[1]) Steuern, Abgaben, Zahlungen von irgendwelchen Klerikern vermag man zwar nicht rechtlich zu begründen, treibt sie dennoch aber in Eile ein.

In Ehesachen unterstehen Gatten gemischter Religion, auch wenn sie katholisch getraut sind, dem protestantischen Gericht, ein Zustand, dem ich mich jüngst ganz selbständig widersetzt habe und zwar bei einem Prozeß auf Nichtigkeitserklärung der Ehe durch Berufung an die dritte Instanz. Ich habe mich, wie gesagt, der berührten Praxis neulich ganz für mich auf dem Wege einer energischen Beschwerde vor der bayerischen Regierung widersetzt.

In den Gymnasien und Lyzeen halten akatholische Schulvorsteher und katholische Priester Zusammenkünfte ab a) in Staatskleidung (weltlicher Uniform); b) in römischem Hut mit weißer Feder; c) vernachlässigen militärisch in Anspruch genommene junge Studenten, wenn sie nicht mit der Waffe dienen, Sitte, Studium und Gehorsam . . . Soweit von diesen Klagen.

Nun zu Unserem.

In aller Schmach und Schande ist das bischöfliche Konsistorium von seinem mehr als zweihundert Jahre eingenommenen Platze weg zwischen die Diener und Strafrichter von Regens-

1) von Regensburg.

burg versetzt worden, an eine Stelle, die man höchst unwürdig nennen muß. Unser Archiv und unsere Registraturen wurden in alle Winde zerstreut und was an Bequemlichkeit übrig blieb, bleibt bei der Fülle zu leistender Arbeit hinter dem Notwendigen zurück.

O, wenn Eminentissimus sich doch anders verhalten hätte! Er bleibt mit dem Titel eines Erzbischofs. Aber so? Hier? Ohne jeden sonstigen Rang —, wie an einer Gnaden- und Zufluchtsstätte — ! Er erscheint häufig zu unserem Konsistorium. O, wenn er, früher ein treuer Verteidiger von Vaterland und Kirche!!, sich seine ehrenvolle Sorge nunmehr schenken würde!

Freund, kannst Du Dich unserer deutschen, insbesondere unserer bayerischen, Kirche nützlich machen, so halte mit Deinen Diensten nicht zurück. Gott und Jesus Christus werden Dein Mühen lohnen.

Ohne prahlen zu wollen, teile ich Dir mit, daß ich, da Offizial Haas[1]) verstorben ist, die Geschäfte eines Offizials der Regensburger Kirche nun selber schon vier Jahre hindurch versehe. So bitte ich angesichts der zeitigen Lage recht dringend um Deine Empfehlung bei Exzellenz della Genga und nächstdem bei unserem Heiligsten Herrn.

III.

[Nicht gezeichnet.] 24. April 1817.

Sie können sich keine Vorstellung von unserm Elend machen — wir sind fast ohne Lebensmittel und ohne Geld und dazu erregen furchtbare Meteore allenthalben Bestürzung und Entsetzen. Am 16. oder 17. tobte zwischen München und Augsburg ein schrecklicher Sturm, begleitet . . .

Am 8. März gab es zn Henningen im Königreich Württemberg ein entsetzliches Unwetter[2]). . . Bei alledem sehen wir uns zu unserem Leidwesen von weiß Gott für einem neuen Krieg

1) Der bei Bastgen des öfteren benannte langjährige geistliche Beamte Dalbergs.

2) Die Schrecken und Entbehrungen des damaligen Winters sind lange in Erinnerung geblieben.



oder Aufstand bedroht. Die Haltung des Prinzen von Oranien den Katholiken gegenüber erscheint tyrannisch[1]) und kann die Belgier nur veranlassen, sich bei der ersten Gelegenheit zu erheben. Nicht minder stark ist die Abneigung der Katholiken gegen Preußen. In mehr als einer deutschen Provinz regt sich machtvoll der Geist des Jakobinismus und wie ihm entgegentreten, wie das Volk zurückhalten, nachdem die einzige Schranke zertreten ist, die alles Abirren vom Pfade der Pflicht verhindert, mit anderen Worten, nachdem man sich daran versucht hat, Religion und Gottesfurcht auszurotten? Vergebens weisen die Monarchen dem Volke einen rächenden Gott im Himmel, sofern sie durch ihr eigen Tun und Treiben diesen Gott mißachten, der ihnen ihre Macht verliehen hat, auf daß sie sie zu seinem Ruhme gebrauchen.

Es sind Priester, vornehmlich Poeschl, Exjesuit, Dekan von Ampfelwang, gewesen, welche im Innviertel, das vormals bayerisch war und heute österreichisch ist, Anschauungen im Volke begründet haben, die schließlich zu Tumulten führten.[2]) Acht- bis zehntausend Menschen griffen zur Gewalt und zwangen so den Kaiser, Truppen aufzubieten, worauf auf beiden Seiten Blut geflossen ist. Es gehört zu den Hauptgrundsätzen dieser Sektierer, daß sie keinen Souverain anerkennen, keine Abgabe bezahlen wollen, weil alle Fürsten Usurpatoren und unrechtmäßig sind, das Volk allein der wahre und rechtmäßige Souverain ist. So stehen wir mitten im Sansculotismus; die Schrecken Münzers, Johann von Leidens und des Bauernkriegs werden sich erneuern. Erstaune man darüber nicht. Es wirkt überraschend, daß die Fürsten das Reich Gottes über sich nicht mehr duldeten, diesen Leuten aber unterworfen sein sollten. Dahin führt die falsche Politik; dennoch herrscht diese falsche Politik heute allenthalben.

---

1) Wilhelms I. von Nassau-Oranien. Vgl. etwa Joseph Hergenroether, Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte[4] III, 844.

2) Vgl. etwa Mehlhorn in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart IV, 1637 f. — Poeschl selbst war übrigens mit so mancher Torheit seiner Anhänger nicht einverstanden.

Eine gewisse Dame[1]) predigt täglich und will von Jesus Christus zur Unterweisung der Menschen gesandt sein. Sie sagt, daß keine menschliche Macht ihr widerstehen könne. Was muß man erwarten von . . . . . .

Es gibt in Bayern Laien, die öffentlich predigen. Sie nennen sich Brüder Jesu.[2])

Am Charfreitag stellte im Mainzer Theater ein gewisser von Rossi[3]) das Leben und Leiden Jesu Christi mimisch dar. Alles lief in's Theater, um diesen gottvergessenen Rossi zu sehen; die Kirchen standen leer. So liegen die Dinge, daß niedrige Komödianten und Marktschreier die Diener Gottes des Erhabenen ersetzen und verdrängen. Bald wird man keine Priester und Kirchen mehr brauchen; Theater und Schauspieler werden an ihre Stelle treten. Zu wünschen ist wahrlich, der Stellvertreter Jesu Christi möge sich in der Verteidigung dessen tatkräftig erweisen, den er darstellt.

LXXIII.

Die kirchlichen Zustände Basels im späten Mittelalter.

Von Dr. Luzian Pfleger.

(Schluß.)

Nur selten hat der katholische Leser, dem es nicht um Apologetik um jeden Preis, sondern um wahrheitsgemäße Darstellungen zu tun ist, Anlaß zu Widersprüchen. So wenn der Verfasser einmal (777) von Reliquienanbetung spricht. Oder wenn er von der Möglichkeit redet, „bei der vielen der Ablaß ohne weiteres als Vergebung der Sünden galt“

1) Gemeint ist wohl die Krämerin Magdalena Sickinger. Mehlhorn a. a. O.

2) Vgl. wieder die Literatur über diese ganzen mystisch-chiliastischen Strömungen und Stimmungen bei Mehlhorn.

3) Schreibart nicht ganz sicher.



(784). Die bahnbrechenden Forschungen von Niklaus Paulus über das mittelalterliche Ablaßwesen lassen diese Auffassung nicht mehr zu. Um den Ablaß zu gewinnen mußten die Gläubigen stets beichten. Wenn in irgendeiner Stadt eine „Romfahrt", ein Jubelablaß angekündigt wurde, so umlagerten die Gläubigen scharenweise die Beichtstühle, um die Vergebung ihrer Sünden zu gewinnen. So wurden, um nur einige Beispiele zu erwähnen, i. J. 1480 in München 270, i. J. 1489 in Nürnberg 43, i. J. 1476 zu Bern über 80 Beichtväter angestellt, wozu der Berner Chronist Diebold Schilling bemerkt: „und hätte man mehr mögen finden, die dazu nutz und gut wären gewesen, man hätte sie auch genommen". Bei der Berner „Romfahrt" von 1478 waren „bei hundert" Beichtväter tätig.

Nicht zutreffend ist auch Wackernagels Auffassung vom Wesen der Klöster, wenn er sagt: „Der Mönch konnte glauben, durch das Mönchsein für das eigene und der Seinigen Seelenheil zu sorgen. Aber der Stadt und der Welt, auch der Kirche ging er verloren." Freilich gehört zu einer richtigen Würdigung des von der Welt abgeschlossenen und äußerlich nicht tätigen Klosterlebens das volle Verständnis für die transscendente und soziale Bedeutung des kirchlichen Gebetslebens. Das Leben der deutschen Mystiker und Mystikerinnen bietet lehrreiche Aufschlüsse darüber, wie der mittelalterliche Mensch — aber auch der neuzeitliche, gläubige Katholik urteilt nicht anders — darüber denkt.

Sehr schön sagt ein trefflicher Kenner mittelalterlicher Frauenklöster: „Dennoch wirkten diese Klöster in ihrer eigensten Bestimmung sozial hebend. Nicht bloß, daß es den Mitgliedern der Gesamtheit, die nach Verinnerlichung rangen, eine Stätte bot, wo sie in strengster Askese den Leib bezwingen und den Geist befreien konnten; das Kloster als solches sollte ein Quell des Segens für seine Umgebung, für das ganze Land, für die Menschheit sein, freilich ein Quell überirdischen Segens. Herabgerufen wurde er in dem feierlichen Chorgebet. Die Nonnen sollten an Stelle der durch die äußeren Arbeiten und verwirren-



den Beschäftigungen und Sorgen des Alltagslebens allzusehr in Anspruch genommenen Menschheit vor Gott stehen und ihm in Namen aller den gebührenden Tribut des Lobes und des Dankes darbringen und zugleich Gnade erflehen für all die Anliegen der Menschheit und Sühne leisten für die Schuld, die sie auf sich geladen. In den Chorstühlen standen die Nonnen nicht als Privatpersonen, sondern als Vertreterinnen der Menschheit. Von ihren Lippen kamen nicht Privatgebete, sondern öffentliche, liturgische Gebete der Kirche." [1])

Rückhaltlos stimmen wir Wackernagel bei, wenn er Mißstände auf kirchlichem Gebiete rügt; wir haben keinen Grund, solche zu vertuschen oder zu beschönigen. So wenn der mit der Exkommunikation vielfach getriebene Mißbrauch mit dem Bannstrahl gerügt wird: die Vermischung des Heiligen mit rein äußerlichen und zeitlichen Interessen, die Anwendung des Kirchenbannes zu rein prozessualen Zwecken, die allzuhäufige Verhängung des Interdikts. „Daß die Kirche dergestalt nach Willkür ihren Gnadenschatz schloß oder öffnete und ihren Dienern verbot oder erlaubte, dem Volke beizustehen, schuf eine Not ohne gleichen. Vor allem natürlich beim Volke. Aber auch beim Klerus, der in schwere Konflikte geriet und für den, weil er nicht vom Gehorsam gegen die Obern, sondern vom Amte lebte, die Sistierung dieser Amtstätigkeit durch das Interdikt empfindliche Folgen ökonomischer Art hatte" (777). So konnte es, was für das Ansehen der kirchlichen Obrigkeit und der kirchlichen Disziplin nichts weniger als förderlich war, geschehen, daß

1) Vergl. H. Wilms, das Beten der Mystikerinnen (Leipzig 1916) S. 25; vergl. auch S. 16; 87 f., wo z. B. die Nonnen von Unterlinden die Entsetzung der Stadt Colmar ihrem Gebete zuschreiben. Zur Sache ferner H. Pesch, die soziale Befähigung der Kirche (Berlin 1899) 245 ff. Hier S. 251 ein bemerkenswertes Wort von Harnack: „Wer das Mönchtum abschätzig bei Seite schiebt, kennt es nicht. Wer es kennt, der wird bekennen, wieviel von ihm zu lernen ist. Ja er wird nicht wie von einem Gegner, sondern von einem Freunde lernen können, unbeschadet seines evangelischen Standpunktes, vielmehr zu Nutz desselben."

der städtische Klerus sich mitunter einfach über das Interdikt hinwegsetzte, wie es 1483 in den durch die Parteinahme des Rates für den geistlichen Abenteurer Zamometic hervorgerufenen dramatisch bewegten Zeiten geschah.

In dieser Haltung der städtischen Klerisei kommt die Macht zum Ausdruck, die sich das weltliche Stadtregiment allmählich in rein kirchlichen Dingen angeeignet hat. Wir sind an der Hand von Wackernagels gründlichen Ausführungen in der Lage, auch in Basel dieselben kirchenpolitischen Erscheinungen genau in ihrer Entwicklung zu verfolgen, die nicht nur in den fürstlichen Territorien, sondern auch in den Städten „mehr als vieles andere die schnelle Ausbreitung der Reformation ermöglicht hat.“[1]) Der Rat greift in den Machtbereich der Kirche ein, beteiligt sich an der Klosterreform, macht sich zum Sprachrohr der mit manchen kirchlichen Dingen unzufriedenen Einwohner, regelt das Vergabungswesen, setzt durch die Amortisationsgesetzgebung den Zuwendungen von Liegenschaften oder Gefällen an die Kirche gewisse Schranken. Durch das Hineingreifen in kirchliches Wesen erweitert sich der Begriff der weltlichen Obrigkeit, vertieft sich der Beruf der weltlichen Gewalt, indem der Rat es als Hauptaufgabe seines Regiments betrachtet „Gottes Ehre zu fördern und aller Unbill und groben Sünde zu begegnen“. Dieser Geist zeigt sich in den städtischen Luxusgesetzen, den Edikten gegen Schwören und Fluchen, in den sittenpolizeilichen Maßnahmen gegen die geschlechtlichen Ungebundenheiten, in der Ehegesetzgebung, in den Werken der Armenpflege und Fürsorge. Den eindringlichen Manifesten der Geistlichkeit, die sich gegen Schluß des Jahrhunderts gegen die allgemeine Ungebundenheit des städtischen Volkslebens richten, schließt sich der Rat an durch die große „Reformationsordnung“ von 1498.

1) H. Linke, die kirchenpolit. und kirchl. Verhältnisse zu Ende des Mittelalters (1896), 5. Über die spätmittelalterliche Kirchenpolitik der Städte vergl. G. v. Below in der Histor. Zeitschrift 39 (1895) 452 f. Janssen-Pastor I[20] 770 f.



Aber „weder der Kampf der weltlichen Gewalt mit der kirchlichen, noch die bei Klerikern und Laien sich regende Unzufriedenheit haben an sich mit einem innern Verhältnis zur Kirche etwas zu tun" (886). Geistliche und Laien, die rückhaltlos die Schäden der Kirche sehen und tadeln, erkennen Recht und Verfassung der Kirche ohne weiteres an, lehnen jeden Eingriff in sie ab, halten am alten Dogma unerschütterlich fest. Doch gehört zum Wesen dieser gährenden Zeit, daß auch in Basel von Häresien mehrfach die Rede ist, daß gegenüber der Autorität, der offiziellen und traditionellen Einheit andere Auffassungen laut werden. Kein Wunder: die erregten Debatten der Konzilstage ließen einen Nachhall zurück. Ferner gilt: „der freiere Geist, die humanistische Denkweise greifen stürmisch auch in das Kirchliche und Religiöse herüber. Es ist eine Bewegung, deren Macht wir zumal hier verstehen: in der Stadt des Witzes und der Kritik, in der Stadt des Buchdrucks und der Universität, in der Stadt der durch einen unvergleichlichen Verkehr geschulten Kenntnis aller Welt" (887).

* * *

Solchergestalt zeigen sich uns die kirchlichen Verhältnisse zu Basel im späten Mittelalter. Ich habe versucht, die Hauptzüge des buntbewegten, lebensvollen Bildes auf engem Raum zusammenzupressen. Die ganze kraftstrotzende Fülle des städtischen Kulturlebens können sie kaum andeuten. Aber man kann daraus doch der Hauptsache nach entnehmen, wie die der Neuerung Luthers voraufgehende Zeit in der schweizerischen Grenzstadt sich darstellt in religiöser Hinsicht. Sie war nicht gut, ist reich an Mängeln und Gebrechen, vieles erscheint faul in der Kirche. Aber von einer allgemeinen Verkommenheit zu reden ist unzulässig, wir sehen erfreuliche Ansätze zum Guten, Glanz und Pracht im Kultus, rege Teilnahme der Massen, deren Anhänglichkeit an die Kirche der großen Mehrheit nach nicht erschüttert ist, wohl nicht überall mehr den alten Eifer zum Guten. Zu

bedauern bleibt, daß die leitenden kirchlichen Kreise ihre wohlgemeinten, durchaus ernst aufgefaßten Regenerationstendenzen nicht mit der nötigen Energie fortsetzten, daß sie der Opposition gegenüber erlahmten.

In der wirklich historischen Treue des Gesamtkulturbildes, das um seiner selbstwillen gezeichnet, nicht auf die im folgenden Jahrhundert einsetzenden Erscheinungen eingestellt ist, liegt der hohe Wert der Wackernagel'schen Darstellung, die trotz der Fülle der Einzelheiten nie überladen, stets interessant, oft spannend, in vielen Partien glänzend geschrieben erscheint.

LXXIV.

Der Schwanenritterorden.

Zum 500jährigen Jubiläum der Hohenzollern in der Mark Brandenburg.

P. Cyprian Fröhlich Kapuzinerordenspriester.

Der Ritterorden Unserer Lieben Frau zum Schwan, mit seinem Sitz in Brandenburg und Ansbach, war für die deutsche Kultur des 15. Jahrhunderts von maßgebendem Einfluß. Seine Geschichte ist zugleich eine Geschichte deutscher Frömmigkeit und Sitte, deutscher Redlichkeit und Treue, sowie ein Denkmal echt deutschen Wirkens und Waltens der alten Fürsten des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation". Nach mehr als einer Seite hin ist die Entstehung und der Einfluß dieser Gesellschaft U. L. Frau zum Schwan oder kurzweg Schwanenorden interessant und geradezu vorbildlich für die von höchster Stelle angekündigte „neue Zeit".

Das Vorläuferjahrhundert der Reformation hatte bereits Zwiespalt in das alte Reich gebracht. In der Kirche war unter Papst Eugen IV. und seinem Gegenpapst Felix V. ein Schisma ausgebrochen. Eine Folge davon war, daß die Bischöfe und Kurfürsten von Köln und Trier vom ersteren exkommuniziert wurden, weil sie es mit letzterem





hielten. Die übrigen Kurfürsten verbündeten sich, um nötigenfalls die Aufhebung der Exkommunikation mit Waffengewalt zu erzwingen. Im Herzen Deutschlands, in Böhmen, wütete noch der Hussitenkrieg gegen die Kirche und den Kaiser. Dazu kam der Übermut der mächtig aufstrebenden Städte, der sich bis zum fränkisch-schwäbischen Städtekrieg verdichtete. Das Kirchentum und die Sittlichkeit waren in diesen Wirren tief gesunken, vor allem in Norddeutschland, am meisten in der Mark Brandenburg.

Um dieses halb verlorene Land hatte sich der Nürnberger Burggraf Friedrich von Hohenzollern durch großen Aufwand von Geld und Mühe sehr verdient gemacht. Zum Lohne dafür erhielt er am 30. April 1415 von Kaiser Sigmund, dem Herrn der Mark, Brandenburg als erbliches Reichslehen, weil das herabgekommene ferne Land eines kräftigen Herrschers bedurfte. Dadurch wurde der Grund zur Macht des hohenzollern-brandenburgischen Hauses gelegt. Die damals glaubensstarken und kirchenfrommen Reichsfürsten suchten mit Eifer und Energie die politischen, sozialen und sittlichen Fragen zu lösen. Wodurch? Durch „Liebfrauengilden", also durch religiöse Organisationen. Die vornehmste und wirksamste unter ihnen war die Gesellschaft Unserer Lieben Frau zum Schwan. Dieser Ritterorden trug ein Jahrhundert lang durch seine innige und praktische Marienverehrung dazu bei, daß zunächst der gesamte Adel und durch eine Abzweigung des Ordens auch das Volk kulturell gehoben und politisch geeinigt wurde. — Unsere führenden Männer denken kaum daran, für die Neuorientierung der modernen Zeit religiöse Organisationen zu gründen oder zu begünstigen, wohl aber Organisationen ohne religiöse Beeinflußung und darum ohne durchschlagenden Erfolg.

Ganz überraschend wirkt auf uns Deutsche in den gegenwärtigen religiösen Verhältnissen die Wahrnehmung, daß die hohenzollern-brandenburgischen Fürsten so innige, ja zärtliche Verehrer der Muttergottes waren, welche sie die „Herrin der Welt" zu nennen pflegten. Das ist ein Ehrentitel,



welcher würdig wäre, in die lauretanische Litanei aufgenommen zu werden. Nachdem der Burggraf von Nürnberg als Kurfürst Friedrich I. nach Brandenburg gekommen war, wurde er in der ganz zerrütteten und aller Ordnung baren Mark als süddeutscher Fürst mit dem größten Mißtrauen empfangen, sowie als Fremdling behandelt. Er glaubte nun das Vertrauen seiner Vasallen und seines Volkes am ehesten zu gewinnen, indem er „das Lob und den Dienst der Himmelskönigin nach seinem Vermögen zu mehren suchte". Daß man auf diese Weise auch heute noch das Vertrauen des Volkes gewinnen kann, beweist König Ludwig III. von Bayern, welcher den Ehrentitel Maria Patrona Bavariae 1916 vom hl. Vater Benedikt XV. offiziell anerkennen ließ.

Die Mark Brandenburg war früher reich an Muttergotteskirchen, unter denen die Wallfahrtskirche auf dem Herlungen Berg die älteste und besuchteste war.[1]) Sie galt überhaupt als die erste christliche Kultusstätte der Mark. Im Jahre 1140 hatte sie der Wendenfürst Pribislav aus einem heidnischen, dem dreiköpfigen Götzen Triglaff geweihten Tempel in eine christliche Kirche verwandelt. Der im byzantinischen Stil von vier Türmen flankierte Rundbau ist von malerischer Wirkung, ähnlich wie der Dom von Limburg a. d. Lahn. Diese Muttergotteskirche mit dem wundertätigen Gnadenbild U. L. Frau war im Mittelalter ein deutsches Nationalheiligtum „durch ganz Deutschland geehrt und eines zahlreichen Besuches für würdig erachtet". Ja sie galt „für eine der vorzüglichsten Stätten, welche sich die hochgebenedeite Mutter unseres Herrn selbst zu ihrem Lobe auserkoren hätte". Jahrhunderte hindurch blühte dort die Wallfahrt zu U. L. Frau, bis durch Vernachlässigung die Kirche „zu einer schlechten Kapelle" herabgesunken war.

Kaum war Kurfürst Friedrich I. zur Regierung in der Mark gelangt, so ließ der innige Marienverehrer diese Kirche wieder herstellen. Er baute ein Kloster neben dieselbe und berief aus seinem Burgkloster in Berlin Prämonstratenser

1) Klöden über die Marienverehrung in der Mark Brandenburg.



Mönche dahin, „damit die Mönche in bestimmten Stunden des Tages und der Nacht Gebete und Lobgesänge auf die Himmelskönigin verrichten“.

Diese von seinem Vater so ausgezeichnete Marienkirche erwählte der ihm ebenbürtige Sohn und Nachfolger Friedrich II. zum Sitze eines Ritterordens zu Ehren U. L. Frau. Wie gottesfürchtig dieser edle Fürst war, beweist das Glaubensbekenntnis, welches er vor dem Antritt seiner Pilgerfahrt nach Jerusalem zu Prenzlau eigenhändig aufsetzte und in der Domkirche zu Brandenburg öffentlich ablegte.[1]) Dieser ebenso fromme Christ und eifrige Marienverehrer sowie energische und besonnene Fürst ging nicht zunächst darauf aus dem Volke, sondern in erster Linie seinen Hofleuten und Vasallen die Religion zu erhalten. Ihm galt wie allen damaligen Regierungen die Religion nicht als Privatsache, sondern als Staatssache und zwar als die Staatssache. Um nun Adel und Volk tiefe Religiosität einzupflanzen und dadurch das Band der Liebe und Einigkeit untereinander und mit dem Fürstenhause fest zu knüpfen, gründete Friedrich II. für den Adel den Schwanenritterorden und für das Volk „die Bruderschaft U. L. Frau von der Kapelle bei St. Nicolai Porten in Berlin“.

Der Schwanen-Ritterorden erhielt von seinem Stifter eine religiös-sittliche soziale Orientierung für den Adel. Sie kommt am originellsten und vollkommensten zum Ausdruck durch die sinnreiche Ordensauszeichnung, welche aus drei Teilen besteht. Den Mittelpunkt derselben bildet das Bild der Himmelskönigin. Ein Kniestück, welches Maria mit dem Jesuskinde darstellt, in der Mondsichel sitzend, von Sonnenstrahlen umgeben, eine Krone auf dem Haupte. Das zierliche Bild ist offenbar vom Künstler behandelt nach Johannes in der geheimen Offenbarung: „Ein Weib, schön wie der Mond, umkleidet von der Sonne, auf ihrem Haupte eine Krone von 12 Sternen.“ Damit bezeichnet der hl. Johannes selbst Maria als Königin. Darum ist auch die Parole be-

1) Moser patriotisches Archiv Bd. I.



rechtigt, welche auf der Mondessichel angebracht ist: „ave mundi Domina, sei gegrüßt du Frau der Welt!" Von ihr heißt es im Ordensstatut so schön: „Obwohl die Himmelskönigin über alle Heiligen erhöht ist und schöner wie der Mond und auserwählter wie die Sonne, so ist sie doch Fürstin dieser Welt, darin sie geboren und von unseren Stammeltern angesippt. Daher wir sie mit großer Innigkeit erwählen, daß sie uns desto barmherziger beschirme." Dieses Medaillon der Himmelskönigin soll jeder Ritter äußerlich auf seinem Herzen tragen „zum Zeichen, daß wir der Gnade, die wir durch sie empfangen, in unserem Herzen gedenken und nimmer vergessen sollen".

Die Mitglieder des neuen Ordens U. L. Frau, des ersten, der überhaupt im Hohenzollern-brandenburgischen Hause entstanden ist und der Ursprung aller übrigen bis zum „pour le mérite", sollten vor allem ihre Ordenspatronin täglich kindlich verehren. „Alle Tage sollen sie zur Ehre und zum Lobe U. L. Frau mit Innigkeit und Andacht sieben Paternoster und Ave beten, sowie das Vereinslied verrichten. Die Marienfeste sollen vor allem „mit ganzer Innigkeit und Würdigkeit" gefeiert, dabei der Gottesdienst besucht und die Vorabende unter Fasten verbracht werden.

„Zu einem Denken der hochgelobten Himmelskönigin Maria und daß auch die Gesellen dieser Gesellschaft ein Mitwissen haben der Begnadigung, die von dem heiligen Stuhl in Rom dazu gegeben ist, vor Eingang der Vesper des heiligen Palmabends bis auf Ausgang des Palmtages soll ein jeder seine Sünden vor den Priestern bekennen, der sie davon zu entbinden und absolvieren hat für Pain und Schuld." Damit ist die Beicht und der vollkommene Ablaß am Ordensfeste gemeint.

Ein großes Gewicht ist in den Ordenssatzungen auf die Abhaltung heiliger Messen für die lebenden und verstorbenen Mitglieder gelegt, sowie auf die Teilnahme an den Gottesdiensten der Kapitelstage und der Totenfeier eines verstor-



benen Ritters, bei denen sich alle Ordensmitglieder persönlich einzufinden hatten.

Das Muttergottesbild hing an dem oberen Teil des Ordenszeichens an einer goldenen Kette. Diese Ordenskette ist wohl das Originellste und Bezeichnendste, was man überhaupt in dieser Beziehung sehen kann. Die aus Silber hergestellten und stark vergoldeten 18 Glieder bestehen aus sogenannten „Premsen." Dieselben sind gebildet aus zwei gezahnten Eisenschienchen, von welchen ein rotes Herz in der Mitte umklammert wird, ähnlich wie etwa ein Eisenbahnwagenrad zwischen angezogenen Bremsen. Diese 18 Herzen sinnbilden die Ordensmitglieder, welche „ihren frechen Mut, Eigenwillen und Wollust (Augenlust, Hoffart des Lebens und Fleischeslust) zwingen, unter die mächtige Hand Gottes demütigen und ihr Herz mit Premsen wahrer Reue, Beicht und Buße kasteien sollen". Ehebrecher oder offenbar Unkeusche dürfen nicht in der Gesellschaft sein, „da die keusche Mutter wohl keuscher Diener würdig sei". Ein Verräter oder gewalttätiger Räuber darf nicht geduldet werden, „da solche Bosheit oder Gewalttat nicht zum Dienste der hl. Maria gehöre". Kein Trinker soll geduldet werden „da von diesem Laster viel Sünde und Bosheit komme". — Unter solchen gläubigen und ritterlichen Männern verstanden die damaligen Fürsten ihre „Tüchtigsten".

Das eigentliche Ordenssymbol bildet ein silberner Schwan in schreitender Stellung mit hocherhobenen Flügeln. Er bedeutet, daß die Ritter mit dem Flug des Herzens nach oben in christlicher Vollkommenheit fortschreiten sollen, treu bis zum Tode. Der Schwan ist das Sinnbild eines seligen Todes. „Wie der Schwan seinen Tod vorausweiß und beklagt, also wußte und sagte der Herr seinen Tod voraus. Uns aber zur Mahnung, daß wir, da wir unsere Todesstunde nicht im voraus wissen, zu allen Zeiten bußfertig sein sollen." Unsere Vorfahren waren nicht im entferntesten davon überzeugt, daß mit dem Tode alles aus sei, sondern daß es dem Menschen bestimmt ist, einmal zu sterben, und

nach dem Tode ein strenger Richter uns erwartet. Darum waren sie um nichts mehr besorgt als um ein glückseliges Sterbestündlein. Unsere Modernen denken nur an ein glückseliges Leben, darum bleiben sie auch unzufrieden, weil dies nicht unsere Bestimmung ist.

Den silbernen Schwan umgibt eine kranzförmig gewundene „weiße, unbefleckte Dweln“ (Tuch), welche auf die Reinheit als Haupttugend eines Ritters hindeutet. Die beiden herunterhängenden Enden tragen je 5 Zipfel mit silbernen Glöcklein, auf die 10 Gebote hindeutend, welche nicht bloß die religiös-sittlichen, sondern auch die sozialen Verhältnisse regeln. Die Ordensmitglieder sollen vor allem sich ritterlich benehmen gegenüber den Frauen. Überhaupt sollten die Ritter durch die Verehrung Mariens, der Krone der Frauenwelt, ihren Verkehr mit der Frauenwelt ideal gestalten. Wie notwendig wäre dieser „Feminismus“ unserer modernen Männerwelt! —

„Wurde ein Ritter bei seiner Ehre angegriffen, so sollte jeder, der es höre, sich seines Mitgesellen annehmen und verteidigen.“ Also war kein Duell notwendig. Verarmte Mitglieder erhielten vom Kurfürsten Aufnahme und lebenslängliche Verpflegung an seinem Hof oder in einem seiner Schlösser. Die jährlichen Geldbeiträge wurden verwendet zu sozial-charitativen Werken.

Die Zahl der Mitglieder war anfangs auf 30 Männer und 7 Frauen beschränkt, welche „ächt und recht zu Schild und Helm vier Ahnen aufzuweisen hatten, ehelich und adelig geboren wären“. Später wurde die Zahl der Aufnahmen von Kurfürst Friedrich II. unbeschränkt gelassen. Sein Bruder Albrecht Achilles aber, der größte Förderer des Schwanenordens, suchte soviel als möglich Mitglieder in Deutschland zu werben, bis nahezu der gesamte Adel Nord- und Süddeutschlands in dem Orden U. L. Frau organisiert war.

Der Schwanenritterorden sollte stiftungsgemäß zunächst eine religiös-sittliche Bruderschaft zu Ehren U. L. Frau sein

„zur Milderung der Sitten und Denkweise der Zeit“. Er wollte also die geborenen Führer des Volkes innerlich erfassen, Charaktere und Persönlichkeiten heranbilden. Allein seinen Bestrebungen wohnte auch ein wichtiger sozialpolitischer Grund inne. Der Orden sollte den Norden und Süden Deutschlands einander näher bringen, befreunden und verbinden. Darum stellt die Gründung dieses Ordens den ersten Vereinigungsversuch zwischen Nord und Süd dar und zwar nicht zunächst durch Waffengewalt oder äußere Beeinflussungen, sondern durch religiöse Mittel, nicht durch weltliche Kongresse, sondern durch religiöse Zusammenkünfte und — Wallfahrten zu den Nationalheiligtümern der beiden Länder, wo der Orden seinen Sitz hatte.

Beide Organisationen, der adelige Schwanenorden sowie die bürgerliche „Brüderschaft zu Ehren unserer lieben Frau“, welche das meiste ihrer Regeln gemeinsam hatten, verpflichteten ihre Mitglieder zu öfterem Zusammenkommen und Wallfahrten. Interessant ist in dieser Beziehung die letzte Bestimmung der bürgerlichen Brüderschaft: „Alle Priester und Laien, Edle und Unedle, die zur Brüderschaft gehören, Inländer wie Ausländer, sollten, wenn sie zu der genannten Zeit nach Berlin zur Brüderschaft kämen, mit ihrem Leib und Gut, her und zurück, des Kurfürsten sicheres Geleite haben.“ Desselben Schutzes erfreuten sich natürlich die Ritter des Schwanenordens, wenn sie zum wundertätigen Muttergottesbilde auf dem Herlungenberge bei Brandenburg wallten. Die mittelalterlichen Fürsten und Prälaten waren besser von der Tatsache durchdrungen, daß internationale Wallfahrten wesentlich zu gegenseitigem Verständnis und Annäherung, zur Einigung und Liebe beitragen.

So geschah es auch damals. Der Kurfürst Friedrich II. wollte ein Band der Liebe und Eintracht um alle deutschen Volksstämme schlingen. Da aber sein weltlicher Arm hiezu nicht ausreichte, so suchte er sein Ziel auf geistliche Weise zu erreichen. Mit großem Erfolg. Bald erwarb sich der Orden durch seine erhabene religiös-sittliche und soziale Tendenz eine

so allgemeine Anerkennung, daß der Kurfürst ihn nach drei Jahren auf eine breitere Grundlage stellen, sowie eine norddeutsche und süddeutsche Abteilung bilden mußte. Wenn auf dieser breiteren Grundlage der Orden mächtig emporblühte, so war daran auch die Person Friedrich II. schuld. Dieser edle Fürst, hatte sein Heer so oft siegreich ins Feld geführt, war ein weiser Ratgeber des ratlosen Kaisers Friedrich III., ein selbstloser Fürst welcher zwei Königskronen ausschlug, ein demütiger Wallfahrer mit seinem Bruder Achilles nach Jerusalem, ein inniger Verehrer Mariens und ein Liebling des heiligen Vaters, Papst Nikolaus V. Liebe zu Maria und zur heiligen Kirche bedingen sich gegenseitig. Die Päpste Nikolaus V. und Pius II. hatten natürlich mit Freuden die beiden Brüderschaften des frommen Kurfürsten bestätigt, ersterer im Jahre 1447, letzterer 1459.

Der Schwanenorden hatte 24 Jahre bestanden, als Friedrich II. am 10. Februar 1471 von seinen Schwanenrittern zur letzten Ruhe geleitet wurde. Seine Gedenktafel hängt in dem fürstlichen Erbbegräbnis zu Heilsbronn bei Ansbach, wo später sein Bruder und Hauptförderer des von ihm gestifteten Ordens ruhen sollte.

Für uns Süddeutsche im allgemeinen und Bayern im besonderen ist von der größten Bedeutung die Tatsache: Durch den Ritterorden U. L. Frau vom Schwan wurde die höhere süddeutsche Kultur dem Herzen Norddeutschlands, der Mark Brandenburg und ihrer Hauptstadt Berlin, eingepflanzt. Die von Kaiser Sigmund berufenen Fürsten aus dem Hause Hohenzollern galten im 15. Jahrhundert als die Träger der süddeutschen höheren Kultur. Kurfürst Friedrich I., der als Burggraf von Nürnberg nach Brandenburg gekommen war, nahm 1437 eine Länderteilung unter seine vier Söhne vor. Der älteste Johann erhielt das Burggrafentum „oberhalb Gebirgs Bayreuth mit Plassenburg". Der Zweitgeborene Friedrich erhielt die Kurmark. Dem dritten Sohne Albrecht Achilles fiel die Burggrafschaft „unterhalb Gebirgs" das



Ansbachische Gebiet zu, während der vierte Sohn Friedrich die Verwaltung der Altmark übernehmen sollte.

Auch als Friedrich II. die Regierung in der Mark Brandenburg antrat, wurden er und die mitgebrachten Edelleute aus Franken von allen Ständen, besonders von den übermütigen Städten, Berlin voran, als Fremdlinge mit dem größten Mißtrauen empfangen und behandelt. Hatte schon früher der „Deutsche Orden" unendliche Mühe und Opfer zur Christianisierung der heidnischen Preußen zu bringen, so mußte Friedrich zu ihrer Kultivierung mit „eisernem Zahn" zugreifen. Daher sein Beiname „Friedrich der Eisenzahn". Durch Festigkeit und Beharrlichkeit wußte er den preußischen Trotz zu brechen, sowie durch seine Brüderschaften die rohen Sitten zu mildern und höhere Kultur einzupflanzen. Die Hohenzollernfürsten Friedrich I., Friedrich II. und Albrecht Achilles waren mit großem Erfolg bemüht hauptsächlich durch den Schwanenritterorden die Edelsten und Tüchtigsten ihrer Untertanen enger und fester unter einander zu einigen und den märkischen Adel durch die höhere Kultur ihrer fränkischen Vasallen zu erziehen. Ein Unternehmen, das auch heutzutage, besonders nach dem Weltkriege, geradezu notwendig wäre. Unsere norddeutschen Brüder müssen dazu erzogen werden, daß sie die mehr als tausend Jahre ältere und schon dadurch höhere Kultur Bayerns und Süddeutschlands als wenigstens ebenbürtig anerkennen. Es ist mehr als merkwürdig, daß Preußen seine höhere Kultur selbst auf militärischem Gebiete katholischen Ordensleuten, den Deutschordensrittern, der Marienverehrung durch den Schwanenritterorden, der „edelsten Korporation des Mittelalters" und süddeutschen Fürsten zu verdanken hat. Darum wäre etwas mehr Bescheidenheit und Rücksichtnahme gegen Bayern und Süddeutschland wohl am Platze. Nur dadurch kann es eine vollkommene Aussöhnung zwischen Nord und Süd geben. Freilich würde diese Vollkommenheit die religiöse Einheit voraussetzen, wie sie im 15. Jahrhundert noch in Deutschland herrschte. Sollte sie denn niemals wieder möglich

werden? Sie muß es; denn unser gemeinsamer Herr und Heiland betet ohne Unterlaß, „ut omnes unum sint". Es wäre ein gewiß begrüßenswerter Gedanke, den alten Schwanenritterorden wieder aufleben zu lassen! In Brandenburg oder Ansbach? In der Hauptstadt Mittelfrankens sind noch die meisten Überlieferungen des Schwanenordens zu finden. Diese heute weniger genannte Stadt war im 15. Jahrhundert ein religiöser und kultureller Mittelpunkt Deutschlands. In politischer Beziehung war sie eine vielbesuchte und glänzende Residenz, in religiöser Beziehung eine Art Altötting, eine Muttergottesstadt. Dazu hatte sie ihr größter Fürst gemacht, der je in Ansbachs Mauern residierte.

Albrecht Achilles war geboren 1414 zu Travemünde als der dritte Sohn Friedrichs I. Er war ein Mann von herkulischer Kraft. Er galt als der edelste, tapferste und nie überwundene Ritter seiner Zeit. Als frommer Katholik und inniger Marienverehrer war er auch der gehorsame Sohn seiner Kirche und treu gegen Kaiser und Reich. Sein Regierungsprogramm hat er in die eines deutschen Fürsten des hl. römischen Reiches würdigen Worte gefaßt: „Wir wollen den Fußtapfen unserer Eltern als fromme Fürsten nachgehen und sind getröstet, es gehe uns niemals übel ohne Zweifel. Den Gott uns zum Herrn gegeben auf Erden, an den wollen wir uns halten und alle Phantasien ausschlagen." Hätten alle seine Nachfolger dasselbe getan, so wären wir in diesen schrecklichen Weltkrieg nicht verwickelt worden. Wie mächtig aber dennoch der Einfluß dieses gewaltigen Fürsten in Deutschland war, beweist der Bericht eines damaligen Gesandten: „Das Reich wird durch Kaiser Friedrich III. vom Kurfürsten Albrecht von Brandenburg regiert." Obwohl Albrecht Achilles eine Zeit lang in Brandenburg regierte, so war doch seine Hauptresidenz Ansbach.

Am Zusammenfluß des Onoldsbaches und der Rezat gelegen, hat sich Ansbach aus einem Benediktinerkloster entwickelt, welches der heilige Graf Gumbertus und sein Freund der hl. Bonifatius im Jahre 750 gegründet hatten. Wäh-



rend die Hauptkirche in Ansbach dem hl. Gumbertus geweiht ist, ruht sein heiliger Leib in der früheren Klosterkirche jetzigen protestantischen Pfarrkirche zu Heilsbronn. In der Gumbertuskirche nun errichtete der Markgraf Albrecht Achilles mit Zustimmung seines Bruders sowie des Papstes Pius II. eine Filiale des Schwanenritterordens, hauptsächlich deshalb, weil die Reise der Ritter nach Berlin mit vielerlei Unannehmlichkeiten verbunden war. Es mögen auch politische Erwägungen bei dem tatenlustigen Markgrafen mitbestimmend gewesen sein; denn aus seinen Schwanenordensmitgliedern holte er sich seine kampfestüchtigsten Ritter. Achilles gab sich alle Mühe so viele Mitglieder als möglich in Süddeutschland anzuwerben, was ihm auch gelang. In einem Verzeichnis aus jener Zeit finden wir vertreten 10 regierende Fürsten, darunter den mächtigen König Matthias von Ungarn und König Christoph von Dänemark aus dem Hause Wittelsbach, 83 Grafen, Herrn und Ritter, 115 Edelleute und 104 Edeldamen. „Damit der sittliche Einfluß des Weibes, dessen Krone die Jungfrau Maria war, wirksamer werden möchte, dürfte jedes Mitglied seine eheliche Hausfrau mit aufnehmen lassen.“ Wie in Norddeutschland, so waren auch in Süddeutschland alle großenteils auch heute noch bestehenden Adelsgeschlechter vertreten: die Aufseß, Kastell, Crailsheim, Feilitzsch, Egglofstein, Hohenlohe, Freiberg, Hutter, Nothaft, Leonrod, Redwitz, Oettingen, Pappenheim, Schwarzenberg, Seckendorff, Seinsheim usw. Sogar im Ausland hatte der Orden zahlreiche Vertreter. Wären alle diese Geschlechter, Fürsten und Länder von Dänemark bis über die Alpen, von der Maas und Rhone bis zum Niemen und den Karpathen heute noch, wie zur Zeit des heiligen römischen Reiches deutscher Nation politisch und religiös geeint, dann besäße Deutschland zu seinem Schutze gegen die Feinde ringsum alle die notwendigen Bollwerke im Herzen Europas, um die es zu seinem ferneren Bestande mit so unendlich vielem Blutvergießen seiner Söhne ringen muß. Wenn nur wenigstens aus all den Opfern als Frucht ein Großdeutsch-



land-Mitteleuropa hervorginge! Dann wären sie nicht umsonst gebracht.

Albrecht Achilles hat dem Schwanenritter-Orden in Ansbach ein Heiligtum vom höchsten künstlerischen Werte verschafft in der Schwanen-Ordens-Ritterkapelle daselbst. Sie bildet eine der kostbarsten Perlen gotischer Kunst in Franken. Tritt man aus der neuen protestantischen Kirche — die alte Gumbertuskirche wurde abgetragen — mehr einem Konzertsaal wie einer Kirche ähnelnd, in den stehengebliebenen Chor derselben ein, so wird man freudigst überrascht von dieser altehrwürdigen Gottesstätte, welche dem eucharistischen Heiland jahrhundertelang als Wohnung diente. Der weite Raum ist mit einem herrlichen Sterngewölb überspannt. Die farbenprächtigen Glasfenster verleihen ihm eine geheimnisvoll feierliche Stimmung. Gewaltige Grabdenkmäler, Totenschilde, Banner und Gemälde beleben in seltener Weise den heiligen Raum. In seiner Mitte aber steht, das Ganze beherrschend, der von Albrecht Achilles errichtete Schwanenordens-Altar, welcher zu den künstlerisch und historisch berühmtesten Altären Deutschlands gerechnet werden muß. Er wäre allein einer Besprechung wert. Ebenso das berühmte Altarbild von Baldung (1475—1545), eines Schülers Albrecht Dürers.

In diesem Heiligtum fanden die Gottesdienste der Schwanenritter statt und wurden die Wappen der verstorbenen Ritter als Totenschilder aufgehängt. Es sind noch 60 davon erhalten, darunter als schönstes das Wappen des Kurfürsten Albrecht Achilles. Derselbe starb 72 Jahre alt zu Frankfurt a/Main, wohin er zur Wahl des Erzherzogs Maximilian zum römischen Kaiser gekommen war. „Am Samstag nach dem Sonntag Laetare (11. März 1486) ließ sich der hochgeborne Fürst aus seiner Herberge auf einem Stuhl nach seiner Gewohnheit ins Predigerkloster tragen zum Gottesdienst. Und desselben Tages um die vierte Stunde Nachmittags starb er selig in demselben Kloster, dem Gott gnade!" Sein Leib wurde nach Heilsbronn gebracht. Dort ruht der ausgezeichnete Fürst, dessen Wahlspruch war:



„In Gottes Gewalt
Hab ich's gestalt.
Er hat's gefügt,
Daß mir's genügt."

Seine Lieblingsschöpfung, der Schwanenorden U. L. Frau, überlebte ihn nicht lange. Er fiel, wie so unendlich viel Gutes und Schönes, der unseligen Reformation im Jahre 1518 zum Opfer, in Norddeutschland 1571. Verschiedene Versuche, seinem Leichnam Leben einzuhauchen, schlugen fehl. An seine Stelle trat der — rote Adlerorden. Zum letztenmal versuchte es der edle König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, den Schwanenorden wieder herzustellen.

Ein Basler Bürgermeister Namens Roth hatte seinerzeit den Kurfürsten Friedrich II. 1453 nach Jerusalem geleitet, wofür er die Schwanenordenskette erhielt. Diese einzige noch vorhandene Kette kam später in den Berliner Domschatz und wurde 1833 in einer öffentlichen Versteigerung ausgeboten als eine „stark vergoldete silberne Halskette mit einem Zoll langen Gelenken als Gehäng das Bild der Maria und darunter das Bild eines Schwan tragend. Eine fleißige Arbeit". Der aus Ansbach stammende Bundestagsgesandte Nagler erwarb sie für den König von Preußen. Friedrich Wilhelm IV. wollte den Orden, natürlich auf religiös protestantischer Grundlage, an Stelle des alten Wahlspruches ave mundi Domina mit der Parole: „Gott mit uns" wiederherstellen. Allein der „Berliner Witz" hatte sich über diese „romantische Idee" so ergossen, daß es den König verdroß und er sich darauf beschränkte, seiner katholischen Gemahlin, der Königin Elisabeth, einer Schwester König Ludwig I., ein auf den Schwanenorden bezügliches Geschmeide herstellen zu lassen. Die einzige noch vorhandene Schwanenordenskette befindet sich im königlichen Hofschatz zu Berlin. Vielleicht gelingt es bayerischen Edelleuten, den ehemaligen Schwanenritterorden zum Wohle unseres Vaterlandes wieder aufleben zu lassen.



LXXV.

Neues über den Lehrplan für die bayerischen Volksschulen von 1804/11.[1])

Von Jos. Heigenmooser, K. Seminardirektor a. D. in München.

Über den wegen seines pädagogischen Geistes berühmten Lehrplan für die bayerischen Volksschulen von 1804 und 1811 wußte man bisher hinsichtlich seiner Entstehung nur, daß er aus dem Schoße des General-, Schul- und Studiendirektoriums hervorgegangen ist, welches aus dem Direktor Freiherrn Jos. Maria Johann Nepomuk von Fraunberg und den Oberstudienräten Wismayr, Steiner, Schuhbauer und Hobmann bestand. Fraunberg war bis 1802 Erzdiakon in Cham, 1802 Domkapitular in Regensburg, 1802 Direktor des General-, Schul- und Studiendirektoriums, nahm 1807 seine Entlassung, wurde 1821 Bischof in Augsburg, 1824 Erzbischof in Bamberg. Steiner war Exjesuit, Schulrat in München, Schuhbauer vorher Benediktiner-Professor in Niederalteich, Hobmann Pfarrer in Frauenberg, Wismayr geistl. Rat in Salzburg, Professor — lauter katholische Geistliche. Wer den Entwurf zum Lehrplan geliefert hat, war nicht bekannt; man riet auf Steiner, dessen hohe pädagogische Befähigung bekannt war, auf den bedeutenden Pädagogen Weiller, den Direktor der Münchner Studienanstalten und andere. Erst nachdem mir gütigst gestattet wurde Archivstudien in der geheimen Registratur des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu machen, kann darüber sicherer Aufschluß gegeben werden.

1. Wismayr erstattet am 30. Juni 1807 ein Referat über die Revision des Lehrplanes für die Elementarschulen

1) Lehrplan für die Volksschulen in Baiern, 2. Aufl. 1811, München, Central-Schulbücher-Verlag. Neudruck von A. Bock, München Seyfried 1915.



und die Verfassung zweckmäßiger Lehrbücher, in welchem er eine kurze geschichtliche Darstellung dieses Planes gibt.

Darin wird berichtet, daß 1804 das General-, Schul- und Studiendirektorium an den diesortigen Seminarinspektor. Weichselbaumer den Auftrag gab, mit Zuziehung der gebildetsten und erfahrensten Lehrer an den hiesigen Stadtschulen die Skizze eines nach der Ansicht der Regierung bemessenen, vornehmlich aber auf ihre Erfahrungen in der Schule gegründeten Planes zu entwerfen, dessen Ausführbarkeit soweit möglich durch wirkliche Anordnung vorerst zu prüfen und ihn sofort mittels einer umständlichen, die gemeinschaftlichen Resultate ihrer Beobachtung und Beurteilung enthaltenen Erläuterungsschrift zu höherer Prüfung vorzulegen.

Er fährt fort:

Die Verfasser des Entwurfes gingen von der einfachen, alle schulgerechten Systemformen beseitigenden Idee eines schlesischen Schulmannes aus und teilten den ganzen, in Volksschulen vorzüglich zu bearbeitenden Lehrstoff in 6 Rubriken: 1. Gott. 2. Mensch. 3. Natur. 4. Kunst. 5. Sprache. 6. Zahl- und Maßverhältnisse. Da der Einteilungsgrund selbst dem Kinderverstand einleuchtend und die Subsummierung alles dem Kinde zu wissen Notwendigen und Nützlichen auf die ungezwungenste Weise dabei möglich ist, war das General-, Schul- und Studiendirektorium bei den Kollegialdeliberationen über den ihm vorgelegten Lehrplanentwurf bald einstimmig der Meinung, daß jene Einteilung unverändert beibehalten und der ganze für 3 Klassen zu verteilende Lehrstoff an diesen Einteilungsfaden angereiht werden solle. Mehr Schwierigkeiten machten das Was? und Wieweit? des Lehrstoffes für jede Klasse. Über manches Wort, einzelne Unterrichtspunkte wurden wohl stundenlang pro und contra gesprochen. Nach mehreren, diesem Gegenstande ausschließlich gewidmeten Ratssitzungen und vielen Abänderungen war der vorgelegte Entwurf von dem General-, Schul- und Studiendirektorium begutachtet, sofort dem Unterzeichneten zur Redaktion und die leichtere Übersicht beför-

dernden Tabellarisierung des ganzen Lehrstoffes übergeben und mit Bericht der höchsten Stelle zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt, welche am 7. Sept. 1804 folgte.

Aus dem weiteren Referate W. ist zu entnehmen, daß noch eine Instruktion für Lehrer und Lehrerinnen, Schulbeamte und Seelsorger zu entwerfen war, welche bis zum Erscheinen der Lehrbücher und in einer eigenen Methodik die Stelle der letzteren vertreten und die Schulinspektoren verständigen sollte, wohin der Plan ziele und wie dessen Teile anzuwenden seien. W. erhielt den Auftrag diese Instruktion zu entwerfen, obwohl er beantragte, diese Aufgabe unter alle Räte zu verteilen. Nach einigen Tagen wurde der Entwurf vorgelegt, beraten und genehmigt.

2. Aus diesem Referate ist zu ersehen, daß Seminarinspektor Weichselbaumer in München und hervorragende Münchener Lehrer den ersten Entwurf des Lehrplanes lieferten, daß Oberstudienrat Wismayr die Redaktion desselben besorgte und der Verfasser der zweiten Hauptabteilung des Planes ist, der Instruktion für die Lehrer.

Matthias Weichselbaumer,[1]) 1764 in Freising geboren, † in München, studierte in Freising, Landshut und Ingolstadt, wurde 1799 Professor der ersten Grammatik in München, nach Kefers Tode unterm 15. Oktober 1902 zum ersten Lehrer und Vorstand der Feiertagsschule für bürgerliche Handwerker ernannt, ebenfalls zum Leiter des in Verbindung mit der Feiertagsschule zu organisierenden bürgerlichen Schullehrerseminars und zum Inspektor der deutschen Schulen. 1808 wurde er Lokalschulkommissär für sämtliche deutsche Schulen der Hauptstadt. Man rühmte von ihm, daß er „zum Volkspädagogen geschaffen und berufen" war. Als Lehrer der Pädagogik suchte er vorzüglich die bildende Lehrmethode seinen Zöglingen beizubringen. Dazu bediente er sich der ihm im höchsten Grade eigenen Kunst der Sokratik.

---

1) Jahresbericht der Feiertagsschulen in München 1830. Nekrolog. Weishaupt, Bayerns erste techn. Schule S. 78—86. München 1865.



Durch seine analytisch-synthetische Lehrart wußte er jeden Gegenstand so zu beleuchten, daß auch der schwächste Zuhörer ihn fassen konnte. Schuldidaktik und Disziplin lehrte er nicht nur durch Worte, sondern mehr durch sein hell leuchtendes Beispiel, das väterlichen Ernst mit Liebe paarte, so daß alle Zöglinge sich angezogen fühlten. Alles was von diesem trefflichen Schulmanne in seinem Nekrologe erzählt wird, rechtfertigt das Vertrauen, welches die höchste Stelle ihm schon 1804 mit dem Auftrage zum Entwurfe eines Lehrplanes für die bayerischen Volksschulen erwies. Er selbst, einer der ersten Pädagogen, berief doch als Bild der Anspruchslosigkeit zur Beratung und Entwerfung eines gleichförmigen Lehrplanes für die Schulen in München mehrere Lehrer zu sich um ihre praktischen Erfahrungen zu würdigen. So hat er auch 1804 auftragsgemäß zur Beratung des Lehrplan-Entwurfes für die bayerischen Volksschulen die gebildetsten und erfahrensten Lehrer Münchens herbeigezogen, wobei folgende zu erwähnen sind, wenn darüber auch nirgends berichtet wird: Andre Äſtfeller, Lehrer der 1. Klasse der Feiertagsschule, Michael Siller, Lehrer der 2. Klasse der Feiertagsschule, Andre Schandry, Lehrer der 3. Klasse der Feiertagsschule, Anton Kistenfeger, Lehrer der 4. Klasse der Feiertagsschule. Diese waren zugleich Lehrer in Elementarfächern am Schullehrerseminar. Äſtfeller sollte die neuen Anordnungen in der 1. Klasse nach Kräften fördern und sich ganz der Leitung des Oberlehrers unterwerfen. Siller hatte den Präparanden Unterricht im Lesen, Schreiben, Papier- und Kopfrechnen zu erteilen und sie praktisch anzuleiten z. B. im Vorschreiben, Korrigieren, im Beobachten der Kinder oder in stillschweigender Beobachtung und Nachhilfe derselben. Schandry oblag die Aufgabe, die schwächeren Präparanden in Schulgegenständen zu üben, die geübteren aber zur Beobachtung der Schüler und zu ihrer Nachhilfe zu gebrauchen, so gut es möglich sie praktisch anzuleiten. Die Funktion Kistenfegers bestand darin, die Präparanden und Kandidaten mit den Gesellen oder Jungen zugleich zu

lehren, dann aber den Kandidaten den Unterricht in der Orthographie, Arithmetik und im schriftlichen Aufsatz zu erteilen.[1]) Als Lehrer an der Feiertagsschule wirkten 1805/06 mit Erfolg außer den vorher genannten:[2]) Für Sittenlehre in Beispielen für künftige Bürger: Jos. Wohlfahrt, Professor am Kadettenkorps. Religionsunterricht 1. Abteilung: Franz, Freiherr v. Hardungh; 2. Abteilung: Gilbert Niedermayr, Exkonventuale von Schäftlarn. 1805/06 war an der 1. Klasse tätig Heinrich Wiehr als Lehrer im Deutschen, Schreiben, Rechnen, Naturkunde, Sitten- und Klugheitslehre. In der 2. Abteilung dieser Klasse lehrte Jos. Ehrentreich alle Elementarfächer derselben; in der 2. Klasse der oben erwähnte Lehrer Ästfeller; in der 3. Klasse Joh. Bapt. Weinberger, in der 4. Klasse Schandry, in der 5. Klasse Inspektor Weichselbaumer.

Siller hatte 1811 die Anweisung für die Schullehrer zum Gebrauch des Lehrbuches für den Anfangsunterricht in den Volksschulen verfaßt und wahrscheinlich auch das letztere Lehrbuch. Erstere ist eine Methodik für Unterricht in Lesen, Religion, Rechnen und Schreiben. Siller wurde jedenfalls zur Lehrplanberatung beigezogen. Ein anderer hervorragender Münchner Lehrer war Joh. Nep. Holzapfel, dessen Beiträge zum Kopfrechnen für Kinder und Schulfreunde von 1806 schon im Lehrplan 1811 enthalten sind und der später seine oft aufgelegte „Anleitung zur Rechenkunst für Schulen und Lehrer“ herausgab.

An der mit dem Lehrerseminar 1803 verbundenen Elementarschule wirkte Wolfgang Mayer, 1806 Inspektor und Hauptlehrer am Seminar, später Schullehrer-Seminar-Inspektor in Freising — der bei den Lehrplanberatungen kaum gefehlt hat. Vor allem ist Professor Mitterer zu nennen, der an der Feiertagsschule und am Lehrerseminar

1) Dr. Geistbeck, Geschichte des oberbayerischen Schullehrerseminars. Freising 1904, Dr. Datterer.

2) Dr. Zwerger, Geschichte der realistischen Lehranstalten in Bayern. Berlin, Weidmann 1904.



den Zeichenunterricht erteilte, die erste lithographische Kunstanstalt errichtete und als Freund und Mitarbeiter Kefers und Weichselbaumers sich große Verdienste um die Schule erwarb. Sein Einfluß auf den Lehrplan tritt bei der Rubrik „Zahl und Maßverhältnisse“ deutlich hervor.

Das waren wohl die gebildetsten und erfahrensten Lehrer an den Schulen der Hauptstadt, deren Rat bei Entwurf des Lehrplans für die bayerischen Schulen Inspektor Weichselbaumer herbeigezogen haben wird.

Den größten Anteil am Lehrplanentwurf hat natürlich Weichselbaumer selbst, von dem es im Nekrologe heißt, daß er unermüdet im Fortschreiten auf seiner pädagogischen Laufbahn die neueren pädägogischen Schriften las, den Inhalt derselben bei den Konferenzen den Lehrern mitteilte und sich mit ihnen über das Anwendbare und Nützliche derselben besprach. So ist ihm sicher nicht entgangen, was zu jener Zeit der große Schweizer-Pädagoge „Pestalozzi“ geschrieben und geleistet hatte. War man ja auch in der Zentralschulbehörde über diesen gut unterrichtet, wie die Publikationen über zwei bayerische Pestalozzischüler, Schulrat Franz Joseph Müller in Schwaben und Peter Karl Obermaier in Passau[1]) beweisen. So geht die Einteilung des Lehrstoffes im Lehrplanentwurf in 6 Hauptrubriken sicher auf Pestalozzis Einfluß zurück, der alles unter Form, Zahl und Sprache gruppierte. Im Lehrplan selbst ist der Lehrstoff unter „Gott“ von Pestalozzi beeinflußt, indem mit der Erweckung des religiösen und sittlichen Gefühles durch biblische und andere moralische Erzählungen begonnen, die Übung der vornehmsten Kindertugenden: Reinlichkeit, Ordnung, Folgsamkeit, Verträglichkeit, Bescheidenheit 2c. gefordert wird, ehe die erste Anleitung zum Beten und Erzäh-

1) Franz Jos. Müller, Kreisschulrat in Schwaben von Jos. Heigenmooser, München. Seyfried (Schnell) 1911.

Karl Obermaier, ein Priester und Schulmann des vorigen Jahrhunderts von Jos. Heigenmooser, Christl. Schule 1917, I. Heft.

lungen aus der Lebensgeschichte Jesu gegeben werden. Direkt ein Gedanke Pestalozzis erscheint unter „Mensch“, indem Sprechübungen über den menschlichen Körper gefordert sind, welche Pestalozzi im „Buch der Mütter“ behandelt. Das Vor- und Nachsprechen von Wörtern und Sätzen unter „Sprache“ erinnert ganz an Pestalozzis Behandlung der Sprachlehre. Der Stoff unter „Zahl- und Maßverhältnisse“ zeigt am meisten den Geist Pestalozzis, nicht bloß darin, daß mit dem Rechnen im Kopfe begonnen wird, dem dann das auf der Tafel folgt, daß alles Rechnen sich auf Anschauung gründet, sondern auch darin, daß das Messen mit Auge und Hand, das mit Maßen gefördert wird, dem sich dann das Zeichen leichter Umrisse und freier Handzeichnungen von Gegenständen aus Natur und Kunst anschließt.

3. Wir kommen zum Anteil des Oberstudienrates Wismayr am Lehrplan. Er ist, wie wir gesehen haben, der Verfasser der Instruktion für die Lehrer, einer sehr bedeutenden pädagogischen Leistung, wie noch jetzt anerkannt werden muß. Er meint, die Verfasser des Lehrplanentwurfes hätten die Einteilung des ganzen Lehrstoffes in 6 Rubriken der Idee eines schlesischen Schulmannes entlehnt, und in einer Anmerkung zu seinem Referate wird die „Allgemeine Oberdeutsche Literaturzeitung“ von Professor Lorenz Hübner 1791 Stück 12 zitiert, wo von diesem Pädagogen 7 Schriften angezeigt und beurteilt sind. Nun behandeln diese Schriften die „Sprache“ und eine „Natur und Gott“, das sind also 3 von den Rubriken des Lehrplanes, von den andern ist nichts zu ersehen. Wer der ungenannte schlesische Schulmann ist, bleibt uns auch unbekannt; der berühmte Abt Felbiger von Sagan, an welchen man zunächst denken muß, hat die angezeigten 7 Schriften nicht verfaßt, deren Haupttitel lauten: 1. Aussichten zur Festsetzung des Elementarunterrichtes in den Bürger- und Gelehrtenschulen. 2. Deutsches ABC oder 30 Übungen des Lesens, Zählens, Schreibens für die unterste Klasse der Bürgerschulen. 3. Lateinische Fibel zur ersten Übung des Lesens, Übersetzens, Sprechens und Schreibens



der lateinischen Sprache. 4. Anweisung zum Gebrauche des deutschen ABC. 5. Anweisung zum Gebrauche des lateinischen ABC. 6. Natur und Gott. Zur Grundlage des gemeinnützigen Unterrichts in der Naturkunde und Gotteserkenntnis. 7. Anweisung zum Gebrauche des Schulbuches Natur und Gott.[1]) Nach unserer Ansicht ist die Einteilung alles Volksschullehrstoffes in die Rubriken: Gott, Mensch, Natur, Kunst, Sprache, Zahl- und Maßverhältnisse eine verbesserte Anlehnung an Pestalozzi, der in seinem Buche „Wie Gertrud die Kinder lehrt" alles Schulwissen in „Form, Zahl und Sprache" gliederte.

Die Instruktion für die Lehrer, Wismayrs wertvolle pädagogische Arbeit, hat im ganzen 19. Jahrhundert ihre hohe Bedeutung behalten; die späteren Lehrpläne für die Volksschulen greifen alle auf sie zurück; sie ist ein Beleg pädagogischer Weisheit aus einer Zeit, in der in der Pädagogik nicht so vieles unklar und schwankend war. Die Philanthropen hatten im 18. Jahrhundert zwar eine große pädagogische Bewegung hervorgerufen, so daß man dieses Jahrhundert nicht mit Unrecht das „pädagogische" nennt; Pestalozzi war um 1804 in Burgdorf und sein Hauptwerk: „Wie Gertrud die Kinder lehrte", war erst erschienen. Aber doch gab es nirgends sichere, erprobte Normen, überall Hypothesen, worüber man nicht wenig in Fehde lag. So viel Bewährtes festzustellen und im Gegensatz zur alten mechanischen Schule die sichere Bahn zu einer bildenden Methode zu gehen und so eine wirklich lebensvolle Schulreform für ein ganzes Land ins Leben zu rufen, wie es im bayerischen Lehrplan geschieht, ist wirklich ein großes Verdienst, das dem Verfasser großen Ruhm eingetragen hätte, wenn sein Name bekannt gewesen wäre.

Die Instruktion besteht aus zwei Abschnitten, wovon der erste „Allgemeine Vorschriften und Grundsätze", der zweite „Besondere Vorschriften und Unterrichtsvorteile" enthält.

1) Oberdeutsche, allgemeine Literaturzeitung, Salzburg 1791 von Prof. Lorenz Hübner, 12. Stück S. 178.



Nach der Begriffsbestimmung der Volksschule und der Hervorhebung der Bedeutung des Schullehrerstandes wird im allgemeinen das Was und Wie in der Volksschule bestimmt: Nur das allgemein Brauchbare, das in jedem Stande Anwendbare soll gelehrt werden und zwar auf dem kürzesten Wege, im einfachsten ungekünstelten Vortrage, nach der zweckmäßigsten, immer vom Leichtesten und Faßlichsten zum Schweren fortschreitenden Methode, der Lehrart der Natur. Das ist besonders Pestalozzis Idee, der sein ganzes System der Erziehung auf das Handbietungsleisten der Natur bei der Entwicklung des Menschen gründet. Als Ziel der Schulreform wird hingestellt: die Bildung der Nation und Aufklärung des Volkes über seine heiligsten und wichtigsten Angelegenheiten. Der Lehrplan wird als Norm für alle Schulen aufgestellt; die 6 Hauptrubriken umfassen alles menschliche Wissen sogar in den höheren Schulen; in den Landschulen soll man sich auf das Wesentliche beschränken, manches kürzer behandeln und mit Stoffen, für die Landbewohner passend, vertauschen.

Nur bei vereinter Kraft der geistlichen und weltlichen Volkslehrer sei das Ziel zu erreichen, deshalb werden die Schullehrer angewiesen bei den Distriktsschulinspektoren, Pfarrern und Lokalschulinspektoren sich Rat zu erholen. Nachdem auf 16 im Zentralschulbücherverlag erschienenen Schulschriften hingewiesen wird, folgen Darlegungen über das wirkliche Lernen im Gegensatz zum Scheinlernen, über das Beschränken im Maß des Lehrstoffes, wobei man wieder die Natur als Maßstab nehmen soll, die nicht in einem Momente ihre Geheimnisse aufschließt, über die Lehrmaxime, daß nichts zur Unzeit gelehrt werden soll, nicht nur eines nach dem andern, sondern auch eines aus dem andern, Fertigkeit im Notwendigen sei besonders wichtig, dann nicht Wissen sei die Hauptsache, sondern Wissen und Benützen.

Pestalozzi hat letzteres bekanntlich in dem Bilde ausgedrückt: Ein schreckliches Geschenk des Zeitalters sei es, das Kind mit Wissen ohne Fertigkeit zu überladen. Schließlich wird auf den Unterschied zwischen Knaben- und Mädchenunterricht hingewiesen. Das Mädchen sei zur Magd oder



Hausfrau, zum Eheweib, zur Mutter, zur ersten Pflegerin und Erzieherin ihrer Kinder bestimmt. Darnach habe sich der Unterricht zu richten.

Diese pädagogische Weisheit tritt das ganze 19. Jahrhundert in unsern Volksschullehrplänen immer wieder auf, ohne daß man weiß, daß ihr Wismayr die erste Fassung gegeben hat.

Im 2. Abschnitt: besondere „Vorschriften und Unterrichtsvorteile" wird bei der Rubrik „Gott" betont, daß der erste Unterricht in Religion vor allem gutartige Gefühle und fromme Empfindungen wecken soll, ein Unterricht sein muß, der dem Kinde sagt, was es tun soll, um immer fröhlich zu leben, ein Freudenunterricht, der Herzens- und nicht Gedächtnisreligion erzeugt. Dabei wird „Pestalozzi" mit „Lienhard und Gertrud" zitiert, der in einem Bilde ausdrückt, wie verkehrt der Unterricht sei, der zur Gedächtnisreligion führt.

Unter „Mensch" kommt die Lehre vom menschlichen Körper mit der Gesundheitslehre, Anstandslehre, die Lehre von der menschlichen Seele, eine Anlehnung an die Forderungen der Philanthropen, sowie die Menschengeschichte zur Besprechung; sogar die einfachsten gymnastischen Übungen werden gefordert, ein Beweis, wie weit voraus der Lehrplan denkt. Die Lehre von der menschlichen Seele soll ohne irgend eine Anweisung aus dem natürlichen Gefühl und Gewissen der Kinder entwickelt werden. Dabei schwebt dem Verfasser „Die kleine Seelenlehre für Kinder von Joachim Campe" vor,[1]) von dem die Anregung ausgeht, in der Volksschule schon eine Art Seelenlehre zu betreiben.

Die Kinder sind mehr zu Staatsbürgern als zu Weltbürgern (Kosmopoliten) zu erziehen, darum lenke der Lehrer immer auf Vaterlandsgeschichte ein, womit der Lehrplan, der vieles von den Philanthropen enthält, doch entschieden von

1) Kleine Seelenlehre für Kinder von Joachim Heinrich Campe. Zur allgemeinen Schulencyklopädie gehörig. Nebst 4 Kupfertafeln. Wien, Rehm 1779.

ihnen abrückt. Unter „Natur" ist der Lehrstoff der Naturgeschichte, Naturlehre und Erdbeschreibung enthalten. Auch hier ist ersichtlich, daß der Verfasser im Besitze des methodischen Wissens seiner Zeit sich befindet, indem er anordnet, über Naturgegenstände soll der Lehrer im Freien, auf Spaziergängen, bei Gartenarbeiten den Beobachtungsgeist wecken, praktische Anleitung zur Sammlung von Pflanzen und Tieren ist zu geben, in der Erdbeschreibung wird mit geographischen Grundbegriffen und dem Wohnort begonnen, darauf zu Bayern und Deutschland fortgeschritten, wobei das Kartenzeichnen anzuwenden ist. Die Rubrik „Kunst" enthält die Technologie, also die Verwertung der Naturprodukte aus dem Pflanzen-, Tier-, Mineralreiche durch Handwerk und Kunst. Dabei wird, offenbar nach Professor Mitterers Einfluß, verlangt, der Lehrer soll, so oft er von einem Kunstprodukt oder einer Ware spricht, eine leichte Zeichnung eines Handwerkszeuges oder Kunsterzeugnisses an die Tafel machen. Bei „Sprache" wird Lesen, Schreiben, Orthographie, Grammatik und Aufsatz behandelt. Auch da fehlen ganz moderne methodische Grundsätze nicht, wie z. B. daß mehr Übung als Regeln zu behandeln ist, letztere aus einzelnen Fällen abgezogen werden sollen.

Basedow wird zitiert, ein Beweis, daß dem Verfasser die Philanthropen wohlbekannt sind. Die „Zahl- und Maßverhältnisse" enthalten das Kopf- und Tafelrechnen. Das Messen mit Hand, Auge und mit Maßen, womit das Zeichnen verbunden wird. Auch hier finden sich methodische Grundsätze, die erst in der Gegenwart recht zur Durchführung kamen: Beim Rechnen ist das Mechanische nicht zu entbehren, die ökonomischen Beispiele sind aus dem Kreise der elterlichen Gewerbe und Beschäftigungen zu nehmen, praktische Rechenvorteile anzuwenden, die Selbsttätigkeit ist vor allem zu pflegen, auch durch Selbsterfinden von Rechenbeispielen. So sehr die Anschauung verlangt wird, sind doch die Einseitigkeiten Pestalozzis, der hier bloß auf formale Bildung hinarbeitet, vermieden.

Mit Bewunderung steht der Schulmann vor diesem bayerischen Lehrplan. So viel pädagogische Weisheit, so



viel weit vorausschauende Erkenntnis kann nur von einem Pädagogen stammen, der nicht bloß das Wissen seiner Zeit beherrscht, sondern auch als pädagogischer Denker mit großem Verständnis für die Schule Fortschritte anbahnt und den Grund zur modernen Schule legt. Wismayr gebührt in der bayerischen Schulgeschichte besondere Hervorhebung.

4. Der Landesdirektionsrat und Oberschulkommissär für Oberbayern in München Benno Michl[1]) veranlaßte einen Bericht der Landesdirektion an das Ministerium am 9. Mai 1807, über die Abfassung der deutschen Elementarbücher, wodurch der Anstoß zu einer Revision des Lehrplanes von 1804 gegeben wurde. Diese war vor allem der vielen Klagen wegen notwendig, daß dieser Plan viel zu viel verlange und die Forderungen zu hoch spanne. Der neu eingetretene Zentralschulrat[2]) Immanuel Niethammer, Vertreter der protestantischen Konfession, weist in einem Vor- und Antrag vom 18. Juni 1807 diese Vorwürfe als übertrieben zurück, sie stammen aus Mißkenntnis seiner Hauptideen. Es sei nicht tadelhaft, sondern notwendig, die Forderungen nach dem Ideal zu messen, das Ganze und das Höchste, was geleistet werden kann, aufzuzeigen, um in der wirklichen Anwendung auf das Leben einerseits der Praxis die rechte Richtung auf das wahre Ziel zu geben, andererseits den Eifer und die Betriebsamkeit durch die Aussicht auf das hohe Ziel anzufeuern. Nach dieser Hauptidee ist auch der deutsche Schulplan entworfen: es soll durch denselben daran erinnert werden, daß die Trägheit mit Unrecht den hergebrachten Schlendrian des deutschen Schulwesens als das non plus ultra dessen, was in deutschen Schulen zu leisten sei, vorspiegle, daß vielmehr auch der deutsche Schulunterricht weiterstreben könne und solle. Die Instruktion für Lehrer gebe hinlänglich deutliche Erklärungen

1) Seine Naturlehre für die Jugend, 4. Aufl. Straubing 1807, war ein sehr gutes Schulbuch.

2) Seit 1807 war er, Wismayr und Hobmann, Zentralschulrat.



über Maß und Grenzen der Anwendung der aufgestellten Forderungen. Hinsichtlich der Anordnung und Stellung der Lehrgegenstände, der eingehaltenen Stufenfolge seien aber wesentliche Änderungen nötig. Wismayr spricht sich in einem Referat vom 2. Januar 1808 gegen die Revision des Lehrplans aus, da in der Instruktion dazu alles enthalten sei, um ihn für alle Schulverhältnisse zweckmäßig anzuwenden. Nicht vom Lehrplane, der so oder so ausgedrückte Vorschriften enthalten könne, hänge alles ab, sondern eine Hauptsache sei die Bildung und Mitteilungsgabe der Lehrer, gute Lehrbücher und eine bessere Lehrmethode. Das sei der Hebel dem Volke zu einer besseren Bildung zu verhelfen. Jetzt nachdem der Lehrplan erst drei Jahre bestehe, sei es in vieler Beziehung gefährlich ihn schon wieder zu ändern.

Hobmann hatte dem Kollegium den neuen Entwurf eines von ihm verfaßten Planes vorgelegt, der in der Hauptsache die Zustimmung seiner Kollegen erhielt, aber nicht zur Durchführung kam.

Gegenüber dem Lehrplan von 1804 ist dieser Entwurf einfacher in den Forderungen; er verläßt die frühere Einteilung in 6 Hauptrubriken und gliedert den Lehrstoff so für 3 Klassen: 1. Klasse. Erste Verstandes- und Sprachübungen, Elemente des Rechnens, Lesen, Elemente des Schreibens, moralisch-religiöse Bildung, allererste gemeinnützliche Kenntnisse. 2. Kl. Verstandesübungen, Kopf- und Tafelrechnen, Aufsatz, Sprachlehre, Lesen, Schreiben, moralisch-religiöse Bildung, Singen, gemeinnützliche Kenntnisse. 3. Kl. Höhere Verstandesübungen, Lesen, Diktando- und Schönschreiben, Rechnen, Aufsatz und Sprachlehre dazu Lesen verschiedener Handschriften, biblische Geschichte, Religionslehre, gemeinnützliche Kenntnisse. Auch dieser Entwurf steht auf der Höhe der Zeit und enthält viele methodisch gute Anordnungen: dem Lesenlernen muß die Übung der Sprachorgane, das richtige Sprechen der Laute, Silben, Wörter, Sätze vorausgehen, ebenso besondere Vorübungen. Auch dem Schreiben haben Vorübungen vorauszugehen; man hatte also mit der Buchstabiermethode und dem



mechanischen Nachmalen gebrochen. Sehr einsichtsvoll ist es beim ersten Rechnen zu verlangen, daß die ersten Übungen an sichbaren Dingen aus des Kindes Umgebung, dann an abwesenden Dingen vorzunehmen sind; die moralisch-religiöse Bildung beginnt mit der Erweckung der sittlich-religiösen Gefühle durch Erzählungen, Erklärung der religiösen Grundbegriffe durch leichte Beispiele, Vorführung der Wohltaten, welche Kinder von Eltern, von Gott empfangen haben, dann erst folgen Erzählungen aus der Geschichte Jesu und Anleitung zum Gebet. Auf das Üben im Nacherzählen wird großer Wert gelegt, im Aufsatz auf praktische Verwertung zu Quittungen, Rechnungen 2c.; Bilder und Karten dienen zur Veranschaulichung.

Es war bisher unbekannt, daß auch Zentralschulrat Hobmann einen Lehrplanentwurf geliefert hat und daß dieser Entwurf dem Schulbedürfnis in höherem Grade entgegenkommt als der Plan 1804. Die praktische Erfahrung in Schulen als Pfarrer in Frauenberg haben hieran wohl den größten Anteil, sowie der rege Anteil, den Hobmann an den literarisch-pädagogischen Erscheinungen seiner Zeit nahm. Die leitenden Männer im Ministerium Montgelas-Morawitzky waren hochgebildete, begeisterte Schulmänner, die mit allem Ernst und Eifer aus der bisherigen mechanischen Schulbildung eine bessere, den ganzen Menschen veredelnde Volksbildung schaffen wollten und die ungeheueren Hindernisse und Erschwerungen mit viel Klugheit und weitschauendem Verständnis bekämpften.

5. Welchen Anteil nahm der Zentralschulrat Niethammer an der Volksschulreform? Auch darüber geben die Akten uns neue, bisher unbekannte Aufschlüsse. Er ist der Verfasser der 3. Hauptabteilumg des Lehrplanes von 1811: Nähere Bestimmung der Lehrordnung in den verschiedenen Klassen der Volksschule, sowie der am 24. August 1811 erlassenen Entschließung: Erläuterung des Lehrplanes für die Volksschulen als Instruktion für die Distrikts- und Lokalschulinspektoren zur nötigen Leitung und Beratung der Volksschullehrer.

Niethammer war früher Universitätsprofessor der Philosophie in Jena, wurde 1804 Professor für protest. Theologie in Würzburg, 1805 Konsistorialrat und Oberschulkommissär in Bamberg, 1807 als Zentralschulrat der protestantischen Konfession ins Ministerium berufen, wo er sich bald als erster Berater der höchsten Behörde Geltung verschaffte und die Genugtuung erlebte, daß sein Gegner Wismayr 1810 als Oberkirchenrat aus dem Ministerium schied; 1818 wurde er Rat im neuerrichteten Oberkonsistorium, 1848 ging er als Geheimrat in den Ruhestand und starb 1868.

Von ihm liegen bei den Akten sehr umfangreiche, tiefgehende Referate, welche den früheren Philosophieprofessor verraten. Für die Entwicklung von Bayerns Schule hat er große Bedeutung, ist er ja auch der Schöpfer des „Lehrplanes für Mittelschulen von 1808"[1]) und des „Regulativs für Lehrerbildungsanstalten 1809". Auch sein Buch[2]) wurde viel gelesen, und als einer der Hauptvertreter des Neuhumanismus genoß er großes Ansehen.

In der Vorerinnerung zur näheren Bestimmung der Lehrordnung wird verlangt, daß Wohlanständigkeitslehre, Gesundheitslehre und Gymnastik keine eigentlichen Lehrgegenstände bilden können, sondern nur in gelegentlichen Belehrungen und Übungen bestehen sollen.

Die Bestimmung der Lehrordnung für die drei Unterrichtsperioden unterscheidet immer die materielle Aufgabe des Unterrichtes: Kenntnisse und Fertigkeiten und die formelle Aufgabe, die Geistesübung — eine Unterscheidung, die noch heute, in der Zeit des erziehenden Unterrichts, festgehalten wird. In der ersten Klasse müsse man sich auf Lesen, Schreiben, Rechnen, Religion beschränken, Gedächtnis-, Verstandesübungen und solche zur Erregung der Einbildungskraft betreiben, zur Unterhaltung und Aufmunterung Erzählungen, Fabeln bieten. Die 2. Klasse

1) Allgemeines Normativ der öffentlichen Unterrichtsanstalten im Königreich Bayern vom 3. Nov. 1808.

2) Der Streit des Philanthropismus und Humanismus. Jena 1808. Vgl. Bd. 157 S. 150 dieser Blätter.



hat das Lesen nach Sinn und Inhalt des Gelesenen zu pflegen, das Schreiben als Kalligraphie, Orthographie in Verbindung mit Grammatik, das Rechnen als Kopf- und schriftliches Rechnen zu betreiben; der Religionsunterricht wird mit Lesen biblischer Geschichten verbunden. Damit sind fleißige Übungen des Gedächtnisses, Verstandes, der Einbildungskraft zu verknüpfen. Schulen, die in den notwendigen Lehrgegenständen genügende Fortschritte machen, können auch gemeinnützliche Gegenstände, besonders vaterländische Geographie beginnen.

In der dritten Klasse können jetzt, nachdem ein guter Grund gelegt ist, die gemeinnützlichen Lehrgegenstände fortgeführt werden. Das Lesen ist jetzt ein logisches und ästhetisches Lesen und Lesen von Geschriebenem, das Schreiben besteht in orthograghischen, grammatischen Übungen, Briefschreiben und Schreiben fürs praktische Leben, Rechnungen ꝛc. Der Religionsunterricht führt die Entwicklung religiös-moralischer Begriffe und Grundsätze weiter und faßt nach dem Katechismus die Hauptpunkte zusammen. Von den gemeinnützlichen Gegenständen aus „Mensch, Natur und Kunst" sind Erdbeschreibung, Menschengeschichte, Naturgeschichte, geometrische- uud Zeichenübungen zu betreiben. Die Übungen des Gedächtnisses, Verstandes, der Einbildungskraft werden damit verbunden und gesteigert. Eine Hauptaufgabe der Volksschule sei auch der Gesang als eigentlicher Lehrgegenstand.

Ohne Zweifel enthält diese Arbeit Niethammers große Verbesserungen des Lehrplanes, der wirklich früher in Anlehnung an „Philanthropische Ideen" weit über das Maß hinausging. So hat auch Niethammer ein großes Verdienst um die bayerische Volksschule.

Die Instruktion für die Distrikts- und Lokalschulinspektoren sowie die Lehrer an den Schullehrerseminarien[1]) ist eine sehr bedeutende pädagogische Arbeit Niethammers, die viele Wahrheiten enthält, welche heute noch Geltung haben:

1) Bauer: Sammlung der das deutsche Schulwesen betreffenden Gesetze, Verordnungen und Vollzugsvorschriften, Sulzbach 1844.



Indem der Unterricht zum Beschauen und Zergliedern materieller Gegenstände anhält, führen diese Verstandesübungen leicht zum vorzeitigen Reflektieren und Räsonnieren. Die erste und höchste Aufgabe des Schulunterrichtes sei die Bildung der höheren Natur des Menschen, folglich sei die Religion der wichtigste Lehrgegenstand, und das erste Ziel aller Schulübung die möglichst erhebende Bildung der geistigen Anlagen der Schüler, nicht der Erwerb von Kenntnissen. Es ist falsch, die Gedächtnisübung zu vernachlässigen, vor lauter Verstandesbildung; denn das Gedächtnis hat für den Menschen die größte Bedeutung.

In seinen Referaten kommt er auch einigemal auf Pestalozzi zu sprechen, so bei Kritik des Lehrplanes von Hobmann, der gründliche Kenntnis der neuesten Unterrichtsmethode für sich habe, sowie die große Autorität Pestalozzis. Aber gegen dessen Methode müsse er vielfach Bedenken erheben, so sehr er die wirklichen Verbesserungen desselben anerkenne. Auch bei der moralischen Bildung spricht er von Pestalozzi, der diese auf das Gefühl gründe, während sie doch vor allem auf der Vernunft, dem Begriff basiere, sie sei teils durch unmittelbare Übung, teils durch den Unterricht zu vermitteln.

6. Schließlich sei noch als bisher unbekannt erwähnt, daß auch Zentralschulrat Hauptmann Anteil am Lehrplan 1811 nahm. Dieser, ebenfalls ein katholischer Geistlicher, war vorher Kreisschulrat im Unterdonaukreis in Passau, dann in Salzburg im Schulwesen tätig, 1811 nach Wismayrs Ausscheiden an die Zentralschulbehörde nach München berufen. Seit 1808 war im Ministerium eine „Sektion für Erziehungs- und Unterrichtsanstalten" eingerichtet. In einem Referat vom 14. Juni 1811 macht er sehr zweckmäßige Vorschläge, ohne daß er den rühmlich bekannten, tieferen pädagogischen Kenntnissen Niethammers entgegentreten will: Es sei nicht notwendig, die unter „Mensch, Natur und Kunst" enthaltenen Lehrstoffe von den unteren zwei Klassen ganz wegzulassen. Die Lehre vom menschlichen Körper und der Seele sei auch für Kinder

hochzuschätzen und nützlich; die Menschengeschichte erfülle mit Liebe zum Guten, Abscheu vor Schlechtem; die Naturkunde, in Hinsicht auf die Größe des Schöpfers gelehrt, schafft mehr moralische Stimmung und bahnt Religionswahrheiten leichter Eingang als alle Schrifttexte, die man Kindern vorsagt. Ein Teil der gemeinnützlichen Gegenstände soll in den unteren Klassen verteilt werden. In der 3. Klasse sollen Übungen im Schreiben von Quittungen, Conto ꝛc. ja nicht weggelassen werden; das praktische Leben fordere solche Schreiben. — Mehrere dieser Forderungen sind auch in die 3. Hauptabteilung des Lehrplanes 1811 aufgenommen worden.

Wo bayerische Schulgeschichte gelehrt wird, muß in Zukunft eingehender und eindringlicher dieser hochverdienten bayerischen Schulmänner gedacht werden, die an hoher Stelle einen großen, segensreichen Einfluß auf die Förderung der bayerischen Volksschule ausgeübt haben.

* * *

Nachschrift der Redaktion. Der bayerische Lehrplan von 1804/11 hat im Vorstehenden eine ausschließlich fachmännisch schultechnische Würdigung erfahren. Etwas anderes ist es, was zu ihm vom katholisch-kirchlichen Standpunkte aus zu sagen wäre. Indem wir uns vorbehalten gelegentlich darauf zurückzukommen, sei vorerst beispielsweise auf das Bd. 30 S. 71 ff. und S. 453 f. über Cajetan Weiller Gesagte und auf die treffenden Ausführungen über Pestalozzi in Bd. 55 S. 745 ff. dieser Blätter verwiesen.

LXXVI.

Der Weltkrieg als Strafgericht.

Von Dr. G. Grupp.

Einst erzählten Christus dem Herrn „einige aus seiner Umgebung“ von den Galiläern, deren Blut Pilatus mit ihren Opfern vermischt hatte. Und er antwortete und sprach zu ihnen: „Meint ihr, daß diese Galiläer mehr als alle übrigen



Galiläer Sünder waren, daß sie solches erlitten? Ich sage euch, nein; vielmehr wenn ihr nicht Buße tut, werdet ihr alle ebenso umkommen. Wie auch jene achtzehn, auf die der Turm bei Siloe fiel und die er erschlug, meint ihr, daß auch sie schuldiger waren als alle übrigen Bewohner Jerusalems? Ich sage euch, nein; vielmehr, wenn ihr nicht Buße tut, so werdet ihr alle ebenso umkommen". Und im Vorbeigehen sah Jesus einen Blindgebornen. Und seine Jünger fragten ihn: „Rabbi, wer hat gesündigt, dieser oder seine Eltern, daß er blind geboren wurde?" Jesus antwortete: „Weder dieser hat gesündigt, noch seine Eltern, sondern Gottes Werke sollten an ihm offenbar werden".[1])

Diese Worte Christi, ein Echo vom Schlußurteil Gottes im Buche Hiob, warnen uns vorschnell zu urteilen und bestätigen die hundertfache Erfahrung, daß das Glück blind und das Unglück keineswegs ein Maßstab der Schuld, viel eher der sittlichen Kraft ist. Gott legt niemand mehr auf, als er tragen kann. Von wem er mehr verlangt, dem gibt er auch mehr Talente. Wen er liebt, den züchtigt er. Das Kreuz ist ein Ehrenzeichen, kein Schandmal. Daraus, daß unsere Zeit mehr ertragen muß als eine vergangene, darf man nicht ohne weiteres schließen, daß sie schlechter, viel eher daß sie würdig und fähig war, Starkes zu ertragen und Starkes zu leisten. Unsere Krieger müssen sich viel mehr in der Geduld üben und Todesverachtung bewähren als die Ritter der Vergangenheit. Den Bewegungskampf, der viel mörderischer ist als die Schlachten der Vergangenheit, begrüßen unsere Soldaten freudig und froh, weil er sie vom Elend des Stellungskampfes und der Höllenqualen der Schützengräben befreit. Besser als in früheren Zeiten geht es nur den Gefangenen und Verwundeten. Gefangene wurden einst zu Hunderten niedergemacht, dem Hungertode in Burgverließen preisgegeben und die Verwundeten mitleidslos ihrem Schicksal überlassen. Noch aus

1) Luk. 13, 1 ff., Joh. 9, 1 ff.



den Napoleonischen Kriegen werden uns grauenerregende Vorgänge berichtet. Die Humanität hat ohne Zweifel Fortschritte gemacht und bewährt sich in Musteranstalten der Gesundheits- und Krankenpflege, der Erziehung und Bildung. Eine soziale Fürsorgetätigkeit, wie heute die Gesellschaft und der Staat sie entfalten, haben frühere Zeiten nicht gekannt. Allerdings schlägt die auf sich selbst gestellte Humanität leicht in das Gegenteil um.

Je menschlicher die Menschen werden wollen, desto mehr löckt das Tier in ihnen gegen den Stachel. Die Kultur verweichlicht (emollit mores). Die Augen- und Fleischeslust hat sich Hochburgen in den großen Städten geschaffen. Die Genußsucht und Geldgier hat die Menschheit angefressen, den Kampf ums Dasein verschärft und den Verkehr der Menschen untereinander vergiftet. Mit der alten Sitte schwand auch der alte Glauben und eine verkehrte Weltanschauung rechtfertigt das Laster. Die Dichtung und Kunst verhüllt das Tierische mit einem verklärenden Schleier, umgibt die Sünde mit einem berückenden Schein, mit einem schimmernden Zauber.

Frühere Zeiten waren roher, naiver, ungescheuter offener. Um die Wende vom fünfzehnten zum sechzehnten Jahrhundert brauchten die Männer ihre Ausschweifungen, die Folgen und Zeugen ihrer Schande nicht mehr zu verbergen. Das Tun und Treiben in den berüchtigten Frauenhäusern und in den überall verbreiteten Badstuben gehörte geradezu zum öffentlichen Leben. An vielen Fürstenhöfen außerhalb Deutschlands spielten sich in aller Öffentlichkeit häßliche Orgien ab. In den italienischen Städten war der Geist des Altertums wieder erwacht und tobte sich in ungeheuern Greueln aus. Und doch blieb damals das große Strafgericht aus. Über Deutschland brach es erst herein, als unter den Nachwirkungen der Reformations- und Gegenreformationskämpfe die Städter sich in ehrsame Spießbürger und die Fürsten in sorgsame Hausväter umzuwandeln begannen. Die Bauern trugen geduldig das Joch, das sie

in den Bauernkriegen abzuschütteln versucht hatten. Nun rächten sich die Sünden der Väter und Großväter an den Söhnen und Enkeln und der lange Krieg läuterte einen großen Teil der Menschheit. Bald aber kehrte der alte Leichtsinn noch stärker zurück.

Das Zeitalter der höfischen Galanterie, des Absolutismus und der Kabinettskriege endigte mit den Revolutionserschütterungen, die in ihrer Art auch ein Strafgericht über das Königtum, den hohen Adel und Klerus waren. Das Volk erhob sich aus langer Bedrückung und nun begannen die Volkskriege, die im Weltkriege eine unerhörte Steigerung erfuhren und zum Rassenkampfe ausarteten. Die Zeiten der Ritter- und Söldnerheere sind vorbei. Das gesamte Volk muß Wehr und Waffen tragen, um sein Dasein, seine „Entwicklungsmöglichkeit" und seine Kultur zu behaupten. Die Kultur ist ein Gemeingut geworden und so hat auch der Krieg demokratische Formen angenommen. Worauf früher nur die höheren Stände, die Auserwählten einen Anspruch erhoben, das wurde allen zugänglich gemacht und auf den Markt geworfen, die Literatur und die Kunst. Zeitungen und Bilderbücher sind in jeder Hand und das Kino bietet für einige Pfennige einen Ersatz für die Genüsse des Theaters. Das Reisen ist leicht und billig geworden. Jeder will seinen Anteil an den Lebensgütern haben und am Lebensgenusse teilnehmen. Und dafür muß er auch die Folgen tragen.

Die Bauern verloren einst ihre Freiheit, weil sie sich der Waffen entwöhnten. Frei war nur der waffenfähige Mann, der Freiherr, der Ritter und allmählich auch der Bürger, dessen Freiheitskampf nicht ohne Opfer und Blutvergießen verlief. Nur in der Landesnot und der äußersten Gefahr mußten die Bauern Heerfolge leisten. Sonst nahmen ihnen die Ritter, denen sie Frondienst und Zinse leisteten, ihre Pflicht ab, und die Ritter zogen allein in die „männermordende Feldschlacht". Es hat seine guten Gründe, daß die meisten Rittergeschlechter ausstarben. „Nur der verdient



die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß." Der Kampf ums Dasein ist eine harte Notwendigkeit, der sich weder der Einzelne noch die Völker entziehen können. Es ist richtig und nicht richtig, daß die Erde Raum für alle hätte. Die Bevölkerung wächst eben rascher, als die Lebensmittel sich vermehren. Und doch böte die Erde noch Raum für Milliarden von Menschen, wenn sie recht Haus zu halten verständen und die Naturgüter nicht verschleuderten, wenn jeder das Gebot beherzigte: „Du sollst im Schweiße deines Angesichtes dein Brot essen." Aber gegen dieses Gebot haben die Menschen von jeher und gerade in der Urzeit am meisten gesündigt. Damals tobte der wildeste Kampf, weil die Menschen nur jagen und erbeuten, nicht mühsam den Acker bestellen und das Vieh züchten wollten. Die Viehzucht und noch mehr der Ackerbau waren Knechtarbeit, Frauenarbeit. Ein Jägervolk, wie es die alten Germanen waren, verachtete diese Arbeit und nur unter dem Zwange großer Not beugte es sich unter das Joch.

Wie andere Naturvölker setzten die Germanen ihre Lebensart mehr naiv instinktiv durch, während Kulturvölker wie die Griechen und Römer sie in ein System brachten und zu einer Theorie entwickelten. Als Herrenvölker setzten sie ihren Fuß auf die Barbaren und selbst ihre erleuchtetsten Philosophen sprachen von geborenen Sklaven. Ein wahrer, echter Mensch war nach ihnen nur der freie Stadtbürger, das Zoon politikon, und frei war nur, wer an der Regierung teilnahm (Aristoteles). Unfrei war der Bauer, der Handwerker, der von seiner Hände Arbeit lebt. Seine Tätigkeit galt als „knechtisch", sklavisch. Diese Anschauung, durch das Christentum nicht ganz überwunden, lebt immer wieder auf und spukt, bewußt oder unbewußt, immer noch in den Köpfen, auch solcher, die Christen sein wollen. Die Freiheit ist ein Ideal oder Idol, das alle betört. Unter der Freiheit verstehen die Herrenvölker das Recht, andere Völker zu unterjochen und Menschen und Länder auszubeuten. Der Krieg bahnt dazu den Weg. „Der Krieg",

sagt Heraklit, „macht die einen zu Göttern, die andern zu Menschen, die einen zu Sklaven, die andern zu Freien.“ Das wußten die Engländer, Russen und Franzosen ganz genau und haben immer danach gehandelt. Am wenigsten angesteckt von dem allgemeinen Wahnsinn waren bis jetzt die Deutschen, ein unermüdliches, emsiges, geschätztes Arbeitsvolk. Als geduldige Arbeiter waren sie überall willkommen. Erst, da sie als Herren auftreten wollten, erwachte der allgemeine Haß. Was die Vorsehung mit ihnen vor hat, sehen wir immer noch nicht klar, hoffen aber, daß sie vom Fluche des Mammonismus verschont bleiben. Am Mammon gingen die Spanier zugrunde, und ihr Los wird die Engländer und in ferner Zukunft auch jene treffen, die sie ablösen. Ebendarin haben deutsche Idealisten der Vergangenheit für Deutschland keine großen äußeren Erfolge gewünscht, weil sonst der deutsche Idealismus zu Grunde gehen könnte. Und zwar waren dies keine katholischen, ja nicht einmal christliche Idealisten, nämlich Fr. Th. Vischer und K. Th. Planck. Um wie viel berechtigter sind die Sorgen christlich denkender Männer!

LXXVII.

Die Krise in der russischen Kirche.

— 8. Mai.

In den Nachrichten-Fluten, welche jetzt täglich aus Petersburg über Europa sich ergießen, findet sich nur ganz selten eine solche Meldung, die auf die Haltung und die Schicksale der russischen Kirche sich bezieht. Und auch diese wenigen Nachrichten, die bisher übermittelt worden sind, zeigen offenbar große Lücken, so daß es schwer ist, daraus ein bestimmtes Bild der momentanen Vorgänge und Zustände innerhalb dieser Kirche zu gewinnen. Über einige Tatsachen jedoch scheint kein Zweifel möglich zu sein.



Die in Rede stehenden Nachrichten beschränken sich auf die nachstehenden (teilweise schon im achten Hefte erwähnten) Einzelheiten:

Unter dem 27. März wurde zunächst gemeldet, der hl. Synod habe eine Enzyklika an das ganze Volk gerichtet und dasselbe darin aufgefordert, an der Verteidigung des Landes kräftigen Anteil zu nehmen, der provisorischen Regierung zu gehorchen und sie durch Gebet und Tat zu unterstützen.

Gleichzeitig aber, wenigstens unter demselben Datum, wurde berichtet, zum Oberprokuror des hl. Synod sei Fürst Lwow, nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Ministerpräsidenten, ernannt worden, und an Stelle des abgesetzten Metropoliten Pitrim von Petersburg sei Fürst Uchtomski, einer der liberalsten russischen Geistlichen, getreten.

Mithin hätte die neue Regierung zunächst ganz ebenso, wie die gestürzte es getan, die ihr mißliebigen Persönlichkeiten einfach abgesetzt und ihre eigenen Anhänger an deren Stelle gebracht; der frühere Oberprokuror, dessen Stelle, wenn wir nicht irren, allerdings momentan ohnehin vakant war, und der Petersburger Erzbischof wurden durch Kreaturen der neuen Regierung ersetzt. Erst dann offenbar konnte die zuerst gemeldete Enzyklika in Szene gesetzt werden, — eine Enzyklika, von der wir nicht wissen, ob sie Vorgänger gehabt hat.

Indes schon einen Tag darauf, am 28. März, wurden wir durch den Londoner Daily Telegraph dahin belehrt, der hl. Synod sei in seiner Gesamtheit zurückgetreten, der neue solle alsbald — von wem? — berufen werden und dessen erste Aufgabe werde sein, einen Kirchenrat — soll offenbar Konzil heißen — einzuberufen, der über die dringendsten Fragen einer Reform der Kirche beratschlagen solle.

Also hat der Synod sich selber aufgelöst!

Sehen wir von der Frage ab, was von der Enzyklika einer Körperschaft zu halten ist, die schon am nächsten Tage sich selber auflöst — warum hat sich der Synod selbst aufgelöst? Trotz — oder vielleicht wegen? — des Einschubs

der Fürsten Lwow und Uchtomski muß im Synod Etwas oder vielmehr Alles nicht mehr gestimmt haben. Zweifellos haben mehrere oder alle übrigen Mitglieder des Synods erklärt, daß sie ihre Mandate vom Zaren erhalten haben, daß sie die neue Regierung in Kirchensachen nicht für kompetent halten, und daß sie an ein Konzil appellieren, das nun, wo das Zartum gefallen, über das künftige Schicksal der russischen Kirche entscheiden soll.

Für diese Annahme sprechen nämlich außer den eben angeführten Umständen auch gewisse Vorgänge im Synod, die sich vor fünf Jahren, im Jahre 1912, abgespielt haben. Es ist, als hätte man damals im Synod schon eine Ahnung von den kommenden, von den jetzt eingetroffenen Dingen gehabt. In jenem Jahr hatte die Regierung in der Duma einige Vorlagen eingebracht, welche die kirchenpolitischen Verhältnisse des Reiches einer neuen Ordnung zuführen sollten. Aber noch bevor die Duma sich mit diesen Vorlagen beschäftigen konnte, hat sie der Oberprokuror wieder zurückgezogen. Dafür kam der Gegenstand dann im Synod zur Sprache und der Synod hat eine Sonderkommission mit dem Auftrage eingesetzt, Vorschläge über die Einberufung eines panrussischen Konzils und über die Wiederherstellung des Moskauer Patriarchats auszuarbeiten. Das ist auch so geschehen und die Kommission hat ihre Vorschläge dem Synod im Dezember desselben Jahres unterbreitet. Seitdem aber hat man auch von diesem Elaborat nichts mehr gehört.

Im folgenden Jahr 1913 jedoch, dem Jubiläumsjahr der Romanows, war neuerdings von der Wiedererweckung des Moskauer Patriarchats die Rede. Es war nämlich der griechische Patriarch von Antiochien (resp. Damaskus), von allen Patriarchen der griechischen Kirche allerdings nur dieser allein, in Rußland erschienen, um das erwähnte Jubiläum mit seiner Gegenwart zu verherrlichen. Es war seit 324 Jahren das erste Mal, daß Rußland wieder einen Patriarchen sah. Man hat für ihn auch die Gewänder der ehemaligen Moskauer Patriarchen wieder hervorgesucht und, wie gesagt, es



wurde die Erwartung verbreitet, nun werde dieses Patriarchat resuszitiert werden. Aber auch dieser Anlaß ist vorübergegangen, ohne daß auch nur eine der vielen Erwartungen, die man damals hegte oder wenigstens in den Zeitungen in Umlauf setzte, erfüllt worden wäre. Nichts ist geändert worden und auch die folgenden Jahre ist alles beim Alten geblieben.

Jetzt ist der Synod plötzlich von der Revolution überrascht und mit dem vollen Ernst der Tatsachen wieder an alle die Fragen gemahnt worden, die er vor fünf Jahren sich selber gestellt, aber unbeantwortet gelassen hat. Und diesmal hat er, wenn die obigen Nachrichten nicht bloß aus der Luft gegriffen sind, vor diesen Fragen einfach die Flucht ergriffen. Damit ist, wie man wohl unbedenklich sagen kann, eine förmliche Krise in der russischen Kirche eingetreten. Die russische Kirche ist jetzt völlig ohne Oberhaupt und es ist überdies die Frage aufgeworfen, ob überhaupt jemand da ist, der in ihrem Sinne berechtigt wäre, ihr ein neues Oberhaupt zu geben oder auch nur zu veranlassen, daß ihr ein solches gegeben werde. Denn wer soll jetzt das neuerdings begehrte Konzil einberufen? Daß Monarchen die Einberufung von Konzilen veranlaßt oder auch selber Konzilien einberufen haben, dafür gibt es allerdings auch in der russischen Geschichte Beispiele genug. Aber einer revolutionär-republikanischen Regierung wie der des Professors Miljukow wird dieses Recht, wenn es beansprucht werden sollte, auch kaum ein russischer Bischof zugestehen wollen.

Es wird gewiß interessant sein, die weitere Entwicklung der so aufgeworfenen russischen Kirchenfrage zu verfolgen. Einstweilen aber ist es vielleicht auch bloß theoretisch nicht überflüssig, zu untersuchen, wer — vom speziellen Standpunkt der russischen Kirche aus betrachtet — zur Einberufung eines Konzils allein berechtigt sein könnte. Man möchte da zunächst glauben, daß der ökumenische Patriarch in Konstantinopel die berufene Persönlichkeit wäre. Und



das wäre dann im Sinne der griechischen Kirche wohl ein ökumenisches Konzil. Denn das Schisma ging ja bekanntlich von Konstantinopel aus und ursprünglich und längere Zeit hindurch schien der Streit hauptsächlich nur darum sich zu drehen, ob der Bischof des alten oder jener des neuen Rom (Konstantinopel) der wahre Nachfolger Petri sei. Aber davon ist schon seit Jahrhunderten kaum mehr die Rede, sondern jeder Schismatiker ist sich längst darüber vollkommen klar, daß die griechische Kirche überhaupt keinen wirklichen Primat, sondern höchstens einen Ehrenprimat anerkennt, wie denn auch der ökumenische Patriarch selber die Patriarchen von Antiochien, Alexandrien und Jerusalem als völlig gleichberechtigt und außerdem eine ganze Anzahl anderer Kirchen als vollkommen autokephal betrachtet. So fehlt also dieser Kirche überhaupt das Organ, das mit Rechtskraft ein allgemeines Konzil einzuberufen und über die Rechtmäßigkeit desselben und seiner Beschlüsse zu entscheiden vermöchte.

Was aber speziell Rußland anbetrifft, so scheidet für diese Kirche der ökumenische Patriarch auch aus anderen Gründen gänzlich aus, nämlich deshalb, weil die Russen sich berechtigt halten können, zu sagen, der ökumenische Patriarch habe, soweit ihm früher eine Gewalt in und über Rußland zustand, auf dieselbe feierlich und ausdrücklich zugunsten des Patriarchen von Moskau verzichtet, ja die Russen können sogar noch weiter gehen und behaupten, der ökumenische Patriarch habe auch auf alle anderen ihm zugestandenen Rechte, mit einziger Ausnahme der Ehrenrechte, zugunsten des Moskauer Patriarchats, Verzicht geleistet. So wenigstens muß man notwendig schließen, wenn Dr. Julian Pelesz in seinem Werke „Geschichte der Union der ruthenischen Kirche mit Rom" den Inhalt der Errichtungsurkunde, welche bei der Schaffung des Moskauer Patriarchats ausgefertigt wurde, richtig wiedergegeben hat, was ja natürlich nicht zu bezweifeln ist. — Den ersten äußeren Anlaß zur Errichtung des Moskauer Patriarchats gab die Eroberung von Konstantinopel durch die Türken. Bis dahin war Moskau nur





eine Metropolie des Konstantinopeler Patriarchats gewesen. Die Tendenz nach Unabhängigkeit der Moskauer Metropolie trat allerdings schon früher hervor. Aber nach dem Falle Konstantinopels begannen die Russen, wie es auch die Griechen getan haben, zu sagen, daß sie einen vom Sultan abhängigen Patriarchen nicht anerkennen mögen. Es hat seit jener Zeit auch kein Moskauer Metropolit mehr die Genehmigung des Konstantinopler Patriarchen nachgesucht oder erhalten. Dagegen ereignet es sich seit jener Zeit öfters, daß Würdenträger der griechischen Kirche aus den in die Gewalt der Mohammedaner gefallenen Ländern nach Rußland kamen, um hier Almosen zu sammeln. Im Jahre 1588 nun erschien zu demselben Zwecke der ökumenische Patriarch Jerimias II. selber in Rußland. Es wurde ihm vom Zaren Theodor (Feodor) auch reiche Geschenke zugesagt, aber unter der Bedingung, daß er den Metropoliten von Moskau zum Patriarchen erhebe. Ohne Zögern und Bedenken, sagt Pelesz, ging der Patriarch auf den Wunsch des Zaren ein, und nachdem der Autor über die Weihe und Inthronisation des neuen Patriarchen von Moskau (1589) berichtet hat, schreibt er weiter:

„Dann verfaßte man die Erektionsurkunde, in welcher es heißt, daß das alte Rom durch die Häresie der Apollinaristen gefallen sei, das neue Rom aber oder Konstantinopel sich in den Händen der Ungläubigen befinde, daher trete nun Moskau als das dritte Rom auf. Dann wird dekretiert, daß anstatt des falschen Hirten der abendländischen Kirche nun der erste ökumenische Patriarch der von Konstantinopel, der zweite der von Alexandrien, der dritte der von Moskau, der vierte der von Antiochien und der fünfte der von Jerusalem sei . . . . . Der Konstantinopler Patriarch Jeremias II. unterschrieb das Dekret, und als die ausbedungene Summe Geldes in Konstantinopel richtig eingezahlt wurde, schickte er dem Zar Theodor im Jahre 1591 durch den Metropoliten von Ternowo in Bulgarien auch die schriftliche Bestätigung des Moskauer Patriarchats von Seite der Konstantinopler Patriarchalsynode."

Da also, wie hier festgestellt wird, Patriarch Jeremias II. urkundlich mit seiner eigenen Unterschrift Moskau als das



dritte Rom anerkannt hat, so bleibt kaum eine andere Deutung übrig, als daß er damit — wenigstens den Russen gegenüber und auf die Dauer der türkischen Okkupation des „zweiten Rom“ — auf die Ausübung aller seiner Vorrechte über die griechische Kirche zugunsten des Patriarchen des „dritten Rom“, eben Moskaus, verzichtet hat. Im Sinne der Russen wäre also auch der ökumenische Patriarch von Konstantinopel in gar keinem Falle, sondern, wenn überhaupt jemand, nur der Patriarch von Moskau zur Einberufung eines Konzils berechtigt. Allerdings existiert dieser Patriarch schon lange nicht mehr, oder, wie die russischen Schriftsteller sich lieber, wenn auch nicht richtiger ausdrücken: der Moskauer Patriarchensitz — vakat. Aber dafür existierte der Synod. Nachdem nämlich der zehnte Moskauer Patriarch Adrian im Jahre 1700 gestorben war, ließ Peter der Große den Patriarchenstuhl zunächst unbesetzt und die Patriarchalgeschäfte ließ er provisorisch durch den Metropoliten von Rjäsan versehen. Endlich im Jahre 1721 aber erklärte Peter der Große, den Patriarchenstuhl überhaupt nicht mehr besetzen zu wollen, sondern die russische Kirchenverwaltung solle fortan durch den „heiligsten dirigierenden Synod“ besorgt werden, dessen Zusammensetzung, Befugnisse und Geschäftsführung er zugleich ganz selbstherrlich regelte. Und die Kanonizität dieser seither so viel genannten Kirchenbehörde? Promptest antwortet unser Gewährsmann Dr. Julian Pelesz, daß Peter der Große, nachdem er alle diese Verfügungen getroffen, es für schicklich hielt, auch die Zustimmung der Patriarchen des Orients einzuholen, und daß tatsächlich schon im Jahre 1723 ein Schreiben des Konstantinopler Patriarchen eintraf, in welchem es hieß:

„Durch die Macht des allerheiligsten Geistes gibt gesetzliche Kraft, bestätigt und proklamiert unsere Gemessenheit den von dem allerfrömmsten . . . im heiligen Geist von uns geliebten Selbstherrscher des heiligen russischen Reiches errichteten Synod. Er sei und nenne sich unseren Bruder in Christo, den heiligen und geistlichen Synod, und habe, gleich den vier apostolischen, allerheiligsten Kirchensitzen, Macht zu schaffen und zu vollbringen.“



Und bald langten von den anderen orientalischen Patriarchen ähnliche Schreiben ein.

Also ist auch hinsichtlich des Synods Alles in schönster und bester Ordnung: der vom Zaren geschaffene und dirigierte Synod ist der volle Rechtsnachfolger des Moskauer Patriarchen, und was von diesem gilt, das gilt auch vom Synod.

Nur allerdings ist doch manches nicht recht klar, sogar sehr unklar. Auf wen sind denn eigentlich die Rechte und Funktionen des Patriarchen übergegangen: auf den Zaren oder auf seine Kreaturen, die den Synod bilden? Sicher ist, daß der Zar wohl alle Rechte und Gewalten, aber keine Weihen hat, und daß umgekehrt die meisten von ihm berufenen Synodemitglieder wohl Weihen, alle aber keine eigenen Rechte und Gewalten haben. Und speziell die Patriarchenweihe hat auch von den letzteren keiner erhalten. War dann die Patriarchenweihe bei der Errichtung des Patriarchats notwendig und wesentlich, oder war sie bloß Formsache? Wenn wesentlich, so litt der Synod doch an einem wesentlichen Defekt, wenn aber bloße Formsache, so sind überhaupt alle Patriarchate der schismatischen Kirche, auch jene des Orients, bloße Formsache. Was aber bleibt dann von der Hierarchie dieser Kirche oder Kirchen noch übrig? Immerhin noch die Bischöfe. Die russischen Bischöfe haben denn auch, wie Dr. N. Biernacki in seinem vor vier Jahren erschienenen Jus Orthodoxorum Russorum anführt, noch im Jahre 1681 in einer an den Zaren Feodor Alexejewitsch gerichteten Petition behauptet, daß sie von jeder Patriarchal- oder Metropolitangewalt exempt seien. Also würde jedes Bistum eine Kirche für sich bilden? Jedenfalls geht auch aus diesen Momenten wieder augenfällig hervor, daß die russische Kirche seit Jahrhunderten nur mehr vermöge des Zarismus Bestand und Zusammenhang hatte und daß der Sturz des Zarismus für dieselbe eine Krise bedeutet, welche über ihr Sein oder Nichtsein entscheiden muß. J—l.

LXXVIII.

Persönliche und christliche, staatliche und nationale Souveränität.

Worte schleifen sich im Laufe der Jahre bis zum Verschwinden ihrer einstigen Bedeutung ab, Begriffe erweitern oder verengern, verändern sich. Viele Fachausdrücke der alten Philosophie werden in der neueren in einem teilweise oder gänzlich anderen Sinne gebraucht. Sie haben eine gedankliche Evolution erfahren, die nicht selten mehr zur Unklarheit als zur Klarheit beigetragen hat.

Verändert hat sich der Sinn der Worte auch auf dem Gebiete der staatlichen Einrichtungen, der staatlichen Politik und der Staatswissenschaften. Er ist zudem vielfach vieldeutig, dehnbar geworden. Wir erinnern nur an das Wort „Demokratie", das in der geschichtlichen Entwicklung seines Begriffes eine Anzahl grundsätzlich verschiedener Staatsformen umfaßt.

In der Unklarheit und Vieldeutigkeit vieler dieser Worte, in der verschiedenen und übertriebenen Vorstellung, welche sie in den Volksmassen erwecken, ist deren suggestive Wirkung in erster Linie begründet. Sie sind zu gedankenlos gebrauchten Schlagworten geworden, sie stellen den Inbegriff der nebelhaften politischen Ideale einer Partei oder eines ganzen Volkes dar. Sie führen zu erbitterten inneren

Kämpfen, sie erschweren nicht selten eine wahrhaft staatsmännische Politik und drängen die wahren Interessen eines Landes oder Reiches in den Hintergrund.

Einer jener vieldeutigen, in den Jahrhunderten und in den verschiedenen Staaten wiederholt umgebildeten Begriffe ist der der Souveränität. Er soll uns in seinen Wandlungen, wenn auch in wenig erschöpfender Weise, in Folgendem beschäftigen.

I.

Souveränität, Souverän leitet sich angeblich von dem mittelalterlichen superamus der Höchste, Allerhöchste, der durch etwas anderes von gleicher Art nicht zu übertreffende ab. Der Souverän ist nicht nur der Oberste, er ist auch der Mächtigste und darum frei und von irdischen Gewalten unabhängig.

„Souverän", sagt V. Cathrein S. J.[1]), „heißt derjenige, welcher im Vollbesitz der höchsten Staatsgewalt ist. Zur Souveränität gehört also die Unabhängigkeit von einer höheren staatlichen Autorität und die damit gegebene Unverantwortlichkeit vor anderen Staatsbeamten, ferner die Fülle der staatlichen Autorität. Der Souverän muß die ganze oberste Staatsgewalt: die gesetzgebende, richterliche und verwaltende, irgendwie in sich vereinigen. Von ihm muß sie auf die untergeordneten Beamten übergehen. Sobald er den Vollbesitz der höchsten staatlichen Gewalt verliert, hört er auf im strengen Sinne des Wortes souverän zu sein. Es versteht sich von selbst, daß Souveränität nicht gleichbedeutend ist mit Despotie oder Willkür; sie hat ihre Schranken an dem Zwecke des Gemeinwohls, zu dem sie verliehen ist."

Die Quelle jeglicher Souveränität ist Gott. Gott allein ist der absolute Souverän; er allein ist der Inbegriff

1) Staatslexikon der Görresgesellschaft. Bd. V (1897), S. 1042.



der in Wahrheit unabhängigen Souveränität. „Auf seinem Kleide und auf seiner Hüfte ist geschrieben: König der Könige und Herr der Herren“ (Geh. Offbrg. 19,16). Gott allein kann von sich sagen: „Mir ist alle Gewalt gegeben“ (Matth. 28,19); „haltet meine Gebote und tut sie, ich bin der Herr“ (3. Mos. 22,31). Nur von Gott kann man sprechen: „Alles was er will, macht der Herr“ (Ps. 134,6).

Alle menschliche Souveränität ist ein Ausfluß der göttlichen Souveränität. Nur in Abhängigkeit von der letzteren kann erstere bestehen. Der König von Gottes Gnaden, der regierende Senat einer Republik, sie alle haben den Grund ihrer Autorität und Souveränität in Gott. Ohne ihn schwebt alle Würde, alles Recht und alle Gewalt in der Luft.

Die Souveränität ist, wie die Person, welche sie vertritt, unteilbar. Entweder ein souveräner Monarch oder eine souveräne, in ihren wesentlichen Forderungen einige Kammer. Ein Drittes gibt es nicht. Es ist der Grundfehler der konstitutionellen Theorie, daß sie die Souveränität teilt. Und da in einem wirklich konstitutionellen Staate jeder Teil, Fürst und Kammer, souverän sein will, muß jeder notwendig „der Feind des andern sein . . ., so daß Opposition die nicht bloß zufällige, sondern notwendige und permanente Erscheinung der konstitutionellen Gewalten sein wird.“ [1])

Die Souveränität beschränkte sich ehemals auf eine Einzelperson oder auf einen kleinen Kreis herrschender Personen. Denn die irdische Souveränität kann, wie die „Souveränität“ Gottes, nur eine persönliche, nicht eine zugleich sachliche und ebensowenig die Sache der großen Masse sein. Die Souveränität muß einen bestimmten, einen Herrscherwillen besitzen und ihn verwirklichen können. Einen solchen Willen hat aber nicht die große Gesellschaft oder

1) Konstantin Frantz, Kritik aller Parteien. Berlin 1862. S. 93.

Gesamtheit, sondern nur der Einzelne oder eine Verbindung von Wenigen. Die divergierenden Einzelwillen lassen sich nicht addieren und zu einem Gesamtwillen vereinigen, am allerwenigsten läßt sich der Wille und mit ihm die Souveränität auf eine Sache übertragen. Souverän können in einer großen menschlichen Vereinigung darum nicht alle, sondern nur der Stärkste oder die Stärksten sein. „Souverän", sagt C. E. Jarcke[1]), „heißt, wer in einem Staate der Mächtigste ist. Wo dies bezweifelt werden kann, da waltet ausgesprochen oder latent Anarchie."

In der mittelalterlich-feudalen Periode verband sich die Souveränität, insbesondere der kleinen Herren, mit dem Besitz. „Der Herr ist Eigentümer, durch seinen Besitz, und Souverän, in verschiedenem Grade, durch seine Justizrechte. Aber in allen Fällen handelt er in seiner Eigenschaft als Herr."[2]) Wie der schuldenfreie Bauer vielfach heute noch wie ein Herrscher auf seinem Hofe sitzt, so war der mittelalterliche Grundherr, mit weitergehenden Rechten, Souverän auf seinem Besitze.

Das idealste Bild irdischer Souveränität finden wir im christlichen Königtume. Diese Souveränität ist keine unbeschränkte, keine Krönung des Absolutismus oder Despotismus; sie ist aber auch kein Bild des Schattenkönigtums nach Art der parlamentarisch regierten Staaten. Sie greift nicht in andere Machtgebiete oder Rechte über, wahrt aber das eigene Recht und die eigene Macht und Unabhängigkeit mit geheiligter Würde und christlichem Pflichtbewußtsein. Schön kennzeichnen das Ideal des souveränen Königtums und dessen Bedeutung für das Volk die Worte, welche nach dem Pontificale Romanum der Bischof bei der Salbung des Königs zu sprechen hatte:

---

1) Prinzipienfragen. Paderborn 1854. S. 155.
2) Charles Périn, Christliche Politik. Die Gesetze der christlichen Gesellschaften. Freiburg i. Br. 1876. Bd. I, S. 272.

„Heute, erlauchter Fürst, sollst Du die königliche Würde empfangen, mit der Aufgabe, die treuen Völker zu regieren, welche Dir anvertraut sind: in der Tat eine Stellung, reich an Ruhm unter den Menschen, aber voll von Gefahr, Arbeit und Not. Wenn Du bedenkst, daß alle Macht von Gott dem Herrn kommt, durch den die Könige regieren und gerechte Gesetze geben, wirst Du nie vergessen, daß Du ihm einst wirst strenge Rechenschaft geben müssen von der Herde, die Dir anvertraut ist. . . . Du wirst in unverletzlicher Treue bis zu Deinem Ende die christliche Religion und den katholischen Glauben bewahren, den Du seit Deiner Wiege bekannt hast; Du wirst diesen Glauben, soweit es in Deiner Gewalt ist, gegen alle seine Feinde verteidigen. Du wirst den Prälaten, welchen die Leitung der Kirchen übertragen ist, und allen anderen Priestern die gebührende Hochachtung zeigen. Du wirst nie etwas gegen die Freiheit der Kirche unternehmen. Du wirst mit unerschütterlicher Festigkeit allen die Gerechtigkeit erzeigen, ohne die keine Gesellschaft lange bestehen kann, indem Du den Guten Belohnungen, den Schlechten Strafen zuerkennst. Du wirst die Witwen, die Waisen, die Armen und Schwachen gegen alle Unterdrückung verteidigen. Du wirst ein guter, milder, freundlicher Fürst, gemäß der Würde Deiner Königsgewalt, sein gegen alle, die Dir nahen. Du wirst regieren, nicht für Deinen eigenen Nutzen, sondern zum Nutzen Deines gesamten Volkes, damit man sehe, daß Du im Himmel und nimmer auf dieser Welt den Preis für Deine guten Handlungen zu empfangen trachtest."

Bossuet sagt von der Souveränität der christlichen Könige:

„Gott stellt in den Königen ein Bild seiner Größe hin, um sie zu verpflichten, seine Güte und Milde nachzuahmen. Er erklärt ihnen, daß ihnen solche Größe einzig aus Liebe zu den Völkern verliehen sei. Deshalb lesen wir in den Stellen, wo gesagt ist, das Königtum David sei über das Volk errichtet worden, im hebräischen wie griechischen Texte: „für das Volk". . . . Die Großen hat Gott nur erhoben, um die Kleinen zu



beschützen; und den Königen hat er nur deshalb Macht verliehen, damit sie das öffentliche Wohl fördern und dem Volke zur Stütze dienen."[1])

Die Souveränität der christlichen Könige und Fürsten hat ihre Kraft und ihr Recht in der christlichen Auffassung des Königtums wie jeder weltlichen Herrschaft. Denn „in Wahrheit ist jede Macht nur so stark wie die Idee, deren Träger und Vertreter sie ist".[2]) Gott ist und bleibt das unerschütterliche Fundament aller Souveränität. „Was du erbauen mögest," apostrophierte Görres König Ludwig I. von Bayern bei seiner Thronbesteigung,[3]) „baue es nicht auf die fließenden Wässer und den Flugsand menschlicher Meinungen, sondern lasse es auf Gott, die Feste aller Haltbarkeit, gegründet sein." In der Abhängigkeit von Gott beruht die Unabhängigkeit des Souveräns. Der vom Volke und vom „Volkswillen" abhängige Monarch, der „Bürgerkönig" entbehrt der wahren Souveränität und jeglicher Unabhängigkeit. Denn das Volk oder die Staatsbürger können keine Gewalt, Autorität oder Souveränität verleihen. Was man selbst nicht besitzt, das kann man auch auf andere nicht übertragen. Die Schwächeren und Abhängigen können keine Macht und Unabhängigkeit verleihen.[4])

II.

Die von Gott abstrahierenden, mit der Renaissance beginnenden und in der Aufklärungsperiode ihr antichristliches Extrem erreichenden Staatswissenschaften haben das Fundament der Souveränität und mit ihm das alte Königtum

1) Nach Ch. Périn i. O. S. 152 f.

2) C. E. Jarcke, A. a. O. S. 90.

3) Nach Jos. Galland, Joseph von Görres. Freiburg i. Br. 1876, S. 374.

4) Vgl. C. E. Jarcke i. O. S. 32.

beseitigt. Der in Montesquieu seinen Vater erblickende Konstitutionalismus hat die an sich einheitliche Souveränität geteilt, der doktrinäre Urheber der modernen Demokratie, J. J. Rousseau, hat an die Stelle der fürstlichen und persönlichen Souveränität die seit den Zeiten der Reformation bereits von einzelnen Staatslehrern vertretene Volkssouveränität gesetzt.

Nach dem Rousseau'schen Gesellschaftsvertrag (Contract social) haben sich bekanntlich die Menschen freiwillig zu einer staatlichen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Dieser Rousseau'sche Staat ist ein moralischer Körper mit eigenem Ich und eigenem Willen, welcher Wille, im Gegensatz zum Willen aller, als Allgemeinwille, d. i. als Staatswille zu bezeichnen ist. Dieser Staatswille besitzt unbedingte Gewalt über alle Einzelnen, darum ist der Staat bezw. das Volk souverän. Das Staatsoberhaupt, der Regent usw. ist hiebei nicht souverän, sondern nur der erste Diener, der erste Beamte des Volkes. Er hat seine Gewalt nicht von Gott, sondern von den Individuen, vom Volke.

„Die staatliche Autorität wird von Rousseau", sagt Dr. Albert Stöckl,[1]) „nicht mehr als Ausfluß der göttlichen Autorität, als eine Teilnahme an der letzteren betrachtet, sie sinkt herab zu dem bloßen Allgemeinwillen des Volkes, getragen durch die materielle Macht des Staates, durch welche dieser Volkswille sich gegen die Einzelwillen durchzusetzen befähigt ist. Damit ist das Prinzip der Volkssouveränität festgestellt, und dieses Prinzip ist wiederum (wie die Lehre vom Ursprunge des Staates) wesentlich atheistisch. Denn es entkleidet die Autorität ihrer höheren göttlichen Weihe, der Begriff göttlicher Bevollmächtigung verschwindet aus dem Begriff, und es bleibt nur mehr der allgemeine Volkswille übrig, der für seine Berechtigung gegenüber den Einzelwillen keinen anderen Appell kennt als die materielle Macht. . . . Eine höhere Idee leuchtet in diesen

1) Geschichte der neueren Philosophie. Mainz 1883. Bd. I, S. 346 f.



rohen Mechanismus einer bloß materiellen Gewalt nicht mehr hinein."

Volks- oder Allgemeinwille und Volkssouveränität beruhen indes auf willkürlichen Fiktionen. Es gibt keinen Volkswillen, denn der Wille ist erstens nicht übertragbar. So wenig ich jemand für mich essen oder trinken, lieben oder hassen lassen kann, ebensowenig kann ich ihn für mich wollen lassen. Der an die Persönlichkeit gebundene Wille läßt keine Stellvertretung zu. Zweitens kann man, wie bereits angedeutet, die Einzelwillen, die verschiedenen Arten und Qualitäten darstellen, nicht addieren, nicht zu einer Summe bringen, die sich als Allgemeinwille darstellt. Drittens endlich wird sich aus den verschiedenen Willen und Wünschen der Individuen oder Staatsbürger niemals ein „konzentrierter", ein einheitlicher Wille herauskristallisieren. Es wird nur, wie die Geschichte jeder Revolution lehrt, ein Chaos von Meinungen und Forderungen entstehen, bis endlich der Diktator erscheint, der seinen Willen über die babylonische Willensverwirrung stellt und ihn als keinen Widerstand duldenden Staatswillen proklamiert.[1])

Wenn der Volkswille eine Utopie oder besser eine elementare Unmöglichkeit ist, dann ist es auch die Volkssouveränität. Denn jede Souveränität setzt einen einheitlichen und

1) V. Cathrein S. J. schreibt in der Beurteilung der Volkssouveränität u. a.: „Wer ist das Volk, dem die Souveränität immer und überall zukommen soll? Ist es die Gesamtheit aller Individuen in einem Staate, sodaß auch Frauen und Kinder Träger dieser Souveränität sind? Selbst in der französischen Revolution hat man sich gescheut, der Souveränität eine so widersinnige Ausdehnung zu geben. Wer ist also das souveräne Volk? Vielleicht die Gesamtheit der erwachsenen Männer eines Landes? Was aber, wenn diese in zwei oder mehrere Parteien geteilt sind? . . . . . . Bildet nun die Mehrheit das souveräne Volk? Aber woher nimmt sie das Recht, der Minderheit ihren Willen vorzuschreiben? Die bloße Überzahl verleiht noch kein Recht . . ." (A. a. O. S. 1046.)

bestimmten, einen machtvollen Willen des Souveräns — hier des Volkes — voraus. Ohne Wille keine Rechts- und Gesetzesverwirklichung, keine Handlung, keine Tat.

Die sogenannte Volkssouveränität äußerte praktisch sich stets als Absolutismus der an keine sittlichen Normen sich bindenden Majorität oder stärksten Partei bezw. ihrer Führer. Denn Souveränitätsakte vollziehen: herrschen und regieren kann nur die Macht und Stärke, auch im demokratischsten Staate. Mit Recht rief Jarcke[1]) dem in Kremsier tagenden österreichischen Reichstage zu: „Wenn ich doch den Stärkern als meinen Herrn anerkennen soll, so will ich lieber dem Kaiser und seinen Räten und Dienern gehorchen als Ihnen und dem, was Sie die Majorität des souveränen Volkes nennen."

Eine Fiktion ist die Volkssouveränität, eine Fiktion ist auch die von J. Bodin zuerst begründete Staatssouveränität, mag man diese Souveränität auf den Gesamtstaat oder nur auf die gesamte staatliche Gesellschaft beziehen.

„Staatliche Gesellschaft" ist im allgemeinen nur ein anderes Wort für Volk. Diese große Gesellschaft hat so wenig einen einheitlichen oder Allgemeinwillen wie das Volk und ist schon aus diesem Grunde so wenig zu souveränen Handlungen fähig wie jenes. Wenn die Eskamotage der modernen Staatslehre an die Stelle der Volkssouveränität den harmloser klingenden Begriff „Staatssouveränität" im Sinne der Souveränität der staatlichen Gesellschaft gesetzt hat, so hat sie damit weder den revolutionären Ursprung noch viel weniger den atheistischen Charakter der erstgenannten Souveränität beseitigt.

Wenn jedoch moderne Staatslehrer die Souveränität auf den Gesamtstaat, d. h. auf staatliche Gesellschaft und Staatsgebiet beziehen, wie es insbesondere bei der „völker-

1) A. a. O. S. 49.



rechtlichen Souveränität" der Staaten geschieht, so ist eine derartige Souveränität, im Falle man darunter mehr als die Unabhängigkeit nach außen versteht, ein Nonsens. Und wenn Ernst Troeltsch in seiner „Deutschen Zukunft" (S. 39) meint: „Alle sind Organe des einen souveränen Ganzen" (des Gesamtstaates), so ist in diesem Satze fast jedes Wort unklar. Da ist immerhin die Staatsphilosophie Hegels verständlicher, der im pantheistischen Sinne den Staat zum „präsenten Gotte" und damit zum Souverän macht.

Die modernste Staatslehre ist sich im allgemeinen darüber klar, daß sich die staatliche Souveränität nicht auch auf das Staatsgebiet beziehen kann. Dr. W. Kämpfe[1]) urteilt über die vorhergegangene Auffassung u. a.:

„Man nahm . . . an, daß der Staat als solcher eine Souveränität besitze, welche der Fürst auszuüben berufen sei, ohne indessen aus dieser Anschauung stark demokratisch angehauchte Konsequenzen zu ziehen. . . . Man wollte durch die Aufstellung des Begriffes der Staatssouveränität nur (?) darauf hinweisen, daß der Fürst Träger einer Gewalt sei, welche nur zum Wohle des Gemeinwesens ausgeübt werden dürfe. Dies ist nun gewiß ganz richtig, ja selbstverständlich. Um aber dem Souverän seine Pflichten ins Gedächtnis zu rufen, bedarf es durchaus nicht der künstlichen Konstruktion einer Staatssouveränität, sondern genügt es, in eindringlicher Weise auf die Aufgabe des Monarchen hinzuweisen. Von einer Staatssouveränität kann im Ernste nicht die Rede sein. Eine solche muß sich vielmehr bei eingehenderer Erwägung als etwas Nichtiges erweisen. Die Staatsgewalt ist nicht eine Gewalt des Staates, sondern die höchste Gewalt im Staate. Der letztere tritt ja erst mit dem Vorhandensein und der souveränen Gewaltausübung des Herrschers . . . ins Leben. Bevor ein geeignetes Subjekt als Staatsherrscher anerkannt ist, gibt es überhaupt weder eine Staatsgewalt noch einen Staat."

1) Staatslexikon der Görresgesellschaft. Bd. V, S. 162.



Die moderne Staatssouveränität, in weiterer oder engerer Auffassung, ist vom christlichen Standpunkte aus unannehmbar. Dies gilt in erhöhtem Grade von den neuesten Publikationen der meisten Vertreter der Staatswissenschaften.

So hat der Münchener Universitätsprofessor Dr. K. Frhr. v. Stengel als Mitarbeiter des großen Werkes „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." (Berlin 1914) das „Völkerrecht" behandelt (Bd. I, S. 317—345) und dort u. a. geschrieben: „Weil die Staaten souveräne Gemeinwesen sind, können sie einer höheren Gewalt nicht unterstehen, sie haben keine Gesetzgeber und Richter über sich. Allerdings sind die zur völkerrechtlichen Gemeinschaft gehörenden Staaten an die Vorschriften des Völkerrechtes gebunden; diese Vorschriften beruhen aber nicht auf Gesetzen, die von einer über den Staaten stehenden Gewalt gegeben sind, sondern auf dem Herkommen, das sich in der völkerrechtlichen Gemeinschaft, der Rechtsüberzeugung der Mitglieder der Gemeinschaft entsprechend, gebildet hat, oder auf den von den Staaten selbst getroffenen Vereinbarungen, denen sie sich freiwillig unterwarfen." — „In dieser Theorie", sagt zutreffend P. A. Roesler C. Ss. R.[1]), „wird die Irrlehre von der absoluten Selbstherrlichkeit des Menschen auf den Staat übertragen, ein objektives über dem Menschen und den Staaten stehendes Naturrecht oder göttliches Recht geleugnet, und der Staat, seiner Rücksicht und Pflicht gegen Gott, den Herrn der Völker und Staaten entbunden. Damit wird auch das „Königtum von Gottes Gnaden" zur leeren Phrase."

So ist Volks- und Staatssouveränität, in welcher Form und Auffassung sie vor uns treten mag, ohne Abhängigkeit von Gott gedacht. Sie ist atheistisch wie die moderne Staatsomnipotenz, welcher der Staat die Quelle alles Rechtes ist. Es zeigt von einer bedenklichen Verworrenheit und Inkonsequenz im Denken, wenn auch christliche und katholische Kreise und selbst Theologen den modernen Staatsgedanken

1) Linzer „Theologisch-praktische Quartalschrift" 1915, S. 250.



und mit ihm die antichristliche Staatssouveränität akzeptieren, wenn sie erklären, „daß der Staat eine unabhängige Herrschergewalt und volles Selbstbestimmungsrecht auf seinem Gebiete besitzt".[1] Der Staat tritt mit dieser Auffassung „an die Stelle Gottes. Er ist das große Götzenbild, vor dem die moderne Welt im Staube liegt".[2]

III.

Von der inneren staatlichen ist die bereits berührte äußere staatliche: die völkerrechtliche Souveränität zu unterscheiden, wenn auch von jener nicht zu trennen. Sie wird verschieden definiert und ist, kurz angedeutet, die volle Unabhängigkeit des Staates gegenüber den übrigen Staaten. Daß es eine solche, volle Unabhängigkeit in Wirklichkeit nicht gibt, bedarf keiner weiteren Ausführung[3] Nach Dr. Menzinger[4]) ist die völkerrechtliche Souveränität „die Fülle der Hoheitsrechte den anderen Staaten gegenüber, die Selbständigkeit und Freiheit bei Ausübung der Befugnisse, welche sich aus dem Völker- und Staatsverkehre ergeben, die volle Völkerrechtspersönlichkeit des Staates, kraft deren das in ihm vereinigte Volk seine Existenz den anderen Nationen gegenüber behauptet".

Diese Definition leitet, indem sie am Schlusse an die Stelle des Begriffes „Staaten" den Begriff „Nationen"

---

1) Vergl. Hugo Holzamer, Der moderne Staatsgedanke (Petrusblätter 1915, Heft 27).

2) Charles Périn, a. a. O. Bd. I, S. 272.

3) Nicht nur wirtschaftlich, wie die Lehre von der völkerrechtlichen Souveränität hervorhebt, sondern auch politisch sind die Staaten, insbesondere jene eines Kontinents, von einander, wenn auch nicht in sichtbarer Form, abhängig. Dazu kommt eine größere oder geringere Abhängigkeit in geistiger bezw. kultureller Hinsicht.

4) Staatslexikon der Görresgesellschaft Bd. V, S. 166.

hineinlanciert, zu einem neuen Begriff, dem der „nationalen Souveränität" über.

Wie man von der relativen, d. i. der von Gott abhängigen Souveränität des Herrschers, in Verleugnung aller christlichen Überlieferung zu der Rousseau'schen Souveränität des Volkes und in weiterer Entwicklung zur absoluten Souveränität oder Unabhängigkeit des Staates gelangte, so kam man fast gleichzeitig auch, mit der wachsenden Überschätzung der eigenen Nation und der Steigerung des nationalen Bewußtseins, zu der „Souveränität der Nation".

Die öffentliche Proklamierung der „nationalen Souveränität" erfolgte zuerst in der französischen Revolution. Wie die Volkssouveränität eine Ursache, ist die „nationale Souveränität", welche dem politischen Begriffe der ersteren noch einen ethnographischen anfügte, eine Folge der französischen Umwälzung. Sie ist die Überhebung, die Vergötterung der Nation. „Die Nation ist souverän!" rief das Mitglied der Nationalversammlung Pétion in den Verhandlungen über die Regentschaftsfrage (22.—25. März 1791) aus. „Bei einem freien Volke ist man nur dem Gesetz (der Nation) untertan." Ihre Krönung fand die revolutionäre „nationale Souveränität" durch das Wahn- und Luftgebilde der „nationalen Religion" mit dem Kultus der „Göttin der Vernunft".

Daß die „nationale Souveränität" im Sinne einer gesamtstaatlichen Herrschaft und Unabhängigkeit undurchführbar ist, berührte die von dem Adjektiv „national" faszinierten, lärmenden Vertreter dieser Souveränität damals so wenig wie heute. Keine Nation bewohnt als Ganzes und allein ein geschlossenes Staatsgebiet, fast jede Nation hat in dem Staate, welchen sie bevölkert, noch andere Nationalitäten, als gleichberechtigte Teile des Staatskörpers, neben sich. Entweder muß man diesen Teilnationen auch eine Souveränität zubilligen und damit, da es nicht mehrere Souveräne in einem Reiche geben kann, die ganze „nationale Souveräni-

tät" illusorisch machen, oder man muß, nach modernen und modernsten Beispielen, diese Nationalitäten knebeln[1]) und auszurotten versuchen. —

Die „nationale Souveränität" wurde im neunzehnten Jahrhundert als Erbe der Revolution in das Programm der meisten liberalen Parteien aufgenommen. „Das Prinzip aller Souveränität beruht wesentlich bei der Nation." Dieser Satz spricht das Grundaxiom aller liberalen Politik aus", schreibt Charles Périn.[2]) In gleichem „Sinne hat vor nicht langer Zeit ein Häuptling der Freidenker . . . gesprochen: die Nation ist der wahre Souverän".[3]) Merkwürdigerweise war es ein von sechs bis sieben Nationalitäten bevölkertes Land, welches bis heute das Prinzip der „nationalen Souveränität" am herausforderndsten und lautesten vertrat: die transleithanische Hälfte der Donaumonarchie.

Den führenden Staatsmännern und Parteigrößen Ungarns ist kaum ein Wort geläufiger als das von der „ungarischen Nation" und von der „Souveränität" dieser „Nation". Daß eine „ungarische Nation" nicht existiert, daß es in Transleithanien zwar eine Reihe von Teilnationen oder Nationalitäten und im äußersten Falle eine magyarische, aber keine einheitliche, als „ungarisch" zu bezeichnende Nation gibt, wird mit bewußter Absicht verschwiegen.[4]) Denn ohne

1) Obwohl während des Völkerkrieges die preußischen Polen ein ebenso heldenmütiges Verhalten an der Front wie loyales Benehmen in der Heimat an den Tag gelegt haben, forderte im April 1917 der alldeutsche Ostmarkenverein die Aufrechthaltung der preußischen Polenpolitik — weil die nationale Gesinnung des Polentums sich nicht geändert habe. Ist denn diese chauvinistische Gesellschaft psychologisch und pädagogisch so unwissend, daß ihr nie bekannt wurde, daß man Gesinnungen nicht lehren und fordern, am allerwenigsten erzwingen kann? —

2) A. a. O. Bd. II, S. 520.

3) Histor.-pol. Blätter Bd. 159, S. 377.

4) An die Stelle des anthropologischen und ethnographischen Begriffes „Nation" den Sammelbegriff „politische Nation" setzen ist



das von dem vorbildlichen Frankreich übernommene Prinzip von der „Souveränität der ungarischen Nation" haben die revolutionären Forderungen der herrschenden magyarischen Kreise der chauvinistischen Masse gegenüber nicht ihre suggestive und erfolgreiche Wirkung.

Souverän ist im Reiche der Stephanskrone vor allem die „Vertretung der Nation", das Parlament. Bereits im Jahre 1876 erklärte der Ministerpräsident im Immunitätsausschusse: Die Entscheidung in letzter Linie steht dem „souveränen" Parlament zu. „Wenn Euer Parlament souverän ist, Ihr Herrn von drüben", frägt J. A. Freiherr von Helfert[1]), „was ist dann Euer Monarch? Im günstigsten Falle auch souverän! Aber erinnert Ihr Euch nicht, daß der Erdball, wie der große Alexander sagte, nicht zwei Sonnen nebeneinander verträgt? . . ."

Es kann in einem Staate nur eine Souveränität geben.

Die Proklamierung und die ermüdende Betonung der „Souveränität der Nation" führt notwendig zu einem nationalen Fetischismus: zu einer Anbetung des eigenen Volkes. Die Konnationalen sinken entweder vor der eigenen unübertrefflichen Nation in den Staub, oder sie schaffen sich ein anzubetendes Symbol derselben, einen Nationalheros, und sei es auch ein Brigantenführer Garibaldi oder ein sittlich defekter Rebell und Hochverräter Kossuth. Daß diese Beweihräucherung menschlicher Persönlichkeiten, wie jeder Götzendienst, eine Selbsterniedrigung der Nation darstellt, daß

---

ungefähr ebenso, als wenn man dem Begriffe Säugetiere auch die Vögel, Fische und Reptilien einfügen wollte.

1) Revision des ungarischen Ausgleichs. Ein zweiter Teil. Wien 1876. S. 43. — Schon im Jahre 1868 schrieben die Histor.-polit. Blätter (Bd. 61, S. 15): „Der Kaiser herrscht in Wien, aber im Namen des Nationalitätsprinzips regiert eine nationale Hegemonie in Pest . . ."

dieses ewige Hoch- und Hurrarufen vor den nationalen Götzenbildern auf die noch ihre Besinnung bewahrenden Kreise lächerlich und mitleiderregend wirken muß, wird dem leidenschaftlichen und darum denkunfähigen Übernationalismus niemals bewußt.

Wo das alte und wahre Autoritäts- und Souveränitätsprinzip verneint wird, kann von einer Monarchie, einem Königtume, kann von einem christlichen Staate nicht die Rede sein. Ein König ist entweder ein Bevollmächtigter Gottes oder er ist ein Bedienter seines Volkes, oder in noch tieferem Grade ein Geschöpf einer Klique, die sich anmaßt, im Namen dieses Volkes zu sprechen. Es gibt nur eine persönliche, von der persönlichen göttlichen Souveränität ihr Recht und ihre Gewalt ableitende Souveränität, keine Souveränität der Sache oder der Masse. Volkssouveränität, staatliche, nationale: unpersönliche Souveränität sind Wunsch- und Wahngebilde, mag eine bewußt oder unbewußt vom Christentume losgelöste, im Gefühle der eigenen Unabhängigkeit die Unabhängigkeit der modernen Souveräne preisende Staatslehre sie zu den wertvollsten Stücken ihrer wissenschaftlichen Rüstung zählen. Den Staat oder die Nation zum absoluten Souverän erklären heißt beiden göttliche Eigenschaften beilegen oder sie an die Stelle Gottes setzen.

R. F. X. H.

LXXIX.

Katholiken und Theaterkultur.

Von Chefredakteur Dr. Geuke, Wiesbaden.

Der Gedanke der Theaterkulturbewegung hat bei den Katholiken Deutschlands lebhaften Widerhall gefunden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ließ die katholische Presse dem in Hildesheim gegründeten Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur in zahlreichen und langen Artikeln eine sympathische Würdigung zuteil werden. Noch vor wenigen Wochen erklärte ein führendes katholisches Blatt, die Katholiken müßten die Sammlung aller Kräfte für den Zweck der Theaterkultur „als ihre unabweisbare Pflicht erkennen und danach handeln. Geraten sie durch Saumseligkeit ins Hintertreffen, so geschieht es, das muß mit allem Ernst und mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, aus eigener Schuld. Der Vorwurf selbstgewollter Rückständigkeit träfe die katholischen Kreise in diesem Falle mit Recht". Im Preußischen Abgeordnetenhause bat ein Redner der Zentrumsfraktion den Minister des Innern, „der empfehlenswerten Organisation des Hildesheimer Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur möglichst seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihr die Wege zu ebnen". So geschlossen die öffentliche Meinung nach außenhin auch erscheinen mag, so wäre es doch falsch anzunehmen, alle Katholiken seien mit der neuen Bewegung einverstanden. Je länger, je mehr tritt die Meinung auf, daß wir vorläufig keine Veranlassung haben, den Verband mit solchem Nachdruck zu fördern. Wenn diese Ansicht sich bisher kaum sonderlich in die Öffentlichkeit wagte, so liegt das wohl daran, daß die in Betracht kommenden katholischen Publizisten den Aufruf des Verbandes mit ihrem Namen gedeckt haben und nun, da die



Entwicklung einen für uns unerfreulichen Verlauf genommen hat, den Rückweg noch nicht finden können.

Der Gedanke der Theaterkulturbewegung hat bei den deutschen Katholiken gezündet. Das geschah aus leicht begreiflichen Gründen. Seit Jahr und Tag führt die katholische Presse in allen größeren Städten einen scharfen Abwehrkampf gegen die Verhöhnung des Gottesglaubens und der Kirche, gegen die Unsittlichkeit, die von den Brettern herab in das Volk dringen. Der Kampf war schwer und hart, denn die Katholiken standen allein, nur selten fanden sie Hilfe. Auf den großstädtischen Theatern wurden kaum Stücke aus neuerer Zeit aufgeführt, die vom katholischen Gesichtspunkte aus als einwandfrei angesehen werden konnten. Der Ehebruch und Schlimmeres wurden verherlicht, Kirche, Papst und Klerus waren den allerhäßlichsten Beschimpfungen preisgegeben. Das große Erleben des Weltkrieges, die nationale und religiöse Welle von 1914 und der Folgezeit reichten nicht an den Theatersumpf heran. Es war und ist, als ob Atheismus, Materialismus und Unmoral noch unverschämter als früher sich an die Öffentlichkeit drängen würden. Der Angabe von Namen und Titel bedarf es nicht für die Leser dieser Zeilen, ein Hinweis auf Schönherrs „Weibsteufel“ und Schillings „Mona Lisa“ mag genügen. Da kam der Aufruf des Hildesheimer Verbandes, der die Geister sammeln wollte „zum Kampfe für unsere Ideale“, zum Kampfe gegen das „häßliche Treiben auf so vielen Schaubühnen“. „Das Theater — so hieß es weiter — darf nicht eine Anstalt sein, in der die Bevölkerung auf eigene Kosten die Grundlagen ihrer Kultur unterwühlen und ihre heiligsten Güter verwüsten läßt“. Während bisher die Katholiken allein den Kampf zu führen hatten, erstanden jetzt Helfer von allen Seiten, ein großer Verband wollte „einen Bühnenbetrieb schaffen, der deutscher Bildung und deutscher Gesittung Hort und Ehre ist“. Die Katholiken griffen zu, in großer Zahl erklärten sie ihren Beitritt.

Ehe wir uns mit dem Theaterverbande beschäftigen,

müssen wir kurz einen Blick auf die Gründe des Theaterverfalls werfen. Direktoren, Publikum und Presse — diese drei Faktoren haben die heutigen Zustände herbeigeführt. An der Spitze der Theater stehen durchweg freigeistig gerichtete Männer, deren Ansichten über die Kunst und ihre Zwecke dem katholischen, dem christlichen Empfinden widersprechen. Mit ihnen über Moral und Religion zu rechten, wäre zweckloses Beginnen. Diese Kreise schalten und walten mit rücksichtslosem Despotismus. Der Intendant des Münchener Hoftheaters legt den Protest des Kardinals von Bettinger beiseite und führt „Mona Lisa“ auf. Das geschieht an einem königlichen Theater in der katholischen Hauptstadt eines überwiegend katholischen Landes. „Mona Lisa“ wird auch am Stadttheater in Köln aufgeführt, ein Protest der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bleibt wirkungslos. Selbst die berüchtigte Nackttänzerin Olga Desmond erscheint mit ihrer Kunst auf Kölns städtischer Bühne. In der zu 90 Prozent katholischen Stadt Beuthen (Oberschlesien), wo das Zentrum die Mehrheit hat, geht der „Weibsteufel“ allen Protesten zum Trotz über die Bretter. Die Leiter der Bühnen sind mit unbegrenzter Machtfülle ausgestattet und kümmern sich im allgemeinen nicht um die Forderungen ernst und anständig denkender Kreise. Auf sie darf man keine Hoffnung setzen, wenn eine Reform des Theaters eintreten soll. Die Reform muß gegen sie durchgeführt werden. Dabei denken wir nicht einmal an die verwerflichen Typen, die uns in einer Reihe von Theaterprozessen entgegengetreten sind und die durchaus keine Ausnahme bilden sollen.

Wenn die Direktoren wegen ihres Programms in der Öffentlichkeit angegriffen werden, dann berufen sie sich immer auf ihr Publikum. In Duisburg wurde vor längerem der städtische Theaterleiter gezwungen, ein Zotenstück übelster Art abzusetzen. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, dem Geschmacke des Publikums Rechnung getragen zu haben. Ernste Dramen und Opern mit literarischem Wert seien vollständig



unbeachtet geblieben, während oberflächliches Zeug einen großen Kassenerfolg brachte. Diese Behauptungen sind richtig. Das großstädtische Publikum — Theaterpublikum — hat wenig Verständnis für wirkliche Kunst. Es will die Theater so, wie sie heute sind. Mag sein, daß sich die guten Kreise infolge des Bühnenelends bewußt fernhalten. Aber selbst wenn alles so wäre, wie wir wünschen, wenn die berechtigte Abneigung verschwinden könnte, volle Häuser wären damit keineswegs vorhanden. Es ist nun einmal Tatsache, daß die Männer und Frauen mit gesundem Empfinden ihren Lebensinhalt weniger im Theater suchen, als die dekadenten Elemente, die über mehr Zeit und Geld verfügen. Das wird jeder zugeben, der in den verschiedensten Großstädten die geistige und wirtschaftliche Struktur des Theaterpublikums studiert hat. Wo der „Weibsteufel" unbeanstandet aufgeführt werden konnte, gab es mehr als fünfzig ausverkaufte Vorstellungen, während einwandfreie und künstlerisch hochstehende Stücke infolge Teilnahmslosigkeit alsbald verschwinden müssen. Ob es möglich sein wird, eine Änderung der Anschauungen herbeizuführen, darf man vorerst bezweifeln. Jedenfalls verfehlen kleine Mittel vollständig ihren Zweck. Die heutigen Auswüchse unserer Kultur können nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die Wurzel alles Übels angefaßt wird. Dazu aber besteht heute weniger Neigung denn je.

Vielleicht ließe sich mit der Zeit eine Besserung herbeiführen, wenn die Presse in ihrer Gesamtheit dem Übel energisch zu Leibe rücken würde. Freilich soll man den Einfluß der Presse nicht überschätzen. Wenn sie sich im Gegensatz zu den Strömungen der Zeit stellt, geht die Entwicklung über sie hinweg. So ist beispielsweise das Kino von der gesamten öffentlichen Meinung bekämpft worden. Das Resultat finden wir in den Großstädten an allen Straßenecken. Nun hat aber das auf Seichtheit und Unmoral eingestellte Programm der Theater die uneingeschränkte Billigung der Großstadtpresse. Abgesehen von den katholischen und teil-

weise von den konservativen Blättern, die aber ganz naturgemäß für die Theater weniger in Betracht kommen, als die meist oder man darf wohl sagen immer weiter verbeiteten liberalen und farblosen Zeitungen. Stellt sich nun aber eine solche Großmacht, wie es die Presse ist, auf den Zeitgeist ein, so wächst ihr Einfluß ins Riesenhafte. Die liberal und sozialistisch orientierte Presse findet all das, was wir als Katholiken bekämpfen müssen, schön und lobenswert.

Über Schönherrs „Weibsteufel" schrieb beispielsweise die Frankfurter Zeitung: „Das Stück ist aus einem Guß und hat eine dramatische Schlagkraft, wie sie selten zu finden ist. Der Vorwurf des Dramas, ein frisches Weib, das an ein Flaschenmandel verheiratet ist und sich nach der Mutterschaft sehnt, an einen Kraftkerl geraten zu lassen, es aufzugirren, es zwischen Pflicht und Liebe zu drängen, bis alle Dämme brechen, und der Urinstinkt des Weibes, der Katze, triumphiert, das Weib seelisch zu verwüsten, bis es den Kraftkerl zum Morde anstiftet und der letzte Auftritt einen Toten und zwei lebende Tote zeigt, dieser Vorwurf, leicht und tändelnd eingeleitet und bis ins elementare Wüten einer ungehinderten Naturgewalt hinauf gesteigert, ist wie mit Gigantenhänden geformt. Wenn kurz vor dem Mord das junge Paar weinberauscht den gebrechlichen Alten umtanzt, in der Trunkenheit rasender Leidenschaft, so ist das ein Bild von symbolischer Größe, wie die Erinnerung kaum ein zweites kennt. Die Technik Schönherrs in der Charakterzeichnung seiner drei Menschen ist außerordentlich, ebenso groß ist der szenische Aufbau der Tragödie."

Das ist mitten im Kriege geschrieben, da Hunderttausende auf den Schlachtfeldern verbluten. Ganz zutreffend schildert ein konservativer Protestant, Adam Röder, die Geistesart der liberalen Presse in seiner Süddeutschen Konservativen Korrespondenz wie folgt:

„Die deutsche liberale Bildung war von je religionsfeindlich. Und wer in die Feuilletons der demokratischen, freisinnigen, liberalen Blätter schaut, kann feststellen, wie mit methodischer Zielstrebigkeit alle Erscheinungen des geistigen, wissenschaftlichen,

künstlerischen Lebens benutzt werden, um jeglicher Gestaltung des religiösen Lebens im positiven Sinne entgegenzuarbeiten. Wo etwas für den allgemeinen philosophischen Nihilismus, für die sittliche Anarchie herauszuschlagen ist, wird der Hebel angesetzt. Es hat in der Linkspresse eine förmliche Teilung der Arbeit stattgefunden. Im politischen Teil findet man im Gegensatz zu früher oft religiös intendierte Auslassungen, sogar der Name Gottes wird, wenn auch in unverbindlichen Satzformen angerufen. Aber zum Ausgleich kommen dann die Feuilletonisten und heben das areligiöse Banner umso kräftiger in die Höhe. Das Feuilleton der deutschen liberalen Presse war nie so dezidiert unreligiös und antireligiös wie jetzt. Die Bemühungen, zwischen allen Verneinern auf dem Gebiet der Geistes- und Naturwissenschaften eine einheitliche Phalanx zu erstellen, werden in in bewunderungswürdiger Methode geübt. Im Mittelpunkt steht natürlich Goethe; von ihm werden Brücken nach allen Seiten geschlagen; schließlich ist man bei Nietzsche, Frank Wedekind, irgend einem Dichterlein oder Miniaturphilosophen, bei Häckel oder Ostwald, bei der Mona Lisa, dem Weibsteufel oder einem sonstigen Schundstück glorifizierender Brunst angelangt."

Diese zutreffende Beurteilung der deutschen Linkspresse ist für die folgenden Ausführungen von Wichtigkeit.

Kehren wir zu dem Ausgangspunkte, dem neuen Theaterverbande, zurück. Eine schwere Aufgabe stand der Hildesheimer Begründung bevor. Zu bekämpfen war unserer Meinung nach der libertinistische Geist der deutschen Theaterleiter, der erfreulichen Hoffnungen keinen Raum läßt. Die anständigen Kreise mußten mobilisiert werden gegen die weit verbreitete Presse, die dem Übel erfolgreich die Bahn gebrochen hat, die ihm auch in der Gegenwart Tür und Tor öffnet. Vor allem durften die Katholiken erwarten, daß der Verband schonungslos all den Werken jeden Kampf ansagen würde, die ein kirchen- oder religionsfeindliches Gepräge tragen, die von nackter Unsittlichkeit beherrscht sind. Eine wirkliche Reform war und ist nur möglich, wenn all die



Elemente fern gehalten werden, welche die heutigen Zustände mit herbeigeführt haben, welche im „Weibsteufel" und „Mona Lisa" Kunstwerke ersten Ranges erblicken. Und was war der Verband, als er sich einer breiteren Öffentlichkeit zeigte? Er war zu einem Sammelbecken aller Richtungen geworden. Theaterdirektoren, die aus der Aufführung der allerübelsten Machwerke und Pariser Zotenstücke Riesengewinne aufspeichern, erscheinen neben liberalen und sozialdemokratischen Redakteuren, die all das preisen und befürworten, was nach unserer Meinung eine Theaterkulturbewegung bekämpfen müßte. Das Schwergewicht der Arbeit soll in den Ortsausschüssen liegen. Sieht man sich diese genau an, so kommt man zu der Erkenntnis, daß eine Beseitigung des Elends nur gegen sie, aber nicht mit ihnen möglich ist. Die Zusammensetzung des Ortsausschusses in Frankfurt a./M. beispielsweise entspricht ganz dem Bilde, das man sich in Deutschland von der Stadt Frankfurt zu machen pflegt. Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, der in dem Feuilleton seiner Zeitung Zola und Schlimmeres zum Abdruck bringt, ist der Spiritus Rektor der Bewegung. In Köln gehören dem Ausschuß neben liberalen und sozialdemokratischen Redakteuren Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften, des sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereins und sonstige freigeistige Elemente an. Alle diese Richtungen waren bisher einig, wenn es gegen die Kölner Zensur zu protestieren galt, wenn die Aufführung von „Mona Lisa" wie „Weibsteufel" und das Auftreten von Olga Desmond im dritten Kriegsjahr gefordert und verlangt wurden. Jetzt haben sie einen Zusammenschluß gefunden in der Ortsgruppe des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur. Gewiß auch die Katholiken und ihre Organisationen sind vertreten, aber angesichts einer solchen Zusammensetzung ist wirkliche Theaterkultur, wie wir sie als Katholiken verlangen müssen, ausgeschlossen. Eine ernste religiös-kulturelle Monatsschrift begrüßte vor wenigen Wochen die Gründung des Theaterverbandes; sie erwartet, daß die Verschandelung der katho-



lischen Geistlichen, wie sie sich in Anzengrubers „Pfarrer von Kirchfeld“ äußere, dann aufhören werde. Kurz darauf beschloß die Ortsgruppe Hannover des Verbandes ausgerechnet die Aufführung des genannten Stückes. Die Mitteilung hiervon nahm die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, auf deren Generalversammlung scharfe Worte gegen das Muckertum fielen, — wer damit gemeint ist, braucht nicht gesagt zu werden — mit großer Befriedigung entgegen. Das Beispiel des „Pfarrers von Kirchfeld“ beweist, wie die rauhe Wirklichkeit hinter den Hoffnungen der Katholiken zurückgeblieben ist.

Der Zusammensetzung der Mitglieder aus den verschiedensten Richtungen entspricht auch die Haltung des Vorstandes vom Gesamtverband. Wie stellt er sich zu religionsfeindlichen und unsittlichen Stücken? Ist er bereit, Werke, die nach katholischer Auffassung unbedingt und unbestritten verworfen werden müssen, seinerseits zu verwerfen? Nein, das lehnt er ab, weil er für die „Freiheit der Kunst“ eintritt. Nach einem Bericht der Kölnischen Volkszeitung erklärte der Generalsekretär, „daß der Verband aus grundsätzlichen Erwägungen es ablehne, eine Instanz für Entscheidungen darüber zu sein, was Kunst sei und was aufgeführt werden dürfe, daß die ganze Entwicklung und Tendenz des Verbandes und die Zusammensetzung des Gesamtvorstandes eine Gewähr dafür biete, daß der Freiheit der Kunst von seiten des Theaterkulturverbandes keine Gefahr drohe“. Derselbe Gedanke wird auch in den reichlich erscheinenden Werbeschriften immer betont. Mehr können allerdings die Elemente, die unter dem Schlagwort „Freiheit der Kunst“ das Theater ruiniert haben, nicht verlangen. Der Verband verzichtet damit auf ein Eingreifen bei Schmutz- und Schundstücken, verzichtet auf jede Reform, wie wir Katholiken sie anstreben müssen.

Hier sei noch ein Wort angefügt über die positiven Ziele des Verbandes.

Der § 2 seiner Satzungen erklärt: „Der Verein bezweckt



den Zusammenschluß aller Deutschen zur Hebung und Förderung des deutschen Theaters als Pflegestätte der Kunst im Geiste deutscher Bildung und Gesittung. Er will vor allem das Theater allen Schichten des deutschen Volkes zugänglich machen, das Verständnis für die nationale Bühnenkunst und ihre Bedeutung wecken und Mißstände im Theaterwesen bekämpfen."

Deutsches Theater, deutsche Bildung und Gesittung, nationale Bühnenkunst — das wollen Schönherr und Frank Wedekind, Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt auch. Die Mißstände auf der Bühne bestehen nach der Auffassung der Katholiken aber hauptsächlich darin, daß unchristliche und unmoralische Ideen alles überwuchern. Diese Mißstände kann man naturgemäß nicht bekämpfen, wenn man den „Zusammenschluß aller Deutschen" anstrebt. Repräsentieren „Weibsteufel" und „Mona Lisa" den Geist deutscher Gesittung, stellen sie nationale Bühnenkunst dar? Auf solche und ähnliche Fragen wird die Antwort verweigert, weil das einmal den Zusammenschluß aller Deutschen verhindern würde und zweitens einen Eingriff in die Freiheit der Kunst bedeute.

Seinen Zweck sucht der Verband zu erreichen: 1. durch Sammlung und Bereitstellung von Mitteln, 2. durch Förderung des staatlichen und städtischen Eigenbetriebes (Stadttheater, Städtebundtheater, städtische Orchester), Einrichtung und Förderung von Volksbühnen, Verbands- und Landschaftstheatern, 3. durch Förderung einer umfassenden Theatergesetzgebung, 4. durch Veranstaltung von Vereinsvorstellungen, Vereinsvorträgen und Vorlesungen, Einrichtung von Bibliotheken und Bücherumlauf, Verbreitung von Schriften, 5. durch Erzielung verschärfter Maßnahmen gegen die rein geschäftlichen Unterhaltungsbühnen ohne höheres Kunstinteresse. Punkt 1 ist nebensächlich, denn es ist das Bestreben jedes Vereins, Geld in seine Kasse zu bekommen. Der zweite Punkt betrifft die technische oder organisatorische Seite des Theaterwesens, sie berührt aber nicht den Geist, der unsere Theater, Hof- und städtische Bühnen nicht ausgeschlossen, beherrscht. Bei Punkt 3 denkt man ebenfalls nicht an die



geistige Richtung, sondern an die soziale Seite des Bühnenbetriebes. Das vierte Ziel haben wir schon vorher erledigt. Die Ortsgruppe Hannover führt ein Werk mit Angriffen gegen die katholische Geistlichkeit auf. Wie lange wird es noch bei der Zusammensetzung des Verbandes und der Ortsgruppen dauern, bis die berüchtigten Sexualstücke auftauchen? Zu Punkt 5 wäre Folgendes zu bemerken: „Was sind geschäftliche Unterhaltungsbühnen ohne höheres Kunstinteresse? Es hat noch nie einen Schmierendirektor gegeben, der nicht höheres Kunstinteresse vertreten wollte, der dabei nicht die Unterstützung weiterer Kreise gefunden hätte. In der Praxis wird dieses Ziel immer mit dem Grundsatz der Freiheit der Kunst kollidieren. Wir sehen auch nicht ein, warum man gegen geschäftliche Unterhaltungsbühnen ohne höheres Kunstinteresse vorgehen soll, vorausgesetzt, daß diese, vom religiösen und sittlichen Standpunkte aus betrachtet, einwandfrei sind.

Fassen wir noch einmal zusammen: Der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur sucht die Vertreter aller Weltanschauungen, geistigen und künstlerischen Richtungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschweißen. Demgemäß lehnt er es ab, gegenüber unmoralischen und religionsfeindlichen Werken seine Stimme zu erheben. Das Bekenntnis zur Freiheit der Kunst bedeutet bei der geschilderten Zusammensetzung des Verbandes eine Preisgabe der Forderungen, die wir als Katholiken an das Theater stellen müssen. Eine Mitarbeit unsererseits in den Ortsausschüssen verspricht wenig Erfolg, weil in den maßgebenden Theatermittelpunkten die freigeistigen Elemente ganz naturgemäß Oberwasser haben. Die Gefahr besteht, daß die sozialistischen und liberalen Kreise, die mitschuldig an dem geistigen und moralischen Verfall sind, noch zielbewußter als bisher das Verneinende und Zerstörende siegreich erstehen lassen. Zwischen Feuer und Wasser gibt es keine Verbindung; zwischen Katholiken einerseits, Freidenkern, Freisinnigen und Sozialisten anderseits kann eine gemeinsame Weltanschauung über Religion und Sittlichkeit nicht konstruiert werden. Religion und Sittlich-



keit aber bilden für die Katholiken die Angelpunkte, an denen jede Theaterreform einzusetzen hat. Den Gegensatz zwischen uns und jenen hat kürzlich die Frankfurter Zeitung, hinter der die Kreise des Frankfurter Ortsausschusses stehen, mit kurzen Worten hervorgehoben. Das Blatt schrieb anläßlich der Gründung des Kölner Ortsausschusses, daß Domkapitular Dr. Steffens, der erklärte, Freiheit der Kunst bedeute nicht Freiheit von der Sittlichkeit, „unter Kunstfreiheit etwas anderes versteht, als die, welche schöpferisch oder genießend im realen Leben stehen". Nach alledem kann es kaum zweifelhaft sein, wie die Entwicklung kommen wird. Darum ist es eine unabweisbare Pflicht der deutschen Katholiken mit allem Ernst zu prüfen, ob die in Hildesheim gegründete Organisation unseren Forderungen Rechnung trägt oder nicht. Gewaltige Aufgaben warten unser nach dem Kriege, da wollen wir nicht Zeit und Kraft unnütz vertun in einer Organisation, die unseren Idealen keinerlei Rechnung trägt.

LXXX.

Die führenden Gedanken bei der Gründung der Naturalien-, Kunst- und Raritätenkabinette.

Eine kulturgeschichtliche Studie.

Von Hochschulprofessor Dr. Wilhelm Heß in Bamberg.

(Schluß.)

Schon die verschiedenen Namen der neuen Wissenschaft besagen, daß sie noch weit begieriger auf Studienmaterial und Unterrichtsstoff erpicht sein mußte als die Naturwissenschaften i. e. S. Was Wunder daher, daß bei der angedeuteten Leichtigkeit der Beschaffung im Sammeln von Tieren, Pflanzen, Steinen, Erdarten und Metallen sich eine

Tätigkeit auftat, die, eine Menge Leute anlockend, sich vom Sammelwunsche zum Sammelbestreben, von da ab zum Sammeltriebe und nachgerade zur Sammelwut steigerte! Die Kabinette naturkundlicher Art oder, wie sie gewöhnlich genannt wurden, die Naturaliensammlungen, füllten sich daher ungemein rasch. Auch die aus anderen Erdteilen stammenden Gaben der Natur zusammen mit den Erzeugnissen wilder Völkerschaften und den Lebenserweisen einer fremden, oft schon untergegangenen Kultur wanderten mit Vorliebe dorthin, so daß das Bilderbuch der Naturaliensammlungen nun zugleich auch geographische, ethnographische, anthropologische und prähistorische Zeichnungen erhielt. Damit nicht genug, räumte man ferner allen Seltsamkeiten in der Natur, deren man habhaft werden konnte, wie z. B. merkwürdigen Naturfunden, launenhaften Naturspielen, anatomischen Mißbildungen, biologischen Ungewöhnlichkeiten, physiologischen Absonderlichkeiten u. dergl., einen weitgehenden Platz ein. In dieser Hinsicht befand man sich vollständig noch in den Gedankengängen zurückliegender Jahrhunderte, im Mittelalter und in der früheren Neuzeit, wo der Mensch sich von nichts als Wundern und Zaubereien umgeben wähnte. Indem so die Naturalienkabinette etwa jeden beliebigen einem menschlichen Antlitze ähnlichen Stein, die nächstbeste mehrfach in sich verschlungene Baumwurzel, eine vielfrüchtige Haselnuß, das Gerippe eines verwachsenen Kinderfußes, einen Satz von Gallensteinen, ein durch den Magen einer Kuh hindurchgegangenes Holzstäbchen usw. uff. für wert erachteten ihrem Bestande einverleibt zu werden, drohten sie vielfach nicht nur zu bloßen Kuriositätenkammern sondern sogar zu förmlichen Monstrositätensammlungen auszuwachsen.

In diesem Bestreben wurden sie dabei nicht unwesentlich noch dadurch gefördert, daß nun auch der Mensch anfing sich auf das Gebiet des Bizarren zu begeben um durch Anfertigung aller erdenkbaren Künsteleien und Tändeleien die Gaukeleien der Natur womöglich noch zu übertreffen. So, wenn er beispielsweise versuchte alle auf eine Person bezüg-



lichen Stellen der Hl. Schrift zur zeichnerischen Umreißung eines Bildes jener Person zu verwenden oder bei der Darstellung einer farbigen Figur statt der Malfarben bunte Steinchen, Schneckengehäuse, Muscheln, Moose, Vogelfedern, Schmetterlingsflügel 2c. 2c. zu benutzen und was dergleichen Dinge mehr waren. So müßig und zeitverschwendend uns die Betätigung eines derart irregeleiteten Überfleißes aber auch erscheinen muß, so zog sie doch des öfteren einen keineswegs zu unterschätzenden Vorteil nach sich. In dem Willen es der Natur gleich zu tun oder sie womöglich noch zu übertrumpfen lag bereits die Notwendigkeit verborgen sie in ihren Geheimnissen zu belauschen und zu verfolgen. Und so kam es, daß neben den mannigfachen wertlosen Ausgeburten einer abschüssigen Phantasie sich auch ernste Proben menschlicher Erfindungs- und Darstellungsgabe einstellten. Dahin gehörten außer den schon berührten Modellen von Maschinen und anderen Werkzeugen, hauptsächlich auch solche architektonisch bemerkenswerter Bauten und Zierstücke, wie beispielsweise der Mosaischen Stiftshütte, des Salomonischen Tempels und dergl., nicht minder weiterhin verschiedene Erzeugnisse der Technologie, so Farbstoffe und damit behandelten Produkte der Papier- und Webeindustrie u. a., nicht zu vergessen die Artigkeiten der Glas- und Steingutherstellung usw. In dieser stärkeren Berücksichtigung des Nützlichkeitsstandpunktes lag aber auch, soweit ihr nicht bisher entsprochen worden war, die Anregung zu den nunmehrigen Naturalien-, Kunst-, Kuriositäten- und Raritätensammlungen die ausgeprägten Behelfe und Zeugen wissenschaftlicher und künstlerischer Eigenbeschäftigung, die Instrumente und Apparate der oben erwähnten astronomisch-physikalisch-mathematischen Kabinette, herüberzuziehen und sie mit ihnen zu einer einzigen Sammlung zu verschmelzen. Daß dort, wo dies geschah, jene Instrumente und Apparate infolge des zahlenmäßigen Übergewichts ihrer Vettern aus dem naturkundlichen und Kuriositätenbereiche tief in den Hintergrund gedrückt wurde, ist ohne weiteres einleuchtend. Doch



rückten sie durch den Zuwachs, den ihnen der lebhafte Ausbau gewisser Gebiete der Physik spendete, alsbald wieder in eine sehr vernehmliche Beachtung.

Es war nämlich der genannten Wissenschaft gelungen auf nicht weniger als drei Feldern Versuche zu eröffnen, denen dem Augenschein nach etwas Geheimnisvolles, ja Unbegreifliches innewohnte, so daß sie — dank teilweise des immer noch nicht ganz abgestorbenen ehemaligen Zauberglaubens — ebenso die ungeteilte Neugierde gelehrter und gebildeter Kreise, wie das ungeheuchelte Mißtrauen weiter abstehender Schichten erregten. Beteiligt hieran war erstens die Optik mit ihren verschiedenen Hohl- und Konvex-, Kegel- und anderen Zauberspiegeln, sowie ihren Linsen und Linsensystemen einschließlich der Laterna magika; zweitens der Luftdruck in seinen vielen durch die Luftpumpe vermittelten unverhofften Äußerungen des Gleichgewichts und der Bewegung der Flüssigkeiten und Gase; endlich drittens die Reibungselektrizität mit der Elektrisiermaschine als Mittelpunkt und den dieser nicht minder zahlreich entströmenden prickelnden Darbietungen über den elektrischen Entladungsschlag einschließlich des elektrischen Funkens.

Alle diese Sachen waren so neu und zugleich so überraschend, daß man sich kaum genug tun konnte sie ständig und zwar womöglich in immer neuem Gewande zu wiederholen und auf sich einwirken zu lassen. Wie sehr man sich — um nur ein Beispiel herauszuheben — in diesem besonders gegen das Ende des 18. Jahrhunderts zur reinsten Spielerei ausgearteten Treiben auch seitens der Laienwelt gefiel, mag etwa der Nürnberger Konsulent Dr. Karl Alexander Faulwetter beweisen, welcher es fertig brachte, dem damals nur sehr enge begrenzten Gebiete der Reibungselektrizitätslehre ein Werk von nicht weniger als fünf Teilen zu widmen, indem er die äußere Form der nämlichen elektrischen Grundversuche, so jene über die Wärme und Lichtwirkung des elektrischen Entladungsschlages, ins Ungemessene abänderte.



Ein hoher wissenschaftlicher Wert wohnte einem solchen fortgesetzten Kulissenwechsel natürlich wiederum nicht inne, doch kann ihm auch ebensowenig eine gewisse unterrichtliche Bedeutung abgesprochen werden. Man bedenke nur, daß die Hörerschaft, welcher in den Tagen des ausgehenden 18. Jahrhunderts Physik vorgetragen wurde, d. i. die Studentenschaft der Universitäten, Akademien und Klosterschulen vorwiegend Theorie vorgesetzt bekam. Die Unterbrechung der Öde und Langweiligkeit einer solchen meist mit mathematischen Formeln, wenngleich der einfachsten Art, verbrämten Vorlesung durch Versuche war ihnen also ein ersehntes Bedürfnis und mußte vollends um so freudiger entgegengenommen werden, je mehr diese Versuche die Wißbegierde und nicht zum seltensten auch die Lachlust zu reizen imstande waren. Da zudem die den verschiedenen Darbietungen dienlichen Behelfe und Gerätschaften durch den Lehrer oder die Schüler oder auf deren Veranlassung durch jeden geweckteren Arbeiter ohne nennenswerte Kosten, sozusagen aus der Hand heraus, verfertigt werden konnten, so versteht es sich ohne weiteres, daß die naturwissenschaftlichen Sammlungen ihr Eigentum nun mit einem Male um ein Beträchtliches vermehrt sahen. Allerdings gewannen sie dadurch keineswegs an Zierde. Während nämlich die bisherigen astronomischen, physikalischen und mathematischen Instrumente und Apparate vielfach berühmten Pariser, Amsterdamer, Wiener, Nürnberger und Augsburger Firmen entstammten und schon durch ihr vornehmes Äußere ihre Abkunft von ausgewählten zünftigen Werkstätten verrieten, besaßen ihre neuen, der Handmache und der Heimarbeit entsprungenen Genossen etwas auffallend Derbes und Ungeschlachtes. Hiezu trug nicht das wenigste auch der Umstand bei, daß manche Betriebsgegenstände, wie der Elektrophor und die Reibungselektrisiermaschine, um kräftigere Wirkungen erstehen zu lassen, in einem verhältnismäßig großen Abmaße gehalten werden mußten und so neben aller Bereicherung des Sammlungs-



materials doch zur Ungleichartigkeit und Ungereimtheit seiner Formen nicht unerheblich beitrugen.

Die hiedurch veranlaßte Trübung des Schönheitsbildes der Kabinette mag denn auch von deren Besitzern selbst recht merklich mißempfunden worden sein, denn man suchte ihr durch Einbringung von Erzeugnissen der bildenden Künste, vornehmlich von Ölgemälden auf Leinwand, Holz und Metall, von Aquarellen und von Kupferstichen, Holzschnitten und Radierungen in gewissem Grade entgegenzuarbeiten. Auch die hohen, nackten Wände der Sammlungsräume in den dickgemauerten, schwerfälligen Bauten der sich wendenden neueren Zeit scheinen, indem sie förmlich nach einem künstlerischen Behange riefen, diesem Ausschmückungsbestreben förderlich gewesen zu sein: ganz abgesehen davon, daß hiedurch den Sammlungen abermals eine Gruppe neuer Inventarstücke zugeführt und so der Betätigung der Sammlungsfreude eine weitere wichtige Anregung zuteil wurde.

Die nämlichen beiden Gesichtspunkte waren es wohl auch, welche zur Einbringung von Waffen, Kleidertrachten und allerlei sonstigen volkskundlichen Gegenständen Veranlassung gaben. Eine weit wichtigere Bedeutung aber als durch diese doch mehr auf die äußere Ausschmückung gerichteten Erzeugnisse und Errungenschaften gewannen die Kabinette durch die Zufuhr eines Elementes höchster kultureller und geschichtlicher Bedeutung, der Münzen. Die Gepflogenheit, geprägte Geldstücke zu sammeln, um sie als wichtige Zeugen für die Zeit-, Volks-, Rechts-, Wirtschafts- und Kunstgeschichte zu befragen, erfreut sich keiner weniger gediegenen Abkunft und sogar noch eines etwas höheren Alters wie der Gedanke, naturwissenschaftliche Sammlungen anzulegen. Sie nennt sich gleichfalls ein Kind des Humanismus und ist schon zu Ende des 15. Jahrhunderts erzeugt worden. Doch trat die Gemeinsamkeit der Abkunft der beiden Arten von Sammlungen lange Zeit insoferne nicht deutlich hervor, als sie eben beide völlig getrennt neben einander her lebten. Und wenn jetzt eine engere Berührung, ja ein förmliches



geschwisterliches Ineinandergreifen eintrat, so war die Ursache hievon keineswegs in einem wissenschaftlich oder verwandtschaftlich zu rechtfertigenden Bedürfnisse, sondern lediglich in dem Wunsche gelegen gewesen durch eine solche Vereinigung abermals möglichst viel Bezugsstoff für das erstrebte Einheitskabinett zu gewinnen. Man wollte nur häufen und häufen: das Was und Wie und Wodurch pflegte ebenso unbeachtet zu bleiben wie das Warum und Wozu, nur das Ob und das Wieviel war ausschlaggebend. Daß hiedurch zahlreiche Sammlungen auch im Gesichtswinkel zeitgenössischer Urteile als vollendete Trödlerbuden erschienen, ist durchaus begreiflich. Und doch möchten wir angesichts der Tatsache, daß diese Hamsterei uns eben doch unendlich viel Wertvolles erhalten hat, was ohne sie sicher zugrunde gegangen wäre, ihr gegenüber mit unser ungeschmälerten Dankbarkeit nicht zurückhalten In ganz besonderem Grade muß sie natürlich jenen Anlagen von Weltruf gezollt werden, welche, wie etwa das Museo Kircheriano in Rom, die Schöpfung unseres deutschen Landsmannes und ehemaligen Würzburger Universitätsprofessors P. Athanasius Kircher S. J., oder auch die nicht minder berühmte Sammlung des Erzherzogs Ferdinand von Österreich, des Gemahls der Philippine Welser, zu Schloß Ambras nächst Innsbruck die überreiche Mannigfaltigkeit ihres Inhaltes durch die Einführung und Innehaltung einer zielbewußten Sichtung und Ordnung abzustufen und zu gliedern ersucht haben.

Eine ähnliche Maßnahme in den gewöhnlichen, mehr volkstümlich gefügten Panoptiken — und zu ihnen zählten nicht minder umfangreiche Kabinette wie beispielsweise die bekannte Kunstkammer Kaiser Rudolfs II. zu Prag — durchzuführen, war freilich so gut wie unmöglich. In der durch die Ungebundenheit der Zufuhr hervorgerufenen Unübersichtlichkeit lag aber bereits auch der Niedergang der ganzen Erscheinung ausgesprochen. Nur erfolgte ihr Abstieg an der Lebensbahn ungleich viel rascher als ihr seinerzeitiger An-



stieg. Er vollzog sich hauptsächlich in zwei verschiedenen Bahnen einer wissenschaftlichen und einer politischen.

Dem Drucke des naturwissenschaftlich gefestigten Zeitalters eines Goethe und Humboldt, eines Kant und Laplace, eines Volta, Rumford und Gaylussac, eines Buffon und Cuvier konnte die Sinnlosigkeit der zahl- und wahllosen Anhäufung aller möglichen Sammlungsgegenstände auf die Dauer nicht widerstehen. Sie mußte dem Gedanken weichen alle Dinge, welche organisch zusammengehörten, auch in organisch faßbare und organisch abgerundete Einzelanlagen zu vereinigen. Doch hätte die bloße Überzeugung von der wissenschaftlichen Notwendigkeit eines derartigen Zusammenschlusses kaum durchgreifend genug gewirkt, wenn ihr nicht in der durch dick und dünn brechenden Gewaltpolitik der Säkularisationszeit mit ihren einschneidenden Gebiets- und Hoheitsänderungen eine rücksichtslose Helferin an die Seite getreten wäre.

Von Eifer beseelt die früheren Verhältnisse von Grund aus zu stürzen und die Erinnerungen an sie ehestens auszulöschen war diese sofort an eine Siebung und Trennung auch der angefallenen Kabinettsinhalte herangetreten, um solche teils zu veräußern teils auf die verschiedensten Bibliotheken, Galerien, Institute, Schulen, Körperschaften usw. auszuteilen. Daß dabei nur allzuhäufig nicht nach den Grundsätzen des Rechtes, der Ordnung und der Zweckmäßigkeit, sondern mehr nach verwaltungsmäßigen oder finanziellen Gesichtspunkten, unendlich oft auch nach Gutdünken und Laune verfahren wurde, ist allzubekannt, als daß das Bild, welches die Geschichtsschreiber über jene Tage zu entrollen pflegen, auch nach der wissenschaftlichen Richtung hin noch merklich vervollständigt werden könnte.

Indessen hatte die Sonderung und Verpflanzung der verschiedenen Ableger des Sammelganzen deren lebhaftes Gedeihen im Gefolge. Von den ruhigeren Läufen der nachnapoleonischen Zeit betaut und von dem niederen Daseinszwecke der bloßen Schaustellung zu dem höheren Amte



der nutzbaren Lehr- und Lernsammlung berufen, trieben sie auf dem fruchtbaren Nährboden der ihnen überwiesenen Gebiete der Künste und Wissenschaften nur allzu mächtig aus, so daß dadurch die ehemaligen, alten Stecklinge alsbald vollständig überwuchert wurden. In dem Maße nämlich, in dem sich die Künste und Wissenschaften selbst weiteten, gewannen auch die ihnen zugehörigen Sammlungen. Während es aber beispielsweise in dem Zwecke einer Gemäldegalerie begründet liegt, daß sie allen von den Vorfahren überkommenen Bildern von Wert ihre Arme öffnet, und zwar um so weiter, eines je höheren Alters sich dieselben erfreuen, achteten im Gegenteile die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Abkömmlinge der früheren Jahrhunderte und der durch sie vermittelten Wissenschaftsgeschichte leider vielfach nicht in wünschenswerter Weise. Den wissenschaftlichen Anforderungen einer neuen Zeit nicht immer mehr entsprechend und in ihrem Gewande unmodern, wurden sie nicht selten als überflüssig, lästig und platzsperrend empfunden und, soweit man ihnen keinen Altenteil einräumen konnte oder wollte, dem Verfalle und der Vernichtung preisgegeben.

Viel zn spät erst besann man sich auf den Gedanken, daß hiedurch ja allerdings nicht unbedeutende wissenschafts- und kulturgeschichtliche Werte zugrunde gehen mußten und verwies sie von da ab gewöhnlich in jene Herbergen, die zum eigensten Zwecke der Erhaltung des Alten errichtet erscheinen, nämlich in die Sammlungen der örtlichen Geschichts- und Altertumsvereine oder auch der volks- und wissenschaftsgeschichtlichen Museen umfassender Bedeutung, deren wir beispielsweise innerhalb der weißblauen Grenzpfähle in dem K. B. Nationalmuseum sowie dem Deutschen Museum zu München und in dem Germanischen Museum zu Nürnberg bekanntlich nicht weniger als drei der hervorragendsten unser eigen nennen.

Unter dem Vielen, was uns dort die Äußerungen der Vergangenheit im Vergleiche mit den Anschauungen der Jetzt-



zeit ermessen läßt, stehen diese Kinder früherer wissenschaftlicher und technischer Regsamkeit nicht an letzter Stelle. In ihrem Gegenüberhalte zu den dermaligen Instrumenten und Apparaten kündigen sie in auffälligster Weise auch auf ihrem Gebiete die in stetem Flusse begriffene Hinfälligkeit alles Irdischen, die in unterbrochener Kette sich vollziehende Ablösung des Gestern durch das Heute und des Heute durch das Morgen. Aber sie tun es nicht ohne dabei durch die die Vorführung auch ihres Schicksalslaufes in die „Eitelkeit" der Eitelkeiten" den hocherfreulichen Trost hineinzutragen, daß das Unvollkommenere durch das Vollkommenere, das Unzweckmäßigere durch das Zweckmäßigere verdrängt wird und daß eine derartige Wandlung eben nur dann möglich erscheint, wenn das Alte, nachdem es das Neue geboren und so seine Lebensaufgabe vollendet und seine Lebenskraft erschöpft hat, diesem denn auch weiche um ihm zu seiner Entwicklung Raum zu geben — dem Schöpferwillen gemäß, der Stoff und Kraft in die Unrast eines fortdauernden Kreislaufs gesetzt hat.

LXXXI.

„Die Studentin."

Eine Entgegnung von stud. jur. Aenne Schmitz, St. Toenis.

Wir Studentinnen überhaupt, wir katholische Vereinsstudentinnen insbesondere, stehen mitten in einer jungen Entwicklung. Neues stürzt von allen Seiten in unser Frauenleben und will bewältigt sein. Unsere jungen Vereine stehen ohne lange Entwicklungszeit plötzlich vor den verschiedensten Aufgaben. Da begrüßen wir es immer mit Dank und Freude, wenn namhafte Persönlichkeiten mit reicher Erfahrung uns ihr freundliches Interesse schenken und einen wohlgemeinten Rat erteilen. Ein



so gesprochenes Wort wird bei unseren Entschließungen gar manches Mal befolgt werden. Leider ist der Artikel im fünften Heft der Historisch-politischen Blätter unter ganz anderen Voraussetzungen geschrieben. Dem namenlosen Verfasser fehlt es zweifellos an genügender Kenntnis und vorurteilsfreier Würdigung des Studentinnenlebens und der katholischen Studentinnenvereine. Jedenfalls enthält der Artikel eine große Reihe von Schiefheiten, Irrtümern und Widersprüchen. Wo ein Einzelfall zutrifft, wird er verallgemeinert, wo eine Tatsache stimmt, werden ihr Beweggründe untergeschoben, an die in Wirklichkeit niemand denkt.

Wenn ich mich anschicke, auf den Artikel in seinen Einzelheiten einzugehen, soweit er die Studentinnenorganisationen, insbesondere die katholischen Studentinnenvereine betrifft, so tue ich es nicht im Namen und Auftrag des Verbandes der katholischen Studentinnenvereine. Ich fühle mich persönlich dazu gedrängt, da ich es als langjähriges Mitglied des Verbandes nach mehrsemestriger Tätigkeit als Vereins- und Verbandsvorsitzende nicht ruhig ansehen kann, wie ein namenloser Autor das im Verband sich findende gute Streben gewissenlos mißdeutet und das kräftige Wachstum der ganzen Organisation in unverantwortlicher Weise zu stören versucht.

Ich möchte es hier unterlassen, auf die im Artikel sich findenden allgemeinen Ausführungen zur Psychologie der Studentin näher einzugehen. Nur da möchte ich einsetzen, wo sie als Ausgangspunkt genommen werden, um Vorschläge für den Aufbau der Studentinnenvereine zu machen. Die junge Studentin soll mehr den Gefahren der Universitätsstadt ausgesetzt sein und mehr der Leitung bedürfen als der „ruhiger und nüchterner denkende Mann“. Als empfehlenswert wird deshalb das Erziehungsprinzip der Studentenkorporationen herangezogen.

Nun ist es doch eine feststehende Tatsache, daß die „Fuchsenstunden“ der Studenten mit Äußerlichkeiten überlastet sind. Es ist dies ein durch die studentischen Verhältnisse und Traditionen vielleicht notwendiger, von vielen ernst denkenden Studenten und Korporationen bedauerter Übelstand, von dem die Studentinnen-



vereine der Natur der Sache nach vorläufig frei sind und hoffentlich auch frei bleiben werden. Darum brauchen die Einführungsstunden der Studentinnenvereine — sie bestehen hier ebenso wie bei den männlichen Korporationen — weniger zahlreich zu sein und können sich in der Hauptsache wichtigeren Dingen zuwenden. Gewiß ist der völlige Ausbau dieser Einführungsstunden noch nicht überall gleich weit fortgeschritten, so daß die bestehenden Verhältnisse nicht allen Ansprüchen gerecht werden und bei der Jugend der Organisation auch nicht gerecht werden können. Doch sollte man das in dieser Richtung zu beobachtende Entwicklungsstreben nicht verkennen.

Aus demselben Grund bedauert der Verfasser die geringe Zahl der Altmitglieder des Verbandes und wünscht ihren Einfluß vergrößert. Tatsächlich entfallen auf 100 Aktive und Inaktive bereits 25 Altmitglieder. Ihr Rat wird — soweit sie in Fühlung mit dem Verein bleiben und ihr Interesse wirklich dem Studentinnenverein bewahrt haben — mit Dank gehört, wie es bei vielen männlichen Korporationen der Fall ist. Allerdings sind mir auch Verhältnisse bekannt, wo die jungen Studenten in nicht zu wünschender Weise von den Alten Herren majorisiert wurden. Das wäre ja vielleicht nicht so bedauerlich, wenn sich tatsächlich das fortschrittliche und das konservative Element gegenüberstünden und sich ausglichen. Doch kann man manchmal die Beobachtung machen, daß Alte Herren — im späteren Leben den Interessen der Studentenkorporation in etwa entfremdet — sich für Dinge einsetzen, die ihnen in ihrem Beruf als erstrebenswert erscheinen, während sie sie vom — noch so konservativem — Standpunkt des Studenten nicht befürworten würden. Diese Verquickung der Interessen ist menschlich verständlich, doch kann sie zu einer Gefahr werden, auf die, bei aller Achtung vor den Altmitgliedern, hingewiesen sei.

Was die Ehrenmitglieder anbetrifft, so sei festgestellt, daß unter 26 Ehrenmitgliedern 13 Männer sind. Ich glaube bei diesen Zahlen den Vorwurf des Kampfes gegen den Mann hie nicht besonders widerlegen zu brauchen. Würde sich in Zukunft das Verhältnis zugunsten der Frauen verschieben, so dürfte



das bei einem Studentinnenverband nur natürlich sein. Der Verfasser sollte es doch an erster Stelle begrüßen, ist er ja selbst der Meinung, daß „lebens- und welterfahrene Frauen manch wertvolle Ergänzung für die Studierenden bieten können". Übrigens sind von den 13 männlichen Ehrenmitgliedern 11 geistliche Herren und zwar 2 Bischöfe. Was da den Verfasser zu dem Ausruf bewegt: „Ein katholischer Verein, in welchem jede Fühlungnahme mit dem Bischof abgelehnt wird — ein ganz unmögliches Gebilde, ein innerer Widerspruch!" ist mir vorläufig unverständlich.

Soweit zum inneren Ausbau der katholischen Studentinnenvereine! Was Fragen der äußeren Politik angeht, so stehe ich allerdings zum Verfasser im grundsätzlichen Gegensatz. Was er als tadelnswert und gefahrvoll empfindet, wird von mir mit Freuden begrüßt.

Ich bin Vertreterin in katholischen Sonderausschüssen und in allgemeinen Studentenausschüssen gewesen und bin dabei zur prinzipiellen Anhängerin der letzteren geworden. Daß in diesen mehr geleistet und erreicht wird, als es den katholischen Sonderausschüssen bei ihrem verhältnismäßig verborgenen Dasein naturgemäß möglich ist, da ihnen die Wucht der Masse und die Größe der Mittel fehlen, spielt hier eine weniger große Rolle. Weltanschauungsfragen brauchen bei den allgemeinen Zielen dieser Ausschüsse nicht berührt zu werden und werden es selten; denn daran hat keine der im Ausschuß vertretenen Gruppen Interesse, die jüdische ebensowenig wie die deutschchristliche oder die katholische. Und sollte einmal ein Fall eintreten, so wird der Student oder die Studentin, die dann ihrer katholischen Überzeugung Ausdruck geben, mehr Verständnis für unsere Weltanschauung und Achtung vor der katholischen Studentengruppe erwerben, als wenn man es durch Absonderung dahin bringt, daß die Übrigen keine oder nur unklare Vorstellungen vom katholischen Leben erhalten. Meine persönlichen Erfahrungen haben mir dies in wiederholten Fällen bewiesen, ist mir doch verschiedentlich gesagt worden: „Ist das katholische Anschauung? Uns ist das anders berichtet worden." Hier ist ein Weg der

von katholischer Seite so oft bedauerten Unkenntnis Andersgläubiger über katholische Anschauungen entgegenzutreten. Daß es umgekehrt den Katholiken und Katholikinnen, die befähigt sein sollen, an den im neuen Deutschland harrenden Aufgaben und Problemen mitzuarbeiten, nicht schaden kann, wenn sie hier Gelegenheit haben, Verständnis für die Gedankenwelt der andern sich zu erwerben, sei nur nebenbei erwähnt. Der Verfasser warnt vor Kastengeist und glaubt, daß es gerade der Gleichberechtigung Abbruch tun würde, wenn die Studentinnen, die nicht auf die akademischen Bürgerrechte verzichten wollen, sich ohne ihre Kommilitonen zusammenschließen. Ich werde darauf gleich zurückkommen. Der Verfasser möge sich aber überlegen, ob es nicht weniger begründet und ebenso unpraktisch ist, wenn Katholiken, die so oft darüber klagen, daß ihnen nicht gleiche Geltung auf allen Gebieten eingeräumt wird, eine solche Politik verfolgen. Nicht als ob ich den katholischen Vereinen oder Verbänden die Existenzberechtigung absprechen wollte. Ich bin selbst mit ganzer Seele und vollster Überzeugung katholische Vereinsstudentin. Aber das innere Sammeln unter dem Banner des katholischen Glaubens soll für das äußere Wirken kein Abschließen, sondern ein Zusammenschließen bedeuten, um sich um so sicherer und ruhiger andern anschließen zu können. Übrigens haben sich die allgemeinen Ausschüsse so ganz schlecht doch wohl nicht bewährt. Dem Verfasser ist augenscheinlich nicht bekannt, daß im Februar in Frankfurt studentische Vertreter aus ganz Deutschland — es waren auch Vertreter katholischer Verbände dort — zu einer Vorbesprechung versammelt waren, die darauf hinausging, an allen Universitäten allgemeine Ausschüsse zu schaffen und sie zu einem „Studententag" zusammenzuschließen. Damit ist die „Studentengewerkschaft" noch nicht zur Tat geworden, doch daß der Gedanke gefaßt wurde, zeigt von der Herrschaft der organisatorischen Idee und dem einigenden Geist unserer Zeit, der leider noch nicht in alle Herzen gedrungen zu sein scheint. Der Verfasser wird wahrscheinlich glauben, daß bei der „Verachtung für die Kommilitonen" und dem „Kampf gegen den Mann" keine Studentin sich für diesen Gedanken



interessiert habe. Erfreulicherweise waren aber eine ganze Reihe Studentinnen in Frankfurt, die sich für den Plan erwärmten und deren Mitarbeit man sicher sein kann.

Es liegt uns Studentinnen ja so fern, eine Opposition gegen die Kommilitonen zu betreiben sowohl in lokalen, wie in allgemeinen Organisationen. Man wird nur dort einen „weiblichen Sonderausschuß" fördern, wo der bestehende männliche Ausschuß den Kommilitoninnen den Eintritt verwehrte (also umgekehrtes Prinzip obwaltet!) oder wo kein allgemeiner Ausschuß besteht.

Am liebsten arbeiten wir Hand in Hand zum Schutz und Ausbau gemeinsamer Interessen. Wo es sich aber um Angelegenheiten handelt, die uns Studentinnen allein angehen, da wäre es widersinnig, damit die Kommilitonen zu behelligen. Die Studentin ist nun einmal eine Neuerscheinung im modernen Leben. Was der Student in jahrhundertlanger Tradition sich zu eigen gemacht hat, darin müssen wir uns plötzlich hineinleben. Dazu kommt, daß es bei aller Gleichheit der akademischen Bürger für uns Studentinnen Fragen gibt, die uns allein betreffen oder uns anders angehen als die Studenten. Als Beispiel sei Folgendes erwähnt: Das erste Mal, bei dem die Studentinnenverbände in Fühlung miteinander traten — ein Kartell, wie der Verfasser es sich denkt, besteht nicht und wird auch nicht geplant — war die Angelegenheit des Hilfsdienstes, der für die Studentin, wie überhaupt für die Frau, einen ganz andern Charakter trägt als für den Studenten. Damals haben die Verbände in Eingaben an den Reichstag die Bereitwilligkeit der Studentinnen zum Hilfsdienst ausgedrückt. Später — als die Haltung der Universitäts- und Militärbehörden eine außerordentlich unklare war —, haben sie alles daran gesetzt festzustellen, ob und wo Studentinnen gebraucht wurden und haben dann die Studentinnenschaft interessiert und aufgeklärt. Dies der „Kampf gegen den Mann!" Natürlich harren auch Fragen der gemeinsamen Lösung, bei denen es darauf hinauskommt, den Studentinnen Rechte zu erwerben, z. B. Gleichberechtigung in Stipendienfragen. Doch sollte man dabei nicht vergessen, daß



es sich hier für die Studentin — einmal in den Wirtschaftskampf gedrängt — einfach um einen Teil des Kampfes, um ihre Existenz handelt. Daraus einen Kampf gegen den Mann zu konstruieren und dies zur Schaffung eines Gegensatzes zu den Kommilitonen im Felde zu benützen, ist unverantwortlich und ich weise das hiermit mit Entrüstung zurück. Keine Studentin hat auch nur den leisesten Gedanken gehabt, den Kommilitonen im Felde, auf die wir alle mit dankbarer Verehrung blicken, irgendwie in den Rücken zu fallen.

Ich muß es nach diesen Darlegungen dem vorurteilsfreien Leser überlassen festzustellen, was mehr dazu angetan ist, den inneren Frieden zu stören: die Ansichten und gewissenlosen Unterschiebungen des Verfassers oder der frische Geist in der katholischen Studentinnenschaft. Den Verfasser aber fordere ich auf, falls ihm meine Ausführungen nicht zusagen, zu meiner Belehrung und Bekehrung mit positiven Gedanken zu kommen und auseinanderzusetzen, — vor allem aber unter Namensnennung — was er eigentlich unter katholischer Weltanschauung versteht.

* * *

Hierauf wird erwidert:

Der Artikel „die Studentin" erschien namenlos", um der ganzen Frage alles Persönliche zu nehmen.[1]) Es waren darum auch keine Studentinnen und Einzelvereine genannt, bei denen

1) Es hat sich in neuerer Zeit — auch auf katholischer Seite — der Unfug eingebürgert, zum Zwecke und zur Stärkung einer oft auf schwachen Füßen stehenden Polemik Ausführungen, gegen welche man mit sachlichen Gründen nicht gut aufzukommen vermag, dadurch von vornherein zu verdächtigen, daß man sagt: ein Anonymus, also hat er Unrecht, denn er greift aus dem Hinterhalt an. Als ob durch die Nennung eines Namens die Sache anders würde, und als ob es nicht von jeher Sitte gewesen, daß nichtgezeichnete Artikel einer Zeitschrift, auch wenn sie nicht vom Herausgeber stammen sollten, doch selbstverständlich unter voller Verantwortung der Redaktion stehen und auch so zu behandeln sind.
D. Herausg.

besonders scharfe Äußerungen und Bestrebungen in der beanstandeten Richtung sich kundgegeben haben. Es war und ist uns lediglich um die Sache zu tun.

Es kam uns daher auch nicht auf Störung des Wachstums der katholischen Studentinnenvereine an, wie uns die Verbandsvorsitzende vorwerfen zu sollen glaubt, sondern auf Entfernung von bestimmten Auswüchsen. Sind diese entfernt und durch entsprechende Garantien neue Fehlentwicklungen ausgeschlossen, so wünschen wir den katholischen Studentinnenvereinen ein kräftiges vivant, floreant, crescant.

Freilich die Ausführungen von Frl. Anna Schmitz haben uns in den in unserem Artikel vertretenen Anschauungen nur bestärken müssen.

Abgesehen von anderen bezeichnenden Vorgängen und Äußerungen, die Befürchtung, daß wir einen Kampf gegen den Mann bekommen, wird schon geweckt durch nicht mehr ganz zu übersehende Schlagwörter wie: „Die Frau für die Frau", „Frauenbewußtsein", „weg mit dem Männereinfluß", das verlangen nach „Frauenfachschulen", an denen nur Frauen dozieren dürfen usw. Wurde nicht auch vereinzelt sogar die Forderung laut, auch Bischöfe sollten nicht mehr als Ehrenmitglieder geduldet werden. Selbst Studentinnen waren empört über das emanzipierte Gebaren, das sich da und dort breit gemacht hatte in der letzten Zeit.

Ein gelegentliches Zusammengehen aller Studentinnen empfiehlt sich von selbst. Was abgelehnt werden muß, ist der Plan eines interkonfessionellen Zweckverbandes, wie ihn der gedruckte „Auszug aus dem Protokoll der Verbandsversammlung des Verbandes der katholischen Studentinnenvereine Deutschlands in Berlin am 9. und 10. Juni 1916" (S. 3 ff.) aufweist. Wir beharren auf diesem Standpunkt vor allem solange, als die katholischen Studentinnenvereine nicht selbst für Sicherheiten gesorgt haben, daß die katholischen Prinzipien in ihren Organisationen und in ihrer Behandlung der Frauenfrage überhaupt und des Frauenstudiums im besonderen zur Geltung kommen. Solche Sicherheiten könnte z. B. die Zuziehung eines

Bischofs oder sonstigen hervorragenden Theologen als ständigen Beraters des Kartells der katholischen Studentinnenvereine Deutschlands bieten und der Verband der Altmitglieder, der in allen großen Fragen mitzubestimmen hätte. Auch die Ehrenmitglieder könnten ein gesundes konservatives Gegengewicht bilden, wenn man sie nicht zumeist als Zierde festlicher Veranstaltungen behandeln wollte.

In keinem Fall aber sollten die Studentinnen „den Wirtschaftskampf", „den Kampf um die Existenz" selbst und allein führen wollen. Wo man glaubte für die akademisch gebildeten Frauen Rechte erkämpfen zu sollen, da mögen wie bisher die großen Frauenorganisationen eingreifen. Kämpfen und lernen paßt nicht zusammen, besonders wenn die beiden Parteien auf der gleichen Schulbank sitzen. Als kleines Beispiel, welche Rechte für die akademischen Bürgerinnen erstrebt werden, wird von Frl. Änne Schmitz „Gleichberechtigung in Stipendienfragen" angeführt.

Diese Forderung, die offenbar von dieser Seite als die selbstverständlichste und nächstliegende angesehen wird, hätte wirklich nicht genannt werden dürfen in einem Artikel, der entrüstet protestiert gegen den Vorwurf, daß durch die beanstandete Studentinnenbewegung die Rücksichten gegenüber den Kommilitonen im Felde hintangesetzt werden. Die Studenten haben Verpflichtungen und der jetzigen Generation sind sie schwer genug geworden — sollten sie da nicht auch einige Vorrechte haben? Konnten die Studentinnen nicht mindestens jetzt sechs Semester emsig studieren und vielfach auch die Plätze einnehmen, die Studenten zugedacht waren, während diese draußen das Vaterland schützten? Zum wenigsten jetzt hätte eine solche Forderung nicht erhoben werden dürfen. Nichts führt zu größeren Ungerechtigkeiten als öde Gleichmacherei! Auch abgesehen von dem heute studierenden Geschlecht ist die Forderung nach Gleichberechtigung in Stipendienfragen kaum zu rechtfertigen. Einmal besteht die Militärpflicht fort; sodann hat weder der Staat dasselbe Interesse an akademisch gebildeten Frauen, noch besteht für diese die harte Notwendigkeit sich einen öffentlichen Beruf

zu schaffen in demselben Maße, noch war die Intention der Stifter auf Studentinnen gerichtet, noch wird der Zweck des Stipendiums ebenso sicher erfüllt — abgesehen von der geringeren physischen Widerstandsfähigkeit der Frau wird der Zweck des Stipendiums vereitelt, sobald die Studentin heiratet, und das kommt bekanntlich nicht selten vor.

Es lag uns ferne den Studentinnen die Absicht zu unterschieben, den Kommilitonen im Felde „in den Rücken zu fallen". Aber daß die Studenten in der Tat durch eine Studentinnengewerkschaft geschädigt werden, wird niemand bestreiten wollen. Eben darum aber hätte eine solche Bewegung am allerwenigsten in dieser Kriegszeit eingeleitet werden dürfen. Da die führenden Studentinnen daran leider nicht dachten, mußte ihnen die Erinnerung an die kämpfenden Kommilitonen nahegelegt werden.

Übrigens — aus dem Artikel von Fräulein Aenne Schmitz könnten Uneingeweihte den Eindruck bekommen, als ob ihre Ansichten die des Verbandes der katholischen Studentinnenvereine überhaupt wären. Darum sei ausdrücklich betont, daß innerhalb des Verbandes selbst vom Anfang an eine gesunde Gegenströmung sich geltend gemacht hat. Dieselbe führte laut Protokoll eine Reihe von schwerwiegenden Gründen gegen einen interkonfessionellen Zweckverband der Studentinnen ins Feld. Wir hoffen, daß diese Gruppe, unterstützt von der öffentlichen Meinung, den Sieg davonträgt.



LXXXII.

Quomodo ceciderunt robusti.[1])

2. Kön. 1. 27.

Die große Umwälzung im Osten ist noch vielen Fernstehenden ein Rätsel. Man fragt sich noch immer, wie konnte so ein Koloß an Macht so jämmerlich zusammenbrechen? Man kann nicht begreifen, wie ein Volk, dem der Zar früher etwas Heiliges war, ein Volk, das man glauben machte, daß der Zar durch die Salbung und Krönung ein besonderes Sakrament empfangen habe, wodurch er zum Oberhaupte der Kirche und zum Stellvertreter Gottes auch in kirchlichen Dingen erwählt worden sei, wie ein Volk, das bis noch vor wenigen Jahren vor dem Winterpalast sich bekreuzte und die ganze lange Front des Palastes entlang, selbst bei strengster Kälte, es nicht wagte, die Mütze aufzusetzen, daß das Volk, das bei jeder Messe viermal für den Zaren und die Zarin betet und in diesen Gebeten vielfach das Wesen der Messe sieht, daß dieses Volk die Absetzung des Zaren nicht nur ruhig geschehen ließ, sondern durch seine Söhne, die Soldaten, noch dazu kräftig mitwirken konnte. Der Fernstehende weiß eben nicht, wie das Volk systematisch verhetzt und vergiftet wurde. Er weiß auch nicht, daß der Träger der Krone selber alles tat, um seine Würde, seine Auktorität, den Glauben an sein Wort zu untergraben. Wer dem Volke näher stand und den täglich zunehmenden Einfluß der sozialdemokratischen Ideen beim Volke sah, mußte die Katastrophe schon seit dem Jahre 1905 kommen sehen. Ich habe schon damals in diesen Blättern auf das gefährliche Treiben der Studenten unter den Arbeitern in den Fabriken aufmerksam

1) Die nachfolgenden Ausführungen stammen von einem Mitarbeiter, der sich längere Jahre in Rußland aufgehalten hat und die Verhältnisse aus eigenem Augenschein kennen dürfte. D. Herausg.



gemacht. Die Studenten des technologischen Instituts, des Polytechnikums, des Bergcorps, der Zivilingenieure, des Instituts der Wegekommunikation, der Elektrotechnik müssen sämtlich ihr praktisches Jahr in den Fabriken mitten unter den Arbeitern durchmachen. Jetzt ist ihre Saat aufgegangen. Am russischen Arbeiter haben die glaubenslosen, nihilistischen Studenten einen dankbaren Zuhörer, hier finden ihre Lehren einen fruchtbaren Boden. Die Studenten bemühen sich mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, um ihre giftige Saat auszustreuen und selten erfolglos. Der arme russische Arbeiter bekommt das ganze Jahr von keinem Menschen ein gutes Wort weder vom Gutsbesitzer, noch vom Stanowoi (Polizeimeister), noch vom Dorfpolizisten, noch vom Fabrikanten, noch vom Vormeister, aber von allen Seiten wird ihm das Schimpfwort Skotina (Rindvieh) an den Kopf geworfen und so wird er durch Wort und Tat erinnert, daß er nur ein armes Arbeitstier sei. Jetzt sieht er sich plötzlich von einem studierten Herrn, zu dem er ohnehin schon mit Ehrfurcht aufblickt, freundlich und als Mensch behandelt, ja sogar umschmeichelt, es wird ihm vorgestellt, daß sein elendes Dasein einzig und allein von der Regierung und vom Zaren verschuldet sei, die für den armen Muschik nichts tun, daß der Zar glaube, das Volk sei für ihn da, nicht er für das Volk und dergl. Nach und nach dringen solche Reden, die noch von sozialdemokratischen und anarchistischen Schriften bekräftigt werden, in das arme Gehirn ein und bringen unfehlbar ihre Wirkung hervor. Ehe der Sommer vorüber ist, ist der ungebildete Mann ein Feind des Zaren und ein rabiater Sozialdemokrat. Mit diesen Ideen und Schriften geht er dann meistens für den Winter in sein Dorf, dort behält er natürlich seine Ideen nicht für sich, sondern verbreitet sie weiter und findet bei dem leichtgläubigen und unwissenden Volke, das gleichfalls unter schwerem Drucke leidet, leicht Glauben. Einer liest die anarchistischen Schriften vor, 15—20 Mann (die meistens nicht lesen können) hören zu und glauben jedes Wort wie das Evangelium



und nehmen all' diese Ideen in sich auf. Es ist ja niemand, der ihnen ein anderes Evangelium verkünden könnte. Seit tausend Jahren hat der Russe nie eine Predigt gehört, nie einen religiösen Unterricht erhalten, wenn er nicht eine öffentliche Schule besuchte, und da 84 Prozent des Bauernvolkes Analphabeten sind, also keine Schule besucht haben, ist ihre Unwissenheit grenzenlos. Außerhalb der Schule wird nie Religionsunterricht erteilt. In den Kathedralkirchen wird auf Anordnung des berüchtigten Pobedonoszeff seit 20 Jahren zwar gepredigt, auf dem Lande aber nie. Wenn das Kind sechs Monate alt ist, erhält es die erste Kommunion und sodann jedes Jahr, ohne daß es je unterrichtet würde über das Wesen dieser hl. Handlung. So wissen viele nicht einmal, was sie bei der hl. Kommunion empfangen. Als ich ein Dienstmädchen, das denselben Tag zur Kommunion gegangen war, fragte, wen sie empfangen habe, gab sie zur Antwort: „Meth", wegen des süßen Weines, in den der Leib des Herrn getaucht wird. Als ich ihr sagte, daß es der Leib und das Blut Christi sei, sagte sie: „Sie spassen!" So ist es mit allem und es wird leicht erklärlich, daß bei solcher Unwissenheit jedem Irrtume, jeder falschen Ansicht Tür und Tor geöffnet ist und die sozialdemokratischen Ansichten und Lehren riesige Fortschritte machen können. So erklärt sich auch die völlige Umwälzung in der Wertschätzung des Monarchen, die seit einigen Jahren im Volke Platz gegriffen hat, dank der von der Regierung beförderten Unbildung des Volkes. So wird die Sünde durch die Sünde bestraft. Um im Trüben fischen und die rohe Masse leichter zusammenhalten zu können, suchte die Regierung mit peinlicher Sorgfalt, jede Aufklärung vom Volke fernzuhalten und tat nichts für den Volksunterricht. Als im Jahre 1908 die Duma für 10 Jahre je 10 Millionen für Volksschulen ansetzte, weigerte sich die Regierung lange Zeit, eine solche Summe auszugeben. Jetzt kehrt sich diese Unbildung gegen die Regierung selber, indem das unwissende Volk eine so



leichte Beute falscher Aufklärung geworden ist, die an allen Thronen rüttelt.

Das würdelose Benehmen des Zaren und der Zarin gegen den Bauern Rasputin hat ihr Ansehen beim Volke jedenfalls auch nicht gehoben. Das einfache Volk hatte eine so hohe Idee vom gesalbten und gekrönten Zaren, daß es nicht begreifen konnte, wie dieser sich von einem, der Ihresgleichen war, leiten und beraten lassen konnte. Der Nimbus, der beim Volke die geheiligte Person des Zaren umgab, schwand dahin und mit ihm die Achtung und Liebe. Schon der hl. Augustin hatte vor zu großer Herablassung gewarnt: nedum nimium servatur humilitas, regendi frangatur auctoritas. Das Volk konnte an diesem gekrönten Haupte fast nichts mehr wahrnehmen, was dem Ansehen und der Majestät eines Zaren entsprochen hätte.

Die ungeheure Zahl von Gewohnheitstrinkern war gleichfalls sehr erbittert gegen den Zaren wegen des allerdings ganz gerechtfertigten Branntweinverbotes. Da die Adeligen und Offiziere in ihren Klubs Kognak in Fülle hatten, den sich der Bauer nicht leisten konnte, sah er sich benachteiligt und wurde gegen den Zaren erbittert. Als er den Ruf nach Freiheit hörte, schloß er sich den Rufern an, verstund aber unter dem Rufe nach Freiheit nur die, sich an seiner Wodka gütlich zu tun wie ehedem. Man sieht auch hier: kleine Ursachen große Wirkungen.

Am meisten aber trugen zur Sinnesänderung des Volkes gegen den Zaren die ungeheuren Opfer an Menschen bei, die das Volk bringen mußte. Der gemeine Russe fühlt sich immer noch als Leibeigener. Er kennt keinen Unterschied zwischen Zar und Vaterland. Das Vaterland ist das Land seines Herrn, des Zaren, und nach der Liebe zum Zaren bemißt sich seine Vaterlandsliebe. Nachdem nun Millionen hingeopfert waren, kam den Leuten endlich doch der Gedanke: wozu sollen wir verbluten? Um Konstantinopel zu erobern? Wir haben Land genug in Sibirien und wissen nichts damit anzufangen, wozu noch mehr Land? Ist es

zu verwundern, wenn den armen Mann bei der Erinnerung der Hekatomben von Gefallenen eine ohnmächtige Wut erfaßte, die er dann drei Jahre verschlossen in sich trug, bis sie jetzt ein Ventil fand, um mit Gewalt hervorzubrechen?

In den anderen Ständen hatte die Unzufriedenheit ohnehin den höchsten Grad erreicht. Die Schikanen der Polizei, die jeden überwachte, der sich irgendwo ein freies Wort erlaubt hatte, die häufigen Hausdurchsuchungen, das polizeiliche Überwachungssystem, die Unterdrückung jeglicher Versammlungsfreiheit und der Preßfreiheit, die so weit ging, daß die Polizei allen Zeitungen telephonisch verbot, etwas zu schreiben über einen General, der als Kurator des Blindeninstituts dieses um 16 000 R. bestohlen hatte. Dann das Protektionswesen, wo nicht das Verdienst, nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse für ein Amt in Anschlag gebracht wurden, sondern die Empfehlung eines hohen Herrn oder gar eines Rasputin. Wer das alles in Betracht zog und die jetzigen Zustände mit jenen verglich, die vor der ersten Revolution herrschten, der sah mit Sicherheit den Sturm kommen.

Es war der Zar selber, der den Ast absägte, auf dem er saß. Er nahm alle Freiheiten, die er in seinem Manifeste vom 17. Oktober 1906 zugestanden hatte, zurück. Die Nowoje Wremja schrieb in kriechender Weise, diese Freiheiten seien ihm mit Gewalt abgerungen worden, folglich brauche er sein Wort nicht zu halten. Wahrscheinlich dachte er ebenso.

Er hatte in seinem Manifeste jede Verbannung auf administrativem Wege verboten. Aber jeder Gouverneur, jeder Polizeipräfekt der großen Städte wies, nachher wie vorher, jeden aus, der der Polizei nicht genehm war. Schon vor der ersten Revolution hatten diese administrativen Verschickungen ungeheuer viel böses Blut gemacht, weil man sich nicht verteidigen konnte und den Grund dieser Maßregel nicht einmal erfuhr, jetzt um so mehr, weil sie gegen ein feierlich gegebenes Kaiserwort verstießen.



Den Abgeordneten der Duma war für ihre Person die Immunität zugestanden. Dies hinderte nicht, daß zwölf Abgeordnete der zweiten Duma und mehrere der letzten bis jetzt im Exil in Sibirien schmachten mußten.

Die Reden der Abgeordneten sollten in den Zeitungen nach Belieben gedruckt werden dürfen. Die Zensur verhinderte das nicht nur, sondern strafte auch die Redakteure, die von der ihnen zugesicherten Erlaubnis Gebrauch machten.

Die Finnländer haben ihre eigenen Gerichte und ihre Rechte wurden bei der Krönung feierlich vom Zaren beschworen. Wenn nun diese Richter nach den Gesetzen ihres Landes, auf die sie beeidigt waren, jemanden „nicht schuldig“ erklärten, der nach russischem Gesetz von der Regierung für schuldig gehalten wurde, so wurden sämmtliche Richter, auch die des obersten Gerichtshofes, von Gendarmen nach Petersburg gebracht, dort abgeurteilt und eingesperrt.

Es ward vollständige Religionsfreiheit zugestanden. Nach kurzer Zeit aber verweigerten die Gouverneure den Austritt aus der russischen und den Eintritt in die katholische Kirche ohne allen Grund, wenn einfache Leute darum nachsuchten. Bei intelligenten Personen wagte man dies nicht, aber auch sie mußten erst ein Gesuch einreichen, dann 35 Tage warten, während denen man einen Popen zu ihnen schickte, der sie von der Absicht, katholisch zu werden, abbringen sollte. Wenn Vater und Mutter katholisch geworden waren, sollten die Kinder unter 14 Jahren der Religion der Eltern folgen. Ein katholischer Arzt, dessen Frau katholisch geworden war, wollte auch seinen 12jährigen Sohn in die katholische Kirche aufnehmen lassen. Es wurde ihm verweigert, weil er sich nicht bekehrt hatte, sondern immer katholisch war.

Im Manifeste war feierlich erklärt, daß die Katholiken das Recht erhalten, Kirchen zu bauen, nur mußten sie die bautechnischen Vorschriften beobachten und nachweisen, daß sie das nötige Kapital besitzen. Vor sechs Jahren wollten die Katholiken von Petersburg in einer Vorstadt, Alexan-



drowskoe, eine Kirche bauen. Die zwei Bedingungen waren eingehalten, die Erlaubnis kam nicht, man mußte, wie vor dem Manifeste, die Erlaubnis des schismatischen Erzbischofs einholen, der zu entscheiden hat, ob die Katholiken eine Kirche benötigen oder nicht.

Muß man sich da noch wundern, wenn sich jetzt niemand mehr auf kaiserliche Versprechungen einlassen wollte und wenn man gegen den wortbrüchigen Zaren radikal vorging?

Was in letzter Zeit jedem freiheitliebenden Menschen jede Hoffnung auf ein bißchen mehr Freiheit benahm, war die Ernennung der Minister Trepoff, Stürmer, Protopopoff und Galitzin, von denen der eine mehr reaktionär war als der andere. Alle bestärkten den armen Zaren in seiner Idee, daß nur die Autokratie das Land retten könne. Und doch führten alle ihre Bemühungen zu immer größeren Unordnungen, Veruntreuungen und Gaunereien der Beamten. Die Stationsvorsteher wurden so unverschämt, daß sie zuletzt keinen Waggon mit Lebensmitteln durchließen, wenn ihnen die Kaufleute nicht zwei- bis fünftausend Rubel für den Waggon bezahlten, was diese sich weigerten. So entstand in Petersburg eine Hungersnot und eine Revolte, die die, in ihrer Existenz bedrohte Duma, benützte, um den Zaren kurzer Hand abzusetzen. Das ganze autokratische System der autokratischen Minister hatte Fiasko gemacht.

Ein großer Teil der Verantwortung in dieser Tragödie fällt auf die Zarin, ja man kann ohne Übertreibung sagen, daß sie der Totengräber der Dynastie der Romanow ist. Gleich von Anfang hat sie durch ihr steifes englisches Wesen die ganze Aristokratie abgestoßen. Dann führte sie bei Hofe statt der von jeher gebräuchlichen französischen Sprache, die englische ein, wodurch sie viele Damen des Hochadels in arge Verlegenheit brachte, da diesen wohl die deutsche und französische, nicht aber die englische Sprache geläufig war. Dem Volke mißfiel ihre völlige Teilnahmslosigkeit an den sozialen Nöten des Volkes. Nie hat sie ein Spital besucht,

nie ein Greisenheim, nie eine Schule, nie ein Mädcheninstitut, nie ein Waisenhaus, während die alte Kaiserin bis heute alle Mädcheninstitute der ganzen Monarchie unter ihre Obhut nimmt, alle Vorsteherinnen ernennt, sich um alles kümmert, jedes Institut in der Stadt wenigstens einmal jährlich besucht, zur großen Freude der Kinder wie der Eltern.

Ganz besonders machte sie sich verhaßt oder, was noch schlimmer war, geradezu zum Gespötte der Leute durch ihren Verkehr mit geriebenen Charlatanen, die von der ganzen Welt als solche erkannt wurden, nur von ihr nicht. Lange Zeit hatte sie einen französischen Spiritisten mit Namen Philippe am Hofe, auf dessen Geisterbeschwörungen sie schwor. Erst als die amerikanischen Zeitungen die Gegenwart dieses Menschen am Hofe einen europäischen Skandal nannten, wurde er entlassen. Nach ihm kam, um nur die ärgsten Gauner anzuführen, ein Mönch Illiodor. Später wurde dieser durch die Zarin Archimandrit (Abt) von Tula. Als solcher beschäftigte er die Presse wochenlang durch seine Skandale, hing dann sein Mönchsgewand an den Nagel, trat aus der russischen Kirche aus und mußte das Land verlassen. Er lebt jetzt in Skandinavien.

Dieser wurde abgelöst vom sibirischen Bauern Rasputin, der sich viele Jahre, bis zu seiner Ermordung hielt. Wie es möglich war, daß dieser Gauner trotz seines skandalösen Sündenbekenntnisses in der Nowoje Wremja, das zu schmutzig ist, um hier angeführt werden zu können, sich in der Gunst der Zarin so lange halten konnte, ist einfach unbegreiflich. Sie hielt diesen Bauern, der alle dutzte, die Minister sowohl wie den Zaren und die Zarin, geradezu für einen mit übernatürlichen Kräften ausgerüsteten Heiligen, während er sich mit jungen Lebemännern, die ihren Spaß an ihm hatten, in eleganten Restaurants herumtrieb und auch noch an seinem Todestage im Restaurant Samarkand mit seinen Mördern reichlich zechte. Daß die Zarin ihn für einen Wundermann hielt, hat sie oft gezeigt, wenn z. B. ihr Sohn Zahnweh hatte; sie setzte ihm dann die Mütze dieses Bauern auf, um

das Zahnweh zu vertreiben. Man kann hiebei nur sagen, quem Deus vult perdere, prius dementat. Sie wollte aber auch, daß alle andern seine Heiligkeit anerkennen sollten. Eines Abends gab er vor, der Geist Gottes treibe ihn an, in das Schlafgemach der kaiserlichen Töchter zu gehen. Das diensttuende Hoffräulein, Fräulein Tutscheff, verweigerte ihm den Einlaß, entweder weil sie sich seines famosen Sündenbekenntnisses erinnerte oder weil sie seiner göttlichen Eingebung mißtraute. Am andern Morgen wurde das Hoffräulein entlassen, zum großen Ärgernis des hohen Adels, der jene Beleidigung als eine ihm persönlich zugefügte ansah.

Ähnlich wurde der Adel vor den Kopf gestoßen durch das Verlangen der Zarin, die zwei Töchter des Rasputin im ersten adeligen Institute Smolna, das nur für den höchsten Adel bestimmt ist, erziehen zu lassen. Die Vorsteherin, eine Fürstin Lieven, machte Einwendungen, aber umsonst. Nun erklärte der ganze Adel, ihre Kinder am Tage des Eintrittes der beiden Bauernmädchen aus der Anstalt wegzunehmen. Das half.

In keinem anderen Lande wäre es möglich, daß ein roher Bauer, der in seiner Jugend zwei Jahre im Zuchthaus saß, ein gewesener notorischer Trunkenbold, zum mächtigsten Manne des Reiches aufsteigen könnte, vor dem die Minister, Gouverneure und Generäle in großer Uniform erscheinen und sich verbeugen mußten, den die Minister bei seiner Abreise zur Bahn begleiteten und von der Bahn abholten. In Rußland war das möglich. Durch die Kaiserin ernannte Rasputin Minister, Gouverneure, Generäle, Hofmeister, Hofmarschälle, Hofjunker, geheime Kämmerer. Das skandalöseste aber war, daß er durch die Kaiserin auch Bischöfe ernannte und so den Synod ausschaltete. Wenn es sich bei ihm um würdige Männer gehandelt hätte, wäre die Sache noch erträglich gewesen, aber er ernannte z. B. einen Gärtnergehilfen, der kaum lesen und schreiben kann, zum Bischofe von Tobolsk. Ein anderes Mal ließ er einen Bischof, der vom Synod, der höchsten kirchlichen Behörde,

wegen eigenmächtiger Heiligsprechung eines seiner Vorfahren (ein Recht, das nur dem Synod vorbehalten ist), abgesetzt war, über Nacht zum Erzbischof ernennen. Der Synod protestierte, der Prokurator des Synods, als Stellvertreter des Kaisers, nahm seinen Abschied, aber die Ernennung blieb bestehen. Es ist das wohl die tiefste Erniedrigung, die die russische Kirche je erlebte, indem eine hysterische Frauensperson, (das ist die Zarin doch wohl) einen maßgebenden Einfluß ausübte in der Kirche, ja das faktische Oberhaupt der Kirche wurde. Tiefer sinken kann die Kirche kaum noch.

Mit Unwillen und Scham sah ganz Rußland auf dieses unerhörte Treiben der Kaiserin. Der allgemeine Unwille richtete sich selbstverständlich gegen den Kaiser, der dies alles duldete, ja dazu noch mithalf. Der Zar entschuldigte sich einem hohen Funktionär gegenüber mit den Worten: wenn ich die Alexandra Feodorowna nicht gewähren lasse, fällt sie in Ohnmacht. Vielleicht wäre es aber doch besser gewesen, sie wäre in Ohnmacht, als vom Throne gefallen.

Man muß es übrigens der Zarin nachsagen, daß ihre Liebe und Verehrung für Rasputin selbst nicht mit seinem Tode endigte, sondern über das Grab hinaus fortdauerte. Sie ließ ihn einbalsamieren und in ihrer Nähe, in Zarskoe Selo, begraben, so daß sie seine Totengräberin ist. Sie ist aber auch die Totengräberin der Dynastie Romanow, denn wegen Rasputin hat sie den allgemeinen Haß und die Verachtung auf den Kaiser und die Dynastie herabgerufen, selbst jener, die von Rasputin Rang, Ehren und Ämter erhalten hatten, weil sie es ihm nicht verzeihen konnten, daß sie sich vor einem solchen Bauern erniedrigen und um Gnaden bitten mußten. Als dann die Absetzung des Zaren erfolgte, erhob sich auch nicht eine Hand, um ihn zu verteidigen. Im Gegenteil, ein jeder fühlte sich von einer schweren Last befreit und atmete erleichtert auf. Der katholische Bischof von Petersburg schrieb gleich am nächsten Tage in seinem Hirtenbrief vom 17. März: „Gefallen sind die Fesseln, die uns so lange bedrückten, wir erhalten die Rechte voller

Bürger, deren wir so lange beraubt waren, die Morgenröte der Freiheit geht auch uns auf. Nach vielen Jahren der Sklaverei betritt Rußland einen neuen Weg, welcher dem Lande Freiheit, Wohlergehen und Fortschritt verheißt." So denken alle.

LXXXIII.

Wahlrecht und Konzentration in Ungarn.

Die von ungarischen Politikern so heiß begehrte „Parität" hat sich vor kurzem allerdings in einer für die meisten von ihnen gewiß nicht als wünschenswert angesehenen Weise auf parlamentarischem Gebiete durch die Vertagung der Sitzungen des ungarischen Abgeordnetenhauses eingestellt und ist auch durch die fast gleichzeitig erfolgten bemerkenswerten Vertrauenskundgebungen des Kaisers für die Ministerpräsidenten beider Staaten der Monarchie äußerlich bewußt zum Ausdruck gebracht worden. Weder diesseits noch jenseits der Leitha ist momentan die Volksvertretung in Funktion. Es wird schwer zu sagen sein, ob dies für die Lösung der Fragen der äußeren Politik, für die Erwägung der Friedensmöglichkeiten, für die Erörterung der etwaigen Friedensbedingungen von Vorteil oder Nachteil ist. Während aber in Österreich der Zusammentritt des Reichsrates als Notwendigkeit selbst von jenen Parteien anerkannt wird, welche ihre Zustimmung und regelrechte parlamentarische Tätigkeit von der Erfüllung gewisser Vorbedingungen hatten abhängig machen wollen, so daß mit einem relativ baldigen Beginn der Reichsratssitzungen trotz der inzwischen drohend gewesenen aber schließlich doch nicht eingetretenen Veränderungen im Kabinett Clam-Martinic gerechnet werden kann, hat sich in Ungarn eine fühlbare Verschärfung der parlamentarischen Gegensätze und eine Verdüsterung des politischen Horizontes vollzogen, die in auffallendem Widerspruch zu den bis vor



kurzem wochenlang kolportierten Konzentrationsabsichten und Aussichten steht.

Vor dem Kriege war das politische und parlamentarische Leben Ungarns nach der gewaltsamen Niederbrechung der Obstruktion gegen die Wehrvorlage, der Entfernung der renitenten Abgeordneten aus dem Saale der Gesetzgebung durch die Parlamentswache, ihre Ausschließung für eine lange Reihe von Sitzungen, nach der Einführung einer strengen Geschäftsordnung und Votierung eines neuen Wahlgesetzes unter Protest der Opposition im Zeichen des erbittertsten Kampfes gegen den Ministerpräsidenten und die Regierungspartei bestanden.

Der Ausbruch des Krieges führte zu einem parlamentarischen Gottesfrieden unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Oppositionsparteien, daß sie an ihren prinzipiellen Standpunkten und an der Stellungnahme gegen Tisza festhalten und nach Friedensschluß den Faden ihrer Tätigkeit dort wieder aufnehmen würden, wo er durch das Hereinbrechen der äußeren Gefahr abgerissen worden war.

Während die russischen Heere über den Karpathenwall einbrachen und ihre Abwehr der durch die langjährigen Obstruktionen gegen die Existenzbedingungen der Wehrmacht der Monarchie in ihrer ziffermäßigen und waffentechnischen Entwicklung zurückgebliebenen gemeinsamen Armee nur mit Hilfe der verbündeten deutschen Heereskräfte möglich wurde und das Hungaria farà da se der staatsrechtlichen Separatisten eine bitterböse Illustration erfuhr, schwiegen die innerpolitischen Gegensätze. Die oppositionellen Kreise suchten getreulich ihre Pflichten gegen das Vaterland zu erfüllen, da ja das in der pragmatischen Sanktion statuierte Gebot gegenseitiger und gemeinsamer Verteidigung gegen den äußeren Feind zwingende Aktualität gewonnen hatte. Allerdings kam dann später die dringende Notwendigkeit, daß sich alle Kräfte der Nation im schweren Verteidigungskampfe zu gemeinsamer Arbeit vereinigen müssen, auch in dem Verlangen der Oppositionsführer zum Ausdruck, daß die Ausnützung



der außerordentlichen Gewalten, die für Kriegsdauer der Regierung übertragen werden mußten, nicht ausschließlich den leitenden Männern der Regierungspartei überlassen bleiben dürfe, sondern auch denen der Opposition ein Teil der Last und der Verantwortung überwiesen werden solle, entsprechend der Umformung der Kabinette in anderen kriegführenden Ländern. In diesem Sinne wurde das Schlagwort „Nationale Konzentration“ geprägt.

Im Bewußtsein seiner Macht über die Arbeitspartei und vielleicht auch in der nicht ganz ungerechtfertigten Befürchtung, die Politiker der Opposition würden als Teilhaber der Regierungsgewalt ihren Anschauungen in einer den Forderungen der Kriegslage nicht immer genügenden Weise Geltung zu verschaffen suchen und dadurch die Einheitlichkeit der auf möglichst vollständige Erreichung der Kriegsziele gerichteten Bestrebungen gefährden, konnte jedoch Tisza auf die Bedingungen, unter denen diese angestrebte Konzentration hätte ermöglicht werden können, nicht eingehen. Zweifellos wäre ein Zusammenarbeiten von Männern, die sich Jahre lang ingrimmig befehdet hatten, nur mit großer Selbstverleugnung des gebenden Teiles, und das war doch der in vollem Besitze der Macht über die Parlamentsmajorität befindliche Tisza, möglich gewesen und auch die sachliche Gedeihlichkeit solchen Zusammenwirkens durfte mit Fug und Recht bezweifelt werden. Auch hatte ja Tisza trotz seiner verhängnisvollen Teilnahme an den auf die Zersetzung der gemeinsamen Armee hinzielenden Vorschlägen der Neunerkommission und an der von ihm dem Grafen Khuen-Hedervary suggerierten, die Majestätsrechte des Allerhöchsten Kriegsherrn einschränkenden „Resolution“ eben doch in entscheidenden Augenblicken den wichtigsten Notwendigkeiten der Monarchie und der Armee Rechnung getragen, so daß für die Krone durchaus keine Veranlassung vorlag, gerade angesichts aller Möglichkeiten der Kriegslage an die Spitze der ungarischen Verwaltung statt eines berechenbaren, bis zu einem gewissen Grade zuverlässigen festen Willens ein

Bündel Vertreter von unberechenbaren, vom Standpunkte einheitlicher Willensbetätigung der Monarchie sehr unzuverlässiger nationaler Aspirationen zu setzen.

Solange Kaiser Franz Josef lebte, der ja die Führer der Koalition sowohl als Oppositionelle wie als Regierungsmänner genügend kennen gelernt hatte, durften die Konzentrationsbestrebungen nicht auf Erfolg rechnen. Wenn er sich schon entschließen zu müssen glaubte, den Staatlichkeitsidealen des Magyarentums Konzessionen zu machen, so war die geeignetere Mittelsperson immer noch Graf Stefan Tisza, der im Grunde genommen dieselben Ziele hat, wie Andrássy und Apponyi, sie aber in eine mildere Tonart umzusetzen, sie gegebenenfalls zu modifizieren und vor allem zu warten und alle Möglichkeiten richtig zu bewerten versteht und dem es darum auch gelungen ist, das staatsrechtlich wichtige Zugeständnis in der Wappenfrage zu erlangen, durch welches der Begriff Österreich formell auf einen beschränkteren Raum zurückgedrängt worden ist.

Eine schärfere Opposition gegen Tisza trat im Parlamente nun erst beim Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen zu Tage. Nicht vorbereitet, ja geradezu verhindert zu haben, daß die Grenzbevölkerung sich rechtzeitig ohne Überstürzung und unter Rettung ihrer Habseligkeiten und Vorräte in Sicherheit bringe, wenn schon genügende militärische Vorkehrungen zur Abwehr der doch seit Monaten drohenden Gefahr eines rumänischen Angriffes rechtzeitig nicht getroffen werden konnten, wurde dem Ministerpräsidenten zum schweren Vorwurf gemacht. Der systematische Sturmlauf gegen seine Stellung setzte aber erst nach dem Heimgange Kaiser Franz Josefs ein, nachdem vorher Graf Stürgkh, mit dem Tisza sehr gute Beziehungen unterhalten hatte, das Opfer eines politischen Mordes geworden war. Schon aus dem Umstande, daß das Kabinett Körber die Ausgleichsvereinbarungen Stürgkh's mit Tisza nicht unverändert zu akzeptieren geneigt war, glaubte die Opposition auf eine Erschütterung der Allmacht Tisza's selbst über österreichische

Belange schließen zu dürfen, und als vollends unvermutet rasch das Ministerium Clam-Martinic ans Ruder kam, gab man sich in oppositionellen Kreisen der freudigen Hoffnung hin, die Franz Ferdinand'schen Traditionen, die man dem neuen österreichischen Kabinettschef nachsagte, würden sich als unvereinbar mit einer Fortdauer des Regimes Tisza erweisen. Auch die Ernennung des Grafen Czernin zum Minister des Äußern an Stelle Burian's, der als Exponent Tisza's heftig befehdet worden war, wurde als Schwächung der Position des Ministerpräsidenten aufgefaßt. Mit ganz besonderer Vehemenz suchte man dann oppositionellerseits die von der Arbeitspartei selbstverständlich gehorsamst akzeptierte Selbstkandidatur des Ministerpräsidenten auf die Funktion des Palatinstellvertreters bei der Krönung gegen den Erzherzog Josef zu bemängeln.

Als nun aber alle diese Versuche, den gehaßten Tisza zu beseitigen, der seine Macht mit eiserner Hand gegen alle seine Widersacher kraftvoll zu verteidigen versteht, sich als vergeblich erwiesen, wurde nach mehr als zweijähriger Pause plötzlich der Konzentrationsgedanke wieder aufgewärmt und als unabweisliches Postulat der politischen Lage dargestellt. Bei verschiedenen Gelegenheiten, in verschiedener Form bekannten sich fast alle Größen der Opposition zu diesem Gedanken, dem von Tisza nach wie vor starre Abweisung entgegengesetzt wurde. Auch die Audienzen, welche die Oppositionsführer unter Vermeidung der üblichen Intervention des Ministerpräsidenten bei Kaiser Karl zu erwirken verstanden hatten, standen im Dienste der Propagierung der Konzentrationsidee.

Im Hinblick auf die Entstehungsursachen, auf die Ziele, parlamentarischen Aktionen, nicht eingehaltenen Versprechungen und Regierungsmißgriffe der durch Khuen und Tisza wohl niedergeworfenen, aber ein starker parlamentarischer Faktor gebliebenen alten Koalition und unter Konstatierung der Tatsache, daß mit Ausnahme Weckerle's, der sich ostentativ vom öffentlichen Leben zurückgezogen hat und nach dem Tode



Franz Kossuth's wieder die damaligen Matadore, wieder Andrássy und Apponyi es sind, die dem Zusammenschluß der Oppositionsparteien das Gepräge geben und nunmehr die Konzentration anstreben, ließe sich nun der voraussichtliche Charakter und die voraussichtliche Wirkung eines Konzentrationskabinetts fast mit mathematischer Genauigkeit bestimmen. Die Konzentration wäre eine Wiederholung der Koalition. Den offen angekündigten innerpolitischen und außerpolitischen, den militärischen und wirtschaftlichen Bestrebungen Andrássy's und Apponyi's, die ja programmatisch von einander abweichen, sich aber in der Regierungspraxis noch besser als im jetzigen parteipolitischen Bündnisse miteinander zu vertragen verstehen würden, dürfte allerdings die starke Persönlichkeit Tisza's als Kollegen ein stärkeres Hindernis bieten, als der kluge, gewandte und geschmeidige Wekerle es seinen Kollegen im Koalitionskabinett bot. Aber die parlamentarische Maschinerie ließ sich nicht mehr in der bisherigen diktatorischen Weise regieren. Auch hat ja Tisza zur Zeit des Ministeriums Széll gezeigt, daß er, um radikaleren Elementen den Wind aus den Segeln zu nehmen, seinem gouvernementalen Opportunismus gelegentlich auch radikalere Saiten aufziehen lassen kann, wie er dies dann auch bei der dem Grafen Khuen suggerierten Resolution getan hat. Andererseits würden auch Andrássy und Apponyi, die sich nur notgedrungen den radikaleren Wahlreformplänen Justh's und des Grafen Michael Károlyi anbequemt haben und nur als Opposition von einem radikalen Wahlrecht Wasser auf ihre Mühle zu erhalten hoffen dürfen, sich gar nicht ungern dem reaktionären Standpunkt Tisza's in der Wahlrechtsfrage nähern.

Die wichtigen Belange der Monarchie aber, welche von Kaiser Franz Josef energisch und selbst drastisch gegen die auflösenden und zersetzenden Bestrebungen der früheren Koalition verteidigt werden mußten, hätten in Ungarn abermals keine zuverlässige parlamentarische Deckung. Es mag sein, daß die „Konzentration" von den Fehlern und Mißgriffen



der „Koalition" gelernt haben könnte, daß sie einiges Wasser in ihren programmatischen Wein zu gießen bereit wäre. Aber so wie der im Jahre 1867 einer freien Entwicklung überlassene Dualismus in den fünfzig Jahren seines Bestandes etwas ganz anderes geworden ist, ja werden mußte, als seine Schöpfer gedacht hatten, so liegt auch in der angestrebten Konzentrierung der nationalen Aspirationen des Magyarentums die unvermeidliche Gefahr einer anfangs vielleicht leisen aber stetig wachsenden Bekämpfung der internationalen Einheit der Monarchie. Denn wird auch die Notwendigkeit eines Konzentrationskabinetts mit den Forderungen des Weltkrieges begründet und als vorübergehende Gestaltung hingestellt, so darf man sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß die hervorragende politische Befähigung des Magyarentums sehr rasch die großen Vorteile einer parteipolitischen Verschmelzung gegenüber der schwer zu beseitigenden Zersplitterung des österreichischen Reichsrates begreifen und schon beim Friedensschluß und bei der Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten der Monarchie zu einander selbstverständlich im separatistischen Sinne zur Geltung bringen würde.

Und da allem Anscheine nach wenigstens die heute in Ungarn politisch herrschenden Kreise selbst aus dem Weltkriege nicht die Lehren der Notwendigkeit einer festen organischen Einheit der gemeinsamen Armee gezogen haben, sondern als Lohn ihrer für die Monarchie gebrachten Opfer eine schärfere Ausprägung der Staatlichkeit Ungarns und somit auch eine schärfere Betonung des national-magyarischen Charakters der ungarischen Regimenter fordern, so kann es für die Krone vom Standpunkt der obersten kriegsherrlichen Rechte durchaus nicht gleichgültig sein, mit welcher parlamentarischen Parteigestaltung sie den unabwendbaren Kampf darüber auszufechten haben wird.

Ebenso wichtig ist für Österreich die Frage, mit welchem ungarischen Kabinett der wirtschaftliche Ausgleich zwischen den beiden Reichshälften, der nur insoweit vereinbart ist,



als es nötig war, um die Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche über einen neuen Handelsvertrag und über den ganzen Komplex der ein enges wirtschaftliches Verhältnis der Monarchie zum Deutschen Reiche betreffenden Fragen überhaupt in Angriff nehmen zu können, schließlich finalisiert und durchgeführt werden wird. Von einem Konzentrationskabinett, dessen einer Minister Apponyi wäre, der den schärfsten Kampf gegen einen langfristigen Vertrag angekündigt hat, kann doch eine ehrliche Durchführung eines solchen nicht erwartet werden.

Wie unzureichend nun auch die Einsicht und der gute Wille des Grafen Tisza für ein rationelles und freundliches Zusammenwirken „der beiden Reiche der Habsburger" sein mag, nachdem er für jedes dahin gerichtete Streben mit der Bezeichnung zentralistischen Wahnsinns fertig ist, so muß doch anerkannt werden, daß er, welches auch immer seine Motive gewesen sein mögen, den allerwichtigsten Lebensnotwendigkeiten der Monarchie immer noch mehr Rechnung getragen hat, als dies von einer neuen Koalition zu erwarten stünde. Hält man also an maßgebender Stelle die Zeit noch nicht für gekommen, aus den Lehren des Krieges die unabweislichen Folgerungen für eine neue Ordnung der Dinge in der Monarchie, sonach auch in Ungarn zu ziehen, so ist es immer noch besser, die Zügel der Regierung bis auf weiteres in den Händen des Grafen Tisza zu lassen, der durch die Vertagung des Abgeordnetenhauses mittelst königlichen Reskriptes scheinbar wieder einmal das Tischtuch zwischen sich und seinen parlamentarischen Gegnern zerschnitten, sich dabei aber doch in unverbindlichen Äußerungen ein Hintertürchen für ein etwa doch notwendig werdendes Konzentrationsexperiment offen gelassen hat, falls er sich nur um den Preis eines solchen, dem er innerlich auf das Tiefste widerstrebt, an der Macht erhalten zu können glauben würde. Er darf vielleicht den Glauben hegen, in dem stillen Ringen, das sich in einem Konzentrationskabinett unfehlbar zwischen den, vielleicht nicht einmal sachlich aber

jedenfalls persönlich disparaten Elementen ergeben müßte, sich als der Stärkere zu erweisen.

Wer aber der auch in Ungarn selbst sich immer klarer herausarbeitenden Meinung ist, daß die innere Politik des Landes nach dem Weltkriege ganz neue Bahnen einschlagen muß, daß die mittelalterlichen Reminiszenzen aus der Administration verschwinden müssen, daß eine gerechte Verteilung der politischen Rechte nicht wird aufgeschoben werden können, muß einem solchen Konzentrationsexperiment das tiefste Mißtrauen entgegenbringen, dessen Wahrscheinlichkeit nur für die allernächste Zeit ausgeschaltet erscheint, das aber in jedem Augenblick wieder als palliatives Aushilfsmittel für sicher eintretende parlamentarische Schwierigkeiten auf der Bildfläche erscheinen kann.

Vom Standpunkte der Dynastie und Monarchie aber wäre — wenn man vom eigenen wohlverstandenen Interesse nicht der in Ungarn herrschenden Klasse, sondern der Gesamtbevölkerung des Landes ganz absicht — eine — um beim Schlagworte zu bleiben — frühere oder spätere Konzentration als Wiederholung der alten Koalition ganz entschieden vom Übel. Die zusammenfassende organisatorische Kraft des gemeinsamen Herrschers könnte sich gegenüber dieser gewiß nicht dauerhaften, aber gerade in der gegenwärtigen Weltlage durchaus zu vermeidenden Zusammenschweißung heterogener, zum Teile zentrifugaler Elemente nicht mit dem notwendigen Nachdruck zur Geltung bringen. Der durch die Obstruktionen bewiesene Mangel an Erkenntnis der Lebensnotwendigkeiten der Monarchie, die doch auch Lebensnotwendigkeiten Ungarns sind, würde sich, wie bei der Koalition in der Bankfrage und beim letzten wirtschaftlichen Ausgleich zu Tage getreten ist, bei welchem das Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden Reichshälften in einen Vertrag umgewandelt wurde, und wie auch der angekündigte Kampf der Unabhängigkeitspartei gegen einen langfristigen Ausgleich zeigt, in einem Konzentrationskabinett zweifellos abermals erkennen lassen und die so notwendige Stabilität



der wirtschaftlichen Beziehungen nicht bloß zwischen Österreich und Ungarn, sondern auch zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche und damit eine wirksame Ausgestaltung des mitteleuropäischen Blocks nach dem Kriege wesentlich erschweren. Die Durchführung oder Nichtdurchführung der Konzentration mag formell eine rein ungarische Angelegenheit sein, dem Wesen nach und in ihren Wirkungen berührt sie aber auch österreichische Interessen.

Österreich hat gewiß keinen Grund, sich für das Regime Tiszas zu begeistern. Aber im Vergleiche mit den Matadoren einer Konzentration ist seine klare und kraftvolle Persönlichkeit vom Standpunkt der Monarchie ganz entschieden das kleinere Übel.

Dies hat auch Kaiser Karl erkannt, als er sich aus dem richtigen Gefühl für die Notwendigkeit eines leider zu oft vernachlässigten Parallelismus im öffentlichen Leben der beiden Reichshälften entschloß, der aus Anlaß der partiellen österreichischen Ministerkrise an den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic gerichteten Vertrauenskundgebung eine analoge, im Wesen allerdings abweichende an den Grafen Stefan Tisza folgen zu lassen.

Das Allerhöchste Handschreiben stellt sich zunächst auf den formell unanfechtbaren Standpunkt, daß Tisza über eine sichere parlamentarische Mehrheit verfügt, betont aber die politische Selbständigkeit des Monarchen durch Unterstreichung der Tatsache, daß er auch die Vertreter der oppositionellen Parteien — allerdings nur der magyarischen — angehört hat, was den Schluß gestattet, daß er auch in Hinkunft sich nicht einseitig informieren lassen will. Aber in der für die nächste Zukunft Ungarns wichtigsten Frage, in der Frage einer Reform des Wahlrechtes, stellt sich Kaiser Karl auf den von Tisza bisher hartnäckig bekämpften Standpunkt der Opposition. Freilich ist es dem Ministerpräsidenten gelungen, der vom Herrscher ausgesprochenen Forderung einer der jetzigen großen Zeit und den von der Bevölkerung gebrachten Opfern entsprechenden Erweiterung des Wahl-

rechtes die elastische einschränkende Klausel von der Berücksichtigung der Lebensinteressen des ungarischen Staates anzuschließen. Mit überraschender Kühnheit hat dann Tisza sofort den Sinn der kaiserlichen Absicht, allerdings unter Desavouierung seiner eigenen früheren Motive, fast in sein Gegenteil verkehrt, indem er ihr eine Interpretation gab, die nur eine ganz geringe Änderung seines Wahlgesetzes von 1913 zuläßt.

Die wirksame Waffe, die er dadurch der Opposition in die Hand gegeben hat, sucht er ihr nun dadurch zu entwinden, daß er, der bisherige hartnäckige Gegner jeder „Konzentration" zwei Mitgliedern der Verfassungspartei die Aufnahme in das Kabinett angeboten hat. Der Gedanke, dadurch den rechten Flügel der Opposition und damit zweifellos auch die katholische Volkspartei von der Unabhängigkeitspartei und den noch weiter links stehenden Anhängern einer demokratischen Wahlreform zu trennen, ist aber sofort durchschaut und Tiszas Absicht durch Ablehnung des Angebotes vereitelt worden.

Es ist abzuwarten, wie Kaiser Karl und die öffentliche Meinung in Ungarn den Hohn auf eine wirkliche Wahlreform aufnehmen und in welcher Weise der nach Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses wieder schärfer einsetzende Kampf die immer schwieriger werdende Situation des Ministeriums Tisza beeinflußen wird. Hoffentlich wird der gesunde Gedanke einer ehrlichen Wahlreform nicht dauernd mit dem ungesunden Gedanken einer gefährlichen Konzentration aller magyarischen Parteien verquickt bleiben.[1])

---

1) Während die obigen Ausführungen im Druck waren, erfolgte der Rücktritt des Ministerums Tisza; doch wird hiedurch deren sachlicher Inhalt nicht hinfällig. Der Herausg.

LXXXIV.

Weder Verzicht, noch Eroberung.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist im Reichstag von den Deutschkonservativen und der Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratie in der Kriegszielfrage interpelliert worden. Die Verhandlung über die Interpellationen hat am 15. Mai stattgefunden.

Der Reichskanzler hat sich wiederholt schon im Reichstag über die allgemeinen Grundlinien der Kriegsziele geäußert. Aus seinen Reden seien zur Charakterisierung der Lage die Hauptmomente vorerst angeführt.

In seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 sagte Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

„Dieser ungeheuere Krieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird nicht zu alten, vergangenen Zeiten zurückführen. Ein Neues muß erstehen! Soll Europa je zur Ruhe kommen, so kann das nur durch eine starke und unantastbare Stellung Deutschlands geschehen! . . .

Wir haben die Sentimentalität verlernt. Wir halten den Kampf durch, bis jene Völker von den wahrhaft Schuldigen den Frieden fordern, bis die Bahn frei wird für ein neues, von französischen Ränken, von moskowitischer Eroberungssucht und englischer Vormundschaft befreites Europa."

Am 9. Dezember 1915 fügte der Reichskanzler in einer Reichstagsrede diesem allgemeinen Kriegsziel hinzu:

„Je länger, je verbitterter unsere Feinde den Krieg mit uns führen, umso mehr wachsen die notwendigen Garantien. Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten, so dürfen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft darnach einrichten. Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen



ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. . . . Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch sichern. . . . Über die Mittel zu diesem Zweck müssen wir uns völlige Freiheit unserer Entschließungen wahren."

Am 5. April 1916 verbreitete sich der Kanzler in einer Reichstagsrede wiederum über die Kriegsziele. Ihr sind folgende Stellen entnommen:

„Sinn und Ziel dieses Krieges ist uns: Ein Deutschland, so fest gefügt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, jedermann in der weiten Welt unser Recht auf freie Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Völker ist es, was wir erstreben. Es ist die dauernde Rettung des in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents. . . .

Den status quo kennt nach solchen Erschütterungen die Geschichte nicht. Das Belgien nach dem Kriege wird ein neues sein. . . .

Kann Herr Asquith wirklich annehmen, Deutschland würde jemals freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen dem Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen der Herrschaft des reaktionären Rußlands wieder ausliefern — mögen sie nun Polen, Littauer, Balten oder Letten sein? Nicht zum zweiten Mal darf Rußland an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens seine Heere aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Geld das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten.

Und ebenso wenig wird jemand glauben, daß wir im Westen die Länder, auf denen das Blut des Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherheit für unsere Zukunft preisgeben werden. Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein französisch-englischer Vasallenstaat und militärisch und wirtschaftlich zum Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen status quo ante. Auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück.



Diese Richtlinien sind, wenn sie eingehalten werden, durchaus dem vaterländischen Interesse entsprechend. Warum nun diese Interpellationen, die dem ausgesprochenen Zwecke dienen sollten, Klarheit in die Kriegszielbewegung zu bringen? Der Reichskanzler sagte jetzt am 15. Mai, die von ihm geoffenbarten allgemeinen Grundlinien seien „deutlich genug" gewesen, um eine Identifizierung mit anderen Programmen auszuschließen. Er habe diese grundlegenden Linien bis zum heutigen Tage festgehalten. Das ist eine Feststellung von bleibendem Wert, die nicht wieder verloren gehen sollte.

Verloren war diese Orientierung jedoch völlig. Ein wirres Durcheinander von Meinungen herrschte, aus dem ein starkes Mißtrauen gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hervorstach, an welchem die offiziöse Publizistik und der Reichskanzler selbst infolge der hemmungslosen Zulassung der auf den Reichskanzler — wie jetzt, nach dem 15. Mai, gesagt werden darf, zu Unrecht — sich berufenden sozialdemokratischen Kriegszielagitation nicht ohne Schuld sind. Die Beratung vom 15. Mai hat die notwendige Klarheit, soweit sie jetzt von der Regierungsbank aus überhaupt gegeben werden kann, gebracht, in Hinsicht auf die äußere wie innere Politik.

Die „Frankfurter Zeitung"[1]) bemerkt, der Reichskanzler habe „überzeugend" dargelegt, warum er über Kriegsziele in diesem Augenblick nicht sprechen könne. Man sollte, so sei auf diese falsche Formulierung erwidert, eine Selbstverständlichkeit nicht in dieser Weise noch aufputzen. Es versteht sich von selbst, daß der Reichskanzler nicht über Kriegsziele sprechen kann. Das darf er weder jetzt noch später, aus Gründen, die man nicht darzulegen braucht. Er kann sich eben nicht festlegen. Auch Fürst Bismarck hat 1866 wie 1871 mit seinen Kriegszielen zurückgehalten. Die Geschichtsforschung ist über manches, z. B. über die Preisgabe Belforts, auch heute noch im Dunkeln, und man neigt neuer-

1) Nr. 134 vom 16. Mai 1917.

dings zur Auffassung, Bismarck habe einen schweren Fehler begangen, als er sich Belfort von Thiers und Jules Favre abschwatzen ließ, das er wahrscheinlich bekommen haben würde, ohne daß England eine Koalition mobil gemacht hätte. Auch Bethmann Hollweg kann seine Absichten nicht vor aller Welt ausbreiten. Niemand hat es von ihm verlangt, auch die konservativen Interpellanten nicht, wie sie ausdrücklich betonten. Insofern stößt auch der Reichskanzler eigentlich offene Türen ein, wenn er sich dagegen wehrte, daß man ihn aus der Zurückhaltung herauslootsen wolle. Das wird von keinem ernsten Politiker beabsichtigt. Der Reichskanzler erklärte, daß die Gesamtlage ihn zur Zurückhaltung zwinge; er werde sich durch kein Drängen davon abbringen lassen. Es wäre, sagte er weiter, gewissenlos, wenn er nicht die gebotene Zurückhaltung übte. Man kann dem Reichskanzler nur zustimmen, aber das Gegenteil ward nicht gefordert.

Die konservative Interpellation wollte die Kriegsziele des Reichskanzlers im einzelnen nicht in Erfahrung bringen. Sie beschränkte sich ausdrücklich auf die Frage, ob der Reichskanzler bereit sei, über seine Stellung zu den sozialdemokratischen Kriegszielen Auskunft zu geben. Die Mehrheitsgruppe der deutschen Sozialdemokratie hat laut Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 20. April 1917 die Forderung eines gemeinsamen Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen aufgestellt, also einen sogenannten Verzichtfrieden abzuschließen verlangt. Die konservative Interpellation beschränkte ihre Frage ganz auf die Stellungnahme des Reichskanzlers zu dieser Forderung der Sozialdemokratie: „Ist der Reichskanzler bereit, über seine Stellung zu diesem Beschluß Auskunft zu geben?", so lautete die konservative Anfrage, die damit begründet wurde, der sozialdemokratische Beschluß habe „mangels einer klaren Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers dazu in weiten Kreisen des deutschen Volkes schwere Beunruhigung hervorgerufen, weil ein solcher Friedensschluß zwar internationalen Grundsätzen,

nicht aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen würde". Man wird die Korrektheit dieser Darstellung nicht anfechten können. In der Kanzlerrede vom 15. Mai findet man sogar eine Bestätigung dieser Gedankenrichtung.

Seit Jahr und Tag ging ungehemmt die sozialdemokratische Agitation für einen Verzichtfrieden durch die deutschen Gaue. Der Sozialistenführer Scheidemann insbesondere gefiel sich in der Rolle eines Herolds des deutschen Reichskanzlers und erweckte allenthalben den Eindruck, als ob Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den sozialistischen Deklarationen der Friedensthese nicht fern stünde. Aus der deutschen Presse konnte man entnehmen, daß diese Art des sozialdemokratischen Agitationsbetriebs überall große steigende Unruhe erweckte, weil diese Agitation, von der Reichsleitung unbehindert, sich ungeniert breit machte. Endlich griff die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung"[1]) ein. Sie gab eine kurze Skizzierung der wahnwitzigen Friedensziele der Engländer und Franzosen und frug: „Glauben die deutschen Sozialdemokraten, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihr Formulieren aufzukommen? Sie werden Enttäuschungen erleben." Es war eine leise Zurückweisung der sozialdemokratischen Kriegszielformulierung in dem offiziösen Artikel enthalten. Aber durch andere Stellen desselben Artikels brachte sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" um den ganzen Effekt. „Die Reichsleitung hat das, was von ihr über die Kriegsziele gesagt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weiteren Erklärungen abgeben", erklärte sie. Wenn in einem Berliner Blatt „von einem Abgrund geschrieben wird, vor dem wir stehen und in den uns die sozialdemokratische Presse hineinreißen will, so kann diese Tonart nur Schaden anrichten". „Eine starke, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern." Diese behutsame Behandlung war schließlich fast zu einer Entschuldigung

1) Nr. 113 vom 25. April 1917.



der sozialdemokratischen Agitation geworden, um der „Einheit im Innern" willen. Es gab darauf böse Worte in der deutschen bürgerlichen Presse und das sozialistische Hauptorgan der „Vorwärts"[1]) bog die Auslassung völlig für die Sozialdemokratie um. „Wer will, kann aus ihr (der offiziösen Erklärung) herauslesen, daß die Regierung jederzeit bereit ist, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen zu schließen, daß sie sogar froh ist, wenn sie ihn bekommt, daß sie sich das aber nicht zu sagen getraut."

So war der sozialdemokratischen Kriegszielagitation also nicht beizukommen und die verworrene Lage nicht zu klären. Daher stellten am 5. Mai die Konservativen ihre Interpellation im Reichstage, in der erklärten Absicht, den Reichskanzler selbst zur Aussprache gegen einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen zu veranlassen. Es sind Bedenken über das Vorgehen der Konservativen in der Presse geäußert worden. Man mußte sie in der Tat haben, weil man nicht voraussehen konnte, wie die Debatte verlaufen und ob sie nicht eine kritische Situation schaffen werde in einer Zeitlage, die von jedem deutschen Patrioten das intensivste, gewissenhafteste Verantwortungsgefühl fordert. Allein der 15. Mai ist gut vorübergegangen und hat eine in Rücksicht auf die gegebenen Umstände natürlich nur relative Klärung gebracht, in der eine Beruhigung aller Volkskreise immerhin bewirkt werden könnte. Daß diese Klärung von konservativer und alldeutscher Seite nicht voll anerkannt wird, ist richtig, allein auch hier wird zugegeben, daß wesentliche Ergebnisse günstiger Art zu verzeichnen sind.

Stark dazu beigetragen hat auch der Umstand, daß die Sozialdemokratie, gereizt durch das Vorgehen der Konservativen, auch ihrerseits eine Interpellation gestellt hatten, um solche Erklärungen des Reichskanzlers herbeizuführen, die mindestens wegen der erwarteten Unbestimmtheit die Forterhaltung des Scheines gestattet hätten, als befände sich die

1) Nr. 112 vom 25. April 1917.



Reichsleitung im Fahrwasser der sozialistischen Kriegsziel-agitation. Die innenpolitischen Antipoden standen sich so auch in der äußeren Politik schroff gegenüber, die Sozialisten suchten das festzuhalten, was die Konservativen zu beseitigen strebten. Die Mehrheitsgruppe der Reichstagssozialisten berief sich darauf, daß die provisorische Regierung Rußlands und die verbündete österreichisch-ungarische Regierung in gleicher Weise erklärt haben, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein, und regten beim Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an, eine Übereinstimmung aller beteiligten Regierungen für einen Frieden auf dieser Grundlage herbeizuführen. Die Sozialisten haben damit einen Mißerfolg geerntet.

Gerade da, wo der Reichskanzler bei aller Zurückhaltung verhältnismäßig aus sich herausging, sprach er eine pointierte Abweisung der sozialdemokratischen Kriegsziele. Er gab den Interpellationen eine Interpretation, die für die sozialdemokratische, nicht aber für die konservative zutrifft: er sagte, die beiden Interpellationen verlangten eine „programmatische Erklärung" zur Frage der Kriegsziele; die Abgabe einer solchen Erklärung im gegenwärtigen Augenblick würde den Interessen des Reiches nicht dienen, deshalb müsse er sie ablehnen. Dann gab aber der Reichskanzler doch Erklärungen ab, die als eine Abweisung der sozialdemokratischen Kriegsziele aufgefaßt werden müssen und den Weg erkennen lassen, der beschritten werden wird, wenn die Kriegslage die Möglichkeit dazu bietet.

Der Reichskanzler ist gegen einen sozialdemokratischen Verzichtfrieden. In der Abweisung desselben gebrauchte er ganz dieselben Argumente, die schon in der Presse geltend gemacht worden sind. Durch ein Programm des Verzichts und der Entsagung würden die in Frankreich und England unverändert fortlebenden ausschweifenden Eroberungs- und wirtschaftlichen Vernichtungsziele nicht nur nicht geändert,[1])

---

1) Der englische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Lord Robert Cecil erneuerte noch am 16. Mai 1917 im englischen



sondern die Feinde würden angespornt, ohne jedes Risiko eigenen Verlustes den Krieg ins Ungemessene zu verlängern. Der Kanzler nannte einen solchen Verzichtfrieden den „schnödesten Undank“ gegen die Heldentaten unseres Volkes draußen und daheim, eine dauernde Herabdrückuug der Lebensbedingungen unseres Volkes bis zum geringsten Arbeiter, eine „Preisgabe der Zukunft unseres Vaterlandes“. Hier gibt der Reichskanzler scharfe polemische Gesichtspunkte gegen den sozialdemokratischen Verzichtfrieden. Die Abweisung ist durchaus bestimmt und eindeutig.

Auch die Aufstellung eines Eroberungsprogramms, d. h. einen Gewaltfrieden, lehnte der Reichskanzler ab. Aus den konservativen Reihen wurde ihm zugerufen: „Das verlangen wir ja nicht“, worauf er entgegnete: „Wenn es nicht verlangt worden ist, sind wir da einer Ansicht.“ Man braucht nach diesen Feststellungen nicht länger dabei zu verweilen.

Der Reichskanzler gab zur Festigung der Auffassungen eine Berufung, welche eine starke Wirkung auszulösen geeignet ist: Er sagte, bezüglich der Kriegsziele befinde er sich „in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung“. Was das heißt, weiß man. Kaiser Wilhelm und Feldmarschall Hindenburg haben zu wiederholten Malen zu erkennen gegeben, daß sie den Frieden durch einen deutschen Sieg erzwingen werden. Auch König Ludwig von Bayern hat sich des öfteren in diesem Sinne geäußert. Am 15. Mai wurde ein Telegramm bekannt, das Feldmarschall Hindenburg an den Arbeiterausschuß für

Unterhaus die früheren Regierungserklärungen über die englischen Kriegsziele und erklärte, daß sie noch immer den gleichen Wert besäßen. Die früheren Erklärungen der Alliierten über die Friedensbedingungen wären von der zivilisierten Welt als notwendig für die zukünftigen internationalen Beziehungen angenommen worden und ein Friede auf dieser Basis wäre der einzige, der die gebrachten Opfer rechtfertigen würde. Auch der frühere liberale Premierminister Asquith drückte sich im gleichen Sinne wie Lord Robert Cecil aus.

deutsche Volksabende in Naumburg a. S. geschickt hat. Darin heißt es: „Unsere Kriegsziele werden sich gewißlich der dargebrachten Opfer würdig erweisen; dafür bürgt uns der feste Wille unseres Allergnädigsten Kaisers, Königs und Herrn."[1]) Die Identifizierung des Reichskanzlers mit der Obersten Heeresleitung schafft einen starken Halt für die öffentliche Meinung.

Die Stellung der deutschen Politik zu Rußland ist zur Stunde das Hauptproblem der Diplomatie. Bei einer weiteren folgerichtigen Entwicklung der Dinge in Rußland kann durch sie der ganzen Entente der Friede aufgenötigt werden. Durch den Sturz der imperialistischen russischen Minister Gutschkow und Miljukow ist die Beeinflussung der Haltung Rußlands in die Hände der Sozialisten und Sozialrevolutionäre geglitten, die gegen einen Sonderfrieden in Rücksicht auf die Verbündeten Rußlands sind und sich lediglich für einen gleichzeitigen Frieden aller Kriegführenden ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ausgesprochen haben. Diese zweite russische Revolutionsregierung soll Armee und Volk bei der Stange halten,[2]) allein mit dieser zerrütteten Armee, deren Friedensbedürfnis ebenso groß ist wie das des einer Hungersnot nahen Volkes, kann man keinen Krieg führen. Darum muß von der Diplomatie der Mittelmächte alles geschehen, was in Rußland den Friedenswillen voran bringt.

Daß die Haltung der deutschen auswärtigen Politik eine Wandlung in Hinsicht auf das russische Problem durchgemacht hat, kann man seit fast einem Jahr bemerken. Sichtbar in die Erscheinung getreten ist die Wendung in der Kanzlerrede vom 28. September 1916, in welcher der Reichskanzler unter heftigen Angriffen auf England endgültig das Tischtuch zwischen diesem und sich zerschnitt, während

1) Deutsche Tagesztg. Nr. 253 vom 19. Mai 1917.

2) Neuerdings wird gemeldet, England werde das Gebiet von Archangelsk bis Petersburg und Japan Charbin besetzen, um einen Druck auf die russische Revolutionsregierung auszuüben..

er von Rußland vollständig schwieg. Es war die Orientierung von Westen nach dem Osten verlegt worden. Damals schien der Sonderfriede mit dem zaristischen Rußland eine Frage kurzer Zeit zu sein. Nach dem Sturz des Zartums hielt dann der Reichskanzler am 29. März 1917 jene Reichstagsrede über die weltgeschichtlichen Vorgänge in Rußland, in der er den Russen die Nichteinmischung Deutschlands zusicherte und den Wunsch Deutschlands aussprach, mit dem russischen Volke möglichst bald wieder in Frieden zu leben, „der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist". In seiner Rede vom 15. Mai 1917 prägte der Reichskanzler diese Gedankengänge näher aus in Formulierungen, die zu bestimmten Schlüssen berechtigen. Der Kanzler erklärte es als eine Selbstverständlichkeit, daß man, wenn Rußland ein dauerndes friedliches Nebeneinanderleben mit Deutschland herstellen will, auf deutscher Seite, wo man diesen Wunsch teilt, das dauernde Verhältnis der Zukunft nicht zerstört, „seine Entwicklung nicht durch Forderungen unmöglich" macht, „die sich mit der Freiheit und dem Willen der Völker selbst nicht vertragen und die ins russische Volk den Keim zu neuer Feindschaft legen würden". Der Kanzler schloß daran die gewichtigen Worte: „Ich zweifle nicht daran, daß sich eine ausschließlich auf gegenseitige Verständigung begründete Einigung finden ließe, die jeden Gedanken an Vergewaltigung ausschließt und die keinen Stachel, keine Verstimmung zurückläßt."

Der Vergleich mit den früheren Kriegszielreden des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, die Eingangs angeführt wurden, ergibt die völlige Umgruppierung. Was der Kanzler jetzt sagte, ist nicht der Verzicht auf Annexionen, wohl aber der sachliche Ausgleich, der durch Gebietsaustausch der vielen Faustpfänder im Osten und durch ein Dardanelleneinvernehmen bewirkt werden kann. Rußland kann jeden Tag den Frieden haben, wenn es will, ohne etwas zu verlieren.

Reichskanzler v. Bethman Hollweg gab am 15. Mai für diese Dispositionen, welche mit dem auch von dem öster-

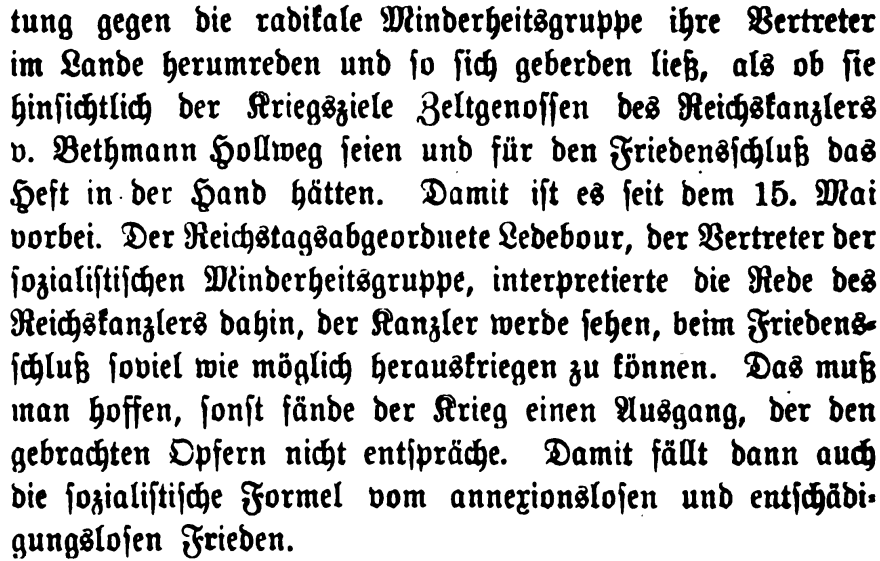


reichisch-ungarischen Minister des Äußern Grafen Czernin aufgenommenen Losungswort Friede mit Rußland ohne Annexionen und Entschädigungen keineswegs identisch sind, das Einvernehmen der Staatsmänner der Mittelmächte bekannt. Die neuerdings aufgetauchte Annahme, als bestünden unter ihnen in der Friedensfrage irgendwelche Meinungsverschiedenheiten, verwies der Kanzler ins Gebiet der Fabel; er habe die Gewißheit, damit auch die Überzeugung der leitenden Staatsmänner der uns verbündeten Mächte auszudrücken. Am 28. April 1917 hatte der bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Hertling eine Reise nach Wien angetreten und dort offenbar den Boden für das Einvernehmen bereitet, während der Reichskanzler einen Tag vor seiner Rede in Wien weilte, worauf Graf Czernin am 17. Mai zu mehrtägigen Konferenzen ins deutsche Hauptquartier kam, die wohl auch der polnischen Frage gegolten haben, welche für die Bereinigung der Lage mit Rußland Schwierigkeiten mit sich bringen dürfte. Die weitere Entwicklung steht dahin. Möge sie die östliche Orientierung mit Rußland und Japan bringen, wie sie nunmehr für die Weltstellung der Mittelmächte als begehrenswert erscheint!

In dies Bild gehören auch die freundlichen Worte, die der Reichskanzler am 15. Mai Spanien widmete, „daß die Früchte seiner selbständigen und starken Politik in der Entwicklung zu Macht und weiteren Blüte ernten möge". Die Mittelmächte werden jedenfalls bereit sein, wenn es in ihre Macht gegeben ist, das aufstrebende Spanien als die Mittelmeermacht der Zukunft zu setzen, die mit Tanger und Gibraltar auf den Zugang zum Mittelmeer die starke Hand legt.

Und die Sozialdemokratie? Sie ist in die deutsche Kriegsführung eingetreten mit der Losung: gegen die volksbedrükkende Tyrannei des absolutischen Zarismus. Dies Kriegsziel ist verschwunden, seit den russischen Niederlagen im Jahre 1915. In die Sozialdemokratie kam eine Scheidung, nach welcher die Mehrheitsgruppe, teils um sich für die innerpolitische Orientierung zu orientieren, teils zur Selbstbehaup-





tung gegen die radikale Minderheitsgruppe ihre Vertreter im Lande herumreden und so sich geberden ließ, als ob sie hinsichtlich der Kriegsziele Zeltgenossen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg seien und für den Friedensschluß das Heft in der Hand hätten. Damit ist es seit dem 15. Mai vorbei. Der Reichstagsabgeordnete Ledebour, der Vertreter der sozialistischen Minderheitsgruppe, interpretierte die Rede des Reichskanzlers dahin, der Kanzler werde sehen, beim Friedensschluß soviel wie möglich herauskriegen zu können. Das muß man hoffen, sonst fände der Krieg einen Ausgang, der den gebrachten Opfern nicht entspräche. Damit fällt dann auch die sozialistische Formel vom annexionslosen und entschädigungslosen Frieden.

Der sozialistische Vertreter der Mehrheitsgruppe, Dr. David, suchte vergeblich die Rede des Reichskanzlers zurechtzurücken, um die Verbindung seines Gedankengangs mit der Sozialdemokratie herzustellen. Der Versuch ist als mißlungen zu bezeichnen. Der Reichskanzler hat die Sozialdemokratie zwar schonend behandelt und leider keine entschiedenen Töne in der Zurückweisung der Revolutionsandrohung durch Scheidemann gefunden, allein sachlich klafft der Zwiespalt zwischen der offiziellen deutschen auswärtigen Politik und den Forderungen der Sozialdemokratie. Die Reichspolitik ist gestützt durch das Zentrum, die Nationalliberalen und Fortschrittliche Volkspartei und die Mehrheit der deutschen Fraktionen, welche durch den Abg. Dr. Spahn ausdrücken ließen, es genüge, „wenn die Reichsleitung erklärt, daß sie weder uferlose Eroberungspläne verfolgt, noch sich auf den Gedanken eines Friedens ohne Annexionen oder Entschädigungen festlegt". Die Formel ist nicht kraftvoll; sie würde vermutlich anders ausgefallen sein, wenn die Fortschrittliche Volkspartei nicht auf dem Wege des Kompromisses zu befriedigen gewesen wäre. Doch vertrauen wir, daß zur rechten Zeit das Rechte geschieht unter der Mitwirkung der — Obersten Heeresleitung.

LXXXV.

Kürzere Besprechungen.

1. Die Wiedergeburt der deutschen Familie nach dem Weltkrieg. Von Dr. Franz Walter, o. ö. Professor an der Universität München. 1. und 2. Aufl. 129 S.

Die Quintessenz des kleinen Buches „Die Wiedergeburt der deutschen Familie nach dem Weltkrieg“ läßt sich in die Worte zusammenfassen: Rettung der Familie durch innigeres und richtiges Zusammenleben mit der Natur! Insbesondere gilt diese Mahnung der modernen Großstadtfamilie. Das beste Mittel zur Gesundung der Familie wäre „freilich mehr Religion! Aber bei dem unheimlichen Wachstum, indem sich infolge des Zuges vom Land in die Stadt unsere Großstädte erweitern, hält vielfach die Entwicklung der Seelsorge nicht gleichen Schritt. Die Kirchennot an der Pheripherie der Städte ist ein sprechender Beweis dafür, daß die Seelsorge bei allem Eifer Tausende von Menschen, die mit Gott und der Welt zerfallen sind, nicht mehr zu erreichen vermag. Hier müssen daher auch andere Wege eingeschlagen, andere Heilmittel versucht werden. Ganz abgesehen davon, daß viele sich von der Religion im Sinne einer übernatürlichen Gottesoffenbarung abgewandt haben, verlangt schon die Vernunft, daß wir auch die natürlichen Mittel anwenden. Und es fragt sich: Kann nicht auch das Naturgefühl, die tiefe Freude an der Natur, in den Dienst des sittlichen Gedankens treten? Kann die Natur, die sonst von so unerschöpflicher Kraft und Fruchtbarkeit ist, nichts leisten im Dienst der Erziehung des Menschen und der Veredlung der Familie?“ (S. 27). — Mit der neu zu weckenden Liebe für die Natur muß sich ferner die Liebe zur Heimat verbinden. „In der Heimat lebt der Mensch . . mit der Natur am vertrautesten. Die Natur der Heimat ist die Stätte des menschlichen Wirkens und der Schauplatz seiner Entwicklung. Alle Geschichte ist mit ihr unlösbar verbunden. Das gilt für die Geschichte der Völker wie



für jeden einzelnen.“ (S. 122.) — Diesen Andeutungen über den Zweck des Werkes fügen wir einen Satz der begeisterten Empfehlung an, die K. E. Hirt demselben mitgegeben: Es ist „ein Buch für alle; denn allen tut Freude not — und ein wenig Liebe und Hoffnung; am meisten aber der dem deutschen Gemüt unentbehrliche Glauben an einen Weltenmeister, dessen Wunderwerk — unbekümmert um die Torheiten der Menschheit — durch den Sternenraum weiterrollt, unbeirrt und herrlich wie am ersten Tag!“

2. Naturgemäßes Leben und die deutsche Kultur. Von Dr. Franz Walter. 1.—2. Tausend. 194 S. Verlag beider Werke: Innsbruck, Verlagsanstalt Tyrolia.

Die Schrift „Naturgemäßes Leben und die deutsche Kultur“ hat ihre äußere Veranlassung in den durch den Völkerkrieg gegebenen Ernährungsschwierigkeiten. Der Verfasser redet einem gemäßigten Vegetarismus das Wort und fordert die Rückkehr von der modernen Unnatur und Hyperkultur zu einfachen, natürlichen Verhältnissen. Eine Reihe hervorragender Vertreter des Vegetarismus, medizinische Autoritäten und literarische Größen wie Rousseau, Goethe, Nietzsche u. a. werden zu dem Zwecke zitiert. Die Anschauung des Verfassers findet ihren deutlichsten Ausdruck in den Worten des Schlußkapitels: „Jede Kultur, die auf die Dauer den Zusammenhang mit der Lebensquelle Natur gelöst hat, wird morsch und greisenhaft trotz alles äußeren Glanzes. Auch die Fieberhitze des Sterbenden zaubert oftmals ein trügerisches Rot auf die fast schon erstarrten Züge. So schwer es ist die Grenze zu ziehen, so läßt sich doch behaupten, daß die Hyperkultur den Todeskeim in sich trägt. Hyperkultur ist der Komfort als Selbstzweck. Damit verliert die Kultur jede höhere Orientierung.“ (S. 178.)

Wer in Kürze einen Einblick in die heutigen Bestrebungen des Vegetarismus gewinnen will, dem kann die Schrift als trefflicher Wegweiser dienen.

R. F. X. H.

LXXXVI.

Die blutige Revision der Ideen und Tatsachen.

VIII.[1])

Es wird immer interessanter auf dem Weltkriegstheater. Jeder der neu auftretenden Spieler sucht von Akt zu Akt mit schönen Worten und häßlichen Grimassen seine Vorgänger zu übertreffen. Hatte schon Bratianu seinen Partner Salandra im treulosen Ränkespiel um ein Erkleckliches überholt, konnten doch beide den Tugendschwätzer in Washington keineswegs erreichen. In einem Punkt treffen sie freilich alle zusammen — sie sprechen insgesamt die Sprache der Freimaurerei. Menschlichkeit ist ihr erstes und ihr letztes Wort. Es ist aber keineswegs alles menschlich, was sie sagen.

Auch Wilson will vor allem ein demokratischer Volksheld sein und durch den Chor seiner bestochenen Blätter den Glauben verbreiten, als stände das ganze amerikanische Volk hinter ihm. In Wahrheit aber ist es lediglich die dämonische Mißgestalt der hohen Finanzgewalt, welche hinter den glatten Zügen seiner Humanitätsmaske sich verbirgt. Wie in London heißt auch in Newyork die Parole beim Eintritt in den Krieg: Geld oder Tod!

Die Millionäre und Milliardäre von Amerika wissen den Wert des Geldes ebenso zu schätzen wie die Geldfürsten von Europa. Des Geldes wegen wurde der Krieg begonnen, des Geldes wegen wird er fortgesetzt! Bei allen Göttern!

1) Vergl. Bd. 159 S. 361 ff.



Ein größeres Unglück könnte es nicht geben, als wenn die Plutokratie am Ende des Krieges vor leeren Säcken stehen würde. Geld ist alles und alles andere ist nichts! Reichtum ist das höchste Gut! Armut ist die größte Plage! so heißt das inbrünstige Gebet des Schatzgräbers bei Goethe und der hl. Paulus spricht von der Habgier nie anders als von einem Kult, der dem Götzendienst gleich zu achten ist.

Was soll aus diesem Abgott nach dem Kriege werden? Soll es mit der Anbetung des goldenen Kalbes etwa gar ein Ende haben? Soll das große Kriegsziel der internationalen Freimaurerei, alle 5 Weltteile unter dem Zeichen der Doppelschlange Sterling und Dollar der unumschränkten Weltherrschaft des Geldes zu unterwerfen, wirklich keine Aussicht haben auf Erfolg? Das ist die große Frage, um die es sich handelt, es handelt sich ums höchste und einzige Gut, das es für eine moderne Wucherseele geben kann, die an keinen Gott glaubt und auf keinen Himmel hofft, es handelt sich um den Mammon.

Da muß die goldstrotzende amerikanische Klapperschlange unbedingt auch dabei sein.

Zeigen sich doch drüben über dem großen Teich ebenso wie in Europa infolge des Krieges bereits allerlei bedenkliche Symptome, welche Schlimmes, ja sehr Schlimmes für die Oligarchen des Geldes befürchten lassen. Die seltsamen Begriffe von Recht und Moral, welche dort im Lande der Freiheit Volk und Regierung wetteifern ließen, ein gewinnreiches Geschäft mit Menschenleben und Soldatenblut zu eröffnen, wie ein solches noch nie erlebt worden ist, ein bluttriefendes nnd himmelschreiendes Geschäft, um Millionen von Kriegern dem Tod zu überliefern, beginnen bereits herbe und bittere Früchte zu tragen. Schon brennt das Blut der in Europa Ermordeten den gottvergessenen Amerikanern wie heißes Feuer in den Fingern. Infolge der ganz unnatürlichen Verhältnisse, welche der plötzliche Goldstrom dort hervorgerufen hat, dämmert selbst den Blödesten bereits die Erkenntnis, daß die bloß eingebildete Bedeutung des Geldes



und der wahre Wert desselben zwei sehr verschiedene Dinge sind. Große Verdienstmöglichkeiten sind oft eher ein Fluch als ein Segen für ein Land. Der Jammer der Farmer, die weit und breit für die Bestellung ihrer Felder keine Arbeiter mehr finden können, weil die hohen Löhne der Munitionsfabriken alle Arbeiter vom Lande weggezogen in die Städte, die gesteigerte Lebsucht und Unzufriedenheit von Millionen von Arbeitern, welche beim Aufhören des Krieges sich nur schwer an die nüchterne Prosa des Lebens gewöhnen werden, die Knappheit der Lebensmittel, welche von den Kriegswucherern nach Europa verschleppt wurden und die unerschwinglichen Preise — das alles ist eine sehr zweifelhafte Bescherung, welche mehr einer Strafe als einer Belohnung gleichsieht für die fluchwürdige Blutarbeit, welche für Amerika ein ewiger Schandfleck bleiben wird.

So ist jetzt, nachdem die Erzeugung von Lebensmitteln durch die Produktion von Todeswerkzeugen weit überflügelt worden ist, offenbar der kritische Zeitpunkt gekommen, wo sich auf allen Gebieten die Verkehrtheit der modernen Theorien offenbaren muß; nicht bloß im Verfassungsleben der autoritätslos gewordenen Völker, auch im wirtschaftlichen Durcheinander der atomistisch desorganisierten Gesellschaft zeigen sich entsetzenerregende Abgründe und Mißverhältnisse. Man wollte, nachdem der Bruch mit Christus und seiner Kirche vollzogen war, neben der von Gott selbst erschaffenen und nach ewig unveränderlichen Gesetzen aufgebauten Welt eine neue, künstlich konstruierte Kulturwelt bauen, in der alles der Willkür der freien Maurer unterworfen sein sollte. Dabei wurden zwei überaus wichtige Worte der Bibel vollständig außer Acht gelassen. Die ewige Weisheit bezeichnet den Ackerbau ausdrücklich als eine von Gott selbst gewollte Einrichtung und erhebt drohend den Finger zur Warnung: [1]) Ne oderis opera laboriosa et rustificationem creatam ab Altissimo. Sollte das auserwählte Volk als ein Han-

1) Eccl. 7,16.

delsvolk diese Warnung mißachten, dann konnte es in den Psalmen lesen: Wenn der Herr das Haus nicht baut, arbeiten die Bauleute umsonst.

Die gesamte Weltgeschichte und historische Rechtsentwicklung hat bisher in Gemäßheit dieser Bibelworte den Beweis geliefert, daß ein Rechtssystem, welches die Eigentumsordnung auf den Grundbesitz basiert, vor der kapitalistischen Geldwirtschaft weitaus den Vorzug verdient. Erstere entspricht der Natur und Vernunft und fördert die Wohlfahrt und Rechtssicherheit eines friedlichen Volkes, letztere wirkt in jeder Weise auflösend und verderblich. Der sogenannte Smithianismus, gemäß welchem im freien Spiel der Kräfte die Staatsmänner alle in der Volkswirtschaft wirkenden Kräfte unbehindert laufen lassen sollen, ist ebenso dem verdammenden Urteil der Geschichte verfallen wie der Merkantilismus des Ministers Colbert, der Frankreich durch seine Finanzpolitik nicht minder zugrunde gerichtet hat wie Voltaire und Rousseau durch ihre Freigeisterei.

Die maßlose Ausschweifung zügelloser Gedanken steht mit der Unordnung gewissenloser Wirtschaftsreformen in unlösbarem Zusammenhang. Wo im Denken alle Beziehungen mit Gott und seiner Wahrheit abgebrochen werden, da geht den Staatslenkern in den einfachsten Lebensfragen jede Sicherheit des Wollens und Handelns verloren. Es war kein bloßer Zufall, daß in Frankreich eben zu der Zeit, als die Jansenisten den Himmel mit sieben Siegeln verschlossen, um sich gegen den unwillkommenen Einfluß der übernatürlichen Gnaden zu schützen, der Finanzminister des Sonnenkönigs alle Schleusen öffnete, um womöglich alles Geld des Auslandes in die Kassen seines allgewaltigen Königs zu leiten. Als wäre das Geld der höchste und einzige Staatszweck, galten damals die Finanzleute und Wucherer für die vornehmsten Förderer der Staatsallmacht und des Wohlstandes; leider merkte das Volk sehr wenig von dieser Prosperität — nur die Günstlinge des Königs und die Generäle der Kriegspartei hatten begreiflicher Weise ihr höchstes Wohl-

gefallen an der fabelhaften Verschwendung des Hofes und an den blutigen Beutezügen seiner Politik. Auch nur so lange, bis zuletzt im Fieber der Revolution alles in Blut und Elend unterging.

Die Geldgier selbst ist leider in jenen Blutströmen keineswegs erstickt; im Gegenteil, der wirtschaftliche Liberalismus ist mit dem politischen zu einer Großmacht geworden, welche allen anderen Mächten über den Kopf gewachsen ist; je mehr im Zeichen der modernen Technik Industrie und Handel an Ausdehnung gewonnen haben, um so mehr hat er mit seinen Dampferlinien und Verkehrsadern sich über alle Weltteile ausgebreitet und arbeitet jetzt zugleich mit den totgehetzten Völkern mit Dampf und Pulver wie ein sterbender Riese um die allerletzten Atemzüge.

Da man mit unbegreiflicher Kurzsichtigkeit es geschehen ließ, daß sich allmählich die ganze Weltordnung in eine Geldordnung verwandelt hat, wankt jetzt mit der Macht des Geldes alles in der Welt. Unter allen Fragen, welche jetzt die Zeit bewegen und die Zukunft bedrohen, ist eine der ernstesten die Frage nach der Bedeutung des Geldes. Sind vielleicht im Begriff des Geldes ebenso wie in den modernen Rechts- und Staatsauffassungen allerlei trügerische Vorstellungen enthalten, welche das Sinnen und Trachten der Menschen irre leiten? Hat man vielleicht bisher dem Gelde eine Bedeutung beigelegt, die es gar nicht hat? Konnten in einer Welt, welche außer der flüchtigen Wirklichkeit der irdisch vergänglichen Dinge nichts anerkennt und gelten läßt, was ewigen Wert besitzt, die Irrgänge der im sogenannten Positivismus ausgeprägten Gedanken ohne Einfluß bleiben auf die im Handel und Verkehr und in der Eigentumsordnung tatsächlich verwirklichten Grundsätze und Rechtsbegriffe?

Unmöglich. Philosophen und Geschäftsleuten, welche im Menschen die Auszeichnung seiner geistig unsterblichen Natur und Persönlichkeit gänzlich verneinen, muß bei Wertschätzung der Dinge der richtige Maßstab gänzlich verloren gehen, die



Unterscheidung geistig persönlicher und sachlicher Werte und Rechtsbeziehungen läßt sich in einer Rechtsordnung nicht aufrecht halten, welche den Menschen selbst einer unpersönlichen Sache gleich hält und mit den vernunftlosen Tieren identifiziert. In einem derartigen Rechtssystem hat der Eigentumsbegriff einen wesentlich anderen Sinn als dort, wo die äußeren Dinge im Rahmen der sittlichen Weltordnung nur als Attribute der geistigen Persönlichkeit in Betracht gezogen werden.

Nach der vernunftgemäßen Auffassung des Eigentums, wie sie dem christlich-germanischen Rechtssystem zu Grunde lag, gehört es zum Wesen des wahren und wirklichen Eigentums, nicht etwas Flüssiges und Bewegliches, sondern etwas Festes und Dauerndes zu sein. Bewegliches Besitztum und unbewegliches Eigentum waren in jenem Rechtssystem naturgemäß auseinander gehalten und als sehr verschiedene Dinge betrachtet und behandelt.

Das Eigentum soll, so gewiß es zufolge seiner natürlichen werterzeugendenden Produktivität sich nicht auf eine künstliche, von Menschen konstruierte Scheinwelt, sondern auf die von Gott selbsterschaffene lebendige Naturwelt sich stützt, eine feste Schutzwehr des Rechtes und der Freiheit sein, sofern der Mensch als ein Ebenbild Gottes berufen ist, als Herr und Besitzer irgend eines der Natur inhärierenden Objektes an jener Herrschaft teilzunehmen, die Gott selbst als Obereigentum alles Geschaffenen ausübt über seine Welt.

Sehr begreiflich, wenn in der christlich-germanischen Rechtsordnung dem Grundeigentum eine ganz hervorragende Bedeutung zukam. Die ganze Rechts- und Ständeordnung und alle sozialen und wirtschaftlichen Gesellschaftsformen, selbst Staat und Kirche wurzelten, wie ein einziger unteilbarer Organismus, im grundherrlichen Lehenssystem; selbst die bürgerlichen Erwerbsgenossenschaften der Städte waren, sofern sie großenteils selbst Grundbesitzer waren und weil sie mit ihrer Kundschaft auf festgeschlossene Bezirke beschränkt waren, ins feudale System der grundherrlichen Rechte ein-

gegliedert. Niemand, kein König und kein Kaiser konnte sich in diesem System mit seinem Besitz als absoluter Eigentümer betrachten mit Ausschluß der anderen; in schöner Abstufung von oben nach unten war jedem für seine gesellschaftliche Arbeitsleistung jener Teil seines Mitbesitz- oder Nutznießungsrechtes gesichert, der ihm gebührte. So stand die ganze gesellschaftliche Wirtschaftstätigkeit, weil alles Gedeihen vom Ertrag der Ernte abhing, sozusagen unter der Oberherrschaft Gottes als des höchsten Herrn und Eigentümers und das ganze Gemeinschaftsleben war auf die Vaterunserbitte ums tägliche Brot abgestimmt mit dem Grundsatz, daß nicht die fluchende, sondern nur die betende Arbeit auf den Segen Gottes rechnen kann.

Nur oberflächliche Geister können die tiefe und hohe Weisheit übersehen, welche dieser Rechtsordnung zugrunde lag. In dieser Ordnung war, weil sie die deutlichen Winke der hl. Schrift ebensowenig unbeachtet ließ wie sie der geistig leiblichen Natur der menschlichen Persönlichkeit vollauf Rechnung trug, Zeitliches und Ewiges, Göttliches und Menschliches schönstens mitsamen vermittelt. Entsprechend der Oberherrlichkeit Gottes über alles kam auch der geistlichen und weltlichen Obrigkeit als den Trägern der Autorität nach dem Recht ihrer göttlichen Stellvertretung im grundherrlichen System der Bodenverteilung eine Art Obereigentum zu, mit welchem sich zugleich eine entsprechende Schutzpflicht für alle untergebenen Grundholden verband. Waren so die Grundsäulen der gesellschaftlichen Ordnung tief und fest auf Jahrhunderte im heimatlichen Boden verankert, so hatten auch die übrigen Organe der Volksgemeinschaft, namentlich die Stände und seßhaften Familien, festen Boden unter den Füßen, um die hohen Ziele der Volksernährung und Volkserziehung in ruhig stetiger Entwicklung erfüllen zu können. Die geistigen und persönlichen Interessen hatten in dieser Rechtsordnung weitaus den Vorrang vor den bloß zeitlich natürlichen Erfordernissen.

So glich das Ganze einem mächtigen Christbaum, wie

er mit herrlichen Zweigen und Früchten nur aus der göttlichen Pflanzung des Senfkörnleins hervorgehen konnte, oder jenem Weinberg, mit welchem der Psalmist Ps. 79,9 das Volk Gottes vergleicht. Gott selbst hat ihn gepflanzt und unter dessen Obhut breitete er sich aus über das ganze Land und erfüllte Täler und Berge; wohlumfriedet und mit Schutzmauern gesichert, bis Bestien von außergewöhnlicher Wildheit in denselben eindrangen, alle Schranken und Zäune durchbrachen, um alles zu verwüsten.

Ebenso ist es der Gottespflanzung der christlich germanischen Rechtsordnung ergangen. In dieser Ordnung war, namentlich was das Eigentum betrifft, alles nach dem Grundsatz der christlichen Gerechtigkeit geordnet: Suum cuique. Jedem Arbeiter und jedem Eigentümer, jedem Beruf und jeder Korporation war je nach ihrer gesellschaftlichen Arbeitsleistung ihr Anteil an der allgemeinen Güterproduktion vollkommen gesichert. Die allgemein gültige Ordnung des immobilen Eigentums zu durchbrechen, war nicht leicht. So leicht es in diesem System der wirtschaftlichen Güterproduktion war, das für's Leben Notwendige reichlich zu erwerben, so schwer war es, das allgemeine Gleichmaß der Vermögensverhältnisse zu stören und übermäßige Reichtümer aufzuhäufen.

Daß viele an dieser Art Ausgleichung der sozialen Rechte und Pflichten kein besonderes Wohlgefallen hatten, ist bei der leichtbeweglichen und der Sinnenwelt ungebührlich zuneigenden Natur des gefallenen Menschen nur zu erklärlich. Diese Natur fühlt sich unbehaglich in den Zügeln der Ordnung und Zucht. Früher oder später kommt wie für den einzelnen Menschen auch für ganze Generationen eine Zeit, wo sich der Drang der sogen. Flegeljahre ebenso bemerklich macht wie beim verlornen Sohn der hl. Schrift. Er braucht nur mit fremdartigen Verhältnissen bekannt zu werden, wo sich die Dinge anders ausnehmen als in der strengen Zucht des Vaterhauses, und das seelische Gleichgewicht ist verloren. Anfangs wird er, wenn



sich ihm die Welt mit ihren Reizen zeigt, wie sie sich nach dem Fall Konstantinopels und nach der Entdeckung Amerikas der Christenheit vorgestellt hat, vielleicht noch unschlüssig hin- und herschwanken zwischen Gott und Mammon, Welt und Vaterhaus, wird den Versuch machen, zwei Herren zugleich zu dienen, bis zuletzt mit der Erkenntnis, daß dieses ein Ding der Unmöglichkeit ist, der Zeitpunkt kommt, wo er sich entscheidet, das Vaterhaus gänzlich zu verlassen. –

Wie und wann in der Geschichte der Christenheit diese verhängnisvollen Wendepunkte eingetreten sind, braucht hier mit Hinweis auf die Schicksalszahlen 1517 und 1717 nur angedeutet zu werden. Es soll nur bemerkt werden, daß das Emporkommen der Großmacht des Geldes, welcher alle andern Mächte dienstbar geworden sind, ohne diese tiefbedauerliche Geistesumwälzung unmöglich gewesen wäre. Merkwürdig genug hat diese verhängnisvolle Bewegung durch einen gewaltigen Sturm gegen die Kirchengüter ihren ersten Anstoß erhalten.

An dem Tage, an welchem die christlichen Völker dem Lockruf Gehör schenkten, sich mehr und mehr von den höchsten Gütern abzuwenden, um sich zuletzt ausschließlich nur mit den vergänglichen Gütern dieser Welt zu befassen, als ob sie nur einen Leib und keine unsterbliche Seele zu versorgen hätten, an diesem Tage ist mit der Einladung: „Das alles will ich euch geben" dem Gelde eine Bedeutung gegeben worden, welche es nur im Sinn und Geist vollkommener Götzendiener haben kann. Damit hat sich das Verhältnis von Geld und Gut, von beweglichem Besitz und unbeweglichem Eigentum wesentlich verändert und ganz unnatürlich verschoben.

Kommt einer festgefügten Eigentumsordnung, wie sich gezeigt hat, als hauptsächliches Merkmal ihrer prinzipiellen Rechtsbeständigkeit das Motto der ausgleichenden Gerechtigkeit zu, so ist dem Gelde als dem Mittel der allzeit beweglichen Wertbemessung und Wertausgleichung zufolge seiner Beziehungsfähigkeit auf alles die Devise aufgeprägt: Omnia

omnibus. Es ist aber nichts gefährlicher für den geordneten Bestand der menschlichen Gesellschaft als der unsinnige Versuch, Geld und Gut, beweglichen Besitz und immobiles Eigentum in der Art zu vermengen, daß ein Unterschied kaum mehr zu erkennen ist.

Soll wirklich alles in Geldsummen veranschlagt und bewertet werden können? Soll das liegende Eigentum und das reale Recht, in welchen höchstpersönliche Beziehungen und überaus wichtige geistige Interessen ihren Ausdruck finden, jeden Augenblick die bewegliche Natur des Geldes annehmen können, um beliebig veräußert, geteilt und belastet zu werden? Oder soll umgekehrt eine Geldsumme ohne jede Einschränkung zu jeder Zeit die dauernde Solidität der produktiven Naturalobjekte des immobilen Eigentums annehmen können?

Wo bei einem Volk eine solche Umkehrung der Natur und Vernunft ins Gegenteil sich vollzieht, da wird der feste und sichere Rechtsboden, auf welchem die produktiven Stände wohnen und wirken, bald gänzlich unterwaschen sein. In diesem Fall hört das Eigentum, weil es seine Festigkeit verliert, auf, ein wahres Eigentum zu sein. Bei einer *also* regellosen und rechtlosen Fluktuation der Werte, wie sie im Sinn und Geist des römischen Rechtes von den lukrativen Erwerbsmächten und Schmarotzerständen durch die Dirigenten des Geldstromes ins Werk gesetzt wird, wird das frivole Spiel mit unveräußerlichen Menschenrechten und der maskierte Menschenhandel riesige Dimensionen annehmen.

Für die Wertbemessung der materiellen Güter ist es keineswegs gleichgiltig, ob die geistig unsterbliche Seite des Menschen in den die Zeit beherrschenden Ideen und in den jeweiligen Anschauungen des geltenden Rechtes wertgeschätzt oder gering geachtet wird. Im Gelde soll auch der Gesamtwille der menschlichen Gesellschaft zum Ausdruck kommen, der die große Öffentlichkeit des wirtschaftlichen Lebens beherrscht. Nicht bloß die Summe aller Bedürfnisse und die Gesamtwirkung aller Leistungen, auch die gesamte Gedanken-



und Willensarbeit und das Spiel der Leidenschaften beseelt fort und fort der durchs Geld bewegte Markt der Welt.

Sollen nicht ganze Generationen und Berufsklassen durch ungeordnete Triebkräfte im Geldverkehr und Güterumlauf zermalmt und ruiniert werden, dann darf dieser Gesamtwille, soll er wirklich ein Gesamtwille und nicht ein bloßer Klassendruck sein, nicht von rechtloser Willkür geleitet und vom Zufall genarrt, sondern muß von der Vernunft und Gerechtigkeit durchdrungen sein. Wozu stehen auf den öffentlichen Wertzeichen die Köpfe der Regenten, wenn nicht Wahrheit und Recht diese Zeichen auf ihrem Wege durch die Welt fort und fort begleiten? Wenn die Männer der hohen Finanz selbst durch das Mittel des Geldes den Wert der Dinge beliebig bestimmen können, wenn der den Güterverkehr und Wertumsatz beherrschende Wille kein wirklicher Gesamtwille ist, dann gehören auf die Münzen und Wertzeichen die Häupter der Börse und die Namen der Großwucherer, weil das Geld dann nicht mehr ein Tauschmittel, sondern ein Trugmittel ist.

Und das ist das Geld heutzutage leider nur allzu oft. Es ist nicht bloß ein wertanzeigendes, sondern auch ein wertbestimmendes Mittel; letzteres umso mehr, als es sich nicht bloß zur Regulierung der Werte, sondern auch zur Fälschung derselben gebrauchen läßt. Die Regulierung der Werte liegt leider nicht immer in den Händen derer, die dazu von Rechtswegen berufen sind, sondern in der Willkür von illegitimen Elementen, deren oberstes Gesetz die Selbstsucht ist. Je mehr im Bereich der Ideen die Wortsprache der Gedanken zur Fälschung der Wahrheit mißbraucht werden kann, umso mehr wird im Umlauf und Umtausch der Sachen die materielle Wertsprache der Dinge, wie sie im Geldverkehr sich ausprägt, von der Wahrheit sich entfernen.

Es ist schwer zu sagen, ob die Männer der Phrase sich größere Jongleurkunststücke erlaubt haben durch Entstellung der Wahrheit oder die Männer der Börse mit der Wertsprache des Geldes. In ihren Händen verwandelt sich



das Geld ebenso leicht in alles und jedes, wie ein gewandter Gaukler alles Mögliche vor den Augen der erstaunten Zuschauer entstehen und verschwinden läßt. Bei einer künftigen Neuorientierung wird gar viel darauf ankommen, nicht bloß den Worten ihre wahre Bedeutung wieder zurückzugeben, sondern auch die Wertsprache der Dinge wieder auf jenes Maß der Gerechtigkeit zu reduzieren, welches ihr naturgemäß zukommt.

Die allgemeine Beziehungsfähigkeit des Geldes kann nicht nach jeder Richtung gleich bemessen sein. Es ist wohl die Frage erlaubt, ob das Geld die nämliche Bedeutung hat, je nachdem es mit unveränderlichen Besitzobjekten oder mit veränderlichen Gebrauchsgegenständen in Beziehung gebracht wird.

Das Geld ist wesentlich Tauschmittel; als solches erfüllt es seinen Zweck umso mehr, je mehr es umläuft und zirkuliert. Gemäß seiner beweglichen Natur ist seine Beziehungsfähigkeit in Hinsicht der beweglichen Güter eine viel größere und wesentlich andere als in Hinsicht der unbeweglichen Besitzungen. Je mehr eine Sache geeignet erscheint, in raschem Wechsel von Hand zu Hand zu gehen oder durch Consumtion alteriert oder vernichtet zu werden, umso leichter ist es, in der Bestimmung ihres Wertes das Richtige zu treffen. Ein Acker läßt sich nicht ebenso von der Stelle bringen, wie dessen Früchte auf den Markt gebracht werden, auch die Arbeitskraft eines Menschen läßt sich nicht in gleicher Weise abschätzen, wie ein Krämer seine Ware Stück für Stück auf die Wage legt und nach der Elle mißt. Wenn in der Not der Zeit ein Bauerngut der Zwangsversteigerung unterliegt, dann handelt es sich um weit mehr als um ein privatrechtliches Geschäft unter Zweien oder um eine Rechtsausgleichung von Einem zum Andern. So einem Anwesen ist, sofern es sich um eine Heimstätte der Religion und Vaterlandsliebe handelt, um eine organische Einheit, welche als Faktor der Erziehung und Bildung eines Volkes von höchster Bedeutung ist, außer dem bloßen Geldwert ein noch höherer Wert beizumessen, der nur aus höheren Ge-



sichtspunkten richtig abgeschätzt werden kann. Darum möchte man wünschen, daß bei einem solchen Rechtsgeschäft stets auch ein Anwalt des öffentlichen Rechtes gegenwärtig sei, um die Rücksichten der sozialen Gerechtigkeit durch eine einschränkende Kontrolle zur Geltung zu bringen. So ein Gut, auf welchem Jahrhunderte lang achtbare Familien der Gesellschaft unbezahlbare Dienste geleistet haben, sollte nicht wie ein Leib ohne Seele nach Art eines Kadavers behandelt oder wie ein Stück Vieh abgeschlachtet und in der Fleischbank gestückelt werden.

Der Annahme, ein Gut, welches einer Familie oder einer bestimmten Anzahl von Personen als feste Basis ihrer Existenz und ihres zugleich geistigen und leiblichen Wohlbefindens dienen soll, könne unbeschadet der öffentlichen Wohlfahrt in gleicher Weise frei und unbehindert Gegenstand eines Geldgeschäftes sein wie eine Ware, die von Anfang an zum Verkauf bestimmt ist und eigens zu diesem Zweck angefertigt wurde, liegen verschiedene Vorstellungen zugrunde, die alle in der durchaus falschen Voraussetzung wurzeln, daß dem Gelde wirtschaftlich eine höhere Bedeutung zukomme als den natürlichen Nutzobjekten selbst, für deren Schätzung und Umtausch es ein bloßes Mittel ist.

In einer vernünftigen Rechtsordnung kann der vornehmste Zweck, welchen das Eigentum hat, nicht ein bloßer Geldzweck und Erwerbszweck sein. So gewiß das Geld nur ein bloßes Hilfsmittet ist zur besseren Verwaltung des Eigentums, so gewiß kann das Eigentum nicht im Dienst des Geldes stehen, als wäre das Geld etwas über dem Eigentum, im Gegenteil wird das Geld in seiner wahren Bedeutung nur dann richtig verstanden werden, wenn es etwas ist, was dem Eigentum dienstbar und untergeordnet ist. Nicht das Eigentum ist um des Geldes willen, das Geld ist um des Eigentums willen. Soll das Geld nicht gleich einer Blutvergiftung den Organismus der Gesellschaft durchdringen, dann muß es die Rechtsordnung des Privateigentums fördern, nicht zerstören.



Nach den verkehrten Begriffen des sogenannten Positivismus ist nur den Dingen Wert beizulegen, welche in der empirischen Wirklichkeit auf der Oberfläche schwimmen und sich mit Händen greifen und mit den Sinnen wahrnehmen lassen; die ganze Welt der prinzipiellen Wahrheit und Gerechtigkeit und der unabänderlich feststehenden Relationen des Geistes ist für diese oberflächliche Auffassung der Dinge soviel wie nicht vorhanden. Wie es auf der Oberfläche des Meeres nicht einen Punkt gibt, der in Ruhe feststehen würde, so gibt es im Bereich der zügellosen Denkfreiheit und wirtschaftlichen Spekulationswut nichts Festes und Dauerndes mehr; für die Nihilisten des Geistes ist das einzig Positive das rollende Geld, weil sich von allen Dingen kaum etwas so leicht fassen und greifen läßt. Wenn sie sich nur auch bemühen würden, dasselbe nicht bloß mit ihren rohen Händen zu greifen, sondern auch dessen Bedeutung durch vernünftiges Nachdenken zu begreifen! Gewohnt, im Güterumtausch und Geldverkehr von jeder Beziehung zur geistig persönlichen Natur des Menschen gänzlich abzusehen, sehen sie darin nichts weiter als eine geistlose Bewegung von Dingen und Sachen mit dem einzigen Zweck, Geld aufzuhäufen. Damit ist dem Gelde eine größere Wichtigkeit beigelegt als den Dingen selbst, und weil diese ihren Wert als Rechtsobjekte nur durch ihre Beziehungen zum Menschen erhalten, ist dem Geldwert vor dem Wert des Menschen selbst ein gewisser Vorzug eingeräumt. In einer Welt, welche im Taumel ihrer zügellosen Gedanken jeden festen Halt verloren hat, kann es auch gar nicht anders sein, dem System der absoluten Denkfreiheit entspricht im praktischen Leben das freie Spiel der rohen Kräfte, welche sinnlos walten; wenn sich durch die allgemeine Begriffsverwirrung einer mit Selbsttäuschungen spielenden Philosophie das Gebiet der Ideen in eine Wüste verwandelt, wo außer täuschenden Luftspiegelungen nichts Zuverlässiges wahrzunehmen ist, dann muß in der realen Wirklichkeit der wirtschaftlichen Kämpfe ums Dasein eine heillose Rechtsunsicherheit Platz

greifen, ein Zustand rechtloser Anarchie, welchen man mit Grund eine Art Absolutismus des Geldes nennen könnte.

Wie es in den Tagen der politischen Umwälzung für die selbstgefälligen Fanatiker der Volkssouveränität weder Zaum noch Zügel gab, so gab es jetzt auf wirtschaftlichem Gebiet weder Maß noch Regel, um die Übertreibungen der entfesselten Habgier und der absoluten Geldfreiheit einzudämmen. Unglücklicherweise fiel die Zeit schwindelhafter Gründungen und Geldunternehmungen mit der parlamentarischen Schwindelperiode ganz nahe zusammen. Weit entfernt, daß die Völker an ihren Repräsentanten einen wirksamen Schutz gehabt hätten zu einer Zeit, als auf ihr Gut und Blut der ärgste Angriff unternommen wurde, der jemals, seit die Welt steht, zu ihrem Verderben unternommen worden ist. Überblickt man jetzt das unermeßliche Unheil, welches der Mammonismus in aller Welt angerichtet hat, dann ist man versucht, zu wünschen, es hätte in den letzten hundert Jahren überhaupt keine Parlamente gegeben. Diese waren großenteils ganz von dem merkantilistischen Geist eines Colbert besessen, der dem Staat am besten dadurch zu nützen glaubte, wenn er nur Geld und wieder Geld in die Kassen seines Königs leiten würde. Je mehr bei dieser häßlichen Treibjagd die Plutokratie obenauf kam, um so mehr blühte auch der Weizen der Demokratie. Ganz natürlich. Der plutokratische Krämergeist lebt bei seinen Spekulationen von der einfältigen Torheit der Massen; er kann für seine Reklame die beiden Sprachwerkzeuge des Größenwahns, Presse und Parlament, nicht entbehren, er braucht für's Geschäft demokratisch versimpelte Völker, welche in der Selbsttäuschung einer künstlich erzeugten öffentlichen Meinung dafür halten, die Befriedigung ihrer maßlosen Begierden und die Wohlfahrt des Staates sei ein und dasselbe. Es ist aber lange nicht alles, was dem Staate zuträglich scheint, auch ein Nutzen für das Volk. Hätten die Volksvertretungen die maßlos übertriebene Geldwirtschaft der Neuzeit mehr gemeistert als entfesselt, dann hätten sie sich weit mehr den



Dank der Völker verdient. Leider waren sie nicht nur kein Hindernis für die hinterlistigen Angriffe der Geldmächte auf die Wohlfahrt der Völker, im Gegenteil, der Schwindelgeist der Deputierten blies mit stets gesteigerter Vehemenz den gleichgearteten Brüdern der hohen Finanz günstigen Wind in die Segel. So konnte in den Tagen der Konstitutionen und Parlamente der Merkantilismus noch viel größere Triumphe feiern als zur Zeit der absoluten Monarchie. Und wie damals wurde auch jetzt mit den aufgehäuften Geldsummen weniger die Wohlfahrt und der Friede der bereicherten Nationen gefördert als deren Unersättlichkeit gefüttert und deren Neid bis zum Aufflammen des allgemeinen Krieges entzündet.

In dieser trostlosen Zeit beständiger Umwälzungen wäre über dem Werdeprozeß ganz neuer Verhältnisse ein ordnender Geist und eine führende und zügelnde Hand sehr notwendig gewesen, um die Völker gemäß den Absichten der göttlichen Vorsehung zu leiten und vor allzu gewagten Überstürzungen zu bewahren. — Diese Hand hat auch nicht gefehlt und die warnende Stimme dieses Geistes hat auch nicht geschwiegen, aber sie wurden nicht beachtet. Die Lichter der Ewigkeit wurden ausgelöscht; die Wissenschaft zog es vor, das Irrlicht ihrer Selbsttäuschungen am eigenen Ich anzuzünden und damit blindlings vorwärts zu stürmen. Dieser Wissenschaft war der Mensch ebenso wie den Heiden des Altertums nicht ein geistiges Wesen und eine Persönlichkeit, welche sich als ein soziales Gemeinschaftswesen vor Gott und der Mitwelt verantwortlich und verpflichtet weiß, sondern ein pures Sinnenwesen, ein Individuum, welches auf Grund seiner absoluten Selbstherrlichkeit nur Rechte und keine Pflichten hat, welches nicht bloß selbst befugt ist, zu treiben, was es will, sondern auch mit anderen seinesgleichen nach Belieben schalten kann.

(Schluß folgt).

LXXXVII.

Hermann Löns.

Von Dr. P. Nonnosus Bühler O. S. B.

Hermann Löns ist der Verfasser einer großen Zahl meisterhafter Naturschilderungen und einiger Bände Romane und Gedichte. Er hat bedeutende künstlerische Eigenschaften und ist dabei trotz seiner Eigenart in vielen Punkten der Typ einer heute nicht eben seltenen Menschenart. So stellen sich beim Lesen seiner Werke ganz von selbst mancherlei Gedanken über modernes Schrifttum und moderne Anschauungen ein.

Zunächst aber ein paar Angaben für jene, denen Löns ein noch ganz Unbekannter ist.[1]) Hermann Löns ist am 29. August 1866 in Kulm an der Weichsel geboren. Seine Eltern stammten aus Westfalen; der Vater war Gymnasialoberlehrer. Ein Jahr nach der Geburt Hermanns wurde er nach Deutsch-Krone versetzt. Hier blieb die Familie Löns 17 Jahre.

Von Kindheit an hatte Hermann seine Freude an der Natur, die er gerne allein auf der Suche nach Käfern und anderen Wunderdingen durchstreifte. Als Student verbrachte er seine Ferien meist auf Gütern und Förstereien und war bald ein weidgerechter Jäger. Schon frühe entwickelte sich in ihm eine ausgesprochene Vorliebe für die Heide und für den Verkehr mit Leuten aus dem einfachsten und gesündesten Menschenschlag, mit Hütejungen, Fischerknechten und Waldarbeitern.

Als er achtzehn Jahre alt war, kam er mit seinen Eltern nach Münster. Nun erwachte in ihm der Sinn für Geschichte und die Vergangenheit Deutschlands. Die Anpassungsschwierigkeiten an die neue Heimat, die aber eigentlich seine alte war,

1) Ich entnehme sie: Traugott Pilf, Hermann Löns der Dichter. Verlag Eugen Diederichs, Jena 1916.

dauerten ungefähr zwei Jahre. Dann fühlte sich Hermann als richtigen Niedersachsen.

Neben seinen Schularbeiten beschäftigte er sich in den oberen Gymnasialklassen viel mit westfälischer Geschichte, neuer Literatur und Zoologie. Nach dem Abgange vom Gymnasium studierte Löns in Münster, Greifswalde und Göttingen Medizin und Naturwissenschaften. Er war ein fröhlicher Student, der manch kräftigen Hieb schlug und sich auch manche Hiebnarbe holte. Doch ging er im studentischen Treiben nicht auf. Er erzählt von sich selbst aus dieser Zeit:

„Ich studierte nun Naturwissenschaften, mußte aber auch Medizin studieren. Dies gefiel mir gar nicht, und die Zoologie, die damals fast ganz in der Mikroskopie aufging, erst recht nicht. Außerdem drängte es mich zur Literatur. In wenigen Jahren verschlang ich alles, was ich in deutscher und fremder Literatur in die Finger bekam. Die Revolution in der Literatur war hereingebrochen; Bleibtreu, die Harts, Michael Georg Conrad fochten in der ersten Reihe; Zola war Feldgeschrei. Zu meinem Entsetzen sah ich ein, daß ich ein ganz altmodischer Mensch war, der romantische Balladen schrieb, Zola langweilig fand und wider Willen höchst bösartige Epigramme gegen Leo Tolstoi schreiben mußte. Der ganze hochgepriesene naturalistische Quark war mir in der Seele zuwider; mein Herz war bei Annette Droste-Hülshoff und nachher bei Liliencron. Nietzsche war mir nur interessant, da er so hüsch dunkel über die hellsten Sachen schrieb.“ [1])

Die Berufswahl war für ihn nicht leicht. Arzt wollte er nicht werden, die zoologische Laufbahn bot die schlechtesten Aussichten und so ging er zur Zeitung. Nach verschiedenen Reisen wurde er Redakteur zu Hannover Die Zeit, die ihm sein Beruf freiließ, füllte er mit der Jagd, das heißt im stillen, innigen Verkehr mit der Natur aus. Nun wurde in ihm der Dichter wieder lebendig und sein „Braunes Buch“ entstand. Einige Zeit war er noch in Bückeburg Redakteur, dann aber

1) Pilf a. a. O. S. 12.

machte er sich für seine Kunst ganz frei. Und dann kam der große Krieg und Löns ward Soldat. Anfangs September 1914 schrieb er einem seiner Freunde: „Lieber Traugott, hoffentlich bist Du nicht mehr in Wiesbaden, sondern an der Grenze. Mir ungedientem Landsturmmann ist es gelungen, als Füsilier bei der 2. Kompanie des 73. Infanterie-Regiments anzukommen. Ich bin in 14 Tagen wohl ausgebildet und werde dann wohl gegen Osten geschickt. Ich freue mich von Herzen. Lange habe ich mir eine solche Beschäftigung, neben dem Ackern die einzig manneswerte, gewünscht." [1]) Aber nicht nach Osten, nach Westen warf ihn das Schicksal. Hier gab er am 26. September 1914 vor Reims Blut und Leben fürs heißgeliebte Vaterland.

Und nun zum Dichter! Bei seiner Bewertung müssen wir die Naturbilder, die Romane und Verse scharf scheiden. Am höchsten steht Löns in seinen verschiedenen Naturbildern. [2]) Hier ist er Dichter im wahrsten Sinne. Liegt er draußen in der blühenden Heide, macht er einen Pirschgang durch den abendlich dunkelnden Wald, sitzt er am knisternden Herdfeuer eines Heidbauern, immer sind seine Augen geöffnet, das naturhaft Schöne und Gute zu schauen, immer lauschen seine Ohren der belebten und unbelebten Natur. Aber er ist dabei nicht wie ein Städter, der bewundernd anstaunt, was ihm innerlich doch fremd ist und bleibt, nicht wie ein Artist, der Eindrücke für den Schreibtisch sammelt. Er ist ganz Jäger, ganz Bauer, und Freund und Genießer seiner Heide, seiner Wälder und all der tausend Herrlichkeiten, die sie bergen. Und träumt und sinnt er

---

1) Pilf a. a. O. S. 17.

2) Im Verlage von Sponholtz, Hannover, sind von Löns erschienen: Naturschilderungen: Mein braunes Buch, Haidbilder, Mein buntes Buch, Da draußen vor dem Tore, Der zweckmäßige Meyer; geb. je 3 M 50. — Jagd- und Tierbücher: Auf der Wildbahn, geb. 4 M. Kraut und Lot, geb. 4.20 M Mümmelmann, geb. 3.50 M; von letzterem ist auch eine Feldausgabe um 1 M erschienen.

auch manches in die Mooreinsamkeit hinein und hinaus, was nie durch ein Bauerngehirn gehen mag, so ist dies doch nichts künstlich Anempfundenes, keine nervöse Sentimentalität des Überbildeten. Gedanke und Gefühl wachsen dann bei ihm einzig aus den Schauern der hereinsinkenden Nacht und aus der Helle des leuchtenden Sommertags.

Und was also draußen die Seele in sich hinein getrunken hat, was Düsteres und Heiteres durch sie gezogen ist, daß läßt ihn zuhause nicht ruhen, bis es in vollendet künstlerischer Wiedergabe niedergeschrieben ist. Und liest du eine der so entstandenen zahllosen Skizzen, so hast du bald vergessen, daß du ein Buch in Händen hältst und daß deine Augen schwarze Buchstaben lesen. Du bist mitten in der Heide und siehst sie blühen, du bist trunken von all ihrer Pracht und überströmt von ihrem würzigen Duft. Und hast du auch nie deinen Finger an einer Büchse krumm gemacht, so fühlst doch auch du bald etwas wie Jagdfieber und du erzitterst, wenn du Hirsche orgeln hörst und leidenschaftlich gespannt schleichst du dem alten Fuchse nach.

Diese rein künstlerischen, von jeder Nebenabsicht freien Schöpfungen geben nicht nur hohen Genuß, sie können auch vielen eine Bereicherung ihres Lebens schenken.

Wir vermissen ein Ding meist erst, wenn wir es nicht mehr haben. So ist es nichts seltsames, daß die Menschen, seitdem sie großenteils nicht mehr hinter dem Pfluge schreiten, im Dunst und Getöse der Großstadt sich nach der freien Gottesnatur sehnen. Aber ihr rechter Genuß ist nicht so ganz einfach. Ein Sommeranzug, ein Vorortbillet und selbst ein gewaltiger Blumenstrauß allein machen es nicht. Auch nicht eine wohlgefüllte Börse, die das Verweilen an den Sommerorten der vornehmen Welt ermöglicht. Wie man für einen Albrecht Dürer die rechte Seelenstimmung mitbringen muß, so auch für die Natur.

Und dieses Auge und Ohr, denen sie sich öffnet, kann dir Löns geben, wenn du nur irgend eine Anlage dafür hast. Und wer bei Löns gelernt hat, dem erschließen sich



zahllose Freuden, auch wenn er nur über spärliche Mittel verfügt und den Burgfrieden kaum ein paar Kilometer überschreiten kann. Viele der meisterhaften Skizzen von Löns sollten durch Aufnahme in Lesebücher von Fortbildungsschulen und Mittelschulen in weitesten Kreisen bekannt werden. Wie mancher Junge würde den Alltäglichkeiten der Natur ganz anders gegenüberstehen, hätte er die Froschidylle „Quaaks“ oder das Fliegengeschichtlein „Amalie“ aus dem „zweckmäßigen Meyer“ genossen.

Besonders auch in Süddeutschland sollten seine Naturschilderungen viel gelesen werden. Das Mißverstehen von Süd und Nord ist ein nationales Unglück. Daß wir uns im Grunde genommen noch so wenig kennen, ist eine der tiefsten Wurzeln dieser leidigen Verhältnisse. Wir Süddeutsche können da bei Löns viel gewinnen. Wer seine Heidebilder, z. B. vom „braunen Buche“ das wundervolle Stück „Goldene Heide“ auf sich wirken läßt, der muß dieses Land lieben lernen und wird nun manche der Ecken und Kanten seiner Bewohner erträglicher finden. Daß auch da oben ein gesunder, kräftiger Menschenschlag auf dem Lande lebt, davon zeugen beinahe alle Schöpfungen von Löns.

Auch sonst kann er manche Vorurteile zerstreuen. Was stellt sich so mancher unter der Jagd vor! Wer „Auf der Wildbahn“ oder „Mümmelmann“ von Löns gelesen hat, der weiß, daß es ein wirklich edles Weidwerk gibt.

Diese Vorzüge verleihen auch allen Romanen[1]) von Löns einen gewissen Wert. Leider machen sich bei ihnen auch manche Schwächen weit mehr als in seinen Naturschilderungen geltend. Teilweise liegen sie in den religiösen und geschichtlichen Anschauungen von Löns begründet und so müssen wir zunächst von ihnen sprechen.

---

1) Romane von Löns: Verlag Sponholtz Hannover: Da hinten in der Heide geb. 4 ℳ; Der letzte Hansbur geb. 4.50 ℳ. Verlag Eugen Diederichs Jena: Der Wehrwolf br. 3 ℳ; geb. 4.20 ℳ; Das zweite Gesicht br. 3 ℳ; geb. 4.20 ℳ.

Eine feste, klare und umrissene Weltanschauung hat Löns nicht. Bei vielen Modernen gilt dies als ein Vorzug. Sie sind stolz auf ihren Pilatusstandpunkt. Rastloses, zielloses Suchen und Sehnen gilt bei solchen als besonders weise und gut. Auch unsere Wissenschaft ist von dieser Krankheit angefressen, aber der Gelehrte empfindet doch noch eher als der Literat diesen Mangel unserer Kultur. Der Schriftsteller und Künstler, dessen Geistesleben mehr im Gefühle als im klaren Verstande wurzelt, meint, was er für eine tiefgründige Weisheit besitzt, wenn er in den grundlegendsten Fragen keine Antwort kennt. Einen unerschöpflichen Born mannigfacher Anregungen sieht er in dieser Zerfahrenheit. In einem ausgebreiteten Zettelwissen, in zerfetztem Stückwerk, in zahllosen einzelnen feinen Beobachtungen, die alle durcheinander wirren und von keiner klar geschauten Grundanschauung getragen werden, glauben viele Literaten das beste Wissen zu haben. Unheimlich viel Unheil wird damit von unseren Künstlern und Schriftstellern angerichtet. Ungezählte, die nicht gerne zu einem ernsten, philosophischen Buche greifen, holen sich ja bei den Dichtern ihre Weltanschauung. Welche Verwüstungen dadurch in den Köpfen von Halbgebildeten — denn nur Halbgebildete sind solche Leute und wären sie selbst Koryphäen in ihrer Sparte — entstehen, wollen wir hier nicht im einzelnen behandeln. Wer sich nur ein paar Minuten mit einem solchen Geisteskinde über bedeutungsvolle Fragen unterhält, merkt die erschreckende Seichtheit, die zudem unheilbar ist, weil sie für besondere Klugheit gehalten wird.

Hier sei nur an dem konkreten Beispiele Löns gezeigt, wie all das Gute, das sich bei ihm findet, auch mit dem entschiedensten Katholizismus vereinbaren läßt und wie er mit einer bestimmt christlichen Weltanschauung auch als Schriftsteller sehr gewonnen hätte. Löns ist uns ein Tüchtiger in der Literatur, weil er wirklich wie ein Dichter schaut und erlebt und seine Empfindungen wie ein echter Dichter wiedergibt. Und daß er sich vor allem in unsere deutschen

Wälder und Heiden und in gesunde, kräftige, einfache Menschen eingefühlt hat, kann ihn vielen zu einem Spender reinster Genüsse machen.

Wie viele glauben nun, seine Weltanschauung habe ihm sein köstliches Verhältnis zur Natur ermöglicht. Ihm steht hinter all ihren Wunderwerken kein persönlicher, selbstbewußter Geist, er selbst wird nach seinem Tode nicht als Individuum weiterleben. Er sagt ja:

> Der Schmetterling, der dich umspielt,
> Der goldne Sonnenschein,
> Der Blumenduft, die Meeresflut,
> Das alles wirst du sein.
>
> Wenn deine enge Ichheit stirbt,
> Machst du die Augen zu
> Für immer; was die Welt erfüllt,
> Das alles bist dann du.[1])

Und ein andermal dichtete er:

> Und geht es zu Ende, so laßt mich allein
> Mit mir selber auf einsamer Heide sein;
> Will nichts mehr hören und nichts mehr sehn,
> Will wie ein totes Getier vergehn.[2])

Ist die Natur selbst Gott und sind wir ganz in sie hineinverwoben, wie verschwistert sind wir ihr dann! Nur so kann man sie wirklich lieben, nur so ein echter Naturfreund werden und nur so wird man ein großer Naturdichter. Seit Jahrzehnten geht diese Idee in deutschen Landen und auch anderwärts um.

Der alte Sebastian Brunner schon meinte dazu:

„O wie ist mir diese Heuchelei des Naturgottesdienstes in die Seele hinein zuwider. Wie blöd und dumm ist auch der romantische Naturkult: dieses Angaffen der blauen Berge, dieses Beriechen der bunten Wiesenteppiche, dieses Anhören rauschender Bäche und windesdurchsauster Föhrenwipfel, ohne irgend ein Verstehenwollen des Verhältnisses von Schöpfer

1) Pilf a. a. O. S. 41.
2) Pilf a. a. O. S. 77.



und Geschöpf, von Gott, Mensch und Natur. Dieser abgeschmackte Naturgottesdienst erregt in mir, je älter ich werde, immer mehr Bedauern und Mitleiden mit der Kultusgemeinde der Wiesen und der Gräser, die heute dastehen und morgen als Heu verdorren und als Viehfutter dienen oder in den Ofen geworfen werden. Es ist die fadeste Frömmelei, die sich denken läßt ohne alle Grundlage und Berechtigung. — Wir müssen im Jenseits mit der Natur in eine ganz andere Beziehung treten, die Erde muß sich erneuern, der mächtige Baum mit seiner Laubkrone soll nicht mehr mit Hohngelächter auf mich herabsehen und mir unter die Nase sagen dürfen: Schau mich nur an und hab deine Freude an mir, aber das merk dabei, es ist mir nicht recht zu trauen; denn ich bin ein gar heimtückischer, alter Kerl; hörst du dort im Tal das eintönige abgemessene Schnarchen der Sägemühle? Ihr Menschen heuchelt mir nur Bewunderung und dafür müßt ihr gestraft werden. Ihr haut mich ab von meinen Wurzeln, werft mich um, zerschneidet unbarmherzig meinen Rumpf und macht dünne Bretter daraus — aber ich werd euch schon erwischen; mit diesen Brettern werd ich euch umfangen mit dürren Armen. Die Welt nennt dieses liebende Umschließen eurer von meiner Seite — einen Sarg, und da gibt es Verwesung um Verwesung, zumeist hält es der hölzerne Kerkermeister noch länger aus als der Gefangene. Die ganze Natur mahnt uns an den Tod, und der Tod ist das Finale ihrer ganzen Herrlichkeit." [1])

Ernsten Menschen drängen sich immer und immer wieder ähnliche Gedanken inmitten der herrlichsten Natur auf. Und nicht jedem erscheint es als erstrebenswertes Ziel all seiner Mühen, Plagen und all seines Ringens:

„Will nichts mehr hören und nichts mehr sehn,
Wie Laub und Gras, so will ich vergehn;
Und darum kein Hügel und deshalb kein Stein;
Spurlos will ich vergangen sein." [2])

1) Diogenes von Azzelbrunn II 120 f.
2) Pilf a. a. O. S. 78.

So mag man einmal in müder Stunde halb bewußtlos hinträumen. Aber in tiefem Leide, in schweren Nöten, in entsagendem, aufreibendem Schaffen bieten mir solche Verse nichts. Blühende Heide allein macht nicht glücklich; Löns war viel traurig, sein Leben reich an Irrungen und Wirrungen.[1])

Der Christ schreitet voll heiterster Freude durch die Wunderwerke seines Schöpfers. Und lagern einmal düstere Schatten über seiner Seele, seufzt sie in den Engen des gebrechlichen, unvollkommenen Menschentums, dann mag auch er in weite Heiden oder auf hohe Berge gehen. Und schaut dann sein Auge den farbensprühenden Tautropfen zu Füßen und die hellen und dunklen Wälder und die gewaltigen Steinriesen und die in der Ferne schimmernden Seen, dann wird sie mählich frei und der Glaube an den, der Natur und Übernatur geschaffen, bringt ihr Zuversicht für Zeit und Ewigkeit. Sie mag mit dem heiligen Franz singen:

„Höchster, allmächtiger, guter Herr,
Dir kommt Lobpreis und Ruhm, Ehre und jeglicher Segen zu.
Dir allein, Höchster, gebühren sie;
Und kein Mensch ist wert, Dich zu nennen.

Gelobt seist Du, mein Herr, mit allen Deinen Geschöpfen,
Mit der edlen Frau vornehmlich, unserer Schwester, der Sonne,
Die Licht uns spendend den Tag erneut.
Wie schön und strahlend ist sie! Gewaltig an Pracht,
Spiegelt sie Dich, o Höchster, uns wieder.“[2])

Können wir also von Löns im einzelnen viel für Naturbeobachtung lernen, öffnet die Lektüre seiner Heide-, Wald- und Tierbilder die Augen für manches Schöne und Erfreuliche, was ihnen sonst entgangen wäre, so ist doch seine und aller ähnlich gerichteten Geister Lebensarbeit für den Gläubigen nur etwas, was er in seinem Lebensbau verwerten kann, keinesfalls aber Fundament oder Ziel. Feinen

1) Pilf a. a. O. S. 7.
2) Gustav Schnürer, Franz von Assisi S. 114 ff.



Schmuck liefern sie uns, keine Stützbalken; hübsche Modelle, aus denen wir erst unsere Kompositionen zu stellen haben.

Glücklicherweise sind die Naturbilder von Löns im allgemeinen von Reflexionen über die Grundlagen der Weltanschauung frei und so kann jeder reife Mensch sie in ihrer ganzen frischen Unmittelbarkeit auf sich wirken lassen. Störender als seine pantheisierenden Ansichten wirken einige geschichtliche Irrtümer und seine Stellung zum Weibe.

Löns hat es mit seinem scharfen Auge gesehen und infolge seines innigen Verkehres mit der Natur so recht lebendig empfunden, daß unsere Kultur in vielem krank ist. Da kommt er auf seiner Suche nach dem Krankheitserreger auf einen Unsinn, der zwar herzhaft deutsch klingt und den nicht eben wenige glauben, der aber deshalb noch lange keine Weisheit wird.

Im „zweiten Gesicht“, sagt der Maler Hagenrieder: „... der Freitag aber war der Tag der Frigge, der Friggetag, der Glückstag; an ihm wurden die Ehen geschlossen, und unsere Heidebauern heiraten noch möglichst an diesem Tage. Die Dreizehn war die heilige Zahl und die Sieben auch; unsere Ahnen liebten nicht, was aufging, denn damit hörte es auf ein Problem zu sein. Aber die Taktik der karolingischen Mönche verkehrte alles das in das Gegenteil; der brave Deutsche fiel darauf herein und gab sein naturfreudiges Wesen gegen eine asiatische Naturentfremdung auf. Und daher unser tiefes, weites und hohes Unverständnis für alles, was Kunst heißt.“

Was der Maler Hagenrieder denkt, spricht und tut, darf nicht ohne weiteres auf Löns übertragen werden, in diesem Falle aber sind beide identisch, das zeigen genug andere Bemerkungen von Löns. Es sind das auch keine erschütternden Neuheiten. Es gibt manchen braven Deutschen, der in seiner Literaturgeschichte von den alten germanischen Sängern gelesen und der mit stolzer Rührung des Tacitus Bemerkungen darüber vernommen hat. Und dann geht es kühn an das Konstruieren: Was wäre daraus geworden, wenn die guten alten Deutschen nicht mit Römern und



Christen zusammengekommen wären! Ja, was wäre daraus geworden? Ob es weit über Indianerkunst und Indianersang hinausgewachsen wäre? Möglich, aber nicht sicher. Der Germane in seinen Wäldern scheint mir nicht das vorzüglichste Wesen für tiefes, weites und hohes Verständnis für alles, was Kunst heißt, gewesen zu sein. Die Karolingermönche hatten auch mehr Plage damit, diese groben Klötze zu kultivieren, als ihre Kunstverständnisse umzubiegen.

Weiß der ganze laute Chorus, der über die paar Reste altgermanischer Poesie in Verzückung gerät, nichts von der gewaltigen und in vielem so ganz echt deutschen Dichtung des Mittelalters? Und diese und auch die klassische Periode ruhen doch ganz auf den Schultern der Antike und des Christentums. Was wir beiden für unsere deutsche Literatur und Kultur verdanken, vermögen ganze Gelehrtengenerationen in nimmer rastender Arbeit nie erschöpfend aufzuzeigen. Was bedeuten dagegen Träume, was alles geworden wäre, wenn dies und jenes nicht gewesen wäre?

Das sexuelle Problem ist bei Löns an sich recht einfach. Es geht nach dem Schema: „Er kam, sah und wurde besiegt". Unangenehme Folgen hat das allerdings zuweilen und es wird immer ein unlösbares Problem bleiben, wie ein Mensch, der seinen Geschlechtstrieb nicht beherrscht, zu einer abgeklärten Ruhe kommt. Als ausgebrannter, gealterter Mann, mag er am Herdfeuer bei einem kräftigen Weibe aus dem Volke sitzend, wie der alte Hagenrieder über die Lebensrätsel und die vermeintlich unerschöpfliche Volkskraft nachgrübeln. Begreiflicherweise spricht Löns von solchen Dingen in einem Tone, der einigermaßen zarte Ohren leicht verletzen kann. Das ist bei ihm aber nur die Folge seiner Anschauungen und seiner natürlichen, nicht für Backfische berechneten Ausdrucksweise. Lüstern wie viele moderne Autoren, die vielleicht weniger anstößige Worte wählen, in Wirklichkeit aber richtige Pornographen sind, schreibt er nie. Er taucht seine Feder nicht für Gold in Schmutz. Er ist in seinen Büchern in diesem Punkte nur sehr schwach und haltlos

und spricht mit einer gewissen Freude davon, als müßte das alles so sein.

Vom rein literarischen Standpunkte aus ist zu seinen Romanen noch zu bemerken, daß auch sie mehr eine Aneinanderreihung von Skizzen als eigentliche Kompositionen sind; nur das zweite Gesicht macht hierin eine Ausnahme.

Im einzelnen ist über seine Romane: „Der letzte Hansbur" und „Da hinten in der Heide" nach den voraufgegangenen allgemeinen Erörterungen nichts besonderes zu sagen. Sie geben ausgezeichnete Naturschilderungen, führen gut in die bäuerlichen Heidverhältnisse ein, lassen im Grunde genommen, tüchtige, angenehme Menschen, denen es allerdings erheblich an Selbstzucht fehlt, in nicht gerade hervorragend tief erdachten oder eigentlich spannend komponierten Handlungen auftreten. Ganz anders sind „Der Wehrwolf" und „Das zweite Gesicht" zu werten. Den Wehrwolf nennt Löns eine Bauernchronik und er ist mit seinen Einzelbildern auch mehr eine Chronik als ein eigentlicher historischer Roman. Er behandelt die Schicksale eines Heidedorfes während des dreißigjährigen Krieges. Was Löns an Gutem hergeben kann, ist hier vereinigt. Nur selten stößt man auf eine der oben angeführten Schwächen. Fast alles ist kerndeutsch und gesund. Das Buch ist zwar bereits 1910 erstmalig erschienen, ist aber mit der Schilderung all der Not, die Deutschland in jenen Jahren ertragen mußte, und mit der Widergabe der Entschlossenheit, Tapferkeit, womit durchgehalten wurde, wie für unsere Tage geschrieben. Es ist für unser Volk kein Ruhmestitel, daß es ein Ding wie Meyrinks Golem in unserer Zeit auf eine Auflage von über hunderttausend bringen konnte, während der Wehrwolf noch im 25. und 26. Tausend steht.

Zu einer Riesenauflage wird es „Das zweite Gesicht, eine Liebesgeschichte" wohl nie bringen. Es ist eine solche auch nicht zu wünschen. Bekäme es ein nicht wirklich reifer Mensch in die Hand, so könnte es mancherlei Schaden anrichten. Es enthält sehr viel von den oben besprochenen



Mängeln. Allerdings hat es mit der Fülle geistreicher Bemerkungen, der harmonischen Verarbeitung von Mensch und Natur, den außerhalb jeglicher Schablone stehenden Personen auch große Vorzüge. Eine Unsumme von Gutem und Tüchtigem steckt darin. Etwas Richtiges wird freilich nicht daraus. Diesen Menschen ohne festen, inneren Halt, ohne geschlossene Weltanschauung zerrinnt kläglich ihr verpfuschtes Leben.

Über die Gedichtbücher[1]) von Loens habe ich nicht viel zu sagen. Traugott Pilf schätzt auch diese sehr hoch. Dem kann ich nicht zustimmen. Man stelle eine Ballade von Löns neben eine von Börries von Münchhausen und man sieht, daß Loens zu einem großen Balladendichter so ziemlich alles fehlt. Wenn man so hie und da — aber ja nicht zu oft! — eines der Volkslieder des kleinen Rosengartens auf sich wirken läßt, so kann man sich an dem nicht selten gut getroffenen Volkston herzlich freuen. In seiner Gesamtheit lädt der Rosengarten, in dem fast eine Rose wie die andere ist, mit dem ewigen Einerlei von Lieben und Küssen in ein und derselben Melodei zu keinem längeren Aufenthalt ein.

Damit will ich aber nicht sagen, daß Löns mit seinen Versen einer der vielen Dichterlinge ist. Mit einer guten Anzahl seiner Gedichte überragt er das Mittelmaß; deshalb ist er aber noch lange kein eigentlich großer Lyriker oder Balladendichter.

Lob und Tadel scheinen vielleicht manchen in diesem Aufsatze über Loens seltsam gemischt; den Nur-Literaten wurde darin wohl auch viel zu viel über Lebens- und Weltanschauung gesprochen. Aber wenn irgend jemand als Gesamtpersönlichkeit gewürdigt werden muß, so ist es ein Dichter. Und sollten dabei die Dinge, welche vor allem den Charakter und damit auch dessen Leistungen bestimmen, am

1) Gedichtbücher von Löns: Verlag Sponholtz: „Mein goldenes Buch", „Mein blaues Buch, Balladen", geb. 4 M.; Verlag Eugen Diederichs: „Der kleine Rosengarten", kart. 2 M.

wenigsten berücksichtigt werden? Wissen und Glauben schaffen noch lange keinen großen Schriftsteller, aber mangelhafte Kenntnisse und irrige Ansichten in den Grundfragen der Menschheit beeinträchtigen ihn. So ist es auch bei Löns.

LXXXVIII.

König Ludwig I. und die katholische Kirche.

Neue Beiträge von Anton Doeberl.

5.

Nach Drucklegung meines Aufsatzes über den Anteil König Ludwigs I. an der Beilegung der Kölner Wirren[1]) gingen mir noch einige Archivalien zu, die meine Ausführungen teils bestätigen, teils ergänzen und die bei der Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit für die historische Darstellung wertvoll sein dürften.

Zunächst bestätigen die folgenden Signate (insbesondere das vom 19. I. 1842) die Darstellung Pfülfs, daß die Bezeichnung des geeigneten Koadjutors von König Ludwig I. spontan ausgegangen ist. Dann, daß er bereits im Januar 1841 seine Zustimmung zu der Mission Reisachs gab, der den greisen Erzbischof um seine Zustimmung zur Aufstellung eines Koadjutors in der Person des Bischofs Geissel angehen sollte. Nach Pfülf fällt die erste Reise des Eichstädter Bischofs nach Münster in die Zeit vor Ostern 1841.[2])
Endlich war es der König, der, als sich noch in letzter Stunde Schwierigkeiten erhoben, durch die Vermittlung des Nuntius auf rasche Erledigung der Angelegenheit drängte.

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 158, S. 84.

2) Pfülf, Kardinal Geissel, I. Bd. S. 80; die zweite Reise fand im August 1841 statt.



Der Artikel in der „Allgem. Zeitung", den ich bereits mitteilte, ist auf Befehl des Königs und mit seiner Zustimmung vom Minister gefertigt worden, nachdem ein weitschweifiger Artikel aus der Feder Höflers dem Minister nicht entsprach.

Mit den nun folgenden Signaten dürfte der Anteil des Königs an einem vom patriotischen wie kirchlichen Standpunkt gleich wichtigen Werke in noch helleres Licht gestellt sein.

An den Minister des Innern.

Mit meiner Genehmigung wird der (in diesen Tagen hieher kommende) Bischof von Eichstätt mit einer Sendung des Papstes an den Erzbischof von Köln zu diesem sich begeben und, wenn der Erzbischof nicht eigensinnig, werden die kirchlichen Wirren mit Preußen ausgeglichen sein. Das Geheimnis muß noch bewahrt bleiben.

München, 22. Jänner 41. Ludwig.

An den Minister des Innern.

Dem Internuntius Meine Freude mündlich auszudrücken, daß mein, als ich voriges Jahr in Rom war, dem Papste ausgesprochener Wunsch ihn zum Nuntius bei mir zu ernennen, erfüllt wird.

München, 17. Februar 41. Ludwig.

Bad Brückenau, 10. August 1841.

Mein werter Minister. Die freudige Nachricht teile ich Ihnen mit, daß ein vorgestern Abend vom Bischof von Speyer mir zugekommener Brief mir die Annahme der Kölner Koadjutorie-Stelle, wenn der Papst das Ansinnen an ihn stellt, unter den bekannten Bedingungen ausspricht. Einige Punkte, die noch aus [zu] machen für diesen Fall, die mich angehen, bemerkte er, die ich abschriftlich hier beifüge; Ihre Ansichten darüber bald zu wissen wünsche, (wohl verstanden, wenn ohne Nachteil Ihrer mir wichtigen Gesundheit es geschehen kann), der ich dann dem Bischof antworten will. Gestern bereits schrieb ich meinem Schwager dem Könige das günstige Ergebnis in Urschrift, den solches ausdrückenden Brief und den vorher-



gegangenen (Ihnen bekannten) beilegend. Den Auszug des Schreibens des Bischofs mir zurück zu schicken.

Der soviel auf Sie haltende
Ludwig.

An den Minister des Innern.

Gleich Entwurf eines Vereins zu fortlaufenden Beiträgen zum Ausbau des Kölner Domes zu verfassen, damit, wie amtlich die dortigen Wirren beigelegt, er ins Leben treten könnte.

München, 13. Okt. 41. Ludwig.

An den Minister des Innern.

Gebe es etwas den Bischof von Speyer Betreffendes mir mitzuteilen, so geschehe es gleich, der heute bei mir speist. Auch zu veranstalten, daß er diesen Morgen um Stunde, der Königin aufzuwarten, anhalte, die wahrscheinlich wird erwidern lassen, ihn bei Tafel zu sehen. Es dürfte wünschenswert sein, daß derselbe den König von Preußen hier spreche, der, wenn er kommt, in einigen Tagen wohl eintreffen wird, worüber wahrscheinlich Näheres durch die heute Abend anlangende Königin von Preußen ich erfahren werde.

München, 18. Okt. 41. Ludwig.

An den Minister des Innern.

So eben ($^1/_4$ nach 9 Uhr) sprach ich Meine Schwester, die Königin von Preußen, die mir erwiderte, es sei noch ungewiß, ob der König käme. Wünsche, daß dieses noch heute der Bischof von Speyer erfahre, dem nicht zu zu muten aufs Ungewisse hier auf ihn zu warten. Im Falle, daß er jetzt abreise, soll er dem Regierungspräsidenten (Wrede) viel Freundliches von mir ausrichten. Mir wäre sehr angenehm, wenn Minister von Abel sich erkundige, welches Urteil er über ihn fälle und wie das in der Pfalz lautet und über die Stimmung daselbst den Bischof befrage.

München, 18. Okt. 41. Ludwig.



An den Minister des Innern.

Wenn tunlich, wünsche ich angelegenst, daß noch vor meines Schwagers, des Königs, bis jetzt auf den 22. dieses festgesetzten Abreise (wovon aber hier noch nichts verlauten soll) die Nachricht, daß der Bischof von Speyer eingewilligt, hier angelangt wäre. Wäre hiezu Abschickung einer Stafette an ihn erforderlich, soll sie auf meine Kosten geschehen.

München, 13. Nov. 41. Ludwig.

An den Minister des Innern.

Nach erhaltener Aufklärung ist dermalen dem Bischof von Speyer nicht zu schreiben, dem Nuntius aber zu sagen und das heute, daß mir die bewußten neuen Anstände in der Kölner Sache keineswegs als deren Beilegung hindernd erscheinen, ich angelegenst wünsche, der Bischof von Speyer möge nachgeben, er diesen meinen Wunsch, meinen innigen, er unverzüglich nach Rom berichten und selbst in diesem Sinne schreiben möchte, der ich baldige Beendigung dieser Wirren für wichtig erachte.

München, 14. Nov. 41. Ludwig.

An den Minister des Innern.

Jetzt dürfte es an der Zeit [sein], ohne Ruhmredigkeit, aber der Wahrheit getreu die Tatsache zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, nämlich was ich zur Beilegung der Kölner Wirren getan, wie ich unaufgefordert meine Vermittlung antrug, daß ich den Bischof von Speyer dem Papste und dem König von Preußen vorgeschlagen als Koadjutor von Köln, daß ich dieses große [Opfer] zu bringen mich also erboten habe zum Besten der Kirche und des Teutschen Vaterlandes. Der Entwurf ist unverweilt zu machen; erfreulich könnt ich ihn heute Abend bekommen, da ich sehen will, ob er meinen Beifall bekomme. Auch Entwurf für Kölner Dombauverein aufzusetzen.

München, 19. Jänner 42. Ludwig.



An den Minister des Innern.

Den heute bei ihm speisenden Bischöfen[1]) als von mir beauftragt, meinen lebhaften Wunsch auszusprechen, daß sie durch die Pfarrer auf das Volk wirken möchten, damit in Massa, wenn auch nur wenig von den Einzelnen, aber nachhaltig zum Kölner Dombau-Verein beigetragen werde.

München, 16. März 1842. Ludwig.[2])

1) Nach der Konsekration des Bischofs Valentin Riedel von Regensburg.

2) Ich glaube auch das folgende Schreiben, das sich nur im P. S. mit unserem Gegenstand beschäftigt, ganz wiederholen zu sollen, um so mehr, als sich in ihm die deutschnationale wie kirchliche Gesinnung im schönsten Bunde zeigt. Rom, 22. Mai 1842. Mein werter Minister! Durch die Zeitung das ungeheure, Hamburg betroffen habende Unglück vernommen habend erteile ich hiemit die Weisung, in meinem ganzen Königreiche Sammlungen vorzunehmen zur Unterstützung der durch diesen Brand um ihr Vermögen gekommenen oder brodlos gewordenen Hamburger. Möchten die Bayern, so wie alle Teutsche auch bei dieser Gelegenheit das Gefühl betätigen, daß wir alle einem gemeinschaftlichen Vaterlande angehören. Das Ergebnis der Sammlungen ist mir anzuzeigen. Der Ihnen wohlgewogene Ludwig.

Dieses Schreiben soll in die Allg. Zeitung und in die Münchner Politische eingerückt werden. Zum Schlusse Ihnen, Abel, der ich soviel auf Sie halte, Freundliches aus dem ewig einzigen Rom. Der Papst äußerte gegen mich, er wünsche, daß alle Könige so wären (für unsere Kirche) als wie ich.

Beim Tode des Papstes schreibt der König:
Aschaffenburg, 11. Juni 1846. Mein werter Minister! Drücken Sie als von mir beauftragt mein Leidwesen über des Papstes Gregor XVI. Tod aus, es wiederholend, denn Grafen von Bray habe ich bereits denselben Auftrag erteilt. Die Kirche verliert ihr bewährtes, so rühmlich ausgezeichnetes Haupt, ich einen mir anhänglichen Papst, der viel auf mich hielt. Ludwig.



LXXXIX.

Eine philosophische Pädagogik.

Von P. Th. Droege, C. ss. R., Geistingen.

Unter diesem Titel haben wir schon früher in dieser Zeitschrift (vergl. Bd. 156 S. 881 ff.) über den ersten Band eines pädagogischen Werkes von Dr. C. Willems, Professors der Philosophie am Priesterseminar zu Trier, berichtet, das den Titel trägt: „Grundfragen der Philosophie und Pädagogik, für gebildete Kreise dargestellt" (Trier 1915 und 1916 Paulinusdruckerei, Pr. des Bandes geb. 7 *M*.) Das Werk zerfällt in drei Bände, von denen der erste das Sinnesleben, der zweite das Geistesleben, der dritte das sittliche Leben des Menschen behandelt. Die beiden ersten Bände erschienen bereits im Jahre 1915, während der dritte Band wegen mangelnden Druckerpersonals erst jetzt die Presse verlassen konnte. Die bisher erschienenen Bände haben nicht bloß in der gesamten Fachpresse Deutschlands, sondern auch über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, z. B. in Nordamerika sehr warme Anerkennung gefunden (vergl. The Ecclesiastical Review in Philadelphia 1916 Nr. 3.) Darum glauben wir unsern Bericht über den ersten Band durch eine Besprechung des jetzt vorliegenden zweiten und dritten Bandes vervollständigen zu sollen.

Auch die Abhandlungen des zweiten und dritten Bandes sind aus einem pädagogischen Vortragskursus hervorgegangen, den der Verfasser vor dem Kriege für Lehrer und Lehrerinnen zu Saarbrücken gehalten hat. Nur die beiden letzten Vorträge des dritten Bandes konnten wegen des vorzeitigen Abbruchs des Kursus infolge des Krieges nicht gehalten werden, sondern sind später eingefügt worden. Das Hauptziel, das dem Verfasser bei seiner Arbeit vorschwebte, war, wie der Titel andeutet, allen gebildeten Kreisen, insbesondere den mit der pädagogischen Theorie oder Praxis beschäftigten, eine bequeme und leicht faß-



liche Orientierung über die letzten philosophischen Grundlagen zu bieten, auf denen die pädagogischen Grundgesetze aufgebaut werden müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus wollen diese „Grundfragen" beurteilt sein. Aus diesem Zweckgedanken heraus erklärt es sich, daß der Schwerpunkt der Erörterungen in den philosophischen Erörterungen liegt und die pädagogischen Grundgesetze nicht in systematischer Geschlossenheit dargeboten, sondern jeweils als Folgerungen aus den philosophischen Grundlagen abgeleitet werden. Wegen des vorgesteckten Zieles lag es dem Verfasser auch fern, in streng wissenschaftlicher Form eine „tief schürfende Kritik" mancher noch schwebender Einzelfragen zu geben. Seine Aufgabe erblickte er vielmehr lediglich darin, durch eine möglichst ausgiebige Heranziehung der scholastischen wie nicht scholastischen Literatur in populär wissenschaftlicher Form seinen Lesern einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der philosophischen und pädagogischen Grundfragen zu vermitteln. Und diesen seinen Zweck, so will uns scheinen, hat der Verfasser voll und ganz erreicht, wovon uns ein Blick in die vorliegenden Bände überzeugen kann.

Nachdem der erste Band die philosophischen Grundlagen des sinnlichen Lebens im Menschen beleuchtet hatte, geht der zweite Band dazu über, das intellektive Geistesleben des Menschen in den Kreis seiner Untersuchungen zu ziehen. Zwei Eigenschaften sind es nun vor allem, die diesen Untersuchungen ihr charakteristisches Gepräge geben: eine reichhaltige Fülle des dargestellten Stoffes und eine durchsichtige Klarheit in der Darstellungsform.

Das intellektive Geistesleben des Menschen wird von einem dreifachen Standpunkte aus behandelt: vom Standpunkte der Logik, der Erkenntnistheorie und der experimentellen Psychologie. Um den logischen Gedankeninhalt unseres intellektiven Geisteslebens nach allen Seiten hin klar zu legen, werden die Grundtätigkeit des intellektiven Denkens, die Begriffsbildung, die urteils- und schlußfolgernde Tätigkeit des Verstandes einer eingehenden Analyse unterzogen. Keine Seite des Denkaktes, weder die logische noch die psychologische noch die ontologische



wird dabei übersehen, so daß der Logiker hier fast ein vollständiges Kompendium der herkömmlichen scholastischen Logik wiederfindet. Ja die logische Behandlung der Denklehre geht sogar insoweit über die Grenzen der herrschenden Logik hinaus, als sie auch jene Grundbegriffe des menschlichen Denkens ausführlich zergliedert, die eigentlich in das Gebiet der Ontologie gehören, wie den transzendentalen Seinsbegriff, die transzendentalen Begriffe der Einheit, Wahrheit und Gutheit, die Begriffspaare von Substanz und Akzidens, Ursache und Wirkung, Zweck und Mittel, Raum und Zeit, Endlich und Unendlich, Schön und Häßlich. In der erkenntnistheoretischen Behandlung des intellektiven Geisteslebens werden die intellektiven Denktätigkeiten nicht nach ihrer logischen Folgerichtigkeit, sondern nach ihrer Übereinstimmung mit der Wirklichkeit untersucht. Allerdings sieht der Verfasser hier seinem Zweck entsprechend von einer systematischen Behandlung der schwierigen Frage nach der Objektivität unseres Denkens ab. Doch werden die hauptsächlichsten Elemente dieses Problems, der Begriff, die Quellen und Kriterien der Wahrheit im Sinne der aristotelisch-scholastischen Philosophie recht eingehend erörtert, und eine reichliche Angabe der einschlägigen scholastischen wie nicht scholastischen Literatur setzt den Leser in den Stand, durch selbständiges Weiterstudium in diesen dunklen Fragen sich noch mehr Licht zu verschaffen. Aber nicht bloß von der Logik und Erkenntnislehre, sondern auch von der experimentellen Psychologie sucht der Verfasser Licht für seinen Gegenstand zu gewinnen. Diese Heranziehung der experimentellen Psychologie verdient um so mehr lobend hervorgehoben zu werden, als dieser jüngste Sprößling der psychologischen Wissenschaft berufen zu sein scheint, das alte und das neue Denken wieder einander zu nähern, um beide zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung zu befruchten. Auch die sachkundige und faßliche, wenn auch nicht sehr ausführliche Art, mit der der Verfasser hier die bahnbrechenden Arbeiten der Würzburger Schule und anderer Denkpsychologen, wie von Marbe, Messer, Watt, Bühler, Störring, Ach, Meumann usw. für die Pädagogik nutzbar zu machen sich bemüht,

verdient hohe Anerkennung. Gerade aus diesen Quellen schöpft der Verfasser das Licht zur Lösung mancher Fragen, die für die pädagogische Theorie und Praxis von eminenter Bedeutung sind. Ich nenne nur die Fragen nach der pädagogisch richtigen Behandlung des Religionsunterrichtes, der sexuellen Aufklärung, der Selbstregierung der Schüler, der Koëdukation, der amerikanischen Arbeitsschule. Den Abschluß des zweiten Bandes bildet die Darstellung und Würdigung der Kantschen Erkenntnislehre.

Der aufmerksame Leser vermag sich des Eindrucks nicht zu erwehren, daß die überreiche Fülle des im vorliegenden Bande verarbeiteten Materials fast erdrückend wirkt; doch müssen wir hinzufügen, daß dieser Eindruck nicht wenig wieder ausgeglichen wird durch die „kristallklare" Darstellungsform, die eine langjährige praktische Tätigkeit im Lehramt zur Verfügung gestellt hat. Durch eine anschaulich klare Begriffsentwicklung, durch eine scharf abgegrenzte Fragestellung und streng logische Folgerichtigkeit in der Beweisentwicklung, versteht es der Verfasser in wohltuender Weise hier wie in seinem philosophischen Handbuch, auch die verwickeltsten Ideenmassen und abstraktesten Gedankengänge so zu zergliedern und aufzuhellen, daß es auch dem im streng philosophischen Denken weniger Geschulten möglich wird, ohne besondere Mühe in dieselben einzudringen.

Vergleichen wir nun die hier dargelegten Fundamente des intellektiven Geisteslebens mit den Grundlagen, auf denen die moderne an Herbart sich orientierende Pädagogik die intellektive Denklehre aufbaut, so müssen wir dem Verfasser Dank wissen, daß er gerade in unserer Zeit die Pädagogik wieder auf jene philosophia perennis hinweist, die so viele Jahrhunderte lang der sichere Grundpfeiler derselben gewesen ist. Allerdings berücksichtigt Prof. Willems nicht bloß die Herbartsche, sondern auch die übrige nicht scholastische Philosophie. Trotzdem scheint uns ein Vergleich der von ihm vertretenen aristotelisch-scholastischen Anschauungen mit den von Herbart in einen großen Teil der modernen pädagogischen Literatur eingeführten philo-



sophischen Anschauungen ganz besonders geeignet, den wissenschaftlichen Wert des pädagogischen Werkes von Prof. Willems in das rechte Licht zu rücken.

Nach der Herbartschen Philosophie[1]) ist das begriffliche Denken nur ein verfeinertes Vorstellungssystem und darum von diesem nicht wesentlich verschieden. Eine über das sinnliche Vorstellungsvermögen hinausgehende höhere Vernunft, die das Allgemeine und Notwendige als solches erkennt, gibt es für Herbart nicht. Außerdem sind nach der Herbartschen Psychologie die Begriffs- und Vorstellungsmassen mehr oder minder selbständige Wesen, die nach den Gesetzen der Mechanik und Statik des Geistes sich gegenseitig anziehen und abstoßen, unter die Schwelle des Bewußtseins hinabsinken und ins Bewußtsein wieder emporsteigen, ohne daß ein einigendes Band diese stoßenden und drängenden Einheiten untereinander oder mit dem Seelengrund verbindet und über ihnen stehend um sie weiß. Diese willkürliche Auflösung des höheren Seelenlebens in das mechanische Wechselspiel von kämpfenden und sich einklemmenden Vorstellungen, vermag den Tatsachen des Bewußtseins nicht gerecht zu werden, das uns eine wesentliche Verschiedenheit des intellektiven und sensitiven Seelenlebens sowie die unzerstörbare Einheitlichkeit beider garantiert, wie besonders die neuern Forschungen der experimentellen Denkpsychologie von neuem bestätigt haben. Vergleicht man diese Herbartsche Denkpsychologie mit der Denkpsychologie der aristotelisch-scholastischen Philosophie, so wird es nicht schwer, zu erkennen, welche von beiden Anschauungen eine einwandfreie Deutung der feststehenden Tatsachen des Bewußtseins tatsächlich darstellt, und man wird dem Herbartianischen Psychologen Volkmann recht geben, wenn er sagt: Die Herbartianische Psychologie muß durch eine andere ersetzt werden und zwar durch die aristotelisch-scholastische.

Die Überlegenheit der aristotelisch-scholastischen Philosophie

1) Vgl. O. Willmann, Herbarts pädagogische Schriften², Leipzig 1880 und E. Roloff, Lexikon der Pädagogik, Freiburg i. B 1914, Art. Herbart.



gegenüber dem philosophischen System Herbarts, des Vaters der modernen Pädagogik, tritt noch deutlicher in dem dritten Bande der „Grundfragen“ hervor, in dem Professor Willems sich mit der Erforschung des sittlichen Lebens im Menschen beschäftigt. Trotz der großen Verdienste, die sich Herbart um die Entwicklung der Pädagogik erworben hat, vor allem, indem er, wie Willmann sich ausdrückt, sie in aller Form zu einem Zweige der Philosophie erhob, so sind es doch insbesondere drei Mängel, welche uns die ethische Grundlegung der Herbartschen Pädagogik als ungenügend erscheinen lassen; nämlich die unbefriedigende Erklärung, die Herbart von dem Strebevermögen als dem psychischen Träger des sittlichen Lebens von der Sittennorm als dem formalen Grund des sittlichen Lebens und von Gott als dem höchsten Ziel und Vollender alles sittlichen Lebens gibt. Nun sind es aber gerade diese drei Momente, die Professor Willems in den drei Hauptteilen seines dritten Bandes in den Vordergrund der Erörterungen rückt. Darum scheinen mir gerade seine Untersuchungen über das sittliche Leben ganz besonders geeignet, um die Tragfestigkeit der aristotelisch-scholastischen Ethik für die Fundamentierung der christlichen Pädagogik im Gegensatz zur herrschenden Ethik Herbarts zu zeigen.

Was den psychischen Träger des sittlichen Lebens, das Strebevermögen im Menschen betrifft, so vermag die Herbartsche Psychologie zunächst der Selbständigkeit des Strebevermögens gegenüber dem Erkenntnisvermögen nicht gerecht zu werden, weil sie alles Streben aus dem Vorstellen allein abzuleiten versucht und die wesentliche Verschiedenheit beider leugnet. In dieser Anschauung ist auch die Zurücksetzung der Willensbildung gegenüber der Verstandesbildung sowie die einseitige Auflösung aller Erziehungstätigkeit in die Kultur der Vorstellungswelt begründet. Sodann vermag Herbart den machtvollen Einfluß des Gefühls auf das sittliche Leben, sowie die Tatsache der Willensfreiheit, dieser absolut notwendigen Vorbedingung aller sittlichen Betätigung, nicht befriedigend zu erklären. Wenn nämlich Fühlen und Wollen nur Eigenschaften und Zustände der Vorstellungsmassen sind, die aus dem Kampf der Vorstellungen



sich notwendig ergeben, so kann von einer ursprünglichen elementaren Gewalt des Gefühls auf das sittliche Wollen und von einer Lenkung und Beherrschung des Vorstellungsverlaufs durch den freien Willen wie sie uns das Bewußtsein bezeugen, im Ernst nicht die Rede sein.

Dem gegenüber betont Professor Willems, indem er sich auf den Boden der aristotelisch-scholastischen Philosophie stellt, im ersten Teil seiner ethischen Untersuchungen mit Recht vor allem die Selbständigkeit und wesentliche Verschiedenheit des Strebevermögens gegenüber dem Erkenntnisvermögen und darin geben ihm die Tatsachen des Bewußtseins und auch die meisten Vertreter der experimentellen Psychologie, gestützt auf diese Tatsachen des Bewußtseins, voll und ganz recht. Der aristotelisch-scholastischen Philosophie ist darum nicht einseitige Verstandesbildung, sondern vor allem die pädagogische Willenskultur, d. h. die Erziehung des Zöglings zum sittlichen Menschen und praktischen Christen die eigentliche Krone aller erzieherischen Tätigkeit. Wesentliche Vorbedingung für diese pädagogische Willenskultur ist aber eine genaue Kenntnis des machtvollen Einflusses, den die Gefühle auf das sittliche Leben des Menschen ausüben, sowie ein richtiger Einblick in den Sinn und die Tragweite der menschlichen Willensfreiheit. Darum behandelt Professor Willems zunächst den Begriff und die Bedeutung der Gefühle, sodann das Problem der Willensfreiheit, woran er einige sehr interessante Abhandlungen über den Einfluß der Willensfreiheit auf die Gestaltung des individuellen und sozialen Lebens, über die pädagogischen Mittel zur Willensbildung, über Charakter und Persönlichkeit anschließt.

Nachdem so die psychologischen Grundlagen des sittlichen Lebens und ihre Bedeutung für die Gestaltung des gesamten Erziehungsplanes klargelegt sind, geht der Verfasser im zweiten Teile seiner Arbeit über zur wissenschaftlichen Erforschung des sittlichen Lebens selbst, indem er die wichtigen Fragen nach dem Ziel des Menschen, der Existenz und Norm der sittlichen Ordnung, nach dem Wesen des Pflichtbegriffes und des Gesetzes, der Vergeltung, der Motive des sittlichen Handelns eingehend

erörtert. Auch hier tritt der Gegensatz der aristotelisch-scholastischen Ethik und der Ethik Herbarts sehr deutlich zutage. Herbart lehnt mit Kant jede Begründung des sittlich Guten außerhalb des Willens ab und bekennt sich damit als Schüler Kants zur vollständigen Trennung von Ethik und Metaphysik. Doch leitet er nicht wie Kant das Wesen der Sittlichkeit aus dem kategorischen Imperativ, sondern aus dem ästhetischen Wohlgefallen ab. Fünf einfache ursprüngliche Willensverhältnisse: die Idee der inneren Freiheit, der Vollkommenheit, des Wohlwollens, des Rechtes, der Billigkeit oder der Vergeltung sollen nach Herbart die letzten nicht weiter reduzierbaren ästhetischen Beziehungen sein, aus denen das ästhetische Wohlgefallen als die Grundlage des sittlichen Urteils naturgemäß entspringt. Der Flugsand dieser fünf sittlichen Grundideen und Grundurteile, die ursprünglich keinerlei Nötigung enthalten, sind die schwankende Grundlage, auf der das Gebäude der Herbartschen Ethik ruht. — Ganz anders die ethische Grundlegung der Pädagogik im Sinne der aristotelisch-scholastischen Philosophie, wie sie Prof. Willems entwickelt. Der unnatürlichen Auseinanderreißung der Welt des Seins und Sollens gegenüber betont sie vor allem den von der Vernunft eindringlich geforderten unmittelbaren Zusammenhang von Sein und Sollen, indem sie die metaphysischen wie ethischen Grundsätze aus einer und derselben Quelle der theoretischen und zugleich praktischen Vernunft ableitet, die dem Menschen als Leuchte auf seinem Lebensweg gegeben ist. Und nicht das schwanke Rohr des ästhetischen Wohlgefallens mit seinem unvermeidlichen subjektiven Einschlag bildet das wankende Fundament der sittlichen Ordnung, sondern die im Wesen der Dinge, insbesondere der menschlichen Natur mit ihren unveränderlichen Wesensbeziehungen zu sich selbst, zu anderen Menschen und zu Gott sind der unverrückbare Felsengrund, auf dem der majestätische Dom der sittlichen Lebensordnung sich erhebt. Nach dieser im Wesen der menschlichen Natur und der übrigen Dinge begründeten unveränderlichen Ordnung muß das praktische Urteil der sittlichen Vernunft sich richten. Während darum in der Herbartschen Philosophie eine unüberbrückbare Kluft gähnt



zwischen der Welt des logischen Denkens, des sittlichen Wollens und des metaphysischen Seins, und die fünf schwankenden Grundpfeiler der sittlichen Welt jedes verbindenden einheitlichen Untergrundes entbehren, stellt sich in der aristotelisch-scholastischen Philosophe die dreifache Welt des Denkens, Wollens und Seins als eine absolut einheitliche, geistesgewaltige Synthese dar, die durch ein und dasselbe verbindende Formalprinzip zusammengehalten wird und auf dem Urgrund aller Einheit, dem Wesen Gottes, in letzter Linie verankert ist. Das einheitliche verbindende Formalprinzip dieser Synthese ist nach Thomas von Aquin die Ideenwelt im Verstande Gottes, die der Abglanz des göttlichen Wesens, der Inhalt des göttlichen Erkennens und die Richtschnur des göttlichen Wollens, aber auch das Vorbild für das geschaffene Sein, der Maßstab für das geschaffene Erkennen und die Richtschnur für das geschaffene Wollen ist. Im Lichte dieser idealen Weltauffassung erscheint, wie alles Sein, so auch das menschliche Sein, nur als ein Widerschein des göttlichen Seins, ist das menschliche Denken nur ein Nachdenken der göttlichen Gedanken und das sittliche Wollen des Menschen nur ein Auswirken des göttlichen Wollens.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich von selbst, daß Gott der eigentliche Höhepunkt und die Vollendung der sittlichen Ordnung ist, weil in ihm der letzte Formalgrund alles sittlich Guten ruht. Aber auch noch in einem andern Sinne kann Gott der Abschluß und die Vollendung der sittlichen Ordnung genannt werden, insofern er nämlich die volle Sanktion der sittlichen Ordnung, d. h. den vollen Ausgleich zwischen Lohn und Strafe für das andere Leben aufbewahrt hat, und insofern er der natürlichen sittlichen Ordnung durch die übernatürliche Offenbarungsreligion eine positive Ergänzung gegeben hat. Darum geht der Verfasser der „Grundfragen“ nach der Abhandlung über das Wesen der sittlichen Ordnung im dritten Teil seines Werkes dazu über, die Vollendung des sittlichen Lebens näher zu untersuchen. Er unterscheidet eine doppelte Vollendung: eine extensive Entfaltung des sittlichen Lebens im jenseitigen Leben und eine intensive Ausgestaltung des sittlichen Lebens im Diesseits



durch die christliche Offenbarungsreligion. Um das Verhältnis des sittlichen Lebens zum jenseitigen genauer zu bestimmen, wird die Frage nach der Unsterblichkeit der menschlichen Seele sehr eingehend untersucht. Die Wechselwirkung der natürlichen sittlichen Ordnung und der übernatürlichen Offenbarungsreligion sucht der Verfasser dem Verständnis näher zu bringen, indem er den Einfluß der christlichen Religion auf die intellektuellen, moralischen und ästhetischen Anschauungen, auf die materielle Kultur und auf die Pädagogik näher erörtert. Den Abschluß des dritten Bandes bildet die Darlegung und kritische Würdigung der Sittenlehre Kants. Kant ist ja die letzte Quelle der meisten heute verbreiteten ethischen Anschauungen in der pädagogischen wie nicht pädagogischen Literatur. Herbart, der Vater der modernen Pädagogik, bekennt sich in der Ethik offen als einen Schüler Kants. Vergleichen wir also die Ethik Herbarts mit der von Professor Willems entwickelten Ethik der aristotelisch-scholastischen Philosophie, so tritt der Abgrund, der zwischen beiden sich öffnet, klar hervor. In der Herbartschen Ethik findet Gott keinen Platz, weil die Seele als absolutes Reale unabhängig von Gott ist und die sittliche Ordnung nur auf dem subjektiven ästhetischen Wohlgefallen als ihrem letzten Grunde ruht. Von einer Abhängigkeit des Menschen von Gott und einem positiven Ausbau der natürlichen Ethik durch die übernatürliche Offenbarungsreligion ist darum keine Rede. Die Religion ist für Herbart vielmehr nur ein dunkles Gefühl der Besorgnis, das den Menschen beunruhigt, wenn er seine Lage und die Welt betrachtet. Sie soll den Unsichern, Gebrechlichen und Strauchelnden Hilfe leisten, ihre Lasten besser zu tragen. Nur für die Masse, die im Denken wenig geübt ist, führt darum die Religion das Steuer des Lebens. Daher findet die Religion auch in Herbarts Pädagogik nur wenig Platz, indem er ausdrücklich erklärt: „Positive Religion gehört nicht für den Erzieher als solchen, sondern für die Kirche und für die Eltern.“ Mit Recht fragt deshalb Kaderávek: „Welchen Gebrauch kann man von Herbarts Ethik machen, wenn sie von der Methaphysik losgetrennt ist, Gott, den Urgrund des Guten nicht kennt,



das moralische Leben in eitel Schöngeisterei verwandelt? Sie ist nach dem Geständnis der Herbartianer im allgemeinen Leben unpraktikabel und muß für das gemeine Volk aus Not mit der christlichen Ethik ersetzt werden. Aber ich glaube, daß auch der Gelehrte aus der Herbartschen Ethik die Moral nicht lernt, da jene vielmehr ein Polster ist, auf welchem der Sünder ganz wohl schlafen kann" (Roloff, Lexik. d. P. A. Herbart).

Die überaus fleißige Arbeit von Dr. Willems scheint uns in vorzüglichem Maße geeignet, die Wahrheit dieses Urteils zu bestätigen. Wer die drei Bände der Grundfragen aufmerksam durchstudiert, wird nicht nur einen gründlichen Einblick in den gegenwärtigen Stand der behandelten pädagogischen und philosophischen Grundfragen im Sinne der christlichen wie antichristlichen Philosophie erhalten, sondern auch sich der Überzeugung nicht erwehren können, daß eine einheitliche und tragfeste Grundlage für den Aufbau einer praktisch brauchbaren Pädagogik nicht bei der antichristlichen Philosophie, sondern nur bei der auf einer mehrtausendjährigen Spekulation beruhenden aristotelisch-scholastischen Philosophie zu finden ist. Darin scheint uns in erster Linie der bleibende wissenschaftliche Wert des überaus inhaltreichen, klar und anziehend geschriebenen, auf einer umfassenden Kenntnis der einschlägigen Literatur beruhenden Werkes zu liegen. In diesem Sinne verdient die mühevolle Arbeit des Verfassers unsere volle Anerkennung und in diesem Sinne werden ihm auch alle jene ihren aufrichtigen Dank nicht versagen, die, wie es die Natur des Gegenstandes mit sich bringt, nicht in allen untergeordneten Einzelfragen die von ihm vertretenen Anschauungen teilen. In diesem Sinne können wir allen gebildeten Kreisen, die sich für die Grundfragen der Philosophie und Pädagogik interessieren, insbesondere den mit der pädagogischen Theorie oder Praxis beschäftigten, das Werk nur auf das allerwärmste empfehlen.

XC.

Japanische Probleme.

I.

Am 22. April veröffentlichten die französischen Zeitungen ein knappes Telegramm aus Tokio, daß Japan mit fieberhaftem Eifer an seiner Kriegsbereitschaft arbeite. Alle Arsenale und Munitionsfabriken könnten den Anforderungen kaum gerecht werden. Japan werde in allerkürzester Frist bis an die Zähne bewaffnet sein. Irgend eine Andeutung über den Grund des plötzlichen Ausbruches dieses Kriegseifers brachte die Depesche nicht.

Ohne auf die naheliegende Vermutung einzugehen, wohin etwa dieser „kalte Wasserstrahl" gerichtet sei, nehme ich Kenntnis von der Sache und will im Folgenden kurz die wichtigsten der heute zur Erörterung stehenden japanischen Probleme darstellen.

The financial Times vom 29. März bespricht die kolonisatorische Arbeit, die Japan bisher in Korea geleistet hat. Die Wiedergabe des Inhaltes dieses Aufsatzes wird als Unterlage für das klare Verständnis des zweiten Punktes unserer Untersuchung von Wert sein.

Fünf Jahre Schutzherrschaft über Korea und fünf Jahre der Einverleibung des Landes gestatten schon einen lehrreichen Überblick über die Tätigkeit Japans in diesem früher durchaus verwahrlosten Lande. Aus dem neuesten Jahresberichte der japanischen Behörden geht hervor, erstens daß die Warenerzeugung sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hat; zweitens daß Industrie und der Unterricht ungemein gefördert werden konnten; drittens daß die gesundheitlichen Verhältnisse dieses durchseuchten Landes fast einwandfreie geworden sind und viertens daß die finanzielle Selbständigkeit in immer größere Nähe gerückt ist.



Im Jahre 1915 betrugen die Einnahmen 3'856,100 Pfund; dem Vorjahre gegenüber sind dieselben zwar um 85,200 Pfund geringer, was aber durch den Rückgang der außerordentlichen Einnahmen verursacht ist. Die ordentlichen Einnahmen stiegen hingegen um 205,300 Pfund. Der Zuschuß des Mutterlandes in der Höhe von 800,000 Pfund war um 100,000 Pfund geringer als im vorhergehenden Jahre.

Bei einer Gesamteinfuhr von 2'098,000 Pfund im Jahre 1912 betrug der Einfuhrüberschuß noch 4'613,000 Pfund, mithin war die Einfuhr dreimal so groß als die Ausfuhr. Drei Jahre später war der Einfuhrüberschuß auf 970,000 Pfund gesunken, der teils dem Kriege, mehr aber noch der Steigerung der einheimischen Warenerzeugung gutgeschrieben werden kann. Von 1.6 Millionen Pfund Ausfuhr von 1909 stieg dieselbe bis 1915 auf 4.9 Millionen Pfund.

Vorbedingung für so glänzende Ergebnisse in einem Lande wie Korea war die ungemein starke Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Mustergüter, Versuchsanstalten und Pflanzenschulen haben die Landwirtschaft in hohem Grade gefördert. Fischerei und Forstwirtschaft wurden auf modernen Fuß gebracht, damit sie ertragreich werden konnten. Seit der Einverleibung des Landes ist die Reisernte von 8 auf 12 Millionen Koko gestiegen, Baumwolle von 11 auf 36, Seidenkokons von 13,000 auf 46,000 Koko. Alle Bergwerksprodukte zusammengenommen stiegen von 608,000 Pfund auf 840,300 Pfund und die Erzeugnisse der Fabriken steigerten sich um 70 vom Hundert. Monopole für den Anbau von Ginseng (Panat, Kraftwurz), für Salz, Forsten und Kohlenzechen sind in steigendem Maße gewinnbringend.

Erwägt man, daß alle diese Dinge erst im Anfang ihrer Entwicklung stehen, weil die Japaner fast alles neu schaffen und einrichten mußten, so sind die Aussichten für Korea die allerbesten. Japan hat hier Großes geleistet, wie man leicht erkennen kann.

Über Madrid kam jüngst folgende Depesche: „Portugal



beabsichtigt in Japan eine Anleihe aufzunehmen und willigt dafür in die Abtretung seiner Kolonie Macao an Japan."

Ich will die Bedeutung dieser lakonischen Meldung zunächst politisch erklären. Für sein Verhalten beim Abbruch der Beziehungen zwischen China und dem Deutschen Reiche hat sich Japan von England als Entschädigung neben anderen, hier außer Betracht bleibenden Dingen die Abtretung Macaos am Perlfluß ausbedungen. Portugal wurde dabei nicht gefragt, sondern hatte einfach dem ergangenen Befehle Folge zu leisten. Daß diese Abmachung in ein Handelsgeschäft eingekleidet wurde, ändert an der diplomatischen und wirtschaftlichen Niederlage Englands nicht das Allergeringste. Ebensowenig ist die auffällige Eile der Übernahme der portugiesischen Kolonie durch Japan und der Auszahlung der Anleihe an Portugal ein Ruhmesblatt für Dorningstreet. England ist ausgiebig auf fremde Geldhilfe angewiesen, muß eine Menge geldlicher Verpflichtungen gegenüber den „beschützten" kleinen Bundesgenossen und dessen entthronten Herrschern erfüllen und war so nicht in der Lage Portugal weiter zu helfen. Zudem schienen auch die Hilfsquellen Portugals keinerlei Gewähr für weiteren Pump mehr zu bieten.

Da man zweifellos nach dem Kriege die Hingabe Macaos ungefähr so wie diejenige Helgolands in England bewerten wird, so mußte Japan Englands Notlage sofort ausnutzen, wenn es sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollte, Englands Chinahandel an seinem Lebensnerv zu treffen.

Wie ist das zu verstehen? Hongkong ist der große, gewaltige Mittelpunkt des englisch-chinesischen Handels. Man geht nicht fehl, wenn man sagt, daß in Friedenszeiten jede Besitzveränderung in Macao von England als Kriegsfall angesehen worden wäre. Jetzt aber, im Kampfe um die Vorherrschaft in Europa, mußte das stolze England sich in Ostasien vor dem gelben Bundesgenossen beugen und zähne-



knirschend zusehen, wie sich dieser in und um China immer weiter häuslich einrichtet.

Macao, am Hauptarm des Perlflusses gelegen, ist in der Lage den weitaus größten Teil des Kantonhandels an sich zu ziehen. In Kanton selbst sind die Japaner wie zu Hause und die Kantonesen erstreben eigentlich einen völligen politischen Anschluß an Japan schon seit einiger Zeit. Wer Kanton hat, hat die chinesischen Provinzen Kuangtun, Kuangsi, nebst den anderen südchinesischen Provinzen Chinas. Dort war aber Englands und zum Teil auch Frankreichs Interessenzone, was jedoch die Japaner nicht im geringsten stören wird. Mit Macao ist eine Art Vorherrschaft in Südchina in japanische Hände gelangt.

Im Januar 1901 stattete Eduard VII. seinen Staatsbesuch in Lissabon ab. Beim Prunkmahl hielt er eine Rede des Inhaltes, daß die unantastbare Aufrechterhaltung Portugals und seiner sämtlichen Kolonien der Gegenstand seiner wärmsten Wünsche und Bestrebungen sei. Zwar war 2¹/₂ Jahre vorher zwischen Graf Hatzfeld und Balfour schon ein Abkommen in Sachen der portugiesischen Kolonien getroffen worden, das den jungen und doch so alten König Lügen strafte. Aber das machte ihm keinerlei Bedenken, solange er andere politische Ziele erreichen konnte. Im Jahre 1913 wurde diesen königlichen „Wünschen und Bestrebungen" zum Trotze ein neues Abkommen getroffen, wobei wiederum Portugal der Leidtragende hätte sein müssen. Die Teilnahme Portugals am Kriege wird dieses Land wohl seinen ganzen Kolonialbesitz kosten. Der Anfang ist nunmehr mit Macao gemacht worden und die anderen Kolonien werden folgen.

Das Aufblühen Hongkongs hat Macao immer mehr hinabgedrückt. Selbst tüchtige Gouverneure vermochten den Niedergang nicht aufzuhalten. Heute ist es ein in der Hauptsache von Chinesen bewohntes Schmuggler- und Spielernest. Durch die gleichen Mittel wie es beim Fürsten von Monaco der Fall ist, wird ein ansehnlicher Überschuß herausgewirtschaftet: Durch Verpachtung der Spielerlaubnis

an Chinesen. Dieser Überschuß durfte aber nie zur Hebung der Kolonie verwendet werden, sondern diente zur Verminderung des Fehlbetrages im Haushalte des portugiesischen Anteils der Insel Timor.

Macao ist allerdings Typhonen (englisch ausgesprochen Taifunen) ausgesetzt. Das ist ein großer Nachteil, denn diese Wirbelstürme können ganz verheerend wirken. Dafür liegt es aber unmittelbar am Eingange in die Bucht des hochwichtigen Kanton und unmittelbar neben Hongkong und besitzt den viertgrößten Hafen der Welt. Wenn die Portugiesen die Regulierung des Perlflusses vorgenommen hätten, so wäre Macao schon seit langer, langer Zeit der Ausfuhrhafen Kantons geworden. Genau wie der Jangtse und der Min führt der Perlfluß ungeheure Sand- und Schlammmengen in der Regenzeit stromabwärts und lagert sie an der Mündung ab, wodurch sie die Schiffahrt auf das ärgste behindern. Im Angesichte dieser Tatsachen möchte man glauben, daß Japan einen Besitz erworben hat, mit dem nicht viel anzufangen ist.

Eingangs habe ich nun die Tatkraft der Japaner hervorgehoben, die sie bei der Aufschließung des unwirtlichen Landes Korea aufgewendet haben. Die angeführten Zahlen beweisen auf das klarste, was Japan zu leisten vermag. Daß der neue Eigentümer von Macao in nicht zu langer Zeit den Perlfluß gebändigt haben wird, darf als sicher gelten. In der Zwischenzeit wird Macao gründlich ausgeräuchert werden, es werden alle Hafenbauten und sonstigen Einrichtungen geschaffen werden, die für die Entwicklung des Platzes nötig sind, man wird die schon bestehenden engen Beziehungen zu Kanton noch enger gestalten und so langsam aber sicher Hongkong einschnüren mit der löblichen Absicht es tunlichst bald zu erdrosseln.

Einen Flottenstützpunkt gerade in Macao zu haben, bedeutet für Japan einen gewonnenen Krieg, bei dem England der Besiegte ist. Japans Stellung in China ist durch den Erwerb Macaos strategisch sowohl gegen England als



auch gegen Amerika auf das festeste ausgebaut worden. England wird seine alte Stellung in China nie wieder zurückerobern können. Man bedenke!. Während des Weltkrieges ist die japanische Ausfuhr nach China um 400, die nach Indien und den Malayeninseln um 200 vom Hundert gestiegen. Und wenn auch überall Klagen über die mangelhafte Beschaffenheit der japanischen Waren laut werden, so setzt sich doch Japan endgiltig dort in den Sattel. Endlich übt Japan jetzt das unbeschränkteste Monopol der Handelsschiffahrt im Stillen Ozean aus, sodaß England und Amerika sich ausschließlich der japanischen Reeder bedienen müssen, wenn sie überhaupt etwas verfrachten wollen, auch für ihre eigenen Kolonien.

Macao in japanischen Händen bedeutet, daß der Mikado den Wechsel auf den Besitz von Hongkong schon gezogen hat. Und was England Hongkong wert ist, kann man mit kurzen Worten überhaupt nicht ausdrücken. Eine Halbinsel von 12 Quadratkilometer mit 65,000 Einwohnern wird Japan über Hongkong mit Sicherheit nach den Philippinen führen.

II.

Nur die gebildeten Klassen leiten die Geschicke des japanischen Kaiserreiches. Das Volk als solches hat keinerlei maßgebenden politischen Einfluß, wenngleich der japanische Pöbel von Zeit zu Zeit ein Ventil braucht, um sich durch Aufläufe und Unruhen Luft zu machen. Die eigentlichen Politiker Japans können fast noch besser schweigen, als die deutsche Marine. Und die Leute, die Japan nach Europa sendet, sind so gesiebt und mit solchen Anweisungen daheim ausgestattet worden, daß aus ihnen wohl nie etwas anderes als das petrefakte Lächeln herauszuholen ist. Alle diese Menschen arbeiten mit einer Zähigkeit und Ausdauer, die ein Gegenstand der Bewunderung sein könnte. Und selten ist es, daß sie ein vorgestecktes Ziel nicht oder nicht ganz erreichen.

Zwei große Streitpunkte gibt es zwischen den Vereinigten



Staaten von Nordamerika und Japan: erstens China und zweitens die Ansiedelungs- und Grunderwerbsfrage der Japaner in den Vereinigten Staaten. Welche der beiden Fragen den Krieg zwischen den Gegnern entfesseln wird, ist schwer zu sagen. Vielleicht wird aber auch irgend ein anderer Vorwand gefunden werden. Denn daß der Krieg allem Anscheine nach nicht mehr fern sein kann, ist meine feste Überzeugung.

Die einen sagen, daß auf den Druck Amerikas hin, China an das Deutsche Reich den Krieg erklärt hat. Die anderen behaupten, daß diese Tatsache auf die geheimen Machenschaften Japans zurückzuführen sei und Amerika nur dem Anscheine nach entscheidend nach dieser Richtung gewirkt habe. Sicher ist, daß Amerika den Versuch macht, sich mit allen Mitteln in China zu halten und Japan in seiner hinterhältigen Weise alles aufbietet, um Amerika auszuschalten. England steht da zwischen den Feuern seiner beiden Bundesgenossen, von denen Japan der unbequeme, verhaßte, im Osten mächtige, und Amerika dem Anscheine nach der bequeme, umworbene, helfende ist. In nicht allzu langer Zeit müssen sich diese Dinge unter den „Bundesgenossen" klären, und es wird sich dann zeigen, daß Japan sozusagen alle Trümpfe in der Hand hat.

In der Kölnischen Zeitung war ein Aufsatz zu lesen, der in diesem Zusammenhange von großem Werte ist.

Man liest dort: In der Nähe von Surabaja, wo die Plantage einer holländischen Gummigesellschaft liegt, kam der Leiter derselben in den Sommermonaten des vorigen Jahres öfters mit einem japanischen „Professor" zusammen, der botanisierte, dabei aber ein verblüffendes militärisches und politisches Wissen offenbarte. Als sich der Japaner einmal etwas weniger zugeknöpft zeigte, äußerte er sich ungefähr wie folgt: „Unsere Regierung befindet sich keineswegs in einem peinlichen Dilemma, wie Sie angesichts der amerikanischen Sympathien für die Entente glauben. Im Gegenteil, unsere Situation ist günstiger als selbst die der meisten verdienenden Neutralen. Die Zeit



arbeitet für uns. Unser Stern wird aufgehen, wenn die europäischen Nationen kraftlos am Boden liegen. Japan braucht dann eine europäische Koalition gegen unser Inselreich nicht mehr zu fürchten, ganz abgesehen davon, daß bei dem furchtbaren Haß, der sich zwischen den Kriegführenden in Europa ansammelt, an eine solche in Jahrzehnten nicht mehr zu denken ist. Frankreich, das verarmte, entkräftete Land, ist für immer ausgeschaltet, und seine asiatischen Kolonien fallen uns kampflos in den Schoß."

„Aber England?" fiel der Holländer ein. „Ja, England, unser Verbündeter gegen Deutschland . . ." Der Professor lächelte. „Wir wissen genau, warum unser Freund seine Flotte schont. Ihre Kanonen sollen uns einst etwas auf den Buckel brennen, wenn wir unseren Platz an der asiatischen Sonne beanspruchen. Und das geschieht, wenn Amerika ruft, dieses stolze, großmäulige Amerika, das uns fürchtet wie den Teufel. Sie werden sehen, es kommt die Zeit, daß auch Amerika in den Krieg gegen Deutschland tritt. Nicht aus Haß gegen den preußischen Militarismus oder weil seine Interessen von Deutschland besonders bedroht seien, sondern aus Furcht vor Japan! Sobald Wilson — oder wie sonst der Präsident heißen mag — sieht, daß die Wage des Sieges auf die Seite der Mittelmächte neigt, wird und muß er zu Gunsten der Entente intervenieren. Oh, wir sind über die geheimen Abmachungen zwischen England und Amerika genau unterrichtet. Zuerst unterstützen die Vereinigten Staaten die Engländer mit Munition und Waren; dann — wenn es trotzdem schief gehen sollte — auch mit Geld und ihrer Flotte. Dafür mußte sich England verpflichten, mit seiner ganzen militärischen und maritimen Kraft an der Seite Amerikas zu stehen, wenn der Endkampf um die Weltherrschaft am stillen Ozean einsetzt. Glauben Sie mir, wir kennen unsere Freunde besser, als diese ahnen . . . . Deutschland wird bei diesem Endkampf Gewehr bei Fuß stehen. Bis dahin sind wir längst wieder gut Freund miteinander."

„Nanu, — wollen sie Kiautschou wieder herausgeben?" „Ach gehen Sie doch weg mit diesem Tuschklecks, wo es sich



um eine halbe Welt handelt! Deutschland bekommt die Kosten seines China-Abenteuers von uns auf Heller und Pfennig zurückbezahlt. Mit barem, blanken Golde, wenn es sein muß. So viel und noch mehr ist uns Deutschlands Neutralität wert. Denn wissen Sie, — der Japaner grinste — „auf lange Jahre hinaus kann England keine ins Gewicht fallende Schiffseinheit aus der Nordsee ziehen. Traue einer den damned Germans. Und mit den Amerikanern werden wir fertig, — das können Sie mir glauben".

Der „Professor" nahm seine Botanisiertrommel und ging nach Hause, um am anderen Tage wieder die schönsten seltenen Pflanzen Javas zu suchen . . . .

Soweit der ungemein interessante und lehrreiche Bericht des rheinischen Blattes.

An dem Ausgange des Weltkrieges, das heißt der sicheren Deckung der amerikanischen Guthaben durch den Sieg Englands, oder der wirtschaftlichen Krise schärfster Form für die Vereinigten Staaten beim Siege der Mittelmächte wird es abhängen, ob der „Professor" mit seiner Aussage aus dem vergangenen Jahre Recht behalten wird oder nicht. Daß eine Verständigung mit Deutschland nicht schwer sein wird, wenn Japan dafür sorgen wird, daß Deutschland in China „offene Türe" findet, glaube ich auch. Ob Japan aber bis dahin so weit sein wird, daß es den amerikanischen Einfluß in Peking ausgeschaltet oder lahmgelegt haben wird, läßt sich jetzt noch gar nicht voraussehen.

Zwischen Amerika und Japan ist kein Ausgleich möglich. Die bestehenden Gegensätze werden im stillen Ozean und an der Küste von Kalifornien mit der Waffe in der Hand zum Austrag kommen. Was man bisher getan hat und augenblicklich tut, ist, soweit Japan in Frage kommt, nur ein Aufschieben. Japan wird sich den Zeitpunkt zum Losschlagen in aller Ruhe selbst auswählen.

Im Lichte dieser Erkenntnis hat der Staat Kalifornien nur in Selbstverteidigung gehandelt, wenn er innerhalb seiner Grenzen den Japanern den Erwerb von Landbezirk



für alle Zukunft unmöglich zu machen sucht. Man weiß das in Washington recht gut, darf es aber aus politischen Gründen bis auf weiteres nicht offen zugeben. Jeder Kalifornier weiß es auch aus Erfahrung, daß die weiße Rasse dort nicht mehr gedeihen kann, wo sich der Japaner einmal festgesetzt hat.

Der deutschamerikanische Hochschulprofessor Dr. Lisser äußerte sich jüngst darüber wie folgt:

„Als ich vor mehr als drei Jahrzehnten nach Kalifornien ging, gab es dort noch keine japanische Frage im heutigen Sinne und ich kann daher sagen, daß ich das Entstehen derselben von Anfang an miterlebt habe und wohl darüber zu urteilen imstande bin. Noch mehr; als zuerst die japanische Einwanderung nach Kalifornien stärker wurde und sich Klagen erhoben, stand ich aus humanen Gründen entschieden noch auf der Japan freundlichen Seite, bis ich eines Besseren belehrt wurde. Heute bin ich der Ansicht, daß in einem Lande, wo sich der Japaner einmal festgesetzt hat, es für die weiße Rasse keine Fortentwicklung mehr geben kann. Der Japaner kommt, wo immer er erscheint, im Gegensatz zum Chinesen, der als Diener kommt und ein treuer, zuverlässiger Diener *bleiben* will, als Diener, um sich sobald als möglich *zum Herrn aufzuschwingen*, und, wenn man ihm nicht gebührende Schranken zieht, bringt er das in erstaunlich kurzer Zeit fertig. Wir haben in Kalifornien Hunderte von Beispielen gehabt, in denen Japaner, die sich truppenweise als Arbeiter auf einer Obst- und Gemüsefarm verdingten, in einigen Jahren von dem Besitzer unter für diesen günstigen Bedingungen einen Pachtkontrakt für die Bearbeitung der Farm erhielten, und hatten sie den einmal, so war es nicht mehr lange hin, bis sie den Besitztitel in Händen hatten und durch alle möglichen Konkurrenzmittel den angrenzenden amerikanischen Farmern das Leben so sauer machten, daß diese sich ebenfalls zum Verkauf entschlossen, wobei von neun aus zehn Fällen wiederum Japaner die Käufer waren. Ganze Landstriche sind auf diese Weise in japanische Hände gekommen und zuletzt blieb dem Staate nichts



anderes übrig als sich durch prohibitiv wirkende Gesetze gegen die fortschreitende Japanisierung seines Landes zu schützen. Hätte er dieses unabweisbare Recht der Selbstverteidigung nicht gehandhabt, so würden nicht er allein, sondern die ganzen Vereinigten Staaten in nicht allzu ferner Zukunft die Unterlassungssünde schwer zu bedauern gehabt haben. Der amerikanische Osten hat gar keine Ahnung davon, was die japanische Frage für den Westen bedeutet, und die Japaner sind die allerletzten, die Sache an die große Glocke zu hängen; das wäre gegen ihren Charakter."

Ich weiß es aus Erfahrung, daß man bei uns auch nur eine ganz unklare Vorstellung von diesem ungeheuer wichtigen Problem hat. Wenn ich gelegentlich auf die kalifornischen Verhältnisse hinwies, so konnte ich die Antwort hören: „Ach was, das sind nur Abneigungs- und Empfindlichkeitsgeschichten, die aber keine politische Bedeutung haben."

Wenn der japanische Botschafter in Washington alle zwei Monate vorstellig wird, weil man seinen Landsleuten das Leben immer schwerer mache, so geschieht das, um die Furcht vor Japan ständig wach zu erhalten. Bisher konnte Japan noch nicht an einen kriegerischen Austrag der Streitpunkte denken, weil es finanziell viel zu schwach war. Das hat sich jetzt mit einem Schlage geändert.

Gar drollig ist es, daß Japan sich gerade die Kriegszeit ausgesucht hat, um die Amerikaner sorglos zu machen. Alle, die mit den Verhältnissen wirklich vertraut sind, haben aufgeschaut, als die große New-Yorkerzeitung The Evening Post kürzlich eine 32 Seiten starke „Japanische Sonderbeilage" herausgebracht hat. Berühmte amerikanische und japanische Federn haben die Aufsätze geliefert, die von Pazifismus und bestem Einverständnis triefen. Den wundesten Punkt in den japanisch-amerikanischen Beziehungen, die Einwandererfrage, behandelt der Amerikaner Dr. Gulick. Er nimmt die Japaner in Schutz und sucht nachzuweisen, daß sie sich an das Versprechen, die Einwanderung zu beschränken, durchaus gehalten hätten. Der Verfasser ist überzeugt, daß der wach-



sende Wohlstand Japans die Auswanderung fast völlig unterbinden wird.

Man kann nur ahnen, was dieses Beruhigungspulver aus dieser Feder gekostet haben wird! Und so etwas wird gedruckt, während Japan alle seine Mittel anspannt, um seine kriegerische Ausrüstung bis zum letzten Gamaschenknopf zu vervollständigen!

Am 18. April fand in der Londoner Handelskammer ein großes Fest zu Ehren der japanischen Abgeordneten statt, die sich zur parlamentarischen Konferenz unserer Feinde nach Rom begeben. Mit behaglichem Schmunzeln „verbrüderten“ sich die Herren Japaner mit Lord Robert Cecil und den anderen erlauchten Herren, die zusammengekommen waren, um sie — einzufangen. Der japanische Botschafter hielt eine echt japanische Rede überzeugtester Bündnistreue und die englische Presse jubelt und mit ihr alle französischen Zeitungen. So etwas ist für den unterrichteten Zuschauer stets ein Hochgenuß, zumal es offenbar ist, daß England und Frankreich felsenfest davon überzeugt sind, daß es sich hier um echtes Bündnisgold, nicht um Talmiware handelt. Auf wie lange noch?

Hier muß auf eine Zwangslage aufmerksam gemacht werden, in die Japan das chinesische Reich hineingezogen hat. Im Mai 1915 mußte sich Peking vertraglich verpflichten, alle künftigen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Japan über die Ausgestaltung, Beschneidung oder Aufhebung der deutschen Rechte in Schantung anzuerkennen. Damit war eine völlige Ausschaltung Chinas bei den Friedenserörterungen Japans mit Deutschland festgelegt. Das Reich der Mitte hatte in diesen Fragen nichts mehr zu sagen.

Nun erfolgte die Kriegserklärung Chinas an uns und damit die Befreiung von dieser drückenden Fessel, weil China als kriegführender Staat naturgemäß einmal wieder mit seinem Gegner Frieden schließen muß. Unter dem Ministerium Okuma wären noch weitere Bindungen Chinas zu erwarten gewesen. Was der neue Herr, General Terautschi,



tun wird, ist noch nicht deutlich erkennbar geworden. Es verdient allerdings Beachtung, daß die Nachricht verbreitet worden ist, Terautschi habe erst dann der Kriegserklärung Chinas kein Hindernis in den Weg gelegt, nachdem die Vertreter Englands, Rußlands und Frankreichs, ebenso wie die Pekinger Regierung selbst, ausdrücklich erklärt hätten, daß Japans Sonderrechte in China trotz allem voll zu Recht bestehen bleiben würden. Ob der amerikanische Botschafter sich diesem Schritte angeschlossen hat, vermag ich nicht zu sagen. Ich glaube es aus den verschiedensten Gründen nicht.

Die russische Revolution kam den Japanern außerordentlich ungelegen. Es besteht die große Gefahr, daß der Mikado in dem entthronten Romanow nur mehr einen unglücklichen, machtlosen *früheren* Bundesgenossen erblicken darf. Es liegt nicht in der Linie der russischen Revolution dem imperialistischen Japan die Vertragstreue zu halten. Mit dieser Wahrheit hat man sich in Tokio schon abgefunden und richtet sich auf die neue Lage ein.

Die Erregung Japans über den völligen Umschwung in Rußland ist ungeheuer. Auch die Massen ahnen, daß das Kampfgerät des russischen Bündnisses jetzt jeden Halt verloren hat. Es ist hierfür ganz gleichgültig, ob Okuma, ob der übergangene, in der Kammermehrheit verankerte Englandsfreund Koto oder ob Terautschi die japanischen Geschäfte leiten. Die Pläne Japans bleiben in ihren Richtlinien zweifellos in Kraft, aber der Fall Nikolaus II. macht ganz gewiß eine „Umgruppierung" in der Reihenfolge derselben nötig. Wilsons „völkerbeglückende" Tätigkeit mit Granaten und Geld, die sich in Ideen ausleben will, deren philosophische Buntheit schreckenerregend ist, möchte den japanischen Machtgelüsten Halt gebieten. Terautschi, mit einem großen Trumpf weniger in der Hand, ist jetzt aufs Warten angewiesen, denn weder der nach England hinneigende Liberalismus eines Miljukow und Genossen, noch die sozialrevolutionäre Gesellschaft im Katharinensaal des Taurischen Palastes vermögen ihm jetzt Stütze und Hilfe zu sein.



Die Kammer, die dem ungemein tatkräftigen General Terautschi in ihrer Mehrheit ablehnend gegenüberstand, wurde kurzer Hand nach Hause gesandt. Am 13. Februar eröffnete Baron Goto, der neue Minister des Inneren, den in der Hauptstadt versammelten Präfektengouverneuren in einer längeren Ansprache, daß die Regierung angesichts der veränderten Weltlage die wahre Meinung des Landes zu erfahren wünsche. Die Luft solle durch Neuwahlen gereinigt werden, damit die Regierung wisse, woran sie sei.

Trotz der heftigen Parteikämpfe, die seit Jahren in Japan ausgefochten werden, kann man im allgemeinen sagen, daß eine kräftige Regierung in Japan fast ausnahmslos den Ausfall der Wahlen in der Hand hat. Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Furcht vor einer politischen Vereinsamung Japans weite Kreise der japanischen Wählerschaft, das heißt ihrer Führer, zu Gegnern Terautschis machen würde. Das ist nicht eingetroffen. Auch die Bestrebungen zur Errichtung einer rein parlamentarischen Herrschaft, so stark sie gewesen sein mögen, haben den Sieg nicht davon getragen. Rechtzeitig hatte sich der Ministerpräsident mit der sehr einflußreichen geheimen Sekte der Genyscha verbunden und der Rat der Alten mit seiner hochkonservativen Richtung unterstützte ihn auch bedingungslos. Die Seinkay- und die Dosikaipartei hatten sich für die Richtlinien der Politik Terautschis ausgesprochen, und alle diese Umstände gewährleisteten dem neuen Kabinett eine Mehrheit. Das Ergebnis der Wahlen hat demselben das erwartete Ergebnis gebracht, da die Partei der Kenseikai eine starke Einbuße an Sitzen zu verzeichnen hatte. Mehr als fünfzig Stimmen Mehrheit sind am 20. April für Terautschi gezeitigt worden, womit er fürs erste bequem regieren kann.

Wenn manche im Anfange glaubten, daß Terautschi die unangenehme Lage Englands und die anderweitige Beschäftigung Amerikas ausnützen werde, um die Ziele Japans in Ostasien und im stillen Ozean mit Waffengewalt durchzusetzen, so hat sich das vorläufig nicht bestätigt. Was Terautschi

billiger, wenn auch vielleicht erst später, haben kann, nimmt er nicht auf dem kostspieligen Wege von See- und Landkämpfen.

Mit japanischer Geschmeidigkeit ließ er überall verbreiten, daß er sich in der friedlichsten Weise durch Besprechungen und freundschaftliche Erörterungen zu verständigen wünsche. Die Londoner „Verbrüderung", von der ich oben sprach, ist ein erster „Beweis" dafür. Nordamerika hat auch in der „freundschaftlichsten Weise" zurückweichen und seine geharnischte Gegnerschaft gegenüber einer unerhörten japanischen Forderung glatt aufgeben müssen: die bewaffneten japanischen Handelsschiffe dürfen durch den Panamakanal fahren! Das ist eine schwere Niederlage für das stolze Amerika und dazu noch den yellow monkeys gegenüber. Auf die innere Politik Japans hat die glückliche Durchsetzung dieser scharfen Forderung großen Einfluß gehabt.

Weiterhin hat sich das weiße Haus dazu verstehen müssen, den Weststaaten, in der Hauptsache Kalifornien, mit Nachdruck begreiflich zu machen, daß jetzt alle Maßnahmen zu ungunsten der Japaner ruhen müßten. In Tokio meint man, daß die Bundesbehörde keine Macht hat, um in die Staatengesetzgebung einzugreifen. Sie kann nur bitten und auf die Folgen aufmerksam machen. Aber der japanische Botschafter, den anderseits die Einzelstaaten gar nichts angehen, hämmert immer auf dem Präsidenten und dem Staatssekretär herum und verlangt von ihnen Abhilfe. Dieses erneute Eingreifen der Bundesbehörde bei Kalifornien und seinen Nachbarn hat dem Selbstgefühl der Japaner wohl getan und die Zeitungen verbergen ihre Genugtuung darüber gar nicht. Diese äußeren Erfolge erleichtern die innere japanische Politik in nicht unwesentlicher Weise.

Es ist vorauszusehen, daß die günstige finanzielle Lage des früher so armen Japan gar manche innere Frage auf ein anderes Brett schieben wird, ohne jetzt sagen zu können, wie sich das im einzelnen vollziehen wird. Unsere Feinde haben den Japanern ihr Gold ins Haus getragen und mit



diesem Golde wird sehr klug gewirtschaftet. Von der ungeahnten Entwicklung der Handelsschiffahrt Japans habe ich oben schon gesprochen. Unterrichtsfragen, die wegen der großen Kosten bisher noch nicht beantwortet werden konnten, stehen im Vordergrunde der Erörterung. Gar manche Anstalt wird dem Golde des Weltkrieges ihre Entstehung verdanken. Mit anderen Dingen steht es ähnlich.

Wie die schon beträchtliche konstitutionelle Bewegung im Inselreiche von der russischen Revolution befruchtet werden wird, müssen erst die Verhandlungen der neuen Kammer erweisen. Ob sich daran ein Erdrosseln der Geschlechterwirtschaft, des Clanunwesens, wird anreihen können, ist sehr unwahrscheinlich. Für diese Neuerung ist das innerpolitische Leben Japans wohl kaum noch reif.

Die augenblickliche Unsicherheit in der internationalen Stellung Japans scheint eine vorübergehende zu sein. Die Rüstungen Amerikas lassen die Japaner kalt, da sie ganz genau wissen, daß die meisten Beschlüsse und Verordnungen für Ausbildung einer Landmacht nur mit dem Munde gemacht und dem Papiere anvertraut werden. Bezüglich der amerikanischen Flotte ist man in Tokio auf das genaueste über die Kurven der gewohnheitsmäßigen Desertionen der Besatzungen unterrichtet. Man darf wohl sagen, daß jeder Japaner den Tag herbeisehnt, an dem die große Abrechnung mit Nordamerika gemacht werden soll. Darin ist das ganze Kaiserreich einig; über diesen Punkt gibt es keine inneren Zwistigkeiten.

In Tokio ist man der festen Überzeugung, daß Wilson angeblich gegen Deutschland rüstet, in Wahrheit aber gegen Japan. Deutschland ist nur der Vorwand, um jegliche Anfrage von Seiten Japans über die Rüstungen von vorneherein unmöglich zu machen. Die Yankees scheinen gar nicht zu ahnen, wie lächerlich sie sich in den Augen eines jeden Japaners machen.

Die nächsten beiden Monate werden, wenn die englische Presse ihr tiefes, schon länger dauerndes Schweigen über



Japan fortsetzen sollte, wichtige Entscheidungen bringen, ohne daß dieselben bis zu uns dringen werden. Auf Grund der bisher vorliegenden spärlichen Nachrichten habe ich das vorstehende Bild gezeichnet, das im Großen und Ganzen wohl der Wahrheit entsprechen wird. Was unsere Diplomatie zu tun haben wird, kann jeder aus diesem Aufsatze mit aller Deutlichkeit herauslesen.

Im Lichte dieser Ausführungen stelle ich die Frage: Was ist der tiefere Sinn des an der Spitze des Aufsatzes stehenden Telegramms aus Tokio? Gegen wen rüstet Japan? Wem gilt die Drohung? pmb.

XCI.

Scheidung der Geister?

— 9. Juni.

Die Zeitungen, welche sich bemühen, die sogenannte öffentliche Meinung in grellen Farben und schrillen Tönen zur Darstellung zu bringen, haben schon bald nach Ausbruch des Krieges von einem Weltkrieg zu schreiben begonnen, obwohl damals der größte Teil der Welt noch des tiefsten Friedens sich erfreute. Heute aber ist es wirklich keine sonderlich große Übertreibung mehr, wenn man den jetzt wütenden Krieg als einen Weltkrieg bezeichnet. Es erfordert heute schon ein ziemlich gutes Gedächtnis, alle die großen und kleinen Staaten aufzuzählen, welche entweder in offenem Krieg mit den Mittelmächten stehen oder wenigstens die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben. Während die Zahl derjenigen Staaten, welche die Gruppe der Mittelmächte bilden, seit ungefähr zwei Jahren dieselbe geblieben ist und sich auf Deutschland, Österreich, Bulgarien und die Türkei beschränkte, ist die Zahl der Gegner fort-



während gestiegen und namentlich in den letzten Monaten neuerlich hoch angeschwollen. Dem Beispiel, oder wie die Zeitungen sagen, dem Druck der Vereinigten Staaten folgend, sind auch Kuba, Brasilien, Honduras und Guatemala offen auf die Seite der Gegner der Deutschlandgruppe getreten. Und noch immer scheint die Zahl der Gegner nicht voll zu sein. Sogar das große asiatische Reich der Mitte, das an Alter alle europäischen Reiche überragende China, hat sich gegen Deutschland erhoben.

Schon wenn man bloß Europa allein in Betracht zieht, ist die Übermacht der Gegner eine ganz unverhältnismäßige. Die gesamte Bevölkerungszahl Europas mit rund 330 Millionen angenommen, stehen davon nicht weniger wie 204 Millionen in offenem Krieg gegen die bloß 91 Millionen der Mittelmächte, und 35 Millionen sind neutral. Noch weit größer wie diese rein numerische ist die wirtschaftliche Übermacht der Gegner, denen schon bisher auch die außereuropäischen Hilfsquellen zur Verfügung standen. Jetzt kann man — es ist sicher überflüssig, in Details einzugehen — wohl sagen, daß fast ganz Asien, ebenso beinahe ganz Australien und Afrika, sowie auch der mächtigere Teil Amerikas gegen Deutschland und dessen Verbündete aufgeboten sind. Zu diesen Massen, welche alle in irgend einer Weise den Kräften der Zentralmächte Abbruch tun, verhalten sich diese letzteren wirklich kaum viel höher wie Gideons Dreihundert gegen die Scharen der Madianiten.

Viel' Feind', viel' Ehr'! Wohl. Aber zeitweise hat gewiß auch Hindenburg den Wunsch, es möchten der Feinde etwas weniger sein. Denn das, was die Regierungen und Feldherren der Mittelmächte sich gegenüber sehen, ist ja wahrhaftig eine ganze Welt von Feinden. Und was ist es denn eigentlich, das diese Welt gegen eine verhältnismäßig so kleine Schar zusammengeführt hat? Welcher Geist ist es, der fast die ganze übrige Welt mit scheinbar einmütiger Feindschaft gegen die Deutschlandgruppe erfüllt? Natürlich wissen auch in diesem Falle wieder viele, sehr



viele nicht, was sie tun. Was wissen selbst viele Mandarine, geschweige die Volksmassen Chinas von Deutschland? Aber wenigstens die führenden Schichten müssen doch alle von einer gemeinsamen, positiven oder negativen Idee oder Absicht oder Leidenschaft getrieben und geleitet sein. Da liegt eine Antwort allerdings sehr nahe: der blasse Neid, die ganz gemeine Habsucht oder Raubgier war es, welche Russen und Engländer rc. getrieben hat, die scheinbar günstige Gelegenheit zu benützen, um, jeder Teil, sein Ränzchen etwas zu füllen. Hat doch Salandra selbst in seiner berüchtigten Neapolitaner Rede als letzten und offenbar wahren Grund des italienischen Treubruchs den angegeben: warum hätte man die günstige Gelegenheit, Italien zu vergrößern, nicht benützen sollen?

Aber so naheliegend, so fast selbstverständlich diese Erklärung auch scheint, so will sie doch nicht recht befriedigen. Die Länder und Gebiete, die Interessensphären, die man sich anzueignen gedenkt, können natürlich nicht wie Leckerbissen genossen werden, sind überhaupt keine Genußartikel. Auch der Besitz von größerem Reichtum und vermehrter Macht können nur dann und insofern Befriedigung gewähren, wenn man mit deren Anwendung konkrete Pläne, bestimmte An- und Absichten zu verwirklichen die Neigung hat. Rußland, England und Frankreich sind doch auch keine Parvenus. Auch sagen es die Gegner selbst, daß sie ihre eigenen Ansichten und Auffassungen zu größerer, zu allgemein herrschender Geltung bringen wollen. Sie wollen die anderen Völker von den Ideen befreien, von denen sie bisher beherrscht wurden. Namentlich jetzt nach der russischen Revolution soll alles demokratisch, wahrhaft demokratisch werden; alle Völker sollen selber und völlig frei über ihr Schicksal bestimmen, sie sollen im Gebrauch dieser Freiheit durch keinerlei Schranken beengt werden, alles Recht und alle Autorität soll nur von ihnen ausgehen. So und ähnlich werden sie nicht müde, immer und neuerdings zu wieder-



holen, so daß es, wie der Volkswitz sagt, auch schon die Papageien kennen.

Also in der Deutschlandgruppe bestehen nach Auffassung der Feinde entweder überhaupt keine demokratischen Einrichtungen, oder wenn ja, so sind es nicht die richtigen, nicht die wahren und echten; insbesondere im deutschen Reich herrscht nach den neuesten Forschungen, die Wilson in den älteren Reden Asquith's und Lloyd George's angestellt hat, nur der preußische Militarismus oder eine bevorzugte Kaste. Da haben es die gewissen Wahlrechtspolitiker wieder. England wird selbst nach der projektierten, aber noch gar nicht beschlossenen Wahlreform noch immer kein so allgemeines Wahlrecht haben, wie das deutsche Reichstagswahlrecht es ist. Trotzdem ist England in Wilsons Augen schon von Alters echt demokratisch, während er an den deutschen Parlamentariern, sie mögen sich drehen und wenden, wie sie wollen, immer den reaktionären Zopf hängen sieht. Ein Körnchen Wahrheit übrigens liegt allerdings in dem, was Wilson und Genossen vom preußischen Militarismus sagen. Das alte Preußen ist in der Tat von einem militärisch organisierten Orden, dem Orden der deutschen Ritter, begründet worden. Insofern ist es nicht ganz unrichtig, das ehemalige Preußen als einen Militärstaat zu bezeichnen, und es wird auch nicht zu leugnen sein, daß dieser Militarismus, wenn man es so nennen will, auch späterhin die Sitten, die ganze Lebensweise und sonstige Einrichtungen Altpreußens beeinflußt haben mag, vielleicht auch heute noch beeinflußt. Auch mag die allseits anerkannte militärische Tüchtigkeit der Preußen zum Teil in dieser ihrer Geschichte begründet sein. Es ist aber deshalb doch kaum je einem Historiker eingefallen, die Einrichtung der stehenden Heere, also den heutigen Militarismus, auf Preußen zurückzuführen, sondern gewöhnlich wird Frankreich als dasjenige Land bezeichnet, welches das erste stehende Heer aufgestellt hat. Schon im Jahre 1439, gerade während des hundertjährigen englisch-französischen Krieges,



haben die französischen Generalstände eine bleibende Kopfsteuer zum Unterhalt einer stehenden Armee bewilligt und im Jahre 1445 hat Karl VII. die sogenannten francs-archers eingerichtet. Um den Ursprung des Militarismus zu treffen, hätten also Engländer und Franzosen und Genossen nicht in die Ferne zu schweifen nötig gehabt. Auch die monarchischen Formen können nicht der Stein des Anstoßes sein, denn die Entente verlangt ja sogar die Wiederherstellung der Monarchien in Belgien, wie Serbien und Montenegro.

Worin besteht dann aber die wahre Freiheit, die echte Demokratie, die nur in England ꝛc. zu finden sein soll? Oder, die Frage umgekehrt gestellt: welche Momente des öffentlichen oder gesellschaftlichen Lebens in Deutschland widersprechen dem Wesen der vermeintlichen wahren Freiheit und echten Demokratie? Vielleicht meinen die Gegner: trotz der Kirchenspaltung hat Deutschland keine so tiefgreifende Revolution durchgemacht wie England und Frankreich, der Bruch mit der Vergangenheit war in Deutschland nie ein so vollständiger wie in den genannten Westländern, folglich sind mindestens in den gesellschaftlichen Sitten, in den mit der Kirchenspaltung nicht unmittelbar zusammenhängenden Belangen manche oder viele alte Auffassungen und Einrichtungen erhalten, bestehen geblieben. Wenn speziell vom preußischen Militarismus die Rede sein soll, — vielleicht ist da, wie schon früher bemerkt worden, wirklich manches vom Geist des Ordens der deutschen Ritter, der das alte Preußen beherrscht hat, der Geist der Pflicht, der Disziplin, der willigen Unterordnung des einzelnen unter die Erfordernisse der Allgemeinheit, also etwa der gesellschaftliche Gemeinschaftssinn, der in anderen Formen ja auch im ganzen übrigen Deutschland gepflegt worden ist und der selbst im Kant'schen kategorischen Imperativ noch einen entfernten An- oder Nachklang gefunden hat, auf die Gegenwart übergegangen. Vielleicht, sagen wir. Zweifellos jedoch

stehen die Tatsachen fest, die jüngst in der katholischen Monatsschrift „Sankt Bonifatius" hervorgehoben worden sind. In einer Aufforderung zur Teilnahme am Gebetsbund nämlich wurde da gesagt:

„Katholiken der Mittelmächte! Folget dem eindringlichen Aufrufe der hochwürdigsten Bischöfe zum Gebetssturm um einen guten Ausgang der bevorstehenden großen Entscheidung! Folget dem herrlichen Beispiel der mächtigen christlichen Herrscher, Kaiser Karls und Kaiser Wilhelms, welche wie der verstorbene edle Kaiser Franz Joseph den allmächtigen Schlachtenlenker bei allen Proklamationen öffentlich anriefen, folget der Aufforderung des berühmten Feldherrn Hindenburg, welcher erklärte, „er brauche viele Beter im Hinterlande, da man es an der Front stets merke, wenn der Gebetseifer im Hinterland zunimmt oder nachläßt". Eine solche Beterarmee will der Gebetsbund sein. . . ."

Die hier angeführten Tatsachen können allerdings von keiner Seite bestritten werden, um so weniger, als sie von den genannten Monarchen bei entsprechenden Gelegenheiten immer neu bestätigt werden. Und indem die Herrscher auf diese Weise öffentlich zum Allmächtigen sich bekennen, legen sie zugleich öffentliches Bekenntnis davon ab, daß im letzten Grunde auch alle weltliche Gewalt von Gott stammt. Den Gegnern, vor allem den Franzosen und Italienern, ist aus bekannten Gründen jedes solche Bekenntnis untersagt und dieser Tatsache müssen auch die Verbündeten der Franzosen und Italiener Rechnung tragen. Damit ist es ihnen auch versagt, die göttliche Allmacht für ihre Sache anzurufen. Die einen können ein solches Bekenntnis aussprechen und legen Wert darauf es zu tun, die anderen können es nicht und wollen es auch nicht. Liegt darin vielleicht der Unterschied zwischen wahrer und falscher Demokratie?

Gewiß, insoweit die in Rede stehenden Tatsachen Geltung und Bedeutung haben, kann man wirklich von einer Scheidung der Geister, von einer Teilung der Welt in zwei



Lager sprechen. Nämlich insoweit, als die bestehenden Regierungen und, wie man heute so sagt, Regierungsparteien, in Betracht kommen. Nicht ganz ebenso steht es bekanntlich mit den Völkern. Die Völker der Zentralmächte werden heute von den Gegnern in den deutlichsten Wendungen aufgefordert, sich ihrer Regierungen zu entledigen und der echten Demokratie sich zuzuwenden; Wilson soll sogar gesagt haben, mit den Hohenzollern werde er nie Frieden schließen. Wenn die Sache nicht zu ernst wäre, könnte man den Amerikanern den Rat zurückgeben, sich ihres Wilson zu entledigen. Aber — wir werden das Thema ja nicht weiter und in die Details verfolgen — verhehlen können wir uns leider nicht, daß die Völker der Zentralmächte gerade auch in den berührten Kernfragen alles öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens keineswegs in wünschenswerter Einmütigkeit zusammenstehen, sondern die Hoffnungen der Gegner immer durch Aufzeigung großer Spaltungen neu beleben und bestärken.

Die Bulgaren, so haben uns die Zeitungen unlängst berichtet, haben am 24. Mai den Festtag der Heiligen Cyrill und Method auch amtlich mit großen Feierlichkeiten begangen. Vom heurigen Bonifatiustag aber haben dieselben Zeitungen uns nichts zu sagen gewußt. J—l.